AUTHOR:

KAEMMEL, OTTO

TITLE:

WERDEGANG DES DEUTSCHEN VOLKES

PLACE:

BERLIN

DATE:

1920-

Master Negative #

92-81148-8

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DEPARTMENT

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

Original Material as Filmed - Existing Bibliographic Record

 Kaemmel, Otto, 1843-1917.

Der werdegang des deutschen volkes; historische richtlinien für gebildete leser, von Otto Kaemmel. 4., durchgesehene und verb. aufl. bearb. von dr. Arnold Reimann ... Berlin und Leipzig, W. de Gruyter & co., 1920-23.

4 v. 20cm.

1. Germany—Hist. I. Reimann, Arnold ~~Friedrich Siegfried,~~ 1870-1938, ed. II. Title.

[Full name: Karl Heinrich Otto Kaemmel]

(Continued on next card)

 Kaemmel, Otto, 1843-1917. Der werdegang des deutschen volkes. 1920-23. (Card 2)

Contents.--I. Urzeit und deutsche-römische kaiserzeit.--II. Ausgang des mittelalters und reformationszeit, 1273-1648.--III. Die preussisch-österreichische zeit, 1648-1858.--IV. Das zeitalter Bismarcks und Wilhelms II, 1858-1914.

Restrictions on Use:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11x
IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB
DATE FILMED: 3-3-93 INITIALS: MCG
FILMED BY: RESEARCH PUBLICATIONS, INC WOODBRIDGE, CT

VOLUME 1

Der Werdegang des deutschen Volkes

Urzeit und deutsch-römische Kaiserzeit

VWV

SLD

Der Werdegang des deutschen Volkes

Historische Richtlinien für gebildete Leser

von

Otto Kaemmel

Vierte, durchgesehene und verbesserte Auflage

bearbeitet von

Dr. Arnold Reimann
Stadtschulrat in Berlin

★

Urzeit und deutsch-römische Kaiserzeit

Berlin und Leipzig 1920
Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.

Druck der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10

Der Werdegang des deutschen Volkes

*

Urzeit. Deutsch-römische Kaiserzeit

Inhalt.

Einleitung.

Europas Entwicklung unterscheidet sich von der aller andern Erdteile vornehmlich dadurch, daß sich hier große nationale Körper, mit nur geringen fremdartigen Bestandteilen untermischt, gebildet haben, die als selbständige geschlossene Einheiten nebeneinander stehn und beständig aufeinander wirken. Außerhalb Europas haben sich dagegen, wenige große Ausnahmen abgerechnet, kleine Völker und Völkersplitter oder gar Teile verschiedener Rassen durcheinander und übereinander geschoben, und es hat zwar hie und da, oft nur zeitweilig, ein einzelner Teil die andern zu einer großen politischen Macht vereinigen, aber nicht zu einer wirklichen Nation zusammenschweißen können. In diesem Unterschiede war die Überlegenheit Europas in der Welt begründet, die bis in die jüngste Gegenwart bestand und erst durch das Zusammenwachsen Nordamerikas zu einer Nation erschüttert worden ist.

Eine Nation im modernen Sinne ist eine durch Übereinstimmung in Sprache und Sitte, in historischen Erinnerungen und sittlichen Anschauungen derart verbundene festangesiedelte große menschliche Gemeinschaft, daß sie sich andern Völkern gegenüber als ein Ganzes fühlt und mit Bewußtsein gemeinsamen Zielen zustrebt. Sie ist also, trotz der ursprünglichen Bedeutung des Wortes, weder eine natürliche noch eine künstliche, sondern eine historische Bildung, und sie kann darum nur unter großen Schwierigkeiten, in langer Zeit und unter bestimmten Voraussetzungen zustande kommen. Die politische Zusammenfassung ihrer Bestandteile geht dem nationalen Zusammenschluß entweder voraus, oder sie folgt aus ihm, und jedenfalls ist die Bildung einer Nation erst dann vollendet, wenn wenigstens ihre Hauptmasse in einem Staatsbau vereinigt ist; denn erst im Staat und nur im Staate bringt ein Volk seinen Gesamtwillen zum Ausdruck, wird es zur bewußten Persönlichkeit.

In diesem Sinne haben sich die Stämme deutschen Namens und deutscher Sprache zu einer Nation das eine Mal früher, das andre Mal später als jedes andre europäische Volk zusammengeschlossen, beidemal durch ein Zusammenwirken kriegerischer Gewalt und innerer Umgestaltungen. Zwischen beiden Einigungen liegt eine lange Periode der Auflösung und der Umbildung, in der das Gefühl nationaler Gemeinschaft fast erstorben, also auch eine deutsche Nation im wahren Sinne des Worts nicht vorhanden war. Die erste mittelalterliche national-politische Einheit war ein künstliches Produkt ohne feste Verwurzelung im Boden der damaligen Kultur; sie beruhte zuerst auf fremder Waffengewalt, später auf der Nachwirkung und Übertragung antiker Ideen, die natürlich nur die leitenden Kreise beherrschten; sie ging keineswegs aus den innern Bedürfnissen und Bestrebungen der deutschen Stämme hervor, die vielmehr zur Auflösung in zahllose kleine Gruppen neigten, da äußere Feinde nur vorübergehend drohten. Das Gesamtbewußtsein, das sie hervorrief, war deshalb eine vorwiegend ablehnende Empfindung andern Völkern gegenüber, und die Einheit war deshalb schon im Zusammenbrechen, als die wirtschaftlichen Zustände soweit gereift waren, daß sie die Grundlagen zu einer strengeren Einheit dargeboten hätten. Die zweite Einigung dagegen, die moderne, folgte aus der wirtschaftlichen und geistigen Einheit, die ihr voranging, und aus dem Zwange, sich inmitten längst geeinigter großer Völker selbständig zu behaupten; sie ergab sich also aus lebendig empfundnen Bedürfnissen und trägt darum die Bürgschaft der Dauer in sich, allen Nöten der Gegenwart zum Trotz.

Wenn die mittelalterliche Einheit dadurch begünstigt wurde, daß die Bevölkerung Deutschlands trotz aller Stammesgegensätze weit einheitlicher war als die irgendeines andern west- oder mitteleuropäischen Landes, so ist der nationale und der politische Zusammenschluß beidemal durch Umstände äußerlicher und innerlicher Art weit mehr erschwert worden, als bei jedem andern großen europäischen Volke. Die zentrale Lage Deutschlands ohne abschließende Naturgrenzen außer im Süden, wo doch auch die Alpen, weil sie das zugänglichste aller Hochgebirge sind, keine unüberschreitbare Schranke darstellen, öffnete das deutsche Land von jeher allen fremden Einwirkungen und

bot seinen eignen überströmenden Volkskräften kein Hindernis, sich nach allen Richtungen hin zu ergießen. Die Gestaltung des deutschen Bodens erleichterte die Bildung abgeschlossener Volksgruppen und erschwerte zugleich den Eintritt Deutschlands in den Zusammenhang des großen, vom Mittelmeer ausgehenden Weltverkehrs, also seine wirtschaftliche Entwicklung. Denn zwar bildet der Boden Deutschlands im allgemeinen eine große Abdachung von den Alpen bis an die Nord- und die Ostsee, aber gleichmäßig setzt sich diese nur längs des Rheines fort; im übrigen Deutschland wird sie von einem breiten Gebirgsgürtel unterbrochen, der unter verschiednen Namen vom rheinischen Schiefergebirge bis zu den Karpathen in ostsüdöstlicher Richtung läuft und den Römern als eine große Einheit, als der herzynische Wald erschien. Der südlichste Teil dieser Abdachung aber neigt sich zugleich der Donau entlang nach Südosten. So entsteht eine Dreiteilung des deutschen Bodens in die Rheinlande, das Donauland und das Land im Norden des westöstlichen Mittelgebirgszugs, dessen Flüsse alle auf diesem entspringen und einander parallel nach Norden ziehn, im größten Teile ihres Laufs schiffbar. Während dieses norddeutsche Gebiet sich nach Süden und Westen ziemlich abschließt, schieben sich Donau- und Rheinland ineinander; jenes reicht im Westen bis an den Schwarzwald, dieses mit dem Maintale ostwärts bis in die Mitte des herzynischen Gürtels, der nun wieder gerade hier einen jene beiden Gebiete vom obern Elbgebiet scharf trennenden Gebirgszug, den böhmisch-bayrischen Wald, nach Südosten entsendet.

Eine natürliche und bequeme Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland und zugleich mit Südeuropa bestand also nur im Westen längs des Rheins; die übrigen Hauptteile sind von Natur so scharf getrennt, daß es ebenso schwer sein mußte, den Westen mit dem Osten wie den Süden mit dem Norden zusammenzufassen. Das natürliche Zentralland des germanischen Mitteleuropas wäre Böhmen gewesen, das Gebiet der obern Elbe, das sich zugleich mit dem Rheinlande (durch den Mainlauf) nahe berührt und vom Donaulande nur durch eine niedrige Wasserscheide gesondert ist. Aber diese natürliche Hochburg ging frühzeitig, noch ehe das Land von den Germanen fest besiedelt war, an ein zähes fremdes Volkstum verloren.

Das ist teils Ursache, teils Folge davon, daß sich die Wohnsitze und damit die politischen Zentralstätten des deutschen Volkstums durch Wanderung und Kolonisation in einer nirgends sonst in Europa vorkommenden Weise fortwährend von Osten nach Westen, vom Norden nach dem Süden und umgekehrt verschoben, so daß jede Stetigkeit der politischen Machtentwicklung in der deutschen Geschichte viele Jahrhunderte lang fehlte, und eine nationale Hauptstadt wie Paris und London oder Moskau und Rom sich nicht bildete.

Neben diesen äußern Gründen wirkten innere Gründe erschwerend und hemmend: der trotzige Individualismus des deutschen Wesens, der einer straffen staatlichen Unterordnung widerstrebte und sich gern in kleinen Kreisen abschloß, der tiefgewurzelte Idealismus, der um geistiger Interessen willen die stärksten Forderungen politischer und nationaler Natur vernachlässigte und deshalb sogar die nationale Einheit durch den Streit um die Verwirklichung kirchlicher Ideale zweimal gefährdet hat und noch heute durch soziale Ideale gefährdet, endlich ein ungewöhnlich hohes Maß von Empfänglichkeit für fremde Vorzüge und Einflüsse, die nur allzuhäufig die Verleugnung, ja das Aufgeben des eignen Volkstums verursacht hat. Dies alles hat in seinem Zusammenwirken nicht nur dazu geführt, daß sich der schon einmal errungne nationale Zusammenschluß wieder auflöste und sich nur unter den schwersten Kämpfen wiederherstellen ließ, sondern daß die politische Einheit auch heute noch ansehnliche Teile der Nation nicht mit umschließt, ja daß einzelne Gruppen der deutschen Sprachgenossen sogar das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit verloren haben und zu den Deutschen überhaupt gar nicht mehr zählen wollen.

Aber die große Masse der Deutschen, die Deutschen Österreichs einbegriffen, bildet heute unzweifelhaft wieder einen geschlossenen Körper, eine Nation im modernen Sinne. Das Werden und die Wandlungen dieses Körpers in knapper Fassung und in einer jedem Gebildeten verständlichen Weise darzustellen, die großen Richtlinien möglichst scharf herauszuheben, das ist die Aufgabe der vorliegenden Arbeit. Indem sie darum selbstverständlich auf jede breitere Ausmalung verzichtet, wie sie die größere Deutsche Geschichte des Verfassers

versucht, will sie doch nicht ein bloßes Gerippe, sondern eine fortlaufende, zusammenhängende Erzählung und nicht nur Fürsten- und Kriegsgeschichte, sondern Volksgeschichte geben und demnach allen Seiten der Entwicklung in ihrem innern Zusammenhange möglichst gerecht werden. Aber sie geht dabei von der Überzeugung aus, daß nicht die materiellen Verhältnisse allein oder auch nur immer vorwiegend die Geschicke der Völker und also auch das Werden der deutschen Nation bestimmt haben und noch bestimmen, sondern ebensosehr die geistigen Mächte, der Grundcharakter eines Volks, der sich wenig verändert, die großen Ideen und die großen Persönlichkeiten, die, in ihrer Entwicklung wie in ihrem Kerne der menschlichen Erkenntnisfähigkeit unerfaßlich, die Ideen aufstellen oder ergreifen und zur Verwirklichung zu führen suchen. Sie sieht darum nach wie vor im Staate, in der organisierten Gesellschaft, die höchste Leistung des irdischen Menschen, in der Darstellung staatlicher Wandlungen und sittlicher Taten nicht die alleinige, aber die erste und nächste Aufgabe aller Geschichtsschreibung, die vor allem doch erzählen soll, und sie bekennt sich zu dem schlichten Glauben an eine höhere Leitung der menschlichen Dinge, ohne sich zu vermessen, sie im einzelnen nachweisen zu wollen.

Da die politisch-nationale Entwicklung in den Vordergrund gerückt ist, so sind danach, nicht nach kulturgeschichtlichen Gesichtspunkten, die sich doch bei jedem Volke wiederholen, die Bezeichnungen der großen Perioden gewählt. Natürlich können diese den Inhalt des Zeitraums nicht erschöpfend angeben, aber Überschriften sind auch keine Definitionen. Zu den in den ersten beiden Teilen behandelten fünf Perioden (die Wanderzeit, die Stammeszeit, die deutsch-römische Kaiserzeit, die landesfürstlich-städtische, die landeskirchlich-ständische Zeit) bringen die letzten Teile noch *drei* Abschnitte (die preußisch-österreichische Zeit, die deutsche Kaiserzeit, die deutsche Republik). Schon ein Blick auf diese kurzen Bezeichnungen läßt erkennen, wie gewunden der Gang unsrer Geschichte ist, welche Größe und welche tiefe Tragik sie birgt. Daraus ergibt sich aber auch, wieviel Ursache gerade wir Deutschen haben zum Stolze auf der einen, zur Selbsteinkehr auf der andern Seite. Denn „die Menschen sind die Zeiten“.

Erster Zeitraum

Die Wanderzeit

bis gegen 500 n. Chr.

Germanen und Römer bis zur Herstellung fester Grenzen um 100 n. Chr.

Die Geschichte der Deutschen beginnt nicht erst von dem Augenblick an, wo ein glücklicher Zufall die Aufmerksamkeit eines gebildeten griechischen Reisenden auf sie lenkte, sondern von ihrer Lösung aus der arischen Völkerfamilie. Wo und wann diese erfolgt ist, wissen wir nicht, vermutlich in den Weidegebieten an der mittlern Wolga; von dort aus sind dann die Vorfahren der Germanen durch das jetzt russische Tiefland Osteuropas, vermutlich die Weichsel abwärts, in langsamer, vielleicht jahrhundertelang dauernder Wanderung in das weite, von Grassteppen, Sümpfen und Wäldern bedeckte Flachland zwischen der untern Weichsel und der untern Weser, der Ostsee und den mitteldeutschen Waldgebirgen eingerückt, wo sie eine spärliche Urbevölkerung vorfanden und unterwarfen. Sie brachten schon einen gewissen Kulturbesitz mit, eine reich entwickelte, bildsame Sprache, die Grundzüge des Götterglaubens, die feste Ordnung der Familie und des Geschlechts, die ersten Anfänge des Ackerbaus neben noch völlig überwiegender nomadischer Vieh- und Weidewirtschaft und einer ansehnlichen Technik in der Anfertigung steinerner Werkzeuge, deren sie sich noch ausschließlich bedienten. Andre Teile der Germanen waren schon viel früher nordwärts nach der jütischen Halbinsel und den dänischen Inseln, noch andre nach den Fjorden und Skären des Felslandes Skandinavien gezogen, dessen finnische Urbevölkerung sie langsam ins Innere und nach Norden zurückdrängten. So spalteten sie sich in drei große Gruppen: die Nordgermanen, die diesen nahestehenden Ostgermanen und die wesentlich von beiden verschiednen Westgermanen.

Die ganze Geschichte der Germanen beruht nun auf der Art, wie sie mit der vorgeschrittneren Kultur der Mittelmeervölker in Verbindung traten, und auf der Zeit, wo dies geschah. Die ersten noch indirekten Beziehungen knüpfte der etruskische Bernstein- und Bronzehandel von der mittlern Donau und vom Adriatischen Meer her nach der Ostsee, der schon vor 600 v. Chr. begann und die Nordvölker mit bessern Werkzeugen und Geräten versorgte, sie auch bald zu selbständiger Nachahmung antrieb. Noch schoben sich zwischen die Germanen und die Mittelmeervölker in breiter Ausdehnung die stammverwandten Kelten, die das ganze jetzige Westdeutschland bis zur untern Weser und ebenso den ganzen Süden des heutigen Deutschlands erfüllten und bei den Germanen nach ihrem dortigen Hauptstamme, den Volken (Volcae, d. i. die Schnellen), Walchâs, Walchôs (Walen, Welsche) hießen. Diese Grenzen standen wohl im allgemeinen noch fest, als um 330 v. Chr. ein Zeitgenosse Alexanders des Großen, der griechische Kaufmann Pytheas von Massilia, in seinem Eifer, die Bernsteinländer selbst zu erkunden, über die Orkaden (Thule) und England die Dünenküste der Nordsee besuchte. Als er die Mündung der Elbe erreichte, erfuhr er, daß dieser Fluß die Kelten von den Skythen trennte. Und er zuerst hörte dort den Namen eines unzweifelhaft germanischen Stammes, der Gutonen (Goten).

Bis dahin kann die Entwicklung der Nord- und der Südgermanen keine großen Unterschiede gehabt haben. Ihr Schicksal schied sich erst, als kurz nach 300 v. Chr. die westlichen Germanenstämme den breiten Gürtel von Moor, Urwald und Gebirge, der sie vom rheinischen Schiefergebirge her quer durch Mitteldeutschland bis an die große osteuropäische Ebne von den Kelten schied, den herzynischen Wald, durchbrachen. Den Anlaß dazu muß die wachsende Bevölkerungszahl gegeben haben, die Folge war die letzte große keltische Wanderung, die bald nach 300 den größten Teil der süddeutschen Keltenstämme nach Böhmen (die Bojer), Mähren und die Donau abwärts bis nach Kleinasien führte. In die von ihnen verlassenen Wohnsitze rückten die Chatten (in Hessen) und die Markomannen (im Mainlande) ein; andre Stämme breiteten sich über die Weser hinüber bis zum untern Rheine, vielleicht auch noch über diesen aus, überall Reste keltischer Bewohner vorfindend und sich unterwerfend, von denen sie zahlreiche Orts- und Flußnamen übernahmen. Ein Nachklang dieser erobernden Wanderung sind die Züge der Cimbern und der vielleicht keltischen Teutonen. Nicht wegen ihres Erfolges sind sie merkwürdig, sondern weil hier ganze Germanenvölker, nicht Auswandrerhaufen, zuerst den Versuch machten, unmittelbar in das Gebiet des Mittelmeers einzudringen. Nach jahrelangem Umherirren und ungeheuern, aber fruchtlosen Siegen erst an der Rhone, dann in Spanien erlag ihre rauhe Naturkraft 102 bei Aquä Sextiä (Aix), 101 bei Vercellä der überlegnen römischen Taktik. Aber dreißig Jahre später überschritten suebische, vorwiegend chattische Scharen unter Ariovist als gemietete Hilfstruppen der Sequaner (an der Saone) in ihrem Kampfe gegen die Äduer (um Autun) den Rhein, machten sich bald, durch Nachzüge verstärkt, zu Herren ihrer Dienstherren und stellten die Frage, ob Gallien germanisch oder römisch werden sollte. Denn schon stand der Eroberer Galliens, C. Julius Cäsar, ihnen gegenüber. Durch seinen Sieg nicht weit von Belfort im Jahre 58 warf er die Germanen hinter den Rhein zurück; er nötigte 55 ebenso die Usipeter und Tenkterer, die schon um Kleve und Nimwegen lagerten, zur Rückkehr hinter den Strom, den er selbst zweimal, 55 und 53, auf kühnen Erkundungsfahrten überschritt. Die erste große germanische Wanderung war zum Stehen gebracht, der Rhein die Grenze des römischen Reichs geworden, damit aber auch die Mittelmeerkultur, die bis dahin den Germanen nur durch keltische Vermittlung nähergebracht worden war, ihnen unmittelbar vor Augen gerückt. Fortan bestimmten Germanen und Römer in Krieg und Frieden gegenseitig ihr Schicksal.

Der Gegensatz war ungeheuer. Auf der einen Seite stand eine straffe politische und militärische Ordnung, die schon die gesamte Mittelmeerwelt umspannte, eine durchaus städtische oder wenigstens städtischer Entwicklung zustrebende Kultur mit einer ausgebildeten Geldwirtschaft, regem Handel und blühendem Gewerbe, mit einem immer mehr steigenden Übergewichte des Großbesitzes und der Sklavenarbeit, endlich eine großartig entfaltete Kunst und Literatur, die freilich ihren Höhepunkt schon überschritten und die alte Sitteneinfalt mit dem alten Götterglauben längst zerstört hatte. Auf der andern Seite eine

Anzahl von vereinzelten Stämmen, die noch nicht einmal einen einheimischen gemeinsamen Namen hatten, sondern einen solchen — Germani, d. i. vermutlich Nachbarn — erst von den Kelten empfingen und das Bewußtsein politischer Zusammengehörigkeit ganz entbehrten, die Erinnerung an gemeinsame Abkunft nur teilweise festhielten, eine noch in den Anfängen stehende halbnomadische Bodenkultur mit dürftigem Ackerbau und überwiegender Jagd- und Weidewirtschaft ohne Geld und fast ohne Verkehr, eine dünne Bevölkerung, gruppenweise in kleinen Lichtungen des unermeßlichen Urwalds oder auf trocknen, sandigen Höhen inmitten von Sumpf und Bruch in dürftigen Holzhütten hausend, ohne Literatur und ohne Kunst, aber mit reicher Phantasie begabt, voll Ehrfurcht vor den Göttern, von naiver, fester Sittlichkeit, ein Volk nicht von Bauern, sondern von trotzigen freien Kriegern, die zwar im Osten das alte Königtum noch festhielten, im Westen es aber schon fast überall abgeworfen hatten. Am nächsten standen den Römern die Westgermanen diesseits der Elbe, die in ihrer Stammessage die Erinnerung an einen einheitlichen Ursprung festhielten und sich in die drei Gruppen der Ingävonen (Friesen, Chauken, Cimbern, Sachsen) längs der Nordsee, der Istävonen (im wesentlichen die spätern Franken) rechts vom mittlern Rhein und der Herminonen (Chatten, Cherusker, Hermunduren) weiter landeinwärts in Hessen, um den Harz und in Thüringen schieden. Die Gruppe der Sueben (d. i. Schläfer, ursprünglich ein Spottname) umfaßte einen Teil der Herminonen (Chatten, Hermunduren) mit nicht zu ihnen gehörigen Stämmen, wie die Markomannen, die Semnonen in Brandenburg u. a., und bildete, wie es scheint, einen Kultverband. Ganz getrennt durch Sprache und Sitte erfüllten im Osten jenseit der Tollense Recknitz, Oder und Neiße die Goten- und Vandalenvölker die älteste europäische Heimat der Germanen bis über die untere Weichsel hinaus und bis nach Schlesien hinein.

Gegen diese Völker angriffsweise vorzugehn lag der römischen Staatskunst auch dann noch lange Zeit fern, als das Kaisertum, d. h. der einheitliche lebenslängliche Heerbefehl in Verbindung mit der Verwaltung der gefährdeten Außenprovinzen und der Leitung des Senats, endgültig begründet worden war. Die Grenzen des Weltreichs sollten Rhein,

Donau und Euphrat bilden, und sie wurden es. Den Rhein zu überschreiten war Kaiser Augustus anfangs so wenig gewillt, daß er eher bedrängte germanische Stämme, wie die Ubier und einen Teil der Sugambrer, am linken Rheinufer (um Köln) aufnahm, als daß er sie drüben in ihrer alten Heimat geschützt hätte. Erst als die Beunruhigung des kaum gesicherten und neugeordneten Galliens durch germanische Streifscharen nicht aufhören wollte, und im Jahre 16 v. Chr. die fünfte Legion unter M. Lollius im rechtsrheinischen Lande eine empfindliche Schlappe erlitten hatte, faßte Augustus den entscheidenden Entschluß, Germanien bis zur Elbe zu unterwerfen. Es sollte keine Eroberung um ihrer selbst willen sein, sondern eine angriffsweise geführte Verteidigung, um das sich nur langsam an die römische Herrschaft gewöhnende Gallien, das wichtigste Kolonialland Roms und die Vormauer Italiens, für alle Zukunft zu schützen. Der Erfolg war zunächst glänzend. Nachdem im Jahre 15 v. Chr. die Herrschaft über die Alpen gesichert war, unterwarfen des Kaisers gleichbegabte Stiefsöhne Drusus und Tiberius in einer Reihe vorzüglich geleiteter Feldzüge von 12 v. Chr. bis 5 n. Chr. das germanische Land bis zur Elbe, und derart wirkte der Druck der römischen Macht auch auf tiefer landeinwärts sitzende Stämme, daß Marbod (d. i. der Rossekämpfer) die Markomannen aus dem Mainlande nach Böhmen hinüberführte, das von den keltischen Bojern schon um 60 v. Chr. verlassen worden war und nur noch ihren Namen bewahrte (Bojohämum, d. i. Bojerheimat). Zwar mißlang der letzte gewaltige Stoß auf das Markomannenvolk von Mainz und Carnuntum (Petronell unterhalb Wien) her im Jahre 6 n. Chr., weil ein furchtbarer Aufstand der Pannonier im Drau- und Savelande die Römer im Rücken bedrohte, und Marbod konnte seine Königsherrschaft von Böhmen aus über das ganze Flachland zwischen Elbe und Oder ausdehnen. Der eiserne Ring, der die Germanen von der mittlern Donau bis zur Elbmündung umspannen sollte, wurde also nicht geschlossen. Aber das westliche Deutschland zwischen Rhein und Elbe schien der römischen Herrschaft verfallen zu sein. Überall gab es eine römische Partei unter den Edeln der Stämme, das römische Bürgerrecht und die römische Ritterwürde wurden freigebig ausgeteilt, und scharenweise

Anzahl von vereinzelten Stämmen, die noch nicht einmal einen einheimischen gemeinsamen Namen hatten, sondern einen solchen — Germani, d. i. vermutlich Nachbarn — erst von den Kelten empfingen und das Bewußtsein politischer Zusammengehörigkeit ganz entbehrten, die Erinnerung an gemeinsame Abkunft nur teilweise festhielten, eine noch in den Anfängen stehende halbnomadische Bodenkultur mit dürftigem Ackerbau und überwiegender Jagd- und Weidewirtschaft ohne Geld und fast ohne Verkehr, eine dünne Bevölkerung, gruppenweise in kleinen Lichtungen des unermeßlichen Urwalds oder auf trocknen, sandigen Höhen inmitten von Sumpf und Bruch in dürftigen Holzhütten hausend, ohne Literatur und ohne Kunst, aber mit reicher Phantasie begabt, voll Ehrfurcht vor den Göttern, von naiver, fester Sittlichkeit, ein Volk nicht von Bauern, sondern von trotzigen freien Kriegern, die zwar im Osten das alte Königtum noch festhielten, im Westen es aber schon fast überall abgeworfen hatten. Am nächsten standen den Römern die Westgermanen diesseits der Elbe, die in ihrer Stammessage die Erinnerung an einen einheitlichen Ursprung festhielten und sich in die drei Gruppen der Ingävonen (Friesen, Chauken, Cimbern, Sachsen) längs der Nordsee, der Istävonen (im wesentlichen die spätern Franken) rechts vom mittlern Rhein und der Herminonen (Chatten, Cherusker, Hermunduren) weiter landeinwärts in Hessen, um den Harz und in Thüringen schieden. Die Gruppe der Sueben (d. i. Schläfer, ursprünglich ein Spottname) umfaßte einen Teil der Herminonen (Chatten, Hermunduren) mit nicht zu ihnen gehörigen Stämmen, wie die Markomannen, die Semnonen in Brandenburg u. a., und bildete, wie es scheint, einen Kultverband. Ganz getrennt durch Sprache und Sitte erfüllten im Osten jenseit der Tollense Recknitz, Oder und Neiße die Goten- und Vandalenvölker die älteste europäische Heimat der Germanen bis über die untere Weichsel hinaus und bis nach Schlesien hinein.

Gegen diese Völker angriffsweise vorzugehn lag der römischen Staatskunst auch dann noch lange Zeit fern, als das Kaisertum, d. h. der einheitliche lebenslängliche Heerbefehl in Verbindung mit der Verwaltung der gefährdeten Außenprovinzen und der Leitung des Senats, endgültig begründet worden war. Die Grenzen des Weltreichs sollten Rhein,

Donau und Euphrat bilden, und sie wurden es. Den Rhein zu überschreiten war Kaiser Augustus anfangs so wenig gewillt, daß er eher bedrängte germanische Stämme, wie die Ubier und einen Teil der Sugambrer, am linken Rheinufer (um Köln) aufnahm, als daß er sie drüben in ihrer alten Heimat geschützt hätte. Erst als die Beunruhigung des kaum gesicherten und neugeordneten Galliens durch germanische Streifscharen nicht aufhören wollte, und im Jahre 16 v. Chr. die fünfte Legion unter M. Lollius im rechtsrheinischen Lande eine empfindliche Schlappe erlitten hatte, faßte Augustus den entscheidenden Entschluß, Germanien bis zur Elbe zu unterwerfen. Es sollte keine Eroberung um ihrer selbst willen sein, sondern eine angriffsweise geführte Verteidigung, um das sich nur langsam an die römische Herrschaft gewöhnende Gallien, das wichtigste Kolonialland Roms und die Vormauer Italiens, für alle Zukunft zu schützen. Der Erfolg war zunächst glänzend. Nachdem im Jahre 15 v. Chr. die Herrschaft über die Alpen gesichert war, unterwarfen des Kaisers gleichbegabte Stiefsöhne Drusus und Tiberius in einer Reihe vorzüglich geleiteter Feldzüge von 12 v. Chr. bis 5 n. Chr. das germanische Land bis zur Elbe, und derart wirkte der Druck der römischen Macht auch auf tiefer landeinwärts sitzende Stämme, daß Marbod (d. i. der Rossekämpfer) die Markomannen aus dem Mainlande nach Böhmen hinüberführte, das von den keltischen Bojern schon um 60 v. Chr. verlassen worden war und nur noch ihren Namen bewahrte (Bojohämum, d. i. Bojerheimat). Zwar mißlang der letzte gewaltige Stoß auf das Markomannenvolk von Mainz und Carnuntum (Petronell unterhalb Wien) her im Jahre 6 n. Chr., weil ein furchtbarer Aufstand der Pannonier im Drau- und Savelande die Römer im Rücken bedrohte, und Marbod konnte seine Königsherrschaft von Böhmen aus über das ganze Flachland zwischen Elbe und Oder ausdehnen. Der eiserne Ring, der die Germanen von der mittlern Donau bis zur Elbmündung umspannen sollte, wurde also nicht geschlossen. Aber das westliche Deutschland zwischen Rhein und Elbe schien der römischen Herrschaft verfallen zu sein. Überall gab es eine römische Partei unter den Edeln der Stämme, das römische Bürgerrecht und die römische Ritterwürde wurden freigebig ausgeteilt, und scharenweise

stellte sich die kriegslustige Jugend zu den römischen Hilfstruppen. Zwar die Standlager der römischen Legionen (damals fünf) blieben am Rhein, weil nur von dort aus zugleich Gallien in Schach gehalten werden konnte; aber einzelne feste Plätze wurden auch im Innern angelegt (so vor allem Aliso und Haltern an der Lippe), und römische Militärstraßen begannen das Land zu durchziehn; im Sommer lagerten wohl auch die Legionen tief im Binnenlande, und unter dem Statthalter P. Quintilius Varus begann die Einführung römischer Provinzialordnung.

Es war zu früh. Der Groll der freien Germanen über die „Ruten und Beile" ermöglichte es Armin, einem jungen Manne aus dem Königsstamme der Cherusker, den römische Ehren und römischer Dienst nicht seiner Heimat entfremdet hatten, wie seinen Bruder Flavus, einen entschlossenen Widerstand zu organisieren. Mit einem Gemisch von Umsicht, Kühnheit und Hinterlist, das den Römern völlig unerwartet kam, gelang es ihm zunächst, einige Stämme des Nordwestens, Cherusker, Chatten, Marser und Brukterer, trotz Eigensinns und Eifersucht und Untreue einzelner, zu einem geheimen Kriegsbunde zu vereinigen, dann den noch mehr sorglosen und vertrauensseligen als unfähigen Varus, der mit drei Legionen und schwachen Hilfstruppen, im ganzen etwa 20 000 Mann, im Sommerlager um Minden stand, auf dem Marsche nach seiner Verbindungsstraße über Aliso nach Castra vetera (auf dem Forstenberge bei Xanten gegenüber Wesel) in Wald und Moor mit Übermacht anzufallen. So ging im September des Jahres 9 n. Chr. das römische Heer, eingeklemmt zwischen Bergwald und Moor, im „Teutoburger Walde", wahrscheinlich doch nahe bei Detmold und der Grotenburg im Osning, in dreitägigen verzweifelten Marschgefechten fast ganz zugrunde. Auch Aliso wurde geräumt, nur die Nordseeküste bis zur Ems behauptet; sonst war die römische Herrschaft wieder bis an den Rhein zurückgeworfen.

Es war ein schweres Mißgeschick, doch bei weitem nicht so schwer wie mancher Unglückstag der ältern römischen Kriegsgeschichte, und es ist nicht zweifelhaft, daß das römische Weltreich die Wiederunterwerfung Westgermaniens hätte durchführen können, wenn der Entschluß dazu vorhanden gewesen

wäre. Doch dieser Entschluß blieb aus. Der alternde Augustus hielt den Preis nicht des Kampfes wert, zumal da dieser ohne eine ansehnliche Vermehrung der an sich schwachen Heeresmacht (im ganzen nicht mehr als 300 000 Mann) unmöglich gewesen wäre, und eine solche glaubte der Kaiser aus innerpolitischen Gründen nicht wagen zu können. Er verzichtete also auf die Erneuerung des Unterwerfungskrieges und begnügte sich, die Zahl der Rheinlegionen bis auf acht zu bringen, also fast den dritten Teil der ganzen Armee an der germanischen Front in großen Standlagern und kleinen Kastellen (Saalburg) zu vereinigen. Auch sein Nachfolger Tiberius ging von dieser Politik nicht mehr ab. Er ließ nur zu, daß sein Adoptivsohn Germanikus, der Sohn des Drusus, in glänzenden, aber im Grunde ergebnislosen und höchst verlustreichen Feldzügen gegen den Cheruskerbund 14 bis 16 n. Chr. die römische Waffenehre wiederherstellte und den nächsten Streifen des rechten Rheinufers bis Aliso wieder in Besitz nahm; als das geschehen war, rief er ihn ab. Und doch war es ein weltgeschichtlicher, schwerer, verhängnisvoller Verzicht. Der römischen Tatkraft, die im Innern kaum mehr etwas zu tun fand, fehlte seitdem ein großes Ziel, und Germanien blieb frei.

Wenn dies geschah, so war es wesentlich das Verdienst des einen Mannes, des ersten großen Feldherrn und Staatsmanns der Germanen. Armin hatte auch jetzt den Kriegsbund zusammengehalten und war im Kriege unbesiegt geblieben; er hatte es ertragen, daß sein geliebtes Weib Thusnelda vom eignen Vater, dem Römling Segest, den Römern ausgeliefert wurde, und daß sein Bruder ein Landesverräter blieb, und er hat wohl daran gedacht, eine dauernde politische Schöpfung aufzurichten. Darüber geriet er im Jahre 17 mit Marbods Markomannenreich in offenen Kampf. Er blieb insofern Sieger, als Marbod, sich geschlagen gebend, nach Böhmen zurückwich und schon im nächsten Jahre, von Unzufriednen gestürzt, auf römisches Gebiet übertrat und die Markomannen in eine gewisse Abhängigkeit von Rom brachte; aber sein Versuch, die herzogliche Gewalt über die Cherusker und wohl auch über andre Stämme in eine königliche zu verwandeln, mißlang, und er fiel im Jahre 21 unter dem Schwerte seiner Geschlechtsgenossen durch schnöden Verrat, wie der Siegfried der

Sage (in dem er vielleicht fortlebt), erst siebenunddreißig Jahre alt. Aber der „Befreier Germaniens“ blieb er darum doch, und sein Gedächtnis feierte das Heldenlied.

Nach dem Zerfalle der beiden großen Machtbildungen im Nordwesten und im Südosten verzehrten sich die Stämme der Germanen in innern Kämpfen, die offenbar aus der Notwendigkeit, ihre Sitze zu erweitern, entsprangen, und wurden, wie Tiberius, der sie genau kannte, vorausgesehen hatte, den Römern ungefährlich. Auch ein von den Batavern im Jahre 69/70 unter Claudius Civilis unternommner Aufstand, der aus dem stolzen Korpsgeiste dieser tapfern Hilfsvölker gegenüber den Legionen entsprang, dann aber eine Reihe niederrheinischer Stämme mit fortriß, änderte nichts an der Abhängigkeit des Stammes. Andrerseits hatten die Römer schon seit 47 alle Besatzungen vom rechten Ufer des Niederrheins zurückgezogen. Nur am Mittel- und am Oberrhein erweiterten sie seit den Flavischen Kaisern ihre Grenzen, indem sie das fast unbewohnte, früher keltische, niemals germanische Land in dem Winkel zwischen Rhein und Donau mit gallischen Ansiedlern besetzten (die agri decumates, d. i. Zehntland) und durch eine ausgedehnte, 542 Kilometer lange militärisch überwachte Grenzsperre (limes) von Rheinbrohl gegenüber der Ahrmündung bis Kelheim an der obern Donau sicherten. Die Standlager der Legionen blieben nach wie vor am linken Rheinufer (Castra vetera, Neuß, Bonn, Mainz, Straßburg), die Zahl der Legionen aber wurde allmählich auf vier vermindert, denn die Germanen schienen erledigt, und der militärische Schwerpunkt des Reiches lag seit der Eroberung Daziens unter Trajan (101/2 und 105/7) an der untern Donau.

Wenn damals die Germanen ihre Angriffskraft eingebüßt zu haben schienen, so war das eine mittelbare Wirkung der römischen Kultur und Politik. Diese Kultur ging zunächst nicht von einer planmäßigen friedlichen Kolonisation römisch sprechender Einwandrer aus, sondern von den Standlagern, an die sich zunächst kleine bürgerliche Ortschaften schlossen. Später, wenn die Bewohnerschaft namentlich auch durch die sich hier ansiedelnden entlassenen Soldaten zahlreich und gebildet genug war, erhielten diese Orte in vielen Fällen römisches Standrecht, wie Xanten bei Castra vetera und Castel bei Mainz unter Trajan. Wirkliche Kolonien, d. h. Städte mit Festungscharakter, sind im Rheinlande nur sehr wenige gegründet worden, nämlich Augst bei Basel schon unter Augustus, Köln (Colonia Agrippinensis) und Trier (Augusta Treverorum) unter Claudius. Im Donau- und Alpenlande, wo bis auf Marc Aurel nur schwache Besatzungen in kleinen Kastellen lagen, drang das römische Element mehr auf friedlichem Wege ein und ließ allmählich ansehnliche Städte entstehen, wie Augusta Vindelicorum (Augsburg), Brigantium (Bregenz), Ovilava (Wels), Juvavum (Salzburg); nur an der mittlern Donau gab es seit Vespasian große Legionslager, Vindobona (Wien) und Carnuntum (Petronell). Das Ergebnis war überall eine römisch-keltische halb militärische Mischkultur und eine römisch-keltische Mischbevölkerung. Römisch in Sprache und Sitte und Bauweise waren die städtischen Ortschaften und ihre nächste Umgebung, aber sie lagen wie Inseln mitten in einer keltischen und noch im vierten Jahrhundert keltisch sprechenden Bevölkerung, und das wirtschaftliche Dasein war ganz wesentlich auf den Landbau begründet, der hierher die römische Dreifelderwirtschaft und seit der Mitte des dritten Jahrhunderts auch den Weinbau verpflanzte. Immerhin drückte das römische Wesen, da sich das keltische Nationalbewußtsein, soweit ein solches überhaupt vorhanden gewesen war, rasch zersetzte, dem ganzen Grenzlande den Stempel auf, und schon in der zweiten Hälfte des ersten Jahrhunderts rekrutierten sich die rheinischen Legionen überwiegend aus gebornen Provinzialen mit römischem Bürgerrecht, die in schroffem, landschaftlich gefärbtem Korpsgeist den Legionen von der Donau und aus Syrien gegenüberstanden. Das Geheimnis dieser Erfolge liegt nicht nur in der Überlegenheit der städtischen römischen Kultur, sondern auch und vor allem in dem streng festgehaltnen römischen Grundsatz, den Unterworfnen dann erst und nur dann die politische Gleichberechtigung zu gewähren, wenn sie sich in Sitte und Sprache romanisiert hatten.

Auf die Germanen wirkte weniger der Anblick der römischen Kultur an ihren Grenzen, als der harte Zwang, den ihnen die römische Grenzsperre auferlegte. Denn diese verhinderte sie an willkürlicher Ausdehnung ihres Gebiets und nötigte wenigstens die westlichen Stämme zu einer etwas in-

tensiveren Bodennutzung. Als die einwandernden Germanen ihr Land in Besitz nahmen, hatten die einzelnen Stämme ihr Gebiet zunächst wohl nach der einzigen Organisation verteilt, die ein wanderndes Volk haben kann, der militärischen. Jeder Hundertschaft, d. i. 120 Kriegern, die mit ihren Familien ohne die Knechte etwa 600 bis 500 Seelen zählten, wurde ein Landstrich von einigen Geviertmeilen (zwei bis sechs) zu gemeinsamer Nutzung zugewiesen, Urwald, Sumpf, Heide, Weideland und fruchtbarer Boden. Davon wurde nur ein kleiner Teil für die Aussaat von Sommergetreide benützt, und zwar jedes Jahr ein andres Stück, so daß die Ackerflur gewissermaßen durch das ganze anbaufähige Land wanderte (wilde Feldgraswirtschaft), und mit ihr die aus leichten Holzhütten bestehenden Niederlassungen. Auch als nach Cäsars Zeit der Anbau bedeutender und im Westen die Seßhaftigkeit erzwungen wurde, blieb der Ackerbau Nebensache; die Hauptsache waren Jagd und Viehzucht, und die Wirtschaft war noch ganz sozialistisch, so daß der einzelne ein Eigentumsrecht nur an der Fahrnis (einschließlich des Hauses) und an den Viehherden, am Boden nur ein Nutzungsrecht hatte. Nun wuchs auch das Dorf (niederdeutsch thorp, lateinisch turba, Haufe) am Boden fest (lar, Ort, Fritzlar), an einem Wasser (affa, daher Asch—affen—burg, Burg am Eschenwasser), an einer Quelle (mar, daher Geis—mar), am Wald (loh, Güters—loh); als Ackerland wurde ein bestimmter, ihm näherliegender Teil der Flur ausgeschieden, innerhalb dessen noch alljährlich zwischen Pflugland (Esch) und Weideland (Dreesch) gewechselt wurde; alles übrige blieb für Holzschlag, Weidegang, Jagd und Fischfang (später Allmende, gemeine Mark) liegen, und auch am Pflugland hatte jede Familie nur Nutzungsanteile. Da das für den Anbau benutzte Land bei der raschen Bevölkerungszunahme eines jugendlichen Volkes und der Unmöglichkeit, größere Massen außer Landes zu schicken, rasch zu eng wurde, so mußten immer neue Landstücke (Gewanne, von gewinnen, erarbeiten) unter den Pflug genommen oder auch neue Höfe und Dörfer angelegt werden, die jedoch mit den Mutterdörfern in Markgenossenschaft blieben. Die Häuser wurden ansehnlicher, mit Erdfarben bunt bemalt, die Höfe der Edeln und Fürsten weitläufige, mit starker Planke (Hofwehr, Hofraithe) geschützte Komplexe von Schup-

pen, Ställen, halbunterirdischen Kellern (thung, dung) und Wohnräumen, unter denen die große Halle hervorragte, geschmückt mit Beutestücken, Waffen und schönen Gefäßen. Noch genügte sich jede Markgenossenschaft im wesentlichen selbst. Die Jagd und die Herden lieferten die Kost, Wildbret und Milch, sowie Häute und Wolle zur Kleidung; Frauen, Knechte und Mägde spannen, webten und nähten diese Kleidung und fertigten die einfachen Werkzeuge; nur die Töpferei und die Schmiedearbeit, deren Hauptgegenstand schon seit dem zweiten vorchristlichen Jahrhundert das mühsam aus Rasen- und Sumpferzen ausgeschmolzene oder von außen her eingeführte, deshalb lange noch sehr kostspielige Eisen war, hatten sich schon zu mehr handwerksmäßigen Betrieben ausgesondert. Einen Binnenhandel von Stamm zu Stamm gab es höchstens da, wo seltene Bodenerzeugnisse, wie Metalle, Bernstein und Salz, in Betracht kamen; was sonst an Handel vorhanden war, das bewegte sich zu und von den römischen Provinzen überwiegend in der Form des Hausier- und Tauschhandels, der Pelze, Häute, Haare, Gänsefedern, Schinken, Bernstein u. dgl. gegen Gewürze, Weine, Schmucksachen aus Bronze, Silber und Gold, vor allem gegen eiserne Waffen und Geräte umsetzte. Sogar die römischen Silbermünzen bestimmter spätrepublikanischer und frühkaiserlicher Prägung — Gold nahm man nur ungern — dienten weniger als Geld wie als Tauschmittel und wurden wie Goldschmuck und Goldgerät gern zur Ansammlung eines Schatzes verwandt. Die Landwege waren breitgetretne Völkerpfade, bei nassem Wetter kaum passierbar; doch tummelten sich die Küstenanwohner frühzeitig zur See in plumpen, riesigen Einbäumen, später in gut gebauten, schlanken, decklosen, auch geruderten Schnellseglern. Die ganze Wirtschaftsstufe erlaubte nur eine spärliche und dünne Bevölkerung, die für die gesamte Germania magna schwerlich mehr als zwei Millionen betrug.

Die städtische Gliederung und der Aufbau des Staats entsprachen diesen einfachen Verhältnissen. Die Masse des Volks bildeten bei allen Stämmen die freien, gleichberechtigten Krieger, die nur dem Kriege, den staatlichen Geschäften und der hohen Jagd auf die Ungetüme des Urwalds lebten; die wirtschaftliche Arbeit blieb, abgesehen von den Frauen, den Knechten und Mägden. Ursprünglich kaum sehr zahlreich, Unter-

worfne, Kriegsgefangne und deren Nachkommen, waren die Knechte rechtlich Sachen und standen zur willkürlichen Verfügung des Herrn, wurden aber, bei der Gleichheit der Lebenshaltung beider, im ganzen mild behandelt, oft mit einem besondern Grundstück ausgestattet und nicht ganz selten auch freigelassen, was aber noch nicht die staatliche Rechtsgleichheit mit den Freien begründete.

Aus der Masse der Freien hatten sich schon frühzeitig edle Geschlechter erhoben, die durch bedeutende Eigenschaften und Leistungen ausgezeichnet waren, darum auch eine Art von Vorrang behaupteten, einen größern Anteil an der Nutzung des Grund und Bodens genossen und in der Regel die Führer des Volkes stellten. Die Urzelle des germanischen Staats war, wie überall, das Geschlecht (Sippe), das sich allmählich zur Hundertschaft auswuchs. Eisenfest umschloß es noch seine Mitglieder. Unbeschränkte Gewalt übte der Hausvater über die Seinigen, wenn er auch die Frau als ebenbürtige Genossin im Hause achtete und an der Einehe streng festhielt; auch der Sohn wurde dem Vater gegenüber niemals mündig, mochte er auch schon durch die feierliche Waffnung vor der Volksgemeinde deren vollberechtigtes Glied und selbst Gatte und Vater sein; die Tochter trat nach dem Tode des Vaters unter die Schutzgewalt (munt) des ältesten Bruders, bei der Vermählung im Ringe der Geschlechtsgenossen unter die Gewalt des Mannes. Nur als Mitglied des Geschlechts hatte der einzelne das Recht auf die wirtschaftliche, die politische und die militärische Stellung in seiner Hundertschaft, denn es gewährte ihm Rechtsschutz durch Eideshilfe, Unterstützung bei der Zahlung des Wergeldes und bei der Blutrache. Die unterste politische Bildung war nicht die Dorfgemeinde, sondern die Hundertschaft, die mit der Markgenossenschaft ursprünglich durchaus und oft wohl auch später zusammenfiel (z. B. der Kanton Uri) und, noch ehe das Volk ganz seßhaft geworden war, einen bestimmten örtlichen Bezirk darstellte (Gau, gotisch gavi, ursprünglich Weide, gegenüber dem Walde, lateinisch pagus). Die freien Männer der Hundertschaft bildeten im regelmäßigen Thing (d. i. Termin) zu Neu- oder Vollmond an geweihter Malstatt (von mahal, sprechen) vor allem das regelmäßige Gericht, das für das ganze Volksgebiet zuständig war. Eine Völkerschaft (Stamm, civitas) umfaßte kaum mehr als einige Dutzend Hundertschaften, schon weil zum Volksthing alle freien waffenfähigen Männer pflichtig waren, also die Entfernung zur Malstatt des Volks (wie z. B. Mattium, jetzt Maden bei Kassel für die Chatten) nicht viel mehr als eine Tagereise betragen durfte; das gesamte Stammgebiet war demnach durchschnittlich etwa 100 Quadratmeilen groß und zählte meist wohl nicht über 5—6000 waffenfähige Männer. Dieses Volksthing, das vermutlich nur halbjährlich zur Winter- und zur Sommersonnenwende unter dem Schutze des Gottes Ziu zusammentrat, entschied nach Vorberatung der angesehensten Männer über Bündnis, Krieg und Frieden, machte die Jünglinge wehrhaft und wählte die Vorsteher des Volks in Stamm und Hundertschaft.

Kein Zweifel, daß ursprünglich überall ein König, aus einem bestimmten Geschlechte gewählt, (Kuninc von kunni, Geschlecht, gotisch thiudans, von thiuda, Volk) als höchster Beamter, nicht als Herr kraft eignen Rechts, das Volk als oberster Heerführer, Richter und Priester leitete, wofür er einen Teil der Gerichtsbußen, freiwillige Geschenke und einen Landanteil empfing. Aber schon im ersten Jahrhundert n. Chr. war dieses Königtum auf die suebischen und die ostgermanischen Stämme beschränkt, deren fortdauerndes halbnomadisches Wanderleben eine einheitliche, monarchische Leitung notwendig machte. Bei den Westgermanen war es verschwunden; hier erhob die Volksgemeinde nur für den Kriegsfall einen Herzog (heritogo, der vor dem Heere zieht); im Frieden walteten über das Volk nur die erwählten „Fürsten" (principes) in den Hundertschaften als Leiter des Hundertschaftsthings, also des Gerichts, und als Anführer des Aufgebots. Daß Fürsten und Könige berechtigt waren, sich in Krieg und Frieden ein bewaffnetes Gefolge (fränkisch trustis) aus jüngern und aus ältern ledigen Männern zu halten, die sich ihrem Gefolgsherrn freiwillig auf Leben und Tod zuschworen und dafür ihren Unterhalt und Spenden aus seinem „Hort" (Schatz) empfingen, das gab ihnen noch ein weit über ihre Amtsgewalt hinausreichendes Ansehen und dem ganzen germanischen Leben eine höchst eigentümliche Auswirkung der persönlichen Treue zu einer politischen Macht.

Die Aufgabe des germanischen Staats war der Rechtsschutz

im Innern, der Waffenschutz nach außen; denn schon lange war die roheste Vorstellung überwunden, daß der Schutz oder die Rache des Genossen nur Sache seines Geschlechts sei, und eine schwere Rechtsverletzung erschien schon als eine Verletzung des Friedens der Gesamtheit. Nur bei den schwersten Schädigungen (Totschlag, schwerer Verwundung, Ehebruch, Frauenraub) blieb dem Geschädigten oder seinem Geschlecht die Wahl zwischen Blutrache (Fehde) und Klage. Doch mußte die Rache durch einen Sühnevertrag beendet, die Klage vom Verletzten vorgebracht werden, worauf das vom Richter vorgeschlagne, von der Gerichtsversammlung bestätigte Urteil beim Geständnis des Angeklagten die Sühne bestimmte, im andern Falle vorschrieb, von wem und in welcher Weise (Eid mit Eideshelfern und Gottesurteil durch Los oder Zweikampf) der Beweis der Schuld oder der Unschuld zu führen sei. Totschlag und schwere Körperverletzung wurden durch eine Buße in Viehhäuptern nach dem Stande des Verletzten (das Wergeld, d. i. Manngeld) gesühnt, mit dem Tode nur Verbrechen gegen die Gesamtheit (Landesverrat, Heeresflucht, Feigheit, Heiligtumschändung), der Friedensbruch mit der Ausstoßung aus der Gemeinschaft, die jedoch durch eine Buße wieder aufgehoben werden konnte. Freiheitsstrafen gab es nicht.

Zum Schutz nach außen versammelte sich nach Volksbeschluß an der Malstatt das Aufgebot der waffenfähigen freien Männer zum Auszug unter dem König oder dem Herzog und den Fürsten, gegliedert nach Hundertschaften, die Mehrzahl zu Fuß, bewaffnet mit Speer (framea) und Schild; nur die Edeln und das Gefolge der Fürsten waren zu Roß und mit Helm. Brünne und Schwert besser gerüstet. Die Aufstellung des Fußvolks in einer Anzahl kurzer Kolonnen (Keil, cuneus) war nur für den stürmenden Anlauf brauchbar, worauf auch die Reiterei, mit raschen Fußgängern (Fanten) untermischt, besonders eingeübt war; ein anhaltendes Gefecht vermochten die Germanen nicht zu führen, und gegen die Römer war immer am erfolgreichsten die Schwarmtaktik in Sumpf und Wald, da sie die körperliche Überlegenheit zur Geltung und die römische geschlossene Taktik außer Spiel brachte. Längere Feldzüge waren diesen Aufgeboten unmöglich, schon weil sie nicht lange verpflegt werden konnten. Man übte eine Ermattungsstrategie, die vor dem einbrechenden Feinde die Wehrlosen und die Viehherden in Wald- und Bergverstecken oder in rohen Steinschanzen (wie die Grotenburg im Osning) barg, ihnen die fast wertlosen, rasch wiederherzustellenden Höfe zur Vernichtung oder Plünderung überließ, sie durch Hin- und Hermärsche auf schlechten Wegen den Sommer über ermüdete und nur bei besonders günstigen Gelegenheiten den offnen Kampf wagte. Ihr verdankten die Germanen die Behauptung ihrer Freiheit.

Über den Stammesstaat reichte der Schutz nicht hinaus. Jenseit seiner Grenzen war der einzelne recht- und friedlos, wenn er nicht förmlich in den Schutz eines andern Staats aufgenommen wurde; auch eine Vereinigung mehrerer Stämme war immer nur eine völkerrechtliche Verbindung und gewöhnlich von kurzer Dauer.

Obwohl die Germanen ihre Runenschrift, eine Umbildung des lateinischen Alphabets, erst im zweiten Jahrhundert erhalten hatten und sie auch dann noch nicht zu Aufzeichnungen, sondern nur zur Bezeichnung des Besitzes als Hausmarke und zum Loswerfen benützten, also tatsächlich schriftlos blieben, hatten sie doch ein reges geistiges Leben. Die Linearverzierungen an erhaltenen Geräten und Waffen deuten auf ein künstlerisches Bedürfnis, ihre klangvolle, schon in zahlreiche Mundarten auseinandergehende Sprache verriet eine rege, sinnliche und sinnige Phantasie, vor allem in der Namengebung; in epischen Liedern in der uralten Form des Stabreims besangen sie ihre Helden, und sie prägten das Erbe des arischen Götterglaubens eigentümlich aus, wenn sie auch den Nordgermanen darin nicht gleichkamen, weil diese erst weit später vom Christentum erfaßt wurden. Wie sich ihnen das Jahr in den kurzen warmen Sommer und den langen, harten Winter teilte, so traten auch in ihrer Götterwelt, dem beseelten Abbilde der Natur, die menschenfreundlichen Asen und die menschenfeindlichen Riesen (Thursen) einander in beständigem Kampfe gegenüber. Es wurden aber keineswegs überall dieselben Götter verehrt; vielmehr traten bei den einzelnen Stammesgruppen bestimmte Götter hervor, die alle wohl nur verschiedne Seiten des einen ursprünglichen Himmelsgottes sind. Diesen später zum Gott des Krieges, daher auch des Thinges gewordnen ein-

armigen Himmelsgott Tiu oder Ziu (Er, Sachsnot) verehrten besonders die Sachsen, die Sueben und die Goten, den einäugigen Wodan, den Gott der bewegten Luft, dann des Geistes, daher der Heerführer, Helden und Dichter, namentlich die spätern Franken, die Langobarden und die Ingävonen; der rotbärtige Donar, der Gott des Gewitters, daher des Ackerbaus und aller Kultur, kam erst mit der Ausbreitung des Bodenausbaus zu allgemeiner Anerkennung. Die weiblichen Gottheiten (Frija, Holda, Nerthus) gehn wohl auf eine Erdgöttin als Gemahlin des Himmelsgottes zurück, die ebenso als Todesgöttin wie als nährende Allmutter aufgefaßt wurde. Alle diese Gottheiten wie das Gewimmel der Alben, Nixen und Zwerge, die Schicksalsjungfrauen (Walküren, Idisi) und die Nornen sind weder allmächtig noch allwissend noch sittliche Vorbilder noch ewig. Verehrt aber wurden sie ohne Götterbilder und Tempelgebäude in heiligen Hainen und auf Bergen mit Opfern und mannigfachen sinnigen Bräuchen, die das ganze Leben des einzelnen wie der Gesamtheit durchzogen und umgaben, bis zur Bestattung im Baumsarge oder durch Feuer, gemeinsam mit dem, was dem Verstorbnen lieb gewesen war. Den Willen der Götter, also die Zukunft, suchte man bei heiligen Frauen, aus dem Wiehern der weißen Rosse Wodans, dem Rauschen der Eiche Donars und dem Werfen von Losstäben zu erkunden; denn in jedem Augenblicke fühlte sich der fromme Sinn des Germanen gebunden an die überirdischen Gewalten.

Wiederbeginn der Wanderungen und neue Angriffe auf Rom bis 375.

Ein volles Jahrhundert fast ununterbrochnen Friedens mit den Römern hatte die Volkszahl der Germanen rasch vermehrt; die Folge war, daß sie in den ihnen gezogenen Grenzen nicht mehr Raum fanden und stärker gegen Rhein und Donau drängten. An der Donau zeigte sich das am frühesten und am heftigsten, weil die ostgermanischen Stämme mit ihrer immer noch halb nomadischen Weidewirtschaft rascher an der Grenze ihrer innern Ausdehnung anlangen mußten und leichter beweglich waren als die völlig seßhaft gewordnen Westgermanen.

In dem sogenannten Markomannenkriege, der zweiten großen germanischen Wanderflut (164 bis 180 n. Chr.), überschwemmten Markomannen, Quaden, Hermunduren, Langobarden, Vandalen zum erstenmal die römischen Donaugrenzen und sogar Oberitalien. Noch gelang es dem trefflichen Kaiser Marc Aurel, in schweren Kämpfen sie zurückzudrängen und die Donaulinie durch zwei neue Legionslager, Castra regina (Regensburg) und Lauriacum (Lorch bei Enns), zu sichern; aber noch vor der Beendigung des Krieges starb er in Wien (17. März 180), und sein Sohn Commodus mußte Scharen von Germanen in den untern Donaulanden ansiedeln, ihnen also das begehrte Land, wenn auch nuter römischer Herrschaft, gewähren. Die friedliche Germanisierung römischer Grenzlande begann.

Andrerseits vollzog sich im Innern Deutschlands, von den Römern fast unbemerkt, eine entscheidende Wandlung. Die kleinen Völkerschaften, die durch zunehmende Rodungen einander örtlich immer näher kamen, ballten sich zu größern Gruppen, zu Stämmen im neuen Sinne zusammen. Um 213

tauchten längs des Limes die suebischen Alamannen (Schwaben) auf, deren vermutliches Kernvolk, die Semnonen, damals ihre alten Wohnsitze zwischen Oder und Elbe, von den Burgundern (in Pommern) gedrängt, verlassen hatten und südwärts gewandert waren. Um 240 erschienen die Franken, d. i. die Freien, im wesentlichen die Istävonen, durch herminonisch-suebische Bestandteile verstärkt, am Mittelrhein, und endlich verbanden sich die Massen der Ingävonen unter Führung der Sachsen zu einem Stammesbündnis dieses Namens. Noch war der Zusammenhang der Stämme so locker, daß die einzelnen Teile nicht selten ganz selbständig auftraten, aber im ganzen hielten sie doch zusammen und machten das den Römern bald schmerzlich fühlbar.

Jedoch nicht von ihnen, sondern von den Ostgermanen, vor allem von den Goten, ging die dritte Wanderung aus. Denn diese breiteten sich von der untern Weichsel her so unwiderstehlich über das weite osteuropäische Tiefland aus, daß sie um 230 schon die Nordküste des Schwarzen Meeres erreicht hatten und 235 die griechische Kolonie Olbia eroberten. Im Jahre 238 überschritten sie zum erstenmal die untere Donau; nach dem Falle des Kaisers Decius bedeckten ihre Flotten das Schwarze und das Ägäische Meer, ihre kriegerischen Auswandrer die Grenzprovinzen an der untern Donau, plündernd, verwüstend, erobernd. Die Zerrüttung des römischen Reichs durch Thronkriege, Pest, den beginnenden Rückfall in die Naturalwirtschaft und den Verfall der römischen Wehrverfassung, endlich die häufigen Christenverfolgungen bahnten ihnen den Weg. Erst der erste der großen illyrischen Soldatenkaiser, die das zerfallende Reich noch einmal einigten und retteten, Claudius der Zweite, warf die Goten 268 durch den ungeheuern Sieg bei Naissus (Nisch in Serbien) zurück, und sein Nachfolger Aurelianus (270 bis 275) verdrängte die Markomannen aus Italien. Aber die ruhmvolle Eroberung Trajans, das schöne Goldland Dazien, vermochte auch er nicht zu retten; er zog die römischen Besatzungen und den Kern der römischen Kolonisten zurück und überließ die Provinz den Goten, die damit bis an die untere Donau vordrangen. Auch gegen den Limes und den Rhein war der Andrang der Westgermanen so gewaltig, daß die Zehntlande dauernd um 270 in die Hände

der Alamannen fielen und Kaiser Probus (276 bis 282) nur mit äußerster Anstrengung die Rheingrenze zu behaupten vermochte. Diese Besiedlung zweier ausgedehnter römischer Grenzprovinzen genügte jedoch dem Landbedürfnis der Germanen keineswegs. Vielmehr wurden außerdem von den Römern Hunderttausende germanischer Kolonisten als hörige, an die Scholle gefesselte Bauern (coloni) oder als freie Bauern (Läten) in völkerschaftlichen Verbänden in den verwüsteten Grenzprovinzen, namentlich in Gallien und Pannonien angesiedelt. So nahm die friedliche Germanisierung der römischen Grenzländer unter der Hoheit des Reichs ihren Fortgang.

Doch dabei blieb es bald nicht mehr. Der gewaltige Illyrier Diocletianus (284 bis 305) hatte dem Reiche in orientalisch-despotischen Formen eine neue haltbare Verfassung gegeben; Constantin der Große (324 bis 337) nahm die unüberwindlich gewordne christliche Kirche in den Reichsorganismus auf, befestigte Rhein- und Donaugrenze aufs neue, errichtete neben den wenig tauglichen Grenztruppen eine starke Feldarmee, meist aus angeworbnen Germanen, und hob die altrömische Verbindung von Beamten- und Offizierslaufbahn grundsätzlich auf. Durch diese Maßregeln öffnete er den Germanen einen breiten Zugang ins römische Heer bis in seine höchsten Stellen hinauf, und diese trotzigen, treuen Männer „hielten bald das Reich in ihrer Rechten", ja sie halfen die Erblichkeit des Kaisertums zuerst im Hause Constantins durchsetzen. Andrerseits erfuhren auch die freien Germanen jenseit der Grenze den Einfluß der römischen Kultur. Die Alamannen in den Zehntlanden, auf altem keltisch-römischen Boden, waren schon ein ganz seßhaftes, wohlhabendes Bauernvolk geworden. Die Westgoten in Dazien hatten sich an feste Wohnsitze und Landbau, allerdings mit starkem Übergewichte der Viehzucht, gewöhnt, vor allem aber hatten sie zum größten Teile das Christentum in der Form des im ganzen Osten des Reichs herrschenden Arianismus angenommen, und ihr erster Bischof Wulfila (Ulfilas) schenkte seinem Volke in seiner gotischen Bibelübersetzung das erste Denkmal germanischen Schrifttums, bis eine heidnische Reaktion unter Athanarich ihn um 348 mit seinen Anhängern aus dem Lande trieb und sie zwang, sich in Mösien um Nikopolis (Tirnowa) unter römischem Schutze

anzusiedeln. Doch erstarkte das Christentum in Dazien wieder, es überstand um 370 die erste Christenverfolgung, die Germanen als Blutzeugen fand, und auf den Ruf des christlichen Häuptlings Frithigern überschritten 372 römische Truppen zum Schutze der Christen die Donau. Ein christlicher Westgotenstaat schien die Vormauer des Reichs gegen Norden werden zu sollen. Die Ostgoten aber waren zunächst dem Reiche ganz ungefährlich, denn König Ermanarich hatte ihre Macht über den größten Teil des heutigen Rußlands verbreitet und sich zahlreiche finnische und slawische Stämme unterworfen.

Es waren vielmehr die Westgermanen, von denen der vierte große Stoß ausging, keine Wanderung, sondern eine kriegerische Eroberung. Um 355 drangen Franken und Alamannen bis tief nach Gallien vor. Doch der Cäsar Julianus drängte in der Schlacht bei Straßburg 357, dem letzten großen Römersiege über Germanen, die Alamannen über den Rhein zurück und unterwarf die Franken, die schon in Brabant (Toxandrien) standen. Einen Stoß der Quaden über die Donau wies Kaiser Valentinianus der Erste um 375 zurück.

Die ostgermanische Völkerwanderung und die Begründung germanischer Staaten auf weströmischem Boden 375 bis 493.

Bisher hatten die Römer nur einige Grenzprovinzen verloren und ohne Zweifel hätte es das römische Reich in seiner neuen Organisation, wenn es in der bisherigen Weise fortgegangen wäre, noch geraume Zeit vermocht, weitere Stöße der Germanen abzuwehren, ihrem Landbedürfnis durch Ansiedlung, ihrem Tatendrange durch Einstellung ins römische Heer zu genügen, durch beides die schwindende Bevölkerung des Reichs zu ergänzen und aufzufrischen, die einströmenden Massen allmählich zu zersetzen und aufzusaugen. Zu einer politischen und nationalen Erneuerung Europas wäre es dann nicht gekommen. Eine solche war erst möglich, wenn durch den Übertritt ganzer germanischer Völker das Reich selbst gesprengt wurde. Dazu den Anstoß gegeben zu haben, darin und nur darin liegt die weltgeschichtliche Bedeutung der Hunnen, eines versprengten Restes der finnisch-ugrischen Hiungnu, deren Einfällen in China die sogenannte chinesische Mauer unübersteigliche Schranken setzte. Die sogenannte Völkerwanderung aber, tatsächlich nur die fünfte und größte aller, ist eine Tat der noch wesentlich nomadischen Ostgermanen; die schon seßhaften westdeutschen Stämme sind nicht gewandert, sondern sie haben, ihre alten Sitze festhaltend, nur die nächsten römischen Grenzlande langsam erobert und besiedelt.

Dieser tiefgreifende Unterschied hat das Geschick der germanischen Völker bestimmt. Die Ostgermanen wanderten in ihrer Masse in die römischen Kulturländer aus und gingen dort nach kurzer politischer Herrschaft als Nationen zugrunde, nach-

dem sie die gealterte romanische Welt aufgefrischt hatten. Die Westgermanen, zäh an der Heimat haftend, erweiterten nur ihren Boden und legten den Grund zu einer deutschen Nation. Den Anfang der Wanderung machten die Goten. Vom Einbruch der Hunnen getroffen, fiel das ostgotische Reich 374 zusammen, und die Ostgoten folgten den Hunnen als abhängige Bundesgenossen westwärts. Die heidnischen Westgoten unter Athanarich leisteten vergeblichen Widerstand; die christlichen unter Frithigern suchten 376 Zuflucht und Wohnsitze jenseit der untern Donau im römischen Reiche, wie früher ihre Volksgenossen. Gereizt von der Ungebühr gewissenloser Beamten wurden sie aber bald aus dienstwilligen Einwandrern zu gefährlichen Feinden, plünderten jahrelang die Nordprovinzen der Balkanhalbinsel, schlugen den Kaiser Valens am 9. August 378 vernichtend bei Adrianopel und wurden erst nach langen Kämpfen und Verhandlungen von seinem Nachfolger Theodosius dem Großen (379 bis 395) bis Ende 382 allmählich zur Ruhe gebracht. Sie erhielten als Föderaten (freie Bundesgenossen unter nationalen, vom Kaiser ernannten Beamten) Wohnsitze in Mösien und Thrakien, die ihnen nachdrängenden ostgotischen Schwärme im westlichen Kleinasien. Diese Form der Ansiedlung ist für die weitere Entwicklung der ostgermanischen Wanderstämme entscheidend gewesen. Denn sie traten nicht schlechtweg als Eroberer auf, sondern schlossen mit dem Reiche, dessen Hoheit sie anerkannten, einen Vertrag (foedus) und erhielten dadurch gegen die Verpflichtung zum Kriegsdienst vermutlich schon damals, sicherlich aber später nach den Bestimmungen des römischen Einquartierungsgesetzes von 388, mit ihren Angehörigen als ein angesiedeltes Heer Quartier bei den römischen Grundbesitzern, die ihnen einen Teil ihres Hauses und ihres Bodens zur Nutznießung einzuräumen hatten, empfingen zunächst wohl auch Verpflegung. Sie traten also in den engsten Zusammenhang mit einer stammfremden und höher kultivierten Bevölkerung.

Nun beruht der Unterschied zwischen dem Geschick des oströmischen und des weströmischen Reichs, die sich nach dem Tode des Theodosius 395 endgültig schieden, darauf, daß es dem oströmischen gelang, die angesiedelten Germanen wieder auszustoßen, während das weströmische immer stärker von

ihnen überflutet wurde, trotz aller Anstrengungen des größten römisch-germanischen Staatsmannes, des Vandalen Stiliko. Zwar zunächst erzwangen sich die Westgoten unter ihrem neugewählten König, dem jungen kühnen Balten Alarich, durch Raubzüge bis in den Peloponnes hinein bessere Quartiere und Verpflegung in Epirus (398); aber schon 401 wandte sich Alarich gegen Italien, das er erst nach der Schlacht bei Pollentia am obern Tanaro (6. April 402) wieder räumte, aber nur, um sich später, mit ansehnlichen Jahrgeldern unterstützt, in Noricum, auf der Grenzscheide beider Reiche und der freien Germanen, einzulagern (406). Auch die ostgotisch-suebischen Scharen des Radagais wehrte Stiliko 405 bei Fäsulä nördlich von Florenz noch ab; doch als er im August 408 einer törichten, wenn auch begreiflichen römischen Reaktion zum Opfer gefallen war, marschierte Alarich 408 von Emona (Igg bei Laibach) her zum zweitenmal in Italien ein, um seinem Volke günstigere Wohnsitze zu erwerben, erschien, beständig verhandelnd und dann wieder zum Schwerte greifend, dreimal vor Rom, nahm und plünderte die Hauptstadt der Welt im August 410 und endete schließlich noch in demselben Jahre in Süditalien, mehr wie ein nordischer Wiking als wie ein König: ohne sein Ziel erreicht zu haben. Nur den Osten hatte er von der drückenden Last der eingewanderten Germanen befreit, in Italien aber fand sein Volk keine neue Heimat; vielmehr führte Athaulf, Alarichs Schwager, die Westgoten 412, halb im Einverständnis mit dem Kaiser Honorius, um dessen schöne gefangne Schwester Placidia er warb, nach Gallien hinüber.

Er kam, als das Los Galliens und Spaniens schon entschieden war. Denn im Jahre 405 war die Hauptmasse der asdingischen und silingischen Vandalen in Schlesien, verbunden mit suebischen, wohl meist quadischen Scharen und den nicht germanischen (eranischen) Alanen, die durch die Hunnen von der untern Wolga her westwärts mit fortgerissen worden waren, aus der Heimat aufgebrochen. Sie überschritten im Januar 406 den obern Rhein und durchzogen nun Gallien jahrelang verheerend, da von Rom her keine Hilfe kam und auch der Usurpator Constantinus nichts gegen sie vermochte. Endlich aber, im Herbst 409, drangen sie über die nicht verteidigten Pyrenäenpässe nach Spanien ein, und nachdem sie

dieses von Barbareneinfällen bisher noch ganz unberührte Land zwei Jahre plündernd durchzogen hatten, warfen sie 411 das Los über diese Provinzen, indem sie sich nach den geltenden römischen Bestimmungen und unter Anerkennung der römischen Hoheit bei den Grundbesitzern einquartierten. Die Sueben und die asdingischen Vandalen setzten sich in Galizien fest, die silingischen Vandalen in der Bätica (Andalusien), die Alanen in Lusitanien und der Carthaginiensis; nur die Tarraconensis blieb unberührt und unter der Verwaltung römischer Beamten. Inzwischen waren auch die Burgunder durch das Gebiet der Alamannen hindurchgezogen, und ihr König Guntahari, der Gunther des Nibelungenliedes, hatte 411 in Mainz einen vornehmen Gallier, Jovinus, zum Kaiser erhoben; kurz danach, 413, siedelten sie sich links vom Rheine in der Gegend an, wo sie die deutsche Heldensage zeigt, um Worms und im nördlichen Elsaß.

In diese wirren Verhältnisse, die durch rasch wechselnde Usurpatoren noch mehr verwirrt wurden, führte 412 Athaulf seine Westgoten hinein. Im Interesse des Honorius, mit dem er stets eine friedliche Verständigung wünschte, besiegte er Jovinus, besetzte aber dann, um die Verpflegung seines Volksheeres zu sichern, das südliche Gallien mit Narbonne, Toulouse und Bordeaux und vermählte sich im Januar 414 in Toulouse mit Placidia. Doch da Honorius von einer Verständigung auch jetzt nichts wissen wollte und ihm die Seezufuhr sperrte, zog der Gotenkönig zu Ende des Jahres 414 über die Pyrenäen nach der Tarraconensis. Hier nahm er seinen Sitz in Barcelona und ließ triumphierend seinen und Placidias Sohn nach dem kaiserlichen Großvater Theodosius taufen, denn in ihm sah er den gebornen Herrscher der Goten und der Römer; aber kurz nachher, im Juli 415, fiel er germanischer Blutrache zum Opfer. Erst sein Nachfolger Wallia (415 bis 419) setzte endlich 416 gegen die Auslieferung Placidias einen Bündnisvertrag mit dem Kaiser durch, und 419 erhielten die Westgoten unter Zustimmung des südgallischen Provinziallandtages zu Arles drei südgallische Landschaften, nämlich einen Teil Aquitaniens mit Bordeaux, die Novempopulana (Gascogne) und die westliche Narbonnensis mit Toulouse, also die herrliche Gegend an der Garonne angewiesen. Sie nahmen zwei Drittel jedes

Grundstücks für sich und wurden nach ihrem Rechte von ihrem König und seinen Beamten regiert. Dieser erstreckte seine Gewalt auch über die römische Bevölkerung, aber im Namen des Kaisers, und es blieben ihr die alten Einrichtungen und ihr eignes Recht. Wie sich die Burgunder am linken Rheinufer eingerichtet haben, läßt sich nicht sagen; jedenfalls gerieten sie mit den Römern in Konflikt, verloren 437, von deren hunnischen Hilfstruppen angegriffen, den größten Teil ihres Heerbannes und siedelten sich bald danach, 443, mit römischer Zustimmung im nördlichen Rhonelande, zunächst in der sogenannten Sabaudia (Savoyen) an, wo sie jedem Familienhaupte die Hälfte eines römischen Grundstückes zuwiesen. Ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse in den von den Germanen besetzten Teilen Spaniens.

Anders als in Gallien und Spanien traten die Vandalen in Afrika auf. Von den Westgoten und Sueben gedrängt, führte König Geiserich (Genserich), kein Held, aber ein weitsichtiger, energischer und herrschgewaltiger Staatsmann, im Mai 429 sein ganzes Volk, nicht mehr als 80 000 Köpfe, also nur etwa 15 000 Krieger, über die Meerenge von Gibraltar nach Nordafrika hinüber; ihn lockte der natürliche Reichtum dieser Kornkammer des Westens und zugleich das gespannte Verhältnis des Statthalters Bonifacius zu dem leitenden Staatsmanne Westroms, dem gewaltigen Mösier Aëtius, einem Halbbarbaren fast wie Stiliko, dazu die nationale, soziale und kirchliche Zersetzung dieser buntgemischten Bevölkerung von römischen und punischen Grundherren und Großhändlern und hörigen oder nomadischen, daher freien Berbern. In jahrelangen Kämpfen erzwang er 435 die Abtretung der Africa propria (Tunesien) und des westlichen Numidiens (Algerien), nahm aber schon 439 auch Karthago ein und dehnte schließlich seine Macht über das ganze Küstenland vom Atlantischen Ozean bis zur Kleinen Syrte aus. Bald machte er seine mit Puniern und Berbern bemannte Flotte zum Schrecken des Mittelmeeres und Italiens. In Tunesien aber verjagten die Vandalen als Eroberer einfach die römischen Grundherren von ihren Gütern und richteten sich hier ohne Landteilung als glänzender kriegerischer Adel über einer dienstbaren, einheimischen Bevölkerung ein.

So war das ganze weströmische Reich mit Ausnahme Italiens von ostgermanischen Volksheeren in Besitz genommen worden, doch meist auf Grund von Verträgen, die eine friedliche Weiterentwicklung dieser merkwürdigen Verhältnisse zu verbürgen schienen; da wurde diese ganze Gestaltung der Dinge wieder in Frage gestellt durch einen neuen Machtaufschwung der Hunnen. Vom ungarischen Tieflande aus hatte der große Mongolenherrscher Attila seit etwa 444 ein Reich zusammengezwungen, das zahlreiche ostgermanische Stämme, vor allem die Ostgoten in Pannonien, die Langobarden in Nordungarn und die ihnen stammverwandten Gepiden in Dazien in loser Abhängigkeit umfaßte und westwärts wohl bis nach Thüringen reichte. Seinen Getreuen ein gebietender, aber auch ein gnädiger Herr fast nach germanischer Art, ein „Vater", wie sein germanischer Name sagte, obwohl in seiner Erscheinung ein echter Mongole, aber gegenüber seinen Feinden „ein Schrecken aller Länder", hatte er in fortgesetzten verheerenden Zügen das oströmische Reich tributpflichtig gemacht und wandte sich nun, wohl auf Veranlassung König Geiserichs, im Jahre 451 mit buntgemischten Heeresmassen gegen den Westen. Bei Mainz überschritt er den Rhein, erstürmte Metz, Trier und andre Städte und drang bis an die Loire vor. Es war das letzte und größte Verdienst des Aëtius, daß es ihm gelang, die römischen und die germanischen Streitkräfte unter seiner Führung gegen die Hunnen zu vereinigen. Die Verteidigung von Orleans hemmte ihren Siegeslauf, und in der sagenumwobnen Mordschlacht auf den Katalaunischen Gefilden in der Nähe von Troyes im Juli 451 mußte sich Attila geschlagen geben und wich zurück. Seinem Einbruch in Italien 452 geboten militärische Bedenken und abergläubische Erwägungen bei Mantua Halt, und schon 453 ereilte ihn auf dem Brautlager mit der schönen Burgunderin Ildiko ein plötzlicher Tod. Damit zerfiel das Reich des Gewaltherrschers; die germanischen Stämme warfen die Tyrannei der Hunnen ab, und deren Reste verschwanden in den Steppen Osteuropas. Aber unvertilgbar hat sich die fremdartige Gestalt des Hunnenkönigs und seines völkerwimmelnden Hofes dem Gedächtnis der Germanen eingeprägt.

Erst Jahre nach Attilas Tode, als Aëtius der kindischen

Eifersucht des schwachen Kaisers Valentinian des Dritten im September 454 erlegen war, wagte Geiserich den Angriff auf Rom, der, wenn er gleichzeitig mit Attilas Heereszug ausgeführt worden wäre, das Schicksal des Westens entschieden haben würde. Aber die vandalische Plünderung der Welthauptstadt im Juni 455 ließ nur das Chaos hinter sich und wurde nicht der Anfang einer neuen Ordnung für Italien. Fortan übte hier ein suebischer Machthaber, Ricimer, die tatsächliche Herrschaft im Namen schwacher, rasch wechselnder Kaiser (456 bis 472), ähnlich wie drüben in Ostrom der Gote Aspar. Aber mehrere Unternehmungen gegen das Vandalenreich mißlangen, auch der gewaltige gesamtrömische See- und Heereszug gegen Karthago im Jahre 467; die Westgoten breiteten ihre Herrschaft siegreich einerseits über die ganze gallische Südküste mit Arles und Marseille, andrerseits über den größten Teil Spaniens aus, wobei sie jedoch immer Aquitanien als ihr Hauptland (deshalb in der Sage das Westgotenland schlechtweg), Toulouse als Hauptstadt festhielten, und als Ricimer 472 gestorben war, sandte der Hof von Konstantinopel dem Westen seine Kaiser, als ob Italien ein oströmischer Vasallenstaat sei. Dagegen erhob sich endlich die handfeste Selbstsucht der buntgemischten germanischen Soldtruppen in Italien unter dem Rugier Odoaker, indem sie ein Drittel des Grund und Bodens zur Ansiedlung forderten. Da der jugendliche Kaiser Romulus Momyllus oder vielmehr sein Vater Orestes diese Zumutung abwies, so riefen die Söldner im August 476 Odoaker zum König von Italien aus und entthronten den Kaiser, wenig Jahre nachdem in Konstantinopel Aspar beseitigt und damit die Gewalt germanischer Machthaber in Ostrom endgültig gebrochen worden war (471).

Doch nicht die Entthronung eines weströmischen Kaisers durch Germanen war das Neue, sondern daß Odoaker sich die Sendung eines Kaisers aus Konstantinopel verbat und die Gewalt über Italien selbständig in die Hand nahm. Daher betrachtete ihn Ostrom als Usurpator und veranlaßte im Jahre 489 den König der Ostgoten, Theoderich, mit dem es seit Jahren in unsichern Verhältnissen stand, in seinem Auftrage Italien zu erobern. In mehrjährigen, heldenmütigen Kämpfen namentlich um seine Hauptstadt Ravenna, die noch lange in der

Sage von der „Rabenschlacht“ nachklangen, erlag Odoaker endlich 493 seinem großen Gegner und seinem geschlossenen Volksheere. In Ravenna nahm auch Theoderich seinen Sitz, und er schmückte die unbezwingliche Seefeste mit Palast- und Kirchenbauten, die noch heute bekunden, wie sicher er sich fühlte; aber auch in Verona hielt er sich gern auf, und danach hat ihn die Sage Dietrich von Bern genannt. Und nun unternahm es dieser Gotenfürst, im Innern seines Landes Goten und Römer als gleichberechtigte, aber selbständige Nationen, jede mit eignem Recht und eigner Verwaltung, unter seiner Herrschaft zu vereinigen, nach außen die germanischen Staaten unter seiner Führung friedlich nebeneinander zu halten, und sicher war er der erste Germanenkönig, der seinen Stammesgenossen als ebenbürtiger Nachfolger der weströmischen Kaiser erschien.

Die Westhälfte des römischen Reichs war in germanische Staaten aufgelöst, aber die Idee des Reichs ging damit keineswegs unter, sie lebte fort und war den angesiedelten Ostgermanenstämmen selbst so ehrwürdig, daß sie eher danach strebten, die Träger des Reichs als seine Zerstörer zu sein.

Ob freilich diese Stämme, gelöst von der alten Heimat, inmitten einer romanischen, an Zahl und Bildung ihnen weit überlegnen Bevölkerung angesiedelt (stärker als 15 000 Krieger war sicherlich keines dieser Wandervölker) und meist durch Verträge mit dem Reiche an den geltenden Rechtszustand gebunden, ihre nationale Eigenart lang würden festhalten können, das mußte gerade bei ihrer eignen Bildungsfähigkeit und bei dem engen, tagtäglichen Verkehr mit den Romanen von Anfang an äußerst zweifelhaft erscheinen. Zunächst schützte sie noch der kirchliche Gegensatz, da sie während der Wanderungen, ohne daß sich das einzelne immer verfolgen ließe, das Christentum in der Form des Arianismus angenommen hatten, die den nizänischen (katholischen) Romanen als Ketzerei galt; aber es war die Frage, ob sich diese im römischen Reiche schon allerorten erlegne Richtung werde behaupten können. Verschwand sie auch bei den Germanen, dann fiel die stärkste Schranke zwischen Germanen und Römern. Das ist fast überall früher oder später eingetreten und die arianisch bleibenden Stämme (Vandalen und Ostgoten) sind zugrunde gegangen. Dazu kam,

daß die Germanen überall in einen durchaus kranken sozialen und wirtschaftlichen Zustand eintraten, wo ein erdrückendes Übergewicht des Großgrundbesitzes und die volle Hörigkeit der Bauern herrschte, die dagegen in fruchtlosen Aufständen ankämpften; es war das Ergebnis des alten Übergewichts der Städte über das platte Land, des römischen Kapitalismus und des immer erbarmungsloseren Steuerdrucks einer seit Jahrhunderten furchtbar bedrängten Regierung. Die Germanen brachten zunächst durch ihre Ansiedlung eine gewisse Lösung der sozialen Krisis, denn sie schufen einen Stand mittlerer freier Besitzer, zerschlugen die ungeheuern Latifundien und beseitigten die quälerische Besteuerung, so daß das Land aufatmete und man die Herrschaft der Barbaren oft als eine Wohltat empfand. Aber nur zu bald begannen jene Verhältnisse wieder auf die Germanen herüberzuwirken, die Ungleichheit des Besitzes griff auch bei ihnen um sich, und die Bauernfreiheit geriet in Gefahr.

Sobald dies aber geschah, wurden die germanischen Grundherren durch ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen enger mit ihren romanischen Standesgenossen verbunden als mit ihren germanischen Landsleuten, und damit sank eine zweite Schranke zwischen beiden Nationalitäten. Das Ergebnis war überall, daß die eingewanderten Germanen mit der römischen Bevölkerung in Sprache, Sitte und Kultur verschmolzen und ihre germanische Eigenart verloren.

Gerade in dieser auffrischenden Wirkung beruht die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Wanderstämme. Aber sie geht noch darüber hinaus. Die Germanen brachten gewiß eine ungeheure Zerstörung über die antike Kulturwelt, doch sie zerschlugen auch dieses Weltreich, das zugunsten eines Herrenvolkes im Westen alle Nationalitäten zersetzt und jede selbständige Entwicklung der Völker und Landschaften, die Bürgschaft aller gesunden Kultur, unterbunden und verhindert hatte. Für eine solche schufen die Germanen die Grundlagen, und indem sie ihren Staat nicht auf die Stadt gründeten, sondern auf den Gau, vermittelten sie den Übergang vom antiken Stadtstaat zum modernen Flächenstaat. In staatlicher Beziehung wurde West- und Südeuropa also germanisiert.

Aber freilich für die Gesamtheit der Germanen gingen

diese edeln Stämme vollständig verloren. Nur ein ideales Erbe hinterließen sie ihren Volksgenossen als Ergebnis eines Jahrhunderts voll ungeheurer Taten und Schicksale, eine großartige Heldensage. Und mit jenem ersten Verlust verband sich ein zweiter. Das weite Flachland jenseit der Elbe, die erste historisch nachweisbare Heimat der Germanen, war jetzt von seinen alten Bewohnern bis auf geringe Reste verlassen und stand der geräuschlosen Einwanderung der Slawen offen, die schon in der zweiten Hälfte des fünften Jahrhunderts begann. Somit vollzog sich die erste von jenen großen Verschiebungen der territorialen Grundlage der deutschen Geschichte, die auf den Gang der Entwicklung so bestimmend und entscheidend eingewirkt haben.

Zweiter Zeitraum

Die Stammeszeit

unter der Herrschaft des fränkischen Reiches

500 bis 918 n. Chr.

Die Bildung des Reichs unter den Merowingern.

Die seßhaften westdeutschen Stämme hatten sich von den wandernden Ostgermanen nicht mit fortreißen lassen. Ihre Ausbreitung trug vielmehr das Gepräge erobernder Kolonisation. Doch sie schlugen dabei verschiedne Wege ein. Scharen von Sachsen und Angeln (im heutigen Schleswig) waren, mit Jüten (Dänen) verbündet, seit etwa 450 dem Hilferufe der von den keltischen Pikten und Skoten bedrängten Briten nach England gefolgt, das die römischen Legionen schon 418 geräumt hatten, und begannen dort, sich bald aus Bundesgenossen in Bedränger verwandelnd, im ebnen Osten und Süden Britanniens ein rein germanisches Staatswesen aufzurichten, indem sie die nur oberflächlich romanisierte keltische Bevölkerung ausrotteten, vertrieben oder knechteten. So wurde England eine Kolonie norddeutscher (ingävonischer) Stämme. Aber für das Heimatland gewann diese Eroberung keine Bedeutung; sie führte nur dazu, daß sich in die entvölkerten Wohnstätten der Angeln die Nordgermanen (Dänen) bis zur Eider vorschoben. Anders die Binnenstämme. Hinter den Friesen, die in unveränderten Sitzen die Nordseeküste und ihre Inseln von der Scheldemündung bis nach dem westlichen Schleswig fast ohne Unterbrechung erfüllten, breitete sich die Hauptmasse der Sachsen über das weite Flachland von der untern Elbe bis zu den weiten Mooren im Westen der Ems, vom Zusammenfluß der Werra und der Fulda bis zur Eider aus. Südlich von ihnen beherrschten die Thüringer, die alten Hermunduren, das ganze weite Gebiet vom Südfuße des Harzes bis gegen die obere Donau hin, von der Elbe bis an die Werra. In das menschenleer gewordne verheerte mittlere Donau- und mittlere Alpenland aber waren um 500 die

Markomannen aus Böhmen eingerückt, die von dieser ihrer Heimat den neuen Namen der Bajuvaren, d. i. Bewohner des Bojerlandes (Bayern), empfingen und, die spärlichen romanischen Bevölkerungsreste (Walchen) im heutigen Oberösterreich und in einzelnen Tälern auch Nordtirols sich zinsbar machend, das Land nordwärts bis zum Fichtelgebirge, südwärts längs der Brennerstraße bis über Bozen hinaus, ostwärts bis zur Enns, westlich bis zum Lech besetzten und besiedelten. Ihre nunmehrigen Nachbarn, die Alamannen mit den Juthungen (Sueben, Schwaben, d. i. Semnonen), hatten den Zusammenbruch der römischen Herrschaft in Gallien benutzt, um sich über den Rhein bis zum Wasgenwald und dem St. Gotthard hin auszubreiten. Ihnen zur Seite im Norden standen die Franken, die Stämme der alten Istävonen, die sich in die salischen und die ripuarischen Franken schieden (jene am untern, diese am mittlern Rhein) und innerhalb dieser beiden Hauptmassen wiederum in kleine Gaukönigreiche zerfielen. Unterstützt von den Chatten (in Hessen) waren sie schon seit dem vierten Jahrhundert in halb eroberndem, halb kolonisierendem Vordringen nach Gallien hinein. Die Führung hatten dabei die salischen Franken (Bataver, Sigambrer und Chamaven); denn diese besetzten, von der alten Bataverinsel an der Issel (Isala, Sala, nach der sie wohl heißen) ausgehend, schon um 360 mit nachträglicher Bewilligung Roms Toxandrien (Nordbrabant), eroberten kaum hundert Jahre später unter König Chlogio (gestorben 447) das Land bis zur Somme und machten Doornik (Tournay) zu ihrer Hauptstadt. Währenddem breiteten sich die Ripuarier (Ansivarier und Chattuarier) und die Chatten bis zur Maas und an der Mosel aufwärts bis über Trier hinauf aus, das sie endlich 418 eroberten. Die durch Kriege, wirtschaftliche Not und Seuchen schon arg gelichtete römisch-keltische Bevölkerung wurde überall verdrängt oder unterworfen und allmählich aufgesogen, die Länder wurden durch deutsche Besiedlung völlig germanisiert und mit dem alten germanischen Stammlande fest verbunden.

Aber diesem Landgewinn im Westen des Rheins und im Süden der Donau stand der Verlust des ganzen entvölkerten Ostens von Germanien jenseit der Elbe gegenüber. Zwar betrachteten die ausgewanderten ostgermanischen Stämme bis tief ins sechste Jahrhundert hinein dieses „Maurungaland" noch als germanisch, und völlig entschied sich sein Schicksal erst, als 568 die Langobarden ihre Wohnsitze in Pannonien vertragsmäßig den Avaren überließen, um nach Italien zu wandern, und die letzten Reste der Nordsueben mit ihnen nach Süden zogen. Nur schwache germanische Bestände blieben hier und da im Osten der Elbe zurück; nachweislich ist dies besonders von den silingischen Vandalen, nach denen Schlesien noch heute heißt (slaw. Slenzi, sprich Slengsi). In die verlassenen Landschaften rückten langsam, ohne Kampf und daher geräuschlos die Stämme der Slawen (Wenden) ein, deren älteste Sitze die unermeßlichen Pripetsümpfe sind. Sie besetzen seit der Mitte des fünften Jahrhunderts das Flachland bis an die Elbe, dann Böhmen, die alte Heimat der Markomannen, also gerade das altgermanische Gebiet, das am leichtesten der Sitz einer germanischen Zentralmacht, der Kern einer reingermanischen Reichsbildung hätte werden können, und das nun den Tschechen in die Hände fiel. Weiterhin wurden damals auch Mähren und das ganze Ostalpenland bis in das obere Drautal und bis an die Enns slawisches (slowenisches) Gebiet.

Auf kaum die Hälfte des Umfangs von Altgermanien waren dadurch die sechs deutsch bleibenden Stämme, die Friesen, Sachsen, Thüringer, Bayern, Alamannen und Franken zusammengedrängt. Schroff schieden sie sich durch Recht, Sitte und Mundart. Da etwa um 600 bei den Oberdeutschen die Lautverschiebung (t in ß und z, k in ch, p in f) begann, zog die Sprache eine neue Scheidelinie zwischen dem Norden und dem Süden, und unter sich hatten diese Stämme noch gar keinen staatlichen Zusammenhang. Ein solcher wurde ihnen erst durch Eroberung auferlegt; aber die Franken, die ihn herstellten, bildeten nicht ein deutsches, sondern ein germanisch-romanisches Reich, indem sie auch ganz Gallien eroberten, und sie vermochten die innere Selbständigkeit der deutschen Stämme niemals zu brechen. Deshalb behaupteten diese in ihren alten Wohnsitzen ihr Volkstum, und die staatsrechtliche Grundlage der neuen Reichsbildung war durchaus germanisch.

Die Gründung des fränkischen Reichs war die persönliche Tat eines der salisch-fränkischen Gaukönige, des Merowingers

Chlodwig (481 bis 511), eines harten und herrschgierigen Eroberers. An der Spitze eines starken Volksheeres, das wohl aus Angehörigen aller fränkischen Stämme zusammengeflossen war, zertrümmerte er zunächst in der Schlacht bei Soissons 486 den letzten Rest römischer Herrschaft in Nordgallien, verlegte seine Hauptstadt mitten ins romanische Gebiet, nach Paris, verteilte die herrenlosen Ländereien und das Staatsgut an seine Gefolgsleute, ließ aber den Romanen Eigentum, Freiheit und Privatrecht. Auch die keltische Aremorica, das Küstenland zwischen der Seine, dem Meere und der Loire, unterwarf sich bald danach dem Eroberer. Andrerseits aber zwang dieser 496 nach blutigem Kampfe auch die Alamannen unter seine Herrschaft, und indem er einem Gelübde, sicher aber auch staatskluger Berechnung folgend, in Reims zum katholischen (nizänischen) Bekenntnis übertrat, als der erste aller Germanenfürsten, gewann er in den Augen aller Romanen Galliens das Ansehen des legitimen Königs gegenüber ihren arianischen Herren. So machte er schon 500 das Burgundische Reich von sich abhängig, dann entriß er 507 durch den Sieg bei Vouglé (unweit von Poitiers) den Westgoten ihr ganzes gallisches Hauptland, das Gebiet zwischen Loire und Garonne, und nach der grausamen Ausrottung sämtlicher fränkischen Stammesfürsten vereinigte er auch alle Teile der Franken unter seiner Herrschaft.

Die Teilung des Reichs nach Chlodwigs Tode 511 unter seine vier Söhne gemäß der privatrechtlichen Auffassung der Germanen löste die Einheit des Reichs keineswegs grundsätzlich auf, sondern war mehr eine Teilung des Kronguts und der Königsgewalt als des Landes, und zwar so, daß jeder Erbe an jedem der großen Reichslande seinen Anteil erhielt. Nicht einmal der Fortgang der Eroberungen wurde durch solche Teilung zunächst gehindert. Vielmehr wurden 531 mit Hilfe der Sachsen die Thüringer durch den Sieg bei Burgscheidungen an der Unstrut unterworfen, von deren ausgedehntem Gebiete nur der mittlere Teil dem Stamme verblieb und den Namen behielt, der nördliche zwischen Harz und Elbe als Nordthüringergau von den Sachsen besetzt, der südliche, das Mainland, an fränkische Ansiedler verteilt wurde (daher der Name Franken für diese Gegend), während der Osten jenseit der Saale den vordringenden Slawen anheimfiel. Wenig Jahre danach, 534, wurde auch Burgund dem fränkischen Reiche einverleibt, und nicht lange darauf stellten sich auch die Bayern freiwillig unter fränkische Hoheit. Von allen deutschen Stämmen behaupteten nur die Sachsen und die Friesen ihre Unabhängigkeit.

In den damals festgelegten Grenzen bestand das Ganze des fränkischen Reiches mehr als zwei Jahrhunderte lang. Im Innern freilich zerrissen es Teilungen und Bürgerkriege fast unausgesetzt. In diesen wirren, ideenlosen Kämpfen entfalteten sich in abstoßender Verbindung alle die schlechten Seiten des germanischen wie des romanischen Wesens, auf der einen Seite Gewalttätigkeit und Roheit, Herrschsucht und Habgier, auf der andern Grausamkeit und Hinterlist, und auch die furchtbaren Eigenschaften germanischer Frauennatur kamen in den Königinnen Fredegunde († 597) und Brunhilde († 613) zu entsetzlicher Erscheinung. Kein Wunder, wenn sich der Glaube befestigte, die so mit Sünde und Frevel aller Art erfüllte Welt eile ihrem Ende zu. Nur zweimal vereinigte auf wenig Jahre ein Merowinger das Reich wieder dem Namen nach: Chlodwigs zweiter Sohn, Chlothar der Erste, 558 bis 561 und sein Enkel Chlothar der Zweite 613 bis 624. Während dieser Zeit traten weniger die rasch wechselnden und oft wunderlich ineinander geschlungnen Teilreiche als die großen, natürlichen Reichsteile immer selbständiger hervor: im Süden Burgund und Aquitanien, das alte Westgotenland, im Norden Neustrien, das Land der salischen Franken mit dem größten Teile des romanischen Nordgalliens, im Osten Austrasien (Ostland), das Gebiet der ripuarischen Franken mit einigen romanischen Landschaften. Ganz abgesondert standen wieder die ostrheinischen Stämme noch unter der nominellen Hoheit des Reichs, aber unter tatsächlich selbständigen monarchischen Gewalten, den Herzögen, und sogar in Aquitanien tritt eine solche frühzeitig hervor. Zugleich griff der neue Adel, der sich aus den mit erobertem Lande ausgestatteten Franken und aus den Geschlechtern der römischen Grundherren bildete, und ohne den sich kein Teilkönig mehr zu behaupten vermochte, im Interesse der Selbständigkeit des Standes und der einzelnen von ihm beherrschten Landschaften immer entscheidender in die Geschicke des Reiches ein und errang auf der Reichsversammlung von Paris im Oktober 614 seinen ersten großen Erfolg. Chlo-

thar der Zweite verbürgte damals jedem Volke des Reichs sein besondres Recht, bestätigte alle Schenkungen und Verleihungen an Geistliche und Laien, versprach jeden „Richter“ aus dem Gau, den er verwalten sollte, zu wählen, gestand die freie Wahl der Bischöfe durch Klerus und Volk, vorbehältlich königlicher Bestätigung, zu, befreite die Geistlichen in manchen Beziehungen von der weltlichen Gerichtsbarkeit und verlieh den Bischöfen sogar eine Art Aufsichtsrecht über die weltlichen Beamten.

Eine völlige Wandlung der Reichsverfassung war nämlich im Gange. Durch Erblichkeit und Eroberung war der fränkische König aus dem höchsten Beamten des Volks zu seinem Herrn nach eignem Recht geworden, tatsächlich und rechtlich unumschränkt, soweit überhaupt die Aufgabe des damaligen Staats reichte. Der Monarch residierte meist abwechselnd in größern Städten oder auf ländlichen Pfalzen, umgeben von den Beamten jedes großen deutschen Edelhofs (Truchseß oder Seneschalk, d. h. Altknecht, Schenk, Marschalk, Kämmerer), wozu später mit der Vergrößerung des Reichs noch der Majordomus als Leiter der gesamten Verwaltung des Königsguts und nach römischem Vorbilde der Kanzler (Referendarius) für die Ausfertigung der königlichen lateinisch geschriebnen Urkunden kamen. Diesem Königtum gegenüber hörte die altgermanische souveräne Volksgemeinde in den überwiegend romanischen Landesteilen mit ihrer weit verstreuten dünnen germanischen Bevölkerung ganz auf, in Austrasien bestand sie nur noch als jährliche Heerschau im März (deshalb Campus Martius) ohne politische Bedeutung. Daher ging das Gesetzgebungsrecht an den König über, der es kraft seines Amtsrechts (Bann) durch seine Kapitularien oder durch Erteilung von Privilegien übte, soweit ihn nicht das volksmäßige Gewohnheitsrecht der Stämme beschränkte. Ebenso war in der Verwaltung das volksmäßige Element vor der Königsgewalt in die kleinern Kreise zurückgewichen. Die alten, vom Volke gewählten Vorsteher des Gaus und der Hundertschaft (bei den salischen Franken thunginus und centenarius) erhielten sich nur kurze Zeit; der Vorsteher des Gaus im neuern Sinne, d. h. des alten Völkerschaftsgebiets (in Gallien der civitas, die ursprünglich nichts andres war), wurde seit dem sechsten Jahrhundert ein königlicher Beamter, der Graf, für Leitung des Gerichts, Wahrung des Friedens, Einziehung der königlichen Einkünfte, Führung des Aufgebots, wofür er Landbesitz und einen Teil der gerichtlichen Bußen erhielt. Für eine Selbstverwaltung der Städte blieb in dieser Verfassung nirgends Raum. In der Rechtspflege behaupteten die freien Männer einen maßgebenden Anteil, indem sie am „echten Ding“ jeder Hundertschaft (alle 40 bis 42 „Nächte“), dem eigentlichen Gerichtshofe für den ganzen Gau unter Vorsitz des Grafen, den der Zentenarius (Schultheiß) unterstützte, das Urteil durch einen Ausschuß, die sieben Rachimburgen (Ratgeber), „fanden“ und durch ihr „Vollwort“ bestätigten. Über Staatsverbrechen aber sowie über höhere Beamte und Geistliche richtete jetzt nicht mehr die Volksgemeinde, sondern das Gericht des Königs, der übrigens auch jede andre Klagesache an sich ziehen konnte. In allen Fällen war das Gericht an das Volksrecht des Verklagten gebunden; denn jeder Stamm des Reichs, ja jeder einzelne, wo er auch war, auch die Romanen und die Geistlichen, lebte nach seinem Stammesrecht, das allerorten damals zuerst aufgezeichnet wurde (bei den salischen Franken unter Chlodwig, bei den Ripuariern unter Childebert dem Zweiten um 580, bei den Alamannen unter Chlothar dem Zweiten, bei den Bayern unter Dagobert 622 bis 637). Doch gewann das salfränkische Recht namentlich auf den Prozeßgang bald herrschenden Einfluß, und die Kirche als Körperschaft lebte überall nach römischem Recht. Wie der König der oberste Richter geworden war, so war er auch der Kriegsherr. Nicht mehr die Volksgemeinde, sondern der König erließ jetzt das allgemeine Aufgebot (Heerbann) an die Freien; doch wichtiger als diese schwerfälligen Massen wurden ihm bald die beweglichen Scharen seiner mit Land ausgestatteten, berittenen Gefolgsleute (trustis, d. i. Trost, Schutz). Im wesentlichen etwas ganz neues, auf römischen Einrichtungen beruhendes waren die finanziellen Ansprüche des Königs: sein Recht auf alles herrenlose Land im weitesten Umfang, auf Zölle der verschiedensten Art, in den romanischen Landschaften auch auf direkte Steuern (Kopf- und Grundsteuern). Über die Erträge hatte er allein zu verfügen; für öffentliche Zwecke (Brücken, Straßen, Festungen, Reisen des Hofes und der Beamten, Verpflegung des Heeres)

hatte das Volk unmittelbar durch Dienste und Lieferungen aufzukommen.

Nur sehr unvollkommen hatte sich die römische Kirche in dieses germanische Staatswesen einfügen lassen. Allerorten, auch längs des Rheines, hatten die Franken Bistümer vorgefunden, die im festen, zuweilen so gut wie erblichen Besitz von Geschlechtern des römischen Provinzialadels waren und diesem in Verbindung mit seinen Grundherrschaften ein gewaltiges, gar nicht zu beseitigendes Ansehen verliehen. Die Könige verstärkten dieses noch durch Güterschenkungen und Privilegien, und sie beschränkten ihre Macht über die Kirche darauf, sich die Bestätigung der Bischofswahlen und der Synodalbeschlüsse vorzubehalten und die Bischöfe zur Teilnahme an den Regierungsgeschäften heranzuziehen; dagegen schützten sie die Geistlichen durch das dreifache Wergeld. Die Folge war weniger die Unterwerfung der Kirche unter den König als die Überlastung der Bischöfe mit weltlichen Interessen und eine Verweltlichung der fränkischen Kirche, die sie fast jedes tiefergehenden sittlichen Einflusses beraubte und sie nicht einmal dazu kommen ließ, ihre nächste und dringendste Aufgabe, die Bekehrung der noch immer heidnischen binnendeutschen Stämme, zu lösen.

So war das fränkische Reich eine Verbindung innerlich sehr selbständiger und gleichberechtigter Stämme, zusammengehalten nicht durch ein herrschendes Volk, wie das römische Reich, auch nicht durch ein wirkliches Gemeingefühl seiner Glieder, sondern lediglich durch das Königtum und seine Beamtenschaft. Aber das Königtum war nur sehr selten ein einheitliches, und die Beamten kannten eine wirkliche Staatsgesinnung um so weniger, als sie mit den von ihnen verwalteten Landschaften aufs engste verwachsen waren. Dazu wurden Königtum und Reichseinheit von einer unaufhaltsam vordringenden wirtschaftlich-sozialen Entwicklung bedroht. Diese beruhte einerseits auf dem allgemeinen wirtschaftlichen Rückgange Westeuropas infolge der Völkerwanderung, andrerseits auf dem Eintritt der Franken in die gallisch-römische Großgrundwirtschaft mit ihrer hörigen Bauernbevölkerung. Die langdauernde rechtliche Unsicherheit und kriegerische Gewalttat hatten das Eigentum massenhaft zerstört, den Verkehr unterbrochen, das großartige römische Straßennetz dem Verfall überliefert oder der unzureichenden Fürsorge der Nächstbeteiligten überlassen, das Edelmetall aus einem Umsatzmittel zum zinslos liegenden Bestandteil zahlreicher Schatzansammlungen gemacht, die städtischen Gewerbe des größten Teils ihres Absatzes beraubt, Kaufleute und Handwerker genötigt, Bauern zu werden, um das Leben zu fristen. Die bäuerlichen Gewohnheiten der germanischen Herren beförderten noch diese Umwandlung. So wich die römische Geldwirtschaft der germanischen Naturalwirtschaft; auch die Städte wurden zu großen, befestigten Dörfern, die bevorzugte Wohnstätte aber war das Dorf, eine ganz regellose Anhäufung von zehn bis dreißig eng aneinander gebauten Gehöften, im eroberten Lande auch der ursprünglich keltische Einzelhof; und das herrschende Gewerbe wurde die Landwirtschaft, die sich jetzt in den eisernen Formen der römischen Dreifelderwirtschaft bewegte. Diese ließ etwa die Hälfte der Flur als Allmende liegen, teilte das Ackerland in drei Felder (Schläge, Zelgen), von denen sie jedes dritte Jahr eins als Brache benützte, die beiden andern abwechselnd mit Winter- und Sommersaat bestellte; die Viehzucht wies sie fast ganz auf den Weidegang in der Brache, in der Allmende und im Walde an. Jedem einzelnen Hofbesitzer teilte sie in jedem „Felde“ und in jedem der nach der Güte des Bodens geschiednen, ursprünglich sehr zahlreichen Gewanne innerhalb jedes „Feldes“ einen bestimmten Anteil (zusammen Hufe, durchschnittlich sechzehn Hektar oder dreißig Morgen) als Eigentum zu und unterwarf durch diese „Gemenglage“ der Ackerstücke jeder Hufe jeden Besitzer dem Flurzwang, der gemeinsamen Wirtschaftsordnung der Dorfgenossen. Da noch immer jede Markgenossenschaft und jede Großgrundherrschaft sich selber genügte, so war der Binnenhandel geringfügig, reger nur der auswärtige Verkehr mit dem byzantinischen Reiche und den Arabern; doch ging damals das germanische Gewerbe bei den Romanen gelehrig in die Schule, lernte vor allem den Steinbau und eine verbesserte Metalltechnik. Unter diesen Umständen war der Geldvorrat überall sehr klein, außer etwa bei größern Kirchen und Klöstern und den schon ziemlich zahlreichen Juden, der Kredit sehr gering, der Zinsfuß hoch, eine Anleihe kaum anders als durch Verpfändung von Grundbesitz möglich.

Da nun der Grundbesitz die wichtigste Form des Besitzes überhaupt war, und das ganze Leben auf ihm beruhte, so war es das natürliche Streben jedes einzelnen, vor allem der weltlichen und geistlichen Großen, ihn nicht nur festzuhalten, sondern auch möglichst zu vermehren durch Schenkungen des Königs oder durch Erwerbung von zinsbarem Bauernland. Das gallisch-römische Vorbild und die ungünstige Lage des kleinen Mannes auch germanischen Stammes in Gallien infolge der mangelhaften Rechtssicherheit, der häufigen Kriegsunruhen und des schweren Druckes der Thingpflicht wie des Heeresdienstes bei den jetzt häufigen weitern Feldzügen förderten diesen Prozeß. Ein großer Teil der freien fränkischen Bauern geriet zunächst in wirtschaftliche, dadurch aber schließlich auch in rechtliche Abhängigkeit, indem sich ein Bauer von einem Grundherrn (senior, seigneur) ein Gut zum Nießbrauch meist gegen Zins übertragen ließ oder sich durch den Akt der commendatio unter seinen Schutz (patrocinium, mundium) stellte, um sich besser zu sichern. Während somit die Zahl der freien germanischen Volksgenossen in Gallien rasch abnahm, besserte sich die Lage der Knechte teils durch den Einfluß der Kirche, die grundsätzlich die Sklaverei bekämpfte, teils durch Freilassung, die besonders der König vornahm, teils endlich und hauptsächlich dadurch, daß geistliche wie weltliche Grundherren einen großen Teil ihres Bodens an Knechte zu selbständiger Bewirtschaftung austaten, um sich eine bessere und bequemere Verwertung ihres Eigentums zu sichern, als die direkte Bestellung mit Sklaven nach antiker Weise gewährte, und daß sie mit solchen nur einen verhältnismäßig kleinen Teil ihrer Güter von ihren Herrenhöfen (curtis salica, selihova) aus bewirtschafteten.

Indem somit der größte Teil der Bevölkerung irgendwie von den Grundherren abhängig wurde und sich der Unterschied zwischen Freien und Knechten halb verwischte, bildete sich aus den mit Land ausgestatteten Gefolgsleuten des Königs (Antrustionen) und den königlichen Beamten ein durch höheres (dreifaches) Wergeld geschützter Stand, ein neuer Adel, der auf dem persönlichen Treuverhältnis zum König, also auf einer durch und durch germanischen Idee beruhte, und diese Aristokratie begann im Bunde mit der ebenfalls reich begüterten, meist romanischen höhern Geistlichkeit das Land zu beherrschen.

Dem Königtum trat die Grundherrschaft gegenüber, der Idee des Staats das persönliche Interesse. Und indem nun die Könige, selbst von der ganz privatrechtlichen Auffassung ihres Amtes und Besitzes ausgehend, die vielleicht nicht allgemein deutsch, sicher aber fränkisch ist, damit begannen, auch ihre Einkünfte und Rechte in einzelnen Orten oder ganzen Gauen an Grundherren, namentlich an Bischöfe, zu übertragen, einem solchen aber, wenn er ein königliches Gut erwarb, die diesem zustehende Freiheit von öffentlichen Lasten (Immunität) ebenfalls zuzugestehn, gaben sie zu, daß staatliche Rechte an Untertanen übergingen.

In den binnendeutschen Landschaften, die halb oder ganz unabhängig vom fränkischen Reiche geblieben waren, traten alle diese Veränderungen noch nicht hervor. Hier erhielt sich teilweise sogar der alte Geburtsadel, und sicherlich überall die Volksfreiheit, wenngleich nicht die alte Gleichheit des Besitzes, seitdem mit dem Aufkommen des Sondereigentums ein Veräußerungsrecht entstand, und das Erbrecht auch auf Töchter, Brüder und Schwestern ausgedehnt, also die Vereinigung mehrerer Höfe in einer Hand immer häufiger wurde, wie andrerseits die Teilung der Hufe. Aber sonst waren Einschränkung der Volksfreiheit durch das Königtum und den neuen Dienstadel, Übergewicht des Großgrundbesitzes, Beschränkung des Königtums durch diese Grundherrschaften mit dem Überwuchern der privatrechtlichen Auffassung staatlicher Verhältnisse die Ergebnisse der ersten anderthalb Jahrhunderte des merowingischen Regiments und die Voraussetzungen der folgenden Entwicklung.

Zu diesen Kräften der Auflösung innerhalb der westlichen Reichsteile und zu dem Gegensatze zwischen dieser ursprünglich römischen Ländermasse und den deutschen Bauernlandschaften im Osten des Rheines trat nun eine bunte Mischung der Bildungselemente. Im Osten stand trotz einzelner noch erhaltner altrömischer Bischofssitze (Augst bei Basel, Konstanz, Straßburg, Augsburg, Chur) das Heidentum und mit ihm die schriftlose, volkstümliche germanische Sage ungebrochen aufrecht, im gallisch-römischen Westen kämpfte mit diesen Überlieferungen der fränkischen Eroberer die ganz formale, im Grunde leere literarische Bildung der alten römischen Rhetorenschulen und die

Lehre der christlichen Kirche. Jene Bildung lehnten die germanischen Laien fast völlig ab, und sie fand, da die romanischen Laien mit ihren deutschen Standesgenossen mehr und mehr unter derselben Sitte verwuchsen, schließlich ihre Anhänger nur noch unter den künftigen Geistlichen beider Nationalitäten. Die christliche Bildung aber erfüllte diese absterbenden Formen mit neuem Geiste und brachte in Gregor von Tours († 594), dem Sprößling einer vornehmen römisch-gallischen Familie, den ersten Vertreter der kirchlichen Geschichtsschreibung des Abendlandes hervor, die nach Augustinus den Staat und die Welt als das Reich der Sünde gegenüber dem Reiche Gottes, der Kirche, betrachtete und das Ende der Welt, das Jüngste Gericht nahe wähnte, damit aber jede unbefangne, wahrhaft historische Auffassung der Ereignisse und Personen auf viele Jahrhunderte hinaus verhinderte.

Die Machthöhe des Reichs unter den Karolingern.

Hätten die Dinge ihren Lauf behalten, so würde sich der romanische Westen vom germanischen Osten ganz geschieden haben, und dieser wäre in seine alte Zersplitterung in einzelne völlig getrennte Stämme zurückgefallen, im Westen aber wäre das Königtum der Übermacht der geistlichen und der weltlichen Grundherren erlegen. Dieser vielgestaltigen Auflösung stemmte sich die gewaltige Kraft eines deutschen, zwischen Mosel und Maas angesessenen grundherrlichen Geschlechts fränkisch-ripuarischen Stammes entgegen, indem es, die Sonderinteressen des eignen Standes verleugnend, die Idee der Reichseinheit und des Königtums ergriff. Der Ahnherr der Karolinger, Pippin der Ältere (von Landen), durch Vermählung seiner Tochter Begga mit Ansegisel, dem Sohne des Bischofs Arnulf von Metz, diesem mächtigen Geschlechte verschwägert, leitete mit Arnulf zusammen den jungen König Dagobert den Ersten (623 bis 633) zuerst in Austrasien, später im ganzen Reiche. Noch mißlang der kühne Versuch seines Sohnes Grimoold, nach dem Tode Pippins 639, das Majordomat gewissermaßen als Erbe in Besitz zu nehmen; aber Pippin der Mittlere (von Heristal), des ältern Pippin und Arnulfs Enkel aus jener Ehe, also tatsächlich kein Karolinger, sondern ein Arnulfinger, vereinigte die Güter und die Machtstellung beider Geschlechter und regierte als „Herzog der Franken" für Dagobert den Zweiten zunächst Austrasien. Seines Geschlechts und seine eigne geschichtliche Größe aber begründete er damit, daß er sich mit dieser Stellung nicht begnügte, sondern im Ringen mit Neustrien dessen Majordomus Berthari bei Testrie unweit St. Quentin 687 vollständig schlug und sich damit zum Majordomus des ganzen Reichs aufschwang. Sein Ver-

such, auch die ostrheinischen Stämme in den Reichszusammenhang wieder hineinzuzwingen, hatte nur bei den Friesen einigen Erfolg; immerhin unterstützte er die Arbeit der christlichen Glaubensboten in diesen Landen und bereitete dadurch deren festeren Anschluß vor. Das große Werk des Vaters führte nach Pippins Tode 714 sein dritter Sohn Karl Martell (von einer Nebenfrau) weiter. Gewissermaßen als Usurpator an die Spitze Austrasiens tretend, nötigte er durch die Siege von Vincy bei Cambrai 717 und Soissons 719 den neustrischen Adel und den ohnmächtigen König Chilperich den Zweiten, ihm auch in Neustrien und Burgund das Majordomat zu übertragen, stellte zuerst über die Bayern und die Schwaben die fränkische Hoheit wieder her und beugte ihr dann auch die Friesen.

Es war eine welthistorische Fügung; denn inzwischen hatte sich die Weltstellung des fränkischen Reichs von Grund aus geändert. Ursprünglich ein germanischer Großstaat unter mehreren, war es jetzt der einzige. Von den Reichen der Ostgermanen am Mittelmeer waren die der Vandalen und der Ostgoten schon in der ersten Hälfte des sechsten Jahrhunderts dem byzantinischen Reiche erlegen, das nicht ohne Erfolg den Anspruch erhob, der Rechtsnachfolger des alten Römerreichs auch im Westen zu sein. Dann hatten seit 568 die Langobarden in Italien ein ganz germanisches Staatswesen über den unterworfnen Romanen begründet, aber sie vermochten die Byzantiner weder aus Süditalien noch aus Rom und großen Landstrichen der Ostküste zu vertreiben und wurden dadurch gehindert, eine in sich gefestigte Großmacht zu werden, obwohl sich seit ihrem Übertritt zum Katholizismus im siebenten Jahrhundert der Gegensatz zu den Romanen allmählich ausglich. Das westgotische Reich endlich hatte den Weg zur Auflösung durch das ungesunde Überwuchern der Großgrundherrschaften so rasch zurückgelegt, daß es 711 der jungen siegesfreudigen Weltmacht der mohammedanischen Araber ohne jeden nachhaltigen Widerstand zum Opfer fiel. Ihre weitern Fortschritte im Abendlande zu hindern, die christliche germanisch-romanische Kultur vor der Überflutung des islamitischen Semitentums zu retten, dazu war allein das neugeeinte fränkische Reich imstande.

Karl Martell löste diese Aufgabe an der Spitze des gesamten fränkischen Aufgebots in der gewaltigen Verteidigungsschlacht zwischen Tours und Poitiers im Oktober 732; er entriß den Arabern 737 Avignon und besiegte sie bei Narbonne. Aber bei seinem Tode 741 zu Quiercy an der Oise zeigte sich doch wieder, daß die privatrechtliche Auffassung staatlicher Gewalt auch das Majordomat ergriff; denn wie ein König hinterließ Karl seine Würde in Austrasien seinem ältern Sohne Karlmann, in Neustrien dem jüngern Pippin (dem Kleinen). Beide wirkten indes zusammen zur gewaltsamen Niederwerfung Bayerns 743, dessen Herzog Odilo nur als fränkischer Vasall sein Land wiedererhielt, während sein junger Sohn Thassilo 748 es sogar nur als Lehen (beneficium) empfing, und sie vollzogen dann die Vernichtung des alamannischen Herzogtums 747.

Ebenso war das gemeinsame Werk beider Brüder eine Heeresreorganisation größten Stiles. Sie zogen nämlich, nach vereinzelten Vorgängen schon unter Karl Martell, mit Zustimmung der weltlichen und der geistlichen Großen einen Teil des Kirchenguts in der Weise ein, daß es nicht als Eigentum, sondern nach dem von der Kirche selbst schon früher beobachteten Verfahren zu Lehen (ex beneficio) gegen Zins und Treueid an Laien zunächst auf Lebenszeit vergabt wurde, als Entschädigung für den von ihnen geforderten Kriegsdienst zu Roß, den die Bauern nicht leisten konnten, gewissermaßen als eine in Grund und Boden kapitalisierte Besoldung. Den andern Teil ließen sie der Kirche oder gaben ihn zurück, soweit er schon früher eingezogen worden war. Da die neuen „Vasallen" (vom keltischen gvas, d. i. Knecht) diesen Besitz den Karolingern verdankten, so gewannen diese in ihnen zugleich eine feste Stütze ihrer Gewalt. Das war die eigentliche Begründung des Lehnswesens im fränkischen Reiche, der eigentümlichsten politisch-sozialen Bildung des ganzen abendländischen Mittelalters. Sie ging mit Notwendigkeit aus den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Zeit und des fränkischen Reichs hervor. So weite Räume ließen sich mit den schwerfälligen naturalwirtschaftlichen Mitteln eines geld- und straßenlosen Bauernvolkes von einem Mittelpunkt aus nicht regieren; die Krone hatte weder die sichere und schnelle Verbindung mit ihren Beamten, noch konnte sie diese und ihre Krieger mit

Geld besolden. Sie mußte beide also mit Land ausstatten, dem einzigen wertvollen Besitz der Zeit, und die mangelnde Staatsgesinnung durch ein Netz persönlicher Treuverpflichtungen ersetzen. So war die Lehnsverfassung der Versuch, mit den Hilfsmitteln einer unentwickelten Kultur große Räume zu organisieren, freilich auf die Gefahr hin, daß das Amt und der Kriegerberuf mitsamt dem verlehnten Lande bald zum erblichen Besitz des Geschlechts wurde, und daß dieses dann auch seine Befugnisse und Pflichten als ein Zubehör der Grundherrschaft auffaßte. Denn aller Grundbesitz hat die Tendenz, erblich zu werden, weil in dem Besitzer erst dann ein wirkliches Interesse an ihm aufkommt, wenn er darauf rechnen darf, nicht nur selbst die Früchte seiner Arbeit zu genießen, sondern sie auch seinen Nachkommen sichern zu können. Die Lehnsverfassung hat also den Sieg der Grundherrschaft über die Staatsidee, des Amts- und Kriegsadels über das Königtum vorbereitet, die Auflösung desselben Staatsorganismus, zu dessen Behauptung sie zunächst geschaffen worden war.

Gleichzeitig mit dem Aufkommen der Karolinger vollzog sich, von ihnen vielfach gefördert, der Übergang zum Christentume bei den ostrheinischen Stämmen, soweit sie schon der Hoheit des Reichs unterworfen waren. Damit fiel zugleich die stärkste Schranke zwischen dem romanisch-germanischen Westen und dem rein germanischen Osten.

Nicht von der ihrer Aufgabe vergessenden fränkischen Geistlichkeit und nicht von dem bedrängten Rom ging die Bekehrung aus, sondern von der irisch-schottischen Nationalkirche, die dem Bischof von Rom keinerlei Obergewalt zugestand und ihre mit der Bischofswürde bekleideten Äbte der großen Klöster („Kathedralklöster") ohne hierarchische Unterordnung nebeneinander stellte. Ihre mönchischen Glaubensboten (Columban, Gallus, Pirmin) gründeten seit 600 zuerst in Schwaben mehrere Klöster als Missionsstationen (St. Gallen, Reichenau), gegen Ende des siebenten Jahrhunderts auch im fränkischen Mainlande (Würzburg). Um dieselbe Zeit begannen fränkische Missionare, zuerst von Herzog Theodo gerufen, die Bekehrung Bayerns, teilweise in einer gewissen Verbindung mit Rom: Ruprecht in Salzburg (Juvavum) 696, Emmeram in Regensburg seit 712, Corbinianus in Freising kurz vor 730. Doch gelangte später auch in Bayern durch den tatkräftigen Schotten Virgil, den Abtbischof von Salzburg (743 bis 784), die irisch-schottische Richtung zur Herrschaft. Von hier aus trugen bayrische Priester das Christentum auch ins slowenische Ostalpenland, das schon in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Herzögen stand. Jedenfalls war schon im ersten Drittel des achten Jahrhunderts das südliche Deutschland im wesentlichen christlich, aber zum Teil nach irisch-schottischer Weise, noch ohne hierarchischen Zusammenhang mit der fränkischen Kirche oder gar mit Rom.

Da waren es angelsächsische Missionare, die den in Britannien selbst glücklich beendeten Kampf gegen die irisch-britische Klosterkirche auf deutschen Boden verpflanzten und unter dem Schutze der Karolinger die römische Kirchenordnung im ganzen fränkischen Reiche begründeten, zugleich aber auch den christlichen Glauben auch in den mitteldeutschen Landschaften und an den Küsten der Nordsee verbreiteten. Zuerst im stammverwandten Friesland begannen um 716 Willibrod und Winfried (agf. Wynfreth, d. i. Glücksfried, lat. Bonifatius) ihr Werk. Dann aber holte sich Winfried in Rom 718 die Vollmacht für ein selbständiges Auftreten in Deutschland, 722 auch die Bischofsweihe, und arbeitete als Bekehrer in Hessen, wo er die hochverehrte Donareiche bei Geismar 723 fällte und sein erstes Kloster Amöneburg gründete, und in Thüringen, wo er das Kloster Ohrdruf stiftete. Als Erzbischof (732) und Legat des römischen Stuhls, vom Herzog Odilo unterstützt, ordnete er dann (738) zuerst die bayrische Kirche in römischer Weise durch Errichtung der Bistümer Passau, Regensburg, Freising und Salzburg, ohne jedoch in Salzburg gegenüber Virgil damit durchdringen zu können, und begründete, von Pippin und Karlmann kräftiger gefördert, römische Bistümer, für Thüringen Erfurt, für Hessen Büraburg bei Fritzlar, Eichstädt für den bayrischen Nordgau und Würzburg für das fränkische Mainland, von denen allerdings nur die beiden letztgenannten Bestand gewannen. Auf dem ersten austrasischen Concilium Germanicum erreichte er 742 die Anerkennung nicht nur solcher Einrichtungen, sondern auch die Einführung strenger Kirchenzucht, die Unterordnung der Klöster unter die Bischöfe und die Annahme der Benediktinerregel für die Klöster. Eine neu-

strische Synode in Soissons 744 beschloß dasselbe und die Errichtung von drei Erzbistümern für diesen Reichsteil, und eine gemeinsame Synode zu Lestines im Hennegau 747 erkannte den Vorrang Roms an. Bonifatius nahm seit 748 seinen erzbischöflichen Sitz im altrömischen Mainz und leitete von dort aus nicht nur die ältern Bistümer des fränkischen Rheinlandes von Utrecht bis Speier, sondern auch die schwäbischen (Straßburg, Konstanz, Augsburg) und die neugegründeten in Ostfranken, Hessen und Thüringen; nur die bayrischen entzogen sich noch seinem Hirtenstabe. Sonst war das dem fränkischen Reich unterworfne Deutschland auf dem geraden Wege, eine römische Kirchenprovinz zu werden. Und doch endete Bonifatius nicht als Kirchenfürst, sondern als Glaubensprediger unter den Speeren heidnischer Friesen am 5. Juli 755 in der Nähe von Doccum. So erblaßte vor dem Glorienscheine, der des Märtyrers Gruft in seinem Lieblingskloster Fulda (gegründet 744) umstrahlte, das Andenken an seine kirchenpolitische Tätigkeit, und er galt der Nachwelt bald schlechtweg als der „Apostel der Deutschen".

Zum erstenmal hatte jetzt die römische Kultur im Geleit der christlichen Lehre Boden im innern Deutschland gewonnen und dessen isolierte Stämme in Verbindung mit der südländischen Kulturwelt und mit ihrem geistigen Mittelpunkte, mit Rom, gebracht. Nur in dieser Verbindung konnten sich beide durchsetzen und behaupten; darin liegt die Rechtfertigung für das Werk des Bonifatius. Aber nicht die Bischofssitze und auch nicht die noch sehr dünn gesäten vereinzelten Kirchen, fast immer noch schlichte, kleine Holzbauten, sondern die Benediktinerklöster, die nach dem Muster von Fulda auf dem von Fürsten oder Edeln geschenkten Boden bald zahlreich entstanden, wurden die wirksamsten Förderer der neuen christlich-römischen Kultur. Denn ein Kloster war damals nicht nur eine Stätte frommer, weltabgewandter Askese, sondern vor allem der wirtschaftliche und geistige Mittelpunkt einer oft ausgedehnten Landschaft, eine blühende Kolonie im Urwald, eine planmäßig gepflegte großartige Gutswirtschaft, die zuweilen über Tausende von Höfen und zinsbaren Bauern verfügte, ein Sitz technischer Kunstfertigkeit und wissenschaftlicher Arbeit mit geistlicher Schule und Bibliothek, eine Zuflucht aller

Bedrängten und Hilfsbedürftigen und für das Geschlecht des Stifters die letzte Ruhestätte, eine Insel des Friedens und der Kultur inmitten einer gewalttätigen und rohen Umgebung.

Aber allerdings, mit dem Christentum kam zunächst auch ein ungeheurer Widerspruch in das Leben der Deutschen. Denn heidnisch im tiefsten Grunde blieb ihr Denken in Sitte, Recht und Sage, und die Kirche mußte sich diesen Anschauungen anbequemen, um wirksam zu sein. Sie baute ihre Stiftungen oft an die Stelle heidnischer Heiligtümer, wenn sie diese nicht als Stätten der Dämonen verrief, sie lehnte ihre Feste an alte Götterfeste an, sie ließ es zu, daß christliche Heilige die Züge germanischer Götter annahmen, und daß Christus sich in einen mächtigen Gefolgsherrn verwandelte, der seine Getreuen für ihre durch fromme Werke bewiesene Treue hienieden durch irdisches Glück und im Jenseits durch die ewige Seligkeit belohnte; kurz, sie selber wurde halb heidnisch. Der innere Ausgleich dieser beiden Bildungskreise, des national-heidnischen und des römisch-christlichen, war die Aufgabe der folgenden Jahrhunderte.

Bonifatius hat es noch erlebt, daß die von ihm hergestellten engen Beziehungen der fränkischen Kirche zu Rom zu einer folgereichen Wendung führten. Denn als Pippin, seit dem Rücktritte seines Bruders Karlmann 747 alleiniger Herr des Frankenreichs, sich entschloß, dem unhaltbaren Zustande, daß der merowingische Schattenkönig, seit 743 Childerich der Dritte, nichts und sein Majordomus alles bedeute, ein Ende zu machen, erbat er sich vom Papst Zacharias eine Art schiedsrichterlichen Gutachtens und ließ sich erst daraufhin nach dem unbestrittnen, allerdings sehr selten ausgeübten Volksrechte der Königswahl 752 zu Soissons von den Franken zum König ausrufen, während er Childerich in ein Kloster schickte. Indem er dann auch die bischöfliche Salbung von Bonifatius empfing, umgab er das junge Königtum der Karolinger mit geistlichen Weihen. Der Bund zwischen ihm und dem Papsttum schloß sich noch fester, als Stephan der Zweite persönlich die fränkische Hilfe gegen den Langobardenkönig Aistulf anrief, da dieser endlich die von seinem frommen Vorgänger Liutprand nur halb gelöste Aufgabe nachdrücklich in Angriff nahm, nämlich mindestens die oberitalienischen Besitzungen der Byzantiner und Rom zu er-

obern. In zwei Feldzügen, 754 und 756, nötigte Pippin den König Aistulf, Ravenna und die Pentapolis wieder herauszugeben. Er übertrug sie schenkungsweise der weltlichen Herrschaft des Papstes, der eine solche über Rom und sein Gebiet schon tatsächlich ausübte. Pippin selbst aber nahm den römischen Titel eines Patrizius (vom byzantinischen Exarchen in Ravenna) an und damit die Oberhoheit über den weltlichen Staat des Papstes. Ein germanischer Priester hatte die päpstliche Gewalt über Deutschland begründet, ein germanischer König begründete den römischen Kirchenstaat und vereitelte damit die Einheit Italiens unter der Eisernen Krone der Langobarden für mehr als ein Jahrtausend. Es entsprach diesem engen Einvernehmen zwischen den Karolingern und dem Papsttum, wenn Pippin die von Bonifatius begonnene, auf strenge hierarchische Gliederung, scharfe Kirchenzucht und reinere Sitte gerichtete Reform der fränkischen Kirche weiterführte, und wenn Bischof Chrodegang von Metz die Geistlichen seiner Domkirche zu mönchischer Lebensgenossenschaft vereinigte. Und glänzend bewährte sich die neue Monarchie als die Schutzmacht der abendländischen Christenheit, indem sie 759 Narbonne den Arabern entriß und Aquitanien, dessen Herzog sich stets auf diese Glaubensfeinde stützte, endlich unterwarf.

Und doch, als Pippin bei seinem Tode 768 das Reich wieder unter seine beiden Söhne, Karl (geb. wohl 742) und Karlmann (geb. 751), teilte, war es höchst zweifelhaft, ob die von ihm eingeschlagne Richtung Bestand haben werde. Denn ein großer Teil des fränkischen Adels war gegen sie, und diese Partei siegte zunächst. Mit den Langobarden wurde ein enges Verhältnis hergestellt und durch die Vermählung der beiden jungen Könige mit zwei Töchtern des Langobardenkönigs Desiderius (Gerberga und Desiderata) befestigt, was zugleich die Anerkennung einer größern Selbständigkeit des Bayernherzogs Thassilo, des Gemahls der dritten langobardischen Schwester Liutbirg, und die Lösung des Verhältnisses mit Rom zur Folge hatte. Doch der schnelle Tod Karlmanns im Dezember 771 gab dem ältern Bruder Karl Gelegenheit, mit dem Griff des Löwen das ganze Reich an sich zu reißen. Indem er seine langobardische Gemahlin heimsandte und die un-

zweifelhaften Rechte seiner beiden Neffen, der jungen Söhne Karlmanns, beiseite schob, brach er in der schroffsten Weise mit den Langobarden. Der Konflikt verschärfte sich, als der tiefgekränkte Desiderius gegen Rom vorging, um Papst Hadrian den Ersten zur Anerkennung der Königsrechte seiner Enkel zu zwingen. Zum drittenmal überschritten 773 die fränkischen Heersäulen die Alpen, und diesmal fiel das langobardische Reich. Desiderius wurde entthront, Karl als König der Langobarden und als römischer Patrizius anerkannt, die fränkische Grafschafts- und Gerichtsverfassung allmählich durchgeführt und das langobardische Italien der fränkischen Reichsgesetzgebung unterworfen. Nur die Herzogtümer Spoleto und Benevent behaupteten eine halbe Selbständigkeit. Später, 780, übertrug Karl seinem Sohne Pippin die Verwaltung Italiens mit dem Königstitel. Die Vereinigung der beiden einzigen noch bestehenden germanisch-romanischen Großstaaten in einer Hand begründete eine alles überragende Machtstellung des fränkischen Reichs im Abendlande, die Unterwerfung der Sachsen schuf dann die Voraussetzungen zur Bildung einer deutschen Nation.

Noch immer hausten die Sachsen in ihrem unwegsamen Wald- und Sumpflande als ein loser Bund von vier selbständigen Stämmen (Westfalen, Engern, Ostfalen und Nordalbingiern) in fast unveränderten altgermanischen Ordnungen, ein Volk freier Bauern unter einem durch ein hohes, sechsfaches Wergeld ausgezeichneten kriegerischen Adel, regiert von den „Ältesten" der Gaue und der Volksgemeinde, nur im Kriegsfalle von einem Herzog für jeden der vier Stämme geleitet. Durch Wohnsitze, Sitte, Religion und Sprache ihren skandinavischen Nachbarn, den Dänen, nähergestellt als den christlichen Stämmen des Binnenlandes, wären sie diesen völlig entfremdet und dadurch die Entstehung einer deutschen Nation verhindert worden, hätte nicht Karls eiserner Arm ihre politische und religiöse Sonderstellung zerschlagen. Freilich geschah das in schweren, mörderischen Kriegen (772 bis 785), die um so hartnäckiger waren, je weniger die schwerfälligen militärischen Kräfte des fränkischen Reichs zu einem Eroberungskriege und zu langdauernder Besetzung eines feindlichen Landes wirklich ausreichten, und je zäher sich der trotzige Sinn der Sachsen

unter ihren Herzögen Widukind und Abbio mit Hilfe der Dänen dem doppelten Joche des fränkischen Staats- und Kirchenwesens entgegenstemmte. Die Einführung der fränkischen Gau- und Heeresverfassung und die Begründung der Kirche im Jahre 782 erwiesen sich noch als verfrüht; eine neue Erhebung folgte, und das grausame Strafgericht zu Verden an der Aller machte sie allgemein (782). Erst die blutigen Siege bei Detmold und an der Hase 783 brachen den Mut der Sachsen und bewogen 785 ihre beiden Herzöge zur Unterwerfung. Vereinzelte Erhebungen sind noch bis 803 zu bekämpfen gewesen; aber unwiderstehlich setzten sich die fränkische Verfassung und die Kirche durch. Die Verbindung mit dem Rheine sicherte fast nach römischer Weise der Hellweg (via regia) über Dortmund und Soest nach Paderborn mit seiner Reihe von Königshöfen als Etappen.

Während der Überwindung der Sachsen trat das Reich auch mit den ostelbischen (polabischen) Slawen zum erstenmal in Verbindung, zunächst nur, um sie gegen die Sachsen zu benutzen. Alle diese Stämme, schon 780 die Obotriten in Mecklenburg, dann die Sorben zwischen Saale und Bober, endlich 789 auch die Wilzen zwischen Elbe und Oder erkannten die Oberhoheit des Frankenkönigs an, allerdings unter Wahrung ihrer innern Selbständigkeit. Immerhin war nun eine germanische Herrschaft über diese alten Stammlande der Germanen wiederhergestellt. Gegen die Dänen aber wurde die Eidergrenze kräftig behauptet und durch Burgen gesichert.

Von nicht geringerer Wichtigkeit war die völlige Unterwerfung Bayerns. Seit Thassilo 763 das Lager König Pippins auf einem Feldzuge gegen Aquitanien eigenmächtig verlassen hatte, stand das weitausgedehnte Herzogtum der Agilolfinger tatsächlich als eine selbständige Macht zwischen dem fränkischen und dem langobardischen Reiche. Es hatte auch die Slowenen unterworfen und damit die schönen, sonnigen Täler der Ostalpen der bayrischen Kolonisation eröffnet, es befestigte die bayrische Kirche durch zahlreiche Klostergründungen des Fürstenhauses, wie Kremsmünster (777), und der edeln Geschlechter, es suchte noch 766 ihre Unabhängigkeit durch die Synode von Aschheim zu sichern. Aber seitdem Thassilo 773/4 tatenlos dem Untergange des langobardischen Reiches, seines

natürlichen Bundesgenossen, zugesehen hatte, hatte er nur noch die Wahl zwischen verzweifeltem Widerstande, unter Umständen mit Hilfe der rohen Avaren, und bedingungsloser Unterwerfung. Doch unsicher schwankend zwischen beiden Möglichkeiten, leistete er 781 dem Frankenkönig zwar den geforderten Treueid, weigerte sich aber 787 auf der Reichsversammlung zu Worms zu erscheinen und beschwor dadurch das Verderben über sich herauf. Nach dem Tode Virgils von Salzburg 784 der bayrischen Bischöfe nicht mehr sicher und von einer gewaltigen Heeresmacht im Süden, Westen und Norden gleichzeitig bedroht, unterwarf er sich im Oktober 787 ohne Gegenwehr dem König im Lager vor Augsburg und nahm sein Herzogtum von diesem zu Lehen, wurde aber 788 trotzdem wegen jener „Fahnenflucht" (herisliz) im Jahre 763 vom Königsgericht in Ingelheim zum Tode verurteilt. Während er, von Karl begnadigt, im Kloster Lorsch verschwand, trat Bayern unter die fränkische Grafschaftsverfassung.

An die Einverleibung Bayerns schloß sich die Vernichtung des avarischen Räuberstaats. In einer Reihe von Feldzügen 791/95, deren ersten Karl selbst führte, ging der avarische Adel fast ganz zugrunde, die Reste wichen hinter die Theiß zurück oder unterwarfen sich dem fränkischen Reich und nahmen das Christentum an. Der westliche Teil ihres Gebiets, das alte Pannonien und das Donauland zwischen der Enns und dem Wiener Wald, früher die Heimat der Ostgoten und dann der Langobarden, trat unter fränkische Grafen sogut wie das Slowenenland (Karentanien, d. i. Kärnten und Steiermark) mit Istrien, Norddalmatien und Friaul, und ein unermeßliches Arbeitsfeld eröffnete sich hier der deutschen Kultur.

Glücklich überall gegen die deutschen und die fremden Stämme des Ostens, scheiterte Karl gegen die dem fränkischen Reich an Kultur weit überlegnen spanischen Araber. Sein eigner Feldzug über die Pyrenäen 778, der auf der Hoffnung beruhte, die große Spaltung der islamitischen Welt zwischen den Abbassiden von Bagdad und den Omajjaden von Cordova (750) zu einem wuchtigen Schlage gegen die Herrschaft der Araber in Spanien auszunutzen, verlief erfolglos, und die noch bis 811 fortgesetzten Kämpfe führten nur zur Gründung einer spanischen Mark zwischen den Ostpyrenäen und dem untern Ebro.

Eine Herrschaft wie diese karolingische war seit der Auflösung des weströmischen Reichs nicht mehr gesehen worden. Von den Fürsten der Angelsachsen und der christlichen Spanier wie von dem großen abbassidischen Kalifen Harun-al-Raschid in Bagdad wurde Karl als der Oberherr des Abendlandes anerkannt, und sein befehlendes Wort galt vom Ebro bis an die pannonische Donaugrenze, von der Eider bis zum Garigliano. Einer solchen Völkervereinigung entsprach der Titel eines Königs der Franken und Langobarden nur sehr unvollkommen. Näher lag es dieser Zeit, in der die Erinnerung an das auch noch im Verfall imposante römische Kaisertum noch sehr lebendig war, an dieses anzuknüpfen, zumal da nach der herrschenden Auffassung das letzte der vom Propheten Daniel Kap. 7 verkündigten vier Weltreiche das römische war und bis ans Ende der Zeiten dauern sollte, aber bisher seit 476 im Westen nur in der Idee fortlebte und nur im Osten tatsächlich fortbestand. Sehr praktische politische Erwägungen kamen hinzu. Die einheitliche Kirche meinte nur in einem einheitlichen Reiche volle Sicherheit finden zu können, und das Papsttum war nur dann gegen ehrgeizige römische Parteien und gegen die keineswegs aufgegebnen Ansprüche Ostroms geschützt, wenn im Westen wieder ein selbständiges Kaisertum bestand. Aus solchen Anschauungen und Bedürfnissen lateinisch gebildeter und kirchlich gesinnter Kreise entsprang der Gedanke, es zu erneuern und dem Könige der Franken zu übertragen, eine echte Renaissanceidee im großartigsten Stil. Als daher Karl im November 799 den Papst Leo den Dritten durch seine Kommissare hatte nach Rom zurückführen lassen und ein Jahr später als römischer Patricius zwischen dem Papste und seinen Widersachern Gericht gehalten hatte, da beschloß eine große Versammlung fränkischer und römischer Geistlicher und Laien, die Kaiserwürde zu erneuern und Karl dem Großen zu übertragen. In der Erinnerung ist dieser grundlegende Beschluß hinter der Krönung Karls durch Papst Leo den Dritten im St. Peter am ersten Weihnachtsfeiertage des Jahres 800, dem Anfange eines neuen Jahres und Jahrhunderts, völlig zurückgetreten, besonders weil die Päpste später aus der wahrscheinlich den König selbst überraschenden Form der Krönung die weitestgehenden Folgerungen gezogen haben. Die neue Kaiserwürde gab keinen Machtzuwachs, aber sie enthielt einen großartigen Gedanken, der seine Bedeutung behauptet hat, auch als die damals ihm gegebene Form zerfiel, die Idee, daß die christlichen Völker des romanisch-germanischen Abendlandes eine unzertrennliche Kulturgemeinschaft bilden sollen, und soweit das Menschenkraft vermochte, hat Karl daran gearbeitet, sie zu verwirklichen.

Sein Reich sollte in der Tat, wie das römische, ein einheitliches Ganze bilden. Die Reichsversammlung, das „Maifeld“, nicht mehr die alte Volksgemeinde, sondern eine Vereinigung weltlicher und geistlicher Großen, entfaltete in den „Kapitularien“ eine allumfassende Reichsgesetzgebung in weltlichen wie in kirchlichen Angelegenheiten; die fränkische Grafschaftsverfassung war im ganzen Reiche durchgesetzt, außer in den halbunabhängigen Gebieten der Basken, Bretonen und Slawen, sowie in den Herzogtümern Spoleto und Benevent. Sie wurde in den Grenzgebieten zu einer umfassenden Gewalt, da die Markgrafen die Marken (die dänische an der Eider, die sächsische im östlichen Holstein, die sorbische längs der Saale, die böhmische im bayrischen Nordgau, die avarische zwischen Enns und Wiener Wald, die spanische zwischen Pyrenäen und Ebro) mit Grenzgrafschaften verbanden und das Aufgebot auf eigne Verantwortung erlassen konnten. Seit 802 überwachten königliche Kommissare (missi dominici), ein Bischof und ein Laie, in jedem der sehr ausgedehnten Amtsbezirke die Geschäftsführung dieser Markgrafen, die lediglich Beamte und Diener des Königs bleiben, nicht Herren werden und deshalb auch ihr Amt nicht erblich in ihrer Familie machen sollten. So einheitlich wie die Staatsverwaltung gestaltete Karl die Verwaltung der Kirche. Für die deutschen Lande wurden 789 Mainz, Trier und Köln die erzbischöflichen Sitze; von den sechs (später acht) sächsischen Bistümern traten Münster, Osnabrück und Minden unter Köln, Paderborn, Halberstadt und Verden unter Mainz. Für Bayern und die südöstlichen Marken erhielt Salzburg 798 erzbischöfliche Rechte. Die Ernennung der Bischöfe lag tatsächlich in den Händen des Königs, ebenso die der Äbte in den Klöstern, die auf dem Boden von Königsgütern begründet waren, und dasselbe Recht für ihre Geistlichen, ja sogar das Recht der Verwaltung und Nutzung hatten die Grund-

herren bei den sehr zahlreichen von ihnen gestifteten Kirchen (Eigenkirchen).

Eine zentralisierte Verwaltung versuchte Karl auch für die wichtigste Quelle seiner Einnahmen, für die Königsgüter, zu gründen, die, außer dem Hausgut der Karolinger, aus den frühern merowingischen und langobardischen Domänen sowie aus dem herzoglichen Gut in Bayern und Schwaben, endlich aus dem gesamten Grund und Boden in den eroberten Marken bestanden, also einen ungeheuern Umfang hatten. Nach dem Capitulare de villis von 812 zerfielen diese Domänen in einzelne große Gruppen (fisci) unter Amtleuten (iudices); jede umfaßte einen „Sal(Herren)hof" mit zahlreichen Dorfschaften und Einzelgütern, die nach der Zahl und Rechtsstellung ihrer Hufen als freie, Liten- und Knechtshufen entweder Naturallieferungen oder Frondienste, insbesondere auch gewerbliche Arbeit an den Herrenhof zu leisten hatten, und zwar nach der Steuereinheit des Servitium, d. h. der Verpflegung des königlichen Tisches für einen Tag. Für die Abführung dieser Erträge waren die meist an oder in der Nähe von Wasserstraßen gelegnen Königspfalzen die Mittelpunkte: Compiegne, Quiercy, Attigni an der Oise und Aisne, Heristal an der Maas, Düren an der Roer, Aachen zwischen Roer und Mosel, Metz, Diedenhofen, Trier an der Mosel, Nimwegen, Ingelheim, Worms, Speier am Rhein, Frankfurt am Main, Selz an der fränkischen Saale; was der Hof nicht verbrauchte, wurde verkauft. Zu ähnlichen Leistungen wurden aber auch die Bistümer und die Reichsabteien herangezogen.

Das Herzland des Reichs war also das deutsche Austrasien mit dem ostrheinischen Franken und dem angrenzenden Teile Neustriens, fast durchweg altrömisches Gebiet, von dem einst Rom gleichzeitig Gallien und Germanien im Gehorsam erhalten hatte, mit zahlreichen Bauresten dieser Zeit, im ganzen das mittlere und untere Rheinland, das durch die günstige Gestaltung seines Flußnetzes einen leichten Verkehr gestattete. Daher tat Karl noch einen weitern Schritt zur Zentralisation: statt die Erträgnisse der Domänengruppen in deren Mittelpunkten, den Pfalzen, aufzubrauchen, also die Residenz beständig zu wechseln, nahm er in den letzten beiden Jahrzehnten seiner Regierung seinen ständigen Sitz in Aachen und machte

diese Pfalz, die zunächst nichts war als eine große Gutswirtschaft, tatsächlich zur Hauptstadt seines weiten Reichs.

Sein Versuch widersprach jedoch der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe seiner Völker, der durchweg herrschenden Naturalwirtschaft. Diese führte einerseits in Verbindung mit den steigenden militärischen Anforderungen eines Großstaats zu einer immer weitern Ausbreitung des Lehnswesens, das allmählich auch in den ostrheinischen Landen den größten Teil der vermögenden Freien in die Gefolgschaft des Königs und seiner Beamten brachte und die schwere Reiterei zum eigentlichen Kern des Heeres machte. Andrerseits begünstigte sie die Ausdehnung der Grundherrschaften auch im rechtsrheinischen Deutschland, besonders durch die Gründung zahlreicher neuer Bistümer und Klöster, deren oft nach Tausenden von Hufen zählende und über viele einzelne Ortschaften verstreute Güter (daher Streubesitz) in ähnlicher Weise bewirtschaftet wurden wie die Königsgüter. Beide Ursachen arbeiteten an einer stetigen Verminderung und Einschränkung des freien Bauernstandes, der in immer größerm Maßstabe in Abhängigkeit von den Grundherren trat und seine alten Markgenossenschaften durch diese Abhängigkeit einzelner Hufen von den Grundherren beeinflußt, oft in der freien Nutzung ihrer Allmenden bedroht sah. Karl suchte als Sozialreformer dieser Umwandlung entgegenzuarbeiten. Er erleichterte die Thingpflicht durch Beschränkung der echten (allgemeinen) Thinge in der Hundertschaft auf drei im Jahre und die Herabsetzung der zu den nun viel häufigeren gebotnen (außerordentlichen) Thingen verpflichteten Freien auf sieben (vermögende) Schöffen und dehnte das Aufgebot bei weitern Feldzügen gelegentlich, nicht grundsätzlich, nur auf einen Teil der Freien aus; aber gründlich helfen konnten diese gutgemeinten Verfügungen nicht. Denn gleich groß war der militärische wie der wirtschaftliche Fortschritt bei dieser Umwandlung. Die naturgemäß kleinen, aber sehr beweglichen fränkischen Reiterheere erlangten einen erstaunlichen Grad von Leistungsfähigkeit, die Großgrundherrschaften aber konnten ihre abhängigen Leute nach einem bestimmten Plan arbeiten lassen, namentlich eine weitgehende Arbeitsteilung besonders in dem schon sehr ausgedehnten Gewerbebetrieb organisieren, dadurch die Erzeugnisse ver-

vollkommnen und Überschüsse über den eignen Bedarf erzielen. So durchbrachen sie die Isolierung der alten Markgenossenschaften und erzeugten einen regern Binnenverkehr. Dieser knüpfte sich zunächst an die Pfalzorte und Bischofsstädte, die Mittelpunkte der größten Gutsverwaltungen, half dadurch ansehnliche Marktorte, auch an den Grenzen (Mainz, Dorstadt an der Gabelung des Alten Rheins und der Leck, Schleswig, Lüneburg, Lorch an der Enns) bilden und führte zur Errichtung zahlreicher Münzstätten, übrigens nur links vom Rheine, die seit Pippin nach der dieser Wirtschaftsstufe allein entsprechenden Silberwährung ihre Münzen in dünnen Silberplättchen (Brakteaten) prägten; ja er gab hie und da sogar schon zur Errichtung großer Verkehrsanstalten Veranlassung (der Rheinbrücke bei Mainz, dem Versuch eines Kanals zwischen Altmühl und Rezat, also dem Donau- und dem Rheingebiet 793). Auch auf die Straßen wurde wieder etwas Sorgfalt verwandt. Denn vor allem die Bistümer und Klöster hatten ein lebhaftes Interesse daran, die Verbindung mit ihren oft weit zerstreuten Gütern untereinander und mit Italien zu sichern; und auch die Vereinigung des langobardischen Reichs mit dem fränkischen gestaltete den Verkehr dorthin wieder lebhafter. So wurde der Große St. Bernhard für Jahrhunderte wieder der wichtigste Alpenpaß, daneben standen manche Pässe der Westalpen und der Bündner Alpen; auch die weströstliche Querverbindung von Wallis ins vordere Rheintal wurde früh benutzt, und schon im Laufe des neunten Jahrhunderts entstanden klösterliche Hospize. Die größte Leistung der Grundherrschaften aber, zu der die isolierten Bauernwirtschaften gar nicht fähig gewesen wären, war die Erweiterung des Ackerlandes durch umfängliche Rodungsarbeit und planmäßige Kolonisation. Sie bewegte sich teils in den binnendeutschen Landschaften, wo die Edeln mit Vorliebe, die Klöster immer Waldkolonien anlegten, und zahllose Ortsnamen auf —reut, —rode, —schlag, —schwand, —brand noch heute diese Tätigkeit bezeugen, teils in den jüngst eroberten, dünn bevölkerten südöstlichen slawischen Marken, wo vornehmlich die bayrischen Bistümer und Klöster den fast herrenlosen Boden bis tief nach Kärnten und Pannonien hinein in Besitz nahmen und somit die erste Germanisierung slawischen Landes einleiteten. Die herrschende Form war dabei die Königs- oder Waldhufe, die einen langen, schmalen, zusammenhängenden Landstreifen von der doppelten oder dreifachen Größe der Gewannhufe (32 bis 50 Hektar) bildete und zuerst auf den Königsgütern bei Waldrodungen angewandt worden ist.

Während sich diese Fortschritte mit einer gewissen Naturnotwendigkeit vollzogen, trug das geistige Leben dieser Zeit den Charakter einer bewußten Renaissance. Wie die Wiederherstellung des römischen Kaisertums im Grunde nichts andres war als eine solche, so strebte Karl auch danach, mindestens die leitenden Kreise seiner Völker mit literarischer, römischer Bildung zu durchdringen, obwohl oder auch weil er sie in seiner Jugend entbehrt hatte. Seine „Hofschule" sollte auch vornehmen Laien diese Bildung vermitteln, woran damals im Abendlande außer in Italien niemand dachte; aus dem Kreise von Gelehrten, den er um sich versammelte (Einhard, Angilbert, Alcuin, Paulus Diaconus, Petrus von Pisa) ging eine in ihrer Art höchst achtungswerte zeitgenössische Geschichtsschreibung und eine derzeit ganz unentbehrliche Literatur gelehrter Handbücher hervor; die Palast- und Kirchenbauten, die er in Aachen, Nimwegen und Ingelheim zum Teil mit römischem Material und nach römischen Vorbildern ausführen ließ, durften sich wohl denen Theoderichs in Ravenna zur Seite stellen, dessen Reiterstandbild bezeichnenderweise den Platz vor der Pfalz zu Aachen schmückte, und unermüdlich schufen fleißige Mönche in den Benediktinerklöstern an den Werken der Kleinkunst in Miniaturmalerei und Elfenbeinschnitzerei.

Es ist ein Beweis mehr von der Größe Karls, daß er sich trotz aller Bewunderung für die antik-römische Kultur doch ein warmes Interesse für die Heldensagen der heimischen Vorzeit bewahrte und sie sammeln ließ. Denn in der wuchtigen, imposanten Erscheinung und in seinen Lebensgewohnheiten, in Neigungen und Leidenschaften war er durchaus ein Deutscher, ein fester Reiter, Jäger und Schwimmer bis an sein Lebensende, ein zärtlicher, obwohl nicht gerade immer treuer Gatte und Vater, behaglich, unbefangen, oft schulmeisterlich lehrhaft im Verkehr mit seinen Vertrauten, ehrlich wohlwollend gegen jedermann und doch voll königlicher Würde, furchtbar, zermalmend in seinem Zorn, rasch und stahlhart in seinem Entschluß, nüchtern und scharf in seiner Einsicht und doch voll idealer

Interessen. Als den Vorkämpfer der Christenheit gegen die Mohammedaner und Heiden haben ihn die Romanen im Gedächtnis behalten, als gewaltigen Herrscher, Richter und Gesetzgeber die Deutschen, als den „König" (kral) schlechtweg die Slawen, und das alles ist dieser größte Fürst und Staatsmann des Mittelalters auch wirklich gewesen.

Die Auflösung des Reichs.

Und doch sollte sich, als Karl am 28. Januar 814 in Aachen verschieden und dann in seinem Münster dort beigesetzt worden war, nach wenig Jahren zeigen, daß sich die straffe Reichseinheit, die er geschaffen hatte, nicht halten ließ. Seine ungeheure persönliche Kraft hatte sich dem natürlichen Laufe der Dinge entgegengestemmt, jetzt brach sich dieser unwiderstehlich Bahn. Denn dieses fränkische Reich beruhte keineswegs auf den Anschauungen und Bedürfnissen seiner Völker oder auch nur seiner herrschenden Stände, sondern auf dem Willen eines kleinen Kreises leitender Männer und auf den Interessen der Kirche. Dem Laienadel lagen nur seine grundherrlichen Interessen am Herzen, und es fehlte ihm jede Staatsgesinnung; die Massen der Völker lebten in kleinen landschaftlichen Kreisen ohne jede enge und rege wirtschaftliche Verbindung miteinander.

Dieser örtliche und landschaftliche Sondergeist, nicht das Widerstreben der noch kaum zum Bewußtsein erwachten Nationalitäten, hat das Reich zersprengt, das der Bildungsstufe der Völker weit vorangeeilt war, als eine einer weit höhern Kultur entlehnte Form, und nur die Kirche, die diese Kultur vertrat, ist folgerichtig und ausdauernd für die Erhaltung der Reichseinheit eingetreten.

Zwistigkeiten im Königshause, die Folge der unausrottbaren privatrechtlichen Auffassung vom Königtum, förderten die Auflösung. Ludwig der Fromme (814 bis 840), von den drei Söhnen Karls der jüngste und einzig überlebende, nahm schon 817 seinen ältesten Sohn Lothar zum Mitregenten

an und wies Ludwig dem Zweiten (dem Deutschen) Bayern mit den südöstlichen Marken, Pippin Aquitanien als abhängige Herrschaften zu, was sich mit der Reichseinheit noch vertrug und ähnlich auch unter Karl dem Großen mit Italien geschehen war. Aber daß Ludwig diese Ordnung und damit die Reichseinheit zugunsten seines Sohnes zweiter Ehe mit der bayrischen Grafentochter Judith, Karls (des Kahlen, geb. 823), wieder und wieder erschütterte, das beschwor eine Reihe häßlicher Familienkriege und immer neue Reichsteilungen ohne jede Dauer herauf. Als der Tod ihn 840 hinwegnahm, brach zwischen seinen drei Söhnen (Pippin war 838 gestorben) der offne Kampf um das Erbe aus. In der mörderischen Reiterschlacht bei Fontanetum zwischen Auxerre und Bourges am 25. Juni 841 erlag Lothar den beiden jüngern Brüdern und mit ihm der Gedanke der Reichseinheit, und als diese ihren Bund im Februar 842 zu Straßburg durch feierliche Eide bekräftigt hatten, willigte Lothar im August 843 in die Teilung von Verdun, die die Ländermasse Karls des Großen in drei unabhängige Reiche schied, obwohl Lothar allein den Kaisertitel führte. Ludwig erhielt zu Bayern alle Lande rechts vom Rhein und dazu die linksrheinischen Gaue von Mainz, Speier und Worms, Karl zu Aquitanien noch Neustrien und das nordwestliche Burgund, Lothar fast ganz Austrasien, Burgund und Italien. Obwohl diese Teilung ebensowenig als eine dauernde gemeint war wie die frühern, so hat sie doch den Grund zur selbständigen Ausbildung eines deutschen und eines französischen Reiches gelegt; aber die Nationalitäten haben weniger diese Reiche, als die Sonderreiche vielmehr die Nationalitäten geschaffen. Nur das unnatürlich gebildete Reich Lothars löste sich schon mit seinem Tode 855 durch die Teilung unter seine drei Söhne Ludwig den Zweiten, Karl und Lothar den Zweiten in die drei alten Gebiete Italien, Burgund und Austrasien (seitdem Lotharingien) auf, und da die beiden jüngern Brüder rasch hintereinander starben, so teilten Karl der Kahle und Ludwig der Deutsche im Vertrag von Meersen 870 Austrasien unter sich, bis schließlich schon 879 auch das westfränkisch gewordne Lotharingien an Ludwigs des Deutschen Sohn Ludwig den Dritten fiel und damit die Reichsgrenze nach Westen hin abgeschlossen wurde.

Die Kirche hatte diese Zersetzung, die viele ihrer Sprengel mit Zerrüttung bedrohte und sie der Gewalttätigkeit des Laienadels aussetzte, nicht hindern können, aber sie suchte sich durch neue Mittel auf die neue Lage einzurichten. Sie strebte danach, sich in eine geschlossene, vom Papsttum straff monarchisch regierte, von den weltlichen Gewalten unabhängige Genossenschaft zu verwandeln. Schon 829 erklärte eine Pariser Synode, die kirchliche Gewalt stehe über der königlichen, und kurz vor 850 entstand die kolossale Fälschung der sogenannten pseudoisidorischen Dekretalien, eine seitdem während des ganzen unkritischen Mittelalters für echt gehaltene Sammlung angeblicher päpstlicher Schreiben aus den ersten drei Jahrhunderten, in denen die Bischöfe von Rom alle die Rechte schon ausübten, die ihre Nachfolger, die Päpste, viel später erst beanspruchten. Zugleich kam die Kirche, um in den Volksmassen festere Wurzeln zu fassen, durch Männer wie Paschasius Radbertus, Abt von Corvey, und den Erzbischof Hinkmar von Reims (845 bis 882) dem Streben der rohen, noch halb heidnischen Völker des Abendlandes, durch sinnliche Erfahrung des Heils gewiß zu werden und sich das Göttliche sinnlich nahezubringen, entgegen, indem sie nicht nur den Heiligen- und Reliquiendienst förderte, sondern auch bisher noch bestrittene Anschauungen, wie die Lehre von der Brotverwandlung im Abendmahle, zur Herrschaft brachte. Im übrigen war sie nach wie vor die einzige Bewahrerin und Förderin idealer Interessen und geistiger Bildung. Die Benediktinerklöster Fulda, Corvey, St. Gallen, Reichenau, Prüm erlebten damals ihre beste Zeit; sie setzten die karolingische Reichsgeschichte fort, ja die Geistlichkeit machte sogar den Versuch, der reichströmenden, halbheidnischen Volkssage christliche Dichtungen in der Volkssprache, namentlich den oberdeutschen „Krist" und den sächsischen „Heliand", an die Seite zu stellen.

Den Gedanken, das Kaisertum wenigstens dem Namen nach zu erhalten, gab die Kirche deshalb keineswegs auf, und wo ihr die Gewalt des Laienadels allzu bedrohlich erschien, da bemühte sie sich wenigstens ein Landeskönigtum aufzurichten, wie in Niederburgund (mit der Hauptstadt Arles) 879, in Hochburgund (Wallis und Genfer See mit der Königsstadt St. Maurice) 888. Sie allein verfolgte in dieser verworrnen

und zerfahrnen Zeit eine konsequente, weit vorausschauende und daher erfolgreiche Politik, weil sie eine Körperschaft mit festen und alten Überlieferungen war.

Währenddem gestaltete sich das ostfränkische Reich unter **Ludwigs des Deutschen** fester und wohlwollender Regierung (843 bis 876) immer mehr zu einem selbständigen Ganzen. Die zentralisierte Verwaltung Karls des Großen gab Ludwig als ungeeignet für diese verkehrsarmen Bauernlandschaften auf; obwohl ihm Bayern immer sein Hauptland blieb und durch seinen gewaltigen Umfang wie durch die Bedeutung der besondern ihm gestellten politischen Aufgaben im Osten eine Art Übergewicht im Reiche ausübte, begründete er doch die der spätern deutschen Kaiserzeit eigentümliche Wanderregierung, indem er mit seinem Hofe von Pfalz zu Pfalz zog und bei allen Stämmen das Königtum in der für diese naive Kulturstufe wirkungsvollsten Form, durch persönliche Vertretung, zur Geltung brachte. Die innere Selbständigkeit der Stämme tastete er nicht an; auch gegen die nach Karls des Großen Tode wieder einreißende Erblichkeit des Grafenamtes tat er nichts Ernstliches und sah ruhig zu, wie in den einzelnen Landschaften manche grundherrlichen Geschlechter zu einer überwiegenden Machtstellung gelangten, die auf einer Verbindung von Grundbesitz und Amtsgewalt beruhte. Dagegen förderte er eifrig die von dem Großvater in Angriff genommnen Kulturaufgaben. Die schon unter Ludwig dem Frommen vom neuen Erzstift Hamburg aus durch Anskar seit 826 begonnene nordische Mission errang in Dänemark und Schweden einige freilich wenig dauerhafte Erfolge; im Südosten wirkten unter den Slawen in Mähren und Pannonien bayrische Glaubensboten von Passau und Salzburg aus. Es war der erste Rückschlag gegen diese Ausbreitung deutsch-christlicher Kultur, daß hier seit 863 die beiden griechischen Slawenapostel Kyrillos und Methodios, von Papst Johann dem Achten bevollmächtigt, mit der Gründung einer slawischen, vom griechischen Erzbistum Sirmium (bei Belgrad) abhängigen Nationalkirche begannen, und daß dann Swatopluk (slawisch Swjangtopolk, daher deutsch Zwentibold) seit 871 die Slawen in Mähren, Nordungarn und Pannonien zum großmährischen Reiche zusammenfaßte. Weit entfernt, ihre alten Ansprüche aufzugeben, sahen die welt-

lichen und die geistlichen Großen Bayerns seitdem in den Mährern ihre Todfeinde. Doch weit gefährlicher als diese wurden den westlichen und den nördlichen Teilen des fränkischen Reichs die furchtbaren Raubfahrten der nordischen Wikingerflotten, gegen die sich die bisherige Heeresverfassung als völlig unzulänglich erwies, weil sie immer erst im Augenblicke des Kriegs, also zu spät, in Kraft trat. Zuerst 841 waren die Normannen in der Seine erschienen, 845 in der untern Elbe; 850 erzwangen sie sich sogar die Abtretung eines Landstrichs um Dorstadt.

Das ostfränkische Reich bewies zum erstenmal den selbständigen Willen, sich als ein unabhängiges Ganze zu behaupten, als nach dem Tode Ludwigs des Deutschen (28. August 876 in Frankfurt a. M.) Karl der Kahle Erbansprüche geltend machte. Die Schlacht bei Andernach am 8. Oktober 876, die erste gemeinsame Tat des ostrheinischen (deutschen) Laienadels, sicherte den Fortbestand des Reichs. Danach teilten es allerdings nach karolingischem Erbrecht die drei Söhne, **Ludwig der Dritte, Karlmann und Karl der Dritte (der Dicke)**, unter sich, beherrschten aber das 870 teilweise, 879 vollständig erworbne Lothringen gemeinsam, hielten auch sonst zusammen, bis endlich **Karl der Dritte** nach dem Tode seiner Brüder 882 das ganze ostfränkische Reich wieder in seiner Hand vereinigte.

Trotzdem wuchs die Bedrängnis durch die Normannen, besonders seitdem diese durch die kraftvolle Gegenwehr Alfreds des Großen von England zurückgewiesen worden waren. Seit 879 wandten sie sich wuchtig zunächst gegen das westfränkische Reich; zu Anfang des Jahres 880 aber erlag ihnen ein sächsisches Aufgebot nicht weit von der Elbmündung; dann setzten sie sich in Aschloh an der mittlern Maas fest und plünderten von dort aus ganz Austrasien von Köln und Aachen bis Trier. Das alte Kernland der karolingischen Monarchie war in den Händen heidnischer Barbaren, ja in dem Gefühle der Ohnmacht trat ihnen Karl der Dritte sogar einen Teil Frieslands als Lehen ab. In dieser Not schien nur eine Wiederherstellung der alten Reichseinheit helfen zu können. Aber die Erhebung Karls zum König auch des westfränkischen Reichs im Mai 885 verfehlte ihren Zweck; denn er wagte nicht nur keinen Angriff auf das Lager der Normannen bei Löwen, sondern erkaufte 886 sogar ihren Abzug von dem belagerten Paris. Da sagten sich zuerst

die bayrischen, sächsischen, thüringischen und rheinfränkischen Edeln von ihm los und erwählten im November 887 seinen Neffen, den Sohn Karlmanns, Arnulf von Kärnten, der diese Marken schon seit längerer Zeit verwaltete, zu ihrem Könige. Die Westfranken folgten ihrem Beispiele, indem sie den Grafen Odo von Paris zum König erhoben, und als Karl der Dritte (der Dicke) schon im Januar 888 starb, unterwarf sich auch Schwaben dem König Arnulf. Die alte Einheit des Gesamtreichs war endgültig aufgegeben.

Die erste Leistung Arnulfs war, daß er die Normannen am 1. November 891 an der Dyle entscheidend schlug und sie damit für Deutschland unschädlich machte. Dann löste sich ohne sein Zutun nach Swatopluks Tode 894 das große mährische Reich wieder auf. So konnte er sich 896 in Italien die Kaiserkrone holen, der erste König eines selbständigen deutschen Reichs, der in Rom als Herr einzog. Mittlerweile aber stieg im Südosten des Reichs eine viel schlimmere Gefahr auf, als die normannische jemals gewesen war, und zwar mit dem Einbruche des ugrisch-finnischen Reiter- und Räubervolks der Magyaren über die Karpathen um 896, dem das zerspaltene und auch von den Bayern mit blinder Erbitterung bekämpfte mährische Reich keine wirksame Gegenwehr mehr leisten konnte. Schon 898 bedrohten die Magyaren Bayern, 899 verheerten sie zum erstenmal Oberitalien.

Inmitten dieser bedrohlichen Anzeichen erlag Arnulf am 8. Dezember 899 in Regensburg einem Schlaganfall. War er wesentlich vom Laienadel erhoben worden, so war die Erhebung seines erst sechsjährigen Sohnes Ludwig (899 bis 911) vor allem ein Werk der deutschen Bischöfe, an ihrer Spitze Hattos von Mainz, der nun die Leitung der Regierung übernahm; denn die Geistlichkeit wollte und mußte einen abermaligen Zerfall des Reichs auf alle Fälle zu hindern suchen. Und doch trat er ein. Denn im Sommer 907 erlag die Blüte des bayrischen Adels an einem unbekannten Orte der Ostmark in furchtbarer Vernichtungsschlacht den Magyaren. Damit war die deutsche Herrschaft über die Ostmark und Pannonien zerstört, in den Ostalpenlanden schwer bedroht, das Werk Karls des Großen im Südosten vernichtet, die tatsächliche Vormachtstellung Bayerns im Reiche verloren, ganz Deutschland den

wilden Raubzügen der Magyaren geöffnet, die nun fast jahraus jahrein die Donau hinauf bis nach Sachsen und ins Rheinland ritten. In dieser schweren Not vermochte nicht das Königtum zu helfen, da ihm keine zentralisierten Machtmittel zur Verfügung standen; nur landschaftliche, auf kleinere Kreise beschränkte, aber hier auch wirksame Gewalten konnten der Gefahr begegnen. Daher erhoben sich in allen Stammesgebieten große Geschlechter zu herzoglicher Macht, in Sachsen und Thüringen die Ludolfinger, deren erster bedeutender Vertreter Otto (abgekürzter Kosename aus Otbert oder Otfried) von König Arnulf die herzogliche (militärische) Gewalt über Thüringen erhalten hatte, in Lothringen Graf Reginar vom Hennegau, in Schwaben die „Königsboten" (wohl Verwalter des Königsguts) Erchanger und Berthold; in Franken stritten sich um diese Stellung noch in blutigen Fehden die beiden mächtigsten Geschlechter der Landschaft, die Babenberger und Konradiner, in Bayern riß sie Arnulf, der Sohn des 907 gefallnen Grafen Luitpold von der Ostmark, an sich und befestigte sie dadurch, daß er einen großen Teil des Kirchenguts einzog, um eine ansehnliche Vasallenreiterei gegen die Ungarn aufstellen zu können. Aufs neue trat die ungebrochene Selbständigkeit der Stämme hervor; sie schuf sich in den Herzogtümern eine erbliche monarchische Gewalt, die sich als eine revolutionäre Macht tatsächlich an die Stelle des Königtums schob, aber durchaus volkstümlich war, weil sie dem Selbstgefühl und den Bedürfnissen der Stämme entsprach. Die politischen Schöpfungen der Karolinger waren in Deutschland fast ganz zusammengebrochen, als ihr ostfränkischer Zweig mit dem Tode Ludwigs in Forchheim am 20. August 911 ruhmlos erlosch.

Trotzdem war das Gefühl der Zusammengehörigkeit und zugleich der Unabhängigkeit doch so stark, daß in demselben Forchheim Konrad der Erste, Herzog von Franken (911 bis 918), zum König erhoben und damit jeder Erbanspruch der westfränkischen Karolinger abgelehnt wurde; nur Lothringen trat zu ihnen über. Aber der Versuch des neuen Königs, nach dem Vorbilde der Karolinger die Landesherzogtümer zu vernichten, scheiterte vollständig, obwohl ihn die Kirche kräftig unterstützte, und er endete damit, daß er seinen gefährlichsten

Gegner, den Herzog Heinrich von Sachsen, zu seinem Nachfolger empfahl. In fünf selbständige, innerlich scharf geschiedne, ungefähr gleich mächtige Stammesstaaten zerfallen, zerrissen durch die Gegensätze zwischen Laienadel und Kirche, Grundherrschaft und Bauernfreiheit, gelehrter römischer Bildung und deutscher Sage, kirchlicher Satzung und heidnischer Gewohnheit, so trat die werdende deutsche Nation in eine neue Zeit ein.

Dritter Zeitraum

Die deutsch-römische Kaiserzeit

919 bis 1273

Begründung und Ausbau des deutsch-römischen Reichs. 919 bis 1056

Die Möglichkeit, die deutschen Stämme in eine Nation zusammenzuschweißen, hing davon ab, ob es gelang, die Stammesgebiete als politische Bildungen zu zersetzen und eine ihrer Kulturstufe entsprechende Reichsverwaltung zu begründen. Beides ist gelungen, aber nur mit Hilfe der Kirche und der von ihr vertretenen höhern antiken Kultur, also einer internationalen Macht, und also nur dadurch, daß das Königtum über die Grenzen des deutschen Volkstums weit hinausgriff. So entstand eine in ihrer Art großartige Reichsverfassung, und Deutschland gewann die Vorherrschaft im Abendlande, aber es war kein auf seinen eignen weltlichen Kräften beruhender nationaler Staat, und darum war weder Verfassung noch Weltstellung von Dauer.

Die Erhebung Heinrichs des Ersten (919 bis 936) in Fritzlar, zunächst nur durch die Sachsen und die Franken, stellte das Recht der deutschen Edeln zur Königswahl grundsätzlich für immer fest, beseitigte aber auch für alle Zeiten die privatrechtliche Auffassung von der Teilbarkeit der königlichen Gewalt, also des Reichs, da dem regierenden Hause ein rechtlicher Erbanspruch nicht mehr zustand — ein Rückschritt und zugleich ein Fortschritt! Mit der Wahl eines Sachsen verschob sich der politische Schwerpunkt des Reichs abermals, diesmal vom Südosten, von Bayern, nach dem Norden. Eine höchst merkwürdige Wendung! Der Kern des damaligen deutschen Reichs war das Rheinland von Basel bis zur Nordsee, altrömischer Herrschafts- und Kulturboden, in seiner Nordhälfte das austrasische Hauptland der Karolinger. Zu ihm standen Bayern und Sachsen als peripherische Außenlande. Denn

Sachsen war zugleich das jüngste Glied des Reichs und der Nation, von der römischen Kultur niemals berührt, erst seit hundert Jahren christlich, in seinen sozialen und rechtlichen Verhältnissen noch sehr altertümlich, also der am wenigsten entwickelte Teil Deutschlands und zugleich der am meisten abgesonderte und selbständige. Schon in der Mundart von den Oberdeutschen schroff geschieden, stand es mit ihnen auch geographisch in nur loser Verbindung. Der Harz, dessen Waldwildnis damals nach allen Seiten tief in die Ebne hineinreichte, schied es von Thüringen, und als dieses Land unter die Amtsgewalt des Herzogs von Sachsen getreten war und sächsisches Recht angenommen hatte, da bildete der Thüringer Wald, ein Teil des herzynischen Gürtels, eine nicht minder absperrende Grenze gegen den Süden. Nur der westliche Teil Sachsens, Westfalen, öffnete sich durch seine Flußtäler nach dem alten niederrheinischen Kulturland und damit dessen Einflüssen; die Hauptströme des Landes führten nach der öden, schwer zugänglichen Nordseeküste, aber diese war bis an die Wesermündung in den Händen der stammfremden Friesen. So ließ sich von Sachsen aus das übrige Deutschland nur schwer erreichen und noch schwerer regieren; namentlich sobald die deutsche Königspolitik wieder in karolingische Bahnen einlenkte und Italien in ihren Bereich zog, war sie von Sachsen aus nicht zu übersehen und zu leiten. Andrerseits stand Sachsen in dem nüchtern-verständigen, zähen und doch tatkräftigen Charakter seines Stammes den in hohem Grade zur Staatenbildung befähigten Nordgermanen nahe und hatte in den damals wichtigsten Richtungen der auswärtigen deutschen Politik, in dem Verhältnis zu den Slawen und Dänen, nach dem Niedergange Bayerns die Führung.

Heinrich der Erste, der echte Typus seines Stammes, der größte Grundherr Sachsens durch seine Güter in Westfalen und rings um den Harz bis zur Saale und Elbe, emporgekommen in den Grenzfehden mit den Slawen, begnügte sich damit, die Herzöge aller Stämme, 926 endlich auch Giselbert von Lothringen, Reginars Sohn, zur Anerkennung seines Königtums zu bewegen und in allen Stammesgebieten das karolingische Krongut sowie die Ernennung der Bischöfe an sich zu nehmen; aber dem Herzog Arnulf von Bayern überließ er

auch dieses Recht, und in die Verhältnisse der Stämme griff er so wenig ein, daß er sie nicht einmal zur Heeresfolge verpflichtete und ihnen sogar in der auswärtigen Politik ziemlich freie Hand ließ. So war Heinrichs des Ersten Königtum mehr ein Sinnbild der nationalen Einheit als eine Macht, das Reich ein lockerer Bund souveräner Stammesstaaten.

Deshalb wandte sich seine Tätigkeit fast ausschließlich Sachsen zu. Seine erste Leistung war hier die Umgestaltung der Wehrmacht, indem er, besonders mit Rücksicht auf die Ungarngefahr, die 924 auch Sachsen wieder betroffen hatte, durch Landvergabung eine starke Lehnsreiterei neben dem Volksaufgebot aufstellte und in dem noch städtelosen Lande eine Reihe von Plätzen, meist im Osten (Merseburg, Quedlinburg, Goslar u. a. m.), als Hauptpunkte für die Verteidigung befestigte, als deren stehende Besatzung die in der Nähe angesiedelten Vasallen dienen sollten. Mit diesem Heere gelang es ihm 927/29, die Elbslawen und die Tschechen in Böhmen derart niederzuwerfen, daß er im Gebiete der Heveller um Brandenburg einen Markgrafen einsetzen und im Lande der sorbischen Daleminzier die Burg Meißen anlegen konnte, während er den Obotriten und Tschechen ihre Fürsten, also ihre innere Selbständigkeit, noch ließ. Dieses Ergebnis verdankten die Sachsen nicht so sehr ihrer wirtschaftlichen als ihrer politisch-militärischen Überlegenheit. Die Slawen waren längst in zahlreichen kleinen enggebauten Geschlechtsdörfern (Rundlingen oder Straßendörfern) gruppenweise, daher in ziemlich ungleichmäßiger Verteilung angesiedelt und begnügten sich mit dem Anbau des offnen, leichten Bodens, ließen die ungeheuern Wald- und Bruchstrecken ganz unberührt, hatten aber nicht nur Fischerei und Viehzucht, sondern auch das Handwerk schon ziemlich weit entwickelt und standen in einem gewissen Verkehr mit dem byzantinischen und dem arabischen Morgenlande. Dagegen war die Mehrzahl der ursprünglich freien Bevölkerung schon einem zahlreichen Adel hörig, und das ganze Volk nicht nur in mehrere große Stämme geteilt, von denen die Obotriten und Liutizen (Wilzen) den Polen näherstanden als den Sorben und Tschechen, sondern auch in zahlreiche kleine Gaufürstentümer, jedes mit einer festen Landesburg (grad, hrad) als politischem und militärischem Mittelpunkt zersplittert. Eine

Ausnahme bildeten nur die Tschechen und die Polen, bei denen sich eine nationale erbliche Herzogsgewalt, hier der Piasten, dort der Prschemysliden über den Gauen erhoben hatte. Daher waren wenigstens die Elbslawen dem kriegerischen, nach Eroberung drängenden, jetzt einheitlich geführten sächsischen Adel nicht gewachsen. Auch gegenüber den Dänen nahm Heinrich die Politik Karls des Großen kraftvoll wieder auf, indem er 934 die Eider überschritt und den Landstrich bis zur Schlei als Mark Schleswig einrichtete. Aber in der dankbaren Erinnerung seines Volkes lebte er vor allem fort als der Befreier von der Ungarnot; denn er vernichtete im Sommer 933 nach dem Ablauf eines neunjährigen Waffenstillstandes bei Riade (das Ried bei Artern an der mittlern Unstrut oder südlich von Merseburg) und im Drömling die plündernden Reiterschwärme der Magyaren und schreckte sie dadurch für immer von Sachsen zurück.

So fest war das junge Königtum der Ludolfinger durch die nüchterne und energische Art seines Begründers schon gewurzelt, daß er kurz vor seinem Tode (2. Juli 936 in Memleben) ohne Schwierigkeit die Anerkennung seines ältesten Sohnes aus der zweiten Ehe mit Mathilde, Otto (geb. 912), zu seinem Nachfolger durchsetzte. Aber während Heinrich der Erste bei seiner Erhebung noch die kirchliche Weihe abgewiesen hatte, knüpfte Otto der Erste (936 bis 973) unmittelbar an Karl den Großen an und empfing deshalb auf altfränkischem Boden in der lange vergessenen kaiserlichen Pfalz zu Aachen nicht nur die waffenklirrende Huldigung des deutschen Laienadels, sondern er nahm auch im Marienmünster die Krone aus der Hand des Erzbischofs von Mainz. Es war das eine offenbare Absage an die französischen Karolinger, die Miene machten, Anspruch auf das deutsche Erbe des großen Karl zu erheben. Indem dann beim Krönungsmahle die Herzöge zum erstenmal dem jungen Könige die Hofdienste leisteten, bekundeten sie sinnfällig, wie hoch sich das Königtum der Ludolfinger über sie erhoben habe.

Diese Stellung zu befestigen und die Herzöge wirklich in solche Abhängigkeit zu versetzen, dazu bedurfte es freilich noch schwerer Kämpfe. Die Selbständigkeit Bayerns verkürzte Otto sofort nach Arnulfs Tode 937, indem er sich auch hier fortan

das Recht, die Bischöfe zu ernennen, vorbehielt; die Empörung seines älteren, nicht als ebenbürtig anerkannten Stiefbruders Thankmar und des Herzogs Eberhard von Franken warf er 938 kraftvoll nieder; eine neue Erhebung desselben Herzogs, seines jüngern, unter der Königskrone gebornen ehrgeizigen Bruders Heinrich und Giselberts von Lothringen, die von Frankreich her unterstützt wurde, endete mit dem Falle beider Stammesfürsten bei Andernach 939 und der Unterwerfung Heinrichs 941. Fortan behandelte Otto das Herzogtum nicht als eine erbliche Stammesgewalt, sondern als ein vom König ohne Rücksicht auf die Stammesangehörigkeit zu verleihendes und wieder zu entziehendes Reichsamt. In Franken ließ er es ganz unbesetzt, in Lothringen übertrug er es 944 seinem Schwiegersohne, dem tapfern Franken Konrad von Worms, in Bayern 947 seinem Bruder Heinrich, in Schwaben 949 seinem Sohne Ludolf aus der Ehe mit der edeln Angelsächsin Editha, also durchweg Verwandten des königlichen Hauses. Zugleich übertrug er in allen Stammesgebieten die regelmäßige Stellvertretung beim Königsgericht und die Verwaltung des Krongutes einem Pfalzgrafen, der natürlich auch mit Lehen und Eigengütern ausgestattet wurde. Es war ein ernster Versuch, die Stammesverfassung mit der Reichseinheit zu versöhnen, indem die Krone die Stammeshäupter von sich aus einsetzte und ihre Macht durch Pfalzgrafen und Bischöfe beschränkte, aber die Einheit und das Recht des Stammes bestehn ließ.

Zunächst schien sich die neue Ordnung auch nach außen zu bewähren. Dem Aufstande eines Teils der polabischen Slawen wurde vom Markgrafen Gero, dem wahren Urbild dieses harten, kriegerischen sächsischen Adels, durch die Wiedereinnahme Brandenburgs 940 die Spitze abgebrochen, darauf mit der Errichtung von Bistümern im Wendenlande (941 Havelberg, 946 Oldenburg-Stargard, 948 Brandenburg) und sogar in Dänemark (Schleswig, Ripen, Aarhus 948) begonnen, Böhmen nach der Ermordung des ersten christlichen Herzogs Wenceslaw durch seinen Bruder Boleslaw 935 endlich 950 wieder zum Gehorsam gebracht. Sogar in die Kämpfe der letzten französischen Karolinger gegen ihre trotzigen Vasallen, namentlich den übermächtigen Herzog Hugo von Francien, griff Otto der Erste 946 zugunsten König Ludwigs gebietend

und schlichtend ein. Ja, er richtete seine Aufmerksamkeit bereits nach Italien, das seit Jahrzehnten der Spielball in- und ausländischer Thronbewerber war. Als dort endlich nach dem Tode Hugos von Burgund sein Nebenbuhler, Markgraf Berengar von Ivrea, sich 950 die eiserne Krone aufs Haupt setzte und, um die burgundischen Ansprüche für sein Haus zu gewinnen, Hugos Tochter, die jung verwitwete Adelheid, zur Ehe mit seinem Sohne Adalbert zwingen wollte, trug diese ihre Hand und damit ihre Rechte dem deutschen König an, dessen Gemahlin Edith schon 946 verstorben war. Noch vor Otto eilten Ludolf von Schwaben und Heinrich von Bayern, in eifersüchtiger Nebenbuhlerschaft um die Ausdehnung ihrer Macht nach Italien wetteifernd, über die Alpen, Otto selbst vermählte sich in Pavia mit Adelheid und ließ sich im September 951 zum König der Langobarden krönen, indem er dann bei seiner Rückkehr im Februar 952 die weitere Bekämpfung Berengars seinem Schwiegersohn Konrad von Lothringen überließ.

Denn schon drohte jene Eifersucht zwischen Oheim und Neffen und die Besorgnis Ludolfs vor den etwaigen Ansprüchen eines Stiefbruders Deutschland wieder in Brand zu setzen, und diese Gefahr wurde zur Tatsache, als sich Herzog Konrad, persönlich verletzt, auf des Schwabenherzogs Seite schlug, weil der König sein eigenmächtiges Abkommen mit Berengar, wonach diesem die italienische Krone als deutschem Vasallen blieb, nur zögernd bestätigt hatte. Schließlich erhoben sich auch die Bayern gegen ihren landfremden Herzog Heinrich. Gegen diese Verbindung ganz persönlicher Beweggründe und alter Stammesgegensätze behielt der König in harten Kämpfen besonders um Mainz und Regensburg 952/54 den Sieg, obwohl die Ungarn den Aufständischen 954 durch einen Einfall zu Hilfe kamen. Aber dieser nackte Landesverrat entschied schließlich für Otto, und die Herzöge unterwarfen sich. Sie wurden begnadigt, erhielten aber ihre Ämter nicht zurück. Schwaben kam an einen einheimischen Edlen, Burkard, die Verwaltung Lothringens hatte schon 953 des Königs Bruder, Erzbischof Bruno von Köln, übernommen, nach dessen Tode es 959 in zwei seitdem meist getrennte Herzogtümer, Ober- und Niederlothringen, zerfiel.

Hatten sich die Rebellen schließlich sogar die alten Landverderber, die Ungarn, zu rufen nicht gescheut, so erwies sich das siegreiche, neu befestigte Königtum sofort als die einigende und schirmende Gewalt der Nation. An der Spitze des ersten gesamt-deutschen Aufgebots, das ein Ludolfinger ins Feld führte, wies Otto in der glorreichen Lechfeldschlacht bei Augsburg am 10. August 955 die Magyaren für alle Zeiten aus Deutschland zurück und bahnte damit den Bayern den Weg zur Wiederherstellung der Ostmark, die schon um 970 ihre Grenze bis an die breite, reißende Traisen vorgeschoben hatte. Im Oktober desselben Jahres 955 fiel in der Schlacht an der Raxa (Rekenitz) die Entscheidung über das seit 954 wieder empörte Slawenland, das Markgraf Gero dann bis 963 bis zur Oder unterwarf. Nach dem Tode des grimmigen Schlachtensiegers 965 teilte Otto das bisher von ihm geleitete Gebiet in fünf gesonderte Marken (Nordmark um Brandenburg, Lausitz von der untern Saale bis zum Bober, Merseburg, Zeitz und Meißen im Serbenlande), während das Obotritenland den sächsischen Billungern verblieb. Den Grundbesitz behielten die Slawen teilweise als Lehns- oder Zinsgut, zum andern Teile wurde er eingezogen und an die deutschen Kirchen geschenkt oder an deutsche Vasallen verliehen, besonders in der Nähe der Burgen, die nun als Militärkolonien Stützpunkte für die deutsche Herrschaft wurden. Die weitere Ausgestaltung der Kirchenverfassung wurde erst 968 mit der Stiftung des Erzbistums Magdeburg für das ganze ehemalige Verwaltungsgebiet Geros und mit der Errichtung der drei Bistümer Meißen, Zeitz und Merseburg abgeschlossen.

Während dieser Kämpfe und Wandlungen hatte Otto andre Grundlagen für die Reichsverfassung gefunden. Die neue Einordnung der Herzogtümer hatte sich ihm wenig bewährt. Wenn sogar seine nächsten Angehörigen aus Egoismus und Leidenschaft zu Rebellen an ihm geworden waren und bei ihrem Laienadel Unterstützung gefunden hatten, so ließ sich auf diesen Laienadel das Reich offenbar nicht gründen. Denn in diesem Zeitalter der Naturalwirtschaft, wo Kriegsdienst und Amtsgewalt unzertrennlich mit einem bestimmten Grundbesitz zusammenhingen, und beide daher unvermeidlich zum erblichen, privatrechtlich betrachteten Besitz des Geschlechts wurden, wo ein nennenswerter Verkehr zwischen entlegneren

Landschaften des Reichs nicht bestand, wor eine feste, rein weltliche Staatsordnung nur aufzurichten innerhalb eines kleineren Gebiets, wo die Verbindung der einzelnen durch Stammesgenossenschaft und Verwandtschaft, Recht, Sitte und Besitz und die beständige persönliche Einwirkung des Herrschers die mangelnde Staatsgesinnung ersetzte, oder auf erobertem Boden, wo das Interesse an der eignen Sicherheit die Eroberer unter sich und mit ihrem Oberhaupt zusammenzwang. Die erste dieser beiden Bedingungen bestand in Deutschland in den Stammesgemeinschaften, später in den großen weltlichen und geistlichen Herrschaften, die deshalb eine merkwürdige Zähigkeit in ihrem Bestande gezeigt haben. Die zweite war hier nur in den eroberten Marken vorhanden, nicht in den eigentlichen Reichslanden, denn die Deutschen saßen hier nicht auf erobertem Boden unter Fremden, sondern auf längst okkupiertem Grunde, als eine wurzelechte, nicht als eine aufgepfropfte Bevölkerung. Da das Reich auf dieser zweiten Grundlage nicht beruhte und auf dem Stammesstaat nicht beruhen konnte, also über die damalige politische Bildungsstufe weit hinausging, und doch nur um der Sicherheit und der Weltstellung dieser Stämme unter allen Umständen erhalten werden mußte, so mußte das Königtum seine Stützen bei der Macht suchen, die wenigstens über die Reste einer höheren Kultur verfügte, bei der Kirche. Denn diese allein hatte damals Ideen und Ideale, sie erfüllte ihre Diener mit einem Gesamtbewußtsein und einer Hingebung der Einzelpersönlichkeit an ein großes Ganze und seine Zwecke, mit einer Selbstbeherrschung und Umsicht, wie sie damals in Laienkreisen niemals oder nur höchst selten vorhanden waren, sie überspannte mit dem Netze ihrer Bistümer und Klöster das ganze Reich und hatte ihre einheitliche Spitze im Papsttum, sie besaß längst die Einheit des Rechts und der Sprache und eine durchgebildete schriftliche Verwaltung mit festen, oft städtischen Mittelpunkten, sie bewirtschaftete ihre Güter musterhaft und verwandte ihre reichen Erträge überwiegend zu allgemeinen Zwecken. Kurz, sie verfügte über alles, was ein großer Staat zu seinem Bestehn bedurfte.

Diese Kirche wandelte nun Otto der Erste in den wichtigsten Träger der Reichsverwaltung. Denn kraft seines damals unbestrittenen Ernennungs-(Investitur-)rechts übertrug

er alle Bistümer (damals im ganzen 27) und Reichsabteien an Männer seines Vertrauens (953 Köln an seinen Bruder Bruno, 954 Mainz an seinen Sohn Wilhelm, 956 Trier an seinen Vetter Heinrich usf.), die, da für Bischöfe und Äbte die Ehelosigkeit Gesetz war, nicht daran denken konnten, diese Ämter in ihrem Geschlecht erblich zu machen; er verwandte sie als Ratgeber, Gesandte und zuweilen sogar als Heerführer, kurz als Reichsbeamte, er stattete die Kirchen planmäßig mit großartigen Schenkungen meist unkultivierten Landes aus und verlieh den Bischöfen und Äbten nicht bloß Markt-, Zoll- und Münzrecht, sondern später (zuerst an Mainz und Köln) auch die gräflichen Rechte auf ihren Gütern, die dadurch zu Immunitäten im neuen Sinne wurden. Dafür nahm er sie für den Unterhalt des Hofes durch Lieferungen (servitia) und für den Reichsheerdienst ebenso in Anspruch wie das Reichsgut, zu dem ja diese kirchlichen Besitzungen nach wie vor gerechnet wurden, wie sie denn auch meist aus ihm hervorgegangen waren. Indem die Krone damit einen großen Teil des deutschen Bauernstandes unter die wohlwollende und verständige Herrschaft des Krummstabs brachte, hat sie ohne Frage dessen Knechtung durch den weltlichen Adel verhindert und seine Kraft für die großartigen Aufgaben einer fernern Zukunft erhalten, also eine soziale Leistung ersten Ranges vollbracht. Freilich eine Zentralregierung mit einer festen Hauptstadt, wie sie Karl der Große wenigstens erstrebt hatte, war auch mit Hilfe der Kirche nicht möglich, denn auch sie war an die wirtschaftlichen Bedingungen der Zeit gebunden, konnte also ihre Leistungen an den Königshof und für den Reichsdienst nur in den Formen der Naturallieferungen und der Aufstellung eigner Vasallenreiter machen; außerdem forderten die Schwierigkeiten der Verbindung auf weitere Strecken wie die Gewöhnung der Laien an persönliches Eingreifen und mündliche Verhandlung beständig die Gegenwart des Königs. Daher blieben auch Otto der Erste und seine Nachfolger bei der Wanderresidenz, die ihr Leben zu einer fortgesetzten Reise von Pfalz zu Pfalz, von Bischofshof zu Bischofshof machte, sie aber auch durch diese „reisige Allgegenwart" in beständiger Verbindung mit allen Stämmen erhielt. Nicht städtisch war dieses Dasein des deutschen Königs, sondern das Leben eines großen Guts-

herrn, der überall selbst zum Rechten sieht, aber umgeben mit allem Glanze der Macht, und um diesen ländlichen Wanderhof mit seinen Hunderten von Bischöfen, Edeln, Vasallen und Dienern, seinen Tausenden von Pferden und Jagdhunden, seinem rüstigen Reiterleben auf der Landstraße und der Wildbahn bewegte sich die ganze deutsche und nicht selten auch die europäische Politik.

Um nun aber der hohen Geistlichkeit, die jetzt das Reich vor allem trug, durchaus sicher zu sein, um jeden Widerspruch zwischen ihrer Reichspflicht und ihrer Pflicht gegen die Kirche von vornherein abzuschneiden, mußte der König auch über das Papsttum ebenso verfügen können wie über jedes andre Bistum des Reichs. Das aber vermochte er nur als römischer Kaiser. So führte nicht etwa romantische Schwärmerei, auch nicht bloß die karolingische Tradition, sondern der Zwang der neuen, aus der Notwendigkeit der Dinge hervorgegangnen Reichsverfassung Otto den Ersten über die Grenze des deutschen Volkstums weit hinaus, und die römische Kaiserkrone wurde nicht etwa ein Schmuckstück, sondern der Schlußstein des deutschen Staatsgebäudes.

Die nächste Veranlassung, die Otto im Sommer 961 über den Brenner führte, war die Untreue Berengars. Seine Beseitigung machte wenig Schwierigkeiten, auch in Rom zog Otto am 31. Januar 962 ohne Schwertschlag ein, nicht als Eroberer, sondern als der gerufne und berufne Schirmherr, und er empfing hier am 2. Februar mit seiner Gemahlin Adelheid aus den Händen Papst Johannes des Zwölften die Kaiserkrone. Dann verpflichtete er durch das Privilegium Ottonianum vom 13. Februar die Römer, den Papst in kanonischer Weise zu wählen und ihn nicht eher zu weihen, als bis der Kaiser seine Bestätigung gegeben habe. Doch das Papsttum aus den Netzen selbstsüchtiger römischer Adelsparteien zu lösen war ihm trotz mehrfachem, energischem Eingreifen nur unvollkommen gelungen, als er 965 nach Deutschland zurückkehrte. Da das Reich mit der Besitzergreifung Italiens in die Reihe der Mittelmeermächte eingetreten war, so mußte es auch zu einem festen Verhältnis mit Byzanz zu kommen suchen, das noch immer den Süden der Halbinsel beherrschte, während die Araber auf Sizilien saßen. Aber während seiner dritten Anwesenheit in

Italien (966 bis 972) gelang es dem Kaiser erst nach langwierigen Kämpfen und Verhandlungen, die langobardischen Fürstentümer Capua und Benevent dem deutsch-italienischen Reiche anzufügen, um Rom besser zu decken, und für seinen Sohn Otto (den Zweiten) von Adelheid, den die deutschen Großen nach Ludolfs Tode 957 schon 961 als Nachfolger des Vaters anerkannt hatten, 972 die Hand der byzantinischen Kaisertochter Theophano zu gewinnen. Das deutsch-römische Kaisertum und damit die Vorherrschaft des Reichs im Abendlande war begründet, als Otto der Große nach einer letzten glänzenden Reichsversammlung in Quedlinburg am 7. Mai 973 auf seiner Pfalz Memleben verschied. Im Dome von Magdeburg, neben seiner ersten Gemahlin Editha, fand er seine letzte Ruhestätte.

Von allen deutschen Kaisern hat allein Otto der Erste in der Geschichte den Beinamen des Großen bewahrt. Denn die neue Reichsverfassung, unter der die Deutschen nun jahrhundertelang lebten, und die Weltstellung der Nation hat er geschaffen. Mächtig war ihr Einheitsbewußtsein und ihr Selbstgefühl gewachsen, so daß aus dem Namen thiudisc, diutisc, deutsch, d. i. volkstümlich, der zunächst nur für die Sprache galt, damals ein nationaler, einheimischer Name für das Volk selbst erwuchs. Dabei war Otto in seiner imposanten Erscheinung mit den lebhaften hellen Augen und dem lang herabwallenden rötlich blonden Bart wie in seinem Wesen immer ein Deutscher geblieben. Die Krone galt ihm als ein Geschenk Gottes, das ihm die höchsten Verpflichtungen auflegte, denn er war ein ehrlich frommer Mensch; aber eisern war sein Wille, schrecklich, wie der eines Löwen, sein Zorn, doch Rachsucht lag ihm fern, und freigebig, gnädig, leutselig, wohl auch launig verkehrte er mit seiner Umgebung. Gelehrte Bildung fehlte ihm, nur mangelhaft verstand er Latein, am liebsten sprach er sein sächsisches Platt, und am wohlsten war ihm, wenn er in heimischer Tracht, ein schwerer Reiter auf starkem Roß, durch die Buchenwälder Thüringens und Sachsens streifte. So hat ihn sein Landsmann, der wackere Mönch Widukind von Corvey, der Nachwelt geschildert.

War Otto der Große immer ein Deutscher, war Deutschland ihm das Hauptland geblieben, so war es doch schon zweifel-

haft, ob Sachsen nach der Erwerbung Italiens die Grundlage des neuen Königtums noch bleiben könne, und in der Tat übertrug schon Otto der Erste selbst dem Grafen Hermann Billung herzogliche Gewalt im Osten des Landes. Vollends für seine Nachfolger bestand die Gefahr, daß ihnen das Kaisertum und Italien allzusehr in den Vordergrund traten. Dieser Gefahr ist Otto der Zweite (973 bis 983), der Sohn einer burgundisch-italienischen, der Gemahl einer byzantinischen Fürstin und literarisch gebildet, schon halb, Otto der Dritte ganz erlegen. In den ersten Jahren allerdings waltete Otto der Zweite ganz im Sinne des Vaters. Er nötigte dem König Harald Blaatand, im Herbst 974 das Danevirke, die alte dänische Landwehr zwischen Schlei und Nordsee, erstürmend, die deutsche Oberhoheit auf; er vergalt 978 den Anfall Lothars von Frankreich auf Lothringen mit dem ersten deutschen Heereszuge gegen Paris und erzwang die Anerkennung der alten Grenzen; er überwältigte 976/77 kraftvoll die Empörung seines ehrgeizigen Vetters Heinrichs des Zweiten (des erst später sogenannten Zänkers) in Bayern, der durch die Vermählung seiner schönen und stolzen Schwester Hadwig mit dem alternden Herzog Burkard dem Zweiten von Schwaben auch dieses Herzogtum unter seine Gewalt zu bringen gedacht hatte, und trennte von dem übermächtig gewordnen Herzogtum Bayern die Mark auf dem Nordgau, die sich rasch die Donau abwärts ausdehnende Ostmark (beide unter Markgrafen aus dem Hause der sogenannten Babenberger) und die Mark Karentanien (Steiermark, Kärnten, Krain, Istrien) mit der italienischen Mark Verona, die er zum selbständigen Herzogtum erhob. Es war das erste Beispiel und der Anfang zur Auflösung der großen Stammesgebiete, die mit der Reichseinheit unverträglich waren. Doch in Italien ging er weiter als Otto der Erste, indem er den Byzantinern ihre Herrschaft im Süden der Halbinsel zu entreißen und den Raubzügen der sizilianischen Araber ein Ende zu machen suchte. Fortan sollte dieses Süditalien zum Schicksalslande des Kaisertums werden. Nach anfänglichen Erfolgen erlitt das deutsch-italienische Heer südlich vom Kap Colonne am Golfe von Tarent am 13. Juli 982 gegen die Araber eine völlige Niederlage. Sie erschütterte keineswegs die Herrschaft des Kaisers über Italien, dessen Edle vielmehr auf dem gemeinsamen Reichstage von Verona im Juni 983 mit den deutschen Großen zusammen bereitwillig den erst dreijährigen Otto den Dritten als Nachfolger des Vaters anerkannten. Aber im fernen Nordosten erhoben sich um dieselbe Zeit die Slawen zwischen Elbe und Oder in hellem Aufruhr, vertrieben die deutschen Grafen und Bischöfe und zerstörten alle Kirchen. Nur die Sorben in der Mark Meißen, zu der seit etwa 981 auch die Marken von Merseburg und Zeitz geschlagen worden waren, zwang Markgraf Eckard 986/7 mit eiserner Hand wieder nieder. Unter dem erschütternden Eindruck dieser Kunde verschied Otto der Zweite, schon seit einiger Zeit leidend, am 7. Dezember 982 in Rom, wo er in der Vorhalle der Peterskirche bestattet wurde.

Dem Knaben Otto dem Dritten (983 bis 1002) erhielt nur das entschlossene Auftreten des Erzbischofs Willigis von Mainz die Krone gegen die Ansprüche Heinrichs von Bayern, des ältesten Agnaten, der aber für seinen Verzicht auf die Königswürde 985 sein geschmälertes Herzogtum zurückerhielt. Und nun löste Ottos des Zweiten jugendliche Witwe, die Griechin Theophano, als Regentin mit Kraft und Umsicht ihre schwierige Aufgabe, das Ansehen des Reichs unter einem minderjährigen Herrscher zu behaupten, ebenso nach ihrem Tode 991 die greise Adelheid. Aber schon 995 nahm Otto der Dritte die Regierung selbst in die Hand. Obwohl er in Sachsen erzogen war, fühlte er sich doch durchaus als Römer und Byzantiner und verachtete die „sächsische Roheit". Zugleich antikisierender Romantiker und schwärmerischer Asket, wollte er Italien als Hauptland behandeln, nahm seinen Sitz am liebsten in Rom oder Ravenna, baute sich seine Pfalz auf dem Aventin angesichts der sinkenden Trümmer der Kaiserpaläste und umgab sich mit der feierlich steifen Pracht des byzantinischen Hofbrauchs.

Dieses Kaisertum sollte im Bunde mit dem asketisch-reformierten Papsttum, dem er 996 in dem Deutschen Gregor dem Fünften (Bruno von Kärnten), 999 in dem Franzosen Sylvester dem Zweiten (Gerbert von Reims) würdige Vertreter gab, das Reich und die Kirche des Abendlandes beherrschen. Mit inbrünstiger Andacht pilgerte Otto selbst zu den heiligen Eremiten Romuald und Nilus und besuchte im Jahre

1000 das Grab seines schwärmerisch geliebten Jugendfreundes, des Bischofs Adalbert von Prag, in Gnesen, der 997 als Märtyrer bei den heidnischen Preußen gefallen war. Für die praktischen Aufgaben der deutschen Politik hatte dieser Romantiker kein Auge. Er tat nichts, um die abtrünnigen Slawen wieder zu unterwerfen; ja er begründete durch die Stiftung des Erzbistums Gnesen im Jahre 1000 die kirchliche Unabhängigkeit Polens und ließ zu, daß in demselben Jahre der Gründer des ungarischen Königtums, Stephan der Heilige, mit der Errichtung des Erzstifts Gran die alten historischen Ansprüche Passaus und Salzburgs auf diese Lande vernichtete. Konnten doch Polen und Ungarn auch als unabhängige Nationalstaaten Glieder dieses römischen Traumreichs sein. Eine erschütternde Enttäuschung beendete diese in lichten Wolken über der Erde schwebende Regierung. Im grollenden Deutschland regte sich der Gedanke an Abfall von dem Kaiser, der sich schämte, ein Deutscher zu sein, und die Römer selbst erhoben sich gegen ihn, so daß er im Februar 1001 seine Residenz halb als Flüchtling verließ. Den Blick auf die „ewige Stadt" geheftet, ist er am 23. Januar 1002 im Kastell Paterno am zackigen Sorakte gestorben.

Hinter dem düstern Zuge, der die Leiche dieses ersten und erlauchtesten aller deutschen Romschwärmer seinem letzten Willen gemäß nach Aachen zur Gruft des großen Karl führte, brach das Werk Ottos des Großen in Italien zusammen, und in Deutschland drohte ihm Gefahr. Dort erhob sich schon im Februar 1002 der Markgraf Harduin von Ivrea zum König; hier stand, da Otto der Dritte unvermählt geblieben war, eine wirkliche Königswahl, vielleicht ein Bürgerkrieg um die Krone bevor. Denn dem Anspruche Herzog Heinrichs des Dritten von Bayern (seit 995, geb. 973) als des Hauptes der bayrischen Linie des Königshauses stellten der tapfere Markgraf Eckard von Meißen und Herzog Hermann der Zweite von Schwaben ihre Bewerbung nicht ohne Erfolg entgegen, und nur die unvermutete Ermordung Eckards durch persönliche Feinde in Pöhlde am Südharz machte es dem Bayernherzog möglich, durch Verhandlungen einen Stamm nach dem andern zu gewinnen, auch die Sachsen, denen er in Merseburg die freie Wahl ihres Herzogs und ihr altes hartes Stammesrecht zugestand.

Damit verzichtete Heinrich der Zweite (1002 bis 1024) darauf, Sachsen als die Grundlage der Königsmacht festzuhalten, leitete die verhängnisvolle Entfremdung dieses Stammes und damit des nördlichen Deutschland vom Reiche ein und verschob dessen Schwerpunkt abermals nach dem Süden, während seine Politik der Zugeständnisse für alle Folgezeit ein übles Beispiel gab. Aber er tat nur, was er in seiner Lage tun mußte, denn er übernahm die Erbschaft nicht Ottos des Ersten, sondern Ottos des Dritten, und es ist sein Ruhm, daß er das Reich auf die nationale Grundlage zurückgeführt und in seiner schlichten, zähen, bedächtigen, pflichttreuen Art, in der man auch das Ergebnis einer geistlichen Jugenderziehung sehen mag, sein Ansehen nach allen Richtungen hin energisch und umsichtig wiederhergestellt hat.

Den mächtigen Babenberger Hezilo (Heinrich), Markgrafen der bayrischen Nordmark, der sich mit dem Böhmenherzog erhob, weil der König sein Versprechen, ihm nach seiner Thronbesteigung Bayern zu verleihen, nicht gehalten hatte, warf es 1003 in hartem Kampfe zu Boden und nahm ihm seine reichen Erbgüter mit dem lieblichen Bamberg; nur den Nordgau gab er ihm 1007 wieder zurück. Den mächtigen, hochstrebenden Polenherzog Boleslaw Chrobry, der Böhmen und die Marken Meißen und Lausitz an sich gerissen hatte, verdrängte er gleich 1004 im ersten Kriege aus Böhmen und nötigte ihn nach langwierigen Kämpfen im Frieden von Bautzen 1018, sich mit dem Lehnsbesitz der Lausitz und des sorbischen Milzenerlandes (um Bautzen) zu begnügen. Nichts andres als eine besonnene Wiederherstellungspolitik verfolgte er auch in Italien. Zum erstenmal gestand er den lombardischen Großen eine förmliche Königswahl zu, bevor er sich zu Pavia im Mai 1004 die eiserne Krone aufs Haupt setzte, aber Harduins Herrschaft erlosch völlig erst mit seinem Tode im Dezember 1014. Kurz zuvor, im Februar desselben Jahres, hatte sich Heinrich der Zweite zum Kaiser krönen lassen. Doch das Papsttum dem römischen Parteitreiben zu entziehn, gelang ihm nur zeitweise, und in Süditalien stand seit der Niederlage Ottos des Zweiten die byzantinische Herrschaft unter dem wilden Bulgarensieger Basilios dem Zweiten fester und drohender da als je. Auch der dritte Romzug führte nur zur Wieder-

herstellung der deutschen Oberhoheit über Monte Cassino, das ehrwürdige reiche Mutterkloster des Benediktinerordens, und über die kleinen langobardischen Grenzfürstentümer (1022). Dafür legte Heinrich den Grund zu einer großen Erwerbung, die das mitteleuropäische Zentralreich im Südwesten abschloß; denn als dem Sohne einer burgundischen Fürstin, Gisela, der Tochter König Konrads, übertrug ihm deren Bruder, der kinderlose Rudolf der Dritte, die Nachfolge in Burgund und überließ ihm schon 1006 wie zum Pfande die Stadt Basel.

Trotz so vieler auswärtiger Sorgen gehörten die Gedanken und Arbeiten Heinrichs des Zweiten doch vor allem Deutschland an. Die Verfassung Ottos des Ersten weiter ausbauend, übertrug er in immer weiterm Umfange Güter und Hoheitsrechte, sogar ganze Grafschaften (dieses nach dem Vorgange schon Ottos des Dritten) an Bischöfe und Reichsäbte und gab mit der Errichtung des Bistums Bamberg 1007, das er reichlich, besonders mit dem alten bayrischen Herzogsgut der Agilolfinger und Arnulfinger ausstattete, dem bayrischen, mit der Vermehrung des Besitzes des Erzbistums Bremen-Hamburg dem jungen sächsischen Herzogtum der Billunger ein starkes Gegengewicht. Um so strenger zog er die Kirche zu den Reichsleistungen heran, und unnachsichtlich hielt er an seinem Investiturrechte fest.

Und doch trat gerade zuerst unter diesem Könige, von seiner ehrlich kirchlichen Gesinnung gefördert, in der Kirche eine Reform auf, die später in ihren letzten Folgerungen die ottonische Reichsverfassung und damit den Bestand des Reichs selber bedroht hat.

Nur ahnten die Reformer das damals schwerlich selbst, und auch sonst haben sich oft genug Richtungen, oie sich logisch ausschließen, praktisch vertragen müssen. Die Zeit sah ihr sittlich-religiöses Ideal in dem von der urbösen Welt abgewandten, das sündige Fleisch ertötenden Mönchtum, im weltlichen Leben ein Leben in der Sünde, dessen Folgen für das Jenseits nur durch Fürbitte heiliger Menschen nnd durch fromme Werke der Laien zugunsten der Kirche abgewandt werden könnten. Da aber auch das Gebet der Geistlichkeit kraftlos wurde, wenn sie selbst den Lockungen der Welt verfiel, so war es das höchste Interesse auch der, wie sie selbst zugestand, in Sünden lebenden

Laienschaft, die frommen Stiftungen, besonders die Klöster in ihrer strengen Zucht zu bestärken, und wenn diese erschüttert war, sie wiederherzustellen. Da jedoch die verlangte sittliche Anspannung, namentlich in diesem durch und durch sinnlichen, derb lebensfreudigen Mittelalter, allzu starke Anforderungen an die menschliche Natur stellte, so machte sich eine „Reform“, zunächst der Klöster, immer wieder einmal nötig, und die Könige selber förderten sie regelmäßig. In diesem Sinne hatte Erzbischof Bruno von Köln schon seit 953 die lothringischen, Bischof Wolfgang von Regensburg (972 bis 994) die bayrischen Klöster reformiert; der Bayer Gotthard (Godehard), seit 1022 Bischof von Hildesheim, übertrug die Reform auch nach Hessen und Sachsen. Noch ganz anders aber prägte im burgundischen Kloster Cluny (bei Macon, gegründet 910) Abt Odilo (994 bis 1048) das mönchische Ideal aus bis zur Erstickung aller Individualität durch die schärfste Zucht im Schweigen, Unterdrückung jeder Heiterkeit und jeder persönlichen Freundschaft und durch die unbedingte Unterwerfung unter das Gebot des Abtes, fast wie später bei den Jesuiten. Die Klöster, die in Burgund, Aquitanien und Nordfrankreich diese Reform annahmen, bildeten eine Kongregation unter dem Abte von Cluny und stellten sich unmittelbar unter den Papst. Nun aber wandten die Kluniazenser allmählich ihre Reformideen auf die ganze Kirche an. Sie forderten die mönchische Ehelosigkeit aller Geistlichen, für deren niedere Grade sie bis dahin weder Brauch noch auch nur Vorschrift war, dann die Freiheit der Kirche von aller weltlichen Gewalt, endlich die Herrschaft des asketisch-reformierten Papsttums über diese Kirche. Das Entscheidende war nun, daß diese Forderungen bis zu einem gewissen Grade sehr wichtigen, praktischen Bedürfnissen der Kirche entsprachen. Denn die herrschende Priesterehe, das Kirchenpatronat weltlicher Grundherren und die Investitur durch Laienfürsten machten die Weltgeistlichkeit in sehr starkem Maße abhängig vom Laienadel, führten fast unvermeidlich zur Simonie, d. h. zur Erwerbung geistlicher Ämter durch Geldzahlung und zur Vergabung solcher an ungeeignete Männer oder gar an Laien, ja wohl auch zu einer Art Erblichkeit der Pfarrstellen. Wenn die Reformer klagten, die Kirche sei in Gefahr, von der Welt verschlungen zu werden, und zwar von

einer Welt voll Gewalttätigkeit und Roheit, so hatten sie nicht ganz unrecht, und in diesen Verhältnissen lag die tiefe sittliche Berechtigung wie die ungeheure Kraft der kluniazensischen Kirchenreform.

Nicht daß sie in Deutschland zunächst die Klöster Lothringens ergriff, machte sie wichtig auch für das Reich, sondern ihre kirchenpolitischen Konsequenzen. Daß sich zunächst Benedikt der Achte 1018 gegen die Priesterehe erklärte, und daß er die Forderung direkter oberrichterlicher Entscheidung in Ehesachen deutscher Laien erhob, das rief den scharfen Widerspruch der deutschen Bischöfe und ihres Oberhauptes, des Erzbischofs Aribo von Mainz, des Primas Germaniae und Legaten des römischen Stuhls, hervor. Unter den Anzeichen dieses drohenden Konflikts verschied König Heinrich der Zweite am 13. Juli 1024 kinderlos in seiner sächsischen Pfalz Grona bei Göttingen, und mit ihm erlosch der Mannesstamm des ruhmvollen Geschlechts der Ludolfinger.

Unter dem Zeichen dieses kirchlichen Gegensatzes stand die Königswahl, die erste und letzte, die wenigstens äußerlich dem Ideal unsrer modernen Romantiker entspricht. Aber nicht in den glänzenden, waffenschimmernden Versammlungen der Tausende von deutschen Edeln aller Stämme, die im Spätsommer 1024, dem Rufe des Erzbischofs Aribo folgend, auf der weiten Rheinebene zwischen Mainz und Worms, also auf altfränkischem Boden, zu beiden Seiten des grünen Stromes ihre luftigen Zeltlager aufschlugen, ist die Wahl entschieden worden, sondern in vertraulichen Verhandlungen der Fürsten und Bischöfe. Während Erzbischof Piligrim von Köln und die andern kluniazensischen Bischöfe für Konrad den Jüngern, den Sohn des verstorbnen Herzogs Konrad von Kärnten, eintraten, wirkte Aribo für dessen ältern Vetter Konrad (geboren um 990), der ein Nachkomme Konrads von Lothringen wie jener und also auch Ottos des Ersten war. Ein Mann ohne gelehrte Bildung, deshalb voraussichtlich den kluniazensischen Idealen unzugänglich, bewies Konrad der Ältere zuerst dadurch sein politisches Geschick, daß er sich vor der Entscheidung mit seinem Nebenbuhler verständigte. So wurde er am 8. September 1024 einstimmig zum König erhoben und an demselben Tage in Mainz, nicht in Aachen, von Aribo gekrönt.

Mit dieser Wahl war die Möglichkeit, Sachsen zum Kernlande des Reichs zu machen, endgültig aufgegeben, und sie ist auch später nur vorübergehend wieder aufgetaucht; die Entfremdung der großen Landschaft vom Reiche nahm also ihren Fortgang. Endgültig verschob sich der Schwerpunkt des Reichs nach dem Südwesten, zunächst nach dem fränkischen Rheinlande. Dieses umfaßte die reiche Rheinebne von der Murg und der Lauter bis nach Bingen hinunter, also altrömischen und karolingischen Kulturboden, dann aber das rechte Rheinufer bis ans Siebengebirge, im Osten die sonnigen, gesegneten Täler des Neckars und des Mains, im Norden das teilweise rauhe und damals meist waldbedeckte hessische und ostfränkische Hügel- und Bergland bis zur Werra und bis zum Thüringerwald, damals wohl den blühendsten Teil Deutschlands mit fünf Bistümern am Rhein und am Main, darunter die kirchliche Metropole des Reichs, das „goldne Mainz", den natürlichen geographischen Mittelpunkt der ganzen Landschaft. Zwar bildete Franken politisch kaum noch eine Einheit, da das Herzogsamt seit Otto dem Ersten unbesetzt geblieben war, aber seiner Lage und Kultur nach war es das Herzland des damaligen Reichs, und wie seine feste Beherrschung dem Kaiser wegen des Verhältnisses zu Italien unentbehrlich war, so waren von hier aus rheinaufwärts auch die Pässe der Mittelalpen leicht zu erreichen.

Konrad der Zweite (1024 bis 1039) war Franke, eine stolze, leidenschaftliche, harte Natur von ehernem Willen und scharfem, praktischem Verstande, durch und durch ein Laienfürst ohne besondre kirchliche Interessen. Keiner hat gewaltiger über Deutschland und Italien geherrscht als er. Mit festem Griffe sicherte er sich auf dem ersten Römerzuge die Kaiserkrone (März 1027) und die unentbehrliche Oberhoheit über die langobardischen Fürstentümer des Südens. Die Erwerbung Burgunds für das Reich bereitete er umsichtig vor, obwohl sein Stiefsohn Herzog Ernst von Schwaben, der Sohn seiner Gemahlin Gisela, der Nichte König Rudolfs des Dritten, aus deren erster Ehe mit dem Babenberger Ernst, das Königreich als Erbe seiner Mutter für sich begehrte und sich dafür mehrfach, von seinem Freunde Werner von Kyburg und andern Getreuen unterstützt, sogar in Waffen erhob. Als er schließlich

den ihm als Preis der Begnadigung angesonnenen Bruch mit Werner zurückwies, überließ ihn Konrad der Zweite als Rebellen gegen Kaiser und Reich seinem Schicksal, und er fiel im August 1030 als Geächteter im südlichen Schwarzwald, vom Volke, dem die einfach menschliche Freundestreue höher galt als staatsmännische Erwägungen, im Liede noch lange gefeiert. Nach Rudolfs des Dritten Tode ließ sich Konrad am 2. Februar 1033 zum König von Burgund krönen. Das mitteleuropäische Zentralreich war vollendet. Denn obwohl das Königtum in Burgund seine Krongüter schon meist verloren hatte und darum auch in deutschen Händen niemals zu wirklicher Festigkeit kam, so wurde doch die jetzige westliche Schweiz für ein halbes Jahrtausend an Deutschland gebracht, und die Verbindung mit Italien durch die Beherrschung auch der burgundischen Alpenpässe, vor allem des Großen St. Bernhard, noch besser als bisher gesichert. Dagegen begnügte sich Konrad an der sächsischen Grenze, dem Nachfolger Boleslaw Chrobrys von Polen, Miesko, die von ihm besetzten deutschen Marken 1031 wieder abzunehmen. An eine Wiedereroberung des verlornen Wendenlandes dachte er nicht, sodaß die sächsische Mission und Kolonisation im Osten der Elbe völlig stockte, und die längst verwahrloste Mark Schleswig, die Vormauer Sachsens gegen Dänemark, gab er 1036 sogar gänzlich auf, um ein gutes Verhältnis zu der angriffsgewaltigen nordischen Seemacht Knuts des Großen zu sichern, der soeben England erobert hatte. Auch gegen Ungarn wurde nichts erreicht, vielmehr gab der Friede, den sein Sohn Herzog Heinrich von Bayern, allerdings eigenmächtig im Jahre 1031 schloß, die deutschen Ansiedlungen im Marchfelde wieder preis.

Ein Eroberer wie Otto der Erste war also Konrad der Zweite gar nicht, aber an der Befestigung der Reichsverfassung hat er unermüdlich, zum Teil mit neuen Mitteln, gearbeitet. Von den Herzogtümern brachte er drei an sein Haus, indem er 1027 Bayern, 1038 Schwaben, 1039 auch Kärnten dem Thronfolger Heinrich (dem Dritten) übertrug, die Kirche behandelte er durchaus als Reichsinstitut. Er sicherte sich einen unregelmäßigen, aber bedeutenden Anteil an den kirchlichen Einkünften durch die Simonie, die er ungescheut übte, er begann die Verwaltung der Reichsabteien mehr zu zentralisieren,

und er setzte die Politik, durch Ausstattung der Kirche mit Hoheitsrechten und ganzen Grafschaften (so längs der ganzen Brennerstraße, der eigentlichen „Kaiserstraße" nach Italien) den weltlichen Gewalten ein Gegengewicht zu schaffen, planmäßig fort. Aber die großen Landschenkungen von Königsgut an die Kirche stellte er fast gänzlich ein, und er versuchte, seine Domänenverwaltung auf Grund schriftlicher Aufzeichnungen neu zu ordnen. Daran knüpfte sich die grundsätzliche Förderung eines neu aufsteigenden Standes, der Ministerialen, d. i. der ritterlichen Dienstmannen, die geistliche wie weltliche Fürsten für Gutsverwaltung, Hof- und Kriegsdienst in immer größerer Zahl aus ihren Hörigen machten, indem sie ihnen ein ritterliches Lehen (meist von drei Hufen) übertrugen. Zwar waren sie noch sehr abhängig von ihrem Dienstherrn, besaßen auch ihre Lehen nicht erblich, aber dadurch, daß sie die alltägliche Umgebung ihres Herrn in Krieg und Frieden bildeten, erhoben sie sich hoch über ihre frühern Standesgenossen, sogar über die noch freien Bauern. Indem Konrad auf die Erblichkeit dieser und andrer kleiner mittelbarer Lehen hinarbeitete, beschleunigte er die Hebung des Standes, machte ihn dadurch unabhängiger vom hohen Adel und gewann in ihm eine neue, starke Stütze für das Königtum, das allein imstande war, ihn gegen die Dienstherren zu schützen.

In Italien, wo die frühern Könige die Bischöfe in fast noch weiterm Umfange mit Land und Hoheitsrechten ausgestattet und, zumal sie meist Deutsche waren, zur vornehmsten Stütze ihrer Herrschaft gemacht hatten, zwangen ihn die Umstände, auch den Laienadel stärker zu berücksichtigen. Er verlieh darum 1027 dem Grafen Bonifatius von Modena, Reggio und Ferrara noch Tuscien und vermählte ihn später mit Beatrix, der Tochter des Herzogs Friedrich von Oberlothringen. Vor allem griff er entschieden zugunsten der kleinen Lehnsleute, der Valvassoren ein, die von ihren Lehnsherren, den Capitanen und Bischöfen, besonders dem Erzbischof Aribert von Mailand, die Erblichkeit ihrer Lehen seit 1035 durch einen Aufstand zu ertrotzen suchten und diesem rasch auch einen deutschfeindlichen Charakter gaben, weil die Bischöfe die deutsche Herrschaft vertraten. Dieser gefährlichen Bewegung entzog Konrad der Zweite mit einem Rucke den Boden, indem er durch das be-

rühmte Lehnsgesetz (Constitutio de feudis) vom 28. Mai 1037 den Valvassoren grundsätzlich die Erblichkeit ihrer Lehen zugestand. Gereizt dadurch boten Aribert von Mailand und mehrere andre lombardische Bischöfe dem Grafen Odo von der Champagne die lombardische Krone an, aber dieser fiel im November 1037 bei Bar im Kampfe gegen die Lothringer, und Aribert wurde auf Mailand beschränkt. Dieses verstand er nun allerdings durch das Aufgebot einer Stadtmiliz, die sich um den Fahnenwagen (Carroccio) mit dem Stadtbanner scharte, uneinnehmbar zu machen. Wichtiger, als diesen vereinzelten Widerstand zu brechen, schien es dem Kaiser, im Süden Benevent, Capua und Salerno zu sichern. Freilich gestattete er deshalb dem Fürsten Waimar von Salerno, den streitbaren Rainulf, den Führer der seit 1030 um Aversa bei Capua angesiedelten tapferen normännisch-französischen Abenteurer, die schon seit dem Anfange des Jahrhunderts zunächst als Söldner in Süditalien aufgetreten waren, mit der Grafschaft Aversa zu belehnen; er legte also selbst den Grund zu einer neuen Machtbildung im Süden.

Nicht lange nach seiner zweiten Rückkehr aus Italien erlag Konrad der Zweite im fernen Utrecht am 4. Juni 1039 einem Anfalle der Gicht. Doch sein Grab fand er auf heimischer fränkischer Erde, im Dome zu Speier, den er in wahrhaft kaiserlicher Pracht errichtet hatte.

Unter seinem noch sehr jungen, aber längst in den Geschäften geschulten Nachfolger (geb. 1017) Heinrich dem Dritten (1039 bis 1056) begannen die alte Opposition des hohen Laienadels und die kluniazensische Kirchenreform anzuschwellen und um sich zu greifen, und mächtig hat Heinrich der Dritte selbst diese geistliche Bewegung gefördert. Nicht etwa, weil es ihm an Kraft des Willens gefehlt hätte; er war vielmehr eigenwillig, selbständig und gebieterisch wie sein Vater, ließ Böhmen und Ungarn die Kraft seines Armes fühlen und zeigte auch der Kirche den Herrn; aber geistlich erzogen und eine tief religiöse Natur, ernst, verschlossen, höchst gewissenhaft, war er doch von der Berechtigung der kluniazensischen Ideen lebendig überzeugt und wurde durch seine Vermählung mit Agnes von Poitiers (1043) aus dem Hause des Gründers von Cluny darin nur noch mehr bestärkt. Er sah es deshalb für

seine sittliche Pflicht an, ihre Verwirklichung zu fördern, und handelte auch sonst gelegentlich mehr aus religiösen als aus politischen Beweggründen, mehr als Christ denn als König.

Die großen Aufgaben im Osten griff er kräftiger an als der Vater, wohl weil sie ihm als früherm Herzoge von Bayern persönlich besonders nahe lagen. Er nötigte den Herzog Bretislaw von Böhmen, der aus Böhmen und Polen eine westslawische Großmacht zusammenschweißen wollte, 1041 in die bescheidne Stellung eines Reichsvasallen zurück und ordnete dieses Verhältnis Böhmens so nachdrücklich, daß es auf ein halbes Jahrhundert unerschüttert blieb. Er griff kraftvoll bestimmend in den ungarischen Thronstreit zwischen Peter, dem rechtmäßigen Nachfolger König Stephans, und dem heidnischen Prätendenten Aba (Ovo) ein, schob 1043 die Grenzen der bayrischen Ostmark, an die Bretislaw schon 1041 den Landstrich südlich von der Thaja hatte abtreten müssen, endgültig bis an die March und die Leitha vor, erfocht am 5. Juli 1044 bei Menfö an der untern Raab den glänzendsten Ungarnsieg nach der Lechfeldschlacht und setzte nach Abas Hinrichtung Peter als deutschen Vasallen auf den ungarischen Thron, indem er zugleich Ungarn unter deutsches (bayrisches) Recht stellte. Fast wie die Karolinger hatte er dem bayrischen Stamme ein weites Herrschafts- und Kolonisationsgebiet im Osten eröffnet; die Folgen der Niederlage vom Jahre 907 schienen mehr als ausgeglichen. Die national-magyarische Erhebung unter Andreas 1046 machte zwar der Herrschaft Peters und damit der deutschen Oberhoheit ein Ende und konnte trotz großer Anstrengungen Heinrichs 1050 bis 1053 nicht bewältigt werden, aber die neuen Grenzen der Ostmark blieben unverrückt, und Ungarn war den Einwirkungen der deutschen Kultur fast ebenso geöffnet wie Böhmen.

Inzwischen machte die kluniazensische Reform rasch Fortschritte. In wie ganz religiösem Sinne Heinrich der Dritte seine Regentenpflicht auffaßte, zeigten schon die merkwürdigen persönlichen Friedensgelöbnisse, mit denen er 1043 in Konstanz, 1044 in Trier und auf dem Schlachtfelde von Menfö seinen und des Königtums Feinden verzieh, um durch sein königliches Beispiel den gewalttätigen Laienadel zu gleichem Tun anzuregen; auch Aribert von Mailand erhielt Verzeihung. Um so

nachdrücklicher aber griff er die Kirchenreform an der entscheidenden Stelle, beim Papsttum selber, an. Auf seinem ersten Romzuge 1046/47 ließ er die drei Päpste, die sich damals als Parteihäupter um die Tiara stritten, auf den Synoden von Sutri und Rom unter seiner Leitung entsetzen und den deutschen Bischof Suidger von Bamberg als Clemens den Zweiten erheben, wobei er selbst als Patricius mit Bewilligung des römischen Adels und Klerus die erste Stimme bei der Papstwahl (principatus electionis) für die Zukunft übernahm. Diesem reformierten Papsttum meinte er zugleich dadurch einen besonders wirksamen Schutz zu sichern, daß er 1047 den Normannenführern, die inzwischen nach harten Kämpfen den Byzantinern Apulien entrissen hatten, dieses Land und die Grafschaft Aversa als Lehen des Reiches übertrug.

Im engsten Bunde mit dem Kaiser übernahm nun Clemens des Zweiten zweiter Nachfolger, Leo der Neunte (Bruno von Toul, 1047 bis 1054), ein Schwabe von Geburt, aber ein feuriger Kluniazenser, die Durchführung des Reformwerks überall mit jugendlicher Frische persönlich tätig und auf seinen Synoden in Italien, Deutschland und Frankreich die Simonie und die Priesterehe bekämpfend. Mit den erobernd ausgreifenden Normannen freilich geriet er bald in heftigen Streit um Benevent, das ihm der Kaiser übertrug, und streitbar, wie ein deutscher Bischof damals war, trat er ihnen persönlich an der Spitze eines deutsch-italienischen Heeres entgegen. Doch in der Schlacht bei Civitate am 13. Juni 1053 von ihnen völlig geschlagen, starb er schon im April 1054, und die Normannen stiegen nunmehr, vom Reiche ungehindert und des Reiches ungefragt, zur süditalienischen Großmacht auf.

Während sich so im fernen Süden eine neue, selbständige eigenwillige Macht bildete, verschärfte sich in Deutschland der Gegensatz des Kaisertums und der Kirche zum hohen Laienadel mehr und mehr, besonders in Sachsen. Hier stand seit 1045 an der Spitze des Erzbistums Bremen-Hamburg der Thüringer Adalbert, die glänzendste Gestalt des damaligen deutschen Klerus. Energisch nahm er die lange verwahrloste Mission wieder auf, einerseits im baltischen Slawenlande östlich der Elbe, wo er mehrere Bischöfe einsetzte, andrerseits im ganzen skandinavischen Norden bis nach den Orkneys, nach Island

und selbst nach Grönland hin. Bremen wurde das Rom für die nordische Welt, sein Erzbischof das kirchliche Oberhaupt weiter Völkerkreise. Um nun diesen Schöpfungen die weltliche Grundlage zu geben, ließ er sich nicht nur reichliche Landschenkungen an Königsgut machen, sondern dachte auch daran, im ganzen Umfange seines deutsch-slawischen Sprengels die gräflichen Rechte zu erwerben. Um seine kirchliche Stellung möglichst unabhängig zu machen, ließ er sich 1053 von Leo dem Neunten zum päpstlichen Legaten und Vikar für den ganzen Norden ernennen; sein letztes Ziel aber war die Würde eines Patriarchen, dem dann die leitende Stellung in der ganzen deutschen Kirche schwerlich hätte entgehen können. Es kann kaum ohne Zusammenhang mit diesen Plänen gewesen sein, wenn Heinrich der Dritte die Stellung des Königtums in dem ihm halb entfremdeten Sachsen wieder mehr betonte und deshalb als Mittelpunkt des Domänenkranzes um den Harz, die natürliche Hochburg des Sachsenlandes, um 1050 am Fuße des erzreichen Rammelsberges die stattliche Pfalz Goslar erbaute. Hier wurde ihm in demselben Jahre auch sein Sohn Heinrich (der Vierte) geboren und von den versammelten Edeln sofort als künftiger König anerkannt.

Doch mit wachsendem Groll sahen die Billunger und der ostsächsische Adel, dem jene selber angehörten, auf dieses schnelle Vordringen der königlichen und noch mehr der bischöflichen Macht. Denn da das Herzogsamt der Billunger wesentlich auf ihrer Grafengewalt in den drei Gauen nördlich von der Elbe (Holstein, Dithmarschen, Stormarn) und in den slawischen Marken beruhte, im Binnenlande durch die gräflichen Rechte der acht Bistümer vielfach beschränkt wurde, so betrachteten sie und der kriegerische Grenzadel die christliche Mission unter den Slawen, die ihnen die gewohnten Beutezüge auf Raub und Sklavenfang verbot und ihnen durch Einführung des kirchlichen Zehnten die Tribute kürzte, als einen Eingriff in alte Rechte.

Der Zwist, der hier nur erst glomm, brach anderwärts in offne Flammen aus, zuerst in Lothringen. Hier erhob sich Herzog Gottfried, dem der König nach dem Tode seines Vaters Gozelo nur Oberlothringen übertragen hatte, während sein Bruder Gozelo Niederlothringen erhielt, wiederholt, zuletzt mit

Balduin dem Fünften von Flandern verbündet, in Waffen gegen den Kaiser. Besiegt, verlor er sein Herzogtum, das nun 1048 an den Grafen Gerhard, den Stammvater des bis 1735 dort regierenden Geschlechts, gelangte. Aber einige Jahre später, 1054, vermählte sich Gottfried mit Beatrix, der Erbin des mächtigen Markgrafen Bonifatius von Tuscien. Um diese gefährliche Verbindung zu durchkreuzen, zugleich um Leos des Neunten Nachfolger, Viktor den Zweiten (Gebhard von Eichstädt), in seiner schwierigen Stellung in Rom zu befestigen, ging Heinrich der Dritte im Jahre 1055 zum zweitenmal nach Italien. Da Gottfried ihm auswich, nahm der Kaiser Beatrix in Haft und ihr ganzes Land in Besitz. Zugleich untersagte eine Synode in Florenz unter kaiserlichem und päpstlichem Vorsitz alle nicht dem Stiftungszwecke entsprechende Verwendung des Kirchenguts und traf Verfügungen gegen die simonistischen Bischöfe, führte also die kluniazensische Reform weiter. Dabei herrschte aber zwischen Kaiser und Papst das engste Einvernehmen, so daß Heinrich der Dritte dem Papste nicht nur das Herzogtum Spoleto übertrug, sondern ihn auch zu seinem Statthalter in Italien ernannte. Ein Zwiespalt zwischen den beiden Oberhäuptern des Abendlandes schien undenkbar.

Die Nachricht von einer gefährlichen, gegen sein Leben gerichteten Verschwörung zweier unzufriednen Laienfürsten, des Herzogs Welf von Kärnten und des erst 1055 abgesetzten Herzogs Konrad von Bayern, mit dem ehrgeizigen Bischofe Gebhard von Regensburg, veranlaßte den Kaiser plötzlich nach Deutschland zurückzukehren. Er vereitelte den tückischen Anschlag und war des Reiches diesseit und jenseit der Alpen völlig Herr, als er nach Sachsen ging, um auf den Höhen des Harzes Erholung zu suchen. Dort ereilte ihn auf der Pfalz Bodfeld am 5. Oktober 1056 ein früher Tod, gerade als die Reichsverfassung der schwersten Krisis entgegentrieb.

* * *

Das deutsch-römische Reich war weder ein Nationalstaat noch ein Weltreich, sondern das unter der Vorherrschaft der Deutschen vereinigte Mitteleuropa. Da die Verfassung in allen drei Reichen, Deutschland, Burgund und Italien, auf fränkischer Grundlage beruhte, so ging ihr Verhältnis zueinander

über die reine Personalunion wesentlich hinaus. Eine besondre Königskrönung in Italien und Burgund war keineswegs Regel, und zuweilen fanden sogar gemeinsame Reichs- wie Kirchenversammlungen für mehrere Länder statt. Doch bestand keine Reichsgesetzgebung nach karolingischer Art, sondern die Fortbildung des Rechts blieb im wesentlichen den Privilegien der Könige und dem örtlichen Gewohnheitsrecht überlassen. Die Verschiedenheit des Privatrechts war mit der Gemeinschaft der drei Reiche natürlich ebensogut verträglich wie mit der modernen deutschen Reichseinheit bis 1900. Auch das Stammesrecht und die damit verbundne Personalität des Rechts dauerten fort; nur der König lebte nicht nach dem Recht seines Stammes, sondern stets nach fränkischem Recht, eine Erinnerung an den fränkischen Ursprung des Reichs. Doch drang das fränkische Recht allmählich auch in Schwaben und Bayern durch, sodaß später im wesentlichen zwei große Rechtsgebiete, das norddeutsche oder sächsische und das süddeutsche oder fränkische, nebeneinander standen. Daneben traten das Lehnsrecht und zahllose Hofrechte von örtlicher Geltung. In allen Ländern und in allen drei Reichen war der König der oberste Richter, der oft genug ganz persönlich eingriff, aber er bildete sein Königsgericht immer aus Schöffen vom Stamme des Angeklagten und richtete nach dessen Stammesrecht. Er erließ ferner das Aufgebot, jetzt allerdings nach eidlich erhärtetem Beschluß der Großen, aus deren Vasallenschaften es bestand; er war der größte Grundherr des Reichs und verfügte über dieses Königsgut, das vom Staatsgut nicht geschieden war, vollkommen nach Gutdünken; er besetzte endlich die hohen Staats- und Kirchenämter, alles in der Weise der Karolinger.

In drei Richtungen aber hat sich diese Verfassung seit der Mitte des zehnten Jahrhunderts umgebildet. Die Krone war jetzt nicht mehr ohne weiteres erblich, sondern die Übertragung auf einen Sohn des regierenden Herrn, die allerdings die Regel war, erforderte die Zustimmung der geistlichen und der weltlichen Großen, auch wenn sich nicht eine förmliche Wahl nötig machte. Sodann war die tatsächliche Erblichkeit der weltlichen Reichsämter im wesentlichen durchgesetzt, vollständig bei den Grafschaften, Markgrafschaften und Pfalzgrafschaften, erst teilweise bei den Herzogtümern. Eine rechtliche Sonderstellung

nahm Böhmen ein, dessen Herzogtum stets eine erbliche, nationaltschechische Staatsgewalt unter deutscher Oberhoheit blieb. Da infolgedessen die alten Gaue zuweilen zwischen mehreren Erben geteilt, überdies durch die wachsenden Immunitäten der geistlichen Herrschaften durchbrochen und zersetzt wurden, so verschwanden auch die Gaunamen bis auf wenige (Holstein, Wetterau, Sundgau, Breisgau, Aargau u. a.), und die Grafengeschlechter nannten sich nach ihren Stammsitzen. Das Amt wurde aber ein Anhängsel der Grundherrschaften, und das Ernennungsrecht des Königs schrumpfte zu einem Belehnungsrechte zusammen, kraft dessen er dem Inhaber des Amtes die Fahnenlanze als Sinnbild der ihm verliehenen Gewalt und der damit verbundnen Reichslehnsgüter übertrug. Endlich war die Kirche, eben weil die unaufhaltsame Erblichkeit der weltlichen Reichsämter diese ihres Amtscharakters entkleidete, zum vornehmsten Gliede der Reichsverwaltung geworden und daher in allen drei Reichen, am meisten in Oberitalien, durch Verleihung der Immunität und ganzer Grafschaften zu umfangreicher weltlicher Herrschaft gelangt. Da ein geistlicher Herr den Blutbann nicht selbst üben durfte, so richtete im echten Ding über freie Leute der von ihm ernannte, vom König mit dem Blutbann beliehene Vogt (advocatus) oder (in den rheinischen Städten) der Burggraf, immer ein edler Laie, im gebotnen Ding über kleinere Sachen der vom Immunitätsherrn ernannte, vom Vogt belehnte Schultheiß, alle diese Beamten mit Schöffen aus dem Stande des Verklagten nach dessen Stammesrecht.

Der weltlich-geistlichen Verfassung des Reichs entsprach die Umbildung des Königshofes. Seit den Ottonen bildete seinen wichtigsten Bestandteil die Kapelle (in der Organisation Brunos von Köln) unter dem Erzkaplan oder Kanzler; sie war die Genossenschaft des Hofklerus und die Pflanzschule für die geistliche Beamtenaristokratie des Reichs, die Bischöfe und Reichsäbte. Daneben standen für die regelmäßige Versorgung der Hofämter und für die Verwaltung des Königsguts die königlichen Vasallen und Ministerialen, für die Reichsgeschäfte und das Königsgericht eine mit dem jeweiligen Aufenthalte des Hofes beständig wechselnde Anzahl von Bischöfen und Laienfürsten. Denn eine feste Hauptstadt war noch immer

unmöglich, und auch Heinrich der Dritte hat gewiß nicht beabsichtigt, Goslar zu einer solchen zu machen.

Unter dieser Verfassung hat Deutschland ein Jahrhundert verhältnismäßig großer äußerer Sicherheit, innerer Ruhe und friedlichen Gedeihens erlebt wie niemals vorher und selten nachher. Kein äußerer Feind hat nach der Lechfeldschlacht deutschen Boden (außer in einigen Grenzstrichen) betreten, und die innern Fehden waren nicht eigentliche Kriege, sondern bewaffnete Exekutionen der Krone zur Wiederherstellung des Rechtszustandes oder zur Niederwerfung einer bewaffneten Opposition oder ein bewaffneter Rechtsstreit. Dieses Ergebnis tritt dann besonders scharf hervor, wenn man die gleichzeitigen friedlosen Zustände Frankreichs daneben hält. Vor allem die landbauende Bevölkerung, also die ungeheure Mehrheit, entwickelte eine nachhaltige wirtschaftliche und kriegerische Kraft von erstaunlicher Leistungsfähigkeit. Allerdings war jetzt, wenig Ausnahmen, in größerm Umfange nur in Sachsen, abgerechnet, der freie Bauernstand in die Abhängigkeit von den geistlichen und den weltlichen Grundherren geraten, und die alten Markgenossenschaften durch diese, die an ihnen teilnahmen und deshalb bald den maßgebenden Einfluß auf sie gewannen, in der Zersetzung begriffen. Aber die Leute der am günstigsten stehenden Klasse der „Grundholden", die Zinsbauern (Zensualen), leisteten dem Grundherrn nur einen höchst mäßigen Zins und schuldeten ihm beim Antritt des Erbes den Todfall (Besthaupt, das beste Stück Vieh), und wenn der bisherige Inhaber mit einer nicht zu den Untertanen des Herrn gehörenden Frau verheiratet war, den Buteil (einen Teil des Gutes), waren aber des drückenden Heeresdienstes ledig, genossen den wirksamen Schutz des Herrn und standen zu Recht vor Schöffen ihres Standes. Größer war die Zahl der auf Herrenland angesiedelten Hörigen und der Unfreien (Leibeignen); doch hatten auch die letztgenannten oft ein eignes Gut zu bewirtschaften und durften als Handwerker (Dageskalke) neben dem, was sie für den Dienst des Herrn ohne Entgelt zu liefern hatten, auch für den Verkauf arbeiten und waren namentlich in Bischofsstädten schon in Zünften (officia) unter herrschaftlichen Zunftmeistern (magistri officiorum) vereinigt. Außerdem stiegen sie oft genug zu Zinsbauern, die Hörigen zu Ministeria-

len auf, und diese näherten sich, obwohl sie eine Ehe nur innerhalb der Dienstgenossenschaft (familia, gedigene) ihres Herrn schließen durften, und der Herr ihre Kinder nach Belieben verheiratete, durch Waffen- und Hofdienst in Lebenshaltung und Geltung den freien Vasallen (milites), wurden auch von Schöffen ihres Standes gerichtet. Dienstrechte begannen diese Verhältnisse für die einzelnen Hofgenossenschaften gesetzlich zu ordnen.

Mit der Ausbildung der Ministerialität und des Lehnswesens vollendete sich die längst angebahnte Scheidung zwischen Nährstand und Wehrstand. Die Masse der Bauernschaft war jetzt ausschließlich wirtschaftlich tätig, der Waffendienst, den sie, außer zum Landesschutz, nicht mehr leisteten, war die Sache der belehnten Freien und Ministerialen geworden. Das Reichsheer war also seiner Zusammensetzung nach eine Verbindung kleiner Kontingente des Königs, wie der geistlichen und weltlichen Reichsbeamten unter deren Bannern, denen das Reichsbanner, bei Augsburg 955 mit dem Bilde des Erzengels Michael, voranwehte. Diese wurden für den Krieg zu einem der Grenze des anzugreifenden Landes möglichst nahen Sammelplatze entboten, von ihrem Lehnsherrn mit einem Beitrage zu der kostspieligen Ausrüstung unterstützt und nach dem meist kurzen Feldzuge (beim Römerzug nach der Krönung) vom Könige wieder entlassen. Es war eine Organisation, die nur für den Angriffskrieg taugte und berechnet war, weil für einen solchen Zeit und Ort des Aufmarsches gewählt werden konnten; in der Verteidigung gegen einen raschen Feind versagte sie im Anfang immer. In militärischer Beziehung bestand das Heer aus schweren Reitern in Kettenhemd (Brünne) und spitzer Stahlkappe, mit Schild, Schwert und Speer auf ungepanzerten starken Hengsten; taktische Verbände und Einheiten gab es noch nicht. Deshalb fehlte im Kampfe jede eigentliche Befehlsführung, und die fechtenden Geschwader löften sich nach dem ersten geschlossenen Anprall bald in wildem Getümmel zu Einzelkämpfen auf, in denen Kraft, Gewandtheit und Mut des Mannes entschieden.

Unter der Leitung der Grundherren, namentlich der geistlichen, hat nun die deutsche Bauernschaft durch ausgedehnte Rodungen (Bifang, Beunden) das großartige Werk der innern und der äußern Kolonisation rüstig weitergeführt und dadurch

unserm Volke auf Jahrhunderte ein unbeengtes, also gesundes wirtschaftliches Dasein gesichert. Die Verbindung der Zentralisation in der Leitung mit der Dezentralisation im Betriebe der großen Herrschaften durch die Bewirtschaftung in einzelnen, selbständigen, nur irgendwie von größeren festen Mittelpunkten abhängigen Bauernstellen, das Gegenteil der altrömischen Latifundienwirtschaft mit Sklavenarbeit, wirkte dabei außerordentlich günstig. Die Form der Anlage war meist das zu Waldhufen oder (im Bruchlande) zu ähnlich gestalteten flämischen Hufen ausgetane Dorf, zuweilen auch der Einzelhof, aus dem sich dann wohl ein Dorf entwickelte. So wurde die innere Kolonisation z. B. im Thüringer Walde, im Harzlande, im Böhmerwalde, in den zugänglichen Alpentälern bis gegen 1100 in der Hauptsache abgeschlossen. Die äußere Kolonisation war besonders in den slawischen Südostmarken tätig. Bayrische Bistümer und Klöster oder weltliche Grundherren, von den Königen mit ausgedehnten Schenkungen fast immer wilden Landes begabt, verwandelten die Ostmark (Ostarrichi, Österreich) zunächst längs der Donau aus einem ungeheuern Waldgebiet in ein blühendes Kulturland ganz deutschen Gepräges. In den Ostalpenländern kam die deutsche Besiedlung im wesentlichen nur bis an die Südgrenze des Salzburger Erzsprengels, die Drau, und ließ die noch unsichern Grenzstriche nach Ungarn hin noch außer Spiel. Ihre Hauptsitze wurden das breite Tal der mittlern Mur und der milde Landstrich von Friesach bis Villach. Doch hielten sich hier Reste der Slawen sogar als freie Grundbesitzer, wenngleich die Masse hörig wurde und sich, sobald sie bekehrt war, rasch germanisierte. Rein militärisch blieb noch die Kolonisation in den sorbischen Marken, die sich an die Burgwarte längs der Saale, Mulde und Elbe anlehnte.

Inzwischen begann ein lebhafter Gewerbe- und Handelsbetrieb den Bann der Naturalwirtschaft leise zu lockern. Dafür ist die kirchliche und politische Verbindung mit dem uralten Kulturlande Italien, das höhere Bedürfnisse weckte und zugleich Vorbilder gab, von großer Bedeutung gewesen. Hie und da arbeitete unter kirchlicher Leitung das Kunsthandwerk nicht nur für die Bedürfnisse der eignen Hofhaltung, sondern auch schon für den Verkauf, so in Tegernsee die Glasbereitung, in Hildesheim unter Bischof Bernward der Bronzeguß. Nord-

deutsche Kaufleute in Magdeburg, Quedlinburg, Goslar vereinigten sich in Schutzgilden, um draußen in der rechtlosen Fremde auf gemeinsame Rechnung und Gefahr Handel zu treiben; sie gewannen von Oldenburg und Schleswig aus auf der Ostsee, die noch ausschließlich von Slawen und Nordgermanen beherrscht wurde, Verbindungen mit den großen Stapelplätzen des Ostens, Julin (Jumne, Wollin) auf Usedom und Wisby auf Gotland. Süddeutsche Händler verkehrten namentlich von Regensburg aus bis nach Ungarn, Polen, Preußen und Rußland (Kiew); sie stiegen von Chur, von Augsburg, von der mittlern Donau auf den alten Römerstraßen oder auf neuen Saumpfaden über die graubündner und tirolischen Alpen und über die Tauern nach der sonnigen Lombardei hinunter. Auch der Binnenverkehr nahm zu, besonders weil die Besitzungen der Grundherren oft weit auseinanderlagen und ihre Produkte austauschten, und unter dem Schutze des königlichen Marktfriedens blühten ansehnliche Marktorte empor, die gewöhnlich auch Münzstätten waren, wie Erfurt, Würzburg, Augsburg, Konstanz, Rorschach u. a. m. Am sichtbarsten war dieser Aufstieg in den Rheinstädten, denen die alten Römermauern schon zu eng wurden. Aber auch in den östlichen Koloniallanden entstanden rasch neue Märkte, so St. Pölten, Friesach, Villach u. a. m. Eine besondere Stellung nahmen in diesem Verkehr die Juden ein, da sie allein Geldgeschäfte machen durften, die das Zinsverbot der Kirche den Christen untersagte. Als unentbehrliche Vermittler nahm sie zuerst Heinrich der Vierte unter den besondern Schutz des Königs, doch wurden sie immer nur als nutzbares Eigentum, als „Kammerknechte“ behandelt.

Nirgends tritt die Bedeutung der Verbindung zwischen Deutschland und Italien klarer hervor als im geistigen Leben, das unter der Führung der Kirche seit Otto dem Großen einen fröhlichen Aufschwung nahm. Nach dem Vorbilde der romanischen Bauten Oberitaliens begannen auch die deutschen Bistümer und Klöster die alten einfachen, vielfach noch hölzernen Kirchen durch mächtige, oft turmreiche Steingebäude zu ersetzen. Das geschah in der Form der anfangs von einem offnen Sparrendach überspannten, seit dem elften Jahrhundert künstlich überwölbten Basilika auf dreischiffigem, kreuzförmigem Grundriß, die auch architektonisch die strenge Scheidung der

Gemeinde von der Geistlichkeit durch die starke Erhöhung des auf die Krypta (Unterkirche) gestellten Chors über die weit tieferliegende Gemeindekirche zum Ausdruck brachte und durch zierlichen Schmuck der Säulenkapitäle wie durch ornamentale Malereien das sonst einfach-ernste Innere belebte. In Magdeburg, Quedlinburg, Goslar, Gernrode, Hildesheim und Bremen, in Bamberg, Mainz, Limburg a. d. Hardt, in Speier, Trier und Köln führten damals geistliche Baumeister und zum Teil auch geistliche Werkleute solche Bauten auf. Der hohe Laienadel stand hier hinter der Kirche noch weit zurück, denn seine Gutshöfe waren immer noch Holzbauten; die erste stattliche steinerne, kunstgeschmückte Königspfalz im innern Deutschland schuf Heinrich der Dritte in Goslar.

Vollends Unterricht und Wissenschaft lagen durchaus in geistlichen Händen und waren fast nur für künftige Geistliche bestimmt. Nur war die Kirche unbefangen genug, in den blühenden Dom- und Klosterschulen neben der Heiligen Schrift und den Kirchenvätern auch die Dichter und Geschichtsschreiber des alten Roms zum Gegenstande eifrigsten Studiums zu machen, vor allem als formale Vorbilder für eigne Werke in lateinischer Sprache. Deshalb wurden auch meist Mönche, wie Widukind von Corvey, seltener Bischöfe, wie der reisige Thietmar von Merseburg unter Heinrich dem Zweiten, die Geschichtsschreiber dieser Zeit, ohne freilich unter der Herrschaft der Augustinischen Anschauungen zu einer wirklich historischen Auffassung gelangen zu können und ohne in das Wesen der Dinge einzudringen, in denen sie vielmehr selten mehr sahen als einzelne Tatsachen. Corvey, Gandersheim und Hildesheim in Sachsen, Reichenau und St. Gallen in Schwaben, Nieder-Altaich in Bayern waren die wichtigsten Pflanzstätten dieser Geschichtsschreibung. Wenn aber früher der Klerus die deutsche Heldensage als heidnisch abgelehnt und sich nicht um die Pflege der deutschen Sprache gekümmert hatte, so hatte er jetzt national zu empfinden gelernt. In St. Gallen entstand eine Art von Übersetzerschule, die christlich-lateinische Stücke in deutscher Sprache wiedergab, und ein schwäbischer Dichter, Eckehard von St. Gallen (gestorben 973), war es, der einen deutschen Sagenstoff in virgilische Hexameter goß, das Waltharilied; ein bayrischer Weltgeistlicher, Konrad von Passau, schrieb ein lateinisches

Nibelungenlied, während die wackere Nonne Hrotsvitha von Gandersheim es unternahm, Taten und Leiden des sächsischen Herrscherhauses in derselben epischen Form zu schildern und die leichtfertigen Stücke des Terenz durch „christliche Komödien" zu verdrängen. Das Volk hielt erst recht an seinen alten Sagenstoffen aus der Wanderzeit und an den etwa seit dem achten Jahrhundert vom Orient her eingedrungnen naiven Tiergeschichten fest. Selbst für die zeitgenössische Geschichte kannte es keine andre Form der Überlieferung als die mündliche Sage und das Lied des fahrenden Spielmanns, der bei keinem Feste fehlen durfte. Obwohl wenig geachtet, war er doch eine Macht im Leben der Massen, deren Meinung über Menschen und Ereignisse er vor allem bestimmte.

Unzweifelhaft waren die scharfen Gegensätze, die das innere Leben der deutschen Nation seit der Begründung der fränkischen Herrschaft und dem Eindringen des Christentums zerklüfteten, in der Ausgleichung begriffen. Reich und Kirche waren als Verwaltungsorganismen untrennbar miteinander verbunden, die alte Selbständigkeit und Einheit der Stammesgebiete war überall gelockert, in Franken und Niederlothringen schon zerstört, das Übergewicht der Großgrundherrschaften war festgestellt, ohne die Bauernschaften zu knechten, die durch sie vielmehr zu großen, äußerst leistungsfähigen Verbänden zusammengefaßt wurden; der Klerus war durch Grundbesitz und praktische Arbeit national geworden, und die Laien zeigten sich voll kirchlichen Eifers. Freilich lehnten sie noch immer jede literarische Bildung ab, zahlreiche heidnische Gewohnheiten und Anschauungen standen noch ungebrochen aufrecht, und die Deutschen jener Zeit selbst waren ein lebensfrohes, sinnliches, derbes, trotziges und leidenschaftliches Geschlecht, aber hochsinnig, treu und unbedingter Hingebung sehr wohl fähig, nur durchaus abhängig von Überlieferung, Gefühl und Phantasie, deshalb einerseits im Denken und Fühlen ganz und gar an ihre Umgebung gebunden, andrerseits raschem, kaum berechenbarem Stimmungswechsel unterworfen.

Da wurde es nun ein wahres Verhängnis, daß der weltfeindliche kirchenpolitische Idealismus der Kluniazenser von Frankreich und Lothringen her in Rom zur Herrschaft gelangte und auch die deutsche Geistlichkeit zu ergreifen begann. Siegte

diese Richtung, so unterbrach sie den innern Ausgleich zwischen Klerus und Laienschaft und mußte die enge Verbindung zwischen Königtum und Kirche zermürben, auf der die ottonische Reichsverfassung, die einzige damals mögliche, beruhte; sie griff dann also den Bestand des Reichs und der Nation selbst an seiner Wurzel an und beschwor damit unabsehbare Kämpfe herauf.

Der Kampf um die Reichs- und Kirchenverfassung.
1056 bis 1152

Die Wucht dieses unvermeidlichen Kampfes legte sich in seinen Anfängen auf die Schultern eines Knaben und einer schwachen, unselbständigen Frau. Königin Agnes, die Witwe Heinrichs des Dritten, kannte weder die Menschen noch die Dinge, folgte bei einer bis zur Ängstlichkeit gesteigerten Gewissenhaftigkeit oft ungeeigneten Ratgebern und war bei ihrer streng kirchlichen Gesinnung den kluniazensischen Ideen gegenüber innerlich wehrlos. So gab sie schon 1056 Tuszien an Gottfried von Lothringen zurück, verlieh 1057 Schwaben an Rudolf von Rheinfelden, ihren spätern Schwiegersohn, 1061 Bayern, das ihr Gemahl seinem jungen Erben Heinrich hinterlassen hatte, an den Sachsen Otto von Northeim. Mit Ungarn strebte sie ein friedliches Verhältnis an, indem sie ihre Tochter Judith mit dem Thronerben Salomon, dem Sohne des Königs Andreas, verlobte; aber sie konnte dann nicht verhindern, daß Andreas 1060 von seinem Bruder Bela gestürzt wurde, und Salomon nach Deutschland flüchten mußte. Auch spätere deutsche Feldzüge zu seinen Gunsten änderten daran nicht viel.

Aber das alles trat an Bedeutung weit zurück hinter der kirchlichen Revolution, die sich nach dem Tode Viktors des Zweiten (in Arezzo Juli 1057) in Italien vollzog. Schon die Wahl Stephans des Zehnten (Friedrichs von Lothringen, eines Bruders von Gottfried) durch das römische Volk allein ohne Beachtung der königlichen Rechte war ein Sieg der Reformpartei. Als dann nach dessen raschem Tode im März 1058 noch einmal der römische Adel einen Papst, Benediktus den Zehnten, erhob, da verständigte sich der gewandte und entschlossene Führer der Reformpartei, der Subdiakonus Hildebrand, schnell mit dem deutschen Hofe, ließ in Siena den Erzbischof Gerhard von Florenz, den er ganz beherrschte, zum Papste wählen und führte ihn nach Rom, wo er am 24. Januar 1059 als Nikolaus der Zweite im Lateran inthronisiert wurde. Und nun gingen die Reformer, an ihrer Spitze Hildebrand und der Kardinal Humbert von Silva Candida, rasch und sicher auf ihr Ziel los. Dieses war nicht mehr die sittliche Reform der Kirche im Sinne Heinrichs des Dritten und Leos des Neunten, sondern die Freiheit der Kirche von der Welt. Daher beschloß schon die römische Ostersynode 1059, die Wahl des Papstes den Kardinalbischöfen (d. i. den Bischöfen des römischen Erzsprengels) unter Mitwirkung der (stadtrömischen) Kardinalpfarrer, aber unter Ausschluß der bisher allein Wahlberechtigten, des „Klerus' und des Volks", und mit Umgehung der kaiserlichen Rechte zu übertragen, verbot den Geistlichen, ein geistliches Amt aus der Hand eines Laien anzunehmen, und erneuerte die Verfügungen gegen die Priesterehe. Zugleich sicherte sich dieses neue Papsttum eine feste weltliche Macht, indem es kraft der sogenannten Konstantinischen Schenkung, einer für echt gehaltenen Fälschung aus der Zeit Pippins des Kleinen, die Normannenfürsten Richard von Aversa und Capua und Robert Guiscard von Apulien mit ihren Ländern wie mit den erst zu erobernden Gebieten Calabrien und Sizilien belehnte, und unbedenklich bediente es sich einer wüsten geistlichen Demagogie, um in den lombardischen Bischofsstädten durch die Eidgenossenschaften der „Pataria" (d. i. des Lumpengesindels) den Pöbel gegen die simonistischen und verheirateten Priester zu hetzen und damit die Bischöfe, die besten Stützen der deutschen Herrschaft, mattzusetzen.

Ohne energische Gegenwehr wich der deutsche Königshof vor dieser kühnen Revolution zurück. Zwar verwarf eine deutsche Synode 1060 die römischen Beschlüsse, und die lombardischen Bischöfe stellten zusammen mit den deutschen und mit Königin Agnes in Basel im Oktober 1061 Honorius den Zweiten (Cadalus von Parma) als Gegenpapst auf, aber im Bunde mit Simonisten, wie diese Bischöfe meist waren, konnte die Krone dieses reformierte Papsttum nicht überwinden. Es gelang Honorius dem Zweiten nicht einmal, sich in Rom festzusetzen, da Gottfried von Tuszien eigenmächtig und eigennützig ein-

schritt. Kurz danach, im April 1062, entführte der ehrgeizige und energische Erzbischof Anno von Köln, längst unzufrieden mit dem schlaffen, unsichern Regiment der Königin Agnes, im Einverständnis mit Eckbert von Braunschweig und Otto von Northeim, den jungen König seiner Mutter in Kaiserswerth und riß damit die Reichsregierung an sich. Aber schon im Juni 1063 setzte es der weltkluge und leichtfertig-geniale Adalbert von Bremen durch, daß ihm die Leitung der Geschäfte übertragen, seinem Amtsbruder in Köln nur die Erziehung des Königs überlassen wurde. Auch dieser machte er bald ein Ende, denn zu Ostern 1065 ließ er Heinrich den Vierten in Worms mit dem Schwerte umgürten, also mündig sprechen, und verlegte dann den Sitz des Hofes auf sächsischen Boden, nach Goslar. Gegenüber Rom geschah freilich trotz langer Verhandlungen nichts Entscheidendes; tatsächlich erkannte also die Krone die Beschlüsse der Ostersynode von 1059 und damit ihre eigne Ausschließung von der Papstwahl an. Denn für ungleich wichtiger galt Adalbert die Befestigung seiner erzbischöflichen Stellung durch die Verbreiterung ihrer weltlichen Grundlage, und willig förderte ihn darin der junge König, dessen Vertrauen er völlig gewonnen hatte. Jedoch da er dadurch den Haß des Laienadels, namentlich des sächsischen, aufs äußerste steigerte, wurde Heinrich der Vierte auf dem Reichstage von Tribur im Januar 1066 gezwungen, den Erzbischof vom Hofe zu entfernen und ihn seinen sächsischen Feinden zu überlassen, die nun gierig über seine Güter herfielen. Dazu brachen Adalberts kirchliche Schöpfungen im Obotritenlande vor einem heidnischen Aufstande zusammen. Unter diesen Umständen vermochten die jetzt leitenden Männer, Anno von Köln und Otto von Northeim, in Rom nicht das mindeste zu erreichen, und sogar der König mußte vor dem neuen Papsttum zurückweichen; denn dieses versagte ihm 1069 rundweg die Genehmigung zur Scheidung von seiner jungen Gemahlin Bertha von Savoyen, der Tochter des Markgrafen Otto, die ihm zwar von seinem Vater schon in der Kindheit verlobt, aber 1066 von den deutschen Fürsten allzu früh gegen seinen Willen aufgedrängt worden war.

Solche Jugenderfahrungen waren nicht geeignet, einen harmonischen und stetigen Charakter zu bilden. In der Tat

war der junge König stolz, leidenschaftlich, rachsüchtig, unbeständig, aber ohne Zweifel auch hoch begabt, tatkräftig, unermüdlich findig in seinen Mitteln, bald ein Meister der Verhandlung und des Schwertes, dazu eine königliche Erscheinung. Allmählich begann er selber zu regieren, blieb meist in Goslar, umgab sich statt mit Fürsten und Bischöfen, die ihn immer nur getäuscht und bedrängt hatten, mit schwäbischen und fränkischen Ministerialen und rief schon 1069 den Erzbischof Adalbert an den Hof zurück. Und nun traf seine Rache zuerst Otto von Northeim, den anerkannten Führer des sächsischen Adels. Auf eine schlecht begründete Anklage hin wurde Otto 1070 wegen eines Mordanschlags gegen den König geächtet und sein Herzogtum Bayern an Welf den Vierten gegeben, den Vertreter der weiblichen Linie des mit Welf dem Dritten 1055 ausgestorbnen Geschlechts, den Sohn des Markgrafen Azzo des Zweiten von Este und der Welfin Kunigunde, der Erbin der schwäbischen und der bayrischen Güter des Welfenhauses. Nach hartem Kampfe, in dem Otto bei Magnus, dem Sohne des Herzogs Ohrdulf von Sachsen, Unterstützung fand, wurden beide 1071 zur Unterwerfung gezwungen, Otto zwar 1072 aus der Haft entlassen, Magnus aber noch festgehalten. Kurz danach starb Adalbert von Bremen in Goslar.

Aber die Mißstimmung in Sachsen wurde noch vermehrt, als Heinrich der Vierte, um die Stellung des Königtums in diesem ihm lange entfremdeten Lande zu befestigen, zum Schutze des Kronguts rings um den Harz an vortrefflich gewählten Stellen einen Kranz von festen Burgen anlegen ließ, darunter vor allem die wahrhaft königliche Harzburg südöstlich von Goslar, und dazu hier und da abhanden gekommnes Königsgut einzog, allerorten aber die umwohnenden Bauern zum gesetzlichen „Burgwerk" heranzog. Den grollenden Sachsen erschienen diese Maßregeln in Verbindung mit der Gefangenhaltung des jungen Magnus auch nach dem Tode seines Vaters Ohrdulf als Bedrohungen ihrer Freiheit. Als nun Heinrich für den August 1073 ein Aufgebot gegen die Polen erließ, weigerten sich die sächsischen Edeln, an der Heerfahrt teilzunehmen, und kurz danach rief Otto von Northeim in einer großen Versammlung bei Eisleben die Edeln und die freien Männer für die „Freiheit Sachsens" gegen den König

unter Waffen. Als ihr Aufgebot am 7. August überraschend vor der Harzburg erschien, ließ der König Magnus frei, ritt aber selbst auf dem „Königsweg" quer über den Harz nach Hersfeld, wo sich das fränkische Aufgebot zum Polenkriege sammelte. Da sich die fränkischen Herren jedoch weder damals noch im Herbste gegen die Sachsen stark genug fühlten, so wich Heinrich nach Worms zurück. Erst die bewaffnete Erhebung der dortigen Zensualen und Hörigen zu seinen Gunsten gegen ihren Bischof, die erste selbständige Tat des werdenden deutschen Bürgertums, die der König seiner treuen Stadt mit dem ersten Freibriefe lohnte, drängte die schwankenden südwestdeutschen Bischöfe auf seine Seite. Mitten im Winter nach der Werra aufbrechend, mußte er jedoch den Sachsen, da der tiefe Schnee jeden Vormarsch hinderte, im Waffenstillstande von Gerstungen am 2. Februar 1074 Verzeihung und die Schleifung der Burgen versprechen; von der Harzburg sollten aber Pfalz und Kirche stehn bleiben.

Da brachte die blinde Leidenschaft der Sachsen, die vertragsbrüchig und kirchenschänderisch auch diese Bauten roh zerstörten, und die Furcht vor dem Umsichgreifen der städtischen Bewegung, die sich zu Ostern 1074 auch in Köln gegen den Erzbischof Anno erhob, eine völlige Wendung zugunsten des Königs. Alle die stolzen süddeutschen Herren leisteten ihm jetzt Zuzug, und am 9. Juni 1075 erlag ihren Geschwadern der tapfere sächsische Adel unter Otto von Northeim in der blutigen Schlacht bei Hohenburg an der Unstrut. Nach schwerer Verwüstung des Landes unterwarfen sich im Oktober bei Spira unweit Sondershausen die sächsischen Edeln dem jungen König. Er ließ sie alle in Haft nehmen, verteilte ihre Lehen an süddeutsche Vasallen und befahl, seine Burgen wieder aufzurichten. Nur Otto von Northeim begnadigte er und übertrug ihm die Verwaltung Sachsens. Das Land schien vollkommen niedergeworfen, die Königsmacht dort für alle Zeiten begründet.

Doch während dieser Wirren und Kämpfe machte die kirchenreformatorische Bewegung auch in Deutschland, gefördert durch Klöster, wie das von Abt Wilhelm umgestaltete schwäbische Hirschau, und durch eifrige Bischöfe, wie Altmann von Passau und Gebhard von Salzburg, rasch Fortschritte, und in

Italien errang das Papsttum Erfolg auf Erfolg. Die Normannen, seine Vasallen, vollendeten bis 1076 die Eroberung des byzantinischen Süditaliens und begannen die Unterwerfung des arabischen Siziliens, und in Mittelitalien war zwar Gottfried 1069 gestorben, aber sein Sohn Gottfried der Höckrige überließ Tuszien ganz seiner päpstlich gesinnten Gemahlin, seiner Stiefschwester Mathilde und deren Mutter Beatrix. Endlich wurde in Rom nach dem Tode Alexanders des Zweiten der bisherige Leiter der päpstlichen Politik, der Archidiakonus Hildebrand, bei der Bestattungsfeier des Vorgängers in San Pietro in Vincoli am 22. April 1073 ohne jede Wahlhandlung durch bloßen Zuruf vom Volke als **Gregor der Siebente** auf den päpstlichen Stuhl erhoben. Geboren um 1052 bei Saona nicht weit vom Bolsener See, ein Kind armer Leute, kein genialer Mensch, aber mutig, rastlos tätig, leidenschaftlich, unerschütterlich in seiner hierarchischen Überzeugung, deren Folgerungen er unerschrocken und im besten Glauben an sein gutes Recht ohne Rücksicht auf praktische Erwägungen und auf bisher unbestrittene Rechte andrer zog, war er ein radikaler, ja revolutionärer kirchlicher Idealist. Als solcher führte er auf der römischen Fastensynode im Februar 1075 den entscheidenden Schlag. Sie bannte die „simonistischen" Räte des Königs und aus gleichen Gründen drei deutsche Bischöfe und erklärte, daß die Investitur der Bischöfe durch den König gegen das Recht der Kirche sei.

Damit legte sie die Axt an die Wurzel der deutschen Reichsverfassung. Denn dem Könige die Investitur nehmen, das hieß ihm das Recht nehmen, seine obersten Beamten zu ernennen, d. h. zugleich ihm die Verfügung über die wichtigsten, der Kirche übertragenen Reichslehen und Krongüter rauben. Erbittert über diesen Eingriff in seine Befugnisse und gehoben durch seinen glänzenden Sieg über die Sachsen, wies Heinrich die ihm zu Neujahr 1076 in Goslar überbrachten römischen Beschlüsse nicht nur zurück, sondern ließ noch im Januar im heißen Zorn durch eine deutsche Synode in Worms Gregor den Siebenten seines angemaßten Amtes entsetzen. Der aber antwortete auf der Fastensynode am 21. Februar 1076 mit der Suspension der in Worms versammelt gewesenen

Bischöfe und mit dem Banne gegen den König, indem er zugleich dessen Untertanen vom Eide der Treue entband.

Es war ein unerhörter, unglückseliger Schritt, die Proklamation der päpstlichen Weltherrschaft und die Erklärung eines Krieges von fünfzig Jahren, der das deutsch-römische Reich bis in seine Grundfesten erschüttert und der Kirche doch nicht den geträumten Sieg gebracht hat.

Das zähe Sondertum der Sachsen hatte der König mit Waffengewalt gebrochen, mit den Weltherrschaftstendenzen des Papsttums allein wäre er ebensogut fertig geworden wie mancher seiner Nachfolger; erst als dieses sich mit der Selbstsucht des hohen deutschen Adels und dem Trotze des sächsischen Stammes verband, brach seine Macht zusammen.

Denn ein ungeheurer Abfall folgte dem Banne, und abermals erhoben sich die Sachsen. Verraten und verlassen mußte Heinrich in peinlichen Verhandlungen zu Tribur im Oktober 1076 dem Bischof von Worms seine königstreuen Bürger preisgeben, seine gebannten Räte und Bischöfe vom Hofe entfernen und versprechen, sich der Regierungsgeschäfte zu enthalten bis zur schiedsrichterlichen Entscheidung des Papstes, der zum 2. Februar 1077 nach Augsburg eingeladen wurde. Überdies verständigten sich die Fürsten, das Reich als „verwaist“ zu betrachten, falls sich der König nicht binnen Jahresfrist vom Banne löse.

Da zerriß Heinrich mit einem kühnen und verzweifelten Entschlusse das um ihn gelegte Netz. Von seiner treuen Gemahlin Bertha begleitet, die längst seine Liebe gewonnen hatte, überstieg er zu Anfang des Januars 1077 im härtesten Winter, da ihm die deutschen Alpenpässe gesperrt waren, unter ungeheuren Strapazen auf kaum gangbaren Saumpfaden im Gebiete seines Schwiegervaters den Mont Cenis und erschien überraschend in der Lombardei. Jubelnd boten ihm die Bischöfe und die Edeln des Landes ihr gutes Schwert gegen den Papst, und dieser, schon auf der Reise nach Deutschland begriffen, suchte Zuflucht bei der Gräfin Mathilde auf dem festen Felsenschlosse Canossa oberhalb Reggio. Doch Heinrich wollte nicht den Kampf, sondern die Versöhnung: nur dann konnte er die deutschen Aufrührer, die sich jetzt mit dem Schilde des Papstes deckten, als Landesverräter entlarven und züchtigen. Und so

stand er denn mit andern Gebannten an drei Tagen, vom 25. bis zum 27. Januar, im Schloßhofe von Canossa, im Büßergewande „mit nackten Füßen, nüchtern vom Morgen bis zum Abend, des römischen Papstes Urteil erwartend“. Der aber konnte und durfte als Priester dem Büßer nicht verweigern, was der Kirchenfürst dem Könige verweigert hätte; er ließ ihn nach schwerem innern Kampfe ein, sprach ihn vom Banne los und reichte ihm das Abendmahl. Damit hatte der König Tausende von ehrlichen Gemütern daheim beruhigt, er hatte den Bund zwischen dem Papste und den rebellischen deutschen Fürsten zersprengt und ihnen den Rechtsgrund für ihren Aufruhr entzogen.

Den inneren Krieg verhütete er damit freilich keineswegs, denn der Bann war nur der Vorwand für ihre Untreue gewesen, nicht der Grund. Deshalb wählten die Aufständischen schon am 13. März 1077 in Forchheim bei Nürnberg den Herzog Rudolf von Schwaben zu ihrem König. Doch nur die Sachsen traten unbedingt für ihn ein, im Süden nur die Zähringer im Breisgau und die Welfen im südöstlichen Schwaben, das übrige Deutschland blieb im ganzen dem rechtmäßigen Könige treu, der zu Anfang Mai von Kärnten und Österreich her in Regensburg erschien. Indem er die Donau- und die Rheinlinie beherrschte, umfaßte er die sächsische Hauptstellung Rudolfs, und im Besitze der Mainlinie mit dem festen Würzburg trennte er ihn von seinen süddeutschen Bundesgenossen. Um Würzburg und auf den Linien vom Main nach Thüringen und Sachsen spielten sich deshalb die Kämpfe dieses traurigen Bürgerkrieges ab. Obwohl der Abfall Leopolds des Zweiten von Österreich zu den Gregorianern 1078 ihn im Rücken bedrohte, behauptete doch Heinrich seine fränkische Mittelstellung trotz der Niederlage von Melrichstadt nördlich von Würzburg am 7. August 1078, entsetzte Rudolf und Welf ihrer Herzogtümer und übertrug Schwaben 1079 an Friedrich von Büren, dessen Geschlecht, die Hohenstaufen, es seitdem behauptete. Erst als Heinrichs Angriff auf Sachsen in der Schlacht bei Flarchheim nahe bei Mühlhausen in Thüringen am 27. Januar 1080 gescheitert war, meinte Gregor der Siebente sich offen für Rudolf entscheiden zu können und erneuerte deshalb am 7. März den Bann gegen Heinrich. Doch der Erfolg blieb diesmal aus; die deutschen

und die italienischen Anhänger schlossen sich nur um so fester um den König zusammen. Eine deutsch-lombardische Synode in Brixen entsetzte am 25. Juni Gregor den Siebenten zum zweitenmal seines Amts und wählte an seiner Stelle das Haupt der lombardischen Bischöfe, Wibert von Ravenna, zum Papste.

Ehe sich Heinrich anschickte, diesen Urteilsspruch zu vollstrecken und Wibert nach Rom zu führen, wollte er die Sachsen niederwerfen. Nun blieb ihm zwar in der heißen Schlacht bei Hohenmölsen an der Weißen Elster, der ersten in der blutgedüngten Leipziger Schlachtenebne, am 15. Oktober 1080 der Sieg wiederum versagt, aber das Gottesurteil sprach nach der Meinung des Volkes für ihn, denn Rudolf von Schwaben fiel tödlich verwundet, und die Gegenpartei war für die nächste Zeit ohne Haupt. So brach Heinrich im März 1081 nach Italien auf und stand schon am 21. Mai vor Rom; denn Mathilde von Tuszien war ihrer Vasallen gegen den König nicht sicher, und der Normannenherzog Robert Guiscard auf einem Eroberungszug gegen das byzantinische Reich begriffen. Trotzdem gelang es den schwachen Kräften des Königs erst am 3. Juni 1083, die Leostadt zu überrumpeln; die Altstadt Rom übergab ihm die endlich kriegsmüde gewordne Bürgerschaft erst im März 1084, als Kaiser Alexios der Erste ihm byzantinisches Gold zur Verfügung gestellt hatte. Darauf inthronisierte der König Wibert als Clemens den Dritten und empfing aus seiner Hand am 31. März im Lateran die Kaiserkrone. Nur in der Engelsburg hielt sich Gregor, und jetzt endlich kam Robert Guiscard zum Entsatze heran. Vor seinem übermächtigen Heere räumte der Kaiser die „ewige Stadt", der Normannenherzog aber verhängte, am 28. Mai durch die Porta Pia eindringend, eine so furchtbare Plünderung und Verheerung über Rom, daß Gregor der Siebente dem Grimme der Bürgerschaft weichen und mit den Normannen abziehen mußte. In ihrer Hauptstadt, dem bergumkränzten Salerno, ist er schon am 25. Mai 1085 gestorben, in der Verbannung und als Besiegter, wie er es selbst empfand und in bittern Worten eingestand.

Als der König nach Deutschland zurückkehrte, war der Bürgerkrieg im Zusammensinken. Der 1081 aufgestellte Gegenkönig Hermann von Lützelburg (Luxemburg) bedeutete wenig, Otto von Northeim starb 1083, Leopold von Österreich, im

Mai 1082 von dem kaiserlich gesinnten Böhmenherzog Wratislaw bei Mailberg vernichtend geschlagen, unterwarf sich dem heimkehrenden Kaiser, und als dieser einen letzten Angriff der Sachsen auf Würzburg trotz seiner Schlappe bei Pleichfeld am 11. August 1086 glücklich abgewehrt hatte, fügte sich ihm auch der größte Teil Sachsens; Hermann kehrte nach Lothringen zurück, der unberechenbar treulose Markgraf Eckbert von Meißen wurde 1089 entsetzt, und seine Mark kurz nachher dem Markgrafen der Lausitz, dem Wettiner Heinrich von Eilenburg, übertragen, bei dessen Geschlechte sie seitdem verblieben ist. Daneben trat die Kirche energisch für den Friedenszustand ein, indem sie nach französischem Vorbilde den „Gottesfrieden" für die Zeit von Freitag bis Montag und für alle hohen Kirchenfeste bei Strafe des Bannes gebot (zuerst 1081 in Lüttich, 1085 für das ganze Reich). Denn die Wirtschaft der Bistümer und Abteien war durch massenhafte Verlehnungen zerrüttet, das arme Volk durch den Krieg entsetzlich mitgenommen, alle kirchliche und weltliche Autorität durch Gegenkönige, Gegenpäpste und Gegenbischöfe erschüttert, und das Friedensbedürfnis allgemein, am tiefsten bei dem schwergeprüften Kaiser, der 1087 auch seine treue Gemahlin Bertha verlor.

Nur die Welfen und die Zähringer standen noch unter Waffen, und die starren Gregorianer, die von Hirschau und St. Blasien aus, besonders durch das neue Institut der Laienbrüder (conversi) Schwaben beherrschten, wollten den Frieden nicht. Zwar behauptete sich Clemens der Dritte in Rom, aber Urban der Zweite (seit 1088), ein Franzose, hielt an dem für den Kaiser unannehmbaren Gedanken völliger Trennung der Kirche vom Staate fest. Er führte einen gefährlichen Streich, indem er 1090 durch die lächerliche Scheinehe der seit 1076 verwitweten Mathilde mit dem neunzehnjährigen Sohne Welfs eine enge Verbindung zwischen den süddeutschen und den italienischen Gegnern Heinrichs vermittelte. Um diese zu sprengen, griff der Kaiser noch 1090 die Besitzungen Mathildens an, nahm Ostern 1091 Mantua, ihre Hauptfestung im Polande, scheiterte aber im Oktober 1092 vor Canossa und wurde durch eine neue Erhebung der Pataria in Mailand, Cremona, Piacenza und andern Städten auf den Nordosten der Potiefebne beschränkt. Daß sein älterer Sohn Konrad 1093 verräterisch

zu den Rebellen übertrat und die lombardische Krone in Monza empfing, vollendete den Sieg der Gregorianer in Italien und öffnete Urban dem Zweiten den Einzug in Rom (November 1093). Triumphierend erschien der Papst 1095 in Oberitalien und erneuerte auf einer glänzenden Synode in Piacenza die Beschlüsse gegen Priesterehe und Simonie, aber auch die Bannflüche gegen Heinrich den Vierten und seinen Papst. Dann zog Urban der Zweite nach Frankreich hinüber, um gegen dessen König Philipp den Ersten wegen leichtfertiger Lösung seiner Ehe mit Bertha von Holland einzuschreiten. Auf der glänzenden, von Zehntausenden besuchten Kirchenversammlung zu Clermont in der Auvergne im November 1095 verkündigte er den Bann über den ungehorsamen König, zugleich aber rief er die abendländische Ritterschaft zum heiligen Kriege, zum Kreuzzuge gegen den Islam, zur Befreiung des Heiligen Grabes auf.

Das Papsttum stand an der Spitze des Abendlandes, jede weltliche Gewalt, auch das Kaisertum überflügelnd, und indem es den Kreuzzug selbständig begann, verwandelte es die Christenheit in eine große Gefolgschaft des heiligen Petrus und seines Statthalters auf Erden zum Kampfe gegen die Ungläubigen. Es war die logische Folgerung aus der Idee der päpstlichen Weltherrschaft; sie fand in dem alten, seit einigen Jahrzehnten besonders belebten Brauche der Wallfahrten nach den heiligen Stätten der Christenheit, in der Abenteuerlust der Ritterschaften und in dem Unternehmungsgeiste der italienischen Seestädte ihre willigen Werkzeuge, und sie machte, da die gewaltige Bewegung vor allem Frankreich, von Deutschland zunächst nur Lothringen ergriff, Frankreich zum Hauptlande der päpstlichen Kirche.

Wollte das Kaisertum seine überlieferte Stellung nicht gänzlich preisgeben, so mußte es den Versuch machen, die Verbindung mit der Kreuzzugsbewegung zu gewinnen. Es wurde Heinrichs des Vierten letztes Verhängnis, daß ihm dies trotz aller Anstrengungen mißlang. Er bahnte sich 1097 den Rückweg nach Deutschland, indem er den Welfen das Herzogtum Bayern, den Zähringern die Reichsdomäne Zürich mit dem Herzogstitel übertrug, also auch in Süddeutschland endlich den Frieden herstellte; er verkündete, nachdem die erste große deutsche Kreuzfahrt 1101 in Kleinasien jammervoll gescheitert war, im Januar 1103 zu Mainz den Reichsfrieden auf vier Jahre und seinen Entschluß, sich mit der Kirche zu versöhnen und selbst das Kreuz zu nehmen. Denn es war eine sozialpolitische Notwendigkeit, die dichten Scharen ritterlicher Vasallen, die während des Bürgerkrieges aufgestellt worden waren und die nun, da sie nach Lage der Sache nicht wieder ihrer Güter beraubt, also nicht entwaffnet werden konnten, eine schwere Gefahr für den innern Frieden waren, auf ein großes auswärtiges Unternehmen abzuleiten. Als nun der Plan des Kaisers an der Unversöhnlichkeit Paschalis des Zweiten scheiterte, erhoben sich diese Vasallenschaften und fanden in des Kaisers jüngerm Sohne Heinrich (dem Fünften), der wohl für seine Nachfolge fürchtete, einen Führer. Ein ruchloser Bürgerkrieg tobte 1105 wieder an der Donau und am Rhein, aber nicht ehrlicher Kampf, sondern nur ein schwarzer Verrat brachte den Kaiser im Dezember zu Bingen in die Hände seines Sohnes, der ihn nun in Ingelheim zur förmlichen Abdankung nötigte. Als er dann seiner Haft entkam und am Niederrhein den Kampf um die Krone nochmals begann, nahm ihn am 7. August 1106 zu Lüttich der Tod barmherzig aus dem unnatürlichen Streite hinweg. Ein ehrliches Begräbnis versagte die Kirche auch jetzt noch dem Gebannten, aber die Tränen der Witwen und Waisen, der Armen und Elenden flossen am Sarge eines guten Königs.

Von der erschütternden Tragik seiner sturmbewegten Regierung stechen die ersten Jahre seines Nachfolgers Heinrich des Fünften (1106 bis 1125) seltsam ab. Er fand ohne weiteres die allgemeine Anerkennung und hatte in der Tat die ganze Macht des Reiches hinter sich, als er im August 1110 mit angeblich dreißigtausend Reisigen nach Italien aufbrach, um dort den Kirchenstreit zu Ende zu bringen. Der merkwürdige Idealismus Paschalis des Zweiten bot ihm die Möglichkeit zu einer radikalen Lösung. In dem geheimen Vertrage von Sutri, 4. Februar 1111, verzichtete der König auf sein Investiturrecht unter der Bedingung, daß die Bischöfe und Reichsäbte ihre Hoheitsrechte und Güter an das Reich zurückgäben. Als jedoch der Vertrag am 12. Februar vor der Krönungsfeier in der Peterskirche verlesen wurde, da erhob sich

dagegen ein solcher Schrei der Entrüstung, daß der König auf den alten Rechtsboden zurücktreten zu wollen erklärte, und da der Papst dies ablehnte, ihn mit sechzehn Kardinälen in der Kirche verhaften ließ. Erst nach langem Widerstreben gab Paschalis nach, gestattete dem König die Investitur mit Stab und Ring, krönte ihn und löste zugleich Heinrich den Vierten vom Banne, der nun an seinem Sterbetage mit glänzendem Gepränge im Dome zu Speier bestattet wurde.

Aber der kirchenpolitische Teil des Vertrags erwies sich als undurchführbar. Denn die Gregorianer, die auch in Deutschland allmählich die Bistümer eingenommen hatten, wollten davon nichts hören und fanden bald Rückhalt an den meisten weltlichen Fürsten, vor allem an ihrem anerkannten Haupte, dem Herzog Lothar von Sachsen (seit dem Aussterben der Billunger 1106), der mit dieser Würde die Vogtei über das Erzbistum Bremen und die reichen Güter seiner Gemahlin Richenza (um Northeim und Braunschweig) verband und sein Herzogtum als eine nationalsächsische Monarchie in der Weise Heinrichs des Ersten betrachtete. Deshalb sah er in der Wiederherstellung der deutschen Herrschaft über die Slawen jenseits der Elbe und in der Ausdehnung seiner vollen Gewalt über ganz Sachsen und seine Marken, endlich in der Wahrung möglichster Unabhängigkeit seine Aufgabe. Nachdrücklich verfocht er außerdem im Reiche die unbeschränkte Erblichkeit der großen Reichsämter und Reichslehen auch in der weiblichen Linie. Sein erstes Auftreten in dieser Beziehung, in dem Streite um die thüringische Grafschaft Weimar-Orlamünde war allerdings unglücklich, trotz der Unterstützung Ludwigs von Thüringen und Adalberts von Mainz; bei Warnstädt unweit Quedlinburg am 21. Februar 1113 geschlagen und seiner Hoffnung auf englischen Rückhalt durch des Kaisers Vermählung mit Mathilde, der Tochter König Heinrichs des Ersten, 1114 beraubt, unterwarf er sich. Aber schon im Juni desselben Jahres erhoben sich, gereizt durch die Verhaftung des Landgrafen Ludwig (des Springers) von Thüringen und durch die fortgesetzte Verleihung von Freibriefen an rheinische Städte, die meisten niederlothringischen und westfälischen Großen, an ihrer Spitze Erzbischof Friedrich von Köln, aufs neue. Lothar schloß sich ihnen an und siegte am 11. Februar 1115 am Welfelsholze

bei Sandersleben über den Kaiser, und päpstliche Legaten verkündeten aufs neue den Bann gegen Heinrich den Fünften.

Aus dieser unerträglich gespannten Lage suchte sich der Kaiser dadurch zu befreien, daß er im Februar 1116 zum zweitenmal nach Italien ging, um sich persönlich mit Paschalis dem Zweiten zu verständigen. Er nahm dort ohne Hindernis das ganze reiche Erbe der kurz zuvor (Juli 1115) verstorbnen Gräfin Mathilde, das diese, gegen alles bestehende Recht, mit den Reichslehen dem Heiligen Stuhle vermacht hatte, für die Krone in Besitz und zog Ostern 1117 in Rom ein. Aber sowohl Paschalis der Zweite wie sein Nachfolger Gelasius der Zweite wichen ihm aus, und die geplante Versöhnung kam nicht zustande; vielmehr riß Heinrich den Zwiespalt noch weiter auf, indem er in der Person des portugiesischen Erzbischofs Burdinus von Braga einen neuen Gegenpapst (Gregor den Achten) aufstellte. Schließlich blieb ihm doch nichts andres übrig, als unmittelbar mit seinen deutschen Gegnern die Verständigung zu suchen. Sie wurde dadurch wesentlich erleichtert, daß inzwischen die beiden hohenstaufischen Brüder, Friedrich und Konrad, ihre und damit des Kaisers Macht in der gesamten oberrheinischen Tiefebne fest begründet und dadurch das Gleichgewicht wiederhergestellt hatten. Da also auch für die Gegenpartei eine Möglichkeit, den Kaiser völlig zu überwältigen, nicht mehr vorlag, so beschloß ein Reichstag in Würzburg im September 1121, ein allgemeiner Friede solle herrschen, Reich und Kirche ihre verlornen Güter zurückerhalten und ein allgemeines Konzil die Investiturfrage lösen. Zu einem solchen kam es jedoch nicht. Vielmehr ließ sich der 1118 neu gewählte Papst Calixtus der Zweite, der burgundische Erzbischof Guido von Vienne, also ein Vasall des Reichs, davon überzeugen, daß der Kaiser die Investitur nicht aufgeben könne. So kam es zum Ausgleich im Wormser Konkordat vom 23. September 1122. Das früher nur einzelnen Bistümern und Reichsklöstern zustehende Recht der Wahl durch das „Kapitel" der Domherren (statt durch Klerus und Volk) oder durch den Klosterkonvent wurde ihnen allgemein zugestanden, doch blieb dem Könige das Recht, dabei selbst zugegen zu sein oder sich vertreten zu lassen, sowie die Investitur mit dem Zepter, dem Symbol der weltlichen Hoheitsrechte und Besitzungen, die in

Deutschland vor, in Italien sechs Wochen nach der geistlichen Weihe des Gewählten und der Investitur mit Ring und Stab, den Sinnbildern der geistlichen Macht (durch die Mitbischöfe), geschehen sollte. Die Krone behauptete also den wichtigsten Teil ihres alten Investiturrechts, nur daß es in Italien und Burgund weniger wirksam wurde, aber ihr Einfluß auf die Papstwahl war aufgehoben, und damit war der Schlußstein der Ottonischen Reichsverfassung verrückt.

Und etwas wesentlich Neues war in diese eingedrungen mit der entscheidenden Mitwirkung der weltlichen Fürsten an der Reichsverwaltung. Ja Heinrich der Fünfte hat es noch erleben müssen, daß Lothar von Sachsen gegen seinen ausdrücklichen Willen 1123 in der Lausitz Albrecht (den Bären) von Ballenstedt, in der Mark Meißen Konrad von Wettin einsetzte. Ohne dagegen wirksam einschreiten zu können, ist er am 23. Mai 1125 in Utrecht gestorben.

Wollte die kirchlich-fürstliche Opposition ihren halben Sieg sichern oder vervollständigen, so mußte sie ihr Haupt, den Herzog Lothar von Sachsen, zum König erheben. Dies setzte sie in der glänzenden Wahlversammlung zu Mainz im August 1125 auch wirklich durch, aber nur durch Überraschung und gegen den lebhaften Widerspruch der beiden Mitbewerber Friedrichs von Schwaben und Leopolds des Dritten von Österreich. Lothar selbst aber mußte seine Wahl durch den Verzicht auf seine Gegenwart bei den Bischofswahlen sowie auf den Lehnseid der Bischöfe erkaufen und gestattete auch in Deutschland die Weihe vor der weltlichen Investitur, gab also das Wormser Konkordat fast völlig preis und damit auch jede Beherrschung der Kirche. Dafür wurde Sachsen wieder das Hauptland des Reiches, und als Herzog von Sachsen hat Lothar auch das bedeutendste geleistet.

Denn er nahm die Ausdehnungspolitik der Ludolfinger nach Osten wieder kräftig auf. Der Versuch, Böhmen durch kriegerisches Eingreifen in die fortgesetzten Erbfolgestreitigkeiten des Prschemyslidenhauses in strengere Abhängigkeit zu bringen, scheiterte 1126 allerdings völlig und führte sogar zur Lockerung seines Verhältnisses zum Reiche, sodaß der Herzog von Böhmen seitdem nur noch die Lehnshuldigung leistete und zum Römerzuge dreihundert Reiter stellte; aber die

Übertragung der nordelbischen Grafschaften an Adolf von Schaumburg (1110) und der Nordmark (der jetzigen Altmark um Salzwedel links von der Elbe) an Albrecht den Bären von Anhalt (im Selketale) 1134 sicherte das erobernde Fortschreiten auf slawischem Boden, zumal da Lothar, mit der alten missionsfeindlichen Politik der Billunger brechend, das Bekehrungswerk aufs eifrigste unterstützte. Als Ausgangspunkt der Unterwerfung des Obotritenlandes gründete er 1134 die Burg Segeberg; Mittelpunkt der Missionsarbeit wurde das Prämonstratenserstift Foldera (Neumünster), die Gründung des Westfalen Vizelin; Albrecht der Bär aber eroberte schon 1136 die Priegnitz nördlich von Havelberg und erlangte von Pribislaw, dem christlichen Fürsten des Havellandes, die Zusicherung der Nachfolge in diesem Gebiete. Daß die Deutschen jenseits der Elbe endlich wieder erobernd vorgingen, war um so dringender nötig, als Herzog Boleslaw der Dritte von Polen damals Pommern (zwischen Oder und Weichsel) unterworfen hatte und die Mission des Bischofs Otto von Bamberg (1124/25 und 1128) unter seinen Schutz stellte; schon 1134 trat hier in dem großen Stapelplatze des Wendenlandes, Wollin, ein Bistum ins Leben. Doch mußte 1135 Boleslaw der Dritte für Pommern und Rügen dem Reiche den Lehnseid schwören. Das lange verwahrloste Werk Ottos des Großen war energisch und glücklich wieder aufgenommen, das noch heidnische Wendenland an der Ostsee von Westen und Osten her zugleich umfaßt.

Lothar befestigte die Stellung dieser national-sächsischen Monarchie, indem er seine Erbtochter Gertrud mit dem Welfen Heinrich (dem Stolzen), dem Sohne und Erben Herzog Heinrichs des Schwarzen von Bayern, vermählte und diesen auch als seinen Nachfolger in Sachsen in Aussicht nahm. Damit war eine dynastische Verbindung der beiden stärksten Herzogtümer des Reichs in die Nähe gerückt.

Freilich verschärfte dieser Familienzusammenhang zunächst den Gegensatz zwischen der siegreichen kirchlich-fürstlichen Politik Lothars und den Überlieferungen des salisch-fränkischen Königshauses, die jetzt die Hohenstaufen vertraten: er legte den Grund zu dem verhängnisvollen Zwiespalt der Welfen und Hohenstaufen. Dieser Gegensatz führte zum Bruche, als

Lothar von den schwäbischen Brüdern nach dem Urteil einer Fürstenversammlung in Regensburg im November 1125 alle ihnen von Heinrich dem Fünften verliehenen Reichsgüter, darunter die Domäne Nürnberg und die Mathildischen Allodien in Italien, zurückverlangte und sie ächtete, als sie sich nicht fügten. In dem nun beginnenden Bürgerkriege, in dem die Welfen zum erstenmal den Hohenstaufen feindlich entgegentraten, wurde im Dezember 1127 Konrad der Dritte in Speier als Gegenkönig aufgestellt und empfing im Juni 1128 auch die lombardische Krone zu Monza. Aber inzwischen gewann Lothar durch die Einnahme von Nürnberg und Speier auf dem deutschen Kriegsschauplatze das Übergewicht und ging nun daran, es auch in Italien wiederherzustellen.

Denn in der Papstwahl des Jahres 1130 hatte vornehmlich der Zwiespalt der beiden großen französischen Mönchsgenossenschaften der Zisterzienser und der Prämonstratenser zum offenen Bruche und zur Aufstellung zweier Päpste geführt, Anaklets des Zweiten und Innozenz' des Zweiten, und mit diesem Zwist verflocht sich der Gegensatz zwischen dem deutsch-römischen Reiche und dem Normannenstaate. Dort hatte Roger der Zweite von Sizilien auch Apulien und Calabrien in Besitz genommen und gegen Anerkennung der hier zu Recht bestehenden päpstlichen Oberhoheit von Anaklet dem Zweiten im August 1128 die Königskrone erlangt. Dagegen traten die großen Mächte Mittel- und Westeuropas für Innozenz den Zweiten ein, und Lothar führte auf dem ersten Römerzuge diesen im April 1133 wirklich nach Rom, wo er nun selber die Kaiserkrone und — als päpstliches Lehen — die Mathildischen Allode empfing. Die Unterwerfung der gebannten Hohenstaufen (1134 bis 1135) war die Folge dieses glücklichen Unternehmens. Nur war Lothar nicht imstande, Rom dauernd gegen die Normannen zu schützen, vielmehr setzte Roger sehr bald Anaklet den Zweiten wieder ein. Der in seiner Anlage wie in seiner Ausführung gleich großartige zweite Römerzug Lothars (1136/37), an dem die bedeutendsten deutschen Fürsten persönlich teilnahmen, entriß zwar den Normannen das ganze süditalienische Festland, aber ohne Sizilien war es nicht zu halten, und ein Angriff auf dieses eigentliche Kernland des normannischen Reichs war ohne

Flotte unmöglich. So ging rasch alles wieder verloren, noch ehe der erkrankte Kaiser den deutschen Boden wieder erreicht hatte; unterwegs ist er auf bayrischer Erde in Breitenwang bei Reutte Anfang Dezember 1137 verschieden.

Auf dem Sterbebett hatte er seinem Schwiegersohne Heinrich von Bayern sein Herzogtum Sachsen und die Reichsinsignien übergeben; fortan beherrschte also der Welfe die beiden großen östlichen Herzogtümer des Nordens und des Südens. „Eine kluge und weitrechnende Politik stand am Abschluß.“ Denn wurde Heinrich der Stolze zum König gewählt, woran er selbst nicht zweifelte, dann wurden Sachsen und seine slawischen Marken in der von Lothar neu begründeten engern Verbindung mit dem Königtum erhalten, und diesem durch den Besitz Bayerns zugleich eine beherrschende Stellung im Süden gegeben, die die Gewalt über Italien verbürgte. Nach menschlichem Ermessen wäre damit die Reichseinheit unter einem kraftvollen, vor allem auf der dynastischen Anhänglichkeit der beiden stärksten und waffengewaltigsten Stämme beruhenden Königtume dauernd gesichert gewesen, die Gefahr einer Entfremdung des Nordens oder des Südens vom Kaisertum beseitigt worden.

Aber so stark fühlten sich die Reichsfürsten und Bischöfe schon, und so wenig wirkliche Staatsgesinnung war in ihnen lebendig, daß sie ein kräftiges Königtum als eine Gefahr für sich selbst ansahen. Sie wählten deshalb, besonders auf den Betrieb Alberos von Trier, ohne den von der Kaiserin-Witwe Richenza auf den Mai 1138 nach Mainz ausgeschriebnen Wahltag abzuwarten, schon im März zu Koblenz den Hohenstaufen Konrad den Dritten (1138 bis 1152), den alten Feind der Welfen. Überrascht und bestürzt lieferte Heinrich der Stolze die Reichsinsignien aus; doch als der neue König von ihm die Abtretung eines seiner beiden Herzogtümer forderte, weil sonst die Krone neben der welfischen Macht wenig bedeutet hätte, wies er das zurück und wurde geächtet. Ein heilloser Bürgerkrieg begann; die Kräfte, die für Reichseinheit und Königtum gesammelt waren, wandten sich zerstörend gegen beide. Nach langem Ringen setzte Konrad der Dritte seinen Willen durch. Heinrich der Löwe, des Stolzen Sohn und Nachfolger (seit 1139), Lothars junger Enkel, verzichtete 1142 auf

Bayern, das an Leopold den Vierten von Österreich verliehen wurde, und behandelte fortan Sachsen als sein Hauptland. Aber seine Ansprüche auf Bayern lebten fort, und Sachsen entfremdete sich aufs neue und dauernd dem Reiche. Es hängt wohl damit zusammen, daß Konrads Eingreifen in die polnischen Thronstreitigkeiten nach Boleslaws des Dritten Tode 1138 erfolglos blieb.

In dieser unklaren und verworrenen Lage ließ er sich in das unabsehbare Unternehmen des zweiten Kreuzzuges verstricken. Die Vormauer der vier französischen Ritterstaaten in Syrien, die der erste Kreuzzug begründet hatte, Edessa, war 1144 gefallen, und abermals, wie fünfzig Jahre vorher, rief das Papsttum, vor allem durch den feurigen Abt Bernhard von Clairvaux, das Abendland zum Kampfe gegen Mohammedaner und Heiden unter seiner Führung auf. Drei große Massen setzten sich seit 1147 in Bewegung; die Könige von Frankreich und Deutschland marschierten zu Lande gegen Syrien, eine norddeutsch-englische Flotte nahm den direkten Seeweg um Westeuropa herum, die sächsischen Fürsten brachen gegen das heidnische Slawenland an der Ostsee auf, und die ausschweifendsten Erwartungen durchzitterten das Abendland. Das Papsttum sollte die Probe seiner Weltpolitik bestehn; wer wollte ihm die dauernde Führung des Abendlandes streitig machen, wenn es diese Probe bestand? — Ein furchtbarer Rückschlag folgte. Das deutsche und das französische Kreuzheer gingen auf dem endlosen Landmarsche größtenteils schon in Kleinasien zugrunde; die Reste, die dann auf dem Seewege Syrien erreichten, konnten nur mit Hilfe der inzwischen glücklich dort angelangten norddeutschen und englischen Kreuzfahrer die im Grunde zwecklose und jedenfalls vergebliche Belagerung von Damaskus unternehmen, und der ganze Erfolg des Slawenfeldzuges der Sachsen 1147 war der, daß die angegriffnen Stämme die Taufe gelobten. Das größte Unternehmen des Papsttums war trotz aller Begeisterung vollständig gescheitert, und dieses Papsttum, das sich die Welt unterwerfen wollte, war nicht einmal Herr von Rom. Denn die römische Bürgerschaft hatte sich nach dem Beispiele der lombardischen Städte eine selbständige weltliche Regierung gesetzt, und Konrad der Dritte vermochte nicht zu helfen. Als er im Frühjahr 1149

aus dem Osten zurückkehrte, empfing ihn eine neue Erhebung der Welfen, und er starb nach einem mißglückten Angriff auf Sachsen am 15. Februar 1152 in Bamberg.

* * *

Das Ergebnis der radikal-idealistischen Kirchenpolitik seit Gregor dem Siebenten war dies. Die Kirche hatte sich zunächst durch das Wormser Konkordat, dann aber mehr noch durch die Nichtachtung der Schranken dieses Vertrages seit Lothar vom Saate fast völlig freigemacht; sie wurde jetzt nicht mehr vom Kaiser, sondern vom unabhängig gewordnen Papste regiert. Um dieses Zieles willen hatte sie überall die Auflösungstendenzen des Laienadels gefördert. Die längst begonnene Verwandlung der hohen Reichsämter in erbliche Fürstentümer hatte jetzt auch die Herzogtümer ergriffen, und lediglich von ihren dynastischen oder landschaftlichen Interessen ließen sich die stolzen Herrengeschlechter fortan leiten. Andrerseits stand das Recht der Großen, den König zu wählen, fester als jemals, sodaß fast jeder König gezwungen war, um vorübergehender Vorteile willen bei der Bewerbung und oft genug auch später immer mehr von den Besitzungen und Rechten der Krone dauernd preiszugeben. Um das Gewonnene zu behaupten, hatten Bischöfe und Laienfürsten vereinigt die Möglichkeit einer Befestigung der Reichseinheit auf einer neuen Grundlage, der dynastischen Verbindung Sachsens mit Bayern, vereitelt, sodaß sich Sachsen dem Königtume für alle Zukunft entfremdete. Die Kirche hatte das Reich, zu dessen wichtigster Stütze sie Otto der Große gemacht hatte, zerrütten helfen, doch ihr Haupt war seitdem in Italien selbst schutzlos, und ihre Weltherrschaftspolitik hatte zu einer furchtbaren Katastrophe geführt, die die Christenheit irre machte an dem kirchlichen Ideal.

Nun erwuchs dieser Hierarchie aus dem Schoße der Idee, auf der ihre eignen Ansprüche beruhten, ein neuer mächtiger Feind, das weltentsagende, reformierte Mönchtum erst noch der Kluniazenser, später neuer französischer Orden. Denn jene strebten nach möglichster Selbständigkeit von den Bischöfen, nach straffer Zusammenfassung ihrer Genossenschaften in direkter Unterordnung unter den Papst. Zahllose Klostergrün-

dungen weltlicher Fürsten verbreiteten den Orden von der Eifel bis nach Kärnten und Steiermark, oft von Hirschauer Mönchen geleitet. Doch sie wurden bald weit übertroffen durch die Zisterzienser (seit 1098) und die Prämonstratenser (1119). Auf Grund der verschärften Benediktinerregel erstrebten die einen, in den Formen der regulierten (Augustiner) Chorherren die andern Weltentsagung durch Armut, emsige Arbeit und fromme Betrachtung in tiefster Einsamkeit.

Aber gerade diese Weltflüchtlinge, die fern von allem Verkehr für sich und ihre Mitchristen die ewige Heimat zu gewinnen strebten, halfen wacker mit dazu, das irdische Vaterland des deutschen Volkes zu verschönern und zu erweitern, denn sie wurden Kolonisatoren großen Stils (Reinhardsbrunn in Thüringen 1085, Maria Laach in der Eifel 1093, Altenkamp bei Geldern 1121 usf.). Gleichzeitig schritten auch die Grundherren, um die Zerrüttung ihres Besitzes während des langen Bürgerkrieges zu heilen, der sie zu massenhaften Verlehnungen gedrängt hatte, zu den letzten großen Rodungen aller Art (z. B. der Waldungen des Rheingaues 1130, Berchtesgaden 1111 u. a. m.) und zur Urbarmachung der Bruchlandschaften mit Hilfe flämischer Ansiedler in flämischen Hufen (so im Erzstift Bremen und um Hildesheim). Vor allem breitete sich der Anbau in den Marken aus, dadurch wesentlich begünstigt, daß sich hier frühzeitig große Geschlechter erblich mit dem Reichsamte verbanden. Von den nordöstlichen machte nur Meißen raschere Fortschritte, denn hier erreichte die zusammenhängende deutsche Besiedlung durch fränkische und thüringische, zuweilen auch flämische Kolonisten (um Leipzig, schon 1017 genannt, Pegau, Wurzen, Eilenburg im Flachlande, um Weida, Plauen, Reichenbach, Zwickau im Berglande) schon die Mulde, und den Anbau des fast menschenleeren Erzgebirges begann das Benediktinerkloster Chemnitz, die Stiftung Lothars. Im Südosten kam sie dagegen in dieser Zeit beinahe zum Abschluß. In Österreich bedeckte sie jetzt auch die Seitentäler der Donau und die Waldlandschaften darüber bis an die Leitha und die March mit Tausenden von Ortschaften, nicht zum wenigsten durch die Arbeit der neuen Klöster (Göttweih 1083, Kloster-Neuburg um 1108, Heiligenkreuz 1136, Zwettl um 1139), und das altrömische Wien war schon ein ansehnlicher Platz. In

den Ostalpenlanden stieg sie auch in die Nebentäler der Mur und der Drau hinauf, sie schob das deutsche Gebiet bis an die jetzige ungarische Grenze vor, machte die alte Hengstburg (Graz oder Wildon) zum Sitze der Markgrafen von Kärnten aus dem Hause Steier (daher Steiermark) und veranlaßte im Herzogtum Kärnten schon 1072 die Begründung des Bistums Gurk. Bald sollte das deutsche Leben, das in diesem alten Avaren- und Slawenlande mit so wundervoller Schnelligkeit emporwuchs, die edelsten Blüten deutscher Dichtung zeitigen.

Das alles waren noch die großartigen Leistungen einer gesunden Naturalwirtschaft. Aber ihre Lockerung hatte weitere Fortschritte gemacht, denn der Verkehr und die Gewerbtätigkeit steigerten sich wesentlich durch die wachsenden Zusammenhänge der Grundherrschaften und der Kirchenverwaltungen wie durch die Kriegszüge und die massenhaften Kirchenbauten. Am lebhaftesten war beides im äußersten Nordwesten, wo die großen Welthandelsstraßen von Rußland nach dem Westen und vom Mittelmeer nach dem Norden die Rhone aufwärts durch Frankreich an der Sincfala (dem Zwien bei Brügge) Deutschland berührten. Beides drängte zur rechtlichen Sonderung der noch immer halb ländlichen, rasch sich vermehrenden und schnell sich vergrößernden städtischen Ortschaften, also zu einer selbständigen Stadtverfassung, die in den früher entwickelten Nachbarländern Italien und Frankreich bereits eine Tatsache war und dort sogar schon zur Beseitigung der bischöflichen oder gräflichen Stadtherrschaft geführt hatte. Am nächsten und ratsamsten war das Beispiel Flanderns. In dieser dem Volkstume nach niederdeutschen (flämischen), der Lehnsabhängigkeit nach französischen Grafschaft, die nordwärts bis ans Rheindelta reichte, war schon seit dem zehnten Jahrhundert eine rege städtische Gewerbtätigkeit namentlich in der Wollweberei entwickelt, und mit dem seit dem zwölften Jahrhundert aufblühenden, von den Grafen einsichtig gepflegten Seehandel hatten die großen städtischen Geschlechter, die Poorters, die Gerichtsbarkeit und die Verwaltung der Stadt durch ihre Schöffen selbst in die Hand genommen. In Deutschland erwuchs die spätere Stadtverfassung aus einer wirtschaftlichen und rechtlichen Scheidung der Stadt von der Gauverwaltung, und zwar zuerst am Rhein, dem einzigen ganz Deutschland von

Süd nach Nord durchziehenden und deshalb wichtigsten Handelsweg. Sie beruhte zunächst auf dem von den Königen seit dem zehnten Jahrhundert dem Stadtherrn verliehenen Markt- (und Münz)recht, sodann auf der Befreiung von Zöllen an bestimmten Zollstätten, die zuerst Heinrich der Vierte an Worms, Heinrich der Fünfte auch an andre rheinische Städte verlieh, und von bestimmten hofrechtlichen Leistungen (zuerst 1111 Speier vom Buteil). Die rechtliche Selbständigkeit hing teils mit der wirtschaftlichen zusammen, da die Aufrechterhaltung der Markt- und Straßenpolizei zuweilen einer städtischen Handelsgilde anvertraut wurde (wie in Köln um 1102 der richerzeche), teils ging sie aus der gerichtlichen Exemtion der Stadt hervor, indem für sie ein besondres Schöffengericht aus den Bürgern, zunächst unter dem Vorsitz stadtherrschaftlicher Beamten, des Vogts, des Burggrafen oder des Stadtschultheißen, geschaffen wurde (so in Straßburg 1129). Die erste wesentliche Erweiterung dieser Rechte gewährte Konrad von Zähringen der Gründung seines Bruders Berthold des Zweiten, Freiburg i. Br. 1120 in der ersten deutschen Stadtverfassungsurkunde, die den Bürgern schon freie Verfügung über ihren Besitz, die jährliche Wahl des Schultheißen und die Polizeiverwaltung uno Rechtsprechung ourch ein Kollegium von vierundzwanzig Consules (nach italienischem Vorbilde) zugestand. Die Herrschaft des Stadtherrn wurde grundsätzlich noch nirgends in Frage gestellt, aber die Erhebungen in Worms 1073 und in Köln 1074 bewiesen, daß die Bürgerschaft selbständig zu denken und zu handeln begann.

Dieses Streben nach Selbständigkeit wurde durch nichts mehr gefördert als durch den Investiturstreit mit seinen Nachwirkungen; denn er erschütterte zum erstenmal in weiten Kreisen die Geltung der Überlieferung und zwang jeden Beteiligten, sich selbst eine Meinung über Recht und Unrecht zu bilden. Dieses Bedürfnis führte zunächst zu einer Umgestaltung der geistlich-literarischen Bildung. Die klassischen Studien traten, ohne daß man das Ziel einer sprachlich-rhetorischen Ausbildung aus den Augen verloren hätte, doch zurück vor der Scholastik, der „Schulwissenschaft". Mit Hilfe der damals erst wieder entdeckten Aristotelischen Logik versuchte sie Kirchenlehre und Kirchenrecht verstandesmäßig zu erfassen und zu

begründen und wirkte von ihren französischen Sitzen, erst dem Kloster Bec in der Normandie, dann von Paris her auch auf die deutsche Geistlichkeit hinüber, besonders seitdem die Ausbreitung der Zisterzienser und Prämonstratenser einen sehr engen geistigen Zusammenhang zwischen Deutschland und Frankreich begründet hatte. In zahllosen Streitschriften bekämpften sich damals im Kampfe um die Investitur die Gegner. Aber auch die Geschichtsschreibung wandelte sich vollständig: sie wurde eine Waffe der Parteien, vor allem der kirchlichen, die in Lambert von Hersfeld ihren glänzendsten und maßvollsten, in Bischof Otto von Freising, dem Halbbruder Konrads des Dritten, ihren geistreichsten und tiefsinnigsten, freilich ganz in Augustins Vorstellungen befangnen Vertreter fand, aber sie gewann auch an Leben und Vertiefung. Objektivere Haltung bewahrten nur die Weltchroniken und landschaftlich-örtliche Darstellungen, wie Adams von Bremen treffliche Geschichte der Erzbischöfe von Hamburg (bis 1072), aber auch sie lassen einen bestimmten persönlichen Standpunkt der Verfasser erkennen. So wurde zum erstenmal in der deutschen Geschichte die Literatur eine praktisch wirksame Macht.

Mehr als früher suchte deshalb die Geistlichkeit auch auf die ungelehrten Laien zu wirken. Sie begann die verschiedensten Stoffe, geistige und weltliche, in kirchlichem Geiste, aber in der Muttersprache zu behandeln. Eine österreichische Nonne, Ava von Göttweih, schilderte Schöpfung und Sündenfall, ein österreichischer Laienbruder, Heinrich von Melk, machte sich zum Sittenrichter aller Stände. Das „Annolied" stellte den finstern, ehrgeizigen Erzbischof als das Muster eines Heiligen dar, die „Kaiserchronik" gab der ganzen Weltgeschichte bis auf Konrad den Dritten kirchliche Tendenz, die Helden der französischen Karlssage wurden im „Rolandsliede" des Pfaffen (Weltgeistlichen) Konrad (um 1130) zum Vorbilde der Kreuzzüge, und das durch diese geweckte Interesse am wunderreichen Orient führte zu einer phantastisch umgestalteten Darstellung im „Alexanderliede" des Pfaffen Lamprecht. Daneben trugen die weltlichen Spielleute die alten Sagen der Wanderzeit von Landschaft zu Landschaft und hielten sie überall mit leiser Umbildung lebendig, vor allem im Südosten, dem alten Schauplatz der Ungarnkämpfe.

So war dieses stürmische Jahrhundert des Kampfs um die Reichs- und die Kirchenverfassung auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet eine Zeit der lebhaftesten Bewegung, des rüstigen Fortschritts. Im wirtschaftlich-sozialen Leben verband sich mit der unaufhaltsamen Erweiterung des bebauten Grund und Bodens die beginnende Durchbrechung der reinen Naturalwirtschaft und der Übermacht der großen Grundherren durch das Aufblühen der Städte, im geistigen Leben rang sich die Persönlichkeit langsam von der unbedingten Herrschaft einer ohne Prüfung hingenommnen Überlieferung los. Aber die Gestaltung der Reichsverfassung war unfertiger als je. Sollte die Nation nicht zerfallen, so mußte das Königtum seine fast verlorne Verbindung mit der Kirche wiederherstellen und den vorwärtsdrängenden wirtschaftlichen und militärischen Kräften der Deutschen Raum zur Entfaltung schaffen. Von der Art, wie es diese ungeheuern Aufgaben löste, hing seine und des Reiches Zukunft ab.

Die Weltmachtpolitik des Kaisertums und die Germanisierung des Ostens. 1152 bis 1273.

Die Möglichkeit zur Wiederherstellung der königlichen Macht lag zunächst in dem Zurückweichen der hierarchischen Ideen nach der tiefen Ermattung des langen Streits um die Investitur und der schweren Niederlage der päpstlichen Weltherrschaftspolitik. Sie erfaßt und benutzt zu haben ist das Verdienst des Herrschers, der schon am 5. März 1152 zu Frankfurt a. M. einstimmig gewählt wurde, am 9. März zu Aachen im karolingischen Münster die Krone empfing. Der Hohenstaufe Friedrich der Erste (1152 bis 1190), Herzog von Schwaben, der Neffe des verstorbnen Königs (geboren um 1123), ist unter allen deutschen Herrschern des Mittelalters der populärste und in der Erinnerung der Nachwelt die glänzendste Verkörperung deutscher Kaiserherrlichkeit geworden. Denn er war in jedem Zuge ein Herr, wie ihn die Deutschen damals begehrten: in seiner freudig siegreichen Erscheinung mit dem hellen Blick der blauen Augen, dem feinen Munde, dem germanischen Hochblond seines Haupt- und Barthaares (dem er bei den Italienern den Beinamen Barbarossa verdankt), wie in seiner zugleich majestätischen und ritterlich liebenswürdigen Haltung und in seinem Wesen der erste Ritter seiner Zeit, ein Staatsmann, der bei einem oft allzu hohen Flug der Gedanken doch im entscheidenden Augenblick Maß zu halten wußte, leidenschaftlich und herrisch, vornehm und huldvoll, gütig und freigebig, kunstsinnig und prachtliebend, ein gewandter Redner und ein Gönner der aufblühenden deutschen Dichtung. An seinem Bilde richtete sich nach langer Ermattung die Nation wieder freudig empor und bewahrte

es später in trüber Zeit als einen Gegenstand des Stolzes und eine Bürgschaft der Hoffnung.

Mit Friedrichs Thronbesteigung trat das Herzogtum Schwaben, nachdem es schon in Konrad dem Dritten einen schwachen König gestellt hatte, auf ein Jahrhundert an die Spitze des Reichs. Unter seinen Landschaften war es der Bodengestaltung nach die mannigfaltigste. Vom Lech bis an die Vogesen, vom Hagenauer Reichswald bis an den noch ungangbaren St. Gotthard und die Bündner Alpenpässe ausgebreitet, gehörte es zum größten Teile dem Rheingebiet, aber mit seinem Osten auch dem Donaugebiet an. Es vereinigte die wilde, eisgepanzerte Majestät des Hochgebirgs mit der milden Talebene des Oberrheins zwischen den rebenreichen Abhängen ihrer dunkeln Waldungen, das sonnige Tal des obern Neckars am Fuße der malerischen Rauhen Alb und ihrer isolierten Bergkegel mit den einförmigen Hochebenen am obersten Teile des Donaulaufs. Altrömischer und an den Rheinquellen noch heute romanischer Kulturboden, umfaßte es vier Bistümer, von denen drei längs des Rheinlaufs lagen, nur eins (Augsburg) ganz im Osten, aber keinen erzbischöflichen Sitz, und fand seinen Schwerpunkt eben am Oberrhein. So wenig dieser, hier noch ein reißender Alpenstrom, mit Ausnahme kurzer Strecken und des Bodensees als Schiffahrtsweg diente, so öffnete doch sein Tal einen bequemen Weg, einerseits nach Franken und dem Niederrheinland, andrerseits südwärts nach Burgund durch das Tor von Belfort und nach Italien über die Walliser und Graubündner Pässe. Kein Reichsland lag für die Beherrschung dieser beiden Außenländer so günstig wie Schwaben, aber die gerade damals sich immer weiter ausbreitenden nord- und ostdeutschen Interessen ließen sich von hier aus kaum übersehen, geschweige denn lenken. So war Schwaben zwar ein Zentralland für das mitteleuropäische Kaiserreich, aber kaum für Deutschland. Dafür gewann es eine beherrschende Stellung für die aufsteigende Laiendichtung in der Volkssprache, denn die schwäbische Mundart wurde die Schriftsprache für das ganze ober- und mitteldeutsche Sprachgebiet.

Unter dem Zwange der Bodengestaltung und der politischen Verhältnisse, die sich in den letzten Jahrzehnten aus-

gebildet hatten, stand Friedrichs des Ersten Regierung. Er war nicht mehr der gebietende Herr einer Reichsbeamtenschaft, sondern nur noch das Oberhaupt einer stolzen, eigenwilligen und selbstsüchtigen Aristokratie geistlicher und weltlicher Fürsten, die wieder ihren eignen Vasallen sehr ähnlich gegenüberstanden. Seine Regierungstätigkeit war namentlich darauf gerichtet, die einen gegen die andern auszuspielen und so die Macht der Krone zu behaupten. Die wichtigste Frage dabei war zunächst eine dynastische, keine staatsrechtliche: das Verhältnis der Hohenstaufen zu den Welfen, zu denen Friedrich als Sohn Judiths, einer Schwester Heinrichs des Stolzen, in erleichternden Beziehungen stand. Nach einem vermutlich bald nach oder bei der Thronbesteigung gegebnen Versprechen übertrug er schon im Oktober 1155 Bayern wiederum Heinrich dem Löwen, seinem Vetter und Jugendfreunde, und entschädigte dafür den damaligen Inhaber, Heinrich (Jasomirgott) von Österreich, dadurch, daß er ihm im September 1156 die Mark Österreich als ein selbständiges Herzogtum verlieh, das auch in der weiblichen Linie erblich sein sollte und zur Reichsheerfahrt nur in den Nachbarlanden, zu den Reichstagen nur dann, wenn sie in Bayern abgehalten wurden, verpflichtet war. Indem er zugleich dem Herzog die volle Gerichtsbarkeit einräumte, schuf er zum erstenmal ein vom Reiche anerkanntes erbliches, selbständiges Landesfürstentum und bereitete die künftige Sonderung Österreichs vor, das als Donau- und Ostalpenland ohnehin nach Osten gravitierte. Das Reich aber beruhte nunmehr für ein Vierteljahrhundert auf einem ausgesprochenen Dualismus zwischen dem Süden und dem Norden, den Hohenstaufen und den Welfen, deren Hauptland nicht das längst um seine Kolonialande verkürzte Bayern, sondern das erobernd aufstrebende Sachsen war. Beide Machtbildungen verfolgten selbständige Ziele. Die süddeutsche war die eigentliche Trägerin der Kaiserpolitik, die dem Norden ganz fern lag. Der Norden löste die großen nationalen Aufgaben im Osten der Elbe und am Baltischen Meere.

Im Besitz der beiden stärksten deutschen Herzogtümer, sowie Tusziens und Spoletos (unter Welf, dem Oheim Heinrichs) in Italien waren die Welfen mächtiger als der König.

Aus dieser unnatürlichen Lage ergaben sich mit Notwendigkeit drei Folgerungen. Zunächst mußte Friedrich die Herrschaft über die Reichskirche in dem vollen Umfang des Wormser Konkordats wieder in Anspruch nehmen und fand darin fast bei allen deutschen Bischöfen um so willigere Unterstützung, als diese die Übermacht des Laienfürstentums zu fürchten hatten, und die beiden Hauptvertreter der kirchlichen Weltherrschaft, Papst Eugen der Dritte und Bernhard von Clairvaux, schon im Jahre 1153 kurz hintereinander starben. Sodann mußte er mit allen Mitteln daran arbeiten, dem Königtum die feste Grundlage einer geschlossenen Territorialgewalt zu schaffen, wie sie etwa die französischen Kapetinger im Herzogtum Franzien hatten. Das Herzogtum Schwaben, das nur sehr wenig von geistlichen Immunitäten durchsetzt war, behielt er tatsächlich in seiner Hand, obwohl er es zunächst seinem noch unmündigen Vetter Friedrich von Rothenburg übertrug, und nahm es nach dessen Tode 1167 ganz an sich; er übernahm selbst gegen den bisherigen Brauch zahlreiche Kirchenlehen und erwarb allmählich durch Kauf oder Erbschaft die Güter einer ganzen Reihe schwäbischer Grafengeschlechter; er übertrug seinem Bruder Konrad 1156 die ansehnlich verstärkte fränkische (rheinische) Pfalzgrafschaft, schob also die hohenstaufische Macht ins fränkische Rheinland vor, erwarb selbst durch seine erste Ehe mit Adele von Vohburg das Egerland, 1156 durch seine zweite Vermählung mit Beatrix die Pfalzgrafschaft Burgund (die Franche Comté) um Besançon, also den an Schwaben angrenzenden nordöstlichen Teil des Rhonelandes. Die schönsten, fruchtbarsten, kultiviertesten Gebiete an der Grenzscheide der drei Reiche waren in den Händen der Staufen.

Eben diese Verhältnisse wiesen endlich den König zusammen mit der Tradition auf Italien hin. Auch hier wollte er etwas andres als seine Vorgänger, denn er stand, mindestens in Oberitalien, ganz andern Verhältnissen gegenüber. Nicht mehr die Bischöfe als Inhaber der Grafschaft beherrschten seit dem elften Jahrhundert das Land; vielmehr hatten die Städte, begünstigt durch die rasche Entwicklung von Handel und Gewerbe, besonders infolge der Kreuzzüge, in dem weithin verzweigten schiffbaren Flußnetze des Potieflandes ihre alte Übermacht über das platte Land wiedergewonnen, indem sich die städtische Kaufmannschaft mit dem Landadel des Gebiets zur „Gemeinde“ (commune) verschmolz; diese aber hatte sich nicht nur eine selbständige Behörde in den Consules (Stadtrat) gesetzt, sondern auch die bisher von den Bischöfen ausgeübten staatlichen Hoheitsrechte (Regalien) in Stadt und Gebiet (Grafschaft) an sich gebracht und auch die Zünfte der bisher hofhörigen Handwerker zum Waffendienst für die Verteidigung der Stadt herangezogen. So entstand eine Anzahl von republikanischen Stadtstaaten, die oft erbittert um Macht und Besitz miteinander kämpften. Damit war der alte Reichsdienst der Bischöfe unmöglich geworden, das Lehnswesen zerrüttet, waren alle Grundlagen der königlichen Gewalt verschoben, ohne daß diese bisher einzugreifen auch nur versucht hätte. Diese wildgewachsene, staatsrechtlich revolutionäre Entwicklung neu zu regeln war unbedingt notwendig, aber es wurde dem deutschen König dadurch erschwert, daß sie den aristokratisch-naturalwirtschaftlichen Anschauungen seiner Staatsmänner zunächst unverständlich und widerwärtig war, und daß das Papsttum jeder Befestigung der Königsgewalt in Italien mißtrauisch, das Normannenreich feindselig gegenüberstand.

Wie wenig Friedrich selbst anfangs die Lage übersah, zeigte der erst Römerzug (1154/55). Er lernte bald begreifen, daß er mit seinen 1400 Rittern nicht imstande sei, das gewaltige Mailand zur Freigebung der beiden von ihm jüngst unterworfnen Gemeinden Lodi und Como zu zwingen, begnügte sich deshalb die Stadt zu ächten und das ihr verbündete Tortona, das die Straße nach Genua beherrschte, zu zerstören, was aber auch erst nach zweimonatiger Belagerung im April 1155 gelang. Dann brach er nach Rom zur Kaiserkrönung auf. Er sah ein, daß es für ihn wichtiger war, sich mit dem Papst Hadrian dem Vierten zu stellen, als der aufständischen Stadtgemeinde Rom und ihrem idealistischen Reformprediger Arnold von Brescia zu helfen, der den Verzicht der Kirche auf alle weltliche Herrschaft forderte; so gab er beide preis und empfing am 18. Juni 1155 aus den Händen Hadrians die Kaiserkrone. Er trat dann mit ganz andern Streitkräften, von allen Fürsten unterstützt und mit klaren Plänen zu Pfingsten 1158 von Augs-

burg aus die zweite Heerfahrt nach Italien an. Kraft des römischen Kaiserrechts, das nach der Lehre der neuen Juristenschule von Bologna dem Monarchen das alleinige Gesetzgebungsrecht und alle Hoheitsrechte zusprach, wollte er diese nicht etwa den Bischöfen zurückgeben, vielmehr sie selbst an sich bringen, sich somit an Stelle der veralteten Naturallieferungen sichere und ansehnliche Geldeinkünfte (in der Lombardei 30 000 Pfund Silber jährlich, d. i. etwa 90 Millionen Mark nach heutigem Kaufwert) verschaffen und die Verwaltung dieser Rechte und Einkünfte weltlichen Beamten übertragen. Gelang dies, so war das alte Königtum der Langobarden in eine nahezu unumschränkte, wesentlich auf Geldwirtschaft beruhende Monarchie verwandelt, und damit eine feste Grundlage des Kaisertums auch gegenüber Deutschland gewonnen. Die ersten Erfolge entsprachen den Erwartungen. Das geächtete Mailand wurde Ende Juli von starker Heeresmacht, zum Teil lombardischen Kontingenten, eingeschlossen und am 7. September zu einem Ergebungsvertrage gezwungen, in dem die mächtige Gemeinde die Städte Lodi und Como freiließ, die ganze Nordhälfte ihres Gebiets abtrat, dem Kaiser den Treueid leistete und alle Regalien einräumte, eine Pfalz in ihren Mauern zu erbauen versprach und die Wahl ihrer Konsuln kaiserlicher Bestätigung unterwarf. Darauf beschloß im November ein deutsch-italienischer Reichstag auf der Roncalischen Ebne bei Piacenza, daß dem Kaiser allein das Gesetzgebungsrecht gebühre. Kraft dieses Rechtes nahm er alle Regalien an sich, falls die Städte nicht ihre Erwerbung durch kaiserliche Verleihung nachweisen konnten (was nie der Fall war) oder sie jetzt neu erwarben; er behielt sich die Ernennung kaiserlicher Beamten für deren Verwaltung und für die Rechtspflege vor, verbot alle Eidgenossenschaften in und zwischen den Städten, schärfte die Lehnspflicht der Vasallen ein und gebot endlich einen ewigen Landfrieden. Demgemäß setzten zu Anfang 1159 seine Kommissare in allen Städten die kaiserlichen Beamten (Rektoren, Podestà) ein. Nur in Mailand stießen sie auf Widerstand, denn dieses berief sich auf seinen Sondervertrag, und das kleine tapfere Crema schloß sich ihm an. Da Friedrich sein Heer bereits entlassen hatte, konnte er über Mailand nur die Acht verhängen, aber Crema zwang er

nach heldenmütiger Gegenwehr Ende Januar 1160 zur Übergabe, trieb die Bewohner aus und zerstörte die Stadt.

Da gestaltete sich die Lage verwickelter durch schweren Zwist mit dem Papsttum. Schon auf einem burgundischen Reichstag in Besançon im Oktober 1157 hatte Hadrians des Vierten Legat Kardinal Roland rund heraus behauptet, der Kaiser habe das Reich vom Papste zu Lehen, zur lebhaftesten Entrüstung der deutschen Edeln. Jetzt forderte er die Aufhebung des Lehnseides der italienischen Bischöfe und den Verzicht des Kaisers auf alle Regalien in Rom und auf die Mathildischen Güter. Dem gegenüber hielten die deutschen Bischöfe, an ihrer Spitze des Kaisers Kanzler Rainald von Dassel, der spätere (1165) Erzbischof von Köln, an der Idee fest, daß die Reichskirche das Papsttum beherrschen müsse; schon drohte der Bruch, da starb Hadrian am 1. September 1159. Aber zum Bruche kam es trotzdem. Denn die Mehrheit der Kardinäle wählte jenen Kardinal Roland als Alexander den Dritten, nur eine Minderheit den gemäßigten Octavianus als Viktor den Vierten. Der Kaiser aber ließ durch eine Reichssynode in Pavia am 11. Februar 1160 Viktor den Vierten anerkennen; dafür sprach Alexander der Dritte am 24. März den Bann über ihn aus.

Wie sehr sich die Zeiten gewandelt hatten, zeigte freilich die Wirkungslosigkeit des Bannstrahls in Deutschland, wo nur Eberhard von Salzburg sich für Alexander erklärte. Der Kaiser konnte deshalb, durch deutsche Zuzüge verstärkt, nicht nur das päpstliche Gebiet besetzen, sondern auch im Januar 1162 zum zweitenmal die Belagerung von Mailand beginnen und am 1. März die Übergabe auf Gnade und Ungnade erzwingen. Die Stadt wurde zerstört, die Bewohner in vier offnen ländlichen Flecken angesiedelt, unter einen deutschen Podestà gestellt und zur Abgabe von zwei Dritteln ihrer Bodenerzeugnisse verpflichtet. Es war ein mit barbarischer Energie unternommner Versuch, die den Deutschen unverständliche städtische Verfassung der Lombardei an einem entscheidenden Punkte niederzuwerfen und eine schon wesentlich handel- und gewerbetreibende Bevölkerung wieder auf die Stufe der ausschließlichen Naturalwirtschaft eines deutschen Pfalzgebiets zurückzuzwingen. Doch eben dies stachelte die lombardischen Städte

zum verzweifelten Widerstande an; nicht sowohl zwei Nationen, als zwei Kulturen und zwei politische Systeme standen im Kampfe: ländlich-aristokratische Naturalwirtschaft und städtische Geldwirtschaft, republikanische Städtefreiheit und Lehnsmonarchie.

Schon 1163 traten fünf Städte zum Veroneser Bunde zusammen, und die Belagerung Veronas auf dem vierten Römerzuge blieb fruchtlos. Trotzdem beharrte die von Rainald geleitete deutsche Kirchenpolitik auf der rücksichtslosen Bekämpfung Alexanders des Dritten. Der gewaltige Kanzler setzte nach dem Tode Viktors des Vierten 1164 nicht nur die sofortige Wahl eines Nachfolgers, Paschalis des Dritten, durch, sondern gewann für diesen auch Heinrich den Zweiten von England und bewog sogar auf dem Reichstage von Würzburg im Mai 1165 den Kaiser mit sämtlichen anwesenden Fürsten und Bischöfen zu dem Eide, Alexander den Dritten niemals anzuerkennen. In demselben Jahre wurde Rainald zum Erzbischof von Köln erhoben, wo er bezeichnenderweise die Heiligsprechung Karls des Großen durchsetzte. Aber Alexander der Dritte, der in Westeuropa allgemein anerkannt war, zog schon im November 1165 wieder in Rom ein, von Sizilien und Byzanz unterstützt, und byzantinische Truppen besetzten Ancona, um den kaiserfeindlichen Lombarden einen Rückhalt zu gewähren. Nur eine große kriegerische Anstrengung konnte diesen Widerstand brechen. Es schien anfangs zu gelingen. Die beiden streitbaren Erzbischöfe von Köln und Mainz, Rainald von Dassel und Christian von Buch, schlugen am 29. Mai 1167 das Aufgebot der Römer bei Tusculum im Albanergebirge, Friedrich selbst erstürmte am 29. Juli die Leostadt und die Peterskirche, jagte Alexander den Dritten nach Benevent und setzte Paschalis den Dritten ein. Da wurde alles Errungne wieder vernichtet durch eine urplötzlich auftretende Fieberseuche, die den Kaiser zu schleunigem Rückzuge trieb und unterwegs fast sein ganzes Heer hinwegraffte, am 14. August auch Rainald von Dassel. Den Zusammenbruch seiner italienischen Stellung vollendete der Abschluß des lombardischen Städtebundes, den schon am 8. März 1167 zunächst Cremona, Bergamo, Brescia und Mantua gegen die neue Verfassung der Lombardei eingingen und rasch über eine größere Anzahl

von Gemeinden ausdehnten; zugleich stellten sie Mailand wieder her. Seines Heeres beraubt und fast von allen Alpenpässen abgeschnitten, kehrte Friedrich im Frühjahr 1168 über den Mont Cenis nach Deutschland zurück.

Während nun der Kaiser an der Befestigung seiner deutschen Stellung arbeitete, dehnten die Lombarden ihren Bund selbst über die Romagna und die Marken weiter aus und gründeten gegen Westen als neues Bollwerk die Stadt Alessandria an der Straße von Mailand nach Genua, die sie zu Ehren des Papstes also tauften. Denn aufs engste waren jetzt beide vereinigt, zumal da auf Paschalis den Dritten im September 1168 ein neuer Gegenpapst, Calixtus der Dritte, gefolgt war. Durch das alles war eine friedliche Lösung, wie sie die Mehrzahl der deutschen Bischöfe wünschte, aufs äußerste erschwert. Da ihr jedenfalls die militärische Niederwerfung der Lombarden vorangehen mußte, leisteten die deutschen Bischöfe zu einer solchen bereitwillig Hilfe. Schon im Jahre 1171 erschien Christian von Mainz als kaiserlicher Generallegat in Italien, gewann Genua und Venedig, Tuscien und die Romagna; nur vor Ancona scheiterte er 1173. Dann überstieg Friedrich im Herbst 1174 den Mont Cenis mit 8000 deutschen Rittern, nahm Susa und belagerte Alessandria den ganzen Winter lang. Durch den Anmarsch eines lombardischen Entsatzheeres zum Abzuge gezwungen, schloß er jedoch zu Montebello am 16. April 1175 einen Vorfrieden, der den Lombarden die Herstellung des Zustandes unter Heinrich dem Fünften gewährte. Da es aber nicht gelang, die Beistimmung aller Bundesstädte zu erreichen, so entbot der Kaiser seine deutschen Vasallen zum Entscheidungskampfe. Daß ihm Heinrich der Löwe im letzten Augenblicke, sogar bei einer persönlichen Zusammenkunft in Partenkirchen (an der Straße vom Brenner nach Augsburg) oder in Chiavenna (am Fuße des Splügen) im März 1176 den Zuzug verweigerte, brachte den Kaiser von vornherein in Nachteil. Mit ganz unzureichenden Kräften wagte er trotzdem, auf seine unbesiegte deutsche Ritterschaft fest vertrauend, am 29. Mai 1176 bei Legnano an der Straße von Como nach Mailand die Schlacht und verlor sie nach blutigem Ringen vollständig; er selbst entkam verwundet mit Mühe nach Pavia.

Zum erstenmal war die deutsche Ritterschaft im freien Felde den Aufgeboten der Städte erlegen. Der Eindruck war so erschütternd, daß Friedrich an der gewaltsamen Niederwerfung der Lombarden verzweifelte und unter Vermittlung der deutschen Bischöfe den Frieden suchte. Daß es ihm dabei schließlich gelang, die Sache des Papstes von der lombardischen zu trennen, war ein glänzender diplomatischer Erfolg, der die militärische Niederlage fast aufwog. So wurde in Anwesenheit beider Oberhäupter der Christenheit der Friede zwischen Kaiser und Papst am 1. August 1177 in Venedig feierlich verkündigt. Friedrich wurde vom Banne gelöst, andrerseits Alexander als Papst anerkannt. Die Beziehungen des Kaisers zu den Bischöfen blieben auf dem Boden des Wormser Konkordats bestehn, und fast alle während des Kirchenstreits vom Kaiser eingesetzten Bischöfe behielten ihre Würde. Nicht der Kaiser war also der Besiegte in diesem Frieden, denn er hatte, indem er in der Personenfrage nachgab, in der Sache, in der Behauptung der Verbindung zwischen Krone und Kirche, gesiegt und den Lombarden nur einen sechsjährigen Waffenstillstand gewährt, der nichts von seinen Rechten aufgab. Auf die Bedingungen des endgültigen Friedens in Konstanz am 25. Juni 1183 hat dann der Fall Heinrichs des Löwen 1181 entscheidend eingewirkt. Der Kaiser gewährte den lombardischen Städten die Regalien innerhalb des Mauerrings unbedingt, in der Stadtflur nur nach dem zu erweisenden gegenwärtigen Stande oder gegen eine jährliche Zahlung von 2000 Pfund Silber, dazu die niedre Gerichtsbarkeit und die freie Wahl der Konsuln, die er nur alle fünf Jahre zu bestätigen hatte, also die Selbständigkeit der innern Verwaltung; er behielt sich aber das Fodrum (die Heeresverpflegung) bei allen seinen italienischen Kriegszügen und den Treueid der gesamten männlichen Bevölkerung vor. Dagegen blieb das Landgebiet (die „Grafschaft“) jeder Stadt dem Kaiser unmittelbar unterworfen und unter der Verwaltung weltlicher kaiserlicher Beamten. Der kaiserliche Generallegat, ein deutscher Bischof oder Reichsministerial, stand an der Spitze des Königreichs Italien, ein „Hofgericht“, aus italienischen Laienrichtern unter Vorsitz eines „Hofrichters“ (vicarius) gebildet, entschied in höchster Instanz. Deutsche Burgen mit deutschen Besatzungen beherrschten alle wichtigen Verbindungen.

Es war ein höchst merkwürdiger Versuch, den oberitalienischen Städten die antike, seit dem elften Jahrhundert wiedergewonnene Herrschaft über das platte Land zu entreißen und dieses, also den Bauernstand, ihnen gegenüber selbständig zu machen wie in Deutschland; es war ebenso ein Ausgleich zwischen der ländlich-aristokratischen deutschen und der städtisch-italienischen Verfassung, der dem Kaisertum die Herrschaft über die Lombardei besser sicherte als jemals vorher. Da der Kaiser selbst vom Papste zugleich die Mathildischen Güter auf fünfzehn Jahre als Lehen erhielt und sich vom alten Welf, dem Oheim Heinrichs des Löwen, noch Spoleto und die Mark Ancona abtreten ließ, so beherrschte er auch Mittelitalien kaum weniger als Schwaben.

Dieser süddeutsch-burgundisch-italienischen Machtbildung der Hohenstaufen stand ein Menschenalter lang die norddeutsche der Welfen mindestens gleich stark, fast unabhängig und unberührt vom Einflusse des Kaisertums gegenüber. Was sein Großvater Lothar angebahnt, das hatte Heinrich der Löwe mit zäher Energie und glänzendem Erfolge durchgesetzt, nach außen wie nach innen. In einer Reihe von Feldzügen unterwarf er, gestützt auf ein enges Einvernehmen mit Waldemar dem Ersten von Dänemark, der die Wehrkraft seines Volkes neu geordnet hatte, 1160 bis 1166 das ganze Obotritenland bis zur Peene, ließ den Nachkommen des Fürsten Niklot nur die östliche Hälfte des Landes mit der Hauptstadt Mecklenburg (d. i. die große Burg) bei Wismar unter seiner Oberherrlichkeit, gab dagegen den ganzen Westen an die deutschen Grafen von Schwerin, Ratzeburg und Dannenberg. Kraft des ihm 1153 verliehenen Investiturrechts organisierte er auch die deutsche Kirche im eroberten Slawenlande, setzte Vizelin als Bischof nach Oldenburg, Emmenhard nach Mecklenburg, Berno nach Schwerin und verpflichtete die Slawen zum „Bischofszins“, einer festen Abgabe statt des (deutschen) Zehnten. Weiter im Osten eroberten die Dänen im Sommer 1168 das meerumspülte Arkona, die Tempelfeste des weitverehrten höchsten Gottes der baltischen Slawen, Swantewit, in dessen Dienste sie weit und breit ihre schnellen Raubflotten gegen die christlichen Völker um die Ostsee sandten, brachten damit Rügen

und das gegenüberliegende Festland unter ihre Hoheit, mußten aber die Hälfte des Tributs Heinrich dem Löwen überlassen. Schon griff die gewaltige Hand des Herzogs sogar über die Oder; im Jahre 1170 trat Bogislaw von Stettin als Herzog von Pommern in den deutschen Reichsverband ein, während das östliche Pommern (Pomerellen) mit der Hauptstadt Danzig (Gdansk) sich an Polen anschloß und damit vom alten Stammlande schied.

Bescheidner waren im Binnenlande die Erfolge Albrechts des Bären, der sich, seitdem er die Hauptstadt des Havellandes besetzt hatte, nach ihr Markgraf von Brandenburg nannte. Um sich zu sichern, vertrieb er nach einer letzten Erhebung 1157 die Wenden aus der Stadt und befestigte die Ostgrenze durch eine Reihe von Burgen (Kremmen, Spandau, Potsdam u. a. m.) an der Havel und der Nuthe. Sein Sohn Otto der Erste (1170 bis 1184) schob die Grenze nordwärts nach dem Rhine vor. Und noch weitere Aussichten öffneten sich im Binnenlande des fernen Ostens. Denn schon 1163 setzte der Kaiser durch, daß den Söhnen des polnischen Teilherzogs Wladislaw des Zweiten, der vor seinem ältesten Bruder Boleslaw dem Vierten nach Deutschland geflüchtet war und sich hier 1154 mit Christine, Albrechts des Bären Tochter, vermählt hatte, Schlesien überlassen wurde. Damit war der Anfang zur Trennung des alten Vandalenlandes von Polen, zu seinem Anschluß an Deutschland gemacht.

Wollten nun die deutschen Eroberer das speergewonnene Land für sich selbst recht nutzbar machen, so konnten sie sich nicht mit den dürftigen Tributen der unterworfnen Slawen begnügen, die, gruppenweise über das Land zerstreut, nur den leichten Boden des offnen Landes mit ihrem Hakenpfluge oberflächlich bearbeiteten; sie mußten deutsche Bauern ansetzen, um den Wald zu roden, die Brüche zu entsumpfen und ihrem tiefgreifenden deutschen Räderpflug auch den schweren Boden zu unterwerfen. So bahnte ein finanzwirtschaftliches Bedürfnis die folgenreichste Großtat des deutschen Mittelalters an, die Besiedlung des Nordostens, die Germanisierung des Slawenlandes, der ältesten Heimat der alten Germanen, die gewaltigste und dauerhafteste Erweiterung deutschen Nationalgebiets seit dem Ende der Völkerwanderung. Denn eine unerschöpfliche Volkskraft strömte aus dem Mutterlande nach dem Osten. Nicht eigentlich die Not trieb diese Ansiedler aus den fränkischen und friesischen Niederlanden, aus Westfalen, Thüringen und Franken fort, sondern das kraftvolle Streben nach größerer sozialer, rechtlicher, wirtschaftlicher Freiheit, nach Lösung vom Flurzwange der alten Gewanndörfer, nach Unabhängigkeit vom Hofrecht, nach Ausdehnung des Besitzes. Das alles fanden sie im Osten. Denn ein fester Vertrag, den ein Unternehmer (locator) oder eine Kommission in Vertretung einer geschlossenen Gruppe von Auswandrern mit dem Grundherrn schloß, regelte ihre Verhältnisse. Sie erhielten die zusammenhängenden großen fränkischen Königs- oder die flämischen Moorhufen der abgesteckten Dorfflur gegen einen Erbzins an den Grundherrn und den Zehnten an die Kirche, waren freie, kriegsdienstpflichtige Leute und standen in geringern Fällen zu Recht vor ihrem Erbschulzen (dem locator), auf dessen Doppelgute (Erblehngericht) die Handhabung dieser Rechtsprechung und der Polizei wie die Schank- und Fleischereigerechtigkeit lag (daher Kretzscham slaw., Wirthaus). Die Ansiedler nahmen bald unbebautes Wildland oder altslawisches Gemeindeland (obschtschina), bald eine slawische Dorfflur, ganz oder teilweise, nach Ausweisung der Slawen in Besitz, deren Namen sie dann beibehielten, während eine Gründung auf neuem Boden gewöhnlich nach dem Unternehmer benannt wurde. Ihre Höfe bauten sie in langer offner Reihe zu beiden Seiten der Straße, am Bach oder am Moor hin und maßen jedem die Hufe zu, die sich vom Hause aus etwa rechtwinklig zur Straße als ein langer schmaler Landstreifen von 22 bis 50 ha Fläche nach der Flurgrenze hin erstreckte. So wurde der Nordosten im wesentlichen eine Kolonie freier Bauern, im Gegensatz zum Südosten, wo die Hörigen und Leibeignen großer Grundherren überwogen. Fürsten, Bischöfe und Klöster, vor allem die Prämonstratenser, seit 1170 besonders die Zisterzienser, Vasallen und Ministerialen riefen wetteifernd diese Anlagen ins Leben.

Den Anfang machte im Ostseelande Graf Otto der Zweite von Holstein 1143 im verödeten buchengrünen See- und Hügellande Wagrien mit Westfalen, Holländern und Friesen; indem er damals das altslawische Lübeck als deutsche Stadt

wieder aufbaute, öffnete er zuerst dem deutschen Handel den Zugang zur Ostsee. Als Heinrich der Löwe dem Grafen 1158 die Stadt abnötigte, übertrug er zwar seinem Vogt Gerichtspflege, Zoll und Münze, gewährte ihr aber auch einen freigewählten Stadtrat von 24 „Konsuln" für Polizei und Verwaltung, das westfälische Privatrecht von Soest und eine große Stadtflur, verschaffte ihr freien Verkehr mit den nordischen Reichen und Rußland und machte sie 1163 zum Sitze des Bistums Oldenburg. In der Grafschaft Ratzeburg waren schon 1230 von 125 Orten nur noch 4 slawisch, um Schwerin war die Kolonisation schon 1191 strichweise vollendet, das ganze Land aber zwischen der Eider und dem Schweriner See bezeichnet der wackre Pfarrer Helmold von Bosau schon um 1171 als eine „einzige sächsische Kolonie". In den unter slawischen Herren verbliebnen Küstenländern knüpfte sich die erste Besiedlung und Verdeutschung an die deutschen Klöster, die, vom Landesherrn mit ausgedehntem Wildlande begabt, durch Ansetzung deutscher Bauern zunächst kleine deutsche Enklaven schufen, so im Obotritenlande Dobberan (1170) und Dargun (1172), auf Rügen Bergen (1193), in Pommern Grabe auf Usedom (1150) und Broda bei Stargard (1180), östlich von der Oder Lauterthal bei Colbatz (1175) und Oliva bei Danzig.

In Brandenburg, wo dem Markgrafen als Stellvertreter des Königs volle Gewalt und das Obereigentum an allem Grund und Boden zustand, wetteiferten in der Besiedlung die Askanier, die Bistümer Magdeburg, Havelberg, Brandenburg und das um 1133 neu begründete Lebus, endlich die Klöster. Albrecht der Bär besiedelte das Marsch- und Bruchland um Salzwedel und gab den größern Ortschaften der Altmark wie der Mark Brandenburg bereits Stadtrecht; Erzbischof Wichmann siedelte um sein Prämonstratenserstift Jerichow und um Jüterbog besonders Flamländer an (daher der Name des Fläming); Kloster Zinna (1171) begann die Arbeit im Bruchlande der Nuthe, jenseits der Havel folgte Lehnin, die Stiftung Ottos des Ersten 1180, das Erbbegräbnis der Askanier, die auch nach ihren Erblanden Flaminge beriefen, namentlich in die Gegend von Dessau. In der Zauche kolonisierten besonders die Vasallen. Die Slawen wurden verdrängt bis auf wenig Reste, die nur in dürftigen Fischerdörfern (Kietzen) ohne Feldmark eine Zeitlang noch ihre Art bewahrten, und Brandenburg wurde ein fast rein deutsches Land, mit beinahe durchaus niederdeutschen Überlieferungen sogar in seinem Sagenschatz, außer im Teltow.

Anders im Gebiet der Wettiner, im Meißnerlande und in der Lausitz, wo der Kampf mit den Slawen weniger hartnäckig gewesen, die deutsche Herrschaft seit dem zehnten Jahrhundert niemals auf die Dauer unterbrochen worden war. Hier behauptete sich die slawische Bevölkerung noch überall im Flachlande, westlich von der Mulde bis ins vierzehnte, um Meißen bis ins fünfzehnte Jahrhundert, in der Lausitz bis heute. Reindeutsch wurde zunächst nur die Umgebung der früh mit deutschem Stadtrecht bewidmeten größeren Plätze, von denen die deutsche Siedlung beim wendischen Fischerdorfe Lipzi (Leipzig) am Kreuzungspunkte der ostwestlichen und der nordsüdlichen Straße von Otto dem Reichen (1156 bis 1190) magdeburgisches Recht und eine ausgedehnte Stadtflur erhielt; ebenso ganz deutsch das von den Slawen wenig besetzte Gebirgsland, besonders seitdem die Auffindung reicher Silberadern im „Erzgebirge" auf dem Boden des 1162 gestifteten Klosters Altenzelle bei Nossen um 1168 jenen Otto zur Begründung von Freiberg unter einem Vogte mit 24 städtischen „Geschwornen" veranlaßt hatte. Indem nun niedersächsische Bergleute und thüringische Bauern in dichten Scharen einwanderten, erwuchs Freiberg rasch zur größten städtischen Ansiedlung des Meißnerlandes, und das Erzgebirge bedeckte sich mit langgestreckten deutschen Reihendörfern in Königshufen. So entwickelte sich hier im alten Sorbenlande rascher als irgendwo sonst auf kolonialem Boden ein geldwirtschaftlich-industrielles Leben. Über die Elbe drang bis etwa 1200 die deutsche Kolonisation nur in einzelnen Ansätzen. In der Lausitz wurde das Zisterzienserstift Dobrilug ihr erster Mittelpunkt (1165), in Schlesien seit 1163 Leubus an der mittlern Oder durch Boleslaw den Ersten (den Langen), einen der Schützlinge Kaiser Friedrichs. Um 1200 floß die Elbe, der alte Grenzstrom gegen die Slawen, nördlich vom Gebirge durch deutsches Land, und Magdeburg, der kirchliche und wirtschaftliche Mittelpunkt eines weiten Ländergebiets, erhielt 1188 ein für den ganzen Osten vorbildliches Stadtrecht.

Das politisch Entscheidende für die Zukunft Deutschlands lag darin, daß diese reiche Entwicklung sich ohne das Kaisertum, durchaus unter der Leitung der weltlichen und der geistlichen Fürsten vollzog. Sie verstärkte auch die Stellung Heinrichs des Löwen im sächsischen Mutterlande. Herrisch brachte er die meisten ostsächsischen Grafschaften, die nicht bei ihm, sondern direkt beim König zu Lehen gingen, durch Kauf an sich, nahm dem Grafen Adolf von Holstein Lübeck, suchte die weltliche Macht des Erzstifts Bremen einzuschränken und wehrte ihm allen Einfluß auf seine slawischen Bistümer. Eine bewaffnete Erhebung der geistlichen und der weltlichen Großen Ostsachsens und der Marken 1166 bis 1168 überwältigte er mit des Kaisers Hilfe; er sicherte sich durch seine Vermählung mit Mathilde von England, einer Tochter König Heinrichs des Zweiten, 1168 einen starken Rückhalt und errichtete in Braunschweig die stolze Pfalz Dankwarderode mit dem ehernen Löwen davor. Er war in der Tat der ungekrönte König von Norddeutschland; die Reichsgewalt war in Sachsen verschwunden. In Bayern, wo die Immunitäten der Bischöfe und die Grafen unter der Gerichtsbarkeit des Herzogs standen, hielten ihm doch die Pfalzgrafen von Wittelsbach und die mächtigen Grafen von Andechs und Tirol (bei Meran) einigermaßen das Gegengewicht; doch nahm er auch hier selbstbewußt seine Vorteile wahr und begründete München an der neuen Isarbrücke zum Schaden der freisingischen Brücke bei Föhring, die schließlich 1158 ihre einträglichen Zollrechte an dieser alten Salzstraße aus dem Osten verlor.

Auf dem Verhältnis der Welfen und Hohenstaufen, auf dem friedlichen Dualismus der beiden Machtbildungen, die jede ihre besondre Aufgabe selbständig lösten, beruhte damals das Reich. Dieses überaus künstliche Verhältnis erhielt den ersten Stoß, als Heinrich, vermutlich nur, weil er seine eignen Interessen höher stellte, dem Kaiser 1176 die bis dahin immer geleistete Heeresfolge in Italien verweigerte. Doch hätte dieser das gute Einvernehmen offenbar gern wiederhergestellt, hätten nicht nach seiner Heimkehr 1178 die sächsischen Feinde des Herzogs, vor allem die Bischöfe von Halberstadt, Münster und Köln, die schon seit 1177 mit diesem in Fehde lagen, ihn mit Klagen wegen Landfriedensbruchs überschüttet, schließlich Heinrich sogar des Hochverrats bezichtigt. Da nun Heinrich an vier ihm gesetzten Terminen nicht erschien und gütliche Ausgleichsverhandlungen mißlangen, so wurde er nach dem Spruche eines Fürstengerichts in Würzburg am 18. Januar 1180 geächtet und am 13. April in Gelnhausen seiner Reichslehen vom Kaiser beraubt. In Sachsen erhielt der Erzbischof Philipp von Köln das Herzogtum Westfalen, Bernhard von Anhalt das Herzogtum Sachsen, die Bischöfe nahmen ihre Lehnsgüter zurück. Von Bayern wurden Steiermark als selbständiges Herzogtum unter den Ottokaren von Steier an der Traun losgetrennt, Krain und Istrien mit den ausgedehnten Besitzungen und Reichslehen der Andechser in Tirol verbunden, die bischöflichen Lehen dem Herzogtum entzogen. Den Rest des Landes erhielt als Herzogtum Bayern der treue Pfalzgraf Otto von Wittelsbach. Noch setzte sich Heinrich in Sachsen grimmig und erfolgreich zur Wehr; aber als der Kaiser im Juli 1180 die Heerfahrt gegen ihn gebot, griff der Abfall unter den Vasallen rasch um sich, und als Friedrich selbst im Sommer 1181 mit süddeutschen Truppen gegen ihn vorging, gab der Herzog den Kampf auf und ging nach Stade. Nur Lübeck hielt ihm die Treue, bis es sich mit seiner Zustimmung dem Kaiser ergab, der nun die Stadt an das Reich nahm. Endlich im November 1181 unterwarf sich ihm Heinrich in Erfurt. Zwar erhielt er die reichen Erbgüter seines Hauses mit Braunschweig und Lüneburg zurück, aber er wurde auf drei Jahre nach England verbannt, und die Macht seines Hauses war für immer zertrümmert.

Vorübergehend war die eine Wirkung dieser Katastrophe, die Unterwerfung der Pommern- und der Obotritenfürsten unter die dänische Oberhoheit 1186; dauernd waren die Folgen für die Reichsverfassung. Alle Stammesherzogtümer, mit Ausnahme Schwabens und des schwachen (Ober-) Lothringens, waren jetzt in mittelgroße weltliche Fürstentümer und geistliche Herrschaften aufgelöst, deren Inhaber die Amtsgewalt noch im Namen des Kaisers, aber tatsächlich als Zubehör ihres Lehns- und Eigenbesitzes ausübten und mit dem Reichsoberhaupt nicht mehr staatsrechtlich durch das Amt, sondern nur noch persönlich durch die Belehnung zusammenhingen. Das Reich war also in eine große vielfach abgestufte Lehnsgenossenschaft

verwandelt, deren Masse nur noch mittelbar durch ihre Lehnsherren mit dem Reichsoberhaupte zusammenhing und nicht diesem, sondern jenen zunächst verpflichtet war. Vom Kaiser unmittelbar empfingen jetzt die Belehnung nur noch die Herzöge (Bayern, Schwaben, Sachsen, Lothringen, Brabant, d. i. Niederlothringen, Kärnten, Böhmen, Österreich, Steier), die Pfalzgrafen von Sachsen und Franken (bei Rhein), die Markgrafen von Brandenburg, Meißen und der Lausitz, die Grafen von Thüringen und Anhalt, im ganzen nur sechzehn weltliche Herren und neben ihnen sämtliche „Pfaffenfürsten", eine bei weitem größere Zahl. Aus der Masse der großen beamteten Lehnsträger hatte sich also eine fürstliche Oligarchie zur Seite des Kaisers erhoben, und in dieser überwogen weitaus die geistlichen Fürsten. Sie galten jetzt wieder fast wie zu Ottos des Großen Zeit als die „Säulen des Reichs".

Da alle diese Fürsten, Bischöfe und Grafen tatsächlich nicht mehr ausführende Organe des Königs und einer Zentralverwaltung, sondern Herren zu eignem Rechte waren, so schoben sie sich zwischen die Krone und die Masse des Volks als Grund- und Gerichtsherren, sodaß diese alle unmittelbaren Beziehungen zum Königtum verlor. Da ferner auch die kirchliche Servitienpflicht der Ottonischen Reichsverfassung in den Stürmen des Investiturstreits untergegangen war, so versuchte Friedrich der Erste Ersatz zu schaffen durch eine neue Organisation des staufischen Hausguts und der immer noch sehr bedeutenden, besonders längs des Rheins, in Ostsachsen und Thüringen, an der obern Saale und Elster ausgedehnten Krongüter. Er schützte sie durch feste Burgen und prächtige Pfalzen (Trifels, Hagenau, Gelnhausen), besonders in der oberrheinischen Tiefebene, und vertraute ihre Verwaltung einer zahlreichen, belehnten Ministerialenschaft an. Freilich wurde dadurch eine wirkliche Reichsverwaltung um so weniger hergestellt, als diese Ministerialen sehr ungleichmäßig über das Reich verteilt waren, und auch ihre Lehen und Ämter bald erblich wurden, eine feste Hauptstadt aber noch immer unmöglich war. Nur der Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft, die eine Besoldung an die Stelle der Belehnung mit Land setzte, hätte die Ausbildung eines wirklichen Beamtentums ermöglicht. Solche Einkünfte lieferten aber fast

nur die städtischen Märkte und Zollstätten, namentlich am Rhein, und mittelbar, wenn auch ohne bewußten Plan, hat Friedrich diese Entwicklung begünstigt, indem er die wirtschaftliche Freiheit der königlichen Pfalzstädte (Aachen, Duisburg, Utrecht, Goslar, Nürnberg) und der Bischofsstädte (Augsburg, Bamberg, Regensburg, Speier, Bremen usf.) durch Zollbefreiungen und Erleichterung ihrer hofrechtlichen Verpflichtungen beförderte, während er eine Erweiterung politischer Unabhängigkeit nur für Lübeck 1188 gewährte.

Dieser Umgestaltung der Verfassung entsprach die neue Ordnung des Reichsheerwesens, die nur noch Belehnte umschloß, also auf Bauern und Bürger verzichtete. Den ersten „Heerschild", die fürstlichen Lehnsträger, führte der König selbst, den zweiten die von einem dieser Großen belehnten Grafen und Burggrafen, den dritten die mittelbaren freien Vasallen, den vierten (seit der Mitte des zwölften Jahrhunderts) die freien Ministerialen, zu denen in Süddeutschland noch als fünfter die unfreien Ministerialen kamen.

So scharf sich diese Belehnten von dem übrigen Volke sonderten, so eng schlossen sie sich trotz des Rangunterschiedes aneinander in den gemeinsamen Anschauungen und Bräuchen der Ritterschaft. In Nordfrankreich auf dem Grunde des germanischen Treubegriffs und romanischer Feinheit erwachsen aus einer Verbindung des weltlichen und des kirchlichen Ideals, ergriff diese neue Bildung im Verlaufe der ersten Kreuzzüge das ganze Abendland und verwandelte die belehnten Krieger aller Völker und Zungen in eine große einheitliche Genossenschaft, ohne Rücksicht auf Abkunft und Rang. Denn nicht diese machten den Ritter, sondern die militärisch-höfische Erziehung am Hofe des Lehnsherrn durch die Stufen des Edelknaben (junkherrelîn, garzûn, Page) und Knappen (armiger, scutifer) hindurch bis zur feierlichen Swertleite (Ritterschlag im zwanzigsten oder einundzwanzigsten Lebensjahre, der altgermanischen Waffnung). Einen dreifachen Dienst nahm der Ritter auf sich, Gottesdienst, Herrendienst, Frauendienst, eine kirchliche, staatliche, gesellschaftliche Pflicht, und er sollte sie üben mit staete (Charakterfestigkeit) und mâze (Besonnenheit) in hövescheit (courteoisie), mit scharfer Zügelung des unsteten, leidenschaftlichen Sinnes mittelalterlicher Menschen, wie sie

bisher nur die Kirche kannte. Der „Dienst“ für eine „Herrin“ (frouwe, dame, domina), immer die Frau eines andern, hatte sittlich unstreitig seine höchst bedenkliche Seite, aber er gewöhnte auch an Selbstbeherrschung und Hingebung, an feinen Anstand und gewählte Sprache, er hob die gesellschaftliche Geltung des Weibes und löste den Sinn von den starren Fesseln der überlieferten Epik zur persönlichen, lyrischen Empfindung. Die andern Pflichten erforderten die sorgfältigste militärische Ausbildung jedes einzelnen Ritters für den Kampf zu Roß durch die Kampfspiele, den Zweikampf (Tjost, justa pugna) und das Massengefecht (Turnei, Turnier), bei besondern Festlichkeiten vor den Augen der Damen, aus deren Hand die Sieger den „Dank“ empfingen. In gleich scharf umschriebenen Formen gingen die ritterlichen Geschwader ins Gefecht; die Reiter auf schweren, mit farbigen Decken behängten Rossen, im Schmuck der bunten Waffenröcke über dem silberschimmernden Kettenpanzer, die „Kleinodien“ auf den geschlossenen Visierhelmen und die Wappenbilder des Geschlechts auf den dreieckigen Schilden, unter den langen blitzenden Fahnenlanzen und den wallenden Bannern ihrer Lehnsherren: ein stolzer, phantastisch-prächtiger Anblick; doch war ein großer taktischer oder gar ein strategischer Fortschritt mit dieser Verfeinerung der Technik des Einzelkampfes nicht verbunden, denn eine Bildung fester taktischer Körper war bei der Zusammensetzung dieser Geschwader unmöglich, und die Ritterheere blieben immer verhältnismäßig klein.

Die großen Menschenansammlungen, bei denen allein sich dieses höfische und militärische Leben recht entfalten konnte, waren freilich nur im Sommer denkbar. Denn anders als der italienische Adel, der schon längst meist in den Städten wohnte, hatte der deutsche Edle seine ländlichen Gewohnheiten bewahrt; nur hauste er jetzt nicht mehr auf einem offnen Gutshofe, sondern meist auf einer festen Burg, die als „Wasserburg“ in der Ebne von einem tiefen Graben, als „Höhenburg“ im Berglande schon durch ihre Lage geschützt war. Diese Bauwerke, meist sehr mäßigen Umfangs, von einer Handvoll Leuten zu verteidigen, waren eine Verbindung des römischen Mauerbaus mit dem deutschen Hofbau, um den Bergfried, den Hauptturm, den Pallas (Wohnhaus) und die Kemenate (Frauengemach) gruppiert. Sie bedeckten seit dem elften Jahrhundert zu Tausenden Deutschland und waren mit dem Begriff des Ritters unzertrennlich verbunden.

In den Formen des Lehnswesens und des Rittertums hatten sich also schließlich die herrschenden Stände des Reichs vereinigt, und der Ruhm Kaiser Friedrichs war, daß er als der größte Lehnsherr und der erste Ritter des Abendlandes auf dem glänzenden Pfingstfeste bei Mainz 1184 erschien, bei dem sich zur Feier der Swertleite seiner beiden ältesten Söhne Heinrich und Friedrich die Ritterschaft fast des gesamten Abendlandes um ihn versammelte; hier war die strahlende Sonnenhöhe des Rittertums.

Schon hatte damals der Kaiser den kühnsten Schachzug seiner Politik vorbereitet: er warb für seinen zum Nachfolger auserseheneN zweiten Sohn Heinrich (den Sechsten) um die Hand der Erbin Siziliens, der Tochter Rogers des Zweiten, Konstanze, und ließ am 27. Januar 1186 die Trauung des jungen Paares in Mailand vollziehen. Er meinte damit die Herrschaft seines Hauses über Italien zu vollenden und dort eine feste erbliche Hausmacht als Stütze des Kaisertums zu erwerben, was ihm in der Lombardei und in Deutschland nur halb gelungen war; er dachte wohl auch daran, damit das Papsttum für alle Zeiten unter das Kaisertum zu beugen und so die noch immer wesentlich auf den Bischöfen beruhende Reichsverfassung dauernd zu befestigen. Doch er schürzte dadurch für sein Haus den Knoten des Schicksals. Denn damit verschob er das ganze Verhältnis der Mittelmeermächte; er machte jetzt erst recht Italien zum Mittelpunkte der Kaiserpolitik und stellte damit die Unabhängigkeit des päpstlichen Staats, ja des Papsttums selbst in Frage, regte also überall die heftigste Feindschaft gegen sich auf. Urbans des Dritten Versuch, des Kaisers Bahnen mit Hilfe deutscher Bischöfe, namentlich Philipps von Köln, und Heinrichs des Zweiten von England zu kreuzen und einen neuen Prinzipienstreit zu entfachen, scheiterte an der entschlossenen Haltung der deutschen Fürsten und an dem Einvernehmen Friedrichs mit Philipp (dem Zweiten) August von Frankreich; aber der erzürnte Papst schickte sich schon an, den Bann gegen den Hohenstaufen zu schleudern. Da starb er plötzlich in Ferrara am 20. Oktober

1187, und in denselben Tagen lief die erschütternde Kunde ein, daß das Christenheer am See Tiberias geschlagen und Jerusalem in die Hände des Sultans Saladin gefallen sei.

Vor dieser Katastrophe traten alle Streitigkeiten zurück. Papst Clemens der Dritte rief das Abendland zum Kreuzzuge auf, und im April 1188 empfing Kaiser Friedrich selbst mit seinem Sohne Friedrich von Schwaben und zahlreichen Fürsten in Mainz das Kreuz, auf der Höhe seiner Macht, mit besonnenem Ernst, nicht in unklarer Aufwallung. Das Kaisertum also nahm die Führung des ganzen Abendlandes in die Hand. Denn Friedrichs überragender Persönlichkeit würden sich auch die Könige von Frankreich und England untergeordnet haben, und alles schien militärisch und diplomatisch aufs trefflichste und umsichtigste geordnet, als er mit zwanzigtausend wohlbewaffneten Rittern am 11. Mai 1189 von Regensburg aufbrach. Mit ruhigem, aber unwiderstehlichem Nachdruck sicherte er seinem Heere trotz alles Übelwollens und Mißtrauens der Griechen Marsch und Quartiere im byzantinischen Reich und überschritt Ende März 1190 bei Kallipolis den Hellespont. Als er endlich in Kleinasien von Laodicea aus den Boden des Sultanats von Ikonium betrat, da überwand die Heldenkraft seiner deutschen Ritterschaft ebensowohl die Strapazen des Marsches durch die dürren, heißen, schattenlosen Hochebenen wie den Widerstand der türkischen Reitermassen an den glorreichen Schlachttagen bei Philomelium am 7. Mai und Ikonium am 18. Mai 1190. Zwar hart mitgenommen, aber noch schlagfertig, erreichten die Deutschen über die schwindelnden Saumpfade des Taurus hinüber die reichen Ebenen Ciliciens. Da, mitten in der frohen Zuversicht endlichen Gelingens, ertrank der greise Kaiser beim Baden in den kalten Fluten des reißenden Saleph nicht weit von Tarsos um die Mittagsstunde des 10. Juni 1190, fern der Heimat, an der Schwelle des sagenhaften Morgenlandes.

Damit war das Scheitern des Kreuzzuges beinahe entschieden. Denn zwar brachte Herzog Friedrich einen Teil des Heeres bis vor Akkon, das König Guido von Jerusalem mit schwachen Kräften seit dem Herbste des Jahres 1189 belagerte, und schon vorher waren dort zur See starke Scharen norddeutscher Kreuzfahrer mit Landgraf Ludwig dem Dritten von Thüringen eingetroffen; aber die meisten Deutschen, auch Herzog Friedrich, erlagen den Folgen der Anstrengungen und dem ungewohnten Klima. Nur Herzog Leopold der Fünfte von Österreich nahm an der Eroberung Akkons im Juli 1191 noch teil. Das einzige praktische Ergebnis des gewaltigen Unternehmens war für die Deutschen die Begründung des deutschen Hospitals vor Akkon, einer Zweiganstalt des schon vor 1128 in Jerusalem gestifteten, nach dessen Eroberung 1187 dort aufgegebenen deutschen Marienhospitals: es sollte der Keim des Deutschen Ritterordens werden.

Die universale Politik, die Friedrich Barbarossa zuletzt mit dem Kreuzzuge und noch mehr mit den Vorbereitungen zur Erwerbung Siziliens eingeschlagen hatte, setzte in der kühnsten und umfassendsten Weise sein Nachfolger fort, Heinrich der Sechste (1190—1197). Er war kein Krieger wie der Vater, sondern durch und durch Staatsmann, hart und schonungslos, von eisernem Willen in der Verfolgung seiner großen Ziele. Noch als Regent für den Vater drückte er einen Aufstand Heinrichs des Löwen nieder, der im Herbst 1189 aus England wortbrüchig zurückgekehrt war. Doch größere Schwierigkeiten machte ihm die Durchführung seines Erbanspruchs auf Sizilien. Denn dort war nach Wilhelms des Zweiten Tode im Dezember 1189 ein Bastard des ausgestorbenen Königshauses, Tankred von Lecce, zum König erhoben; er war von Papst Clemens dem Dritten sofort anerkannt worden und hatte sich andrerseits durch ein Bündnis mit Richard Löwenherz von England, dem Schwager Heinrichs des Löwen, zu sichern gesucht. Der erste Römerzug Heinrichs des Sechsten verschaffte diesem zwar die Kaiserkrone (16. April 1191), aber er scheiterte vor Neapel infolge verheerender Sommerfieber. Als der Kaiser heimkehrte, erhob deshalb die welfische Opposition aufs neue trotzig ihr Haupt, und sie fand Unterstützung zunächst bei den meisten niederrheinischen Fürsten, teils weil sie wegen der städtischwirtschaftlichen Interessen zu England und also zu den Welfen neigten, teils weil sie sich durch die eigenmächtige Verfügung des Kaisers über das Bistum Lüttich zugunsten Alberts von Hochstaden verletzt fühlten, zumal Heinrich die Ermordung des Mitbewerbers Albert von Brabant unbestraft gelassen hatte. Indem sich nun auch Ottokar der Erste von Böhmen, Markgraf Albrecht von Meißen und Hermann von Thüringen anschlossen,

umspannte dieses gegen das Kaisertum und seine Weltpolitik gerichtete Bündnis den Hohenstaufen von allen Seiten. Da kam diesem ein unerhörter Glücksfall zu Hilfe. Richard Löwenherz fiel auf der Rückkehr von Syrien im Dezember 1192 zu Wien in die Hände des Herzogs Leopold von Österreich, den er vor Akkon aufs schwerste beleidigt hatte, indem er sein Banner von den Mauern der genommenen Stadt herabreißen ließ. Erst auf dem Dürrenstein an der Donau, dann auf dem staufischen Trifels wurde er in Haft gehalten. Die Fürstenverbindung war damit gelähmt und löste sich auf. Heinrich der Sechste aber benutzte diese Gunst des Schicksals nicht nur, um von Richard ein ungeheures Lösegeld, zuletzt zehntausend Mark Silber, etwa neunzig Millionen Reichsmark, sondern auch den Lehnseid für England zu erpressen. Erst dann wurde der König am 2. Februar 1194 in Speier entlassen. Kurz darauf, im März 1194, versöhnte sich auch Heinrich der Löwe auf der Pfalz Tilleda am Kyffhäuser mit dem Kaiser; ja dieser willigte sogar in die Vermählung seiner Base Agnes von der Pfalz, der Erbtochter Konrads, mit Heinrich von Braunschweig, dem Sohne Heinrichs des Löwen, und versprach ihm die Belehnung mit dem wichtigen bisher staufischen Gebiet. Kurz danach, am 6. August 1195, starb der große Sachsenherzog und wurde im Blasiusdom zu Braunschweig, seiner Stiftung, beigesetzt.

Dieser Ausgang der antistaufischen Erhebung entschied in Verbindung mit dem Tode Tankreds am 20. Februar 1194 das Schicksal Siziliens. Bei der Annäherung des kaiserlichen Heeres unter dem Reichstruchseß Markward von Anweiler, einem staufischen Ministerialen, unterwarf sich das ganze Festland mit Ausnahme von Salerno, das aber nur einen Tag widerstehen konnte, und nach seinem Siege bei Catania zog Heinrich der Sechste am 20. Dezember mit glänzendem Gepräge in dem prächtigen normannisch-arabischen Palermo ein, wo er sich am Weihnachtstage krönen ließ. Den reichen Kronschatz sandte er nach dem Trifels, die Königin-Witwe Sibylle von Sizilien und ihren jungen Sohn Wilhelm nach Schwaben. Sein Glück schien vollendet, als ihm in denselben Tagen seine Gemahlin Konstanze in Jesi bei Ancona einen Sohn, Friedrich Roger, gebar. Sie übernahm dann die Regierung des Normannenreichs, beraten von Konrad von Urslingen als Reichsvikar. Auch im

Königreich Italien rückten Deutsche in die höchsten Stellungen ein. Konrad wurde Herzog von Spoleto, Markward von Anweiler Markgraf von Ancona, Herzog der Romagna und von Ravenna, Philipp, des Kaisers Bruder, Markgraf von Tuscien. Das mitteleuropäische Zentralreich hatte mit der Erwerbung Siziliens die territoriale Einheit Italiens in ihren Grundzügen geschaffen, es hatte die beherrschenden Stellungen im Herzen der Mittelmeerländer inne, und vornehmlich durch deutsche Kräfte, durch deutsche Edle und Ministerialen wurde es zusammengehalten.

Um aber diese zunächst nur äußerlich vereinigte Ländermasse für die Dauer miteinander zu verbinden, bedurfte es einer neuen staatsrechtlichen Grundlage. Darum forderte Heinrich der Sechste im Dezember 1195 von den Fürsten die gesetzliche Erblichkeit der deutschen und der italienischen Krone für sein Haus, indem er ihnen dafür die Einverleibung Siziliens in das Königreich Italien und die Erblichkeit ihrer Reichslehen auch in der weiblichen Linie anbot. Es war entscheidend für die Zukunft des Reichs und der Hohenstaufen, daß dieser großartige Plan an dem Widerspruche der sächsischen und der niederrheinischen Fürsten, ihrer alten Gegner, scheiterte; nur die Anerkennung seines Sohnes Friedrich des Zweiten zum Nachfolger im Reiche vermochte Heinrich im Herbst 1196 durchzusetzen.

Für die nächste Generation wenigstens war damit die Verbindung des hohenstaufischen Erbkönigreichs Sizilien mit dem Kaiserreiche gesichert, und unaufhaltsam drang von Sizilien aus im Umkreise der Mittelmeerländer Heinrichs Universalpolitik vor, vor allem im Morgenlande, wo Saladins Tod 1193 und der rasche Verfall der byzantinischen Macht seit dem Ende der gewaltigen Komnenendynastie und der Thronbesteigung der kläglichen Angeloi 1185 eine neue Gestaltung der Dinge zu ermöglichen schien. Schon 1194 huldigte Leo der Zweite von Kleinarmenien, 1195 Amalrich von Cypern, Ende 1196 erkannte auch Byzanz die Oberhoheit des Hohenstaufen an, der die Ansprüche seiner Schwägerin, der holden Irene (Maria), der Gemahlin seines Bruders Philipp, benützte, um nach dem Sturze ihres Vaters Isaak durch dessen Bruder Alexios (April 1195) den feigen Usurpator durch Drohungen einzuschüchtern.

Nachdem er endlich eine verzweifelte Erhebung der gedrückten Sizilianer niedergeworfen und mit grausamer Härte bestraft hatte, ließ er zu Anfang September 1197 auf einer gewaltigen Flotte ein Heer deutscher Kreuzfahrer unter seinem Kanzler, dem Bischof Konrad von Hildesheim, nach Syrien in See gehen. Sie nahmen Berytus (Beirut) mit der ganzen umliegenden syrischen Küste in Besitz und erhoben im März 1198 die deutsche Hospitalbrüderschaft zu St. Marien in Akkon zum Deutschen Ritterorden mit dem schwarzen Kreuz im weißen Felde, damit fortan die Deutschen in Syrien ebenbürtig dastünden neben den romanischen Völkern. Doch mitten in so weltumspannenden Unternehmungen und Entwürfen raffte nach kurzer Krankheit ein plötzlicher Tod Heinrich den Sechsten am 28. September 1197 zu Messina hinweg. Im normannischen Dome von Palermo birgt noch heute ein roter Porphyrsarkophag die sterblichen Reste des kühnsten, des größten der Hohenstaufen.

„Er hat das deutsche Volk herrlich gemacht vor allen Nationen", sagt Otto von St. Blasien; „Schweigen deckte alle Lande, jede Stadt war in Furcht, nirgends gab es mehr Kriege", so schildert Gottfried von Viterbo die Lage nach der Eroberung Siziliens, und als „Schiedsrichter der Nationen" bezeichneten Fremde neidvoll die Deutschen. So sehr war die hohenstaufische Machtbildung ein Stolz unsers Volkes, und so gewaltig der Eindruck auf alle Welt. Denn das Mittelalter lebte eben nicht in den immerhin engen Begriffen des Nationalstaats, am wenigsten diese Zeit, wo eine Kirche und eine ritterliche Bildung das Abendland beherrschten; das politische Ideal blieb vielmehr das den Frieden gebietende Weltreich. Und welch eine Zukunft schien sich der deutschen Nation aufzutun! Während ihre Siedler unaufhaltsam über den halbbarbarischen Osten dahinfluteten, war sie auch am Mittelmeer in den Ländern alter Kultur die herrschende Macht geworden, kraft ihrer politischen und militärischen Energie, mit demselben Rechte, mit dem damals der normannisch-englische Adel Westfrankreich beherrschte, mit der später die Spanier die amerikanischen Kulturvölker, englische Kaufleute Indien unterjocht haben, und in edlerm Sinne als sie alle.

Aber eine unwiderstehlich vordringende wirtschaftlich-soziale Umwandlung hat in Verbindung mit einer neuen ge-

waltigen Erhebung des Papsttums und mit dem abermaligen Aufbruch einer alten tiefgehenden Spaltung im Reiche diese großartige Weltstellung der deutschen Nation zerstört und die Grundlagen des alten Kaisertums endgültig untergraben.

Seitdem die italienischen Seestädte mit dem Beginne der Kreuzzüge den morgenländischen Handel selbständig in die eigne Hand genommen hatten, und noch mehr, seitdem Venedig mit der Eroberung von Konstantinopel 1204 an dessen Stelle zur Beherrscherin des gesamten Mittelmeerverkehrs geworden war, hatte sich der alte Zug der westlichen Welthandelsstraßen verschoben; er führte jetzt von Venedig über die Ostalpen nach der mittlern Donau, nach Wien hinüber, über die Tauern nach Salzburg und über den Brenner nach Augsburg, von Mailand und Genua aus durch die Zentralalpen über die längst begangenen Graubündner Pässe und den erst um 1220 wegsam gemachten St. Gotthard, die kürzeste und bequemste Verbindung zwischen Italien und Deutschland, direkt oder indirekt nach dem Rheintale, dem natürlichen Verkehrswege nach dem Norden bis an die Nordsee. Hier wurde Mainz der Mittelpunkt eines wesentlich auf den Austausch von Bodenprodukten gerichteten Handels; in Köln dagegen, dem Endpunkte der Seeschiffahrt für die kleinen Schiffe dieser Zeit, liefen die Beziehungen mit dem Oberrhein, mit Flandern, mit England (namentlich seit der Begründung einer deutschen „Hanse", d. h. Gilde, in London um 1130), mit Sachsen und dem Osten zusammen (besonders seit der Erwerbung des Herzogtums Westfalen durch das Erzstift 1180). Wie rasch Köln aufblühte, beweist die Erbauung der großen neuen Mauerlinie seit 1200. Im Osten, der durch den uralten „Hellweg" über Dortmund und Soest mit dem Niederrhein in Verbindung stand, stieg jetzt Lübeck unter der umsichtigen Verwaltung seines kaufmännischen Rats, begünstigt durch den Verfall der ältern Plätze Schleswigs nach der Plünderung einer russischen Handelsflotte (1157), und Julins seit der dänischen Besitzergreifung (1183), mit wunderbarer Schnelligkeit zur herrschenden Stellung an der Ostsee empor. Mindestens seit dem Anfange des zwölften Jahrhunderts hatten die Deutschen eine Handelsniederlassung in Wisby auf Gotland, der Heinrich der Löwe 1163 einen deutschen Vogt setzte; von dieser aus gründeten sie um 1170 den

Hof zu St. Peter in Nowgorod, der rasch den Verkehr an diesem uralten nördlichen Endpunkte der skandinavisch-russischen Welthandelsstraße vom Dnjepr her an sich riß; schon um 1200 beherrschten sie auch die gewinnreiche Ausbeutung der ungeheuern Heringszüge auf dem dänischen Schonen (sprachlich dasselbe wie Skandinavien, richtiger Skatinavien, d. h. Heringsland).

Eine städtische Bevölkerung dieser Art, die immer reicher, weltkundiger, selbständiger wurde, mußte die engen Formen der alten stadtherrschaftlichen Verfassung notwendig sprengen. Immer zahlreicher wurden die Zünfte der Handwerker; über ihnen erwuchs aus den Kaufleuten, den alten Zensualen und den Ministerialen des Stadtherrn ein städtisches Patriziat, ähnlich wie in Italien; die alten hofrechtlichen, dinglichen und persönlichen Beschränkungen und Verpflichtungen wurden immer mehr abgestoßen, bis der Grundsatz durchdrang, daß städtische Luft freimache, so daß also nicht nur in dem Mauerringe alle Hörigkeit aufhörte, sondern auch jeder Hörige, der sich Jahr und Tag in der Stadt aufgehalten hatte, von selbst ein freier Mann wurde. Endlich begann das Patriziat die Stadtverwaltung selbst an sich zu nehmen. Es schuf dazu entweder einen Rat neben dem alten Schöffengericht, oder das Schöffengericht bemächtigte sich auch der Verwaltung, wobei jedoch die Leitung der stadtherrschaftlichen Beamten, des (königlichen) Burggrafen, Vogtes oder Schultheißen, noch nicht beseitigt wurde. Am raschesten ging diese ganze Entwicklung in den rheinischen Bischofsstädten vor sich, während die sächsischen Städte (Bremen, Münster, Soest, Magdeburg) noch vorwiegend unter strengem Hofrecht blieben. In den königlichen Pfalzstädten begann das Schöffenkollegium den königlichen Beamten beiseite zu schieben; die laienfürstlichen Städte (Freiburg, Bern, Leipzig, Wien) erhielten wenigstens vielfach eine Ratsverfassung.

Zugleich gingen die Städte mehr und mehr zur Geldwirtschaft über, verwandelten ihre Leistungen an den Stadtherrn aus Naturallieferungen in Geldsteuern und überflügelten durch ihr größeres und leichter bewegliches Kapital das platte Land, denn dessen naturalwirtschaftliche Verhältnisse blieben wesentlich stationär. Die alte Organisation der Großgrundherrschaften hatte sich im westlichen Deutschland durch die massenhaften

Vergebungen an Ministerialen, die jeder Grundherr aufstellen mußte, fast ganz aufgelöst, und die abhängigen Bauern (Grundholden) entrichteten nur noch einen feststehenden Zins, so daß eine etwaige Steigerung des Ertrages nur ihnen, aber nicht der Herrschaft zugute kam. Auch die Ministerialen erhielten von den Grundholden ihrer „Rittergüter" (gewöhnlich drei Hufen) nur Naturalzinsen und leisteten ihrem Dienstherrn nur persönliche Dienste. Die westdeutschen Grundherrschaften waren also nur noch Renteninstitute mit ganz feststehenden Leistungen der Pflichtigen. So wurden die Städte auch als Steuerquellen für die Stadtherren immer wichtiger. Um so mehr sahen sich diese gedrängt, die der Krone in den Städten noch zustehenden verkehrswirtschaftlichen Regalien, vor allem die Zölle und das Münzrecht, in ihre Hände zu bringen, um dem Stillstand ihrer landschaftlichen Einnahmen ein Gegengewicht zu geben. Dies unter allen Umständen zu verhindern, wäre nun die Aufgabe des Königtums gewesen; sie hätten die Regalien und die Steuern der Städte zur Grundlage einer neuen geldwirtschaftlichen Reichsverwaltung machen müssen, um endlich ein wirkliches, besoldetes, nicht belehntes Reichsbeamtentum zu begründen und gleichzeitig die Städte der Reichsverfassung fest einzuordnen. Denn nicht nur waren die einst ungeheuern Krondomänen durch die fortgesetzten Vergabungen sehr zusammengeschmolzen, es waren auch die noch vorhandenen tatsächlich in eine Art von Erbpacht der erblich gewordenen Verwaltungsbeamten (Vögte) verwandelt worden, die davon nur noch ein sehr mäßiges, feststehendes Servitium an die Krone leisteten.

Völlig ist die Notwendigkeit, diese Aufgaben zu lösen, den Trägern der Krone nicht entgangen. Die italienische Politik Friedrichs des Ersten und die Erwerbung Siziliens durch Heinrich den Sechsten, also die Herrschaft über städtisch-geldwirtschaftlich entwickelte Länder, ist vielleicht mit aus dieser Erkenntnis entsprungen und war also in den deutschen Zuständen begründet. Wenn in Deutschland die notwendige Umbildung der Reichsverfassung nicht gelang, wenn hier vielmehr das Königtum von den Laien- und Pfaffenfürsten schließlich auch finanziell mattgesetzt wurde, so liegt dies aber doch auch in dem Mangel an klarer Einsicht bei den Monarchen, noch mehr freilich in dem damals gerade häufigen Wechsel der Könige

und in den Thronkriegen, in der schon allzu fest gegründeten fürstlichen Gewalt und den sich daraus ergebenden Gegensätzen, weiter in der gerade dadurch unvermeidlich immer stärkern Ablenkung der Hohenstaufen auf italienische Angelegenheiten und endlich in einem neuen Machtaufschwunge des päpstlichen Weltherrschaftsgedankens.

Mit der ganzen Energie eines eisernen Willens und eines hochgespannten Idealismus arbeitete der noch jugendliche Innozenz der Dritte (1198—1216) daran, die Kirche im Orient zu schützen, sie überall auszubreiten durch die Mission, in ihrem Innern jede abweichende Richtung zu vernichten, sie der unbedingten Herrschaft des Papsttums zu unterwerfen und diesem auch alle weltlichen Fürsten unterzuordnen, gleichwie der Mond sein Licht von der Sonne empfange. Deshalb erstrebte er auch die Unabhängigkeit und Abrundung des Kirchenstaats, also die Trennung Siziliens vom Reiche. In der ersten Beziehung war ihm schon Heinrichs des Sechsten Testament entgegengekommen, worin Heinrich die Rückgabe des Mathildischen Gutes und des Patrimoniums Petri an die Kirche, sowie die Anerkennung der päpstlichen Hoheit über Ravenna, Ancona und Spoleto verfügte, freilich unter der Bedingung, daß das Papsttum die Personalunion Siziliens mit dem Reich unter seinem Sohn Friedrich dem Zweiten anerkenne. An dieser hatte er also festgehalten und deshalb seinen Bruder Philipp von Schwaben nur als Reichsverweser nach Deutschland geschickt. Doch da sich die sächsisch-niederrheinischen Fürsten schon rüsteten, einen nichtstaufischen König zu wählen, so erhoben die süddeutschen Großen, vor allem die staufischen Ministerialien, am 8. März 1198 Philipp zum König, die andre Partei aber wählte am 9. Juni in Köln den Welfen Otto den Vierten, den jüngeren Sohn Heinrichs des Löwen, den Neffen König Richards von England, Grafen von Poitou. Es waren zwei ebenbürtige Gegner, beide von anerkannter Tüchtigkeit. Aber der Bürgerkrieg war nicht zu vermeiden: der wirtschaftliche Gegensatz und die alte Feindschaft der beiden großen Geschlechter riß das Reich abermals in Stücke und die Kirche nährte den Zwist. Papst Innozenz der Dritte hatte sich zunächst damit begnügt, die mittelitalienischen Landesteile in Besitz zu nehmen und die Vormundschaft für den jungen Friedrich den Zweiten nach dem

Tode seiner Mutter Konstanze (27. November 1198) an sich zu reißen; erst als Otto der Vierte im Vertrage von Neuß am 9. Juni 1201 auf alle Reichsrechte in den päpstlichen „Rekuperationen“ verzichtete und Sizilien für die Kirche zu verteidigen versprach, trat er offen auf die Seite des Welfen und sprach über Philipp am 3. Juli 1201 den Bann aus.

Hierauf traten mehrere Bischöfe, Ottokar der Erste von Böhmen und der treulose Hermann von Thüringen, zu Otto über. Aber die große Masse der staufischen Partei blieb in der Stimmung, wie sie Walter von der Vogelweide in patriotischem Zorn über fürstliche Selbstsucht und päpstliche Herrschsucht aussprach, ihrer Sache treu, und Otto untergrub selbst seine Macht, indem er mit dänischer Hilfe die große deutsche Stellung seines Hauses zu erneuern suchte und Waldemar dem Zweiten, dem Sieger, der 1201 schon Holstein und Hamburg erobert hatte, auch Lübeck und die deutsch-slawische Ostseeküste förmlich überließ (1203), um seine Hilfe zu gewinnen. Den deutschen Charakter dieser Lande und den Fortgang der deutschen Kolonisation beeinträchtigte allerdings der staatskluge Dänenkönig nicht im mindesten; aber die Furcht vor einer neuen welfischen Machtbildung trieb 1204 selbst den Erzbischof Adolf von Köln auf die Seite Philipps und auch den Herzog von Brabant, dem dafür fast alles Reichsgut in seinem Lande und die weibliche Erbfolge zugestanden wurde. Nur die Stadt Köln hielt tapfer aus, bis Philipp durch Einrichtung neuer Zollstätten am Rhein und endlich durch die Sperre des Stroms ihren Handel aufs äußerste schädigte und sie dadurch im September 1206 zur Unterwerfung brachte. Während Otto der Vierte nach England ging, um Hilfe zu holen, gelang es Philipp, durch Verhandlungen und Drohungen die Aufhebung des ohnehin fast wirkungslosen Bannes zu erlangen (August 1207). Schon rüstete er sich zum Romzuge, da fiel er am 21. Juni 1208 auf der Altenburg bei Bamberg als Opfer persönlicher Rache unter dem Schwerte des wilden Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach.

So gewann Otto der Vierte mit einem Schlage das schon verlorne Spiel, denn die Hohenstaufen waren jetzt in Deutschland ohne Vertreter. Freilich erkaufte der Welfe die Huldigung des ersten Fürsten, des Erzbischofs Adalbert von Magdeburg,

mit unerhörten, verhängnisvollen Zugeständnissen. Er überließ ihm nicht nur alles welfische Hausgut in Brandenburg und in der Wische und alle magdeburgischen Kirchenlehen Heinrichs des Löwen, sondern er verzichtete auch auf das vielumstrittene Spolienrecht (am beweglichen Nachlaß der Geistlichen) und versprach, im ganzen Erzstift keine Abgaben für das Reich mehr zu erheben, keine neuen Münz- oder Zollstätten anzulegen, was eine zweite Urkunde auf den ganzen Magdeburger Sprengel und auf alle Länder des Magdeburgischen Rechts, d. h. über den ganzen Nordosten, ausdehnte. Damit gab das Königtum fast alle seine Finanzregalien in den zukunftsreichen Koloniallanden östlich von der Elbe und Saale auf. Allerdings traten nun alle Fürsten des Nordostens zu Otto dem Vierten über, im Süden huldigten vor andern die staufischen Ministerialen in Frankfurt (November 1208), und indem sich Otto mit Philipps junger Tochter Beatrix verlobte, trat er völlig als Erbe der Hohenstaufen auf und sicherte sich die Unterwerfung auch des ganzen Südens. Dem Papst gegenüber erkannte er im Vertrage von Speier 22. März 1209 nicht nur seine frühern Zugeständnisse an, sondern er gab auch das Spolienrecht überhaupt auf, sicherte volle Freiheit der kirchlichen Wahlen und der Appellationen nach Rom zu, ließ also das Wormser Konkordat, die Grundlage des Verhältnisses zwischen Krone und Kirche, endgültig fallen. Als er im Herbst 1209 mit starkem Heere in Italien erschien, zog er gleichwohl alle „Rekuperationen“ der Kirche für das Reich ein, erzwang am 4. Oktober 1209 die Kaiserkrönung und warf sich im nächsten Jahre auf Süditalien, um es für das Reich in Besitz zu nehmen. So trat er, der Welfe, gestützt auf die staufischen Ministerialen, völlig in die Fußtapfen Heinrichs des Sechsten.

In allen seinen Erwartungen getäuscht und aufs äußerste erbittert, schleuderte da Innozenz der Dritte am 18. November 1210 den Bann gegen Otto, und sofort begann der Abfall der deutschen Fürsten, die nichts mehr fürchteten, als eine Erneuerung der Zeiten Heinrichs des Sechsten. Schon im September 1211 sprachen sie sich in Nürnberg für Friedrich den Zweiten von Sizilien aus und beriefen ihn nach Deutschland.

Das zwang Otto im Frühjahr 1212 zur Heimkehr. Noch sprengte er die Partei der Unzufriednen und wurde, gewiß

im Sinne vieler, von Walter von der Vogelweide mit warmen Worten begrüßt; aber als er sich auf Hermann von Thüringen warf, erhielt er die Nachricht, daß Friedrich der Zweite, vom Segen des Papstes begleitet, von Genua her über die Graubündner Alpen komme. Durch den Bischof von Chur und den Abt von St. Gallen auf schwäbischem Boden bereitwillig anerkannt, erreichte und nahm Friedrich Konstanz wenig Stunden vor Ottos Ankunft, der sofort zurückwich, und empfing darauf die Huldigung erst Schwabens, dann Böhmens; am 5. Dezember 1212 wurde er in Frankfurt förmlich gewählt, am 9. Dezember in Mainz gekrönt. Dann gewann er Lothringen durch Geld, das Haus Wittelsbach durch die Aussicht auf die Belehnung mit der Rheinpfalz nach dem Tode des Welfen Heinrich, der 1214 entsagte und 1227 starb, und erneuerte die alte staufische Verbindung mit Frankreich. Da entschied denn der Sieg Philipp Augusts bei Bouvines in Flandern am 27. Juli 1214 über das englisch-welfische Heer König Johanns und Ottos die Niederlage des welfischen Kaisers auch in Deutschland. Denn nun sagten sich auch die niederrheinischen und die sächsischen Großen von diesem los, und vereinsamt ist Otto der Vierte am 19. Mai 1218 auf der Harzburg gestorben.

Als Friedrich der Zweite auch in Deutschland zur Herrschaft gelangte (1212—1250), war er, obwohl erst achtzehn Jahre alt, doch schon ein fertiger Mann. Gereift in der Not einer trüben, von Untreue und Verrat umgebnen Jugend, lange nicht einmal seines Erblandes Sizilien sicher, hatte er früh die Menschen beobachten, kennen und benutzen gelernt. Die tiefe südliche Leidenschaft seiner Natur zügelte er durch feste Selbstbeherrschung; immer erschien er vornehm-liebenswürdig und in ruhiger Hoheit. Aber mit zäher Entschlossenheit verfolgte er seine Ziele, unerschöpflich und unbedenklich war er in seinen Mitteln, voll aristokratisch-weltmännisch überlegner Ruhe im Handeln, allem rohen, daher auch allem kriegerischen Vorgehen gründlich abgeneigt, obwohl ein ganz furchtloser Mann. Von glänzender Begabung und seiner Zeit weit voraus, hatte er sich auf dem noch halb arabischen Sizilien, wo die verschiedensten Kulturelemente und alle Interessen der Mittelmeerländer zusammentrafen, eine umfassende Bildung angeeignet und sich durchdrungen mit den Weltherrschafts-

gedanken des Vaters. Sein Ideal sah er in der reifen und reichen städtischen Kultur des Südens und in der Vollgewalt arabischer Fürstenmacht. Die kirchlichen Ideen ließen ihn kühl, und in Deutschland fühlte sich dieser geistvollste aller Hohenstaufen als ein Fremdling. Das ist sein und seines Volkes Unglück geworden.

Denn die Grundlage seiner Macht und den Mittelpunkt seiner Weltpolitik sah er immer in seinem sizilischen Erbreich. Zwar hatte er es, um die päpstliche Zustimmung zur Übernahme der deutschen Krone zu gewinnen, seinem erst einjährigen Sohne Heinrich unter der Regentschaft seiner Gemahlin Konstanze von Aragonien übertragen; aber er hielt immer an der Personalunion Siziliens mit Deutschland fest und suchte sich dafür die Unterstützung der deutschen Fürsten mit allen, auch den bedenklichsten Zugeständnissen zu sichern, ohne einen Versuch zu der dringend notwendigen Neugestaltung der deutschen Reichsverfassung zu machen. Das ohnehin lockere Verhältnis zu Böhmen lockerte er noch mehr durch den Vertrag vom 26. September 1212, indem er Ottokar dem Ersten, abgesehen von der Zuweisung bedeutender Gebiete auf der nördlichen Abdachung des Erzgebirges, die Königswürde bestätigte, die Investitur der Bischöfe zugestand, ihn vom Besuch der Reichstage außer in Nürnberg, Bamberg und Merseburg entband und den böhmischen Zuzug für die Romfahrt auf 300 Mann herabsetzte. Weit tiefer griff es noch, wenn er in der Goldbulle von Eger am 12. Juli 1213 den geistlichen Fürsten und dem Papste alle Zugeständnisse Ottos des Vierten bestätigte und am 11. Mai 1216 auch noch die sogenannten Regalien (die bischöflichen Einkünfte während der Sedisvakanz) dem Papste überließ. Endlich verbot er in dem Privilegium vom 26. April 1220 die Errichtung neuer (nämlich königlicher) Zoll- und Münzstätten in den geistlichen Territorien und die Ausübung irgendwelcher Hoheitsrechte durch königliche Beamte in den Bischofsstädten, tat auch sonst alles, um die selbständige Entwicklung dieser Gemeinden zu hindern. Indem er somit auf die wichtigsten finanziellen Rechte der Krone Verzicht leistete, statt sie auszubilden, legte er den Grund zur vollen Landeshoheit zunächst der geistlichen Fürsten. Und in demselben Augenblick, wo diese tatsächlich aufhörten, „die Säulen

des Reichs“ zu sein, begannen auch die Ministerialen, durch Belehnungen mehr und mehr selbständig geworden, ihre Bedeutung als zuverlässige Reichsbeamte zu verlieren. Mit so ungeheuern Opfern an Reichsrechten erkaufte Friedrich im April 1220 die Erhebung seines jungen Sohnes Heinrich (des Siebenten), dem er das Herzogtum Schwaben übergeben hatte, zum deutschen König, also die Sicherung der Personalunion beider Reiche. Für seine eigne bevorstehende Abwesenheit übertrug er dem Erzbischof Engelbert von Köln die Reichsverweserschaft, zwei staufischen Ministerialen die Erziehung des jungen Königs und die Verwaltung Schwabens; nochmals übernahmen also geistliche Fürsten und Reichsministerialen mit Ausschluß aller Laienfürsten die Oberleitung.

Das alles hatte Friedrich nur mit beständiger Rücksicht auf das Papsttum ordnen können; denn dem Grundgedanken der staufischen Politik stand dieses feindlich gegenüber. Mit dem großartigen Laterankonzil im November 1215, das durch die Annahme der Brotverwandlungslehre im Abendmahl die Mittlerstellung des Klerus zwischen Gott und den Menschen dogmatisch festsetzte und gegen alle Abweichungen von der Kirchenlehre Ketzergerichte verordnete, hatte das Papsttum eine bisher unerhörte Höhe des Ansehens erstiegen. Die römische Kirche, nicht das römisch-deutsche Reich, erschien wieder als die gemeinsame Organisation der christlichen Welt. Aber zur Durchführung des eben damals beschlossenen Kreuzzuges war für Innozenz den Dritten die Hilfe des Kaisertums unentbehrlich, und sein Nachfolger Honorius der Dritte (1216—1227), der nur diesen Plänen lebte, ließ sich deshalb nicht nur die Anordnungen Friedrichs des Zweiten gefallen, sondern krönte ihn auch am 22. November 1220 anstandslos zum Kaiser gegen das Gelübde des Kreuzzuges.

Die Grundlagen der Weltpolitik Heinrichs des Vierten waren mit Zustimmung des Papsttums wiedergewonnen. Sizilien wollte Friedrich als unumschränkter Herr, Italien nach der Verfassung Friedrichs des Ersten, Deutschland im Einvernehmen mit den geistlichen Fürsten regieren; der noch überwiegend ländlich-aristokratische Norden sollte ihm die militärischen, der städtische Süden die finanziellen Kräfte liefern. Aber er selbst erschütterte den inneren Zusammenhang seines mittel-

europäischen Reichs dadurch, daß er den deutschen Ministerialen die Verwaltung Siziliens nahm und im Königreich Italien das Burgensystem Friedrichs des Ersten zum Teil aufgab, obwohl er Deutsche dort noch in den obersten Stellungen ließ. Auch war er nicht imstande, die Lombarden, die während des Bürgerkriegs die Regalien größtenteils an sich gerissen hatten, unter die Bedingungen des Konstanzer Friedens zurückzuzwingen; sie schlossen vielmehr im März 1226 einen neuen Städtebund, und auch der Schiedsspruch des Papstes 1227 stellte die kaiserliche Autorität über die Lombardei keineswegs her.

Unbeirrt dadurch verfolgte Friedrich seine vor allem gegen den Osten gerichteten Weltmachtpläne. Er erhob den großen Hochmeister des Deutschen Ordens, den Thüringer Hermann von Salza, zum Reichsfürsten und wies ihm das zu erobernde Preußen mit allen Hoheitsrechten zu (1226), um an dem Orden eine feste Stütze im Orient zu gewinnen; er vermählte sich 1225 mit Jolantha von Brienne, der Erbtochter des Königreichs Jerusalem, um einen selbständigen Anspruch auf diese Krone zu erwerben; er schob endlich den mehrfach gelobten Kreuzzug hinaus, um die Mittel zu beschaffen, ihn als Kaiser, nicht als Kreuzfahrer zu unternehmen. Erst als der Nachfolger Honorius des Dritten, der leidenschaftliche Greis Gregor der Neunte (1227—1241), den Kreuzzug stürmisch forderte, nachdem der 1217 begonnene in Ägypten 1221 kläglich gescheitert war, sammelte Friedrich 1227 in den apulischen Häfen zahlreiche meist deutsche Kreuzfahrer. Aber Krankheiten, die viele, darunter den Landgrafen Ludwig den Vierten von Thüringen, den Gemahl der heiligen Elisabeth, wegrafften und den Kaiser selbst ergriffen, zwangen ihn, das Unternehmen vorläufig noch hinauszuschieben. In maßloser Entrüstung bannte Gregor der Neunte den angeblich wortbrüchigen Kaiser; der aber segelte dennoch, dem Banne trotzend, Ende Juni 1228 mit etwa 11 000 Mann von Brindisi aus, zwang unterwegs Cypern zur Erneuerung des Lehnseides und landete am 7. September in Akkon. Obwohl von dem päpstlichen Banne auch hier verfolgt und von dem Übelwollen der französischen Ritterorden, der Johanniter und Templer allerorten gehindert, erlangte er doch durch geschickte Benutzung der Lage und seiner Beziehungen zu den Mohammedanern vom Sultan

El-Kamil am 18. Februar 1229 einen Vertrag, der ihm Jerusalem, Bethlehem, Nazareth und Sidon sowie die Landstriche zwischen Jerusalem und Joppe, Nazareth und Akkon überließ, mehr, als alle Anstrengungen des Abendlandes seit 1187 erreicht hatten. Wenige Stunden landeinwärts von Akkon gründete damals Hermann von Salza das Haupthaus des Deutschen Ordens, die Starkenburg (Montfort), Friedrich der Zweite aber setzte sich am 18. März in der heiligen Grabeskirche die Königskrone von Jerusalem aufs Haupt, obwohl das päpstliche Interdikt auf der heiligsten Stätte der Christenheit lag. Darauf eiligst heimkehrend, verjagte er mit seinem deutsch-arabischen Soldheer die päpstlichen „Schlüsselsoldaten", die inzwischen in Apulien eingerückt waren, mit leichter Mühe aus dem Lande und erlangte im Frieden von San Germano (unterhalb von Monte Cassino) am 28. August 1230 die Lösung vom Bann, indem er der Kirche die mittelitalienischen „Rekuperationen" zurückgab. Unzweifelhaft hatte seine Weltpolitik einen glänzenden Sieg davongetragen, und er benutzte den Frieden mit dem Papste, um durch die „Konstitutionen" von Melfi im August 1231 sein sizilisches Erbreich vollends in einen finanzkräftigen, absoluten Beamten- und Militärstaat umzuwandeln, dessen beste militärische Stütze die arabische Militärkolonie in Luceria war.

Jedoch die deutsche Nation folgte diesen Bestrebungen nicht mehr, wie einst unter Friedrich Barbarossa; sie wandte ihre Kraft nicht gegen den Süden, sondern nach dem Osten und dem Norden; und da das Kaisertum diesen Bestrebungen fernstand, so blieb ihre Leitung, wie seit hundert Jahren, dem Fürstentum und den aufblühenden Städten. Friedrich der Zweite hatte die dänische Herrschaft im Osten der Elbe 1214 durch förmliche Anerkennung befestigt: ihre Zerstörung war das selbständige Werk der landschaftlichen Gewalten. Persönlich gereizt, bemächtigte sich Graf Heinrich von Schwerin im Mai 1223 bei einer Jagd auf der Insel Lyö im Kleinen Belt der Person König Waldemars des Zweiten, und da dieser den von der dänischen und der deutschen Reichsregierung geschlossenen Auslieferungsvertrag nicht anerkannte, so verband sich Heinrich mit dem Grafen Adolf dem Vierten von Holstein und dem Erzbischof Gerhard dem Zweiten von Bremen und

schlug mit ihnen im Januar 1225 die Dänen bei Mölln. Nun gab Waldemar nach, versprach 45 000 Mark Silber (über 400 Mill. Mark) zu zahlen und die deutschen Landschaften südlich von der Eider zu räumen. Kaum war er jedoch frei, so ließ er sich vom Papste des Eides entbinden und brach im Februar 1227 in Holstein ein. Da erlitt er am 22. Juli bei Bornhöved nördlich von Segeberg gegen die vereinigten Streitkräfte der Fürsten des Nordostens und der Städte Hamburg und Lübeck die vernichtende Niederlage, die der dänischen Herrschaft im Süden der Eider ein Ende machte. Die Schaumburger kehrten nach Holstein zurück, die Dithmarscher traten wieder unter die lose Oberhoheit des Erzbistums Bremen, das gleichzeitig die vielbestrittne Grafschaft Stade endgültig erwarb; Lübeck fiel unter einem kaiserlichen Vogt an das Reich zurück, die östlichste aller Reichsstädte, die einzige im kolonialen Deutschland, und es bewährte seine junge Seemacht in dem Dänensiege bei Warnemünde 1234, der die deutsche Ostseeherrschaft einleitete.

Inzwischen hatte Engelbert von Köln seine Stellung selbst untergraben, indem er unter dem Einflusse seiner niederrheinischen Überlieferungen, also im Gegensatze zur staufischen Politik, die Vermählung des jungen Königs Heinrich (des Siebenten) mit einer englischen Prinzessin erstrebte. Der Kaiser aber verlobte ihn mit Margareta von Österreich (November 1225) und erhob, als Engelbert eben damals von einem persönlichen Feinde, seinem Neffen, dem Grafen Friedrich von Isenburg, ermordet worden war, im Juni 1226 einen weltlichen Fürsten, den Herzog Ludwig von Bayern, zum Reichsverweser. Doch da dieser die Städte allzusehr begünstigte, so erhob sich Heinrich (der Siebente) schon 1229 gegen ihn und bildete eine neue Ministerialenregierung, die nun freilich das ganze Fürstentum gegen sich hatte und auch der kaiserlichen Weltpolitik nicht entsprach. Denn die alten großen Ziele hatten die Ministerialen aus dem Auge verloren; ihr jetziges Ziel war, Deutschland unter der selbständigen Regierung Heinrichs (des Siebenten) von Italien und Sizilien zu trennen. Um solchen Bestrebungen entgegenzuwirken, nötigte der Kaiser den König Heinrich, im Januar und Mai 1231 den Fürsten neue umfassende Zugeständnisse zu gewähren (das Wormser Privilegium). Er versprach, keine neuen Städte zum Nachteil der Fürsten zu errichten, verbot den Städten die Aufnahme von (außerhalb wohnenden) Pfahlbürgern und alle städtischen Einungen oder Bünde, wenn sie nicht die gemeinsame Zustimmung des Königs und der Fürsten hätten. Außerdem verbriefte er diesen, den „Landesherren" (domini terrae), nicht nur alle erworbenen Rechte in ihren Territorien, sondern gab ihnen auch noch das Münzrecht, das Befestigungsrecht in den Städten und das Recht der Territorialgesetzgebung mit Zustimmung der Notabeln (magni et meliores), also der Landstände. Auf dem Reichstage von Ravenna im Januar 1232 hob dann Friedrich selbst alle ohne Erlaubnis der Bischöfe eingesetzten städtischen Behörden auf und übertrug den Bischöfen die Verwaltung der Städte und ihrer Regalien allein. In der schroffsten Weise nahm somit die Krone für die fürstliche Territorialgewalt gegen die Städte Partei. Den nächsten Zweck erreichte Friedrich; denn Heinrich unterwarf sich im April 1232 dem Vater in Cividale; aber dadurch, daß er im November 1234 ein geheimes Bündnis mit den lombardischen Städten schloß, nahm er den Kampf von neuem auf und trieb den Vater zu dessen tiefem Leide zum äußersten. Durch seine Werbung um Isabella von England entzog ihm der Kaiser den erhofften Rückhalt und erschien im Sommer 1235 mit glänzendem, fremdländischem Gepränge in Deutschland. Von den Fürsten verlassen, gab sich Heinrich am 12. Juli in Worms ohne Widerstand gefangen und wurde zu lebenslänglicher Haft nach Apulien geschickt (gest. 1242); die staufischen Ministerialen in Schwaben fügten sich nach kurzer Gegenwehr.

Der letzte schwache Ansatz zu einem Reichsbeamtentum war damit endgültig beseitigt. Übrig blieben für die unmittelbare Reichsverwaltung nur noch die Reichsstädte und einige zerstreute Domänenbezirke; sonst stand das Reich im wesentlichen unter der Territorialhoheit der Fürsten. Der Kaiser organisierte diese Domänen als Landvogteien und begnügte sich im übrigen auf seinem letzten glänzenden Reichstage in Mainz im August 1235, einen allgemeinen Landfrieden unter den Fürsten zu gebieten, indem er als seinen Stellvertreter und obersten Schiedsrichter den „Hofrichter" (judex curiae) einsetzte. Dabei erhob er die welfischen Erblande zum Herzogtum

Braunschweig-Lüneburg, also zu einem geschlossenen reichsfürstlichen Territorium. Eine Möglichkeit, dem Kaisertum wieder eine festere Stellung zu verschaffen, bot sich jetzt nur noch in der Einziehung größerer fürstlicher Territorien für das Reich. Das geschah schon 1235 mit Schwaben, 1237 nach der Ächtung Friedrichs des Streitbaren (1236) mit Österreich und Steiermark. Nachdem Friedrich dann in Wien noch seinen Sohn Konrad (den Vierten) zum Nachfolger hatte anerkennen lassen, verließ er im August 1238 Deutschland zum zweitenmal. Sein und seines Hauses Schicksal vollzog sich fortan in Italien; auf Deutschland hat seine Tätigkeit nur noch einen mittelbaren Einfluß geübt.

Mit dem Papsttum hatte er seit 1230 äußerlich in gutem Einvernehmen gestanden. Er hatte die neuen demokratischen Bettelorden der Franziskaner und Dominikaner, die als eine straff zentralisierte streitbare Miliz der streitbaren Kirche die vernachlässigte Seelsorge durch Predigt und Beichthören, vor allem in den Städten, übernahmen, in ihrer raschen Ausbreitung eher begünstigt als gehemmt, gegen die Ketzerei sogar 1220 und 1232 grausame Edikte erlassen und den furchtbaren Ketzerrichter Konrad von Marburg gewähren lassen, bis dieser 1233 erschlagen wurde und ein Reichstag in Frankfurt 1234 die Klagen gegen Ketzerei an die ordentlichen Gerichte verwies. In demselben Jahre aber erlag am 27. Mai bei Oldenesch die freie friesische Bauernschaft der Stedinger zwischen Hunte und Weser nach heldenhafter Gegenwehr dem fünften Kreuzheere, das ihre fürstlichen Nachbarn unter dem Vorwand einer Ketzerverfolgung gegen sie heranführten, um ihre alte Freiheit zu vernichten.

Trotz dieses Zurückweichens vor der unduldsam werdenden Kirche, das dem Freigeist Friedrich nicht von Herzen kam, bestand sein Einvernehmen mit dem Papst die Probe nicht, als er daranging, die Hoheit des Reichs über die Lombarden wieder aufzurichten und somit tatsächlich die territoriale Einheit Italiens abzuschließen. Nach seinem glänzenden Siege über die Lombarden bei Cortenuova am Oglio im November 1237, der ihm fast alle Städte mit Ausnahme von Alessandria, Mailand und wenigen andern unterwarf, begann er auch im Königreich Italien eine der sizilianischen nachgebildete Verwaltung durch italienische Beamte einzuführen; er ernannte solche auch für die päpstlichen Rekuperationen und übertrug 1238 sogar die Insel Sardinien, die seit Honorius dem Dritten unter päpstlicher Hoheit stand, als Königreich seinem Lieblingssohne Enzio. Das führte zum Bruche. Schon im November desselben Jahres verbündete sich Gregor der Neunte mit den noch unabhängigen Lombardenstädten, vor allem mit Genua und Venedig, und schleuderte am 20. März 1239 zum zweitenmal den Bann gegen den Kaiser.

Der erbitterte Kampf, der nun begann, war ebenso ein Ringen um die Einheit Italiens unter dem Kaisertum wie ein Prinzipienstreit zwischen Staat und Kirche, erregte aber in Deutschland keine große Teilnahme. Nur Friedrich der Streitbare ertrotzte 1240 die Rückgabe seiner Länder, und die kaiserlichen und die bischöflichen Städte Frankens und Schwabens sandten schon 1239 Truppen nach Italien. Mit solcher Hilfe breitete der Kaiser durch Enzio seine Herrschaft über das päpstliche Mittelitalien aus, nahm selbst Ravenna und Faenza 1241, ließ wiederum durch Enzio eine genuesische Flotte, die englische und französische Bischöfe zum Konzil nach Rom führen sollte, am 3. Mai 1241 bei Elba wegnehmen und schloß dann Rom selber ein. Besiegt und halb verzweifelt, verschied da Gregor der Neunte am 2. August 1241 fast hundertjährig. Auf den Gang des gewaltigen Kampfes übte auch die furchtbare Mongolengefahr, die in denselben Jahren aus dem fernen Osten blitzschnell heranzog, keinen besondern Einfluß. Denn die rohen Massen dieser Steppenreiter brachen sich an dem Widerstande der deutschen Kultur in Schlesien und Mähren, an den festen Mauern ihrer Städte und Burgen und an dem Heldenmute der Ritterschaft Herzog Heinrichs des Frommen von Schlesien, wenn dieser auch der Übermacht auf der „Wahlstatt" bei Liegnitz am 9. April 1241 erlag; so rasch, wie sie gekommen waren, fluteten die verheerenden Wogen wieder zurück nach dem Osten.

So beherrschend war nun die Stellung des Kaisers im Süden, daß der päpstliche Stuhl volle anderthalb Jahre unbesetzt blieb und die Möglichkeit auftauchte, die päpstliche Gewalt werde gänzlich verschwinden. Dies aber erfüllte die großen Mächte wie die deutschen Bischöfe mit der äußersten

Besorgnis um ihre eigne Selbständigkeit. Darum schlossen Siegfried von Mainz und Konrad von Köln ein Bündnis; andrerseits drängte Ludwig der Neunte von Frankreich in Rom zu einer neuen Papstwahl. Der ihm in Deutschland drohenden Gefahr suchte Friedrich dadurch zu begegnen, daß er 1242 den Landgrafen Heinrich Raspe von Thüringen und König Wenzel von Böhmen zu seinen Stellvertretern im Reiche ernannte und einer Reihe von Städten Privilegien gab, also die Laienfürsten und die Städte gegen die Pfaffenfürsten ausspielte. Die neue Papstwahl aber erhob am 25. Juni 1243 den Genuesen Sinibald Fiesco Grafen von Lavagna als Innozenz den Vierten (1243—1254). Bisher ein Freund des Kaisers, schloß er mit diesem am 31. März 1244 einen billigen Frieden und versprach seine Vermittlung für die Verhandlungen mit den Lombarden; da diese jedoch Schwierigkeiten machten und die innere Konsequenz seiner Stellung ihn auf die Seite der Gegner des Kaisers drängte, so ging er zu Anfang Juli mit den Kardinälen nach Genua und von dort über die Alpen nach Lyon. Hier, außerhalb des kaiserlichen Bereichs, berief er ein Konzil, und dies, mit berechneter Überstürzung vorgehend, sprach am 17. Juli 1245 über den Kaiser wegen Sakrilegiums, Felonie, Meineids und Ketzerei die Entsetzung aus und löste seine Untertanen vom Eide der Treue. Das Papsttum hatte die steilste Höhe seiner Machtansprüche erstiegen.

Nun wählten am 12. Mai 1246 die drei rheinischen Erzbischöfe mit einigen andern zu Veitshöchheim bei Würzburg den Landgrafen Heinrich Raspe von Thüringen zum König. Doch hielten sich die weltlichen Fürsten ganz zurück, und die Städte des Südens unterstützten den König Konrad (den Vierten), Friedrichs Sohn, so energisch, daß dieser sich behaupten konnte, zumal da der Gegenkönig schon am 17. Februar 1247 auf der heimischen Wartburg verschied. Erst der Abfall Parmas vom Kaiser, der dann hier am 18. Februar 1248 eine schwere Niederlage erlitt, ermutigte die rheinischen Erzbischöfe, am 3. Oktober 1247 in der Person des jungen Grafen Wilhelm von Holland einen neuen Gegenkönig aufzustellen, und wiederum maßen sich die Kräfte der niederrheinischen und der schwäbisch-oberrheinischen Lande im verheerenden Bürgerkriege. Aber die Sache des Kaisers behauptete sich; ja er konnte sogar nach dem Falle Friedrichs des Streitbaren gegen die Ungarn bei Wiener-Neustadt am 15. Juni 1246 Österreich und Steiermark für das Reich einziehen und spannte die letzten Kräfte seines sizilischen Erbreichs zu einem neuen Stoße auf Rom an. Da ereilte den Rastlosen am 13. Dezember 1250 in seinem Schlosse Fiorentino bei Foggia in Apulien der Tod. Auch er wurde im Dome von Palermo beigesetzt. An der Personalunion Siziliens mit dem Reiche unter Konrad dem Vierten und an der Unabhängigkeit des Kaisertums vom Papsttum, also an der Gleichberechtigung beider Gewalten hat er unerschütterlich noch in seinem Testamente festgehalten. Darin liegt seine Größe. Aber keiner hat mehr als er dazu beigetragen, die Gesamtverfassung der Nation aufzulösen und die fürstliche Territorialhoheit zu fördern, um seiner Weltmachtpolitik willen, die mit seinem Tode zu Ende ging.

Trotzdem hat ihm das deutsche Volk lange Zeit ein treues Andenken bewahrt. Denn Friedrich der Zweite war der letzte Vertreter des glanzvollen alten Kaisertums, und je trostloser nach seinem Ende die Zustände wurden, um so mehr verklärte sich in der Erinnerung sein Bild. Das Volk wollte nicht glauben, daß der Kaiser, der fern von der Heimat verschieden war, wirklich gestorben sei; es verschmolz seine Gestalt mit der Karls des Großen; der Glaube ward lebendig, daß er in einen Berg entrückt sei, aber dereinst wiederkehren werde, das zerrüttete Reich zu erneuern und die entartete Kirche zu bessern. Mehr und mehr hing sich diese Sage an den Kyffhäuser bei der hohenstaufischen Pfalz Tilleda; erst das neunzehnte Jahrhundert hat sie auf Friedrich Barbarossa übertragen und mit diesem wieder Kaiser Wilhelms des Ersten ehrwürdige Gestalt verknüpft.

Friedrichs Haus fand im Süden den Untergang. Schon im Herbst 1251 gab Konrad der Vierte Deutschland auf, um sein sizilisches Erbreich anzutreten. Als er dort im Mai 1254 starb, ging der Anspruch auf seinen Sohn, den Knaben Conradino (geb. 1252) über, die tatsächliche Herrschaft auf seinen Stiefbruder Manfred, der sie erst in der Schlacht bei Benevent am 26. Februar 1266 gegen den päpstlichen Bewerber Karl von Anjou verlor. Konradin aber endete, nachdem er dem machthungrigen Franzosen bei Tagliacozzo in den Abruzzen

am 23. August 1268 unterlegen war, auf dem Karmelitermarkt in Neapel angesichts des herrlichen Golfs am 29. Oktober als Rebell durch das Henkerbeil. Seine letzte Ruhestätte fand er in der nahen kleinen Kirche Santa Maria del Carmine. Doch auch nach dem tragischen Untergange des hochbegabten Geschlechts lebten seine Grundgedanken in Italien bei der Partei der Ghibellinen unsterblich fort; sie verschmolzen später mit der italienischen Nationalidee und haben schließlich doch über das weltliche Papsttum triumphiert.

Aber zunächst waren in Italien wie in Deutschland die alten Grundlagen der Reichseinheit völlig zerstört, obwohl König Wilhelm hier seit 1251 allgemein anerkannt wurde; nicht einmal die ursprünglichste aller staatlichen Pflichten, die Wahrung der Sicherheit, vermochte das Königtum von sich aus zu erfüllen. Da traten zum erstenmal, auch für die Zeitgenossen überraschend, die westdeutschen Städte als eine politische Macht hervor und nahmen „wunderbar und gewaltig" die Behauptung des Reichsfriedens zum Schutze des freien Verkehrs, ihres Lebenselements, selbständig in die Hand. Aus einem Bündnis zwischen Mainz und Worms (Februar 1254), der Stiftung des reichen Arnold Walpod in Mainz, erwuchs schon 1255 ein Bund, der gegen siebzig Städte des Rheinlandes, des Neckartals und der Wetterau, von Hessen, Thüringen und Westfalen umfaßte und bald nicht nur die rheinischen Grafen und Herren, sondern auch größere Fürstentümer (Bayern und Thüringen) an sich zog. Klug und umsichtig trat König Wilhelm selbst an die Spitze und suchte eine dauernde Organisation zu schaffen, indem er seinem Hofrichter den Vorsitz des Bundestages übertrug, durch diesen einen Ausgleich zwischen den fürstlichen und den städtischen Interessen anbahnen und die Abhaltung von jährlich vier Bundestagen beschließen ließ. Im November bestätigte er diese Beschlüsse und bestellte zu Schiedsrichtern in den Streitigkeiten der Bundesglieder seinen Hofrichter und den Reichsschultheißen von Frankfurt mit vier andern. Ein aussichtsreicher Anfang war gemacht, das Reich auf der Grundlage einer Föderation städtischer und territorialer Gewalten unter der Leitung des Königtums wiederherzustellen.

Zum Unheil für Deutschland fiel König Wilhelm schon

am 28. Januar 1256 im Kampfe gegen die aufständischen Westfriesen. Ob es nun ein kluger Beschluß des rheinischen Städtebundes war, sich in der Frage der Königswahl neutral zu erklären und nur den Schutz des Reichsguts zu übernehmen, ist sehr zweifelhaft; denn dadurch überließen sie die Entscheidung den Fürsten und dem Papsttum allein. Unter den Wahl-(Kur)fürsten aber, einem Ausschuß des Fürstenstandes, der jetzt die Königswahl in die Hand nahm, überwogen die Laienfürsten; von den geistlichen wurden nur die drei rheinischen Erzbischöfe zugelassen; ein Beweis, daß das politische Ansehen der Bischöfe sehr schnell zurückging. Zu einer Verständigung aber kam es nicht. Vielmehr wählten die rheinischen Kurfürsten (Köln, Mainz, Pfalz) im Januar 1257 einen englischen Prinzen, den ganz unbedeutenden Richard von Cornwallis, die andern (Trier, Sachsen, Brandenburg) im April Alfons den Zehnten von Kastilien, den Enkel König Philipps, für den sich schon 1254 die italienischen Ghibellinenstädte ausgesprochen hatten. Bedeutung gewann keiner dieser beiden Schattenkönige, von denen nur Richard vorübergehend in Deutschland erschien; auch zu einem neuen Bürgerkriege kam es deshalb nicht; wohl aber spaltete die Doppelwahl den rheinischen Bund, und so ging der erste Versuch zu einer föderativen Verfassung des Reichs kläglich zugrunde; der Sondergeist behielt zunächst den Sieg.

Es war das Verhängnis des deutschen Volkes, daß gerade in dem Augenblicke, wo seine wirtschaftliche Entwicklung weit genug vorgeschritten war, um mit der naturalwirtschaftlichen Verquickung des Amts und verliehenen Grundbesitzes zu brechen und ein wirkliches besoldetes Reichsbeamtentum aufzustellen, die Organe und die Mittel zu dieser Reform fehlten. Nicht dem Reiche kam daher diese Möglichkeit zugute, sondern den Fürsten und den Städten. Auf diesen beiden neu aufsteigenden Mächten beruhte fortan die politische Entwicklung Deutschlands. Denn die Bauern, die große Masse des Volkes, waren längst nur noch wirtschaftlich tätig und nahmen am Staate nur mittelbar in kleinen örtlichen Verbänden teil; der niedere Adel aber, mit dem die Ministerialen allmählich verschmolzen, wurde jetzt, da ihm durch das Scheitern der Kaiserpolitik fast alle größern Aufgaben versperrt waren und ihm eine andre

als eine kriegerische Tätigkeit als unwürdig erschien, zu einer Last, ja zu einem Landschaden der Nation, zu einem Feinde aller staatlichen Ordnung.

Am schnellsten und kräftigsten bildeten die Städte eine moderne, konzentrierte, auf Geldsteuern und persönlichen Leistungen beruhende Verwaltung aus. Diese lag noch völlig in den Händen des neuen Stadtadels (Patriziat, Geschlechter), der sich aus den zensualischen Kaufleuten und den in der Stadt angesessenen Ministerialen gebildet hatte; die nunmehr persönlich und meist auch dinglich freien Handwerker waren zwar in Zünften unter patrizischen Meistern vereinigt und kriegsdienstpflichtig, entbehrten aber noch der inneren Autonomie (also der gerichtlichen, polizeilichen und statutarischen Gewalt in ihren Angelegenheiten) und des Anteils am Stadtregiment. Das Streben der Städte ging nun jetzt dem Stadtherrn gegenüber darauf hinaus, die von dessen Beamten verwalteten Hoheitsrechte in die Hände des Rats zu bringen. Gelang dieses vollständig und zwar so, daß die Stadtherrschaft überhaupt abgeworfen wurde, so trat die Stadt unmittelbar unter das Reich und wurde zur Reichsstadt (civitas imperii), also nur dem Kaiser verpflichtet; behauptete der Stadtherr mindestens seine Hoheit bei innerer Autonomie, so blieb sie Landstadt. Zu Reichsstädten wurden ohne eigentlichen Kampf die königlichen Pfalzstädte, deren Stadtherr eben der Kaiser war (Nürnberg, Frankfurt a. M.), und nach oft heftigem und langwierigem Ringen die meisten Bichofsstädte. Von ihnen rang sich Köln, die größte und wichtigste aller deutschen Städte dieser Zeit, erst in blutigen und erbitterten Kämpfen (1251 bis 1271) von ihren Erzbischöfen Konrad von Hochstaden und Engelbert dem Zweiten los; Straßburg erstritt sich mit Unterstützung des Grafen Rudolf von Habsburg in der Schlacht bei Hausbergen am 8. März 1262 die Freiheit vom Bischof Walter von Geroldseck. Von den Landstädten gelangten die bischöflichen damals nur teilweise zu einer kräftigen Autonomie, wie das erzbischöflich-kölnische Soest in Westfalen, dessen Stadtverfassung und Stadtrecht dann weithin im kolonialen Deutschland Geltung erhielt, und in größerer Zahl die laienfürstlichen Gemeinden, wie Braunschweig, das schon 1227 die herzogliche Vogtei erwarb und den Zünften große Selbständigkeit ge-

währte. Die Reichsstädte überwogen im Süden und Westen, schon weil es dort größere geschlossene Territorialfürstentümer nicht gab, die Landstädte im Norden und Osten und vor allem im kolonialen Deutschland, weil hier das Kaisertum längst zurückgetreten war und die Macht der Laienfürsten in diesen eroberten Ländern von Anfang an fester stand. Da es auch später den Städten nirgends, außer in der nachmaligen Schweiz, gelang, das platte Land, Adel und Bauern, in weiterm Umfange ihrem Kapital und ihrer Herrschaft zu unterwerfen, wie es in Italien geschehen war, ihr Landgebiet also überall klein blieb, so bewahrte Deutschland fast durchweg seinen monarchischen Charakter, und das platte Land erhielt sich seine Selbständigkeit; dafür aber entwickelte sich in Deutschland auch eine Schärfe der ständischen Gegensätze, wie sie Italien niemals gekannt hat.

Hinter den Städten standen an innerer Durchbildung die fürstlichen Territorien noch lange Zeit sehr weit zurück. Denn sie beruhten nicht mehr auf dem Stammeszusammenhang, der vielmehr seine politische Bedeutung verloren hatte, sondern auf der oft willkürlichen und zufälligen Verbindung von Eigen- und Lehnbesitz, von grundherrlichen, lehnsrechtlichen und amtlichen Befugnissen, von Stadt und Land, in zuweilen weit entlegnen und von fremden Besitzungen ähnlicher Art durchbrochnen Gebieten, und sie wurden zusammengehalten allein durch das herrschende Geschlecht, noch keineswegs durch gemeinsame Einrichtungen, daher geteilt, verkauft, verschenkt wie ein Ackergut; sie waren Fetzen des Reichs, im wesentlichen Anhäufungen von Grundherrschaften mit obrigkeitlichen Rechten, keine Staaten. Sie mit allen Mitteln zu vergrößern und abzurunden, darauf lief lange das ganze Streben dieser Herren hinaus; sie dachten lediglich dynastisch, nicht politisch, und an das Interesse des großen Ganzen überhaupt gar nicht. Nur im kolonialen Deutschland gab es damals größere Ziele und eine planmäßigere Politik.

Trotz solcher Mängel entsprachen diese Neubildungen der wirtschaftlichen Stufe der Nation weit besser als das Reich. Sie waren von mäßigem Umfang, deshalb von einem Mittelpunkt aus leicht zu übersehen; es konnte sich hier allmählich eine wirksame Zentralverwaltung und ein wirkliches Beamten-

tum bilden, die im Reiche unmöglich waren. In den Territorien wurde wirklich regiert, gut oder schlecht, aber regiert. Die Untertanen empfanden darum das Walten ihrer Landesherren viel lebendiger als die Tätigkeit der ihnen fernstehenden Kaiser und bezeugten wieder ihr Interesse an diesen mitunter sehr scharf ausgeprägten Persönlichkeiten schon dadurch, daß sie ihnen charakteristische Beinamen verliehen, die den Kaisern fast völlig fehlten.

Am größten war die Auflösung im Westen des Reichs. Hier lag neben den zahlreichen geistlichen Territorien des Rheinlandes ein einziges großes Laienfürstentum, das halbfranzösische (Ober-)Lothringen. Das alte Niederlothringen, ein wichtiger Teil des fränkischen Austrasiens und unter Karl dem Großen das Zentrum des Reichs, war seitdem niemals wieder der Sitz des Kaisertums gewesen. National gemischt, im südlichen Drittel französisch, in der Mitte niederfränkisch, an der Nordsee friesisch, lag es den späteren Sitzen des Kaisertums ziemlich fern und stand zugleich durch die Maas und den Rhein, den es von St. Goar an beherrschte, im engsten Verkehr mit dem Auslande, namentlich mit Flandern und England. So hatte es sich schon gegen Ende des elften Jahrhunderts in eine Reihe kleinerer Territorien aufgelöst. Von diesen waren die wichtigsten in der Südhälfte die Herzogtümer Brabant und Limburg, die Grafschaften Namur, Geldern und Hennegau (seit der Mitte des elften Jahrhunderts gewöhnlich mit dem französischen Flandern in einer Hand vereinigt), das Bistum Lüttich, im Norden die Grafschaft Holland (d. i. Holtland, Waldland), die sich im elften Jahrhundert südwärts bis an die Scheldemündung ausgebreitet, im Anfang des dreizehnten Jahrhunderts auch Westfriesland gewonnen hatte, daneben das Bistum Utrecht, im Osten die Erzstifter Köln und Trier. Im benachbarten Herzogtum Franken hatte es nur die Pfalzgrafschaft zu einem ansehnlichen weltlichen Territorium gebracht; sonst herrschten hier die geistlichen Territorien vor, von denen die Stiftslande von Mainz, Würzburg und Bamberg die ausgedehntesten waren; im Nordosten standen größere und kleinere Grafschaften, namentlich Hessen, neben den reichen Abteien Fulda und Hersfeld. Im Herzen des alten Herzogtums Schwaben brachten die Grafen von Württemberg (Wirtine-

berg, d. h. Frauenberg bei Cannstatt) erst sehr langsam ein etwas größeres Ganze zusammen. Dagegen beherrschten in Bayern die Herzöge aus dem Hause Wittelsbach den größten Teil des Landes am Nordfuße der Alpen und verbanden damit 1214 (durch Belehnung Ludwigs des Ersten von Kelheim) die schöne Rheinpfalz, zerrissen aber ihr Erbe 1255 durch die sich auch später oft einmal wiederholende Teilung in Niederbayern und Oberbayern, dessen Hauptstadt das junge München wurde (= zu den Mönchen). Im bayrischen Alpenlande legte die Vereinigung des Erbes der Andechser und der Grafen von Tirol (bei Meran) den Grund zu einem neuen ansehnlichen Fürstentum unter Otto dem Zweiten von Andechs. Nach dessen Tode 1253 zog sein Schwiegersohn Meinhard von Görz allmählich das Ganze, auch die Hoheit über das Stift Trient, an sich. Um 1271 tritt dann zuerst der zusammenfassende neue Landesname „Grafschaft Tirol“ (Comitatus Tirolensis) nach der Burg bei Meran auf. Von den bayrischen Koloniallanden im Osten von der Enns waren Österreich und Steiermark, beides sehr geschlossene, von geistlichen Immunitäten nur wenig durchsetzte Markgebiete, 1192 nach dem Aussterben der steirischen Ottokare durch einen Erbvertrag unter den Babenbergern vereinigt worden, das durch geistliche Herrschaften sehr eingeengte Herzogtum Kärnten (mit Krain) dagegen unter wechselnden Geschlechtern für sich geblieben. Als die Babenberger mit Friedrich dem Streitbaren 1246 geendet hatten, gelang es nach Kaiser Friedrichs des Zweiten Tode dem hochstrebenden Prschemysliden Ottokar dem Zweiten von Böhmen und Mähren im Wettkampfe mit Ungarn 1251 Österreich, 1259 auch Steiermark durch Vertrag mit dem Adel an sich zu bringen und den ungarischen Anspruch durch den glänzenden Sieg auf dem Marchfelde am 12. Juli 1260 zurückzuweisen. Diesen Erwerbungen fügte er 1270 nach dem Testamente des letzten Herzogs Ulrich aus dem rheinischen Hause Sponheim-Lavantthal (1268) noch Kärnten und Krain hinzu. Vom Adriatischen Meere bis an den Nordabhang des Erzgebirges reichte das Gebiet dieses deutschslawischen Böhmenkönigs.

Kaum minder zerfahren als das südwestliche Deutschland war nach dem Falle Heinrichs des Löwen der Norden, das alte Herzogtum Sachsen. Was noch diesen Namen führte,

waren kleine Grenzlandschaften an der Elbe um Wittenberg und um Lauenburg. Wichtiger war das welfische Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, aber daneben nahmen die (acht) Stiftsgebiete einen kaum minder großen Raum ein als im Rheinlande. Ganz selbständig neben Sachsen stand jetzt die Landgrafschaft Thüringen, die unter dem fränkischen Hause Ludwigs des Bärtigen (gest. 1056) 1137 mit der Landgrafschaft Hessen vereinigt worden war und ihrem Inhaber herzogliche Gewalt verlieh. Als dieses Geschlecht 1247 mit Heinrich Raspe in seiner männlichen Linie ausstarb, fiel nach langem Streite 1264 Hessen an das Haus Brabant, Thüringen (mit der kurz nach 1200 erworbnen sächsischen Pfalzgrafschaft) an die Wettiner, also an die Vertreter zweier weiblicher Nebenlinien, und trat dadurch in enge Beziehungen zu dem kolonialen Deutschland.

Denn wie auf dem erst eroberten Boden im Südosten, so entwickelten sich auch im Nordosten unter dem Zwange beständiger Abwehr auf der Grundlage markgräflicher Gewalten kraftvollere Staatengebilde, die auf der militärischen Landeseinteilung in Burgwarte eine weltliche Verwaltung durch Vögte gründeten, ihre Vasallen straff im Zaume hielten und die Bistümer entweder unter ihre Hoheit brachten oder sie wenigstens zu keinen umfänglicheren Besitzungen kommen ließen. Das älteste dieser Machtgebilde ist der Besitz des Hauses Wettin, die Marken Meißen und (Nieder-)Lausitz. Mit ihnen vereinigte Heinrich der Erlauchte (1221—1288), der beide von seinem Vater Dietrich dem Bedrängten übernommen hatte, 1246 noch eine ausgedehnte Reichsdomäne, das Pleißnerland, zunächst als Pfand für die Mitgift der Kaisertochter Margarete von Hohenstaufen bei der Verlobung mit seinem Sohne Albrecht (dem Entarteten), 1264 auch Thüringen. Die Wettiner besaßen also zusammenhängende Territorien von der Werra bis an die Oder und beherrschten damit eine der wichtigsten Straßen (die „Hohe Straße“) nach dem slawischen Osten. Aber Heinrich zerstörte diese zukunftsreiche mitteldeutsche Machtbildung wieder, indem er 1265 Thüringen und die Pfalz Sachsen an Albrecht, die sogenannte Mark Landsberg an den jüngern Sohn Dietrich verlieh und dadurch Anlaß zu einem langen, wüsten Bruderkriege gab, dessen Nachwirkungen die wettinische Macht völlig aufzulösen drohten.

Während hier die Grenzen im Osten schon lange wesentlich feststanden, schoben sie sich in den nördlich von Meißen gelegnen Eroberungsgebieten fortwährend weiter vor. Die Ausgestaltung dieser Länder hängt also mit dem Fortgang der deutschen Kolonisation aufs engste zusammen.

Da die Entfaltung der deutschen Volkskraft nur noch in geringem Maße von der kaiserlichen Politik abhing, so bedeutete der Verfall des Kaisertums eben nicht den Verfall der Nation. Vielmehr vollendete diese mitten in der Auflösung ihrer alten Reichsordnung unter der Führung nicht des Kaisertums, sondern der Fürsten die Germanisierung des Ostens.

Mit dem Beginn des dreizehnten Jahrhunderts trat neben die bäuerliche Kolonisation die städtische, und mit reißender Schnelligkeit bedeckte sich seitdem das weite Land bis zum Finnischen Meerbusen und bis zu den siebenbürgischen Karpathen mit deutschen Pflanzungen und Staatenbildungen. Damals wurden für Jahrhunderte die Grenzen des deutschen Volkstums festgestellt und die Hälfte seines jetzigen Gebietes ihm erworben. Wie das deutsche Dorf, so entstand die deutsche Kolonialstadt auf dem Boden einer slawischen Ortschaft, deren Namen sie dann annahm, oder auf ganz unbebautem Lande, nicht allmählich, sondern durch einen bewußten Gründungsakt in ganz regelmäßiger Anlage (rechtwinklig sich kreuzende Straßen um einen großen viereckigen Markt oder „Ring“) unter einer freien Stadtverfassung, die im Norden nach lübischem oder magdeburgischem, also sächsischem, im Südosten nach schwäbischem oder fränkischem Rechte eingerichtet wurde. Wo deutsche Siedlungen unter einer fremden Staatsgewalt erwuchsen, da durchbrachen sie das einheimische Recht durch ihr Ausnahmerecht, waren deutsche Sprach- und Kulturinseln inmitten einer tieferstehenden undeutschen Bevölkerung. Aber nur da wurzelte das Deutschtum fest, wo es ihm gelang, auch das platte Land zu besiedeln und die Staatsgewalt zu erwerben; wo dies nicht geschah, ist es später wieder verkümmert.

Die deutsche Kolonisation unter deutschem Staatsrecht vollzog sich zunächst an der ganzen Ostseeküste fast bis zur Weichsel. Im Obotritenlande (Slavien) entstand als deutsche Stadt, noch vor 1220, Wismar, 1217 Rostock, und wetteifernd kolonisierten die Stifter das Binnenland. Nach wenig Jahren

lag Parchim in deutscher Umgebung; das Land Malchin war 1042 eine „weite Einöde", 1247 eine blühende deutsche Kolonie. Die slawische Kastellanatsverfassung wurde durch die deutsche Vogteiverfassung verdrängt, der slawische Adel unterwarf sich dem deutschen Lehnswesen, der Hof der Obotritenfürsten wurde deutsch, und die slawische Bevölkerung hielt sich nur noch in entlegneren Strichen. Im Fürstentum Rügen, das bis 1325 unter dänischer Hoheit blieb, erhielt doch Stralsund, wahrscheinlich zuerst eine dänische Gründung König Waldemars des Zweiten, schon 1284 lübisches Recht; auf dem Grunde des Klosters Eldena entstand noch vor 1248 die Stadt Greifswald, und das ganze Land nördlich von der Hylde (Ryk), ursprünglich Urwald, war bis 1250 germanisiert. Auf der Insel Rügen hielt sich das slawische Wesen länger, aber um 1250 erscheinen auch hier deutsche Vögte. Der Germanisator Pommerns war Herzog Barnim der Erste (1220—1278). Scharenweise wanderten hier edle Geschlechter aus Holstein, Sachsen, Thüringen und den Rheinlanden ein, und auch die wenigen übrig bleibenden slawischen Geschlechter fügten sich deutschem Lehnsrecht und Hofbrauch. Die bäuerlich-städtische Kolonisation überzog am raschesten den fruchtbaren Landstrich zwischen Peene, Hylde und Tollense; Anklam erhielt 1244, Wolgast 1257 deutsches Recht, der uralte slawische Handelsplatz Julin (Wollin) vor 1264. Im Ukerlande entstanden Prenzlau und Pasewalk um 1235; ja seiner eignen Hauptstadt Stettin gab Barnim 1234 deutsches Recht, und er siedelte selbst nach der neuen deutschen Stadt Damm über. Das Land östlich von der Oder bedeckten besonders die Klöster und die hier reichlich begabten Ritterorden mit deutschen Dörfern, die Johanniter um Stargard, die Tempelherren in der spätern Neumark um Küstrin; die wichtige Stadt Kolberg erwuchs an den reichen Salzquellen unweit der Persantemündung als eine Kolonie von Greifswald 1255 auf dem Grund und Boden des Bistums Cammin. Weiter ostwärts im slawischen Fürstentum Pommerellen bestand unter der Herzogsburg Gdansk schon 1263 die deutsche Stadt Danzig.

Ostwärts von der Weichsel aber begann in der ersten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts ein gewaltiges kriegerisches Ringen, das deutsche Nachspiel zu den Kreuzzügen. Dieses ganze Küstenland bis an die Narowa hin wurde in einem halben Jahrhundert deutscher Herrschaft und Kultur unterworfen. Es war ein unermeßliches, schwer gangbares Land voll Urwälder und Moore, mit mächtigen Strömen und zahllosen Seen, wo in gruppenweise zerstreuten, dünnen Beständen litauische und finnische Stämme saßen: die Preußen zwischen Weichsel und Njemen, die Letten bis an den Peipussee und die Embach, die finnischen Esten im Norden beider. Wie immer in dieser Zeit war das ein gemeinsames Werk aller Stände, deutscher Ritter und Priester, Bürger und Bauern; aber es vollzog sich hier unter der Führung nicht der Fürsten, sondern geistlich-ritterlicher Genossenschaften: nur solche waren damals zu der planvollen Energie befähigt, die dort den erobernden Kolonisator beseelen mußte.

Deutsche Schiffer aus Gotland waren es, die zwischen 1164 und 1170 zuerst in die breite Mündung der Düna einfuhren. Doch festen Fuß faßten sie erst, als der Augustiner Meinhard von Segeberg 1185 in Üxküll (Ikeskola) eine Kirche, 1188 ein Bistum (unter Bremen) gründete, und sein Nachfolger Bertold die ersten deutschen Kreuzfahrer an die Düna führte. Das Werk beider setzte der Bremer Domherr Adalbert von Apeldorn fort, einer der größten Kolonisatoren germanischen Stammes. Er stiftete 1201 Riga als festen Sitz seines Bistums und rief 1202 den neuen Ritterorden der Schwertbrüder nach der Regel der Templer ins Leben, der nun unter der Oberhoheit des Bistums Riga die Eroberung des untern Dünalandes planmäßig begann. Schon 1207 wurde das Gebiet als Reichslehen anerkannt, bis 1219 auch Semgallen unterworfen, noch früher die Bezwingung auch Estlands begonnen. Halb im Bunde, halb im Wettstreit mit den Dänen, die hier 1218 erschienen, gelang es bis 1224 das Land völlig zu bemeistern, auch die letzte Estenfeste Dorpat. Den nördlichen Teil Estlands behaupteten die Dänen, den südlichen Teil und etwa ein Drittel Livlands der Schwertorden, dessen Meister seit 1224 auf dem stolzen Schlosse Wenden saß; den Rest nahmen die Bistümer in Besitz, Selburg (für Semgallen), Dorpat und Ösel für Estland, alle als Vasallen des Bischofs von Riga, dessen Eroberungen Kaiser Friedrich der Zweite 1225 als Markgrafschaft des Reichs anerkannte. Doch nur die

Städte, vor allem Riga und das estnische Reval (1248), und der alsbald einwandernde Lehnsadel waren deutsch, die Landbevölkerung nahm zwar allmählich das Christentum an und wurde den Eroberern leibeigen, hielt aber die einheimische Sprache und Sitte fest; die Germanisierung des Landes blieb also unvollendet. Da nun Livland auch politisch keine strenge Einheit, sondern ein lockrer, oft zwieträchtiger geistlicher Staatenbund war und jedes territorialen Zusammenhanges mit dem deutschen Mutterlande entbehrte, so war die Zukunft der Kolonie aufs äußerste gefährdet, als die zersplitterten Stämme des großen Litauervolks im weiten Hinterlande zu einem Großfürstentum zusammenwuchsen und der tapfere Ordensmeister Volkwin am 22. September 1236 in der Schlacht von Alt-Rhaden (Saule) in Kurland der heidnischen Übermacht erlag. Retten konnte nur der sofortige enge Anschluß Livlands an die junge Macht, die soeben an der untren Weichsel emporstieg, und er wurde ohne Zögern vollzogen; im Mai 1237 sprach Gregor der Neunte zu Viterbo die Vereinigung der Schwertbrüder mit dem Deutschen Ritterorden zu St. Marien aus und leitete damit eine neue glorreiche Periode in der Geschichte der Ostseelande ein.

Der Deutsche Ritterorden umfaßte damals nur eine kleine Anzahl von Ritterbrüdern, die durch das vierfache Gelübde des Gehorsams, der Armut, der Keuschheit und des Kampfes gegen die Ungläubigen gebunden waren; die Mehrzahl bestand aus Laienbrüdern und dienenden Brüdern, die zu den Verwaltnngsgeschäften nnd zur Krankenpflege verwandt wurden. Die Ritter bildeten also nicht ein Heer, sondern nur den Generalstab, eine führende Aristokratie, aber eine Gemeinschaft blind gehorsamer, entschlossener, aufopferungsfähiger Männer. Sie waren in mönchisch-militärische Gruppen von je zwölf Brüdern (Konvente) unter einem Komtur (Kommendator, Gebietiger) gegliedert, deren mehrere unter einem Landmeister vereinigt wurden, während die Oberleitung des ganzen Ordens in den Händen des Hochmeisters und des „Kapitels" der Komture lag.

Der Gedanke, die Haupttätigkeit des Ordens von dem halbverlorenen Syrien hinüber nach Osteuropa zu lenken, entsprang dem Geiste des ersten großen Hochmeisters, des Thüringers Hermann von Salza. Kaum war sein erster kühner

Versuch in Siebenbürgen 1225 aufgegeben (s. S. 201), da rief der polnische Herzog Konrad von Masovien, bedrängt von den durch Bekehrungsversuche gereizten heidnischen Preußen, die sogar sein Kulmerland erobert hatten, 1226 den Orden an die untere Weichsel. Bedächtig ließ sich Hermann die Schenkung des Kulmerlandes vom Kaiser bestätigen und das zu erobernde Preußen zuweisen, vom Papste die Erlaubnis zur Kreuzpredigt geben; denn polnischer Vasall wollte er nicht werden. Kaum hatten sich nun kleine Abteilungen von Brüdern seit 1226 am linken Weichselufer festgesetzt und rechts vom Strome Kulm in Besitz genommen, da begann der Orden seine erobernde Kolonisation mit musterhafter Umsicht. Er sicherte sich seine Operationslinien immer durch Pfahlburgen, siedelte unter ihrem Schutze sofort eine städtische Bevölkerung nach lübischem Rechte an und drang von diesen festen Punkten aus, von bald schwächeren, bald stärkeren Kreuzheeren unterstützt, Schritt für Schritt ins Innere vor. Die Preußen, in selbständige kleine Stämme zersplittert, eine dienstbare Bevölkerung unter einem zahlreichen, waffentüchtigen Adel, leisteten zunächst keinen geschlossenen Widerstand. So schob der Orden, seitdem 1231 der Landmeister Hermann Balk die Weichsel überschritten hatte, seine Burgen und Städte binnen einem Jahrzehnt bis an den untern Pregel vor, gründete noch 1231 Thorn, 1233 nach dem Siege an der Sirguna (Sorge) Marienwerder, 1237 Elbing und eroberte 1239 das feste Balga am Frischen Haff. Einen ersten großen Aufstand der unterworfnen Stämme, den der Herzog Swantopolk von Pommerellen unterstützte, warf er 1242/49 in harten Kämpfen zu Boden, gewährte aber den bekehrten Preußen gleiches Recht, ordnete 1243 die kirchliche Organisation des Landes in vier Bistümer (Pomesanien, Löbau, Ermland, Samland) und nahm zugleich die ländliche Kolonisation in Angriff, indem er deutschen Edeln Lehnsbesitz übertrug und deutsche Bauern nach flämischen Hufen ansetzte. Dann stieß er kühn nach Nordosten vor, gründete 1252 die Memelburg am Kurischen Haff, um die Verbindung mit Livland zu sichern, unterwarf zu Anfang 1255 mit Hilfe eines Kreuzheeres, das König Ottokar der Zweite von Böhmen und Otto der Dritte von Brandenburg über das Eis des Frischen Haffs heranführten, Samland und legte zu dessen Schutze am

Ausflusse des Pregels Königsberg an, das seinen Namen zu Ehren des Böhmenkönigs erhielt.

Da entfesselte die blutige Niederlage des livländischen Landmeisters Burkard von Hornhausen gegen die Litauer am Durben östlich von Libau am 13. Juli 1260 den zweiten und furchtbarsten Preußenaufstand, der alles Eroberte wieder in Frage stellte. Noch im Spätsommer desselben Jahres, am 20. September, erhob sich das ganze Volk mit einem Schlage unter der Führung seines ersten und letzten Helden, Heinrich Monte, der in Magdeburg christlich erzogen, aber Preuße geblieben war. Was sich von Deutschen nicht in die Wälder und Burgen flüchtete, wurde erschlagen; überall wurden die Landkirchen zerstört. In grimmigen, erbarmungslosen Kämpfen rangen christliche Begeisterung und heidnische Wut, deutsche Kultur und slawische Barbarei; doch gingen schließlich im Osten alle Burgen verloren bis auf die Seeplätze Memel, Königsberg und Balga, und auch im Westen behauptete der Orden nur noch Pomesanien und das Kulmerland, das rechte Weichselufer. Dazu fluteten gegen Livland die verbündeten Litauer und Russen heran, um die aufständischen Kurländer und Semgallen zu unterstützen. Erst die Begründung der Burg Mitau 1265 zwang die Kurländer 1267 zur Unterwerfung, die Russen wurden zu Anfang 1268 bei Maholm an der Ostgrenze Estlands glücklich abgewehrt, endlich 1273 auch die Semgallen zur Ergebung genötigt. Das wirkte auch auf Preußen zurück. Vom Jahre 1265 an gelang es, Samland wieder zu bezwingen, bis 1273 auch die übrigen Landschaften; in demselben Jahre fiel Heinrich Monte dem Orden in die Hand und starb den Tod durch Henkershand. Endlich vollendete der Landmeister Konrad von Thierberg bis 1283 die Eroberung der noch freien litauischen Landschaft Sudauen im Südosten. Gegen die Litauer aber erhob sich schon 1274 das feste Dünaburg. Für die Unterworfnen waren jetzt die Zeiten der Milde zu Ende. Sie wurden allesamt unfreie Leute, die treugebliebnen dagegen zu Freien oder Edeln erhoben. Die deutsche Herrschaft von der untern Weichsel bis zur Narowa war begründet.

Langsamer schoben die Askanier in **Brandenburg**, dem Kernlande der nordostdeutschen Kolonisation, ihre Grenzen vor,

teils ostwärts mit Beseitigung der letzten noch einheimischen Fürsten bis an und über die Oder, teils nordwärts auf Kosten Pommerns, auf das sie, wohl mit Berufung auf die Zeit Heinrichs des Löwen, oberlehnsherrliche Ansprüche erhoben, die sie sich 1231 von Kaiser Friedrich dem Zweiten bestätigen ließen. Unter Albrecht dem Zweiten (1205—1220) und dem einträchtigen Brüderpaare Johann dem Ersten und Otto dem Dritten (1220—1266) wurde 1215 Oderberg an der Grenze gegen Pommern begründet, dann Teltow und Barnim zu beiden Seiten der Spree erworben, 1236 nach heftigem Kampfe im Vertrag von Kremmen die Lande Stargard und Wustrow, ungefähr das heutige Mecklenburg-Strelitz, endlich auch die fruchtbare Ukermark den Pommern entrissen, bis zum Jahre 1260 endlich schon jenseits der Oder die Neumark und das polnische Lebus durch Kampf oder Kauf erworben, während im Süden das Land Budissin (Bautzen) 1261 als Mitgift der böhmischen Prinzessin Beatrix an Otto den Dritten fiel. Die ländliche Kolonisation war dabei überwiegend das Werk der neugegründeten Klöster, Zehdenik in der Ukermark 1249, Friedland 1250 und Chorin 1272 im Barnim; die städtische wurde die Aufgabe der Landesherren, die seit 1225 eine ganze Reihe von Stadtgemeinden nach dem Vorbilde Brandenburgs und der altmärkischen Städte gründeten: Spandau, Berlin und Kölln (einander gegenüber an einer Teilung der Spree) um 1230, Neu-Friedland 1244 und Neu-Brandenburg 1248, beide im altpommerschen Gebiet, Frankfurt a. d. O. 1253, Küstrin und Landsberg an der Warthe 1257 zum Schutze der Ostgrenze gegen Polen.

Friedlich wie bisher blieben die Fortschritte des Deutschtums in den Landen der **Wettiner** zwischen Saale und Bober. Die Germanisierung des „Vogtlandes" an der obern Elster vollendete der Deutsche Orden, der damals in Plauen einen seiner Hauptsitze hatte; die städtische Besiedlung des Erzgebirges knüpfte sich im wesentlichen an die große Straße, die längs seiner nördlichen flachen Abdachung über Freiberg zur Elbe führte (Zwickau um 1212, Glauchau 1261, Chemnitz 1264); die bäuerliche schob sich weiter südwärts nach dem Kamme hinauf, erreichte ihn aber damals noch nicht überall. Da, wo diese Straße die Elbe berührt, entstand noch vor 1215

Dresden als deutsche Stadt unter dem Schutze einer markgräflichen Burg. Doch wichtiger war damals der weiter nördlich gelegne Elbübergang der „Hohen Straße" von Thüringen über Leipzig nach dem Osten. Nicht weit von ihm erwuchs noch vor 1270 Großenhain zu einem bedeutenden Handelsplatze, und längs der Fortsetzung dieser Straße durch das alte Milzenerland über Bautzen nach dem Bober hin entstanden in der ersten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts an den herkömmlichen Raststellen der Fuhrleute deutsche Stadtgemeinden: Kamenz, Bautzen (bei der alten sorbischen Landesfeste), Löbau, Görlitz, Lauban, alle nach magdeburgischem Recht, zum Teil mit einer flämischen Handwerkerbevölkerung. Eine zweite Linie für das Vordringen deutscher und zwar ländlicher Besiedlung führte vom bischöflich meißnischen Bischofswerda in das fast unbewohnte waldbedeckte Gebirgsland längs der Nordgrenze Böhmens nach dem damals noch böhmischen, fast menschenleeren Gau Zagost (d. h. hinter dem Walde) hin, wo Reichenberg und Friedland um 1250 als deutsche Dörfer entstanden und das ältere Zittau 1255 von Ottokar dem Zweiten deutsches Stadtrecht erhielt. So wurden die alten Wohnsitze der Sorben um Bautzen rings im Westen, Süden und Osten vom deutschen Kolonialboden umschlossen und behaupteten nur im Norden einen territorialen Zusammenhang mit den sorbischen Stammverwandten in der (Nieder-)Lausitz; denn dieses Sumpf- und Sandland blieb bis tief ins sechzehnte Jahrhundert größtenteils slawisch und wurde nur inselartig von deutschen Stadtgemeinden (Guben 1235) oder Klostergründungen (Dobrilug 1165, Neuzelle 1268) durchsetzt.

Aber das ganze noch sorbische Land war schon damals zur Sprachinsel geworden. Denn unaufhaltsam flutete der Strom der deutschen Ansiedler, Sachsen, fränkischen Rheinländer, Thüringer über die Reichsgrenze hinüber nach dem polnischen *Schlesien*, der alten Vandalenheimat an der Oder. Da dort das Staatsrecht noch lange slawisch blieb, so gründeten sie ihre Ortschaften nach Ausnahmerecht, und eifrig förderte das polnische Fürstenhaus der Piasten diese Entwicklung. Denn um ihre Selbständigkeit gegen Polen zu behaupten, wandten sich die niederschlesischen Piasten, besonders seit Heinrich dem Ersten, dem Bärtigen (1202—1238), und Heinrich dem Zweiten, dem

Frommen, der 1241 gegen die Mongolen als Vorkämpfer Deutschlands fiel, in bewußter Abkehr vom Polentume dem deutschen Wesen zu, sperrten ihre Grenze gegen das polnisch bleibende Oberschlesien durch den großen „Verhau" (Presseka), der von Wartha am Durchbruch der Glatzer Neiße quer durchs Land bis Namslau und Kreuzburg reichte, und verschwägerten sich mit deutschen Fürstengeschlechtern. Zahlreiche von ihnen gestiftete Klöster (Leubus, Heinrichau, Trebnitz, die Augustiner von Breslau) erfüllten das Land von den Sudeten bis an die polnische Grenze mit deutschen Dörfern, deren bis 1300 im ganzen gegen 1500 angelegt wurden. Die Landesherren bewidmeten auch hier meist Städte mit deutschem (magdeburgischem) Recht, zuerst 1211 Goldberg an eben aufgefundnen Erzlagerstätten, 1222 Neumarkt an der großen Straße nach Südosten, in besonders rascher Folge nach den schrecklichen Lehren des Mongolensturms von 1241: Trebnitz 1241, Striegau 1242, Landeshut 1249, Brieg 1250, Liegnitz 1252, Glogau 1253. Breslau, der kirchliche Mittelpunkt ganz Schlesiens, hatte schon zu Anfang des Jahrhunderts eine wallonisch-deutsche Kolonie und erhielt 1263 für die Altstadt magdeburgisches Recht.

Die drei großen Landschaften, aus deren Zusammenschluß nachmals der preußische Staat erwachsen sollte, das baltische Küstenland, Brandenburg und Schlesien, waren also noch vor dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts dem Deutschtum gewonnen. Aber es blieb eine dauernde Schwäche der deutschen Stellung im Osten, die sich in unseren Tagen bitter gerächt hat, daß im Kernlande Polens auf adligem oder königlichem Boden nicht deutsche Dörfer, sondern nur deutsche Städte, meist mäßigen Umfanges und wesentlich als Finanzspekulationen der Grundherrn entstanden, wie Fraustadt vor 1204, Posen 1252, Krakau 1257, Gnesen vor 1262, das platte Land also polnisch blieb.

In ganz andrer Weise wiederum ergriff die deutsche Kolonisation die alten tschechischen Reichslande *Böhmen* und *Mähren* und weit im Osten Ungarn. Denn unter den gleich den schlesischen Piasten deutschfreundlichen Prschemysliden wandelte die bäuerliche deutsche Besiedlung, auch hier überwiegend von den Zisterziensern und Prämonstratensern (Waldsassen, Ossegg, Tepl, Doxan, Plaß, Hohenfurt, Goldenkron),

daneben von den Johannitern und Deutschherren, zuweilen unmittelbar vom Landesherrn geleitet, das ganze, mehrere Tagereisen breite, von tschechischer Bevölkerung fast unbewohnte Gebirgs- und Waldland im Norden, Osten und Westen Böhmens, auch das 1093 einem polnischen Piasten zum Lehen gegebne herrliche Glatzer Land, in ein geschlossenes deutsches Kultur- und Sprachgebiet. Zugleich entstanden durch das ganze Land hin, zum Teil hervorgerufen oder gefördert durch das Aufblühen des Silberbergbaues, deutsche Stadtgemeinden, die, wenn sie auf königlichem Grunde lagen, von der Gerichtsbarkeit des Bezirksvorstandes, des Shupan, befreit und unmittelbar dem königlichen Unterkämmerer untergeordnet wurden. Ottokar der Erste, Wenzel und Ottokar der Zweite riefen über zwanzig königliche Städte ins Leben (Leitmeritz, Aussig, Brüx, Ellenbogen, Pilsen, Mies, Budweis, Kolin, Kuttenberg, Deutschbrod u. a. m.), darunter neben der ältern Altstadt Prag die Neustadt bei St. Gallus und die Kleinseite unter dem Hradschin, der Königsburg. Weniger geschlossen gestaltete sich die deutsche Kolonisation in Mähren. Hier begann die städtische früher als in Böhmen mit Freudenthal 1213; dann folgten Mährisch-Neustadt, Olmütz, Brünn um 1223, Znaim 1226, die später durch ihr Bergrecht weithin wirksame Bergstadt Iglau vor 1227. Die ländliche war vor allem das Werk der mönchischen Genossenschaften (der Johanniter, der Zisterzienser von Wellehrad und Oslawan, der Prämonstratenser von Hradisch, der Benediktiner von Trebisch und Raigern), aber sie bemeisterte das Land nur strichweise. In beiden Ländern blieb daher der Kern der Bevölkerung, obwohl er von deutscher Kultur überflutet war, doch slawisch, daher auch das Staatsrecht.

Selbst Ungarn, dessen Raubscharen Deutschland so lange verheert hatten, öffnete sich unter dem Einflusse der von Stephan dem Heiligen (995—1038) begründeten Kirche und des anschwellenden Verkehrs während der Kreuzzugszeit deutscher Einwandrung. Doch kam es zu deutschen Massenansiedlungen nur in einigen entlegnen, noch unbebauten Gebirgslandschaften, in der nordungarischen Zips an der Hohen Tatra (die später, 1271, ihre gemeinsame Ordnung erhielten) und in der fernen Einöde „jenseits des Waldes", wo schon unter Geisa

dem Zweiten (1141—1161) niederrheinische Siedler den herrlichen Gau von Sibin anbauten und nach ihm dem ganzen Lande den Namen Siebenbürgen gaben. Ganz an der Südostecke dieser natürlichen Gebirgsbastion, dem Kernlande des alten Dakiens, „im öden und unbewohnten Burzenlande" um Kronstadt, begann unter Andreas dem Zweiten der Deutsche Ritterorden seine festen Burgen gegen das Räubervolk der Kumanen zu bauen und deutsche Bauern anzusiedeln. Als er sein Gebiet von Ungarn losreißen und direkt unter Rom stellen wollte, verjagte der König 1225 die Ritter, aber ihr Kulturwerk blieb aufrecht. Wenig später entstand die deutsche Kolonie im Nösnergau an der obern Szamos. Der Gemeinschaft (universitas) der „Sachsen" um Hermannstadt aber gab Andreas der Zweite schon 1224 selbständige Verwaltung unter ihrem Grafen (Comes) gegen Jahreszins und Kriegsdienst. Im übrigen Ungarn entstanden fast nur deutsche Stadtgemeinden nach magdeburgischem oder bayrischem Recht, in Anlehnung an die königlichen und bischöflichen Burgen oder als Bergwerksorte, besonders nach der zerstörenden mongolischen Sturmflut vom Jahre 1241 unter Bela dem Vierten (1234—1270): Stuhlweißenburg, Ofen, Neutra, Raab, Komorn, Kaschau, Schemnitz, Kremnitz u. a. m. Diese starke Beimischung deutscher Bevölkerung hat seitdem der ungarischen Kultur ihren Charakter aufgedrückt, aber sie war zu schwach, auch das ungarische Staatswesen zu ergreifen, und zu weit entlegen vom Mutterlande, als daß sie in ihrem nationalen Bestande gesichert sein konnte. Immerhin sind damals auch zu der Gestaltung des zukünftigen Großstaats Österreich, der auf der Verbindung der fast ganz oberdeutschen Donau- und Alpenländer mit weit größern, im Kerne fremdsprachigen, nur teilweise von einer deutschen Bevölkerung besetzten und durchsetzten Gebieten beruht, die Bedingungen geschaffen worden.

Diese großartige deutsche Kolonisation war ein gemeinsames Werk aller deutschen Stämme, und zwar war sie im Südosten, in den Donau- und Ostalpenländern bayrisch-schwäbisch, im Nordosten, südlich von der Linie Halle—Torgau—Frankfurt a. d. O. thüringisch-ostfränkisch, nördlich davon sächsisch-niederfränkisch. Diese Mundarten wurden auch zur Schrift- und Urkundensprache in ihren Siedlungsgebieten; nur der

Deutsche Orden schrieb und sprach auch in Preußen oberdeutsch, weil er größtenteils aus Oberdeutschen bestand und in Oberdeutschland seine ansehnlichsten Besitzungen hatte.

Auf das Schicksal der gesamten Nation hat die Besiedlung des Ostens für alle Zukunft entscheidend eingewirkt. Schon gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts verschob sich ihr politischer Schwerpunkt aus dem in zahllose kleine Herrschaften zerfahrnen Altdeutschland, der Heimat des Kaisertums, nach den großen geschlossenen Territorien des kolonialen Deutschlands, dem klassischen Boden des altgermanischen Königtums, der Schöpfung des neuen territorialen Fürstentums, und er ist seitdem dauernd hier verblieben. Und so hat die spätere Neuschöpfung des Reichs nicht an die Reste des alten Kaisertums, sondern an das koloniale Landesfürstentum angeknüpft. Mit der mächtigen Erweiterung ihres Herrschafts- und Wirtschaftsgebiets gewannen aber die Deutschen auch den bestimmenden Einfluß auf Osteuropa, und indem sie zu ihrem alten Verkehr mit dem Süden und Westen den Landhandel im Osten und die Herrschaft über den regen Verkehr der Nord- und Ostsee hinzufügten, traten sie in den Mittelpunkt des gesamteuropäischen Verkehrs und gingen mit zunehmender Schnelligkeit in ein Zeitalter überwiegender Geldwirtschaft über.

Der Erweiterung des räumlichen Horizonts geht eine nicht minder bedeutsame des geistigen Gesichtskreises zur Seite. Auf Kriegs- und Handelsfahrten nach Italien und dem Morgenlande, nach den baltischen Gestaden und nach Rußland lernte der Deutsche Völker der verschiedensten Art und Kultur kennen, und er schärfte an solchen Beobachtungen ebensosehr sein selbständiges Urteil, wie an den Kämpfen der Gegenkönige und der großen Gewalten in der Christenheit, die ihn nötigten, Partei zu ergreifen. So wurde die Laienwelt, vor allem der gesellschaftlich und politisch herrschende Ritterstand, mündig, und sein Ziel war nicht mehr Weltflucht, sondern Weltverklärung. Was die Kirche begonnen hatte, um ihre Herrschaft über die Welt zu vollenden, das eben untergrub diese Herrschaft. Die sichtliche Ermattung der geistlichen Bildung kam hinzu. Seitdem die klassischen Studien hinter der Scholastik, und bei den neuen Orden die Studien überhaupt hinter den großen wirtschaftlichen oder praktisch-kirchlichen Aufgaben zurücktraten, verfielen die geistlichen Schulen. Die geistliche Geschichtsschreibung nahm während der glorreichen Zeiten Friedrichs des Ersten und Heinrichs des Sechsten in den großen Werken Ottos von Freisingen, Ragewins und Ottos von St. Blasien (bis 1209) ihren letzten glänzenden Aufschwung; seitdem zog sie sich ganz auf die von jeher eifrig gepflegte Landschafts- und Personalgeschichte zurück, die noch manches treffliche Werk hervorbrachten, wie die unschätzbare Slawenchronik Helmolds, die Darstellungen Arnolds von Lübeck und des Letten Heinrich von Livland über die Geschichte der deutschen Kolonisation.

Wie selbständig und reif sich aber inzwischen die Laienbildung entwickelt hatte, das beweisen gleich ihre ersten beiden, auf sächsischem Boden, auf dem Schauplatze der Schöpfungen Heinrichs des Löwen erwachsenen Werke, die sogenannte sächsische „Weltchronik", das erste Geschichtswerk in deutscher Sprache, und vor allem der „Sachsenspiegel" des wackern Schöffen Eike (Eckard) von Repgow (Reppichau bei Aken a. E.) um 1230, eine Zusammenfassung des alten sächsischen Land- und Lehnrechts auf Grund der Lehre von der Gleichberechtigung der weltlichen und der geistlichen Gewalt, der „beiden Schwerter" des Kaisers und des Pabstes, voll Wahrheitsliebe, Gottesfurcht und Menschenfreundlichkeit. Obwohl eine Privatarbeit, gewann der „Sachsenspiegel" doch weithin praktische Geltung; er beherrschte gegen das Ende des Mittelalters ein Drittel der ganzen Nation und fand eine Nachahmung im süddeutschen „Schwabenspiegel" (um 1275). Neben diesen großen Gesetzbüchern, die in weiten Kreisen Geltung hatten, standen einzelne Reichsgesetze und königliche Privilegien, zahllose Lehns-, Hof- und Stadtrechte, endlich das römische Recht für die Kirche, die darauf das kanonische Recht aufbaute.

Doch die selbständige weltliche Dichtung fand ihre Pflege vornehmlich im Süden Deutschlands, auf dem Boden hohenstaufischer Kaiserherrlichkeit. Hier bildete sich auf Grund der schwäbischen Mundart die von den Gebildeten überall verstandne oberdeutsche Schriftsprache, das Mittelhochdeutsche; hierher kamen von Westen, von Frankreich her mit der ritterlichen Sitte auch die französisch-keltischen (bretonischen) Stoffe aus der Karlssage, der Artussage und den antiken Epen und traten neben die alteinheimischen Sagen aus der Wanderzeit,

die vor allem in Österreich und Sachsen ihre Pflege fanden. Ritterliche Sänger waren die Träger der Dichtung, an den Höfen des Adels und der Fürsten fanden sie ihre Hörer, und für diese Kreise zunächst dichteten sie, die fremden Stoffe meist ganz frei und eigentümlich gestaltend, vor allem psychologisch vertiefend und äußerlich ausmalend. Nur die ersten Vertreter dieser höfischen Kunstepik waren Norddeutsche, zunächst ein Ritter Heinrichs des Löwen, Eilhard von Oberge (um 1170), dann ein Niederländer, Heinrich von Veldeke, der am Hofe Hermanns des Ersten von Thüringen seine „Eneit" (Aneide) schrieb; bald aber verpflanzten die Kunst nach dem Süden der Schwabe Hartmann von Aue und der Elsässer Gottfried von Straßburg, und ein Bayer, Wolfram von Eschenbach, schuf nach einer französischen Vorlage im „Parcival" das großartigste mittelalterliche Bild menschlichen Lebens und Strebens von jugendlicher Unerfahrenheit (tumpheit) durch den Zweifel (zwîvel) hindurch zur Seligkeit (saelde) im Genusse des höchsten irdischen und himmlischen Glücks.

Inzwischen erwuchs in einem Koloniallande, im babenbergischen Österreich, bald nach 1200 der für uns namenlose Dichter, der in einer wohl von ihm erfundnen wuchtigen vierzeiligen Strophe aus den alten Liedern von der Nibelunge Not, sie mit vielleicht unbewußten Erinnerungen aus den Ungarkämpfen verbindend, ein großes Epos gestaltete, mit treuer Wahrung der Haupttatsachen und der gewaltigen, halb heidnischen Charaktere ihrer Helden, den Spiegelbildern der Helden auch der ältern Kaiserzeit, wenngleich mit leiser Umbildung der Sitte zu christlicher und mittelalterlich-höfischer Art. Und ein Landsmann aus Österreich oder Steiermark verarbeitete wenig später einen nordischen Stoff zum Gudrunliede. Beide sind Lieder von der Treue zwischen Fürst und Vasall, zwischen Mann und Weib und darum echt germanisch. Auch den Zeitgenossen war der tiefe Gegensatz zwischen dieser ernsten, strengen, durch und durch nationalen Dichtung und der im Kerne fremden höfischen Kunstepik mit ihren halb sinnlichen, halb überspannten Menschen wohlbewußt; in der Sage vom Sängerkrieg auf der Wartburg (angeblich 1206) hat er seinen Ausdruck gefunden.

Ohne solche Gegensätze entfaltete sich die Lyrik, das Er-

zeugnis der selbständig gewordnen Persönlichkeit. In engster Verbindung von Wort und Musik, in wunderbar mannigfaltig und fein durchgebildeten Strophenformen — denn jeder Dichter war stolz darauf, einen neuen dôn, sein literarisches Eigentum, zu erfinden — brachte sie die idealen Empfindungen der ritterlichen Gesellschaft wie die naive Freude der Deutschen an der Natur, an Frühling, Blumen, Vogelsang und Sonnenschein zu einem ebenso allgemein gültigen wie ganz persönlichen Ausdruck, und nach wenig Vorläufern in Schwaben, wie Friedrich von Hausen, der 1190 bei Philomelium blieb, Reinmar dem Alten von Hagenau, Hartmann von Aue, erreichte wieder ein Österreicher, Walter von der Vogelweide, schon den Gipfel der Kunst. Was ihn aber höher hebt als alle seine Genossen, das ist der sittliche Ernst und die nationale Begeisterung, die ihn erfüllen. Während eines langen Wanderlebens in der glänzendsten Zeit des Kaisertums zu festem Nationalstolze, in einem traurigen Bürgerkriege zu selbständigem Urteil gereift, trat er als der freimütige Wortführer der deutschen Laienwelt in seinen „Sprüchen" unerschrocken ein für das Kaisertum gegen die Selbstsucht der Fürsten und die Anmaßungen der Päpste, obwohl oder auch weil er eine ehrlich religiöse Natur war. Und diese Selbständigkeit des persönlichen Urteils wurde die Grundlage ganzer literarischer Gattungen, der Novelle und des Schwanks, des Lehrgedichts und der Satire, die alle auf scharfer Beobachtung des Eigentümlichen beruhen. Ergreifender und wahrer ist die anbrechende Verderbnis des Ritterstandes und das ungesunde Drängen bäuerlicher Kreise nach diesem Stande niemals geschildert worden, als im Meier Helmbrecht des bayrischen Klosterbruders Werner von Ranshofen am Inn (zwischen 1225 und 1250), und die ganze freie und dabei tiefreligiöse Lebensweisheit seines Stammes hat nach eigner und fremder Beobachtung ein Schwabe unter dem Namen Freidank in seiner „Bescheidenheit" (d. i. Bescheiderteilung, Lebensweisheit) zusammengefaßt.

Hinter dieser in erstaunlich kurzer Zeit aufblühenden ritterlichen Dichtung in der Volkssprache tritt die geistliche lateinische ganz zurück. Ihre halbdramatischen „Spiele" (ludi), die aus der kirchlichen Liturgie hervorgingen, gelangten damals noch nicht zu einer festen Kunstform, und die „fahrenden Schüler"

(Vaganten, Goliarden), geistlich gebildete Leute, die es niemals zu einem geistlichen Amte brachten, sondern sich als Sänger, Spaßmacher oder vertraute Schreiber vornehmer Herren in holdem Leichtsinn durchschlugen, gingen in ihren klangvollen lateinischen Reim- und Akzentversen ganz und gar auf den leichtfertigsten und sinnlichsten Ton der ritterlichen Gesellschaft ein, keiner genialer und liederlicher als der „Archipoeta", der unter Kaiser Friedrich Barbarossa im Dienste des großen Erzbischofs Reinald von Dassel stand.

Doch so rasch die ritterliche Bildung und Literatur ihren Höhepunkt erreicht hatte, so rasch sank sie wieder herab. Denn sie wurzelte nicht in den breiten Schichten des Volkes, sondern nur in einem herrschenden Stande; dieser aber verlor seit Friedrich dem Zweiten seine Verbindung mit der kaiserlichen Weltpolitik, also die großen Aufgaben, und versank seitdem in kleinliche Interessen. An Stelle der feinen Sitte, der hövescheit, trat die bäurische Roheit, dörperheit, und die Ideale des Rittertums wurden bei Männern wie dem steirischen Ritter Ulrich von Lichtenstein durch läppisch-sentimentale Übertreibung zum Zerrbild. Nur auf kolonialem Boden, an den fürstlichen Höfen in Böhmen, Meißen, Brandenburg, Schlesien dauerte mit dem weiteren Gesichtskreis die ritterliche Lyrik in den konventionellen Formen noch bis zum Schlusse des dreizehnten Jahrhunderts fort.

Wie nun die Ermattung der kirchlichen Bildung das Aufkommen der weltlichen Literatur begünstigt hatte, so nahm, als diese verfiel, die Kirche unter dem neu erstarkten Papsttum den Kampf um die Herrschaft der Geister wieder auf, mit neuen Machtmitteln und mit steigendem Erfolge. Die neuen Bettelorden, vor allem die Franziskaner, vertreten durch so mächtige Persönlichkeiten wie Berthold von Regensburg (gest. 1272), strebten durch Seelsorge und Predigt besonders die Bevölkerung der aufsteigenden Städte, die naturgemäß von der ritterlichen Bildung nur wenig berührt war und sogar zu ihren Trägern in immer schärfern wirtschaftlichen und politischen Gegensatz geriet, für ihre Anschauungen von der Nichtigkeit alles Erdenlebens und für innere Umkehr zu gewinnen. Ein Dominikaner, der Schwabe Albert von Bollstädt (Albertus Magnus, 1192 bis 1280), der erste deutsche Scholastiker von Ruf,

machte den großartigen Versuch, mit umfassender Benützung der erst damals durch arabische Vermittlung vollständiger bekannt gewordnen Schriften des Aristoteles, also des erweiterten Erbes der antiken Wissenschaft, grundsätzlich zu scheiden zwischen dem philosophischen und dem theologischen Erkenntnisgebiet, zwischen der Vernunft und der Offenbarung, die, richtig verstanden, einander nicht widersprechen, sondern sich ergänzen, weil keines von beiden allein genügt. Alberts größter Schüler, Thomas von Aquino, wurde danach der Lehrer des ganzen Abendlandes.

Doch mit alledem gewann die Kirche ihre alte Herrschaft über die Literatur nicht zurück. Bald trat das Bürgertum die Erbschaft des Rittertums an und bereitete, indem es sich zu immer größerer Selbständigkeit des Urteils durcharbeitete, die Sprengung der alten Kirche vor.

Viel langsamer gewann dagegen die Laienschaft an der Pflege der bildenden Künste einen selbständigen Anteil. Denn nur die Könige und Fürsten begannen ihre Pfalzen und Burgen jetzt künstlerisch zu schmücken; die Hohenstaufen bauten Trifels, Hagenau, Gelnhausen, die Welfen Dankwarderode, die thüringischen Landgrafen die Wartburg und die Neuenburg über Freyburg an der Unstrut usf. Die Rittersitze in ihrer Masse blieben dagegen bloße Nutzbauten. Weitaus die größte Zahl aller künstlerischen Bauwerke war also nach wie vor kirchlicher Art, und geistliche Werkmeister führten sie aus. Daher tragen diese Bauten des blühenden romanischen Stils ein gewisses einheitliches Gepräge, das nur durch Stammesart, besondere Bedürfnisse und die Beschaffenheit des vorhandenen Materials verändert wird. In den Kirchenbauten drang das Kreuzgewölbe statt der alten Balkendecke durch, die Rundbogenfenster wurden durch zierliche Bogenstellungen geteilt, die tiefen Portale reich mit Bildhauerarbeiten geschmückt, die Mauerflächen durch Kranzgesimse und Lisenen belebt. Mit dem Eindringen des nordfranzösischen Spitzbogens (eines zunächst technischen Fortschritts, da dieser Bogen schwächerer Stützen bedarf als der Rundbogen), etwa seit 1200, wurden die Stützen im Innern zierlicher, die Kapitäle leichter und freier, auch der hohe Chor niedriger, da die Krypta wegfiel;

das ganze Innere gewann also größere Einheit. In diesem „Übergangsstil" sind die schönsten Bauten gegen das Ende der Hohenstaufenzeit entstanden. Die reine Gotik faßte, von Nordfrankreich eindringend, zuerst am Rheine Fuß und wurde auch von bürgerlichen Baumeistern gepflegt. Sonst trat eine gewisse Selbständigkeit der Laien zunächst in den Miniaturmalereien der Liederhandschriften hervor, die in leichter, immer noch konventioneller schwarzer Umrißzeichnung, später auch in farbiger Ausführung doch schon lebendige Menschen in mannigfachen natürlichen Lagen schildern; dies wirkte dann auch auf die kirchliche Wandmalerei hinüber, und zugleich entfaltete sich überraschend schnell in Sachsen wie in Thüringen eine Steinplastik, die auf genauem Studium der lebendigen Natur beruhte.

Voran gingen in dieser ganzen Kunstentfaltung die Rheinlande, entsprechend ihrer hervorragenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung. Die alten Dome von Mainz, Speier, Worms wurden damals umgebaut, alle mit der karolingisch-byzantinischen Kuppel über der Vierung; ebenso die sechstürmige Benediktinerkirche von Maria Laach in der Eifel. In Köln bezeugen St. Gereon, St. Aposteln, St. Pantaleon den Beginn einer neuen großen Bauperiode nach dem Brande von 1149; hier legte dann Erzbischof Konrad von Hochstaden 1248 den Grundstein zu dem gotischen Chor des neuen ungeheuern Domes in genauer Nachbildung des Doms von Amiens, nachdem schon seit 1227 die Liebfrauenkirche in diesem Stile begonnen worden war. Am meisten Einfluß übte die rheinische Architektur auf die stammverwandten Landschaften Franken und Hessen in den Domen von Würzburg und Bamberg und in der Abteikirche von Hersfeld; dagegen zeigen die bayrischen und schwäbischen Bauten, dort die Dome von Freisingen und Regensburg, hier die Klöster Hirschau und Maulbronn, in ihrer ursprünglichen Form, daß man mehr an der ältern Weise festhielt. Im Koloniallande Österreich begann eine regere Bautätigkeit unter italienischem Einfluß erst mit dem Übergangsstil, und da die einheimischen Bischofssitze, Gurk und Seckau, unbedeutend blieben (nur Gurk baute sich einen prächtigen Dom), so leisteten das meiste die neuen Klöster, Zwettl, Lilienfeld, Heiligenkreuz, St. Paul in Kärnten. Das Aufblühen

Wiens zeigt der Beginn der neuen Pfarrkirche zu St. Stephan seit 1147 noch in romanischen Formen.

Sehr selbständig stehen Sachsen und Thüringen mit ihren Koloniallanden. In Westfalen blieben die kirchlichen Bauten trotz der engen Verbindung mit den Rheinlanden meist sehr einfach in Grundriß und Ausschmückung; sehr reich dagegen bauten die ostsächsischen und thüringischen Bischofsstädte Halberstadt, Hildesheim, Naumburg, Merseburg, Magdeburg; doch nicht zurück standen die Benediktiner von Gandersheim, Paulinzelle, Königslutter, der Grabstätte Kaiser Lothars, und die Zisterzienser in Pforta. Von den Kolonialländern folgte das rasch aufblühende silberreiche Meißnerland in dem (spätern) Dome von Freiberg mit dem prächtigen Bilderschmuck seiner „Goldnen Pforte" ganz dieser Weise. Dagegen zwang im nordostdeutschen Tieflande die Steinarmut zu dem schlichteren Ziegelbau, der als fertiger Stil unmittelbar aus dem lombardischen Flachlande hierher übertragen wurde und meist in der Form der sächsischen Pfeilerbasiliken sich auswirkte. Von den Bischofsstädten tat dabei Brandenburg das Bedeutendste; doch voran gingen auch hierin im allgemeinen die Klöster der Prämonstratenser (Jerichow) und der Zisterzienser (Zinna, Dobrilug, Lehnin, Bergen auf Rügen, Eldena, Trebnitz in Schlesien). Die Stadtkirchen blieben noch einfach, die Landkirchen schlichte Feldstein- und Holzbauten.

* * *

Eine Entwicklung von drei und einem halben Jahrhundert hatte die alten Gegensätze zwischen kirchlich-antiker und heidnisch-nationaler Bildung ausgeglichen oder gemildert, ein reiches Kulturleben erzeugt, das alte naturalwirtschaftliche Deutschland in den Mittelpunkt des Weltverkehrs gerückt, dem deutschen Volkstum ein neues ungeheures Gebiet gewonnen, ihm die Vormachtstellung im Abendlande gegeben und die alten Hemmnisse seiner Einheit, die Stammesgebiete, für immer in kleinere Territorien aufgelöst. Aber ein neuer furchtbarer Widerspruch war zugleich in sein Leben hineingekommen. Denn der Mangel an wirklicher Staatsgesinnung, die Selbstsucht der Landesherren und das Interesse des Papsttums hatten die

Grundlagen der mühsam errungnen Einheit, das Königtum zerstört, und die Gegensätze zwischen den Ständen waren zu einer Schärfe entwickelt, die jede Möglichkeit ausschloß, sie in nationalem Interesse zu vereinen. So entbehrte dieses große, aufstrebende Volk abermals einer wirksamen Reichsverfassung. Sechshundert Jahre lang hat es diesen Widerspruch ertragen müssen. Es hat ihn schließlich überwunden, weil die Erinnerung an die Zeit seiner mittelalterlichen Einheit und die Sehnsucht nach ihrer Erneuerung immerdar lebendig blieb.

VOLUME 2

Der Werdegang des deutschen Volkes

Ausgang des Mittelalters und Reformationszeit

VWV

SLD

Ifs

Der Werdegang des deutschen Volkes

Historische Richtlinien für gebildete Leser

von

Otto Kaemmel

Vierte, durchgesehene und verbesserte Auflage

bearbeitet von

Dr. Arnold Reimann
Stadtschulrat in Berlin

★★

Ausgang des Mittelalters und Reformationszeit
1273—1648

VWV

Berlin und Leipzig 1920
Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.

Druck der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10

Der Werdegang des deutschen Volkes

**

Ausgang des Mittelalters und Reformationszeit 1273—1648

Inhalt.

Seite

Vierter Zeitraum.

Die landesfürstlich-städtische Zeit. 1273 bis 1517.

Fünfter Zeitraum.

Die landeskirchlich-ständische Zeit. 1517 bis 1648.

Vierter Zeitraum

Die landesfürstlich-städtische Zeit

1273 bis 1517

Die Bildung der großen Territorien und die Höhe der städtischen Macht 1273 bis 1389.

Die neue Periode begann unter dem Zeichen der schärfsten ständischen Gegensätze. Fürstentum und niederer Adel, Bürgertum und Bauerntum rangen miteinander um die größtmögliche Freiheit ihrer Sonderinteressen, und das Königtum, seiner alten Grundlagen fast gänzlich beraubt, vermochte sie nicht zu zügeln, geschweige sie zur gemeinsamen Arbeit in den Formen einer Reichsvertretung zusammenzufassen, wie es damals in Frankreich, England und Spanien gelang; ja es konnte sich selbst nur noch behaupten, wenn es über ein großes landesfürstliches Territorium verfügte. Ein solches zu erwerben oder zu vergrößern wurde daher die Hauptaufgabe jedes Königs. Da aber infolge der Wahlmonarchie die Reichskrone fortwährend von einem Geschlecht zum andern überging, so kam eine solche Schöpfung dem Königtum als solchem fast nie zugute, und fast jeder mußte von vorn anfangen. Darüber ging die alte Herrschaft über Italien und Burgund bis auf einige Rechte und Erinnerungen verloren, und im Westen stieg das lang zerrissene und ohnmächtige Frankreich zu immer festerer Einheit und Macht empor. Dagegen gelangte im Norden und Osten die Übermacht der deutschen Kultur erst jetzt zu voller Entfaltung. Denn der deutsche Norden ging jetzt mehr als je seine eignen Wege, fast ohne Zusammenhang mit dem Kaisertum, das für immer in die Hände süd- oder westdeutscher Geschlechter geriet. Hier entwickelte die Nation in kleinen Kreisen, den landesfürstlichen Territorien wie vor allem in den fast zu republikanischer Selbständigkeit und zuerst zu einer modernen Verwaltung aufsteigenden Stadtgemeinden, eine erstaunliche Lebenskraft. Eine

großartige Entfaltung von Handel und Gewerbe, von Kunst und Literatur, von Wissenschaft und Unterricht vollzog sich, und zwar vorwiegend in den Mauern der Städte. Denn die wirtschaftliche und die geistige Führung der Nation ging jetzt auf das Bürgertum über, und in manchen Teilen Deutschlands war dieses zeitweilig nahe daran, auch den politischen Vorrang zu gewinnen. Das hätte eine Auflösung in lose verbundene Stadtrepubliken bedeutet; die ganze Zukunft Deutschlands beruhte darauf, daß dieser Kampf zugunsten des Fürstentums entschieden und damit der monarchische Charakter des Landes und die Einheitlichkeit zum mindesten in größeren Territorien gewahrt wurde.

Trotz alles Sondertums trat doch, vielleicht gerade infolge des Interregnums, das seit dem Ausgange Friedrichs des Zweiten tatsächlich bestand, nach dem Tode Richards von Cornwallis am 2. April 1273 das Bedürfnis nach einer leitenden Gewalt stark hervor, nicht nur bei den kleinern freien Herren und Städten des Westens, sondern auch bei dem neugewählten Papste Gregor dem Zehnten, dem die auf Frankreich gestützten Anjous in Neapel viel gefährlicher waren, als es jemals das deutsch-sizilische Reich der tödlich gehaßten Staufer gewesen war. Ja Gregor empfand die Notwendigkeit eines deutschen Königtums so lebhaft, daß er zur Wahl mit der Erklärung aufforderte, er werde sonst selbst mit den Kardinälen den Deutschen einen König setzen! So verständigten sich zunächst der Erzbischof Werner von Mainz und der energische Pfalzgraf Herzog Ludwig von Oberbayern, dann die übrigen Kurfürsten mit Ausnahme Ottokars des Zweiten von Böhmen, den sie als Fremden ausschlossen, und erhoben auf den Vorschlag des Burggrafen Friedrich von Nürnberg aus dem Hause Hohenzollern am 29. September 1273 in Mainz den Grafen Rudolf von Habsburg, einen alten Parteigänger der Hohenstaufen, zum König. Unter dem aufrichtigen Jubel von Tausenden empfing er am 24. Oktober in Aachen die Krone.

Rudolf der Erste (1273 bis 1291) gehörte zwar nicht dem Fürstenstande in dem neueren Sinne an, wohl aber einem der mächtigsten Grafengeschlechter Schwabens, das, seit dem zehnten Jahrhundert bekannt, seit dem elften von der Habsburg (Habichtsburg) im Aargau aus allmählich die Grafschaft im Oberelsaß und im Vorlande der Zentralalpen, im Zürichgau und im Aargau mit mannigfachem Eigen- und Pfandbesitz erworben hatte. Schon in reiferem Alter (geboren 1218), erfolgreich in der Vermehrung des 1232 geteilten Hausbesitzes, besonders durch die Erwerbung der Kiburgischen Güter aus dem Erbe seiner Mutter Heilwig, galt Rudolf mit Recht als tapferer, listenreicher, unermüdlicher Kriegsmann und als nüchterner, zäher Politiker. In seinem Auftreten von bürgerlicher Schlichtheit, war er den ritterlichen glänzenden Staufen äußerlich und innerlich so unähnlich wie möglich. Was dem Reiche an Gütern und Rechten geblieben war, sparsam und bedächtig zusammenzufassen, eine leidliche Ordnung herzustellen und eine starke Hausmacht zu begründen, wozu er mit Umsicht und Geschick vor allem Familienverbindungen verwandte, das waren seine Ziele. Daher gab er zunächst den Kurfürsten einen verfassungsmäßigen Anteil an der Reichsverwaltung, indem er sich verpflichtete, ohne ihre „Willebriefe" keine finanziellen Verfügungen zu treffen. Den Papst gewann er durch Bestätigung der frühern Zugeständnisse und die Aussicht auf einen Kreuzzug; für die Reorganisation des Reichs gab der Beschluß des Reichstags von Nürnberg 1274, alle seit 1245 verlornen Reichsgüter und alle Reichslehen, für die ihre Inhaber nicht binnen Jahr und Tag die Belehnung nachsuchten, zurückzufordern, die rechtliche Grundlage.

Es war der erste Streich gegen Ottokar von Böhmen. Zugleich isolierte Rudolf den mächtigen König planmäßig, indem er die deutschen Bischöfe durch Bestätigung ihrer Privilegien von 1220 zu sich herüberzog, mit den bayrischen Bischöfen nähere Verbindungen anknüpfte, endlich Heinrich von Niederbayern und Meinhard von Tirol (durch die Vermählung mit seiner Tochter Elisabeth) für sich gewann. Darauf verhängte er am 24. Juli 1276 die Reichsacht über Ottokar, da dieser keiner Vorladung gefolgt war, und rückte in Österreich ein. Da nun zugleich Meinhard von Tirol in Steiermark erschien und hier wie in Böhmen der Adel, gereizt durch seine deutsch- und bürgerfreundliche Verwaltung, sich gegen Ottokar erklärte, so blieb diesem nichts übrig, als im Frieden von Wien am 21. November 1276 Österreich, Steiermark, Kärnten und Krain herauszugeben und für Böhmen und Mähren dem König Rudolf

persönlich zu huldigen. Aufs tiefste gekränkt, arbeitete Ottokar jedoch sofort an der Wiederherstellung seiner Macht, zog Brandenburg, Meißen, die schlesischen Herzöge und sogar Heinrich von Niederbayern auf seine Seite und kehrte, um seinen tschechischen Adel an sich zu fesseln, in schroffem Widerspruche mit seiner ganzen bisherigen Politik, beflissen den slawischen Standpunkt hervor. Aber Rudolf sicherte sich die Hilfe Ungarns durch die Vermählung seiner Tochter Klementine mit König Andreas und erschien, während Ottokar kostbare Zeit mit der Belagerung niederösterreichischer Grenzplätze vergeudete, in Wien. In dessen Nähe, auf dem Marchfelde bei Dürrnkrut, fiel am 26. August 1278 die Entscheidung. Nach tapfrer Gegenwehr wurden die Böhmen zersprengt und durch eine scharfe Verfolgung völlig aufgelöst; Ottokar selbst wurde im Getümmel gefangen und von steirischen Rittern, persönlichen Gegnern, unritterlich erstochen. In Böhmen übernahm darauf Markgraf Otto von Brandenburg die Vormundschaft für den minderjährigen Wenzel, der zugleich mit Rudolfs Tochter Gutta verlobt wurde; Österreich und Steiermark aber übertrug Rudolf auf dem Reichstage von Augsburg im Dezember 1282 seinen beiden Söhnen Albrecht und Rudolf zu gesamter Hand, während sein Schwiegersohn Meinhard von Tirol Kärnten erhielt. Die habsburgische Hausmacht im kolonialen Südosten des Reichs dicht an der ungarischen Grenze war begründet. Ob sie freilich als Kern einer nationalen Einheit dienen könne, das war von Anfang an sehr zweifelhaft; denn diese herrlichen Landschaften waren seit 1156 vom Reiche halb unabhängig, und der Lauf ihrer Ströme wies ihrem Verkehr den Weg nach dem Osten, aus dem Reiche hinaus.

Von den Ergebnissen blieb diese Erwerbung das wesentliche. Die übrigen waren sehr bescheiden. Die beabsichtigte Wiederherstellung des Herzogtums Schwaben scheiterte an dem Widerstande des Grafen Eberhard von Württemberg, so daß sich Rudolf damit begnügen mußte, den Rest der Reichsgüter (die Reichslandvogteien Ober- und Niederschwaben, Ober- und Niederelsaß, Speier, Wetterau, Rothenburg an der Tauber und Nürnberg) neu zu ordnen und die beiden ersten seinem Hause zu sichern. Den Plan, das Königreich Burgund seinem Sohne Hartmann zu übertragen und dadurch wieder enger mit dem Reiche zu verbinden, vereitelte der jähe Tod des jungen Mannes 1281; nur den Grafen Peter von Savoyen nötigte Rudolf durch zwei Feldzüge 1283 und 1289 zur Huldigung. Den Landfrieden wahrte er kräftig, soweit seine Mittel reichten, auch durch persönliches Eingreifen, besonders in Thüringen 1289/90, wo die Familienhändel des Hauses Wettin alles in wilde Auflösung versetzt hatten. Die Reichsstädte behandelte er lediglich als Geldquellen, ohne in ein festes Verhältnis zu ihnen zu kommen; sie gingen deshalb mehr und mehr ihre eignen Wege. Vor allem riß sich Köln mit Hilfe Brabants durch den glänzenden Sieg bei Worringen am 5. Juni 1288 von seinem Erzbischof Siegfried von Westerburg völlig los, ohne daß Rudolf in diese Wirren eingegriffen hätte. Auf einem Zuge zur Sicherung des Landfriedens ist der greise König am 15. Juni 1291 in der Nähe von Speier verschieden.

Alsbald zeigte sich's, daß es den Kurfürsten nicht so sehr um die Kräftigung des Königtums als auf die Erweiterung fürstlicher Selbständigkeit ankam. Denn die rheinischen Erzbischöfe im Bunde mit Wenzel dem Zweiten von Böhmen erhoben nicht etwa Rudolfs ältesten Sohn, Albrecht, den mächtigen Herzog von Österreich, sondern den machtlosen Grafen Adolf von Nassau (1292 bis 1298), einen Verwandten Gerhards von Mainz, der obendrein diese Wahl durch Verpfändung von Reichseinkünften und andern Hoheitsrechten an die rheinischen Erzbischöfe erkaufen mußte. Wollte er nicht ihr willenloses Werkzeug bleiben, so mußte er andre Stützen suchen. In den freien Herren und Grafen Schwabens, die er reichlich mit Vergabungen und Privilegien ausstattete, glaubte er sie zu finden. Wichtiger aber noch schien ihm die Gründung einer eigenen Hausmacht. Er benutzte den Kampf Albrechts von Thüringen mit seinen beiden Söhnen Friedrich dem Freidigen „mit der gebissenen Wange“ und Diezmann um Meißen, das Erbe Heinrichs des Erlauchten (gestorben 1288), um seinerseits Thüringen für 12000 Mark Silber zu kaufen, Meißen als Reichslehen einzuziehen und 1296 mit bewaffneter Hand in Besitz zu nehmen. Den Machtbestrebungen der Habsburger trat er an einer entscheidenden Stelle entgegen, indem er 1297 den Bund der drei Waldstätte Uri, Schwyz und Unterwalden von 1291 zur Behauptung ihrer Reichsunmittelbarkeit be-

stätigte. Denn in diesen abgelegnen Teilen des Aar- und Thurgaus besaßen von alters her die Habsburger entweder die Grafschaft oder die Vogtei der dort gebietenden geistlichen Stifter; die Bauernschaften aber hatten in Uri schon 1231, in Schwyz 1240 durchgesetzt, daß ein erwählter Landammann unmittelbar im Namen des Reichs die Gerichtsbarkeit übe, und Unterwalden strebte nach demselben Ziele, während die Habsburger die Wiederherstellung ihrer alten Rechte als Grundlage einer Landeshoheit im Auge hatten. — Aus diesen Strebungen entwickelte sich naturnotwendig der offne Kampf zwischen König Adolf und seinen fürstlichen Wählern. Gerhard von Mainz verbündete sich mit Böhmen, Brandenburg, Sachsen und Albrecht von Österreich zum Sturze des Königs und rief den Habsburger nach dem obern Rheine. Nachdem die Verschworenen in ganz rechtloser Weise am 23. Juni 1298 die Entsetzung ausgesprochen hatten, suchte Adolf nach seiner tapfern Weise die rasche Entscheidung durch das Schwert und starb bei Göllheim am Donnersberge in der Nähe von Worms am heißen 2. Juli 1298 einen ehrlichen Reitertod.

Die Krone gehörte dem Sieger, Albrecht dem Ersten (1298 bis 1308), dem sie die Wahlfürsten schon am 28. Juli formell übertrugen. Sehr bald aber sahen sie, daß nicht Adolf, sondern sie selber die Geschlagenen seien. Denn zum erstenmal verband sich die Reichskrone mit einem der mächtigsten Fürstentümer des kolonialen Ostens, und sie ruhte zudem auf dem Haupte eines harten, entschlossenen, herrschgewaltigen und hochstrebenden Mannes. Da Albrecht die Gesinnung der geistlichen Kurfürsten aus eigner Erfahrung kannte, so nahm er ihnen den gewohnten Rückhalt durch ein enges Einvernehmen mit Philipp dem Vierten (dem Schönen) von Frankreich, das er durch die Verlobung seines Sohnes Rudolf mit Philipps Schwester Blanka 1299 noch mehr befestigte; dann hob er 1301 auf Grund des Reichsgesetzes von 1274 alle seit 1245 willkürlich neu errichteten Zollstätten am Rhein auf. Als sich dagegen die rheinischen Kurfürsten auflehnten, warf er sie mit Hilfe der Städte 1301/2 kurzerhand nieder. Dagegen war es selbst dieser kraftvollen und selbstbewußten Regierung nicht möglich, sich den päpstlichen Machtansprüchen zu entziehen. Hatte Innozenz der Vierte seine Hoheit durch die Entsetzung

Kaiser Friedrichs des Zweiten erwiesen, so lehrte jetzt Bonifatius der Achte, daß das geistliche wie das weltliche Schwert beim heiligen Petrus sei und sein Stellvertreter das Recht habe, Könige ein- und abzusetzen, und da Albrecht die Nation noch nicht hinter sich hatte, so mußte er 1303 sogar den ungeheuerlichen Satz anerkennen, daß das deutsche Königtum und das Wahlrecht der Kurfürsten auf päpstlicher Verleihung beruhten. Die päpstliche Theokratie schien vollendet.

Doch sie stand trotz alledem auf tönernen Füßen. Seit dem Ausgange des staufischen Kaisertums stützte sich das Papsttum wesentlich auf Frankreich, die wichtigste Pflegstätte der Scholastik, die die Kirchenlehre mit logischen Beweisgründen wie mit einem ungeheueren Gerüst umgab, und zugleich die Heimat des Hauses Anjou, das die staufische Erbschaft in Sizilien übernommen hatte. Aber dieses wurde gelähmt durch die furchtbare Sizilische Vesper Ostern 1282, die an die Stelle der französischen Herrschaft auf der Insel eine ghibellinisch-aragonesische, also papstfeindliche setzte, und in Frankreich selbst strebte das Königtum der Kapetinger, gestützt auf die Nation, nach der vollen Souveränität über das ganze Land. Den Konflikt, in den deshalb Philipp der Vierte (der Schöne), ein kühler Rechner, mit Bonifatius dem Achten geriet, beendete der König durch einen Gewaltstreich, die Gefangennahme des greisen Papstes in Anagni 1303, und indem er dann 1305 durch die französischen Kardinäle einen Franzosen, Clemens den Vierten, auf den päpstlichen Stuhl erheben ließ, der in Avignon seinen Sitz nahm, drückte er das weltbeherrschende Papsttum zu einem Werkzeuge der immer kühner ausgreifenden kapetingischen Politik herab. Fortan mußte Deutschland, wollte es sich französischer Übergriffe erwehren, auch das Papsttum bekämpfen. Es war eine durchaus neue Lage.

Um so notwendiger war der Ausbau des Königtums zu einer alles überragenden Territorialgewalt. Mit gutem Erfolge ging Albrecht daran. Zwar der Versuch, Holland, Seeland und Friesland nach dem Tode des Grafen Johann 1300 als erledigte Reichslehen einzuziehn, war an dem Widerstreben Frankreichs gescheitert. Besser glückte es in Böhmen. Hier hatte König Wenzel der Zweite 1304 auch die polnische Krone erworben und nach dem Aussterben des ungarischen Arpaden-

hauses mit Andreas dem Dritten 1301 seinen zwölfjährigen Sohn Wenzel (den Dritten) als Verlobten Elisabeths, der Tochter des letzten Königs, 1302 zum König von Ungarn wählen lassen gegenüber den Ansprüchen Karl Roberts von Neapel, des Enkels der Maria von Ungarn, der Schwester Ladislaus des Vierten. Gegenüber dieser höchst gefährlichen slawisch-ungarischen Machtbildung der Prschemysliden verhalf Albrecht in Ungarn den Ansprüchen Karl Roberts nach Wenzels des Zweiten Tode 1305 zum Sieg und übertrug, als mit Wenzels des Dritten Ermordung im August 1306 der Mannesstamm der Prschemysliden erlosch, Böhmen als erledigtes Reichslehen im Januar 1307 seinem Sohne Rudolf. Und schon hatte er seine Vögte nach Meißen und Thüringen gesandt. Gebietend umspannte die habsburgische Macht im Osten und Südwesten das Reich.

Aber noch im Jahre 1307 kehrte Friedrich der Freidige in seine Heimat zurück, warf die königlichen Vögte durch den Sieg bei Lucka nicht weit von Altenburg am 31. Mai 1307 aus Meißen, gewann 1308 auch Thüringen und das Pleißnerland seinem Hause zurück. Nur die (Nieder-)Lausitz, die Diezmann 1304 an Brandenburg veräußert hatte, blieb verloren. Zum Unglück für Albrecht starb nun auch Rudolf von Böhmen schon am 3. Juli 1307, und zu seinem Nachfolger wurde vom Adel Heinrich von Kärnten, ein Schwager Wenzels des Dritten, der frühere Mitbewerber Rudolfs, gewählt. Dazu kam die wachsende Opposition der geistlichen Kurfürsten. Da wurde Albrecht mitten in den Rüstungen auf Anstiften seines unzufriednen Neffen und Mündels Johann von Schwaben (Parricida) am 1. Mai 1308 an der Reuß im Angesichte der Habsburg ruchlos ermordet. Für mehr als ein Jahrhundert entglitt damit die Reichskrone den Habsburgern, und eine hoffnungsvolle Machtbildung wurde abermals abgebrochen.

Denn die Kurfürsten, die rheinischen unter dem jugendlichen Erzbischof Balduin von Trier voran, wollten zwar von der Bewerbung Karls von Valois, des Bruders Philipps des Vierten, nichts wissen, entschieden sich aber auch nich für den Habsburger Friedrich, Albrechts des Ersten Sohn, sondern für den international in Frankreich erzognen Grafen Heinrich von Luxemburg (Lützelburg), den Bruder Balduins,

dessen Haus seit 1214 dieses noch wenig entwickelte, zum Teil wallonische Bergland besaß. Am 27. November 1308 formell gewählt, ging Heinrich der Siebente (1308 bis 1313), im Kerne seines Wesens und in seinem Äußern eine ganz germanische Natur, sofort auf die Erwerbung einer starken Hausmacht im kolonialen Osten aus und setzte ohne besondre Schwierigkeiten, da sich Heinrich von Kärnten völlig unfähig zeigte, die Verlobung seines Sohnes Johann mit Wenzels des Zweiten jüngerer Tochter Elisabeth und die Übertragung Böhmens an ihn durch (10. August 1310). Am 7. Februar 1311 empfing Johann von Luxemburg in Prag die Krone der Prschemysliden.

Doch Heinrichs idealistischer Sinn stand nach höheren Zielen. Das Kaisertum wollte er erneuern, und nirgends wurde dieses Vorhaben mit heißerm Wunsche begrüßt als in Italien, wo seit dem Falle der Hohenstaufen die beiden Parteien der französisch-päpstlichen Guelfen und der kaiserlich gesinnten Ghibellinen sich in endlosem, erbittertem Ringen bekämpften und sich in jeder Stadt die örtlichen Gegensätze mit diesen prinzipiellen verflochten. In der Wiederherstellung der „Monarchie“ durch einen Fremden sah Italiens größter Dichter, der Florentiner Dante Alighieri, die Rettung seiner zerrissenen Nation, und wirklich dachte ihr Heinrich der Siebente den Frieden zu bringen. Er kam nicht als Parteihaupt, sondern als König. Nur war dazu die Macht, die er Ende des Jahres 1310 über den Mont Cenis hinunterführte, 4000 Lanzen (etwa 20 000 Mann), bei weitem zu schwach. So empfing er zwar am 6. Januar 1311 in Mailand unter lautem Jubel der Lombarden die Eiserne Krone, aber bei der Schwäche seiner Mittel sah er sich bald gezwungen, sich auf die Ghibellinen zu stützen, und erregte dadurch die Erbitterung der Guelfen, die ihren stärksten Vertreter in Robert von Neapel fanden. Trotzdem gelang es ihm, nach hartnäckigen Kämpfen mit Mailand, Cremona und Brescia einen Teil Roms zu besetzen und sich am 29. Juni 1312 im Lateran krönen zu lassen; ja er wagte es, Robert von Neapel zu ächten und die schiedsrichterlichen Ansprüche des Papstes zurückzuweisen; da raffte ihn am 24. August 1313 zu Buonconvento bei Siena ein früher Tod hinweg. In dem stillen malerischen Camposanto des treuen Pisa wurde er bestattet. Sein Römerzug, der letzte in alter Weise, entschied

für Italien das Übergewicht Roberts von Neapel und die Selbständigkeit der italienischen Stadtstaaten, die, um sich aus den endlosen, wütenden Kämpfen ihrer Parteien zu retten, mehr und mehr zu einer demokratischen Tyrannis (Signoria) übergingen.

Für Deutschland hat Heinrich der Siebente den Dualismus der Luxemburger und der Habsburger begründet, der seitdem für mehr als ein Jahrhundert die deutsche Politik bestimmte, fast wie einst der Gegensatz der Welfen und der Hohenstaufen. Zwar konnten die Luxemburger, da Johann von Böhmen noch unmündig war, keinen geeigneten Thronbewerber aus ihrem Hause aufstellen; aber ihre Partei (Mainz, Trier, Brandenburg, Sachsen-Lauenburg) stimmte nicht für den freilich unbedeutenden Friedrich von Österreich, sondern erhob am 20. Oktober 1314 einen Wittelsbacher, Ludwig von Oberbayern, zum König, einen stattlichen, jugendlichen Herrn von leutselig milder Art, der ritterliche Tapferkeit mit einer gewissen berechnenden Klugheit verband und übrigens durch seine Mutter Mechthild ein Enkel Rudolfs des Ersten so gut wie Friedrich und mit diesem zuvor eng befreundet gewesen war. Die Sache der Habsburger führte nun weniger Friedrich (der Schöne) als sein streitbarer Bruder Leopold. Jedoch sie erlitt gleich anfangs einen schweren Schlag durch Leopolds blutige Niederlage am Morgarten 15. November 1315, wo die schwerfällige schwäbische Ritterschaft dem Aufgebote der Eidgenossen erlag. Diese erneuerten darauf am 9. Dezember ihren Bund (von 1291) in Brunnen und fanden dafür 1316 natürlich die Anerkennung König Ludwigs. Im übrigen Süddeutschland dauerte der Kampf ohne durchschlagende Erfolge fort, bis endlich Friedrich bei einem Einbruch in Bayern, der die Entscheidung zu seinen Gunsten bringen sollte, in der Schlacht bei Mühldorf und Ampfing am Inn am 28. September 1322 seinem bayrischen Gegner völlig erlag und sogar in dessen Hände fiel.

Da trat nun aber Papst Johann der Zweiundzwanzigste mit den ungeheuerlichsten Ansprüchen hervor. Kraft seines oberherrlichen Rechts hatte er schon 1317, da das Kaisertum erledigt sei, die stellvertretende Reichsgewalt an sich genommen, Robert von Neapel zum Reichsvikar ernannt und

die Entscheidung des deutschen Thronstreits beansprucht. Es kam zum offnen Bruch, als Ludwig nach dem Siege von Mühldorf die Visconti von Mailand, denen Heinrich der Siebente das Reichsvikariat in Italien übertragen hatte, mit deutschen Streitkräften unterstützte. Nunmehr forderte der Papst den König am 8. Oktober 1323 auf, bei Strafe des Bannes binnen drei Monaten sein Regiment niederzulegen, da er die päpstliche Bestätigung nicht nachgesucht habe. Da Ludwig dieses Verlangen nicht erfüllte, vielmehr den schiedsrichterlichen Anspruch des Papstes mit Berufung auf das Reichsrecht zurückwies, verhängte dieser am 23. März 1324 den Bann und das Interdikt. Ludwig aber wiederholte in der Appellation von Sachsenhausen (22. Mai 1324) nicht nur seine frühern Erklärungen, sondern bezichtigte den Papst, da er die Lehre von der Armut Christi und der Apostel verdammt habe, geradezu der Ketzerei.

Er stützte sich dabei auf eine mächtige Bewegung gegen die päpstliche Theokratie in der Kirche selbst. Sie ging aus von einer Richtung innerhalb des Franziskaner- oder Minoritenordens, den Spiritualen (Fraticellen), und fand ihren schärfsten literarischen Verfechter in dem englischen Franziskanerprovinzial Wilhelm von Occam, der dem Papsttum den göttlichen Ursprung, der Kirche jedes Recht auf weltliche Gewalt absprach; ihren besten Bundesgenossen aber hatte sie in dem Weltgeistlichen Marsilius von Padua. Dieser lehrte in seinem berühmten Defensor pacis (1326) unter dem Einflusse des Aristoteles die Selbständigkeit der auf Wahl des Volks beruhenden Staatsgewalt, sprach den Priestern grundsätzlich jede weltliche Gewalt ab, sah die höchste Kirchengewalt in den Konzilien und im Papste nur deren Geschäftsführer in der Zwischenzeit.

Ein kühner Radikalismus trat dem Papsttum auf dessen eignem Boden entgegen, doch er konnte nur dann siegen, wenn ihm eine mächtige nationale Bewegung zu Hilfe kam. Dazu war in der Stimmung der süddeutschen Bürgerschaften allerdings ein Ansatz vorhanden. Diese Lage trieb Ludwig zu einer friedlichen Verständigung mit seinem Gefangenen Friedrich im Trausnitzer Vertrage vom 5. September 1325, worin er ihm die volle Mitregentschaft einräumte. Da kurz danach, am 28. Februar 1326, Leopold starb, das eigentliche Haupt

der habsburgischen Partei, so war der schon erlöschende deutsche Bürgerkrieg beendet, und Ludwig konnte daran denken, auf italienischem Boden seinen Prinzipienstreit mit dem Papsttum auszufechten. Die Hauptvertreter der kirchlichen Opposition sammelten sich an seinem Hofe, die Franziskaner predigten in den süddeutschen Städten eifrig für ihre Grundsätze und Ludwigs Sache, die italienischen Ghibellinen boten ihm ihre Hilfe an. So überschritt er, allerdings mit schwachen Streitkräften, im März 1327 den Brenner, ernannte den Grafen Wilhelm von Monfort zum Reichsstatthalter in Italien und eilte dann über Pisa nach Rom. Kraft Volksbeschlusses empfing er hier am 17. Januar 1328 die Kaiserkrone aus den Händen des ghibellinischen Volkshauptes Sciarra Colonna und zweier gebannter Bischöfe, ließ dann am 18. April durch Klerus und Volk von Rom Johann den Zweiundzwanzigsten als Ketzer und Feind des Kaisertums absetzen und am 13. Mai einen Franziskaner als Nikolaus den Fünften zum Papst wählen. Aber freilich, als Robert von Neapel seine Truppen gegen Rom vorschob, erwies sich der Kaiser ohnmächtig, die Hauptstadt des Imperiums zu schützen. Er mußte sie mit seinem Papste am 4. August unter den Steinwürfen des erbitterten Volkes wieder räumen und konnte dann auch in Oberitalien so wenig Boden gewinnen, daß er es vermutlich als eine Erleichterung empfand, als ihn der Tod Friedrichs des Schönen am 13. Januar 1330 wieder nach Deutschland rief.

Der Prinzipienkampf war also keineswegs entschieden und am wenigsten zugunsten des Kaisertums. Denn noch immer fehlte diesem die volle Unterstützung der Nation; ja die Luxemburger, mit Ludwig wegen Vereitelung ihrer Aussichten auf Brandenburg verfeindet, versuchten sogar, sich im Einverständnis mit dem Papste und Frankreich in Oberitalien festzusetzen, was freilich zu keinem dauernden Erfolge führte. Wenn aber auf die deutschen Fürsten kein Verlaß war, so griff allmählich in den kräftig aufblühenden süddeutschen Städten der Zorn gegen die verwirrenden Machtansprüche des Papsttums immer weiter um sich, und indem Ludwig ihren Bedürfnissen durch den Landfrieden von Ulm am 30. November 1331 zu Hilfe kam, gewann er sie mehr und mehr für sich. Endlich, als ihm Johannes des Zweiundzwanzigsten sonst milder Nachfolger

Benedikt der Zwölfte (1334 bis 1342), obwohl er in banger Sorge um sein eignes Seelenheil auf die demütigendsten Bedingungen eingehn wollte, im Interesse der französischen Politik die Lossprechung vom Banne abermals verweigerte, da machte er entschieden Front gegen Frankreich und schloß am 23. Juli 1337 ein Bündnis mit Edward dem Dritten von England. Zugleich traten endlich die Kurfürsten einmütig für ihn gegen die Ansprüche des Papsttums ein. Am 16. Juli 1338 schlossen sie den Kurverein von Rense, da, wo die Gebiete aller vier rheinischen Kurfürsten zusammenstießen. Sie erklärten in den Formen eines Weistums, also an Eidesstatt, daß eine Königswahl, die einstimmig oder durch die Mehrheit der Kurfürsten zustande gekommen sei, gültig sei ohne päpstliche Zustimmung. Auf einem Frankfurter Reichstage im August wurde dann ergänzend festgestellt, der gewählte König sei ipso iure Kaiser, seine Würde stamme von Gott, nicht vom Papste; zugleich wurde den Geistlichen die Wiederaufnahme der kirchlichen Handlungen, die wegen des Interdikts vielfach eingestellt worden waren, bei Strafe der Amtsentsetzung befohlen. Zum ersten- und zum letztenmal stand das Deutsche Reich vereinigt gegen das Papsttum.

Aber die persönliche innere Unsicherheit Ludwigs stellte bald alles Gewonnene wieder in Frage. Die Versöhnung mit dem Papsttum blieb sein sehnsüchtigster Wunsch. Er bot darum noch demütigere Zugeständnisse als 1336, und doch ohne Erfolg. Als er nun 1344 diese unrühmlichen Verhandlungen dem Reichstage vorlegte, stieß seine schwächliche Nachgiebigkeit auf den entschiedensten Widerspruch, und die Stimmung begann sich mehr gegen ihn zu wenden als gegen den Papst. Zugleich hatte seine hastig und rastlos ausgreifende Hauspolitik zahlreiche dynastische Interessen verletzt. Daß er die Lande der Wittelsbacher im Hausvertrage von Pavia 1329 zwar nicht für unteilbar, aber doch für unveräußerlich erklärte, konnte allerdings ebensowenig kränken wie die Vereinigung Niederbayerns mit Oberbayern 1340 nach dem Tode des Herzogs Heinrich; aber daß er nach dem Aussterben des askanischen Hauptstammes in Brandenburg mit Waldemar 1319 dieses Land im März 1323 seinem Sohne Ludwig übertrug und Johann von Böhmen mit der Verpfändung des Egerlandes ab-

fand, kostete ihn die Freundschaft des Hauses Luxemburg. Die Entfremdung stieg, als er trotz der Ehe Johann Heinrichs von Böhmen mit Margarete Maultasch, der Erbtochter Heinrichs von Kärnten, Krain und Tirol und aller sich daran knüpfenden Ansprüche der Luxemburger, nach dem Tode Herzog Heinrichs 1335 die Habsburger mit Kärnten und Krain belehnte, dem Luxemburger aber nur Tirol überließ. Zum offnen Bruche führte schließlich die Verjagung Johann Heinrichs aus Tirol und die Vermählung der gar noch nicht rechtlich von ihm geschiednen Margarete mit Ludwig von Brandenburg, dem der Kaiser nun 1342 auch Tirol übertrug. Noch andre Erbansprüche verletzte er, als er 1345 die durch den Tod seines Schwagers Wilhelms des Vierten erledigten Grafschaften Holland, Seeland, Friesland und Hennegau einzog und sie für seinen noch unmündigen Sohn Wilhelm den Fünften verwalten ließ.

So traten die Luxemburger für Johanns ältesten Sohn Karl (den Vierten) von Mähren als Thronbewerber auf. Aber nur mit einer wahrhaft schamlosen Preisgebung aller Reichsrechte und Reichsbeschlüsse, ja aller alten Ruhmestitel erhandelten sie sich von dem französischen Papsttum die deutsche Krone. Karl der Vierte versprach im April 1346 zu Avignon die Aufhebung der Gesetze Ludwigs, die Anerkennung der päpstlichen Bestätigung der Königswahl vor der Krönung, den Verzicht des Reichs auf Neapel, Sizilien, Sardinien, Korsika und Ferrara. Die Romfahrt verhieß er nur mit päpstlicher Bewilligung anzutreten, und in Rom wollte er nur einen Tag verweilen. Indem er nun auch die Kurfürsten um große Summen erkaufte, wurde er mit sechs (von sieben) Stimmen am 11. Juli 1346 „Pfaffenkönig", und da Köln und Aachen ihm die Tore sperrten, so mußte er sich am 26. November in Bonn krönen lassen. Zum Glück blieb dem Reiche wenigstens ein langwieriger Bürgerkrieg erspart, denn Ludwig erlag schon am 11. Oktober 1347 auf der Jagd beim Kloster Fürstenfeld einem Schlaganfall. Er war kein großer Mann gewesen, aber er hatte, wenngleich nicht ohne starke Schwankungen, die Nation gegen die überspannten Ansprüche des Papsttums zusammengefaßt und die Städte zur Teilnahme an den Reichsgeschäften herangezogen; er war der letzte wirklich deutsch gesinnte Kaiser und der erste, der seine Urkunden in deutscher Sprache ausfertigen ließ.

Seitdem begann sich das Kaisertum der Nation allmählich zu entfremden und trat ihr schließlich im Bunde mit dem Papsttum feindlich entgegen.

Karl der Vierte (1346 bis 1378), dessen Haus die verstümmelte Krone nun fast ein Jahrhundert ununterbrochen tragen sollte, war ein französisch gebildeter Halbslawe, eine kaufmännisch berechnende, nüchterne, völlig schwunglose Natur, eifrig kirchlich im äußerlichen Sinne seiner Zeit, aber der erste wirklich wissenschaftlich gebildete deutsche König, in Geschäften früh erfahren und weltklug. Es wurde ihm nicht ganz leicht gemacht, sich im Reiche festzusetzen, denn mit Hilfe der süddeutschen Städte, die in Bündnisse zusammentraten, stellten die Wittelsbacher am 2. Februar 1349 den Grafen Günther von Schwarzburg als Gegenkönig auf. Doch erkrankte dieser bald schwer und verzichtete schon im Mai gegen eine Abfindungssumme; am 16. Juni starb er in Frankfurt a. M. Darauf ließen sich die Wittelsbacher durch die Belehnung mit Brandenburg, der (Nieder-)Lausitz und Tirol 1350 versöhnen; die Widerstandskraft der Städte aber erlahmte völlig unter den Nachwirkungen schrecklicher Katastrophen. Seit 1348 hielt der „schwarze Tod", eine entsetzliche Beulenpest, seinen verheerenden Umzug durch Europa, zumal unter der dicht aneinandergedrängten Bevölkerung der enggebauten, hochummauerten, unreinlichen Städte. Tausende und aber Tausende wurden weggerafft, ganze Familien starben aus, und der jähe Besitzwechsel riß manche zu sinnlosem Wohlleben hin. Der Aberglaube der Zeit aber sah die Schuldigen in der reichen Judenschaft, die die Brunnen vergiftet habe, und in erbarmungslosen Brand- und Mordszenen entlud sich der lang angesammelte Haß, ein trübes Gemisch von Religions- und Rassenfanatismus, von Grimm über Auswucherung und Habgier, auf das unselige Volk. Andre sahen in beiden Epidemien, der physischen und der seelischen, den Zorn des Himmels und suchten ihn als Geißelbrüder („Flagellanten") durch blutige Kasteiungen zu versöhnen. Wie sollte in einem so fürchterlich heimgesuchten, von den widersprechendsten Empfindungen zerrissenen Bürgertum ein politischer Gedanke möglich sein!

So konnte Karl der Vierte ohne Widerspruch die Bündnisse der süddeutschen Städte auflösen. Nur an einer Stelle

blieb ihr Widerstand aufrecht. Im Alpenhochlande breitete sich die zunächst rein bäuerliche Eidgenossenschaft der Waldstätte durch Anschluß mächtiger Stadtgemeinden unaufhaltsam aus, der Landes- und Vogteigewalt der Habsburger zum Trotz. Schon 1334 hatte sich die vierte „Waldstätte", das habsburgische Luzern, angeschlossen, 1351 folgte Zürich, um seine neue demokratische Verfassung zu schützen, 1352 mit seiner Hilfe Glarus, ein Immunitätsgebiet des Klosters Säckingen, und Zug, endlich 1353 die mächtige Reichsstadt Bern mit weit ausgedehntem Gebiet, aus Furcht zugleich vor Savoyen und Habsburg. Als ein Reichsheer 1354 vergeblich vor Zürich erschienen war, mußten die Habsburger im Frieden vom 25. Juli 1355 den auf ihre Kosten begründeten Zustand anerkennen. Der „Bund der acht (alten) Orte", republikanischer Stadt- und Landgemeinden, die durch den Gegensatz zum Fürstentum zusammengehalten wurden, war nicht mehr zu erschüttern. Seine Bedeutung wuchs, da er die neu eröffnete Gotthardstraße mit ihren Verzweigungen nach dem Bodensee und dem Elsaß beherrschte, also die kürzeste Verbindung zwischen Deutschland und Italien, besonders nachdem sich auch das Urserental (um Andermatt), ursprünglich Besitz des Klosters Disentis, 1419 an Uri angeschlossen hatte.

Die Reichspolitik Karls des Vierten beschränkte sich auf das Allernotwendigste. Das Reich in Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse notdürftig zu ordnen, die noch vorhandnen Rechte des Königtums in Deutschland, Italien und Burgund wenigstens der Form nach festzuhalten, vor allem die luxemburgische Hausmacht auszubauen, das waren seine Ziele. Er wollte Kaiser werden, aber nur mit päpstlicher Zustimmung und ohne kriegerische Anstrengung; die romantischen Phantasien des Humanisten Petrarca und des „Tribunen" Cola di Rienzo, die beide in Rom die Hauptstadt der Welt und in der Kaiserkrone eine vom römischen Volke zu vergebende Würde sahen, lagen ihm unendlich fern. So ließ er sich am 4. Januar 1355 in Mailand mit der Eisernen Krone, in Rom am 5. April mit der Kaiserkrone schmücken. Die bestehenden Signorien und Republiken erkannte er überall an, nur Geldsteuern erhob er von den Städten. Sein sogenannter zweiter Römerzug (1367 bis 1369) hatte nur den Zweck, den Papst

Urban den Vierten nach Rom zurückzuführen, und wenig mehr als eine Formsache war seine Krönung zum König von Burgund in Arles am 4. Juni 1365.

In Deutschland zog Karl die Summe der bisherigen Entwicklung mit der Goldnen Bulle, die auf den Reichstagen von Nürnberg und Metz 1356 festgestellt wurde. Die Königswahl sollte durch einfache Mehrheit des Kurfürstenkollegiums erfolgen, ohne daß dabei des päpstlichen Bestätigungsrechts gedacht wurde, das man damit stillschweigend für immer beiseite schob; Kurfürsten waren die drei rheinischen Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln, der König von Böhmen, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen-Wittenberg und der Markgraf von Brandenburg, also drei geistliche und vier weltliche Herren, von denen diese zugleich die alten Erzämter des Schenken, Truchsessen, Marschalls und Kämmerers bei der Krönung versahen, die drei geistlichen Kurfürsten als Kanzler für Germanien, Italien und Burgund walteten. Das Reichsvikariat hatte bei Erledigung des Thrones in den Ländern sächsischen Rechts der Kurfürst von Sachsen, in denen fränkischen und schwäbischen Rechts der Pfalzgraf zu führen. Mit der Gewährung fast unverkürzter Landeshoheit einschließlich der Exemtion der Kurlande vom Königsgericht durch das Privilegium de non appellando, der Unteilbarkeit des Kurlandes und der Verstärkung des Rechtsschutzes für die Person der Kurfürsten gleich dem des Kaisers wurden die Kurfürsten noch weiter über die andern Fürsten emporgehoben. Damit wurde zugleich dem kolonialen Osten ein hervorragender Anteil an den höchsten Geschäften des Reichs eingeräumt, um ihn um so fester an das Reich zu fesseln. Dagegen blieb den Reichsstädten die Teilnahme am Reichstage versagt, und indem das Gesetz ihnen auch noch die Aufnahme von Pfahlbürgern sowie den Abschluß von Bündnissen außer zum Schutze des Landfriedens verbot, ließ man die Gelegenheit, diese aufblühenden kraftvollen Gemeinwesen nach dem Vorbilde Frankreichs und Englands in ein festes Verhältnis zur Reichsverwaltung zu bringen, ungenützt und benachteiligte sie unbillig zugunsten der Fürsten.

Im Interesse der Luxemburger war die Goldne Bulle besonders insofern, als sie für Böhmen die gelegentlich be-

strittene Kurwürde sicherte und sie den Habsburgern trotz ihrer Macht vorenthielt. König von Böhmen wollte Karl der Vierte in der Tat vor allem sein. Schon sein Vater, der unstete Johann, hatte Großes dafür getan, denn zwischen 1327 und 1339 hatte er die meisten der piastischen Herzogtümer, in die Schlesien durch fortgesetzte Teilungen zerfallen war, unter böhmische Lehnshoheit gebracht, sie also in eine wenigstens mittelbare Verbindung mit dem Deutschen Reiche gesetzt, und 1329 das Land Görlitz (die östliche Oberlausitz) aus dem Nachlasse der brandenburgischen Askanier erworben. Karl der Vierte vollendete die Erwerbung Schlesiens durch seine Vermählung mit Anna, der Erbin von Schweidnitz und Jauer, 1353, und durch die Einverleibung des ganzen Landes in die böhmische Krone 1355, eine rettende Tat für das schlesische Deutschtum; er erkaufte 1353 den größten Teil der sogenannten Oberpfalz (um Amberg) vom Pfalzgrafen Ruprecht, löste 1364 die brandenburgische, 1355 an Meißen verpfändete Niederlausitz für sich ein und nötigte endlich 1373, die Verwicklungen im Norden benutzend, Otto von Brandenburg, den jüngern Sohn Ludwigs des Bayern, auf Grund eines schon 1363 ihm und seinem Bruder Ludwig „dem Römer" abgedrungnen Erbvertrages, ihm die völlig verwahrloste, mit wüsten Adelsfehden erfüllte Mark abzutreten.

Aber noch Größeres als durch solche Erwerbungen leistete Karl der Vierte als Verwalter. In Böhmen und Mähren fußte er dabei auf den Ordnungen Ottokars des Zweiten. Nachdem die rechtliche Sonderstellung der Kirche und der neuen Königlichen (d. h. deutschen) Städte die alte tschechische Shupenverfassung aufgelöst hatte, standen hier nur noch die unabhängigen, nicht lehnspflichtigen (tschechischen) Grundbesitzer unter den erblich gewordnen Richtern (Shupanen), in höchster Instanz unter dem „Landrecht" und der „Landesregierung" und versammelten sich zu den regelmäßigen (ungebotenen) Landtagen; die königlichen Lehnsleute, Städte und Burgbezirke waren dagegen der „Hofregierung" und dem „Hoflehngericht" untergeordnet und bildeten die gebotenen Landtage. Die Kirche, von allem weltlichen Gericht befreit, stand unmittelbar unter dem Könige. Dieser eigentümliche Dualismus der Verwaltung machte die deutschen Städte und

die Kirche, also die Mächte der deutschen Kultur, zu den stärksten Stützen des Königtums; auf alle Weise hat deshalb Karl der Vierte beide gefördert. Er bändigte die räuberische Willkür des Adels durch Anlegung von festen Burgen zum Schutze der Handelsstraßen, wofür sich schon 1346 in der (jetzigen) Oberlausitz der bald kraftvoll wirksame Sechsstädtebund gebildet hatte; er pflegte den Bergbau, baute die Karlsbrücke in Prag, schmückte seine Hauptstadt durch prächtige Kirchen, errichtete den Karlstein für die Aufbewahrung der böhmischen Kroninsignien, stattete die böhmische Kirche so reich aus, daß sie schließlich gegen hundert Stifter und Klöster und den dritten Teil alles Grund und Bodens im Lande besaß, erhob endlich Prag durch die Gründung der ersten deutschen Universität am 7. April 1348 zur geistigen Hauptstadt ganz Mittel- und Osteuropas. Auch das unter der wittelsbachischen Mißregierung verwahrloste Brandenburg, dessen reich entwickeltes Flußnetz er bewundernd würdigte, begann sich rasch zu erholen und sollte in Tangermünde an der Elbe seinen großen Stapelplatz erhalten. Es schien, als ob sich doch noch die Gelegenheit böte, in dem jetzt halbgermanisierten Böhmen, der natürlichen Hochburg des germanischen Mitteleuropas, ein festes Zentrum für das Reich deutscher Nation zu begründen. Schon beherrschten die Luxemburger mit Schlesien und Brandenburg den Oderlauf und einen wichtigen Teil der Elbe, das nordostdeutsche Flachland bis an die Grenze Pommerns und Mecklenburgs, schon richtete Karl sein Augenmerk auf die nahe Ostseeküste und die mächtig aufstrebende Hansa, deren Vorort Lübeck er im Oktober 1375 besuchte. Auf der andern Seite eröffnete er durch die Erbverbrüderung mit den Habsburgern 1364 schon die Aussicht auf die Vereinigung der Territorien beider Geschlechter, also fast des ganzen kolonialen Ostens, in einer Hand.

Denn gewaltig griffen um dieselbe Zeit die Habsburger um sich, besonders Rudolf der Vierte (der „Prächtige" oder der „Stifter", 1358 bis 1365) und seine beiden bis 1379 gemeinschaftlich regierenden Söhne, der milde Albrecht der Dritte und der ritterliche Leopold der Dritte. Während im alten westlichen Stammlande ihre Herrschaft vor den Eidgenossen mehr und mehr zurückwich, gewann Rudolf der Vierte 1363

durch Verzicht der Margarete Maultasch das altbayrische Tirol, Leopold 1368 Freiburg im Breisgau, 1375 bis 1380 durch Kauf die Grafschaft Montfort-Feldkirch (Vorarlberg), 1379 das Binnenland von Istrien aus der Erbschaft des Grafen Albert des Vierten von Görz nach einem ältern Erbvertrage, 1382 die von Venedig bedrängte frühere Bischofsstadt Triest. Zum erstenmal erreichte die deutsche Macht nicht durch die Beherrschung Italiens, sondern unmittelbar das Mittelmeer und brachte damit ihre natürliche zentrale Stellung erst recht zur Geltung. Vom obern Rhein bis zur ungarischen Grenze und bis an die Adria umspannten also die habsburgischen Lande in wenig unterbrochnem Zusammenhange Süddeutschland. Zugleich sicherte Rudolf durch das Hausgesetz von 1364 ihre Unteilbarkeit wenigstens insofern, als der älteste Bruder den übrigen stets übergeordnet bleiben sollte, und förderte kraftvoll wie seine Landeshoheit so die wirtschaftliche Blüte und das geistige Leben durch die Stiftung der Universität Wien 1365. Verhängnisvoll war es dagegen, daß er, tief verletzt durch die Bestimmungen der Goldnen Bulle, durch das gefälschte Privilegium majus (angeblich von 1156) die Unabhängigkeit dieser ohnehin an den äußersten Rändern deutscher Erde gelegnen Länder vom Reiche noch weit über das schon 1156 gewährte Maß zu erweitern strebte. Und schon verflochten Familienbeziehungen die Habsburger wie die Luxemburger mit dem fernen Osten. Karl der Vierte vermählte 1372 seinen zweiten Sohn Sigismund mit Maria, der Erbin König Ludwigs des Ersten von Ungarn und Polen (seit 1370), und Leopold der Dritte verlobte seinen Sohn Wilhelm mit deren Schwester Hedwig. So wurden schon damals die Grundlagen für die selbständige, weit über die deutschen Grenzen hinausreichende Großmacht Österreich vorbereitet.

Im Reiche beschränkte Karl der Vierte seine Regierungstätigkeit auf die Herstellung eines leidlichen Friedenszustandes, und auch dies ohne durchschlagenden Erfolg. In Westfalen übertrug er 1371 die Wahrung des Landfriedens den sogenannten Femgerichten (vëme = Strafe), d. h. den alten königlichen Gerichten freier Schöffen unter königlichen „Freigrafen“. Denn dort auf der „roten Erde“ hatten sich diese erhalten, während sie sonst fast überall durch landesfürstliche, städtische und grundherrliche Gerichte abgelöst worden waren; sie richteten nach alter Weise unter freiem Himmel und am hellen Tage am „Freistuhl“ auf der Malstatt unter der Linde und übten, da sie ihre Schöffen überall hatten und diese ihre Urteile auf den Tod durch den Strang („Weide“) mit erbarmungsloser Pünktlichkeit vollstreckten, weithin einen wohltätigen Einfluß, der sie mit einer abergläubischen Furcht umgab. Andre Friedensgebote erließ Karl 1372 für Thüringen, 1373 für Schwaben, 1374 für Pommern, Mecklenburg und Brandenburg.

Aber da, wo die ständischen Gegensätze am stärksten waren, in Schwaben, erreichte er am wenigsten. Hier waren die Grafen von Württemberg, besonders Eberhard der Erlauchte (1265 bis 1325) und noch mehr Eberhard der Rauschebart oder der Greiner (1344 bis 1392), die ihren kleinen Besitz rasch vergrößerten, mit den hier besonders zahlreichen Reichsstädten in ebenso heftigen Streit geraten wie die adligen Bündnisse, in denen die vereinzelten Ritter Schutz vor den Städten und Fürsten suchten. Karl der Vierte stand den Städten zunächst nicht unfreundlich gegenüber, weil er sie als Geldquellen brauchte. Da aber die Bürgerschaften fürchteten, er möchte die schweren Kosten der Wahl seines Sohnes Wenzel zum römischen König (Thronfolger) durch Verpfändung von Städten an fürstliche Herren aufbringen, so schlossen sie am 4. Juli 1376 unter der Führung von Ulm den Schwäbischen Städtebund auf vier Jahre. Dadurch zogen sie sich die Acht des Königs zu; doch mannhaft widerstanden sie allen ihren Gegnern. Ulm hielt eine Belagerung tapfer aus, und Graf Eberhards Ritterhaufen erlitten am 21. Mai 1377 bei Reutlingen eine vollständige Niederlage. Es blieb dem Kaiser also nichts übrig, als die Acht aufzuheben und das Städtebündnis im Widerspruch mit der Goldnen Bulle anzuerkennen (Mai 1377). Mit einer wirksamen königlichen Gewalt in Schwaben war es damit vorüber.

Wenn nun wenigstens die luxemburgische Hausmacht die Grundlage einer neuen Reichseinheit geworden wäre! Aber was die französischen Kapetinger von Francien aus vollbrachten, daran hat damals kein deutsches Fürstengeschlecht gedacht. Zwar Wenzels Nachfolge im Reiche zu sichern war 1376 wider die Erwartung und wider hundertjährigen Brauch

gelungen, aber seine Hausmacht brach Karl der Vierte bei seinem Tode (29. November 1378) unter dem Zwange privatrechtlicher Anschauungen in Stücke. Wenzel erhielt nur Böhmen und Schlesien, Sigismund Brandenburg und die Niederlausitz mit Görlitz, Schweidnitz und Jauer, Jobst und Prokop, die Söhne Johann Heinrichs von Tirol, Mähren. So versank mit Karl dem Vierten die Größe seines Geschlechts.

Fortan übte das Königtum, von Wenzel (1378 bis 1400) ohne Kraft und Würde vertreten, auf das Reich nur noch gelegentlich einen Einfluß aus. Ungestört von jeder maßgebenden Gewalt entfalteten sich die ständischen Gegensätze in Südwestdeutschland in wütenden, verheerenden Fehden. Je mehr hier die Städte durch die Ausbreitung des Pfahlbürgertums und den Auskauf des verarmenden Adels die fürstlichen Territorien innerlich aushöhlten und den Adel schwächten, desto mehr schloß sich dieser in Schwaben und im Rheinlande zu Ritterbündnissen zusammen, und zu desto engerer Verbindung wurden Fürsten und Ritter getrieben. Dem setzte sich nun 1379 bis 1381 ein umfangreicher Rheinischer Städtebund vom Elsaß bis Frankfurt entgegen, der mit dem Schwäbischen ein festes Bündnis schloß. Noch brachte Herzog Leopold der Dritte von Österreich, mit den schwäbischen Städten als Feind der Luxemburger damals in gutem Einvernehmen und seit 1379 als Pfandherr der beiden schwäbischen Landvogteien an diesen Verhältnissen stark beteiligt, am 9. April 1382 zu Ehingen zwischen allen Ständen ein Landfriedensbündnis zur Förderung schiedsrichterlichen Ausgleichs zustande (bis 1384), und König Wenzel vermittelte nach dessen Ablauf im Juli 1384 zu Heidelberg ein neues derselben Art für ganz Deutschland; aber da sich weder die städtischen noch die ritterlichen Bündnisse auflösten, und die Fürsten alter Tradition zufolge nicht in dem meisterlosen Adel, sondern in den Städten ihre schlimmsten Feinde sahen, so drängte sich die Frage, ob dem Fürstentum oder den Städten die Zukunft des deutschen Südwestens gehören sollte, immer stärker auf und führte endlich zu einer blutigen Entscheidung.

Sie fiel nördlich und südlich vom Bodensee in völlig verschiedenem Sinne. Der Beitritt des habsburgischen Sempach und der Reichsstadt Mülhausen zur Eidgenossenschaft 1385

drängte den Herzog Leopold zum Kampfe. Aber am heißen 9. Juli 1386 verlor er bei Sempach an der Straße nach Luzern in blutigem Gemetzel mit der Blüte der schwäbischen Ritterschaft gegen das standfeste Fußvolk der Eidgenossen Sieg und Leben, und eine zweite Niederlage bei Näfels vor Glarus am 9. April 1388 nötigte 1389 seine Söhne, auf Luzern, Zug, Glarus und alle sonst strittigen Besitzungen endgültig zu verzichten. Kurz danach, 1393, erneuerten die Eidgenossen ihren Bund, dem nun auch Solothurn beitrat. Die föderal-republikanische Entwicklung des Alpenlandes war damit entschieden, aber auch seine Ablösung vom Reiche bereitete sich vor.

Unter dem Eindruck dieser glänzenden Siege begannen die schwäbischen und die rheinischen Städte nach Ablauf des Heidelberger Landfriedens im Sommer 1388 zuversichtlich den Krieg. Doch in mörderischen Kämpfen erlagen die schwäbischen Bürger den Grafen Eberhard und Ulrich von Württemberg bei Döffingen in der Nähe von Weil am 24. August, die rheinischen Städte dem Pfalzgrafen Ruprecht bei Worms am 6. November. Dem von beiden Seiten mit rasender Erbitterung, mehr noch durch schonungslose Verwüstung des Landes als mit den Waffen geführten Kriege machte endlich das Friedensgebot König Wenzels zu Eger am 5. Mai 1389 (auf sechs Jahre) ein Ende. Eine gemischte adlig-bürgerliche Kommission sollte künftig die Streitigkeiten ausgleichen, aber die Städtebündnisse wurden aufgelöst, während die Ritterbündnisse bestehn blieben. Damit war die selbständige politische Rolle der süd- und westdeutschen Städte ausgespielt, der Sieg des Fürstentums entschieden.

Die hier zum Austrag gebrachten Gegensätze beruhten größtenteils auf der innern Entwicklung der Städte, die sich nach jahrhundertelanger Zusammengehörigkeit wirtschaftlich und sozial immer mehr von dem platten Lande, also von dem Adel und den Fürsten geschieden hatten. In wirtschaftlicher Beziehung beseitigte der rasche Aufschwung von Handel und Gewerbe den städtischen Landbau zwar keineswegs ganz, drängte ihn aber in den Hintergrund und führte zur Anhäufung ansehnlicher Kapitalien, also zur Geldwirtschaft, während die auf der Landwirtschaft beruhenden Stände geringe Einkünfte hatten und sich deshalb durch Geleit- und Zollforderungen einen halb räuberischen Anteil am städtischen Reichtum zu

sichern suchten. Ein sozialer Gegensatz zwischen Land und Stadt war anfangs kaum vorhanden gewesen, da die städtischen „Geschlechter" zum Teil aus frühern Ministerialen bestanden und sich in ihrer Sitte ritterlich hielten; doch begann bald ein heftiger Klassenkampf in den Städten selbst. Die Geschlechter untarteten nach wenig Jahrzehnten zu hochmütigen und gewissenlosen Vetternschaften, und es erhob sich gegen ihre Herrschaft die demokratische Opposition der Zünfte mit dem Begehren nach Reformen und nach Anteil am Stadtregiment. Sie waren dazu wohl befähigt, denn aus rein wirtschaftlichen Genossenschaften hatten sie sich zu politischen Körperschaften ausgebildet; sie wählten ihre Obermeister selbst, übten mit ihnen eine selbständige Gewerbegerichtsbarkeit und Gewerbepolizei aus und leisteten Steuern wie Kriegsdienste. So erhoben sie sich seit dem Anfange des vierzehnten Jahrhunderts gegen die Alleinherrschaft der Geschlechter, bald in heftigem Aufruhr, bald in stillem, zähem Ringen. Die Lösung war eine vielfache. Mindestens setzten die Zünfte den Eintritt in den Rat durch (so Nürnberg, Frankfurt a. M.), oder sie gewannen eine Kontrolle über die Ratsverwaltung (wie in Erfurt). Anderwärts, wie in Straßburg, Augsburg, Konstanz, wurde der Rat allein von den Zünften gebildet und den Geschlechtern das aktive Wahlrecht ganz entzogen. In einzelnen Städten, wie namentlich in Köln nach der furchtbaren „Weberschlacht" 1371, wurden die Patrizier zum Eintritt in bestimmte Zünfte gezwungen, und auf diesen als Wahlkörpern (Gaffeln) in der Verfassung von 1396 der Rat aufgebaut. Wo die maßgebende Gewalt in die Hände der Handwerker fiel, die doch meist des weitern Gesichtskreises entbehrten oder mindestens von beschränkten Genossen allzu abhängig waren, da wurde alle Stetigkeit der Verwaltung bald so gestört, daß die Patrizier nach kurzer Zeit das Übergewicht wiedergewannen. Wo dagegen diese geschäftskundige und kapitalkräftige Klasse ihren natürlichen Einfluß behauptete, wie in Nürnberg, Augsburg, Ulm, Köln, da kam für die Städte mit dem innern Frieden und tüchtiger Verwaltung ein Zeitalter glänzenden Gedeihens, wirtschaftlicher Blüte und militärischer Macht. Denn in der Verteidigung ihrer festen Mauern waren die Städte unüberwindlich durch ihr zünftisches Fußvolk wie durch die neue Artillerie,

die Pulvergeschütze („Büchsen"), die schon 1324 von Metz verwandt und recht eigentlich eine städtische Waffe wurden. Dagegen erwiesen sich die süddeutschen Städte zu einer großen Politik auf die Dauer unfähig, weil es ihnen an zwingenden gemeinsamen Interessen und Zielen mangelte.

Die Grundlage des städtischen Gewerbebetriebes bildete die Zunft, eine halbsozialistische Genossenschaft aller Handwerker desselben Zweiges. Sie erstrebte die Gleichmäßigkeit des Erwerbs für jeden einzelnen durch die Gleichheit der Erwerbsbedingungen, bestimmte deshalb jedem Meister die Zahl der Gesellen und Lehrlinge wie die Arbeitszeit, vermittelte den Einkauf der Rohstoffe und den Verkauf der sorglich geprüften Erzeugnisse, für die sie innerhalb der Bannmeile das Monopol hatte (außer an den Jahrmärkten), schützte die Genossen durch Krankenunterstützungs- und Begräbniskassen für den Notfall und bildete eine kirchliche Bruderschaft unter dem Schutze eines Heiligen. Ein ehrenhafter, wohlhabender, selbständiger Mittelstand und eine beneidenswerte Blüte des Handwerks in Tuch- und Leinenweberei, in Färberei, Leder-, Holz- und Metallarbeiten war die Folge dieser Zunftverfassung. Da der ganze Betrieb handwerksmäßig und an das Haus des Meisters gebunden blieb, in dessen Hausstand und väterliche Zucht die Gesellen („Knechte") und Lehrlinge völlig eintraten, so war die Verteilung des Gewerbes über das ganze Land sehr gleichmäßig, denn große Industriemittelpunkte konnten sich nicht bilden, so wenig wie es alles weithin beherrschende Handelszentren gab.

Denn die schlechten Landstraßen, die in den Alpen fast nur schmale, steile Saumpfade waren, und schwere Schiffahrtshindernisse der verschiedensten Art (die Rheinstromschnelle am Bingerloch, die Donaustrudel bei Grein u. a. m.) erschwerten den Verkehr, und die Kostspieligkeit des Transports wurde auch durch die fast räuberisch vermehrten Zollstätten und das oft aufgedrungne Geleit der großen und kleinen Gebietsherren bedeutend gesteigert. Das alles drängte jede Stadt dazu, sich durch monopolistische, die Handelsfreiheit jeder andern Stadt oft empfindlich hemmende Maßregeln zu sichern. Dies waren namentlich der Straßenzwang, der die Warenzüge auf bestimmte Strecken verwies, und das Stapelrecht, das fremde

durchgehende Waren eine Zeitlang in der Stadt festhielt zur bequemen und billigen Versorgung ihrer Bürger. So zerfiel jede große Durchgangslinie in eine Anzahl selbständiger Stücke, und es entwickelte sich eine Menge kleinerer Zwischenplätze. Aus alledem ergab sich die Notwendigkeit des wandernden Eigenhandels, da sich aus der Ferne die wechselnden Konjunkturen nicht übersehen ließen, und die Unentbehrlichkeit großer Messen, bei denen sich unter zeitweiliger Handelsfreiheit und verstärktem Rechtschutz große Massen von Waren und Händlern an einzelnen Plätzen ansammelten. Da unter diesen Umständen der Kredit sehr unentwickelt blieb, so stand der Zinsfuß hoch (mindestens zehn bis zwölf Prozent, oft das Doppelte und Dreifache). Den größten Gewinn davon heimsten lange Zeit die Juden ein, die deshalb als „Kammerknechte" des Kaisers oder eines mit diesem Regal belehnten Landesfürsten eine einträgliche Steuerquelle bildeten. Erst mit dem Auftreten der Lombarden seit dem vierzehnten Jahrhundert nahm der deutsche Geldverkehr modernere Formen an. An den Geldwechsel, der bei der Masse der sehr verschieden prägenden Münzstätten (im ganzen Reiche etwa 600) sehr wichtig war, knüpften sich die Anfänge des städtischen Bankwesens (in Ulm schon um 1300) und die Zahlung durch Anweisung auf ein fremdes Handelshaus (Wechsel).

Der binnendeutsche Kaufmann verkehrte fast durchweg mit Ländern einer gereiftern Kultur. Von Wien aus zog er nach Ungarn, Polen und Italien, von Regensburg, Augsburg, Ulm und Konstanz über den Brenner oder die Bündnerpässe nach Venedig, wo das deutsche Kaufhaus (fondaco dei Tedeschi) am Rialto schon im 12. Jahrhundert bestand, nach Mailand und Genua über die Pässe der Mittelalpen, namentlich über den St. Gotthard, der diesen Namen nach einer Mailändischen Kapelle des heiligen Gotthard von Hildesheim († 1038) seit etwa 1300 trug. Straßburg und andre oberrheinische Städte handelten mit dem großen Seidenmarkte Lyon und dem belebten nordfranzösischen Meßplatze Troyes, später vor allem mit Brügge und Köln. Zu den wichtigsten Meßplätzen wurden Frankfurt a. M. für das westliche, Leipzig für das mittlere Deutschland, zu der ersten Gewerbestadt das damals zentral gelegne Nürnberg. Aus dem Osten kamen vornehmlich Rohstoffe, aus Italien und Frankreich Weine und einheimische oder fremde Industrieprodukte; dafür gab der deutsche Kaufmann dorthin Erzeugnisse des deutschen Gewerbes, nach dem Westen und Süden daneben namentlich Bodenprodukt im Tausch.

Mit dem niederdeutschen Handelsgebiet stand dieses oberdeutsche nur durch Köln, den alten Knotenpunkt des rheinischen, englischen und sächsischen Verkehrs in unmittelbarer Verbindung. Und so scharf sich die beiden großen Handelsgebiete äußerlich schieden, so verschieden waren sie auch innerlich. Denn der niederdeutsche Kaufmann verkehrte mit den jugendlich unreifen, halb barbarischen, aber an Rohprodukten überreichen und darum sehr kaufkräftigen Ländern des Nordens und Ostens; seiner Überlegenheit an Kapital und Geschäftserfahrung fiel deshalb von selbst die wirtschaftliche, zuweilen sogar die politische Beherrschung dieser Völker zu. Er begann mit der vertragsmäßigen Feststellung der Sicherheit für Leben und Eigentum und der Freiheit seines Verkehrs, und er endete mit der Errichtung eines Kaufhofs (Kontor), einer Handelsniederlassung zu eigenem Recht, der allen auswärtigen Verkehr des fremden Landes an seine Vermittlung band und alle Fremden herrisch ausschloß. Das war das Werk der deutschen Hansa (urspr. = Bruderschaft, Gilde), des großartigsten und wirkungsvollsten Städtebundes aller Zeiten, der von Brügge bis Reval reichte. Doch seinen Kern bildeten immer die deutschen Kolonialstädte zwischen Lübeck und der Oder. Denn da die direkte Fahrt von der Nord-(West-)see zur Ostsee noch allzu gefährlich war, so war dieser ganze Verkehr an die Vermittlung der baltischen Städte gebunden, und das norddeutsche Handelsgebiet zerfiel in zwei ziemlich getrennte, lange Zeit nur durch den Landweg über Holstein verbundne Teile.

Aus zwei Wurzeln ist die Hansa erwachsen: aus den Vereinigungen deutscher Kaufleute im Auslande und aus den Bündnissen niederdeutscher Städte. Die älteste jener Gilden der „Osterlinge" (Ostseeleute), die „Genossenschaft der Gotlandfahrer des römischen Reichs", bestand schon im zwölften Jahrhundert in Wisby neben der deutsch-schwedischen Ortsgemeinde unter dem vorwaltenden Einflusse Lübecks und hielt die fast ebenso alte Niederlassung zu St. Peter in (Groß-)Nowgorod am Wolchow zunächst in strenger Abhängigkeit. Einen

dritten Kaufhof erlangten die Deutschen 1271 im norwegischen Bergen, während sie sich in Dänemark und Schweden mit der Zoll- und Handelsfreiheit begnügten. Die „Gildehalle der Deutschen" in London stand ursprünglich unter der Leitung Kölns, verschmolz 1282 mit den später begründeten beiden Gildehallen der Hamburger und Lübecker und hatte seit etwa 1320 ihren Sitz im „Stahlhof" (Steelyard = Tuchhof) an der Themse. Noch früher, 1252, hatten sich „die Kaufleute des römischen Reichs" in Flandern zusammengeschlossen, wo sie einen Kaufhof im Welthandelsplatz Brügge erwarben (mit der niedern Gerichtsbarkeit 1307) und nach der Ordnung von 1347 in die drei Gruppen der Gotlandfahrer, der rheinisch-westfälischen und der „wendischen" Städte zerfielen.

Eben diese „wendischen Städte", die deutschen Städte des längst germanisierten Wendenlandes, Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund, Greifswald, waren es, die zuerst, vor allem durch das gemeinsame Interesse ihres auswärtigen Handels zusammengeführt und durch das gemeinsame lübische Recht von alters her verbunden, um 1260 ein Bündnis zur Befriedung der Meere und zur Beobachtung gleichmäßiger Haltung gegenüber ihren Landesherren schlossen. Das natürliche Übergewicht Lübecks, der einzigen Reichsstadt im Osten der Elbe, der Mutterstadt der Ostseegemeinden und des größten Umschlagplatzes, erhob es mit Zustimmung der Städte 1293 zum Oberhof (Berufungsinstanz) für Nowgorod, endlich 1299, unter Aufhebung der alten Selbständigkeit der Gilde auf Gotland, zur führenden Stadt zunächst der Osterlinge und der meisten fremden Kaufhöfe. Damit war die deutsche Hansa („Dudesche Hense") im spätern Sinne des Worts begründet. Sie war immer ein friedliches Handelsbündnis sehr loser Art, zunächst ohne politische Zwecke, und war nur im äußersten Notfalle zu bewaffnetem Einschreiten geneigt, wurde aber bald die Beherrscherin der Meere und die wirksamste Vertretung deutscher Interessen im ganzen Norden, wo die Reichsgewalt nichts galt.

Dieses Ergebnis beruhte nicht zum wenigsten darauf, daß die Kolonialstädte niederdeutscher Sprache und überwiegend sächsischen Rechts von Anfang an, obwohl nur eine Reichsstadt unter ihnen war, eine wenig beschränkte Autonomie genossen,

unter einem kaufmännischen, nicht halb ritterlichen Patriziat standen und ihren Zünften, die hier nicht aus hofhörigen Genossenschaften hervorgegangen waren, sondern von Anfang an aus freien Leuten bestanden, einen billigen, aber keinen herrschenden Anteil an der städtischen Gesetzgebung und an den Beschlüssen über außerordentliche Leistungen gewährten. So blieben diese Städte lange Zeit von den erbitterten und zerrüttenden Zunftkämpfen verschont. Der jährlich wechselnde Rat aus zwölf bis vierundzwanzig Mitgliedern unter zwei oder vier Bürgermeistern schaltete zugleich als höchstes Regierungskollegium und ließ durch die einzelnen Ratsherren mit einer Anzahl besoldeter Unterbeamten die verschiednen Geschäftszweige verwalten. So entwickelte er eine stetige Geschäftsführung nach festen Überlieferungen, wie sie die oft höchst verwickelte Lage verlangte.

Denn beständig wurden die Städte auch in die Händel ihrer Landschaften hineingezogen, und der Gegensatz noch mehr zum Landadel als zu dem Fürstentum bildete sich auch hier aus. Zu ihrem Glück schwächten die fürstlichen Häuser ihre Macht durch fortgesetzte Teilungen. Die Askanier hatten schon 1260 das kleine Gebiet des neuen Herzogtums Sachsen in Sachsen-Lauenburg und Sachsen-Wittenberg geteilt, die sich später lange in heftigem Streit um die Kurwürde entzweiten; die Welfen hatten sich 1267 in die beiden Linien Braunschweig-Wolfenbüttel und Lüneburg-Celle geschieden. Pommern, durch starke Gebietsverluste an Mecklenburg (Stavenhagen 1282) und Brandenburg (Schivelbein 1290) geschwächt, zerfiel nach schweren Wirren 1295 für lange Zeit in Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin, doch wurde 1325 das Fürstentum Rügen nach dem Aussterben seines altslawischen Fürstenhauses mit Pommern vereinigt. Von Holstein waren die demokratischen Bauernschaften der Dithmarschen unter der nominellen Oberhoheit des Erzbistums Bremen in der eigentümlichen Geschlechtsverfassung ihrer vierzehn Kirchspiele um Meldorp ganz getrennt; Hamburg entfremdete sich ihm völlig. Das Haus der Schauenburger aber ging nach 1261 in die Kieler und die Itzehoer Linie auseinander. Das Land blieb allerdings trotzdem in seinen Ständen (Adel und Städten) staatsrechtlich geeint und wurde gerade durch diese Bedeutung der Stände

größtenteils ein Land des Adels, geriet aber dadurch in einen besonders lebhaften Gegensatz zu den Hansestädten.

Dieser Gegensatz griff auch nach Dänemark hinüber, denn mit diesem Lande knüpfte der holsteinsche Adel bald die engsten Beziehungen an. Zunächst hatte dies die Lockerung des Verhältnisses zwischen dem Königreich und Südjütland (Schleswig) und dessen Anlehnung an Holstein zur Folge. Denn schon 1254 wurde Waldemar (der Dritte), der Sohn König Abels und Mechthilds von Holstein, nach deutscher Weise von Dänemark mit dem HerzogtumSchleswig belehnt, richtete seinen Hof nach deutscher Art ein, zog holsteinische, sächsische und westfälische Ritter als Lehnsleute ins Land, ließ die Städte (Flensburg, Apenrade, Hadersleben) sich nach deutschem Recht einrichten. So geriet auch Dänemark mehr und mehr unter den Einfluß des deutschen Adels, als König Erich Menved (1286 bis 1319) es nach langer Erschlaffung übernahm, die Macht Dänemarks über Holstein und die deutsche Ostseeküste wiederherzustellen. Er wurde dabei sogar von deutschen Fürsten und deutschen Edelleuten unterstützt, die viel mehr in den Städten als in dem von ihnen halbbeherrschten Dänemark ihre Gegner sahen. Schon 1300 nahm Nikolaus von Mecklenburg Land und Stadt Rostock von König Erich zu Lehen, 1307 stellte sich sogar Lübeck, in kühler Erwägung seiner Handelsinteressen, auf zehn Jahre unter dänischen Schutz, und die meisten norddeutschen Fürsten traten in enges Bündnis mit Dänemark. Nur das tapfre Stralsund erwehrte sich mit Hilfe Brandenburgs durch den glänzenden Sieg vom 21. Juni 1316 seiner Gegner, aber Markgraf Waldemar wurde dann noch in demselben Jahre bei Fürstensee und Gransee völlig geschlagen und mußte Stargard an Mecklenburg abtreten.

Auf diese Zeit des Aufschwungs folgte eine Zeit tiefer Schwäche für Dänemark. Als Christoph der Zweite, der junge Nachfolger Erich Menveds († 1319), die Vormundschaft für Waldemar (den Fünften) von Schleswig, den Sohn Erichs des Zweiten, beanspruchte, entschied Graf Gerhard der Dritte, „de grote Ghert", ein Liebling des Volkes und der Sage, an der Spitze des adligen und bäuerlichen Aufgebots seiner Holsten durch den Sieg vor Gottorp im Juli 1325 das Schicksal Schleswigs und die Herrschaft des norddeutschen Adels in Dänemark;

Christoph flüchtete vor dem Aufstande seines eignen Adels († 1332). Dieser aber wählte im Juni 1326 Waldemar den Fünften von Schleswig zum König, den Grafen Gerhard zu seinem Vormund, also zum Regenten von Dänemark, und der junge König gab an Gerhard das Herzogtum Schleswig zu Lehen. Indem dieser nun Scharen norddeutscher Edelleute in seine Dienste nahm und einzelnen Herren ganze Landschaften zum Pfande gab, verwandelte er Dänemark in ein Eroberungsgebiet des deutschen Adels. Doch den Hansestädten wurden die Raubfahrten dieser meisterlosen Freibeuter bald so lästig, daß sie daran dachten, ein dänisches Königtum wiederherzustellen; in Jütland brach ein Ausstand aus, und als Gerhard, siegreich wie immer, bis Randers vordrang, wurde er hier in seiner Wohnung am 1. April 1340 von einem jütischen Edelmann aus Rache ermordet. Seine Söhne verständigten sich darauf mit Waldemar dem Fünften von Schleswig über die Erhebung des letzten der Söhne Christophs, Waldemars des Vierten Atterdag, zum König von Dänemark (1340 bis 1375), die Hansa leistete ihm Hilfe gegen Anerkennung ihrer Privilegien und brachte schließlich 1349 einen großen Landfriedensbund mit den Grafen von Holstein, den Mecklenburgern und Sachsen-Lauenburg zustande.

Nur beruhte dieses wiederhergestellte dänische Königtum keineswegs, wie einst das Waldemars des Zweiten, auf der Kraft eines gesunden Volkstums; denn das Eindringen des Lehnswesens hatte die alte Bauernfreiheit zerstört, und der König mußte alle Mittel dieses reinen Ackerbaulandes, dessen Handel und Gewerbe in hansischen Händen lagen, bis zur Erschöpfung anspannen, um die Scharen ritterlicher Söldner aus Deutschland zu bezahlen. Immerhin vermochte er mit diesen Kräften in den fortgesetzten, zerrüttenden Wirren des nordöstlichen Deutschlands eine maßgebende Stellung zu gewinnen. Diese Kämpfe bewegten sich lange Zeit um Brandenburg. Als der hier regierende Mannesstamm der Askanier mit Waldemar dem Großen 1319 ausstarb, wurde das Land jahrelang zum Zankapfel der Erben aus den Nebenlinien, bis endlich Kaiser Ludwig nach dem Siege bei Mühldorf (Sept. 1322) im März 1323 die Belehnung seines Sohnes Ludwig mit der Mark durchsetzte. Dabei ging die Mark Landsberg an die

Wettiner, die Oberlausitz an die Luxemburger verloren, und 1338 mußte Brandenburg auch seine Lehnshoheit über Pommern aufgeben; nur das Erbrecht auf Pommern-Stettin konnte behauptet werden.

Neue Wirren folgten in dem erschöpften, mit Kriegssteuern überladnen Lande, als der Streit zwischen dem Kaisertum und der Kurie ausbrach. Nirgends wurde er erbitterter und hartnäckiger geführt als hier. Das Interdikt, das über Berlin-Köln, Frankfurt usf. verhängt wurde, führte vielfach sogar zu gewaltsamer Gegenwehr. Kaum hatten sich diese Gegensätze allmählich ausgeglichen, so tauchte der sogenannte falsche Waldemar auf, mit der damals vielfach geglaubten und niemals weder bewiesenen noch widerlegten Behauptung, er sei der 1319 angeblich verstorbne Markgraf Waldemar der Große, der tatsächlich wegen schwerer Sünde 28 Jahre lang als Büßer und Pilger die Welt durchirrt habe und nun heimgekehrt sein Recht wiederfordre. Unterstützt von den anhaltischen Askaniern und Otto von Magdeburg, gewann er zunächst die Altmark und die Priegnitz und die Anerkennung der benachbarten Fürsten von Pommern, Mecklenburg, Schwerin und Holstein, und als sich auch die übrigen Landesteile ihm anschlossen, sogar die kaiserliche Belehnung Karls des Vierten am 2. Oktober 1348. Hatte dieser doch kein lebhafteres Interesse, als den Wittelsbachern, seinen alten Gegnern, überall Abbruch zu tun. Schon hatte er deshalb das wittelsbachische Brandenburg von allen Seiten umgarnt, Pommern durch die Verleihung der Reichsunmittelbarkeit, Mecklenburg durch Erhebung zum Herzogtum, also in den Reichsfürstenstand (1348) und die Aussicht auf die Erwerbung der Grafschaft Schwerin nach dem Aussterben des dortigen Herrengeschlechts (1358) gewonnen. Jedoch dadurch geriet er auch in Gegensatz zu Dänemark, in dessen Rechte oder Ansprüche das alles eingriff. Deshalb trat Waldemar der Vierte für die brandenburgischen Wittelsbacher ein, landete 1349 in Mecklenburg, brachte dieses und Pommern zum Anschluß und drang siegreich bis Berlin vor. Das nötigte Karl den Vierten, in der großen Fürstenversammlung zu Bautzen im Februar 1350 den Wittelsbachern die Marken zurückzugeben und dem Dänenkönig für seine „Dienste“ sogar die Reichssteuer von Lübeck zu überlassen. Nach längern Kämpfen ließ

sich der „falsche“ Waldemar endlich 1355 mit einer Geldsumme abfinden.

Die dänische Macht erhob sich fast so gebietend wie unter Waldemar dem Zweiten in den Ländern rings um die Ostsee. Waldemar der Vierte beherrschte nicht nur die deutschen Küstenlande, sondern er brachte auch durch die Verlobung seiner siebenjährigen Tochter Margarete mit Hakon von Norwegen die folgenreiche Familienverbindung zustande, die schließlich alle drei skandinavischen Reiche unter seiner Dynastie vereinigen sollte. Denn schon standen Schweden und Norwegen unter einem Königshause, seitdem Magnus von Schweden als Sohn Ingeborgs, der Erbtochter Hakons von Norwegen, die Krone auch dieses Reiches trug, dessen Regierung jetzt sein Sohn Hakon führte.

Waldemar der Vierte hatte bis jetzt in gutem Einvernehmen auch mit den deutschen Seestädten gestanden. Er lockerte es, indem er 1360 die Herausgabe des an Schweden verpfändeten Schonen erzwang und damit die Herrschaft über beide Küsten des Sundes erwarb, und er zerstörte es völlig, als er 1361, lediglich aus Beutegier, das schwedische Gotland angriff. Nach einem Siege in blutiger Feldschlacht am 27. Juli nahm er Wisby, das große Schatzhaus der Hansa, die üppige Hauptstadt eines ihrer Drittel, und brandschatzte es vier Wochen lang so gründlich, daß die rasch verödende Stadt fortan alle Bedeutung verlor und ihre gewaltigen Kirchen allmählich in die malerischen Trümmer sanken, die wir noch heute bewundern. Doch auf der Stelle verhängten die Ostseestädte eine Verkehrssperre über Dänemark, schrieben Rüstungen aus, verbündeten sich mit Holstein, Schweden und Norwegen und sandten im April 1362 unter Johann Wittenborg, dem ersten Bürgermeister von Lübeck, eine Kriegsflotte von 52 Segeln nach dem Sunde. Freilich endete diese erste hansische Kriegsfahrt gegen Dänemark im Juli 1362 mit der schweren Niederlage vor Helsingborg, einem übereilten Waffenstillstande und schließlich mit dem faulen Frieden von Wordingborg im September 1365, der die hansischen Beschwerden über unmäßige Auflagen auf ihre Fischereien in Schonen nur teilweise beseitigte. Inzwischen hatte schon 1364 Albrecht der Dritte von Mecklenburg, der Schwiegersohn des Königs Magnus, von dem

schwedischen Adel herbeigerufen, der seinem Herrscher die Mißerfolge gegen Dänemark nicht verzieh, die schwedische Krone an sich gerissen, an Dänemark aber, das sich nach der Vermählung Hakons und Margaretes 1363 um so fester mit Norwegen verbündete, 1366 die ganze Küste des Kattegats abtreten müssen. Unbedingter als je beherrschten also die Dänen die Meerenge. Da schlossen 57 niederdeutsche Städte des Ostens und des Westens am 19. November 1367 im „Hansesaale" des Kölner Rathauses unter Leitung Lübecks die Konföderation zum Kriege gegen Dänemark. Mit ihnen verbündeten sich am 2. Februar 1368 Schweden, Mecklenburg, Holstein und sogar der jütische Adel zu demselben Zwecke. Städte, Fürsten und Adel, einander sonst so feindlich, standen gegen die alle drückende Übermacht Dänemarks vereinigt.

Angesichts dieser überraschend aufsteigenden Gefahren flüchtete Waldemar kleinmütig nach Pommern und überließ Dänemark sich selbst. So nahm und zerstörte eine Flotte der Osterlinge unter dem lübischen Bürgermeister Benno Warendorp im Mai 1368 Kopenhagen, brachte mit schwedischer Hilfe die Küstenplätze Schonens in ihre Hand und schloß Helsingborg ein. Die Schweden besetzten währenddem Möen, Falster und Laaland, eine Nordseeflotte verwüstete die südwestlichen Küsten Norwegens und zerstörte den königlichen Hof in Bergen, so daß Hakon einen Waffenstillstand schließen mußte. Der holsteinische Adel nahm Jütland ein, die Mecklenburger schlugen im November 1368 die mit Waldemar verbündeten Pommern bei Damgarten. Endlich, als am 8. September 1369 auch Helsingborg gefallen war, willigte die dänische Regentschaft im November 1369 in einen Waffenstillstand, am 24. Mai 1370 in den Frieden von Stralsund, den im Namen der Städte Jakob Pleskow von Lübeck, für Dänemark der Reichsverweser Henning Putbus im Saale des hochgiebeligen Rathauses unterzeichnete. Dänemark bewilligte den Städten freien Handel durch das ganze Reich zu den früheren niedrigen Zollsätzen, räumte ihnen Schonen mit zwei Dritteln seiner Einkünfte auf fünfzehn Jahre ein und versprach, keinen König anzunehmen außer mit der Städte Rat. Dafür ließen sie dem König Waldemar gleichmütig freie Hand gegen seine fürstlichen Feinde. So brachte er schon 1371 Albrecht von Schweden in die ärgste Bedrängnis,

verjagte 1373 die Holsteiner aus Jütland, nahm die Vormundschaft über den jungen Herzog Heinrich von Schleswig in Anspruch und unterwarf die unbotmäßigen Nordfriesen, die in den furchtbaren „Manntränken" (Sturmfluten) von 1354 und 1362 einen großen Teil ihres Landes und ihrer Menschen in der wütenden Nordsee hatten untergehn sehen. Kurz danach, 24. Oktober 1375, starb Waldemar der Vierte, der letzte König aus dem Stamme Swen Estrithsons, und fast zugleich der junge Herzog Heinrich von Schleswig.

Die Hansa hatte die stolzeste Höhe ihrer wirtschaftlichen und politischen Obmacht über den Norden erstiegen, nachdem der Friede von Kallundborg, 14. August 1376, ihre alte Stellung auch in Norwegen bestätigt hatte. Auch Karl der Vierte erkannte bei einem Besuch in Lübeck im Oktober 1375 mit ehrenden Worten die gewaltige Bedeutung dieser Stadt und ihres Bundes an, der ohne jedes Zutun der Reichsgewalt erwachsen war. Aber die Erhebungen der Zünfte, die nun doch auch in einzelnen größern Hansestädten zu schweren Wirren führten, in Bremen 1365 und 1366, in Braunschweig 1374 bis 1380, in Hamburg 1376, in Lübeck selbst 1380 und 1384, und nur durch gewaltsame Mittel (in Braunschweig durch die „Verhansung", die Ausschließung der Stadt von allem Verkehr) und durch billige Zugeständnisse an die Zünfte unterdrückt werden konnten, erschütterten die städtische Aristokratie. So wich sie im Norden einige Schritte zurück. Sie ließ geschehen, daß der fünfjährige Olaf, der Sohn Hakons und Margaretens, 1376 in Dänemark, 1380 auch in Norwegen den Thron bestieg, also beide Reiche vereinigte, und sie räumte 1386 vertragstreu, aber kurzsichtig ihre Stellungen auf Schonen, gab also die politischen Ergebnisse ihrer Siege wieder auf. Energischer wußten die holsteinischen Grafen ihr Interesse zu wahren: sie ertrotzten von Margareta am 15. August 1386 die Belehnung mit Schleswig und Nordfriesland. Die staatsrechtliche Verbindung Schleswigs und Holsteins unter demselben Herrscherhause war begründet.

Während dieses Ringens der Städte um die Herrschaft der nordischen Meere stieg der deutsche Ordensstaat, eine merkwürdige und glückliche, damals ganz einzige Verbindung geistlicher, adeliger und bürgerlicher Macht, zur ersten Großmacht

an der Ostsee empor. Das ganze weite Küstenland von der Ostgrenze Pommerns bis an den Peipussee umfassend, verwegen hineingebaut zwischen Polen, Litauer und Russen, denen allen er ihr natürliches Küstengebiet vorenthielt, entwand er Pommerellen nach dem Aussterben seines slawischen Herrscherhauses mit Mestwin 1295 in zähem Ringen den brandenburgischen Askaniern (als den Lehnsherren Pommerns) und den Polen. Unter dem Hochmeister Ludolf König erlangte er endlich im Vertrage von Kalisch am 23. Juli 1343 von König Kasimir dem Großen (1333 bis 1370) die förmliche Abtretung des Landes. Andrerseits durchschnitt freilich dieser König, der Reformator Polens, dem anschwellenden Selbstgefühl seines Volkes entsprechend, den engen Zusammenhang seiner deutschen Städte mit dem Mutterlande, indem er ihnen den Rechtszug nach dem Oberhofe Magdeburg verbot, und die deutsche Zuwanderung nach Polen stockte seit den Verheerungen des „schwarzen Todes".

Um so energischer drang die deutsche Herrschaft in den Küstenlandschaften vor. Nach einem furchtbaren Estenaufstand gegen Waldemar den Vierten kaufte der Deutsche Orden 1346 das dänische Estland mit Reval. Den heidnischen Litauern aber, seinen eigentlichen Hauptfeinden, wider die er das Kreuz noch immer predigen ließ und immer wieder Kreuzfahrerscharen entsandte, entriß er 1362 Kowno am Njemen, vergalt ihre grimmigen Einfälle mit ebenso wilden Gegenstößen und brachte ihnen endlich, als sie im harten Winter mit großer Heeresmacht die Grenzverhacke durchbrachen, in der blutigsten Litauerschlacht der Ordensgeschichte bei Rudau nördlich von Königsberg am 17. Februar 1370 eine furchtbare, lang nachwirkende Niederlage bei. Unter dem glänzenden Hochmeister Winrich von Kniprode, einem Rheinfranken (1351 bis 1382), erstieg der Orden zugleich mit der Hansa die Sonnenhöhe der Macht und des Ruhmes.

Ganz mittelalterlich seinem Ursprunge nach und ganz modern in seiner Staatsverwaltung, behauptete der Orden in Preußen und in den von ihm unmittelbar, meist als Lehnsträger des Erzbistums Riga beherrschten Teilen Livlands und Estlands nach hohenstaufisch-normännischer Fürstenweise das Obereigentum des ganzen Bodens. Damit vereinigte er alle

wichtigen Hoheitsrechte, die Regalien, die Militärhoheit über alle Untertanen, auch über die der Kirche, und das Patronat über die Pfarren in seiner Hand; er nahm als geistliche Genossenschaft den Kirchenzehnten für sich, besetzte die bischöflichen Kapitel in Preußen (außer in Ermland) mit seinen Brüdern und hielt sich durch einen ständigen Gesandten, den Ordensprokurator, in steter Verbindung mit der Kurie. Seinen Städten gewährte er eine ausgedehnte Selbstverwaltung und die Teilnahme an der Hansa, aber er bestätigte den Rat und die vom Stadtgericht gefällten Todesurteile, bezog zwei Drittel der Geldbußen und ansehnliche indirekte Steuern vom städtischen Verkehr. Die deutschen Lehnsleute und die freien deutschen Bauern zahlten einen mäßigen Zins; die Lehnsleute hatten die niedere, selten die höhere Gerichtsbarkeit über ihre Hintersassen, meist hörige Preußen, die von den deutschen Städten und Dörfern ausgeschlossen waren. Zum Kriegsdienst, zur „Reise", wenn das „Landgeschrei" erging, waren die Untertanen aller Stände verpflichtet. Ein wirkliches, nicht ein belehntes Beamtentum, durchweg Ordensritter, mit strengem Ausschluß der Laien, regierte das Land. In den Bezirken schalteten Komture, die auf Ordensburgen, den Mittelpunkten der Verwaltung und Verteidigung, saßen, beraten von Brüderkonventen, zu strenger Rechenschaft verpflichtet und aufs schärfste überwacht; in Livland gebot über sie der Landmeister auf Schloß Wenden, in Preußen seit 1309 (nach dem Verluste Syriens) unmittelbar der Hochmeister selbst in der gewaltigen Marienburg an der Nogat, dem festen „Haupthause" und dem prächtigen Residenzschlosse des Ordens. Ihm zur Seite standen die fünf großen Gebietiger, der Großkomtur für Schatz, Vorräte und Schiffe, der Marschall als Kriegsminister und Oberbefehlshaber, der Spittler für die Krankenpflege, der Drappierer für Kleidung und Rüstung, der Treßler als Finanzminister. Die letzte Entscheidung lag beim „Generalkapitel", zu dem diese fünf höchsten Beamten mit den Landmeistern von Livland und Deutschland berufen wurden.

Unter dieser umsichtigen und festen Verwaltung wurde der Ordensstaat die stärkste Finanz- und Kriegsmacht des Nordens, die um 1400 eine jährliche Geldeinnahme (abzüglich der regelmäßigen Verwaltungskosten) von 54 000 Mark Silber

preußisch (fast 130 Millionen Mark nach heutigem Kaufwert) verrechnete und ein Heer allein von 10 000 schweren Reitern aufstellen konnte. Er wurde aber auch im Schutze dieser Kriegsmacht, der festen Ordensburgen und der fast undurchdringlichen Grenzwildnis im Osten und Süden das wirtschaftlich blühendste Land an der Ostsee. Eine Masseneinwanderung aus ganz Deutschland begründete bis gegen 1400 in Preußen allein 93 deutsche Städte und 1400 Dörfer und germanisierte das Land so vollständig, daß das Preußenvolk fast gänzlich ausstarb und auch die litauische und polnische (masurische) Bevölkerung auf einige Grenzstriche beschränkt wurde. Die Sumpfwildnis des Weichseldeltas verwandelte sich durch riesige Deichbauten und Entwässerungsgräben in den üppigsten Ackerboden Deutschlands, die Seestädte, das mächtige Danzig, der große Stapelplatz des Weichsellandes, voran, nahmen an der hansischen Handelsherrschaft über den Norden teil und zeigten in gewaltigen kirchlichen und weltlichen Bauten nicht minder ihren Reichtum und Kunstsinn wie der Orden selbst in der Marienburg, deren herrliche Remter mit ihren schlanken Säulen und Sterngewölben wie ein Bild aus den Palmenhainen des fernen Syriens erscheinen.

Aber weit über die Grenzen deutscher Herrschaft hinaus war der ganze Norden und Osten in ein großes Wirtschaftsgebiet des niederdeutschen Kaufmanns verwandelt. Sein Zwischen- und Ausfuhrhandel versorgte diese germanischen und slawischen Völker mit den Boden- und Gewerbeprodukten Deutschlands und Südeuropas und bezog von ihnen die unerschöpflichen Rohprodukte ihrer Wälder, Bergwerke, Jagden und Viehherden, die von dem blühenden Handwerk der Hansestädte bis nach Niedersachsen und Brandenburg hinein für den eignen Bedarf wie für die Ausfuhr verarbeitet wurden. Hierbei rechneten die Niederdeutschen im Unterschiede von den Oberdeutschen, die mit den Kulturländern des Westens und Südens ihre Geschäfte in der Goldwährung nach der Kölnischen Mark führten, in der lübischen Silberwährung (1 Mark fein = $1/2$ Pfund Silber zu $3^1/_3$ bis $3^3/_4$ Mark (Gebrauchsmark) zu je 16 Schilling, in Metallwert = 24 Mark, im Kaufwert das Hundertfache; daneben 1 Pfund Silber oder „Pfund Sterling“, d. i. Easterling, Osterling). Sie begleiteten meist selber ihre

Waren, an denen der Kapitän (Schiffer) und auch die Bemannung gewöhnlich Anteil hatten, um das Risiko besser zu verteilen; sie verkauften nur gegen Barzahlung, Tausch oder Pfand mit Eintragung des Geschäfts ins Stadtbuch, und sie führten den Verkehr, der sich ganz überwiegend zur See bewegte, auf starken, gedrungen gebauten, zweimastigen Segelschiffen, den Koggen, Fahrzeugen von 200 bis 300 Tonnen, die mit hohen „Kastellen“ auf dem Achter- und Vorderdeck und mit den Gefechtsmarsen (Mastkörben) zur Verteidigung gerüstet waren. Bei der Unsicherheit der Meere fuhren sie, und zwar nur in der guten Jahreszeit, zwischen Lichtmeß und Martini gewöhnlich zu regelmäßig verkehrenden Flotten vereinigt und von schweren Fredekoggen (Kriegsschiffen) gedeckt. Da die Schiffe klein waren, konnten auch Flußstädte wie Köln und Thorn direkt an diesen Fahrten teilnehmen. Nur sehr allmählich verminderten sich die natürlichen Seegefahren durch Erbauung von Leuchttürmen (bei Falsterbo auf Schonen, Travemünde, Hiddensö, Neuwerk) und durch Bezeichnung der oft schwierigen Hafeneinfahrten. Die wichtigsten Ziele der Reisen waren die großen hansischen Kaufhöfe (Kontore) in Brügge, London (Stahlhof), Bergen und Nowgorod, wohin die hansischen Koggen durch die Newa, den stürmischen, klippenreichen Ladogasee und den Wolchow gelangten. Diese Höfe allein vermittelten den Verkehr zwischen den Deutschen und den Einwohnern des Landes und waren nach deutschem Rechte und unter der Leitung Lübecks streng geordnete, zuweilen, namentlich in Bergen, halb mönchisch lebende Genossenschaften. In Nowgorod bestand der Hof (von St. Peter) nur aus den vorübergehend hier verkehrenden Kaufleuten, in Bergen und London dagegen aus fest angesiedelten Gilden deutscher Händler und Handwerker. Und wie die großen Seemächte stets auch die Hochseefischerei beherrscht haben, so drängten sich alljährlich zwischen Jakobi und Michaelis an dem jetzt öden Strande zwischen Falsterbo und Skanör auf Schonen Tausende von Fahrzeugen um die „Vitten“, in denen damals die Seefische, namentlich die Heringe, die unentbehrliche Fastenspeise besonders der Seestädte, in ungeheueren Massen nach dem Fange eingesalzen und verpackt wurden. Nicht am wenigsten dieser Ausbeute der Fischerei verdankten die Ostseestädte ihren wunder-

bar schnell erblühenden Reichtum. Wie das alles auf die Städte zurückwirkte, das zeigen noch heute, besser als alle etwa überlieferten Zahlen, ihre riesigen, hochgetürmten Kirchen und Rathäuser aus Backstein in imponierender Weise.

So war die gewaltige deutsche Nation, die einst Italien beherrscht und ihr Banner auf den Mauern von Jerusalem aufgepflanzt hatte, trotz ihrer elenden Reichsverfassung, die sie lähmte, und trotz der ständischen Gegensätze, die sie zerrissen, durch die unverwüstliche Tüchtigkeit der Einzelnen und der Genossenschaften die wirtschaftliche und vielfach auch die politische Gebieterin des Nordens und des Ostens geworden, und nirgends trat sie so herrisch, stolz und gewalttätig auf wie hier, wo sie sich zugleich als überlegne Kulturmacht fühlte.

Der Verfall der deutschen Machtstellung im Osten und das Scheitern der Reform in Kirche und Reich

1389 bis 1517

Nur zu bald sollten die Deutschen schmerzlich empfinden, daß die Leistungen kleinerer Kreise niemals die Kraft einer organisierten großen Nation ersetzen können. Gegen die deutsche Kulturherrschaft erhob sich die Reaktion der bezwungenen, allmählich reifenden Völker, im Westen und im Osten stiegen neue gewaltige Kriegsmächte empor, im Innern ging die ständische Zersetzung weiter ihren Gang, und immer lauter erscholl der Ruf nach einer Reform der verderbten Kirche und nach einer Stärkung der Reichsgewalt.

Langsamer zog die Gefahr im Norden heran, mit unheimlicher Schnelligkeit im Osten. Von dem unzufriedenen schwedischen Adel gerufen, überwältigte Margarete bei Falköping am 24. Februar 1389 den Mecklenburger Albrecht und belagerte das halbdeutsche Stockholm, das sich hartnäckig verteidigte, zumal da die Hansestädte Kaperbriefe ausgaben, um die bedrängte Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen. Aber die verwegenen Gesellen, die das unternahmen, die „Vitalianer", wurden allmählich, nachdem 1395 ein dreijähriger Waffenstillstand den Kampf um Stockholm beendigt hatte, zu einer furchtbaren Seeräuberbande: sie plünderten 1392 Malmö und Bergen, nahmen 1394 Wisby und setzten, von dort durch den Deutschen Orden vertrieben, ihr Unwesen in der Nordsee fort, bis ihre berüchtigten Führer Klaus Störtebeker und Gödeke Michelson im Frühjahr 1402 bei Neuwerk von den Hamburgern überwältigt und mit ihren Spießgesellen hin-

gerichtet wurden. Inzwischen hatten sich Dänemark, Norwegen und Schweden, nunmehr unter Margarete geeinigt, in der Union von Kalmar am 13. Juni 1397 zu Schutz und Trutz gegen jeden auswärtigen Feind verbündet und Erich von Pommern, den Großneffen der Königin, als ihren Nachfolger anerkannt. Ihm übergaben die Hansestädte im September 1398 Stockholm, wofür sie 1399 die Bestätigung ihrer Privilegien erhielten. Und doch war die Union der Anfang vom Ende für die Obmacht der Osterlinge in den nordischen Reichen, nur daß sich wirtschaftliche Umwandlungen langsamer vollziehen als politische.

Um so rascher brach die Macht des Deutschen Ordens zusammen. Die Vermählung des Großfürsten Jagiello (Wladyslaw) von Litauen mit Hedwig, der Erbin König Kasimirs des Großen von Polen (gestorben 1370), im Februar 1386 hatte beide Reiche unter einer Krone vereinigt und zugleich den Übertritt der Litauer zum Christentum herbeigeführt. Damit war nicht nur die Stellung des Ordens in den Küstenlanden beider Reiche aufs äußerste bedroht, sondern auch die Grundlage seiner Existenz, die Pflicht des Kampfes gegen die Heidenschaft, ihm unter den Füßen weggezogen. Das wirkte verhängnisvoll auf ihn selber und seine Länder zurück, denn die scharfe sittliche Anspannung, die er von seinen Gliedern verlangte, ließ sich jetzt um so weniger mehr behaupten, als der Reichtum und die Fülle dieses kolonialen Lebens sie längst gelockert hatten. Den Untertanen des Ordens aber, dem stolzen Landadel und den reichen, mächtigen Städten, vor allem Preußens, erschien es immer unerträglicher, ohne jeden Einfluß auf die Leitung des Landes einer geistlichen Genossenschaft blind zu gehorchen, aus der mit dem ursprünglichen Zweck auch der alte Geist entwich. Schon bildete die halbpolnische Ritterschaft des Kulmerlandes den „Eidechsenbund“, und die Städte sahen neidisch auf den blühenden Eigenhandel des Ordens. Trotzdem entriß dieser den Litauern noch Samogitien, das Zwischenland zwischen Preußen und Kurland, und erwarb 1402 von dem verkommenden luxemburgischen Hause die Neumark, schob also seine Macht westwärts bis an die Oder vor. Es war die größte Ausdehnung seines Gebiets (von der Narowa bis an die Oder), die ihm beschieden war.

Doch der Streit um einige Burgen in der Neumark führte rasch den Bruch mit Polen-Litauen herbei, und am 15. Juli 1410 fiel auf der Heide von Tannenberg bei Gilgenburg die Entscheidung über unsern Osten. In mörderischem Kampfe erlag hier das Ordensheer des Hochmeisters Ulrich von Jungingen der slawischen Übermacht, die durch tschechische Söldner und tatarische Haufen noch verstärkt war; der Hochmeister selber fiel, von den Komturen entkam nur einer. Nur die Versäumnis des Polenkönigs, der in roher Völlerei und mit Hinrichtung vornehmer Gefangener kostbare Tage vergeudete, gab dem tapfern Komtur von Schwetz, Heinrich Reuß von Plauen, die Möglichkeit, das „Haupthaus“ des Ordens, die Marienburg, zu retten, während sonst fast das ganze Land schimpflich dem Sieger huldigte. Nach achtwöchiger Belagerung verzweifelte der Polenkönig daran, die Feste zu bezwingen, und gewährte endlich zu Anfang des Jahres 1411 den Frieden von Thorn gegen Abtretung von Samogitien und ein schweres Lösegeld für die Gefangenen. Nach Verdienst zum Hochmeister gekoren, verlieh Heinrich Reuß 1412 dem Lande mit der Einrichtung des „Landrats“ eine ständische Verfassung; aber so unvermeidlich dies war, er hatte damit das Grundgesetz des Ordens gebrochen und wurde dafür schon im Oktober 1314 schimpflich aus dem Amte gestoßen. Damit erweiterte sich die unheilvolle Kluft zwischen dem Lande und dem Orden, und dessen alte Größe schwand dahin, weil er sich unfähig zeigte, seine Verfassung umzugestalten, wie es die Zeit verlangte.

Derweilen stieg im Südosten der furchtbare Kriegerstaat der osmanischen Türken herauf. Nach der Vernichtung des serbischen Reichs in der Schlacht auf dem Amselfelde am 27. Juni 1389 stand Sultan Bajesid der „Blitz“ an der Südgrenze Ungarns, und am 28. September 1396 erfocht er bei Nikopolis an der Donau über ein ungarisch-deutsch-französisches Kreuzheer unter König Sigismund einen glänzenden Sieg, dessen Ausbeutung nur die Annäherung der Mongolen verhinderte.

Das deutsche Königtum war inzwischen unter Wenzels immer würdeloserer Persönlichkeit geradezu in Verachtung gesunken. Für die luxemburgischen Interessen gab er die des Reiches preis. Um die Aussichten der Habsburger auf Polen zu durchkreuzen, hatte er die verhängnisvolle Wahl Jagiellos

begünstigt, um seinem Bruder Sigismund zur ungarischen Krone zu verhelfen, jede entschiedene Parteinahme in der heillosen Kirchenspaltung seit 1378 vermieden. Endlich warf man ihm vor, daß er durch die Erhebung des Galeazzo Visconti zum Herzog von Mailand 1395 die Rechte des Reichs geschädigt habe. So traten schließlich die Kurfürsten wieder als Träger des Reichs auf. Sie erklärten in ihrer Mehrzahl am 20. August 1400 Wenzel als einen „unnützen und versäumlichen Entgliederer des heiligen römischen Reichs" des Königtums für entsetzt und wählten an seiner Statt den Pfalzgrafen Ruprecht (1400 bis 1410). Doch der persönlich wackere Herr fand überhaupt nur im Südwesten eine Art von Anerkennung, und er verlor auch das wenige, was er von Ansehen hatte, als sein mit ganz ungenügenden Kräften unternommener Versuch, Mailand zurückzugewinnen, im Oktober 1401 vor Brescia an der überlegenen Kriegskunst der italienischen Söldnerscharen kläglich gescheitert war. Schließlich brachte Erzbischof Johann von Mainz zwischen süd- und westdeutschen Fürsten und Städten 1405 den Marbacher Bund zum Schutze ihrer „Freiheiten" gegen den König zustande. Und noch immer hatte Wenzel eine Partei im Reiche. Da starb Ruprecht am 18. Mai 1410. Nun wählte die Mehrheit der Kurfürsten den ganz unzuverlässigen Jost von Mähren, Pfalz und Trier aber den Ungarnkönig Sigismund. So gab es in Deutschland drei Kaiser. Zum Glück starb Jost schon am 17. Januar 1411, und die diplomatische Gewandtheit des Burggrafen von Nürnberg, Friedrichs des Sechsten, bestimmte die Kurfürsten zur Anerkennung König Sigismunds, wofür dieser am 7. Juli 1411 dem Hohenzollern die Verwaltung seiner Mark Brandenburg übertrug. Da Wenzel seine Ansprüche nicht weiter betonte, so hatte endlich die deutsche Königswürde wieder einen allgemein anerkannten Vertreter, der freilich ein halber Ausländer war.

Es war wieder ein Augenblick, wo die Kirche nicht minder als das Reich die kräftige Hand eines Kaisers ersehnte. Seit der Rückkehr der Kurie von Avignon nach Rom 1378, die das „babylonische Exil" des Papsttums beendete, und seit der sich daran schließenden Doppelwahl hatte der Stuhl Petri zwei Inhaber, jeden mit einem ziemlich festen Kreise von Ländern, die ihm „Obödienz" leisteten. Dem römischen Papste gehorchten Italien, England und Deutschland mit dem Osten, dem avignonesischen das übrige romanische Abendland. Hatte nun schon vor 1378 der Hof von Avignon seine finanziellen Ansprüche wesentlich höher gespannt, da die italienischen Einkünfte oft versagten, so stiegen sie nach der Kirchenspaltung ins ungemessene. Lag es doch nahe genug, die beanspruchte Allgewalt des Papsttums auch auf den Besitz des gewaltigen Kirchenvermögens auszudehnen. Begünstigt wurde dies dadurch, daß die naturalwirtschaftlichen Gemeinwirtschaften namentlich der Stifter damals allgemein in eine Anzahl einzelner Pfründen aufgelöst worden waren, die nun ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit des Empfängers oft in größerer Anzahl an einen einzelnen vergeben wurden. Die Verleihung dieser Pfründen wie der hohen Kirchenämter möglichst an sich zu reißen und daraus durch schamlose Simonie Geld zu schlagen, war das bewußte Streben der Kurie. Und da sie sich kein Gewissen daraus machte, auch Kirchenstrafen gegen eine Geldzahlung zu frommen Zwecken zu erlassen (Ablaß), so wurde nicht nur die Kurie zu einem großen Bankhaus entwürdigt, sondern auch alle regelmäßige Verwaltung der Kirche zerrüttet und das religiöse Leben der Laien vergiftet. Da ging nun der Ruf nach „Reform der Kirche an Haupt und Gliedern" nicht von der verderbten Hierarchie, sondern von den großen scholastischen Universitäten Westeuropas aus, und weil es eine Autorität, die dem Unfug eines doppelten Papsttums hätte steuern können, bei dem Verfall der Kaisergewalt nicht gab, so kam man auf die konziliaren Gedanken papstfeindlicher Minoriten zurück. Ein Konzil als die souveräne Vertretung der Kirche sollte also den Streit schlichten und die Kirche reformieren. Doch das in Pisa 1409 versammelte verschlimmerte nur noch die Spaltung, denn es wählte Alexander den Fünften, ohne die beiden anderen von ihm entsetzten Päpste zur Abdankung zwingen zu können, und inzwischen begann in den Tiefen des mißhandelten niedern Klerus eine ganz andre, eine radikale Reformbewegung.

Sie beruhte auf der oft verdunkelten, aber niemals ganz vergessenen evangelischen Grundlage der Kirche und auf der Mystik, deren Ziel die unmittelbare Gemeinschaft zwischen Gott und dem Menschen war. Die praktischen Folgerungen

daraus zog ernstlich zunächst John Wiclif in Oxford. Damals nämlich erhob sich unter der ruhmvollen Regierung Edwards des Dritten das lange unterdrückte angelsächsische Wesen wieder kraftvoll gegen den herrschenden französisch-normännischen Adel, mit dem auch die Ideen von der herrschenden Allgewalt des Papsttums ins Land gekommen waren. Wiclif verwarf die Siebenzahl der Sakramente und die Brotverwandlungslehre, also die Mittlerstellung der Geistlichkeit mit allen ihren Folgerungen; er sah die Kirche nicht in ihr, sondern in der Gemeinschaft der Gläubigen, deren Haupt Christus sei, nicht der Papst, und nahm deshalb für sie auch die Verfügung über das Kirchengut in Anspruch, für den Staat aber die Unabhängigkeit von der Kirche. Von den päpstlichen Verdammungsurteilen nicht erreicht, starb Wiclif 1384 friedlich auf seiner Pfarre; aber mehr als in England wirkte seine zugleich evangelische und volkstümliche, in der Volkssprache vorgetragene Lehre in Böhmen, zunächst an der Universität Prag, deren junge theologische Dozenten nach den Heften von Paris und Oxford lesen mußten.

Hier wurde sie von zwei Gelehrten tschechischen Stammes aufgenommen, von Hieronymus, einem Manne aus alttschechischem Adel, und von dem Bauernsohne Johannes Hus aus Husinez bei Prachatitz (geboren um 1360), ohne selbständige Weiterbildung, aber mit einer tschechisch-nationalen Wendung, die den längst vorhandenen nationalen und sozialen Strömungen im slawischen Volksleben Böhmens entgegenkam. Denn mit Haß und Neid sah der slawische Adel auf die blühenden deutschen Stadtgemeinden, die beste Stütze des Königtums, der mißhandelte tschechische Bauer auf den viel günstiger gestellten deutschen, die schlecht besoldete, mangelhaft gebildete niedere Geistlichkeit auf die schwelgenden und nichtstuenden Prälaten. Welchen Eindruck mußte es da nun machen, wenn Hus, seit 1402 Prediger an der Bethlehemskapelle bei Prag, hier die Lehren Wiclifs verkündigte und zugleich die Tschechen als „die Söhne des Reichs“, die Deutschen als Eindringlinge bezeichnete! Die Universität Prag, von deren vier „Nationen“ (Landsmannschaften) drei, die bayrische, die sächsische und die polnische, deutsch waren, verwarf begreiflicherweise die Säze Wiclifs; aber Hus erfocht den ersten Sieg dadurch, daß König

Wenzel, gegen dessen Neutralität bei der Kirchenspaltung sie sich gleichfalls ausgesprochen hatte, durch das Dekret von Kuttenberg am 18. Januar 1409 die alte Verfassung der Universität umstürzte, indem er der böhmischen Nation drei, den andern drei Landsmannschaften zusammen nur eine Stimme zuteilte. Die also den Tschechen ausgelieferte Universität Prag verließen die deutschen Professoren und Studenten, um nach Erfurt zu gehn oder in Leipzig 1409 eine neue strengkirchliche Hochschule zu begründen, und die Welthochschule Karls des Vierten sank zu einer tschechischen Landesanstalt herab. Aber den Kampf, den die Universität hatte fallen lassen müssen, nahm alsbald die Hierarchie auf. Der Erzbischof von Prag bannte Hus, im Jahre 1411 auch der Papst; die Stadt verfiel dem Interdikt. Schließlich konnte auch Wenzel den kühnen Prediger nicht mehr halten; aber als Hus im Dezember 1412 Prag verlassen mußte, fand er Zuflucht auf den Schlössern des tschechischen Adels und verbreitete nun seine Lehre durch Wort und Schrift über das ganze Land.

Schon war seine Sache zu einer national-tschechischen geworden, als König Sigismund, unzweifelhaft ein leichtfertiger, unzuverlässiger Herr ohne innere Würde, aber, wie die meisten Luxemburger, begabt und gut gebildet, als Vogt der Kirche Papst Johann den Dreiundzwanzigsten in Rom bewog, für das Jahr 1414 ein allgemeines Konzil nach Konstanz, also auf deutschen Boden, zu berufen. Es war die glänzendste und zahlreichste Kirchen- und Fürstenversammlung, die das Mittelalter jemals gesehen hat. Sie hatte die Kirchenspaltung zu beenden, über Hus zu entscheiden, der vom Papst an ein Konzil appelliert hatte, und die Reform der Kirche durchzusetzen. Abweichend von dem bisherigen Brauche, aber dem stärker hervortretenden Bewußtsein der Nationen und der Laien entsprechend, konstituierte sich das Konzil am 7. Februar 1415 in fünf Nationen als geschlossenen Körperschaften, deren jede eine Stimme führte, und dehnte das Abstimmungsrecht auf die graduierten (promovierten) Gelehrten aus. Dadurch wurde das sonst unvermeidliche Übergewicht der unverhältnismäßig zahlreichen, meist päpstlich gesinnten italienischen Bischöfe aufgehoben. So verfügte das Konzil als souveräne Gewalt der Kirche am 29. Mai die Entsetzung Johanns des

Dreiundzwanzigsten, bewog Gregor den Zwölften in Avignon am 4. Juli zur Entsagung und behandelte Benedikt den Dreizehnten, der nur in Spanien Anhang hatte, zunächst nicht als Papst, bis es endlich am 26. Juli 1417 auch seine Absetzung aussprach. Mehr als zwei Jahre lang war die abendländische Kirche ohne anerkanntes Oberhaupt, ihre Leitung lag in den Händen des Konzils.

Noch blieb dieses einträchtig bei dem Verfahren gegen Hus, der am 3. November 1414 unter freiem kaiserlichem Geleit in Konstanz ankam, aber trotzdem kurz danach verhaftet wurde, ohne daß Sigismund etwas gegen die Verletzung seines Versprechens getan hätte. Da Hus den geforderten Widerruf seiner Ketzereien nur dann leisten zu wollen erklärte, wenn er aus der Heiligen Schrift oder mit Vernunftgründen widerlegt werde, also selbst die Autorität des Konzils in Glaubenssachen nicht mehr anerkannte, so verurteilte ihn dieses am 6. Juli 1415 zum Feuertode des Ketzers und ließ ihn an demselben Tage verbrennen. An der gleichen Stelle endete am 30. Mai 1416 sein Freund Hieronymus von Prag. Aber als nun die positiven Fragen der Kirchenreform an die Versammlung herantraten, da spaltete sie sich. Die romanischen Nationen bestanden auf der Wahl eines Papstes vor der Reform, die germanischen auf der Reform vor der Papstwahl, und diese gaben endlich nur unter der Bedingung nach, daß der künftige Papst das Konzil nicht vor dem Abschluß der Reform auflösen dürfe und künftig alle zehn Jahre ein Konzil berufen werde. So wurde am 11. November 1417 der Kardinal Otto von Colonna als Martin der Fünfte erwählt. Der aber wußte geschickt die sehr verschiedene Stellung des Papsttums zu den einzelnen Nationen zu benützen, um sich durch Sonderverträge (Konkordate) mit jeder einzelnen abzufinden, indem er überall eine Ermäßigung der päpstlichen Steuerforderungen und Ernennungsrechte zugestand, jedoch immer nur auf fünf Jahre. Am 22. April 1418 hielt das Konzil seine letzte Sitzung.

Die Kirchenreform war nur scheinbar gelungen, und die hussitische Ketzerei, die man erstickt zu haben meinte, flammte hoch empor an dem Feuer der Scheiterhaufen von Konstanz. Schon im September 1415 sprach sich ein großer Teil des tschechischen Adels für Hus aus und bildete auf sechs Jahre

einen Herrenbund für die Freiheit der Kirche und die Anerkennung der bischöflichen Gewalt, soweit sie mit der Heiligen Schrift übereinstimme. Als höchste Autorität in Glaubenssachen erkannte er die Universität Prag an. Indem diese sodann nach der Lehre des Jakob von Mies, nicht des Hus selbst, das Abendmahl unter beiderlei Gestalt (sub utraque specie) für verbindlich erklärte, gab sie der neuen Kirchengemeinschaft ein sichtbares volkstümliches Symbol. Obwohl sich nun schon am 1. Oktober ein deutsch-katholischer Herrenbund bildete, und obwohl das Prager Domkapitel das Interdikt über die Hauptstadt verhängte, so ergriff doch die Bewegung, durch Wenzels Untätigkeit gedeckt, rasch auch die Massen des tschechischen Landvolks und Kleinbürgertums und nahm in den großen Volksversammlungen zur Feier des umgestalteten Abendmahls in brüderlicher Liebe und Eintracht (so auf dem „Tabor" an der Luschnitz am 22. Juli 1419) einen schwärmerisch-radikalen Charakter an. Als endlich König Wenzel erschrocken einlenkte und die Prager Kirchen der neuen Glaubensgenossenschaft zu entziehen befahl, auch einen altgläubigen Rat in der Prager Neustadt einsetzte, da stürmten am 30. Juli 1419 fanatisierte Volkshaufen das Rathaus und stürzten die neuen Ratsherren zum Fenster hinaus. Unter dem Eindruck des schrecklichen Ereignisses verschied Wenzel am 16. August auf Schloß Kundratitz, in Prag aber wurden nun Kirchen und Klöster verwüstet, Geistliche und Mönche erschlagen oder verjagt. In fanatischem Radikalismus wollten diese „Taboriten" von ihrer 1420 neugegründeten Hauptstadt Tabor aus Staat und Gesellschaft des „heiligen" tschechischen Volkes umformen in eine theokratische Genossenschaft auf „biblischer", also in diesem Falle kommunistischer Grundlage; die „Prager" oder Utraquisten (Calixtiner), d. h. der Adel und die Universität, erstrebten nur die Reform der Kirche in national-tschechischem Sinne.

Mit dieser immerhin gemäßigten Partei wäre nun ein Ausgleich wohl möglich gewesen. Aber Sigismund, Wenzels bitter gehaßter Nachfolger in Böhmen, wies nicht nur ihre Bedingungen kurzsichtig zurück, sondern ließ auch am 17. März 1420 in Breslau die päpstliche Kreuzzugsbulle gegen die ketzerischen Böhmen verkünden. Damit eröffnete er den greuel-

vollsten Religions- und Rassenkrieg. Denn während der katholische Herrenbund in Pilsen und anderen königlichen (deutschen) Städten seine Stützen fand, kündigte jetzt auch der utraquistisch-tschechische Adel dem König den Gehorsam auf, die tschechischen Massen verjagten die Deutschen aus Prag, nahmen ihre Güter in Besitz und stürmten allerorten im Lande die Kirchen und die Klöster. Ohne ihre Besonderheiten aufzugeben, einigten sich dann die beiden hussitischen Parteien auf dem Tschaslauer Landtage im Juni 1421 in den „Prager Artikeln“ über die den beiden Richtungen gemeinsamen Hauptpunkte (freie Predigt des göttlichen Wortes, Abendmahl unter beiderlei Gestalt, Einziehung des Kirchenguts, strenge Bestrafung der „Todsünden“) und traten nach außen geschlossen auf. Doch die kriegerische Hauptkraft stellten die Taboriten in ihren so gut wie stehenden „Feldheeren“ (neben den gelegentlichen „Aufgeboten“ ihres Anhangs und der „Prager“). Für diese schuf der einäugige Johann Ziska (sprich Schischka) von Trotschnow, ein Mensch „ohne Furcht, ohne Bildung, ohne Erbarmen“, die neue militärische Ordnung, wie sie den Verhältnissen entsprach: statt des Ritterheeres ein Bauernfußvolk mit Dreschflegeln und Speeren im Schutze seiner für Marsch und Gefecht gleich beweglichen „Wagenburgen“.

Diese keineswegs besonders zahlreichen Heere (alles in allem etwa 25 000 Mann) schlugen siegreich die ersten deutschen Kreuzheere Sigismunds zurück, am 14. Juli 1420 am Ziskaberge vor Prag, am 1. November am Fuße des alten Königsschlosses Wyschehrad, das völlig zerstört wurde. Nun fielen unter unsäglichen Greueln die meisten deutschen Städte Böhmens den Taboriten in die Hände. Neue Siege über neue Kreuzheere folgten: am 2. Oktober 1421 bei Saaz, am 8. Januar 1422 über Sigismund bei Deutsch-Brod; nur in Mähren behauptete sich mit einigem Erfolge des Königs Schwiegersohn Albrecht von Österreich. Zugleich suchten und fanden die Tschechen Anlehnung an dem stammverwandten Polen, von wo aus ihnen der Prinz Sigismund Korybut im Mai 1422 zu Hilfe kam. Auch der Tod Ziskas am 11. Oktober 1424 spaltete zwar die Taboriten, da sich seine eifrigsten Anhänger als die „Waisen“ (Sirotki, Orphaniten) ihres „Vaters Ziska“ von den wildesten Radikalen absonderten; aber die Führer beider, die beiden

Prokop, ehemalige Mönche, hielten fest zusammen, eroberten die deutschen Städte am Fuße des Erzgebirges, vernichteten in der Mordschlacht des 16. Juni 1426 bei Aussig ein meißnisch-thüringisches Heer, das zum Entsatz der hartbedrängten Stadt heranzog, und erstürmten diese selbst. Bis auf geringe Reste war das blühende deutsche Bürgertum Böhmens vernichtet, seine Städte wurden gewaltsam tschechisiert. Nach solchen Erfolgen gewannen vollends die Radikalen das Übergewicht, und nach Korybuts halb erzwungenem Rücktritt 1427 trat Prokop der Große an die Spitze aller Hussiten.

Nun begannen entsetzlich verheerende Plünderungsfahrten in die Nachbarlande ringsum, nach Schlesien, den Lausitzen, Meißen, Vogtland, Thüringen, Brandenburg, bis nach Pommern hin. Schimpflich offenbarte sich die Unbrauchbarkeit der deutschen Wehrkraft, die immer erst, wenn die Gefahr herankam, aus lauter kleinen selbständigen Aufgeboten, Vasallenschaften oder Söldnerhaufen gebildet werden mußte. Das platte Land war regelmäßig nicht zu halten, nur die festen Städte verteidigten sich meist mit Erfolg; aber die mühsam zusammengebrachten großen Kreuzheere wichen immer wieder ohne ernsten Kampf vor den viel schwächeren Hussiten zurück: am 3. August 1427 bei Mies, am 14. August 1431 bei Tauß. Immer wieder ergossen sich darum die tschechischen Raubscharen über die Grenzen und erreichten 1433 bei Danzig sogar die Ostsee. Wie ein tobender, verheerende Lavaströme aussendender Vulkan lag dieses Böhmen hinter seinem Bergringe. Damals wurde jede Möglichkeit, daß es das Kernland des Reichs werden könne, mit der Kulturarbeit der Prschemysliden und Karls des Vierten für immer zerstört.

Da alle kriegerischen Mittel versagten, so blieb nur der kirchliche Ausgleich durch ein Konzil, und wirklich rang Sigismund dem Papst Martin dem Fünften die Berufung eines solchen nach Basel für 1431 ab, so abgeneigt auch dieser wie sein Nachfolger Eugen der Vierte (1431 bis 1437) der Versammlung lange gegenüberstand. Zwar mißlangen die Verhandlungen mit Prokop dem Großen und seinen Taboriten, die im Januar 1433 selbst in Basel einritten, doch gelang es, mit den gemäßigten Pragern auf Grund der „Prager Kompaktaten“, d. h. der etwas abgeschwächten Prager Artikel, am 30. November einen

vorläufigen Abschluß zu erreichen. Darüber kam es zwischen den hussitischen Parteien zum offnen Kampfe. In der furchtbaren Schlacht bei Böhmisch-Brod und Lipan am 30. Mai 1434, wo von 18000 Taboriten und Waisen 13000 auf dem Platze blieben, ging das radikale kriegerische Hussitentum zugrunde. Die Reste der Waisen schlossen sich den Pragern an; die Taboriten blieben fortan auf Tabor beschränkt.

Nun nahm auch der böhmische Landtag im September 1435 die Kompaktaten an und wählte einen Utraquisten, Johann Rokyzana, zum Erzbischof von Prag, das Konzil aber hob 1436 den Bann über die hussitischen Böhmen auf und erkannte sie als treue Söhne der Kirche an. Die Wiedereinsetzung Sigismunds gegen Gewährung einer Amnestie und Anerkennung der neuen Ordnung vollendete den Ausgleich, aber über Ruinen. Denn die deutsche Kultur Böhmens war so gut wie vernichtet, das Land fast völlig tschechisiert und der Herrschaft eines Adels unterworfen, der, da ihm die deutschen Städte kein Gegengewicht mehr boten, seine Bauern in rechtlose Leibeigenschaft niederdrückte und dem Königtum bald über den Kopf wuchs. Eine Zeit lang das Hauptland des Reichs, stand jetzt Böhmen wie eine barbarische, stammfremde und ketzerische Welt den Deutschen im Reiche gegenüber. Nur ein Ergebnis hat eine allgemeinere Bedeutung für die Zukunft gehabt: zum erstenmal hatte sich gegen Rom eine tatsächlich ketzerische Landeskirche behauptet.

Ihre Anerkennung blieb die einzige positive Leistung des Basler Konzils. Denn sobald es an die Reformen, also an die Beschränkung der päpstlichen Befugnisse ging, geriet es in Streit mit Rom. Endlich erklärte Eugen der Vierte im Juli 1437 das Konzil für aufgelöst und berief ein neues Konzil nach Ferrara. Zunächst freilich blieb die Hauptmasse der nichtitalienischen Prälaten in Basel, verhängte am 24. Januar 1438 die Suspension über Eugen den Vierten und setzte die Beratungen fort.

Doch in diesem Augenblicke war das Kaisertum nicht einmal mehr durch einen Monarchen wie Sigismund vertreten, der am 9. Dezember 1437 gestorben war. Mit ihm erlosch das luxemburgische Haus im Mannesstamme, und zu seinem Nachfolger wurde am 17. März 1438 sein Schwiegersohn Albrecht der Zweite von Österreich gekoren, der die fast vierhundertjährige Reihe der habsburgischen Kaiser eröffnete. Obgleich er von den seit 1379 geteilten Ländern seines Hauses nur Österreich beherrschte, so war ihm doch kraft jenes Erbvertrags von 1364 auch Böhmen zugefallen und als dem Gemahl der Elisabeth, der Tochter Sigismunds, die ungarische Krone. Aber eben diese auswärtigen Beziehungen entfremdeten ihn von Anfang an dem deutschen Reiche, um so mehr, als die Türkengefahr für Ungarn immer drohender wurde. Ohne auch nur Semendria entsetzen zu können, starb er schon am 27. Oktober 1439 in Gran an der Lagerseuche, nachdem er Deutschland während seiner Regierung niemals betreten hatte.

So blieb die Frage der Reichsreform, die die furchtbaren Erlebnisse der Hussitenkriege aufs dringendste gestellt hatten, ebenso unerledigt wie die der Kirchenreform. Zwar waren Vorschläge, wie sie schon um 1433 der konservative Kardinal Nikolaus Cusanus (Krebs von Cues an der Mosel) und gegen 1438 der radikale Schwabe Friedrich Reiser vertraten, an sich wohl ausführbar, denn sie beruhten auf der nicht mehr zu erschütternden bündischen Grundlage; sie forderten aber finanzielle Stärkung der Reichsgewalt durch eine Reichssteuer oder Einziehung von Kirchengut, Sicherung des Landfriedens durch eine Kreiseinteilung, regelmäßige Berufung der Reichstage mit Teilnahme der Reichsstädte — und solche Gedanken lagen dem Egoismus der weltlichen und geistlichen Fürsten fern. Über eine Kreiseinteilung wurde wohl in Nürnberg 1438 von den Ständen verhandelt, aber zustande kam nichts.

In der Kirchenreformfrage schlugen die Kurfürsten, die berufenen Vertreter der Nation, da der Kaiser außer Landes war, zunächst den richtigen Weg ein. Sie verpflichteten sich im März 1438 zur Neutralität in dem Streite zwischen dem Papste und dem Konzil von Basel und überließen die deutsche Kirche der Verwaltung ihrer Bischöfe, erkannten auch später eine Reihe von Reformbeschlüssen des Basler Konzils an. Es waren die einleitenden Schritte zur Bildung einer deutschen Nationalkirche, wie sie damals in Frankreich durch die pragmatische Sanktion von 1438 wirklich begründet wurde. Doch das Konzil versperrte sich schließlich den Weg dazu, indem es,

statt sich wie Frankreich mit Eugen dem Vierten, dem sich die ausländischen Kirchen allmählich fast durchweg zugewandt hatten, zu verständigen, ihn am 25. Juni 1439 förmlich entsetzte und am 5. November Amadeus von Savoyen als Felix den Fünften wählte.

Wo waren aber die Macht und der Wille, die Folgerungen aus solchen Beschlüssen zu ziehen? Sicherlich nicht bei dem am 2. April 1440 erhobnen Kaiser Friedrich dem Dritten (1440 bis 1493), dem Sohne Ernst des Eisernen von Innerösterreich (Österreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Triest). Geistesträge, ohne Sinn für persönliche und nationale Ehre, hatte er nur eine fürstliche Eigenschaft, die Zähigkeit, die freilich an fatalistischen Gleichmut gegen alle Widerwärtigkeiten grenzte. Die nationale Kirchenreform war ihm so gleichgiltig, daß er sich von seinem gewandten Geheimschreiber, dem feinen, geistvollen Italiener Enea Silvio de' Piccolomini aus Siena (dem spätern Papst Pius dem Zweiten), gegen sie stimmen ließ. In einem geheimen Vertrage vom 9. Februar 1446 verpflichtete er sich, gegen Einräumung gewisser kirchlicher Rechte (nämlich für die sechs an seinen Erblanden beteiligten Bistümer Kandidaten vorzuschlagen, eine Anzahl Pfründen einmalig zu besetzen und die Klostervisitatoren zu ernennen) den Bund der Kurfürsten, die Stütze des Basler Konzils, aufzulösen. Durch ein hinterhaltiges Doppelspiel gelang dieses so wohl, daß die deutschen Fürsten nach dem Tode Eugens des Vierten 1447 seinen Nachfolger Nikolaus den Fünften anerkannten. Mit diesem schloß dann Friedrich der Dritte am 17. Februar 1448, ohne das Reich auch nur zu befragen, das Wiener Konkordat. Es überließ dem Papste die meisten Reservationen (d. i. die seiner Besetzung unterliegenden Pfründen) und setzte die Annaten (Jahreseinkünfte eines erledigten Bistums) fest. Nur einzelne Landesfürsten erwarben ähnliche kirchliche Befugnisse wie Friedrich der Dritte für seine Erblande, nämlich die geistlichen Kurfürsten, Salzburg, Kleve, Sachsen und Brandenburg. So bahnte sich die landeskirchliche Schließung der Territorien in ähnlicher Weise an wie ihre politische Selbständigkeit. Sonst aber war Deutschland seitdem einer ärgeren päpstlichen Ausbeutung überliefert, als jedes andre Land Europas.

Kurz danach löste sich das Basler Konzil, das zuletzt, weil ihm der Kaiser das freie Geleit entzogen hatte, nach Lausanne übergesiedelt war, förmlich auf (26. April 1449). So siegte das Papsttum über die konziliare Reformbewegung, soweit sie nicht durch eine starke, geschlossene Staatsgewalt unterstützt wurde, und triumphierend sah es im „Jubeljahre" 1450 in Hunderttausenden von Pilgern das ganze Abendland zu seinen Füßen. In Deutschland zumal bedeutete es seitdem weit mehr als das Kaisertum, dessen entwürdigte Krone Friedrich der Dritte mit seiner Gemahlin Eleonore von Portugal am 19. März 1453 in Rom fast als ein päpstliches Geschenk empfing. Das Papsttum aber, das, seiner hohen Aufgabe vergessend, die Reform vereitelt hatte, um seine Einkünfte nicht zu schmälern, verfiel alsbald dem verdienten Geschick, ein Werkzeug rein weltlicher Interessen zu sein. Und das geschah in demselben Augenblicke, wo die Türken Konstantinopel eroberten (29. Mai 1453), und diese neue furchtbare Erhebung des streitbaren Islams eine gemeinsame Abwehr des christlichen Europas gebieterisch forderte.

Die Zersetzung der Reichsgewalt durch Sondergewalten, die den kläglichen Ausgang der Kirchenreform auf deutschem Boden ganz besonders verschuldete, fand ihr Gegenstück in der Auflösung der Territorien durch fürstliche Erbteilungen und ständische Gegensätze, also durch das fortgesetzte Überwuchern privatrechtlicher Anschauungen und persönlicher Interessen. Nicht zum wenigsten die habsburgischen Gebiete litten darunter. Jahrzehntelang rang Friedrich der Vierte von Tirol mit dem „Landschadenbunde", den sein Adel zum Schutze der ständischen Interessen gegründet hatte (1407 bis 1423). In Innerösterreich entwickelten sich besonders mächtige Adelsgeschlechter, vor allem die Grafen von Cilli und Saneck im slowenischen Südsteiermark, die, wie die Habsburger selbst, ihre Besitzungen und Beziehungen bis tief in die slawische und ungarische Nachbarschaft erstreckten. In Österreich wie in Böhmen und Ungarn war Albrechts des Zweiten nachgeborner Sohn Ladislaus Postumus 1440 der Erbe des Vaters unter der Vormundschaft Friedrichs des Dritten geworden, aber die Landesregierung in Österreich führte ein Adelsausschuß unter Ulrich Eyzing, in Ungarn (seit 1446) der „Gubernator" Johannes

Hunyad, in Böhmen (seit 1452) der Hussit Georg von Podjebrad. Schließlich riß der gewalttätige und ehrgeizige Graf Ulrich von Cilli, der Gemahl einer serbischen Fürstentochter und der Schwager Sultan Murads des Zweiten, 1452 nicht nur in Österreich, sondern auch in Ungarn das Regiment an sich und verbündete sich mit Georg von Podjebrad „zum Besten des Königs Ladislaus". Bei dem Kreuzzuge zum Entsatze des belagerten Belgrad, den Johannes Hunyad am 23. Juli 1456 glänzend vollbrachte, fiel Graf Ulrich von Cilli, der letzte seines Hauses, auf der Burg von Belgrad durch Ladislaus Hunyad am 9. November, und Friedrich der Dritte zog seine steirischen Güter ein; aber der jugendliche Ladislaus starb am 23. November 1457 eines plötzlichen Todes. Mit ihm erlosch das Haus Albrechts des Zweiten, und die weitverzweigte Macht, die er begründet hatte, fiel in Stücke. Denn in Böhmen wie in Ungarn siegte die deutschfeindliche Reaktion und die Adelsfreiheit (Libertät). Die Ungarn erhoben am 23. Januar 1458 den Sohn des unvergessenen Johannes Hunyad († 11. August 1456), Matthias Corvinus, zum König, die Böhmen wählten gegen den entschiedenen Widerspruch der deutschen Städte Mährens und Schlesiens am 3. März Georg von Podjebrad. Nur in Österreich gelang es Friedrich dem Dritten, seine Anerkennung durchzusetzen, aber wilde Anarchie, adlige Räuber und zuchtlose Söldner wetteiferten mit Hunger und Seuchen am Verderben der unglücklichen Bevölkerung.

Auch die Wittelsbacher versanken durch neue Teilungen in Ohnmacht. Darüber gingen 1438 die niederländischen Besitzungen (Holland, Seeland, Hennegau) an Philipp den Guten von Burgund verloren, und in Bayern selbst erfüllte Ludwig der Bärtige von Ingolstadt (1413 bis 1447) trotzig und rauflustig das Land fortwährend mit Fehden, bis er 1443 endlich von seinem eigenen boshaften Sohne Ludwig dem Höckrigen in Neuburg gefangen genommen wurde und 1447 im Kerker starb. Sein Erbe fiel größtenteils an Heinrich von Landshut, dessen Sohn Ludwig der Reiche (1450 bis 1499) endlich dem geplagten Volke den Frieden zurückgab und für sich eine geachtete Stellung im Reiche erwarb, wie in Bayern-München Albrecht der Dritte.

Das zweite Land der Wittelsbacher, die Rheinpfalz, hätte

in diesem zerfahrenen Westen das stärkste Fürstentum sein können, namentlich nach der Rückerwerbung eines Teils der luxemburgisch gewordenen Oberpfalz, wenn nicht Ruprecht der Dritte (König 1400 bis 1410) das Land durch die Teilung unter seine vier Söhne (Kurpfalz, Zweibrücken, Simmern, Veldenz) für alle Zeiten zersplittert hätte. Dagegen vereinigten sich am Niederrhein ansehnliche Territorien in der Hand eines Geschlechts. Zunächst verband sich 1368 die Grafschaft Kleve mit der westfälischen Grafschaft Mark und erhielt 1407 den Herzogstitel. Ebenso hatte Graf Gerhard von Jülich mit der Hand Margaretas das rechtsrheinische Berg und Ravensberg an der Weser erworben, sein Sohn Wilhelm der Zweite gewann 1380 für Berg den Herzogstitel, sein Oheim Wilhelm der Zweite von Jülich als Gemahl Marias von Geldern 1372 dieses ansehnliche Gebiet. Nach dem Aussterben der jülichschen Herzöge 1423 ging ihr ganzer Besitz mit Ausnahme Gelderns, das an die holländischen Grafen von Egmont fiel, an das Herzogshaus von Berg über.

Im westlichen Mitteldeutschland arbeitete sich die Landgrafschaft Hessen, da sie Teilungen fast ganz vermied, zu einer ansehnlichen Geltung empor. Sie erwarb seit Heinrich dem Zweiten (dem Eisernen, gestorben 1377) Schmalkalden aus dem Nachlaß der fränkischen Grafen von Henneberg, die Grafschaften Ziegenhain, Nidda und Katzenellenbogen, die Vogtei über die Klöster Hersfeld und Corvey, die Lehnshoheit über die Grafschaft Waldeck u. a. m. Noch bedeutenderes errangen die Wettiner trotz fortgehender Teilungen zunächst namentlich im Westen auf Kosten der erblich gewordnen Reichsvögte von Plauen aus dem Hause Gleißberg (Reuß) und aus der hennebergischen Erbschaft (Koburg, Hildburghausen u. a. m.). Vor allem aber gewann Friedrich der Streitbare (1381 bis 1428) die sächsische Kur mit dem Herzogtum Sachsen-Wittenberg, die ihm Kaiser Sigismund nach dem Aussterben dieser Linie der Askanier (mit Albrecht dem Dritten) als Lohn für seine Dienste im Hussitenkriege am 6. Januar 1423 übertrug, und der Name Sachsen verbreitete sich seitdem allmählich über das thüringisch-fränkische Kolonialland an der mittleren Elbe, während er in seiner Heimat fast unterging. Friedrich der Sanftmütige (1428 bis 1464) erwarb die Burggrafschaften

Meißen und Altenburg und durch die Vermählung seines jüngern Sohns Albrecht mit Sidonie (Zdenka), der Tochter Georg Podjebrads von Böhmen 1464 (der Stammutter des jetzigen sächsischen Königshauses), die erzgebirgische Herrschaft Schwarzenberg und erweiterte 1457 die sächsisch-hessische Erbverbrüderung von 1373 durch den Beitritt der brandenburgischen Hohenzollern. Aber er verwickelte sich mit seinem unruhigen Bruder Wilhelm trotz der Teilung von 1445 in den verheerenden sächsischen Bruderkrieg (1446 bis 1450), den erst nach der barbarischen Zerstörung Getas im Oktober 1450 durch Wilhelms zuchtlose böhmische Söldner, die Zebraken, der Vertrag von Kloster Pforta bei Naumburg am 27. Januar 1451 abschloß. Ein von der Phantasie des Volkes viel behandeltes Nachspiel des Krieges war der „Prinzenraub", die Entführung der Söhne Friedrichs, Ernst und Albrecht, durch den unzufriedenen Ritter Kunz von Kaufungen aus dem Schlosse von Altenburg am 7. Juli 1455. Eine sehr unbequeme Fessel mußten sich die Wettiner dadurch auflegen, daß sie im Vertrag von Eger am 25. April 1459 die böhmische Lehnshoheit über ihren Anteil am Vogtland und sogar über ausgedehnte meißnische Gebiete anerkannten, die für die meisten formell bis 1806 aufrecht blieb. Wilhelms kinderloser Tod 1482 brachte alle wettinischen Lande in die Hände der seit 1464 gemeinsam herrschenden Brüder Ernst und Albrecht, aber die Leipziger Teilung vom 26. August 1485 zerriß den Zusammenhang dieses ansehnlichen, zukunftsreichen Gebiets für immer. Ernst erhielt zum Kurlande Sachsen-Wittenberg den größten Teil Thüringens mit dem Vogtlande und dem Pleißnerlande, Albrecht Meißen, das Osterland mit Leipzig und das nördliche Thüringen; aber gemeinsam blieben die Bergstädte, die Vogtei über das Bistum Meißen, über Erfurt, Nordhausen und Mühlhausen, und was ein Band der Eintracht sein sollte, das ist später zum Anlaß eines für ganz Deutschland verhängnisvollen Zwistes zwischen Ernestinern und Albertinern geworden.

Während im alten Niedersachsen bei der fortgesetzten Zersplitterung des welfischen Besitzes seit der Teilung von 1267 eine ansehnliche Machtbildung unmöglich war, erhob sich über dem Hader und der Selbstsucht der Stände im ostelbischen Koloniallande, und damals im ganzen Reiche hier

allein, der Staatsgedanke kraftvoll unter der Herrschaft des schwäbisch-fränkischen Hauses Hohenzollern. Dieses Grafengeschlecht, das sich nach seinem Stammsitze, dem Kegelberge Zollern (vielleicht Sulhari, Zolari, die Bergspitze) an der Rauhen Alb nannte, hatte 1192 von Kaiser Heinrich dem Sechsten die Burggrafschaft Nürnberg erhalten und von hieraus durch gute Wirtschaft und Benutzung glücklicher Umstände allmählich ein Gebiet von etwa 130 Geviertmeilen erworben (Bayreuth, Hof, Ansbach, Kulmbach, Schwabach, Erlangen (usf.), 1363 auch die Reichsfürstenwürde erlangt und sich im Reichsdienste oft hervorgetan. Als Preis kräftigen Beistandes erhielt endlich Friedrich der Sechste von Ansbach vom Kaiser Sigismund 1411 die Verwaltung der Mark Brandenburg, am 30. April 1415 in Konstanz die feierliche Belehnung mit ihr und mit der Kurwürde. In Wirtschaftlichkeit, Pflichtgefühl und schlichter Frömmigkeit ein echter Sohn seines Hauses, mußte Friedrich in der völlig verwahrlosten Mark, wo die landesherrlichen Güter, Einkünfte und Rechte meist verloren, der Adel verwildert, die Städte, meist hansisch, unbotmäßig waren, erst einen neuen Grund schaffen, und zwar zunächst allein mit Hilfe seiner treuen fränkischen Ritter. Mit seinen schweren Geschützen brach er die Burgen des Adels, zwang die Städte zur Huldigung und entriß den Pommern bis 1427 den größten Teil der Ukermark. Sein Sohn Friedrich der Zweite „mit den eisernen Zähnen" (1440 bis 1470) wurde sein Erbe nur in Brandenburg, während die fränkischen Lande Ansbach und Bayreuth an die jüngeren Söhne Albrecht Achilles und Johann fielen. Er demütigte 1443 die Doppelstadt Berlin-Köln durch den Bau eines festen Schlosses in Köln (auf der Spreeinsel), nötigte sie 1447, sich Bürgermeister, Rat und Schöffen von ihm setzen zu lassen, und löste die Bündnisse der märkischen Städte untereinander und mit der Hansa. Nach außen erlangte er 1449 den Verzicht des Erzstifts Magdeburg auf die Lehnshoheit über die Altmark, rang, allerdings vergeblich, mit Pommern um das Erbe der 1464 ausgestorbnen Linie Pommern-Stettin, rettete aber aus dem Zerfalle der preußischen Ordensmacht 1455 die Neumark für Brandenburg und Deutschland.

Auch sonst blieb die Übermacht des Fürstentums, die in Brandenburg besonders energisch zur Geltung gebracht wurde,

unerschüttert. Nur die schweizerische Eidgenossenschaft von Bürger- und Bauerngemeinden behauptete sich und breitete sich immer weiter aus. Schon 1401 hatten sich die Untertanen des Abts von St. Gallen in Appenzell ihr angeschlossen, 1402 der (graue) „Gotteshausbund" der Untertanen des Bischofs von Chur im Engadin, 1418 der habsburgische Aargau. Als nun Zürich über die Erbschaft der Grafen von Toggenburg 1436 mit Schwyz und den Urkantonen in offnen Kampf geriet und, arg bedrängt, die Hilfe der Habsburger anrief, da gewann Friedrich der Dritte für sich die furchtbaren Söldnerhaufen der französischen Armagnacs, die der Abschluß des französisch-englischen Krieges überflüssig gemacht hatte, und gleichzeitig brachte Albrecht Achilles in schroffem Fürstenstolz im November 1443 ein Fürstenbündnis zum Schutze des Adels gegen diese „Bauern und Kuhtreiber" zustande. Schon hatten die Armagnacs, angeblich 40000 Mann, geführt von dem französischen Thronfolger Ludwig (dem Elften), unter dem Segen Papst Eugens des Vierten das Elsaß für Frankreich besetzt, da stellten ich ihnen auf den Ruf des arg bedrohten Konzils von Basel am 26. August 1444 beim Siechenhause St. Jakob an der Birs 1600 Schweizer in den Weg. Ihr fast übermenschlicher Heldenmut schreckte die siegreichen Armagnacs nach dem obern Elsaß zurück, das sie endlich nach dem Vertrage von Trier im Sommer 1445 räumten. Den Kampf in der Schweiz beendete erst der Friede vom 13. Juli 1450. Zürich trat zur Eidgenossenschaft zurück, und ihr schlossen sich 1454 auch Schaffhausen, 1464, nachdem Sigismund von Tirol verzichtet hatte, auch der Thurgau an. Die habsburgische Herrschaft in diesen Gegenden war also fast vernichtet, aber das linke Rheinufer, das der Kaiser schimpflich preisgegeben hatte, war durch die Schweizer gerettet.

Auch Nürnberg blieb in dem sogenannten zweiten süddeutschen Städtekriege 1448 bis 1453 gegen den Fürsten- und Adelsbund des Markgrafen Albrecht Achilles insofern siegreich, als es seine Selbständigkeit gegenüber Albrechts Plane behauptete, sein kaiserliches Landgericht über Stadt und Nachbarschaft auszudehnen und dadurch den Grund zu einer Wiederherstellung des Herzogtums Franken zu legen. Im nordwestlichen Deutschland rang sich die kölnische Landstadt Soest in der blutigen Soester Fehde 1444 bis 1449 vom Erzstift los. Das

gelang freilich nur deshalb, weil der Gedanke des Erzbischofs Dietrich von Köln, die geistlichen Fürstentümer am Niederrhein und in Westfalen in seiner Hand zu vereinigen, um der aufsteigenden Macht der Herzöge von Kleve und Jülich-Berg ein Gegengewicht zu bieten, auf deren entschiedenen Widerstand stieß, und Soest sich ihrer Schutzherrschaft unterwarf. Die Städte waren eben jetzt vollständig auf die bloße Verteidigung ihrer örtlichen Selbständigkeit beschränkt: die Gegenwart und die Zukunft Deutschlands gehörte den Fürsten.

Nur daß diese Fürsten allein an ihre eigenen Interessen dachten und für die Nation als Ganzes nur selten etwas leisteten! In heftigen Fehden rang Albrecht Achilles, der tüchtigste Mann der Zeit, seit 1455 „Hofrichter, Hofmeister und Hauptmann" des Kaisers im Reiche, um die Ausdehnung der Kompetenz seines kaiserlichen Landgerichts über Bayern, die Ludwig der Reiche von Bayern-Ingolstadt bestritt und im Vertrage von Roth am 24. Juni 1460 auch wirklich abwehrte. Am Oberrhein stand Friedrich der Siegreiche von der Pfalz, der sich nach dem Tode seines Bruders Ludwigs des Vierten 1449 die Kurwürde mit Verdrängung seines unwürdigen Neffen „arrogiert" hatte, im Kampfe mit Adolf von Mainz, den Papst Pius der Zweite im August 1461 an Stelle des ohne Rechtsverfahren entsetzten Erzbischofs Diether erhoben hatte, weil dieser die Kirchenreform wieder aufnehmen wollte. Endlich nahm Adolf am 28. Oktober 1462 durch nächtlichen Überfall Mainz und zwang die stolze Reichsstadt unter seine Hoheit, Friedrich aber behauptete nach dem Siege bei Seckenheim am 30. Juni 1462 die ihm von Diether als Preis seiner Hilfe angebotne Bergstraße, und Diether trat schließlich zurück.

Währenddem stellte der friedliche Jakob von Trier schon 1433 einen durchgearbeiteten Plan zur Reichsreform auf, aber er starb 1456, ohne daß irgend etwas geschehen wäre. Dafür griff der hussitische Böhmenkönig Georg von Podjebrad, eben weil er über eine geschlossene Macht verfügte, an Stelle des ohnmächtigen Kaisers gebietend und schlichtend in die deutschen Wirren ein; er bewarb sich schon 1460 sogar um die Würde des römischen Königs. Aber wie hätte dieser ketzerische Tscheche die Reform der deutschen Reichsverfassung durchführen können und dürfen! Was später, seit 1466, Friedrich

der Dritte selbst in dieser Richtung versuchte, kam nicht über die veralteten Landfriedenspläne hinaus und blieb ohne Frucht. Die Kirchenreform vollends schien für alle Zeiten abgetan, nachdem Pius der Zweite (1458 bis 1462) in der Bulle Execrabilis am 18. Januar 1460 jede Berufung vom Papste an ein allgemeines Konzil als ketzerisch verboten hatte.

Und nun brachen, nachdem das tschechisierte hussitische Böhmen dem Reiche entfremdet, Ungarn den Habsburgern entglitten war, auch die deutschen Grenzmächte im Nordosten und Norden unter dem Drucke der ständischen Gegensätze zusammen. Gegen die Alleinherrschaft des Deutschen Ordens in Preußen bildete sich 1440 zwischen Städten und Landadel der „Preußische Bund“, und da die starrkonservative Ordenspartei kurzsichtig jedes Zugeständnis verweigerte, trugen jene 1454, ruchlos ihres Deutschtums vergessend („polenzend“), die Herrschaft des Landes dem König Kasimir von Polen an und eröffneten die Fehde gegen den Orden. Noch einmal siegte ein Heinrich Reuß von Plauen bei Konitz im September 1454; aber seinen unbezahlten tschechischen Söldnern hatte der Orden sogar die Marienburg zur Sicherheit verpfänden müssen, und sie überlieferten zu Pfingsten 1457 die Burg den Polen, während die tapfere Stadt sich noch drei Jahre hielt; prangend zog König Kasimir im stolzen Danzig ein, dem er die Königskrone in das Wappen schenkte. Endlich, nach schrecklichen Jahren, beendete der Ewige Friede von Thorn am 19. Oktober 1466 den verwüstenden Krieg. Der Hochmeister trat das ganze Weichselland mit Danzig, Elbing, Marienburg und Thorn samt dem Ermland an Polen ab, das somit den Zugang zur Ostsee gewann und das verkleinerte Ordensland territorial vom Reiche trennte. Für diesen Rest mit der nunmehrigen Hauptstadt Königsberg schwur er in Krakau der Krone Polen als ihr erster Vasall den Eid. Das polnisch gewordene Westpreußen aber erhielt eine freie ständische Verfassung unter Teilnahme der Städte und gewann den ungehemmten Verkehr mit dem weiten polnischen Hinterlande.

Das stärkste Bollwerk der Deutschen an der Ostsee war gebrochen durch ihre eigene ständische Selbstsucht. Zugleich geriet die Handelsherrschaft der Hansa über den Norden ins Wanken. Neue Erhebungen der Zünfte, 1408 bis 1416, erschütterten in den wendischen Städten die Herrschaft des Rats; doch schlimmer war, daß die mehr und mehr hervortretende Verschiedenheit der Handelsinteressen die Hansa in mehrere feindliche Gruppen zerriß. Die preußisch-livländischen Städte unter Danzig begründeten einen selbständigen Kaufhof in Kowno (Kauen) am Njemen für den Handel mit Polen und Rußland, die Westerlinge (Niederländer) wollten ihren Verkehr mit den preußisch-livländischen Städten nicht mehr an die Vermittlung der wendischen binden, sondern begannen selbst, die Fahrt durch den Sund zu unternehmen und fanden dafür natürlich die Unterstützung Dänemarks. Als nun König Erich (1412 bis 1438) im Juli 1413 den Schauenburger Grafen das Land Schleswig wegen Felonie absprechen ließ und eine blutige Fehde mit ihnen begann, leisteten die erbitterten Städte 1426 den Schauenburgern beim Angriff auf Flensburg bewaffnete Hilfe und sandten 1427 ihre Flotten nach dem Sund, um diesen für ihre aus der Nordsee ansegelnden reichen Handelsflotten freizumachen. Jedoch die Seeschlacht am 22. Juli 1427 blieb unentschieden, und die beiden erwarteten Handelsflotten fielen bis auf wenige Schiffe den Dänen in die Hände; auch ein Angriff auf Kopenhagen 1428 hatte keinen Erfolg. Erst nach der Einnahme Flensburgs 1431 und von einem schwedischen Aufstande bedrängt, räumte Erich im Frieden von Wordingborg 17. Juli 1435 der Hansa ihre alten Rechte wieder ein und belehnte den Grafen Adolf den Dritten von Holstein mit Schleswig. Nun aber übertrug der dänische Reichstag im September 1448 dem Grafen Christian von Oldenburg, dem Neffen Adolfs von seiner Schwester Heilwig, die dänische Krone, und diese wurde, als Adolf der Achte am 4. Oktober 1459 ohne Erben verschied, vom schleswig-holsteinischen Adel, der seine Privilegien sichern wollte, im März 1460 unter der Bedingung, daß beide Lande „bliven ewich tosamende ungedeelt“, zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein erwählt. Wohl hatten beide Länder fortan mit Dänemark nur den Landesherrn gemeinsam, aber tatsächlich hatte die ständische Selbstsucht, die Preußen den Polen überlieferte, Schleswig-Holstein aus einem Bollwerke Deutschlands in ein dänisches Außenwerk verwandelt, vor allem gegen die Hansa.

Und nun wuchsen mit den Spaltungen in der Hansa die

Feindseligkeiten der von ihr handelspolitisch beherrschten Völker. Seitdem die holländisch-seeländischen Städte einen Rückhalt an ihren neuen burgundischen Landesherren fanden (1433), dehnten sie ihren direkten Handel mit den Ostseeländern immer weiter aus, trotz aller hansischen Verbote und Kapereien. Im Osten nahm das seit der Unterwerfung unter Polen und der damit verbundnen Öffnung des oberen Weichsellandes mächtig aufblühende Danzig eine immer selbständigere Haltung an, im Westen das stolze Köln. Von England aus, wo sich schon im vierzehnten Jahrhundert die Gesellschaft der wagenden Kaufleute (merchant adventurers) der Hansa zum Trotz gebildet hatte, wurden deren Nordseeflotten seit 1449 beständig durch Kaperfahrten belästigt. Endlich sperrte die Hansa 1469 den Verkehr mit England, verhängte über das widerstrebende Köln 1470 die Verhansung und ließ ihre kecken Kaper, darunter den „harten Seevogel" Paul Benecke von Danzig, gegen die Niederländer und Engländer los. Hart getroffen mußte sich England im Frieden von Utrecht 1474 fügen, während Köln erst 1476 wieder in die Hansa aufgenommen wurde. Doch zwei Jahre später, 1478, vernichtete der Großfürst Iwan der Dritte von Moskau die Handelsgröße Nowgarods, indem er die einheimische Bevölkerung ins Innere abführen ließ, und sein Nachfolger Iwan der Vierte sperrte und plünderte 1494 auch den hansischen Hof zu St. Peter. Dazu hörten seit 1479 die hansischen Fischereien auf Schonen auf, denn schon seit dem Anfange des fünfzehnten Jahrhunderts richteten sich die Heringszüge nach der Nordsee an die Küste der Niederlande und begannen deren Städte, die Nebenbuhlerinnen der Osterlinge, zu bereichern. Der Stern der Hansa neigte sich zum Niedergange.

Gleichzeitig gerieten auch die westdeutschen Grenzlande in die dringendste Gefahr durch das Aufkommen einer germanisch-romanischen Macht, die an ältere Sonderbildungen im äußersten Nordwesten des deutschen Reichs anknüpfte. Während es dort im alten Niederlothringen auch romanische Bezirke innerhalb der deutschen Grenzen gab, war das rein germanische, salisch-fränkische Flandern westlich von der Schelde seit der Teilung von Verdun 843 außerhalb des Reichsgebiets geblieben und französisches Lehen geworden. Gerade hier aber hatte sich, begünstigt durch die Lage an der Kreuzung der damaligen großen süd- und nordeuropäischen Handelsstraßen bei den Maas- und Scheldemündungen und durch den Reichtum an Schafherden auf seinen unermeßlichen Heiden wie auf den üppigen Grasweiden des benachbarten Englands, früher als irgendwo sonst in Nordeuropa ein reges Leben in Handel und Gewerbe, zumal in der Tuchweberei, entwickelt. Brügge an der Sincfala (Maasmündung) wurde Welthafen, Gent und Ypern große Industriestädte; diese starken Gemeinden unterwarfen sich allmählich auch das platte Land. Ähnlich industrialisierte sich das halbfranzösische deutsche Reichsland Brabant. Dagegen blieben die friesischen Küstenstriche im Norden des Meeres, die Grafschaft Holland und Westfriesland noch lange ein rein naturalwirtschaftliches, auf Viehzucht und Fischfang angewiesenes Land. In beiden Gebieten jedoch bildete sich durch den ewigen Kampf gegen die wilde Nordsee und um die Urbarmachung der pfadlosen Moore ein gestähltes, freiheitstrotziges und dabei an genossenschaftliches Zusammenwirken gewöhntes Geschlecht ganz germanischer Art. Beide Staatenbildungen wetteiferten dann um den Besitz der Maasmündungen, bis 1323 Seeland den Holländern, das schöne Waesland zwischen Gent und Antwerpen bei Flandern verblieb.

Lange hatten die Grafen von Flandern, obwohl aus dem französischen Hause der Dampierre und französische Vasallen, ihre tatsächliche Unabhängigkeit von dem sich mühsam emporringenden Frankreich gewahrt. Doch als französische Sitte und französische Sympathien unter den städtischen Patriziern, den „Lilienfreunden" (Leliaarts) Eingang fanden, da bemächtigte sich König Philipp der Vierte, der Schöne, 1300 kurzerhand des Landes und setzte den Grafen Veit (Guido) gefangen. Erst die blutigen Erhebungen der Zünfte, zuerst in Brügge unter dem Webermeister Pieter de Koningk, vertrieben die Franzosen, und der gewaltige Sieg des flandrischen Bürgerfußvolks über die französische Ritterschaft in der „Sporenschlacht" bei Kortryk (Courtrai) am 11. Juli 1302 sicherte die Freiheit Flanderns unter seinem alten Grafenhause. Da brachte nun der erneute Ausbruch der französisch-englischen Kriege 1337 wiederum eine demokratische Erhebung gegen Graf Ludwig und die französisch gesinnten Geschlechter unter der Führung Jakobs von Artevelde zu Gent, und das Über-

gewicht der englischen Waffen seit dem Seesiege bei Sluys 1340 ermöglichte die tatsächliche Verwandlung Flanderns in eine städtische Föderativrepublik (Brügge, Gent und Ypern), deren Oberhaupt (Ruwaert) den Grafen gänzlich beiseite schob, und die noch 1356 den Brabantern Mecheln und Antwerpen entriß. Es war eine Entwicklung wie in der Schweiz; nur trug sie nicht dieselbe Bürgschaft der Dauer in sich, da sie noch mehr auf der Weltlage als auf eigner Kraft beruhte und England seit dem Frieden von Bretigny 1360 kein Interesse mehr an ihr hatte.

Da kam eine ganz neue Wendung. Graf Ludwig von Flandern vermählte seine Erbin Margareta 1369 mit Philipp dem Kühnen, dem jungen Sohne König Johanns des Guten von Frankreich, und dieser trat nach der Niederwerfung der demokratischen Nationalpartei unter Philipp von Artevelde 1382 in den unmittelbaren Besitz Flanderns (1385). Damit aber bahnte sich auch die zunächst rein dynastische Verbindung des Landes mit dem französischen Herzogtum Burgund an, das schon 1363 von König Johann an Philipp übertragen worden war. Das war die Grundlegung des neuburgundischen Reichs. Rasch griff es um sich. Schon 1384 wurde Philipp auch mit der (deutschen) Freigrafschaft Burgund (um Besançon) und mit der französischen Grafschaft Nevers belehnt. Sein Enkel, Philipp der Gute (1419 bis 1467), benutzte die erneute Bedrängnis des französischen Königtums seit 1415, um sich hier Macon und Auxerre, dort Ponthieu und Amiens abtreten zu lassen; er kaufte 1429 die Grafschaft Namur, erwarb 1430 Brabant und Limburg kraft eines seit 1382 bestehenden Erbanspruchs seiner Großmutter Margareta, verdrängte 1427 bis 1433 die wittelsbachische Erbin Jakobäa von Bayern aus dem Besitze von Holland, Seeland und Hennegau und dehnte diesen niederländischen Besitz durch den Ankauf des Herzogtums Luxemburg 1441 nach dem Aussterben des Herrscherhauses (1439) so weit nach Süden aus, daß ihm nur noch die Erwerbung Lothringens fehlte, um die beiden Hauptmassen seiner Lande in territoriale Verbindung zu setzen.

Dieses neuburgundische Reich, an der Grenzscheide Deutschlands und Frankreichs gelagert, war zwar rechtlich beiden lehnspflichtig, aber bei der damaligen Zerrüttung beider von beiden gleich unabhängig. Ein Gemisch von französischen und

niederdeutschen Gebieten, die nur durch die Dynastie zusammenhingen, aber eine schlaglustige, glänzende Ritterschaft und die reichsten Städte Europas hatten, wurde es nun unter Karl dem Kühnen (1467 bis 1477) eine finanzkräftige, ganz moderne Kriegsmacht mit einem stehenden Soldheere (seit 1471) und einer starken Artillerie. So war es jedem Nachbar überlegen und bei dem ausgeprägt französisch-monarchischen Charakter seines Herrscherhauses und seines Adels vor allem der städtischen Freiheit und Deutschland gefährlich, dessen Rheinlande offen vor ihm lagen und mit der Besitzergreifung des Herzogtums Geldern 1472 an einer sehr wichtigen Strecke des Stroms ihm schon zugefallen waren. Und Karls des Kühnen Ziel war kein geringeres als die Erwerbung des linken Rheinufers mit Lothringen und die Erringung der Königskrone. Das vornehmste Mittel dazu aber war ihm nicht sein Heer, sondern die Hand seiner Erbin Maria, des „Fräuleins von Burgund".

Wie nun, wenn diese burgundische Kriegsmacht mit den Tschechen und Ungarn im Osten des Reichs irgendwie zusammenwirkte? Jedenfalls lag es nun um so mehr im deutschen Interesse, die böhmische Machtbildung zu zerstören. Das schien nicht so sehr schwer, denn Georg von Podjebrad hatte nur den niedern Adel und die Städte Böhmens für sich, den hohen Adel und die meist eifrig katholischen überwiegend deutschen Nebenlande Mähren, Schlesien und die Lausitzen gegen sich. Der Angriff auf ihn ging aber zunächst nicht von deutscher Seite aus, sondern vom Papst. Nachdem schon Pius der Zweite 1462 die Kompaktaten aufgehoben, Paul der Zweite 1465 den Bann gegen Georg geschleudert und damit zugleich den Bürgerkrieg und den Kreuzzug gegen diesen „Sohn des Verderbens" ohne besondern Erfolg eröffnet hatte, gelang es 1468, Matthias Corvinus gegen den Böhmenkönig zu gewinnen und ihn 1470 vom böhmisch-katholischen Adel zum König wählen zu lassen. Nun starb zwar Georg am 22. Mai 1471, aber sein Anhang erkannte nicht Matthias an, sondern wählte am 27. Mai Wladyslaw von Polen, den Enkel Albrechts des Zweiten, und entzündete damit in den böhmischen Ländern einen lang anhaltenden Thronkrieg, der sie für Deutschland ungefährlich machte.

Doch drohend erhob sich die ungarische Macht. Deshalb suchte Friedrich der Dritte eine friedliche Verständigung mit Karl dem Kühnen, dem schon 1469 Sigismund von Tirol den größten Teil der sogenannten vorderösterreichischen Lande in Schwaben hatte zum Pfande geben müssen, um seine Hilfe gegen die Schweiz zu gewinnen. Seit dem 30. September 1473 unterhandelte der Kaiser mit dem Herzog in Trier unter Teilnahme kurfürstlicher Gesandter. Doch geschreckt von den ungeheuern Forderungen des Burgunders als Preis der Vermählung Marias mit Maximilian, seinem Sohne, reiste Friedrich am 25. November ohne Abschluß ab. Da brach der Herzog, den Streit der Habsburger und der Pfälzer um das Erzbistum Köln benützend, im Sommer 1474 mit glänzendem Heere in das Gebiet des Stifts ein und belagerte das feste Neuß, den Schlüssel des Niederrheins. Zum Glück erhob sich dieser Gefahr gegenüber das Gefühl der Zusammengehörigkeit bei den norddeutschen Fürsten und Städten in solcher Stärke, daß das Reich am 31. Dezember 1474 ein Kriegsbündnis mit dem kaum minder bedrohten Frankreich schloß und unter Albrecht Achilles von Brandenburg und Albrecht dem Beherzten von Sachsen im Frühjahr 1475 ein starkes Reichsheer zum Entsatze von Neuß an den Niederrhein schickte. Bei Zons sich lagernd, wies dieses am 25. Mai die stürmischen Angriffe der Burgunder ab und zwang sie dadurch zum Rückzuge, zumal die Franzosen in Flandern und der Picardie, die mit ihnen verbündeten Schweizer in die Freigrafschaft eingerückt waren.

Unter diesen Umständen gelang es Friedrich dem Dritten am 15. Juni mit Karl dem Kühnen im Namen des deutschen Reichs zum Abschluß zu kommen, der jetzt die Verlobung Marias mit Maximilian zugestand, um freie Hand im Westen zu erhalten. Als nun auch Frankreich am 13. September mit dem Herzog einen neunjährigen Waffenstillstand geschlossen hatte, standen Lothringen und die Schweiz allein dem Burgunder gegenüber.

Während nun im ganzen deutschen Volk bis weit in den Norden, trotz der kaiserlichen Politik, die volle Bedeutung dieses Kampfes für die Sache der Nation und der städtischen Freiheit aufs lebhafteste empfunden wurde, stürzte sich Karl noch im Herbst 1475 auf Lothringen, eroberte Nancy und zwang den Herzog René zur Abdankung. Aber als er zu Anfang des Jahres 1476 über die Jurapässe in die westliche Schweiz einbrach, wurde er von den Eidgenossen am 1. März bei Granson am Neuenburger See, am 22. Juni bei Murten vollständig geschlagen und verlor schließlich am 22. Januar 1477 gegen dieselben Schweizer, die dem Herzog René zu Hilfe kamen, bei Nancy Sieg und Leben. Die Gefahr für den deutschen Westen war beseitigt.

Nun war es auch eine Entscheidung der persönlichen Neigung Marias, daß sie am 19. August 1477 zu Brüssel dem jugendschönen, ritterlichen Maximilian die Hand reichte. Das reiche Erbe der Burgunderherzöge fiel den Habsburgern zu. Lange oder ganz dem Reich entfremdete Gebiete wurden ihm zurückgebracht, unzweifelhaft ein glänzender Erfolg auch im nationalen Sinne, nur daß er nicht durch deutsche Kraft, sondern durch höfische Diplomatie erfochten war.

Aber er begründete auch den Gegensatz der Habsburger zu Frankreich, der die Geschichte Europas für mehr als anderthalb Jahrhunderte bestimmt hat. Denn auf der Stelle zog Ludwig der Elfte die französischen Lehen des Burgunderreichs ein, und trotz des glänzenden Sieges Maximilians bei Guinegate am 7. August 1479 erreichte er doch im Frieden von Arras am 23. Dezember 1482, den die niederländischen Stände nach Marias jähem Tode am 26. März desselben Jahres gegen Maximilians Willen schlossen, daß er die Picardie und Burgund behielt, die zweijährige Tochter des Paares, Margareta, mit dem französischen Thronfolger Karl (dem Achten) verloben und jene Lehen mit der Freigrafschaft zu ihrer Mitgift bestimmen konnte.

Inzwischen drohte die habsburgische Macht im Südosten, in ihren alten Kernlanden, dem ungarischen Angriff zu erliegen. Am 21. November 1478 waren im Frieden von Olmütz die böhmischen Lande derart geteilt worden, daß der Pole Wladyslaw Böhmen und Mähren, der Ungarnkönig Matthias Schlesien und die Lausitzen mit dem böhmischen Königstitel auf Lebenszeit erhielt. Bis an die mittlere Oder reichte die Macht des Magyaren. Nun war allerdings schon damals sein Angriff auf den treuesten Bundesgenossen des Kaisers, den Kurfürsten Albrecht Achilles von Brandenburg (1471 bis 1486), den er mit

der Hilfe Pommerns 1477 eröffnet hatte, an der tapferen und umsichtigen Gegenwehr des Kurfürsten gescheitert, und die Friedensschlüsse des Jahres 1479 sicherten diesem sogar die immer wieder bestrittene Lehnshoheit über ganz Pommern. Doch im Südosten ließ Matthias im Streit mit Friedrich dem Dritten über die Besetzung des Erzstifts Salzburg schon 1479/80 die steirischen Güter des Stifts besetzen, während zugleich ein fürchterlicher Türkeneinfall das arme Land bis Graz und Leoben verheerte; dann zog er den dadurch schrecklich bedrängten steirischen Adel zu sich herüber, nahm nach der formellen Kriegserklärung im September 1482 die alte Grenzfeste Heimburg, im Februar 1484 auch Bruck an der Leitha und ritt am 1. Juni 1485 in Wien ein. Die Außenwerke der deutschen Kultur längs der ganzen Ostfront waren in den Händen der Magyaren und der Slawen.

Da rief Friedrich der Dritte in der tiefsten Not die Hilfe des Reichs an und erlangte in Frankfurt a. M. vor allem durch den Einfluß des Erzbischofs BertHold von Mainz und des Kurfürsten Albrecht am 16. Februar 1466 die Wahl seines Sohnes Maximilian zum römischen König und das Gebot eines zehnjährigen Landfriedens, dann in Nürnberg den Beschluß des Reichskriegs gegen Ungarn. Freilich zeigte die Erfolglosigkeit des Feldzugs, den Albrecht der Beherzte von Sachsen 1487 nach Österreich führte, daß die Organisation der Reichskräfte noch so unzulänglich war wie zuvor. Da gelang es den Habsburgern endlich, im März 1488 wenigstens für eins der großen Reichsländer, das völlig zerklüftete Schwaben, im Schwäbischen Bunde eine kräftige föderative Organisation aller Stände durchzusetzen. Die Prälaten und die (reichsunmittelbare) Ritterschaft, die Reichsstädte, Württemberg und Tirol verpflichteten sich, ihre Streitigkeiten durch den Spruch ständiger gemischter Kommissionen entscheiden zu lassen, also den Landfrieden zu wahren und sich gegenseitig militärisch zu unterstützen, wobei das Simplum (einfache Aufgebot) 3000 Mann zu Fuß und 300 Reiter, die ganze Streitmacht unter Umständen das Sechsfache betrug. Rasch erweiterte sich der Bund über Oberfranken und die Rheinlande, wo ihm Trier beitrat.

Wesentlich mit diesen Mitteln gelang es nun in den nächsten Jahren, überall das habsburgische Hausinteresse

kräftig wahrzunehmen und die Grenzlande zu sichern. Die trotzigen Städte Flanderns wurden von Maximilian und Albrecht von Sachsen 1489 zur Unterwerfung genötigt, in Holland die aristokratisch-französierenden Hoeks 1492 der Landeshoheit der Habsburger gebeugt und durch einen neuen Krieg Frankreich, das das Verlöbnis Karls des Achten mit Margareta aufgelöst hatte, gezwungen, im Frieden von Senlis am 23. Mai 1498 Artois und die Freigrafschaft herauszugeben, während es das Herzogtum Burgund behauptete. Auf der andern Seite beseitigte der Tod des Königs Matthias in Wien am 6. April 1490 die schlimmste Gefahr für den Südosten. Denn wenngleich nunmehr Wladyslaw von Böhmen auch zum König von Ungarn gewählt, also das gefürchtete böhmisch-ungarische Doppelreich hergestellt wurde, so wurde es in den schwachen Händen dieses Jagellonen nur eine Vorstufe für die weitere Erhebung der Habsburger. Ein kurzer Feldzug Maximilians verdrängte 1490 die Ungarn aus Österreich, brachte Westungarn in die Hände der Habsburger und nötigte Wladyslaw im Frieden von Preßburg am 7. November 1491, ihnen für den Fall, daß der jagellonische Mannesstamm in Böhmen und Ungarn aussterbe, in beiden Reichen die Nachfolge zuzugestehn. Da nun der kinderlose und verschuldete Sigismund von Tirol schon 1490 zugunsten Maximilians verzichtet hatte, so stand die Vereinigung aller althabsburgischen Lande in einer Hand in sicherster Aussicht, als Friedrich der Dritte am 19. August 1493 verschied.

Als Gebieter des Südostens wie des Nordwestens (für seinen eignen unmündigen Sohn Philipp den Schönen) war sein Nachfolger Maximilian der Erste (1493 bis 1519) allen andern deutschen Fürsten weit überlegen. Nunmehr endlich auf die stärkste Territorialmacht im Reiche gestützt und im habsburgischen Hause so gut wie erblich, mußte das Kaisertum zeigen, ob es noch fähig sei, dem Reich eine neue Verfassung zu geben, der deutschen Kirche die Reform zu bringen.

* * *

Die politischen Zustände des deutschen Reichs beruhten nur zu einem kleinen Teile auf gesetzlicher Grundlage, auf den Konstitutionen Friedrichs des Zweiten und der Goldnen Bulle.

Weit darüber hinaus waren in einer rein tatsächlichen, im Grunde revolutionären Entwickelung fast alle Hoheitsrechte und Besitzungen des Reichs auf die Landesherren und die Städte übergegangen, und das Reich war dem Wesen nach nur noch eine lockere Föderation mit einzelnen Resten der alten Monarchie. Notdürftig zusammengehalten durch den Kaiser und den Reichstag, in dem seit 1489 endlich auch die Reichsstädte neben den Kurfürsten und Fürsten als ein „drittes Kollegium" eine anerkannte Stellung erlangt hatten, und durch die Idee, daß jedes Recht im Reiche auf den Kaiser zurückgehe, hatte doch das Reich weder eine Steuerverfassung noch eine Wehrordnung, kaum eine geordnete Reichsjustiz und Reichsgesetzgebung, und jedenfalls keine wirksame, vollziehende Gewalt. Und doch mahnte das Aufsteigen Frankreichs, Englands und Spaniens unter einem starken Königtum und die Ausbildung der meisten italienischen Staaten zu absoluten, auf Geldwirtschaft und Söldnerheeren beruhenden, ganz modernen Monarchien aufs dringendste, dem großen Zentralvolk Europas endlich eine angemessene neue Verfassung zu geben.

Dem standen nun aber einerseits der zähe Sondergeist der Fürsten und die Kurzsichtigkeit der Städte gegenüber, andrerseits der überlieferte internationale Charakter des Kaisertums, dem es deshalb schwer wurde, sich auf die nationalen Aufgaben zu beschränken, und die Gefahr, daß die Rücksicht auf die habsburgische Hausmacht, die ebenfalls mehr und mehr international wurde, die kaiserliche Politik übermächtig bestimme. Nun schien Maximilian der Erste ganz und gar der Mann zu sein, die Frage im nationalen Sinne zu lösen. Majestätisch und ritterlich in seiner Erscheinung, leutselig, offen und fröhlich in seinem Wesen, ein schlagfertiger Redner, im höchsten Grade vielseitig, ein Jäger und Ritter nach alter Weise und doch ein kunstverständiger Artillerist und Landsknechtsführer, sprachkundig, voll Interesse für die alte deutsche Heldendichtung wie für die neue humanistische Bildung und für die Kunst, durch und durch ein Vertreter seines Volks und seiner Zeit und voll deutschen, kaiserlichen und habsburgischen Stolzes, durch alles dieses höchst populär: so war er wohl befähigt, der Führer seiner Nation zu sein. Aber er hatte in seiner unsteten und phantastischen Art wenig staatsmännische Eigenschaften, und darum ist er aus dem peinlichen Zwiespalt zwischen hochstrebendem Wollen und mangelhaftem Können niemals hinausgekommen; nur die Größe seines eigenen Hauses hat er begründet.

In der Reformfrage trat ihm sofort der Kurfürst Berthold von Mainz (1484 bis 1505) mit einem fertigen ständischen Programm entgegen. Demgemäß beschloß der Reichstag von 1495 in Worms, dem Kaiser einen Reichsrat aus sieben Fürsten mit voller Gewalt beizugeben, seinem mit ihm wandernden königlichen Gericht (dem spätern Reichshofrat) ein ständisches Reichskammergericht in Frankfurt am Main zur Wahrung des gleichzeitig gebotenen Landfriedens zur Seite zu stellen und zum Unterhalt dieser Behörden wie für den Krieg gegen die Türken und in Italien eine allgemeine direkte Reichssteuer, den sogenannten gemeinen Pfennig, durch die Pfarrer erheben zu lassen. Maximilian nahm widerwillig diese Beschlüsse an bis auf den Reichsrat, dessen Einsetzung ihm nur den Titel gelassen hätte; denn die Festsetzung der Franzosen erst im Königreich Neapel 1495 und dann, als sie dort von den Spaniern (Aragonesen) verdrängt wurden, im Reichslehen Mailand 1499 mahnte zum Einschreiten für die verletzten Interessen des Reichs. Jedoch der gemeine Pfennig erwies sich bei dem Mangel an Verwaltungsorganen als undurchführbar, also auch die geplante Rüstung, und die Schweizer Eidgenossen, schon seit 1474 durch Soldverträge an die Krone Frankreich gefesselt, verweigerten nicht nur die Reichssteuer, sondern auch die Unterwerfung unter das Reichskammergericht. Umsonst begann der Kaiser, besonders mit Hilfe des Schwäbischen Bundes, 1499 den Reichskrieg gegen sie; nach blutigen Niederlagen im Hochgebirge und schwerer Landverwüstung mußte er sie im Frieden von Basel am 22. September 1499 von ihren Reichspflichten lossprechen. Sie waren seitdem nur noch „Reichsverwandte", tatsächlich ein völlig unabhängiger städtisch-bäuerlicher Staatenbund. Das war hier das Schlußergebnis im Kampf der ständischen Gegensätze.

Nun beschloß der Reichstag von 1500 zu Worms die Aufstellung des Reichsheeres unmittelbar durch die Pflichtigen und nötigte dem Kaiser dafür den von ihm bisher zurückgewiesenen Reichsrat mit dem festen Sitze in Nürnberg auf; Maximilian

aber schloß in unerwarteter Wendung am 13. Oktober 1501 mit dem König Ludwig dem Zwölften von Frankreich den Frieden von Trient und belehnte ihn im Dezember 1502 mit Mailand. Damit erschütterte er zwar das Vertrauen der Fürsten vollständig; aber ein glänzender Kriegserfolg schien plötzlich seine Stellung aufs stärkste zu befestigen. In dem Streite zwischen Albrecht dem Vierten von Bayern-München und Ruprecht von der Pfalz um das Erbe des 1503 verstorbenen Herzogs Georg des Reichen von Bayern-Landshut verfügte er zunächst die Teilung des Besitzes, verhängte dann über Ruprecht, der sich nicht beugen wollte, die Reichsacht und vollstreckte sie nach dem glänzenden Sieg bei Menzesbach nicht weit von Regensburg über die Böhmen, Ruprechts Bundesgenossen, am 12. September 1504 und der Eroberung Kufsteins mit durchschlagendem Erfolge. Die Söhne Ruprechts mußten sich im Frieden von Köln, 3. Juli 1505, mit der Oberpfalz begnügen und Kufstein mit dem untern Inntal an Tirol abtreten.

Bewundert von den jüngeren Fürsten und umjubelt vom Volke, erschien nun Maximilian nach dem Scheitern der ständischen Reformpläne und dem Tode ihres ersten Vertreters Bertholds von Mainz (im Dezember 1504) auf dem Kölner Reichstage 1505 mit einem neuen monarchisch-ständischen Vorschlage. Ein von den Fürsten bestelltes Reichsregiment sollte dem Könige nur mit beratender Stimme zur Seite gestellt, und eine Reichsbehörde unter seinem Vorsitz für die Oberleitung des Reichskriegswesens gebildet werden. Die Grundlagen einer wirklichen und dabei von den Reichsfürsten hinlänglich beeinflußten Reichsgewalt wären damit gewonnen worden. Aber den Ständen war schon dies zuviel; sie lehnten ab und erreichten sogar, daß die Leistungen für das Reich durch eine „Matrikel" den Einzelstaaten als Organen des Reichs übertragen, also gänzlich von ihnen abhängig gemacht wurden. Und doch unterstützte das Reich seinen König, als er im Januar 1508 endlich zur Kaiserkrönung nach Italien aufbrach, auch in diesen neuen Formen so wenig, daß Maximilian auf den Römerzug verzichtete und am 4. Februar in Trient den Titel „erwählter römischer Kaiser" annahm. Damit war offen ausgesprochen, daß die Kaiserwürde von der päpstlichen Krönung unabhängig sei. Die folgenden verworrenen italienischen

Kämpfe brachten endlich 1513 Mailand an Maximilian Sforza als Vasallen des Reichs. Daheim aber kam es bei dem allgemeinen Mißtrauen gegen des Kaisers von dynastischen Interessen geformte Politik zu ernsthaften Reichsreformversuchen überhaupt nicht mehr. Die 1512 noch in Köln beschlossene Kreiseinteilung wurde damals gar nicht durchgeführt, und das dürftige Ergebnis jahrelanger mühseliger und verdrießlicher Arbeit waren zwei rein ständische Institute, das Reichskammergericht und die Reichsmatrikel.

Und nicht besser waren die Ergebnisse der auswärtigen Politik. In den Niederlanden gewann der Kaiser durch den (zweiten) Sieg über die Franzosen bei Guinegate am 16. August 1513 die Picardie; aber in Italien entschied die „Riesenschlacht" bei Marignano am 13. und 14. September 1515 den Übergang des Herzogtums Mailand an König Franz den Ersten von Frankreich, der sich nun mit Spanien in die Herrschaft über Italien teilte und jeden wirklichen Einfluß des Kaisertums dort ausschloß. Gegenüber Venedig mußte sich Maximilian nach wenig rühmlichen Kämpfen um die Erbschaft der Grafen von Görz mit der Herausgabe des schon verlorenen Görz und mit der Abtretung von Ampezzo, Roveredo und Riva begnügen. Vollends für die Außenposten des Reichs im Osten und Norden geschah von Reichs wegen gar nichts. Noch wehrte mit äußerster Anstrengung der tapfere Landmeister von Livland, Walter von Plettenberg, in den Schlachten bei Maholm am 7. Dezember 1501 und Pleskau (Pskow) am 13. September 1502 den mächtigen Andrang der Russen ab; aber vergeblich suchte der junge Hochmeister Albrecht von Brandenburg (1511 bis 1525) mit seinen schwachen Kräften das Land Preußen der polnischen Oberhoheit zu entziehen. Die Hansa mußte nach rühmlichem Widerstand im Frieden von Malmö am 23. April 1512 den Verkehr mit Schweden, das sich gegen die Union von Kalmar erhoben hatte, aufgeben, und was weit schwerer wog, die Niederländer zum Handel in Norwegen, Schonen und Gotland zulassen. Daß die tapferen Dithmarscher Bauern in der Mordschlacht bei Hemmingstedt am 17. Februar 1500 ihre Unabhängigkeit gegen das Adelsheer des Königs Johann von Dänemark auf ein halbes Jahrhundert sicherten, war mehr ein Sieg der Bauernfreiheit als nationaldeutscher Interessen.

Es war kein Ersatz für diesen allseitigen Niedergang der deutschen Machtstellung, wenn zugleich die ungefügen Umrisse des habsburgischen Weltreichs emporstiegen. Aus der Ehe, die Maximilians einziger Sohn Philipp der Schöne von Burgund mit Johanna (Juana), der Tochter des spanischen Königspaares Ferdinand und Isabella, 1496 geschlossen hatte, waren zwei Söhne, Karl (der Fünfte) und Ferdinand (der Erste), hervorgegangen. Da alle Geschwister Johannas vor ihr starben und sie selbst nach dem frühen Tode ihres Gemahls 1506 in unheilbare Schwermut versank, so wurden diese beiden jungen Fürsten die Erben aller Länder ihrer Großeltern. Statt nun, wie König Ferdinand vorschlug, für sie zwei Reiche, ein spanisch-italienisches und ein österreichisch-burgundisches, zu bilden, setzte Maximilian unter dem erschütternden Eindrucke des Sieges von Marignano durch, daß diese ganze, höchst verschiedenartige Ländermasse allein für Karl bestimmt wurde. Und da er fast zu derselben Zeit, im Jahre 1515, die Schwester Karls, Maria, mit Ludwig, dem Sohne und Erben König Wladyslaws von Böhmen und Ungarn, seinen Enkel Ferdinand aber mit dessen Tochter Anna verlobt hatte, so war den Habsburgern eine doppelte Möglichkeit eröffnet, auch in Ungarn und Böhmen wieder zur Regierung zu gelangen.

Die deutsche Machtstellung war auf allen Punkten erschüttert und die Reichsreform mißlungen, als die so freudig begrüßte Regierung Maximilians des Ersten hoffnungsarm zu Ende ging; nur dem Haus Habsburg schienen günstige Sterne zu leuchten.

* * *

Da wurden noch mehr als bisher zu Trägern der nationalen Entwicklung die Fürsten und die Städte, jene der politischen, diese der wirtschaftlichen. In beiden Beziehungen sind sie gefördert worden durch das Eindringen des römischen Rechts, genauer genommen nur des Privatrechts und einzelner staatsrechtlichen Grundsätze. Immer war es das gemeine Recht der Kirche als Körperschaft gewesen, dazu wurde es seit Friedrich dem Ersten als kaiserliches Recht anerkannt; und da junge Deutsche in zunehmender Zahl an den italienischen Juristenuniversitäten, namentlich in Bologna und Padua, studierten,

so fanden seine Vertreter bald Eingang in der kaiserlichen Kanzlei (seit Karl dem Vierten) und im Kaisergericht (seit Friedrich dem Dritten) wie an den deutschen Universitäten und in den fürstlichen Regierungen. Die Stärke dieses fremden Rechts lag in drei Dingen. Gegenüber der Zersetzung des Staats durch die Übertragung von Hoheitsrechten an Untertanen vertrat es das Alleinrecht des Fürsten namentlich auf die Gesetzgebung nach dem Grundsatze: quod principi placuit, legis habet vigorem (der Wille des Fürsten hat Gesetzeskraft); gegenüber dem tausendfach zerklüfteten, lediglich durch örtliche Bestimmungen und Weistümer (Urteilssprüche) fortgebildeten deutschen Rechte stellte es einen bis ins kleinste scharfsinnig und folgerichtig durchdachten Bau auf; gegenüber dem ganz naturalwirtschaftlichen Geiste des deutschen Rechts war es das Recht einer durch und durch kapitalistisch-großwirtschaftlichen Kultur mit mobilisiertem Grundbesitz und freier Verfügung des Einzelnen über sein Eigentum. Es entsprach also den Bedürfnissen der aufsteigenden städtischen, mehr und mehr individualistischen Geldwirtschaft und des Fürstentums in Deutschland. Gerade deshalb, weil es die Überlegenheit dieser beiden Mächte steigerte, wurde es vom Landadel und von den Bauernschaften mit erbittertem Haß zurückgewiesen, und sicher ist es, daß seine Rezeption in Deutschland, sie mag so erklärlich sein, wie sie will, die ständischen und die sozialen Gegensätze in der unheilvollsten Weise verschärft und das Rechtsbewußtsein des Volks aufs schwerste erschüttert hat; denn dieses neue, fremde Recht erschien dem deutschen Bewußtsein tatsächlich oft genug als schreiendes Unrecht; die „Juristen" galten ihm als „böse Christen" und „Beutelschneider".

Die rein privatrechtliche Auffassung des auf den verschiedensten Rechtstiteln beruhenden fürstlichen Besitzes fand praktisch seine Schranken zunächst in der Ausbildung der Landstände auf Grund der Konstitutionen Kaiser Friedrichs des Zweiten. Zu solchen schlossen sich fast überall seit dem Anfang oder der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts die Edelleute, Prälaten und Städte zusammen, in Brandenburg noch vor, in Bayern, Münster usf. schon bald nach 1300, in den wettinischen Ländern seit etwa 1350, in Österreich wenig später. Sie wirkten zunächst bei der Anlage der alten Landsteuer, der

sogenannten Bede (Bitte) mit, erweiterten bald ihre Macht, wenn der Fürst über diese und über die Erträge seiner Hoheitsrechte und Kammergüter hinaus das Land für neue Steuern oder für die Bezahlung seiner Schulden in Anspruch nahm, erlangten endlich für solche Bewilligungen oft weitgehenden Einfluß auf die Leitung der allgemeinen Angelegenheiten und schufen sich in ihren Ausschüssen dafür bald ständige Organe. Sie fühlten sich nicht als Vertreter der Gesamtheit des Territoriums, sondern nur ihrer Standesinteressen, aber sie traten schon deshalb den fürstlichen Landesteilungen zuweilen entgegen und förderten so die Überwindung der privatrechtlichen Auffassung, also den Sieg des Staatsgedankens durch die allmähliche Einführung der Unteilbarkeit des Territoriums und des Erbfolgerechts nach der Erstgeburt wenigstens in manchen Gebieten. Diese wurden festgesetzt für die Kurlande schon durch die Goldne Bulle, für ganz Brandenburg durch die Dispositio Achillea des Kurfürsten Albrecht 1473, für Württemberg bei der Erhebung des Landes zum Herzogtum unter Eberhard im Bart 1495, für das albertinische Sachsen 1499, für Bayern 1506, stets mit Zustimmung des Kaisers.

Langsam begann sich nun seit dem vierzehnten Jahrhundert mit dem allmählichen Übergange zur Geldwirtschaft in diesen Territorien eine neue Verwaltung durch besoldete, absetzbare Beamte zu bilden; der naturalwirtschaftliche Zusammenhang zwischen dem Amte und verliehenem Grundbesitz, also die Gefahr der Vererbung des Amtes hörte auf. Die Befehlshaber der landesherrlichen Burgen, der natürlichen Mittelpunkte ländlicher Bezirke, Männer ritterlichen Standes, übernahmen neben ihren allmählich zurücktretenden militärischen Befugnissen als Pfleger (in Bayern), Amtleute (im fränkischen Rechtsgebiet), Droste (in Westfalen), Vögte (im kolonialen Deutschland) die Polizei und das Blutgericht über die schwersten Verbrechen. Sie wurden nicht mehr belehnt, sondern auf Kündigung angestellt und am liebsten mit bestimmten Geldeinkünften und Naturalbezügen ausgestattet, also vom Landesherrn ganz abhängig. Neben ihnen standen für die Verwaltung der fürstlichen „Kammergüter“ unter ähnlichen Bedingungen bürgerliche „Kellner“. Noch entbehrte die Zentralverwaltung der Stetigkeit, denn die Fürsten, deren

Einkünfte immer noch wesentlich aus Naturalien bestanden, wechselten ihren Aufenthalt beständig wie einst die mittelalterlichen Kaiser; sie nahm festere Formen erst mit dem Aufkommen ständiger Residenzen im fünfzehnten Jahrhundert an. Nebeneinander standen zunächst der (geistliche) Kanzler für den schriftlichen Verkehr und einige vertraute („heimliche“, „geheime“) Räte (secretarii, consiliarii), die mit Unterhalt, Naturalbezügen und Geldeinnahmen ausgestattet waren. Mit der Ausbildung fester Residenzen entwickelten sich die Anfänge einer Behördenorganisation wie bei den Städten mit schriftlicher, also aktenmäßiger Verwaltung; ein Hofgericht wurde das höchste Gericht des Landes, ein Landrentmeister übernahm die Oberleitung der fürstlichen Einkünfte, die freilich immer noch nur zum kleinsten Teil an dieser Zentralstelle verrechnet, meist direkt von den Pflichtigen an die berechtigten Empfänger abgeführt wurden. Am schärfsten hat Maximilian der Erste diese Behördenorganisation nach burgundisch-französischem Vorbilde in den österreichischen Ländern durchgeführt. Doch überall lagen die Polizei und oft auch mindestens die niedere Gerichtsbarkeit in den Händen der Grundherren, die größeren (Land-)Städte waren tatsächlich fast unabhängige kleine Republiken mit allen Hoheitsrechten; die Wirkung der fürstlichen Verwaltung war also noch sehr beschränkt. Umfassender und eingreifender wirkte im Laufe der Zeit die fürstliche Gesetzgebung, namentlich in polizeilichen Anordnungen.

Was in den fürstlichen Territorien erst in den Anfängen vorhanden war, das hatten schon längst auf engerem Raume die größeren Städte mit Hilfe ihrer ausgebildeten Geldwirtschaft vollständig durchgeführt: eine alle Zweige des öffentlichen Lebens umfassende Gesetzgebung und eine im Rate zentralisierte Verwaltung durch sorgfältig geschiedene, streng überwachte und zum Teil schon fest besoldete Ämter für die einzelnen Zweige, deren Träger sich bewußt waren, nicht für die Person oder den Stand, sondern für das „gemeine Wesen“ zu arbeiten, endlich eine durchgreifende Besteuerung der Bürgerschaft durch direkte und indirekte Geldabgaben und einen allgemeinen Waffendienst. So wurden die großen deutschen Städte, wie Straßburg, Nürnberg, Lübeck, die ersten Staaten im modernen Sinne, das Vorbild für die Fürstentümer. Während in diesen

das Gefühl der Zusammengehörigkeit noch sehr schwach war, lebte in den Städten oft ein schöner, aufopferungsfähiger, entschlossener Lokalpatriotismus von fast antiker Färbung.

Wie zu allen Zeiten das Kriegswesen die politischen und die wirtschaftlichen Zustände aufs treuste widerspiegelt, so zeigt sich in den letzten beiden Jahrhunderten des Mittelalters die Zersetzung der Reichsgewalt und die Schwäche der fürstlichen Territorien auf der einen, die Stärke der Städte auf der andern Seite in der Unbehilflichkeit des Angriffs und in der Überlegenheit der Verteidigung. Denn die ritterlichen Vasallenschaften der Fürsten waren garnicht organisiert, schwer in Bewegung zu setzen, noch schwerer zusammenzuhalten, daher wohl zu kurzen Angriffsstößen, aber nicht zu längeren Feldzügen verwendbar, so wenig wie die städtischen Milizen; dazu hatte sich immer mehr herausgestellt, daß diese schweren Panzerreiter einem standfesten, mit langen Speeren und Fernwaffen ausgerüsteten bürgerlichen oder bäuerlichen Fußvolk gegenüber fast immer den kürzeren zogen, und feste Städte waren bei tapferer Verteidigung so gut wie uneinnehmbar. Eine Steigerung der Angriffskraft trat erst ein, als man in der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts die treibende Kraft der Stoffe des alten griechischen Feuers (Schwefel, Holzkohle und Salpeter) entdeckte und seit dem Anfange des vierzehnten zunächst in Italien, dann auch in Frankreich und Deutschland schwere Pulvergeschütze (Büchsen) für mächtige Steinkugeln goß. Diese Artillerie wurde rasch die Waffe der technisch hochentwickelten reichen Städte, zuweilen auch schon der Fürsten, und ihr gegenüber waren die Mauern der alten Burgen so gut wie wehrlos.

Während nun der militärische Wert der ritterlichen Kriegsweise immer tiefer sank, wurden Fürsten und Städte durch ihre wachsenden Geldeinnahmen in den Stand gesetzt, durch Anwerbung von bezahlten Söldnern ein technisch gut geschultes, leicht verwendbares und verhältnismäßig zuverlässiges Fußvolk aufzustellen, das die Bedeutung der alten Lehnsreiterei noch mehr herabdrückte. Nachdem die Italiener, Burgunder und Franzosen (mit der Anwerbung der Schweizer) vorangegangen waren, schuf zuerst Kaiser Maximilian in seinen niederländischen Kriegen ein nationales, wesentlich oberdeutsches Söldnerheer, die Landsknechte (d. h. Kinder des Landes). Ihre Werbung und Aufstellung (Musterung) übernahm auf Grund eines Soldvertrages für eine bestimmte Zeit oder Aufgabe im Namen des Kriegsherrn immer ein großer Unternehmer, der Feldhauptmann, mit einer Anzahl kleiner Unternehmer, den Hauptleuten, die die einzelnen „Fähnlein" (zu 400 bis 500 Mann) aufbrachten. So bildeten sich also wieder taktische Einheiten, nach dem Vorbilde der Schweizer: ein ungeheurer Fortschritt gegenüber dem Mittelalter. Durchaus gleichmäßig, mit dem langen Spieß, in kleineren Abteilungen auch mit Schlachtschwertern (mit beiden Händen zu fassen) und mit Feuerröhren bewaffnet, formierten sich die Landsknechte für die Schlacht im „gevierten Haufen" und entschieden den Kampf nach einleitendem Feuergefecht mit der blanken Waffe in furchtbarem Zusammenprall der speerstarrenden Massen. Rasch wuchs unter diesen Gesellen ein starker Zunftgeist auf, der streng auf Handwerksregel und Handwerksehre hielt, deshalb auch über schwere Vergehen der Genossen selbst das Urteil fand und es nach dem „Rechte der langen Spieße" in der „Speergasse" vollstreckte. Die Pflicht gegen den Kriegsherrn galt nur so weit, als es diese Ehre zuließ und der Sold pünktlich bezahlt wurde, was bei den Fürsten freilich nicht gerade oft vorkam. Immerhin waren jetzt wieder Kriegsunternehmungen in großem Stile möglich.

Die Mittel zu solchen Umgestaltungen flossen für die Fürsten am reichlichsten aus dem Bergbau, für die Städte auch aus den Erträgnissen des Handels und des Handwerks. Der Bergbau, allerorten landesfürstliches Regal, aber oft von einzelnen städtischen Unternehmern und Gewerkschaften auf Gewinnanteile (Kuxe) betrieben, blühte vor allem in Böhmen (Kuttenberg), im Erzgebirge, wo 1458 Altenberg, 1471 Schneeberg, 1492 Annaberg fündig wurden, in Westfalen (auf Eisenerze), in Tirol, in den Tauern, in Steiermark, Kärnten und Krain. Vor allem der Bau auf Edelmetalle, namentlich auf Silber, lieferte so ungeheure Erträge, daß der Edelmetallvorrat rasch zunahm, überall die dünnen Silbermünzen (Brakteaten) der frühern Zeit durch „Dickpfennige" oder „Groschen" (grossi) verdrängt wurden, und der Wert der Edelmetalle zurückging, also die Preise der Lebensbedürfnisse stiegen.

Der Handel des Nordens war mit dem Sinken der Hansa in langsamer Abnahme. Da der Hof von Nowgorod, obwohl er 1514 wieder geöffnet wurde, die alte Bedeutung nicht wiedererlangte, und Brügge, als sein Hafen versandete, seit etwa 1490 von Antwerpen überflügelt wurde, standen von den alten stolzen Kaufhöfen nur noch Bergen und London aufrecht, in der Ostsee aber machte sich die Konkurrenz der Niederländer immer fühlbarer. Dafür hielten die oberdeutschen Kaufleute nicht nur ihren alten Verkehr mit Italien, namentlich mit Venedig, fest, wo ihr Fondaco noch 1505 neu aufgebaut und ausgemalt wurde, sondern sie drangen, indem sie Verbindungen mit dem rasch aufblühenden Antwerpen anknüpften, auch in das Handelsgebiet der Hansa ein. Sie gewannen daneben, als Lissabon seit der Entdeckung des direkten Seeweges nach Indien 1498 der erste Umschlagplatz für diesen neuen Verkehr, vor allem mit Gewürzen, wurde, rasch unmittelbaren Anteil an diesem lange Zeit überaus gewinnreichen Handel, und zwar durch Schiffe, die sie auf eigne Rechnung befrachteten, und mit eignen Faktoreien, wie sie zumal die Welser von Augsburg anlegten. Dadurch stieg besonders der Rheinverkehr und die Bedeutung der Messen von Frankfurt a. M. Für den Nordosten gewann Leipzig, dessen Messen Maximilian der Erste 1497 unter den Schutz des Reiches stellte, und das er 1505 mit dem Stapelrecht auf fünfzehn Meilen in der Runde besonders privilegierte, eine ähnliche Bedeutung, und die nordostdeutsche Tuchweberei fand ertragreiche Märkte in Polen, Ungarn und der Türkei.

Zugleich nahm der Handel neue Formen an. Da der Zinsfuß rasch bis auf 5 oder 4 Prozent sank, der Kredit mit der zunehmenden Sicherheit stieg, so bildete sich der Geldhandel bald zu einem besondern Zweige aus. Seit 1400 wurde auch in Deutschland der Wechsel ein gewöhnliches Zahlungsmittel, in Frankfurt a. M. entstanden 1402, in Lübeck 1421, in Nürnberg 1498 Banken, die rasch auch den Depositen- und Giroverkehr einführten, und ein scharfes Schuldrecht sicherte den Gläubiger. Indem sich nun das überflüssig gewordene Kapital an den mannigfaltigsten Unternehmungen, oft mit ungeheuerem Gewinn, beteiligte, begannen sich in den Händen Einzelner mit überraschender Schnelligkeit große Vermögen

zu sammeln. Diese Kapitalbildung steigerte sich noch, als sich Gruppen von Unternehmern zu Handelsgesellschaften auf gemeinsame Rechnung und Gefahr zusammentaten oder gar in ganz moderner Weise Ringe bildeten, um bestimmte Artikel zu monopolisieren und die Preisbildung künstlich zu beherrschen. So entstanden die ersten großen Geldmächte der Zeit, die Fugger, Welser, Imhof, Höchstätter u. a. m. Sie begannen nicht bloß ihre Städte finanziell zu beherrschen, sie kauften auch den verarmenden Adel aus und wurden ländliche Grundherren, sie unterwarfen sich als Gläubiger oft sogar die Politik der Fürsten. Vor allem die Bank der Augsburgischen Fugger in Rom beherrschte um 1500 den ganzen dortigen Geldverkehr und gewann damit Einfluß auf die europäische Politik. Durch die persönliche Tüchtigkeit des Einzelnen emporsteigend, durchbrachen diese Häuser mit ihrer ganz individualistischen Wirtschaft überall die sozialistisch-genossenschaftliche Entwickelung des Mittelalters und machten in schroffem Widerspruch zu der naturalwirtschaftlich-kirchenrechtlichen Anschauung, die in der Arbeit und im Boden fast die einzigen wirtschaftlichen Kräfte gesehen hatte, zu dem wichtigsten Wirtschaftsfaktor das bewegliche, unpersönliche Kapital.

Es war nun gar nicht zu verhindern, daß diese individualistisch-kapitalistische Entwickelung auch die Zünfte der Handwerker ergriff und damit die Grundlagen der Zunftverfassung zerstörte. Einzelne Meister wurden fabrikmäßige Unternehmer, begannen wohl auch mit andern Ringe zu bilden, erschwerten, um die Konkurrenz abzuschneiden, das Meisterwerden und trieben dadurch die Gesellen, deren nunmehr nur noch wenige dieses Ziel erreichen konnten, dazu, sich als ein besondrer Stand in großen landschaftlichen Verbänden im ganzen Reiche zu organisieren. Durch die damals aufkommende Wanderschaft wurde das Gefühl der Gemeinschaft gewaltig verstärkt. So drangen die Gesellen in das Gewerbegericht der Zunft ein, erlangten Einfluß auf die Annahme der Lehrlinge und konnten in Einzelfällen schon durch umfassende Arbeitseinstellung auf die Lohnbildung einwirken. Die Folgen dieser Umgestaltung des alten Zunftwesens waren technisch insofern günstig, als sie die Ausbildung des Kunstgewerbes und technische Vervollkommnungen förderte, vor allem die vervielfältigenden

Künste. Unter diesen war die wirksamste aller Zeiten die Buchdruckerkunst, die Erfindung des Mainzer Patriziers Johann Gensfleisch zum Gutenberg um 1450, der damals den entscheidenden Schritt von dem längst üblichen Plattendruck zum Druck mit beweglichen Metalltypen tat und es noch erlebte, daß sich seine „schwarze Kunst" in Verbindung mit dem neuen Buchhandel in reißender Schnelligkeit über Europa verbreitete. In sozialer Beziehung überwogen bei der Zersetzung der alten Zunftordnungen die Nachteile: die fast heimatlose Beweglichkeit des Gesellenstandes und die Verstärkung dieser unsichern, oft unzufriedenen Bestandteile durch die zahlreichen besitzlosen Tagelöhner in den Städten und die Zuwanderung mittelloser Leute vom notleidenden platten Lande. Das alles drängte im Gegensatze zu dem aristokratischen Rats- und Zunftwesen auf eine Demokratisierung der Stadtverfassung hin und führte im fünfzehnten Jahrhundert in vielen Städten zu schweren Erschütterungen. Nur selten kam ein so weiser und billiger Ausgleich zustande wie in Straßburg durch die Neuordnung von 1425 bis 1433, die dem rein kaufmännischen Patriziat und dem Rat eine Art von Unterhaus in dreihundert Schöffen aus den Zünften gegenüberstellte.

Die Verteilung des Wohlstandes in den Städten war durch die neue Wirtschaftsweise zwar verschoben, aber im ganzen war er wesentlich gestiegen. Ihre Einwohnerzahl erscheint, verglichen mit heutigen Zahlen, zwar niedrig, aber sie war weit gleichmäßiger verteilt, da wirkliche Großstädte, wie Frankreich eine in Paris hatte, oder auch nur wie Florenz und Venedig mit ihren mehr als 100000 Einwohnern, in Deutschland noch gänzlich fehlten. Um 1450 hatte Nürnberg, eine der ansehnlichsten, nur gegen 20000 Einwohner, Straßburg über 16000, Basel etwa 15000, Frankfurt nur 7000, Mainz 5000 bis 6000, Rostock 14000, Danzig wohl über 16000. Noch trieben fast alle Städte stark Ackerbau und in der unmittelbaren Nähe Garten- und Weinbau; so schützten sie auch den weitern Umkreis gewöhnlich durch eine „Landwehr" (Wall und Graben) mit Warttürmen. Dahinter erhoben sich die gewaltigen, oft doppelten Stadtmauern mit Mauertürmen (Wighäusern) und hölzernem Wehrgang hinter den Zinnen, an den selten angebrachten, zuweilen künstlerisch gestalteten Toren noch mit

starken Vorwerken geschützt. Sie umschlossen bei alten Städten des Mutterlandes ein Gewirr unregelmäßiger, enger Gassen und Plätze, in den Kolonialstädten meist eine leicht übersichtliche, rechtwinklige Anlage. Die Häuser, mit dem schmalen, spitzen Giebel nach der Straße gekehrt, waren bis ins vierzehnte Jahrhundert durchweg aus Holz und Fachwerk gebaut, mit Stroh oder Schindeln gedeckt und enthielten im Erdgeschoß über tiefen Kellern oft hinter Laubengängen Werkstatt oder Laden, in den obern Stockwerken einfache Wohn- und Vorratsräume; erst später begannen wohlhabendere Bürger in Ziegel oder Stein zu bauen und dann auch Glasfenster anzubringen. Dagegen gelang es nur schwer, die ungepflasterten Straßen von den Resten eines rein ländlichen Daseins, den Düngerhaufen und den frei umherlaufenden Schweinen zu befreien; noch später fing man an, sie zu pflastern und mit öffentlichen Brunnen zu versehen. Von einer Straßenbeleuchtung war noch keine Rede. Stattlich aber erhoben sich von jeher die hochgegiebelten Rathäuser, die „Artushöfe" der hansischen Geschlechter und manche Zunfthäuser, die turmreichen Kirchen über den grünen Hügeln ihrer Friedhöfe und die langen Fronten der Klöster. Einen durch Tore ganz abgesperrten Stadtteil bildete die Judenstadt, und auch sonst wohnten die Mitglieder einer Genossenschaft, namentlich der Zünfte, gern gassenweise beisammen, an den Mauern, in „Frauenhäusern", auch die öffentlichen Dirnen. Laut und geräuschvoll bewegte sich das gesellige Leben weit mehr als heute in der Öffentlichkeit, vor allem an Markttagen oder an hohen Kirchenfesten, wenn figurenreiche Aufzüge oder ein „Spiel" Tausende von Zuschauern anzog, oder der tolle Übermut und Mummenschanz der „Faselnacht" durch die Gassen tobte, oder an den großen Schützenfesten, die sich seit dem vierzehnten Jahrhundert zugleich zu ernster Waffenübung und fröhlichem Spiel gestalteten. Aus der derben Lebensfreude eines kraftstrotzenden, sinnlichen, leicht erregbaren Geschlechts ergaben sich oft grobe Ausschreitungen, und in Speise und Trank, in Kleidung und Schmuck herrschte häufig ein übermäßiger Luxus, gegen den sich auch strenge Verordnungen des Rats und scharfes Eingreifen der handfesten städtischen Polizei wenig wirksam erwiesen.

Von alledem, was die Städte förderte, war nun das platte

Land gegen Ende des Mittelalters strenger ausgeschlossen als je. Denn Gewerbe und Handel waren fast durchaus Monopole der Städte geworden. Adel und Bauern blieben fast ganz auf die Erträge einer Naturalwirtschaft beschränkt, die nur selten, wie in den Niederlanden und am Niederrhein, schon zur Fruchtwechselwirtschaft mit Stallfütterung und gesteigerten Erträgen überging, sonst überall noch bei der Dreifelderwirtschaft beharrte. Obendrein gingen die Preise ihrer Erzeugnisse, trotz der wachsenden Bevölkerung, immer weiter hinab, da der gesteigerte Verkehr jetzt auswärtige Zufuhr aus größerer Ferne ermöglichte. Am empfindlichsten traf dies den Adel, den einst herrschenden Stand. In seiner militärischen Bedeutung immer mehr hinabgedrückt, erlebte er nun auch, daß seine Einkünfte abnahmen, und er selbst beschleunigte seinen wirtschaftlichen Verfall durch fortgesetzte Erbteilungen, die Hunderte von Geschlechtern zugrunde richteten und ihre Güter oft an städtische Patrizier brachten. Und doch wollte der Adel nach wie vor noch immer nur mit der Waffe dienen. Aber verhältnismäßig wenige fanden im Solddienst der Fürsten und der Städte, auch im Auslande, eine entsprechende Beschäftigung; weitaus die Mehrzahl vergeudete ihre Kraft in wilden Jagden und wüsten Zechgelagen oder in der Wegelagerei oder endlich in recht- und sinnlosen, landverderbenden Fehden gegen die „Krämer" und „Pfeffersäcke" der Städte. Denn mit Haß und Neid sah der Edelmann auf deren Wohlstand, und der Kriegszustand zwischen Adel und Städten war die Regel.

Die schwersten Lasten dieser unruhigen Übergangszeit legten sich aber auf die Massen des Landvolks. Längst war der Bauer wehrlos, mit Ausnahme einzelner Landschaften, und das war sein größtes Unglück, denn nur ein wehrhaftes Volk ist frei. Seitdem der Bevölkerungsabfluß nach den Kolonial-landen des Ostens aufgehört hatte, trat im Westen eine verhältnismäßige Übervölkerung ein. Sie führte zur Teilung der Hufe, sodaß das neue Normalgut die Viertelhufe wurde. Da diese für eine Bauernfamilie nicht mehr genügte, so nahmen Verschuldung und Auswucherung durch Juden und Christen überhand, und die Landbesitzlosen gerieten mehr und mehr in Leibeigenschaft und wurden im fünfzehnten Jahrhundert bald zu einem gefährlichen ländlichen Proletariat. Dazu begannen sich die finanziell bedrängten Grundherren an ihren Bauern zu erholen. In Westdeutschland, wo die „Ritter" nicht selbst wirtschafteten, sondern fast nur von den Geld- und Naturalzinsen ihrer Untertanen lebten, steigerten sie diese willkürlich; sie behandelten ihre Pächter und Zinsbauern als Leibeigene, fesselten sie an die Scholle, kürzten ihnen ihr Erbrecht an dieser und nahmen endlich die gemeine Mark als ihr Eigentum in Anspruch, entzogen also den bisherigen Markgenossen Weidegang, Holzschlag und Jagd oder gewährten ihnen diese Nutzungen nur gegen schweren Zins. Schließlich bedrohten sie seit dem fünfzehnten Jahrhundert jede Abwehr des äckerverwüstenden Hochwilds als Wildfrevel mit den grausamsten Strafen, sogar mit Verstümmlung und Blendung. Dabei wurden sie von der immer mehr um sich greifenden Anwendung römischer Rechtsgrundsätze unterstützt, die von dem harten römischen Eigentumsbegriff aus jene halbsozialistischen Nutzungsrechte als Servitute an fremdem Eigentum auffaßte und nur Kolonen und Sklaven, aber nicht die mannigfaltigen Formen des Obereigentums und der bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse im deutschen Agrarrecht kannte. Im kolonialen Deutschland, wo die Grundherren selbst wirtschafteten, benützten sie ihre Gerichts- und Polizeigewalt außerdem noch dazu, die Bauerngüter zu „legen", d. h. einzuziehen, um sie zur Ausnutzung der blühenden städtischen Tuchmacherei in einträglichere Schafweiden zu verwandeln.

Nun gab es genug vernünftige und wohlwollende Grundherrschaften, und in einzelnen Landstrichen, wie in Pommern, um Altenburg, in Franken, im Elsaß, viele wohlhäbige Bauern, die zuzeiten etwas draufgehn ließen; aber im ganzen war doch der Bauer das Lasttier, der Paria dieser deutschen Gesellschaft geworden. Auf den engen Horizont seiner Dorfflur beschränkt, von aller höheren Bildung ausgeschlossen, wurde er selbst in der städtischen Literatur und Kunst dieser Zeit als Tölpel, Flegel, Ackertrappe, kurz als Inbegriff alles Widerwärtigen und Rohen verspottet. Das alte Kaisertum hatte den „Nährstand" der Nation durch seine Kirchenpolitik kraftvoll geschützt; als es verfiel, geriet er in die Knechtschaft der überwuchernden aristokratischen Gewalten. Und das alles, während er sich in Frankreich und England zu Freiheit und Selbständigkeit ent-

wickelte, in Böhmen mit seinen Dreschflegeln die gepanzerten Ritterheere zerschlug, in der Schweiz eine bäuerlich-städtische Bundesrepublik begründete und in Oberdeutschland durch den Landsknechtsdienst selbst wieder wehrhaft zu werden begann.

Da blitzten denn, nachdem zahlreiche Erhebungen wegen örtlicher Beschwerden im Südwesten vorangegangen waren, radikal-kommunistische Ideen auf, die sich, wie bei den Hussiten, auf die Heilige Schrift und auf das Armutsvorbild kirchlicher Orden beriefen. Zuerst geschah dies 1476 im Würzburgischen in den Reden eines jungen besitzlosen Gemeindehirten und Dorfmusikanten, des Johannes Böhm in Niklashausen an der Tauber, und sie fanden bei Tausenden, die ihm von nah und fern zuströmten, williges Gehör. Er wurde kurzer Hand ergriffen und als Ketzer verbrannt. Aber Mißernten, Seuchen (darunter bald auch die neue „gallische Krankheit", das erste Geschenk Amerikas an die alte Welt) und die nie aufhörende Kriegsnot machten das oberdeutsche Landvolk und mit ihm das wachsende städtische Proletariat immer empfänglicher für die Lehren des gewaltsamen Umsturzes, der sogar durch das Wort Gottes geboten zu sein schien. Um 1493 taten sich die Bauern des Bistums Straßburg und die Bürger von Schlettstadt für weltliche und kirchliche Reformen unter dem Zeichen des „Bundschuhs", des Bauernschuhs, zusammen, und seit 1502 überzog Joß Fritz das ganze obere Rheinland durch Hausierer und Vagabunden mit einem Netze von Verschwörungen zur Vernichtung aller Fürstengewalt und zur Gründung eines starken Kaisertums. Kaum war diese Bewegung im Herbst 1513 äußerlich unterdrückt, da verschwor sich 1514 in Württemberg der „arme Konrad", d. i. der Bauer, mit dem städtischen Proletariat gegen die grausamen Jagdgesetze des Herzogs Ulrich und das römische Recht; zu derselben Zeit erhoben sich die deutsche und die slawische Bauernschaft der österreichischen Lande gegen die Grundherren. Überall wurde man noch der Erhebung durch schonungslose Blutgerichte Herr; aber niemand verhehlte sich, daß die konservativsten Stände, die Bauern und in vielen Gegenden auch der Landadel, durch die einseitig kapitalistische Entwicklung der Städte rettungslos auf die Bahn der Revolution gedrängt würden. Denn wo war damals die

monarchische Macht, die die rohe ständische Selbstsucht aller Klassen der Gesellschaft gebändigt hätte?

Auch von der Kirche konnte die Rettung nicht kommen, denn sie kann soziale Aufgaben unmittelbar gar nicht lösen, die Gegensätze nur mildern. Niemals war allerdings die Geistlichkeit zahlreicher und mächtiger gewesen. Neben der Weltgeistlichkeit hatten sich die Ordensleute unermeßlich vermehrt; sie besaßen z. B. in dem einzigen Nürnberg 9, im Brandenburgischen 85 Klöster, die 9 Dom- und Kollegialstifte noch ungerechnet. Der Kirche gehörte ein Drittel alles Grund und Bodens im Reiche, eine ganze Anzahl geistlicher Fürstentümer, unermeßliche Einkünfte aus den Zehnten, frommen Stiftungen und Ablaßgeldern. Von jeder weltlichen Gerichtsbarkeit befreit, griff sie doch durch ihr eignes Gericht über Ehe- und Familiensachen beständig tief in das Leben der Laien ein. Vor allem das ganze sittlich-religiöse Leben spannte sie in feste Formen, besonders durch die Lehre von der Verdienstlichkeit der sog. „guten Werke", der Gebete, des Messehörens, der frommen Stiftungen, der Wallfahrten nach einheimischen und fremden Gnadenörtern bis nach Rom, St. Jago in Spanien und vor allem nach Jerusalem, wohin unter andern vornehmen Pilgern auch deutsche Fürsten, wie Albrecht von Sachsen 1476, gewöhnlich von Venedig aus, zu fahren sich entschlossen. Und es war wie eine auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherung, wenn den Mitgliedern der zahllosen frommen Brüderschaften die frommen Werke jedes Einzelnen wie der Gesamtheit zugute gerechnet und mit kaufmännischer Genauigkeit gebucht wurden.

Das alles entsprach dem Nominalismus, der seit dem vierzehnten Jahrhundert den Realismus aus der scholastischen Anschauung mehr und mehr verdrängt hatte. Der Nominalismus faßte die Ideen (Platos) als bloße abstrahierte Begriffe (nomina) im Gegensatz zum Realismus, der sie als wirklich existierende Dinge (res) ansah; er glaubte also nicht an die Fähigkeit des Menschen, überirdische Dinge erkennen zu können. Er bestritt demnach die verstandesmäßige Beweisbarkeit der Offenbarung, da die Erkenntnisfähigkeit des Menschen dazu nicht ausreiche, forderte aber, da ihm die geoffenbarten Glaubenswahrheiten an sich feststanden, die unbedingte Unterwerfung unter sie, stärkte also die Autorität der Kirche, die sie

lehrte, und setzte somit an die Stelle der innerlichen Aneignung des Heils durch den Glauben die äußerliche Unterwerfung unter das kirchliche Gebot.

Allerdings gab es neben dieser veräußerlichenden Auffassung innerhalb der Kirche selbst andre, innerlichere Richtungen. Nicht auf verstandesmäßig spekulativem Wege, sondern unmittelbar von dem innigen Bedürfnis der gläubigen Seele aus erstrebten Mystiker wie der große Dominikaner Meister Eckard (gestorben 1327) und seine Schüler Johann Tauler und Heinrich Suso (Seuse) die unmittelbare Vereinigung der Seele mit Gott unter dem Bilde der himmlischen Minne, ohne priesterliche Vermittelung. Diese Mystik ergriff besonders die Frauenklöster; sie verbreitete sich aber auch im oberdeutschen Bürgertum und führte noch im vierzehnten Jahrhundert zu der weitverzweigten Verbindung der „Gottesfreunde", für die ein Straßburger Kaufmann, Rule Merswin (gestorben 1382), ein Beichtkind Taulers, besonders rührig die Feder führte. Eine mehr praktische Richtung schlug, zunächst in den Niederlanden, die Genossenschaft der „Brüder vom gemeinsamen Leben" (Hieronymianer) ein, die Geert Grot und Florentius Radewins gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts in Deventer stifteten. Die „Brüder" bildeten freie Vereinigungen von etwa zwanzig Männern unter einem Rektor (Prior) und betrachteten als ihre Hauptaufgabe die Verbreitung guter Bücher und die sittlich-religiöse Unterweisung des Volkes durch Predigt und Jugendunterricht in der Volkssprache. Bald breiteten sich ihre Häuser, vom Stammhause Deventer zusammengehalten, über den ganzen deutschen Norden bis nach Preußen hin aus. Aus diesen Kreisen besonders gingen die zahlreichen Bibelübersetzungen (nach der lateinischen Vulgata) hervor, deren man bis auf Luther etwa zwanzig zählte, vor allem aber das edelste Erbauungsbuch der praktischen Mystik und der mittelalterlichen Kirche überhaupt, die „Nachfolge Christi" (de imitatione Christi) des Thomas a Kempis (Thomas Hamerken aus Kempen, Chorherrn auf dem Agnetenberge bei Zwolle, gestorben 1471), der die Nachfolge Christi im Ertöten der Selbstsucht und in hingebender Gottesliebe suchte. Auch die Entwickelung der deutschen Predigt durch Männer wie Geiler von Kaisersberg in Straßburg und durch die Bettelorden überhaupt, die Menge der Gebets- und Andachtsbücher, der Predigtsammlungen und Katechismen, die durch die neue Buchdruckerkunst die weiteste Verbreitung fanden, das alles verrät einen lebhaften Trieb nach Verinnerlichung und Verselbständigung des religiösen Lebens.

So gingen in der Kirche selbst zwei Strömungen nebeneinander her, die eine stärkere an der Oberfläche, die andre schwächere mehr in der Tiefe des Volkslebens. Die Herrschaft der Kirche wurde durch diesen Zwiespalt noch nicht erschüttert. Denn sie leistete für das Volk immer noch weit mehr als jede weltliche Gewalt. Sie öffnete jedem den Weg des Heils, und sie übte noch immer fast allein die soziale Fürsorge für die Mühseligen und Beladenen, die Armen- und Krankenpflege in freier Wohltätigkeit und in Hospitälern. Dadurch stand sie den breiten Massen des Volkes weit näher als die schwache oder hart durchfahrende, immer im Interesse der herrschenden Klassen geübte Staatsgewalt; dazu besaß sie für alle, die höhere Bildung erstrebten, noch unbestritten das Lehrmonopol, ohne daß übrigens für irgend welchen Beruf ein bestimmter Bildungsgang gefordert worden wäre.

Denn die Universitäten, die seit dem vierzehnten Jahrhundert meist von den Landesherren nach dem Vorgange Prags und nach dem Vorbilde der französisch-englischen Magisteruniversitäten, namentlich von Paris, im Wetteifer gegründet wurden (1386 Heidelberg, 1389 Köln, 1392 Erfurt, die einzige städtische, 1403 Würzburg, 1409 Leipzig, 1419 Rostock, 1426 Löwen, 1456 Greifswald, 1457 Freiburg i. Br., 1460 Basel, 1477 Tübingen, 1502 Wittenberg, 1506 Frankfurt a. O.), beruhten in ihrer Einrichtung gewöhnlich auf einem päpstlichen Stiftungsbriefe, standen unter der Aufsicht des Bischofs ihres Sprengels und galten als geistliche Genossenschaften. Somit besaßen sie die Befreiung aller ihrer Angehörigen vom weltlichen Gericht und die korporative Selbstverwaltung ihres anwachsenden Vermögens wie ihrer sonstigen Angelegenheiten. Gemäß der im wesentlichen fertig aus Paris nach Deutschland übertragenen Verfassung bildeten die Lehrer (Magister) und Scholaren aller Fächer bei den ältern Universitäten Prag, Wien und Leipzig noch vier „Nationen" (Landsmannschaften); bei den jüngern, von vornherein auf einen kleinern Umkreis berechneten Hochschulen fiel das weg,

und es galt nur die Gliederung in vier Fakultäten, die vorbereitende artistische (philosophische) und die drei Fachfakultäten für Medizin, römische und kanonische Rechtswissenschaft und Theologie. In der artistischen mußte jeder den Grad des Magisters (doctor) erworben haben, ehe er in einer der drei „oberen" Fakultäten als Scholar zugelassen wurde. Jede Fakultät stand unter einem jährlich oder halbjährlich wechselnden Dekan, über denen nun wieder in Verwaltungssachen der auf dieselbe Frist gewählte Rektor stand. Die Fakultät bildete eine Zunft mit Meistern (magistri), Gesellen (baccalaurei) und Lehrlingen (scholares) und verfolgte den Zweck, die feststehende wissenschaftliche Wahrheit zu überliefern, keineswegs neue zu finden; denn die Wahrheit war in der philosophisch begründeten Kirchenlehre enthalten, in zahlreichen Quellenschriften und Kommentaren niedergelegt oder sie wurde von dieser abgegrenzt und in festen Schranken gehalten. Daher auch die Bedeutung der Disputationen, die für die Verteidigung dieser feststehenden Wahrheit mit den Mitteln der scholastischen Logik schulen sollten. Auch das genossenschaftliche Zusammenleben der selbstverständlich unbeweibten Magister und der Scholaren in klösterlich geordneten Kollegien und Bursen entsprach dem Charakter der Zunft. Ihren Unterhalt bezogen die Lehrer teils von diesen Stiftungen, teils aus geistlichen Pfründen und ihrem Arbeitslohn (Honorar) oder auch schon aus wirklichen festen Gehältern. Obwohl also aus der mittelalterlichen Kirche und Gesellschaft hervorgegangen und vor allem zur Verteidigung der Kirche bestimmt, bereiteten die Universitäten doch einerseits die Freiheit der Forschung vor, indem sie die menschliche Vernunft ebenbürtig neben die Offenbarung stellten, andrerseits durchbrachen sie die alte ständische und landschaftliche Gliederung, indem sie in ihren Graduierten aus Mitgliedern aller Berufsstände und Stämme eine Aristokratie der Bildung schufen, allerdings eine internationale, vom Leben des eignen Volks innerlich noch getrennte Aristokratie mit der internationalen lateinischen Verkehrs- und Vortragssprache der römischen Kirche. In beiden Beziehungen haben sie die Überwindung des Mittelalters vorbereitet.

Dieser Gelehrtenaristokratie schloß sich bald noch eine tiefere Schicht an. Da, wo die meist kleinen geistlichen Schulen,

die von den Bettelorden oder den Pfarrern auch in den Städten gehalten wurden, dem immer stärkeren Bildungsbedürfnis des Bürgertums nicht mehr genügten, da entstanden, vornehmlich in den Hansestädten, in Brandenburg, im ganzen Mitteldeutschland von Schlesien bis Thüringen, in den schwäbischen und den fränkischen Reichsstädten, sogar in Böhmen und Mähren überall seit dem dreizehnten Jahrhundert Stadtschulen zunächst für „Bürgerskinder", erst in zweiter Reihe auch für „Schüler" (auswärtige umherziehende „Schützen" und „Bacchanten"), nicht selten in heftigem Kampfe mit dem bischöflichen Scholasticus, dem Vertreter des Lehrmonopols der Kirche. Denn der Stadtrat übernahm selbst die Kollatur (Patronat), d. i. die Ernennung des Schulmeisters (Rektors) und die Sorge für eine gewisse fast immer höchst dürftige Ausstattung. Dem Rektor blieb es überlassen, ob er den Unterricht selbst allein besorgen oder sich Gehilfen (locati, collaboratores) mieten wollte, mit denen er dann das knappe Schulgeld teilte, das einzige Einkommen neben etwaigen Zuschüssen für kirchliche Verrichtungen. Der Unterricht selbst war genau derselbe wie in den geistlichen Anstalten, bewegte sich also in den Formen des mittelalterlichen Triviums (Grammatik, Dialektik, Rhetorik) und des Quadriviums (Geometrie, Arithmetik, Astronomie, Musik) nach altüberlieferten, weitverbreiteten Lehrbüchern und erzielte als Hauptergebnis eine gewisse Kenntnis des Lateinischen, der Kirchen-, Schul- und Weltsprache und die Erfordernisse zur Ausübung niederer Kirchenämter. Die Muttersprache mit etwas Rechnen lehrten zuerst die „Schreibschulen" der norddeutschen Handelsstädte seit dem vierzehnten Jahrhundert, später auch die Schulen der Hieronymianer. Das platte Land blieb ohne Schulen, soweit nicht Pfarrschulen vorhanden waren.

Die besseren bürgerlichen Kreise dachten nicht daran, in einen Gegensatz zur Kirche zu treten, sie entwickelten aber wie einst die Ritterschaft eine selbständige weltliche Bildung, und diese trug ein ausgesprochen bürgerliches und individualistisches Gepräge. Denn auf dem Bürgerstande beruhte der wirtschaftliche und in vieler Beziehung auch der politische Fortschritt, und zur selbständigen Ausbildung der Einzelpersönlichkeit drängte alles: die kapitalistische Umgestaltung der städtischen Wirtschaft, die dadurch sich anbahnende Auflösung der alten

genossenschaftlichen Verbände, die starke Heranziehung des Einzelnen zu den staatlichen Geschäften in Stadt und Land durch die neuen Verfassungen, die beständige Reibung in dem alltäglichen Verkehr der Städte, die Steigerung der Weltkenntnis durch den persönlichen Verkehr wie durch die Verbreitung des Buchdrucks, der die geistigen Schätze der Vergangenheit und der Gegenwart mindestens allen, die lesen konnten, zugänglich machte und durch Flugblätter neue Gedanken und Nachrichten in die weitesten Kreise trug. So lernte auch der schlichte Bürger Menschen und Dinge beobachten, sich ein eignes, selbständiges Urteil bilden, seinen eignen Wert schätzen.

Es starb nun in der Literatur das ritterliche Epos ab, da dessen Ideale für das Bürgertum keine Bedeutung hatten: nur in prosaischen „Volksbüchern" wurden die Stoffe, für seinen derbern Geschmack zugerichtet, aufbewahrt und fortgepflanzt. Dafür erwuchs die kleine epische Erzählung interessanter neuer und alter Geschehnisse, der Schwank und die Legende, mit didaktischer und satirischer Tendenz, also mit starkem Hervortreten des persönlichen Urteils und mit dem Bestreben, das Urteil des Lesers zu richten. Sogar die uralte epische Tiersage, die um 1450 ein flämischer Dichter besonders den Niederdeutschen wieder nahegebracht hatte, nahm im „Reineke de Vos" (Lübeck 1498) eine auf die pessimistisch beurteilten Zeitverhältnisse zielende satirische Richtung an, und eine reine Satire mit moralisierendem Zwecke war Sebastian Brants „Narrenschiff", das die Gebrechen aller Stände geißelte (zuerst 1494). Mehr naiven Charakter trug das epische historische Lied, das seit dem Anfange des vierzehnten Jahrhunderts in kunstloser, oft ungelenker Form, aber zuweilen auch in lebendiger Anschaulichkeit alle wichtigen Ereignisse begleitete. Die Gemütsempfindung, besonders der unteren Stände, auch der Bauern, über die alten ewig unausgesungnen Themen Liebe, Wein, Spiel und Natur wurde durch das lyrische Volkslied oft zu ergreifendem Ausdruck gebracht. Ein ganz künstliches Erzeugnis bürgerlich zünftiger Kreise war dagegen die Dichtung der süddeutschen Meistersingerschulen, die seit der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts in den immer mehr verschnörkelten Formen der abgestorbnen ritterlichen Lyrik nach den peinlichen

Gesetzen der „Tabulatur" lehrhafte und erbauliche, biblische und legendarische Stoffe meist geistlos-pedantisch behandelte. Doch die eigentümlichste bürgerliche Dichtungsgattung wurde das Drama („Spiel"). Denn nur in den Städten traten die halbdramatischen Zeremonien an den großen Kirchenfesten, besonders zu Weihnachten und Ostern, so lebendig hervor, daß sie zu wirklich dramatischer Gestaltung einluden; nur hier fanden sich ohne Mühe die darstellenden Kräfte und die Tausende von Zuschauern, deren eine Aufführung derart bedurfte. Anfangs auf das Innere der Kirchen beschränkt und in lateinischer Sprache geschrieben, traten diese „Mysterienspiele" bald auf die öffentlichen Plätze hinaus und bedienten sich der Volkssprache. Sie stellten anfangs nur die Weihnachts- und namentlich die Leidensgeschichte Christi dar, bald aber auch andre biblische Stoffe, in breiter Entfaltung der lose aneinander gereihten Szenen, begleitet von Chören und unterbrochen von komischen, ja possenhaften Auftritten, ohne irgendwelche eingehende Charakteristik der Personen, natürlich auch ohne jede historische Treue im Kostüm und nur mit Andeutungen von Dekorationen. Daneben kamen, namentlich in Nürnberg, die Fastnachtsspiele auf, dramatisierte Vorgänge aus dem täglichen Leben, derbkomische, oft possenhafte und rohe Szenen, die von vermummten jungen Leuten in Privathäusern zum besten gegeben wurden.

Bürgerlich wurde auch die Prosa, vor allem die Geschichtsschreibung. Patrizier, Stadtschreiber, Bettelmönche griffen zur Feder und schilderten meist in deutscher Sprache, jeder in der Mundart seiner Landschaft, in einfacher chronologischer Reihenfolge, ohne Kunstform und meist ohne weiteren Gesichtskreis, aber oft anschaulich und mit manchen kulturhistorischen, wirtschaftlichen und statistischen Einzelheiten, was ihre Stadt in guten und bösen Tagen erlebt hatte. Daneben haben die bedeutenden Territorien und Fürstengeschlechter alle ihre Darstellung gefunden, zuweilen wie früher durch die Feder eines unterrichteten Geistlichen. Die Reichsgeschichtsschreibung war mit der Macht des alten Kaisertums verschwunden; dagegen zeigten sich die Anfänge einer neuen individualistischen Gattung in der Selbstbiographie, wie z. B. in dem Versuche Karls des Vierten zu einer solchen und in den allegorischen,

wunderlich anmutenden Denkwürdigkeiten Maximilians des Ersten, dem „Teuerdank“ und dem „Weißkunig“.

Während nun in der Literatur diese gärende Übergangszeit nirgends zu einer reinen Kunstschöpfung gelangte, drückte sie ihr Bestes aus in der bildenden Kunst, namentlich in der gotischen Baukunst. Hier hatten seit dem dreizehnten Jahrhundert die bürgerlichen Laien vollständig die Führung übernommen und waren in zünftigen „Bauhütten“ organisiert, die sich alle, seit 1464 auch die 1462 in Torgau vereinigten norddeutschen, der Straßburger Hütte unterordneten. Schon zeigte sich dabei in dem Auftreten besonders bedeutender Meister, wie Erwins von Steinbach, Gerhards von Riehl, Arnolds von Westfalen, das stärkere Gewicht der künstlerischen Persönlichkeit. So wurde der gotische Stil der getreueste Ausdruck dieser Zeit und vor allem die Bauweise des Bürgertums. Noch waren die Kirchen die großartigsten Werke, aber sie wurden jetzt überwiegend von Beiträgen der Laien ausgeführt und zuweilen in so ungeheueren Maßen angelegt, daß Generationen darüber hinwegstarben und sie unvollendet stehn ließen, weil der fromme Eifer schwand, und schon traten ihnen auch stattliche Fürstenschlösser und Patrizierhäuser zur Seite. In den Kirchenbauten aber herrschte ein himmelanstrebender Idealismus, gewissermaßen der künstlerische Ausdruck der bürgerlichen Mystik, der die Wände fast ganz in schlanke Pfeiler auflöste, auf sie die kühnsten Gewölbe setzte, die Spitzbögen noch mit Wimpergen, die Strebepfeiler mit Fialen krönte, üppiges Steinornament um alle Bauteile, vor allem in der „Rose“ über dem Portale schlang und mit einer oder zwei gewaltigen, gen Himmel weisenden Turmpyramiden das Ganze abschloß. Und indem die Pfeiler des Innern perspektivisch auf den kerzenglanzumflossenen Hochaltar zusammenlaufen und in feurigen Farben leuchtende, hohe Glasfenster das Tageslicht nur in gedämpften Strahlen einlassen, wird der Andächtige hingewiesen auf den Kern und Mittelpunkt der Glaubenslehre wie des Gottesdienstes, in dem Göttliches und Menschliches zusammenfließen, auf das Sakrament des Altars, die Messe. Das Erhabenste leistete in Kirchenbauten dieses Stils das Rheinland in Freiburg, Straßburg und Köln, Schwaben in Ulm, Bayern in Regensburg und München, Franken in Nürnberg und Bamberg, Österreich in Wien, Mitteldeutschland in Erfurt, Magdeburg, Meißen und Breslau, Böhmen in Prag. In Westfalen überwog auch jetzt noch eine schlichtere Richtung, und der koloniale Nordosten suchte in den oft riesigen Backsteinbauten seiner Hansestädte für den reichen Steinschmuck, den ihnen die Natur dieses Materials versagte, Ersatz in den großartigen Verhältnissen der Innenräume und in der Anwendung farbiger glasierter Formziegel. Einfach und turmlos blieben die Kirchen der Bettelorden. Oft prächtig dagegen bauten die Fürsten ihre Schlösser, jetzt in der Nähe von Städten (Albrechtsburg in Meißen, Marienburg in Preußen), die Städte ihre hochgegiebelten, oft turmverzierten Rathäuser (Köln, Lübeck, Stralsund, Breslau) und Gildehallen (Danzig), reiche Patrizier ihre Wohn- und Geschäftshäuser.

Gerade der gotische Stil, der die großen Wandflächen fast auflöste und die malerische Ausschmückung auf die bunten Glasfenster und die Altäre beschränkte, wirkte wesentlich auf die Trennung der Malerei von der Architektur hin. So bildete sich das Tafelbild aus, zunächst in Wasser- und Temperafarben, später auch in den leuchtkräftigern Ölfarben, einer Technik, die zuerst im Welthafen Brügge von den beiden Brüdern Hubert und Jan van Eyck um 1420 vervollkommnet wurde und sich rasch verbreitete. Da der Betrieb ganz zunftmäßig blieb, so überwogen zunächst die Eigentümlichkeiten der Schulen, der mystisch-lieblich gerichteten kölnisch-westfälischen (Stephan Lochner), der böhmischen und der bürgerlichen, mehr realistischen Nürnberger. Erst seit dem Anfange des fünfzehnten Jahrhunderts traten die Persönlichkeiten der Maler stärker hervor, und es wurde üblich, den Bildern die Signatur des Meisters beizusetzen. Noch waren die Gegenstände durchweg religiös, die Zeichnung und Farbengebung konventionsmäßig; doch begannen die Bilder der Stifter den Porträtcharakter anzunehmen, deuteten also auf ein sorgfältiges Naturstudium. Dieser Naturalismus wurde dann die ausgesprochene Eigentümlichkeit der niederländischen Schule und führte bei ihr zuerst zum Ersatz des alten Goldgrundes durch die scharf und treu, wie mit dem Blick eines Adlers, wenngleich anfangs ohne rechte Luftperspektive aufgefaßte Landschaft. Unabhängig von den Niederländern, aber doch in verwandter Richtung, entwickelten

sich die oberdeutschen Schulen, vor allem im tirolischen Brixen, in Kolmar durch Martin Schongauer (gestorben 1498), und in Nürnberg durch den weithin wirksamen Michael Wohlgemut (gestorben 1519). Gerade diese Oberdeutschen bildeten auch die vervielfältigenden Künste, den Holzschnitt und den Kupferstich, zu illustrativen, also volkstümlichen Zwecken seit etwa 1400 ganz besonders aus. Aus allen diesen Vorbedingungen heraus schuf der Nürnberger Albrecht Dürer, Wohlgemuts Schüler, auch von niederländischen und italienischen Einflüssen nicht unberührt (1471 bis 1528), auf naturalistischem Grunde eine idealistische, gemütstiefe und ganz deutsche Malerei, oft in figurenreichen, innig empfundenen religiösen oder tiefsinnig allegorischen Bildern mit liebevoll gezeichnetem landschaftlichem Hintergrunde, wie in den Porträts fast aller bedeutenden Zeitgenossen. In noch weitere Kreise wirkte er durch seine zahllosen Kupferstiche aus der heiligen Geschichte, die bald zu einer Macht wurden im Geisteskampfe dieser Zeit.

Und neben ihm steht, fast zeitlos in dem gewaltigen Erlebnis religiöser Inbrunst, der Meister des Isenheimer Altars (um 1520), Mathias Grünewald von Aschaffenburg, ein Künstler von modernster Subjektivität in Auffassung und Technik, erschütternd in der Wirkung, im Darstellen innerster Seelenvorgänge von einer Glut der Empfindung und Tiefe des Ausdrucks, die den Beschauer mit dämonischer Gewalt fesselt und mit der Ahnung des Unendlichen erfüllt.

Von der Malerei wesentlich abhängig in ihrer Auffassung wie in ihrem Naturalismus war die deutsche Plastik, die freilich in den gotischen Kirchen noch wesentlich dekorativen Zwecken diente. Der Norden, besonders der koloniale Nordosten, bildete vor allem die Holzschnitzerei in architektonischer Umrahmung für die Flügelaltäre aus und steigerte die Wirkung dieser figurenreichen Szenen durch bunte Bemalung und Vergoldung. Meister von ausgeprägter naturalistischer Eigenart traten dann in Nürnberg um die Wende des fünfzehnten Jahrhunderts auf, der Bildschnitzer Veit Stoß (gestorben 1533), der Steinwerker Adam Kraft (gestorben 1508) und der Erzgießer Peter Vischer (gestorben 1528); doch adelt die Werke der beiden letzten schon ein Hauch antik-italienischer Formenschönheit.

Denn in immer stärkerem Strome ergoß sich eine neue glänzende Bildung aus Italien nach Deutschland hinein. Wie mußte doch auf dieses geistig und wirtschaftlich mehr und mehr vom Bürgertum beherrschte, nach immer freierer Entwickelung der Persönlichkeit strebende Volk die neuitalienische Kultur einwirken! War sie doch ganz städtisch, ganz individualistisch, ganz weltlich-national, und gerade deshalb wurde sie durch das neu auflebende begeisterte Interesse an dem ebenso oder ähnlich gearteten römischen Altertum, der stolzesten nationalen Erinnerung der Italiener, und seit dem fünfzehnten Jahrhundert auch von der altgriechischen Literatur so reich befruchtet. Auf diesen Grundlagen galt es eine reine menschliche (humanistische) Bildung zu schaffen, ohne kirchliche Voraussetzungen, eine nationale Literatur nach dem Vorbilde der Antike, eine neue philosophische Weltanschauung, die im Widerspruch zu der in der Kirche herrschenden nominalistisch-aristotelischen Richtung an Platos Ideenlehre anknüpfte und sie mit der christlichen Glaubenslehre zu verschmelzen suchte (z. B. Gott als die Idee des Guten auffaßte). Ein neues Leben der freien Persönlichkeit, losgelöst von allen Schranken des Herkommens und leider oft auch der Sittlichkeit, war das Ergebnis. Nun hatte schon Karl der Vierte mit Petrarca verkehrt, mit den großen Reformkonzilien waren humanistisch gebildete Italiener nach Deutschland herüber gekommen, und jeder der jungen Deutschen, die nach den italienischen Universitäten zogen, brachte humanistische Eindrücke nach der Heimat mit. Freilich volkstümlich konnten in Deutschland diese humanistisch-antikisierenden Bestrebungen noch weniger werden als in Italien; sie blieben immer auf die gebildeten Kreise beschränkt, vor allem weil diese Humanisten selbst sich durchweg der lateinischen Sprache, nicht der freilich arg verwilderten deutschen, bedienten, sogar ihre Namen (oft höchst willkürlich und geschmacklos) latinisierten und der Überzeugung lebten, daß sie einem barbarischen Volke die Fackel aller höhern Bildung vorantrügen. Aber sie fühlten sich doch fast immer als gute Deutsche schlechtweg, bildeten sich nach ihren gefeierten Mustern zu selbständigen, geschlossenen Persönlichkeiten aus, frei von den Schranken alter genossenschaftlicher und örtlicher Beziehungen, und begründeten zwar nicht, wie sie träumten, ein neues Leben in antiker Freiheit und eine neue Literatur, wohl aber die moderne Wissenschaft.

Eine unabsehbare Menge eigentümlicher Persönlichkeiten stand da nebeneinander: stille Gelehrte und gewandte Weltmänner, unruhige Wanderlehrer und stolze Patrizier, hohe Geistliche und fürstliche Herren, sie alle verbunden durch dasselbe Bildungsinteresse: der rührige Friese Rudolf Agricola (1445 bis 1485), der erste große Bahnbrecher der neuen Richtung, der bewegliche, gedankenreiche Franke Konrad Celtis (Pickel, gestorben 1508), der „Erzhumanist", ein rastloser Sammler und Forscher, der den neuen Studien vor allem durch Gründung gelehrter Gesellschaften (so der Societas Danubiana in Wien) neben den scholastischen Universitäten Halt zu geben versuchte, der stolze Patrizier Willibald Pirckheimer in Nürnberg (1470 bis 1530), der sein gastfreies Haus zu einer „Herberge der Gelehrten" machte, der vielgewanderte, praktisch wie wissenschaftlich unermüdlich tätige Augsburger Stadtschreiber Konrad Peutinger (1465 bis 1547), Johann von Dalberg, Bischof von Worms, Johann Trithemius, der Abt des Benediktinerklosters Sponheim bei Kreuznach, der größte deutsche Polyhistor seiner Zeit, der geist- und geschmackvolle Hohenzoller Albrecht, Erzbischof von Magdeburg und Mainz, endlich an der Spitze der fürstlichen Gönner des Humanismus Kaiser Maximilian selbst.

Das alles würde nun aber ohne tiefergreifende Folgen geblieben sein, wenn nicht der Humanismus in die deutschen Universitäten und Schulen eingedrungen wäre und dadurch die Anschauungen der heranwachsenden Generationen beeinflußt hätte. An den Hochschulen ging zunächst die Professur der Poesie und der Rhetorik oft in die Hände von Humanisten über und damit ein gewisser Einfluß auf die artistische Fakultät, der dann auch auf die höheren Fakultäten wirkte. Das geschah zuerst in Basel, Freiburg, Heidelberg, Tübingen (durch Heinrich Bebel seit 1497), Ingolstadt, Wien, in Mitteldeutschland vor allem in Erfurt (schon seit 1460). Andere Universitäten, wie Leipzig, Rostock, Greifswald, Köln, öffneten sich der neuen Richtung nur zögernd und zeitweilig. Noch langsamer gewann der Humanismus an den gelehrten Schulen Boden, wo er die mittelalterlichen Lehrbücher durch bessere Anleitungen, das scholastische Latein durch das klassische zu verdrängen, den Kreis der gelesenen Schriftsteller zu erweitern suchte, ohne doch das alte formalistische Ziel, die Beherrschung des Lateins in Wort und Schrift, in Prosa und Poesie, zu ändern. In diesem Sinne gestaltete der treffliche Alexander Hegius (Heeck) die blühende Schule der Hieronymianer in Deventer seit 1474 um, der Domherr Rudolf von Langen, sein Schüler, seit 1498 die Domschule in Münster; in Zwickau entstand sogar eine griechische Schule, in Augsburg zwei Lateinschulen, in Nürnberg eine „Poetenschule" (1496) und eine neue humanistische Schulordnung für die vier bestehenden Lateinschulen, das Werk Pirckheimers (1505); die Schule von Schlettstadt reformierte der Westfale Ludwig Dringenberg (1450 bis 1490) im hieronymianisch-humanistischen Sinne. Im ganzen aber blieb die Zahl der neuen Anstalten zunächst noch gering.

Jedenfalls nahm der deutsche Humanismus eine entschiedene Richtung auf Unterricht und Wissenschaft, die ihn von dem italienischen wesentlich unterschied. Sein anerkanntes Haupt aber, der „König der Humanisten" schlechtweg wurde der Niederländer Desiderius Erasmus (Geert, Gerhard) von Rotterdam (1468 bis 1536). Erst nach langem Wanderleben in Frankreich, Italien und England wurde er seit 1521 in Basel heimisch. Er war keines Volkes Kind, ohne Interessen für die Sprachen, die er um sich hörte, jedoch der größte Kenner des Lateinischen und des Griechischen und ihrer Literaturen, ein Weltbürger des habsburgischen Weltreichs, ein Mann des klaren, scharfen Verstandes, ohne Leidenschaft und voll Abneigung gegen jeden Streit, aber in seinem stillen Arbeitszimmer unermüdlich tätig, das Muster eines Stubengelehrten und doch durch seine Feder eine Macht in der Welt. Von den meisten antiken Schriftstellern und den Kirchenvätern veranstaltete er neue verbesserte Ausgaben, 1516 auch vom griechischen Neuen Testament, und durch einen unbegreiflich ausgedehnten Briefwechsel, der die fehlenden gelehrten Zeitschriften einigermaßen ersetzte, wurde er das wissenschaftliche Orakel für alle Welt. Was er für das Griechische tat, das leistete Johann Reuchlin aus Pforzheim (1455 bis 1522), seinem Berufe nach Jurist und durchaus Weltmann, für das Hebräische, indem er 1506 die erste hebräische Grammatik zustande brachte und auch die spätjüdische Literatur fleißig studierte.

Aber es blieb nicht bei dem Studium und der bloßen formalen Nachbildung der Alten; an ihre lange verdunkelte

Wissenschaft anknüpfend und sich losreißend von den Schablonen und Voraussetzungen des Mittelalters versuchten die deutschen Humanisten selbständige wissenschaftliche Leistungen auf den verschiedensten Gebieten. Stolz auf die ruhmreiche Vorzeit seines Volkes, dessen Anfänge die neu entdeckte „Germania" des Tacitus (1470 in Venedig, 1473 in Nürnberg gedruckt) den Deutschen zuerst wieder nahe gebracht hatte, wagte Jakob Wimpheling in Straßburg in seiner Epitome rerum Germanicarum den ersten Versuch einer zusammenfassenden deutschen Geschichte auf Grund antiker und mittelalterlicher Quellenschriften; Johann Trithemius schrieb die erste deutsche Literaturgeschichte, Konrad Celtis häufte unermeßlichen Stoff zu einer umfassenden Schilderung deutschen Lebens in einer Germania illustrata auf, Konrad Peutinger gab eine Reihe römischer Quellenschriften zur deutschen Geschichte und die von Celtis aufgefundene merkwürdige römische Weltkarte, die Tabula Peutingeriana heraus, Pirckheimer schrieb nach Cäsars Vorbild die Geschichte des unglücklichen Schweizerkrieges von 1499, den er an der Spitze des Nürnbergischen Fähnleins mitgemacht hatte. Dasselbe Nürnberg wurde auch die Hauptpflegestätte der im Anschluß an Ptolemäus neu aufblühenden exakten Wissenschaften, der Mathematik, Astronomie und Geographie. Der Begründer dieser Studien wurde hier seit 1471 Johannes Regiomontanus (Müller aus Königsberg in Franken), der Schüler des trefflichen Georg Peuerbach in Wien; er legte Werkstätten für die Herstellung mathematischer und astronomischer Instrumente und Landkarten und eine Druckerei für Werke dieser Art an, begründete mit Hilfe des Patriziers Bernhard Walther die erste Sternwarte Europas, erfand den Jakobsstab, berechnete die Sterntafeln (für die Jahre 1475 bis 1506) und gab dadurch den großen Entdeckern seiner Zeit die unentbehrlichsten Hilfsmittel in die Hand. Ein Nürnberger Patrizier, Martin Behaim (1459 bis 1506), brachte sie nach Portugal und verwandte sie selbst als Teilnehmer an den portugiesischen Handels- und Entdeckungsfahrten längs der Westküste Afrikas; er wagte es dann, die gesamte damalige Weltkenntnis in seinem berühmten Erdglobus (1491/93 zusammenzufassen, und fortan hat die deutsche Wissenschaft an erster Stelle die Entdeckungen der Spanier und der Portugiesen, die sie ermöglicht hatte, auch verarbeitet.

Diese fröhlich aufblühende, ganz individualistische Geistesbildung stand nun zur Kirche an sich nicht in bewußtem Gegensatz. Aber freilich, je mehr sie heranwuchs, desto mehr forderte diese Kirche die Kritik heraus. Denn zwischen dem Anspruch, den sie erhob, die Leiterin des gesamten sittlich-religiösen und geistigen Lebens zu sein, und dem, was die Geistlichkeit ihrer Mehrzahl nach wirklich war, wurde der Widerspruch immer größer. Die hohe Weltgeistlichkeit hatte durch die Unsitte, die Bistümer und Domkapitel zu Versorgungsanstalten der jüngeren Söhne fürstlicher und adliger Geschlechter zu machen, diese mit völlig weltlich gesinnten Herren erfüllt, die in prunkvoll üppigem und oft sittenlosem Hofleben ihrer kirchlicher Pflichten und ihrer Bestimmung, ein Vorbild der Laien zu sein, völlig vergaßen. Von den Orden waren die älteren reich und träge geworden, ihre Klöster zu Sitzen schwelgerischen und nicht selten unsittlichen Wohllebens. Die zahllose niedere Weltgeistlichkeit aber, elend besoldet und schlecht vorgebildet, verrichtete ihren Dienst oft handwerksmäßig, und die meisten Pfarrer, namentlich auf dem Lande, lebten im Konkubinat. Dazu kam die schamlose Ausbeutung Deutschlands durch päpstliche Annaten und Palliengelder, Reservationen und Exspektanzen, Türkenzehnten und Ablässe (fünf zwischen 1500 und 1517!), und zwar zugunsten einer Kurie, die mit gewissenloser Gleichgiltigkeit ihre geistliche Autorität und den frommen Glauben der Völker zu ganz weltlichen, ja zu höchst persönlichen Zwecken mißbrauchte. Der Fluch jeder Hierarchie, daß sie schließlich über der Sicherung ihres Daseins den Zweck dieses Daseins vergißt, hatte sich erfüllt.

Da regte sich nun die Opposition des zum Selbstbewußtsein der freien Persönlichkeit durchdringenden Zeitalters von den verschiedensten Seiten her. Am allgemeinsten, die ganze volkstümliche wie die gelehrte Literatur durchdringend, war die scharfe Kritik, der bittere Spott über die Faulheit, Lüsternheit und Unwissenheit des geistlichen Standes; aber zu einer Änderung reicht die bloße Kritik niemals aus. Tiefer griff die aufstrebende Freiheit des philosophischen und religiösen Denkens. Zuerst der Kardinal Nikolaus Cusanus hatte in der Anlehnung an den italienischen Platonismus eine neue Philosophie des Realismus (im scholastischen Sinne) begründet, die dem in der

Kirche herrschenden Nominalismus entgegentrat, und war für eine „Generalreform des deutschen Klerus“ tätig gewesen; Johann Wessel aus Gröningen (gestorben 1489) lehrte, die Theorie von der priesterlichen Mittlerstellung und die kirchliche Praxis der guten Werke verwerfend, die Heiligung des Menschen beruhe auf der göttlichen Gnade und auf wahrer Buße. Und schon drang die freie humanistische Forschung durch all das Gewirr mittelalterlich-hierarchischer Dogmatik und scholastischer Spitzfindigkeiten hindurch zu der historischen Grundlage des christlichen Glaubens, zu den biblischen Schriften im Urtext und zu den Kirchenvätern der ersten drei Jahrhunderte. Von dieser Grundlage aus hoffte Erasmus die Theologie und dadurch die Religion zu läutern, und von selbst traf er so mit Wessels Grundsätzen zusammen, denn sie waren eben die der alten christlichen Kirche. Endlich bäumte sich das stolze Nationalgefühl der deutschen Humanisten gegen die Ausbeutung ihres Vaterlandes zugunsten einer fremden, verderbten Hierarchie in zornigen Versen und Streitschriften auf, in keinem gewaltiger, leidenschaftlicher, geistvoller als in dem streitbaren humanistischen Reichsritter Ulrich von Hutten (1488 bis 1523), dem größten weltlichen Publizisten der Reformationszeit, der Italien und Rom aus eigener Anschauung genügend kannte und nicht mit dem überlegenen ironischen Lächeln des humanistischen Italieners darüber sprach, sondern mit dem echten Pathos sittlich-patriotischen Zornes.

Immer breiter und tiefer wurde die Kluft zwischen der herrschenden Praxis der Kirche auf der einen, dem persönlichen religiösen Bedürfnis und dem individualistischen Bildungsstreben der Zeit auf der andern Seite. Doch zum klaren Bewußtsein kam sie erst in dem Kreise der Erfurter Humanisten, der sich um Mutianus Rufus (Konrad Mut aus Homburg, 1471 bis 1526) sammelte. Ein begeisterter Anhänger des italienischen Platonismus, machte Mutianus in unermüdlichem persönlichem und schriftlichem Verkehr seinen Anhängern, wie Crotus Rubeanus, Eobanus Hessus, Ulrich von Hutten u. a., den Gegensatz klar, der ihr ganzes Streben von der Scholastik und damit von der alten Kirche trennte, und aus diesem Erfurter Kreise ging endlich die geniale Satire hervor, die den offnen Krieg erklärte.

Die nächste Veranlassung dazu bot die theologische Fehde, in die Johann Reuchlin mit dem getauften Juden Pfefferkorn und durch ihn mit den Kölner Scholastikern durch ein Gutachten zugunsten den spätjüdischen angeblich oder wirklich christenfeindlichen Schriften geraten war, als Pfefferkorn gegen diese ein kaiserliches Mandat erwirkt hatte. Nach leidenschaftlichem Federkriege benützten die Kölner Scholastiker, an ihrer Spitze Ortwinus Gratius aus Deventer, mehr ein Gegner der Humanisten als des wissenschaftlichen Humanismus, die Gelegenheit, der ganzen verhaßten Richtung in einem ihrer Hauptvertreter einen vernichtenden Schlag zu versetzen; sie erwirkten deshalb beim Inquisitor Hoogstraten die Einleitung eines Prozesses wegen Ketzerei gegen Reuchlin. Papst Leo der Zehnte zog dann zwar die Sache nach Rom und schob 1516 die Entscheidung hinaus, verfügte aber schließlich 1520 zu ungunsten Reuchlins, indem er ihm für alle Zeiten in dieser Sache Schweigen auferlegte. Doch das alles machte keinen Eindruck mehr. Die deutschen Humanisten hatten sich einmütig um den bedrohten Genossen geschart, das gebildete Deutschland zerfiel in zwei feindliche Lager, und aus dem humanistischen flogen 1515 und 1517 wie scharfe Pfeile die Epistolae obscurorum virorum zu den Gegnern hinüber. Angeblich Briefe der „dunkelen (unberühmten) Männer“ um Ortwinus Gratius, enthüllten sie in dem karikierten Deutsch-Latein dieser Kreise all die Lüsternheit, Dummheit, Unwissenheit und Feindseligkeit der „Sophisten“ (Scholastiker) gegen die „Poeten“ (Humanisten) mit so überlegnem Witz, daß der scholastische Betrieb der Wissenschaften für immer gerichtet war.

Auf allen Punkten war der Krieg gegen die Praxis und die Wissenschaft der alten Kirche erklärt. Wehe ihr und wehe der deutschen Zukunft, wenn sie nicht in sich die Kraft fand, den klaffenden Widerspruch mit den Anschauungen der Gebildeten und mit der religiösen Sehnsucht des Volkes zu überwinden! Sie hat es nicht vermocht; aber freilich, das vermochten auch nicht die Humanisten, nicht die Philosophen, auch nicht die drängenden Massen, dazu bedurfte es einer genialen, zugleich volkstümlichen und wahrhaft religiösen Persönlichkeit.

Fünfter Zeitraum

Die landeskirchlich-ständische Zeit

1517 bis 1648

Der Protestantismus und das habsburgisch-spanische Kaisertum. 1517—1558.

In der Zeit, da sich im fernen Westen eine neue Welt den Spaniern und Portugiesen entschleierte und damit eine völlige Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts begann, da in Italien das Papsttum unter dem gewalttätigen Eroberer Julius dem Zweiten und dem glänzenden Mediceer Leo dem Zehnten seine politische Machthöhe erreichte, da Rom die Hauptstadt der Hochrenaissance wurde, nach Bramantes und Michel Angelos Plänen der marmorprangende Riesenbau der neuen Peterskirche über der alten schlichten frühchristlichen Basilika, dem Schauplatze so vieler Kaiserkrönungen, emporstieg, die Wände des vatikanischen Palastes sich mit den Prachtgestalten Rafaels bedeckten: da riß sich im fernen, barbarischen Norden jenseits der Berge ein thüringischer Mönch in heißen Seelenkämpfen von dieser glänzenden und doch so tief verderbten römischen Kirche los.

Ein Kind des Volkes, ein Bauernsohn, am 10. November 1483 zu Eisleben geboren, wohin die Eltern erst kurz zuvor aus dem Stammorte des Geschlechts, Möhra bei Salzungen, übersiedelt waren, um mit der Zeit durch den blühenden Mansfelder Bergbau zu bescheidnem Wohlstande zu gelangen, verlebte Martin Luther erst daheim, dann auf den Lateinschulen in Magdeburg und Eisenach eine harte, freudenarme Jugend, bis er 1501 die Universität Erfurt bezog, um nach dem Willen des Vaters die Rechte zu studieren. Doch seinem grübelnden Sinn und seinem wachen Gewissen ging bald weit über alle die logischen Haarspaltereien der scholastischen Philosophie und die verzwickte Kasuistik der Ausleger des Corpus Juris die Frage nach der Gemeinschaft des Menschen mit Gott, und als eine plötzliche Lebensgefahr während eines

schweren Gewitters auf offner Landstraße ihm die furchtbare Möglichkeit, in seinen Sünden dahinzufahren, greifbar deutlich vor Augen gestellt hatte, trat er mit raschem Entschlusse im Juli 1505 in das Kloster der Augustiner-Eremiten zu Erfurt ein, eines Bettelordens, der in strengster Buße und Beichtdisziplin den Frieden der Seele suchte.

Aber so sehr sich der neue Bruder Martinus in seiner kahlen, engen Zelle mit dem Ausblick auf den kleinen, stillen, weltabgewandten Klosterhof durch Selbstprüfungen und Kasteiungen quälte: den Frieden mit Gott fand er nicht. Da drang wie ein Lichtstrahl aus den Unterhaltungen mit dem wackern Ordensprovinzial Johannes Staupitz die paulinische Lehre in seine Seele, daß der Mensch gerecht werde nicht durch des Gesetzes Werk, sondern allein durch den Glauben an die stellvertretende Erlösungstat Christi. Durch eifriges Studieren der paulinischen Briefe, des Augustinus und des Mystikers Tauler befestigte er sich täglich mehr in dieser Überzeugung, die ganz im Gegensatz zu der herrschenden Werkheiligkeit der Kirche den Menschen Gott wieder unmittelbar gegenüberstellte und sein Seelenheil abhängig machte von seiner innersten Erfahrung. Es war ein Erwachen der freien sittlichen Persönlichkeit und zugleich eine echte Renaissance, die Rückkehr zu den lange verschütteten ursprünglichen Quellen des christlichen Glaubens. Keineswegs aber meinte Luther im Widerspruch mit der Lehre seiner Kirche zu stehen. Er empfing 1507 die Priesterweihe, er siedelte 1508 vorübergehend, 1512 dauernd als Prediger an der Schloßkirche und als Lehrer der Philosophie nach der jungen, erst 1502 gegründeten kursächsischen Universität Wittenberg über, aus der reichen, mächtigen, stolzen Hauptstadt des Thüringer Landes in eine kleine, ärmliche Landstadt des kolonialen Nordostens, inmitten der reizlosen Tiefebene der Elbe, ohne aus dem Kloster zu scheiden; er machte in dessen Auftrage 1511 mit dem Prior Johann von Mecheln eine Reise nach Rom, ohne durch seine Wahrnehmungen römischer Zuchtlosigkeit in seiner Ehrfurcht vor der Kirche irre zu werden; erst, als er 1512 zum Doktor der Theologie (sententiarius biblicus) aufrückte, als ihm dann ein doppeltes Predigtamt und die Sorge für 11 Klöster anvertraut wurde, da begann er in dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit für so viele Seelen es als seine Lebensaufgabe zu betrachten, der Kirche den echten evangelischen Geist wieder einzuhauchen; in seinen Vorlesungen über die Psalmen (1513/15) und den Römerbrief (1515/16) begann er einen entschiedenen Kampf gegen die kirchliche Scholastik und die Veräußerlichung des Glaubens, und wirkte in seinen Predigten mit wachsendem Ernst für den Sieg des lauteren Evangeliums über die Menschenlehren der kirchlichen Tradition.

Da zwang ihn ein neuer Ablaß zum Besten des Weiterbaus der Peterskirche, den im Sprengel des Erzbistums Magdeburg der Pirnaische Dominikaner Johann Tetzel mit marktschreierischer Aufdringlichkeit verkündete, öffentlich Stellung zu nehmen gegen eine, wie er meinte, dem Papsttum unbequeme und gefährliche Ausdehnung der Ablaßverheißungen auf die Sündenvergebung selbst und auf die Erlösung der Seelen aus dem Fegefeuer. Nach akademischer Sitte schlug er am 31. Oktober 1517, am Vorabende des Allerheiligenfestes, des Kirchweihtages der Schloßkirche, seine fünfundneunzig Sätze (Thesen) an die Kirchtüren und forderte zu einer Disputation heraus über seine Auffassung, daß nur Gott gegen aufrichtige Buße die Sünde vergeben könne. Zur Disputation kam es nicht, wohl aber zu einem heftigen Federkriege, den in Frankfurt a. O. der Dominikaner Johannes Koch (Wimpina), von Rom aus der Meister des heiligen (päpstlichen) Palastes, Silvestro Mazzolini, aufnahm, und der Fernerstehenden nur als eine Fehde zwischen zwei großen Ordensgenossenschaften, als ein „Mönchsgezänk“ erschien.

Aber die Kurie eröffnete sofort den ordentlichen Prozeß gegen den Ketzer; binnen 60 Tagen wurde er bei Strafe des Bannes nach Rom gefordert, dann mit Abbruch des Rechtsweges durch ein summarisches Verfahren verurteilt und binnen 16 Tagen vor den Legaten Cajetan nach Augsburg geladen, wo er verhaftet werden sollte. Da griff sein Landesherr, der Kurfürst Friedrich (der Weise) von Sachsen, ein ernster Christ und Wahrheitssucher, den neuen Ideen zugeneigt und stolz auf seinen berühmten Universitätslehrer und Prediger, vermittelnd ein. Er trotzte dem Verlangen auf Auslieferung, setzte ein gütliches Verhör durch und sorgte für kaiser-

lichen Geleitbrief und juristischen Beirat. In Augsburg, auf dem letzten Reichstag Kaiser Maximilians, traf Luther im Oktober 1518 auf eine den neuen römischen Anforderungen wegen eines Türkenzuges durchaus feindselige Stimmung der Reichsstände, aber er wußte davon wenig; drei Tage disputierte er mit dem hochgelehrten und wohlmeinenden Kardinal, der aber seiner Instruktion gemäß Widerruf fordern mußte und immer erregter wurde; das Ende war die feste Erklärung, er könne nicht gegen sein Gewissen handeln und lehne den Widerruf ab. Zum erstenmal trat der kirchlichen Autorität die Überzeugung der freien Persönlichkeit als gleichberechtigt gegenüber, und auch die Abkunft, die sich Luther im Januar 1519 auf dem Altenburger Schlosse seinem Landesherrn zuliebe von dem glatten päpstlichen Kämmerer Karl von Miltitz, einem Sachsen, abgewinnen ließ, verpflichtete ihn nur zu schweigen, bis ein deutscher Bischof bei freiem Geleit den Handel entschieden haben würde. Inzwischen verbündete sich mit der Übersiedelung des jungen Philipp Melanchthon (geboren 16. Februar 1497 zu Bretten in der Pfalz) nach Wittenberg (1518) der Humanismus mit Luthers Theologie; mit dem Studium des Neuen Testaments im lange vergessenen griechischen Urtext begann eine Reform der Universität im christlich-humanistischen Sinne; edelste Freundschaft verband die beiden großen Männer und förderte die wissenschaftliche Vertiefung der neuen Gedanken. Da rief die Fehde, in die sein Wittenberger Amtsgenosse Andreas Bodenstein aus Karlstadt in Franken mit dem großen Ingolstädter Scholastiker Johann Eck geriet, Luther wieder auf den Plan, und diesmal kam die von beiden Seiten geforderte Disputation an der Universität Leipzig unter dem Schutze des Herzogs Georg von Sachsen zustande. Sie endete mit einem völlig unerwarteten und ungewollten Ergebnis. Im Gedränge des Kampfes, aber in der Konsequenz seiner Grundanschauungen bestritt Luther auch die Autorität der Konzilien, die höchste in der Kirche, und trat damit von deren Boden hinweg. Fortan stand er nur noch auf seiner in der Heiligen Schrift begründeten persönlichen Überzeugung: seine Entwickelung zum Reformator war abgeschossen.

Die Wendung war noch schärfer, einschneidender als er

ahnte. Bis dahin hatte der Streit als ein rein theologischer kein allgemeines Interesse erregt; jetzt erkannten die Humanisten, Hutten voran, daß der kühne Mönch notwendig zur Loslösung von Rom kommen müsse, zu demselben Ziele, das sie selbst als Geisteskämpfer und als Deutsche erstrebten. Sie drängten sich an ihn, sie begrüßten ihn als ihren Bundesgenossen, sie traten in Wort und Schrift für ihn ein, vor allem Hutten selbst in feurigen Dialogen und Liedern, lateinisch und bald auch deutsch; und indem Hutten seinen Standesgenossen, den mächtigen Reichsritter Franz von Sickingen, für die gemeinsame Sache gewann, vereinigten sich die drei vorher getrennten Richtungen der Opposition, die theologische, die humanistische und die politische, zu einem großen Strome. Zum erstenmal wurde die Presse eine Macht im Leben des deutschen Volkes. Jetzt erst wurde Luthers Sache zu einer volkstümlichen, denn sie entsprach zugleich dem Drange nach sittlicher Freiheit der Persönlichkeit, dem alles beherrschenden Streben nach Vertiefung des religiösen Lebens, der Empörung über die offensichtliche Verderbnis der Kirche, kurz den innersten Bedürfnissen der Zeit.

Luther zögerte nicht, von der Abwehr zum umfassenden Angriff überzugehen. In den herrlichen Flugschriften „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ und „An den christlichen Adel deutscher Nation von des geistlichen Standes Besserung“ (August 1520) wandte er sich zum erstenmal von den Geistlichen hinweg an die Laien, an die Fürsten und Edelen seines Volkes. Allein das demütige Vertrauen zur göttlichen Gnade, das Gefühl der Gotteskindschaft macht den Christen aus; jedermann ist ein Priester vor Gott, der geistliche Stand nur ein Amt, jeder weltliche, wenn er von heiligem Eifer durchglüht ist, ebenso wertvoll, treue Pflichterfüllung, redliche Arbeit ist Gottesdienst; die Schrift steht über der Kirche, das Konzil über dem Papst. Von diesen Grundgedanken aus stellte er, in unverkennbarer Anlehnung an die humanistische Streitliteratur, sein national-kirchliches Reformprogramm vor Augen: Regiment der deutschen Kirche durch die deutschen Bischöfe unter der Ehrenvorstandschaft des Papstes, Reform der Kurie und der Kirchenzucht, Beschränkung der Klöster auf Barmherzigkeitspflege und Unterricht,

humanistische Umgestaltung der Universitäten und Schulen. Kurz danach, im Oktober 1520, griff das Praeludium de ecclesiae captivitate babylonica durch die Beschränkung der Sakramente auf die drei biblischen, die Taufe, die Buße und das Abendmahl, die Mittlerstellung des Klerus, also die alte Kirche selber an ihren tiefsten Wurzeln an. Er wußte damals schon, daß man auch in Rom die Konsequenzen aus der Leipziger Disputation gezogen hatte: am 15. Juni schon war die Bulle ergangen, die Martin Luther als Ketzer aus der Kirche stieß, wenn er nicht widerriefe. Aber die Aufnahme der Bulle in Deutschland war so gleichgültig oder feindselig, daß er auch den letzten noch übrigen Schritt wagen konnte: am 10. Dezember 1520 warf er vor zahlreichen Professoren und Studenten seiner Universität am Elstertore in Wittenberg die Bulle in das lodernde Feuer des Scheiterhaufens. Der Bruch mit der alten Kirche war vollzogen, unwiderruflich, unheilbar.

Noch hatte die Reichsgewalt zu der rasch anwachsenden Bewegung in keiner Weise Stellung genommen. Denn nach dem Tode Maximilians des Ersten am 12. Januar 1519 lag sie verfassungsmäßig in den Händen der beiden Reichsvikare, der Kurfürsten von der Pfalz und von Sachsen, von denen der eine dem Ausgangspunkte der Bewegung örtlich sehr fern stand, der andre zwar Luther als Person so nachdrücklich schützte, daß Rom gegen ihn selbst den Prozeß eröffnete, andrerseits aber, jeder Übertreibung abhold, die Dinge mehr gehen ließ als sie förderte. Erst am 28. Juni 1519 ging aus der Wahlhandlung zu Frankfurt a. M. trotz aller Anstrengungen des Königs Franz des Ersten von Frankreich, einstimmig erhoben, da Friedrich von Sachsen ablehnte, Karl der Erste von Spanien als Kaiser hervor; aber es dauerte fast anderthalb Jahre, bis er Deutschland betrat. Und die Wahl dieses jungen Fürsten galt allgemein als ein Sieg der nationalen Sache, nur, weil er der Enkel Maximilians des Ersten war, eine verhängnisvolle Täuschung! Soweit Karl der Fünfte (1519—56) einer Nation angehörte, war er ein burgundischer Niederländer, in Gent (24. Februar 1500) geboren, in Brüssel streng kirchlich erzogen, überzeugt, als Vogt der Kirche sie gegen Heiden und Ketzer schützen zu müssen, ganz und gar

in den Händen burgundischer Räte, auch als er 1516 die Regierung Spaniens persönlich antrat, der hochdeutschen Sprache völlig unkundig und ohne jeden innern Zusammenhang mit dem deutschen Leben. Der Herr der Niederlande, Spaniens, Neapels, Siziliens, seit 1519 auch der deutsch-habsburgischen Gebiete, einer weitzerstreuten, durch den Zufall der Erbschaft allmählich an ihn gelangten, nach Kultur und Nationalität höchst verschiedenartigen Ländermasse, konnte er immer nur im dynastischen Interesse regieren und die Bedürfnisse seiner Völker nur so weit berücksichtigen, als sie diesem nicht widersprachen. Und diesem Reiche, wo schon damals die Sonne nicht unterging, und wo bald die hochmütigen, bigotten Kastilianer den Ton angaben, hatten die deutschen Kurfürsten freiwillig Deutschland eingefügt, in einem Augenblicke, da die Nation in ihren tiefsten Tiefen aufgerührt war und stürmisch nach einem nationalen Haupte verlangte. Und doch hatte diese Verbindung ihr Gutes. Sie verhinderte den Abfall der habsburgischen Lande vom Reiche, und da Karl der Fünfte überall an die Mitwirkung seiner Stände gebunden war, nirgends über eine durchgreifende einheitliche Verwaltung verfügte, so war seine Macht bei weitem nicht so groß, wie sie schien. Da er weiter von Anfang an im vollen Gegensatze zu Frankreich und prinzipiell auch zum Papsttume stand, so blieb er in seiner deutschen Politik immer abhängig von den Wendungen seiner Weltpolitik und war nur selten zu einem stetigen, nachdrücklichen Auftreten in Deutschland imstande. Inmitten dieser kämpfenden Mächte mußte sich die kirchliche Bewegung durchsetzen.

Erst im Herbst des Jahres 1520 betrat Karl wieder den Boden der Niederlande, am 20. Oktober wurde er in Aachen im Münster Karls des Großen gekrönt. Dort merkten die deutschen Fürsten zuerst, daß ihr Herr ein Fremder sei, und sie suchten sich durch eine Wahlkapitulation zu sichern, die ihn verpflichtete, das Reich nur mit Deutschen zu regieren und keine fremden Truppen hereinzuführen: einem mächtigen Herrn gegenüber leere Worte. Wie Karl selbst seine kaiserliche Pflicht auffaßte, zeigte seine Anordnung, dem Bann gegen Luther in den Niederlanden Nachdruck zu geben; erst als er am 28. November nach Worms kam, wohin er seinen ersten

Reichstag ausgeschrieben hatte, wurden er und seine burgundischen Staatsmänner inne, welch ungeheure Gärung sie umgab. Zunächst traten allerdings politische Geschäfte in den Vordergrund. Der Kaiser übertrug die deutsch-österreichischen Gebiete mit dem Herzogtum Württemberg, dessen tyrannischen Landesherrn Ulrich der Schwäbische Bund als einen Parteigänger Frankreichs 1519 verjagt hatte, seinem jüngern Bruder Ferdinand, und die Stände beschlossen die Durchführung der schon 1512 angenommnen Kreisordnung, die Aufstellung einer Matrikel für die Leistungen der Reichsstände an das Reich und die Einsetzung eines Reichsregiments für die voraussichtlich lange Abwesenheit des Kaisers. Aber der Antrag des päpstlichen Nuntius Aleander, des Reiches Acht über Luther zu verhängen, stieß auf ihren entschiedensten Widerspruch, denn so wenig sie ihrer Mehrzahl nach mit Luthers dogmatischer Opposition sympathisierten, so meinten sie doch den gewaltigen Mann für eine konziliare Reform der Kirche gewinnen zu können, eine Meinung, die sogar von dem Beichtvater des Kaisers, dem französischen Franziskaner Glapion, eine Zeitlang ernstlich erwogen wurde.

So wurde denn nach überaus heftigen Debatten beschlossen, Luther unter freiem kaiserlichen Geleite nach Worms zu rufen und nochmals zu befragen, ob er an seinen frühern Sätzen festhalte; wenn er die Sätze gegen den christlichen Glauben aufrechterhalte, möge der Kaiser gegen ihn verfahren, sonst solle er weiter gehört werden. Ohne Menschenfurcht, seines Gottes voll, zog Luther am 16. April 1521 nach einer Reise, die ihm tagtäglich die wärmsten Sympathien seines Volkes offenbart hatte, in Worms ein und erschien schon am nächsten Tage zum erstenmal im Bischofshofe vor Kaiser und Reich. Auf Anweisung seines Kurfürsten, der Zeit gewinnen wollte, um ein Verhör vor sachverständigen Theologen durchzusetzen, bat er mit Widerstreben und sichtbar befangen von der glänzenden Versammlung auf die ihm vorgelegte Frage zunächst um Bedenkzeit. Doch als er am 18. April gegen Abend, als schon die Fackeln brannten, zum zweitenmal vorkam, hatte er die größte Stunde seines Lebens, und die deutsche Geschichte eine ihrer gewaltigsten. Denn ohne zu schwanken, wies er in längerer Rede jede Zumutung zum Widerruf ab, da gegen das Gewissen zu handeln, sträflich und unsittlich sei, so daß der Kaiser, entrüstet über solchen Ketzertrotz, die Verhandlungen abzubrechen befahl. Doch mußte er auf das Drängen der Fürsten widerwillig zugestehen, daß ein neuer Ausschuß versuchen solle, den Widerruf hervorzulocken. Aber nochmalige mehrtägige Verhandlungen blieben ebenso vergeblich; am 26. April reiste Luther im stillen ab.

Inzwischen schloß der Kaiser am 8. Mai sein Kriegsbündnis mit dem Papste gegen Frankreich, und auf diesen Tag ließ er die Reichsacht gegen Luther, „das Wormser Edikt", zurückdatieren, als hätte es die Billigung des gesamten Reichstages gefunden; in Wirklichkeit nahmen es am 25. Mai nur wenige noch zurückgebliebne Fürsten an, während er selbst es am 26. zeichnete. So eng verbunden, wie seit Jahrhunderten nicht, standen die beiden universalen Gewalten des Mittelalters, Kaisertum und Papsttum, nebeneinander; doch in diesem Augenblick vollzog das habsburgische Kaisertum auch den Bruch mit dem deutschen Volksgeiste, unwiderruflich, unheilbar.

Von Deutschland kehrte Karl der Fünfte nach Spanien zurück, um den Krieg gegen Frankreich aufzunehmen (1521/26), der der Form nach für die Wahrung der Reichsrechte auf Mailand, tatsächlich um die Oberherrschaft Spaniens über Italien und um die Wiedererwerbung des Herzogtums Burgund geführt wurde, also auch um die Frage, ob Frankreich seine Großmachtstellung bewahren oder Spanien-Habsburg über ganz Europa gebieten solle. Zwar schlugen Scharen tapferer deutscher Landsknechte unter Führern wie Georg von Frundsberg und Marx Sittich von Ems neben den Spaniern die Schlachten des Kaisers, und das deutsche Volk begleitete mit lebhafter Teilnahme ihre Taten und Leiden, aber es wurde eine leidige Folge aus unnatürlichen Verhältnissen, daß deutsche Fürsten bald Anlehnung an den König von Frankreich suchten, der obendrein der religiösen Bewegung zeitweilig recht unfreundlich gegenüberstand.

Das Kaisertum hatte die Leitung der deutschen Dinge aus der Hand gegeben, und das in einem Augenblicke, wo die schwersten kirchlichen, sozialen und politischen Fragen zur Lösung drängten, der also für die Zukunft der Nation noch

viel entscheidender war als der, wo der Sizilianer Friedrich der Zweite im Jahre 1220 Deutschland verließ. So fielen diese ungeheuern Aufgaben den deutschen Reichsständen anheim, die in dem Reichsregiment von Nürnberg zwar ein gemeinsames, aber nur schwaches Organ hatten. Aber auch sie taten zunächst gar nichts, obwohl es doch bald völlig klar wurde, daß Bann und Reichsacht der allgemeinen Stimmung gegenüber kalte Blitzschläge waren. Selbst die religiöse Bewegung schien führerlos; denn der Kurfürst von Sachsen hatte, da er das Wormser Edikt weder vollstrecken wollte noch ihm offen zu trotzen wagte, Luthern bei der Rückreise über den Thüringer Wald aufheben und auf seiner Wartburg in Sicherheit bringen lassen, jener waldumkränzten Bergfeste, die schon einmal als Hort deutscher Dichtung gefeiert worden war und jetzt die Zufluchtsstätte des größten Deutschen wurde. Hier übersetzte Luther binnen wenig Monaten das Neue Testament aus der Ursprache in sein volkstümliches Deutsch und gab damit der religiösen Bewegung die schärfste Waffe. Aber er konnte nicht verhindern, daß inzwischen Reformpläne Gestalt gewannen, die, freilich von seiner eignen Grundlage der freien persönlichen Überzeugung aus, über seine Ziele weit hinausgingen. Die „Schwarmgeister" in Zwickau unter Thomas Münzer wollten nur die innere Erleuchtung als sittlich-religiöse Richtschnur des Menschen anerkennen, verkündeten darauf die Abschaffung der Kindertaufe und die Gütergemeinschaft und schritten endlich zu dem radikalen Unfuge des „Bildersturms", setzten ihn auch, als sie von der Behörde ausgewiesen worden waren, mit Dr. Karlstadts Hilfe in Wittenberg fort. Da ritt Luther im März 1522, ohne die Gefahr auf herzoglich sächsischem Gebiet zu achten, mutterseelenallein, aber unkenntlich durch Vollbart und Reitertracht, über Jena und Leipzig nach Wittenberg zurück und stillte binnen acht Tagen durch seine Predigt die Unruhen. Fortan saß er ungestört in Wittenberg, denn das Reichsregiment tat zwar nichts für ihn, aber auch nichts gegen ihn und wies sogar die Anträge des neugewählten Papstes Hadrians des Sechsten (1522—23) zurück, eines niederländischen Theologen, der Lehrer Karls des Fünften gewesen und auf dessen Veranlassung erhoben worden war. Denn dieser stellte als Bedingung für die Berufung eines Reformkonzils, das seinem wackeren Sinne durchaus entsprach, die strenge Durchführung des Wormser Edikts, und diese war unmöglich.

Da brach die erste der drohenden sozial-politischen Bewegungen los. Im Spätsommer des Jahres 1522 erhob sich Franz von Sickingen an der Spitze der deutschen Reichsritterschaft, um die Kirchenreform mit Gewalt durchzuführen und die geistlichen Fürstentümer zu säkularisieren. Er selbst erschien im September mit stattlichem Heere vor dem festen Trier. Allein der Angriff mißlang, und das bedrohte Fürstentum raffte sich auf. Philipp von Hessen und Ludwig von der Pfalz, mit Kur-Trier verbündet, überwältigte den Ritter auf seiner Burg Landstuhl, wobei er selbst umkam (Mai 1523); der Schwäbische Bund warf die fränkische Reichsritterschaft nieder, und die Reichsstädte stellten bereitwillig ihr Geschütz gegen die Burgen des Adels zur Verfügung, so sehr sich auch Hutten bemüht hatte, durch feurige Aufrufe die alte Kluft zu überbrücken. Schließlich von der Reichsacht mit betroffen, flüchtete dieser streitbarste Führer einer weltlichen Reformbewegung krank und mittellos über Straßburg und Basel nach der Schweiz; hier ist er unter Ulrich Zwinglis Obhut im August oder September 1523 auf der Halbinsel Ufnau am Züricher See gestorben. Die politische Rolle der Reichsritterschaft war ausgespielt, der Sieg aber gehörte nicht dem Reiche, sondern dem Fürstentume.

Bald wandte sich dieses im Bunde mit den Reichsstädten wider seine eigne Schöpfung, das Nürnberger Reichsregiment, das gegen Sickingen nur zögernd und unwirksam eingeschritten war, durch seine laue Haltung in der Lutherschen Sache keine Partei befriedigte und jetzt auch das finanzielle Interesse der Städte gegen sich auf den Plan rief. Denn es hatte nicht nur, einer populären Strömung nachgebend, kurzerhand die großen Handelsgesellschaften verboten, sondern wollte auch höchst vernünftigerweise das Reich mit einer Zollgrenze umgeben, um aus ihren Einnahmen die Reichsverwaltung finanziell auf eigne Füße zu stellen. Gegen solche Pläne und Beschlüsse legte eine reichsstädtische Gesandtschaft unter Führung Augsburgs, also der Fugger, im August 1523 beim Kaiser Verwahrung ein; dieser aber löste nicht nur das Reichs-

regiment in seiner damaligen ständischen Zusammensetzung auf und verlegte es als eine kaiserliche Behörde nach der schwäbischen Reichsstadt Eßlingen, sondern er verbot auch den bereits für November 1524 beschlossenen Reichstag in Speyer, auf dem die kirchliche Reformfrage zur Sprache kommen sollte. Fast gleichzeitig, am 7. Juli, verpflichteten sich Bayern, Österreich, Salzburg und noch elf andre süddeutsche Bischöfe in Regensburg, in ihren Gebieten das Wormser Edikt durchzuführen und die kirchlichen Mißbräuche abzustellen, unerwartet eines Reichstags- oder Konzilsbeschlusses, kraft ihrer landesherrlichen Gewalt. Die kirchliche Spaltung der deutschen Nation begann, und vom Fürstentume ging sie aus.

Während so ein Teil des Südens mit voller Entschiedenheit auf den Boden der alten Kirche zurücktrat, begann weithin vom Norden aus die kirchliche Neugestaltung, nicht durch das Fürstentum, sondern durch die Gemeinden, ohne äußern Anstoß, aber unter der beständigen persönlichen Leitung Luthers, der zunächst in radikalem Idealismus die kirchliche Gewalt in die Hände der Gemeinde legen wollte, von der ja auch die urchristliche Kirchenbildung ausgegangen war. Wie die Verwaltung des Kirchenguts, so sollte auch die Wahl der Geistlichen an die Gemeinden übergehen; die Sprache des Gottesdienstes wurde das Deutsche; in seinen Mittelpunkt rückte, begleitet vom deutschen Gesange der gesamten Gemeinde, die Predigt, die Verkündigung des Wortes Gottes statt der Messe, und an deren Stelle trat das Abendmahl unter beiderlei Gestalt. Dieses aber erschien nicht mehr als das Meßopfer, das der geweihte Priester vollzieht, sondern als die geheimnisvolle Vereinigung des Gläubigen mit der Person Jesu Christi durch den Genuß des Sakraments. Also fiel die Mittlerstellung des Klerus, und an die Stelle des mächtigen Priesterstandes, der ausschließlich den Gläubigen den Schatz der göttlichen Gnade vermittelt, traten die bescheidnen „Diener am Wort". Damit wurde auch das erzwungne Priesterzölibat, das im Interesse der römischen Hierarchie den Geistlichen vom Volke trennen sollte, hinfällig, und es entstand das evangelische Pfarrhaus als eine neue Macht des Segens in den deutschen Landen. Sein Muster wurde Luthers eigner Hausstand im aufgehobenen Augustinerkloster, den er, alles hämische Gerede verachtend, im

Mai 1525 durch seine Ehe mit Katharina von Bora gründete. Und da nun für den neuen Glauben die Verdienstlichkeit der guten Werke hinwegfiel, so brach auch die Grundlage der geistlichen Orden zusammen: sie begannen sich aufzulösen. Denn an die Stelle der Flucht aus dieser sündigen Welt sollte die Heiligung der weltlichen Arbeit treten als einer gottgewollten Ordnung im Dienste des Herrn.

So erhielt denn auch das Schulwesen eine andre Bedeutung. Bisher grundsätzlich eine Veranstaltung der Kirche zur Ausbildung ihrer Diener, wurde jetzt die Lateinschule nach Luthers Aufruf von 1524 und Melanchthons Ordnung von 1528 eine Veranstaltung der Gemeinde, die ebensogut die künftigen Geistlichen wie die weltlichen Beamten durch humanistische Studien, d. h. durch die Aneignung völliger Herrschaft über das Latein und durch die Unterweisung in christlicher Frömmigkeit, für die Universität vorzubereiten hatte. Der Humanismus wurde nunmehr in den Dienst der Schule und Kirche genommen. Von der antikisierenden, das Leben im Sinne der Alten auffassenden und umgestaltenden Weltanschauung der frühern Humanisten wollte Luther nichts wissen, und so ist es kein Wunder, daß er mit Erasmus im Streit um die Willensfreiheit 1524 völlig brach, und daß manche der humanistischen Führer, wie Willibald Pirckheimer, sich der alten Kirche wieder näherten.

Von Kursachsen, namentlich von Wittenberg aus verbreitete sich diese Neugestaltung durch ganz Mitteldeutschland bis nach Schlesien hinein, sie ergriff auch eine Reihe süddeutscher Reichsstädte, wie Nürnberg, Ulm, Straßburg. Doch noch kein einziger Reichsfürst und kein Bischof des Reichs hatte sie angenommen. Der erste Fürst, der das tat, war kein Reichsfürst, sondern der Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen, Albrecht von Brandenburg. So verachtet war dort der verfallene Orden, daß das Land, die Bischöfe voran, von ihm abgefallen wäre, hätte sich nicht Albrecht, mit Polen im hoffnungslosen Kampfe um seine Selbständigkeit begriffen, auf Luthers persönliche Mahnung entschlossen, am 10. April 1525 Preußen als erbliches Herzogtum von Polen als Lehen zu nehmen und die Neugestaltung selbst durchzuführen. Aus den Trümmern einer der ruhmvollsten Eroberungen der mittel-

alterlichen Kirche erhob sich das erste protestantische Fürstentum. War doch der ganze Nordosten verhältnismäßig junger Erwerb, und die römische Kirche bestand hier nur im kleinsten Teile etwa fünf Jahrhunderte, in den meisten Landschaften erst drei- bis vierhundert Jahre, war also viel weniger tief gewurzelt als im westlichen Deutschland.

Die erste evangelische Landeskirche überhaupt entstand nicht hier, sondern in der deutschen Schweiz, auf republikanischem Boden, in Zürich. Ihr Gründer wurde Ulrich Zwingli, als Sohn wohlhabender Eltern am 1. Januar 1484 geboren, in seiner nüchtern-verstandesmäßigen, praktisch-realistischen Art ganz und gar ein Sohn des oberalemannischen Stammes und auf den Universitäten Basel und Wien viel tiefer vom Humanismus ergriffen als Luther. Nachdem er als Geistlicher in dem großen Wallfahrtsorte Einsiedeln die Schattenseiten der herrschenden Werkheiligkeit gründlich kennen gelernt hatte, trat er 1519, ohne jemals Luthers heiße Gewissenskämpfe erlebt zu haben und unabhängig von diesem, wesentlich aus verstandesmäßigen Erwägungen als Leutpriester am Großmünster, der Hauptkirche von Zürich, gegen den Ablaßhandel auf und entschied den Sieg seiner immer fester begründeten evangelischen Überzeugung in einer großen Disputation mit den Vertretern des Bistums Konstanz im Februar 1523.

Nun nahm der Rat von Zürich ohne weiteres die Kirchengewalt an sich, die Gemeinden des ganzen Kantons folgten rasch diesem Beispiele und schlossen sich zu einer republikanischen Staatskirche zusammen. Obwohl Zwingli die Ordnung der Kirche und des Gottesdienstes auf dieselben Grundlagen stellte wie Luther, auch das erzwungene Priesterzölibat aufgab und sich selbst 1524 vermählte, sah er doch in dem Abendmahle nichts als eine Gedächtnisfeier des Todes Christi und beseitigte mit radikaler Härte aus dem Gottesdienst alles, was sich nicht aus der Heiligen Schrift belegen ließ, Altar Orgel und Bilder.

Es war ganz natürlich, daß dieser nüchtern-verstandesmäßigen Reform die glaubensinnige Mystik begeisterter Schwärmer entgegentrat. Wie die sächsischen Schwarmgeister ließen auch sie die Bibel als Quelle religiöser Erkenntnis zurücktreten hinter der „innern Erleuchtung“ des Einzelnen; sie

lehrten wie Luther ein allgemeines Priestertum aller Christen, leugneten aber die Kraft der Sakramente; einige Heißsporne wollten in stürmischer Bewegung die Welt umgestalten, die meisten aber sich vielmehr von der Teilnahme an ihr möglichst zurückziehen und in brüderlicher Liebe still für sich dahinleben. Auf Zwinglis Veranlassung im Januar 1525 aus Zürich ausgewiesen, verbreiteten sich die Anhänger der neuen Richtung rasch über das südwestliche Deutschland, zumal unter den Bauern und Handwerkern, und indem sie die Kindertaufe als widerchristlich verwarfen, war bei aller Verschiedenheit im einzelnen ihr gemeinsames Erkennungszeichen eine neue Taufe. Ihr größter Apostel und Lehrer wurde Hans Denck aus Nürnberg, der nach einem Leben voll Unruhe und Verfolgung 1527 in Basel starb.

Wie mußte das alles nun auf die längst gärenden Massen des Landvolks wirken, dieser Fall einer uralten, allmächtigen, geheiligten Ordnung, wie die römische Kirche es war, diese Verwerfung der höchsten Autorität, diese Betonung der Bibel oder gar einer ganz subjektiven, innern Erweckung als der einzig berechtigten Grundlage des Glaubens und Lebens! Und für die Abstellung all der zahllosen Beschwerden des Bauernstandes rührte keine Obrigkeit einen Finger, nicht die völlig ohnmächtige Reichsgewalt, nicht die Fürsten. Da erschien das, was bisher Forderung des praktischen Lebens gewesen war, als begründet in der Heiligen Schrift, in jener stets höchst gefährlichen Erweiterung ihrer Bedeutung, die unmittelbar aus ihr die Regeln auch für das politische und soziale Dasein ableiten will; und diese Regeln durchzuführen galt jetzt nicht nur als göttliches Recht, sondern als religiöse Pflicht. Astrologische Weissagungen von einer bevorstehenden Züchtigung aller öffentlichen Gewalten gerade für das Jahr 1524 steigerten die Erregung. Doch beschränkte sich die ganze Bewegung, die wirtschaftlich-politische und religiöse Bestrebungen verband, im wesentlichen auf die südwestlichen Landschaften des Reichs, wo sich die Bauern keineswegs am schlechtesten befanden, aber durch den Landsknechtsdienst wie durch das Beispiel der benachbarten Schweiz mit verstärktem Selbstgefühl erfüllt waren, wo zahlreiche kleine, machtlose weltliche und geistliche Landesherrschaften nebeneinanderstanden und

die Zahl der Unzufriednen in den Städten unter dem harten patrizischen Regiment, im Adel nach der Niederwerfung der Reichsritterschaft besonders groß war. Hier begann jene gewaltige agrarische und soziale Revolution, die Jahrzehnte alte Forderungen mit blinder Gewalt durchzusetzen suchte: der große Bauernkrieg, eine Erhebung aller gedrückten Volksschichten; seine bedeutendsten Führer fand er in städtischen und ritterlichen Kreisen. In Norddeutschland wurde nur Thüringen stärker ergriffen; das übrige Land blieb unbeteiligt, weil die Lage der Bauern entweder zu gut oder zu schlecht war, als daß sie den bewaffneten Aufruhr hätten wagen wollen oder können, und die landesherrliche Gewalt meist stärker war als im Südwesten.

Die Bewegung begann schon im Juni 1524 in der kleinen Landgrafschaft Stühlingen westlich vom Bodensee an der Schweizer Grenze, hier aus rein wirtschaftlichen und politischen Motiven; sie griff dann nach dem Kletgau und dem Hegau über, fand im zeitigen Frühjahr 1525 einen neuen Herd in dem Winkel zwischen Bodensee, Alpen, Lech und Donau, namentlich auf dem Gebiete des Abtes von Kempten, und gewann für kurze Zeit sogar einen fürstlichen Führer in dem verjagten Herzog Ulrich von Württemberg, der die alte Bergfeste Hohentwiel im Hegau mit französischen Hilfsgeldern erworben hatte und im Februar 1525 mit Bauernhaufen und unzufriednen Reichsrittern sogar einen freilich vergeblichen Versuch machte, sein Stammland wiederzuerobern. Dann ergriff der Aufruhr ganz Württemberg, selbst Stuttgart, er ging über den Schwarzwald nach der oberrheinischen Tiefebene, auch nach dem vielgeteilten Elsaß hinüber, er bedrohte Straßburg und gewann im Mai Freiburg. Allerorten fielen Burgen und Klöster wilder Zerstörung anheim.

Aber gerade aus den Kreisen der schwäbischen Bauern, und zwar des Algäus, tauchte schon im März 1525 ein durchaus gemäßigtes und verständiges Programm sozialer Reformen auf, die „Zwölf Artikel". Neben den alten agrarischen Forderungen (Herstellung der alten „gemeinen Mark", Beschränkung der Fronden, Abgaben und Dienste, Abschaffung der übrigens seltnen Leibeigenschaft) standen hier neue Forderungen kirchlich-reformatorischer Art (freie Pfarrerwahl durch die Ge-

meinden, freie Predigt des Evangeliums, Aufhebung eines Teiles des Zehnten), alles Dinge, über die eine Verständigung zwischen Bauern und Grundherren recht wohl möglich war. Rasch verbreiteten sich die Zwölf Artikel und wurden auch in Franken die Losung der Erhebung. Hier begann sie um Rotenburg an der Tauber und im Odenwalde; sie bildete zwei große, leidlich geordnete Bauernheere unter bäuerlichen und ritterlichen Führern, den „Schwarzen Haufen" unter dem Reichsritter Florian Geyer und den „Hellen Haufen" unter Georg Metzler und Wendelin Hipler, denen später Götz von Berlichingen zur Seite trat. Beide erstürmten am Ostersonntage (19. April) Weinsberg und vollstreckten an den Edelleuten der Besatzung ein schreckliches Strafgericht nach Landsknechtsbrauch. Auch das Stift Bamberg schloß sich ihnen an, der gesamte Adel vom Odenwald bis zur schwäbischen Grenze unterwarf sich den Zwölf Artikeln, desgleichen die Reichsstädte Heilbronn und Frankfurt, sowie das ganze Erzstift Mainz und das Bistum Würzburg mit der Hauptstadt; nur der Frauenberg auf der andern Mainseite, die alte Hochburg Frankens, leistete den vereinigten Bauernheeren tapfer Widerstand.

Und hier auf dem Gipfel des Erfolges entsprang im Kopfe Hiplers, eines frühern hohenlohischen Beamten, ein neues, höchst umfassendes politisch-soziales Reformprogramm, das letzte großen Stils vor 1848. Es forderte Einziehung der geistlichen Güter, Wiedereinführung des deutschen Rechts mit Volksgerichten, Einheit von Maß, Münze und Gewicht, Beschränkung des Wuchers und Sicherheit der Straßen, das alles unter einem mächtigen Kaisertume. In Heilbronn übernahm ein Ausschuß die Oberleitung als Vorläufer einer künftigen Reichsregierung.

Solche Reformgedanken hätten nur dann siegen können, wenn das weltliche Fürstentum und das Bürgertum dafür zu gewinnen gewesen wären. Aber zum Unglück für die Sache der Bauern verband sich damit in Thüringen, unabhängig von der süddeutschen Bewegung eine radikal-kommunistische Erhebung unter Führung des phantastischen obersächsischen Schwärmertums, wie es Thomas Münzer vertrat. Nach manchen vergeblichen Anläufen hatte dieser gewissenlose und herrische Agitator endlich in der nordthüringischen Reichsstadt

Mühlhausen Fuß gefaßt und dort mit Hilfe der Massen ein theokratisch-kommunistisches Regiment mit dem Ansehen eines Propheten aufgerichtet. Von hier aus rief er zu einem neuen Bunde der Brüder in Freiheit und Gleichheit auf, predigte den Vertilgungskrieg gegen Fürsten und Herren, Kirchen und Klöster und wütete verwüstend und zerstörend mit seinen fanatisierten Haufen durch das ganze Land.

Diese schrecklichen Ereignisse entschieden in Verbindung mit den Greueln von Weinsberg die Parteistellung Luthers. Aufs tiefste empört über diese „fleischliche" Entstellung seines religiös-sittlichen Ideals von der ristlichen Freiheit, forderte er im Mai in einer leidenschaftlichen Flugschrift die Fürsten und Herren zum schonungslosen Zuschlagen auf um Gottes willen, und seine Haltung war für die fürstlichen wie für die bürgerlichen Kreise weithin bestimmend. Und nun zeigte sich's doch, daß die Landesherren mit ihren geharnischten Reisigen und ihren kriegsgewaltigen Landsknechtsscharen, die sie nach der siegreichen Entscheidung des italienischen Kriegs durch die Schlacht bei Pavia (24. Februar) mit leichter Mühe zusammenbrachten, den Aufruhr unterdrücken konnten, sobald sie nur ernsthaft wollten. Zuerst wurden die ungeordneten Haufen der türingischen Bauern von den Streitkräften der sächsischen Fürsten und Landgraf Philipps von Hessen auf dem „Schlachtenberge" bei Frankenhausen am 15. Mai ohne wirklichen Kampf zersprengt, Tausende erschlagen, Münzer gefangen und hingerichtet. In denselben Tagen zwang Herzog Anton von Lothringen die elsässischen Bauern in Zabern zur Übergabe, schlug Georg Truchseß von Waldburg die württembergischen Bauern bei Sindelfingen. Die Bauern des Bistums Speyer ergaben sich dem Kurfürsten Ludwig dem Fünften von der Pfalz bei Bruchsal (25. Mai). Auf diese Nachrichten hin hoben die fränkischen Bauernheere nach einem letzten Sturmversuche die Belagerung des Frauenberges auf und zogen südwärts nach der Tauber ab, um den bedrängten Schwaben Hilfe zu bringen; dabei wurde der „Helle Haufe", als er am 2. Juni bei Königshofen auf die schwäbischen und pfälzischen Truppen stieß, auseinandergetrieben, der „Schwarze Haufe" bei Ingolstadt und Sulzdorf am 4. Juni nach tapferem Widerstande überwältigt. Das entschied die Unterwerfung

ganz Frankens von Bamberg bis Mainz. Im südöstlichen Schwaben stellte Georg von Waldburg mit grausamer Härte die Ordnung wieder her. In Bayern hatte die Regierung mit eiserner Hand jeden Aufstand niedergehalten und die Lechgrenze militärisch gesperrt. Dagegen erreichten die Bauern Tirols unter der entschlossenen und besonnenen Führung Michael Gaismairs vom Erzherzog Ferdinand wertvolle Zugeständnisse, die Erleichterung ihrer Lasten und die Herstellung der Almenderechte. Gewaltsameren Charakter trugen die Ereignisse im Erzstift Salzburg und im steirischen Oberlande, wo auch die Bergleute von Eisenerz und Schladming eifrig bei der Sache waren. Erst im September gelang hier schwäbischen und bayrischen Truppen die Bewältigung; im Salzburgischen mußte sogar noch 1526 eine neue Erhebung blutig niedergeworfen werden.

Auf die argen Greuel der empörten Bauern folgten ärgere der rachsüchtigen Sieger. Die beste Kraft des Bauernstandes in Franken, Schwaben und Thüringen verblutete auf dem Schlachtfelde und auf dem Hochgericht, zahlreiche Dorfschaften seufzten noch lange Jahre unter der drückenden Last von Kriegssteuern. Gleichwohl verbesserte sich im Laufe der Zeit nicht nur in Tirol, sondern auch anderwärts, im Oberrheintale, in der Pfalz usf. die wirtschaftlich-rechtliche Lage der Bauern durch friedliche Vereinbarungen. Aber freilich, von der Teilnahme an der politisch-nationalen Entwicklung schied der deutsche Bauernstand fast ganz aus, und die gewaltige reformatorisch-revolutionäre Bewegung der Zeit beschränkte sich fortan auf die Umgestaltung von Kirche und Schule.

Auch im Bauernkriege gehörte dem Fürstentum der Sieg, nicht dem Adel oder den Städten, geschweige der Reichsgewalt, die in diesem furchtbaren Kampfe so gut wie nichts getan hatte, nur nachher für milde Behandlung der sich bedingungslos unterwerfenden Bauernschaften sorgte. Also ergab sich aus dem Bauernkrieg eine abermalige Verstärkung des Landesfürstentums; es hatte Deutschland aus einer furchtbaren Revolution gerettet und nahm jetzt folgerichtig auch die Entscheidung der wichtigsten nationalen Angelegenheit, der kirchlichen Frage, in die es bisher wenig eingegriffen hatte, selbständig in die Hand. Ansätze zur Erwerbung der Kirchen-

hoheit hatten manche deutsche Landesherren schon im fünfzehnten Jahrhundert gemacht; aber grundsätzlich erhoben sie diesen Anspruch erst jetzt, nachdem der Bauernkrieg die Unmöglichkeit erwiesen hatte, die Kirche auf der selbständigen Gemeinde aufzubauen. Auch Luther konnte sich dieser Notwendigkeit nicht mehr verschließen; er mußte sich an die bestehenden fürstlichen Gewalten anlehnen, und für dieses neue System hatte er selbst die theoretische Grundlage mit seiner Staatslehre gelegt. Denn während das Mittelalter den Staat als eine der Kirche unterstehende Einrichtung für nur untergeordnete Zwecke betrachtet hatte, lehrte er, die weltliche Obrigkeit habe ihr Recht von Gott gleichwie die Kirche. Damit wurde der Staat mündig, wie die ganze Laienwelt es werden sollte.

Durchzusetzen war freilich diese grundtiefe Umwandlung nur in dem großen Zusammenhange der europäischen Politik. Aus dem glänzenden Siege des Kaisers, der den Franzosen das Herzogtum Mailand und damit die Herrschaft über Oberitalien entriß, erwuchs noch 1526 der zweite italienische Krieg (1526—1529), zunächst als ein letzter verzweifelter Versuch des Mediceerpapstes Clemens des Siebenten, mit französischer Hilfe die „Barbaren", die verhaßten Spanier, aus Italien zu verjagen. Im Kampfe mit dem Papste begriffen, konnte Karl der Fünfte unmöglich als Vogt der Kirche gegen die deutschen Ketzer einschreiten, zumal da sich die evangelisch gesinnten Fürsten Norddeutschlands, Johann von Sachsen, Philipp von Hessen, Ernst von Braunschweig-Lüneburg u. a. m., schon im März 1526 in Torgau zu einem Schutzbündnis vereinigt hatten. Demnach beschloß der Reichstag zu Speyer, da über eine nationale Kirchenreform schon keine Einigung mehr zu erzielen war, am 27. August 1526, bis zu einem allgemeinen Konzil jedem Reichsstande die Verfügung in kirchlichen Dingen zu überlassen. Damit war die rechtliche Grundlage der evangelischen Landeskirchen gegeben: der fürstliche Partikularismus, der schon die politische Einheit der Nation aufgelöst hatte, hielt jetzt auch in ihr kirchliches Leben seinen Einzug.

Zunächst traten noch zwei einander völlig entgegengesetzte Formen der Kirchenverfassung auf. In Hessen konstituierte die Synode von Homburg im Oktober 1526 die hessische Landeskirche auf Grundlage des Gemeindeprinzips als eine demokratische Gemeinschaft, die ganz unabhängig vom Landesherrn ihre gesetzgebende Gewalt durch eine jährlich zusammentretende Synode aus Geistlichen und Laien übte, sich durch einen Ausschuß regierte und ihre Vorsteher selbst wählte. Zur Heranbildung ihrer Theologen wurde 1527 die Universität Marburg gegründet. In Kursachsen dagegen nahm der Landesherr als „Notbischof" die Kirchengewalt (ius in sacra) selbst an sich, ordnete durch seine „Visitationen" (planmäßig seit 1528) das völlig zerrüttete Kirchen- und Schulwesen, für dessen wichtigsten Unterrichtsgegenstand, die Religionslehre, Luther 1529 seine Katechismen schrieb, übertrug das Kirchenregiment den Konsistorien, die Verwaltung der früheren erzpriesterlichen Sprengel den Superintendenten. Die Güter der Kirchen und Klöster wurden zugunsten des Landesherrn, des Adels und der Städte allmählich eingezogen. Diese territoriale, monarchisch-ständische Kirchenverfassung hob den mittelalterlichen Dualismus zwischen Staat und Kirche auf, indem sie die Kirche als irdische Gemeinschaft dem Staate einordnete, verstärkte die Macht des Landesherrn wie der Stände und wurde für das ganze lutherische Deutschland das maßgebende Vorbild, dem sich auch Hessen bald anschloß.

Inzwischen stieg die Macht des Hauses Habsburg höher und höher. Die Erstürmung und schreckliche Plünderung Roms im Mai 1527 lieferte dem Kaiser den Pabst in die Hand, und nach der mißlungnen Belagerung Neapels 1528 verschwanden die französischen Heere aus Italien. Zugleich verwirklichten sich gegen alle menschliche Berechnung ganz plötzlich die habsburgischen Aussichten auf die Erwerbung Böhmens und Ungarns. Seit der raschen Einnahme Belgrads 1521 stand die furchtbare Kriegsmacht der Osmanen drohend an der ungarischen Südgrenze. Ihr erlag in der Vernichtungsschlacht bei Mohacs am 29. August 1526 der junge König von Ungarn und Böhmen, Ludwig der Zweite. Auf beide durch seinen Fall erledigte Kronen erhob sein Schwager Erzherzog Ferdinand Anspruch und verwirklichte ihn in Böhmen schon im Oktober 1526 mit friedlichen Mitteln durch die Wahl der Stände, in Ungarn erst 1527 mit Waffengewalt, da ihm hier,

von einem großen Teile des Adels unterstützt, Johann Zapolya, der Wojwode von Siebenbürgen, entgegentrat. Die Umrisse eines neuen selbständigen Reichs der Habsburger stiegen empor.

Gehoben von solchen Erfolgen und wieder im Einverständnis mit dem Papsttum, setzte der Kaiser auf dem Reichstage von Speyer im Frühjahr 1529 durch seinen Bruder Ferdinand den Mehrheitsbeschluß durch, den Reichstagsabschied von 1526 aufzuheben, den Bischöfen ihre Rechte, den geistlichen Stiftungen ihre Besitzungen und Einkünfte zurückzugeben und alle kirchlichen Neuerungen einzustellen. Dagegen reichten am 19. April sieben evangelische Fürsten, an ihrer Spitze Johann von Sachsen und Philipp von Hessen, und dreizehn oberdeutsche Reichsstädte eine feierliche Protestation ein, die dem Reichstage vom Standpunkte der den Reichsständen einmal gewährten Kirchenhoheit das Recht bestritt, in der kirchlichen Frage noch Mehrheitsbeschlüsse zu fassen. Ihr Gegensatz zur altgläubigen Mehrheit und zum Kaiser trat offen heraus.

Auch in der Schweiz hatten sich in diesen Jahren die Gegensätze verschärft. Bis 1529 waren die mächtigsten Kantone der deutschen Schweiz, Bern, Basel, Schaffhausen, Solothurn, Glarus, dazu die zugewandten Orte (selbständige, aber von der Tagsatzung ausgeschlossene Landschaften) Aargau und St. Gallen der Zwinglischen Lehre zugefallen, und schwere politische Streitfragen kamen hinzu. Es handelte sich um zweierlei: um die Beseitigung des unbilligen Übergewichts, das die vier Waldstädte mit Zug in der Tagsatzung der dreizehn Kantone über die viel stärkeren Bundesgenossen Zürich, Bern und Basel kraft einer rein formellen Stimmenmehrheit ausübten, und um die Abschaffung des „Reislaufens", des auswärtigen Söldnerdienstes, der das Volk entsittlichte, aber den herrschenden, eng miteinander versippten Patriziergeschlechtern gerade der größern Kantone durch Soldverträge und Pensionen, namentlich von Frankreich, reichen Gewinn abwarf. In beiden Fragen trat Zwingli für eine durchgreifende Umgestaltung ein, denn er war, sehr verschieden von Luther, ebensogut Staatsmann wie kirchlicher Reformator, und die kirchlich-politische Entwicklung seines Zürich stand im Mittelpunkte aller seiner Bestrebungen. Endlich führte die Frage, was aus den kirchlichen Verhältnissen der sogenannten gemeinen Vogteien, d. h. der zwölf deutschen und sieben italienischen eroberten Untertanenlandschaften der Eidgenossenschaft, werden sollte, wenn die sie beherrschenden Kantone darin selbst uneins waren, bis dicht an den bewaffneten Zusammenstoß der Parteien heran, von denen sich die eine auf Österreich, die andre auf die oberdeutschen Reichsstädte stützte. Nur der Landfriede von Kappel im Juni 1529 verhinderte ihn noch, sehr gegen den Willen Zwinglis; denn er traf keine endgültige Entscheidung in einem Augenblicke, wo der Sieg den Evangelischen sicher gewesen wäre.

Da lag nun der Gedanke an eine engere Verbindung der deutschen und der schweizerischen Evangelischen um so näher, als Zwinglis Lehre auch in den oberdeutschen Reichsstädten weithin Anhang fand; eifrig erfaßte ihn Philipp von Hessen. Da aber Luther darauf bestand, daß sich beide Teile zuvor über den Glauben einigten, so vermittelte der Landgraf das Religionsgespräch von Marburg, zu Anfang Oktober 1529. Hier scheiterte die Verständigung der beiden Reformatoren an ihrem tiefinnerlichen Gegensatz in der Abendmahlslehre; denn hier trat der „andre Geist" der Schweizer am schärfsten hervor, und so kam auch kein politisches Einvernehmen zustande.

Das geschah in denselben Wochen, wo der furchtbare Sultan Soliman der Zweite, nachdem er Ungarn fast widerstandslos in Besitz genommen und die Stephanskrone seinem Vasallen Johann Zapolya übertragen hatte, vor Wien lagerte (24. September bis 14. Oktober). Daß sich die schwach befestigte Stadt unter Nikolaus von Salm tapfer hielt und die Türken wieder abzogen, rettete Deutschland vor der Überflutung durch barbarische Horden, aber es befreite auch die Habsburger aus schwerer Not und gestattete ihnen, ungestört die Früchte ihrer italienischen Siege zu pflücken.

Im Frieden von Barcelona (29. Juni 1529) hatte Karl der Fünfte dem Papste die Räumung des Kirchenstaats zugestanden, ihm die Herstellung der Herrschaft des Hauses Medici in Florenz versprochen und dafür die Belehnung mit dem Königreich Neapel erhalten. Im Frieden von Cambrai (5. Au-

gust 1529) verzichtete er auf das Herzogtum Burgund, das alte Erbe seines Hauses, Franz der Erste auf seine Rechte über Flandern und Artois, Mailand und Neapel. Die Doppelkrönung von Bologna, wo Karl der Fünfte in San Petronio am 22. Februar 1530 die eiserne Krone der Lombarden, am 24., seinem Geburtstage, die Kaiserkrone aus den Händen des Papstes empfing, besiegelte die spanische Hegemonie in Italien und das enge Einvernehmen der beiden Oberhäupter des Abendlandes. Die schönsten Länder des Mittelmeeres und einen großen Teil Deutschlands beherrschten die Habsburger unmittelbar, ihnen gehörten die wichtigsten Mittelpunkte und Straßen des damaligen Welthandels und unermeßliche Gebiete jenseits des Ozeans, und sie trugen die Kaiserkrone, der alle Deutschen gleichmäßig Gehorsam schuldeten. Wie sollten die deutschen „Protestanten" dieser ungeheuern Verbindung romanischer und germanischer, süd- und nordeuropäischer Länder, dem kirchlichen Geiste, der sie leitete, und dem Ansehen des Kaisertums widerstehen! Und der junge Kaiser selbst war jetzt ein viel gefährlicherer Gegner als vor neun Jahren. In dieser Zeit war er zum Staatsmann und Selbstherrscher gereift, bedächtig in seinen Entschlüssen, zäh und unerschütterlich in ihrer Durchführung; von langer Hand, mit kluger Berechnung und sicherer Menschenkenntnis — nur die Germanen verstand er kaum — leitete er alles; unermüdlich durchzog er seine Lande, verhandelnd und kriegend, und der beste Feldherr, den er jemals hatte, war er selbst.

Mit den „protestierenden" Fürsten und Städten Deutschlands fertig zu werden dünkte ihn nicht schwer. Kaum war er am 15. Juni 1530 zum Reichstag in Augsburg eingezogen, so versuchte er kurzerhand kraft seiner kaiserlichen Autorität den kirchlichen Streit zu entscheiden und forderte deshalb beide Teile auf, ihm ihr „Gutachten, Opinion und Meinung" mitzuteilen. Die Protestanten entsprachen dieser Forderung mit der Augsburger Konfession, dem Werke Melanchthons; maßvoll und klug, mit möglichster Anlehnung an die katholische Auffassung waren hier die Grundlinien der neuen Lehre gezogen; sie wurde am 15. Juni verlesen und übergeben; aber die Gegenpartei begnügte sich damit, eine Confutatio (Widerlegung) von Dr. Johann Eck zu überreichen und drängte den Kaiser aus der Stellung des Schiedsrichters in die dem Vogte der Kirche entsprechende ihres Vertreters hinüber. So stellte er jetzt den Protestanten das Ansinnen, sich als widerlegt zu betrachten, und wies daher auch Melanchthons Gegenschrift auf die Konfutation, die Apologie, kurzweg zurück. Wohl neigte Melanchthon zu weitern Vermittlungsversuchen, aber Luther, der auf der sicheren Feste Koburg hatte zurückbleiben müssen, mahnte unablässig zur Standhaftigkeit, und Kurfürst Johann von Sachsen erwarb sich damals den Beinamen des „Beständigen". Schon eines feindseligen Beschlusses sicher, verließ er mit seinen Glaubensgenossen noch vorher Augsburg. Der Reichstagsabschied vom 19. November 1530 aber forderte die Abstellung der Neuerungen bis zum 15. April 1531 und drohte den Widerspenstigen mit Bann und Acht. Kurz nachher, am 5. Januar 1531, wurde Erzherzog Ferdinand allein von den katholischen Reichsständen in Köln zum römischen König, also zum Stellvertreter und Nachfolger des Kaisers gewählt und ausdrücklich auf den Augsburger Abschied verpflichtet.

Sollten nun die Protestanten unverbunden und untätig wie bisher der drohenden Gefahr gegenübertreten? Nur widerstrebend, aber endlich doch allen loyalen Bedenken zum Trotze, denen man die neue Theorie gegenüberstellte, daß das Recht der Fürsten älter sei als das des von ihnen gewählten Kaisers, gingen ihre fürstlichen Häupter und die oberdeutschen Städte daran, sich zu gemeinsamer Abwehr zu verbünden. Nachdem die Einleitungen noch im Dezember 1530 in Schmalkalden getroffen worden waren, kam der Bund zu gegenseitiger Beihilfe bei Prozessen vor dem Reichskammergericht und unter Umständen zu bewaffnetem Widerstande gegen Angriffe wegen der kirchlichen Neuerungen im Februar 1531 zum förmlichen Abschluß; im Dezember erhielt er auch seine militärische Organisation unter sächsisch-hessischer Leitung. Er zählte damals acht Fürsten und Grafen und vierzehn Städte. Der alte Gegensatz der Stände war hier überbrückt, und die süddeutschen Städte hatten sich dem Norden angeschlossen.

Dies war vor allem eine Folge der Ereignisse in der Schweiz. Im Herbst 1531 war es dort doch noch zum be-

waffneten Zusammenstoß gekommen und am 11. Oktober erlag das Aufgebot der überraschten Züricher in blutigem Kampfe bei Kappel am Westfuße des Albis den überlegnen Streitkräften der Fünforte; Zwingli selbst war unter den Toten. Nachdem auch ein Angriff der reformierten Kantone auf Zug gescheitert war, diktierten die Sieger am 30. November den Frieden. Die Reformierten zahlten die Kriegskosten und überließen die gemeinen Vogteien der kirchlichen Reaktion, die bald danach auch in Glarus, Solothurn, St. Gallen und Aargau siegte. So vollzog sich die kirchliche Spaltung der Schweiz; die Reform ihrer schwerfälligen Bundesverfassung verschwand in weiter Ferne, und der Zwinglische Einfluß auf Süddeutschland war vernichtet.

Die Lage der deutschen Protestanten hätte nach dem Ablauf der in Augsburg gestellten Frist sehr bedenklich werden müssen, wäre der Kaiser der tatkräftigen Beihilfe der katholischen Stände wirklich sicher gewesen, und hätte ihn nicht seine Weltmacht fortwährend in neue Schwierigkeiten verstrickt. Aber die katholischen Stände waren nicht geneigt, ihm ihre protestantischen Mitstände unterwerfen zu helfen und dadurch die kaiserliche Macht zu steigern, und von Osten her drohte ein neuer Türkenkrieg, der dringend mahnte, alle Kräfte des Reichs zur Abwehr zu vereinigen. So gewährte der sogenannte Religionsfriede von Nürnberg am 23. Juli 1532 den Protestanten zum erstenmal eine Art von rechtlicher Anerkennung, nämlich die Einstellung der gegen sie eingeleiteten Kammergerichtsprozesse und die vorläufige Anerkennung der bisherigen Neuerungen wenigstens bis zu einem allgemeinen, freien, christlichen Konzil. Es waren vieldeutige und unsichere Zugeständnisse, aber sie genügten, die protestantischen Stände vorläufig zu beruhigen und sie zur Leistung der Türkenhilfe zu bestimmen. An der Spitze eines Heeres von 80 000 Mann, das sich auf dem Tullner Felde westlich vom Wiener Walde um ihn sammelte, schien der Kaiser sehr wohl imstande, nicht nur die Türken abzuwehren, sondern auch Ungarn wieder zu erobern. In der Tat wagte der Sultan, aufgehalten und scheu gemacht durch den unbezwinglichen Widerstand der kleinen westungarischen Stadt Güns, die Schlacht nicht, sondern bog nach Steiermark ab und berannte Graz. Nur seine leichten Reiterhaufen drangen verheerend und menschenraubend quer durch Niederösterreich bis an die Enns vor, wurden aber beim Rückzug über den Wiener Wald von den deutschen Truppen fast gänzlich aufgerieben (19. September), worauf auch er selbst wieder nach Ungarn zurückging. Da aber andrerseits die Führer des Reichsheeres keineswegs die Weisung hatten, Ungarn für die Habsburger zu erobern, so löste es sich an der Grenze wieder auf, und das Land blieb, mit Ausnahme der westlichen und nördlichen Grenzstriche, ein türkischer Vasallenstaat unter Johann Zapolya.

Nur gegen die Türken und auch hier nur verteidigungsweise nahm das Reich seine auswärtigen Interessen als Ganzes wahr; sonst blieb das überall den Reichsgliedern überlassen, so gut sie es verstanden und vermochten. Das wurde nirgends verhängnisvoller als in den Beziehungen der Hansestädte. Seitdem die Niederländer emporkamen, war es das höchste Interesse der Osterlinge, oder genauer genommen der wendischen Städte und ihrer nächsten Verbündeten, diese gefährlichen Nebenbuhler möglichst von der Ostsee auszusperren, also die nordischen Reiche allein zu beherrschen. Dies erleichterte ihnen die fortgesetzte Unbotmäßigkeit Schwedens gegen die Union; andrerseits aber wirkte hier die Wahl Karls des Fünften zum Kaiser höchst nachteilig, denn als Herr der Niederlande mußte er der Feind seiner eigenen deutschen Ostseestädte sein, und er stand zu diesen nordischen Dingen ohnehin in den engsten Beziehungen, seitdem sich seine Schwester Isabella 1515 mit dem jungen Unionskönig Christian dem Zweiten (1513—23) vermählt hatte. Unter niederländischem Einfluß plante dieser in Dänemark die Einschränkung der Macht seines Adels und Klerus, die Hebung des schwachen Bürgertums und des hart bedrückten Bauernstandes. Da dies aber nur möglich war, wenn er die handelspolitische Übermacht der Hansa brach, so wurde er ihr Todfeind. Zu seinem Unglück trieb nun die furchtbare Härte, mit der er das mit Waffengewalt niedergeworfne Schweden durch das entsetzliche Stockholmer Blutbad (8. November 1520) züchtigte, dort unter Führung Gustav Wasas 1521 eine entschlossene Erhebung hervor. Da der erbitterte dänische Adel im März 1523 den

Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein zum König erhob, die Hansa beide Gegner Christians nachdrücklich unterstützte, namentlich Stockholm einschloß und zur Übergabe zwang, Christian der Zweite aber, zu früh den Mut verlierend, schon im April 1523 nach den Niederlanden flüchtete, so brach die Union in Stücke, und Gustav Wasa bestieg als Gründer einer neuen Dynastie den schwedischen Thron.

Beide Könige hatten die Hilfe der Hansestädte mit der Erneuerung ihrer Privilegien, Dänemark sogar mit der Verpfändung der Insel Bornholm bezahlen müssen. Aber die Natur der Dinge trieb sie in den Gegensatz zur Hansa, und das Eindringen der lutherischen Lehre, die 1526 in Schweden, 1527 in Dänemark freigegeben wurde, kam zwar in Dänemark wesentlich dem Adel zugute, der die Kirchengüter größtenteils an sich brachte, in Schweden aber der Krone, die auf sie ihre neue Macht begründete. Von dort ging auch der Anstoß zu einem neuen Konflikte mit der Hansa aus; denn schon 1523 öffnete König Gustav den Niederlanden vertragswidrig seine Häfen. Es wurde immer klarer, daß die hansische Stellung im Norden durch Privilegien allein nicht mehr zu behaupten war. Aber zur Anwendung neuer radikaler Mittel entschloß sich erst die verwegene Demokratie, die damals in Verbindung mit der kirchlichen Bewegung in Lübeck und andern Hansestädten ans Ruder gelangte.

Seit 1525 war Bremen evangelisch, seit 1528 Hamburg. In Lübeck, dem Vororte des Städtebundes, hatten finanzielle Verlegenheiten den Rat 1529 genötigt, sich kontrollierende Ausschüsse aus der Bürgerschaft gefallen zu lassen, und diese erzwangen 1530 den Übergang zum Protestantismus, 1531 den Beitritt zum Schmalkaldischen Bunde. Dann wurde auch der Rat im demokratischen Sinne umgestaltet, und im Februar 1533 einer der bürgerschaftlichen Führer, Jürgen Wullenwever, zum Bürgermeister erhoben. Nach außen hin hatte Lübeck zu Dänemark ein leidliches Verhältnis bewahrt und noch zu Ende 1531 den Versuch Christians des Zweiten, sich mit Unterstützung der Niederländer und des Kaisers zunächst in Norwegen wieder festzusetzen, mit bewaffneter Hand unterdrücken helfen; aber diese Haltung des Kaisers und der Tod König Friedrichs des Ersten (April 1533) führte eine den hansischen Interessen höchst gefährliche Wendung der nordischen Politik herbei. Denn ein Bund zwischen Herzog Christian (dem Dritten) von Schleswig-Holstein, dem wichtigsten Bewerber um die dänische Krone, Dänemark, Norwegen und Karl dem Fünften entzog im September 1533 dem gefangenen König Christian des Kaisers Unterstützung, eröffnete aber auch den Niederländern die Ostsee.

Dies brachte Wullenwevers Pläne zur Reife. Um die Niederländer von der Ostsee auszuschließen, wollte er die wichtigsten Stellungen am Sunde, Helsingborg und Helsingör, sowie Bornholm und Gotland dauernd in den Besitz der Hansestädte bringen, Kopenhagen und Malmö aber als freie Städte vom dänischen Reiche losreißen. Da für ein solches Unternehmen die Kraft der hansischen Städte nicht entfernt ausreichte, hetzte er in Dänemark die Bürger und Bauern gegen den gehaßten Adel im Namen Christians des Zweiten. In der Tat erhoben sich, als im Juni 1534 auf Seeland Graf Christoph von Oldenburg, in Schonen Marx Meyer mit lübischen Truppen erschienen, die Bauern in ganz Dänemark von Schonen bis Jütland gegen den Adel, auch Kopenhagen und Malmö schlossen sich eifrig an. Da aber erkannte der jütische Adel Christian den Dritten als König an, der holsteinische Adel, der alte Todfeind der Hansa, sperrte den Lübeckern die Trave und erzwang im Frieden von Stockelsdorf (November 1534) die Lokalisierung des Krieges auf Dänemark, wohin er nun seine ganze Kraft richtete. Nachdem die jütischen Bauern im Dezember blutig niedergeworfen waren, ging Johann von Rantzau nach Fünen hinüber und schlug am 11. Juni 1535 die hansischen Truppen am Ochsenberge bei Assens. Am nächsten Tage fiel bei Svendborg ein starkes lübisches Geschwader den Gegnern in die Hände, und am 23. Juni stand König Christian der Dritte vor Kopenhagen. Da brach die demokratische Regierung in den Hansestädten, zugleich von einem Strafmandat des Kaisers bedroht, allerorten zusammen; Wullenwever trat im August zurück, und die wiederhergestellte Aristokratie verzichtete im Frieden von Hamburg am 14. Februar 1536 auf alle seine Pläne, worauf denn auch die beiden dänischen Hauptstädte nach zäher Gegenwehr kapitulierten. Wullenwever selbst war schon im November 1535 seinen er-

bitterten Gegnern in die Hände gefallen und wurde am 24. September 1537 als Rebell enthauptet. Er ging unter, nicht weil seine Pläne an sich unvernünftig gewesen wären, sondern weil keine nationale Staatsgewalt hinter ihm stand, ein Städtebund keine Großmacht mehr sein konnte, und der alte grimmige Haß der Stände wieder hervorbrach.

Die mißlungene demokratische Erhebung in Niederdeutschland machte die kirchliche Neuerung nicht rückgängig, aber sie drängte ihre Vertreter zu immer engerem Anschluß an die bestehenden Gewalten und zu immer schärferer Scheidung von den „Schwarmgeistern“. Von Österreich bis in die Niederlande hinein hatten sich die „Täufergemeinden“ verbreitet; sie wurden allerorten, von katholischen wie von protestantischen Behörden, erbarmungslos verfolgt und gerieten dadurch allmählich in eine fanatisch-phantastische Richtung hinein, die auf die Begründung eines „Königreichs Zion“ auf biblisch-kommunistischer Grundlage abzielte, da die Wiederkunft Christi und das Jüngste Gericht nahe bevorstehe. Von den Niederlanden aus, wo diese Anschauung unter den Täufern völlig zum Siege gelangt war, gingen ihre Sendboten predigend und taufend nach Niederdeutschland hinein, namentlich nach dem nahen, stammverwandten Westfalen, wo das Luthertum zuerst in Bischofsstädten, in Minden schon 1530, in Münster 1532, dann aber auch in Soest 1533 zum Siege gelangt war.

Da faßte nun in Münster das schwärmerische Täufertum durch den ersten lutherischen Superintendenten Bernhard Rothmann und den niederländischen Apostel Jan Matthys seit 1533 Fuß, gewann durch seine phantastischen Zukunftspläne die Massen und riß schon im Februar 1534 die Herrschaft über die Stadt an sich. Nur die sofortige Einschließung Münsters durch bischöfliche Truppen verhinderte die weitere Ausbreitung der gefährlichen Bewegung; aber im Juli erklärte sich dort, nachdem Jan Matthys schon um Ostern gefallen war, Jan Bockolt aus Leyden zum „König des neuen Israel“ und führte nach alttestamentlichem Vorbilde ein Regiment, das religiösen Fanatismus, blutige Grausamkeit, üppige Pracht und schamlose Wollust zu einem widerwärtigen Ganzen vereinigte. Aber die Einschließung durch Kreis- und Reichstruppen wurde

immer dichter, die Not in der Stadt immer größer, und in der Johannisnacht 1535 öffnete Verrat den Landsknechten den Eingang. In wütendem Straßenkampfe wurden die Wiedertäufer überwältigt, ihre gefangnen Führer starben auf dem Blutgerüst einen martervollen Tod. Münster verfiel der kirchlichen und politischen Reaktion und wurde fortan die Hochburg der alten Kirche in Westfalen.

Besseren Fortgang gewann die lutherische Reformation dort, wo die Landesfürsten sie in die Hand nahmen. Das geschah in Pommern nach dem Abkommen der beiden Herzöge Philipp des Ersten von Stettin und Barnim des Neunten von Wolgast (August 1534) durch Johann Bugenhagen. In Württemberg, dessen habsburgische Landesregierung durch die Auflösung des Schwäbischen Bundes 1533 ihren besten Halt verloren hatte, fand Herzog Ulrichs Sohn Christoph Hilfe bei den bayrischen Verwandten seiner Mutter Sybille und bei dem tatkräftigen Philipp von Hessen, die beide der habsburgischen Macht einen empfindlichen Schlag versetzen wollten und kein Bedenken trugen, dafür französische Unterstützung anzunehmen. Der Sieg des Landgrafen bei Laufen am Neckar (13. Mai 1534) brachte Württemberg in seine Hand, und der Friede von Kadan am Erzgebirge (29. Juni), den Kursachsen vermittelte, gab dem Herzog Ulrich sein Land als österreichisches Lehen, doch mit Sitz und Stimme im Reichstage, zurück, worauf Ambrosius Blaurer und Erhard Schnepf die lutherische Kirchenordnung durchführten.

Dieser langsamen, aber unaufhaltsamen Ausbreitung des Protestantismus anders als gelegentlich entgegenzutreten, verhinderten den Kaiser immer wieder die verwickelten Beziehungen seiner Weltstellung. Sein glänzender Feldzug gegen das türkische Räubernest Tunis 1535 brachte ihn von neuem in Konflikt mit dessen Oberherrn, dem Sultan, und Franz der Erste benutzte diese Gelegenheit, um nach dem Tode des Herzogs Franz Sforza (1. November 1535) seine Ansprüche auf Mailand im dritten italienischen Kriege (1536—38) wieder aufzunehmen. Deshalb bewog Karl den Papst Paul den Dritten zur Berufung des längst beabsichtigten Konzils für 1537 nach Mantua, um die kirchliche Frage in Deutschland endlich zu lösen; allein die lutherischen Fürsten lehnten schließlich

ihre Beteiligung ab, und der Nürnberger Bund, den am 10. Juni 1538 Herzog Georg von Sachsen, Heinrich von Braunschweig, König Ferdinand und einige süddeutsche Fürsten schlossen, um dem weitern Abfall entgegenzutreten, verschärfte den Gegensatz in gefährlicher Weise. Da gewährte der Kaiser im Frankfurter Anstand (19. April 1539) die Ausdehnung der Nürnberger Zugeständnisse von 1532 auch auf die erst seitdem übergetretenen Reichsstände, veranlaßte aber auch Ausgleichsverhandlungen zwischen den deutschen Religionsparteien (in Hagenau, Worms und Regensburg, 1540/41.) Obwohl diese der Natur der Sache nach ergebnislos blieben, und der Regensburger Reichstagsabschied vom 29. Juli 1541 den protestantischen Ständen bis zur Entscheidung durch ein Konzil alle weiteren Neuerungen verbot, gab doch der Kaiser eine Deklaration dieses Abschiedes, die ihn tatsächlich fast aufhob. Aber seitdem wußte er, daß die Unterwerfung der deutschen Opposition unter die päpstliche und die kaiserliche Autorität nur mit Waffengewalt möglich sei, und er begann sich darauf vorzubereiten.

In der Tat, das Luthertum ergriff ein größeres Territorium Norddeutschlands nach dem andern, zunächst in demselben Jahre 1539 zwei der wichtigsten Gebiete, beide infolge eines Thronwechsels. Nach dem Tode Herzog Georgs von Sachsen, eines abgesagten Feindes des Luthertums, 17. April 1539, führte der Nachfolger, sein Bruder Heinrich der Fromme, der bisher in Freiberg eine kleine selbständige Herrschaft regiert hatte, das albertinische Sachsen zum Luthertum hinüber. Sein Sohn Moritz (1541—53), nach dem kriegerischen Schutzheiligen des sächsischen Stammes getauft (geb. 1521), ein kühl berechnender und ehrgeiziger junger Fürst, setzte das Werk des Vaters fort, verwandte besonders die Güter der eingezognen Klöster zu besserer Ausstattung der Universität Leipzig und zur Gründung der drei Fürsten- und Landesschulen Schulpforta, Meißen und Grimma. Kurz nach Heinrich von Sachsen, am 1. November 1539, trat Kurfürst Joachim der Zweite von Brandenburg (1535—1571), dessen Vater Joachim der Erste mit harter Hand alle protestantischen Regungen niedergehalten hatte, öffentlich zur evangelischen Kirche über und führte die lutherische Ordnung durch, nicht ohne daß hier

wie im albertinischen Sachsen ein großer Teil des Adels sich zunächst ablehnend verhalten hätte. Joachims Beispiele folgten rasch Mecklenburg und Braunschweig-Calenberg. Im benachbarten Erzstift Magdeburg mußte der Erzbischof Albrecht (von Brandenburg) 1541 die Übernahme seiner Schulden von den Ständen damit erkaufen, daß er die kirchliche Neuerung zuließ; im Reichsstift Quedlinburg veranlaßte die Abtissin Gräfin Anna von Stolberg selbst ihre Annahme. Der einzige größere weltliche Fürst Norddeutschlands, der noch an der alten Kirche festhielt, Herzog Heinrich von Braunschweig, geriet, als er die Reichsstadt Goslar, eine Genossin des Schmalkaldischen Bundes, bedrängte, mit diesem in Konflikt. Er wurde daher 1542 mit Heeresmacht aus dem Lande gejagt, und dieses wurde reformiert. Am Niederrhein trat Herzog Wilhelm der Dritte von Cleve-Jülich-Berg, der schon 1537 durch die Wahl der Stände auch das ausgedehnte und wegen seiner Lage wichtige Herzogtum Geldern erworben hatte, i. J. 1543 offen zum Luthertum über, statt die von seinem Vorgänger Johann dem Dritten eingeschlagene, vermittelnde erasmische Richtung fortzusetzen, und sein Nachbar, der Erzbischof-Kurfürst von Köln, Graf Hermann von Wied, begann 1543 aus ehrlicher Überzeugung im Einverständnis mit dem weltlichen Stiftsadel die Reformation.

Gerade diese niederrheinischen Verhältnisse haben den Kaiser zuerst zum Kampfe getrieben, weil er die sorglich gehütete Glaubensreinheit seiner Niederlande schützen wollte. Obwohl er noch im Kriege mit dem Sultan war, der nach dem Tode Johann Zapolyas 1541 Ungarn in das Paschalik Buda verwandelt hatte, und seit 1542 auch gegen Franz den Ersten, der sich zum Entsetzen der Christenheit sogar mit den Türken verbündete, warf er im Sommer 1543 in einem kurzen Feldzuge den Herzog von Cleve nieder, der zugleich ein Bundesgenosse Frankreichs war, und zwang ihn, Geldern herauszugeben und auf die lutherische Reformation zu verzichten. Kurzsichtig hatte der Schmalkaldische Bund dem bedrängten Fürsten die Hilfe verweigert, da es sich um eine politische Frage handle. Die Bedeutung des Bundes war sichtlich im Sinken, denn Philipp von Hessen hatte schon 1541 dem Kaiser seine Unterstützung in „weltlichen" Dingen versprochen, Moritz von

Sachsen war ihm gar nicht beigetreten, und Joachim von Brandenburg hatte die Anerkennung seiner Kirchenreform vom Kaiser mit der Verpflichtung erkauft, ihm fernzubleiben. Der Bund vereinigte also keineswegs das ganze evangelische Deutschland, und seine Leitung war großen politischen Aufgaben nicht gewachsen. So gelang es dem Kaiser auf dem Reichstage von Speyer im Februar 1544, den Reichskrieg gegen Frankreich durchzusetzen, indem er die Regensburger „Deklaration" in den Reichstagsabschied aufnehmen ließ, ihr also reichsgesetzliche Geltung verschaffte, und falls das zunächst geplante allgemeine, freie christliche Konzil nicht zustande komme, die Entscheidung der kirchlichen Frage dem Reichstage überlassen zu wollen erklärte. Geschreckt durch das rasche Vordringen des kaiserlichen Heeres bis Chateau-Thierry und Soissons, genehmigte Franz der Erste am 18. September 1544 den Frieden von Crépy auf Grund der Bedingungen von Cambrai. Im nächsten Jahre, 10. November 1545, wurde auch mit den Türken ein zehnjähriger Waffenstillstand geschlossen. Der Krieg mit den auswärtigen Feinden war zu Ende, der Krieg gegen die deutschen Ketzer begann.

Denn kein Zweifel: gingen die Dinge ihren natürlichen Lauf, so gehörte binnen wenig Jahren ganz Deutschland dem Protestantismus, wie ihn Luther vertrat. In diesem einen Manne sah die Nation ihr eigenes Wesen verkörpert, durch seine Arbeit ihre tiefsten Bedürfnisse befriedigt. Mächtiger als jemals ein König regierte dieser schlichte Professor und Prediger von seiner Studierstube aus durch den Zauber seiner Persönlichkeit und die Macht seines Wortes ein Vierteljahrhundert lang die germanische Welt, und das kleine Wittenberg wurde für einige Jahrzehnte durch ihn ihr beherrschender geistiger Mittelpunkt. Eine ungeheure Energie, eine unerschöpfliche Arbeitskraft, eine zermalmende, zuweilen auch blinde Leidenschaft, ein kühner Freimut gegen die Willkür der Fürsten wie gegen die ärgere betörter Volksmassen verbanden sich in ihm mit einer unerschütterlichen, in heißen innern Kämpfen errungenen und immer wieder befestigten Glaubenszuversicht, für die er nun freilich, wollte er überhaupt eine Kirche gründen und behaupten, auch eine unbedingte Autorität in Anspruch nehmen mußte, ohne einer an-

dern persönlichen Überzeugung dasselbe Recht zugestehn zu können, das Recht, das er doch selbst ursprünglich für sich gefordert hatte. Dieser innere Widerspruch zwischen dem Luther von 1521 und dem späteren hat ihn oft genug gequält und finstere Gedanken in ihm hervorgerufen, aber er fand Kraft und Trost immer wieder in einem ganz persönlichen Verhältnis zu Gott, als dem allmächtigen und allliebenden Vater. Denn dieser gewaltige Mensch war zugleich eine weiche, liebebedürftige und liebespendende Natur, ein zärtlicher Vater, ein unermüdlicher Wohltäter, ein treuer Freund und ein heiterer Gesellschafter, dem es Bedürfnis war, alles, was ihn gerade innerlich beschäftigte, in behaglicher Rede, bald launig und heiter, bald ernst und tief vor seinen Gästen auszuströmen. Für seine „lieben Deutschen" dachte er und schrieb er in der allen verständlichen Sprache, die durch ihn zur Schrift-, Kirchen- und Schulsprache und zu einem neuen Bindemittel aller Stämme und Konfessionen seines zerklüfteten Volkes wurde, volkstümlich, klar und tief als der größte Sprachbildner und Sprachmeister deutscher Nation. Auch darin war er ein Mann des Volkes, daß in ihm eine tiefe Ehrfurcht vor der Hoheit des Reichs und des Kaisertums lebte, obwohl dieser Kaiser der abgesagte Feind seines Lebenswerks war. Darum ist es ein Glück für ihn selbst gewesen, daß er den unvermeidlichen Zusammenstoß nicht mehr erlebt hat. Am 18. Februar 1546 ist er in seiner Vaterstadt Eisleben im festen Glauben an die von ihm erkämpfte Wahrheit friedlich gestorben. Seine letzte Ruhestätte aber fand er in der Schloßkirche zu Wittenberg, von der sein Wort zuerst in die Welt gegangen war.

Kirchliche Autorität und „Ketzerei", Kaisertum und fürstliche Opposition standen einander gegenüber, als Paul der Dritte das längst verheißene Konzil für den Dezember 1545 nach Trient berief, und Karl der Fünfte seine Beschickung von den Protestanten forderte. Ihre Weigerung ließ in ihm den Entschluß zum Kriege reifen; es bestärkte ihn die Gefangennahme Heinrichs von Braunschweig bei dem Versuche, in sein Land zurückzukehren (September 1545), und der Übertritt des Kurfürsten Friedrichs des Zweiten von der Pfalz zum Luthertum im Januar 1546, der die Mehrheit des Kurkollegiums in die Hände der Protestanten zu bringen drohte. Verhand-

lungen in Regensburg im Juni 1546 deckten die weitere politische und militärische Vorbereitung. Mit dem Papste und Herzog Wilhelm von Bayern war er bereits verbündet, den Herzog Moritz von Sachsen hoffte er zu gewinnen. Denn dieser, schon 1542 mit dem Kurfürsten Johann Friedrich über den Besitz des bischöflich meißnischen Amts Wurzen in ärgerliche Händel verwickelt, begehrte im Wettstreit mit dem Ernestiner die Schutzherrschaft über die Stifter Magdeburg und Halberstadt und womöglich die Kurwürde. Der alte Zwist der Ernestiner und der Albertiner (S. 60), lange Zeit noch verschärft durch den kirchlichen Gegensatz beider Linien, wurde jetzt zum welthistorischen Verhängnis. Moritz ließ sich von den kaiserlichen Räten betören; einen festen Vertrag schloß er freilich noch nicht. Um so energischer trat der Kaiser gegen die Schmalkaldener auf; als er ihre Gesandten am 16. Juni dahin beschied, daß er gegen die „Ungehorsamen" seine Autorität brauchen werde, faßten sie das mit Recht als Kriegserklärung auf.

Wieder beurteilte er seine Deutschen falsch. Er meinte nur wenige Fürsten gegen sich zu haben, und er sah fast das ganze protestantische Volk sich gegenüber. Es wußte sehr wohl, um was es in den Kampf ging, um die Freiheit seines Glaubens und seines Daseins gegen die beiden wieder eng verbundnen universalen Gewalten des Mittelalters, die es jetzt als eine päpstliche und hispanische Fremdherrschaft empfand. Denn fremde Räte umgaben den Kaiser, und fremde Truppen zogen ihm zu. Aber freilich, er blieb immer der Kaiser. Das lähmte die Führer der Schmalkaldner; es hinderte sie, ein positives Ziel über die bloße Abwehr hinaus ins Auge zu fassen, und drückte ihrer ganzen Kriegführung und Politik das Gepräge der Schlaffheit und Halbheit auf.

Raschen Marsches war der Augsburger Feldhauptmann Sebastian Schertlin von Burtenbach Anfang Juli auf der großen Straße nach Italien ins Gebirge vorgedrungen, hatte die Ehrenberger Klause und den Fernpaß besetzt und wollte auch die Brennerstraße gewinnen, um sie den aus Italien heranziehenden Truppen des Kaisers zu sperren; doch die Kriegsräte riefen ihn ängstlich zurück, und jene Truppen, sowie spanische Scharen, die aus Ungarn kamen, stießen nun bei Landshut ungehindert zum Kaiser. So militärisch gesichert, verhängte dieser dort am 26. Juli des Reiches Acht über Johann Friedrich von Sachsen und Philipp von Hessen. Sie hatten inzwischen eine Streitmacht von 60 000 Mann bei Donauwörth vereinigt und begegneten dem weit schwächern Kaiser bei Ingolstadt. Aber sie wagten es weder, sein verschanztes Lager ernsthaft anzugreifen, noch verstanden sie es, ihm den Zuzug seiner niederländischen Truppen abzuschneiden, die den Rhein heraufkamen. So ging er zum Angriff über und bedrohte, über Nördlingen vordringend, das wichtige Ulm. Hier standen beide Teile einander bis in den November hinein unbeweglich und untätig gegenüber. Aber als das rauhe deutsche Herbstwetter den südländischen Truppen des Kaisers und wachsende Geldnot beiden Teilen schon arg zusetzten, kam die Nachricht, daß Herzog Moritz in Kursachsen eingebrochen sei. Da löste sich das schmalkaldische Bundesheer auf, und Kurfürst Johann Friedrich eilte nach der Heimat. Die süddeutschen Bundesgenossen aber machten einzeln ihren Frieden mit dem Kaiser. Nicht eine dieser großen, reichen, wehrhaften Städte wagte es, eine Belagerung auszuhalten; so stark wogen die materiellen Interessen vor, namentlich bei den großen Kaufherrengeschlechtern in Augsburg. Mit schweren Kontributionen und Auslieferung ihres Geschützes mußten sie und der Herzog von Württemberg Schonung erkaufen; Hermann von Wied aber wurde seines Erzbistums entsetzt.

Herzog Moritz, durch ein Abkommen mit König Ferdinand in Prag seiner Beute erst jetzt völlig sicher und von seinen Ständen widerwillig zur Vollstreckung der Acht gegen Johann Friedrich ermächtigt, hatte zusammen mit böhmischen Truppen seit Anfang November binnen vierzehn Tagen Kursachsen mit Ausnahme von Wittenberg und Gotha in seine Hand gebracht. Schon aber kam in Eilmärschen durch Franken der tiefgekränkte Kurfürst heran, sonst schwerfällig und bedächtig, hier aber von durchschlagender Energie. Bis Ende des Jahres nahm er sein Kurfürstentum wieder ein, besetzte am 1. Januar 1547 auch Halle, nötigte den Erzbischof zum Verzicht auf sein Stift und empfing die Huldigung des Stiftsadels. Zwar das wichtige Leipzig widerstand einer dreiwöchigen Belagerung, und der strenge Winter gebot beiden Parteien Stillstand; aber die

utraquistischen Stände Böhmens verweigerten ihrem König Ferdinand die Hilfe, stellten selbst ein Heer auf und setzten sich mit dem Kurfürsten in Verbindung, der zu ihrer Unterstützung Truppen ins Erzgebirge sandte. Dazu rüsteten die niedersächsischen Stände und Städte zu seinem Beistande. Auch Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach, den der Kaiser zur Unterstützung des Herzogs Moritz schickte, wurde am 2. März in Rochlitz überfallen und völlig geschlagen, und der Herzog wich, sein Land bis auf wenige feste Plätze räumend, über das Erzgebirge nach Böhmen zurück. Noch schien eine Wendung zugunsten der protestantischen Sache möglich.

Da entschloß sich der Kaiser, persönlich in Norddeutschland die Entscheidung herbeizuführen. Am 5. April vereinigte er sich in Eger mit Moritz und König Ferdinand, am 13. überschritt er mit der Hauptmasse seines Heeres die Grenze des kursächsischen Vogtlandes und ließ es von da in zwei Kolonnen gegen die Elbe vorgehen, die Johann Friedrich, durch Entsendungen bis auf 6000 Mann geschwächt, bei Meißen überschritten hatte, um nordwärts abzuziehen, ohne eine Ahnung, daß der Gegner so nahe sei. So ließ er sich am 24. April 1547, am Sonntage Misericordias Domini, bei dem Städtchen Mühlberg von den Kaiserlichen überraschen, wich unter beständigen Gefechten in die Lochauer Heide, sein altes Jagdrevier, zurück und fiel endlich, als seine Truppen zersprengt waren, nach tapferer persönlicher Gegenwehr verwundet in die Hände seiner Verfolger. Es war der Höhepunkt im politischen Leben Karls des Fünften, als der gefangne Kurfürst, das Haupt dieser trotzigen reichsfürstlichen Opposition, im Abenddunkel ihm vorgeführt wurde; doch Johann Friedrich bewahrte völlig seine Würde und Fassung. Auch daß ihn der Kaiser durch ein ganz unzuständiges Kriegsgericht als Rebellen zum Tode verurteilen ließ, schreckte ihn nicht; nicht einmal zu dem Versprechen, sich dem Konzil zu unterwerfen, war er zu bewegen. Aber den Kampf um die Rechte seines Hauses gab er auf. In der Wittenberger Kapitulation vom 19. Mai 1547 fügte er sich auf unbestimmte Zeit in des Kaisers Gefangenschaft, verzichtete auf die Kur und seine Lande bis auf einige thüringische Ämter und gestand die Übergabe des festen Wittenberg zu. Am 23. Mai zog der Kaiser in der kleinen Elbstadt

ein, von der die ganze gewaltige Bewegung ausgegangen war. Die Kur, das Kurland und den kursächsischen Anteil am Meißnerlande übertrug er dem Herzog Moritz. Wenige Wochen später, am 19. Juni, brachte er in Halle auch das zweite Haupt des Schmalkaldischen Bundes, Philipp von Hessen, in seine Hand, durch eine Überlistung, bei der Kurfürst Moritz, der Schwiegersohn des Landgrafen, der Mitbetrogene war; König Ferdinand warf seinen aufständischen böhmischen Adel mit harter Hand nieder. Nur Niedersachsen blieb unbesiegt. Ein kaiserliches Heer, mit dem Erich von Braunschweig Bremen belagerte, wurde von den niedersächsischen Verbündeten unter Christoph von Oldenburg zum Abzuge gezwungen und am 23. Mai bei Drakenburg an der Weser aufs Haupt geschlagen.

Aber das übrige Deutschland lag zu den Füßen des Kaisers. Als er den „geharnischten Reichstag“ in Augsburg eröffnete, erwiesen sich die einst so stolzen Fürsten fügsam genug. Da er mit Papst Paul dem Dritten in Zwist geraten war, so hatte dieser das Konzil nach Bologna verlegt und damit die Beratungen ins Stocken gebracht. Es gab also keine Beschlüsse, denen man die besiegten Protestanten hätte unterwerfen können. Aber die Reichsstände nahmen am 15. Mai 1548 ohne Widerrede das sogenannte Interim an, das den Evangelischen Priesterehe, Laienkelch und Entbindung von den Fastengeboten nur bis auf weiteres zugestand; sie willigten in die Befreiung der Niederlande von den Reichsgesetzen und genehmigten einen ansehnlichen Betrag für die Aufstellung eines Reichsheeres. Nur wo ihre fürstliche Libertät ins Spiel kam, bei dem Versuche des Kaisers, die Reichsstände ohne Rücksicht auf die schwerfälligen Formen des Reichstags in einen freien Bund nach dem Muster des Schwäbischen Bundes für Aufstellung eines Reichsheeres zu vereinigen, zeigten sich die Fürsten beider Konfessionen unnachgiebig. Mochten sie aber zugestehn, was sie wollten, das protestantische Volk fügte sich nicht. Erst mit Waffengewalt, und nur so weit diese reichte, konnte die Durchführung des Interim in Süddeutschland erzwungen werden; im Norden ersetzte Kurfürst Moritz selbst es durch eine besondre sächsische Kirchenordnung, das Leipziger Interim (Dezember 1548), das dem katholischen

Kultus nur einige Zugeständnisse machte, und die tapferen Niedersachsen, Magdeburg voran, wiesen die Unterwerfung kurzweg ab. Dafür wurde die Stadt allerdings geächtet. Allein der Plan des Kaisers, seinem Sohne Philipp (dem Zweiten), einem bigotten und hochmütigen Kastilianer, die Nachfolge König Ferdinands im Reiche zu übertragen, um ihm die Kaiserkrone zu sichern und so den Zusammenhang seines Weltreichs auch für die Zukunft zu behaupten, trieb alle Reichsfürsten zu entschlossener Opposition, und im protestantischen Volke kochte der heiße Groll gegen die kirchliche Knechtung und die spanische Dienstbarkeit. Nur der Führer fehlte noch.

Der wurde Kurfürst Moritz, den sein eignes Volk den „Judas von Meißen" nannte, durch ein ebenso verwegenes wie schlaues und treuloses Spiel. Er war der einzige wirkliche Staatsmann der deutschen Protestanten im ganzen sechzehnten Jahrhundert, denn er hatte den Willen zur Macht. Gegenüber den altlutherischen „Betefürsten", die treuherzig gemeint hatten, ihre schwererkämpfte Glaubensüberzeugung reiche aus zur Führung einer verwickelten, großen Politik, war er ein Vertreter der jüngern Generation, ein Weltkind ohne religiöse Wärme, hochstrebend, ehrgeizig, trotz aller Sinnlichkeit und Leidenschaftlichkeit nüchtern und verschlagen, und doch von stürmischer Tatkraft, seinen Zeitgenossen unsympathisch, und doch eine besondre Ausprägung deutscher Art. Erst Moritz hat das albertinische Sachsen in ein abgerundetes, haltbares Gebiet von etwa 530 Geviertmeilen verwandelt. Es besaß die Elbe, die wichtigste Verkehrsstraße des deutschen Ostens, von der Nordgrenze Böhmens bis unterhalb von Wittenberg und reichte mit seinem nordthüringischen Besitz westwärts bis an die Werra, beherrschte also auf eine weite Strecke die alte westöstliche Völkerstraße durch Mitteldeutschland nach Schlesien und Polen. Der große Meßplatz Leipzig und die immer noch reichen Silbergruben des Erzgebirges sowie eine schon ansehnliche Industrie machten Kursachsen zu dem am meisten wirtschaftlich entwickelten Territorium des ganzen kolonialen Deutschlands. Hier begründete Moritz die Anfänge einer einheitlichen monarchischen Verwaltung, die er meist schon in die Hände bürgerlicher, rechtsgelehrter Beamten legte, und vollendete den Bau der lutherischen Landeskirche unter seiner Kirchenhoheit, die von (3) Konsistorien ausgeübt wurde. Die Landtage berief er oft, aber meist nur in der Form lenksamerer Ausschüsse, und aus der Verwaltung drängte er den Adel mehr und mehr zurück. Aber vor allem lebte er in der Reichspolitik, er hob Sachsen wirklich auf kurze Zeit an die Spitze des protestantischen Deutschlands. Sein nächstes Ziel war die Erwerbung der Stiftslande Magdeburg und Halberstadt, denn damit wäre er die Elbe abwärts bis an die Havelmündung vorgedrungen, hätte sich also der Nordsee genähert und Brandenburg von Westdeutschland fast abgeschnitten.

Er glaubte diesem heiß ersehnten Ziele schon nahe zu sein, als er sich Karl dem Fünften anschloß. Aber nur zum Teil hatten sich seine Hoffnungen erfüllt; gerade die Stiftslande hatte er nicht erhalten, die tödlich beleidigten Ernestiner waren nicht vernichtet, die Gefangennahme Philipps von Hessen hatte ihn an seiner Ehre angegriffen, und die Pläne des Kaisers betrachtete er mit demselben Argwohn wie seine Mitfürsten. Äußerlich hielt er das gute Einvernehmen mit Karl, der auch ihm niemals getraut hat, vorsichtig aufrecht, er übernahm sogar im November 1550 die Vollstreckung der Acht gegen Magdeburg, um sie keinem andern zu überlassen. Aber im tiefsten Geheimnis trat er in Verbindung mit protestantischen Fürsten des Nordens, Hans von Küstrin, Albrecht von Preußen, Albrecht von Mecklenburg, den Söhnen Philipps von Hessen und Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, und fand einen Rückhalt an Heinrich dem Zweiten von Frankreich. Im Vertrage von Lochau und Chambord (1551/52) erkauften die Verbündeten die französische Hilfe, indem sie dem König gestatteten, die lothringischen Stiftslande Metz, Toul und Verdun als „Reichsvikar" zu besetzen. So heillos verfahren war die Lage durch die Schuld aller Teile, daß man deutsches Land den Fremden opfern und die kaiserliche Autorität zerschlagen mußte, um zugunsten der reichsfürstlichen Libertät die fremde Herrschaft abzuwerfen und die Glaubensfreiheit zu retten.

Inzwischen hatte im November 1551 Magdeburg sich zum Schein ergeben. Moritz hielt seine Truppen um Erfurt zusammen, angeblich, weil es an Geld fehle, sie abzulohnen,

erklärte aber zugleich, das im September 1551 wieder in Trient eröffnete Konzil beschicken zu wollen, um dessentwillen Karl der Fünfte seinen Aufenthalt in Innsbruck genommen hatte. Dann aber benützte er die wiederholte Weigerung des Kaisers, Philipp zu entlassen, zum Vorwande einer urplötzlichen Erhebung, als König Ferdinand wieder im Kriege mit den Türken lag, also mit umsichtiger Benutzung der Gesamtlage Europas. Im März 1552 brach er von Erfurt auf, zog in Franken Wilhelm von Hessen und Albrecht von Brandenburg-Kulmbach an sich, erreichte schon am 4. April in atemlosen Eilmärschen Augsburg, den wichtigsten Geldplatz des Kaisers, den Schlüssel der Straße nach Innsbruck, seinem Ziele. Zugleich rückten die Franzosen zum Schutze der „deutschen Freiheit" in Lothringen ein, gewannen Toul und Verdun ohne Widerstand, das stolze Metz nur durch hinterlistigen Verrat. Wohl erreichte nun König Ferdinand durch Verhandlungen mit Moritz in Linz dessen Einwilligung, zum 26. Mai eine Zusammenkunft der neutralen Fürsten nach Passau zu berufen und an demselben Tage den Waffenstillstand beginnen zu lassen, aber in der Zwischenzeit blieb dem Kurfürsten freie Hand zum Vormarsche auf Innsbruck. Am 19. Mai erstürmte er die Ehrenberger Klause, am 23. Mai zog er mit glänzendem Gepränge in Innsbruck ein, das Karl wenige Tage zuvor verlassen hatte, um über den Brenner nach Kärnten zu flüchten. Die Fahnen der Protestanten wehten von der Nordsee bis zum Brenner, die Macht des Kaisers über Deutschland war vernichtet, und die fürstliche Libertät hatte triumphiert. In dem Vertrage von Passau vom 16. Juli 1552 zogen die neutralen Fürsten, vermittelnd dazwischentretend, die Folgerungen. Er bestimmte die Entlassung der Truppen bis zum 12. August, die Befreiung Philipps von Hessen, die Herstellung aller Geächteten. Die Entscheidung der kirchlichen Frage aber überwies er dem Reichstage, entzog sie also dem Konzil, ein ungeheurer, entscheidender Erfolg.

Nur mit äußerstem Widerstreben hatte der Kaiser diesen Vertrag genehmigt, und er setzte seine letzte Kraft an die Zerstörung der Ergebnisse des Jahres 1552. Mit geringem Glück. Zunächst scheiterte die Belagerung von Metz im Herbst desselben Jahres an der tapferen Gegenwehr des Herzogs Franz

von Guise. Dann aber gewann Karl den Markgrafen Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, dessen Raubverträge mit den fränkischen Stiftslanden in Passau nicht bestätigt worden waren, indem er dieselben Verträge skrupellos genehmigte; er verhandelte sogar mit Johann Friedrich, nachdem dieser im September 1552 in sein geschmälertes Land zurückgekehrt war. Dagegen trat Kurfürst Moritz, um seine Erfolge und den Frieden im Reiche zu behaupten, mit dem Heidelberger Fürstenbund, den im März 1553 Bayern, Württemberg, Kurpfalz, Jülich, Mainz und Trier, also protestantische und katholische Fürsten, zur Wahrung ihres Besitzstandes geschlossen, mit König Ferdinand, Heinrich von Braunschweig, den bedrohten Bischöfen u. a. in Verbindung und eilte, als der Markgraf von Franken aus gegen Niedersachsen vorging, selbst dorthin. In blutiger Schlacht bei Sievershausen zwischen Braunschweig und Hannover zertrümmerte er am 9. Juli 1553 das Heer des Markgrafen, aber im wilden Getümmel der Reiterschlacht erhielt er selbst einen tödlichen Schuß in den Rücken; am 11. Juli verschied er im Lager. Die Frage, ob er über seine fürstlich-dynastischen Pläne hinaus Größeres für die ganze Nation erstrebt habe, hat er ungelöst mit ins Grab genommen; nicht unwahrscheinlich, daß er nach der Kaiserkrone strebte.

Nun gab der Kaiser, früh gealtert und leidend, den Kampf auf und überließ die Leitung der deutschen Dinge seinem Bruder Ferdinand. Dieser war es, der nach endlosen, schwierigen Verhandlungen den Religionsfrieden von Augsburg am 25. September 1555 zustande brachte. Gemäß der seit 1526 entwickelten Kirchenhoheit (jus in sacra) wurde den Landesherrschaften ausdrücklich die Entscheidung über das Bekenntnis ihres Gebiets (jus reformandi) zugesprochen, so daß den Andersgläubigen nur die Unterwerfung oder die Auswanderung blieb; doch die Ketzergesetze der mittelalterlichen Kirche waren damit aufgehoben. Auf die Reichsstädte fand die Bestimmung keine volle Anwendung; ihre kirchlichen Verhältnisse sollten vielmehr so bleiben, wie sie augenblicklich waren, und über die geistlichen Fürstentümer konnten sich die Parteien überhaupt nicht einigen, da sie nicht Erb-, sondern Wahlfürstentümer waren, und die protestantischen Fürstengeschlechter die Mitbewerbung um sie ebensowenig aufgeben wollten wie

die Kirche ihr Kirchengut. Daher wurde die katholische Forderung, daß ein geistlicher Fürst, der überträte, sein Amt aufgeben solle, (geistlicher Vorbehalt, reservatum ecclesiasticorum), von den Protestanten, die protestantische, daß die evangelischen Untertanen geistlicher Fürsten nicht zur Auswanderung gedrängt werden dürften, von den Katholiken zurückgewiesen, aber trotz dem Protest die erste Bestimmung in den Vertrag, die zweite nur in eine private Deklaration Ferdinands gesetzt. So blieb die wichtigste Frage der Zukunft ungelöst, eine Frage der Macht, nicht des Rechts, und diese geistlichen Herrschaften, das eigentümlichste Erzeugnis der Ottonischen Reichsverfassung (I, 88 f.), wurden der Nation zum Verhängnis.

Karl der Fünfte hatte sich nach den Niederlanden zurückgezogen. Hier übertrug er 1554/55 seine spanischen, italienischen und niederländischen Reiche seinem Sohne Philipp dem Zweiten und verzichtete 1556 auf die Kaiserkrone zugunsten seines Bruders Ferdinand, brach also das Weltreich notgedrungen in Stücke. Damit entschied sich zugleich fast unbemerkt die tatsächliche Trennung der Niederlande und der Reste der italienischen Lande vom Reiche zugunsten einer höchst unnatürlichen Verbindung mit Spanien, in Deutschland aber der Sieg der fürstlichen Libertät. Denn nicht nur mußte sich Ferdinand der Erste in seiner Wahlkapitulation verpflichten, niemals ohne den Rat der Stände zu regieren, sondern auch die Handhabung der Kreisordnung wurde in die Hand eines „kreisausschreibenden" Fürsten gelegt, und die Ernennung der Mitglieder des Kammergerichts den Fürsten überlassen. Mit dem Bewußtsein, ein Besiegter zu sein, ist Karl der Fünfte am 21. September 1558 in der freigewählten Einsamkeit des spanischen Klosters San Yuste verschieden. Am Widerstande der deutschen Nation, am Werke Martin Luthers war der Weltherrscher gescheitert. Aber daß sein Haus über Italien, Böhmen und Ungarn gebot, daß daraus eine selbständige Großmacht erwuchs, die auch die deutsch-österreichischen Länder allmählich aus dem Reichsverbande löste, und daß die römische Kirche sich in Deutschland behauptete, das war doch im wesentlichen sein Werk, und bestimmend hat er damit auf die Zukunft Deutschlands und Europas eingewirkt.

* * *

Die deutsche Reformation war nicht aus der Renaissance hervorgegangen, wie etwa die verwandten Bestrebungen des Erasmus, sondern aus den tiefsten religiösen Bedürfnissen des deutschen Gemüts. Sie verhalf deshalb auch der freien Persönlichkeit und der germanischen Eigenart vollends zum Durchbruch und wirkte auf die verschiedensten Lebensgebiete befruchtend ein, während sie auf ungermanischem Boden nirgends zu dauernden Erfolgen gelangt ist. Aber sie mußte sich mit allen Mächten der Zeit auseinandersetzen, sie in ihre Dienste nehmen oder bekämpfen, also auch Verbindungen eingehen, die die ursprüngliche Reinheit ihres Prinzips trübten. Es war ihr nicht gelungen die ganze Kirche zu erneuern, sie war vielmehr zur Gründung einer neuen Kirchengemeinschaft gedrängt worden, und in dieser selbst lebte der Widerspruch weiter zwischen der freien Glaubensüberzeugung des Einzelnen und dem Zwange des Bekenntnisses dessen jede Kirche bedarf. Von der Freiheit war Luther ausgegangen, zum Zwange wurde er gedrängt, da sonst seine Reformation im Sturme der Zeit niemals Bestand gewonnen hätte, und seine kleinen Nachfolger wurden immer engherziger. Er hatte mit dem Recht auf persönliche Glaubensfreiheit die Freiheit auch der wissenschaftlichen Forschung gefordert, und in der Tat waren seine Bibelübersetzung, Melanchthons Loci communes (die erste lutherische Dogmatik) und die Augsburger Konfession die ersten großen Taten der freien, modernen deutschen Wissenschaft im Sinne auch der Renaissance; aber der Betrieb der neuen Theologie auf den Universitäten, der die Exegese und Dogmatik in den Vordergrund stellte, bewegte sich bald völlig wieder in den Bahnen der Scholastik, von der Luther sie hatte losreißen wollen. Ihm hatte das Ideal einer nationalen Volksbildung vorgeschwebt, und seine Bibelübersetzung und seine Katechismen hatten ihr dienen sollen; aber da die Reformation den Humanismus in ihre Dienste hatte nehmen müssen, so hielten die Lateinschulen das alte formale Bildungsideal, den in Wort und Schrift gewandten Lateiner, unter Männern wie Johann Sturm. Michael Neander, Valentin Trotzendorf u. a., mit neuen, verbesserten Mitteln fest, nur daß sie nicht mehr allein Diener der Kirche, sondern auch der Gemeinde und des Staats bilden

wollten. Die Volksschule lag im Wesen des Protestantismus, weil er auf der geistigen Selbständigkeit des Einzelnen beruht, aber sie blieb in den Anfängen stecken.

Also überwucherte rasch die lateinische Gelehrtenbildung. Diese beherrschte nach wie vor alle Wissenschaft, denn es gab kaum eine Wissenschaft außer der antiken. Daher blieb die Rechtswissenschaft ausschließlich römisch, das deutsche Recht ohne wissenschaftliche Pflege. Volkstümlicher war die Geschichtsschreibung, denn neben großen Werken in elegantem Humanistenlatein und in den Formen des Livius, wie des protestantischen Rheinländers Sleidanus glänzende Geschichte der Zeit Karls des Fünften, die die Reformation bereits ganz im Zusammenhange der Weltbegebenheiten vorführt, stehen deutsche Landschaftsgeschichten, wie von Thurmair (Aventinus), Tschudi, Kantzow, Köster (Neocorus), und naive Selbstbiographien, wie von Sebastian Schertlin, Götz von Berlichingen, Hans Schweinichen. Am stärksten war der Einfluß der Renaissance auf die exakten Wissenschaften, weil sie unmittelbar an die griechische Wissenschaft anknüpften. So führte Nikolaus Kopernikus aus Thorn (1473—1543) eine antike Hypothese von der zentralen Stellung der Sonne im Planetensystem mit allen Mitteln verbesserter Kenntnis durch und brach damit einem neuen Zeitalter der Astronomie die Bahn, das später der Schwabe Johann Kepler (1571—1630) durch die Entdeckung der nach ihm benannten Naturgesetze der Planetenbewegung vollends heraufführte. Durch schärfere astronomische Beobachtungen gelang es, allmählich auch die Fehler der Ptolomäischen Karten zu verbessern, durch die Anwendung des Gradnetzes richtigere Bilder der Erdoberfläche zu gewinnen. Die beschreibenden Naturwissenschaften kehrten mehr und mehr zu der Sammlung und Beobachtung des Materials zurück. Der medizinische Unterricht der Universitäten hielt zwar immer noch an den griechischen und arabischen Autoritäten fest, begann aber doch auch mehr und mehr durch die Sektion zu einer lebendigen Anschauung des menschlichen Körpers anzuleiten, und der Niederländer Andreas Vesalius (Witing aus Brüssel, † 1564), der Leibarzt Karls des Fünften, wurde durch sorgfältigste Beobachtung der Begründer der modernen anatomischen Methode, während dem phantastisch-genialen

Theophrastus Paracelsus († 1541) zuerst die Ahnung aufging, daß der Lebensprozeß aus chemischen Veränderungen bestehe. Die Chemie (Alchemie) machte bedeutende Entdeckungen, freilich indem sie dem Aberglauben huldigte, aus unedlen Stoffen Gold herstellen zu können, und auch die Astronomen, selbst Männer wie Kepler, blieben noch lange Zeit vor allem Astrologen.

So sehr ging die Wissenschaft dieser Zeit überhaupt immer noch von Autoritäten und unbewiesenen Voraussetzungen aus, daß sie einen entsetzlichen Wahn in ein förmliches theologisch-juristisches System brachte, den Glauben, die Menschen, besonders Frauen, könnten durch Zauberkünste mit dem Teufel, an dessen persönlichem Dasein auch Luther nicht zweifelte, in Verbindung treten, allerdings gegen die Verschreibung ihrer unsterblichen Seele. Seitdem Papst Innocenz der Achte 1484 solche Bündnisse mit den schwersten Kirchenstrafen bedroht hatte, entwickelte der „Hexenhammer" (Malleus malleficarum) den ganzen Wahnsinn und seine Bekämpfung zu einer durchgebildeten Wissenschaft, und die Verfolgung der Hexen dauerte seitdem über zweihundert Jahre lang, mit unheimlicher Wut viele Tausende unschuldiger Opfer fordernd; die Unglücklichen, die heute den Irrenanstalten zugeführt werden, pflegten in erster Linie Märtyrer dieser Verblendung zu werden.

Luther war nicht der Begründer, aber der Bildner der neuhochdeutschen Schriftsprache, die aus einer Verbindung des am kaiserlichen Hofe angewandten bayrisch-österreichischen Dialekts mit der mitteldeutschen (fränkisch-thüringisch-meißnischen) Mundart der meisten kurfürstlichen Kanzleien entstanden war und deshalb von ihm in seinen deutschen Schriften angewandt wurde, während Zwingli sein Schwizerdütsch (Hochalemannisch) schrieb; aber sie wurde noch nicht zur Sprache der Wissenschaft; ja die lateinisch Gebildeten sahen mit Geringschätzung auf alles Volkstümliche hinab und rissen damit eine neue Kluft auf. Am verhängnisvollsten wirkte das auf die Dichtung. Denn da die Gelehrten fast immer die Pflege volkstümlicher Stoffe ablehnten, so riß auch die Literatur in zwei Massen auseinander, in die gelehrte lateinische, von antiken Vorbildern abhängige, also ganz unselbständige Dichtung, die das Volk nicht verstand, und die volktsümliche deutsche,

die die Gelehrten verachteten. Aber beide gerieten aufs stärkste unter den Einfluß des biblisch-antiken Elements, und die schon lange bestehende Neigung zum Satirischen und Lehrhaften drang in alle Adern der Dichtung ein. Ein großes reines Kunstwerk entstand daher in der ganzen Periode nicht, wenngleich die poetische Kraft des Volksgeistes in zwei neuen sagenhaften Gestalten hervortrat, dem Doktor Faust, dem Abbilde des unersättlichen Forschungsdranges dieser Zeit, und dem ewigen Juden, dem Typus des friedlosen Schicksals des jüdischen Volkes. Wirklich poetischen Wert hatte nur die Volkslyrik und das Kirchenlied, dessen erster Meister Luther selbst wurde; die Dichtungen der Meistersinger verloren sich in öde Formenkünstelei und platte moralisierende Betrachtungen. Im Epos lebte nur die lehrhafte poetische Erzählung, der Schwank und die Fabel, sowie das eifrig gepflegte, freilich fast nie zu rein poetischer Gestaltung durchdringende Volkslied, das alle Ereignisse der reichen Zeit getreulich begleitete. Als wirksame Satiriker ragten im Anfange der Periode auf der einen Seite Ulrich von Hutten, auf der andern der Straßburger Franziskaner Thomas Murner hervor, später der ebenso sprachgewaltige wie national gesinnte Johann Fischart aus Mainz. Der Ausbildung eines zugleich volkstümlichen und kunstmäßigen Dramas, wie es nachmals in England und Spanien entstand, war die kirchliche Bewegung in Deutschland schon deshalb nicht günstig, weil das alte Mysterienspiel, da es mit dem katholischen Kultus aufs engste zusammenhing, in den protestantischen Landesteilen verschwand, und weil die nötigen Voraussetzungen eines nationalen Dramas: Einheit der sittlichen Weltanschauung, nationales Selbstbewußtsein und lebendige Erinnerung an eine große gemeinsame Vergangenheit in diesem tausendfach zerklüfteten Volke jetzt noch weniger vorhanden waren als früher. Einen Ersatz gewährte in den evangelischen Landschaften die Dramatisierung biblischer, legendarischer und antiker Stoffe, die sich von der Schweiz den Rhein hinunter und bis nach Sachsen hinein verbreiteten, sowie die lateinische Schulkomödie nach antikem Muster. Dies wirkte auch auf den Ersatz der alten Mysterienbühne durch die einfache Bühne, für die auch das erste stehende Schauspielhaus 1550 in Nürnberg eingerichtet wurde, und auf die äußer-

liche Gestaltung der Stücke selbst. Fast alle Dichtungsgattungen der Zeit und Stoffe aus den verschiedensten Gebieten gestaltete als moralisierender Volkserzieher ein gebildeter und formgewandter Nürnberger Handwerker, der Schuhmacher Hans Sachs (1494—1576), ein liebenswürdig-naives, fruchtbares und vielseitiges Talent von echter Volkstümlichkeit.

Für die bildende Kunst brachte die lutherische Reformation in mancher Beziehung neue Kunstprinzipien und neue Aufgaben. Sie war nicht kunstfeindlich wie die Zwinglische Kirche in der Schweiz, und schon das Gemeindeprinzip verlangte eine ganz andre Ausgestaltung der Kirchen, insbesondre den Einbau von Emporen, um den Raum für die Zuhörer zu vergrößern. Allerdings führte es, da die Zahl der Kirchengebäude aus der alten Zeit dem Bedürfnis meist vollauf genügte, gewöhnlich nur zu Umgestaltungen und nur selten zu Neubauten rein protestantischen Charakters, deren erster die Schloßkapelle in Torgau war. Für Bildnerei und Malerei verringerte der Sieg der neuen Kirche zunächst die Zahl der Auftraggeber und der Aufgaben, weil sie mit der Aufhebung der Lehre von den guten Werken auch den Anstoß zu zahllosen Kunstaufträgen fallen ließ, und weil sie mit der Heiligenverehrung auch die ganze Fülle der Heiligenlegende aus der Kunst ausschloß und diesen Ausfall durch die stärkere Hervorhebung der biblischen Gegenstände nicht ersetzte. Dafür schärfte sich der Blick für die umgebende Welt, da der neue Glaube nicht die Abkehr von ihr predigte, sondern sie verklärte als Gottes schöne Schöpfung, und für das Wesen der Persönlichkeit, die innerlich selbständiger geworden war, also auch ihre Eigenart schärfer ausprägte. So entstanden die Landschafts- und die Porträtmalerei. Dabei wurde die Kunst noch stärker als bisher auf die Tätigkeit für weltliche Zwecke hingewiesen, und hier bot sich eine Fülle von Aufgaben durch die Aufträge der Fürsten, Herren und städtischen Patrizier, also der mit der Reformation siegreichen, herrschenden Stände.

Hier überwand nun in der Baukunst das Vorbild der italienischen Renaissance rasch die einheimische gotische Weise, und der individuell gestaltende Baumeister verdrängte die Traditionen der Bauhütten; er bildete jedoch die fremden Formen nach deutschen Bedürfnissen um, indem er die hohen

Dächer und Giebel, die vorspringenden Erker und Ecktürme beibehielt und nur in der Gliederung und Dekoration die Renaissanceformen auf sie übertrug. So bauten die Wittelsbacher ihre Schlösser in Landshut, München und Heidelberg, die Württemberger in Stuttgart, die Habsburger besonders in Prag, die Wettiner in Torgau, Dresden, Augustusburg u. a. m., die Piasten in Liegnitz, die Hohenzollern in Berlin, die Mecklenburger in Wismar, und namentlich der obersächsische Adel schuf sich mit Vorliebe künstlerisch geschmückte Landsitze bis hoch ins Erzgebirge hinauf. Von den alten Städten wurden besonders zwei von ihren reichen Bürgern fast ganz in Renaissanceform umgebaut, Augsburg im Süden, Danzig im Norden, beide unter ganz unmittelbarem Einfluß von Italien her, und die niedersächsischen Städte übertrugen diese Formen kunstvoll in ihren alteinheimischen Holzbau, wie die nordostdeutschen in den hier natürlichen Ziegelrohbau.

Die Aufgaben der Plastik waren immer noch vielfach rein dekorativ, und monumentale Aufgaben wurden ihr überhaupt noch kaum gestellt; doch leistete sie Treffliches in Grabdenkmälern, Flügelaltären, Brunnenfiguren u. dgl. mehr. Den Empfindungen der Zeit und des Volkes entsprach noch mehr die Malerei, die eigentlich moderne und nordische unter den bildenden Künsten, da der ganze Norden mit seiner so häufig trüben, schweren Luft weniger plastisch als malerisch empfindet und die gesteigerte Fülle des modernen Daseins nur in der Malerei den ihr ganz entsprechenden Ausdruck fand. Erst unter dem Einfluß der Reformation schuf Albrecht Dürer in seinen Aposteln und seinen zahlreichen Stichen die tiefsten seiner Werke; Hans Holbein der Jüngere aus Augsburg wurde nicht nur der hervorragendste Bildnismaler allerdings überwiegend der englischen Aristokratie, sondern auch der Darsteller des holdesten Ideals deutscher Weiblichkeit, und Lukas Cranach aus Franken übertrug zuerst die Kunst des Südens nach dem deutschen Norden, nach Sachsen.

Daß die Kunst jetzt auch in Deutschland von weiten Kreisen nicht nur als Luxus, sondern als Lebensbedürfnis empfunden wurde, beweist die glänzende Blüte des Kunstgewerbes in dieser Zeit, das alles, Wohnung und Hausgerät, Waffen und Kleidung, durch künstlerische Formen adelte und mit dem italienischen den Vergleich aushielt.

Diese Kunst war, wie gewöhnlich, das Erzeugnis einer mehr genießenden als erwerbenden Zeit. Denn die Entwickelung der deutschen Volkswirtschaft geriet allmählich ins Stocken, und Deutschland verlor seine Stellung im Welthandel. Das ist das verhängnisvolle Ergebnis des sechzehnten Jahrhunderts. Die Urproduktionen, die Grundlage aller andern, blieben noch eine Zeitlang bedeutend genug. Die Forsten, jetzt besser bewirtschaftet, lieferten ungeheure Holzmassen und bargen einen Wildreichtum, der bei der Jagdleidenschaft namentlich der Fürsten dem Landbau sogar schädlich wurde. Der Bergbau gewährte noch bis etwa 1570 reiche Ausbeute. Die Landwirtschaft aber stand unter dem Druck der zunehmenden Verengerung der Bauernfreiheit, der unter dem Einflusse des römischen Rechts auch die Reichsgesetzgebung Vorschub leistete, indem sie 1559 die Leibeigenschaft zuließ. Seitdem mehrten die westdeutschen Großgrundbesitzer, die im wesentlichen von den Zinsen ihrer abhängigen Bauern lebten, deren Leistungen, die Rittergutsbesitzer der östlichen Koloniallande aber, die allmählich schon die Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt über ihre Untertanen an sich gebracht hatten, begannen ihre Güter selbst zu bewirtschaften, dafür die ursprünglich freien deutschen Bauern durch Fronden und Gesindedienste immer stärker heranzuziehen, sie, um sich der Arbeitskräfte zu versichern, an die Scholle zu fesseln und auch schon ihre Hufen als Rittergutsland einzuziehen. So entstand zunächst im Osten ein gewissermaßen fabrikmäßiger Großbetrieb für den Absatz, an sich technisch ein Fortschritt, der auch deshalb Lehrbücher über den Landbau veranlaßte, aber teuer erkauft war durch die Knechtung des Bauernstandes und durch die Erstickung jedes Triebes zum Fortschritt in ihm.

Das städtische Gewerbe begann langsam zu verkümmern, weil der ausländische Absatz sank. Eben deshalb wurden aus den Zünften statt einer sozialen Organisation Genossenschaften bevorrechteter Meister, die ängstlich über eine bestimmte Zahl wachten, alle nicht zünftigen als „Bönhasen" verfolgten und eifersüchtig das Alleinrecht des städtischen Gewerbebetriebes, die Unterdrückung des Landgewerbes verfochten. Der Handel erfreute sich mancher technischen Fortschritte. Schon die zunehmende Sicherheit des Verkehrs kam ihm zugute; die neu

auftauchenden „Meßkataloge“, „Postreiter“ und „Zeitungen“ (d. h. Beschreibung besonders wichtiger Vorkommnisse in kleinen Flugblättern) vermittelten eine gewisse Kenntnis auch ferner Zustände, der Geld- und Wechselverkehr nahm einen immer größern Umfang an, und 1558 entstand in Hamburg die erste deutsche Börse. Im Binnenverkehr rangen noch die großen Handels- und Meßplätze, wie Nürnberg und Frankfurt, Leipzig, Magdeburg, Lüneburg und Hamburg, Breslau und Stettin um die Behauptung ihrer alten Straßen- und Stapelrechte; doch schon stützten sich manche von ihnen auf ihre Landesherrschaften, die bereits die wirtschaftliche Schließung ihrer Territorien vorbereiteten und somit der alten Stadtpolitik bald entgegentraten, bald, wo sie ihren Interessen entsprach, ihr förderlich waren.

An den neuen Welthandelslinien, die Italien und Deutschland, die Zentralländer des mittelalterlichen Welthandels seit dem Ende des zwölften Jahrhunderts, beiseite ließen und die bisher ganz an der Peripherie gelegnen iberischen Länder Spanien und Portugal in den Mittelpunkt der neuen Handelsbeziehungen rückten, hatten süddeutsche Häuser als Kaufleute, nicht als Reeder, frühzeitig Anteil gewonnen (S. 84 f.) und diese Beziehungen seit der politischen Verbindung Spaniens mit Deutschland unter Karl dem Fünften noch enger geknüpft. Die Welser erhielten 1528 sogar Venezuela als spanisches Lehen, die Fugger beherrschten den spanischen Bergbau und durch ihre Anleihen auch die spanische Finanzwirtschaft. Aber Venezuela wurde schon 1545 wieder aufgegeben, und die spanische Eroberung Portugals 1580 zerstörte die Handelsgröße Lissabons, so daß die Welser endlich 1614 fallierten. Dafür drängten sich mit steigendem Nachdruck die Niederländer, begünstigt durch ihre Lage an der Westseite der Nordsee, in diesen neuen Verkehr hinein, nachdem sie sich in heldenmütigen Kämpfen von der spanischen Herrschaft losgerissen hatten. Schon seit dem Anfange des sechzehnten Jahrhunderts war Antwerpen an Stelle des versandenden Hafens von Brügge der wichtigste Platz für den nordsüdeuropäischen Verkehr geworden, so daß der hansische Hof 1545 hierher verlegt wurde; als die spanische Rückeroberung 1585 diese Handelsblüte der Stadt zerstörte, wurde Amsterdam ihr Erbe. Dazu wuchs

auch in den nördlichen Meeren siegreich die alte Konkurrenz der Niederländer, begünstigt von den nordischen Reichen, von denen Norwegen 1560 den hansischen Hof in Bergen seiner Landeshoheit unterwarf und die Nordlandfahrt freigab, Schweden 1548 die hansischen Privilegien aufhob, und indem es sich unter Erich dem Vierzehnten in den baltisch-deutschen Provinzen festzusetzen begann, den Hansestädten auch den Verkehr mit Rußland zu verlegen drohte. Um 1600 beherrschte Hollands Flagge die Ostsee. Und dieses rasch aufblühende Land war dem Reiche schon völlig entfremdet! Neben den Holländern aber kamen die Engländer empor. Ihre Genossenschaft der „wagenden Kaufleute“ (merchant adventurers) knüpfte seit den sechziger Jahren direkte Handelsbeziehungen mit der deutschen Nordseestädten, auch mit Hamburg, an, und als die ohnmächtige Reichsgewalt, wohlmeinend aber ungeschickt, mehrfach dagegen einschritt, endlich 1597 die Engländer aus Deutschland auswies, nachdem die Hansestädte schon 1588 den Spaniern Schiffe und Kriegsmaterial zum Entscheidungskampfe gegen England und Holland geliefert hatten, da sperrte Königin Elisabeth 1598 den Londoner Stahlhof, den letzten noch übrigen der vier großen Kaufhöfe der Hansa. Von ihren alten Städten behaupteten nur Hamburg, das sich nicht mehr um das Reich kümmerte, und Danzig, das überhaupt nicht zu ihm gehörte, einen bescheidenen Anteil am west- und südeuropäischen Verkehr. Für zweiundeinhalb Jahrhunderte war Deutschland vom Welthandel so gut wie ausgeschlossen.

Diese verhängnisvolle Tatsache war eine unvermeidliche Folge der Auflösung der Reichsgewalt durch den Sieg der fürstlichen Libertät. Deren Sieg aber ergab sich wieder mit Notwendigkeit aus der längst vorbereiteten Entfremdung des Kaisertums und der Nation.

Fortan hing die ganze Entwickelung Deutschlands noch weit mehr als bisher von dem weltlichen Fürstentum ab. Denn die geistlichen Gebiete waren, von der fortschreitenden protestantischen Bewegung in ihrem Bestande bedroht und in ihrer alten Bedeutung geschmälert, fast nur noch Ausgleichsobjekte in den Machtkämpfen der weltlichen Fürsten; die Reichsstädte hatten ihre politische Stellung durch ihre schlaffe

Haltung im Schmalkaldischen Kriege vollends verloren, der Reichsadel war seit dem Aufstande Sickingens gebrochen, und sein altes Fehderecht war den landesherrlichen Gewalten erlegen. In der Tat regte sich nun in diesem Fürstentum ein neuer Geist. Die Bildung der fürstlichen Herren beschränkte sich nicht mehr bloß auf die Vorbereitung für Jagd und Krieg, sondern sie nahm auch humanistisch-theologische Elemente in sich auf; damit wuchs das Pflichtbewußtsein und die persönliche Regierungstätigkeit, trotz aller fortdauernden Roheit der äußern Lebensführung in wilden Jagden und wüsten Zechgelagen. War doch auch die Aufgabe des Staats eine höhere geworden, seitdem Luther seine sittliche Selbständigkeit neben der Kirche gelehrt hatte und die Kirchenhoheit mit zahlreichen neuen Kulturaufgaben den Gebietsherren zugefallen war.

Daraus ergab sich einmal der Sieg des Gedankens der Staatseinheit, andrerseits eine wesentliche Steigerung der Staatstätigkeit. Die Einheit wurde mehr und mehr durch die Erbfolge gesichert, in Kalenberg (Hannover) 1540, in Hessen-Darmstadt 1606, in Holstein für die Linie Gottorp 1608, in Lüneburg 1610, in Hessen-Kassel 1627/28. Sodann versuchte man vielfach ein einheitliches Landesrecht zu schaffen, so schon 1507 im Bistum Bamberg mit einer Strafprozeßordnung, die 1532 als Karls des Fünften peinliche Halsgerichtsordnung für das ganze Reich Geltung erlangte, so in Kursachsen 1572 durch die „Konstitutionen" Kurfürst Augusts, und man begann zugleich, das Territorium auch wirtschaftlich abzuschließen. Die Staatstätigkeit aber umfaßte mit ihren Gesetzen und Verordnungen allmählich alle Zweige des Volkslebens, ebensosehr landesväterlich fördernd als bevormundend, namentlich eine unerhörte Sicherheit des Lebens und Eigentums wahrend. Sie bildete deswegen wenigstens an den Zentralstellen ein noch halb ritterliches, aber schon halb bürgerlich juristisches Beamtentum aus mit durchgeführter schriftlicher Verwaltung, genauer abgegrenzten Geschäftskreisen der einzelnen Behörden (Kanzlei, Hofkammer, Hofgericht, Kriegsrat, Konsistorium) und wenigstens zum Teil auch mit Geldbesoldung (neben fortdauernden Natural- und Sportelbezügen), führte auch notwendigerweise zur vollständigen Festlegung der Residenzen.

Die Lokalverwaltung blieb noch größtenteils in den Händen der Stadtgemeinden, also des städtischen, grundbesitzenden und handeltreibenden, jetzt vielfach schon wissenschaftlich gebildeten Patriziats, und der adeligen Grundherren, die im kolonialen Deutschland allerorten wenigstens die niedere Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt über ihre Untertanen, fast überall auch, so gut wie die Städte, das Patronat über Kirchen und Schulen, in den evangelischen Landen auch einen Teil des Kirchenguts an sich gebracht hatten und dort kein Gegengewicht mehr an einem geistlichen Stande fanden. Während sie ihre alte militärische Selbständigkeit und also auch ihr Fehderecht stillschweigend aufgaben, war der Anteil der Stände an der Landesverwaltung eher im Wachsen als in der Abnahme. In Brandenburg z. B. gewannen sie unter Joachim dem Zweiten (1535—71) und Johann Georg (1571—98) durch Übernahme eines Teils der Kammerschulden die völlige Herrschaft über die Besteuerung und die Besetzung der Staatsämter. Württemberg, wo sich der Adel ganz vom Lande getrennt hatte und reichsfrei geworden war, schied sich nach der Verfassung des Herzogs Christoph (1550—68) in das umfängliche Kammergut, das der Herzog als Grundherr so gut wie unumschränkt regierte, und das „Land", das der Landtag, d. h. die Gemeinschaft der (14) lutherischen Prälaten und der Stadtgemeinden (die „Landschaft") durch seine Ausschüsse leitete. Die Landeskirche aber, die sich die reichen geistlichen Güter fast völlig gerettet und die Klöster meist in lateinische Stiftsschulen als Vorbereitungsanstalten für das (theologische) „Stift" in Tübingen umgestaltet hatte, stand unter ihrem Kirchenrat („Visitation") und den vier Generalsuperintendenten fast selbständig neben dem Staate.

Das Vorbild einer monarchisch-patriarchalischen Staatsordnung, die sich auf eine mustergültige Verwaltung der schon oft verpachteten Kammergüter, sorgfältige, fast monopolistische Ausnutzung der Regalien, namentlich des Forst-, Bergbau- und Münzregals, und Ausbildung der Steuern stützte, schuf in Kursachsen „Vater" August (1553—86) mit „Mutter" Anna, indem er zugleich sein Gebiet durch das früher ernestinische Vogtland (1569), den Neustädter Kreis (1566) und die drei landsässigen Stiftslande Meißen, Merseburg und Naumburg

vergrößerte. Doch behielten die Stände auch hier ihre Rechte und die drei Stiftslande noch ihre besondere „Administration“.

Also bildete sich in den größeren Territorien überall eine monarchisch-aristokratische Staatsordnung aus, die auf dem Zusammenwirken des Landesfürsten und der Stände beruhte. Über die untertänige, politisch teilnahmlose und fast rechtlose Masse herrschten mit dem Landesherrn die adeligen Gutsbesitzer und das städtische Patriziat; sie hielten Gesetzgebung, Landesverwaltung, Gerichtsbarkeit und Kirchenhoheit in ihrer Hand und wachten über die schrofffste Scheidung des Volks in fast kastenmäßig gesonderte Stände. Aus einer Verbindung von Domänen, Stadtgebieten und Rittergütern (auf katholischem Boden außerdem aus geistlichen Grundherrschaften), deren Besitzer im Osten zugleich obrigkeitliche Rechte übten, bestand also das Territorium, aus einer Anzahl solcher kirchlich streng geschlossenen Territorien bestand das Reich.

Zu einer Politik im großen Stile, wie sie die Weltverhältnisse von dem alten Zentralvolke Europas gerade damals gefordert hätten, war dieses Reich unfähig geworden. Eine selbständige Reichsgewalt mit selbständigen Organen gab es längst nicht mehr; jede einheitliche auswärtige Politik war schon deshalb unmöglich, weil der Reichstag in kirchlichen Fragen nicht mehr nach der Mehrheit entschied, mit solchen Fragen aber die gesamte europäische Politik dieser Zeit durchsetzt war, und endlich waren die deutschen Einzelregierungen, da sie von ihren Ständen ganz abhängig waren, außerstande zu einer kraftvollen, folgerichtigen Politik. Politisch in Territorien von einer sich rasch steigernden Selbständigkeit zerrissen, kirchlich, soweit es protestantisch geworden war, ebenso in kleinere und größere Landeskirchen gespalten und des Anteils an einer Weltkirche beraubt, in zwei feindselige Konfessionen geschieden, vom Welthandel fast ausgeschlossen und damit der wirtschaftlichen Verkümmerung überliefert, so verlor das deutsche Volk über dynastischen, territorialen, ständischen und konfessionellen Interessen allmählich jede Fähigkeit, große Gesichtspunkte überhaupt nur zu erfassen. Also überwucherten allmählich die inneren Gegensätze und trieben die ihrer alten politischen Einheit und ihrer Weltstellung schon längst beraubte Nation einer unerhörten Katastrophe zu.

Das Wachstum der kirchlichen Reaktion. 1558–1618.

Voll ungelöster Gegensätze glich das Reich als Ganzes einem schwerkranken Körper, der sich nur durch völlige Bewegungslosigkeit erhalten konnte, also durch die Bewahrung des Friedens um jeden Preis; ringsum aber wurden in der Welt schwerste, für die Zukunft der Völker entscheidende Fragen in gewaltigen Kämpfen entschieden. Den innern Frieden zu behaupten war das Streben ebenso der habsburgischen Kaiser wie der maßgebenden deutschen Fürsten. Ferdinand der Erste (1558–64) war zwar in Spanien erzogen, aber durch den langen Aufenthalt in Deutschland vollkommen zum Deutschen geworden und arbeitete für einen grundsätzlichen Ausgleich; sein Sohn Maximilian der Zweite (1564–76) aber neigte lange Zeit dem Protestantismus zu, und beide wurden durch den dynastischen Gegensatz zu Philipp dem Zweiten nur um so mehr auf die deutsche Seite hinübergedrängt. Von den größeren deutschen Fürsten aber waren die lutherischen grundsätzlich und aus eigenem Interesse friedliebend, vor allem der bedeutendste, August von Sachsen, der schon im Hinblick auf die unversöhnten Ernestiner jede Erschütterung des bestehenden Besitz- und Rechtsstandes vermeiden wollte.

Das Unglück für die Nation war nun einmal, daß der Religionsfriede von Augsburg einen festen Rechtsboden für das Verhältnis der Bekenntnisse gar nicht geschaffen hatte, sodann, daß allmählich auf beiden Seiten, vor allem auf der katholischen, das kirchliche Interesse das nationale völlig überwucherte. Von Spanien war eine Bewegung ausgegangen, die unter strenger Wahrung der alten hierarchischen und dogmatischen Grundlagen den Klerus sittlich reformierte und ihn wie die von ihm geleiteten Laien mit hingebendem, ja fanati-

schem Eifer für die römische Weltkirche erfüllte. War doch der große Abfall der Germanen eine furchtbare Mahnung zur Reform für die ganze Kirche geworden. So wurde aus dem politischen weltlichen Papsttum der Renaissancezeit wieder eine geistliche Weltmonarchie im Sinne Gregors des Siebenten und Innozenz' des Dritten, geleitet von dem Gedanken, daß die Kirche allein souverän und der Staat als ein vergängliches, gebrechliches Gebilde ihr untergeordnet sei. Zahlreiche neue Ordensgenossenschaften für Mission, Barmherzigkeitspflege und Unterricht stellten sich ihm zur Verfügung, darunter vor allem die Gesellschaft Jesu, die Stiftung eines spanischen Edelmanns, Ignatius Loyola. Ganz erfüllt von spanisch-römisch-militärischem Geiste, unter straffer, monarchischer Leitung, auf den unbedingten, schweigenden Gehorsam aller seiner Mitglieder begründet, mit Unterdrückung jeder persönlichen Eigenart und jeder nationalen Empfindung setzte dieser Orden an die Stelle der persönlichen Gewissensüberzeugung den Befehl des Beichtvaters und brachte im Laufe der Zeit statt wahrer, innerer Sittlichkeit eine spitzfindige Kasuistik auf dem Grunde äußerlicher Zweckmäßigkeit. Unter solchen Einflüssen stieß die Schlußsession des Tridentiner Konzils 1562/63 alle protestantischen Elemente aus der Kirche grundsätzlich aus, erkannte den Papst als den „allgemeinen Bischof" an, von dem alle andern Bischöfe ihr Recht ableiteten, beseitigte also die aristokratische Auffassung der Konzilszeit von der Kirche zugunsten der absolut monarchischen und betonte in dem Tridentiner Glaubensbekenntnis die alten Grundlagen der Dogmatik, also auch die Mittlerstellung des Klerus. Alle Vermittlungsgedanken hatten damit ein Ende. Was sich aber hier durchsetzte, das war durch und durch romanisch; der germanische Geist, der einst die mittelalterliche Kirche so stark beeinflußte, hatte keinen Teil mehr an dieser neurömischen Gestaltung, so tüchtige Kräfte ihr auch gerade die Deutschen zugeführt haben.

Dieser gewaltigen, einheitlich geleiteten, von Begeisterung erfüllten päpstlichen Weltkirche stand nun in Deutschland eine Anzahl kleiner evangelischer Landeskirchen gegenüber, miteinander verfeindet, in sich durch fortgesetzte dogmatische Streitigkeiten zerrissen und infolge der Kirchenhoheit der

Landesherren sogar der persönlichen Glaubensfreiheit beraubt. Es ist ein Beweis mehr von der tiefen innern Berechtigung des Protestantismus in Deutschland, daß er sich in einem so ungleichen Kampfe behauptet hat, um so mehr als die römische Kirche noch immer über eine große Reihe von Stützpunkten verfügte. Noch gehörten ihr drei große Fürstengeschlechter, die Habsburger, die bayrischen Wittelsbacher und die Herzöge von Jülich-Kleve an, noch besaß sie manche reichsunmittelbaren Stiftslande, noch herrschte sie in einer Anzahl von Reichsstädten. Allerdings begannen ihr diese Grundlagen unter den Füßen zu entschwinden, da das kirchliche Patronat vielfach in den Händen der Grundherrschaften lag, und die Selbständigkeit der Stände dem Willen des Landesherrn starke Schranken zog. In den österreichischen Ländern der Habsburger, mit alleiniger Ausnahme von Tirol, waren schon um die Mitte des Jahrhunderts bei weitem die meisten adeligen Grundherren und die landesfürstlichen Städte lutherisch, so daß Maximilian der Zweite dem Adel in Nieder- und Oberösterreich auf seinen Gütern 1571 Glaubensfreiheit gewährte, also die Organisation der lutherischen Kirche gestattete. Böhmen und Mähren wurden fast ganz utraquistisch oder lutherisch, was sich mit einem gewissen geistigen Aufschwunge des tschechischen Volkes verband. Schlesien und die Lausitzen waren längst lutherisch geworden, weil dort der größte Teil des Landes unter Vasallenfürsten aus dem Hause der Piasten stand (S. 20), hier die landesherrliche Gewalt gegenüber den Ständen noch weniger bedeutete als in Böhmen. In Ungarn und Siebenbürgen fielen die deutschen Städte und die Sachsen dem Luthertume zu. In Bayern huldigte ihm noch um 1570 der größte Teil des Adels, von den klevischen Landen vollständig Mark und Ravensburg, teilweise die übrigen Lande, wo von den Niederlanden her auch der Kalvinismus Boden gewann. Doch wo die Landesherrschaft katholisch blieb, gelang es nicht, die Organisation der römischen Kirche ganz zu zerstören, und auch die etwaigen Zugeständnisse der Landesherren waren rein persönlich und banden den Nachfolger an sich nicht, so daß, da ihre Kirchenhoheit reichsrechtlich feststand, jede sichere Rechtsgrundlage für die errungnen Konzessionen fehlte. Auch von den Reichsstädten blieben trotz des Religionsfriedens nur noch wenige katholisch.

Aber der Schwerpunkt für die Entscheidung der ganzen Frage lag in den geistlichen Fürstentümern. Die mittelbaren Stifter in den evangelisch gewordnen Territorien waren überall eingezogen, darunter die sächsischen, brandenburgischen, pommerschen und mecklenburgischen Bistümer. In den Reichsstiftern gingen vielfach auch die Domkapitel ganz oder teilweise zum Luthertum über, weil sie sich aus dem Landadel ergänzten; sie wählten dann wohl einen lutherisch oder erasmisch gesinnten Herrn und ließen die Bildung lutherischer Gemeinden im Lande zu. In den großen norddeutschen Stiftern Magdeburg, Halberstadt, Minden, Bremen, Verden, Lübeck und in der alten Reichsabtei Hersfeld kamen dauernd Söhne lutherischer Fürstengeschlechter zur Herrschaft. Sie erhielten als „Administratoren" die Belehnung vom Kaiser, wenngleich sie die päpstliche Bestätigung nicht nachsuchten, übten daher auch am Reichstage ihr Stimmrecht zunächst ungestört aus und führten in ihrem Lande das lutherische Kirchenwesen durch. Die Gegenwehr der römischen Kirche war lange Zeit schwach, mehr vorbereitend als unmittelbar wirksam, denn die Niederlassungen der Jesuiten, die seit 1551 von katholischen Landesherren in Deutschland gegründet wurden (1551 in Wien, 1555 in Prag, 1556 in Köln und Ingolstadt, 1559 in München, 1560 in Trier) und besonders durch die unermüdliche Wirksamkeit des ersten Provinzials der oberdeutschen Ordensprovinz, des Paters Canisius aus Nymwegen (1521—1597), immer festere Gestalt gewannen, konnten nur eine künftige Generation erziehen, aber auf die damalige wenig Einfluß gewinnen. Um 1570 erreichte die Ausbreitung des Protestantismus in Deutschland ihren Höhepunkt. Neun zehntel schon von Deutschland waren evangelisch. Aber rechtlich gesichert waren diese Erfolge nur in den weltlichen Territorien evangelischer Landesherren, und streng genommen auch hier nur, soweit sie schon vor 1555 errungen waren, und so lange die Landesfürsten evangelisch blieben; gänzlich ungesichert dagegen blieben sie in einem Teile der Reichsstädte, in den Gebieten katholischer Fürstenhäuser und in den Stiftslanden. Eine wirkliche Sicherung konnte hier nur die Aufhebung des geistlichen Vorbehalts gewähren, und diese war nur zu erreichen, wenn die evangelischen Stände am

Reichstage geschlossen vorgingen und ihre Macht brauchten, so lange es Zeit war.

Es war das Verhängnis des Protestantismus, daß diese Voraussetzungen nicht erfüllt wurden, weil zunehmende Spaltungen seine Anhänger zerrissen. Zunächst drang von Frankreich und der Schweiz her der Kalvinismus ein. In seiner streng logischen Gestaltung der Dogmatik und Verfassung auf dem Grunde der furchtbaren Lehre von der Gnadenwahl (Prädestination) unvergleichlich geeignet, willensstarke und entschlossene Menschen zu erziehen, war er doch eine durchaus ungermanische, ganz romanisch-französische Ausgestaltung des Protestantismus, die in Deutschland nie recht heimisch wurde und den strengen Lutheranern nicht als echter Glaube, sondern als Sakramentsschändung galt, auch nicht unter dem Schutze des Religionsfriedens stand. Daher riß der Übertritt der Kurpfalz zum Kalvinismus unter Friedrich dem Dritten 1563 einen tiefen Spalt zwischen ihr und den norddeutschen Kurfürsten, Sachsen und Brandenburg auf. Andrerseits bekämpften sich im Luthertum selbst eine streng lutherische und eine sich dem Kalvinismus in Abendmahls- und Rechtfertigungslehre einigermaßen nähernde, vermittelnde Richtung, die ihren Namen dem milden Philipp Melanchthon († 1560) entlehnte (Philippismus), von den Gegnern aber als Kryptokalvinismus verketzert wurde. Sie herrschte von Wittenberg aus in Kursachsen, die streng lutherische, orthodoxe Richtung von der 1558 neu gegründeten Universität Jena aus im ernestinischen Thüringen und in den niedersächsischen Städten. So verflocht sich der neue kirchliche Gegensatz mit dem alten dynastischen, und beide zusammen führten schwere Erschütterungen über Mitteldeutschland herauf.

Johann Friedrichs gleichnamiger ältester Sohn in Gotha, dem das Gefühl tiefster Kränkung seines Hauses keine Ruhe ließ und jede klare Überlegung raubte, verband sich mit dem fränkischen Reichsritter Wilhelm von Grumbach, einem alten Spießgesellen Markgraf Albrechts, weil dieser, in einem langwierigen und unglücklichen Rechtsstreit mit dem Bistum Würzburg begriffen, ihm vorspiegelte, mit Hilfe einer allgemeinen Erhebung des Adels oder wenigstens der Reichsritterschaft gegen die Fürsten die verlorene Größe seines Hauses wieder-

herstellen zu können. Von Johann Friedrich in Gotha aufgenommen, brachte Grumbach durch Überrumpelung im Oktober 1563 Würzburg in seine Hand, verfiel aber wegen Friedensbruchs der Reichsacht, und sie traf 1566 auch den Herzog, da er von Grumbach nicht ablassen wollte. Denn in diese an sich kleinlichen Händel griffen die großen Weltverhältnisse ein. Im Osten drohte ein neuer furchtbarer Türkenkrieg, im Norden eröffnete eben damals Erich der Vierzehnte von Schweden (1560—68), auf Rußland gestützt, den Kampf um die Ostseeherrschaft gegen Dänemark, die Hansestädte und Polen. Um ein Einschreiten des Reichs zugunsten Dänemarks und der Hansa, also zum Schutz der bestehenden Machtverhältnisse, zu verhindern, hatte er sich mit den Ernestinern ins Einvernehmen gesetzt, während Kurfürst August von Sachsen, der Gemahl einer dänischen Prinzessin, mit Dänemark in Verbindung trat. Allgemein-politische Interessen verlangten also die schleunige Niederwerfung der Ernestiner. Während nun das türkische Heer im habsburgischen Ungarn an der tapfern Verteidigung der kleinen Festung Szigeth durch Niklas Zriny im September 1566 zum Stillstand kam und nach dem Tode des Sultans Soliman (4. September) vor dem gewaltigen Reichsheer Kaiser Maximilians des Zweiten ganz zurückwich, ohne daß freilich dieser mehr zu erreichen verstanden hätte als einen unrühmlichen Frieden auf acht Jahre (Februar 1568), zwang Kurfürst August, als Oberster des obersächsischen Kreises mit der Vollstreckung der Acht beauftragt, nach mehrmonatiger tapferer Gegenwehr das feste Gotha im April 1567 zur bedingungslosen Übergabe. Grumbach wurde gerichtet, der Herzog bis an seinen Tod (1595) in Wiener-Neustadt gefangen gehalten, seinen Söhnen die Verpfändung des Neustädter Kreises an Kursachsen als Ersatz für die Kriegskosten auferlegt.

Doch dem Siege der Albertiner folgte keineswegs der Sieg des Philippismus, den August in seinem Lande bisher nur deshalb hatte gewähren lassen, weil er glaubte, daß diese Lehre rein lutherisch sei. Stutzig geworden und in dem Glauben, er sei von seiner Umgebung absichtlich getäuscht, unterdrückte er 1574 mit harter Hand den Kryptokalvinismus in Kursachsen, das seitdem die Hochburg der lutherischen Rechtgläubigkeit wurde; von einem gemeinsamen Vorgehen mit

der Kurpfalz konnte fortan keine Rede sein. Daher scheiterte auch 1576 der pfälzische Antrag am Reichstage auf „Freistellung“ des Bekenntnisses in den Stiftslanden, also Aufhebung des geistlichen Vorbehalts, und die Lage der Evangelischen blieb dort so unsicher wie zuvor. Kursachsen aber verlor damit auch seine Stellung an der Spitze des protestantischen Deutschlands.

Während somit unfruchtbare Händel das Reich verwirrten, verlor die Nation tatenlos ein Gebiet nach dem andern. Seitdem die alte Kolonie Livland, eine Verbindung von Deutschordensgebieten und Bischofslanden, zum Luthertum übergegangen war, hatte dieser Bund geistlicher Staaten jede Berechtigung und jeden innern Halt verloren. Mitten hineingestellt zwischen die großen Slawenmächte und die aufstrebenden nordischen Lande und vom Reiche im Stiche gelassen, verfiel Livland der Fremdherrschaft. Als die Russen seit 1558 das Land überfluteten, stellte sich Reval mit Estland 1561 unter den Schutz Schwedens, Kurland nahm im November 1561 der letzte Landmeister, Gotthard Kettler, als weltliches Herzogtum von Polen zu Lehen, das eigentliche Livland wurde auf Jahrzehnte der Zankapfel zwischen Dänen und Schweden, Polen und Russen. Der letzte Versuch der Hansestädte, sich in Verbindung mit Dänemark wenigstens den alten Verkehr mit Rußland zu sichern, hatte nach dem Sturze Erichs des Vierzehnten (1568) im Frieden von Stettin 1570 immerhin einen gewissen Erfolg, aber das Schicksal Livlands wurde dadurch nicht beeinflußt.

Viel empfindlicher noch wurde die Trennung der Niederlande vom Reiche. Vorbereitet hatte sie Karl der Fünfte mit seiner Glaubens- und Staatseinheitspolitik, die den dort aufkommenden Protestantismus mit den grausamsten Mitteln niederhielt und ein Bündel selbständiger, ständisch regierter Provinzen zu einem monarchischen Einheitsstaate zusammenschweißen wollte, sie deshalb auch 1555 zum burgundischen Kreise zusammenschloß und ihre rechtliche Verbindung mit dem Reiche lockerte, um sie in ein ganz unnatürliches Verhältnis zu Spanien hineinzuzwingen (S. 149). Philipp der Zweite, durchaus Kastilianer, fuhr darin fort, erregte aber dadurch zunächst den stolzen Widerspruch des niederländischen

Adels, dann, als sein Generalstatthalter Herzog Alba seit 1567 jahrelang ein brutales Blutregiment geführt hatte, den bewaffneten Aufstand des kalvinischen Bürgertums in den germanischen Nordprovinzen Holland und Seeland (seit 1572) unter der Leitung eines deutschen Reichsfürsten, des Prinzen Wilhelm von Nassau-Oranien. Mit ewig denkwürdigem Heldenmute behaupteten sich diese kleinen armen Landschaften zunächst ohne fremde Unterstützung gegen eine ungeheure Übermacht und rissen allmählich erst den gesamten Norden, dann auch die flämisch-wallonischen Provinzen mit in den Kampf hinein. Dieser richtete sich zunächst nur auf die Behauptung des alten Landesrechts und der Religionsfreiheit; aber 1579 schlossen sich die sieben nordniederländischen Provinzen zu dem engeren Staatenbunde von Utrecht zusammen und sagten sich 1581 „nach dem Rechte der Natur" von Spanien los. Seitdem begannen ihre kühnen Seefahrer in die Linien des spanisch-portugiesischen Weltverkehrs einzudringen. Doch alles, was die Niederländer hier als ihren Anteil an der See- und Kolonialherrschaft errangen, kam ihnen allein zugute, nicht der Gesamtheit der deutschen Nation. Denn vom Reiche wurden sie sich selbst überlassen, da die katholischen Stände der ganzen Bewegung feindlich, die lutherischen mindestens gleichgültig gegenüberstanden, das Reichsrecht aber einen Anlaß zum Einschreiten gegen Philipp den Zweiten gar nicht bot, der ja nur von seinen landesherrlichen Rechten gegen Rebellen und Andersgläubige Gebrauch machte. So trennten sich die Niederlande, das für die kommerzielle Weltstellung der Nation unentbehrlichste Gebiet, das alle Mündungen ihres wichtigsten Stroms beherrschte und nun das deutsche Binnenland von ihnen abschnitt, tatsächlich völlig vom Reiche, und aus einigen niederdeutschen Küstenstämmen erwuchs eine kleine, selbständige und selbstbewußte Nation.

Also hatte sich die Zukunft schon schwer verdüstert, als Maximilian der Zweite am 12. Oktober 1576 in Regensburg verschied. Unter seinem Sohne und Nachfolger Rudolf dem Zweiten (1576—1612) rückte das Verderben näher und näher. Nicht daß er, obwohl in Spanien und ursprünglich für die Nachfolge in Spanien erzogen, ein kirchlicher Fanatiker gewesen wäre; er wollte im Gegenteil wie seine nächsten Vorgänger zunächst vermitteln und den Frieden im Reiche behaupten; aber unentschlossen, menschenscheu und wissenschaftlichen und künstlerischen Liebhabereien mehr als einem Herrscher ziemt, hingegeben, taugte er überhaupt nicht zum Regenten und verfiel allmählich geradezu dem Verfolgungswahnsinn. So gingen die Dinge im Reiche fast ohne ihn ihren verhängnisvollen Gang. Wie überall damals, in Frankreich, England, Polen und Schweden die römische Kirche die Wiederherstellungsarbeit begann, so auch in Deutschland, und hier zunächst in den geistlichen Fürstentümern von ihrer Auffassung des Religionsfriedens aus, nach der sich die lutherischen Stände mit dem begnügen sollten, was sie damals errungen hatten, namentlich auch mit den bis 1552 eingezognen geistlichen Gütern. Der Fürstabt von Fulda machte damit schon 1573 den Anfang, die Bischöfe von Trier, Mainz, Hildesheim, Bamberg, Würzburg, Paderborn, Münster folgten. Überall wurden die protestantischen Geistlichen und Lehrer des Landes verwiesen, tüchtige katholische Geistliche angestellt, jesuitische Unterrichtsanstalten begründet, die führerlos gewordnen Gemeinden zum Übertritt oder zur Auswanderung genötigt, alles kraft der landesherrlichen Kirchenhoheit.

Auf der andern Seite aber wuchs die Entzweiung. Umsonst versuchte Johann Kasimir von der Pfalz 1577 die Protestanten aller Länder zu gemeinsamer Abwehr zu vereinigen, aber er fand wenig Anklang. Kurfürst August sammelte 86 lutherische Reichsstände 1580 um seine Konkordienformel von 1577, um eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, aber sie riß den Zwiespalt mit den Kalvinisten nur weiter auf. Nur ganz vorübergehend näherte sich Kursachsen der Pfalz, als nach Augusts Tode 1586 unter seinem Nachfolger Christian dem Ersten der Kanzler Nikolaus Krell die Verpflichtung auf die Konkordienformel abschaffte und mit der Pfalz 1591 ein Bündnis zur Unterstützung Heinrichs des Vierten von Frankreich schloß. Der frühe Tod des Kurfürsten stürzte auch den Kanzler und überlieferte Kursachsen abermals der bedingungslosen Herrschaft lutherischer Rechtgläubigkeit.

So ging die römische Partei auch auf politischem Gebiet zur planmäßigen Wiederherstellung ihres Besitzes über, zunächst um die Reichsgewalt völlig in ihre Hände zu bringen.

Im kurfürstlichen Kollegium des Reichstags waren die Protestanten, da Kursachsen fast niemals mit der Pfalz, sondern mit den geistlichen Kurfürsten ging, schon in der Minderheit; den Gedanken, durch den Übertritt des Kurfürsten-Erzbischofs von Köln, Gebhard von Waldburg, 1583 die Mehrheit zu gewinnen, vereitelte die schlaffe Haltung der lutherischen Stände sowie das entschlossene Einschreiten des Papstes Gregor des Dreizehnten, der den Erzbischof absetzte und Ernst von Bayern an seiner Stelle ernannte. Nach dem Verluste seiner Hauptstadt Bonn im März 1584 bei Terborg (Burg) an der alten Yssel geschlagen, flüchtete Gebhard nach den Niederlanden. Im fürstlichen Kollegium hatten die Protestanten die entschiedene Mehrheit, so lange die lutherischen Administratoren Sitz und Stimme behaupteten. Deshalb bestritt ihnen die römische Partei seit 1582 dieses ihr Recht, und da die Lutherischen um des lieben Friedens willen nachgaben, so wurden seit 1598 die Administratoren aus dem Reichstage verdrängt und die Mehrheit auch im Fürstenrate katholisch. Dieser nunmehr ganz von den Katholiken beherrschte Reichstag verhängte über die Reichsstadt Aachen, weil sie gegen den Augsburger Frieden Protestanten in den Rat zugelassen hatte, 1598 die Acht und ließ sie noch in demselben Jahre von den benachbarten Reichsfürsten vollstrecken. Auch die Reichsjustiz wandte sich mehr und mehr gegen die Ansprüche der Evangelischen, voran der Reichshofrat, das alte Königsgericht, das 1559 Ferdinand der Erste als stehende Behörde organisiert hatte, und dessen Besetzung ganz in den Händen des Kaisers lag.

Also in den Besitz der Reichsgewalt gelangt, fand die römische Partei in dem jungen Herzog Maximilian dem Ersten von Bayern (1598—1651) ihren entschlossensten Vorkämpfer und in dem Staate Bayern, den der junge Fürst durch ein straff organisiertes, zuverlässiges Beamtentum, geordnete Finanzen und ein kleines stehendes Heer zu einer schlagfertigen leistungsfähigen Macht umschuf, eine feste Stütze. Maximilian wollte nicht die Vernichtung des Protestantismus im Reiche, am wenigsten zugunsten des habsburgisch-katholischen Kaisertums, dem er mit reichsfürstlichem Mißtrauen gegenüberstand; wohl aber gedachte er allem, was ihm als Übergriff der Protestanten erschien, fest entgegenzutreten, eignete sich

also die römisch-jesuitische Auslegung des Augsburger Religionsfriedens an. Zugleich wollte er, durchaus im Sinne reichsfürstlicher Libertät, für Bayern eine leitende Stellung im Reiche sichern. Und er errang wirklich für einige Zeit auf der katholischen Seite, was auf der andern Kursachsen nicht erreichte, obwohl sein Gebiet auf einen kleinen Teil des altbayrischen Stammlandes zwischen Lech und Inn beschränkt und in seinem noch halbmittelalterlichen sozialen Bau als ein Land des Adels, der Bauern und der Kirche, ohne bedeutende Städte, hinter andern Territorien weit zurückstand. Denn in der Politik entscheiden die Macht und der Wille, nicht der Reichtum.

Diesen wachsenden Gefahren gegenüber bildete sich bei den pfälzischen Staatsmännern unter Friedrich dem Vierten (1583—1610), besonders bei ihrem eigentlichen Haupte, dem gleichfalls kalvinischen Fürsten Christian von Anhalt-Bernburg, eine Anschauung aus, die das Reich in schwere Wirren stürzte, sich aber von streng protestantischem Standpunkt aus, der den gegenwärtigen Besitzstand wahren wollte, fast mit Notwendigkeit ergab. Einer ganz im römischen Sinne gehandhabten Reichsgewalt gegenüber mußte es als ein Gebot der Notwehr erscheinen, ihr die Verfügung in kirchlichen Fragen möglichst zu beschneiden, die protestantischen Stände in einem Sonderbündnis zu vereinigen und unter Umständen sogar die Hilfe des Auslandes anzurufen, alles im alten Stile reichsfürstlicher Opposition. Die lutherischen Stände, namentlich die beiden norddeutschen Kurfürsten, wollten von alledem nichts wissen; sie wollten den Frieden im Reiche und die Verbindung mit dem Kaiser erhalten, schon um diesem den 1593 wieder ausgebrochnen Türkenkrieg führen zu helfen. Beide Parteien hatten zugleich Recht und Unrecht. Die pfälzische Politik mußte am letzten Ende die Reichsverfassung sprengen und die Einmischung des Auslandes herbeiführen; aber in dieser Zeit der alles beherrschenden konfessionellen Gegensätze hatte dieser Gedanke nichts Unpatriotisches, und er setzte den Fortschritten der kirchlichen Reaktion eine Schranke. Die konservative kursächsische Politik verhütete jene beiden Gefahren, hinderte aber nicht die fortgesetzte Bedrängnis des Protestantismus, den sie doch auch schützen wollte. Wie beides, die

Erschütterung der Reichsverfassung und die fortdauernde Schwächung des Protestantismus, vermieden werden sollte, vermochte von der Plattform des geltenden Reichsrechts aus kein Mensch zu sagen.

Überlegen aber war die pfälzische Politik, weil sie etwas Bestimmtes wollte, während die Konservativen nur wußten, was sie nicht wollten. Darum hatte sie zunächst auch wirklich Erfolge. Sie brachte zunächst die Rechtsprechung des ganz katholischen Reichskammergerichts in der entscheidenden Frage der geistlichen Güter zum Stillstande, indem sie 1603 seine Urteile beanstandete, weil es mehrere süddeutsche Reichsstände zur Herausgabe von vier nach 1552 eingezognen Klöstern verurteilt und damit einen gefährlichen Anfang gemacht hatte, die katholische Auffassung der ganzen Frage zur rechtlichen Geltung zu bringen. Als dann 1607 Herzog Maximilian von Bayern die Acht gegen die protestantisch geworbne Reichsstadt Donauwörth vollstreckte, weil deren Bevölkerung 1605 eine katholische Prozession gestört hatte und der Rat nicht so klug gewesen war, die Rädelsführer zu bestrafen, erklärte die Pfalz mit Brandenburg und neun kleineren protestantischen Reichsständen auf dem Reichstage von 1608, daß sie die geforderte Türkensteuer vor Erledigung der Religionsbeschwerden nicht bewilligen, die geistlichen Güter aber unter Umständen mit Waffengewalt behaupten würden, und verließen den Reichstag, der sich nun ohne Beschluß auflöste.

Da von der Reichsgewalt für die Wahrung der protestantischen Interessen nichts mehr zu hoffen schien, schloß die Pfalz nach langjährigen Vorbereitungen endlich am 12. Mai 1608 mit Baden, Württemberg, Brandenburg-Ansbach und Pfalz-Neuburg die Union von Ahausen (im Ansbachischen) auf zehn Jahre zum Schutze der protestantischen Interessen. Obwohl sich das Bündnis bald durch den Beitritt von Hessen-Kassel unter dem trefflichen Landgrafen Moritz (1592—1627), Pfalz-Zweibrücken, Anhalt und sechzehn süddeutschen Reichsständen erweiterte, blieb es doch im wesentlichen auf das südwestliche Deutschland beschränkt und bestand aus einer Anzahl kleiner schwacher Territorien, die nur mit verzweifelter Anstrengung überhaupt etwas und auf die Dauer nichts vermochten. Kräftiger war das Gegenbündnis, die katholische Liga, die

Maximilian von Bayern im Juni 1609 zu München mit sechs kleinen geistlichen Fürsten auf neun Jahre einging, bald durch den Zutritt der drei geistlichen Kurfürsten verstärkte und jedem katholischen Reichsstande, außer Österreich zum Beitritt offen hielt; er hatte als der weitaus mächtigste Bundesgenosse die Oberleitung unbedingt in seiner Hand.

Die beiden Bündnisse trafen zum erstenmal im jülich-klevischen Erbfolgestreite nach dem Tode des letzten geistesschwachen Herzogs Johann Wilhelm aufeinander, auf einem heißen Boden, der das Eingreifen der fremden Nachbarmächte, Frankreichs, Hollands und Spaniens, unvermeidlich machte. In der überaus verworrenen Rechtsfrage ist nur das wichtig, daß Johann Sigismund von Brandenburg und Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg ihre Ansprüche auf das Erbrecht der weiblichen Linie, Kursachsen die seinigen auf kaiserlich verbriefte Anwartschaft begründete. Zwischen diese Gruppen trat nun die kaiserlich-habsburgische Politik, um mit Beseitigung aller Erbansprüche das durch seine Lage wichtige Land als erledigtes Reichslehen einzuziehen und wenigstens einen Teil davon an Spanien zu geben, das eben damals 1609 die Unabhängigkeit der nördlichen Niederlande tatsächlich hatte anerkennen müssen, aber an dem Gedanken, sie dennoch zu unterwerfen, zähe festhielt. Die Teilansprüche Sachsens begünstigte Österreich nur, um auch noch die beiden norddeutschen Kurfürsten zu entzweien. Rasch entschlossen verständigten sich jedoch Brandenburg und die Pfalz, gestützt auf die Union, die Niederlande und Frankreich, besetzten gemeinschaftlich das Land und schlugen den Erzherzog Leopold, Bischof von Straßburg und Passau, der im Auftrag des Kaisers Jülich in Besitz genommen hatte, 1610 hinaus. Da sich indes die Kräfte beider Parteien rasch erschöpften und die Ermordung Heinrichs des Vierten von Frankreich (14. Mai 1610) die Hoffnung der Pfälzer auf französische Hilfe zerstörte, so erlosch der Kriegseifer bald, und die Vorberechtigten einigten sich nach längerm Hader am 14. Oktober 1614 in Xanten dahin, daß Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg Jülich-Berg, Brandenburg dagegen Kleve, Mark und Ravensberg vorläufig in Verwaltung nahm, unbeschadet eines spätern endgültigen Abkommens. Um dafür die Hilfe der Liga und Spaniens zu erhalten, war Wolf-

gang Wilhelm schon im November 1613 zur römischen Kirche übergetreten und begann sofort mit dem Eifer des Renegaten die Katholisierung seiner niederrheinischen Erwerbungen. Johann Sigismund von Brandenburg aber bekannte sich zu Weihnachten 1613 zum Kalvinismus. Doch weitherziger als jener verzichtete er grundsätzlich darauf, von seiner reichsrechtlich ihm zustehenden Kirchenhoheit gegenüber seinem streng lutherischen Brandenburg Gebrauch zu machen. Indem er somit das erste Beispiel kirchlicher Duldsamkeit gab und mit der Erwerbung der klevischen Länder am Niederrhein im Westen, mit dem Anfalle des Herzogtums Preußen an das Kurhaus nach dem Tode Albrecht Friedrichs 1618 im äußersten Osten deutscher Erde Fuß faßte, bereitete er mitten in der schwersten Krisis, ohne es zu ahnen, die künftige Rolle seines Staates vor.

In allen diesen Wirren hatten die Habsburger keine entscheidende Rolle gespielt, ja die Führung der katholischen Stände den bayrischen Wittelsbachern überlassen; denn schwere innere Zerrüttung lähmte die Kraft ihrer Ländermasse. Seit dem Tode Ferdinands des Ersten war diese geteilt. Die böhmischen Länder und Österreich mit dem habsburgischen Anteil von Ungarn regierte die ältere Linie, also erst Maximilian der Zweite, dann Rudolf der Zweite; in Steiermark, Kärnten und Krain (Innerösterreich) regierte die jüngere Linie, zunächst vertreten durch den Erzherzog Karl; Tirol und die vorderösterreichischen Lande standen als gemeinsamer Besitz des Gesamthauses unter der Statthalterschaft eines jüngeren Erzherzogs. Überall standen einander von der einen Seite die landesherrliche Gewalt und die römische Kirche, von der andern die ständische Libertät und der Protestantismus gegenüber, der unter einer katholischen Landesherrschaft eben durch die Libertät emporgekommen war, mit ihr also ebenso gut stand und fiel wie im Reiche mit der fürstlichen Libertät. Da nun aber die Verstärkung der landesfürstlichen Gewalt auch in Österreich das natürliche Bestreben des Herrscherhauses war, so mußte man die Libertät brechen und mit ihr den Protestantismus. Am frühesten und entschiedensten setzte diese kirchliche Reaktion in Innerösterreich ein. Doch Erzherzog Karl kam über die Gründung einer Jesuitenuniversität in Graz 1586 nicht hinaus; erst sein Sohn Ferdinand (der Zweite) (1590

bis 1637), in Ingolstadt mit seinem Vetter Max von Bayern von den Jesuiten erzogen und auch später ganz in den Händen seiner Beichtväter, unterdrückte seit 1598 mit unbarmherziger Härte den evangelischen Gottesdienst und das lutherische Schulwesen in allen landesfürstlichen Ortschaften; nur dem Adel blieb auf seinen Gütern, also in einem großen Teile des Landes, zunächst noch eine gewisse Glaubensfreiheit. In Österreich, wo zuerst Erzherzog Ernst, seit 1595 Erzherzog Matthias im Namen Rudolfs des Zweiten regierte, drängte seit 1578 Melchior Klesl, 1581 Generalvikar des Bischofs von Passau, den Protestantismus auf die adeligen Güter zurück, indem er den evangelischen Kultus beseitigte und das landesherrliche oder bischöfliche Kollaturrecht brauchte, um römische Geistliche und Äbte einzusetzen. Doch verbanden sich 1603 die Stände unter Erasmus von Tschernembl zur Wahrung ihrer Rechte. In Böhmen und Mähren hatte der Utraquismus (Hussitismus) eine staatsrechtlich unangreifbare Stellung (S. 54), die aber den Lutherischen wenig zugute kam. Darum konnte der eifrige Bischof von Olmütz, Franz von Dietrichstein, 1603 eben nur diese aus dem Rate einzelner landesherrlicher Städte und aus dem mährischen Landrecht (S. 20) verdrängen, erregte aber schon dadurch die stärkste Verstimmung des Adels, dessen Führer der feingebildete Karl von Zierotin war.

Was in diesen deutsch-slawischen Ländern nur halb gelang, das mißlang in Ungarn völlig und führte hier sogar zu einer ständisch-protestantischen Reaktion, die dann auch jene ergriff. Der Türkenkrieg war seit 1593 mit Unterstützung des Reichs oder der Reichskreise von den kaiserlichen Truppen im ganzen glücklich geführt worden und hatte sogar das vielumstrittene Siebenbürgen 1602 unter die unmittelbare Herrschaft der Habsburger gebracht. Gehoben durch diese Erfolge, faßte der kaiserliche Hof den unglücklichen Gedanken, das starke, meist unter italienischen Offizieren stehende Söldnerheer zur Unterdrückung nicht nur der allerdings mit jeder wirklich monarchischen Regierung unverträglichen Libertät des meist kalvinischen magyarischen Adels, sondern auch des Protestantismus in Ungarn zu benutzen. Dagegen aber erhob sich im Herbst 1604 der Magnat Stephan Bocskay an der Spitze des ostungarischen Adels, brachte auch die blühenden deutsch-lutheri-

schen Städte Nordungarns auf seine Seite, schlug die kaiserlichen Truppen aus dem Lande und erzwang im Frieden von Wien am 29. Juni 1606 seine Anerkennung als Fürst von Ostungarn und Siebenbürgen und für das ganze habsburgische Ungarn Glaubensfreiheit aller christlichen Bekenntnisse. Kurz danach schloß auch die Türkei am 11. November 1606 den zwanzigjährigen Frieden von Szitvatorok bei Komorn auf Grund des derzeitigen Besitzstandes.

Unwiderstehlich wirkte dieser Sieg der protestantischen Interessen auf die österreichisch-böhmischen Lande hinüber. Gefördert wurde das durch den Zwiespalt im habsburgischen Hause, dessen Erzherzöge bei der zunehmenden Regierungsunfähigkeit Rudolfs des Zweiten seinen jüngern Bruder Matthias als ihr Haupt anerkannten. Deswegen verbündeten sich im Juni 1608 Ungarn, Mähren, Ober- und Niederösterreich miteinander zur Wahrung ihrer ständischen und kirchlichen Rechte und unterstützten den Erzherzog Matthias so nachdrücklich, daß Rudolf der Zweite ihm die Herrschaft über die vier Lande überlassen mußte. Natürlich erkaufte Matthias diese Hilfe mit der Erneuerung aller Zugeständnisse Maximilians des Zweiten. Der Kaiser aber sah sich gezwungen, den Ständen Böhmens im „Majestätsbrief" vom 9. Juli 1609 für Utraquisten und Lutheraner volle Glaubensfreiheit, für die drei obern Stände, Herren, Ritter und königliche Städte, das Recht, auf ihren Gütern, d. h. im größten Teile des Landes, evangelische Schulen zu errichten, und die Einsetzung einer besondern Behörde zum Schutze ihrer Interessen, der vierundzwanzig „Defensoren" zuzugestehen. Ein besonderer Vergleich zwischen den katholischen und den evangelischen Ständen dehnte das Recht zum Kirchenbau auch auf die königlichen Güter aus, zu denen nach altböhmischem (ursprünglich deutschem) Staatsrecht auch die kirchlichen Güter gerechnet wurden. Am 20. August desselben Jahres erhielt auch Schlesien seinen Majestätsbrief; mit den Ständen der fast ganz protestantischen Oberlausitz wurde über einen solchen verhandelt.

Doch tief erbittert über dies alles versuchte Rudolf der Zweite dagegen eine bewaffnete Reaktion. Im Einverständnis mit ihm erschien im Februar 1611 sein Vetter Erzherzog Leopold, Bischof von Passau, mit seinen bisher im klevischen Kriege

beschäftigten Söldnerhaufen, den berüchtigten „Passauern", in Prag und besetzte in blutigen Gefechten die Kleinseite mit dem Hradschin. Aber wieder riefen die böhmischen Stände den Erzherzog Matthias herbei, zwangen mit ihm vereinigt Rudolf den Zweiten zum Verzicht auch auf die böhmische Krone und ließen am 23. Mai Matthias krönen. Mitten in unklaren, rachsüchtigen Entwürfen ist Rudolf am 20. Januar 1612 gestorben. Der ihn verdrängt hatte, König Matthias, war nach dem ihn emporhebenden Siege der ständisch-protestantischen Interessen kaum mehr als das machtlose Oberhaupt eines aristokratischen Staatenbundes. Zugleich wuchs mächtig das Selbstgefühl der tschechischen Mehrheit in Böhmen. Ein Landesgesetz machte 1615 die Erteilung des böhmischen Landesbürgerrechtes und die Erwerbung von Grundbesitz von der Kenntnis der tschechischen Sprache abhängig.

Im Reiche aber spitzten sich die Gegensätze gerade jetzt in der unheilvollsten Weise zu. Am 13. Juni 1612 wurde Matthias zum Kaiser gewählt, ohne daß, wie Brandenburg und Pfalz gefordert hatten, die protestantischen Beschwerden vorher erledigt worden wären. So eröffnete der Kaiser seinen ersten und letzten Reichstag in Regensburg am 13. August 1613 unter den ungünstigsten Aussichten. Denn schon im März hatte die Liga beschlossen, die Hilfe Lothringens, Savoyens, Spaniens und des Papstes nachzusuchen und ihren Standpunkt in der kirchlichen Frage selbst auf die Gefahr eines Krieges hin zu behaupten, und die Union, gestützt auf Verträge mit England und den Niederlanden, war entschlossen, vor der Erledigung der kirchlichen Beschwerden in keine Beratungen einzutreten. So fiel der wohlgemeinte Vermittlungsvorschlag Klesls, der jetzt Direktor des Geheimen Rats des Kaisers war, den protestantischen Administratoren den Besitz ihrer Stifter zuzugestehn, platt zu Boden; die unierten Stände verweigerten deshalb jede Beratung über die geforderte Türkensteuer, und der Reichstag ging zum zweitenmal ohne Abschied auseinander. Und um die Versöhnung völlig unmöglich zu machen, verließ der Kaiser in diesem entscheidenden Augenblicke seine wenigstens formell noch neutrale Stellung über den Parteien und trat der Liga bei.

Während Matthias so das Seinige tat, die Feindselig-

keiten im Reiche unheilbar zu machen, erregte er die stärkste Verstimmung in Böhmen, indem er, selbst kinderlos, seinen Vetter Ferdinand von Steiermark, den erbarmungslosen Vertilger des Protestantismus der Ostalpenlande, 1617 in Böhmen, 1618 in Ungarn als seinen Nachfolger anerkennen ließ. Das aber konnte nicht ohne die Zustimmung Spaniens geschehen, denn Philipp der Dritte von Spanien hatte als Enkel Maximilians des Zweiten (von dessen Tochter Anna) ein näheres Erbrecht auf die böhmisch-österreichischen Lande als Ferdinand. Deshalb erkaufte dieser den Verzicht Philipps, indem er ihm im Vertrage von Graz am 21. Juni 1617 den Sundgau (Oberelsaß) abtrat und die Übertragung aller etwa erledigten Reichslehen in Italien in Aussicht stellte. So schloß sich abermals, und wieder zum Fluche für Deutschland, der Bund zwischen Spanien und Österreich.

Der Entscheidungskampf 1618 bis 1648

Allerorten, in Deutschland und ringsum, drängten die tiefen Gegensätze zu einer großen Entscheidung. Im Westen schickte sich Spanien zum letzten Waffengange mit den Niederlanden an, da der Waffenstillstand von 1609 mit dem Jahre 1621 ablief, und es konnte, seitdem es die See nicht mehr beherrschte, diesen Kampf nur führen, wenn es die Landverbindung von Mailand durch die Franche-Comté nach Belgien, also auch das deutsche Rheinland, in seiner Hand hatte. Dabei aber mußte es sehr bald auf den Widerstand Frankreichs stoßen, sobald sich dieses aus den inneren Wirren, in die es der Tod Heinrichs des Vierten gestürzt hatte, wieder emporhob. Polen, wo der Adel, von den Jesuiten erzogen und beherrscht, das Luthertum ausgestoßen und auf die verkümmernden deutschen Stadtgemeinden (I 199) zurückgedrängt hatte, strebte seitdem als das Spanien des Ostens im Interesse seiner Macht und der römischen Kirche auf der einen Seite das schismatische Rußland, auf der andern das protestantische Schweden seinem Einflusse zu unterwerfen. Denn Rußland war seit dem Aussterben des Hauses Rurik in schwere Zerrüttung gesunken, Schweden aber, dessen Personalunion mit Polen Erichs des Vierzehnten Nachfolger, Johann der Dritte, durch die Wahl seines Sohnes Sigismund (1587—1632) vorbereitet hatte, hatte sich unter der Führung Karls des Neunten (1592—1611), seines jüngern Bruders, von Polen losgerissen und dadurch den ohnehin schon vorhandnen politischen und kirchlichen Gegensatz durch den dynastischen verschärft. Zugleich überflügelte es unter seinem starken Königtum das ständisch regierte Dänemark trotz dessen älterer Kultur und arbeitete sich zur herrschenden Macht an der Ostsee empor.

Der jugendliche König Gustav Adolf (1611—32), den die Schweden den Großen nennen, erzwang von den Russen im Frieden von Stolbowa 1617 die Abtretung von Ingermanland und Karelien und bemächtigte sich damit der uralten Zugangsstraße ins Innere des nördlichen Rußland, der Newa und des Finnischen Meerbusens; den Polen gegenüber setzte er sich in Livland fest.

Ähnliche Gegensätze standen einander in Deutschland gegenüber, aber in besondrer Ausprägung: auf der einen Seite die evangelische Kirche, die landesfürstliche und in Österreich die ständische Libertät, auf der andern der von romanischem Geiste erfüllte restaurierte Katholizismus, das Kaisertum das sich diesem jetzt ganz hingegeben hatte, wie unter Karl dem Fünften, und in Österreich die landesherrliche Gewalt. Bei dieser eigentümlichen Verschlingung der Verhältnisse war eine Vereinigung aller Protestanten von vornherein kaum möglich, denn nicht nur dauerte im Reiche der Gegensatz der pfälzisch-unionistischen zur kursächsischen Politik fort, sondern es war auch gar nicht daran zu denken, daß deutsche Reichsfürsten sich ehrlich und auf die Dauer mit der ganz antimonarchischen Libertät der böhmisch-österreichischen Stände hätten verbinden sollen. Sie waren also von Anfang an gegenüber der katholisch-kaiserlichen Politik, die ganz bestimmte Ziele hatte, im Nachteil und haben deshalb in ihrer Mehrzahl den Krieg vielmehr ängstlich vermieden als gesucht; er ist ihnen nach der Niederwerfung des böhmischen Aufstandes von der Gegenpartei geradezu aufgezwungen worden.

In der Tat, der Krieg traf das deutsche Volk zur unglücklichsten Stunde. Die Wurzeln seines Wohlstandes begannen zu verdorren, seitdem es aus dem großen Weltverkehr ausgeschieden war. Die Zerklüftung in kleine Staaten und scharf geschiedne Stände hatte das nationale Gemeingefühl erstickt und hemmte jeden Aufschwung des Volksgeistes. Die ständische Staatsordnung hatte geringe Widerstandskraft und noch geringere Leistungsfähigkeit. Die protestantischen Fürstengeschlechter waren mit seltenen Ausnahmen in Kleinstaaterei, engherzigem Konfessionalismus und roher Völlerei verkümmert, den katholischen gab ihre Weltkirche einen weiteren Gesichtskreis, doch sie empfanden nur kirchlich und dynastisch,

nicht deutsch. Deshalb war dieser entsetzliche Krieg niemals ein Volkskrieg, er hat auf deutschem Boden keinen einzigen großen Mann hervorgebracht und nur ein wüstes Heerwesen erzeugt, das den Jammer noch unendlich verschlimmerte.

Die „frommen Landsknechte" des sechzehnten Jahrhunderts, die, so unbändig sie waren, sich doch immer als Deutsche gefühlt, sich aus den kräftigsten Volksteilen rekrutiert und mit ihrem Zunftrecht auch streng auf ihre Zunftehre gehalten hatten, waren verschwunden. An ihre Stelle war der Auswurf aller Länder getreten, heimatlose Banden ohne Vaterland, ohne Glauben, ohne Treue, zusammengehalten vor allem durch die Hoffnung auf Beute und auf zügelloses Leben, ohne Anhänglichkeit an den Kriegsherrn, dem sie den Fahneneid unbedenklich brachen, sobald anderwärts größerer Gewinn lockte. Und wie die Soldaten, so die Führer. Sie alle, vom „General" bis zum Hauptmann und Rittmeister herab, waren vor allem Unternehmer, Glückssoldaten, die auf eigne Rechnung und Gefahr das Heer, ein Regiment, eine Kompagnie anwarben und auf möglichst hohe Verzinsung ihres dabei angelegten Kapitals rechneten; die Söldner waren wohl tapfere, kriegsgewohnte Männer, aber zusammengewürfelt aus allerlei Volk, Deutsche, Wallonen, Italiener, Spanier, Iren, Schotten, Slawen, und hart, ja gewissenlos, räuberisch, verwildert. Mit dem Kriegsherrn hingen sie meist nur durch den Feldherrn, den größten Unternehmer, zusammen, da dieser die Obersten ernannte. Ein solches Heer vertrug selten straffe Kriegszucht im Dienst, verlangte aber stets außerhalb des Dienstes die größtmögliche Freiheit und wurde dadurch zu einer furchtbaren Geißel für jede Bevölkerung, ob Freund oder Feind. Jeder Durchmarsch glich deshalb einem verheerenden Orkan, jede erstürmte Stadt war dem Verderben geweiht. Die Verwüstung war um so größer, als sich der Armee ein rasch wachsender Troß von Dirnen und Kindern anhängte, der gewöhnlich das Doppelte und Dreifache der Kämpferzahl betrug und mit verpflegt werden mußte. Schon aus diesem Grunde und wegen der Höhe des Soldes waren die Heere zu klein (mehr als vierzig- bis fünfzigtausend Mann glaubte selbst Tilly nicht befehligen zu können), um große, durchschlagende Entscheidungen herbeizuführen; jede größere be-

festigte Stadt gebot ihnen Halt, und das Mißlingen der Belagerung oder eine Niederlage gegen ein heranziehendes Entsatzheer konnte eine Wendung des Kriegsglücks herbeiführen. Daher die unverhältnismäßig lange Dauer des Krieges, daher auch die immer zunehmende Stärke der Reiterei bei abnehmender Heeresstärke, weil die Verpflegung immer schwieriger, der für sie zu beherrschende Umkreis also immer größer wurde. Den Kern der Reiterei bildeten die Kürassiere und Lanciers im Plattenharnisch des sechzehnten Jahrhunderts mit Pallasch oder Rennlanze als Hauptwaffe; die Dragoner waren eine berittene Infanterie. Die Hauptmasse des Fußvolks waren noch die Pikeniere; Hakenbüchsen (Arquebusen, Luntengewehre) führten nur kleinere Abteilungen. Die Artillerie hatte sich über den Stand des sechzehnten Jahrhunderts noch wenig erhoben. Uniformen gab es noch nicht. Die Regimenter nannten sich nach dem Obersten oder nach den Farben ihrer Fahnen, und die Parteien unterschieden sich durch ihre Feldbinde. Für die Schlacht stellte sich die Infanterie als Mitteltreffen in großen Schlachthaufen („Bataillonen") zusammen; an den Flügeln stand die Reiterei, vor der Front die „Batterie" der schweren Geschütze. Sie leitete mit den Hakenschützen und der Reiterei, die langsam bis auf Schußweite heranging, durch ihr Feuer die Schlacht ein, die Entscheidung gab aber erst der Zusammenstoß der Infanterie- und Reitermassen mit der blanken Waffe; eine Niederlage war also fast immer gleichbedeutend mit der Auflösung des geschlagenen Heeres.

Zuerst in Böhmen ging das verzehrende Kriegsfeuer auf. Schon Jahre vorher hatte die Bevorzugung von Katholiken bei der Besetzung der hohen Ämter, namentlich der Statthalterei, Verstimmung erregt. Die mit wachsender Leidenschaft erörterte Frage, ob die auf kirchlichem Grund und Boden (in Braunau und Klostergrab) errichteten evangelischen Kirchen zu Recht bestünden oder nicht, vergrößerte die Aufregung, bis endlich die Schließung der einen, die Zerstörung der anderen erbitterte Erörterungen zwischen den ständischen Defensoren und den Statthaltereiräten Martiniz und Slawata herbeiführte. Aus dem Hin und Her dieser gereizten Verhandlungen entsprang endlich eine berechnete, schwere Gewalttat des tschechischen Adels unter der Führung des Grafen Matthias von Thurn: am 23. Mai 1618 wurden nach heftigem Wortstreit in der „Landstube" des Prager Schlosses auf dem Hradschin Martiniz und Slawata mit ihrem ganz unschuldigen Sekretär Fabricius auf „altböhmische Weise", kopfüber zum Fenster hinaus in den zwanzig Meter tiefer liegenden Burggraben hinabgestürzt, wobei sie alle drei wunderbarerweise nur mit geringen Verletzungen davonkamen. Darauf setzten die böhmischen Herren eine ständische Regierung von dreißig Direktoren ein und wiesen die Jesuiten aus.

Diese Nachrichten brachten am kaiserlichen Hofe in Wien die streng katholischen Erzherzöge Ferdinand und Maximilian ans Ruder; Kardinal Klesl, der noch an Vermittlung dachte, wurde kurzerhand beseitigt (20. Juli) und auf Schloß Ambras bei Innsbruck festgehalten. Darauf rückte ein Söldnerheer unter ein paar wallonischen Offizieren, Boucquoy und Dampierre, in Böhmen ein, ohne indes gegen die ständischen Truppen unter Thurn und dem Grafen Ernst von Mansfeld, einem Bastard des alten nordthüringischen Grafenhauses, etwas Erhebliches auszurichten. Der Tod des Kaisers Matthias am 20. März 1619 führte eine entscheidende Wendung herbei. Denn jetzt waren die Böhmen wie die Ungarn vor die Wahl gestellt, ob sie den von ihnen schon als Nachfolger anerkannten Ferdinand von Steiermark, den Todfeind des Protestantismus, wirklich zur Herrschaft zulassen oder ihre Wahlfreiheit behaupten, sich von ihm lossagen und damit den Kampf auf Leben und Tod gegen Habsburg eröffnen wollten, und das Reich mußte sich entscheiden, ob es einem so beschränkten Fanatiker in diesem schicksalsschweren Augenblicke die Kaiserkrone übertragen wollte. Am raschesten entschlossen sich die ober- und niederösterreichischen Stände; sie verweigerten ihm die Huldigung, da ihr legitimer Landesherr des Kaisers Matthias Bruder, Erzherzog Albrecht, der damalige spanische Statthalter von Belgien, sei, und traten mit den Böhmen in Verbindung. Ebenso entschieden sich die Mährer für den Anschluß an Böhmen, und am 5. Juni erschien Graf Thurn mit böhmischen Truppen vor Wien, wo Ferdinand in großer Bedrängnis saß. Aber die Wiener Bürgerschaft, so gut protestantisch sie ihrer Mehrheit nach war, versäumte die günstige Ge-

festigte Stadt gebot ihnen Halt, und das Mißlingen der Belagerung oder eine Niederlage gegen ein heranziehendes Entsatzheer konnte eine Wendung des Kriegsglücks herbeiführen. Daher die unverhältnismäßig lange Dauer des Krieges, daher auch die immer zunehmende Stärke der Reiterei bei abnehmender Heeresstärke, weil die Verpflegung immer schwieriger, der für sie zu beherrschende Umkreis also immer größer wurde. Den Kern der Reiterei bildeten die Kürassiere und Lanciers im Plattenharnisch des sechzehnten Jahrhunderts mit Pallasch oder Rennlanze als Hauptwaffe; die Dragoner waren eine berittene Infanterie. Die Hauptmasse des Fußvolks waren noch die Pikeniere; Hakenbüchsen (Arquebusen, Luntengewehre) führten nur kleinere Abteilungen. Die Artillerie hatte sich über den Stand des sechzehnten Jahrhunderts noch wenig erhoben. Uniformen gab es noch nicht. Die Regimenter nannten sich nach dem Obersten oder nach den Farben ihrer Fahnen, und die Parteien unterschieden sich durch ihre Feldbinde. Für die Schlacht stellte sich die Infanterie als Mitteltreffen in großen Schlachthaufen („Bataillonen") zusammen; an den Flügeln stand die Reiterei, vor der Front die „Batterie" der schweren Geschütze. Sie leitete mit den Hakenschützen und der Reiterei, die langsam bis auf Schußweite heranging, durch ihr Feuer die Schlacht ein, die Entscheidung gab aber erst der Zusammenstoß der Infanterie- und Reitermassen mit der blanken Waffe; eine Niederlage war also fast immer gleichbedeutend mit der Auflösung des geschlagenen Heeres.

Zuerst in Böhmen ging das verzehrende Kriegsfeuer auf. Schon Jahre vorher hatte die Bevorzugung von Katholiken bei der Besetzung der hohen Ämter, namentlich der Statthalterei, Verstimmung erregt. Die mit wachsender Leidenschaft erörterte Frage, ob die auf kirchlichem Grund und Boden (in Braunau und Klostergrab) errichteten evangelischen Kirchen zu Recht bestünden oder nicht, vergrößerte die Aufregung, bis endlich die Schließung der einen, die Zerstörung der anderen erbitterte Erörterungen zwischen den ständischen Defensoren und den Statthaltereiräten Martinitz und Slawata herbeiführte. Aus dem Hin und Her dieser gereizten Verhandlungen entsprang endlich eine berechnete, schwere Ge-

walttat des tschechischen Adels unter der Führung des Grafen Matthias von Thurn: am 23. Mai 1618 wurden nach heftigem Wortstreit in der „Landstube" des Prager Schlosses auf dem Hradschin Martinitz und Slawata mit ihrem ganz unschuldigen Sekretär Fabricius auf „altböhmische Weise", kopfüber zum Fenster hinaus in den zwanzig Meter tiefer liegenden Burggraben hinabgestürzt, wobei sie alle drei wunderbarerweise nur mit geringen Verletzungen davonkamen. Darauf setzten die böhmischen Herren eine ständische Regierung von dreißig Direktoren ein und wiesen die Jesuiten aus.

Diese Nachrichten brachten am kaiserlichen Hofe in Wien die streng katholischen Erzherzöge Ferdinand und Maximilian ans Ruder; Kardinal Klesl, der noch an Vermittlung dachte, wurde kurzerhand beseitigt (20. Juli) und auf Schloß Ambras bei Innsbruck festgehalten. Darauf rückte ein Söldnerheer unter ein paar wallonischen Offizieren, Boucquoy und Dampierre, in Böhmen ein, ohne indes gegen die ständischen Truppen unter Thurn und dem Grafen Ernst von Mansfeld, einem Bastard des alten nordthüringischen Grafenhauses, etwas Erhebliches auszurichten. Der Tod des Kaisers Matthias am 20. März 1619 führte eine entscheidende Wendung herbei. Denn jetzt waren die Böhmen wie die Ungarn vor die Wahl gestellt, ob sie den von ihnen schon als Nachfolger anerkannten Ferdinand von Steiermark, den Todfeind des Protestantismus, wirklich zur Herrschaft zulassen oder ihre Wahlfreiheit behaupten, sich von ihm lossagen und damit den Kampf auf Leben und Tod gegen Habsburg eröffnen wollten, und das Reich mußte sich entscheiden, ob es einem so beschränkten Fanatiker in diesem schicksalsschweren Augenblicke die Kaiserkrone übertragen wollte. Am raschesten entschlossen sich die ober- und niederösterreichischen Stände; sie verweigerten ihm die Huldigung, da ihr legitimer Landesherr des Kaisers Matthias Bruder, Erzherzog Albrecht, der damalige spanische Statthalter von Belgien, sei, und traten mit den Böhmen in Verbindung. Ebenso entschieden sich die Mährer für den Anschluß an Böhmen, und am 5. Juni erschien Graf Thurn mit böhmischen Truppen vor Wien, wo Ferdinand in großer Bedrängnis saß. Aber die Wiener Bürgerschaft, so gut protestantisch sie ihrer Mehrheit nach war, versäumte die günstige Ge-

legenheit, ihre Stadt den Böhmen in die Hände zu spielen, und da Graf Thurn in keiner Weise auf eine Belagerung vorbereitet war, so mußte er schon am 14. Juni wieder abziehen. Auch der kleine Krieg im südlichen Böhmen zog sich ohne Entscheidung hin, denn die Söldnerhaufen beider Parteien waren schwach und zudem zuchtlos, weil keine sie zu bezahlen vermochte.

Trotz dieser drangvollen Lage trieb es den Erzherzog Ferdinand unwiderstehlich nach Frankfurt a. M. zur Kaiserwahl. Daß sie auf ihn fallen würde, war nach dem Brauche kaum zweifelhaft, denn Herzog Max von Bayern hatte das kluge Angebot der Pfälzer, ihm die Krone zu übertragen, mit Selbstverleugnung aus Rücksicht für die katholischen Interessen abgelehnt, die allerdings durch die dann unvermeidliche Verfeindung der Habsburger und Wittelsbacher aufs schwerste geschädigt worden wären. Aber noch hoffte die Pfalz, dem Erzherzog die Beilegung der böhmischen Unruhen als Bedingung seiner Wahl stellen zu können, damit nicht der böhmische Brand auch das bis dahin unbeteiligte Reich ergreife. Allein abermals trennte sich Kursachsen von der Pfalz, und so wurde am 16. (26.) August 1619 Erzherzog Ferdinand bedingungslos zum Kaiser gewählt, eine kaum minder verhängnisvolle Wahl wie die Erhebung Karls des Fünften hundert Jahre vorher.

Inzwischen schlang jeder Tag die Fäden zwischen den Dingen im Reiche und in den Ländern der Habsburger dichter und fester. Am 31. Juli schlossen die fünf Länder der böhmischen Krone ihre Konföderation, die das Königreich Böhmen in einen lockeren, ständisch regierten, nur durch die Person des Landesherrn zusammengehaltnen Staatenbund auflöste, ein Produkt ständischer Selbstsucht und staatsmännischer Unfähigkeit; am 9. August entsetzten sie den Erzherzog Ferdinand förmlich des Throns, am 16./26. August wählten sie den jungen Kurfürsten Friedrich den Fünften von der Pfalz (geb. 1596) zum König, in der Hoffnung, sich damit die Hilfe der Union und die wichtigere Jakobs des Ersten von Großbritannien zu erkaufen, dessen stolze, schöne Tochter Elisabeth seit 1613 Friedrichs Gemahlin war; am 4. November empfing der Kurfürst die böhmische Krone in Prag, nach langem Zö-

gern vorwärts gedrängt durch seine Berater, vor allem Christian von Anhalt. Auch die Union rüstete und stellte der Liga Bedingungen, deren Ablehnung sicher war und damit den Krieg auch im Reiche entfesselte. Der Kampf gegen das Haus Habsburg und die Liga war eröffnet.

Um so fester schlossen sich beide zusammen. Am 8. Oktober 1619 erhielt Ferdinand auf der Rückreise nach seinen Erblanden von Herzog Maximilian in München die erneute Zusicherung seiner Hilfe gegen das Versprechen, ihm die alleinige Leitung der Liga zu überlassen, ein österreichisches Erbland als Ersatz für die Kriegskosten zu verpfänden und ihm die Kurwürde zu verschaffen. Auch Spanien sicherte seine Waffen- und Geldbeihilfe zu, schon deshalb, weil die Erwerbung des wichtigen Sundgaus von der Behauptung der böhmischen Krone durch Ferdinand abhing; Savoyen gestattete spanischen Truppen den Durchmarsch, Papst Paul der Fünfte zahlte Subsidien, Polen versprach in Ungarn einzufallen, falls Bethlen Gabor, seit 1613 Fürst von Siebenbürgen, seit Ende 1619 Herr fast des gesamten habsburgischen Ungarns, die österreichischen und böhmischen Stände unterstützen sollte. Kurz, die katholische Welt stand geschlossen zusammen gegen die Rebellen und Ketzer.

Bei denen aber herrschte Unklarheit und Schwäche, Kurzsichtigkeit und Zerfahrenheit. Gabriel Bethlen und die Böhmen erschienen wirklich Ende Oktober vor Wien, doch ein Einfall polnischer Kosaken rief den Siebenbürger heim; er schloß dann zwar im Januar 1620 ein Bündnis mit Böhmen und Österreich, begnügte sich aber mit schwachen Truppensendungen und richtete seine ganze Anstrengung auf die Verhältnisse Ungarns, wo der hochstrebende Mann im August 1620 zum König erhoben wurde. Johann Georg der Erste von Sachsen (1611—52) aber blieb nicht nur neutral, sondern ließ sich sogar durch die alte Abneigung gegen die pfälzische Politik und den Kalvinismus, den Widerwillen gegen die ständische Bewegung in Böhmen und die Furcht vor einer erneuerten Erhebung der Ernestiner zum Bündnis mit dem Kaiser bestimmen: gegen die Zusicherung, daß die geistlichen Güter in den beiden sächsischen Reichskreisen (also in fast ganz Norddeutschland) den evangelischen Fürsten verbleiben und die

Lutherischen der habsburgischen Erblande in ihrer Religionsübung nicht gestört werden sollten, übernahm er es, als kaiserlicher Kommissarius die Lausitzen und Schlesien zu besetzen. Auch König Jakob von England wollte für die böhmischen „Rebellen" nichts Ernsthaftes tun, die Union schloß sogar im Juli 1620 Frieden mit der Liga, ohne Böhmen dabei zu berücksichtigen; die niederösterreichischen Stände endlich erkannten, als Erzherzog Albrecht verzichtet hatte, Ferdinand den Zweiten als ihren Landesherrn an. In Böhmen selbst aber wirkten die Schwäche Friedrichs des Fünften, der blinde Fanatismus seiner kalvinischen Geistlichen, die Selbstsucht und Zuchtlosigkeit des Adels mit der steigenden Geldnot und der Unbeliebtheit der hochfahrenden Königin zusammen, so daß die so herausfordernd begonnene Bewegung nicht nur mit einem vernichtenden Zusammenbruch, sondern auch in unauslöschlicher Schande endete.

Nachdem die bayrischen Truppen unter dem Wallonen Graf Johann Tserklaes von Tilly im August Oberösterreich zur bedingungslosen Unterwerfung gezwungen hatten, vereinigten sie sich im südwestlichen Böhmen mit den Spaniern unter Maradas und den Kaiserlichen unter Boucquoy, nötigten, als der nahe Winter zur Entscheidung drängte, durch raschen Vormarsch auf Prag die Böhmen zum Rückzuge nach ihrer Hauptstadt und brachten ihnen hier beim Weißen Berge am 8. November 1620 binnen einer kurzen Stunde eine schmachvolle Niederlage bei, die das Schicksal Böhmens für Jahrhunderte entschied. Schon am nächsten Tage flüchtete Friedrich der Fünfte nach Schlesien; die Prager Städte und die böhmischen Stände, soweit sie anwesend waren, huldigten Ferdinand als ihrem „Erbherrn und König", die Lausitzen und Schlesien unterwarfen sich nach der Einnahme von Bautzen (5. Oktober) dem Kurfürsten von Sachsen ohne Gegenwehr, als dieser ihnen Amnestie und Bewahrung ihrer Rechte zusicherte, und Friedrich der Fünfte, der unglückliche „Winterkönig", fand erst in Holland eine sichere Zuflucht. Auch Gabriel Bethlen verzichtete schließlich im Dezember 1621 auf die ungarische Krone gegen Abtretung des nordöstlichen Ungarns.

Und nun kam über Böhmen und Mähren eine kirchliche und politische Reaktion, so rachsüchtig und erbarmungslos,

wie sie niemals ein modernes Volk getroffen hat. Von dem Standpunkt aus, daß die Länder durch ihre Rebellion alle ihre Rechte verwirkt hätten, behandelte der Kaiser den gesamten Adel der Länder als des Hochverrats schuldig, ließ an dem schrecklichen 21. Juni 1621, einem der entsetzlichsten Bluttage in der blutigen Geschichte des Landes, 24 der ersten Männer Böhmens auf dem Altstädter Ring in Prag enthaupten, zog den größten Teil der Adelsgüter ein, um sie als Schenkung oder gegen Schleuderpreise an landfremde Herren zu geben, die seine Heere befehligt hatten, wies 1621 die kalvinischen, 1622 auch die lutherischen, endlich auch die utraquistischen Geistlichen und Lehrer aus und vernichtete 1627 den Majestätsbrief. Da begann denn jener große Auszug der böhmischen Protestanten, der das Land seiner kräftigsten Elemente beraubte und nur die gewaltsame, mit allen Mitteln des Zwanges und drängender Überredung bekehrte, unselbständige Masse zurückließ. Ähnliches geschah in Mähren. Die „verneuerte Landesordnung" von 1627 aber erklärte die böhmische Königskrone für erblich, beschränkte zweckmäßig die mißbrauchten Rechte der Stände und stellte die Gleichberechtigung des Deutschen neben dem Tschechischen wieder her (s. S. 183). Insofern war der Sieg des Kaisers auch eine Niederlage des Tschechentums und ein Sieg des Deutschtums, aber eines mit der kirchlichen Reaktion verbündeten und daher unfruchtbaren Deutschtums. Auch in Nieder- und Oberösterreich griff der Jesuitismus schonungslos durch; Schlesien wurde von ihm nur in den unmittelbar landesherrlichen Gebieten, freilich dem größten Teile des Landes, betroffen (seit 1627); die beiden Lausitzen schützte vor jeder Gewaltmaßregel die kursächsische Pfandherrschaft (seit 1623).

Mit der Niederwerfung Böhmens konnte der Krieg zu Ende sein, aber die Bundesgenossen drängten den Kaiser weiter vorwärts. Denn Spanien hatte im Herbst 1620 einen Teil der Rheinpfalz besetzt, und Max von Bayern wollte das verpfändete Oberösterreich nicht ohne eine territoriale Entschädigung räumen. Daher verhängte der Kaiser nach dem Spruche seines Reichshofrats am 23. Januar 1621 die Acht über Friedrich den Fünften und übertrug ihre Vollstreckung dem Herzog von Bayern. Während noch die nordischen Mächte,

England, Holland und Dänemark, über ein Bündnis zum Schutze der Union verhandelten, löste sich diese im Mai 1621 ruhmlos auf, und für den geächteten Kurfürsten traten zunächst nur drei fürstliche Söldnerführer auf eigne Faust ein, Ernst von Mansfeld, der in kühnem Marsche von Böhmen her den Oberrhein erreichte, der wilde Christian von Braunschweig, Administrator von Halberstadt, und Friedrich von Baden-Durlach. Dieser siegte mit Mansfeld vereinigt am 27. April 1622 bei Wiesloch über Tilly, getrennt aber erlag er ihm am 15. Mai bei Wimpfen am Neckar, ebenso Christian am 20. Juni bei Höchst am Main. Als sie nun wieder die ansehnlichen Trümmer ihrer Heerhaufen vereinigten, bot die Liga Friedrich dem Fünften die Herstellung der Pfalz an, wenn er die Waffen niederlege. Er tat es und ging nach den Niederlanden, doch von dem Versprechen wurde nichts erfüllt. Die Pfalz fiel nunmehr ganz in die Hände der Ligisten, die schöne Bibliotheca Palatina der Universität Heidelberg wanderte nach dem Vatikan, und das Land wurde gewaltsam katholisiert. Nach solchen Erfolgen übertrug der Kaiser gemäß den Beschlüssen des fast nur von katholischen Fürsten besuchten Deputationstages in Regensburg im Februar 1623 die pfälzische Kurwürde dem Herzog Maximilian, zunächst auf Lebenszeit. Damit war durch einen Bruch des Reichsrechts die bis dahin bestehende konfessionelle Parität des Kurfürstenrats zerstört, die Evangelischen auf zwei Stimmen (gegen vier ohne Böhmen) beschränkt und der katholischen Mehrheit zu dem Umsturze der Reichsverfassung in gesetzlichen Formen die Bahn geöffnet. Deutschland stand vor der entscheidenden Wendung des Krieges. Die Rückforderung aller seit 1552 eingezognen geistlichen Güter, die Vernichtung des im Religionsfrieden gar nicht geschützten Kalvinismus, die Zurückdrängung der lutherischen Landeskirchen in eine ohnmächtige, nur noch geduldete Stellung, das alles stieg drohend am Horizont empor.

Am frühsten rückte die Gefahr dem niedersächsischen Kreise nahe. Denn dorthin war Christian von Braunschweig mit den Resten seines Heeres durch Frankreich, die Niederlande und Westfalen gelangt. Indem Tilly ihm folgte, kam es am 6. August 1622 bei Stadtloen zu einer blutigen Schlacht, die

mit Christians Niederlage und Rückzug endete. Drohend blieb Tilly seitdem in Niederdeutschland stehen. Da nun von den zerfahrenen und untereinander vielfach verfeindeten Ständen Niedersachsens irgendwelche Gegenwehr nicht zu erwarten war, so nahmen die benachbarten auswärtigen protestantischen Mächte, England, die Niederlande (die seit 1621 wieder im Kriege mit Spanien lagen) und Dänemark die Sache des Protestantismus in die Hand. Die Führung aber übertrugen sie dem König Christian dem Vierten von Dänemark (1598 bis 1648). Er war als Herzog von Holstein Reichsfürst und Mitglied des niedersächsischen Kreises, hoffte durch die Wahl seines Sohnes Friedrich zum Administrator oder Koadjutor mehrerer niederdeutscher Bistümer (Bremen, Verden, Magdeburg, Osnabrück) seinen Einfluß dort zu verstärken, hatte also an der Abwehr katholischer Wiederherstellungspläne ein unmittelbares Interesse, und galt überdies, ein Herrscher deutscher Abkunft und Bildung, gar nicht als ein Fremder. Indem der niedersächsische Kreis ihn im Juni 1625 in Braunschweig zu seinem Obersten wählte, trat der protestantische Nordwesten der ligistisch-kaiserlichen Politik entgegen. Auch Gustav Adolf von Schweden hatte schon 1621 in Livland den Krieg gegen Polen wieder eröffnet, und Frankreich, das Kardinal Richelieu seit 1624 in die Bahnen Heinrichs des Vierten zurücklenkte, stand offen auf der Seite der Feinde Habsburgs, bereit, den alten Kampf um die Vorherrschaft in Europa jetzt auszutragen.

Solchen Rüstungen gegenüber reichten die Kräfte der Liga nicht aus, und da dem Kaiser obendrein die militärisch-politische Abhängigkeit von diesem Fürstenbündnis, das doch immer seine eignen Ziele verfolgte, auf die Dauer lästig fiel, so beschloß er, ein selbständiges Heer aufzustellen. In der Weise, wie dies wirklich geschah, war das freilich nur dem Manne möglich, den der Kaiser damit beauftragte. Albrecht von Wallenstein (geb. 1583), ein böhmischer Edelmann aus einem utraquistischen Zweige des alten tschechischen Geschlechts der Ralsko, dessen ursprünglicher Stammsitz das Schloß Waldstein zwischen Turnau und Gitschin war, hatte, früh verwaist, eine gelehrte Bildung erst bei den Jesuiten in Olmütz, dann auf der protestantischen Universität Altdorf bei Nürnberg ge-

nossen und sie später durch Reisen in West- und Südeuropa erweitert. Nach seiner Rückkehr trat er in Kriegsdienste, erwarb sich dabei das persönliche Vertrauen des Erzherzogs Ferdinand, wurde durch die Heirat mit einer mährischen Dame einer der reichsten Grundherren Mährens, durch Schenkungen und glückliche Güterankäufe nach dem böhmischen Kriege, den er als Oberst eines Kürassierregiments mitmachte, der größte Landbesitzer Böhmens, seit 1623 Reichsfürst, seit 1624 als Fürst, später (1627) als Herzog von Friedland der Herr eines selbständigen Gebiets von etwa siebzig Quadratmeilen, das nur noch in Lehnsverhältnis zur Krone Böhmen stand, und das er von seiner Hauptstadt Gitschin aus in großem und verständigem Sinne regierte. Aber seine Ziele lagen höher. An der Spitze eines kaiserlichen Heeres wollte er die erbliche Vollgewalt des Kaisers über Deutschland aufrichten, des Reichs- und Fürstenrechts ungefragt, nicht aus nationalen Beweggründen, sondern für seine eigene Größe; denn ein nationaler Held war er nicht; er wollte selber herrschen, und dem Kaiser treu blieb er nur, soweit ihre Interessen zusammengingen. Religiös gleichgültig und nur darum bis zu einem gewissen Grade duldsam, wollte er von den Reaktionsplänen kirchlicher Kreise nichts wissen; er huldigte persönlich einem astrologischen Fatalismus, der ihn in den entscheidenden Augenblicken seines Lebens mehr bestimmte als alle andern Erwägungen. Ganz und gar Soldat, stolz, finster, gebieterisch, von dem Nimbus des Geheimnisvollen und von königlicher Pracht umgeben, fesselte er die buntgemischten, rohen Massen seines Heeres fest an seine imponierende Persönlichkeit.

Dieses Heer, das er in der Weise der Zeit als großer Unternehmer an der Spitze von Offizieren aus aller Herren Ländern auf seine und ihre Kosten warb, aber durch regelmäßige Lieferungen der Landschaften verpflegte, führte er 1625 aus Böhmen durch Franken nach Niederdeutschland. Doch zur Entscheidung kam es erst 1626. Über die ganze Breite von Mitteleuropa hin standen die protestantischen Heerhaufen zum Vormarsch nach Süden gerüstet, Johann Ernst von Weimar in Westfalen, König Christian der Vierte an der Weser gegen Tilly, Ernst von Mansfeld im Brandenburgischen gegen Wallenstein, im äußersten Osten, ohne verbündet zu sein, aber tatsächlich in derselben Schlachtlinie Gustav Adolf an der untern Weichsel gegen die Polen. Mansfelds Angriff auf Wallensteins feste Stellung an der Dessauer Elbbrücke, wo er ihm die Zufuhr auf dem Strome sperrte, prallte am 15./25. April ab; trotzdem drang er, Johann Ernst an sich ziehend, die Oder aufwärts in Schlesien ein, um in die kaiserlichen Erblande einzubrechen und den aufständischen protestantischen Bauern Oberösterreichs unter Stephan Fadinger die Hand zu reichen. Allein Wallenstein folgte ihm, sperrte ihm Anfang September bei Olmütz den Weg und nötigte ihn, über den Jablunkapaß nach Ungarn hinabzusteigen, wo er sich mit Bethlen Gabor zu vereinigen suchte. Da dieser ihn im Stiche ließ, wollte Mansfeld nach Venedig gehen, starb aber unterwegs in Dalmatien (30. November). Sein zusammengeschmolzenes Heer ging bei dem Rückmarsche durch Schlesien zugrunde; die oberösterreichischen Bauern wurden nach heldenmütiger Gegenwehr von den Bayern niedergeworfen. Inzwischen hatte Tilly am 17./27. August den König Christian bei Lutter am Barenberge vollständig geschlagen und nach der unteren Elbe zurückgedrängt. Im Sommer 1627 fluteten nun die kaiserlichen und ligistischen Scharen gegen ihn heran, besetzten fast ohne Gegenwehr das ganze schleswig-holsteinische und jütische Festland und beschränkten die Dänen auf ihre Inseln. Ganz Norddeutschland lag dem Sieger zu Füßen, und der Sieger war der Kaiser.

Die kühnsten Pläne bewegten jetzt Wallenstein und die Wiener Hofburg. Nur des Kaisers Gebot sollte im Reiche gelten; jedes Widerstreben galt als Hochverrat und wurde niedergetreten wie einst in Böhmen. Wie jetzt Maximilian von Bayern die Erblichkeit seiner Kurwürde und die Oberpfalz mit der rechtsrheinischen Pfalz empfing, so ächtete der Kaiser im Januar 1628 die Herzöge von Mecklenburg, weil sie am niedersächsischen Kriege teilgenommen hatten, und übertrug im Februar das Land an Wallenstein, zunächst als Pfand für seine Auslagen. Andere norddeutsche Gebiete sollten für andere kaiserliche Generale eingezogen werden, und allerorten verzehrten die eingelagerten Söldnerhaufen das Mark des Landes. Aber noch mehr. Zum „General des baltischen und ozeanischen Meeres" ernannt (April 1628), wollte Wallenstein

eine kaiserliche Kriegsflotte, eine mächtigere Erbin der zerfallnen Hansa, auf der Nord- und Ostsee schaffen, um dann gegen die nordischen Mächte vorzugehen; er besetzte deshalb die pommerschen und mecklenburgischen Küstenstädte und ließ Stralsund, das die Aufnahme kaiserlicher Truppen standhaft verweigerte, im Sommer 1628 belagern; Graf Ludwig von Schwarzenberg verhandelte mit den Hansestädten über die Stellung von Kriegsschiffen und die Begründung einer hansisch-spanischen Handelsgesellschaft, die den höchst bedeutenden nordisch-spanischen Verkehr in die Hände nehmen und die Holländer aus ihm verdrängen sollte. Es waren gewiß gut nationale Pläne, aber der protestantische Teil der Nation wies sie mißtrauisch von sich, weil sie sich mit der kirchlichen Reaktion und der Säbelherrschaft der kaiserlichen Generale verbanden; die Städte lehnten die Vorschläge ab, und Stralsund behauptete sich mit dänischer und schwedischer Hilfe. So scheiterte die habsburgische Politik gerade da, wo sie wirklich einmal im Interesse Deutschlands arbeitete. Aber über Norddeutschland gebot sie unbedingt, und der Friede von Lübeck (2./12. Mai 1629) befestigte diese Herrschaft noch, denn Christian der Vierte verzichtete gegen Räumung seiner Länder auf jede Einmischung in die deutschen Dinge. Und schon sandte Wallenstein 1629 seinen Feldmarschall Georg von Arnim mit 10 000 Mann in den Dienst Polens gegen die Schweden.

Doch alle Fürsten blickten mit äußerstem Mißtrauen auf die wachsende Militärgewalt des Kaisers und auf die Willkürherrschaft seiner Generale; die evangelischen Stände aber verfeindete er sich unversöhnlich durch das unselige Edikt über die Restitution der geistlichen Güter vom 6. März 1629. Es beschränkte die Geltung des Religionsfriedens auf die Lutherischen und verfügte die Rückgabe aller seit 1552 eingezognen geistlichen Güter an die katholische Kirche. Es wollte also diese ansehnlichen Gebiete den protestantischen Fürstenhäusern entziehen, sie der gewaltsamen Rekatholisierung überliefern, eine reiche geistige Entwicklung von achtzig Jahren aus der Geschichte streichen, unter dem Scheine formellen Rechts eine grundstürzende Revolution über weite Teile des Reiches bringen. Ein Kaiser, der dies wollte, war der deutschen Nation Todfeind; Ferdinand trieb die also Bedrohten gewaltsam in das Lager des protestantischen Auslandes. Und ernsthaft genug wurde mit der Ausführung des Edikts begonnen: des Kaisers jüngerer Sohn Leopold Wilhelm erhielt die Bistümer Halberstadt, Bremen, Osnabrück und Magdeburg, wo die demokratische Partei den Brandenburger Christian Wilhelm, ihre Gegner den sächsischen Prinzen August erhoben hatten.

Aber die Liga fürchtete für sich selbst; sie trieb Territorialpolitik gegen die kaiserliche Machterweiterung. Gestützt auf Frankreich und im Bunde mit den protestantischen Fürsten zwang sie auf dem Kurfürstentage von Regensburg im August 1630 den Kaiser, Wallenstein zu entlassen, sein Heer zu verringern und es unter Tillys Befehl zu stellen. Wieder einmal erlag das Kaisertum, weil es das Äußerste nicht wagte, der reichsfürstlichen Libertät, in demselben Augenblick, als die ersten schwedischen Truppen an der pommerschen Küste landeten, um eine neue Periode des Krieges zu eröffnen.

Es war ein weltgeschichtlicher Entschluß und ein Entschluß zugleich im Interesse Schwedens und des deutschen Protestantismus, der Gustav Adolf nach Deutschland führte. Seit Jahren im Kriege mit Polen, seit 1628 auch im offenen Gegensatze zum Kaiser, befreite er sich zunächst im September 1629 durch den sechsjährigen Waffenstillstand von Altmark mit Frankreichs Hilfe von dem lähmenden Kampfe gegen Polen und sicherte sich dadurch Livland, Pillau und das Weichseldelta. Ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Ostseeherrschaft sollte auch die Landung in Pommern sein; aber so verschlungen hatten sich die Gegensätze, daß er, wollte er die Selbständigkeit Schwedens und den Protestantismus in Schweden schützen, beide in Deutschland retten und die kaiserliche Übermacht mit Hilfe der reichsfürstlichen Libertät zertrümmern mußte. Er allein hätte das nicht vermocht. Er regierte ein kleines, armes Volk von kaum einer Million; er verfügte allerdings über einen stolzen, tapferen, herrschkundigen Adel, und er hatte sich ein schwedisches Nationalheer mit einer neuen beweglichen Aufstellung und Taktik der Infanterie (der sogenannten schwedischen Brigade) und einer leichten Artillerie geschaffen, aber das Entscheidende war doch, daß er die deutschen Protestanten für sich gewann. Wieder zeigte sich hier die Macht der Persönlichkeit. Damals in der besten Kraft der ersten Mannes-

jahre (geb. 19./9. Dezember 1594) war er eine zugleich imponierende und unwiderstehlich fesselnde Erscheinung. Hochgewachsen über das gewöhnliche Maß, blond, blauäugig, ein stürmischer Kriegsmann, der verwegen wie ein nordischer Wikinger in den Kampf stürmte, ein weitblickender Feldherr und Diplomat, der immer das ganze Feld des Kriegsschauplatzes und der europäischen Politik überschaute, ein Meister der Unterhandlung, sprachgewaltig, schlagfertig, unermüdlich, in klassischer Bildung geschult und ein aufrichtig frommer Mensch, dem es heiliger Ernst war mit seinem Glauben, gebieterisch und blinden Gehorsam fordernd wie findend, aber ein Vater seiner Soldaten und im persönlichen Verkehr von herzgewinnender Liebenswürdigkeit, also trat er den Deutschen entgegen, deren Sprache, die Sprache seiner deutschen Mutter Christine von Schleswig-Holstein, er völlig beherrschte, und deren Glaubensgenosse er war. Bald erschien er ihnen nicht wie ein Fremder, sondern wie ein Landsmann, und an seiner Heldengröße richtete sich dieses verkümmerte Volk wieder empor.

Mit fünfzehntausend Mann stieg er am 26. Juni 1630 an der Mündung der Peene angesichts der hohen Waldküste von Usedom ans Land; binnen wenig Tagen bemächtigte er sich aller Odermündungen, zwang den alten ängstlichen Herzog Bogislaw den Vierzehnten von Pommern zur Übergabe von Stettin und zum Anschluß, nahm bis Ende des Jahres fast ganz Pommern in Besitz und schickte seinen Obersten Falkenberg nach Magdeburg, wo Christian Wilhelm seine Hilfe angerufen hatte. Im Frühjahr 1631 gedachte er, die Oder aufwärts ziehend, in die kaiserlichen Erblande einzubrechen, wie Mansfeld; er nahm Küstrin durch Übergabe und erstürmte im April Frankfurt a. O. und Landsberg an der Warthe. Da zwang ihn der Hilferuf Magdeburgs nach Westen abzuschwenken. Denn seit Ende März war die Stadt von Tilly eingeschlossen, und von den protestantischen Reichsfürsten durfte sie keine Hilfe erwarten. Hatten sich diese doch im Februar 1631 durch den Leipziger Konvent nur zu bewaffneter Neutralität zwischen dem Kaiser, dem Feinde ihres Glaubens, und dem Schwedenkönige, dem Feinde des Reichs, verbündet, und nur unter dem Drucke des schwedischen Einmarsches räumte Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg, Gustav Adolfs Schwager, ein schwacher, unselbständiger Herr, ihm Spandau zur Sicherung seines Vormarsches gegen Magdeburg ein. So kam der König zu spät, um die Stadt zu retten; sicher gemacht durch trügerische Verhandlungen wurde Magdeburg in der Morgenfrühe des 10. Mai von den Belagerern unter Pappenheims Befehl überrumpelt und ging unter den Greueln der Plünderung und des verzweifelten Straßenkampfes bis auf den Dom, die Liebfrauenkirche und einige Gassen an der Elbe in Flammen auf. Dieser furchtbare Schlag drängte den König in eine Verteidigungsstellung zurück, und auch diese konnte er nur dadurch völlig sichern, daß er Brandenburg zum Bündnis nötigte. Also im Besitz Brandenburgs, Pommerns und Mecklenburgs, im Osten von der Oder, im Westen und Süden von der Elbe, Havel und Spree gedeckt, beherrschte Gustav Adolf eine mächtige „Ostseebastion" und wies noch Ende Juli einen Angriff Tillys auf sein festes Lager bei Werben an der Havelmündung zurück.

Er durfte sich aber nicht auf die Verteidigung beschränken, sonst ging Sachsen verloren. Der Befehl des Kaisers, die Leipziger „Schlußverwandten" zum Bündnis oder zur Entwaffnung zu zwingen, zeigte die gewaltige Gefahr. Schon wurde Wilhelm von Hessen-Kassel, Bernhard von Sachsen-Weimar und Johann Georg der Erste von Sachsen bedroht, und diesen traf der erste Stoß der Kaiserlichen. Von Osten und Westen her marschierten sie in Kursachsen ein, Ende August stand Tilly vor Leipzig. Da öffnete der Kurfürst widerwillig den Elbübergang bei Wittenberg den Schweden und vereinigte am 5./15. September bei Düben an der Mulde sein Heer mit dem schwedischen. Zum Entsatze Leipzigs kamen die verbündeten Fürsten zu spät, aber am 7./17. September erlag Tilly bei Breitenfeld nördlich von der Stadt der überlegenen Taktik der Schweden und rettete nur Trümmer seines Heeres über Halle nach Halberstadt.

Dieser überraschende Sieg in offner Feldschlacht, sein erster auf deutschem Boden, erhob Gustav Adolf an die Spitze der evangelischen Reichsfürsten und steckte ihm höhere Ziele. Er wollte jetzt die Liga zersprengen und den Kaiser in seinen Erblanden angreifen. Die Sachsen ließ er unter ihrem Kurfürsten

und seinem Feldmarschall Georg von Arnim nach Böhmen vorrücken; sie besetzten in geheimem Einverständnis mit Wallenstein, der grollend in Gitschin saß und schon seit dem Frühjahr mit Gustav Adolf verhandelte, die Nordhälfte des Landes und Prag. In Thüringen brachte Wilhelm von Weimar durch einen kecken Handstreich das wichtige kurmainzische Erfurt in des Königs Hand (21. September); von hier drangen seine Heersäulen über den Thüringer Wald in Franken ein, erstürmten am 8. Oktober die Marienburg bei Würzburg, die alte Landesfeste, brachten die evangelischen Stände bis Württemberg hin zum Anschluß und eroberten den größten Teil der Pfalz. Um Weihnachten fiel auch Mainz nach tapferer Gegenwehr seiner spanischen Besatzung den Schweden in die Hände. Die Liga war zersprengt, und im „goldnen Mainz", in der Hauptstadt des Primas Germaniae, hielt der Schwedenkönig, der „Löwe aus Mitternacht", mit kriegerischem Gepränge seinen Hof als der Herr eines Heeres von achtzigtausend Mann schwedischer Nationaltruppen und deutscher Söldner. Als bewunderter Sieger wurde er umworben von den Gesandten aller europäischen Mächte, vor allem Frankreichs, das, voll Unbehagens über die ungeahnten Erfolge des Bundesgenossen, am liebsten die Liga durch einen Waffenstillstand gerettet und die schwedischen Waffen ausschließlich gegen den Kaiser gewandt hätte.

Unbeirrt dadurch brach Gustav Adolf im Frühjahr 1632 über Nürnberg gegen Bayern auf, sicherte sich durch die Erstürmung von Donauwörth den Übergang über den Strom und schlug Tilly am 4. April unweit der Lechmündung bei Rain aufs Haupt. Um die Verbindung mit den Kaiserlichen nicht zu verlieren, führte Kurfürst Maximilian das Heer nach Ingolstadt zurück, wo Tilly seiner schweren Verwundung erlag; sein Land gab er preis. So besetzte der König am 10. April das reiche Augsburg, am 9./19. Mai zog er, Friedrich den Fünften von der Pfalz zur Seite, im zitternden München ein; bis an den Bodensee, ja bis nach Tirol schob er seine Truppen vor. „Der Vorhang ist gefallen, das Spiel ist aus," hieß es in Wien.

Gustav Adolf stand auf der Höhe seiner Erfolge. Er gedachte sie wohl kaum zu benützen, um die deutsche Kaiserkrone zu gewinnen, wie man ihm damals zugetraut hat; er wollte zunächst die eroberten Stiftslande, die er in seinem Namen verwalten ließ, an seine evangelischen Bundesgenossen geben, dafür Pommern für Schweden erwerben, also seine Ostseeherrschaft vollenden und als Herzog von Pommern an die Spitze eines evangelischen Sonderbundes treten, der die protestantischen Reichsstände auf dem Grunde der Glaubensfreiheit fest vereinigen sollte. Es waren zukunftsreiche Gedanken, aber noch in einseitig konfessioneller Ausprägung und in ihrem nationalen Werte dadurch beeinträchtigt, daß er zugleich die Union von Kalmar unter schwedischer Führung als ein nordisches Kaisertum wieder aufzurichten gedachte, dadurch also in die Versuchung kam, das evangelische Deutschland zum Anhängsel einer fremden Macht herabzudrücken. Nun hätte zwar Deutschland durch seine zentrale Lage und überlegene Kultur sich bald das politische Schwergewicht in dem neuen evangelischen Großstaate gewonnen, aber die Vormachtstellung Sachsens hätte ihr Ende erreicht, und die deutschen Fürsten wären von einen starken Willen abhängig geworden, Eigenbrödelei und Kleinstaatspolitik hätten aufhören müssen. Deshalb erweckten solche Pläne das lebhafteste Mißtrauen seiner deutschen Bundesgenossen, namentlich der beiden Kurfürsten, und das Schicksal kam ihrem Kleinmute zu Hilfe: Gustav Adolfs Siegeslaufbahn neigte sich zum Ende.

Schon im Dezember 1631 hatte Wallenstein von dem schwerbedrängten Kaiser den Auftrag angenommen, ein neues Heer aufzustellen, den er binnen drei Monaten glänzend ausführte; im April 1632 zwang er seinem Kriegsherrn unerhörte Bedingungen für die abermalige Übernahme des Befehls auf: lebenslängliches, ausschließliches „Generalat" im ganzen Reiche mit unumschränkten Vollmachten, auch zu Friedensverhandlungen, dazu Anweisung auf ein kaiserliches Erbland als Entschädigung für Mecklenburg. An der Spitze von fünfzigtausend Mann drängte er die Sachsen in drei Wochen aus Böhmen, dann vereinigte er sich von Eger aus bei Weiden mit dem Kurfürsten von Bayern, der von Regensburg herankam. Vor dieser gewaltigen Übermacht bezog Gustav Adolf ein verschanztes Lager rings um das feste Nürnberg, während Wallenstein westlich von der Stadt auf den waldigen Höhen

der Alten Feste Stellung nahm; hier wies er am 24. und 25. August den stürmischen Anlauf der Schweden zurück. Schon am 8. September mußte der König aus Mangel an Lebensmitteln nach Süden abziehen. Statt ihm zu folgen, wandte sich Wallenstein gegen Sachsen, um den schwankenden Kurfürsten (gegen Preisgabe des Restitutionsedikts) zum Abfalle von Schweden zu bestimmen und dadurch dem König die Verbindung mit der Ostsee abzuschneiden. Am 23. Oktober nahm er Leipzig, und im Besitze des ganzen westlichen Sachsens bereitete er sich vor, zwischen Saale und Mulde Winterquartier zu nehmen.

Das trieb den König unwiderstehlich nach Sachsen. Den Thüringer Wald überschreitend, vereinigte er sich bei Arnstadt mit Bernhard von Weimar und ging auf der großen Straße über Naumburg gegen Leipzig vor. Wenige Meilen westlich von der Stadt, bei Lützen, stieß er am 6./16. November auf Wallenstein. Im wirren Getümmel der Reiterschlacht gegen Pappenheims Geschwader fand der König seinen Tod. Das Feld behaupteten am Abend die Schweden, und die Kaiserlichen gingen über Leipzig nach Böhmen zurück, aber aller Jubel über den Sieg verstummte vor dem Ende des Königs. Gewiß, die weitere Verfolgung seiner Pläne würde Gustav Adolf in immer schärferen Gegensatz zu den deutschen Protestanten gebracht haben; aber jetzt ging mit ihm die Hoffnung auf ein protestantisches Deutschland dahin; der Retter deutscher Glaubensfreiheit bleibt er trotzdem. Unersetzlich war der Verlust, und seine Stelle blieb leer.

Im Auftrage des schwedischen Reichsrats und im Namen der jungen Königin Christine führte jetzt der große Reichskanzler Axel Oxenstjerna die politische Oberleitung; die militärische übernahmen der Feldmarschall Gustav Horn und der hochstrebende Herzog Bernhard von Weimar, dem die Krone Schweden, um ihn an ihre Interessen zu fesseln, die schönen Stiftslande Bamberg und Würzburg als Herzogtum Franken verlieh. Die bisherige Zusammenfassung aller Gewalten in einer Hand und die gewaltige Autorität einer alles überragenden Persönlichkeit war also verschwunden. Damit lockerte sich der Zusammenhang der schwedischen Bundesgenossenschaft, denn auf dem Konvent von Heilbronn im April 1633 fügten

sich nur die evangelischen Stände der vier südwestdeutschen Reichskreise dem „Direktorium" Schwedens, nicht die norddeutschen Kurfürsten, obwohl sie im schwedischen Bündnis blieben. Um so mehr bekamen die Interessen Schwedens allmählich das Übergewicht, und der Einfluß Frankreichs wurde stärker. Auch die Kriegsschauplätze, der ost- und der westdeutsche, schieden sich schärfer. Im Westen drehte sich der Kampf 1633 lange Zeit um (Alt-)Breisach, den wichtigsten Platz am Oberrhein, der den Spaniern unentbehrlich war für die Beherrschung der Verbindung mit Belgien; es wurde deshalb auch im Oktober von einem spanisch-kaiserlichen Heere unter dem Herzoge von Feria und Aldringen entsetzt. Im Osten hatten sächsisch-brandenburgisch-schwedische Truppen unter Arnim fast ganz Schlesien erobert. Bald verhandelnd, bald schlagend, führte Wallenstein den Krieg hier mehr, um den Frieden auf seine Weise zustande zu bringen und dabei für Böhmen die Wiederherstellung des Zustandes vor 1618, für sich wahrscheinlich die böhmische Krone zu gewinnen, als um eine durchschlagende Entscheidung im Sinne des Kaisers herbeizuführen. Erst als er damit nicht recht zum Ziele kam, brachte er die Sachsen durch einen verheerenden Einfall seines Feldmarschalls Holk zum Rückzug in ihr Land, zwang die übrigen feindlichen Truppen im Oktober 1633 bei Steinau an der mittlern Oder zur Übergabe und drang im November bis Bautzen vor. Da rief ihn die Nachricht, Herzog Bernhard bedrohe Regensburg und damit die Straße nach Wien, nach Bayern; doch ehe er herankommen konnte, fiel Regensburg am 5./15. November. Da ging er für den Winter nach Böhmen zurück und nahm sein Hauptquartier in Pilsen.

Hier führten seine unnatürliche und unklare Stellung zu seinem Kriegsherrn, seine bestimmte Weigerung, den Marsch eines spanischen Heeres durch Deutschland nach Belgien im Jahre 1634 zu unterstützen, der Widerspruch seiner Friedenspläne und der Anschauungen der klerikalen Partei des Wiener Hofes, endlich die Kunde, er treibe Hochverrat, zur Katastrophe. Noch versuchte er seine Generale und Obersten durch die beiden „Reverse" von Pilsen (12. Januar und 20. Februar 1634) an sich zu fesseln, um mit Hilfe seines Heeres seine Pläne auch gegen den Willen des Kaisers durchzusetzen, doch

dieser übertrug am 24. Januar im geheimen den Oberbefehl an Gallas und Aldringen und erklärte am 18. Februar Wallenstein mit Trtschka (Terzky) und Jlow (Jllo) als Hochverräter in die Acht. Darauf fiel die Armee von ihrem Feldherrn ab, und als Wallenstein sich mit den ihm noch treugebliebnen Truppen nach Eger zurückzog, um von hier aus mit Herzog Bernhard in Verbindung zu treten, da wurden hier auf Anstiften des irischen Obersten Walther Butler am Abend des 25. Februar 1634 erst seine Getreuen auf der Burg, dann er selbst im Hause des verstorbnen Bürgermeisters Pachhelbl am Ringe von irischen Dragonern niedergestoßen. Seine Güter wurden bis auf wenige eingezogen und zumeist an die treu gebliebnen Offiziere verschenkt. Nach dem Urteile der Zeit hatte der Kaiser nur von seiner Gewalt als oberster Richter gegen einen überführten Hochverräter in unregelmäßiger Form Gebrauch gemacht.

Jedenfalls war es mit den Friedensverhandlungen vorerst zu Ende, und der Kaiser hatte die freie Verfügung über sein Heer gewonnen, dessen Oberbefehl er seinem Sohne Ferdinand (dem Dritten) übertrug. Dieser brachte zunächst Regensburg am 16./26. Juli wieder in seine Hand und gab dann zusammen mit dem jetzt wirklich durch Tirol hereinkommenden spanischen Heere unter dem Kardinalinfanten Ferdinand in dem blutigen Siege bei Nördlingen über Bernhard von Weimar und Gustav Horn am 5. und 6. September 1634 dem Kriege eine entscheidende Wendung; das feindliche Heer wurde zertrümmert, den Schweden ganz Süddeutschland entrissen. Was von dem Heer der Heilbronner Verbündeten noch übrig war, warf sich den Franzosen in die Arme, und Kursachsen, längst schwankend, schloß am 20./30. Mai 1635 in Prag seinen Frieden mit dem Kaiser in der Form eines allgemein verbindlichen Reichsgesetzes. Es war der Versuch zu einem kirchlich-politischen Ausgleich, bis zu einem gewissen Grade im Sinne der nationalen Einheit etwa nach der Art Wallensteins, so daß fortan die römische Kirche über die lutherische, das habsburgische Kaisertum über die reichsfürstliche Libertät weitaus das Übergewicht behauptet hätte. Denn die seit 1552 eingezognen Kirchengüter sollten den evangelischen Ständen nur auf vierzig weitere Jahre bleiben, vor allem dem

sächsischen Prinzen August Magdeburg, das somit endlich in die Hand der Wettiner überzugehn schien; das Stimmrecht der Administratoren sollte ruhen. Andrerseits sollte es künftig im Reiche nur eine kaiserliche Armee (von achtzigtausend Mann) geben, davon dreißigtausend Mann unter dem erblichen Oberbefehl des Kurfürsten von Sachsen, als des Reichserzmarschalls, der außerdem die ihm verpfändeten beiden Lausitzen als böhmisches Lehen behielt; alle Sonderbündnisse im Reiche, ausgenommen einige wenige, sollten aufgehoben werden; die Reichsfürsten verloren also ihre althergebrachte Militärhoheit und ihr Bündnisrecht. Trotzdem fügten sich dem Frieden weitaus die meisten evangelischen Reichsstände (1637 auch Württemberg) und verpflichteten sich dadurch auch zur Vertreibung der Fremden aus dem Reiche. Da aber der Prager Friede eine Reihe der wichtigsten Forderungen der reichsfürstlich-protestantischen Opposition (Wiederherstellung der Kurpfalz und der österreichischen Protestanten, endgültige Regelung der Frage der geistlichen Güter, Parität im Reichstage, Sicherung der fürstlichen Libertät) nicht erfüllte, übrigens ohne den Reichstag zustande gekommen war, so setzten die entschlossensten Protestanten, Wilhelm von Hessen, Bernhard von Weimar u. a., den Kampf fort, und da er sich ganz unmittelbar gegen Schweden und Frankreich richtete, so verbündeten sich diese Mächte um so fester zur Wahrung ihrer besondern Interessen auf Kosten Deutschlands, und der Krieg dauerte dreizehn greuelvolle Jahre weiter.

Das Ziel der verbündeten Fremdmächte blieb das alte, die Überwältigung Österreichs und Bayerns. Immer wieder versuchten die Heersäulen von Norden und Westen her dorthin vorzudringen, aber immer schwächer wurden die Heere, immer weniger nachhaltig die Erfolge, immer furchtbarer bei der zunehmenden Verwilderung der Truppen die Verwüstung. Im Osten wurden die Schweden, obwohl des polnischen Krieges durch Verlängerung des Waffenstillstandes von 1629 auf sechsundzwanzig weitere Jahre ledig, bis 1637 auf ihre pommerschen Küstenfestungen zurückgedrängt. Im Südwesten eroberte Bernhard von Weimar (geb. 1604), erfüllt von dem Bestreben, seinem Ernestinischen Hause die verlorne Größe wieder zu erringen und zwischen dem undeutschen Kaiser

und den fremden Mächten eine selbständige deutschfürstliche Partei zu schaffen, an der Spitze eines wesentlich thüringisch-sächsischen Söldnerheeres in französischen Diensten bis 1638 die habsburgischen Lande am Oberrhein, den Breisgau mit dem festen Breisach und den elsässischen Sundgau, zu Anfang 1639 auch die spanische Franche-Comté. Hier an der gefährdeten Westgrenze des Reichs dachte er ein starkes Fürstentum aufzurichten, aber er geriet dadurch in schroffen Gegensatz zu Frankreich, auf dessen Kosten er doch seine Eroberungen gemacht hatte; da erlag er, dicht vor dem Bruche stehend, am 8./18. Juli 1639 einem typhösen Fieber. Die eroberten Länder aber gingen mit seinem tapferen Heere an Frankreich über, das nun französische Generale an die Spitze stellte. Seitdem wurde die Stellung Frankreichs im deutschen Südwesten übermächtig; sie wurde noch dadurch verstärkt, daß sich ihm 1640 die Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen und Georg von Braunschweig-Lüneburg anschlossen.

Dies besonders drängte den Nachfolger Kaiser Ferdinands des Zweiten († 5./15. Februar 1637), seinen Sohn Ferdinand den Dritten, dazu, zum erstenmal seit 1613 den Reichstag für den September 1640 nach Regensburg zu berufen und damit die Friedensunterhandlungen einzuleiten. Wenig später, am 24. Juli 1641, schloß der junge Kurfürst von Brandenburg, Friedrich Wilhelm, mit Schweden den Waffenstillstand zu Stockholm, und indem er sich damit von jeder tätigen Teilnahme am Kriege zurückzog, wies er auch anderen Fürsten den Weg zur allmählichen Einengung des Kriegsschauplatzes.

Um so stürmischer gingen die Schweden gegen die kaiserlichen Erblande, die Franzosen gegen Bayern vor. Schon 1639 war Gustav Banér bis Prag gelangt; sein Nachfolger Leonhard Torstenson, ein Meister rastloser Eilmärsche, obwohl selbst gichtkrank, kam 1642 bis Olmütz, das er besetzte und behauptete, schlug am 2. November die Kaiserlichen bei Breitenfeld, drang dann, von einem siegreich geführten Kriege gegen Dänemark (1644—45), das den Schweden in den Rücken fiel, zurückkehrend, abermals bis in das südliche Böhmen vor, erfocht hier am 24. Februar (6. März) 1645 den glänzenden Sieg bei Jankau (Jankowitz) und bedrohte sogar Wien. Nach seinem Rücktritt zwang Karl Gustav Wrangel 6. September

1645 den Kurfürsten von Sachsen zum Neutralitätsvertrage von Kötzschenbroda. Inzwischen waren im Südwesten, in Schwaben und Franken die Franzosen und ihre deutschen Bundesgenossen in schweren Kämpfen siegreich gewesen und hatten den Kurfürsten Maximilian von Bayern zugleich für seine Bundesgenossen zum Waffenstillstande von Ulm (15. März 1647) genötigt. Als er sich im September doch wieder dem Kaiser anschloß, vereinigte sich Wrangel, der kurz zuvor Eger genommen hatte, mit Turenne, und beide drangen nach dem Siege bei Zusmarshausen in der Nähe von Augsburg 7. (17.) Mai 1648 unter entsetzlichen Verheerungen bis zum Inn vor. Wenige Wochen später brachte der schwedische General Graf Königsmarck von Eger her am Morgen des 26. Juli die Kleinseite und den Hradschin von Prag durch Verrat und Überfall in seine Hand.

Diese letzten Erfolge beschleunigten den Friedensschluß, über den der Kaiser schon seit dem April 1645 in Münster mit den Franzosen, in Osnabrück mit den Schweden und den protestantischen Reichsständen unterhandelte. Am 24. Oktober 1648 wurde der „Westfälische Friede" in Münster von allen Gesandten unterzeichnet, nachdem Spanien schon am 30. Januar die Unabhängigkeit der Niederlande anerkannt hatte und somit nicht mehr hindernd im Wege stand. Der Friede bedeutete den vollen Sieg der reichsfürstlichen Libertät, die Sicherung des Protestantismus außerhalb Österreichs und einen überwiegenden Einfluß der fremden Mächte auf Deutschland. Er dehnte den Religionsfrieden auch auf die Reformierten aus und setzte für die kirchlichen Verhältnisse den Zustand des 1. Januar 1624 als maßgebend für die Zukunft fest. Demnach blieben alle geistlichen Stiftslande, die es damals gewesen waren (fünfzehn Bistümer und sechs Reichsabteien), protestantisch, die andern katholisch, und den andersgläubigen Untertanen beider Konfessionen der Landesherren wurde die häusliche Andacht und die Auswanderungsfreiheit gewährt. Doch blieben die habsburgischen Länder von dieser Wohltat ausgeschlossen, das Ergebnis der gewaltsamen Rekatholisierung also dort gesichert; nur die piastischen Herzogtümer Schlesiens (Liegnitz, Brieg, Wohlau, Öls und Münsterberg) und die Stadt Breslau erhielten freie Religionsübung,

im kaiserlichen Schlesien wenigstens einige Städte evangelische Kirchen. Um jede Benachteiligung der einen oder der andern Konfession durch einen Reichstagsbeschluß zu verhindern, wurde für alle kirchlichen Fragen das Recht der Mehrheit förmlich aufgehoben und die Regelung freier Vereinbarung der Religionsparteien vorbehalten, die sich deshalb in ein Corpus Evangelicorum unter Kursachsen und ein Corpus Catholicorum unter Kurmainz zusammenschlossen. Die Kurpfalz wurde im Umfange der Rheinpfalz wiederhergestellt und erhielt die neue achte Kurwürde, das Reichskammergericht wurde paritätisch umgestaltet. Fortan bestand der Reichstag aus acht Kurfürsten, neunundsechzig geistlichen, sechsundneunzig weltlichen Fürsten und einundfünfzig Reichsstädten; die nichtfürstlichen reichsunmittelbaren Prälaten, Grafen und Herren hatten zusammen sechs Stimmen. Da nun für jeden gültigen Reichstagsbeschluß Einstimmigkeit aller drei Kollegien erforderlich war, so war der Reichstag fortan durch die unendliche Schwerfälligkeit seiner Verhandlungen tatsächlich zur Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht verurteilt, obwohl ihm das Recht, über Gesetzgebung, Besteuerung und auswärtige Politik des Reiches zu entscheiden, jetzt förmlich zugestanden wurde. Diese Ohnmacht der obersten Reichsgewalt entsprach der nunmehr rechtlich gesicherten, fast unbeschränkten Selbständigkeit der Reichsstände. Sie erhielten jetzt die volle Landeshoheit, die seit 1356 nur den Kurfürsten zustand, und als deren Ausfluß das volle Bündnisrecht, wenn auch der Reichsinteressen unbeschadet. Das Reich wurde also jetzt auch rechtlich ein lockerer Staatenbund.

Mäßigen Umfanges waren die Gebietsveränderungen. Die völlige staatsrechtliche Trennung der Schweiz und der Niederlande vom Reiche wurde jetzt förmlich ausgesprochen. Frankreich erhielt das südliche Elsaß (Sundgau) und die ihrem Rechtsumfange nach höchst unbestimmte (österreichische) Landvogtei im Unterelsaß, dazu Breisach und die drei lothringischen Bistümer zu voller Souveränität, also ohne Reichsstandschaft, Schweden von dem durch das Aussterben des alten Herzogshauses 1637 erledigten Pommern den westlichen Teil mit allen drei Odermündungen und zur Entschädigung für Hinterpommern Wismar und die Stifter Bremen (ohne die Stadt)

VOLUME 3

Der Werdegang des deutschen Volkes

Die preußisch-oesterreichische Zeit

VWV

SLD

Der Werdegang des deutschen Volkes

Historische Richtlinien für gebildete Leser

von

Otto Kaemmel

Vierte, durchgesehene und verbesserte Auflage

bearbeitet von

Dr. Arnold Reimann
Stadtschulrat in Berlin

★★★

Die preußisch-österreichische Zeit
1648—1858

VWV

Berlin und Leipzig 1921

Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.

Druck der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10

Der Werdegang des deutschen Volkes

***

Die preußisch-österreichische Zeit 1648—1858

Inhalt.

Sechster Zeitraum

Die preußisch-österreichische Zeit

1648 bis 1858

Die Begründung des brandenburgisch-preußischen Staats und der österreichischen Großmacht. 1648—1740

In einer furchtbaren Krisis hatte die deutsche Nation ihre Weltstellung geopfert und ihre alte politische Einheit vollends zerstört, um für sich und die Welt die geistige Freiheit zu retten. In ihr und in der nunmehr völkerrechtlich und reichsgesetzlich verbürgten Selbständigkeit der Teile lagen die Keime neuen Lebens. Mochten die korrekten Juristen immer noch fortfahren, in der Reichsverfassung eine wunderbar weise Mischung von Monarchie, Aristokratie und Demokratie zu sehen und den Kaiser als den Rechtsnachfolger der römischen Cäsaren zu preisen, helle Köpfe blickten schon tiefer. Ein schwedischer Publizist pommerscher Abkunft, Bogislaw Chemnitz (Hippolytus a Lapide), suchte um 1640 die unbeschränkte Selbständigkeit der Reichsstände historisch durch die Behauptung zu begründen, daß sie das Ursprüngliche sei und das Kaisertum auf Usurpation beruhe, und der Sachse Samuel Pufendorf bezeichnete 1667 als das Ziel, dem die politische Entwicklung Deutschlands zustrebe, die Trennung von Österreich, die Vernichtung der geistlichen Fürstentümer und einen rein weltlichen Staatenbund. In der Tat, alle lebendigen Kräfte wandten sich den Einzelstaaten zu, auf ihnen beruhte das Schicksal der Nation. Wie sich freilich aus diesem Nebeneinander unabhängiger Staaten, die samt und sonders von ihren rücksichtslos verfolgten Sonderinteressen, von der „Staatsraison" geleitet wurden, ein neues Reich entwickeln sollte, vermochte noch niemand zu sagen. Aber wie die formell noch aufrecht stehende Reichsverfassung, so hatte sich auch die ständisch-konfessionelle Ordnung der Einzelstaaten überlebt. In den Wirren des großen Krieges war ihre Unfähigkeit hand-

greiflich hervorgetreten. Dem Kaiser hatte die größten Erfolge ein selbstherrlicher Feldherr erfochten, der alle ständischen Rechte mit Füßen trat, und die evangelischen Stände hatte vor dieser Gewaltherrschaft ein fremder König gerettet, der im Felde und im Kabinett unumschränkt gebot.

So stieg ein neues Staatsideal empor, der fürstlich-absolute Staat, der auf die Zusammenfassung aller Staatskräfte in der Hand des Monarchen, Unterwerfung der Stände unter seinen Willen und wirtschaftlichen Abschluß des Landes nach der Weise des französischen Merkantilismus gerichtet war; der konfessionell geschlossenen Landeskirche trat der Grundsatz der Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen, also der persönlichen Glaubensfreiheit, gegenüber, der in der Befreiung der Wissenschaft von der theologischen Bevormundung eine starke Stütze fand. Wenn die geistige Umwandlung im ganzen vom Bürgertume ausging, so stand dieses doch dem neuen absoluten Staate politisch ohne Verständnis und daher auch ohne tätigen Anteil gegenüber: die Leitung ging meist an den Adel über, der sich die neue weltmännische Bildung der Franzosen zu eigen machte. Im allgemeinen vollzogen sich diese Umwandlungen zuerst und hauptsächlich in den protestantischen Staaten, namentlich den größeren, denn hier war die innere Kraft der Nation am besten erhalten, während sie in den meisten katholischen Ländern durch die gewaltsame Rekatholisierung schwer gelitten hatte. Die kleinen Reichsstände aber, die geistlichen Fürstentümer wie die Reichsstädte, waren überhaupt unfähig, modernstaatliche Aufgaben zu lösen.

Also ging der politische und wirtschaftliche Vorrang und bald auch die geistige Vorherrschaft auf den kolonialen Osten über. Schon die lutherische Kirchenreform war in dem obersächsisch-thüringischen Grenzgebiete des alten und des neuen Deutschlands entstanden; aber noch hatte der Südwesten ein starkes Gewicht in die Wagschale geworfen, und noch auf den Beginn des Dreißigjährigen Krieges hatte die kurpfälzische Politik bestimmend eingewirkt. Doch die süddeutschen Reichsstädte hatten ihre politische Rolle schon seit dem Schmalkaldischen Kriege ausgespielt, der ganze Südwesten am spätern Verlaufe des großen Krieges nur noch einen leidenden Anteil genommen, und der Kampf war, soweit ihn nicht fremde

Mächte führten, wesentlich von den ostdeutschen Staaten, Bayern inbegriffen, durchgefochten worden. Jetzt hatte der Westen, vollends in machtlose Kleinstaaten zerfallen, seine alte wirtschaftliche Bedeutung durch die Verlegung der Welthandelsstraßen verloren. Eine Möglichkeit zur Bildung größerer wirtschaftlicher Einheiten war hier schlechterdings nirgends vorhanden, außerdem war das politische Übergewicht der fremden Mächte nirgends so einengend und drückend, das nationale Selbstbewußtsein so gering wie in diesen ältesten deutschen Kulturlanden. Erst gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts bildete sich im Nordwesten ein größerer weltlicher Staat, Kurhannover, aber dieser verfiel alsbald (1714) durch die Personalunion mit England fremdem Einfluß.

Es gab also größere, weltliche Staatengebilde nur noch im Osten. Nebeneinander standen hier im Nordosten die niedersächsisch-thüringischen Koloniallande Brandenburg und Kursachsen, im Südosten aber Bayern und Österreich, d. h. im wesentlichen Länder bayrischen Stammes. Von diesen vier Staatengebilden waren zwei, Bayern und Kursachsen, reine Binnenländer, also ohne jedes unmittelbare Interesse an den großen auswärtigen Aufgaben der deutschen Politik und daher auch nicht gezwungen, alle ihre Kräfte straff zusammenzufassen. Bayern war nur durch die Persönlichkeit Maximilians des Ersten vorübergehend zu einer seine natürlichen Kräfte übersteigenden Bedeutung gekommen; nach seinem Tode (1651) sank es, durch den Dreißigjährigen Krieg tödlich erschöpft und von dem protestantischen Geistesleben durch seinen strengen Katholizismus völlig abgeschnitten, in sein Sonderdasein zurück. Kursachsen hatte sich durch die Erwerbung der beiden Lausitzen ostwärts bis an die mittlere Oder ausgedehnt, aber indem es Magdeburg zugunsten Brandenburgs aufgab, hatte es die Aussicht, sich elbabwärts bis in die Nähe der Nordsee auszubreiten, für immer verloren und damit die Möglichkeit, an der großen Politik ein selbständiges Interesse zu gewinnen. Nur Österreich und Brandenburg-Preußen waren Grenzstaaten. Aber der größte Strom Österreichs, seine Lebensader, die Donau, und seine bedeutendsten Nebenflüsse führten aus Deutschland hinaus in stammfremde Gebiete und endlich in ein damals weltfernes Binnenmeer hinein; mit dem Norden

hing es zwar durch die Elbe und die Oder zusammen, doch Böhmen war der Sitz einer fremden, wenngleich damals halb gebrochnen Nationalität, und nur Schlesien ein größtenteils deutsches Land. Ferner standen die im Osten angrenzenden Länder unter demselben Zepter wie Österreich, ließen also hier bei den Deutschen ein Gefühl starken Nationalstolzes nicht aufkommen, und die einzige große nationale Aufgabe, an deren Lösung die Habsburger unmittelbar beteiligt waren, war die Verdrängung der Türken aus Ungarn; an dem Verhältnis zu Frankreich waren sie nur durch ihre entlegenen westlichen Besitzungen bis zum Oberrhein hin interessiert. Endlich hatte die kirchliche Reaktion das Mark der habsburgischen Völker zerstört und ihre geistige Verbindung mit der im Kerne protestantischen deutschen Kultur unterbrochen.

Anders Brandenburg. Die untereinander territorial noch getrennten, aber immerhin ansehnlichen Gebiete der Hohenzollern erstreckten sich quer durch die ganze Breite Norddeutschlands und darüber hinaus vom Niederrhein bis zur Memel, also überwiegend durch Flachland, dessen gleichförmiger Boden der politischen und wirtschaftlichen Zentralisation geringe Hindernisse entgegensetzte; in ihrer Hand war der Mittellauf der Elbe und der Oder, also die Verbindung zwischen dem deutschen Binnenlande und den Küstenländern, und sie waren an der Weser wie am Rhein beteiligt, beherrschten also längere oder kürzere Strecken aller der großen Ströme, die den Verkehr nach den beiden nordischen Meeren leiteten. Und dieselben Lebensinteressen brachten den Staat in unmittelbaren Gegensatz zu Polen, dessen Lehnshoheit das Herzogtum Preußen noch unterworfen war, zu Schweden, das die Mündungen der Oder vom Hinterlande abschnitt, und zu Frankreich, das den zerfahrenen Westen Deutschlands bedrohte. So wurden die Hohenzollern unmittelbar vor die größten Aufgaben der deutschen Politik gestellt. Endlich lebte in diesen zähen, seit Jahrhunderten an harte Arbeit auf kargem Boden gewöhnten überwiegend niedersächsischen Stämmen eben doch ein gemeinsames Stammesgefühl und ein starkes Selbstbewußtsein, und die Stellung des reformierten Herrscherhauses zu ganz überwiegend lutherischen Untertanen ergab ein Maß von Duldsamkeit, das weit über die Reichsgesetze hinausging. So schufen

die Hohenzollern, indem sie für ihren Staat arbeiteten, ohne es zu wollen und zu ahnen den Grund für die neue Einheit der Nation, zunächst einen starken Mittelstaat, dann eine Großmacht. Zu derselben Zeit gründeten die Habsburger, indem sie Ungarn eroberten, eine selbständige, aber zur Hälfte außerhalb Deutschlands liegende Großmacht.

Von dem Verhältnis dieser Machtbildungen, der norddeutschen niedersächsisch-protestantischen und der süddeutschen bayrisch-katholischen, wurden seitdem zwei Jahrhunderte lang die Geschicke der Nation unendlich mehr bestimmt als von der erstarrenden Reichsverfassung. Soviel Unheil ihre Nebenbuhlerschaft auch über Deutschland gebracht hat, nur die Entstehung größerer selbständiger Staaten konnte damals überhaupt den politischen Bestand einer deutschen Nation sichern und sie vor der Fremdherrschaft retten. Denn es war eine Zeit der härtesten Machtkämpfe. Zwar schied Spanien als Großmacht bald aus, aber das bourbonische Frankreich unter seinem unumschränkten Königtum wurde ein viel gefährlicherer Nachbar; England stieg, die Niederlande in die zweite Linie zurückdrängend, zur ersten Handels- und Kolonialmacht auf, Schweden besaß im ganzen Norden ein gewaltiges militärisches Übergewicht, und hinter dem durch die Zügellosigkeit seines souveränen Adels in hoffnungslose Zerrüttung sinkenden Polen drängte das russische Zarentum langsam nach dem Westen.

Eine Reihe großer oder mindestens bedeutender Herrscher hob Brandenburg-Preußen aus seiner bisherigen Schwäche empor. Der erste, Friedrich Wilhelm (1640—88), der schon zu seiner Zeit der Große Kurfürst hieß (geb. 1620), verdankte seinem schwachen Vater Georg Wilhelm sehr viel weniger als seiner geistvollen und energischen Mutter Elisabeth Charlotte von der Pfalz. Sie gab ihm die bestimmte Richtung auf die evangelisch-reichsfürstliche Opposition und vermittelte ihm jenen Aufenthalt in Holland (1634—1638), der ihm zur Hochschule des Regentenberufs wurde und für sein ganzes Leben wirksam blieb, während der katholische Minister seines Vaters, Graf Schwarzenberg, Brandenburg seit 1635 eifrig auf Österreichs Seite hielt. So bedeutete die Thronbesteigung des jugendlichen Kurfürsten im Dezember 1640 eine entscheidende politische Wendung. Kaum hatte Friedrich Wilhelm unter

schweren Opfern die polnische Belehnung mit dem Herzogtum Preußen erreicht und sich die Treue seiner Garnisontruppen in Brandenburg gesichert, als er sich durch den Waffenstillstand von Stockholm (1641) von jeder tätigen Teilnahme am Kriege zurückzog. Er stützte sich zunächst auf Holland, zu dem er durch seine Vermählung mit Luise Henriette, der Tochter Friedrich Heinrichs von Oranien und Enkelin Wilhelms des „Schweigers", in dynastische Beziehungen trat (1646); aber der Westfälische Friede vernichtete seine hochfliegenden Hoffnungen, durch die Erwerbung ganz Pommerns seinen Staat zu einer selbständigen baltischen Macht zu erheben, und zog ihn durch die Zuweisung der Stiftslande in die verwickelten Verhältnisse des norddeutschen Binnenlandes hinein, bewahrte aber damit Brandenburg vor der sehr naheliegenden Gefahr, sich Deutschland zu entfremden.

Noch mehr als zwanzig Jahre lang nach dem Dreißigjährigen Kriege stand das deutsche Fürstentum mit geringen Ausnahmen und Unterbrechungen in geschlossener Opposition gegen das habsburgische Kaisertum, von dem es so schwer bedroht worden war. Gerade deshalb übten Frankreich und Schweden einen bestimmenden Einfluß auf das Reich, denn vor allem Frankreich galt nach alter Tradition als Hort reichsfürstlicher Freiheit. Deswegen plante Friedrich Wilhelm nach den Ratschlägen seines damaligen leitenden Ministers, des Grafen Georg Friedrich von Waldeck, einen evangelischen Sonderbund, wie einst Gustav Adolf, aber unter brandenburgischer Leitung, und der Kufürrst-Erzbischof von Mainz, Johann Philipp von Schönborn, erstrebte einen Bund mindestens der westdeutschen Fürsten, ohne Rücksicht auf die Konfession. Beide handelten in der Absicht, so das Gleichgewicht zwischen den großen Mächten zu halten und die Selbständigkeit zu behaupten. Den ersten Reichstag nach dem Kriege im Jahre 1653 beherrschte diese Opposition vollständig; sie erlangte dort den Beschluß, daß die Untertanen gehalten seien, die Kosten für die Festungen und Besatzungen der Landesherren aufzubringen, d. h. die reichsgesetzliche Grundlage für die fürstliche Militärhoheit, und sie siegte auch nach dem Tode Ferdinands des Dritten (2. April 1657) bei der Wahl seines Sohnes Leopold am 18. Juli 1658. Denn die neue Wahlkapitulation verbot dem Kaiser jede Unterstützung Spaniens in dessen auch nach

1648 fortdauerndem Kampf mit Frankreich und sprach den Fürsten das Recht zu, etwaigen Widerstand ihrer Landstände selbst mit Hilfe der Nachbarn zu brechen. Kurz nachher, am 15. August 1658, schlossen die drei geistlichen Kurfürsten, die braunschweigischen Herzöge und einige andere den Rheinbund. Ihm trat auch Frankreich bei, und so wurde er zu einem Werkzeuge nicht nur der reichsfürstlichen, sondern auch der französischen Politik.

Inzwischen hatte Brandenburg ganz andere Bahnen eingeschlagen, die es zur kaiserlichen Politik hinüberdrängten, ihm den ersten bedeutenden Erfolg einbrachten und es zu einer selbständigen Militärmacht erhoben. Das Ziel des Kurfürsten war die Befreiung der deutschen Küsten, vor allem Pommerns, von der schwedischen Fremdherrschaft; er wollte nicht zugeben, daß die brandenburgischen Ströme „fremder Nationen Gefangene" seien. Beruhte doch die schwedische Großmachtstellung nicht auf innerer Stärke, sondern auf der Schwäche der Nachbarn und auf den festländischen Besitzungen, die den größten Teil der Ostsee umspannten und durch die reichen Seezölle den baltischen Handel dem Staate tributpflichtig machten. Deshalb bedurfte Schweden eines großen Heeres, das es nur durch beständige Kriege unterhalten und beschäftigen konnte. Der Führer zu einem neuen Eroberungszuge wurde, nachdem Königin Christine 1654 dem Throne entsagt hatte und zur römischen Kirche übergetreten war, um im Süden ihren eigenwilligen künstlerischen Neigungen zu leben, ihr Nachfolger Karl der Zehnte Gustav von Pfalz-Kleeburg (1654—1660), der Neffe Gustav Adolfs durch dessen Schwester Katharina, und sein Ziel war die Herrschaft über das zerrüttete Polen, also die Vollendung des schwedischen dominium maris baltici.

Als Herzog von Preußen mitten hineingestellt zwischen seinen ohnmächtigen Lehnsherrn, den König von Polen, und das übermächtige Schweden, dessen Heerscharen 1655 Polen in wenig Monaten überfluteten, beobachtete Kurfürst Friedrich Wilhelm zunächst eine bewaffnete Neutralität; dann schlug er sich auf die Seite des Siegers, nahm im Vertrage von Königsberg (Januar 1656) Preußen von Schweden zu Lehen, entschied mit seinem kleinen Heer die schwere dreitägige Schlacht

von Warschau, 28. bis 30. Juli 1656, zugunsten Karl Gustavs und wurde zum Lohn seines Beistandes von diesem im Vertrage von Labiau am 20. November als souveräner Herzog von Preußen anerkannt. Als sich aber Österreich und Dänemark aus Furcht vor der drohenden Übermacht Schwedens mit Polen verbündeten und Karl Gustav sich mit plötzlicher Wendung auf Dänemark warf, da trat der Kurfürst im rechten Augenblicke zu den verbündeten Mächten über und gewann damit die Anerkennung der Souveränität Preußens auch von Polen im Vertrage von Wehlau am 19. September 1657. Die tapferen Taten der Brandenburger in dem gewaltigen Kampfe um die von den Schweden hart bedrängte dänische Hauptstadt, die Befreiung Schleswig-Holsteins von der schwedischen Okkupation, die Eroberung Alsens (1658), der Übergang nach Fünen (1659) befestigten den Ruf der jungen Militärmacht, und der Friede von Oliva am 3. Mai 1660, der Schweden das dänische Schonen und damit seine natürlichen Grenzen gab, brachte die Unabhängigkeit Preußens zur allgemeinen Anerkennung.

Obwohl nun Brandenburg zunächst noch an dem Einvernehmen mit dem Kaiser festhielt, konnte es sich doch dem wachsenden Einflusse des Rheinbundes und Frankreichs nicht entziehen; es trat dem Bunde, nachdem er 1661 und 1663 erneuert worden war, 1664 selbst bei. So sah sich Österreich noch immer einer geschlossenen reichsfürstlichen Opposition gegenüber und konnte auf dem Reichstage von 1663 die höchst notwendigen Reformen, zumal der Reichskriegsverfassung, so wenig durchsetzen, daß dieser Reichstag schließlich zu einem „immerwährenden“, also zu einem stehenden Gesandtenkongreß in Regensburg wurde. Andrerseits leisteten ihm der rheinische Bund und Frankreich Waffenhilfe gegen einen neuen türkischen Angriff auf das habsburgische Ungarn und halfen am 1. August 1664 den glänzenden Sieg der Kaiserlichen beim Kloster St. Gotthard an der obern Raab entscheiden, den ersten über ein türkisches Heer im freien Felde. Doch änderte der gleich darauffolgende zwanzigjährige Friede von Eisenburg (Vasvar) an der Gebietsverteilung in Ungarn nichts wesentliches.

Aber derselbe rheinische Bund gab auch den Bestrebungen der Fürsten, ihre Landeshoheit auszudehnen und zu befestigen,

einen starken Rückhalt. So schlugen sie die letzten Versuche großer Landstädte, sich ihrer Landeshoheit zu entziehen und die Reichsstandschaft zu erwerben, fast ohne Ausnahme mit Waffengewalt nieder. Mit rheinbündisch-französischer Hilfe wurde schon 1661 Münster, 1664 Erfurt zur Unterwerfung unter seinen Bischof gezwungen, von brandenburgischen Truppen 1666 Magdeburg zur Huldigung für den Administrator August und den Großen Kurfürsten sowie zur Aufnahme einer brandenburgischen Besatzung genötigt, 1671 auch Braunschweig seinen Herzögen unterworfen. Glücklicher erwehrte sich Bremen 1666 der schwedischen Unterwerfungsversuche und errang wirklich die Reichsfreiheit, allerdings nur, weil die benachbarten Fürsten, auch Brandenburg, es gegen die schwedische Fremdherrschaft unterstützten. Es entsprach diesem Siege der fürstlichen Gewalten, daß sich die Hansa 1669 förmlich auflöste. Eine selbständige und wirkungsvolle Stadtpolitik vertraten seitdem, während die süddeutschen Reichsstädte mehr und mehr in Ohnmacht versanken, nur noch Bremen, Hamburg und Lübeck, die an dem ehrwürdigen Namen der Hansestädte festhielten; aber sie konnten es nur deshalb, weil die beiden Nordseestädte den neuen Handelsbahnen einigermaßen zu folgen vermochten, Lübeck auch jetzt noch einen ansehnlichen Teil des baltischen Verkehrs behauptete. Eine ähnliche Stellung nahmen in Westpreußen Danzig, Thorn und Elbing ein, blühende deutsche Stadtgemeinden mitten in der polnischen Zuchtlosigkeit.

Während dieser inneren Kämpfe trat in dem Verhältnis des Reichsfürstentums zu Frankreich eine entscheidende Wendung ein. Aus dem Schirmherrn der deutschen Libertät wurde Frankreich zum Reichsfeinde. Das bourbonische Königtum, seit 1653 des frondierenden hohen Adels Herr, seit dem Pyrenäenfrieden 1659 auch des Krieges mit Spanien ledig, begann unter der Selbstherrschaft des jungen Ludwig des Vierzehnten (seit 1661) eine ausgreifende Eroberungspolitik. Die Grenze auf Kosten des ohnmächtigen Spaniens und des zerfahrenen deutschen Westens weiter nach Osten vorzuschieben, sich die ungeheure spanische Erbschaft auf Grund seiner Vermählung mit Maria Theresia, der Tochter Philipps des Vierten (1660), zu sichern, durch das alles dem Hause Bourbon die

dauernde Vorherrschaft in Europa zu erwerben, das waren die Ziele, die Ludwig mit allen Mitteln einer straffmonarchischen, schlagfertigen Gewalt, einer zähen und klugen Diplomatie, einer überlegenen und überall vordringenden Kultur verfolgte. Darum erneuerten die deutschen Fürsten den 1667 ablaufenden Rheinbund nicht; nur die geistlichen Herren von Köln und Münster schlossen mit Frankreich Sonderbündnisse. Von ihnen gedeckt, wagte Ludwig im „Devolutionskriege" (dem ersten „Raubkriege") 1667/68 den ersten Griff nach einem Teile der spanischen Erbschaft, nach Belgien. Das deutsche Reich wurde davon direkt nicht berührt, denn schon am 2. Mai 1668 brachten England, Holland und Schweden den Frieden von Aachen zustande, indem sie Spanien zu einer Landabtretung an der belgischen Grenze, Frankreich zum Verzicht auf weitere Eroberungen nötigten. Seitdem war Ludwigs nächstes Ziel die Unterwerfung Hollands, dem er sein Eingreifen in den belgischen Streit und den handelspolitischen Gegensatz nicht verzieh. Von Deutschland meinte er keinen Einspruch fürchten zu müssen, denn dort hatten die holländischen Raubzölle am Rhein tiefe Erbitterung erregt; mit Köln und Münster war er verbündet, Brandenburg verpflichtete sich 1669, nach dem Tode des Königs von Spanien (Karls des Zweiten) die französischen Ansprüche auf Belgien gegen Abtretungen an der Maas zu unterstützen, und der Kaiser, der sich schon 1668 mit Ludwig über die Regelung der spanischen Erbschaft ins Einvernehmen gesetzt hatte, versprach ihm 1671, einem Angriff auf Holland nicht entgegenzutreten. Weiter sicherte ihm Karl der Zweite von England im Vertrag von Dover 1670 die Hilfe der englischen Flotte gegen den verhaßten holländischen Nebenbuhler zu, und Schweden übernahm 1672 die Verpflichtung, deutsche Reichsfürsten, die etwa Holland zu Hilfe kommen würden, anzugreifen.

Noch während diese Verhandlungen schwebten, überwältigten die Franzosen im September 1670 das deutsche Herzogtum Lothringen und vertrieben den Herzog Karl den Vierten. Im Sommer 1672 wurde Holland, völlig isoliert und umgarnt, durch den alten Streit zwischen der oranisch-monarchischen Partei und der aristokratisch-föderativen Staatenpartei gespalten und gelähmt, von den überlegenen Heeres-

massen der Franzosen überwältigt und rettete seine Existenz nur durch die Erhebung eines großen Mannes, Wilhelms des Dritten von Oranien, zum Statthalter und Oberbefehlshaber. Da wechselte der Große Kurfürst, die furchtbare Gefahr auch für Norddeutschland erkennend, mit rascher Wendung seine Politik, schloß mit Holland ein Bündnis, bewog auch den Kaiser, für die Behauptung der Friedensschlüsse von 1648 und 1659 einzutreten und ein kleines Heer am Mittelrhein aufzustellen und führte selbst 26 000 Mann dorthin. Dadurch zog er die Franzosen von Holland ab, sah sich aber in Westfalen selbst überlegenen Kräften gegenüber und mußte in dem Sonderfrieden von Vossem (bei Löwen) am 6. Juni 1673 vom Kriege zurücktreten. Trotz aller Schlaffheit trieb dann die Einlagerung Turennes in der Wetterau und die Entwaffnung der zehn elsässischen Reichsstädte, die dem König von Frankreich huldigen mußten, den Kaiser noch 1673 zum Bündnis mit Spanien, Holland und Lothringen, dem dann auch Dänemark und wiederum Brandenburg beitraten, und im Mai 1674 erklärte auch das Deutsche Reich als solches an Frankreich den Krieg. Die konfessionellen Gegensätze waren in der großen Politik überwunden, einmütig standen evangelische und katholische Mächte zusammen gegen die französische Eroberungspolitik.

So entspann sich ein europäischer Krieg über die ganze Breite des Erdteils von der Ostsee bis nach Sizilien. Nicht mehr heimatlose Söldnerbanden und Glückssoldaten führten jetzt das Schwert, sondern monarchische, wesentlich aus Landeskindern bestehende Heere. Da sie eng mit ihrem Staate verwachsen waren, waren sie auch an die Heimat als ihre strategische Basis fester gebunden. Trotz größerer Stärke konnten sie darum den Stoß ins Herz des feindlichen Landes, seine Hauptstadt, nicht wagen; immerhin leisteten die zahlreichen Festungen, seitdem man nach dem Beispiele der Niederländer an Stelle der alten Mauern starke Erdwälle mit weit vorspringenden Bastionen gesetzt und der große französische Ingenieur Vauban dieses System noch verbessert hatte, der Artillerie einen ganz andern Widerstand als jene älteren Werke. So ging die Kriegführung hauptsächlich darauf aus, die Grenzländer einzunehmen oder zu verteidigen, und der gewöhnliche Schauplatz der mitteleuropäischen Kriege dieser Zeit wurden

Belgien und das Rheinland. In der Schlacht begann die Artillerie, zahlreicher und beweglicher geworden, eine größere Rolle zu spielen, und auch bei der Infanterie wurde allmählich das verbesserte Feuerrohr die Hauptwaffe; doch stand sie noch in tiefen Schlachthaufen (sechs Mann hoch) und in mehreren Treffen hintereinander, die Reiterei auf den Flügeln, so daß die ganze Armee eine festgeschlossene Masse bildete; denn nach dem bei der großen Nähe (zwei- bis dreihundert Schritt) gewöhnlich sehr mörderischen Feuergefecht brachte meist erst der Zusammenstoß mit der blanken Waffe die Entscheidung. Lehrmeister für diese neue Kriegskunst waren die Franzosen.

Während des Jahres 1674 blieb in Belgien die Schlacht bei Seneffe unweit Charleroi am 11. August unentschieden. Am Oberrhein drängten die deutschen Truppen die Franzosen nach Turennes Siege bei Sinsheim (unweit von Heidelberg) am 16. Juni, als der Große Kurfürst mit 20 000 Mann seiner Truppen eintraf, hinter den Strom zurück und eroberten in scharfen Gefechten fast das ganze Elsaß, bis Turenne, durch neue Zuzüge verstärkt, sie im Januar 1675 wieder zurückwarf. Wirksamer im französischen Interesse wurden mehrere Vorgänge, die die Kräfte der Gegner teilten. Ein rasch um sich greifender Aufstand in Ungarn drohte Österreich zu lähmen, die Wahl Johann Sobieskis zum König von Polen im Mai 1674 brachte dort einen Parteigänger Frankreichs ans Ruder, auf Sizilien empörte sich Messina gegen die spanische Herrschaft, und in Brandenburg rückten in den letzten Tagen des Jahres 1674 gemäß dem Vertrage mit Frankreich die Schweden ein.

Dies nötigte den Kurfürsten zum Rückzuge nach Franken; aber sofort faßte er sein altes Ziel, die Eroberung Vorpommerns, ins Auge und sicherte sich dafür während des Winters die Unterstützung seiner Bundesgenossen. So diplomatisch gedeckt, begann er einen glänzenden Siegeszug, wie ihn Deutschland seit Gustav Adolfs Tagen nicht gesehen und selbst seit Jahrhunderten nicht ausgeführt hatte. Nach atemlosem Eilmarsch von Schweinfurt her bis Magdeburg durchbrachen die Brandenburger unter Georg von Derfflingers kühner Führung die Mitte der schwedischen Aufstellung hinter der Havel durch den Überfall von Rathenow am dämmernden Nebelmorgen des

15. (25.) Juni, zwangen dadurch die Schweden, auf den hohen Dammstraßen durch die gefürchtete Moorlandschaft des havelländischen Luchs nach der pommersch-mecklenburgischen Grenze zurückzugehen, brachten sie in rastloser Verfolgung zum Stehen und erfochten endlich am 18. (28.) Juni 1675 bei Fehrbellin, 6 400 abgesessene Reiter gegen 11 000 Mann trefflicher Truppen aller Waffen in starker Stellung, den ersten in der Reihe der strahlenden Siege, die Deutschland von der Fremdherrschaft retteten und es einigten. Darauf ging der Kurfürst, von Seesiegen der Dänen unterstützt, zum Angriff auf Pommern vor, eroberte noch im November 1675 Wolgast, 1677 nach sechsmonatiger Belagerung Stettin, im Herbst 1678 endlich Rügen, Stralsund und Greifswald. Und als eine starke schwedische Heeresabteilung im November von Livland her in Ostpreußen einrückte, da kam er ihr durch einen verwegenen Wintermarsch über das Eis des Frischen und des Kurischen Haffs nach dem Memeldelta in die Flanke, nötigte sie zum eilfertigen Rückzuge und löste sie durch eine scharfe Verfolgung völlig auf. Imponierend und drohend stieg die junge norddeutsche Kriegsmacht empor, in der Verbindung von kühnem Wagemut und besonnener Umsicht eine neue Erscheinung in dieser ermatteten deutschen Welt.

Doch die Erfolge glitten dem Sieger aus den Händen. Am Oberrhein waren die Dinge nach dem Falle Turennes bei Saßbach am 27. Juli 1675 ohne große Entscheidung verlaufen, aber in Belgien eroberten die Franzosen eine Festung nach der andern und bedrohten endlich selbst Brüssel. Da schloß zuerst Holland am 10. August 1678 den Frieden von Nimwegen, ohne sich um seine Bundesgenossen zu kümmern, die es gerettet hatten; am 17. September trat Spanien bei, indem es die Franchecomté an Frankreich überließ, am 15. März 1678 endlich auch der Kaiser mit dem Reich, das die zehn elsässischen Reichsstädte und Freiburg i. Br. an Frankreich abtrat, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der schwedische Besitzstand von 1648 in Deutschland wiederhergestellt werde. Von seinen Bundesgenossen verlassen und zwei Großmächten allein gegenüber, mußte Friedrich Wilhelm im Frieden von St. Germain en Laye am 29. Juni 1679 schweren Herzens die Rückgabe des blutig errungnen Vorpommerns zugestehn.

Eine verhängnisvolle Wendung folgte. Tief erbittert über Österreich wegen des Friedensschlusses von Nimwegen und verstimmt durch die Einziehung der schlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau nach dem Tode des letzten Piasten 1675, auf die Brandenburg nach der Erbverbrüderung von 1537 nicht unbegründete Ansprüche erhob, fiel Friedrich Wilhelm in die traditionelle Politik der reichsfürstlichen Opposition zurück und schloß am 25. Oktober 1679 auf zehn Jahre ein geheimes Bündnis mit Frankreich. Ein ähnliches Verhältnis ging im November desselben Jahres Kursachsen ein. Beide norddeutsche Kurfürsten waren in die Gefolgschaft des Reichsfeindes eingetreten, und das zu einer Zeit, wo sich im Osten ein neuer Türkenkrieg vorbereitete.

Um so gewalttätiger ging Ludwig der Vierzehnte vor. Gestützt auf die Entscheidungen der Parlamente (Gerichtshöfe) von Metz, Breisach und Besançon nahm er alle die Gebiete in Anspruch die mit den 1648, 1659 und 1678 an Frankreich abgetretenen Gebieten irgend einmal in Lehnsverbindung gestanden hatten, also einen großen Teil der spanischen und deutschen Besitzungen auf dem linken Rheinufer, so die der Pfalzgrafen von Veldenz, Lützelstein und Zweibrücken, die (württembergische) Grafschaft Mompelgard (Montbéliard), Luxemburg u. a. m. Er ließ Luxemburg einschließen, nötigte 1681 als Inhaber der ehemals habsburgischen Landvogtei die elsässische Ritterschaft zur Huldigung, zwang die freie Reichsstadt Straßburg, deren kaiserliche Besatzung wegen des Krieges in Ungarn abgezogen war, im Einverständnis mit einer mehr aus Ängstlichkeit als aus verräterischer Gesinnung französisch gestimmten Minderheit im Rat und im Domkapitel, sowie mit dem greisen Bischof Franz Egon von Fürstenberg am 30. September 1681 durch Entfaltung einer überlegenen Truppenzahl zur Übergabe, überlieferte das ehrwürdige Münster wieder den Katholiken und verwandelte die alte deutsche Grenzfestung für fast zwei Jahrhunderte in das große französische Ausfalltor gegen Süddeutschland, das seitdem in seiner jammervollen Zersplitterung wehrlos vor den französischen Heeren lag. Angesichts dieser Bedrohungen brachte der Reichstag endlich im September 1681 die längst geplante Reform der Reichskriegsverfassung zum Abschluß, indem er das einfache Aufgebot

(Simplum) auf 40000 Mann bestimmte und es auf die zehn Reichskreise verteilte; da jedoch die größeren Fürsten die Einheit ihres Heerwesens nicht aufgaben, so gewann die neue Matrikel nur für die „vordern" (westlichen) Reichskreise praktische Bedeutung.

Andrerseits bemühte sich die österreichische Regierung, den lähmenden Aufstand in Ungarn zu beenden. Denn schon 1677 war der Fürst Michael Apafi von Siebenbürgen mit Ludwig dem Vierzehnten in Verbindung getreten, seit 1678 stand der begabte Emmerich Tököly an der Spitze der Rebellen und hatte den König von Frankreich geradezu als Schirmherrn von Ungarn anerkannt. Deshalb gab Leopold der Erste auf dem Landtage von Ödenburg 1681 den Gedanken, Ungarn als unterworfne Provinz zu behandeln und die kirchliche Reaktion durchzuführen, auf, stellte die selbständige Verwaltung des Landes wieder her und gewährte eine annähernde Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse nach dem Wiener Frieden von 1606. Aber diese Zugeständnisse kamen zu spät. Im April 1682 schloß Tököly mit den Türken ein förmliches Bündnis, und der Großvezier Kara Mustafa, der wie seine Vorgänger aus dem albanesischen Hause der Köprili, unter Sultan Mohamed dem Vierten (1648—87) die gewaltigen Kräfte des osmanischen Reichs noch einmal zu wuchtigen Angriffsstößen auf das christliche Abendland zusammenfaßte, plante, von den Spaltungen im Reiche wohl unterrichtet und von der französischen Diplomatie vorwärts getrieben, einen neuen Angriff auf Österreich. Der Gefahr eines großen Doppelkrieges auf beiden Fronten gegenüber berieten westdeutsche Fürsten mit Österreich, Spanien und Holland eine „Union" zur Abwehr der französischen Übergriffe. Der Große Kurfürst aber hielt einen Doppelkrieg in der damaligen Verfassung des Reichs für unmöglich und versuchte zunächst den Frieden mit Frankreich zu erhalten, indem er Ludwig den Vierzehnten in dem Vertrage vom 22. Januar 1682 bestimmte, sich mit den bisherigen Reunionen zufrieden zu geben. Erst dadurch wurde die Abwehr der Türken ermöglicht, und auch dann nicht ohne Unterstützung des Auslandes.

Denn besonders mit Hilfe der Vermittelung des Papstes Innocenz des Elften gelang es dem Kaiser, am 31. März

1683 ein Bündnis mit Polen abzuschließen, dessen König Johann Sobieski zwar als Parteigänger Frankreichs gewählt worden war, sich aber die Krone vor allem durch den glänzenden Türkensieg bei Choczim am Dnjestr (11. November 1673) errungen hatte. Ebenso sicherten Johann Georg der Dritte von Sachsen, Max Emanuel von Bayern, der fränkische und der schwäbische Kreis ihre Hilfe zu, und auch Brandenburg bot sie trotz des Zwiespalts an; freilich vergeblich, da man in Wien fürchtete, die Brandenburger möchten beim Marsche durch Schlesien die strittigen Herzogtümer besetzen. Inzwischen schob sich Kara Mustafa, mit 230 000 Mann von Belgrad aus vorwärts. Die Kaiserlichen unter dem Herzog Karl dem Fünften von Lothringen konnten in der Stärke von nur 60 000 Mann den weiten Raum zwischen Drau und Donau nicht decken; der Sultan drängte sie langsam nach der österreichischen Grenze zurück und erschien, während der Herzog im Marchfelde stehn blieb, am 14. (4.) Juli 1683 vor Wien. Acht bange Wochen lang widerstand Graf Rüdiger von Starhemberg an der Spitze der Besatzung und der Bürgerschaft mit ruhiger Umsicht und ausdauerndem Heldenmute der Beschießung, den Sprengminen und den Stürmen der Osmanen, bis endlich in der Nacht des 6. September Raketen von der Höhe des Wiener Waldes her der hartbedrängten Stadt das Nahen des Entsatzheeres meldeten. Auf dem Tullner Felde im Schutze des Wiener Waldes gesammelt, 27 000 Mann Kaiserliche, 31 000 Mann Reichstruppen, 26 000 Mann Polen stark, überschritten die christlichen Heersäulen ungehindert von den Türken den Gebirgswall und erfochten in der gewaltigen Entsatzschlacht des 12. (2.) September einen völligen Sieg. Wien war gerettet, die Kraft des türkischen Angriffs gebrochen, die Rückeroberung von Ungarn eingeleitet.

Der Sieg von Wien war ein Ereignis von europäischer Bedeutung, denn er war zugleich eine mittelbare Niederlage Frankreichs. Nicht daß Ludwig der Vierzehnte den Sieg der Türken gewünscht hätte, aber er hatte gehofft, daß das Reich seine Hilfe mit der Abtretung der reunierten Landschaften werde erkaufen müssen. Statt dessen gestand ihm der Waffenstillstand von Regensburg am 15. August 1684 nur die bis zum 1. August 1681 gemachten Reunionen, also mit Luxemburg,

aber ohne Straßburg, und nur auf zwanzig Jahre zu, behielt dem Reich also die Rückforderung vor, um zunächst alle Kraft für die Eroberung Ungarns freizuhalten. Zugleich lockerte sich sein Verhältnis zu Brandenburg. Denn die erbarmungslose Verfolgung der Hugenotten und die Aufhebung des Duldungsedikts von Nantes am 22. Oktober 1685, die Frankreichs wirtschaftlicher Blüte einen furchtbaren Schlag versetzte und das lebendige stählende Nebeneinander verschiedener Glaubensbekenntnisse im Lande zerstörte, beantwortete Friedrich Wilhelm mit dem Edikt von Potsdam vom 29. Oktober (8. November) 1685, worin er den flüchtigen Hugenotten gegen Ludwigs entschiedenen Willen Aufnahme in seinen Staaten gewährte, und am 22. März 1686 schloß er ein zwanzigjähriges Verteidigungsbündnis mit Österreich ab, allerdings unter Verzicht auf seine schlesischen Ansprüche gegen Abtretung des Kreises Schwiebus. So war der lähmende Zwiespalt überwunden, und während Ludwigs des Vierzehnten Gestirn sich zum Niedergange neigte, hielten die deutschen Waffen einen glänzenden Siegeszug durch Ungarn.

Nachdem der Kaiser im März 1684 mit Polen, Venedig und dem Papste die „heilige Liga" zur Fortsetzung des Krieges gegen die Türken auf verschiednen Schauplätzen geschlossen hatte, fiel 1685 Neuhäusel, das wichtigste türkische Bollwerk im nordwestlichen Ungarn, in die Hände der Kaiserlichen, und Michael Apafi von Siebenbürgen stellte im Juni 1686 sich und sein Land unter kaiserlichen Schutz. In demselben Jahre erlag am 2. September die osmanische Hochburg in Ungarn, Ofen, nach tapferer Gegenwehr den Stürmen der Reichstruppen (Brandenburger, Bayern und Sachsen), und der Sieg von Harsany unweit des verhängnisvollen Schlachtfeldes von Mohács am 12. August 1687 vollendete die Eroberung des ungarischen Tieflandes. Ein blutiges Strafgericht, das der kaiserliche General Caraffa in Eperies 1687 über den meuterischen ungarischen Adel verhängte, da dieser in seiner großen Mehrzahl auf der Seite des türkischen Landesfeindes focht, um seine mißbrauchte Libertät ungeschmälert zu behaupten, bahnte dem entscheidenden Landtage von Ofen (Oktober 1687 bis Januar 1688) den Weg. Er genehmigte die Erblichkeit der ungarischen Krone im Mannsstamme der Habsburger, erhielt aber die

ausdrückliche Bestätigung der Zugeständnisse von 1681. Darauf entsagte der siebenbürgische Landtag von Hermannstadt im Mai 1688 feierlich der türkischen Oberhoheit, und als am 6. September auch Belgrad, das alte türkische Ausfalltor gegen Ungarn, der stürmischen Tatkraft des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern erlegen war, da fluteten die deutschen Scharen in die Länder der Balkanhalbinsel hinein, um unter dem kaiserlichen Adler die christlichen Rajahvölker zu befreien und damit der deutschen Kultur ein unabsehbares Feld zu eröffnen. Gleichzeitig eroberten deutsche Soldtruppen den Venezianern Morea und Athen.

Doch deutlich zeigte sich's, wie sehr der Große Kurfürst recht gehabt hatte, wenn er 1682 meinte, Deutschland sei außerstande, gleichzeitig auf zwei Fronten einen großen Krieg mit Erfolg zu führen. Jetzt nahte ein solcher unaufhaltsam heran. Die Vernichtung des französischen Protestantismus hatte die alten Grundlagen der Verbindung zwischen Frankreich und den evangelischen Staaten zerstört, und neue Ansprüche auf deutschen Boden forderten zur schärfsten Abwehr heraus. Die Linie Pfalz-Simmern erlosch mit dem Tode des Kurfürsten Karls des Zweiten 1685 im Mannsstamm. Da verlangte Ludwig der Vierzehnte im Namen seiner Schwägerin Elisabeth Charlotte von Orleans, die ihr Vater Karl Ludwig mit Philipp von Orleans, dem Bruder des Königs in der Hoffnung vermählt hatte (1671), dadurch den Schutz Frankreichs zu erkaufen, die Abtretung aller pfälzischen Gebietsteile, die nicht nachweislich Mannlehen seien. Solcher Bedrohung gegenüber verpflichteten sich schon am 12. Januar 1686 Brandenburg, Holland und Schweden, jeder Verletzung der Verträge von Münster, Nimwegen und Regensburg mit den Waffen entgegenzutreten, und nachdem Brandenburg sich im März auch mit dem Kaiser verständigt hatte, vereinigten sich am 6. Juli zu demselben Zwecke im Verteidigungsbündnis von Augsburg mit diesen Verbündeten auch Kurbayern, Kurpfalz und Spanien. Als nun vollends Ludwig im Erzstift Köln die Anerkennung des französisch gesinnten Koadjutors Wilhelm Egon von Fürstenberg gegen den vom Kaiser und vom Papst zum Erzbischof erhobnen Joseph Clemens von Bayern durchsetzen wollte, da deckten norddeutsche Truppen

Holland und ermöglichten so den Zug Wilhelms des Dritten nach England zum Sturze seines Schwiegervaters König Jakobs des Zweiten, um die drohende Vereinigung der stärksten Seemacht mit der stärksten Landmacht zur dauernden Begründung des französischen Übergewichts in Europa zu verhindern und in England ein den Franzosen feindliches Regiment zu errichten. Dieses Eingreifen der festländischen Mächte in die englischen Parteikämpfe, die Abwehr seiner pfälzischen und kölnischen Pläne und der rasche Niedergang des alten Bundesgenossen im Osten, der türkischen Macht, das alles bestimmte Ludwig den Vierzehnten zum schleunigen Angriff, und im September 1688 besetzte Philipp von Orleans die Kurpfalz und Mainz. Der dritte Raubkrieg war da.

Seitdem sich im Wiener Bündnis vom 12. Mai 1689 der Kaiser und das Reich mit Spanien, England und Holland verbündet hatten, stand Ludwig einer europäischen Koalition gegenüber, wie er sie noch niemals zu bekämpfen gehabt hatte. Dadurch von vornherein im Nachteil, verhängte er über die unglückliche Pfalz, lediglich um eine öde Zone zum Schutze der französischen Grenze zu schaffen, im Frühsommer 1689 die in allen europäischen Kulturländern beispiellose planmäßige Verwüstung, der sowohl zahlreiche ehrwürdige Stätten deutscher Geschichte, wie Speyer, Worms, Bretten, Pforzheim u. a. m., als auch der schönste Schloßbau Deutschlands, Heidelberg, zum Opfer fielen. Infolgedessen verschob sich, nachdem Mainz noch im September in deutsche Hände zurückgekehrt war, der Kriegsschauplatz wesentlich nach dem Niederrhein und vor allem nach Belgien. Dort wurden noch 1689 Bonn und einige andre Plätze den Franzosen entrissen, hier aber siegten sie am 1. Juli 1690 bei Fleurus, nahmen 1691 Mons, 1692 Namur und schlugen das verspätet heranziehende Entsatzheer Wilhelms des Dritten am 3. August bei Steenkerken. Doch die glückliche Abwehr französischer Seeangriffe auf die britischen Inseln wirkte allmählich auch auf den festländischen Krieg herüber. Noch erfochten die Franzosen am 19. (29.) Juli 1693 bei Neerwinden unweit Lüttich einen überaus verlustvollen Sieg und brachen 1693 und 1694 mehrmals in Süddeutschland ein, aber sie prallten dabei an den verschanzten Stellungen der Reichstruppen bei Heilbronn und Wiesloch (südlich von

Heidelberg) ab, und sie verloren 1695 ihre wichtigste Eroberung in Belgien, Namur. Erst als es der französischen Diplomatie gelang, die verschiednen Interessen der verbündeten Mächte zur Sprengung der Koalition zu benützen, willigten am 30. Oktober 1697 auch der Kaiser und die deutschen Reichsstände in den Frieden von Ryswyk. Straßburg und die zehn andern elsässischen Reichsstädte blieben bei Frankreich, aber Freiburg i. Br., Breisach und die meisten reunierten Gebiete kamen an Deutschland zurück. Zum erstenmal hatte Ludwig der Vierzehnte zurückweichen müssen, freilich nicht ohne Beute.

Einen weit vollständigeren Erfolg errangen die deutschen Waffen in Ungarn. Während des dritten Raubkrieges war Belgrad 1690 von den Türken wiedererobert worden, und mit Mühe hatte Markgraf Ludwig von Baden durch den Sieg bei Szalankemen am 19. August 1691 ihren Einbruch in die ungarische Tiefebene abgewehrt. In demselben Jahre ordnete das Decretum Leopoldinum vom 16. Oktober die Verhältnisse Siebenbürgens auf Grund der alten Gleichberechtigung der vier Glaubensbekenntnisse und der drei „rezipierten" Nationen (Magyaren, Szekler und Sachsen). Erst nach dem Frieden von Ryswyk führte der neue Oberbefehlshaber der kaiserlichen Truppen, der junge Prinz Eugen von Savoyen-Carignan (geb. 1663), der erst 1683 in kaiserliche Dienste getreten war, durch den glänzenden Sieg bei Zenta an der untern Theiß am 11. September 1697 über ein nach Siebenbürgen vordringendes türkisches Heer unter dem Sultan Mustafa dem Zweiten die letzte Entscheidung herbei. Am 26. Januar 1699 beendete der Friede von Karlowitz (bei Peterwardein) den Krieg. Die Türkei trat an Österreich ganz Ungarn (außer dem Banat um Temesvar) mit Siebenbürgen und Slawonien, an Venedig Morea, an Polen einen Teil Podoliens ab. So wuchs das Reich der Habsburger aus Deutschland immer mehr und mehr hinaus, gewann aber die Grundlagen zu einer selbständigen Großmacht. Im Westen hatte Deutschland zwar einzelne schwere Einbußen erlitten, im ganzen jedoch seine Grenzen behauptet.

Nicht die Reichsgewalten, sondern die Reichsfürsten, trotz aller Spaltungen immer wieder in freien Sonderbündnissen sich zusammenschließend, hatten dieses im Westen nicht ungünstige, im Osten glänzende Ergebnis herbeigeführt, und zwar kraft einer mehr oder weniger einschneidenden Umgestaltung ihrer Verwaltungen, obwohl sich diese neuen Ordnungen keineswegs überall und in sehr verschiedner Weise durchsetzten. Die größeren deutschen Fürstentümer in dem Umfange, wie er 1648 festgestellt worden war, waren noch keineswegs Staaten im modernen Sinne (sogar dieser Ausdruck bezeichnete damals nur den Landesherrn mit seiner Umgebung, dem „Hofstaat", dem Beamtentume und dem Heere), sondern sie bestanden aus einer größeren oder kleineren Anzahl von Territorien mit selbständiger, überwiegend ständischer Verwaltung, eigenem Landtag, eigener Staatsangehörigkeit (Indigenat) und ohne jedes Gefühl der Zusammengehörigkeit; die einzelnen Teile hingen also miteinander nur durch das Herrscherhaus zusammen.

Die Aufgabe war nun, daraus einen einheitlich organisierten Staat zu machen und diesen zugleich in ein geschlossenes, im wesentlichen sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet zu verwandeln. Denn da die alte selbständige Stadtwirtschaft ebenso überwunden war wie die politische Geltung der Städte, und sich eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands damals ebensowenig erreichen ließ wie eine wirksame politische Gesamtverfassung, so würde Deutschland auch wirtschaftlich völlig der Fremdherrschaft verfallen sein, wenn nicht die größeren weltlichen Einzelstaaten auch in dieser Beziehung die Pflichten des Reichs auf sich genommen hätten; denn in West- und Nordeuropa bildeten sich bereits gewaltige nationalwirtschaftliche Körper. Doch waren diese Ziele nicht mit den durch und durch partikularistischen, in ständischen Sonderinteressen befangenen Einzellandtagen zu erreichen, sondern nur auf absolutistischem Wege, durch die Zurückdrängung der ständischen Gewalten, durch die Bildung eines gesamtstaatlichen landesherrlichen Beamtentums und eines stehenden monarchischen Heeres. Und selbst diese Werkzeuge mußten erst langsam geschaffen werden. Denn was die Fürsten nach dem Dreißigjährigen Kriege vorfanden, das waren heimatlose Söldnerhaufen unter abenteuernden Glückssoldaten, und selbst das damalige Beamtentum trug noch lange einen ähnlichen Charakter. Wie den Offizier, so band auch den Beamten lediglich

ein persönlicher Dienstvertrag an die Person des Herrschers; seine Besoldung bestand erst zum Teil aus festem Gehalt in Geld, zum andern aus schwer kontrollierbaren Sporteln und Naturalbezügen; seine Stellung war rechtlich unsicher, die Neigung, den Dienstherrn zu wechseln, groß, die Zuverlässigkeit der Leistungen gering. Die Rechtspflege aber wurde überall noch gestört durch höchst unvollkommne Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den einzelnen Behörden, durch Langsamkeit, Parteilichkeit und Kostspieligkeit des Verfahrens, durchgängige Anwendung der Folter in peinlichen Fällen, grausame Leib- und Lebensstrafen bei völligem Mangel an Freiheitsstrafen. Weniger ins Gewicht fiel bei dem noch geringen Verkehr zwischen den einzelnen Landesteilen die ungeheure landschaftliche und örtliche Verschiedenheit des bürgerlichen Rechts. Es war also eine tiefgehende politische, wirtschaftliche und sittliche Umgestaltung, die der absolute Staat heraufführte, und eben deshalb konnte sie nur bedeutenden Männern, wahrhaften Herrschernaturen gelingen.

Unter ihnen nimmt der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm weitaus die erste Stelle ein, und Brandenburg wurde durch ihn nicht nur vorbildlich, sondern auch den anderen Staaten innerlich überlegen. Er war seit Jahrhunderten wieder der erste große deutsche Staatsmann. Von Natur leicht erregbar, ja leidenschaftlich und voll starken Selbstgefühls, wußte er sich doch fest zu beherrschen, erwog bedachtsam und weitschauend die Lage und entwickelte in sich jene Verbindung von fürstlichem Pflichtbewußtsein, ehrlicher duldsamer Frömmigkeit und herzgewinnender Milde, die den besten Söhnen seines Hauses allezeit zur höchsten Zierde gereicht hat. Er war sich bewußt, des Volkes Sache zu führen, und er fühlte sich durchaus als Brandenburger. So wahrte er mit fester Hand die Interessen und die Selbständigkeit seines Staates.

Seine Arbeit wurde noch dadurch erschwert, daß sein Staatsgebiet in fortwährender Wandlung begriffen war. Obwohl der Westfälische Friede die Grenzen bestimmt hatte, wurde er doch der selbständige Herr von Kleve, Mark und Ravensberg erst durch die endgültige Teilung von 1666. Erst in diesem Jahre sicherte er sich auch den militärischen Besitz der Stadt Magdeburg, erst 1680, nach dem Tode des Administrators August, fiel das ganze Land ihm zu. Kurz danach, 1681, ließ er im Auftrage des Kaisers Gretsyl in Ostfriesland besetzen, um die dort durch den endlosen Streit zwischen dem Fürstenhause der Cirksena und den Ständen schwer gefährdete Ordnung aufrecht zu erhalten, und erwarb damit eine Stellung an der Nordsee. Aber alle diese weitverstreuten Gebiete waren nach dem Dreißigjährigen Kriege verwüstet, verarmt, entvölkert (Berlin und Cölln hatten 1640 nur 6000 Einwohner, noch 1680 nicht mehr als 8000); die öffentlichen Kassen waren mit Schulden überladen, die sehr ausgedehnten Domänen (im Herzogtum Preußen allein 48 000 Hufen) brachten infolge kostspieliger und liederlicher Verwaltung wenig ein, die Untertanen waren mit schlecht verteilten Steuern schwer belastet. Von gesamtstaatlichen Behörden fand der Kurfürst nur den 1604 zunächst für die auswärtige Politik gegründeten Geheimen Rat vor, den er zweimal, 1641 und 1651, reorganisierte.

Aber er verstand es, mit äußerst glücklichem Griff aus dem ständischen Amt des Kreiskommissars (für die Wahlen zu den brandenburgischen Ausschußtagen und die Umlegung der Kriegslasten, besonders der 1620 eingeführten „Kontribution", einer direkten Steuer vom Grundbesitz) ein ständisch-landesherrliches, tatsächlich monarchisches Amt zu machen. Er ließ sich durch die Kreisstände, d. h. die Rittergutsbesitzer, den Kreiskommissar aus ihrer Mitte vorschlagen, ernannte ihn selbst und zahlte ihm eine Besoldung. Es war der Kern des neuen Beamtentums. Über diesen Kreiskommissaren, für die erst seit 1701 der ursprünglich pommersche Titel Landrat allgemein wurde, standen seit 1651 drei Oberkommissare, den drei Militärbezirken (Preußen, Mittelprovinzen, Westprovinzen) entsprechend, für die Heeresverwaltung; die Oberleitung übernahm ein Generalkommissar. Die Errichtung eines stehenden Heeres aus geworbenen Truppen nach 1660 führte weiter. Da die brandenburgischen Stände schon 1652/53 und 1661 erklärten, die militärischen Lasten seien (bei der bisherigen Besteuerung) unerschwinglich, so schlug der Kurfürst den Städten 1667 nach holländischem Muster anstatt der überaus drückenden Kontribution eine indirekte Steuer auf Lebensmittel und Kaufmannswaren (Ac-

cise) vor. Indem diese bis 1686 allmählich in den Mittel- und Ostprovinzen angenommen wurde, traten neben die Landräte in den Kreisen nunmehr für die Städte kurfürstliche Steuerkommissare zur Verwaltung der neuen Steuern, während für das platte Land die Kontribution als Hauptsteuer nach dem alten Kataster bestehen blieb. Damit traten die Landtage, weil sie mit der Accise nichts zu tun hatten und die Kontribution, die sie zu bewilligen hatten, ziemlich unverändert blieb, gänzlich zurück, obwohl sie niemals aufgehoben wurden; nur in Kleve-Mark behielten die Stände ihre alte Bedeutung, da sie schon 1661 dem Kurfürsten einen festen Jahresbeitrag zum Unterhalt seines Heeres bewilligt hatten.

So erwuchs aus der Notwendigkeit eines stehenden Heeres eine neue Steuerverfassung, aus beiden ein monarchisches Beamtentum, und indem der Kurfürst die trotzigen Junkergeschlechter, die einst den Osten jenseits der Elbe für die deutsche Gesittung erobert hatten, durch das Landratsamt für den Staatsdienst, durch die Offizierslaufbahn für das Heer allmählich gewann, zog er einen politisch-militärischen Adel groß, der für Preußen und Deutschland nicht minder bedeutsam wurde als der parlamentarische Adel für England.

Nunmehr Herr im Hause, arbeitete Friedrich Wilhelm mit zäher Ausdauer und weit ausschauendem Blicke daran, seinen Staat im Sinne des Merkantilismus zu einem möglichst abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet zu machen und ihm einen Anteil am Welthandel und an der Kolonisation zu sichern. Schon 1654 richtete ihm sein erster Generalpostmeister Michael Matthias die kurfürstliche Reitpost von Memel bis Kleve quer über ganz Norddeutschland ein, 1662 bis 1668 wurde der Friedrich-Wilhelmskanal von der mittleren Oder nach der oberen Spree erbaut, dadurch der große Frachtverkehr von Schlesien nach der Nordsee durch Brandenburg gelenkt, der alten hohen Straße durch Sachsen nach Leipzig entzogen und Berlin mit einem Schlage in den Mittelpunkt eines großen Netzes von Handelsstraßen gerückt: die erste Grundlage zu der erstaunlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Hauptstadt war gelegt. Einfuhrverbote für konkurrierende ausländische Waren schützten die aufstrebende Industrie der Mittelprovinzen, namentlich die hier altheimische, auf der blühenden Schafzucht

beruhende Tuchmacherei; eine fortgesetzte, planmäßig geförderte Einwanderung vorwiegend städtisch-bürgerlicher Elemente, vor allem die Aufnahme der verjagten französischen Reformierten im Jahre 1686 — es waren im ganzen etwa 20 000, meist Kaufleute, Industrielle, Gelehrte und Edelleute —, die als eine abgeschlossene fremde Kolonie im Westen von Berlin ganze neue Stadtteile anlegten, füllten die verödeten Städte wieder mit fleißigen Menschen und führten dem verarmten Lande Kapitalien zu. Seine Handels- und Kolonialpläne konnte der Kurfürst überhaupt nur mit holländischen Mitteln ausführen. Um den Krieg gegen Schweden kräftiger zu führen, mietete er von dem holländischen Unternehmer Benjamin Raule eine Anzahl Kriegsschiffe, die unter der brandenburgischen Flagge, dem roten Adler im weißen Felde fuhren. Sie bewährten sich bei der Belagerung von Stettin, beim Angriff auf Rügen und in den dänisch-schwedischen Seeschlachten auf der Ostsee vortrefflich, und als der Kurfürst mit Spanien wegen rückständiger Subsidien in Streit geriet, machten sie im Atlantischen Ozean mit Erfolg auf spanische Silberflotten Jagd, bestanden sogar am 30. September 1681 am Kap St. Vincent rühmlich ein scharfes Gefecht gegen ein viel stärkeres spanisches Geschwader. Diese Flotte übernahm der Kurfürst 1684 auf den Staat. Die Vorbereitungen für die Erwerbung einer Handelskolonie an der Guineaküste ließ er schon 1680—81 treffen; 1682 gründete er, meist mit holländischem Kapital, eine privilegierte afrikanische Handelskompagnie (seit 1683 mit dem Sitz in Emden), und am 1. Januar 1683 hißten seine Kriegsschiffe die brandenburgische Flagge am Kap der drei Spitzen, wo das starke Fort Groß-Friedrichsburg entstand. Auch die Marinestation wurde 1683 an die Nordsee nach Emden verlegt. Weit voraus eilte damit der Kurfürst seinem verarmten und verschüchterten Volke.

Auch in seiner Kirchenpolitik stand er hoch über der durchschnittlichen Anschauung seiner Zeitgenossen. Grundsätzlich duldsam, weit über die Vorschriften des Westfälischen Friedens hinaus, ließ er jedem Christen die persönliche Glaubensfreiheit und die bürgerliche Gleichberechtigung und schirmte die öffentliche Ausübung jedes Kultus in dem Maße, wie sie vertragsmäßig in den einzelnen Landesteilen festgestellt war, behielt

sich aber gegenüber allen Evangelischen die Kirchenhoheit (jus in sacra) als oberster Landesbischof vor, die er durch das lutherisch-reformierte Konsistorium ausübte, gegenüber den Katholiken das Oberaufsichtsrecht (jus circa sacra). Deshalb legte er auch den Geistlichen beider protestantischen Konfessionen die Pflicht gegenseitiger Duldung auf und schritt gegen solche ein, die eine Zusicherung dieser Art verweigerten, selbst gegen Paul Gerhardt in Berlin 1666. Eine grundsätzliche allgemeine Regelung nahm er nur in Kleve-Mark vor, indem er im Einvernehmen mit dem katholischen Herzog Philipp Wilhelm von Jülich-Berg im Mai 1672 für die Lutheraner, Reformierten und Katholiken in allen vormals vereinigten herzoglich klevischen Gebieten die bürgerliche Gleichberechtigung und die freie Religionsübung an bestimmten Orten feststellte: der erste Versuch derart in Deutschland.

Die mühsam gewonnenen Grundlagen der Staatseinheit hat Friedrich Wilhelm auch nicht durch sein vielberufnes Testament von 1686 zugunsten seiner vier Söhne zweiter Ehe mit Sophie Dorothee von Holstein-Glücksburg (1668) in Frage stellen wollen, denn sie sollten von einzelnen kleinen Gebieten (Halberstadt, Minden, Ravensberg, Schwedt) nur die Titel führen und die Einkünfte beziehen, nicht die Hoheitsrechte dort ausüben, überdies unter der Oberhoheit des künftigen Kurfürsten stehn. Trotzdem führte diese Absicht in Verbindung mit den Einflüssen der welfischen Politik durch die Kurprinzessin Sophie Charlotte zu schweren Zerwürfnissen zwischen dem Vater und dem Kurprinzen Friedrich, so daß dieser sogar hinter dem Rücken des Kurfürsten durch einen geheimen Vertrag dem Kaiser die Rückgabe des eben abgetretenen Kreises Schwiebus zusicherte. Doch vermittelte dann Eberhard von Danckelmann, der frühere Erzieher des Kronprinzen, eine Art von Versöhnung.

Mit den Plänen Wilhelms des Dritten gegen England beschäftigt, ist Friedrich Wilhelm am 29. April/9. Mai 1688 im Stadtschlosse von Potsdam verschieden. Von seinen reichsfürstlichen Bündnisplänen hatte sich nichts verwirklicht, aber er hinterließ einen festgeschlossenen, militärisch starken Staat von 1930 Quadratmeilen mit anderthalb Millionen Menschen, der im Reiche bereits die erste Stellung nach Österreich einnahm, und darüber hinaus die erhebende und stärkende Erinnerung an seine große Persönlichkeit.

Sein Nachfolger Friedrich der Dritte (als König Friedrich der Erste, 1688—1713), weder an Geisteskraft noch an Festigkeit des Willens dem Vorgänger ähnlich, stand bis 1697 vorwiegend unter der Leitung eines hervorragenden Staatsmanns, Eberhards von Danckelmann, der ganz in den Ideen des Großen Kurfürsten lebte; nach dessen jähem Sturze unter dem Einflusse des höfisch gewandten, aber unbedeutenden Grafen Kolbe von Wartenberg. Mit seiner Hilfe erwarb er gemäß dem Krontraktat mit dem Kaiser (16. November 1700) die Königskrone für das souveräne Herzogtum Preußen, die er sich am 18. Januar 1701 zu Königsberg in stolzer Unabhängigkeit von jeder geistlichen Gewalt selbst aufs Haupt setzte; er gab dadurch der gesteigerten Bedeutung seines Staates den sachgemäßen Ausdruck. Dem entsprach es, wenn er 1701 durch die Ausdehnung des privilegium de non evocando die Gerichtshoheit über den ganzen Staat erwarb und deshalb 1703 das Oberappellationsgericht einsetzte. Aber die Flotte und die Kolonien vernachlässigte er, seine Gebietserwerbungen, meist aus der oranischen Erbschaft seiner Mutter Luise Henriette nach dem Tode Wilhelms des Dritten 1702, blieben unbedeutend, und das mühsam errungene Gleichgewicht des Staatshaushalts erschütterte er durch die königliche Pracht seines Hofhalts.

Neben dem niedersächsischen Kolonialgebiete Brandenburg stieg in dem alten Mutterlande westlich von der Elbe nach langer Zersplitterung eine größere Staatenbildung unter dem welfischen Hause auf. Hier erwarb einer der Teilfürsten der jüngern Linie, Ernst August von Hannover (Kalenberg), der Gemahl der geistvollen Sophie, der Tochter Kurfürst Friedrichs des Fünften von der Pfalz und Elisabeths von England, im Dezember 1692 die Kurwürde, und indem er sich mit seinem Bruder Georg Wilhelm von Celle dahin verständigte, daß dessen Tochter Sophie Dorothea von der schönen, geistvollen Französin Eleonore d'Olbreuse sich mit dem Thronfolger von Hannover Georg Ludwig vermählen sollte, bahnte er die Vereinigung sämtlicher Länder der jüngern Welfenlinie an, die Georg Ludwig nach dem Tode Georg Wilhelms 1705 vollzog.

Einen Einheitsstaat bildete Hannover freilich niemals, vielmehr zerfiel es in eine Anzahl selbständiger Territorien, in denen der Adel die Herrschaft führte. Diese ständisch-aristokratische Verwaltung fand eine mächtige Stütze, als Georg Ludwig nach dem Erbfolgegesetz von 1707 unter dem Namen Georg der Erste den Thron Großbritanniens bestieg und dadurch Hannover mit England durch Personalunion verband (1714). Die ältere Linie Braunschweig-Wolfenbüttel blieb seitdem unbedeutend.

Noch viel weniger konnte in dem benachbarten und stammverwandten Schleswig-Holstein von einer monarchischen Staatseinheit die Rede sein. Zwar hatte die Teilung von 1581, die jedes der beiden Herzogtümer in einen königlichen und einen herzoglichen (Gottorper) Anteil schied, die rechtliche Einheit des Landes nicht zerrissen, vielmehr blieben der Landtag, die Justizverwaltung, die Landeskirche und die Universität Kiel beiden gemeinsam; aber die fortgesetzten Streitigkeiten beider Linien, die im Frieden von Oliva 1660 zur Erwerbung der vollen Souveränität für den schleswig-gottorpischen Anteil führten, zerrütteten doch tatsächlich die rechtlich fortbestehende Landeseinheit derart, daß die Gesamtlandtage seit 1675 aufhörten und seit 1711 nur noch eine „fortwährende Deputation der Stände" sie vertrat. — Ganz ähnlich waren die Verhältnisse in Mecklenburg. Von den beiden 1621 entstandenen Linien Schwerin und Güstrow starb die zweite im Hauptstamm 1695 aus; da sie sich aber inzwischen ebenfalls gespalten hatte, kam es 1701 zu einer neuen Landesteilung, allerdings derart, daß die Gemeinsamkeit der Stände, des Hof- und Landgerichts, der Landeskirche und der Universität Rostock bestehen blieb. Im übrigen vollendete sich hier jetzt das Ideal des ständischen Staats in ganz ähnlicher Weise wie früher in Württemberg, nur zum Vorteile der Ritterschaft. Das Land zerfiel in das herzogliche Domanium (Kammergut), das ritterschaftliche und das landschaftliche (städtische) Gebiet, und überall übten die Grundherren alle staatlichen Hoheitsrechte lediglich als Ausfluß der Grundherrlichkeit.

In dem bedeutendsten Territorium Mitteldeutschlands, Kursachsen, das noch im Dreißigjährigen Kriege eine hervorragende Rolle gespielt hatte, erschwerte Johann Georg der

Erste († 1656) die Herstellung der Staatseinheit zuletzt noch dadurch, daß er für seine drei jüngern Söhne drei selbständige Fürstentümer (Weißenfels, Zeitz und Merseburg) abzweigte, die erst in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts an das Kurhaus zurückfielen. Auch sonst ging die kursächsische Politik nicht auf staatliche Zusammenfassung aus, ließ vielmehr den Nebenländern (den beiden Lausitzen als böhmischen Lehen und den Stiftslanden) eine fast ungeschmälerte innere Selbständigkeit. Doch überwogen die Erblande an Umfang so, daß dies weniger ins Gewicht fiel, und in ihrem besondern Machtbereiche sorgten die Kurfürsten doch für monarchische Reformen. Johann Georg der Dritte (1680—91) gründete 1682 ein stehendes Heer, Johann Georg der Vierte (1691 bis 1694) die einheitliche Organisation der kurfürstlichen Post. Die Landesverwaltung näherte sich der brandenburgisch-preußischen insofern, als die kurfürstlichen Domänenvorsteher, die Amtshauptleute, auch rein staatliche Funktionen (Steuerverwaltung, Beaufsichtigung der gutsherrlichen Polizei) über die „amtssässigen" Edelleute und Städte im Bezirke ihres „Amtes" übernahmen, wie die preußischen Landräte; nur die größern („schriftsässigen") Grundherren und Städte blieben außerhalb. Im übrigen wurde die Macht der Stände ebensowenig angetastet wie die geschlossene Glaubenseinheit der strenglutherischen Landeskirche. Erst der Übertritt Friedrich Augusts des Ersten (1694—1733) zur römischen Kirche 1697 wegen seiner Wahl zum König von Polen lockerte diese herbe Ausschließlichkeit. Denn zwar übertrug er sein Amt als Landesbischof den evangelischen Geheimräten und ließ die Landeskirche unangetastet, aber die Katholiken und dann auch die Reformierten erhielten jetzt freie Religionsübung. Für die Stellung Kursachsens im Reiche wirkte der Übertritt des Herrscherhauses insofern nachteilig, als es die Vertretung der evangelischen Interessen an Brandenburg verlor, und die in ihren Folgen höchst kostspielige Verbindung mit Polen führte zwar zur Einführung der Accise seit 1701, aber auch zur Veräußerung wertvoller Rechte und Besitzungen namentlich an Preußen.

Das ernestinische Thüringen verzichtete mit der Teilung von 1572 endgültig auf jede politische Bedeutung. Seitdem standen zwei Hauptlinien nebeneinander, die ältere (das so-

genannte jüngere Weimarische Haus in Weimar, Jena und Eisenach) und die jüngere (der sogenannte nexus Gothanus) in den übrigen fortwährend wieder geteilten Gebieten. Daß dabei Herzog Ernst der Fromme von Gotha (1640—1675), ein Bruder des Herzogs Bernhard von Weimar, als landesväterlicher Regent Hervorragendes leistete, war sein ganz persönliches Verdienst. Auch die alte stolze Landgrafschaft Hessen war nach dem Tode Philipps des Großmütigen 1567 in vier Teile zerfallen. Von diesen erhob sich Hessen-Kassel seit Moritz zu immer größerer Bedeutung, indem es, im Gegensatz zu dem lutherischen Hessen-Darmstadt, im Westfälischen Frieden den größten Teil des Erbes der 1604 ausgestorbenen Marburger Linie, die Abtei Hersfeld und einen Teil des Erbes der Schaumburger Grafen (Rinteln) erwarb und sich außerdem den Anfall der Grafschaft Hanau sicherte. Im modernstaatlichen Sinne errichtete Landgraf Karl (1670—1730) ein stehendes Heer, das bald den alten Ruhm der „blinden" Hessen (Chatten, volksetymologisch = Katzen gesetzt) erneuerte, und pflegte planmäßig die Volkswirtschaft, siedelte deshalb auch Tausende flüchtiger Hugenotten an.

In dem einzigen größeren weltlichen Territorium des Rheinlandes, in der schwer heimgesuchten Kurpfalz, gab Karl Ludwig, Friedrichs des Fünften Sohn und Nachfolger (1648 bis 80), das großartige Beispiel eines fürsorglichen patriarchalischen und doch modernen Zielen nachstrebenden Regiments. Binnen kurzem erholte sich das Land von den Schlägen des Dreißigjährigen Krieges; friedlich lebten hier alle christlichen Konfessionen gleichberechtigt nebeneinander, und die Universität Heidelberg, 1651 wieder eröffnet, war die erste in Deutschland, die den Zwang der Glaubenseinheit brach. Aber nach dem Aussterben der Linie Pfalz-Simmern 1685 und der Thronbesteigung der katholischen Pfalz-Neuburger von Jülich-Berg kamen nicht nur die Verwüstungen des dritten Raubkrieges über das arme Land, sondern auch fortgesetzte kirchliche Reaktionsversuche und die Herrschaft der Jesuiten.

Anders geartet war das Verhängnis Württembergs. Denn der kurzsichtige Eigensinn seiner Stände verhinderte jeden Versuch, das Land wehrhaft zu machen, also daß diese tapfern Schwaben sich fortwährend widerstandslos den französischen

Brandschatzungen preisgegeben sahen, und doch hemmten sie keineswegs die despotische Willkür der Herzöge auf ihrem Domanium. Auch Kurbayern sank von der Höhe seiner Bedeutung im Dreißigjährigen Kriege unter dem schlaffen und bigotten Ferdinand Maria (1651—79) in ein selbstzufriedenes, träges Sonderdasein zurück. Doch wuchs die landesherrliche Gewalt, da die Stände der 1628 neuerworbnen Oberpfalz aufgehoben blieben, die altbayrischen seit 1669 nicht mehr berufen, sondern durch einen ständischen Ausschuß ersetzt wurden. Aber zu einer staatsrechtlichen Verschmelzung dieser Gebiete wurde auch unter dem glänzenden Türkensieger Max Emanuel (1679—1726) kein Versuch gemacht. Denn er ging fast ganz auf in der auswärtigen Politik und gab ihr schließlich durch seine Haltung im Spanischen Erbfolgekrieg eine Richtung auf die Anlehnung an Frankreich, die für Bayern ein Jahrhundert lang bestimmend geblieben ist und schweres Unheil über Land und Reich gebracht hat.

In dem großen, nur halbdeutschen Nachbarreiche Österreich, das auf bayrisch-fränkischem Kolonialboden erwachsen war, wie Brandenburg-Preußen auf niedersächsischem, hatte zuerst Ferdinand der Zweite damit begonnen, die Stände seiner Länder, in denen die Städte hinter dem Adel und dem Klerus völlig zurückstanden, die Bauern nur in Tirol vertreten waren, zugunsten der landesherrlichen Macht zurückzudrängen, indem er sie auf die alljährliche Bewilligung des landesherrlichen „Steuerpostulats" beschränkte. Jedoch die Landesverwaltung blieb fast völlig in den Händen ständischer Ausschüsse und Beamter, sogar die Aufbringung, Ausrüstung und Verpflegung des aus den Kontingenten der einzelnen Kronlande gebildeten Heeres; auch Gerichtsbarkeit und Polizei waren fast ausschließlich grundherrlich. Nur die obersten Landesämter besetzte der Landesherr, aber mit den Mitgliedern des Landadels. Vollends die einheitsstaatlichen Bestrebungen blieben ganz in den Anfängen stecken, noch abgesehen davon, daß Ungarn als ein selbständiger Staat regiert wurde. Ferdinand der Zweite hatte 1624 die böhmisch-schlesische Hofkanzlei mit der österreichischen nur örtlich in Wien vereinigt und diese Stadt erst dadurch zum politischen Haupt des Donaureiches gemacht; aber wirklich gemeinsame Behörden waren

nur die Hofkammer, der Hofkriegsrat, die Geheime Konferenz (für das Auswärtige) und der Reichshofrat, dessen gerichtliche Kompetenz sich aber auch auf das Reich erstreckte. Selbst das stehende Heer, das Leopold der Erste (1658—1705) errichtete, war eine halbständische Institution, bildete also keine strenge Einheit. Da es keinen österreichischen Staat gab, so gab es auch keine Staatswirtschaft. Die höchst ungleichmäßig verteilten, namentlich die Bauern schwer belastenden Steuern brachten wenig ein, und den Verkehr hemmten überall Landesgrenzzölle oder gar grundherrliche Mauten. Modern war nur die Sorge für den Straßenbau, die Übernahme der Post in die landesherrliche Verwaltung 1720, die Erhebung von Triest und Fiume zu Freihäfen 1723 und die Herstellung einer Kriegsflotte auf der Adria 1725 (unter Karl dem Sechsten).

Aber diese verschiedenartigen Stände und Nationen innerhalb und außerhalb der deutschen Grenze und diese mannigfaltigen Kulturen, die sich von der Industrie Böhmens bis zu der halbnomadischen Viehwirtschaft der ungarischen Pußten, von dem Weinbau Niederösterreichs und der Hegyalja bis zu den Almen des Hochgebirges abstuften, wurden trotzalledem zu einer natürlichen Einheit durch die geographischen Bedingungen. Das Donautal, das fast alle Flüsse des Reichs sammelt, bildete seine größte Verkehrsader von Passau bis zum Eisernen Tore; bequeme Verbindungen führten von dort nach den Gebieten der Elbe und der Oder und damit nach Norddeutschland hinüber, niedrige Gebirgspässe nach Triest und Fiume an der Adria, und die kürzesten Linien zwischen allen Kronländern gingen über Wien. So wurde die alte Grenzfestung gegen die Türken allmählich der wirkliche Mittelpunkt dieses ganzen weiten Völkerkreises, eine natürliche Hauptstadt, wie es wenige gibt, die glänzende, viel gepriesene Kaiserstadt und die größte Gemeinde des ganzen deutschen Reichs.

Über dem allen sollte die römische Kirche das werdende habsburgische Großreich zusammenhalten. Herrschte sie doch außer in Schlesien und in Ungarn mit herber Ausschließlichkeit; sie machte die Protestanten in bürgerlicher wie in kirchlicher Beziehung rechtlos und ergänzte durch die straffe Einheit ihrer Organisation die schwachen politischen Klammern, die

diese Gruppe ständisch regierter Länder zusammenhielten. Freilich indem sie die deutschen Stämme Österreichs von der geistigen Verbindung mit dem Mutterlande möglichst absperrte, schwächte sie unhaltbar gerade das Volkselement, das Österreich gegründet hatte und allein zusammenhalten konnte. Eine wirklich alle befriedigende gemeinsame Staatsordnung haben deshalb die Habsburger bis zu den Tagen ihres ruhmlosen Endes niemals zustande gebracht, ja sie haben bis auf Maria Theresia nicht einmal eine wirkliche Staatsgesinnung erzielt. Als ihre Hauptaufgabe erschien ihnen immer die ganz dynastisch gefaßte auswärtige Politik: erst die Eroberung Ungarns, nachher die Sicherung der spanischen Erbschaft.

Trotzdem war der Einfluß, den Österreich im Reiche durch seine südwestdeutschen Besitzungen und durch die Kaiserkrone übte, immer noch sehr groß, und das Zuströmen reichsdeutscher Kräfte nach Österreich sehr lebhaft. Freilich beruhte diese Macht im Reiche gerade auf den Territorien, die jeder Verjüngung unfähig waren, deshalb auch keine eigene Lebenskraft mehr hatten und sich eben nur unter dem Schutze des Kaisertums halten konnten, auf den geistlichen Ländern, dem Reichsadel und den Reichsstädten. Die geistlichen Wahlfürstentümer waren der Idee nach im Interesse der Kirche da, tatsächlich aber Versorgungsanstalten für die jüngeren Söhne der fürstlichen Geschlechter oder des Reichsadels, von denen manche mehrere Bistümer oder Domherrenstellen in verschiednen Stiftern besaßen; sie standen also im grundsätzlichen Widerspruch zu dem mehr und mehr sich durchringenden Gedanken, daß die Regierung für das Wohl des Volkes geführt werden müsse, und konnten doch ihre Verfassung schlechterdings nicht ändern, weil sie auf ihrer Bestimmung beruhte, sondern höchstens auf einigen Verwaltungsgebieten reformieren. Das geschah auch vielfach, denn das geistliche Regiment war im ganzen lässig und wohlwollend. Von den Gebieten des Reichsadels waren nur wenige so umfänglich, daß sie modernstaatliche Aufgaben einigermaßen erfüllen konnten, die meisten viel zu klein dafür; um so schwerer empfanden die Untertanen und Nachbarn den oft geradezu despotischen Mißbrauch einer fast souveränen Gewalt. In den Reichsstädten lag die Regierung in den Händen eines eng in sich geschlossenen und

versippten Patriziats, das sie im eigenen Interesse gewöhnlich ohne jede Überwachung durch die Bürgerschaft führte.

Gewiß lebte auch in diesen kleinsten Territorien viel persönliche Tüchtigkeit, aber nichts half doch darüber hinweg, daß ein Viertel der deutschen Nation, und zwar die Bevölkerung der Kernlande des mittelalterlichen Reichs, in einem tatsächlich staatlosen Zustande verharrte, darum auch, zumal das Reich nur noch ein Schattenbild war, keine Spur einer Staatsgesinnung hatte, und daß die fremden Angriffen am meisten ausgesetzten westlichen Landschaften zugleich die wehrlosesten waren. Andrerseits trat, je mehr sich die größeren weltlichen Einzelstaaten entwickelten, um so schärfer der Widerspruch der tatsächlichen Zustände mit der Reichsverfassung hervor. Denn die Stimme der ansehnlichsten und leistungsfähigsten Territorien wie Brandenburg oder Kursachsen wog im Reichstage nicht schwerer als die eines machtlosen, aber dem Range nach hochstehenden geistlichen Kurfürstentums wie Mainz, und nirgends kam dabei die ganze Macht eines größeren Staates gesammelt zur Geltung, weil jedes seiner ehemals selbständigen Gebiete seine besondre Stimme abgab. Ein solcher innerer Widerspruch mußte notwendig zu dem Streben führen, den Sonderinteressen auf anderem Wege Geltung zu verschaffen.

Diese traten deshalb, während die Reichsstände gegen Frankreich und die Türken im ganzen doch zusammengehalten hatten, in den darauffolgenden großen Entscheidungskämpfen, im Spanischen Erbfolgekriege und im Nordischen Kriege, besonders scharf hervor. In dem Streite um die spanische Erbschaft handelte es sich nicht nur um die dynastische Frage, wie sich die Vertreter der weiblichen Linie, Ludwig der Vierzehnte (Gemahl der Maria Theresia), Leopold der Erste (als Gemahl ihrer Schwester Magareta Theresia) und der Kurprinz Joseph Ferdinand von Bayern (der Enkel Leopolds von dessen Tochter Maria Antonia), über das ungeheure Erbe verständigen würden, sondern auch darum, ob Ludwig durch die Erwerbung der spanischen Gesamtmonarchie für das Haus Bourbon das so lange schon erstrebte Übergewicht Frankreichs in Europa und Amerika dauernd begründen könnte. Deshalb zog der Streit auch England und Holland herein, die beide

ebensowohl das schwer errungene europäische Gleichgewicht erhalten als ihren einträglichen Schmuggelhandel mit dem gesetzlich allen fremden Flaggen verschlossenen spanischen Amerika nicht verlieren wollten. Während sie nun auf eine Teilung der Erbschaft hinwirkten, bestimmte der hinsiechende Karl der Zweite erst den jungen Kurprinzen von Bayern, dann nach dessen jähem Tode (6. Februar 1699) Ludwigs Enkel Philipp von Anjou zum Erben der Gesamtmonarchie. Ludwig nahm, als Karls schwache Lebensflamme am 1. November 1700 erlosch, dieses Testament an, sandte Philipp (den Fünften) im Januar 1701 nach Spanien, ließ alle spanischen Nebenlande in Europa, Belgien, Mailand und Neapel, mit französischen Truppen besetzen und zog auch den in seinen ehrgeizigen Hoffnungen schmerzlich enttäuschten Kurfürsten Max Emanuel von Bayern durch die Aussicht auf die Erwerbung Belgiens zu sich herüber. Ihm gegenüber schlossen England, Holland und Österreich am 7. September 1701 die „große Allianz“, das Werk Wilhelms des Dritten, um das spanische Erbe in Europa für den Erzherzog Karl, den jüngern Sohn Leopolds des Ersten, die amerikanisch-spanischen Gebiete für sich selbst zu behaupten. Da Brandenburg schon im Krontraktat dem Kaiser seine Hilfe zugesichert hatte und allmählich auch die meisten übrigen Reichsstände beitraten, endlich auch das Reich 1702 den Krieg erklärte, so wurde fast ganz Deutschland in den großen Kampf hineingerissen, obwohl nähere Interessen es auf den gleichzeitig tobenden Nordischen Krieg hingewiesen hätten.

Denn hier handelte es sich um den Fortbestand der schwedischen Großmacht, die sich an allen deutschen Küsten festgesaugt hatte. Karl der Elfte hatte 1680 die unumschränkte Monarchie begründet und sie durch die Einziehung der seit 1604 abhanden gekommnen Krongüter zu befestigen gedacht, aber mit der ungesetzlichen Ausdehnung dieser Maßregel auf die baltisch-deutschen Provinzen die Erbitterung des dortigen Adels derart erregt, daß die Entschlossensten wie der Livländer Reinhold Patkull an Abfall, an Übertritt zu Polen oder Rußland dachten. Als nun 1697 in Schweden der jugendlich unerfahrene Karl der Zwölfte (geb. 1682) den Thron bestieg, schlossen Dänemark, Rußland und Polen 1700 den großen Angriffsbund. Dänemark vornehmlich aus alter Eifersucht, Zar Peter, um

die schwedische Küste des Finnischen Meerbusens und damit den 1617 verlornen Zugang zur Ostsee für Rußland zu gewinnen, der Kurfürst-König Friedrich August, um nach seinem Versprechen Livland für Polen zurückzuerobern.

Doch Karl der Zwölfte zeigte eine ungeahnte Genialität. Er zwang durch eine überraschende Landung auf Seeland Dänemark zum Frieden von Travendahl bei Kiel (18. August 1700), befreite die belagerte estländische Grenzfestung Narwa durch einen glänzenden Sieg über das vielfach stärkere russische Heer (30. November), verjagte 1701 die Sachsen aus Livland, eroberte 1702—3 einen großen Teil des zerrütteten Polens, entsetzte mit Hilfe einer polnischen Magnatenpartei, die sich ihm anschloß, am 2. Mai 1704 den König August seines polnischen Thrones und ließ am 12. Juli den Wojewoden (Statthalter) von Posen, Stanislaus Leszczynski, zum König wählen.

Da August in einem vornehmlich von seinen sächsischen Truppen tapfer und nachhaltig geführten Bürgerkriege die polnische Krone zu behaupten suchte, so richtete Karl der Zwölfte schließlich den Stoß gegen Sachsen, drang nach dem Siege seines Generals Renskjöld bei Fraustadt am 12. Februar 1706 quer durch Niederschlesien dorthin vor und diktierte in seinem Hauptquartier Altranstädt bei Leipzig, zwischen den alten Siegesfeldern Gustav Adolfs, dem machtlosen Gegner am 24. April 1706 den Frieden, in dem August auf die polnische Krone verzichtete und Patkull auslieferte. Außerdem mußte der Kaiser dem drohend im Herzen Deutschlands stehenden Schwedenkönig in dem demütigenden Vertrage vom 31. August 1707 die Einstellung der kirchlichen Reaktionsmaßregeln in den 1675 eingezogenen schlesischen (piastischen) Herzogtümern und die Herstellung des dortigen kirchlichen Besitzstandes von 1648, allen schlesischen Protestanten aber Gewissensfreiheit und bürgerliche Gleichberechtigung zugestehen. Dann erst zog Karl 1708 aus Sachsen ab, um Rußland durch den Vormarsch auf Moskau ins Herz zu treffen.

Wäre er von Sachsen aus gegen Wien marschiert, so hätte er den Spanischen Erbfolgekrieg zugunsten Frankreichs, des alten Bundesgenossen, entscheiden können. In den ersten Jahren hatten die Franzosen auf allen Kriegsschauplätzen, in Belgien, in Süddeutschland, in Oberitalien, im ganzen das Übergewicht behauptet. Ja, sie hatten mit den Bayern zusammen 1703 den kühnen Versuch gemacht, durch die Eroberung Tirols die Verbindung zwischen dem norditalienischen und dem bayrischen Kriegsschauplatze herzustellen, was nur die Tapferkeit des tirolischen Aufgebots vereitelte. Nach der Einnahme von Passau bedrohte Kurfürst Max Emanuel sogar Wien, während in Ungarn ein neuer Aufstand unter Franz Rakoczy dem Ersten emporflammte. Erst als im Sommer 1704 der englische Oberbefehlshaber in den Niederlanden, der Herzog von Marlborough, den Kern seiner Truppen mit den Kaiserlichen Prinz Eugens zum Angriff auf Bayern vereinigte, erfochten beide Feldherren am 13. August 1704 in der gewaltigen Schlacht bei Höchstädt und Blindheim in der Nähe von Donauwörth den ersten entscheidenden Sieg der „großen Allianz", der die bayrisch-französische Armee hinter den Oberrhein zurückwarf und Bayern in die Hände der Kaiserlichen lieferte. Eine Erhebung des treuen, tapfern Landvolks von Oberbayern für das angestammte Haus Wittelsbach seit dem Oktober 1705 wurde blutig niedergeworfen, im April 1706 sprach der junge Kaiser Joseph der Erste (1705—11) mit Zustimmung des Reichstags die Acht über die Kurfürsten von Bayern und Köln aus und faßte die Vereinigung des bayrischen Mutterlandes mit dem Koloniallande Österreich ins Auge, was in Verbindung mit den immerhin ansehnlichen vorderösterreichischen Besitzungen in Schwaben den Habsburgern die Vorherrschaft über ganz Süddeutschland verschafft hätte. In demselben Jahre 1706 verdrängte der Sieg Marlboroughs bei Ramillies nördlich von Gemblours am 23. Mai die Franzosen aus Belgien, der Sieg Prinz Eugens vor Turin am 7. September aus Italien, und Erzherzog Karl empfing die Huldigung in Brüssel, Mailand und Neapel. Nur Spanien behaupteten die Bourbonen, weil sie sich hier auf die feste Treue der Kastilianer stützten. An dem Ergebnis beider Sieger änderten auch neue Anstrengungen der Verbündeten in Spanien, der Franzosen in Süddeutschland und Belgien nichts. Der Einbruch des Marschalls Villars in Schwaben vermochte das Land nur zu verheeren und auszuplündern, aber nicht festzuhalten, und die Schlachten bei Oudenarde am 11. Juli 1708 und bei Malplaquet am 11. September 1709 waren nur neue Niederlagen

der Franzosen; im Oktober 1708 hatten sie auch Lille an Prinz Eugen verloren.

Schon war die Widerstandskraft Frankreichs gebrochen und Ludwig der Vierzehnte zu erheblichen Opfern, sogar zur Abtretung Straßburgs, bereit, da brachte der unerwartete Tod Kaiser Josephs des Ersten am 17. April 1711, der den Erzherzog Karl auch zum Herrn Österreichs und zum Kaiser machte, eine völlige Wendung. Denn wenn Karl auch Spanien erhielt, so wäre die Monarchie Karls des Fünften und damit ein unerträgliches Übergewicht der Habsburger wiederhergestellt worden. Das verhalf in England den kriegsfeindlichen Tories zur Herrschaft und entschied nach dem Sturze Marlboroughs im Januar 1712 den Abfall Englands und Hollands von der „großen Allianz". So überließ der Friede von Utrecht am 11. April 1713 Spanien mit den Kolonien den Bourbonen, Belgien, Mailand, Neapel und Sardinien den Habsburgern (Karl dem Sechsten), das französische Neufundland und Akadien, Gibraltar (1702 erobert) und Menorca den Engländern; er erweiterte also deren amerikanischen Besitz und begründete ihre Herrschaft im Mittelmeere, wo keine ebenbürtige Seemacht mehr bestand. Piemont, seit 1703 mit der großen Allianz verbündet, erhielt das westliche Stück des Herzogtums Mailand und die Insel Sizilien mit dem Königstitel, Preußen das Oberquartier Geldern. Umsonst bestand Karl der Sechste auf der Herausgabe des Elsasses; am Oberrhein jetzt überall im Nachteil, mußte er in Rastatt den Frieden am 6. März 1713 in der vereinbarten Form annehmen; die Reichsstände folgten am 7. September 1714 in Baden (im Aargau).

Auf diesen Ausgang des Spanischen Erbfolgekrieges hatte der Nordische Krieg keinen unbedeutenden Einfluß. Mit der unglücklichen Schlacht bei Poltawa in der Ukrajne am 8. Juli 1709 war Karls des Zwölften Unternehmung gegen Rußland völlig gescheitert; sein Heer kam in russische Gefangenschaft, er selbst lebte als Flüchtling auf türkischem Boden. Sofort schlossen sich König August und Dänemark wieder an Rußland an; der Sachse kehrte nach Polen zurück, der Zar vollendete bis 1712 die Eroberung der deutsch-baltischen Provinzen Schwedens, wo er schon im Mai 1703 seine neue Hauptstadt St. Petersburg an der Newa, am alten Hansawege, gegründet hatte, die stolzere Erbin des stolzen Groß-Nowgorod; doch gewährleistete er den Ländern ihre alte ständische Verfassung und ihre lutherische Landeskirche. Durch Polen schob er seine Truppen bis nach Schwedisch-Pommern vor und ließ mit den Sachsen Stettin einschließen; die Dänen besetzten Bremen und Verden und zwangen den schwedischen General Stenbock trotz seines Sieges bei Gadebusch (20. Dezember 1712) in Tönning zur Ergebung (Mai 1713).

Umsonst hatten die Seemächte, solange es noch in ihrem Interesse lag, sich die Hilfe der deutschen Truppen zu erhalten, sich im Haager Konzert mit dem Kaiser über die Neutralität des Reichs im Nordischen Kriege verständigt; jetzt nahm der junge König von Preußen Friedrich Wilhelm der Erste (seit Februar 1713) den Frieden von Utrecht an und warf die Kraft seines erprobten Heeres, statt sie wie bisher auf allen möglichen Schauplätzen zu zersplittern, mit voller Wucht in den Nordischen Krieg, um die Mündungen der deutschen Ströme, vor allem der Oder, vor abermaliger fremder Besitzergreifung zu retten. Zunächst erwarb er von Rußland und Sachsen das Recht, Stettin und das ganze Gebiet bis zur Peene mit Usedom und Wollin zu besetzen (Oktober 1713); dann begann er die Belagerung von Stralsund und zwang es, obwohl Karl der Zwölfte, auf abenteuerlichem Ritt unerwartet aus der Türkei zurückgekehrt, die Stadt selbst verteidigte, nach seiner Abreise am 22. Dezember 1715 zur Ergebung, nachdem er schon am 12. November in einem glänzenden Angriff Rügen erobert hatte. Der letzte verzweifelte Versuch des Schwedenkönigs, als Entschädigung für seine Verluste Norwegen zu erobern, endete mit seinem Tode durch eine feindliche Kugel vor Friedrichshall am 11. Dezember 1718. Darauf verwandelte der längst tief erbitterte schwedische Adel das Reich in eine aristokratische Wahlmonarchie und übertrug die verstümmelte Krone Karls jüngerer Schwester Ulrike Elenore und ihrem Gemahl, dem Erbprinzen Friedrich von Hessen-Kassel (1720 bis 1751). Diese neue Regierung trat 1719 Bremen und Verden an Hannover, 1720 Vorpommern bis zur Peene an Preußen ab und verzichtete im Frieden von Nystadt zugunsten Rußlands 1721 auf die baltischen Provinzen.

So zerstörte der gewaltige Doppelkrieg einerseits die alte

spanische Monarchie und das Übergewicht Frankreichs, andrerseits die künstliche Großmachtstellung Schwedens; er brachte den Deutschen zwar nicht das Elsaß zurück, aber die Mündungsländer der Oder, Elbe und Weser, freilich ein ungenügender Ersatz für die beginnende Übermacht Englands zur See und für das Eindringen Rußlands in den Kreis der europäischen Staaten, dessen Zar sich durch Annahme der Kaiserwürde 1721 dem deutsch-römischen Kaiser gleichstellte. Dazu gingen die Interessen der deutschen Einzelstaaten immer weiter auseinander, seitdem deutsche Fürstenhäuser nicht nur in Dänemark und Ungarn, sondern auch in Polen, Schweden und England regierten; denn nicht im Interesse ihrer Nation taten sie das, sondern umgekehrt wirkten jene fremden Mächte fortwährend zersetzend auf die deutsche Politik und also auf die Geschicke Deutschlands ein.

Um so bedeutsamer war es, daß sich die Hohenzollern, nunmehr nächst den Habsburgern die mächtigsten deutschen Herrscher, von diesen Beziehungen frei erhielten und ihren rein deutschen Staat zu einer waffenstarken schlagfertigen Macht umgestalteten. Dieses Werk weitergeführt zu haben ist das größte Verdienst Friedrich Wilhelms des Ersten (1713 bis 1740). Seinem schwachen, prachtliebenden Vater und seiner geistvollen, ganz französisch erzogenen Mutter völlig unähnlich, wie sein Großvater eine Zeitlang in Holland gebildet, schlicht, sparsam, alle Gelehrsamkeit als Zeitverderb und Pedanterie verachtend, willenskräftig und herrisch, aber in Pflichttreue und Arbeitsamkeit ein Vorbild für alle, nervös aufgeregt zugleich und robust, eine tief empfindende und doch eiserne Natur, so drückte er dem Staate das Gepräge seines eigenen Wesens auf. Er gab der Verwaltung eine streng monarchische, einheitliche Gestalt, indem er 1723 das General-Ober-Kriegs-, Finanz- und Domänendirektorium als Zentralbehörde unter seinem Vorsitz schuf: die Verbindung von vier Provinzialministerien mit einem Fachministerium (für Justiz), derart, daß jedes in seinem Bezirke alle Verwaltungszweige und daneben einige Geschäfte für den ganzen Staat besorgte; er verwandelte die bisherigen Oberkriegskommissariate in (neun) Kriegs- und Domänenkammern und ordnete diesen die Landräte für die Kreise, die Steuerräte für die Beaufsichtigung der

städtischen Verwaltung, die Departementsräte für die Domänen unter. Durch die Aufstellung eines genauen Haushaltsplanes für jede Behörde und die Errichtung einer großen Kontrollbehörde, der Oberrechnungskammer, stellte er eine anderwärts ganz unbekannte straffe Ordnung in den Finanzen her. So schuf er nach seinem Vorbilde ein durch und durch monarchisches, nur dem Gesamtstaate dienendes Beamtentum, das an Pflichttreue und Fleiß damals nirgends sonst seinesgleichen fand.

Mit ihm ordnete er jetzt das Steuerwesen einheitlich für den ganzen Staat, die Accise für die Städte, die Kontribution für das Bauernland. Die Rittergüter blieben steuerfrei, weil sie durch ihre grundherrliche Gerichts- und Polizeiverwaltung dem Staate große Ausgaben ersparten; aber sie verloren 1717 ihre veraltete Eigenschaft als Lehnsgüter des Landesherrn und hatten statt der ihm längst nicht mehr gestellten schweren Reiter eine jährliche Abfindungssumme in Geld zu zahlen. Die wichtigste und sicherste Einnahmequelle bildeten die sehr ausgedehnten und planmäßig vergrößerten Domänen (in Ostpreußen drei Viertel des gesamten Grundbesitzes, im ganzen 373 große Grundherrschaften oder „Ämter"), die um 1740 fast die Hälfte aller Staatseinnahmen (sieben Millionen Reichstaler) lieferten; aber die Verpachtung wurde auch bei ihnen jetzt vollständig durchgeführt. Die ganze Staatswirtschaft war also durchaus zur Geldwirtschaft übergegangen, die allein einen streng geregelten Haushalt ermöglicht.

Neben diesem Beamtenstaat stand nun ganz abgeschlossen der Militärstaat, streng monarchisch geordnet mit eigener Gerichtsbarkeit und eigener Kirchenverfassung für alle seine Mitglieder und ihre Angehörigen. Alle Offiziere ernannte jetzt der König, zumeist aus dem einheimischen Adel, und indem er sich selbst als ihren Kameraden gab, deshalb auch fast immer in Uniform erschien, begründete er zuerst das persönliche Treuverhältnis der Armee zum Kriegsherrn, das bis in die neueste Zeit der deutschen Geschichte ihr eigentümliches Gepräge gegeben hat. Nur so ließ sich eine solche Truppe leiten. Denn die Mannschaften wurden draußen im Reiche geworben und bis zur Dienstunfähigkeit unter Waffen gehalten; erst 1733 stellte der König den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht

auf, den er praktisch allerdings auf die bäuerliche Bevölkerung beschränkte, und wies jedem Regiment seinen Ergänzungsbezirk (Kanton) zu, dessen wehrfähige Leute auf zwanzig Jahre dienstpflichtig blieben, aber im ganzen nur etwa anderthalb Jahre dienten. Aber auch jetzt bildeten die „Einländer" nur etwa die kleine Hälfte der Gesamtzahl, da eine Heeresstärke von 83 000 Mann die Kräfte der Staatsbevölkerung allein weit überstieg. Nur eine eiserne, ja barbarische Kriegszucht konnte diese so höchst verschiedenartigen, teilweise widerwilligen Elemente zusammenhalten, und auch die Taktik wurde dadurch mitbestimmt: die Infanteriebataillone, jetzt durchweg mit dem Bajonettgewehr bewaffnet, rückten in langen, eng geschlossenen Linien zu drei Gliedern, gewöhnlich zwei Treffen hintereinander, die leichten Geschütze zwischen sich, unter dem Rasseln ihrer mächtigen Trommeln in dröhnendem Gleichtritt, Gewehr im Arm, bis auf etwa dreihundert Schritt an den Feind heran und überschütteten ihn dann mit ihrem rollenden Salvenfeuer, dessen Genauigkeit und Schnelligkeit unerhört war; erst wenn die feindliche Linie erschüttert schien, gingen sie zum Angriff mit dem Bajonett über, und die Reiterei warf sich, nachdem auch sie zuerst gefeuert hatte, mit gezogenem Pallasch auf den Feind. Eine andre als diese geschlossene Fechtweise der „Lineartaktik" hätte eine so zusammengesetzte Armee aufgelöst, aber auch nur eine unermüdliche, peinliche Dressur, wie sie vor allem des Königs Jugendfreund, Fürst Leopold von Anhalt-Dessau, übte, erzielte solche Ergebnisse.

Eine geschlossene wirtschaftliche Einheit konnte der Gesamtstaat schon wegen der zerrissenen Gestalt seines Gebiets nicht bilden. Aber kraft einer Art von monarchischem Sozialismus suchte Friedrich Wilhelm auch die gesamte wirtschaftliche Arbeit nach einheitlichen Grundsätzen zu leiten. Er wies jedem Landesteile bestimmte Erwerbszweige zu und wahrte diese durch Schutzzölle und Einfuhrverbote vor erdrückender Konkurrenz, befreite zugleich den inneren Verkehr seiner mittleren Provinzen, eines zusammenhängenden Gebiets von 1300 Quadratmeilen, von den alten Schranken, verwandelte also wenigstens dieses in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Da es noch immer leere Bodenflächen zu besetzen galt, so dauerte eine großartige innere Kolonisation, jetzt vorwiegend bäuer-

licher Elemente fort, namentlich in der Neumark, in Pommern und in Ostpreußen, das durch Krieg und Pest fast entvölkert war. Den größten Zuzug dorthin stellten die evangelischen Salzburger, etwa 20 000 Köpfe, als sie, von der Unduldsamkeit ihres Landesherrn, des Erzbischofs Leopold Anton von Firmian, gezwungen, 1731 ihre schöne Alpenheimat verließen. Nüchtern und sparsam, wie der König war, verkaufte er dagegen die schon von seinem Vorgänger vernachlässigten westafrikanischen Kolonien, weil sie nur Kosten verursachten, 1717 an die holländisch-ostindische Kompagnie. Er gab also den ersten Versuch eines deutschen Staates, nach dem Untergang der Hansa in der Welt Seegeltung zu gewinnen, wieder auf, um seine finanziellen Kräfte ganz dem reinen Militärstaate zuzuwenden. Hier stand für ihn die Wiege zukünftiger Größe.

Dagegen verzichtete er vollständig und grundsätzlich auf jede Art kirchlicher Einheit. Gegen das alte Vertragskirchenrecht erlaubte er vielfach den Minderheiten den Gottesdienst ihrer Kirche und bildete vor allem katholische Garnisongemeinden in sonst evangelischen Provinzen. Gerade dadurch aber bahnte er die moderne grundsätzliche Glaubensfreiheit an.

In merkwürdigem Gegensatz zu dieser lebendigen, alle Kräfte des Volkslebens entwickelnden und beherrschenden Staatseinheit wurde Österreich durch die Erwerbung der früher spanischen Gebiete von seinen nächstliegenden Aufgaben, wie sie Prinz Eugen gefaßt hatte, weit abgelenkt. Karl der Sechste (1711—1740) machte nicht einmal den Versuch, die neuerworbenen Länder im Interesse Österreichs zu regieren; er ließ vielmehr die verhaßte und verrottete spanische Verwaltung dort bestehen und begnügte sich damit, mit der Pragmatischen Sanktion vom 19. April 1713 die äußerliche Zusammengehörigkeit der ganzen habsburgischen Ländermasse auch für den Fall, daß er, der letzte Habsburger, ohne männliche Nachkommen sterbe, durch die Übertragung des Gesamterbes auf seine älteste Tochter zu sichern. Im Vordergrund seiner Politik stand seitdem der Gedanke, die Pragmatische Sanktion bei allen Mächten zur Anerkennung zu bringen, Österreich zur herrschenden Macht Mittel- und Südeuropas zu erheben und deshalb auch im Reiche die alten Rechte des Kaisertums wieder

mehr zu betonen. Dahinter trat die wichtigste Aufgabe, die Eroberung der Donauländer bis zum Schwarzen Meere, ganz zurück. Als sich die Türkei 1715 auf das venezianische Morea warf, eröffnete auch Österreich als Bürge des Friedens von Karlowitz den Krieg; Prinz Eugen schlug die Türken am 15. August 1716 bei Peterwardein, eroberte am 12. Oktober Temesvar und zwang nach dem glänzenden Siege vom 16. August 1717 auch Belgrad zur Übergabe. Aber als Spanien, vom Kardinal Giulio Alberoni reorganisiert, 1717 Sardinien, 1718 Sizilien angriff, brach der Kaiser den aussichtsreichen Türkenkrieg ab und begnügte sich im Frieden von Passarowitz (Poscharewaz bei Belgrad) am 21. Juli 1718 mit der Abtretung des Banats, der Kleinen Walachei und des größten Teils von Serbien. So konnte er im Westen, vereint mit Frankreich und den Seemächten, Spanien zum Verzicht auf seine Eroberungen zwingen und Sizilien gegen Sardinien eintauschen (1720). Seitdem aber ging er auf engere Beziehungen zu Spanien aus, die in dem Bündnis von 1725 sogar ihre Spitze gegen die protestantischen Mächte kehrten. Deshalb vereinigten sich die beiden Seemächte in Herrenhausen (bei Hannover) mit Preußen zu gemeinsamer Abwehr (3. September 1725). Die wichtigste Angelegenheit war dabei für Preußen die Sicherung seines Erbrechts auf Jülich-Berg nach dem bevorstehenden Aussterben des Hauses Pfalz-Neuburg. Da aber gerade dafür auch die Seemächte nichts taten, so näherte sich der König in den Verhandlungen von Königswusterhausen und Berlin 1726—1728 wieder Österreich und unterstützte es gegen Anerkennung seines Erbrechts in Sachen der Pragmatischen Sanktion so nachdrücklich, daß diese von den Seemächten und von allen Reichsständen, abgesehen von Bayern, Kurpfalz und Kursachsen, anerkannt wurde. Als er sich schließlich doch bei einer Zusammenkunft mit dem Kaiser in Prag 1732 in seinen Hoffnungen auf das ganze Erbe enttäuscht sah, zog er sich verstimmt zurück.

So standen beide Mächte nicht zusammen, als der polnische Thronkrieg 1733—1735 nach dem Tode Friedrich Augusts des Ersten von Sachsen neue Gefahren über Deutschland und Österreich heraufbeschwor. Den von Österreich bevorzugten Bewerber Friedrich August den Zweiten setzte Rußland mit

Waffengewalt auf den polnischen Thron; aber für den fast einstimmig gewählten Stanislaus Leszczynski, den Schwiegervater Ludwigs des Fünfzehnten, traten Frankreich, Spanien und Piemont ein. Ihre Heere entrissen dem Kaiser alle seine italienischen Lande und bedrohten auch den deutschen Oberrhein, da Karl der Sechste es verschmähte, die volle Waffenhilfe Preußens über das pflichtige Reichskontingent hinaus durch Zugeständnisse in der jülich-bergischen Frage zu erkaufen. So ließ der Friede von Wien (3. Oktober 1735) zwar die polnische Krone dem Kurfürsten von Sachsen und entschädigte Stanislaus mit dem deutschen Herzogtum Lothringen, aber es bestimmte, daß dieses nach seinem Tode an Frankreich fallen sollte, was 1766 wirklich geschah, und verwandelte Neapel und Sizilien in eine Sekundogenitur der spanischen Bourbonen. Dafür sollte nur Toskana nach dem Aussterben des Hauses Medici (1737) an den Herzog Franz Stephan von Lothringen, den Schwiegersohn Karls des Sechsten, fallen, und Frankreich wie Rußland erkannte die Pragmatische Sanktion an. Um dazu auch die Wittelsbacher zu bewegen, war Österreich bereit, Jülich-Berg an das Haus Pfalz-Sulzbach übergehen zu lassen, eine Absicht, der schließlich auch Frankreich im Januar 1739 zustimmte.

Und während sich der Kaiser so unheilbar mit dem waffenstarken Preußen verfeindete, verlor er nach Prinz Eugens Tode (21. April 1736) durch einen ungeschickt und unglücklich geführten Türkenkrieg (1737—1739) in dem Frieden von Belgrad (18. September 1739) alle die letzten ruhmvollen Eroberungen des genialen Prinzen bis auf den Banat und damit die herrschende Stellung im Norden der Balkanhalbinsel. Also fast aller nach 1700 gemachten Erwerbungen im Osten und Westen beraubt, mit der Schuld an dem Verluste Lothringens belastet, im Innern immer noch lose gefügt, trotz aller Verträge ohne jeden sicheren Bundesgenossen und mit Preußen verfeindet, ging Österreich dem nahen Aussterben des Mannesstammes der Habsburger entgegen.

* * *

Während auf politischem Gebiet sich der fürstlich-absolute Staat langsam durchsetzte, stand auf wirtschaftlich-sozialem Boden die ständisch-konfessionelle Ordnung noch unerschüttert

aufrecht. Schroff schieden sich überall die Stände. Der Adel, in den katholischen Ländern auch die Kirche, behauptete überall den Großgrundbesitz und damit im Osten die damit verbundenen staatlichen Hoheitsrechte über seine Untertanen; er besetzte die leitenden Stellen am Hofe, im Beamtentum und im Heere und gewann damit an Macht mehr zurück, als er durch den Verlust seiner politischen Selbständigkeit eingebüßt hatte. So begehrenswert erschien dieser Vorrang, daß begüterte Leute bürgerlichen Standes durch einen kaiserlichen Adelsbrief (seit Ferdinand dem Zweiten) in den herrschenden Stand einzutreten strebten („Briefadel"), und der höhere Bürgerstand in Bildung und Sitte ihm nachzueifern begann. Das Bürgertum, überall in eine ziemlich abgeschlossene herrschende Klasse und in eine beherrschte Masse geteilt, behauptete neben einigem auch außerstädtischem Grundbesitz Gewerbe und Handel so ausschließlich, daß das platte Land daran nur hier und da, wie im Schwarzwald, in der altindustriellen Grafschaft Mark, in der Oberlausitz, im niederschlesischen Gebirgslande, einen bescheidenen Anteil hatte. Die Bauern, weitaus die Hauptmasse der Nation, waren nur im Westen zum Teil frei, sonst überall gutsuntertänig oder geradezu leibeigen (in Mecklenburg, Böhmen, Mähren), an die Scholle gefesselt, zu Zinsen, Fronden und Gesindediensten verpflichtet; ja sie verloren im Nordosten, namentlich in den Küstenländern, immer mehr von ihrem Lande durch die Einziehung der Bauernstellen zugunsten des Rittergutslandes (Bauernlegen, Abmeierung), so daß sie hier zum großen Teil in landlose Tagelöhner verwandelt wurden. Nur selten griff schon die landesherrliche Gewalt zu ihren Gunsten ein, wie Friedrich Wilhelm der Erste die Leibeigenschaft auf den Domänen aufhob und den Gutsherren das barbarische Prügeln verbot. Nur in Preußen wurden die Bauern auch durch die prinzipiell anerkannte, wenn auch praktisch nicht durchgeführte allgemeine Wehrpflicht, die zunächst geradezu als ein Eingriff in die gutsherrlichen Rechte erschien, in eine gewisse unmittelbare Beziehung zum Staate gebracht; mit der Welt der geistigen Kultur hingen sie fast nur durch die Kirche zusammen.

Ein so zerspaltenes Volk stand wie politisch so auch wirtschaftlich tatsächlich unter einer Fremdherrschaft. Die Holländer, einige Jahrzehnte lang das reichste Volk Europas und weithin tonangebend, beherrschten den gesamten Geldverkehr in Deutschland, das keine großen Bankplätze mehr hatte, und waren die Herren der ganzen westdeutschen, namentlich der rheinländischen Wirtschaft; die Franzosen überfluteten mit den Produkten ihrer überlegenen Luxusindustrie alle höfischen, adligen und patrizischen Kreise, und italienische Hausierer drangen bis in jedes Dorf. Die deutsche Landwirtschaft hatte unter dem Dreißigjährigen Kriege so furchtbar gelitten, daß ihre Hauptaufgabe noch auf lange hinaus sein mußte, die leeren, verödeten Flächen wieder zu besetzen und große Urbarmachungen durchzuführen, was besonders in Preußen planmäßig geschah, z. B. durch die Entwässerung des havelländischen Luchs unter Friedrich Wilhelm dem Ersten. Technische Verbesserungen waren nur die Einführung der Koppelwirtschaft in den Küstenländern der Ostsee zur Förderung der Viehzucht und die Pflege des Tabakbaus namentlich in der Rheinpfalz. Das einst so blühende deutsche Gewerbe war verkommen, die Straßen waren verwahrlost, die Strombahnen durch lange Vernachlässigung fast unfahrbar geworden, die alten Handelsbeziehungen zerrissen. Durch das alles war der Binnenhandel gehemmt, der deutsche Außenhandel größtenteils zum Passivhandel herabgesunken, der Anteil am Welthandel verloren.

Eine energische Besserung trat nur da ein, wo der fürstliche Merkantilismus eingriff oder eine selbständige Stadtwirtschaft noch möglich war; sonst herrschte dumpfe Erstarrung. Also kam im Westen das Gewerbe im Schwarzwald (als Hausindustrie) und in Kleve-Mark (Seidenweberei und Eisenindustrie) empor, während es anderwärts, z. B. in Köln gänzlich verfiel; aber weit raschere Fortschritte machte der Osten. In Kursachsen, dem ältesten Industrielande des kolonialen Deutschlands, ging das Erzgebirge von dem allmählich zurücktretenden Bergbau mehr zum Gewerbe über. Das Kunstgewerbe erhielt durch den ebenso prachtliebenden wie geschmackvollen Hof einen mächtigen Anstoß, in Polen einen weiten Absatzmarkt und in der Meißner Porzellanfabrik (1710) einen neuen großartigen Mittelpunkt; Leipzig aber behauptete auch in veränderter Zeit die Bedeutung seiner Messen für den Osten und wurde seit dem Anfange des achtzehnten Jahrhunderts allmählich der

Mittelpunkt auch des deutschen Buchhandels. Daneben wuchsen die brandenburgischen Mittelprovinzen zu dem größten einheitlichen Wirtschaftsgebiete Deutschlands zusammen, seitdem die freie Verbindung mit der Ost- und Nordsee hergestellt war, und die alte Tuchweberei nahm hier einen solchen Aufschwung, daß sie wie den einheimischen, so lange Zeit auch den russischen Markt beherrschte. Schlesien, der am weitesten nach Norden vorgestreckte Teil der habsburgischen Ländermasse, vermittelte nicht nur den Austausch der Rohprodukte des Südostens und der Gewerbserzeugnisse des Westens, sondern versorgte in Gemeinschaft mit der benachbarten Oberlausitz nach der Zerstörung der französischen Leinenindustrie (seit der Austreibung der Hugenotten) mit seiner eignen blühenden Leinweberei auch den englischen Markt fast ausschließlich, bis die kirchlichen Verfolgungen Tausende von fleißigen Arbeitern aus dem Lande trieben, und der Umsatz um 1740 auf die Hälfte des frühern sank. In den böhmisch-österreichischen Ländern fehlte es dem schwachen, zertretenen Bürgertume noch allzusehr an Unternehmungsgeist.

Eine höchst wirksame, klug berechnende, dem nationalen Interesse gegenüber zwar ganz gleichgültige, aber es doch tatsächlich mächtig fördernde Stadtpolitik hob Hamburg zur Gebieterin des ganzen norddeutschen See- und Binnenhandels und zur ersten Handelsstadt Deutschlands empor. Gefördert durch eine starke Zuwanderung von Niederländern und ausgetriebenen portugiesischen Juden, begründete es schon 1619 die Bank, erwarb 1628 durch kaiserliches Privileg die Herrschaft über die Unterelbe bis zur Mündung, entledigte sich 1645 des lästigen dänischen Zolls bei Glückstadt, sicherte sich einen beträchtlichen Anteil am süd- und westeuropäischen Handel, am grönländischen Walfischfang, ja (seit 1640) auch am Verkehr mit Westindien und Brasilien.

Auch die Verkehrsmittel im Innern verbesserten sich allmählich durch die zunehmende Errichtung landesherrlicher, wohleingerichteter Posten, einzelne Kanalanlagen, ausgedehnte Straßenbauten besonders in Österreich, endlich durch das Aufkommen eines wirklichen Zeitungswesens.

Mit der langsamen Zunahme des Wohlstandes wuchs auch die Bevölkerungszahl, in der Kurmark z. B. 1701—1740

von 283 000 auf 476 000, im ganzen brandenburgisch-preußischen Staate 1713—1740 von 1,65 Millionen auf 2,24 Millionen bei verhältnismäßig geringer Vergrößerung des Gebiets. In Kursachsen füllte die Einwanderung böhmischer Protestanten („Exulanten“) die Lücken, die der Dreißigjährige Krieg in die Bevölkerung gerissen hatte. Wenn daneben eine starke Auswanderung nach Nordamerika (besonders aus der Pfalz), nach Ungarn, Rußland usf. sich bemerkbar machte, so war dies kein Zeichen von Übervölkerung, sondern meist die Folge drückender sozialer, kirchlicher und politischer Notstände.

Neben der wirtschaftlichen Fremdherrschaft stand der Einfluß der ausländischen Bildung und fremder Sprachen an den Höfen und in den ihnen nahestehenden Kreisen. Da deshalb auch die deutsche Sprache zu verwildern drohte, namentlich mit zahllosen Fremdwörtern durchsetzt wurde, bildeten sich unter patriotisch gesinnten Männern Vereine, um diese Gefahr abzuwehren, zumal 1617 die „Fruchtbringende Gesellschaft“ (der Palmenorden) unter dem Fürsten Ludwig von Anhalt-Köthen, 1643 die „Deutschgesinnte Genossenschaft“ unter Philipp von Zesen in Hamburg. Doch haben sie den Sieg der fremden Bildung nicht verhindern können. Auf die protestantischen Höfe wirkte zunächst das holländische, später mit dem Aufsteigen Frankreichs das französische Vorbild, besonders auch durch die zahlreichen hugenottischen Kolonien; auf die katholischen Höfe das italienische und das spanische Wesen, bis das französische auch hier überwog. Fast nur der schlichte Hof Friedrich Wilhelms des Ersten bildete hiervon eine Ausnahme. Sprache, Sitte und Etikette der Höfe und des Adels wurden französisch, der frühere patriarchalische Brauch verschwand, für das gesellschaftliche Leben unzweifelhaft ein großer Fortschritt, in der Sittlichkeit vielfach ein arger Rückschritt. Weniger davon berührt wurde das ehrenfeste städtische Bürgertum, das hinter den verfallenden Mauern seiner Städte in strenger religiöser Hauszucht und in emsiger Arbeit ziemlich einförmig dahinlebte, obwohl es durch Geschäftsreisen und Verkehr mannigfacher Art mit der Außenwelt in einer zwar schwerfälligen und langsamen, aber doch regen Verbindung stand.

Dem entsprach es nun, wenn der Adel, nachdem schon zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges Reformer wie Wolfgang

Ratke (Ratichius) und der Mährer Amos Comenius auf eine natürliche, die Pflege der Muttersprache und die lebendige Anschauung der Dinge betonende Unterrichtsweise hingearbeitet hatten, gegenüber dem pedantischen, weltabgewandten Betriebe der alten Lateinschulen eigene Unterrichtsanstalten ins Leben rief, die „Ritterakademien“, um das neue Bildungsideal des praktischen Weltmanns (homo politus, galant'homme) durch Pflege der deutschen „Oratorie“ und der Realien (Geschichte, Geographie, Mathematik) zu verwirklichen. Selbst bedeutende Rektoren alter Lateinschulen suchten diesen Bedürfnissen des Adels in „Privatlektionen“ Rechnung zu tragen, um den Zusammenhang mit den höheren Ständen nicht zu verlieren. Bei den Katholiken blieb der höhere Unterricht wesentlich in den Händen der geistlichen Orden, namentlich der Jesuiten. Die Unterrichtsziele und Unterrichtsmittel, auch die Pflege der Schulkomödie waren den Anstalten beider Konfessionen gemeinsam, der Geist, der sie beherrschte, auf beiden Seiten mit wenig Ausnahmen streng konfessionell. Um die Volksschule kümmerten sich wenige Regierungen, so schon im siebzehnten Jahrhundert Herzog Ernst der Fromme von Gotha, auf katholischer Seite die Bischöfe von Münster, Trier und Würzburg; der erste größere Staat, der die allgemeine Schulpflicht durchzuführen wenigstens versuchte, war Preußen unter Friedrich Wilhelm dem Ersten (1717), der vielfach ausgediente Unteroffiziere in die Schulstellen berief. Erst durch diese fürstliche Fürsorge ist die Volksschule auch auf dem platten Lande allmählich etwas allgemeiner heimisch geworden.

Als höchst konservative Mächte zeigten sich wie immer die Universitäten. Sie wurden damals durch eine stattliche Reihe neuer landesherrlicher Gründungen vermehrt. Auf katholischem Boden entstanden Paderborn, Salzburg, Bamberg, Linz, Innsbruck (1672), Breslau (1702), von denen sich nur die beiden letzten bis jetzt erhalten haben, auf protestantischem Gebiete Rinteln, Altdorf bei Nürnberg, Duisburg (durch den Großen Kurfürsten für die rheinischen Provinzen), Kiel (1665), endlich Halle (1694) als brandenburgische Konkurrenzanstalt gegenüber den beiden streng lutherischen kursächsischen Hochschulen Wittenberg und Leipzig. Die katholischen wurden meist von den Jesuiten beherrscht und hielten deshalb auch an den

alten, das Leben streng regelnden Einrichtungen der Kollegien und Konvikte fest; dagegen war Salzburg die große Zentraluniversität der Benediktiner. Gemeinsam allen Hochschulen waren in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts die Roheiten des studentischen Lebens, noch eine Nachwirkung der sittlichen Verwilderung des Dreißigjährigen Krieges, dessen ärgsten Auswuchs, den Pennalismus, erst das Einschreiten der Landesregierungen allmählich unterdrückte, ferner der enge Zusammenhang der unter sich vielfach verwandten und verschwägerten Professorengeschlechter, die Alleinherrschaft des Lateinischen, der „Muttersprache der Gelehrten“, im Unterricht, die konfessionelle Geschlossenheit, die zuerst Heidelberg unter Karl Ludwig aufgab, Halle wenigstens milderte, endlich die scholastische Methode, die noch immer, wie im Mittelalter (II, 94), darauf ausging, die in bestimmten Textbüchern enthaltene, ein für allemal dogmatisch festgestellte Wahrheit zu überliefern und zu verteidigen, keineswegs darauf, neue Wahrheiten zu finden und die Lernenden zum selbständigen Forschen anzuleiten.

Also häuften die Gelehrten in diesem Zeitalter der Polyhistorie mit unsäglichem Fleiße ungeheuren Stoff in schwerfälligen Folianten an, wie vor allem der geistvollste Vertreter dieser Richtung, Hermann Conring in Helmstedt († 1681). Die Theologie und die Philosophie beruhten auf Aristoteles und selbst bei den Lutheranern vorwiegend auf katholischen Denkern, die Rechtswissenschaft auf den geoffenbarten zehn Geboten, der „geschriebenen Vernunft“ des Corpus iuris und der Carolina, der hochnotpeinlichen Halsgerichtsordnung Karls des Fünften; die Geschichte steckte noch ganz in der Anschauung von den vier Weltmonarchien, kam deshalb über große Stoffsammlungen, wie des Österreichers Khevenhüller Annales Ferdinandei (1578—1637), Veit Ludwigs v. Seckendorff ganz quellenmäßigen Commentarius de Lutheranismo (1692), das Theatrum Europaeum (1691—1718) u. a. dgl. nicht hinaus. Nur die mit dem fürstlich absoluten Staat neu auftretende Kameralwissenschaft (Volkswirtschaftslehre) erwuchs auf dem Boden des praktischen Lebens.

Schroff standen sich zunächst nach 1648 die Kirchen gegenüber; waren doch die meisten Territorien noch kirchlich ge-

schlossen. Dabei erschien die lutherische Kirche infolge des grundherrlichen und städtischen Patronats als eine wesentliche Stütze der ständischen Ordnung; sie predigte salbungsvoll den unbedingten Gehorsam gegen die gottgeordnete Obrigkeit als göttliches Gebot, hielt die Ihrigen in strenger Kirchenzucht und wurde nicht müde, die verdammlichen Irrtümer der Reformierten und der Katholiken in langen, von gelehrten Allegorien und dogmatischen Auseinandersetzungen durchzogenen Predigten zu widerlegen. Und doch zeigt die duldende Treue, mit der die Dorfpfarrer während der schlimmsten Zeiten des Dreißigjährigen Krieges ihre schwindenden Gemeinden zusammenhielten, die tiefsinnigen Andachtsbücher Joh. Arnds, die glaubenszuversichtlichen Lieder Paul Gerhardts u. a. m., welche sittliche Kraft diese scheinbar in Dogmatik erstarrte Kirche umschloß. In ihrer Art trat die katholische Kirche dem Volke menschlich näher. Denn sie war durch ihre hierarchische Organisation unabhängiger von der weltlichen Gewalt, sie wirkte, obwohl sie sich an schöpferischer Kraft mit der gleichzeitigen französischen keineswegs messen konnte, durch ihren phantasievollen, prächtigen, kunstfreundlichen Kultus auf die Einbildungskraft des Volkes und zog es zur tätigen Teilnahme heran. Sie umgab sein Leben in jedem Augenblicke tröstend und helfend, organisierte durch fromme Bruderschaften die Laien und verband sie sich durch ausgedehnte Armenpflege, ohne dabei der Predigt zu vergessen, wie denn der schwäbische Barfüßer Abraham a Santa Clara (Ulrich Megerle, 1644—1709) in Wien an wirkungsvoller Popularität, drolligem Humor und tiefem Ernst auf protestantischer Seite kein Gegenstück gefunden hat. Kein Wunder, daß schon seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts der Übertritt von Fürsten und vornehmen Herren nichts seltenes war; der des sächsischen Kurhauses ist nur ein Beispiel für viele.

Gegen den starren Konfessionalismus und die Scholastik der Universitäten erhob sich in den letzten Jahrzehnten des siebzehnten Jahrhunderts auf protestantischem Boden mit steigendem Nachdruck eine Bewegung, die eine neue Zeit im deutschen Geistesleben heraufführte. Zwar die gutgemeinten Versuche, die getrennten Kirchen durch einen dogmatischen Ausgleich zu vereinigen, wie sie vornehmlich von dem milden

Georg Calixtus in Helmstedt († 1656) ausgingen, scheiterten an dem prinzipiellen Gegensatze, aber die Konfessionen lernten doch allmählich sich praktisch miteinander vertragen, seitdem die konfessionelle Geschlossenheit der Territorien langsam zu weichen begann. Und nun entstand innerhalb des Luthertums im Pietismus eine Richtung, die, mit der alten Mystik (II, 92) verwandt, das Wesen des Christentums nicht mehr in dem Glauben an bestimmte Dogmen suchte, sondern in der Liebe und in der gläubigen Hingabe an Gott, woraus sich notwendig die werktätige Frömmigkeit ergab. Die Stifter dieser Richtung, der Elsässer Philipp Jakob Spener (1635—1705) und der Lübecker August Hermann Francke (1663—1727), fanden, aus Kursachsen nach kurzer Wirksamkeit vor den orthodoxen Lutheranern weichend, seit 1691 ihre Wirksamkeit in Preußen, Spener in Berlin, Francke in Halle, dem Mittelpunkte des neuen Lebens für das ganze protestantische Deutschland. Hier entstand seit 1695 in den Franckeschen Stiftungen eine großartige Gruppe von Erziehungsanstalten der verschiedensten Art, die Tausende von Geistlichen, Volksschullehrern und Missionaren bildeten und durch sie ihre pädagogischen Grundsätze (die enge Verbindung des Unterrichts mit der sittlich-religiösen Bildung, Betonung der Realien und des Deutschen, Ineinandergreifen der Unterrichtsstufen und -stoffe) nach allen Richtungen hin verbreiteten. In seinen „erwecklichen" Versammlungen vereinigte der Pietismus bald Angehörige aller Stände, trug somit das Seinige dazu bei, die Schärfe der Unterschiede zu mildern, und erzeugte bei vielen eine innige und werktätige, freilich oft auch eine schwärmerische oder sentimentale Religiosität. Zu einer selbständigen Gemeinschaft, doch innerhalb der lutherischen Kirche, führte er nur in der Herrnhuter Brüdergemeinde, die Graf Ludwig von Zinzendorf 1722 auf seinem Gute Berthelsdorf in der Oberlausitz mit einer Kolonie der mährischen Brüder stiftete, der milden Nachkömmlinge der Hussiten, indem er die Mitglieder zu inniger Lebensgemeinschaft nach Alter, Geschlecht und Stand vereinigte, und sie nach altchristlicher Weise unter Älteste, Bischöfe und Diakone stellte. Bald in zahlreichen Kolonien über Nordostdeutschland verbreitet, wirkten die Herrnhuter durch Heidenmission und ehrenfesten Handel in weite Fernen hinaus.

Neben dieser religiösen Bewegung wurde der Kampf gegen die Herrschaft der Scholastik in der Wissenschaft zuerst auf juristischem Boden eröffnet durch die Vertreter des Natur- oder Vernunftrechts. Zuerst in Holland von Hugo Grotius gelehrt, betrachtete die neue Richtung als die Quelle des Rechts nicht mehr die zehn Gebote und das Corpus iuris, sondern die sittliche Natur des Menschen und die natürliche Vernunft, und unterwarf von hier aus das bestehende, positive Recht einer rücksichtslosen Kritik, um nun einen Neubau nach, wie man meinte, unbedingt und für alle Zeiten gültigen Grundsätzen aufzuführen. Sein Begründer wurde in Deutschland der geistvolle, streitbare Kursachse Samuel Pufendorf (1632—1694), der unerbittliche, scharfsinnige Kritiker des Reichsstaatsrechts, sein akademischer Hauptvertreter ein Landsmann Pufendorfs, Christian Thomasius (1655—1728), der geschworene Gegner alles Universitätszopfes, der es 1687 zuerst wagte, in Leipzig ein deutsches Kolleg in deutscher Sprache zu lesen und deshalb 1690 die Vaterstadt verlassen mußte. Die wichtigste Pflegstätte des Naturrechts aber war die junge Universität Halle, die Hochschule für das neue streng monarchische preußische Beamtentum, das um so unbedenklicher mit veralteten Rechtszuständen brach. Auch die Geschichtsschreibung begann sich von dem alten Schema loszumachen, seitdem Christoph Cellarius 1688 die Einteilung in Altertum, Mittelalter und Neuzeit aufgestellt hatte, und Männer wie S. Pufendorf, G. W. Leibniz, J. J. Mascov, Graf H. Bünau, G. Arnold begannen fest abgegrenzte Stoffe, zum Teil schon in deutscher Sprache, ebenso quellenmäßig wie mit geistiger Durchdringung zu behandeln. Die vornehmste Pflegstätte für Geschichte und Staatswissenschaften wurde die 1734 gegründete hannöversche Universität Göttingen.

Gleichzeitig versuchte, von dem ganz individualistischen Satze des französisch-holländischen Denkers Descartes (Cartesius, † 1650) Cogito, ergo sum, also von der Tatsache des persönlichen Selbstbewußtseins ausgehend, der geniale Gottfried Wilhelm Leibniz aus Leipzig (1646—1716), einer der umfassendsten Geister aller Zeiten, eine neue philosophische Weltanschauung zu begründen, indem er den Gegensatz zwischen Natur und Geist durch die Annahme ursprünglicher, von Gott erschaffner, belebter und harmonisch geordneter geistiger Einheiten (Monaden) auszugleichen und den Nachweis zu führen versuchte, daß die christlichen Glaubenslehren zwar übernatürlich, aber nicht widernatürlich seien. Auf dieser Grundlage errichtete Christian Wolff aus Breslau (1679—1754), der gefeierte Philosoph der Universität Halle, ein zusammenfassendes, jedem Gebildeten verständliches Lehrgebäude. Er unterschied neben den Wahrheiten der Vernunft solche der Offenbarung, die zwar unbeweisbare Geheimnisse des Glaubens, aber nicht wider die Vernunft seien, und lehrte die Unabhängigkeit der Sittlichkeit von dem Glauben an bestimmte Lehrsätze. Neben diesem Rationalismus fand auch der englische Deismus, der nur noch an einem persönlichen Gott und an den Schlagworten Gott, Tugend, Unsterblichkeit festhielt, bei den gebildeten Deutschen besonders durch die Freimaurerlogen (seit 1733) williges Gehör.

Da die neuen wissenschaftlichen Richtungen sich an den streng korporativ geordneten Universitäten nur schwer Eingang verschafften, so plante Leibniz, selbst niemals Universitätslehrer, die Gründung von freieren wissenschaftlichen Vereinigungen (Akademien) und rief auch wirklich eine davon, die Sozietät der Wissenschaften in Berlin 1701 ins Leben, und zwar wesentlich mit Hilfe der gerade dort zahlreich angesammelten französischen Reformierten, die überhaupt das geistige Leben der preußischen Hauptstadt damals wesentlich bestimmten.

Während somit die deutsche Wissenschaft sich kräftig und eigenartig regte, blieben Dichtung und Kunst noch ganz von fremden Vorbildern abhängig. Denn da jede Verbindung der Gebildeten mit der volksmäßigen Tradition außer im protestantischen Kirchenliede verloren und das ganze Volksleben verkümmert war, so blieb nur die Gelehrtendichtung und die Nachahmung erst vorwiegend holländischer, später französischer und englischer, gelegentlich auch italienischer und spanischer Muster übrig, und der Zweck der Dichtung, die man als einen verstandesmäßig lehrbaren und lernbaren Bestandteil der höheren Bildung, nicht als eine Sache persönlicher Begabung und warmer Empfindung auffaßte, war, angenehm zu belehren. Ihr erster und namhaftester Vertreter war der Schlesier Martin Opitz (1597—1639), der Gründer der ersten schlesischen Schule,

in seinem Büchlein „von der deutschen Poeterey“ 1624 und in zahlreichen episch-lehrhaften Dichtungen, in denen er zunächst die neue Silbenmessung und den französischen Alexandriner zur Geltung brachte. Mehr wahres Gefühl lebte in der Lyrik der Ostpreußen Simon Dach und Heinrich Albert und des Kursachsen Paul Fleming, vor allem aber im geistlichen Liede, das unter den Nachwirkungen des Dreißigjährigen Krieges durch Paul Gerhardt, Martin Rinkart, Georg Neumark, Christian Reimann auf evangelischer, durch den Jesuiten Friedrich von Spee auf katholischer Seite eine zweite Blüteperiode erlebte. Der nüchtern-korrekten ersten schlesischen Schule setzte sich dann in den Nürnberger „Pegnitzschäfern“ und in der zweiten schlesischen Schule eine bald süßlich-tändelnde oder schlüpfrig-sinnliche, bald auf das Grausige und Schreckliche oder Grotesk-Komische gerichtete Dichtung entgegen, die in den Dramen von Andreas Gryphius, den Heldenromanen Philipps von Zesen, den Liedern Christian Hoffmanns und Kaspars von Lohenstein gipfelte, bis sie dann gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts im Anschluß an die glatte, gefeilte Verstandesdichtung Boileaus u. a. eine naturgemäße Gegenströmung hervorrief. Natürlicher und frischer, aber ziemlich derb blieb im ganzen der Sittenroman; hier gaben der Schwabe Christoph von Grimmelshausen (im „Abenteuerlichen Simplizissimus“), Philander von Sittewald usf. die wirksamsten Beispiele besonders durch die lebenswahre Schilderung des Kriegselends; daneben blühte bescheiden die Satire bei Balthasar Schupp und Hans Lauremberg, die Didaktik in den scharfen Epigrammen des geistvollen, patriotischen Schlesiers Friedrich von Logau und den Sinnsprüchen seines katholischen Landsmannes Johann Scheffler (Angelus Silesius), endlich das überwiegend deutsche Schuldrama der Jesuiten und der evangelischen Lateinschulen, dessen bedeutendster Vertreter der Zittauer Rektor Christian Weise (1642—1708) war.

Gegen Mitte des achtzehnten Jahrhunderts erhob sich die deutsche Literatur zu höherem Selbstbewußtsein; es traten der Schweizer Albrecht von Haller (1708—1777) und der Hamburger Heinrich Brockes (1680—1747) in großen, ernsten Lehrgedichten nach englischen Vorbildern, der leichtlebige Friedrich von Hagedorn (1708—1754) in anmutig heitern Liedern und

Episteln nach dem Muster des Anakreon und Horaz, der Schlesier Christian Günther in leidenschaftlich empfundener Lyrik als selbständige und begabte Dichter hervor. Eine planvolle, aber wieder ganz verstandesmäßige Reform vor allem des tiefgesunknen Dramas bezweckte der Ostpreuße Johann Christoph Gottsched in Leipzig (1700—1766) in Anlehnung an das klassische Drama der Franzosen, womit er zugleich eine verdienstvolle Tätigkeit in der Regelung und Reinigung der deutschen Sprache verband. Die zahlreichen „moralischen Wochenschriften“, die namentlich in Hamburg und Leipzig erschienen, verbreiteten belehrende Unterhaltung in die weitesten Kreise des Bürgertums.

War das deutsche Bürgertum der eigentliche Nährboden für diese Literatur, so hat nur dieser Stand auch die deutsche Musik durch seine „Kantoreien“, namentlich in Sachsen, vor dem Untergange und später vor der gänzlichen Überflutung durch die fremde Kunst gerettet. Zumal die pracht- und klangvolle italienische Oper wurde von den Höfen ausschließlich und mit großen Kosten durch italienische Kräfte gepflegt; ihr gegenüber behauptete zunächst Heinrich Schütz als kurfürstlicher Kapellmeister in Dresden († 1672) durch eigene Schöpfungen erfolgreich das Feld. Dann fand die bürgerliche deutsche Oper ihre wichtigste Pflegstätte seit 1677 im reichen, damals geistig sehr bewegten Hamburg, später auch in großen Binnenstädten wie Nürnberg, Augsburg, Leipzig, Breslau, und ihren hervorragendsten Meister in Richard Keiser aus der Gegend von Leipzig († 1739), der besonders in Hamburg tätig war. Doch zum vollkommensten und erhabensten musikalischen Ausdruck brachten den deutsch-evangelischen Geist der große Leipziger Thomaskantor Johann Sebastian Bach (1685—1750) und neben ihm Georg Friedrich Händel aus Halle (1685—1759), vor allem in seinen gewaltigen biblischen Oratorien, mit denen er in London englische Siege verherrlichte.

In der bildenden Kunst überwog, nachdem während des Dreißigjährigen Krieges Adam Elsheimer in Frankfurt a. M., Matthäus Merian, Joachim von Sandrart eine selbständige deutsch-niederländische Richtung in der Malerei behauptet hatten, durchaus der fremde Einfluß. Im protestantischen Deutschland herrschte erst das holländische, dann das französische, im

katholischen das italienische Muster; erst allmählich gestalteten einheimische Künstler wieder selbständiger. Denn die wichtigsten Auftraggeber waren jetzt die Fürsten, die sich neue, weiträumige, prächtige Paläste als den künstlerischen Ausdruck ihres gesteigerten Machtbewußtseins bauten, und katholische Bischöfe und Ordensgenossenschaften, die sich jetzt wieder auf sicherem Boden fühlten und ihre Dome und Klöster oft prachtvoll und großartig erneuern ließen. So kam im Norden anfangs der etwas nüchterne, an die deutsche Renaissance anklingende holländische Stil zur Herrschaft, später im Süden der italienische, im Norden der französische Barockstil, und an die Paläste schlossen sich oft ausgedehnte Gärten im holländisch-französischen Stil Le Notres als nachahmende Ergänzung der Architektur.

Damals entstanden die stolzen Palastbauten Fischers von Erlach in Wien, die prunkvollen Dome von Salzburg, Brixen und Passau, die Kirchen der Jesuiten in Wien, der Theatiner in München, die prachtvollen Neubauten der alten großen Klöster in Österreich und Bayern. Eine besondre Gelegenheit zur Lösung großartiger Architekturaufgaben boten die neugegründeten fürstlichen Residenzstädte, wie Mannheim und Karlsruhe, und prunkende Landsitze, wie der Karlsberg (Wilhelmshöhe) bei Kassel. In Brandenburg herrschte unter dem Großen Kurfürsten anfangs auch auf diesem Gebiet der holländische Einfluß, dann aber kam das französische Barock zur Geltung, und teils fremde Künstler (Jean de Bodt), teils einheimische Meister wie J. A. Nehring und vor allem der genialste Architekt und Bildhauer dieser ganzen Zeit, Andreas Schlüter aus Hamburg (1664—1714), gaben der norddeutschen Hauptstadt durch die Erbauung des Zeughauses, der Langen Brücke, des Königlichen Schlosses, die Errichtung der mächtigen Reiterstatue des Großen Kurfürsten u. a. m. ihr charakteristisches Gepräge. Allmählich wurde jedoch Berlin von Dresden überholt; hier schuf August der Starke durch die Barockbauten Longuelunes und Jean de Bodts (Japanisches Palais) wie des originellen Daniel Pöppelmann (Zwinger) und des echt deutschen Georg Bähr (Frauenkirche) die schönste Residenzstadt Deutschlands, indem er zugleich die Umgegend durch prächtige Landsitze wie Pillnitz und Großsedlitz verschönte.

Die in der Plastik herrschende malerisch bewegte Richtung des gefeierten italienischen Meisters Bernini fand gerade in dem sächsischen Porzellan das ihr am meisten entsprechende Material, und herrliche Kunstsammlungen speicherten hier wie anderwärts reiche Schätze auf, die ursprünglich nur dem fürstlichen Luxus dienten, später aber auch der einheimischen Kunst reiche Anregung boten und heute noch wohl die angenehmste Erinnerung an die Zeit des fürstlichen Absolutismus bilden. Die Fürsten verfügten schrankenlos über die Mittel des Landes; neben Maitressenwirtschaft und Volksunterdrückung, neben Prachtschlössern und Lustsitzen im überladen-großartigen Stil des späteren Barock gebar die Nachäffung des Sonnenkönigtums auch einen mäcenatenhaften Sammeleifer. Schon Rudolf der Zweite hatte neben Kuriositäten mit Leidenschaft Werke Dürers angehäuft; Ferdinand von Steiermark brachte die Ambraser Sammlung auf bemerkenswerte Höhe; Albrecht der Fünfte, Maximilian und Max Emanuel von Bayern legten den Grundstock für die reichen Münchener Kunstschätze, und in den fürstlichen Residenzen überwog allmählich das rein künstlerische Interesse das antiquarische und dynastische: man sammelte nicht mehr allein Prunkschränke, Tafelaufsätze, Münzen, Büsten und Statuen von Männern der Antike, mechanische Spielereien, Elfenbein- und Bernsteinarbeiten, man legte auch nicht nur Ahnengalerien an, sondern begann die bedeutenden italienischen Maler und vor allem die großen Vlamen und Holländer Rubens, Van Dyk, Rembrandt, Teniers, Frans Hals, Adrian van der Werff u. a. m. zu kaufen und in eigenen Räumen unterzubringen. So machte der Große Kurfürst umfangreiche Ankäufe in Holland, Friedrich der Erste folgte ihm und selbst der sparsame Friedrich Wilhelm der Erste, der selbst malte, hatte Geld dafür; die Braunschweiger Anton Ulrich und Karl der Erste schufen in Salzdahlum eine prachtvolle Galerie, die Pfalz-Neuburger Wolfgang Wilhelm, ein Gönner Rubens', und Johann Wilhelm machten Düsseldorf zu einem Anziehungspunkt für die ganze gebildete Welt, und der Hesse Wilhelm der Achte wetteiferte mit ihnen in Kassel; die Dresdener Galerie gewann unter August dem Starken und August dem Dritten Weltruf. So wurden die heutigen Museen vorbereitet.

Die Erhebung Preußens zur Großmacht und die Auflösung des alten Reichs 1740 bis 1806/7

Aus der beispiellosen Verwüstung des Dreißigjährigen Krieges war Deutschland durch die Arbeit seines Volkes und seiner Krieger, seiner Fürsten und seiner Staatsmänner doch langsam wieder zum Range eines Kulturlandes emporgestiegen. Freilich, die alten Formen der nationalen Einheit hatten sich noch weiter gelockert, mißtrauischer und selbstsüchtiger als je standen einander die innerlich stärker gewordnen größeren Einzelstaaten gegenüber, und die europäischen Verhältnisse, vornehmlich die zunehmende Konkurrenz des englischen und des französischen Handels im spanischen Amerika und die raschen Fortschritte der englischen Kolonisation in Nordamerika, drängten zu einem großen Zusammenstoß. Mitten aus diesen Wirren heraus erhob ein genialer Fürst Preußen binnen wenig Jahren zur Großmacht, behauptete diese neue Stellung seines Staats im Heldenkampfe gegen halb Europa, drückte dadurch das alte Reich vollends zu einer leeren Form herab, verschaffte aber den nationalen Interessen eine stärkere Vertretung, als sie jemals seit Jahrhunderten gefunden hatten, und gab einem großen Teile der Nation zum erstenmal wieder den Stolz auf einen Helden ihres Stammes.

Zugleich vollzog sich eine entscheidende Veränderung in der allgemeinen geistigen Haltung des Zeitalters durch die Theorien der „Aufklärung", die sich zuerst in England unter dem Einflusse der innerpolitischen Kämpfe in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts und der dort aufblühenden exakten Wissenschaften gebildet hatten und über Frankreich allmählich auch in Deutschland eindrangen. Da nach dieser Anschauung der Staat durch Vertrag zwischen den Herr-

schenden und den Beherrschten entstanden war, die Regierungsgewalt also auf Übertragung durch das Volk beruhte, so mußte diese Gewalt auch im Interesse und zum Wohle des ganzen Volkes ausgeübt werden, nicht des Herrschers; da die Zeit an ein allgemein gültiges Naturrecht glaubte, so mußte dieses mit Beseitigung des positiven, gewordenen Rechts, soweit es dem „vernünftigen" Rechte widersprach, durchgeführt, Verwaltung, Recht und Rechtsprechung darnach geregelt werden; da endlich der zur Herrschaft gelangte Deismus sich gleichgültig gegen die konfessionellen Unterschiede verhielt, so folgte daraus von selbst die theoretische und praktische Gleichberechtigung mindestens der christlichen Glaubensbekenntnisse, die innere Annäherung ihrer Bekenner, die Abschwächung der alten Gegensätze. So lösten sich Staat und Recht vom Banne der Tradition, und jeder Staat erschien als ein lediglich auf sich selbst gestelltes Gesamtwesen. Aber ebenso begann sich auch die Einzelpersönlichkeit kraft des cartesianisch-leibnizischen Systems, das Wolff für Deutschland popularisiert hatte, von der Tradition und von seiner Umgebung zu lösen, und das alles wirkte auf Wissenschaft, Literatur und Kunst hinüber. So zerfiel die Menschheit in Einzelpersönlichkeiten, die untereinander und mit irgendeinem Ganzen keinen inneren Zusammenhang hatten, sondern in freier Höhe als philosophisch gebildete Weltbürger über der Erde schwebten, und die Welt zerfiel in vereinzelte Staaten. Da diese das Volk nicht zur tätigen Teilnahme heranzogen und erzogen, also nur auf Heer und Beamtentum beruhten, waren sie nur ein Mechanismus, kein lebendiger Organismus, verfuhren deshalb auch nach außen hin lediglich nach den Rücksichten der Zweckmäßigkeit und gliederten sich unbedenklich selbst ganz fremdartige Bestandteile an.

In diesen Verhältnissen lag die unheilbare Schwäche der neuen Ordnung; aber nur sie, gerade also der Mangel an Staatsgesinnung bei der Mehrzahl selbst der Gebildeten, bot auch die Möglichkeit, mitten im hoffnungslosen Niedergange des alten Reichs und des nationalen Gemeingefühls eine ungemein reiche Bildung und Literatur zu erzeugen, die zwar dazu beitrug, den Einzelnen dem Ganzen vollends zu entfremden, aber auch einen vertieften Inhalt des Lebens und

gemeinsame geistige Güter für die Nation schuf. Das nächste Ergebnis war freilich, daß das deutsche Volk den Fluten der von Westen heranbrausenden revolutionären Bewegung politisch schwach und auch innerlich darum wehrlos gegenüberstand, weil sie als ein Erzeugnis der Aufklärung erschien. So zerfiel das alte Reich, und auch der preußische Staat brach zusammen.

Als König Friedrich der Zweite von Preußen nach dem Tode seines Vaters (31. Mai 1740) im Schlosse von Charlottenburg am 2. Juni den Eid der Treue von seinen Ministern empfing, war er erst 28 Jahre alt (geb. 24. Januar 1712), aber schon ein durch manche herbe Erfahrung einer kampferfüllten Jugend geprüfter Mann. Der gestrenge Vater hatte ihn zum guten Christen, Wirt und Soldaten erziehen wollen; doch bald strebte der lebhafte Geist des heranwachsenden Jünglings über diese Schranken hinaus in die freie Weite einer umfassenden Weltbildung, wie sie damals nur die französische Sprache und Literatur vermitteln konnten; und als vollends ein Blick in das üppige, glänzende Leben am Dresdner Hofe Augusts des Starken ihm den Gegensatz zu der Geistesöde und der harten Zucht seines väterlichen Hauses zum vollen Bewußtsein gebracht hatte, da steigerte sich das Mißverhältnis zum Vater zu solcher Schärfe, daß der Kronprinz bei einer Rheinreise im August 1730 sich dem unerträglich gewordenen Zwange durch die Flucht nach England zu entziehen beschloß. Im letzten Augenblicke festgehalten und nach Küstrin in Haft gebracht, entging er zwar einem Urteile des Kriegsgerichts wegen Versuchs zur Fahnenflucht, weil dieses mannhaft erklärte, daß es hier nicht zuständig sei, wehrte aber den vom König ihm angesonnenen Verzicht auf sein Erbrecht nur mit Mühe ab und mußte sich endlich, im Innersten erschüttert durch die Hinrichtung seines mitschuldigen Freundes Heinrich von Katte, dem Willen des Vaters unterwerfen. Als jüngster Auskultator trat er in die Kriegs- und Domänenkammer in Küstrin ein, um die Einzelheiten der Verwaltung kennen zu lernen. Im September 1732 übernahm er dann, sich allmählich auch innerlich mit dem Vater versöhnend, das Kommando des in Neu-Ruppin stehenden Infanterieregiments. Noch mußte er sich gefallen lassen, daß ihn der König gegen seinen

Willen mit der sanften, gemütvollen, aber ihm an Geist nicht ebenbürtigen Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern vermählte (Juni 1733); aber als er vom ruhmlosen Rheinfeldzuge des Jahres 1734 aus dem Hauptquartier Prinz Eugens zurückgekehrt war, erhielt er die Mittel, in dem anmutigen Schlosse Rheinsberg bei Neu-Ruppin seinen Neigungen zu leben; und hier entfaltete sein emporstrebender Geist in ungezwungenem, allseitig angeregtem Dasein mit gleichgestimmten und französisch gebildeten Freunden zuerst seine Schwingen.

Ein begeisterter Schüler der „Aufklärung" und ihres Führers Voltaire gedachte er die Regierung zu führen als „der erste Diener seines Volks", aber nicht, wie Voltaire meinte, ausschließlich als ein Fürst des Friedens, sondern auch als ein Eroberer, der seinen Staat aus der gedrückten und mißachteten Lage durch Erwerbung der ihm unentbehrlichen Nachbarländer emporheben wollte zu trotziger Selbständigkeit, mit dem scharfen Schwerte, das ihm der Vater in seinem schlagfertigen Heere in die Hand gelegt hatte. Denn er fühlte seine geniale Kraft. In der souveränen Selbständigkeit des Denkens und des Entschlusses, die seine Minister, selbst bedeutende Männer wie Podewils, Herzberg u. a., vom ersten Augenblick an lediglich zu ausführenden Dienern seines Willens machte, in dem ihm vom Vater in harter Schule anerzognen Pflichtgefühl, das an sich selbst wie an alle andern schonungslos die strengsten Anforderungen stellte, in dem unauslöschlichen Drange zu literarischer und künstlerischer Tätigkeit, in dem tiefen Bedürfnis nach persönlicher Freundschaft, die ihm das ersetzen sollte, was ihm die empfindungsarme Ehe mit einer ungeliebten Frau nicht bot, erschien er von Anfang an als eine ganz ungewöhnliche, alles an sich fesselnde und sich unterwerfende Persönlichkeit. Eine wahrhafte innere Harmonie war freilich diesem reichen Geiste versagt. Denn zwischen dem französischen Schöngeist und dem deutschen König, der seine französisch gebildete Umgebung, Voltaire nicht ausgenommen, sittlich ziemlich niedrig schätzte und auf seine wackeren deutschen Beamten und Offiziere wie auf halbe Barbaren herabsah, bestand ein unausgleichbarer Widerspruch, der einen ätzenden Sarkasmus zu einem mit dem Alter immer mehr hervortretenden Charakterzuge machte. So populär er deshalb auch

als Monarch und als Held wurde, das höchste Glück des Herrschers, das volle innere Zusammenleben mit seinem Volke, ist ihm versagt geblieben.

Er war auf Schloß Rheinsberg, als ihm am 26. Oktober 1740 ein Kurier die ganz unerwartete Nachricht brachte, daß Kaiser Karl der Sechste, der letzte Habsburger, am 20. Oktober in Wien verschieden sei und der Pragmatischen Sanktion gemäß seine älteste Tochter Maria Theresia (geb. 13. Mai 1717) die Nachfolge angetreten habe, ohne auf den sofort eingelegten Protest Karl Alberts von Bayern zu achten. Dieser begründete seinen Erbanspruch auf die Bestimmung im Ehevertrag Herzog Albrechts des Fünften mit Anna, Tochter Königs Ferdinands des Ersten, von 1546, daß, falls der habsburgische Mannsstamm aussterbe, die Nachkommen jenes Paares (in Oberösterreich, Tirol und Böhmen) erbberechtigt sein sollten, und ließ sich natürlich auch nicht durch den abweichenden Wortlaut im Testament Ferdinands („eheliche Nachkommen" für „männliche") irre machen. Doch die Entscheidung lag nicht in München, da Bayern auf eine große Politik schlechterdings nicht vorbereitet war, sondern in der Hand König Friedrichs. Denn an die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion fühlte er sich nicht gebunden, da die österreichische Gegenleistung ausgeblieben war, und der Verzicht auf die schlesischen Herzogtümer war mit der Rückgabe des Kreises Schwiebus erloschen. Gleichwohl wäre er bereit gewesen, mit seiner ganzen Macht für das ungeschmälerte Erbrecht Maria Theresias einzutreten, wenn diese nicht seine Forderung, ihm dafür Niederschlesien zu überlassen, in der felsenfesten Überzeugung von ihrem Rechte zurückgewiesen hätte.

So überschritten die Preußen am 16. Dezember 1740 in zwei Kolonnen die schlesische Grenze und besetzten, von den gedrückten Evangelischen mit schüchternen Sympathien als Befreier begrüßt, binnen wenig Wochen widerstandslos das ganze Land mit Ausnahme der Festungen Glogau und Neiße; am 3. Januar 1741 ritt der König selbst in Breslau ein. Indem dann sein Generalfeldmarschall Graf Schwerin die endlich von Mähren heranrückende österreichische Armee unter Graf Neipperg bei Mollwitz in der Nähe von Brieg am 10. April mit seiner unerschütterlichen Infanterie entscheidend schlug,

wurde Schlesien gesichert, der Beweis für die angezweifelte Kriegstüchtigkeit der preußischen „Paradearmee" unwiderleglich geliefert und damit eine neue Wendung eingeleitet: im Mai gewann Karl Albert im Vertrage von Nymphenburg die Hilfe Frankreichs für die Durchführung seiner Ansprüche auf Österreich und zur Erwerbung der Kaiserkrone, im Juni schloß sich Friedrich diesen Vereinbarungen an. Noch einmal verband sich die reichsfürstliche Opposition mit Frankreich, aber nicht, wie dessen Leiter, Kardinal Fleury, meinte, um unter französischer Führung Deutschland der französischen Vorherrschaft zu überliefern, sondern um nach dem kühnen Plane König Friedrichs die Kaiserkrone dem Hause Habsburg-Lothringen zu entreißen, sie an die Wittelsbacher zu bringen und Bayern so zu stärken, daß es sie zu behaupten vermochte. Dann hätten die Häuser Hohenzollern und Wittelsbach zusammen das Reich umgestaltet und gelenkt, wie sie es hundertdreißig Jahre später durch ihr Einverständnis erneuert haben.

Die Anfänge entsprachen den kühnsten Erwartungen. Im September 1741 besetzten die bayrisch-französischen Truppen Oberösterreich, wo Karl Albert in Linz die Huldigung empfing; dann, als auch Sachsen gegen das Versprechen, ihm Mähren zu überlassen, sich angeschlossen hatte, drangen sie in Böhmen ein und erstürmten am 25. November Prag. Am 9. Dezember ließ sich Karl Albert hier zum König krönen, und am 24. Januar 1742 wählten ihn die Kurfürsten in Frankfurt a. M. einstimmig zum Kaiser.

Das Reich der Habsburger wäre verloren gewesen, wenn es Maria Theresia, die im Juni 1741 in Preßburg die Krone des heiligen Stephan empfangen hatte, nicht im September gelungen wäre, die Hilfe der Ungarn zu gewinnen, denen sie die volle Selbständigkeit ihrer Verwaltung bewilligte. So eroberten sie ihr Oberösterreich zurück und rückten am 12. Februar 1742, an demselben Tage, an dem Karl der Siebente in Frankfurt zum Kaiser gekrönt wurde, in München ein. Da erzwang Friedrichs Einmarsch in Mähren, wo er Olmütz nahm und Brünn belagerte, die Räumung Bayerns, denn er zog die österreichischen Streitkräfte auf sich, so daß er sogar nach Böhmen zurückweichen mußte; aber er benutzte seinen glänzenden Sieg bei Chotusitz in der Nähe von Tschaslau am

17. Mai 1742 nur dazu, mit rascher Wendung sein Hauptziel, den Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glatz, im Frieden von Breslau am 28. Juli 1742 zu erreichen. Seine Verbündeten empfanden das nicht gerade als einen Abfall, aber es war unklug: er selbst hat es nachmals teuer zu bezahlen gehabt, daß er den Kampf gegen Österreich nicht bis zum Ende durchführte: sein Rücktritt rettete den Bestand der habsburgischen Monarchie.

Im Dezember 1742 mußten die Franzosen Prag und Böhmen (bis auf Eger) räumen, wo Maria Theresia im Mai 1743 die Huldigung empfing; im Juni überlieferte ihr der Sieg bei Simpach am Inn (13. Mai) ganz Bayern, dessen Stände ihr im September den Eid der Treue schwuren. Dann griff Georg der Zweite von England-Hannover, schon seit 1739 mit Spanien im Kolonialkriege, zugleich im englischen und hannöverschen Interesse, dem das Aufsteigen Preußens zuwiderlief, kräftig in den festländischen Krieg ein und warf die Franzosen durch den Sieg von Dettingen bei Aschaffenburg (27. Juni 1743) über den Rhein zurück. Im Dezember zog Österreich auch Sachsen auf seine Seite.

Da nahm Friedrich seine Reichsreformpläne wieder auf, um die weltlichen Fürsten durch die Einziehung der geistlichen Stiftsländer für den Kaiser zu gewinnen und dadurch dem Hause Österreich seine besten Stützen zu entziehen. Aber die deutschen Fürsten waren für so kühne Gedanken nicht zu haben; so mußte er sich doch damit begnügen, im Mai 1744 in Frankfurt a. M. mit Bayern, Kurpfalz und Hessen eine Union zu schließen und im Juni sein Bündnis mit Frankreich zu erneuern. Darauf ließ er im August 1744 „zum Schutze der deutschen Freiheit und des Kaisers" 80 000 Mann als „kaiserliche Hilfstruppen" aus Schlesien und durch Sachsen in Böhmen einmarschieren, nahm am 16. September nach heftiger Beschießung Prag und rückte bis Budweis vor, um die Österreicher zur Räumung Bayerns zu nötigen. Dies gelang allerdings; allein er selbst mußte vor der feindlichen Übermacht unter schweren Verlusten nach Schlesien zurückweichen. Bald geriet er in die bedenklichste Lage. Am 8. Januar 1745 verbündeten sich Österreich, Sachsen, England-Hannover und Holland zur Wiedereroberung Schlesiens und zur Erhebung Franz Stephans von Lothringen, des Gemahls der Maria Theresia, auf den Kaiserthron, im Mai schloß sich auch Rußland im Leipziger „Partagetraktat" an, um für sich Ostpreußen zu erwerben und Sachsen Magdeburg zu verschaffen, also Preußen zu vernichten; dazu verzichtete nach dem Tode Karls des Siebenten in München am 20. Januar 1745 sein Sohn Max Joseph (1745—1777) im Frieden von Füssen auf alle österreichischen Ansprüche. Allein auf sich angewiesen stand Friedrich einer übermächtigen Verbindung gegenüber.

Da entfaltete er zum erstenmal seine Feldherrngröße. Im glänzenden Gegenstoß warf er die aus Böhmen in Schlesien einbrechenden Österreicher und Sachsen am 4. Juni bei Hohenfriedberg und Striegau zurück, folgte ihnen über die Grenze, siegte am 30. September nochmals bei Soor und sicherte sich dadurch die Rückkehr nach Schlesien. Als dann die Gegner noch im Winter von Sachsen aus gegen Berlin vorgehen wollten, fiel er ihnen von Schlesien und Halle her in die Flanke, und der Sieg des greisen Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau bei Kesselsdorf nicht weit von Dresden am 15. Dezember erzwang schon am 25. Dezember den Frieden von Dresden, die Erneuerung des Friedens von Breslau. Die Kämpfe in Belgien, wo die Franzosen, und in Italien, wo die Österreicher im Vorteile blieben, beendete erst am 30. Mai 1748 der Friede von Aachen ohne wesentliche Gebietsveränderungen. Österreich hatte seinen fast ungeschmälerten Bestand und die Kaiserkrone für Franz Stephan (1745—1765), Preußen aber Schlesien behauptet und damit die Großmachtstellung errungen, und Englands Übergewicht zur See stand fester als je. Die längst vorbereitete Erwerbung Ostfrieslands mit dem Aussterben des Fürstenhauses der Criksena 1744 (s. S. 25) hatte inzwischen dem preußischen Staate auch eine Stellung an der Nordsee verschafft, aber bei der Entlegenheit des kleinen Gebiets wurde sie damals weder politisch noch wirtschaftlich wirklich ausgenutzt.

Die Entstehung einer neuen Großmacht in der zerspaltenen Mitte Europas verschob die bisherigen Machtverhältnisse vollständig und rief auf allen Seiten Mißtrauen und Feindschaft hervor. Österreich hatte in Schlesien eine seiner wichtigsten Provinzen verloren, die ihm die Verbindung mit der nord-

17. Mai 1742 nur dazu, mit rascher Wendung sein Hauptziel, den Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glatz, im Frieden von Breslau am 28. Juli 1742 zu erreichen. Seine Verbündeten empfanden das nicht gerade als einen Abfall, aber es war unklug: er selbst hat es nachmals teuer zu bezahlen gehabt, daß er den Kampf gegen Österreich nicht bis zum Ende durchführte: sein Rücktritt rettete den Bestand der habsburgischen Monarchie.

Im Dezember 1742 mußten die Franzosen Prag und Böhmen (bis auf Eger) räumen, wo Maria Theresia im Mai 1743 die Huldigung empfing; im Juni überlieferte ihr der Sieg bei Simpach am Inn (13. Mai) ganz Bayern, dessen Stände ihr im September den Eid der Treue schwuren. Dann griff Georg der Zweite von England-Hannover, schon seit 1739 mit Spanien im Kolonialkriege, zugleich im englischen und hannöverschen Interesse, dem das Aufsteigen Preußens zuwiderlief, kräftig in den festländischen Krieg ein und warf die Franzosen durch den Sieg von Dettingen bei Aschaffenburg (27. Juni 1743) über den Rhein zurück. Im Dezember zog Österreich auch Sachsen auf seine Seite.

Da nahm Friedrich seine Reichsreformpläne wieder auf, um die weltlichen Fürsten durch die Einziehung der geistlichen Stiftsländer für den Kaiser zu gewinnen und dadurch dem Hause Österreich seine besten Stützen zu entziehen. Aber die deutschen Fürsten waren für so kühne Gedanken nicht zu haben; so mußte er sich doch damit begnügen, im Mai 1744 in Frankfurt a. M. mit Bayern, Kurpfalz und Hessen eine Union zu schließen und im Juni sein Bündnis mit Frankreich zu erneuern. Darauf ließ er im August 1744 „zum Schutze der deutschen Freiheit und des Kaisers" 80 000 Mann als „kaiserliche Hilfstruppen" aus Schlesien und durch Sachsen in Böhmen einmarschieren, nahm am 16. September nach heftiger Beschießung Prag und rückte bis Budweis vor, um die Österreicher zur Räumung Bayerns zu nötigen. Dies gelang allerdings; allein er selbst mußte vor der feindlichen Übermacht unter schweren Verlusten nach Schlesien zurückweichen. Bald geriet er in die bedenklichste Lage. Am 8. Januar 1745 verbündeten sich Österreich, Sachsen, England-Hannover und Holland zur Wiedereroberung Schlesiens und zur Erhebung Franz

Stephans von Lothringen, des Gemahls der Maria Theresia, auf den Kaiserthron, im Mai schloß sich auch Rußland im Leipziger „Partagetraktat" an, um für sich Ostpreußen zu erwerben und Sachsen Magdeburg zu verschaffen, also Preußen zu vernichten; dazu verzichtete nach dem Tode Karls des Siebenten in München am 20. Januar 1745 sein Sohn Max Joseph (1745—1777) im Frieden von Füssen auf alle österreichischen Ansprüche. Allein auf sich angewiesen stand Friedrich einer übermächtigen Verbindung gegenüber.

Da entfaltete er zum erstenmal seine Feldherrngröße. Im glänzenden Gegenstoß warf er die aus Böhmen in Schlesien einbrechenden Österreicher und Sachsen am 4. Juni bei Hohenfriedberg und Striegau zurück, folgte ihnen über die Grenze, siegte am 30. September nochmals bei Soor und sicherte sich dadurch die Rückkehr nach Schlesien. Als dann die Gegner noch im Winter von Sachsen aus gegen Berlin vorgehen wollten, fiel er ihnen von Schlesien und Halle her in die Flanke, und der Sieg des greisen Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau bei Kesselsdorf nicht weit von Dresden am 15. Dezember erzwang schon am 25. Dezember den Frieden von Dresden, die Erneuerung des Friedens von Breslau. Die Kämpfe in Belgien, wo die Franzosen, und in Italien, wo die Österreicher im Vorteile blieben, beendete erst am 30. Mai 1748 der Friede von Aachen ohne wesentliche Gebietsveränderungen. Österreich hatte seinen fast ungeschmälerten Bestand und die Kaiserkrone für Franz Stephan (1745—1765), Preußen aber Schlesien behauptet und damit die Großmachtstellung errungen, und Englands Übergewicht zur See stand fester als je. Die längst vorbereitete Erwerbung Ostfrieslands mit dem Aussterben des Fürstenhauses der Cirksena 1744 (s. S. 25) hatte inzwischen dem preußischen Staate auch eine Stellung an der Nordsee verschafft, aber bei der Entlegenheit des kleinen Gebiets wurde sie damals weder politisch noch wirtschaftlich wirklich ausgenutzt.

Die Entstehung einer neuen Großmacht in der zerspaltenen Mitte Europas verschob die bisherigen Machtverhältnisse vollständig und rief auf allen Seiten Mißtrauen und Feindschaft hervor. Österreich hatte in Schlesien eine seiner wichtigsten Provinzen verloren, die ihm die Verbindung mit der nord-

deutschen Tiefebene und mit der unteren Oder gesichert hatte, Kursachsen, bisher Preußen fast ebenbürtig, war jetzt auf die zweite Stufe herabgedrückt, auf drei Seiten von der preußischen Zollpolitik umschlossen und von der Erfüllung der Hoffnungen, eine Territorialverbindung mit Polen herzustellen, oder auch nur Magdeburg zu erwerben, weiter entfernt als je. Rußland endlich sah in Preußen den entschiedensten Gegner seines Bestrebens, die Herrschaft über das machtlose Polen in irgendwelcher Form zu gewinnen. Deshalb schlossen Rußland und Österreich schon 1746 ein Verteidigungsbündnis, das sich gegen einen Angriff Preußens richtete. Auch Sachsen, das für den ganz künstlerischen und höfischen Genüssen hingegebnen Kurfürsten-König Friedrich August den Zweiten (1733—1763) sein Minister Graf Heinrich Brühl unumschränkt regierte, ließ sich in diese Verbindung ziehen, allerdings ohne ihr in seiner ausgesetzten Lage förmlich beizutreten, und ohne daß das Land sich militärisch vorbereitet hätte; vielmehr zerrüttete Brühl, um die Lieblingsneigungen seines Herrn zu befriedigen, die Finanzen und setzte die Stärke des Heeres allmählich von 45 000 auf 17 000 Mann herab, machte also das Land in demselben Augenblicke wehrlos, wo er zum Kriege drängte. Rußland aber brach schon 1750 die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen zu Preußen ab.

Um so mehr pflegte König Friedrich sein altes Verhältnis zu Frankreich. Als aber nun in Nordamerika die unwiderstehliche Ausbreitung der englischen und deutschen Kolonisation über das Alleghanygebirge nach dem Ohiotale hin den alten Plänen der Franzosen, Louisiana und Kanada durch die Besetzung des Mississippilandes zu einem großen Kolonialreiche zu verbinden, in den Weg kam und der darüber jenseits des Meeres 1754 ausbrechende Konflikt auch nach Europa herüberzugreifen drohte, suchte England sich zunächst die Hilfe seines alten Bundesgenossen Österreich zu sichern. Da dies an der entschiedenen Weigerung Österreichs scheiterte, seine Kräfte für die Verteidigung des weitentlegenen Belgiens einzusetzen, so gewann England durch den Vertrag vom 30. September 1755 die Zusicherung russischer Hilfe. Um nun diese für England überflüssig zu machen, und dadurch Rußland „an die Kette zu legen", schloß Friedrich mit England am

16. Januar 1756 den Neutralitätsvertrag von Westminster, durch den sich beide Mächte verpflichteten, ihre beiderseitigen Verbündeten, also Frankreich und Rußland, von jedem Angriff auf die Gebiete der andern abzuhalten. Gerade aber der Verdruß Frankreichs über diesen selbständigen Schritt Preußens, auf dessen Beistand man bisher gerechnet hatte, brachte einen Plan zur Reife, den der Minister Maria Theresias (seit 1753), der erste Vertreter einer rein österreichischen Interessenpolitik, Fürst Wenzel von Kaunitz-Rietberg, schon lange eifrig betrieb, nämlich mit einem Bruch jahrhundertelanger Tradition die alten Gegner Österreich und Frankreich in einem Bündnis zu vereinigen; waren doch beide katholische Mächte und durch keine Gegensätze geschieden, sobald Österreich auf die Behauptung Belgiens kein Gewicht mehr legte. Auf dieser Grundlage schlossen beide am 1. Mai 1756 das Verteidigungsbündnis von Versailles. So hatten sich die alten Verhältnisse der Großmächte zueinander völlig verschoben; auf der einen Seite standen Preußen und England, auf der anderen Österreich mit Rußland und Frankreich.

Daß Friedrich der Große inmitten dieser Umwäzung den Plan gehabt habe, jetzt Sachsen wie früher Schlesien zu erobern und damit einen territorial abgeschlossenen Staat im Osten der Elbe von dem Erzgebirge bis an die Ostsee zu gründen, ist zwar neuerdings behauptet, aber nicht erwiesen worden. Es handelte sich für ihn um einen Verteidigungskrieg; er wollte nur dem Angriff der werdenden ihm weit überlegenen Koalition, der 1757 bevorstand, zuvorkommen durch einen Angriff auf Sachsen und Österreich. Als demnach Maria Theresia seine Anfragen über ihre Absichten ausweichend oder gar nicht beantwortete, ließ er am 28. August 1756 seine Kolonnen in Sachsen, im September auch in Böhmen einrücken und besetzte ganz Sachsen ohne Widerstand. Die kleine sächsische Armee erwartete im festen Lager bei Pirna, gedeckt von der Bergfeste Königstein, wo sich der Kurfürst mit Brühl befand, den Anmarsch der Österreicher unter Browne; der König aber schloß sie eng ein, warf die Österreicher am 1. Oktober bei Lobositz am Mittelgebirge zurück und zwang die ausgehungerten Sachsen, obwohl sie den Versuch machten, den Österreichern auf dem rechten Elbufer doch noch die Hand

zu reichen, am 16. Oktober zur Übergabe, worauf er sie halb gewaltsam in sein Heer einreihte.

Sachsen blieb also in seiner Hand; aber nicht nur war seine eigentliche Absicht, Österreich zum Frieden zu zwingen, mißlungen, sondern sein Angriff, der seiner der wirklichen Sachlage ganz unkundigen Zeit schlechtweg als Friedensbruch erschien, brachte die ihm längst drohende Koalition zum vollen Abschluß. Schon im Januar 1757 beschloß der Reichstag gegen die Stimmen der meisten „evangelischen Stände" den Reichskrieg gegen Brandenburg; im März verbündeten sich Frankreich und Schweden als Bürgen des Westfälischen Friedens zum Schutze der „deutschen Freiheit", und nachdem schon im Januar nähere Vereinbarungen zwischen Frankreich, Österreich und Rußland getroffen worden waren, verständigten sich die beiden ersten Mächte am 1. Mai 1757 in Versailles über eine Teilung Preußens, die den Staat auf den Stand von 1640 zurückgeworfen haben würde, und über den Anfall des südlichen Belgiens an Frankreich. Gegen alle seine Traditionen unternahm es dieses also, Österreich durch die Vernichtung seines deutschen Nebenbuhlers zur alleinherrschenden Macht in Mitteleuropa zu erheben, und gab in kaum begreiflicher Verblendung um einen kärglichen Landgewinn an seiner Ostgrenze die großartigsten Aussichten in Nordamerika preis; das Haus Lothringen aber war bereit, Vorpommern an Schweden, Ostpreußen an Rußland auszuliefern und das Werk einer hundertjährigen Arbeit in Norddeutschland zu vernichten. So vertrat, wie zweihundert Jahre vorher Moritz von Sachsen, jetzt der Markgraf von Brandenburg mit seinen norddeutschen Bundesgenossen Hannover, Braunschweig, Hessen-Kassel, Gotha und Lippe-Schaumburg gegen Kaiser und Reich die wahren Interessen der Nation. Indem er am 11. Januar 1757 ein Bündnis mit England schloß, kam der Kampf um die Zukunft Deutschlands, Nordamerikas und Ostindiens gleichzeitig zur Entscheidung, und ebenso auf den deutschen wie auf den überseeischen Schlachtfeldern wurden die großen Fragen der Weltpolitik ausgefochten.

Diesen ungleichen Kampf mußte Friedrich mit den Mitteln des ärmsten Viertels von Deutschland, der alten Koloniallande östlich von der Elbe und Saale, Sachsen und das 1757 ebenfalls besetzte Mecklenburg inbegriffen, gegen drei Großmächte, Schweden und den größten Teil Deutschlands auf vier Fronten zugleich führen, wobei er von England zwar kräftig mit Hilfsgeldern (1 Million Pfund Sterling), militärisch aber nur schwach unterstützt wurde. Nur zwei Vorteile hatte er: die souveräne Einheit der militärischen und politischen Oberleitung und die Beherrschung der inneren (kürzeren) Linien. Der lange mitteldeutsche Gebirgswall vom Vogtlande bis zum mährischen Gesenke, den er beherrschte, gab seiner Stellung noch besondre Festigkeit. So konnte er, wie der Befehlshaber einer nur schwach besetzten Festung, seine Truppen immer rechtzeitig nach der gerade bedrohten Front werfen. Im Angriff war er nur in den beiden ersten Jahren 1757 und 1758, seitdem wurde er ganz in die Verteidigung zurückgedrängt, und so sehr er sie angriffsweise zu führen suchte, so verengerte sich doch der Kreis der von ihm behaupteten Landschaften mit jedem Jahre.

Zunächst im Jahre 1757 den Plan von 1756 wieder aufnehmend, rückte er von Sachsen und Schlesien aus in Böhmen ein und schloß die österreichische Armee nach dem hartumstrittenen Siege vom 6. Mai in Prag ein. Aber gegen das starke heranziehende Entsatzheer unter Graf Leopold von Daun erlitt er am 18. Juni in der mörderischen Schlacht von Kolin eine entscheidende Niederlage, die ihn nicht nur zwang, nach Sachsen zurückzuweichen, sondern auch seinen ganzen Plan völlig umzugestalten. Denn während er in der Oberlausitz zwischen Zittau und Görlitz den überlegenen Streitkräften Dauns gegenüberstand, ohne ihn zur Schlacht bringen zu können, entwickelte sich der übermächtige Angriff der Koalition von allen Seiten. Im Osten besetzten die Russen Memel und schlugen am 30. August den greisen Feldmarschall Lehwaldt bei Groß-Jägersdorf am Pregel, so daß dieser eben nur Königsberg decken konnte; im Norden überschritten die Schweden die Peene. Im Westen wich vor der französischen Nordarmee unter D'Estrées, die vom Niederrhein her die Lippe aufwärts marschierte, die englisch-norddeutsche Armee des Herzogs von Cumberland aus ihrer starken Stellung am Teutoburger Walde ohne Not nach der mittleren Weser zurück, brach dann die Schlacht bei Hastenbeck unweit Hameln am 26. Juli gerade

in dem Augenblick ab, als sie schon halb gewonnen war, und wurde am 8. September zu der schimpflichen Kapitulation von Kloster-Zeven (zwischen Bremen und Hamburg) genötigt, nach der sich die hannöverschen Truppen hinter die Elbe zurückziehen sollten, also den Franzosen den Weg nach Magdeburg öffneten. Endlich rückte die französische Südarmee unter dem Prinzen von Rohan-Soubise, verstärkt durch die „e(i)lende Reichshilfe", d. i. die meist militärisch ganz untauglichen kleinen Kontingente der süd- und westdeutschen Stände, die den ehrwürdigen Namen des Reiches zum Gespött machten, nach Thüringen und Sachsen vor. Während nun die Russen aus dem roh verwüsteten Ostpreußen bald wieder abziehen mußten, überließ Friedrich die Verteidigung Schlesiens dem Herzog von Braunschweig-Bevern, verscheuchte durch seinen bloßen Anmarsch ein österreichisches Streifkorps aus seiner Hauptstadt und brachte am 5. November, vornehmlich durch die von Seydlitz glänzend geführte Reiterei, bei Roßbach westlich von Merseburg den Truppen Soubises jene schimpfliche Niederlage bei, die in ganz Deutschland mit lautem Jubel als ein endlicher Sieg über französischen Übermut begrüßt wurde. Inzwischen mußte Bevern nach der unglücklichen Schlacht bei Breslau am 22. November Schlesien aufgeben, noch ehe der König, am 13. November von Leipzig aufbrechend, trotz rastloser Eilmärsche ihm Hilfe bringen konnte; aber sein glänzender Sieg bei Leuthen über eine mehr als doppelte Übermacht am 5. Dezember rettete ihm die wichtige Provinz und drängte die Österreicher nach Böhmen zurück.

Für 1758 gestalteten sich Friedrichs Aussichten dadurch günstiger, daß William Pitt, der nunmehrige Leiter Englands, die Konvention von Kloster-Zeven verwarf und in Herzog Ferdinand von Braunschweig einen trefflichen Führer an die Spitze des verstärkten Heeres stellte. Dieser überraschte schon im Februar 1758 die Franzosen in ihren weitausgedehnten Winterquartieren hinter der Aller und Leine, drängte sie ohne ernsten Kampf über den Rhein zurück und schlug sie am 23. Juni bei Krefeld. Erst der Vormarsch der französischen Südarmee, die ihn im Rücken bedrohte, hemmte seinen Siegeslauf. Im Osten versuchte der König, von Schlesien her in Mähren einmarschierend, wie einst 1742 durch die Belagerung

von Olmütz sich den Weg nach Wien zu öffnen. Währenddem aber besetzten die Russen das unhaltbare Ostpreußen und rückten durch das neutrale Polen in die Neumark vor, wo sie Küstrin, den Schlüssel der Straße nach Berlin, belagerten. Hier traf sie der König, der vor Dauns Anmarsch die Einschließung von Olmütz hatte aufgeben müssen, am 25. August bei Zorndorf mit so wuchtigem Schlage, daß sie zurückwichen. Inzwischen aber bedrohte Daun, von einem Reichsheere unterstützt, Dresden, und als Friedrich, um den vorsichtigen Zauderer zur Schlacht zu bringen, sich ihm bei Hochkirch südöstlich von Bautzen in herausfordernder Stellung gegenüberlagerte, erlitt er am 14. Oktober durch einen wohlberechneten nächtlichen Überfall eine furchtbare Niederlage. Trotzdem wich Daun, da er Dresden nicht zu nehmen vermochte, wieder nach Böhmen zurück, und der König behauptete alle seine Länder, mit Ausnahme Ostpreußens.

Nach so ergebnislosem Ringen ließ sich Frankreich nur noch mit Mühe bei dem Bündnis festhalten und beschränkte dessen Zweck ausdrücklich auf die Eroberung Schlesiens. Aber auch 1759 waren die Ergebnisse im Westen den Verbündeten nicht günstiger. Der Herzog Ferdinand wurde zwar bei dem Versuche, der französischen Südarmee das am 2. Januar besetzte Frankfurt a. M. zu entreißen, am 13. April bei Bergen zurückgeworfen, aber über die Nordarmee siegte er am 1. August glänzend bei Minden. Dagegen erlitt der König im Osten den ersten unausgleichbaren Verlust. Denn hier vereinigten sich die Russen nach ihrem Siege bei Kay unweit Züllichau (23. Juli) mit einem österreichischen Korps unter Gideon von Loudon bei Frankfurt a. O. und wiesen den verwegnen Angriff Friedrichs auf ihre feste Stellung bei Kunersdorf am 12. August mit so furchtbaren Verlusten für den König zurück, daß dieser alles verloren glaubte und, um seine Kräfte zu vereinigen, Dresden am 5. September an die Reichstruppen übergeben ließ. Da aber die ebenfalls schwer mitgenommnen Russen wider Erwarten den befürchteten Vormarsch auf Berlin nicht wagten, konnte Friedrich noch im Herbst den Versuch machen, Dresden wiederzunehmen; dabei wurde jedoch sein General von Finck, der die österreichische Rückzugslinie nach Böhmen bedrohen sollte, in seiner ausgesetzten Stellung bei

Maxen in der Nähe von Dippoldiswalde am 21. November mit Übermacht angegriffen und zur Kapitulation genötigt. Zum erstenmal nahmen die Österreicher in Sachsen Winterquartiere.

Mit sinkenden und minderwertigen Kräften richtete Friedrich im Sommer 1760 seine Anstrengungen zunächst auf die Wiedergewinnung Dresdens. Aber die zerstörende Beschießung 14.—30. Juli blieb vergeblich, und die Nachrichten, daß Loudon am 23. Juli Fouqués Korps im Passe von Landeshut fast vernichtet, am 26. Juli Glatz überrumpelt habe und vor Breslau stehe, zwangen den König zum Abzuge nach Schlesien. Hier schlug er Loudon, der ihm entgegenkam, am 15. August bei Liegnitz; aber während er nordwärts eilte, um Berlin von der Brandschatzung durch ein österreichisch-russisches Streifkorps (9.—12. Oktober) zu befreien, überschwemmten Dauns Österreicher ganz Sachsen, und erst der schwere Sieg bei Torgau am 3. November, den noch spät am Abend Zietens Angriff auf die Höhen von Süptitz entschied, brachte das Land größtenteils wieder in die Hände der Preußen.

Während nun im Westen 1760—1761 Herzog Ferdinand gegen die schlaffe Kriegführung der Franzosen das Gleichgewicht im ganzen behauptete, schien im Osten 1761 Preußen erliegen zu müssen. Mit seinem auf 50 000 Mann zusammengeschmolznen Heere konnte Friedrich das Feld nicht mehr halten; er mußte sich damit begnügen, den wieder vereinigten Österreichern und Russen in verschanzten Lagern die Spitze zu bieten, erst bei Bunzelwitz im August, gestützt auf Schweidnitz, dann, als die Russen abgezogen waren und Loudon am 30. September die Festung Schweidnitz überrumpelt hatte, bei Strehlen. Zu dieser verzweifelten Lage in Schlesien kam der Verlust von Kolberg; nachdem die Festung schon zweimal 1758 und 1760, den Angriff der Russen tapfer abgewehrt hatte, mußte sie ihnen jetzt nach heldenmütiger Verteidigung am 16. Dezember übergeben werden. Um Friedrichs Lage vollends hoffnungslos zu machen, verweigerte Lord Bute, der nach dem Tode Georgs des Zweiten (Oktober 1760) Pitts Nachfolger geworden war (Oktober 1761), die Erneuerung des am 12. Dezember 1761 ablaufenden Subsidienvertrages mit Preußen, weil sich auch Spanien im spanisch-bourbonischen

Familientraktat (15. August) den Feinden Englands zugesellt hatte. Aber auch die Kräfte der Gegner Friedrichs, namentlich ihre finanziellen Mittel, waren der Erschöpfung nahe, die Ermüdung und die Enttäuschung bei ihren im ganzen doch sehr geringen Erfolgen allgemein.

So brachte der Tod der längst kränkelnden Kaiserin Elisabeth von Rußland am 5. Januar 1762 eine entscheidende Wendung. Denn ihr Nachfolger Peter der Dritte, der Sohn ihrer Schwester Anna und Friedrichs von Holstein-Gottorp, ein Fürst also halbdeutscher Abkunft und jedenfalls ganz unrussischer Gesinnung, längst ein Gegner des unfruchtbaren Krieges und ein begeisterter Bewundrer Friedrichs des Großen, räumte auf der Stelle Ostpreußen und Pommern, schloß am 5. Mai den Frieden, am 19. Juni sogar ein enges Bündnis mit Preußen, vermittelte auch den Frieden von Hamburg mit Schweden (22. Mai) und ließ Tschernytschew mit einem Korps von 20 000 Mann zu Friedrichs Heer in Schlesien stoßen, um ihn bei der Wiedereroberung von Schweidnitz zu unterstützen. Obwohl nun Peter mit Hilfe der altrussischen Partei schon am 9. Juli von seiner Gemahlin Katharina gestürzt wurde, und diese das Bündnis mit Preußen aufhob, so wagte es doch Tschernytschew, so lange im preußischen Lager zu bleiben, — wenn er auch seine Truppen nicht mitkämpfen ließ — bis Friedrich am 21. Juli 1762 in der Schlacht bei Burkersdorf Daun geschlagen und nach Böhmen zurückgedrängt hatte. Am 9. Oktober kapitulierte Schweidnitz, am 29. Oktober zwang Prinz Heinrich, Friedrichs tüchtiger Bruder, durch den Sieg bei Freiberg die Reichstruppen zur Räumung Sachsens und am 24. November kam eine Waffenruhe für Sachsen und Schlesien zustande, während kecke preußische Streifscharen die kleinen süddeutschen Reichsstände brandschatzten und weithin in Schrecken setzten.

Die letzten Siege waren den Preußen verblieben, jede Möglichkeit, den zähen Heldenmut des Gegners niederzuringen, war für Österreich verloren. Auf der andern Seite hatte der Sieg des Generals James Wolfe bei Quebek am 13. September 1759 den Engländern Kanada überliefert, die Schlacht von Plassy am 23. Juni 1757 ihre Herrschaft in Bengalen und ihr Übergewicht über Frankreich in Indien entschieden, und

allerorten behaupteten sie zur See die Herrschaft. So verständigten sich, unbekümmert um den deutschen Krieg, die Westmächte schon am 3. November 1762 über die Friedenspräliminarien und schlossen am 10. Februar 1763 den Frieden von Paris, der für England die Erwerbung von Kanada, Neuschottland und Florida brachte, also die Herrschaft der angelsächsisch-protestantischen Kultur in Nordamerika entschied und die stolzen Anfänge des dortigen französischen Kolonialreichs zertrümmerte. Für Deutschland hatten die Friedensverhandlungen besonders durch die Vermittlung des Kurprinzen von Sachsen Friedrich Christian am 31. Dezember 1762 im Jagdschloß Hubertusburg bei Oschatz begonnen und führten hier am 15. Februar 1763 zum Abschluß des Friedens auf der einfachen Grundlage des Gebietsstandes vor dem Kriege.

Friedrich der Große hatte in einer furchtbaren Feuerprobe bis auf den letzten Fußbreit seinen Besitz und die Großmachtstellung Preußens behauptet, die Stämme Österreichs aber waren jetzt erst politisch wirklich zusammengewachsen. Der preußisch-österreichische Dualismus war also vollendet. Fortan hing von dem Verhältnis dieser beiden Großmächte das politische Schicksal der Nation ab; die Organe des Reichs hatten nicht nur ihre Ohnmacht erwiesen, sondern sie waren jetzt geradezu in Verachtung gesunken. Aber an den Taten des großen Königs und seines tapferen Heeres aus Deutschen aller Stämme richtete sich zum erstenmal wieder das Nationalgefühl der Deutschen empor, so wenig sie damals die ganze Bedeutung des Kampfes verstehen konnten, und so schwer man in Sachsen die harte Hand des Königs empfunden hatte; und das preußische Volk, das die Interessen der ganzen Nation gegen ausländische Bedrohung so heldenmütig und aufopfernd verfochten hatte, gewann in diesen Erinnerungen einen unvergänglichen Schatz des Ruhmes und sittlicher Kraft. Mochte der König selbst, verhärtet und verbittert, wie er heimkehrte, vor allem die schweren materiellen Verluste, den Rückgang der Bevölkerung (in Preußen um eine halbe Million, in dem nicht minder schwer getroffnen Sachsen um 90 000), die Verwüstung mancher Landstriche, die finanzielle Zerrüttung durch die Ausprägung minderwertiger Münzen tief empfinden: er

hatte, ohne es zu ahnen, den Grundstein für die Erneuerung des Deutschen Reichs unerschütterlich in den Boden gesenkt.

Die Isolierung Preußens dauerte freilich auch nach dem Kriege fort. Am Reichstage hatte es die alte österreichische Mehrheit sich gegenüber, da sich nur Sachsen, nach dem Tode des Kurfürsten August (Oktober 1763) unter Friedrich Christian die gefallene Entscheidung ehrlich anerkennend, näher an Preußen anschloß. Ebenso bestand das Einvernehmen zwischen Österreich und Frankreich fort, und mit England war Preußen tief verfeindet. Die einzige Macht, an die es sich anlehnen konnte, war also Rußland; ja beide Staaten hatten insofern sogar gleiche Interessen, als beide wünschen mußten, die Ohnmacht Polens zu erhalten, Rußland, weil es dort wenigstens mittelbar herrschen wollte, Preußen, weil ein starkes Polen Ostpreußen und die ganze Ostgrenze des Staats aufs gefährlichste bedroht hätte, während Österreich die Kräftigung Polens erstreben mußte. Deshalb schlossen beide Mächte am 11. April 1764 auf acht Jahre ein Verteidigungsbündnis, um die polnische Verfassung, die Polens Ohnmacht verbürgte, aufrecht zu erhalten, die Wahl eines einheimischen Königs durchzusetzen und den Dissidenten (d. h. den Griechisch-Katholischen und den Evangelischen) die ihnen 1733 entzogne politische Gleichberechtigung wieder zu verschaffen. Mit diesem Bündnis begründete Friedrich das Verhältnis Preußens zu Rußland, das seitdem eine der wichtigsten Voraussetzungen seiner deutschen und europäischen Politik geblieben ist.

Beide Mächte setzten zunächst die Wahl Stanislaus Poniatowskis durch (1764—1795), dann mit Hilfe der Magnatenkonföderation von Radom 1767 die Wiederherstellung der Dissidentenrechte. Als sich gegen diese und die fremde Einmischung die Konföderation von Bar (in Podolien) erhob, rückten 1768 russische Truppen ein, erstürmten Bar und jagten die Konföderierten nach Ungarn und nach der Türkei. Da erklärte diese, von Österreich und Frankreich bestimmt, den Krieg an Rußland (1768—1774). Doch die Russen führten den Krieg im ganzen so glücklich, daß ein Eingreifen Österreichs drohte, um ihre Festsetzung an der untern Donau zu verhindern. Da dann auch Preußen nach dem Vertrage von 1764 unter Umständen die Waffen hätte ergreifen müssen,

Friedrich aber vor allem den Frieden für sein tieferschöpftes Land erhalten wollte, so suchte er zu vermitteln und näherte sich deshalb Österreich, indem er 1769 in Neiße, 1770 in Mährisch-Neustadt mit dem jungen Kaiser Joseph dem Zweiten (1765—1790) zusammentraf, der die auswärtige Politik Österreichs schon mehr bestimmte als die alternde Maria Theresia. Nun schlug jene Vermittlung zwar fehl, aber Katharina begriff, daß sie bei ihren türkischen Vergrößerungsplänen Österreich gegen sich, Preußen nicht für sich haben würde, und gab deshalb den preußischen Vorschlägen Gehör, daß sich alle drei Mächte an Polen schadlos halten sollten, nachdem 1769 Preußen das schon 1698 ihm verpfändete Elbing, Österreich die sogenannte polnische (1412 von Ungarn an Polen verpfändete) Zips, 1770 drei westgalizische Starosteien als altungarisches Eigentum in Besitz genommen hatte. Am 5. August 1772 unterzeichneten die drei Großmächte, ohne daß das sinkende Frankreich für seinen alten Bundesgenossen im Osten eingetreten wäre, den Vertrag über die sogenannte erste Teilung Polens. Österreich nahm Galizien, altpolnisches und ruthenisches Land, Rußland das alte Weißrußland, also früher russisches Gebiet, Preußen Ermland und Westpreußen (außer Danzig und Thorn), das alte, 1466 verlorene und halbpolonisierte Hauptland des Deutschen Ordens mit seinem stolzen Haupthause, der Marienburg, dazu ein Stück von Großpolen, den Netzedistrikt. Also büßte die königliche Republik Polen die Auflösung jeder Staatsordnung durch die Selbstsucht und Zuchtlosigkeit des souveränen Adels mit dem Verluste wertvoller, meist den Nachbarn zur Zeit ihrer Schwäche entrissener Grenzlande, Preußen aber gewann die unentbehrlich scheinende territoriale Verbindung zwischen seinen Mittelprovinzen und dem entlegenen Ostpreußen, ein freilich völlig herabgekommnes Gebiet, das aber an Größe Schlesien nicht viel nachstand.

Während nun Katharina die Zweite im Frieden von Kutschuk Kainardschi 1774 den russischen Besitz bis ans Schwarze Meer vorschob, die Erwerbung der Krim und des Kaukasus vorbereitete und über die Moldau und Walachei eine Art Schutzrecht erwarb, um durch dies alles den Angriff auf die europäische Türkei einzuleiten, erneuerte sich der alte Gegensatz zwischen Österreich und Preußen in der bayrischen Erbfolgefrage und verursachte eine verhängnisvolle Entfremdung, die den russischen Eroberungsplänen Vorschub leistete und noch auf den Gang des großen Kampfes gegen die französische Revolution bestimmend eingewirkt hat. Als nämlich die bayrische Linie des Hauses Wittelsbach mit Max Joseph am 30. Dezember 1777 ausstarb, nahm Österreich, alte Pläne erneuernd und auf Frankreichs Hilfe rechnend, einen Teil der Oberpfalz und Niederbayerns unter verschiedenen Rechtstiteln in Anspruch. Dabei stieß es zwar nicht auf den Widerspruch des neuen Kurfürsten, des kinderlosen Karl Theodor von der Pfalz, wohl aber auf den Protest des nach diesem berechtigten Erben Karl August von Pfalz-Zweibrücken. Hinter diesem standen Preußen, das eine Vergrößerung Österreichs auf deutschem Boden nicht zulassen wollte, und Sachsen, dessen Kurfürst Friedrich August der Dritte im Namen seiner Mutter Maria Antonia, einer Schwester Max Josephs, Ansprüche auf die bayrischen Allodien erhob.

Obwohl Frankreich, soeben im Begriffe, in den nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg einzugreifen, jede Hilfeleistung ablehnte, ließ es Österreich doch auf einen Waffengang ankommen, und im Sommer 1778 rückte Friedrich, mit Sachsen verbündet, nochmals von Schlesien her in Böhmen ein, während Prinz Heinrich von der Oberlausitz aus gegen die Iserlinie vorging. Zu einem entscheidenden Kampfe kam es indes nicht, denn beide Teile scheuten ihn, so gern sich Joseph mit dem ersten Feldherrn des Jahrhunderts gemessen hätte: Maria Theresia, mit dem ganzen Plane nicht recht einverstanden, nahm die Vermittelung Frankreichs und Rußlands an. So begnügte sich Österreich im Frieden von Teschen am 13. Mai 1779 mit dem Innviertel, einem kleinen Teile Niederbayerns, und erkannte das Erbrecht Preußens auf die fränkischen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth (nach dem Aussterben der dortigen hohenzollernschen Nebenlinie) an, Sachsen wurde durch eine Geldsumme entschädigt, alles unter französisch-russischer Garantie.

Aber seitdem kannte Joseph der Zweite, der nach dem Tode Maria Theresias am 29. November 1780 die Herrschaft auch in Österreich antrat, nur ein Ziel, die Bekämpfung Preußens, und als vornehmstes Mittel dazu die Zerstörung des

(1774 erneuerten) preußisch-russischen Einvernehmens, den engen Anschluß Österreichs an Rußland. Doch dieser war nur um den Preis einer unbedingten Unterstützung der gierigen russischen Eroberungspolitik möglich. Schon im Jahre 1781 schloß sich auf dieser Grundlage das Bündnis. Darauf nötigte Rußland 1784 der isolierten Türkei die Zustimmung zur Einverleibung der Krim ab, Joseph aber verhandelte in München über den Austausch Bayerns gegen das entlegene Belgien. Zugleich suchte er den österreichischen Einfluß im Reiche zu steigern, indem er Erzherzöge an die Spitze großer Stifter beförderte (z. B. in Köln 1784), und er beunruhigte die bayrischen Bischöfe von Salzburg, Passau und Regensburg aufs höchste durch Abtrennung ihrer österreichischen Sprengel, die unter einheimische Bischöfe gestellt wurden (St. Pölten, Linz). Also geängstigt von der Vergrößerungspolitik des Kaisers, begannen die kleineren Reichsfürsten von Österreich abzufallen und sich um Preußen zu scharen, das allein ihr entgegentreten konnte. Indem nun die österreichische Mehrheit des Reichstages zerfiel, schloß Friedrich am 23. Juli 1785 zunächst mit Sachsen und Hannover den deutschen Fürstenbund und gewann für ihn nicht nur die meisten übrigen norddeutschen Fürsten, sondern auch Pfalz-Zweibrücken, Hessen-Kassel und sogar den Erzbischof-Kurfürsten von Mainz. Die Genossen verpflichteten sich, in Reichsangelegenheiten zusammenzuhalten, den Austausch Bayerns zu hindern und die Reichsverfassung zu behaupten. In der Tat gab Joseph seine bayrischen Pläne auf, und zum erstenmal stand Preußen an der Spitze fast des ganzen außerösterreichischen Deutschlands. Aber eine Reform des Reichs, die manche hofften und betrieben, wie Herzog Karl August von Weimar, konnte schon deshalb aus dem Fürstenbunde nicht hervorgehen, weil er ja die Ohnmacht des Reiches erstrebte, und so wollte es eine tragische Ironie, daß Friedrich der Große, der im Kampfe gegen das Reich emporgekommen war, zuletzt für die Erhaltung der erstarrten unhaltbaren Reichsverfassung eintreten mußte. Auch die gleichzeitigen Bestrebungen der vier deutschen Erzbischöfe, die sich durch die Einrichtung einer stehenden päpstlichen Nuntiatur in München (25. Februar 1785) in ihren oberhirtlichen Rechten bedroht fühlten, mit den Emser Punktationen vom 25. August 1786

die Grundlage einer nationalen Verfassung der katholischen Kirche Deutschlands festzustellen, verliefen im Sande.

In der Tat, das Größte, was Friedrich für Deutschland geleistet hatte, war doch der festgefügte waffenstarke Großstaat von 3600 Quadratmeilen und sechs Millionen Einwohnern, den er bei seinem Tode am 17. August 1786 seinem Neffen Friedrich Wilhelm dem Zweiten (1786—1797) hinterließ. Dieser erweiterte ihn noch durch die Erwerbung der alten fränkischen Hohenzollernlande Ansbach und Bayreuth 1791 und faßte dadurch auch in Süddeutschland Fuß. Aber erfolgreiche Politik im großen Stile zu treiben gelang ihm nicht, obwohl sich dazu mehrfach die günstigste Gelegenheit bot. Er ließ 1787 Holland besetzen, weil seine Schwester Wilhelmine, die Gemahlin des Erbstatthalters Wilhelms des Fünften, während der dortigen Parteikämpfe frech beleidigt worden war; aber den Rat Karl Augusts, Holland in den Fürstenbund aufzunehmen und dadurch wieder in das deutsche Staatsleben hineinzuziehen, befolgte er nicht. Gegen die Vergrößerungspläne Österreichs und Rußlands, die im Frühjahre 1788 gemeinsam den Kampf eröffneten, um die europäische Türkei unter sich zu teilen, verbündete er sich zwar im August 1788 mit England und Holland, dann auch mit Schweden zur Bewahrung des europäischen Gleichgewichts, also tatsächlich zugunsten der längst ungefährlichen Türkei; aber er benutzte weder die schweren Niederlagen der Österreicher, noch die Erschütterung der habsburgischen Monarchie durch den Aufstand in Belgien (1789) und die Aufregung in Ungarn, um in Wien Zugeständnisse für die Stellung Preußens in Deutschland zu gewinnen, sondern begnügte sich, nach dem Tode Josephs des Zweiten, am 20. Februar 1790, von seinem Nachfolger Leopold dem Zweiten (1790—1792) im Vertrage von Reichenbach vom 27. Juli den Verzicht auf alle Eroberungspläne im Osten zu erlangen. Damit wurde auch im ganzen der Friede im Orient wiederhergestellt. Da aber Leopold der Zweite die Pläne Josephs des Zweiten aufgab, so zerfiel die Grundlage des Fürstenbundes und damit dieser selbst. Die Ergebnisse waren also für Deutschland lediglich negativ: der Verzicht auf jede Reform der Reichsverfassung, die Lockerung des von Friedrich dem Großen begründeten Verhältnisses zwischen Preußen und Rußland, eine scharfe

Spannung zwischen Preußen und Österreich, und das tiefe Mißtrauen der Wittelsbacher gegen die österreichische Politik.

* * *

Das Schlimmste war aber doch die unhaltbare Gebietsverteilung, das Ergebnis einer verworrenen, von den verschiedensten Kräften bestimmten Entwicklung von Jahrhunderten. Fast alle deutschen Staatengebilde dieser Zeit waren „Notstaaten", politische Notbehelfe. Das ganze Rheinland (im weitesten Sinne des Wortes, s. I, S. 3), der Kern des mittelalterlichen Reichs und sein ältester Kulturboden, war nach wie vor in zahllose kleinere und größere Gebiete zersplittert, die auch in sich wieder in mehrere, oft weit voneinander getrennte Teile zerfielen; es war infolgedessen zur Bildung größerer, leistungsfähiger administrativer, militärischer und wirtschaftlicher Einheiten, wie sie die fortschreitende Zeit forderte, ganz unfähig. Im Südosten bildete Österreich eine große, natürliche geographische Einheit, verbunden durch den Donaulauf, nur mit Böhmen in das Elbgebiet hineinragend und zusammengehalten durch seine Hauptstadt, die als Kreuzungspunkt aller kürzesten Verbindungslinien zwischen den einzelnen Ländern allen gleich bequem lag; aber der größte Teil dieser geographischen Einheit lag außerhalb der deutschen Reichsgrenze, und die Verschiedenheit ihrer Völker erschwerte ein innerliches Zusammenwachsen ihrer Teile aufs äußerste. Preußen beherrschte das weite Flachland des Nordostens, das älteste Gebiet der germanischen Stämme und doch zugleich ein Kolonialland, zum weitaus größten Teil und gab ihm mit der Erwerbung der polnischen Gebiete ein in wirtschaftlicher wie militärischer Beziehung sehr wertvolles Hinterland, aber der deutsche Charakter des Staats wurde dadurch getrübt, und die kleinen zerstreuten Territorien, mit denen er nach dem Weser- und Rheinlande und bis an die Nordseeküste in altdeutsches Land hinübergriff, waren mit ihm nur ganz äußerlich verbunden und trugen denselben kleinstaatlichen Charakter wie ihre selbständigen Nachbarländer. Kursachsen, Hannover, Hessen-Kassel, Württemberg, Bayern bildeten leidlich abgerundete Gebiete und waren auch nach ihrem Umfange befähigt, modernstaatliche Aufgaben bis zu einem gewissen Grade

zu lösen, aber zu einer wirklich selbständigen Politik reichten auch ihre Mittel nicht aus, obwohl dynastisches Selbstgefühl sie oft genug dazu verführte, eine solche zu versuchen. Von einer eidgenössischen Hochachtung vor diesen unfertigen, verworrenen Gebietsverhältnissen, vor diesen Zufallsgebilden konnte nirgends die Rede sein; gerade die kräftigsten Staaten mußten darauf ausgehen und gingen auch bei günstiger Gelegenheit darauf aus, sich auf Kosten ihrer kleinen Nachbarn zu „arrondieren"; dann am meisten, wenn sie wirklich eine auf strengere politische und wirtschaftliche Einheit ausgehende Politik verfolgten, die durch die bestehende unnatürliche Gebietsverteilung oft in der lästigsten Weise gestört wurde.

Denn so erstarrt das alte Reich war, so reges Leben herrschte in den größeren Einzelstaaten, so rüstig waren zugleich die Fortschritte der Nation in ihrem wirtschaftlichen und geistigen Dasein. Als echter Selbstherrscher der Aufklärung wurde Friedrich der Große das Vorbild für alle, und seine bitterste Feindin, Maria Theresia, war seine größte Schülerin. Nicht daß er kurzweg ein Ideal zu verwirklichen gesucht hätte, aber der Geist der Aufklärung durchdrang den ganzen Staat, und auf manchen Gebieten griff er schöpferisch durch. Die Verwaltungsordnung seines Vaters baute er nur weiter aus, nicht um; er fügte dem Generaldirektorium zwei neue Provinzialministerien (für Schlesien und Westpreußen) und vier Fachabteilungen an und führte die Kreisordnung auch in Preußen, Kleve-Mark und den neuerworbenen Provinzen durch. Aber von einer wirklichen Staatseinheit im modernen Sinne war auch in Preußen keine Rede; die einzelnen Landschaften standen mehr nebeneinander, als daß sie innerlich verbunden gewesen wären. Nicht einmal der Absolutismus der Krone war gesetzlich bestimmt. Denn die Landstände dauerten fort, wenngleich sie auf einzelne Verwaltungsaufgaben beschränkt und ohne Einfluß auf die Staatsleitung waren, und in den Westprovinzen jenseits der Weser (mit Ostfriesland zusammen 237 Geviertmeilen und 542 000 Einwohner) standen sie sogar noch in voller uneingeschränkter Wirksamkeit, namentlich in Kleve-Mark; gerade hier bestand auch eine ausgebildete Selbstverwaltung unter Teilnahme aller Stände in den Erben- und Kirchspieltagen unverändert fort. Auch die soziale Struktur

war hier von der des ostelbischen Landes sehr verschieden. Denn die Bauern waren hier meist frei, die Städte hatten 1765 ihre freie Ratswahl zurückerhalten, und geschlossene Rittergüter mit obrigkeitlichen Rechten gab es hier nicht.

Da hier die Industrie namentlich in der Grafschaft Mark längst auf das platte Land hinausgezogen war, so war auch die Steuerverfassung der östlichen Provinzen, namentlich die städtische Akzise hier niemals durchführbar gewesen. Im Osten blieb dagegen mit der berufsmäßigen Scheidung der Stände auch die darauf beruhende Besteuerung bestehen; nur die Verwaltung der indirekten Steuern übertrug der König nach französischem Vorbilde 1766 einer besondern Zentralbehörde, der sogenannten Regie, und suchte seine Einnahmen durch Monopole auf Tabak und Kaffee (neben dem alten Salzmonopol) zu vermehren, so daß sie wirklich von sieben auf zwanzig Millionen stiegen und die Bildung eines Kriegsschatzes von fünfundfünfzig Millionen Reichstalern (1786) ermöglichten. Seine Volkswirtschaftspolitik griff in die schon weiter vorgeschrittene Entwicklung der westlichen Provinzen mit ihrer Wollen-, Baumwollen-, Seiden- und Leinwandfabrikation, ihrem Bergbau und ihrer Eisenindustrie wenig ein und behandelte sie zollpolitisch als Ausland. Um so mehr ging er darauf aus, die ostelbischen Länder zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschließen, sie vor überlegener Konkurrenz zu schützen und in ihnen eine Industrie, auch durch Einführung noch ganz neuer Industriezweige (Seidenweberei, Porzellanmanufaktur), nach den Grundsätzen des Merkantilismus großzuziehn. Auch suchte er durch privilegierte Handelsgesellschaften einen Anteil am Welthandel zu gewinnen, gründete noch 1772 die Seehandlung als eine Unternehmung des Staats, regelte durch seine Kornhäuser, in die das Getreide von den Domänen und von den Lieferungen für das Heer zusammenfloß, die Getreidepreise. Unermüdlich arbeitete er daran, durch großartige Urbarmachungen (des Oder-, Warthe- und Netzebruchs), Aufteilung der Gemeindeländereien und Parzellierung von Domänen nicht nur neuen Ackergrund für eine planmäßige innere Kolonisation, sondern auch neue Bauernstellen zu schaffen. Während er den Bau von Kunststraßen nur aus militärischen Rücksichten unterließ, um seinen

Feinden den eventuellen konzentrischen Marsch auf seine Hauptstadt nicht zu erleichtern und für das Geld lieber sein Heer zu vergrößern, sorgte er für die Verbindung der Elbe, Oder und Weichsel durch Kanalbauten, machte durch die Anlage des Hafens von Swinemünde die Swine zur wichtigsten Mündung der Oder und suchte durch die Gründung der Preußischen Bank 1765 das Monopol des holländischen Kapitals zu brechen.

Wahrhaft schöpferisch wirkte der König auf dem Gebiete der Rechtspflege und der Gesetzgebung. Nicht nur schaffte er schon 1740 die Folter ab und verzichtete auf jede Kabinettsjustiz, sondern er ordnete auch durch Samuel von Cocceji den Prozeßgang im Sinne eines vereinfachten Verfahrens und ließ von Carmer und Svarez das „Allgemeine Landrecht“ als Gesetzbuch für den ganzen Staat, aber tatsächlich auf der Grundlage der ostelbischen Zustände, ausarbeiten, eine der größten Kodifikationen der Geschichte, ganz durchdrungen von dem Gedanken der Aufklärung, wodurch Preußen der Zeit um ein Jahrhundert vorauseilte (veröffentlicht 1784, in Kraft gesetzt 1794). Für alle Kirchen sprach er schon 1740 den Grundsatz der allgemeinen Duldung aus; er ließ zahlreiche katholische Gemeinden in Berlin und anderen evangelischen Städten zu, gewährte der katholischen Kirche in Schlesien und Westpreußen volle Freiheit und befreite umgekehrt die dortigen Evangelischen von den alten kirchlichen Abgaben an die katholische Geistlichkeit. Dabei hielt er den Katholiken gegenüber sein Oberaufsichtsrecht fest, ordnete die Verhältnisse der gemischten Ehen, zog sogar 58 Prozent des reinen Einkommens der römischen Kirche als Staatssteuer ein. Die Leitung der lutherischen Kirche ging in den alten Provinzen an ein Oberkonsistorium über (1750). Beim Schulwesen begnügte er sich noch fast ganz mit einer allerdings eingreifenden Gesetzgebung, ohne die Verwaltung den Kirchen oder Gemeinden zu entziehen; doch wirkte er unablässig für die Vermehrung der Landschulen namentlich in Schlesien und Westpreußen (wo sie ganz neu zu schaffen waren), sowie für die Errichtung von Lehrerseminaren; für das höhere Schulwesen kam erst mit dem trefflichen Justizminister Abraham von Zedlitz (seit 1771) eine bessere Zeit.

Der „Atlas", der den Staat trug, und seine vornehmste Institution war die Armee. Der König gab ihr gleich nach den Erfahrungen des ersten Schlesischen Krieges jene unwiderstehliche Reiterei, die unter Führern wie Seydlitz und Zieten so viele seiner Schlachten entschied, und noch gegen Ende seiner Regierung schuf er, vom nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege angeregt, in den „grünen Füsilieren" eine vorzügliche Truppe für das zerstreute Gefecht. Aber in den zerstückelten Westprovinzen war die Kantonpflicht nicht durchzuführen, und der König erweiterte schließlich die Exemtionen vom Heeresdienst aus wirtschaftlichen Gründen auch sonst derart, daß das Heer ganz überwiegend aus fremden Söldnern bestand. Deshalb konnte er weder die Lineartaktik der Infanterie ändern, noch die harte Kriegszucht mildern. Also verlor unter diesem größten Feldherrn des Jahrhunderts die Armee, so sehr ihre Zahl wuchs (zuletzt gegen 200 000 Mann), an innerer Tüchtigkeit. Auch an die Begründung einer Kriegsflotte hat Friedrich schon gedacht, aber er verschob sie bis auf die Erwerbung von Danzig, die ihm selbst noch nicht gelang.

So hart und schroff war das Regiment des alternden und allmählich vereinsamten Königs geworden, daß sein Volk mehr mit scheuer Bewunderung als mit Liebe zu ihm emporsah und seinen Tod am 17. August 1786 (in Sanssouci) fast als eine Erleichterung empfand. In der Tat lockerte der Nachfolger Friedrich Wilhelm der Zweite (1786—1797) der „öffentlichen Opinion" zuliebe die Zügel, indem er die verhaßte Regie beseitigte und vorschnell auch die beiden neuen Monopole aufgab; aber er trat auch unter dem Einflusse seines Justizministers Johann Christoph von Wöllner der freigeistigen Richtung mit dem sogenannten Wöllnerschen Edikt vom 9. Juli 1788 entgegen, das alle Geistlichen und Lehrer, die ihr anhingen, mit Entsetzung bedrohte, also zu einer widerwärtigen Spionage Veranlassung gab, und verschärfte sogar die Bücherzensur. Und bald zeigte sichs, daß dieser von der Würde Preußens und seiner eigenen Stellung durchdrungne König weder die Arbeitskraft noch die Selbständigkeit und Festigkeit des Willens besaß, seinen sich beständig vergrößernden Staat in der alten Weise zu übersehen und zu lenken.

Was in Preußen unter verhältnismäßig einfachen Verhältnissen seit dem Großen Kurfürsten langsam erreicht worden war, die Begründung einer gewissen Staatseinheit und einer monarchischen Verwaltung, das versuchte in Österreich unter schwierigern Bedingungen Maria Theresia (1740—1780) in kürzerer Frist durchzuführen, und doch mit günstigem Erfolge, weil sie mit echt weiblichem Takte, unermüdlicher Tätigkeit und festem Willen nur das Notwendige wollte. Die in diesen alten Kolonialländern tiefbegründete herrschende Stellung der weltlichen und geistlichen Grundherren tastete sie nicht an; sie schuf in ihrem glänzenden, lebenslustigen Hofe einen großen geselligen Mittelpunkt für den Adel aller ihrer Länder und stellte Ungarn nach dem Ausgleich von 1741 ganz selbständig neben die deutsch-slawische Reichshälfte. Den Grund zur Staatseinheit dieser Länder legte Graf Haugwitz 1746 mit der Verschmelzung der böhmischen und der österreichischen Hofkanzlei, von der sich nach dem Siebenjährigen Kriege die Hofkammer (für das Finanzwesen) und die Haus-, Hof- und Staatskanzlei (für das Auswärtige, die Lombardei und Belgien) abzweigten. Alle Fäden der Zentralverwaltung liefen im Staatsrat zusammen. Die Einheit des Rechts wurde wenigstens für das Strafrecht 1768 durch die Nemesis Theresiana hergestellt. Mittelbar förderte auch das Zurückweichen der ständischen Verwaltung vor der landesherrlichen in den einzelnen Kronländern die Staatseinheit der Westhälfte. Die ständischen Landesverwaltungen wurden auf die Rechtspflege beschränkt, die bisher ständischen Kreisämter landesherrlichen Beamten übertragen und durch sie einerseits die Verhältnisse zwischen den Grundherren und den Bauern überwacht, andrerseits die ganze Heeresverwaltung den Ständen entzogen, das Heer zu einer einheitlichen monarchischen Institution umgestaltet.

Erst dieses einheitsstaatlich-monarchische Beamtentum konnte die Volkswohlfahrt im modernen Sinne fördern. Seit 1775 verschwanden die Binnenmauten, und die deutsch-slawische Reichshälfte wurde ein einheitliches Wirtschaftsgebiet; die Finanzen, die in der Hauptsache nicht, wie in Preußen, auf den Domänen, sondern auf der auch für den Großgrundbesitz verbindlichen Grundsteuer sowie auf Gefällen und Monopolen beruhten, erhielten eine feste Ordnung, Straßen und Posten waren vortrefflich eingerichtet, in Triest entstand der

einzige große Hafen der Monarchie, zahlreiche Konsulate in Italien und der Levante gewährten dem Handel sicheren Schutz. Innere bäuerliche Kolonisationen wurden nur im Banat und in Galizien mit deutschen Kräften durchgeführt. Selbst in die Verhältnisse der römischen Kirche griff Maria Theresia, so aufrichtig sie dieser Kirche ergeben war, kraft ihres landesfürstlichen Aufsichtsrechts nach den Lehren des Febronius gebietend ein. Sie duldete keinen unmittelbaren Verkehr der Bischöfe mit Rom, machte den Kirchenbann von ihrer Erlaubnis abhängig, beschränkte das Anwachsen der Zahl der Klöster und der Feiertage. Dagegen hielt sie in den deutschslawischen Ländern die Ausschließung der Protestanten von allen Ämtern und von jedem öffentlichen Gottesdienst eifrig und nicht ohne Härte aufrecht. Auch das Schulwesen ordnete sie kraft landesherrlicher Gewalt. Sie wurde durch den trefflichen schlesischen Schulmann, den Abt Ignaz Felbiger, seit 1774 die Gründerin der österreichischen Volksschule, als deren wichtigste Aufgabe in den halbslawischen Ländern die Verbreitung der deutschen Sprache erschien; sie reformierte durch den Niederländer Gerhard van Swieten auch die höheren Schulen, obwohl diese ganz überwiegend noch den geistlichen Orden verblieben, gründete das vornehme Theresianum in Wien und manche Spezialschulen, verwandelte 1773 die Grazer Jesuitenuniversität in eine Staatsanstalt und trug Sorge für die moderne Umgestaltung der medizinischen und philosophischen Studien.

Zum erstenmal gab es in Österreich eine monarchisch-einheitliche Verwaltung deutschen Gepräges, und eine Verwaltung, die wirklich regierte. Indem Maria Theresia sie gründete und Ungarns Selbständigkeit achtete, hat sie die Grundlagen geschaffen, die keiner ihrer Nachfolger ohne den schwersten Schaden für das Reich der Habsburger verlassen hat.

Gleich die Regierung ihres Sohnes Josephs des Zweiten (1780—1790) sollte den Beweis dafür erbringen. Ein idealistischer Doktrinär der Aufklärung, wollte er als despotischer Volksbeglücker dieses alte Österreich ohne jede Rücksicht auf seine Zusammensetzung und seine historischen Grundlagen in einen straff zentralisierten, von Wien aus absolut regierten Einheitsstaat mit wesentlich deutscher Amtssprache verwandeln, der in

dreizehn möglichst gleichförmig verwaltete „Gubernien" (Provinzen) zerfallen sollte. Vom edelsten Willen beseelt, aber mit hastiger Überstürzung ging er ans Werk. Doch von allen seinen Reformen haben eigentlich nur zwei Bestand gehabt, die Aufhebung der Leibeigenschaft und das Toleranzpatent von 1781, das den Protestanten die bürgerliche Gleichberechtigung und den freien Hausgottesdienst gewährte. Um auch die römische Kirche in eine Staatsanstalt zu verwandeln, riß er die österreichischen Diözesen von den auswärtigen Bistümern Salzburg und Passau los und errichtete zwei neue Bistümer in Linz und St. Pölten (S. 82); er unterwarf die geistlichen Orden den Bischöfen und hob ein Drittel der bestehenden Klöster (700 von 2000) trotz der persönlichen Verwendung Papst Pius des Sechsten 1782 auf. Aber durch das alles verletzte er aufs schwerste die beiden Stände, die bisher das Reich der Habsburger eigentlich beherrscht hatten, den Adel und den Klerus, und beleidigte aufs tiefste das stolzeste seiner Völker, die Magyaren, ohne in dem unreifen, schwachen deutschen Bürgertum oder gar in dem mißtrauisch auf jede Neuerung sehenden Bauernstande einen Rückhalt zu finden. So brach 1789 in Belgien, von den Klerikalen geschürt, der offne Aufruhr aus, und in Ungarn herrschte drohende Gährung, während zugleich das Reich in einen wenig glücklichen Krieg mit der Türkei verwickelt war. Da nahm der todkranke Kaiser seine Verfügungen über Ungarn zurück; am 20. Februar 1790 verschied er. Der Nachfolger, sein Bruder Leopold der Zweite (1790—1792), der besonnene Reformator Toskanas, lenkte in die Bahnen Maria Theresias zurück und stellte in Belgien mit bewaffneter Hand die Ordnung und dann die alte Verfassung wieder her. Aber die kirchlichen Neuerungen behauptete er größtenteils, ebenso wie die Aufhebung der Leibeigenschaft.

Hinter den beiden Großmächten traten die übrigen Staaten jetzt auch in dem Maße zurück, als die Regierungen zwar innerhalb der überkommenen Schranken ihrer Gewalt oft wohlmeinend und einsichtig die Volkswohlfahrt förderten, aber fast nirgends eine monarchische Staatseinheit begründeten. In Kursachsen legte Friedrich Christian den Grund zu der Neuordnung der völlig zerrütteten Finanzen; Prinz Xaver reorganisierte als Regent (1763—1768) für den unmündigen Nach-

folger Friedrich August den Dritten, den Gerechten (1763 bis 1827), das Heer nach preußischem Muster, doch ausschließlich auf Grund inländischer Werbung; Friedrich August selbst ordnete die Finanzverwaltung, ohne die selbständige Steuerkasse der Stände zu beseitigen, und gestaltete die Rechtspflege durch Aufhebung der Folter und Reform der Freiheitsstrafen im modernen Sinne um. In den niedersächsischen, ständisch regierten Ländern änderten sich die Verhältnisse fast gar nicht. In Mecklenburg befestigte nach hartnäckigem Streite der „landesgrundgesetzliche Erbvergleich" von 1755 die alte Adelsherrschaft, in Hannover fand diese durch die Abwesenheit des Landesherrn genügende Gelegenheit zu weiterer Festigung.

In West- und Süddeutschland regierte der prachtliebende und kunstsinnige Friedrich der Zweite von Hessen-Kassel (1760—1785) mehr im Stile Ludwigs des Vierzehnten als Friedrichs des Großen und zog einen schweren Fluch auf sein Haus herab, indem er 1776 nach der Fürstenweise des siebzehnten Jahrhunderts den Engländern 12 000 seiner Landeskinder zum Kampfe gegen die Nordamerikaner verkaufte. In Württemberg schaltete Karl Eugen (1738—1793) nicht nur mit seinem Kammergut jahrzehntelang in so verschwenderischer und willkürlicher Weise, daß die Stände unter dem trefflichen Landschaftskonsulenten Johann Jakob Moser endlich Klage beim Reichshofrat erhoben und 1770 die ausdrückliche Anerkennung ihrer Landesverfassung durchsetzten. Seitdem begann der Herzog in verständigere Bahnen einzulenken und wurde allmählich ein fürsorglicher Landesvater. Das kleine Erbe der Zähringer, Baden, kam erst zu einiger Bedeutung, als Baden-Baden nach dem Aussterben des hier regierenden Hauses 1771 mit Baden-Durlach vereinigt wurde, und Markgraf Karl Friedrich (1746—1811) ein musterhaftes Regiment ganz im Sinne der Aufklärung führte. In der Kurpfalz, die Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach 1742 endlich mit dem vielumstrittenen niederrheinischen Erbe der Neuburger vereinigte, zog eine berechnende Volkswirtschaftspolitik und eine in ihrer Art großartige Pflege deutschen Geisteslebens mit Recht die Aufmerksamkeit auf sich. In Bayern, das sich nur mühsam von den Folgen schwerer Kriege erholte, wurde unter dem letzten bayrischen Wittelsbacher Max Joseph (1745—1777)

durch den trefflichen H. A. von Kreittmayr die Rechtspflege neu geordnet und im kurbayrischen Landrecht 1756 eine der bedeutendsten Kodifikationen vollzogen, daneben durch den gelehrten Benediktiner Heinrich Braun die allgemeine Schulpflicht eingeführt und die Schule unter Staatsaufsicht gestellt. Als Karl Theodor 1777 alle wittelsbachischen Länder vereinigte, ging diese Schulreform anfangs fort, aber 1781 wurden die höheren Schulen wieder den geistlichen Orden überlassen, und das Beamtentum verfiel vollständig der Verrottung. In den geistlichen Ländern, namentlich in den rheinischen und fränkischen Stiftern, fanden die Ideen der Aufklärung durch das persönliche Verdienst mancher dieser Wahlfürsten praktische Anwendung, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, aber sie wirkten hier geradezu auflösend, weil sie im grundsätzlichen Widerspruch zu der ganzen Existenz geistlicher Fürstentümer standen, und bereiteten so deren Zusammenbruch vor.

Der Vielstaaterei entsprach die Vielheit der geschlossenen Wirtschaftsgebiete, deren Verbindung durch die besonders in den Zwergstaaten des Westens übermäßig zahlreichen Zollstätten (wie am Rhein) und die Verschiedenheit des Münzfußes (20-Guldenfuß, 24-Guldenfuß oder Talerfuß) noch sehr erschwert wurde. Trotzdem war die Bevölkerung in rascher Zunahme. Hinter dem Durchschnittsmaß von 2000 Einwohnern auf einer Quadratmeile (um 1786) blieben die eigentlichen Ackerbauländer zwar noch wesentlich zurück, die industriellen Länder aber übertrafen es schon bei weitem (Schlesien mit 2500, Sachsen 2700, Böhmen 3200, Württemberg 3900, Berg 4000). Noch beschäftigte die Landwirtschaft in Preußen über siebzig Prozent, in Sachsen fast zwei Drittel, und auch in kleineren Städten war sie ein einträgliches Nebengewerbe. Neben den großen Urbarmachungen traten schon technische Fortschritte auf, von den Regierungen oder den neuen landwirtschaftlichen Vereinen einsichtig gefördert (Klee- und Kartoffelbau, Besömmerung der Brache), und die Viehzucht, namentlich auch die Schafzucht, die Grundlage der heimischen Tuchmacherei, war sehr bedeutend, die sächsische Elektoralwolle (von den neu eingeführten spanischen Merinoschafen) weithin berühmt. Die neue Lehre der französischen Physiokraten, die den Boden als die alleinige Quelle des Reichtums betrachtete,

kam der Landwirtschaft besonders insofern zugute, als sie die Aufhebung der lähmenden Feudallasten förderte.

In den kleinen Territorien, selbst in den meisten alten Reichsstädten verfiel die Industrie völlig und blieb auch unter der Pflege des fürstlichen Merkantilismus oft Hausgewerbe, das größere Unternehmer (Faktoren, Verleger) nur für ihre Zwecke leiteten und zentralisierten. Große Industriezentren im modernen Sinne gab es deshalb noch nicht. In Preußen war das wichtigste Industrieland Schlesien, mit dessen blühendem Leinengewerbe der Staat den ersten Welthandelsartikel gewann; daneben standen Brandenburg (besonders für Tuch- und Seidenfabrikation) und die rheinisch-westfälischen Landschaften; in Sachsen kamen neben der Oberlausitz Chemnitz und das Vogtland empor, in Österreich erwuchs Böhmen zum größten Industrielande für Tuch, Leinwand und Glas, doch waren auch Wien und Linz bedeutende Industriestädte. Noch waren die schlechten Binnenverkehrsmittel (außer in Österreich) wenig gebessert, die Stromfahrt mit vielen natürlichen Hindernissen verknüpft. Darum das geringe Maß von Zentralisation der Handelsbeziehungen und die Bedeutung der nur zeitweilig große Warenmassen ansammelnden Messen von Leipzig, Frankfurt a. O. und Frankfurt a. M. Langsam wuchs der überseeische, auch schon der transatlantische Verkehr, rascher erst seit der Losreißung Nordamerikas von England. Dafür wurde Hamburg weitaus der wichtigste Platz, neben ihm bemächtigte sich Bremen fast des ganzen Tabakhandels. Die Ostseehäfen stiegen nach dem Siebenjährigen Kriege rasch empor, und der preußische Seehandel begann auf der Ostsee den fremden Flaggen starke Konkurrenz zu machen. Wien beherrschte den Donauhandel bis zum Schwarzen Meer und bis nach Konstantinopel, der Freihafen Triest dehnte seinen Handel über die ganze Levante, ja bis nach Ostafrika und Ostindien hin aus.

Mochte auch die deutsche Handelsbilanz im ganzen noch ungünstig sein, in den größeren Staaten kehrte sich das Verhältnis doch bald um, und Deutschland wurde, soweit es ihnen gehörte, ein wohlhabendes Land. Dieser Wohlstand entbehrte fast noch ganz der großen Vermögen, aber es gab auch kaum ein eigentliches Proletariat — nur in den geistlichen Landen

war die Bettelei arg —; er war noch sehr wenig durch die erst langsam sich entwickelnden Versicherungsanstalten und Sparkassen vor plötzlichen Schlägen geschützt, aber er hatte Weltkrisen noch wenig zu fürchten, weil die Verflechtung mit der Weltwirtschaft noch ganz in den Anfängen stand. Allmählich wurden die Städte äußerlich ansehnlicher und reinlicher, die Wohnungen behaglicher und die veralteten Festungswerke machten mehr und mehr Gärten und Promenaden Platz.

Also erwuchs das Bürgertum unter der Pflege des fürstlichen Merkantilismus zu dem wirtschaftlich, gesellschaftlich und geistig maßgebenden Stande der Nation. So unselbständig es politisch war, in jenen Beziehungen begann es auch den Adel in seine Kreise zu ziehen, umgekehrt wie im siebzehnten Jahrhundert, und die deutsche Bildung wurde bürgerlich, denn die Höfe beharrten noch lange in ihrer Vorliebe für die fremde Kultur, bis sich zuerst einige kleinere der deutschen Bildung öffneten. Diese gewann deshalb ihren besonderen Charakter in der Gleichgültigkeit gegen den Staat, in der etwas pedantischen Solidität der Lebensführung, der gesteigerten Selbständigkeit und Bedeutung der Frau, der zuweilen fast krankhaften Weichheit der Empfindung, einer Erbschaft des Pietismus, und dem Mangel an männlichem Stolz. Sie fand nicht einen großen, sondern eine Menge kleinerer Mittelpunkte, vornehmlich im mittleren Deutschland, und ließ schon dadurch der Persönlichkeit ein hohes Maß der erstrebten Freiheit; andrerseits war die schulmäßige Vorbildung des höhern Bürgerstandes durch ganz Deutschland sehr einheitlich. Denn sie beruhte im Gebiete beider Konfessionen noch immer wesentlich auf der alten Lateinschule, die jetzt durch Männer wie J. M. Gesner (in Göttingen) und J. A. Ernesti (in Leipzig) mehr auf den Inhalt der Schriftsteller einging und das Griechische etwas mehr zu berücksichtigen anfing als früher. Die Begründung der auf unmittelbare Vorbildung für das praktische Leben gerichteten „Realschule“ in Berlin durch Johann Julius Hecker 1746 fand noch kaum Nachahmung, und der Versuch des unsteten Johann Bernhard Basedow, die Grundsätze Rousseaus von einer naturgemäßen, auf Selbständigkeit, lebendige Anschauung und körperliche Ausbildung hinarbeitenden Erziehung im „Philantropinum“ zu Dessau (1776—1794) zu

verwirklichen, gab mehr für die Zukunft fruchtbare Anregungen, als daß er für die Zeit allgemeinere Bedeutung gewonnen hätte. Die niederen Volksschichten erhielten durch die Volksschule und durch die reiche pädagogische Literatur wenigstens einen bescheidenen Anteil an dem neuen geistigen Leben. Die Universitäten aber, zu denen 1743 noch das protestantische Erlangen, 1780 die katholische Akademie in Münster hinzukam, gingen jetzt unter dem Einflusse der Philosophie, die nur noch die Vernunft als Autorität anerkannte, nicht mehr wie bisher ausschließlich darauf aus, die feststehende Wahrheit zu überliefern, sondern wollten in unendlicher Arbeit die Wahrheit erst finden und die Jugend zur Mitarbeit daran anleiten.

So kam in der Theologie im beständigen Kampfe mit den Orthodoxen der Rationalismus zur Herrschaft, der an den Glauben den Maßstab einer oft recht nüchternen, ja platten Vernunft legte und eine Vernunftreligion (neben dem Vernunftrecht) konstruieren wollte, aber auch den Anfang zur Bibelkritik und zur Dogmengeschichte machte. Da er jedoch die Bedürfnisse des gläubigen Gemüts ganz unbefriedigt ließ, so stellte sich ihm in Männern wie J. G. Hamann in Königsberg und J. K. Lavater in Zürich ein tiefsinniger oder kindlich gläubiger Mystizismus entgegen, oder auch eine phantastische Magie, die manchen überzeugten Vertreter wie Mesmer fand und durch sie gerade in unkirchlichen Kreisen nicht wenige Anhänger gewann. Wie diese in den Rosenkreuzern (um 1760) eine Art von Ordensgenossenschaft gründete, so gewann der rationalistische Deismus im protestantischen Deutschland durch die sich rasch vermehrenden Freimaurerlogen, im katholischen Deutschland, besonders in Bayern, durch den verwandten Orden der Illuminaten (seit 1776) unter den Gebildeten immer weiteren Anhang, ohne sich doch von den bestehenden Kirchen wirklich loszusagen und etwa eine Aufklärungskirche zu gründen. Aber innerlich wandelten sich diese Kirchen unter solchen Einflüssen so um, daß die alten konfessionellen Gegensätze für die Mehrzahl der Gebildeten fast verschwanden und eine Zeit tiefen konfessionellen Friedens über dieses durch kirchliche Kämpfe so schwer erschütterte Deutschland kam.

Auf solchen Grundlagen erwuchs nun neben großen

systematischen Sammelwerken über das Reichsstaatsrecht eine neue naturrechtlich-absolutistische Staatslehre, deren geistvollster Vertreter Friedrich der Große war, während Justus Möser in Osnabrück im Gegensatze zu ihr die historischen Grundlagen des deutschen Staatslebens feinsinnig erforschte, und es entstand eine Geschichtsschreibung, die zwar immer noch vor allem ungeheueren Stoff sammelte, aber in A. L. Schlözer schon zu scharfer Kritik der Überlieferung fortschritt und in den freilich französisch geschriebenen Werken Friedrichs des Großen bereits zu abgeklärter Darstellung zeitgenössischer Ereignisse durchdrang. Und nun entdeckte nach Vorläufern wie J. Fr. Christ in Leipzig der Altmärker J. J. Winckelmann (1717—1768), „ein spätgeborener Hellene", mit jubelnder Begeisterung zum erstenmal die Hoheit der griechischen Kunst und wies damit die Deutschen über das Römertum hinaus auf das Griechentum als die Quelle aller rein menschlichen Bildung. Indem zugleich J. M. Gesner und J. G. Heyne in Göttingen als das Ziel alles philologischen Studiums statt der Imitation das Verständnis der Schriftsteller hinstellten, entstand die moderne Altertumswissenschaft, die zuerst Fr. A. Wolf in Halle als einen besondern Zweig der Geisteswissenschaften zusammenfaßte. So kam der Neuhumanismus empor, eine Erneuerung, aber keine Wiederholung des alten Humanismus, der nicht von Italien, sondern vom protestantischen Norddeutschland ausging und das Griechentum als die Vollendung reinen Menschentums aufstellte.

Auch an den beschreibenden Naturwissenschaften und in den exakten Disziplinen gewannen jetzt die Deutschen einen ehrenvollen Anteil, hier durch A. G. Werner, K. W. Scheele, beide Forster u. a., dort durch einen der größten Mathematiker der Zeit, Leonhard Euler.

Und nun faßte gegen Ende dieser Periode Immanuel Kant in Königsberg (1724—1804), der echte Vertreter dieses verstandesklaren, energischen Kolonistenvolkes und des absoluten preußischen Beamtenstaats, die ganze Erfahrung der Zeit zu einem geschlossenen philosophischen System zusammen. Von der absoluten Selbständigkeit des denkenden Subjekts, der Grundlage der gesamten Weltanschauung dieser Zeit ausgehend, begrenzte er in der „Kritik der reinen Vernunft" (1781)

die Erkenntnisfähigkeit des Subjekts auf die sinnlichen Wahrnehmungen, die nach angeborenen Anschauungsformen (Kategorien) angeordnet werden. Indem er demnach alles Übersinnliche von der Erkenntnis ausschloß, bezeichnete er doch als „Postulate" der „praktischen Vernunft" (der Sittlichkeit, 1788) die Idee der Pflicht (den „kategorischen Imperativ"), die Freiheit des Willens, die Unsterblichkeit der Seele und das Dasein Gottes.

Diese geistige Bewegung wirkte nun beständig auf die Literatur hinüber. Auch hier begann eine neue Zeit mit dem Widerspruch gegen die Tradition. Gegenüber Gottscheds Nachahmung der rhetorisch-verstandesmäßigen Dichtung des französischen Klassizismus verfochten die Züricher Bodmer und Breitinger zuerst wieder das Recht der Phantasie und des Gemüts, wenngleich sie die Aufgabe der Dichtung immer noch in der Belehrung durch anmutige Schilderung sahen. Diese Losung aufnehmend, fand der Leipziger Dichterkreis in den „Bremer Beiträgen" sein Organ, brachte in Christian Fürchtegott Gellerts (1715—1769) moralisierenden Fabeln und tiefempfundenen geistlichen Liedern eine durchaus bürgerlich-volkstümliche Dichtung hervor und wagte in G. W. Rabeners zahmen Satiren eine schüchterne Kritik des Privatlebens, während der Mecklenburger Chr. L. Liscow seinen Satiren stets eine scharfe persönliche Spitze gab. Aus diesem kursächsischen Kreise ging aber auch der erste große Dichter der Aufklärungszeit hervor, Friedrich Gottlieb Klopstock aus Quedlinburg (1724—1803). Sein „Messias" (1748) war kein echtes Epos, noch weniger als sein Vorbild, Miltons Verlornes Paradies, wurde aber für diese Zeit noch mehr, nämlich die erste wahrhaft große Dichtung in erhabener Sprache und für viele Tausende zugleich ein religiöses Erbauungsbuch; seine Oden aber verklärten in antiken Maßen neben den ewig unausgesungenen Themen Liebe, Freundschaft und Natur zuerst wieder ein deutsches Vaterland, freilich das nebelhafte Deutschland der Urzeit. Gegen diese oft erhabene, aber ebenso oft verstiegene und geschraubte Poesie brachte der Schwabe Christoph Martin Wieland (1733—1813) in seinen Romanen eine heiter-sinnliche Richtung zur Geltung, gewann im Oberon zuerst die Romantik der abendländischen und orientalischen Sagen aus der

Kreuzfahrerzeit der deutschen Literatur, rettete ihr den von Klopstock verpönten Reimvers, gab der deutschen Sprache gefällige Anmut und öffnete durch dieses alles der deutschen Dichtung auch die französisch gebildeten Kreise. Zuerst auf den Boden der Gegenwart und der Heimat trat unter dem erhebenden Eindruck der Siege Friedrichs des Großen der Preußische Dichterverein (Chr. L. Gleim, Christ. Ewald von Kleist, K. W. Ramler). Von ihm ging der größte deutsche Kritiker aller Zeiten und der erste bedeutende Dramatiker aus, der streitbare, mannhafte Kursachse Gotthold Ephraim Lessing aus Kamenz (1729—1781), ein Geistesheld wie wenige. Als Kritiker grenzte er im Laokoon (1766) die Aufgaben der Poesie und der bildenden Kunst mit unwiderleglicher Logik ab und wies, den Spuren Winckelmanns folgend, über das gespreizte Römertum der Franzosen hinweg auf das echte Griechentum, auf Homer, Sophokles, Aristoteles und auf Shakespeare hin; als Dichter schuf er, ganz und gar ein verstandesklarer Mensch der lebendigen Gegenwart, das nationale Lustspiel und das bürgerliche Trauerspiel, für das er zugleich den englischen Blankvers (fünffüßigen Jambus) als das seitdem herrschende Versmaß eroberte.

Aber schon drang von Frankreich herüber der Ruf Rousseaus nach „Rückkehr zur Natur" in die Seelen des jüngeren Geschlechts. Eine grundtiefe Wandlung nicht nur für die Dichtung, sondern für alle Geisteswissenschaften bereitete sich vor. Gegen die durch und durch verstandesmäßige, von aprioristischen Voraussetzungen aus logisch konstruierende Aufklärung erhob sich die Reaktion des Gemüts, gegen die engen Schranken der Sitte und der ständischen Gesellschaft das unbeschränkte Recht der freien Persönlichkeit, des „Genies", das bald kraftgenialisch, bald jeder Empfindung widerstandslos tränenselig hingegeben, sich durchsetzen sollte gegen alle Sitte, ja gegen alle objektive Sittlichkeit; gegen den Hochmut der Bildung regte sich das Interesse an allem Volkstümlichen als dem Natürlichen, gegen das abgezirkelte, eng begrenzte Leben der Städte die Freude an der Natur und an freier Bewegung. Damit geschah der erste Schritt, das Volksleben wieder als ein Ganzes, den Einzelnen als das Glied eines großen Ganzen aufzufassen, von dem Individualismus der Aufklärung, der zunächst in einen

zügellosen Subjektivismus umschlug, zu der sozial-historischen Betrachtung überzugehen. Die Männer des Göttinger „Hainbundes", der sich 1772 um die Verehrung Klopstocks zum Kampfe für echtes Deutschtum gegen Wielands französierende Frivolität erhob, J. H. Voß, M. Claudius, L. Hölty, G. A. Bürger, A. Leisewitz, überwiegend Niederdeutsche, leiteten diese Bewegung ein; Voß schuf, angeregt durch Homer, die deutsche Idylle, Bürger nach dem Vorbilde der altschottischen Volksdichtung die Ballade. Doch ihre leidenschaftlichsten Verfechter fand die „Sturm- und Drangzeit" in süddeutschen Dichtern, und die Folgerungen für die Wissenschaft zog aus ihren Grundanschauungen der Ostpreuße Johann Gottfried Herder (1744—1803). Ihm erschien die Dichtung nicht als Eigentum gebildeter Kreise und einer hohen Kulturstufe, sondern als das Gemeingut des ganzen Volkes auf allen Kulturstufen. Erst von diesem Gesichtspunkt aus erkannte er die biblischen Psalmen wie die Dichtungen Homers, Ossians, Shakespeares als volkstümliche Erzeugnisse einer bestimmten Kulturperiode und drang zugleich zu der bahnbrechenden Erkenntnis vor, daß alle geschichtliche Entwicklung auf dem innigsten Zusammenhang der Zeitverhältnisse, des Volkscharakters und des Landes beruhe, der Grundlage aller modernen Geschichtsauffassung, die er in seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" (1784—1787) zuerst ausführlich entwickelte.

Poetisch verkörperte die Ideale der Sturm- und Drangperiode mit genialer Kraft Johann Wolfgang Goethe, ein Patriziersohn der freien Reichsstadt Frankfurt a. M. (1749 bis 1832). Seine großen Dichtungen aus dieser Zeit (Götz, Werthers Leiden, die Anfänge zu Faust und Wilhelm Meister) und seine Lyrik vereinigten Volkstümlichkeit und tiefen Gehalt und erhoben ihn binnen wenig Jahren zum anerkannt ersten Dichter der Nation. Als ihn dann Herzog Karl August an seine Seite nach Weimar berief (1775), wandte er sich unter dem Einflusse des von Winckelmann und Lessing so geistvoll vertretenen Griechentums mehr und mehr dem klassischen Ideale zu und vollendete diese Wandlung durch seine Reise nach Italien (1786—1788), umgeben von dem Schönheitszauber südländischer Kunst und Natur, der die Germanen

von jeher unwiderstehlich angelockt hat. Als er mit Egmont, Iphigenie, Tasso schon zu voller Reife gelangt war, rang sich der feurige, tiefleidenschaftliche Schwabe Friedrich Christoph Schiller (1759—1805) aus engen Verhältnissen und unter dem Drucke eines harten, wenngleich damals wohlmeinenden Absolutismus zum ersten Dramatiker der Nation empor. Von den gärenden revolutionären Erzeugnissen seiner Sturm- und Drangperiode trat er dann, als er 1789 an der Universität Jena eine feste Stellung gefunden hatte und durch das Studium der Geschichte und der Kantischen Philosophie gereift war, an die ungeheuere Aufgabe heran, die Welt der geschichtlichen Taten, also die Welt des Staats, in gewaltigen dramatischen Schöpfungen und epischen Dichtungen, seinen packenden Balladen, diesem ganz unpolitischen und unhistorischen Geschlechte mit tiefem sittlichem Ernst und unverwüstlichem Idealismus in schwungvoller Sprache vorzuführen. Als sich beide Männer 1794 zum neidlosen Freundschaftsbunde vereinigten, kamen mitten zwischen ungeheueren Umwälzungen unter dem hochsinnigen Schutze eines ernestinischen Fürsten die Tage des hellsten Glanzes der neueren deutschen Dichtung, und die kleine thüringische Residenz, wo gleichzeitig Goethe, Herder, Schiller und Wieland lebten, wurde die literarische Hauptstadt Deutschlands. Die deutsche Bühne beherrschten allerdings die Klassiker von Weimar viel weniger als A. von Kotzebue und A. W. Iffland mit ihren bürgerlich-moralischen Rührstücken und Lustspielen, und die Lieblingslektüre des Bürgerstandes bildeten die formlosen Romane, in denen Jean Paul (Friedrich Richter) idyllisch-humoristisch das Kleinleben enger Kreise schilderte.

An dieser Literatur nahmen die katholischen Landschaften, namentlich Österreich, nur wenig tätigen Anteil, doch blieb der Kern ihrer Gedankenwelt protestantisch, so sehr sie jeder konfessionellen Färbung entbehrte. Der künstlerische Drang der Deutschen Österreichs kam vielmehr zum Ausdruck in der Musik. Durch süddeutsche, vorwiegend österreichische Tonsetzer, Chr. W. Gluck, W. A. Mozart, J. Haydn unter eifriger Teilnahme des Kaiserhofs wurde Wien die musikalische Hauptstadt Deutschlands.

In der bildenden Kunst unterlagen Barock und Rokoko,

die äußersten Ausläufer der römischen Renaissance, allmählich dem hellenisierenden, von Winckelmanns Studien ausgehenden Klassizismus. Er fand das Wesen der Schönheit in den Verhältnissen, bevorzugte in der Architektur die gerade Linie und die glatte Fläche, stellte selbst in der Malerei die korrekte Zeichnung und den Gedankengehalt über die Farbe. In Dresden fand der alte Kunstbetrieb, nachdem er in der katholischen Hofkirche G. Chiaveris ein letztes prunkvolles Beispiel hinterlassen hatte, mit dem Siebenjährigen Kriege ein jähes Ende, dafür erlebten Berlin und Potsdam eine neue Blütezeit vornehmlich in einem Übergangsstil zwischen Barock und Klassizismus, wie ihn besonders Friedrichs des Großen bedeutendster Baumeister W. von Knobelsdorff († 1753) vertrat (Opernhaus, Hedwigskirche, Bibliothek, Sanssouci, Neues Palais). Reiner setzte sich der Klassizismus in Dresden (unter Krubsacius), Kassel (Schloß Wilhelmshöhe), Stuttgart (Solitude), Wien (Schönbrunn) durch. In der Malerei wurden die Führer der neuen Richtung die Sachsen Rafael Mengs (in Dresden und Rom) und A. Fr. Öser (in Leipzig), Angelika Kauffmann aus Vorarlberg (in Rom), der Schleswiger J. A. Carstens, während Daniel Chodowiecki aus Danzig in zahllosen entzückend feinen Zeichnungen die ihn umgebende Welt des Preußentums realistisch schilderte.

Dieses ganze reiche Geistesleben beruhte auf der freien Entfaltung der Persönlichkeit und sah deshalb in ihrer allseitigen harmonischen Durchbildung zur vollendeten Humanität des Griechentums das höchste Ziel aller Kulturentwicklung. Als das wirksamste Mittel dazu erschien die Versenkung in die Welt der Schönheit, der Kunst, die ihre Jünger und Anhänger in eine stille unsichtbare Gemeinde von Weltbürgern ohne alle Schranken des Staats und der Nationalität versammeln sollte. Es war die letzte Folgerung aus der individualistischen Philosophie der Aufklärung und aus dem Drange nach Freiheit von dem harten Zwange des absoluten Staats. Der Staat, in Deutschland noch nicht geadelt zum Nationalstaat, sondern meist ein junges, unfertiges Zufallsgebilde und selten mit einer stolzen, erhebenden Vergangenheit, galt deswegen diesem schönheitstrunkenen, bildungsdurstigen Geschlechte, nicht viel anders wie der mittelalterlichen Kirche,

als ein Notbehelf, als eine Institution, die auch nicht sein könnte und besser nicht wäre, die Vaterlandsliebe als eine Empfindung unreifer Nationen. Erst furchtbare Erschütterungen sollten die Deutschen lehren, daß das höchste irdische Gut des gebildeten Mannes das Vaterland ist, und daß der Staat nichts geringeres ist als die notwendige Folgerung aus der sittlichen Natur des Menschen: das rechtlich zur selbständig wollenden Persönlichkeit geeinte Volk.

* * *

Die französische Revolution entsprang aus dem klaffenden Widerspruche zwischen den Anschauungen der Gebildeten und den Bedürfnissen des Volks auf der einen, dem Regierungssystem, das die Monarchie in der unglücklichsten Weise mit den Sonderinteressen der privilegierten Stände, des Adels und des höhern Bürgerstandes (tiers-état, bourgeoisie), verknüpfte, auf der andern Seite. Sie hoffte nun selbstbewußt, vom naturrechtlichen Doktrinarismus bestimmt, eine völlig neue Staatsordnung auf „vernünftiger" Grundlage aufzurichten und gab damit das größte Beispiel eines Versuchs, die Anschauungen der Aufklärung radikal zu verwirklichen. Aus diesem Grunde wurde sie von den gebildeten Deutschen fast durchweg mit lebhafter Sympathie begrüßt, bis sie in die Schreckensherrschaft des Pariser Proletariats umschlug. Den deutschen Großmächten war die Bewegung deshalb willkommen, weil sie das lange so eroberungslustige bourbonische Königtum innerlich lähmen mußte; sie hatten nur das eine Interesse, daß in Frankreich eine monarchische Ordnung bestehen blieb, und waren um so weiter von dem Gedanken eines Angriffs entfernt, als sie ihre Aufmerksamkeit auf Polen richten mußten. Dort nämlich proklamierte ein Staatsstreich am 3. Mai 1791 eine neue Verfassung, die das Liberum Veto beseitigte, den Bürgern Zutritt zu allen Ämtern, allen Bekenntnissen Gleichberechtigung gewährte und die erbliche Monarchie des Hauses Sachsen einführte. Sie unternahm es also, die schlimmsten Schäden des polnischen Staats zu heilen, forderte aber auch die Einmischung Rußlands heraus und war wenigstens nicht im Interesse Preußens, da dieses eine abermalige Personalunion zwischen Sachsen und Polen nicht wünschen konnte.

In dieser Lage verständigten sich im August 1791 Kaiser Leopold der Zweite und König Friedrich Wilhelm der Zweite im kursächsischen Lustschlosse Pillnitz nur über eine Aufforderung an die europäischen Mächte, an der Wiederherstellung der gefährdeten monarchischen Ordnung in Frankreich mitzuwirken. Als diese durch die Annahme der konstitutionellen Verfassung am 14. September 1791 formell verbürgt schien, fiel jeder Grund zum Einschreiten weg. Auch die inzwischen aufgetauchten Streitpunkte zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich, die Beschwerden der im Elsaß begüterten deutschen Fürsten über die entschädigungslose Aufhebung der Feudallasten und die Bildung bewaffneter Haufen französischer Emigranten auf kurtrierischem Gebiet, über die sich Frankreich zu beklagen hatte, wurden in diesem Punkte durch den Befehl des Kaisers erledigt, die Emigranten zu entwaffnen. Jedoch die republikanischen Parteien, die Girondisten und die Jakobiner, die in der französischen Nationalversammlung rasch zu maßgebendem Einfluß gelangten, wollten den Krieg, um das Königtum zu stürzen, und als nun angesichts unziemlicher Forderungen und Drohungen Kaiser Leopold am 7. Februar 1792 ein Verteidigungsbündnis mit Preußen schloß, am 1. März aber plötzlich starb, da erzwang die Gironde am 20. April mit frevelhaftem Leichtsinn die Kriegserklärung an Österreich.

Da war es nun verhängnisvoll, daß in diesem Augenblicke die Russen, von einer polnischen Partei gerufen, in Polen einschritten und sich zu Herren des Landes machten, in Preußen und Österreich aber, dort durch Graf Haugwitz und Lucchesini, hier (nach dem Rücktritte des Fürsten Kaunitz) mit Graf Philipp Cobenzl eine ideenlose Politik ans Ruder kam, die gierig nach Landgewinn strebte, um jeden Preis und wo es sein konnte, dadurch aber das alte Mißtrauen zwischen den beiden Mächten nur verschärfte. So ging der Herzog Karl von Braunschweig als Oberbefehlshaber im Sommer 1792 gegen Frankreich ins Feld mit schwachen Kräften (im ganzen 80 000 Mann), die allenfalls genügend waren, einer nach den törichten Reden der Emigranten sicher erwarteten royalistischen Erhebung im Lande als Rückhalt zu dienen, aber ganz und gar nicht genügten, Frankreich zu erobern. Inzwischen brach dort am 10. August das Königtum zusammen, weil es sich selbst aufgab, und die alterprobten Truppen der Verbündeten kamen in den Argonnen nicht nur zum Stehen, sondern traten nach der nutzlosen Kanonade von Valmy am 20. September vor den lockeren französischen Heerhaufen den Rückzug an. In Paris aber erklärte die siegreiche Demokratie, gehoben durch den ganz unvermuteten Erfolg, am 22. September die Republik und ging auf allen Punkten zum Angriff über. Vom Elsaß her brach Custine in die wehrlosen geistlichen Gebiete des Rheinlandes ein, nahm am 21. Oktober Mainz ohne Schuß, am 22. Frankfurt a. M.; Belgien wurde durch den Sieg des Generals Dumouriez bei Jemappes unweit von Mons am 6. November erobert. Der Aufruf an alle Völker zur Freiheit vom 19. November („Krieg den Palästen, Friede den Hütten!") und die Hinrichtung König Ludwigs des Sechzehnten am 21. Januar 1793 kündigten dem alten monarchischen Europa den revolutionären Prinzipienkrieg an.

Man säumte nicht, ihn von allen Seiten aufzunehmen. Aber statt ihn als solchen mit allem Nachdruck zu führen, um Europa vor einer ungeheuern Umwälzung zu bewahren, verständigten sich Österreich und Preußen im Oktober 1792 über den friedlichen Umtausch Bayerns gegen Belgien und die Erwerbung polnischen Gebiets, und Preußen erzwang darauf durch den Einmarsch in Polen am 23. Januar 1793 die zweite polnische Teilung, die ihm das Land bis zur Piliza mit Thorn und Danzig sicherte. Da aber der Verlust Belgiens den Tauschplan vorläufig vereitelte, so fiel der neue Leiter der österreichischen Politik, Franz von Thugut, ein Todfeind Preußens, in die alte ausschweifende Vergrößerungspolitik Josephs des Zweiten zurück und dachte sie mit Rußland auch ohne oder gegen Preußen durchzusetzen. Trotz dieses tiefen Zwiespalts zwischen beiden Mächten wurde Belgien im Frühjahr 1793, Mainz im Juli 1793 wiedererobert; aber der damals aussichtsreiche Angriff auf das zerrüttete Frankreich wurde im Interesse Englands zugunsten der doch vergeblichen Belagerung von Dünkirchen aufgegeben. Am Oberrhein begnügten sich die Preußen und Sachsen mit der tapferen Verteidigung der beherrschenden Stellung bei Pirmasens (August und Sep-

tember), und die Österreicher besetzten einen Teil des Elsasses, doch nur, um ihn für sich zu behaupten.

So gewannen die Franzosen Zeit, durch ein allgemeines Aufgebot ungeheuere Truppenmassen aufzustellen (bis Ende 1793 gegen 600 000 Mann) und sie in der neuen beweglichen Schützentaktik, die sich auf gewaltige Artilleriemassen stützte, nach dem Plane des genialen Organisators Lazarus Carnot zu schulen. Zwar hielten die Preußen und Sachsen Ende November bei Kaiserslautern noch tapfer stand, aber die Österreicher erlagen in den mörderischen Gefechten um die Weißenburger Linien von 23. November bis zum 6. Dezember den Angriffen weit überlegener, schonungslos geopferter Massen. Dazu zerfraß giftiges Mißtrauen des preußisch-österreichische Bündnis.

Preußen begann sich deshalb am Oberrhein streng auf die notdürftigste Verteidigung zu beschränken und warf seine besten Kräfte auf Polen, als dort im März 1794 Thaddäus Kosczinsko, der letzte und reinste Held seines Volkes, das Banner des nationalen Aufstandes gegen die fremden Mächte erhob. Zwar behauptete er Warschau gegen die Preußen, weil diese keinen energischen Angriff wagten und im September wegen eines Aufstandes in Südpreußen wieder abzogen, aber der Russe Suworow warf die Polen in blutigen Kämpfen nieder und zog am 8. November in Warschau ein. Dieser russische Erfolg entschied auch den Kampf im Westen. Denn im höchsten Grade mißtrauisch gegen lediglich vermutete heimtückische Absichten Preußens, bewog Thugut seinen jungen Herrn, Kaiser Franz den Zweiten, obwohl genügende Truppen zur Verfügung standen, den Kampf um Belgien aufzugeben, um sich im Osten eine Vergrößerung zu sichern, die im Westen nicht zu haben war. Deshalb räumten die Österreicher nach dem Verluste von Charleroi und der unentschiednen Schlacht bei Fleurus am 26. Juni das Land und gaben, während die Engländer und Holländer auf niederländisches Gebiet zurückwichen, selbst das linke Rheinufer kampflos den Franzosen preis. Damit brachen die dortigen geistlichen Fürstentümer für immer zusammen, und im Januar 1795 fiel auch Holland ohne Kampf den Franzosen in die Hände. Da räumten auch die Preußen nach neuen blutigen Kämpfen die Stellung bei Kaiserslautern und gingen auf Mainz zurück. Der König aber, des ruhmlosen Krieges gründlich überdrüssig, ohne Mittel, ihn weiterzuführen, weil er die dringend notwendige Finanzreform gegen die Sonderinteressen seines Adels nicht wagte, und gedrängt von den hilflosen westdeutschen Reichsständen, befahl Friedensverhandlungen mit Frankreich anzuknüpfen, das in seiner grauenvollen Zerrüttung nach dem blutigen Ende der Schreckensherrschaft im Juli 1794 des Friedens nicht minder dringend bedurfte.

Das Vorgehen Österreichs gestaltete die Lage für Preußen noch ungünstiger. Im Januar 1795 verständigte sich Thugut mit Rußland im tiefsten Geheimnis über die Einverleibung Bayerns, die Teilung der europäischen Türkei und des Restes von Polen, von dem Preußen nur dann ein Stück erhalten sollte, wenn es diesen ungeheueren Umwälzungen zustimmte. Da dies ganz ausgeschlossen war, so drohte ein schwerer Krieg im Osten von Europa. Also blieb für Preußen kaum etwas andres übrig, als am 5. April 1795 mit Frankreich den Sonderfrieden von Basel zu schließen, in dem es grundsätzlich die Abtretung des linken Rheinufers zuließ und allen Reichsständen den Beitritt offen hielt. Nun konnte es allerdings im Osten sein Interesse mit solchem Nachdruck zur Geltung bringen, daß die dritte polnische Teilung vom 24. Oktober 1795 ihm den ganzen Nordwesten des späteren Kronpolens mit Warschau verschaffte, während der Südosten mit Krakau und Sandomir an Österreich, der Osten jenseits der Pripetsümpfe an Rußland fiel. Aber indem es so viel polnisches Land erwarb, gab es das älteste deutsche Kulturland im Westen des Rheins den Franzosen preis und zog sich mit ganz Norddeutschland vom Kriege zurück. Damit vernichtete es sein Ansehen in Süd- und Westdeutschland und überließ dessen Verteidigung an Österreich.

Mit England aufs neue verbündet, entsetzten die Österreicher im Herbst 1795 unter Clerfayt in glänzenden Gefechten das von den Franzosen belagerte Mainz. Als dann Jourdan 1796 vom Niederrhein her nach der Lahn vordrang, Moreau von Straßburg aus Süddeutschland überflutete, schlug der jugendliche Erzherzog Karl jenen am 15. Juni bei Wetzlar, dann, vor Moreaus Überflügelung zurückweichend, am 24. Au-

gust bei Amberg in der Oberpfalz, am 3. September bei Würzburg und zwang dadurch auch Moreau, der inzwischen bis München vorgedrungen war, zum Rückzug. Mächtig stieg Österreichs Ansehen im Reiche.

Da kam ganz unerwartet der Gegenstoß von Italien her. Hier hatten die verbündeten Österreicher und Piemontesen die Franzosen bis auf den schmalen Küstenstreifen um Genua zurückgedrängt, als Napoleon Bonaparte (geb. 1769) dort den Oberbefehl übernahm. Er war ganz und gar ein Sohn der Aufklärung und der aus ihr hervorgegangnen Revolution, der größte Vertreter dieser kriegerischen Demokratie, seit der Vertreibung seiner Familie aus seinem Geburtslande Korsika heimatlos geworden und ohne ein inneres Verhältnis zu Frankreich, durch und durch Egoist, gewalttätig, treulos, lügenhaft, im tiefsten Grunde eine rohe Natur, die von den sittlichen Mächten und den Kräften des Gemüts gar nichts ahnte, aber von genialer Begabung für alles, was sich mit dem Verstande berechnen und erwägen ließ, vor allem für die Finanzen, dazu von feinstem Instinkt für politische Zusammenhänge und ein Stratege ersten Ranges, endlich ein Mann von stahlharter Willenskraft: kurz ein geborener Herrscher, den größten in der Weltgeschichte ebenbürtig. So trat er in eine Welt voll Selbstsucht, Hader und Willensschwäche und schlug sie in Trümmer, um sie nach seinen mechanischen Grundsätzen neu zu ordnen, nicht um Frankreichs, sondern um seiner eigenen persönlichen Herrschaft willen.

In einem glänzenden Feldzuge nötigte er Piemont, Savoyen und Nizza abzutreten, die kleinen mittelitalienischen Staaten, Waffenstillstand und Frieden mit hohen Kontributionen und der Auslieferung ihrer wertvollsten Kunstwerke zu erkaufen. Dann zwang er nach vier blutigen Siegen das feste Mantua am 3. Februar 1797 zur Übergabe und drang, ein Korps nach Tirol vorschiebend, mit nur 34 000 Mann vom venezianischen Flachlande her durch Kärnten bis Ober-Steiermark vor, geradeswegs auf Wien. Diese verwegene, gegen alle hergebrachte Methode verstoßende Kriegführung, die jedem energischen Feinde gegenüber eine Tollkühnheit gewesen wäre, schreckte die österreichischen Diplomaten zu würdeloser Unterwürfigkeit. Am 18. April 1797 unterzeichneten sie im Kloster

Göß bei Leoben den Präliminarfrieden, in dem ihnen Bonaparte gegen Verzicht auf Belgien und Mailand die wehrlose venezianische Republik mit Istrien und Dalmatien, den Gegenstand der Sehnsucht schon Josephs des Zweiten, preisgab, und bewilligten im Frieden von Campo Formio (bei Udine) am 17. Oktober 1797 auch die Abtretung des linken Rheinufers mit Ausnahme der preußischen Besitzungen. Den allgemeinen Frieden sollte ein Kongreß in Rastatt zustande bringen. Während Österreich seine Herrschaft am Adriatischen Meere begründete, räumten seine Truppen die alten Städte links vom Rheine vor den Franzosen. Vereinigt warfen also die Habsburger und die französische Demokratie in einem schlechthin revolutionären Vorgehen den Besitz- und Rechtsstand von Mitteleuropa über den Haufen, wie vorher die Ostmächte in Polen.

Während sich der Kongreß von Rastatt in endlose Verhandlungen verlor und schon den Grundsatz annahm, die durch die Abtretung des linken Rheinufers geschädigten deutschen Fürsten durch geistliche Gebiete zu entschädigen, also einen neuen Umsturz vorbereitete, dehnte die französische Republik, der Verträge nicht achtend, durch Errichtung der helvetischen, der römischen und der parthenopäischen (neapolitanischen) Republik (1798—99) ihren Einfluß immer weiter aus und sandte zugleich ihren besten Feldherrn mit einem auserlesenen Heere 1798 nach Ägypten, um durch dessen Eroberung die Herrschaft Englands im Mittelmeer zu brechen und in Ostindien zu bedrohen. Diese Gewaltpolitik, die freilich den Interessen Frankreichs und des territorialen Europa entsprach, aber von den Zeitgenossen nur als wüster Eroberungstaumel empfunden wurde, rief die zweite Koalition zwischen England, Rußland, Österreich und den sizilischen Bourbonen hervor. Da jedoch Kaiser Paul der Erste von Rußland (1796—1801) in ehrlichem Eifer nur die einfache Wiederherstellung der alten Zustände erstrebte, Österreich dagegen auf neue Eroberungen namentlich in Italien ausging, so krankte die Verbindung schon im Anfang an dem gegenseitigen Mißtrauen der Mächte.

Trotzdem waren die militärischen Erfolge der Verbündeten zunächst äußerst glänzend. Auf dem süddeutsch-schweizerischen Kriegsschauplatze warf Erzherzog Karl bei Stockach nordwestlich

vom Bodensee am 25. März 1799 die Franzosen hinter den Oberrhein zurück und veranlaßte die Auflösung des Kongresses von Rastatt. Dabei wurden die drei französischen Gesandten, als sie endlich am Abend des 28. April die Stadt verließen, auf Befehl der österreichischen Regierung dicht vor den Toren von Szekler Husaren überfallen und ihrer Papiere beraubt, weil man, übrigens ohne Grund, geheime Abmachungen mit Bayern argwöhnte; daß dabei zwei der Gesandten ermordet wurden, war nicht angeordnet, sondern die Folge eines willkürlichen, mißverstandenen Befehls. Auch die westliche Schweiz fiel nach dem Siege bei Zürich am 4. Juni den Verbündeten in die Hände. In Oberitalien aber drängten diese unter des stürmischen Russen Suworow Oberbefehl in einer Reihe glänzender Siege die Franzosen bis auf den Küstensaum von Genua zurück, und die parthenopäische Republik brach vor der „Glaubensarmee" des Kardinals Ruffo morsch zusammen. Für das Jahr 1800 stand der Einmarsch in Frankreich bevor.

Da kam von zwei Seiten her die Wendung. Eine törichte Verschiebung der verbündeten Truppen in nördlicher Richtung, die den Erzherzog Karl nach dem Niederrhein führte, um einen englischen Seeangriff auf die batavische Republik zu unterstützen, zwang Suworow, widerwillig den Marsch über den St. Gotthard nach dem Vierwaldstätter See anzutreten, von wo er dem General Korsakow zu Hilfe kommen sollte. Aber ehe er ihn erreichen konnte, unterlag dieser in der zweiten Schlacht bei Zürich am 25. und 26. September den Franzosen und zog nach dem Bodensee ab. Auch die verwegenen, opfervollen weiteren Alpenmärsche der Russen von Altdorf nach Schwyz und von dort über den Pragel nach Glarus vermochten die Schweiz für die Verbündeten nicht zu retten, und Suworow mußte sich damit begnügen, sein zusammengeschmolzenes Heer durch einen vierten Alpenübergang über den Panixpaß nach dem Vorderrheintale in Sicherheit zu bringen. Erzürnt über das, was er den „Verrat" der Österreicher nannte, rief Paul der Erste sein Heer zurück.

In denselben Tagen, am 9. Oktober, erschien Napoleon Bonaparte ungerufen und unerwartet auf französischem Boden. Wenige Wochen später, am 9. November, stürzte er durch einen Staatsstreich das Direktorium und machte sich, gestützt auf das Heer und klug die tiefe politische Ermüdung des Volks benutzend, als Erster Konsul tatsächlich zum absoluten Herrscher Frankreichs. Die neue bonapartische Verfassung vernichtete zwar die Freiheit, sicherte aber die Gleichheit und gab den Franzosen eine schlagfertige, ganz despotische Verwaltung, ein höchst leistungsfähiges Finanzwesen und das erste Heer Europas, das die Stärke eines Volksheeres mit der militärischen Schulung und dem Geiste des Berufsheeres verband. An die Stelle der erobernden Demokratie trat die erobernde Militärdespotie auf demokratischer Grundlage.

Nunmehr überschritt Bonaparte im Mai 1800 vom Wallis her den Großen St. Bernhard, kam dadurch den Österreichern in den Rücken und entschied mit dem Siege bei Marengo unweit von Alessandria am 14. Juni die Eroberung der Lombardei. Zugleich drängten seine Feldherren Lecourbe und Moreau die Österreicher durch Gefechte und Waffenstillstände erst bis hinter die Isar, dann bis hinter den Inn zurück. Als die Geschlagenen endlich in den ersten Tagen des Dezembers wieder zum Angriff übergingen, schlug sie Moreau am 3. Dezember bei Hohenlinden zwischen München und Ampfing aufs Haupt und zwang sie, ihnen rastlos bis zur Enns nachsetzend, im Waffenstillstande von Steyer am 25. Dezember, ihm Oberösterreich, Tirol, Steiermark, Kärnten und Krain einzuräumen. In denselben Tagen überschritten die Franzosen den Mincio, zu Anfang Januar 1801 auch die Etsch.

Auf diese Nachrichten hin nahm Thugut, die Seele dieser unglücklichen Politik, den Abschied, und Graf Ludwig Cobenzl schloß in Luneville am 9. Februar 1801 im Namen des Kaisers und des Reichs den Frieden ab, eine Erneuerung und Ergänzung des Friedens von Campo Formio. Er bestätigte die Abtretung des linken Rheinufers und Belgiens, erkannte die französischen Tochterrepubliken (die cisalpinische, ligurische, helvetische und batavische Republik) nochmals an und nahm für das deutsche Reich den Grundsatz an, die „Erbfürsten" durch geistliche und reichsstädtische Gebiete zu entschädigen. Damit fiel die zweite Koalition auseinander, und als sich Kaiser Paul der Erste, tief verletzt durch die englische Besitzergreifung Maltas, Frankreich näherte, sogar in dessen Interesse ein Bündnis der Seestaaten zweiten Ranges gegen Englands Über-

griffe bildete und auch Preußen dafür gewann, war England völlig vereinzelt. Da außerdem die Sperrung vieler Absatzwege seine mächtig angewachsene Industrie bedrohte, so schloß es, obwohl es die meisten französischen und holländischen Kolonien erobert hatte, am 25. Mai 1802 den Frieden von Amiens. Napoleon schien das Inselreich in den Staub geworfen zu haben und dachte selbst an eine großartige Kolonisation in Westindien.

So war der allgemeine Friede wiederhergestellt. Doch für Deutschland brachte er zwar neue Umwälzungen, aber keine haltbare Gestalt seiner Gebietsverteilung und seiner Gesamtverfassung. Es hatte mit dem Verluste des linken Rheinufers den neunten Teil seines Bodens, den siebenten seiner Bevölkerung, über 1200 Quadratmeilen mit fast vier Millionen Einwohnern, verloren. Jetzt verfügten die Großmächte, vor allem Frankreich und Rußland, nach Gutdünken über die „Entschädigungen", so sehr Österreich auch für die geistlichen Fürstentümer, die alten Stützen und Schützlinge des Kaisertums, eintrat, und am 25. Februar 1803 nahm die dafür gebildete Deputation des Reichstags die neue Gebietsverteilung im „Reichsdeputationshauptschluß" an. Alle geistlichen Staaten verschwanden mit Ausnahme von dreien (den Gebieten des „Kurerzkanzlers" und der beiden Ritterorden), die Reichsstädte bis auf sechs (Hamburg, Bremen, Lübeck, Augsburg, Ulm, Nürnberg) und wurden, im ganzen 2000 Quadratmeilen mit drei Millionen Einwohnern, mit den weltlichen Staaten vereinigt. Österreich nahm die innerhalb seiner Grenzen liegenden Stiftslande, Preußen die meisten westfälischen, niedersächsischen und thüringischen Stiftsgebiete, Hannover erhielt Osnabrück, Oldenburg das Bistum Lübeck, Bayern erwarb die fränkischen (Bamberg und Würzburg) und bayrischen Bistümer, Württemberg und Baden eine Reihe kleiner angrenzender Territorien bis zum Bodensee. Außerdem empfing der Herzog von Modena den österreichischen Breisgau, der Großherzog von Toskana das Erzbistum Salzburg. Also brach die Verfassung des heiligen römischen Reichs ruhmlos zusammen. Von den zehn Kurfürsten (zu denen jetzt auch Württemberg, Baden, Hessen-Kassel und Salzburg gehörten) waren nun sechs, von den dreiundachtzig Fürsten

dreiundfünfzig protestantisch. Damit verlor Österreich einen großen Teil seines alten Einflusses und wuchs zugleich, indem es westdeutsche Besitzungen aufgab, aus Deutschland heraus, Preußen aber wuchs nach Deutschland noch mehr hinein. Was die Reformation angebahnt, der Westfälische Friede weitergeführt, S. Pufendorf vorahnend vollendet gesehen hatte, Friedrich der Große einmal hatte vollenden wollen, das brachte diese Fürstenrevolution zum Abschluß. Aber so notwendig und also innerlich berechtigt sie auch war, so sehr sie die weltlichen Einzelstaaten auch stärkte, sie wurde vollzogen im Interesse eines ideenlosen fürstlichen Partikularismus, nicht der Nation, sie bahnte deshalb auch keine Erneuerung der unhaltbaren Reichsverfassung an, sondern bereitete nur die Fremdherrschaft vor.

Und diese Fremdherrschaft hüllte sich in den prunkenden Purpur des altkarolingischen Kaisertums. Denn am 18. Mai 1804 wurde Napoleon der Erste zum erblichen „Kaiser der Franzosen" proklamiert, am 2. Dezember als solcher in der Notredamekirche gekrönt. Geblendet von dem neuen Glanze, huldigten die einst so stolzen deutschen Fürsten diesem Emporkömmling, als er im Herbst desselben Jahres in Mainz auf alter deutscher Erde erschien. Auch die gebildeten Deutschen sahen in dem fremden Eroberer nur das Genie, und hatten für die Schmach, die in alledem lag, keine Empfindung. Niemals, auch nicht nach dem Dreißigjährigen Kriege, hat das deutsche Nationalbewußtsein so tief gestanden als in den goldenen Tagen von Weimar.

Auch Preußen trug daran eine schwere Mitschuld. Mit dem Sonderfrieden von Basel hatte es für ganz Norddeutschland ein Jahrzehnt friedlichen Gedeihens gesichert, Wohlstand und Volkszahl wuchsen rasch, auch die polnischen Erwerbungen waren wirtschaftlich sehr vorteilhaft. Ganz Preußen hatte 1803 etwa $9^1/_3$ Millionen Einwohner auf 5700 Quadratmeilen, Schlesien über zwei Millionen, Berlin schon 182 000; die preußische Ausfuhr allein nach England stieg 1800—1805 von $1^3/_4$ Millionen Pfund Sterling auf fast $2^1/_4$ Millionen, Berlins Handel mit Hamburg und Bremen, den wichtigsten europäischen Plätzen für den englischen und den transatlantischen Verkehr, hob sich bedeutend, wie andrerseits mit Leipzig,

dem größten Stapelplatz für den Warenaustausch zwischen England und Osteuropa. Aber das rasche Wachstum Preußens hatte etwas Ungesundes. Nicht nur ließen die fortgesetzten Erwerbungen auf zweifelhafte Rechtstitel hin die Zusammensetzung des Staatsgebiets als etwas Willkürliches und Zufälliges erscheinen, sondern sie verwuchsen auch innerlich nicht mit dem Staate und lockerten die Einheit der Verwaltung. Die polnischen Gebiete, zwei Fünftel des Ganzen, zerstörten sogar seinen rein deutschen Charakter und erforderten in ihrem verwahrlosten Zustande eine Menge von Beamten aus den alten Provinzen (1806 gegen 7000), die dann dort fehlten, wurden auch, ebenso wie die westfälischen und die fränkischen Lande, unter ganz selbständige Oberbehörden gestellt. Für ein rein persönliches Regiment aber, wie es Friedrich der Zweite geführt hatte, war der Staat jetzt viel zu groß; der König verlor sogar die unmittelbare Fühlung mit den Departementschefs und überließ die Vermittelung einer ursprünglich untergeordneten Behörde, dem Geheimen Kabinett.

Auch unter Friedrich Wilhelm dem Dritten (1797—1840) änderte sich zunächst daran nichts. Denn der junge Fürst (geb. 3. August 1770), seit 1793 in glücklichster Ehe mit der liebenswerten, temperamentvollen Luise von Mecklenburg-Strelitz (geb. 10. März 1776) vermählt und in seinem Familienleben wie in allen bürgerlichen Tugenden ein Vorbild für jedermann, war zwar pflichttreu und gewissenhaft, aber pedantisch und beschränkt, auch zu unselbständig und schüchtern, um seine zuweilen richtige Einsicht dem Widerspruch älterer Männer gegenüber durchzusetzen. So blieb, trotz aller Reformpläne und einzelner Reformen im Sinne größerer Verkehrsfreiheit, im ganzen alles beim alten, und namentlich die Armee ging unvermerkt zurück. An die Einführung der Aushebung nach französischem Muster konnte man wegen der polnischen Länder gar nicht denken; es blieb also die alte Ergänzungsweise durch auswärtige Werbung, deswegen auch die überwundene Lineartaktik und die harte Kriegszucht. An die Stelle der kühnen Initiative Friedrichs des Großen trat in der Strategie eine berechnende Klügelei, die den Krieg als angewandte Mathematik betrachtete und den Besitz beherrschender Stellungen für wichtiger hielt als eine gewonnene Schlacht; der

Gamaschen- und Paradedienst verdrängte die Erziehung für das Gefecht. Dazu wurde bei der übergroßen Sparsamkeit die Ausrüstung ungenügend, die Zahl der felddienstunfähigen Stabsoffiziere groß, und die Vermehrung der Heeresstärke hielt mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht Schritt. Und doch lebte und webte dieses Heer in dem Glauben an seine Unüberwindlichkeit.

So entsprach die innere Kraft des preußischen Staats keineswegs seinem wachsenden Umfang, und nach außen befolgte er seit 1795 eine schwächliche Friedenspolitik, die den deutschen Süden schutzlos ließ und endlich nicht einmal mehr den Norden schirmte. Denn Preußen nahm keine klare Stellung zwischen den beiden Weltmächten, die sich zum Entscheidungskampfe von neuem rüsteten. Napoleon wollte zwar in Ruhe sein Frankreich festigen; aber England räumte im Sommer 1803, dem Frieden von Amiens zum Trotz, weder Malta noch das Kapland und zwang ihn so von neuem in den Krieg. Er besetzte Hannover, um auf die englische Politik einen Druck auszuüben. Entschiedener Anschluß an die eine oder andere Seite, das war die Forderung der Stunde. Gegen England auf Napoleons Seite zu treten, wie es der Große Kurfürst oder Friedrich der Große getan haben würde, kam dem König nicht in den Sinn; er sah nur, daß Frankreich im Besitz Hollands, Belgiens und des linken Rheinufers, das ganze westliche Deutschland gewissermaßen im Belagerungszustand hielt und eine Übermacht entfaltete wie niemals selbst unter Ludwig dem Vierzehnten, er fürchtete, daß es auf immer neue Eroberungen ausgehen würde. Trotzdem raffte er sich auch nicht dazu auf, gegen Napoleon das Schwert zu ziehen.

Da die gewaltigen Vorbereitungen des Kaisers zu einer Landung in England dieses aufs schwerste bedrohten, so brachte die englische Diplomatie eine neue (3.) Koalition zwischen Österreich und Rußland zustande (1805). Preußen stand abseits. Und wieder war das Unglück, daß Österreich dabei auf neue Eroberungen ausging, deswegen seinen besten Feldherrn, den Erzherzog Karl, nach Italien schickte und in Süddeutschland den doktrinären Theoretiker Mack an die Spitze stellte. Während dieser Bayern besetzte und bei Ulm Halt machte, um hier die Russen zu erwarten, stand Max Joseph von Bayern, geängstigt

durch die österreichischen Vergrößerungspläne, schon auf dem Sprunge, sich an Frankreich anzuschließen. Napoleon aber umging die österreichische Aufstellung bei Ulm, indem er seine Hauptmasse von Nordfrankreich und Hannover her nach der obern Donau vorschob und schon am 12. Oktober München besetzen ließ; er selbst, von Straßburg aus vorgehend, brachte die Kurfürsten von Baden und Württemberg halb durch Zwang, halb durch Überredung zum Übertritt und schloß die Österreicher bei Ulm von allen Seiten ein. Nur einzelnen Abteilungen gelang es, sich nach Tirol oder Böhmen durchzuschlagen; die Hauptmasse kapitulierte am 17. Oktober. Da nun das inzwischen herangekommne russische Korps viel zu schwach war, die Straße nach Wien zu decken, so wich es unter Gefechten nach Mähren zurück und überließ damit Wien den Franzosen (13. November).

Darauf sammelten sich die Heere in Mähren, die Franzosen auf Brünn, die Russen und Österreicher auf Olmütz gestützt. Nun zogen große österreichische Streitmassen von Italien und Tirol heran oder sammelten sich in Ungarn und Böhmen; Friedrich Wilhelm der Dritte, schwer verstimmt darüber, daß die Franzosen bei dem Marsche nach der Donau ansbachisches Gebiet verletzt hatten, stellte zwar in Schlesien, Franken, Westfalen und Hannover starke Heeresmassen auf, sandte aber den Grafen Haugwitz mit vorsichtiger Instruktion an Napoleon, um eine schwächliche Vermittelung zu versuchen; es war eine Drohung ohne rechten Ernst, ohne den festen Entschluß, im Falle der Ablehnung den Kampf zu wagen. Er wollte abwarten. Inzwischen drängte das erregte Selbstgefühl des jungen Zaren vorschnell zur „Dreikaiserschlacht" von Austerlitz bei Brünn (2. Dez. 1805). Sie endete mit einer zerschmetternden Niederlage der Verbündeten und zerriß die Koalition. Kaiser Franz der Zweite schloß ohne Rußland am 9. Dezember den Waffenstillstand von Brünn, am 26. Dezember den Frieden von Preßburg und trat dabei Venezien an das nunmehrige Königreich Italien, Tirol und Vorarlberg an Bayern, die vorderösterreichischen Lande an Württemberg und Baden ab, gab die noch übrigen Reichsstädte und die Reichsritterschaft preis, erkannte die Königswürde und die Souveränität der Kurfürsten von Bayern und Württemberg an und erhielt für

das alles nur Salzburg und Berchtesgaden, wofür der Kurfürst von Salzburg Würzburg von Bayern empfing.

Diese Wendung entschied die Stellung Preußens und das Schicksal Süddeutschlands. In den Verträgen von Schönbrunn (15. Dezember 1805) und Paris (15. Februar 1806) mußte Preußen sich würdelos herbeilassen, ein enges Verteidigungsbündnis mit Frankreich zu schließen; es überließ Ansbach und Bayreuth an Bayern, Kleve an das neue Großherzogtum Berg, erhielt dafür allerdings das längst ersehnte Hannover, verfeindete sich aber dadurch mit England und verlor bald in einem unblutigen Kaperkriege fast seine ganze blühende Kauffahrtei (etwa 1200 Schiffe). Für Süd- und Westdeutschland aber zog die letzten Konsequenzen einer unheilvollen Entwickelung die Stiftung des Rheinbundes am 17. Juli 1806. Sechzehn süd- und westdeutsche Fürsten traten gegen Anerkennung ihrer Souveränität in ein immerwährendes Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich, erkannten Napoleon als ihren Protektor an und verkündigten amtlich am 1. August ihre Trennung von dem tausendjährigen Verbande des heiligen Reiches. Darauf legte Franz der Zweite am 6. August nicht nur die inhaltsleer gewordene Kaiserkrone nieder, sondern erklärte auch mit einem Staatsstreich die deutsche Kaiserwürde selbst für erloschen. Fortan nannte er sich nur noch Kaiser von Österreich (seit 1804). So entgeistet waren diese alten ehrwürdigen Formen, daß ihr endlicher Zerfall kaum noch hier und da eine Klage hervorrief. Mit stumpfer Gleichgültigkeit sahen die Massen, mit dem erhabenen philosophischen Gleichmut des Weltbürgers die Gebildeten dem kläglichen Zusammenbruch des uralten deutschen Gemeinwesens und der Aufrichtung der Fremdherrschaft über den Südwesten zu.

Zu spät machte Friedrich Wilhelm den Versuch, die letzten Trümmerstücke Deutschlands in einem norddeutschen Bunde zu vereinigen, vielleicht mit dem Traumgedanken, ein norddeutsches Kaisertum aufzurichten. Aber Napoleon fürchtete den schwächlichen Mann nicht mehr; er behandelte jetzt Preußen mit übermütiger Nichtachtung. Noch während der schleppenden Verhandlungen des Königs mit Kursachsen und Kurhessen bot er in England die Rückgabe des eben preußisch gewordenen Hannover an. Das führte zum Bruche. In aufwallendem

Ehrgefühl befahl Friedrich Wilhelm am 9. August 1806 die Mobilisierung des größten Teils der preußischen Armee, und stürmische Kriegsbegeisterung lohte in der Hauptstadt empor. Aber statt nun bei der Isolierung sich zunächst auf die strenge Verteidigung der Elblinie zu beschränken, bis die erbetene russische Unterstützung herankam, sammelte man mit dem zuversichtlichen Stolze des friderizianischen Preußens eine Armee von 150 000 Mann, die Sachsen eingerechnet, unter dem Herzog Karl von Braunschweig (mit G. D. Scharnhorst als Generalstabschef) im nördlichen Thüringen, erst um Erfurt, dann um Weimar, mit vorgeschobenen Abteilungen bei Saalfeld und Hof, um über den Thüringer Wald in das rheinbündische Süddeutschland einzubrechen, und versäumte dann doch wieder kostbare Tage, weil man bedächtig und entschlußlos den Ablauf der Frist für die Beantwortung eines völlig zwecklosen Ultimatums abwarten zu müssen glaubte (8. Oktober).

An der Spitze eines nationalfranzösischen und rheinbündischen Heeres von 200 000 Mann, das durch die Einteilung in selbständige Armeekorps aus allen Waffen äußerst beweglich war, den Gegnern in jeder Beziehung überlegen, entschied Napoleon den Feldzug wieder durch einen genialen Aufmarsch. Indem er vom Main her in drei Kolonnen die Saale abwärts in der Richtung auf Leipzig vordrang, bedrohte er die preußische Rückzugslinie nach der Elbe. Seine Vortruppen warfen Tauentzien am 8. Oktober bei Schleiz zurück, überwältigten am 10. Oktober mit dreifacher Übermacht bei Saalfeld den ritterlichen Prinzen Louis Ferdinand von Preußen, den Liebling der Frauen und des Heeres, der selbst dabei im Handgemenge fiel, und besetzten schon am 12. Oktober unter Marschall Davoust Naumburg. Auf diese unglücklichen Nachrichten hin trat die Hauptmacht unter dem Herzog von Braunschweig mit dem König den Rückzug nach der Saale an, während zu dessen Deckung Fürst Hohenlohe mit 50 000 Mann auf der Hochebene zwischen Weimar und Jena stehen blieb. Aber der Braunschweiger vermochte trotz seiner Überzahl am Nebelmorgen des 14. Oktober nicht die Stellung Davousts um Hassenhausen bei Auerstädt oberhalb des Saaletales zu bewältigen und ging am Abend auf Weimar zurück; Fürst Hohenlohes Truppen aber, über die ganze Hochebene verzettelt, wurden

in denselben Stunden bei Jena von Napoleon selbst mit Übermacht (80 000 Mann) angegriffen und nach heißem Kampfe besonders um das Dorf Vierzehnheiligen in völliger Auflösung nach Weimar zurückgeworfen. Hier in der Dunkelheit unvermutet aufeinanderstoßend und sich gegenseitig verwirrend, traten die beiden preußischen Heere noch in der Nacht den Rückzug nordwärts nach Sondershausen an, um auf weiten Umwegen durch den Harz und um den Harz Magdeburg und die Elblinie zu gewinnen.

Napoleon aber öffnete sich durch das Gefecht bei Halle (17. Oktober) und den Waffenstillstand mit Sachsen den kürzeren Weg nach der Elbe, ließ schon am 24. das fassungslose Berlin besetzen und zog am 27. Oktober von Charlottenburg her selbst durch das Brandenburger Tor die Linden hinunter in der Hauptstadt ein. Rastlos verfolgt kapitulierten die preußischen Korps, die vereinzelt Stettin zu gewinnen suchten, eins nach dem andern, am 28. Oktober das des Fürsten Hohenlohe bei Prenzlau, am 29. ein andres bei Pasewalk. Blücher erreichte in atemlosen Gewaltmärschen mit völlig erschöpften Leuten Lübeck, in der Hoffnung, von da aus zur See nach dem Osten kommen zu können, wurde aber am 6. November in heftigem Straßenkampfe aus der alten Hansestadt hinausgedrängt und mußte am nächsten Tage bei Ratkau an der Trave ebenfalls die Waffen strecken. Nur schwache Trümmer des stolzen Heeres kamen über die Oder. Doch das Unglück wurde erst vollendet durch die widerstandslose, schimpfliche Kapitulation aller Festungen westlich von der untern Oder. Schon am 15. Oktober fiel Erfurt, am 25. Spandau, am 29. Stettin, am 1. November Küstrin, am 8. November auch Magdeburg, der feste Hort des Staats im Siebenjährigen Kriege, trotz seiner Besatzung von 20 000 Mann, im Laufe desselben Monats noch die Weserplätze Hameln und Nienburg. Nur die schlesischen Festungen und fern an der Ostsee das tapfere Kolberg hielten stand. Nicht eigentlich Feigheit war die Ursache dieser unerhörten Kapitulationen, sondern die innere Haltlosigkeit der Befehlshaber, als ihr für unüberwindlich gehaltener Militärstaat morsch zusammenbrach. Da sich nun auch die Polen erhoben, so mußten die Reste des preußischen Heeres bis hinter die untere Weichsel zurückweichen. Bis dahin schaltete

unbedingt das Gebot Napoleons. Er schrieb ungeheure Kontributionen aus, entthronte den Kurfürsten von Hessen und den Herzog von Braunschweig und bildete aus ihren Ländern, hannöverschen und preußischen Gebietsteilen das Königreich Westfalen für seinen leichtlebigen Bruder Hieronymus (Jérôme): er zwang die übrigen norddeutschen Fürsten zum Eintritt in den Rheinbund und gab dem Kurfürsten von Sachsen unter dieser Bedingung im Frieden von Posen (11. Dezember 1806) die Königskrone.

Daß Friedrich Wilhelm, ermutigt durch Königin Luise, die damals aus einem liebenden Weibe zur Heldin wurde, in dieser furchtbaren Lage den am 16. November abgeschlossenen Waffenstillstand zurückwies und sich zögernd entschloß, mit Rußlands Hilfe den Kampf fortzusetzen, entsprach einem gründlichen Umschwunge in der Stimmung des Volkes. Vor der harten Tatsache der Fremdherrschaft zerfloß die weltbürgerliche Gleichgültigkeit gegen den Staat in nichts; der Stolz auf eine große Vergangenheit, die Anhänglichkeit an das Königshaus und ein zäher Haß, wie ihn die Franzosen im kleinstaatlichen Deutschland noch nirgends angetroffen hatten, traten mehr und mehr hervor; die Herren von dem alten Militäradel stellten sich freiwillig zu den schwarz-weißen Fahnen, und Tausende von Reservisten und Versprengten schlugen sich nach dem fernen Ostpreußen durch. Da hier freilich die russischen Hilfstruppen nur langsam und spärlich eintrafen und nach dem blutigen Treffen bei Pultusk am Narew (26. Dezember) nur Königsberg deckten, so mußte Scharnhorst mit dem Korps Lestocq die bis dahin zähe verteidigten Weichselübergänge preisgeben. Die Franzosen überschritten darauf die Weichsel, doch der strenge Winter hemmte alle Bewegungen, und in der furchtbaren Schlacht bei Preußisch-Eylau südlich von Königsberg am 7. und 8. Februar 1807 entrissen Scharnhorsts Bataillone dem Imperator den schon errungenen Sieg. Abermals trat eine tatsächliche Waffenruhe ein. Friedrich Wilhelm schien sich aufzuraffen: die preußischen Rüstungen wurden aufs eifrigste betrieben und neue Ratgeber gewannen Einfluß. Der König beseitigte endlich das Geheime Kabinett, entließ Haugwitz und berief den Freiherrn K. A. von Hardenberg (geb. 1750) zum Minister des Auswärtigen. Mit Rußland

aber schloß er am 26. April 1807 den Vertrag von Bartenstein, worin sich beide Mächte verpflichteten, den Krieg bis zur Befreiung Deutschlands und zur Wiederherstellung Preußens fortzusetzen und keinen Sonderfrieden einzugehen: ein wahrhaft verwegenes Programm in diesem Augenblicke.

Während dieser ergebnislosen Kämpfe im alten Ordenslande waren auch die größern schlesischen Festungen im Verlaufe des Winters vom Dezember 1806 bis zum Februar 1807 den rheinbündischen Truppen unter König Jérôme erlegen, aber Kosel hielt der Oberst von Puttkammer, die natürliche Gebirgsbastion der Grafschaft Glatz mit Glatz und Silberberg Graf Friedrich Götzen mit ausdauerndem Heldenmut, und Kolberg wurde durch die geniale Verteidigung des Majors Neidhardt von Gneisenau, den Ferdinand von Schill durch kecke Streifzüge, die wackere Bürgerschaft unter Joachim Nettelbeck durch opferfreudige Hingabe unterstützte, zum Ausgangspunkt einer neuen Art des Festungskrieges und zur Wiege des neuen preußischen Waffenruhms. An der Weichsel hielt der greise Courbiere das kleine Graudenz.

Doch nach der endlichen Übergabe von Danzig am 25. Mai drangen die Franzosen, auf 200 000 Mann verstärkt, mit fast doppelter Übermacht gegen Königsberg vor und siegten nach einer empfindlichen Schlappe bei Heilsberg (10. Juni) entscheidend am 14. Juni 1807 bei Preußisch-Friedland an der Alle. Mit den Trümmern des Heeres ging auch die königliche Familie hinter den Njemen nach Memel zurück. Eine Fortsetzung des Krieges wäre jetzt nur noch auf russischem Boden möglich gewesen. Doch mit den Mitteln und der Standhaftigkeit des Zaren war es zu Ende. Er schloß allein Waffenstillstand und ließ sich bei einer persönlichen Zusammenkunft auf dem Njemen bei Tilsit (25. Juni) von Napoleons Überlegenheit für den Gedanken gewinnen, gemeinsam mit Frankreich Europa zu beherrschen. Preußen wollte Napoleon ursprünglich vernichten, die Hohenzollern auf Altpreußen beschränken. Doch der Zar verhinderte das, weil er eine solche Ausdehnung des französischen Machtgebiets scheute. Umsonst suchte Königin Luise, die schweren Kränkungen vergessend, mit denen sie Napoleon in seinen Bulletins überhäuft hatte, indem er sie als die ränkevolle Urheberin des Krieges verdächtigte, in einer

Unterredung den Eroberer milder zu stimmen (6. Juli); am 7. Juli 1807 schloß Rußland in Tilsit den Frieden, am 9. Juli mußte Preußen die französischen Bedingungen annehmen. Während sich für Rußland die Aussicht auf die Erwerbung des schwedischen Finnland und der türkischen Donaufürstentümer eröffnete, erhielt der König von Preußen nur „aus Achtung vor dem Kaiser aller Reußen" etwa die Hälfte seiner Provinzen, nämlich Preußen (doch ohne Danzig und Thorn), Pommern, Brandenburg und Schlesien, im ganzen nur 2880 Quadratmeilen mit 4½ Millionen Einwohnern zurück, versprach eine schwere (doch damals noch nicht bestimmte) Kriegskontribution zu zahlen, bis zu deren Abtragung 120 000 Mann Franzosen im Lande stehen bleiben sollten, und unterwarf sich, wie auch Rußland getan hatte, der Kontinentalsperre, die Englands Handel vernichten sollte. Aus den polnischen Provinzen Preußens bildete Napoleon das Herzogtum Warschau, das er dem König von Sachsen übertrug. Der Staat Friedrichs des Großen schien vernichtet, jede Möglichkeit zu neuer Erhebung verloren zu sein.

Anläufe zur Neugestaltung 1807 bis 1858

Niemals, selbst nach dem Dreißigjährigen Kriege nicht, war die nationalpolitische Lage Deutschlands so trostlos gewesen wie 1807. Das uralte Gemeinwesen deutscher Nation war aufgelöst, das linke Rheinufer stand unmittelbar unter französischer Herrschaft, die ganze Westhälfte des Landes, das gesamte alte Deutschland, der Rheinbund, 5700 Quadratmeilen mit 15 Millionen Einwohnern, mittelbar, und zwar in eine Menge souveräner Staaten zerrissen, die nur durch die gemeinsame Knechtschaft verbunden waren, denn die geplante Bundesverfassung kam niemals zustande. Im Osten war Österreich noch immer eine Großmacht geblieben, aber Preußen ein verarmter Mittelstaat geworden, auf drei Seiten von feindlichen Nachbarn eingeschnürt und mißtrauisch überwacht. Da auch Holland und Italien von Frankreich ganz abhängig waren, so war das neukarolingische Weltreich eine machtvolle Wirklichkeit, unvergleichlich stärker als das alte und auch wirtschaftlich abgeschlossen, seitdem die Kontinentalsperre vom 21. November 1806 alle Häfen des französischen Reichs und Machtgebiets der englischen Einfuhr verschlossen und der blühenden französischen Industrie einen weiten Markt geöffnet hatte. Es war das größte Ergebnis der „Aufklärung".

Nicht von diesem Ideenkreise konnte daher der Sturz des Napoleonischen Reichs ausgehen. Es erlag vielmehr der natürlichen Gegenwirkung der Nationalitäten. Aber auch nach der Befreiung gelang es den Deutschen nicht, eine alle Stämme einende Gesamtverfassung aufzurichten. Lediglich der friedliche Dualismus Preußens und Österreichs konnte diesen Mangel bis zu einem gewissen Grade ersetzen. Nur im Innern der Einzelstaaten siegte jetzt überall die Staatseinheit und kurz danach

außerhalb Österreichs auch der konstitutionelle Gedanke, am spätesten in Preußen. Doch die lebendige wirtschaftliche und geistige Entwicklung drängte unaufhaltsam zur strafferen politischen Einheit der Nation. So bildeten allmählich die denkenden Köpfe eine nationalgesinnte Oberschicht, und die wirtschaftliche Einheit wurde im Zollverein für das außerösterreichische Deutschland fast ganz verwirklicht. Freilich, der besonders von den geistig führenden Kreisen ausgehende Versuch, eine neue Gesamtverfassung auf demokratischer Grundlage herzustellen, scheiterte 1848—1849 noch. Doch vermochte auch die Reaktion nur die allzu demokratischen Auswüchse der Bewegung zu beseitigen, den Zug nach der nationalen Einheit dagegen nicht zu unterdrücken.

* * *

Die Befreiung Deutschlands von der Fremdherrschaft ging von zwei Seiten aus: von einer tiefgreifenden Umgestaltung des geistigen Lebens und von der inneren Erneuerung des preußischen Staats. Schon vor der Unterjochung hatte die „Romantik" eingesetzt, deren Vertreter sich vor allem in Jena, Heidelberg und Berlin sammelten, hier die Gelehrten, dort die Dichter. Anknüpfend an die Gedanken der Sturm- und Drangperiode, vor allem an Herder, betrachteten die Romantiker als das Wesen der Poesie die schrankenlose Hingabe an die Empfindung und Phantasie und wandten sich deshalb besonders den Erzeugnissen der naiven Kulturstufen zu, in denen sich diese Kräfte ungestört von verstandesmäßiger Erwägung entfaltet hatten, also der Volksdichtung und dem Mittelalter aller Völker, vor allem des deutschen Volkes. Durch Übersetzungen und Sammlungen erweiterten Männer wie Ludwig Tieck, August Wilhelm und Friedrich Schlegel, die beiden Brüder Jakob und Wilhelm Grimm aus Hanau (Kinder- und Hausmärchen, 1812), Achim von Arnim, Brentano u. a. m. unermüdlich den damals noch sehr engen Kreis der Kenntnis. Der innige Zusammenhang aller Äußerungen des Volkslebens wurde erkannt, die Kultur als ein großes einheitliches Ganze, die Poesie als ein Ausfluß der schöpferischen Kraft des Gesamtvolkes begriffen. Von diesem Standpunkt aus behandelten A. F. Wolf in Halle (1795) zuerst Ilias und Odyssee, A. W.

Schlegel und Fr. H. von der Hagen das Nibelungenlied als Erzeugnisse einer langen Periode epischen Volksgesanges, nicht eines einzigen, großen Dichtergeistes. Ganz ähnlich verstand Eichhorn das deutsche, Savigny das römische Recht als entstanden aus dem Geiste ihres Volkes, und während Johannes von Müller mit taciteischer Wucht die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft noch im guten Glauben an die volkstümlichen Sagen schrieb, faßte der zum patriotischen Preußen gewordene Dietmarsche Barthold Georg Niebuhr in seiner Römischen Geschichte (1811—1812), dem bedeutendsten wissenschaftlichen Werke der Zeit, mit scharfer Kritik der Überlieferung den römischen Staat als das Produkt des römischen Volkstums auf. Erst jetzt wandte man auch den von dem Hochmute der „Aufklärung" verkannten und mißhandelten Baudenkmälern des Mittelalters ein verständnisvolles Studium zu; die Brüder Sulpiz und Melchior Boisserée entdeckten Reiz und Wort der zerfallenden Riesenruine des Kölner Doms, Max von Schenkendorf der jämmerlich verunstalteten Marienburg.

Damit war eine entscheidende Wendung in der Auffassung von der Stellung der Einzelpersönlichkeit zum Ganzen gegeben; sie erschien jetzt nicht mehr losgelöst, sondern als das Glied einer großen Gemeinschaft, vor allem des Staates. Deshalb sollte sich nach dem großen schweizerischen Pädagogen Pestalozzi, der Rousseaus pädagogische Grundgedanken auf deutschen Boden verpflanzte, die sittlich-religiöse Erziehung des Menschen in drei Stufen entwickeln, in der Familie, in der Gemeinde, im Staate. Ebenso betonte der große Theologe und Kanzelredner Schleiermacher in Berlin, daß der Einzelne nur als Glied eines Ganzen zur vollen Durchbildung seiner Persönlichkeit gelangen könne, und daß aller Wert des Menschen in der Kraft und Reinheit des Willens liege, mit dem er sich freiwillig diesem Ganzen hingebe. Von einer streng idealistischen Philosophie aus, die mit ihrem Kernsatze, nur die denkende Persönlichkeit sei wirklich, die Außenwelt bloße Vorstellung des denkenden und wollenden Ich, den Individualismus der Aufklärung auf die Spitze getrieben hatte, kam auch der Sachse Johann Gottlieb Fichte zu der Anschauung, es gäbe nur eine Pflicht, nämlich die, sich selbst zu vergessen, und bezeichnete deshalb in seinen gewaltigen „Reden an die

deutsche Nation", die er im Winter 1807—1808 in Berlin hielt, die weichliche Selbstsucht der Zeitgenossen als den letzten Grund des Verderbens, den ernsten sittlichen Willen als die erste Bedingung der Rettung, denn „Deutschsein und Charakter haben ist ohne Zweifel gleichbedeutend". Ein Schüler Fichtes aber, der Schwabe Fr. W. J. Schelling, sah in der Natur und der Menschheit eine Entfaltung der Gottheit, also eine zusammenhängende Einheit.

Also begann der weltbürgerliche Deutsche auf philosophischem Umwege und belehrt durch erschütternde Erfahrungen, den Staat und das Vaterland als eine sittliche Notwendigkeit und seine eigne Pflicht gegenüber diesem Vaterlande wenigstens theoretisch zu begreifen; einen nationalen Staat hatte er ja noch nicht. Damit ging freilich die klassische Periode der deutschen Dichtung zu Ende, denn die Reflexion ist der unmittelbaren poetischen Empfindung nicht günstig. Deshalb brachte auch die Romantik im Grunde keinen großen Dichter hervor. Heinrich von Kleist, der größte deutsche Dramatiker neben Schiller, ging zwar von ihr aus, aber in seinen mächtigen Dramen kamen doch vor allem das stolze, jetzt so tödlich gekränkte Selbstbewußtsein des preußischen Edelmanns, die leidenschaftliche Sehnsucht nach Rache und nach Befreiung von der Fremdherrschaft zum Ausdruck. Mehr als er wirkte im Grunde, ohne es zu wollen oder zu hoffen, Goethe mit dem ersten Teile seines „Faust" (1808). Denn diese großartigste Dichtung aller modernen Kulturvölker gab zugleich die umfassendste und tiefsinnigste poetische Verklärung des deutschen Wesens und belebte weithin die Überzeugung, daß dieses Volk nicht untergehen könne.

Wie auf geistigem Gebiete eine neue Auffassung des geschichtlichen Werdens den logischen Konstruktionen der Aufklärung entgegentrat, so standen im Staatsleben zwei ganz verschiedene Systeme nebeneinander, gewissermaßen die Verkörperung dieser beiden Geistesrichtungen: das französisch-rheinbündische und das preußisch-deutsche, der Staat als Mechanismus und als lebendiger Organismus. Das erste System brachte die Ideen der Aufklärung da, wo sie bisher gar nicht oder nur unvollkommen zur praktischen Geltung gekommen waren, zur konsequenten, vielfach zwar höchst gewaltsamen,

ja geradezu revolutionären, aber doch im ganzen notwendigen und wohltätigen Durchführung. Unter dem Zwange der Not, die neuerworbenen Gebiete mit dem alten Kern zu verschmelzen und dem Protektor schlagfertige Truppen zur Verfügung zu stellen, führten die meisten Rheinbundstaaten die straffe monarchische Staatseinheit durch, gründeten das Heerwesen auf die allgemeine Aushebung (mit Stellvertretung), entfesselten den Verkehr, bahnten die Befreiung des Bauernstandes an, behandelten die Kirche als eine staatlich beaufsichtigte Polizeianstalt, gaben aber auch die alte kirchliche Ausschließlichkeit auf. Völlig nach französischem Muster und im Hinblick auf die zukünftige Einverleibung in Frankreich geordnet wurden das Königreich Westfalen, der eigentliche Musterstaat des Rheinbundes, Murats Großherzogtum Berg und der Staat des Fürsten-Primas Dalberg (seit 1810 Großherzogtum Frankfurt), also die ganz unhistorischen Neuschöpfungen Napoleons. Höchst gewaltsam und ohne jede Achtung vor dem historisch Gewordenen führte in Bayern, dem größten Rheinbundstaate seit der Erwerbung Tirols (1600 Quadratmeilen mit $3^3/_4$ Millionen Einwohnern im Jahre 1808), der Minister Montgelas, ein ganz französisch gebildeter Fanatiker der Aufklärung, unter dem gutmütigen, bequemen und volkstümlichen König Max Joseph (1799—1826) die neue Ordnung durch, und mit despotischer Härte verschmolz Friedrich der Erste von Württemberg (1797—1816) das ständische Alt-Württemberg mit den neuen Erwerbungen zu einem straff zentralisierten, seit 1806 absolut regierten „Reiche" von 329 Quadratmeilen mit $1^1/_4$ Millionen Einwohnern. Milder trat die Umwandlung in Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau u. a. m. auf; fast unberührt von ihr blieben dagegen die altständischen Lande Sachsen, Thüringen und Mecklenburg, nur daß auch sie ihr Heerwesen nach französischem Muster umgestalteten. Aber überall herrschte der echte Rheinbundgeist, die Unterwürfigkeit unter den bewunderten und gefürchteten Protektor, und der ängstliche Haß gegen die Idee einer nationalen Gesamtverfassung Deutschlands, die die neuen Errungenschaften zu bedrohen schien.

Nur von Preußen konnte die Befreiung und die Neugestaltung ausgehen. Denn nur dieser Staat hatte eine selb-

ständige, stolze, nationale Tradition. Hier versammelte sich deswegen eine Schar hervorragender Männer aus allen Teilen Deutschlands, in der Tat die Blüte der Nation, alle eigenartig und selbständig, aber verbunden durch das Streben nach dem gleichen Ziele und durch die Reinheit ihres starken Willens, an ihrer Spitze (seit 7. September 1807) der Rheinländer Karl vom Stein (geb. 1757), ein stolzer Reichsritter, ein Todfeind der Kleinstaaterei und des Napoleonischen Weltreichs, ein Deutscher schlechtweg, voll trotzigen Selbstgefühls und schöpferischer Gedanken. Ihre beste Stütze hatten die Männer der Reform in der Königin Luise; der König ließ sie mehr ungnädig gewähren, als daß er sie gefördert hätte, aber er lieh ihnen doch unter dem Druck der Verhältnisse, getrieben von der Angst um seinen Thron, in den entscheidenden Augenblicken seine Autorität, die allein imstande war, den Widerstand der Anhänger des Alten zu brechen. Stein, vorgebildet unter der noch lebendigen Selbstverwaltung der westfälischen Stadtgemeinden und Bauernschaften wie durch das Studium der englischen Verhältnisse, sah gleich Justus Möser die Freiheit nicht in der demokratischen Gleichheit der Franzosen, sondern in der tätigen Teilnahme der „Eigentümer" (d. h. der Grundbesitzer) an der Verwaltung kleinerer Kreise, um sie zum Verständnis des Staats, zur Staatsgesinnung zu erziehen. Er begann daher mit dem ursprünglich nur für die Provinz Preußen berechneten Gesetz über die Aufhebung der bäuerlichen Erbuntertänigkeit vom 9. Oktober 1807 und schuf damit die Grundlage für die Befreiung des Bauernstandes. Sodann gab die Städteordnung vom 19. November 1808 den Stadtgemeinden die Selbstverwaltung durch frei aus der Bürgerschaft und von ihr gewählte Körperschaften, den Magistrat und die Stadtverordneten. Von den geplanten Provinziallandtagen trat nur einer, der ostpreußische, und zwar durch eine Reform der alten Stände, in Wirksamkeit; der Reichstag, der das ganze Werk krönen sollte, kam überhaupt noch nicht zustande. Dafür wurde noch im Dezember 1808 die volle Einheit der Staatsverwaltung durch Errichtung von fünf Fachministerien (für Auswärtiges, Inneres, Krieg, Finanzen, Kultus) begründet, die alten Provinzialministerien als Oberpräsidien in die Hauptstädte der drei Provinzen (Preußen, Brandenburg-Pommern,

Schlesien) verlegt, die Kriegs- und Domänenkammern in die „Regierungen" verwandelt. Der Schöpfer des neuen Heerwesens wurde der Niedersachse Gerhard David Scharnhorst (geb. 1755). Nachdem in eindringenden Untersuchungen mit heilsamer Härte alle Festungskommandanten, die 1806 kapituliert hatten, kriegsrechtlich verurteilt, alle dienstuntauglichen Offiziere entlassen, alle Regimenter, die die Waffen gestreckt hatten, aufgelöst worden waren, gründete Scharnhorst die Armee lediglich auf die inländische Aushebung, schaffte die entehrenden Körperstrafen und den gesonderten Gerichtsstand der Angehörigen des Heeres (außer bei militärischen Vergehen) ab, gliederte die Armee in sechs selbständige Brigaden aus allen Waffen und gab ihr die neue französische Taktik, wie eine neue Ausrüstung. Dabei mußte die Bewaffnung so gut wie neu geschaffen werden.

Und das alles unter der drückendsten Finanznot. Denn am Marke des planmäßig bis aufs Blut ausgeplünderten und völlig verarmten Staates zehrten die französischen Besatzungen; über eine Milliarde Franken hat Napoleon allmählich dem preußischen Volke abgepreßt. Erst die ihm ganz unerwartete Erhebung Spaniens, dem er, um das Kontinentalsystem gründlicher durchzuführen, seinen Bruder Joseph als König aufgedrängt hatte, seit dem Mai 1808, nötigte ihn, seine Truppen bis auf zehntausend Mann (in den drei Oderfestungen) aus Preußen herauszuziehen und im Vertrage vom 8. September 1808 die Kriegskontribution auf 140 Millionen Franken festzusetzen. Der König mußte sich dagegen freilich verpflichten, in den nächsten zehn Jahren den Friedensstand seines Heeres nicht über 42 000 Mann zu bringen, aber er erhielt doch die freie Verfügung über seine Staatseinkünfte zurück und man umging jene Bestimmung dadurch, daß die eingezogenen Wehrpflichtigen schnell ausexerziert und durch neue Rekruten ersetzt wurden. (Das „Krümpersystem", d. h. das der krummen, noch nicht durchgebildeten Mannschaften.)

Doch die Hoffnung der Patrioten auf eine nahe Befreiung wurde noch zuschanden. Die Zusammenkunft Napoleons und des Kaisers Alexander in Erfurt (September und Oktober 1808), zugleich eine glänzende Schaustellung französischer Macht und eine tiefe Demütigung für den deut-

schen Fürstenstand, befestigte das Bündnis beider Herrscher; Stein mußte, mit Grund franzosenfeindlicher Gesinnungen verdächtigt, am 24. November seine Entlassung nehmen und wurde von Napoleon geächtet, und Österreichs schlecht vorbereitete und verfrühte Erhebung scheiterte vollständig.

Mit dem Amtsantritt des Grafen Philipp Stadion, eines rätisch-alemannischen Reichsritters (geb. 1763), schien ein neuer Geist in den alten Staatsbau der Habsburger eingezogen zu sein. Unter eifriger Unterstützung der Erzherzöge Karl und Johann und mit warmer Anteilnahme der Kaiserin Ludovika von Este wurde die Armee durch Errichtung einer Landwehr und zahlreicher Freiwilligenkorps auf eine volkstümliche Grundlage gestellt. Außerdem sollte nach dem spanischen Vorbilde, das hier zum erstenmal seine berückende Kraft ausübte, in den Gebirgen von Dalmatien bis Tirol der Volkskrieg entflammt, durch örtliche Aufstände das rheinbündische Norddeutschland revolutioniert und Preußen mit fortgerissen werden. Jedoch die begründete Furcht, Rußland möchte sich der Donaufürstentümer bemächtigen, trieb zum verfrühten Losbruch. Glänzend war der Anfang. Die Tiroler, in allen ihren Empfindungen von der „aufgeklärten" bayrischen Verwaltung aufs schwerste verletzt und aufgestachelt von ihrer Geistlichkeit, erhoben sich, als ein österreichisches Korps von 14 000 Mann aus Kärnten einmarschierte, unter Volksführern wie Andreas Hofer, Joseph Speckbacher und dem Kapuziner Joachim Haspinger und überwältigten binnen sechs Tagen (9. bis 14. April) die schwachen und vereinzelten bayrischen und französischen Besatzungen. Aber der nicht recht entschlossene gleichzeitige Angriff des Erzherzogs Karl auf Bayern schlug vollkommen fehl, obwohl Napoleon überrascht wurde. In blutigen Gefechten zwischen Regensburg und der Isar wurden die Österreicher bis zum 23. April in zwei Teile auseinandergesprengt, die Hauptmasse mit dem Erzherzog nach Böhmen, der schwächere linke Fügel unter Hiller nach Oberösterreich zurückgedrängt. Am 13. Mai zogen die Franzosen zum zweitenmal in Wien ein. Nun warfen die Bayern unter Wrede mit grausamer Härte Nordtirol nieder, Erzherzog Johann mußte Italien, Erzherzog Ferdinand das Herzogtum Warschau räumen. Nur den Angriff der Franzosen auf die im Marchfelde nördlich von

der Donau zur Wiedereroberung Wiens versammelten Österreicher schlug der Erzherzog Karl in der blutigen Schlacht bei Aspern und Eßling am 21. und 22. Mai glücklich ab, und der moralische Erfolg dieser ersten persönlichen Niederlage Napoleons war so groß, daß in Tirol Hofer die Bayern zum zweitenmal aus Innsbruck warf (29. Mai).

Dagegen waren die vereinzelten planlosen Aufstände in Norddeutschland notwendig erfolglos. Die Erhebung, die der Major Dörnberg schon am 22. April in Hessen versuchte, scheiterte an der Treue der westfälischen Truppen; Schill, der in der Hoffnung, seinen König mit fortzureißen, am 28. April sein (brandenburgisches) Husarenregiment von Berlin weg zum Angriff auf Magdeburg geführt hatte, warf sich, von seinem Kriegsherrn verleugnet, nach dem schwedischen Stralsund, um daraus ein deutsches Saragossa zu machen, und erlag hier am 31. Mai tapfer fechtend der Übermacht; elf seiner Offiziere wurden als brigands in Wesel standrechtlich erschossen. Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig endlich versuchte vergeblich mit seinem bei Nachod gebildeten Freikorps, den „Schwarzen", Sachsen in Aufruhr zu bringen und besetzte sogar Dresden. Preußen aber stand beiseite. Die Bedingung, die Friedrich Wilhelm, zaudernd wie immer, seinen ungestüm zum Kriege drängenden Beratern stellte, daß zuvor Österreich einen entscheidenden Sieg erfechte, wurde nicht erfüllt. Vielmehr vereitelte der Vizekönig Eugen von Italien durch den Sieg bei Raab am 14. Juni den Versuch des Erzherzogs Johann, mit seinem Bruder Karl gemeinsam Wien anzugreifen, und dieser selbst, der den Erfolg von Aspern ganz unbenutzt gelassen hatte, wurde bei Wagram im nördlichen Teile des Marchfeldes von den gewaltig verstärkten Franzosen am 5. und 6. Juli überwältigt, so daß er nach Mähren zurückging. Allzufrüh, wie 1805, entmutigt, schloß darauf Österreich schon am 12. Juli den Waffenstillstand von Znaim. Trotzdem wehrten die tapfern Tiroler noch einmal den Angriff des Marschalls Lefèbvre heldenmütig ab und nahmen am 15. August Innsbruck, und der Herzog von Braunschweig schlug sich von Zwickau bis zur Wesermündung durch, wo er sich am 7. August nach England einschiffte.

Ohne die steigenden Verlegenheiten Napoleons in Spanien

seit dem Eingreifen Englands auszunützen, schloß Österreich am 14. Oktober 1809 den Frieden von Wien (Schönbrunn). Es trat darin Salzburg und einen Teil Oberösterreichs an Bayern, Neugalizien an Warschau, Oberkärnten, Krain, Görz, Triest, Istrien, Dalmatien und einen Teil Kroatiens an Frankreich ab, verzichtete also auf alle Verbindung mit dem Meer, und gab Tirol preis. Von allen Seiten mit Übermacht angefallen, erlagen jetzt die letzten schwachen Kräfte des tapfern Alpenvolkes; Hofer wurde in seinem Versteck verraten und starb am 20. Februar 1810 in Mantua mit ruhiger Fassung den Tod des Rebellen. Der Nachfolger Stadions aber wurde Fürst Clemens Metternich (geb. 1773), der bisherige österreichische Botschafter in Paris, ein Rheinländer, der echte Vertreter einer internationalen, in französischer Aufklärung gebildeten, ebenso klugen als gemütsarmen Aristokratie, dem die deutsche Nation eine „Mythe" war. Er vermittelte die Vermählung einer Tochter seines Kaisers, der Erzherzogin Marie Luise, mit Napoleon, dem vorher geschmähten und verachteten Usurpator (2. April 1810). Als nun zu dieser Selbstentwürdigung des stolzen Kaiserhauses im Jahre 1811 auch noch der Staatsbankerott trat, da brach der alte Pessimismus und die alte Genußsucht der Österreicher wieder hervor, und nach dem schönsten, hoffnungsvollsten Jahre der österreichischen Geschichte versank die Seele dieser tapfern Stämme in einen tiefen Schlummer, aus dem sie auch 1813 nicht wieder erwachte.

Der neue Sieg ermutigte Napoleon, 1810 Holland und die deutschen Nordseelande samt Lauenburg und Lübeck unmittelbar mit dem französischen Reiche zu vereinigen und dadurch sein Kontinentalsystem gegen das unbesiegte England vollständig durchzuführen. Für Preußen brachte er eine Steigerung der Bedrängnisse. Noch im Dezember 1809 sah sich der König durch drohende Mahnungen genötigt, von Königsberg nach Berlin zurückzukehren, mitten hinein zwischen französische und rheinbündische Garnisonen; das Drängen des Kaisers auf Abzahlung der Kontribution schüchterte die Minister so ein, daß sie, an der Zukunft des Staates verzweifelnd, dem König rieten, sich durch Abtretung eines Teiles von Schlesien loszukaufen. Doch der Monarch verwarf, aufgerüttelt durch

den flammenden Zorn der Königin Luise, den kleinmütigen Vorschlag, entließ das Ministerium Altenstein und berief am 4. Juni den Freiherrn von Hardenberg als Staatskanzler an die Spitze des Ministeriums. Kaum war diese schwere Krisis überwunden, da verschied die stolze Königin in der Blüte ihrer Jahre am 19. Juli 1810 auf Schloß Hohenzieritz in Mecklenburg, das edelste Opfer dieser furchtbaren Zeit, von ihrem treuen Volke als Vorbild ungebeugter Entsagung wie der unversieglichen Hoffnung dankbar verehrt.

Hardenberg wollte die Reformen Steins fortsetzen, aber weniger im Sinne gesteigerter Selbstverwaltung als im französisch-rheinbündischen Stile durch Befreiung des Verkehrs und der wirtschaftlichen Kreise, Stärkung der Bureaukratie und Neuregelung der Finanzen; etwas voreilig wurde eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation der Nation sowohl für die Provinzen als für das Ganze im Edikt vom 17. Oktober 1810 versprochen. Eine Reihe von Gesetzen ordnete 1811—1812 die Ablösung der bäuerlichen Lasten, um den Bauern ein freies Grundeigentum zu sichern, stellte das Steuerwesen auf neue Grundlagen (Personal-, Einkommen- und Vermögenssteuer), gewährte die Gewerbefreiheit für Stadt und Land und die Emanzipation der Juden. Die Abzahlung der Kontribution wurde freilich nur durch die Einziehung der Reste des Kirchenguts und den Verkauf des größten Teils der Domänen möglich, die somit dem Staate geradezu zur Rettung wurden. Die Selbstverwaltung führte Hardenberg nur durch die Übertragung der ländlichen Ortspolizei auf die Dorfbehörden und die Einrichtung von Kreistagen aus Vertretern aller Stände weiter. Doch die kühnste Tat eines unverzagten Idealismus war die Gründung und reiche Ausstattung der Universität Berlin 1810. Opferwillig und verständnisvoll kam das Volk seiner Regierung entgegen; fester als jemals schloß sich auch das bisher so ganz unpolitische Bürgertum um sein Königshaus und in sich selbst zusammen und bereitete sich durch sittliche und körperliche Selbstzucht, wie sie Fichte und Schleiermacher für die Gebildeten, E. M. Arndt in seinem „Geiste der Zeit" und Fr. L. Jahn vor allem als Gründer der deutschen Turnerei (1811) auch für breitere Kreise übten, unermüdlich vor, das fremde Joch zu brechen. Die geheimen

patriotischen Verbindungen, wie der „Tugendbund“ und der „Deutsche Bund“, gewannen wenig praktische Bedeutung, aber weite Schichten des Volkes lebten sich in den Gedanken einer nationalen Erhebung ein.

Doch solange das Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland bestand, war ein Aufstand in Deutschland aussichtslos. Der Bruch kam, als Kaiser Alexander, schon gereizt durch die Vergrößerung des Herzogtums Warschau 1809, die in den Polen die Hoffnung auf die Wiederherstellung ihres Reiches erweckte, und durch die Entthronung seiner oldenburgischen Verwandten, seit Ende 1810 dem furchtbaren Zwange des Kontinentalsystems durch Erleichterung seiner drückendsten Bestimmungen sich zu entziehen begann. Schon 1811 war Napoleon zum Kriege entschlossen und häufte Truppenmassen in Deutschland an. Das Volk sah in dem Riesenkometen des heißen Sommers 1811 ahnungsvoll das Vorzeichen eines gewaltigen Krieges, und in Preußen fand bei den besten Männern, wie Scharnhorst und Gneisenau, der Gedanke an einen verzweifelten Volkskrieg im Anschluß an Rußland festeren Boden. Da aber Rußland, noch mit der Türkei in den Krieg um die Donaufürstentümer verwickelt, den Kampf gegen Frankreich nur verteidigungsweise führen wollte, sah Friedrich Wilhelm nach manchen Schwankungen keinen anderen Ausweg, als sich durch den Vertrag vom 24. Februar (5. März) 1812 an Napoleon bedingungslos anzuschließen, ihm die Hälfte seines Heeres, 20 000 Mann, zur Verfügung zu stellen, alle seine Provinzen, mit Ausnahme des größten Teils von Schlesien, den französischen Durchmärschen zu öffnen und erschöpfende Lieferungen an Wagen, Pferden, und Schlachtvieh zu übernehmen, so daß viele verzweifelnd alle Hoffnungen aufgaben. Williger schloß sich am 14. März Österreich dem Imperator an, da eine russische Eroberung der Donaufürstentümer gegen sein Interesse verstieß.

So wurde Norddeutschland die Operationsbasis Napoleons. In endlosen Heerzügen ergossen sich im Frühjahr 1812 die Massen der „großen Armee“, ein buntes Völkergemisch aus ganz Mittel- und Westeuropa, kaum zum Drittel national-französische Truppen, durch Norddeutschland, während sich Napoleon im Mai zu Dresden noch einmal in den Strahlen seines

Glanzes selbstgefällig sonnte; seit dem Juni verschwanden sie hinter der polnischen Grenze. Von den deutschen Truppen folgten die Preußen, erst unter Grawert, dann unter York, dem linken Flügel (Macdonald) nach Kurland zum Angriff auf Riga und Petersburg, die Österreicher und Sachsen dem rechten (Fürst Schwarzenberg) gegen Südrußland; die Hauptmasse der Rheinbündner gehörte dem Zentrum (300 000 Mann) an, das Napoleon selbst gegen Moskau führte. Auf allen Schlachtfeldern bewährten auch in fremder Dienstbarkeit die deutschen Truppen ihre Tapferkeit, und die Rheinbündner zogen nach der Mordschlacht von Borodino (7. September) am 14. September mit in die alte Zarenstadt ein. Doch der schreckliche Brand von Moskau, von dem russischen Generalgouverneur Rostoptschin selbst veranlaßt, zerstörte die erstrebten Winterquartiere, die Plünderung der brennenden Stadt untergrub vollends die schon durch den endlosen Marsch gelockerte Zucht der Truppen, und der Zar verweigerte jede Unterhandlung, gestählt von der Stimmung seines tieferregten Volkes und dem Rate des Freiherrn vom Stein folgend. Also trat die „große Armee“, nur noch 100 000 Mann, am 18. und 19. Oktober verspätet den Rückzug aus Moskau an, hinein in die russische Schneewüste und ins Verderben. Doch erst als die jammervollen Reste, meist waffenlos, in abenteuerlichen Vermummungen, halb erfroren, seit dem 10. Dezember die preußische Grenze überschritten, erfuhr man hier, daß die Ahnung des Volkes eingetroffen sei, daß ein Gottesgericht ohnegleichen das siegesstolze Heer vernichtet habe, und wie auf Flügeln ging die geheime Losung durch das Land: jetzt oder nie!

Währenddem suchte sich die preußische Regierung im steten Einvernehmen mit Österreich vorsichtig dem französischen Bündnisse zu entwinden, knüpfte deshalb die von Napoleon aus Dresden verlangte Verstärkung des preußischen Kontingents (14. Dezember) an schwer erfüllbare Bedingungen und begann, scheinbar noch für Frankreich, langsam zu rüsten, als man schon wußte, daß York mit Macdonald den Rückzug aus Kurland angetreten hatte. Da traf am 4. Januar 1813 in Berlin die unerwartete Kunde ein, York habe sich, durch russische Truppen von Macdonald abgeschnitten, auf eigene Hand

am 30. Dezember 1812 in der Konvention von Tauroggen (bei Tilsit) von den Franzosen getrennt, sein Armeekorps, noch 13 000 streitfähige Leute, auf zwei Monate für neutral erklärt und ihm den Landstrich zwischen der Grenze und dem Njemen anweisen lassen. Damit öffnete der alte scharfe „Isegrim" im vollen Bewußtsein der Lage Ostpreußen den Russen, das er mit den Franzosen König Murats zusammen ihren schwachen Streitkräften recht wohl hätte sperren können, und gab wie das Zeichen so die Möglichkeit zur Erhebung. Sein König war noch nicht frei genug, das eigenmächtige Vorgehen des Generals billigen zu können; er verwarf deshalb amtlich die Konvention, trat aber, gedrängt von den Patrioten, unter der Hand mit dem Zaren in Verbindung und reiste, als er von diesem die Zusicherung erhalten hatte, daß die Russen die Weichsel überschreiten würden, am 22. Januar von Charlottenburg nach Breslau ab, um Herr seiner Entschließungen zu werden.

Doch seine treuen Ostpreußen waren nicht in der Lage und gesonnen zu warten. Schon zu Anfang Januar waren die Franzosen hinter die Weichsel zurückgewichen, die Russen hatten Königsberg besetzt, und kraft einer älteren Ernennung übernahm York als königlicher Generalgouverneur die Oberleitung der stürmisch aufgeregten Provinz. Er berief, sobald Stein als russischer Kommissar mit E. M. Arndt am 22. Januar in Königsberg eingetroffen war, den Provinziallandtag, und in wenig Tagen (5. bis 9. Februar) beschloß diese hochkonservative Versammlung von Edelleuten, Bürgern und Bauern ohne alles rednerische Gepränge, aber mit dem schweren Ernste dieses langsam erwarmenden Volkes, die letzten Kräfte des furchtbar mitgenommnen Landes zum Kampfe gegen Frankreich aufzubieten, ohne Weisung, aber unter Voraussetzung der nachträglichen Genehmigung des Königs. In denselben Tagen ließ sich endlich auch der König fortreißen; er begann Vertrauen zu seinem Volke zu fassen, und seine drei Erlasse, der Aufruf zur Bildung freiwilliger Jägerdetachements vom 3. (8.) Februar, die vorläufige Aufhebung aller bisherigen Befreiungen vom Kriegsdienst vom 3. Februar und die Erlaubnis für den Major von Lützow (vom 18. Februar), ein Freikorps aus außerpreußischen Deutschen zu bilden, gaben

den Anstoß zur allgemeinen, begeisterten Erhebung. Aus den Universitäten und Schulen, aus den Amtsstuben und Kontoren, vom Pfluge und Amboß weg meldeten sich die Freiwilligen zu Tausenden, gehobenen Herzens strömten die Reservisten und Rekruten zu den alten Fahnen, und wer nicht selbst eintreten konnte, der gab willig, was er hatte, Geld, Tuch, Leinwand, das letzte mühsam gerettete Silbergerät, sogar die goldnen Trauringe zur Ausrüstung der Armee. Und das alles vollzog sich geräuschlos, still und feierlich wie in religiöser Andacht; nicht eine Bluttat an dem verhaßten Feinde hat diese reinste und schönste Volkserhebung aller Zeiten geschändet. Also setzte ein ganzes Volk die letzten armen Trümmer seiner Habe, seine gesamten geistigen und physischen Kräfte an die Idee des Vaterlandes, des Staats. „Es war der weltgeschichtliche Augenblick, da preußisches Staats- und deutsches Nationalgefühl ineinanderflossen."

Unwiderruflich drängte diese Bewegung den immer wieder halb ungläubig und vorsichtig zögernden König vorwärts. Am 28. Februar schloß er mit Rußland das Bündnis von Kalisch, worin sich beide Mächte verpflichteten, den Krieg bis zur Befreiung Deutschlands und bis zur Wiederherstellung Preußens in seinem Umfange von 1806 fortzuführen, doch so, daß der größte Teil seiner polnischen Provinzen an Rußland fallen und es dafür durch eroberte norddeutsche Gebiete (Hannover ausgenommen) entschädigt werden solle; zu diesem Zwecke hatte Rußland 150 000 Mann, Preußen 80 000 Mann ins Feld zu stellen. Nun überschritten die Russen am 2. März die Oder und besetzten am 11. März Berlin, das die Franzosen am 4. geräumt hatten, wenig später zog York unter dem Jubel der Bevölkerung dort ein. Am 16. März übergab Hardenberg dem französischen Gesandten die Kriegserklärung, am 20. brachte die amtliche Schlesische Zeitung den herrlichen „Aufruf an mein Volk" vom 17. März und die Urkunde über die Stiftung des Eisernen Kreuzes vom 10. März, dem Geburtstage der Königin Luise. Inzwischen trat neben die Linientruppen die Landwehr, die Schöpfung Scharnhorsts, und seit dem April für die örtliche Verteidigung der Landsturm. So übertrafen die preußischen Rüstungen weit die vertragsmäßigen Verpflichtungen. Bei einer Bevölkerung von kaum 5 Millionen

rief Preußen bis zum 16. Mai außer dem Landsturm 271 000 Mann zu den Fahnen, das stärkste Aufgebot, das Deutschland seit der Urzeit jemals erlebt hatte, und was noch mehr bedeutete: dieses Heer war die Blüte des gesamten Volkes, das erste Heer der modernen allgemeinen Wehrpflicht. Denn als ein Volkskrieg, ein „heiliger Krieg“ erschien der Kampf, und darum gab ihm auch die schönste patriotische Dichtung aller Zeiten die Weihe (Theodor Körner, Max von Schenkendorf, Ernst Moritz Arndt).

Doch die ersten hochfliegenden Hoffnungen der Verbündeten, das rheinbündische Deutschland mit sich fortreißend bis zum Rhein vorzudringen, erfüllten sich nicht. Zwar schlossen sich die Herzöge von Mecklenburg sofort an, und Hamburg wurde schon am 17. März besetzt; aber als nun die beiden Heere der Verbündeten, die Nordarmee unter dem Russen Wittgenstein, die Südarmee unter des jugendlichen Greises G. L. von Blücher (geb. 1742) feuriger Führung, in Sachsen einrückten, den langsam hinter die Elbe zurückweichenden Franzosen des Vizekönigs Eugen folgend, da entzog sich der König Friedrich August, der fest an die Unbesieglichkeit seines „großen Protektors“ glaubte, durch die Abreise aus Dresden der Entscheidung und verband sich dann mit dem sich behutsam zurückhaltenden Österreich zur bewaffneten Vermittlung. In Sachsen aber wagte man trotz günstiger Stimmung nicht, ohne ihn zu handeln, und auch der in Torgau die neugebildete Armee kommandierende General Thielemann mußte sich zurückhalten, weil er seiner Offiziere nicht sicher war und noch weniger der nachträglichen Zustimmung seines Königs. So standen die Verbündeten erst um Leipzig, als Napoleon, nachdem er seinem erschöpften und murrenden Frankreich ein neues Heer abgepreßt hatte, in Eilmärschen durch Thüringen heranzog. Mit Übermacht nötigte er die Verbündeten nach der blutigen Schlacht um Großgörschen bei Lützen am 2. Mai, über Meißen und Dresden hinter die Elbe zurückzugehen, und besetzte schon am 8. Mai Dresden, wohin der König, seiner drohenden Mahnung folgend, am 12. zurückkehrte, um sich ihm wieder unbedingt anzuschließen. Aber ungebrochenen Mutes wagten die Verbündeten am 20. und 21. Mai bei Bautzen eine zweite Schlacht und zogen auch, als sie den Kampf

abbrechen mußten, nur unter beständigen hartnäckigen Gefechten nach Schlesien ab.

Hier schlossen beide Teile, erschöpft wie sie waren, am 4. Juni den Waffenstillstand von Poischwitz bei Jauer, beide vor allem in der Hoffnung, Österreich zu sich herüberzuziehen. Vom Frieden wollten die preußischen Patrioten im Hauptquartier nichts wissen, zumal da der heimtückische, vertragswidrige Überfall auf das Lützowsche Freikorps bei Kitzen nicht weit von Leipzig am 17. Juni die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes wieder bewiesen hatte; aber sie sandten, um Verhandlungen anzuknüpfen, Scharnhorst nach Österreich, der freilich auf der Reise seiner bei Lützen erhaltenen Wunde am 28. Juni in Prag erlag, und nahmen am 27. Juni im Vertrage von Reichenbach die kümmerlichen Friedensvorschläge Metternichs (Teilung des Großherzogtums Warschau unter die drei Ostmächte, Rückgabe der Nordseeküste und der illyrischen Provinzen) an, weil Österreich versprach, wenn Napoleon sie verwerfe, auf die Seite Preußens und Rußlands zu treten. Sie willigten deshalb auch in einen Friedenskongreß zu Prag, zu dem Metternich am 28. Juni auch dem zürnenden Napoleon in Dresden die Einwilligung mühsam entriß. Ihre Rechnung bewährte sich: nach zwei Siegen wollte Napoleon von Landabtretungen schlechterdings nichts wissen. So lief der Stillstand am 10. August ab, und Österreich trat, obwohl es Metternich vor den preußischen „Jakobinern“ graute, zu den Verbündeten über. Mit seinem wohlgeschonten Heere konnte es die Entscheidung geben, übernahm deshalb auch die Oberleitung und tat das Mögliche, den preußisch-deutschen Volkskrieg in den Kabinettskrieg einer europäischen Koalition zu verfälschen. Auch England und Schweden schlossen sich an.

Inzwischen hatte Napoleon 450 000 Mann aufgestellt, Franzosen, Polen und Rheinbündner. Im Besitz der ganzen Elblinie von der böhmischen Grenze bis zur Nordsee (auch Hamburg war seit dem 30. Mai wieder in seinen Händen) und auf das stark befestigte Dresden als Mittelpunkt seiner Stellung gestützt, wollte er gleichzeitig, den Vorteil der „innern Linien“ benutzend, gegen Schlesien (Macdonald), Berlin (Oudinot) und Böhmen zum Angriff übergehen. Im weiten Bogen umgaben ihn die Verbündeten, um wenige Zehntausend

stärker. In Böhmen stand ihre Hauptarmee unter Fürst Schwarzenberg, in Schlesien Blücher mit dem genialen Gneisenau als Generalstabschef, in seinem Hauptquartier die besten Kräfte vereinigend, vor Berlin die Nordarmee unter dem Kronprinzen Karl Johann von Schweden, dem frühern Marschall Bernadotte. Alle drei Heere sollten, ohne daß sich eines von ihnen allein in eine Entscheidungsschlacht einlasse, zusammenwirkend Napoleon allmählich nach Leipzig drängen. Da wiesen nun zuerst am 24. August die Preußen der Nordarmee unter Bülow den Angriff Oudinots bei Großbeeren in mörderischem Ringen zurück, und Blücher schlug am 26. August den Marschall Macdonald an der Katzbach auf der alten Walstatt der Mongolenschlacht von 1241 bis zur Vernichtung, so daß er Schlesien räumte. Napoleon hatte seinen Angriff auf Böhmen (von der Oberlausitz aus) aufgegeben, weil inzwischen die Hauptarmee der Verbündeten, das Erzgebirge überschreitend, auf Leipzig vordrang und sich dann mit plötzlicher Änderung ihrer Marschrichtung gegen das schwach besetzte Dresden wandte. Da sie aber den günstigen Augenblick vor Napoleons Ankunft nicht zu benützen verstand, so wurde sie in zweitägiger Schlacht am 26. und 27. August aufs Haupt geschlagen und ins Erzgebirge zurückgeworfen. Nur kam Vandamme, von den Russen bei Pirna und Königstein aufgehalten, zu spät und war zu schwach, den geschlagenen Massen den Abstieg in den Teplitzer Kessel zu versperren; das rettete die Verbündeten vor der Katastrophe und gab ihnen sogar die Gelegenheit, durch die Vernichtung von Vandammes Korps bei Kulm am 29. und 30. August die Niederlage von Dresden einigermaßen auszugleichen. Ebenso scheiterte der zweite französische Vorstoß auf Berlin unter Ney in der Schlacht von Dennewitz bei Jüterbog am 6. September an dem heldenmütigen Widerstande Bülows und Tauentziens.

Während der nun folgenden Pause im Kampfe einigten sich die drei verbündeten Ostmächte im Teplitzer Vertrage vom 9. September, den Krieg bis an den Rhein fortzusetzen und den Rheinbundstaaten „die volle und unbedingte Unabhängigkeit“ zuzusichern. Auf dieser Grundlage gewährte Österreich, dem man in kurzsichtiger Vertrauensseligkeit die Regelung der süddeutschen Verhältnisse überließ, Bayern im Vertrage

von Ried am 8. Oktober gegen die Abtretung Tirols und Salzburgs und den Anschluß an die Verbündeten die volle Souveränität, machte also jede straffere Bundesverfassung, wie sie Stein u. a. erstrebten, von vornherein unmöglich, sicherte sich aber den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Dinge.

Noch vorher war von der schlesischen Armee das Zeichen zum entscheidenden Vormarsch ausgegangen. Am 3. Oktober erzwang York bei Wartenburg oberhalb von Wittenberg den Übergang über die Elbe; bei Düben an der Mulde wurde die Verbindung mit der zögernd vorrückenden Nordarmee hergestellt, und die Besetzung von Halle bedrohte die Rückzugslinie Napoleons. Da nun auch die böhmische Armee wieder gegen Leipzig vordrang, so vereinigte Napoleon hier allmählich den Kern seiner Streitmacht, im ganzen 180 000 Mann. Doch näherte sich die Nordarmee so langsam, daß in der gewaltigen „Völkerschlacht“ am 16. Oktober nur Blücher bei Möckern im Nordwesten der Stadt entschieden siegte, im Süden bei Wachau die Franzosen ihre Stellung im ganzen behaupteten. Erst am 18. Oktober mit voller Übermacht, 255 000 gegen 160 000 Mann angreifend, überwältigten die Verbündeten Napoleons linken Flügel im Osten Leipzigs (auf der Linie Probstheida-Schönefeld) und erstürmten am 19. Oktober auch die Stadt, die der Kaiser nur durch Polen und Rheinbündner verteidigen ließ, um sich den Rückzug nach Thüringen zu sichern. Obwohl die Sachsen und die Württemberger am letzten Schlachttage eigenmächtig übergegangen waren, wurde doch der König Friedrich August, der in der erstürmten Stadt den Siegern in die Hände fiel, mit Recht als Kriegsgefangner behandelt. Kaum verfolgt, schlug sich Napoleon noch bei Hanau am 30. bis 31. Oktober durch ein bayrisch-österreichisches Heer unter Wrede siegreich durch und ging am 1. November bei Mainz über den Rhein zurück.

Damit war das Schicksal der noch von den Franzosen gehaltenen Festungen im Innern Deutschlands, der Zusammenbruch des Rheinbundes, die Rückkehr der entthronten Fürsten entschieden. Nur Sachsen und einige andere Gebiete wurden als eroberte Länder unter die „Zentralverwaltung“ Steins gestellt, der ihre Kräfte zum Kampfe gegen Frankreich aufbot.

Während nun der Kronprinz von Schweden Dänemark nötigte, ihm gegen das schwedische Vorpommern Norwegen abzutreten, und Bülow die Franzosen aus Holland vertrieb, war es noch zweifelhaft, ob die verbündeten Heere den Rhein überschreiten würden, den auch Metternich für Frankreichs natürliche Grenze hielt; erst im Hauptquartier der Monarchen zu Frankfurt setzte Steins Energie den Beschluß zum Übergange durch.

Im Dezember vollzogen diesen die Truppen der Hauptarmee bei Mannheim und Basel, in der Neujahrsnacht 1814 die Schlesier Blüchers bei Kaub. Aber die Verbündeten behandelten nach ihrem Manifest vom 1. Dezember 1813 ohne allen Grund nur Napoleon, nicht Frankreich als ihren Feind, und politische Rücksichten, verbunden mit einer unbestimmten Furcht vor Napoleon und den strategischen Klügeleien des großen Hauptquartiers, lähmten alles derart, daß Blücher trotz seines Sieges bei La Rothière am 1. Februar unter verlustvollen Gefechten bis Chalons a. M. zurückweichen mußte und in Chatillon an der oberen Seine sogar Friedensverhandlungen begonnen wurden. Erst als diese abermals an Napoleons Starrsinn scheiterten, verpflichteten sich die Mächte im Vertrage von Chaumont am 1. März zur Fortsetzung des Krieges, und beide Heere setzten sich auf Paris in Bewegung. Von der Nordarmee um zwei Korps verstärkt, schlug Blücher am 9. und 10. März die Hauptmacht Napoleons bei Laon; Schwarzenberg siegte am 20. und 21. März bei Arcis an der Aube, und da Napoleon sich nach dem Osten warf, um dort im Rücken der Verbündeten den Volkskrieg zu entfesseln, fand Blücher die Straße nach Paris fast frei. Am 30. März erstürmte er die Höhen im Nordosten der Hauptstadt mit dem Montmartre und zwang Marmont noch in der Nacht zur Übergabe. Am 31. März zogen Friedrich Wilhelm und Alexander, von der ermüdeten Bevölkerung als Befreier begrüßt, in Paris ein; am 2. April erklärte der Senat auf Talleyrands Betrieb Napoleon für abgesetzt. Indem nun die Verbündeten dem entthronten Weltbeherrscher die Insel Elba als souveränes Fürstentum zuwiesen und den Bourbonen Ludwig den Achtzehnten als König von Frankreich anerkannten, gewährten sie am 30. Mai 1814 den besiegten Franzosen einen unverdient milden Frieden. Sie ließen ihnen die Grenzen von 1792 (mit Landau und Saarlouis) und verzichteten gegen Übergabe der noch besetzten Festungen auf alle Kriegskosten, sogar auf die Herausgabe fast aller geraubten Kunstschätze. Die Regelung der übrigen Fragen wiesen sie einem Kongresse in Wien zu.

Tiefen Groll im Herzen kehrten die preußischen Patrioten aus dem gewaltigen Kriege heim, und auch der Wiener Kongreß, der seit dem Herbst 1814 die vornehme Welt Europas in der gedankenlos leichtlebigen Donaustadt fast mehr zu lange entbehrten rauschenden Vergnügungen als zu ernsten Beratungen versammelte, behandelte die Lebensfragen der Völker, namentlich Deutschlands und Italiens, mit der oberflächlichen Altklugheit der Diplomatie der Aufklärungszeit und befriedigte die nationalen Bedürfnisse nicht. Bald traten sogar in der wichtigsten Frage, der künftigen Territorialgestaltung Preußens, Österreich, England und Frankreich, von Talleyrand mit dreister Gewandtheit gelenkt, den beiden nordischen Mächten offen entgegen, da diese ganz Sachsen an Preußen, dafür den größten Teil Polens an Rußland geben wollten, und schon drohte im Januar 1815 der Kampf um den Siegespreis auszubrechen, da kam die Nachricht, Napoleon sei von Elba entwichen und rüste von neuem: das brachte am 10. Februar die Verständigung.

Preußen behielt von seinen polnischen Ländern nur das Großherzogtum Posen, Danzig und Thorn, dafür erhielt es drei Fünftel von Sachsen (darunter das alte Kurland) und das schwedische Vorpommern (wofür Lauenburg an Dänemark fiel), im Westen zu seinen alten Besitzungen das jetzige Rheinland und Westfalen, meist alte geistliche katholische Gebiete. Es verzichtete dabei auf Hildesheim und Ostfriesland zugunsten Hannovers, auf die fränkischen Fürstentümer zugunsten Bayerns, das zugleich Würzburg und die linksrheinische Pfalz erhielt, ließ sich also zugleich von der Nordsee und aus Süddeutschland verdrängen und zerfiel fortan in zwei territorial getrennte Ländermassen. Hessen-Darmstadt wurde durch Mainz verstärkt, aus Belgien und Holland das oranische Königreich der Niederlande zusammengeschweißt, mit dem das Großherzogtum Luxemburg in Personalunion trat. Vollends der Gedanke, eine leistungsfähige Gesamtverfassung für Deutschland aufzurichten, fiel ganz zu Boden. Das Interesse der fremden

Mächte, keine neue Weltmacht entstehen zu lassen, die Abneigung der Habsburger, das alte Schattenkaisertum zu erneuern, der Hohenzollern, sich einem solchen zu unterwerfen, das Streben der frühern Rheinbundfürsten, ihre junge Scheinsouveränität ungeschmälert zu behaupten, endlich und nicht am wenigsten die Unklarheit der Patrioten über das, was eigentlich geschaffen werden sollte, und der Mangel an jeder nach dieser Richtung drängenden Volksströmung wirkten zusammen zu der „Deutschen Bundesakte" vom 8. Juni 1815, einem kläglichen Notbehelf. Denn sie setzte an die Stelle des alten Reichs einen lockeren völkerrechtlichen Bund von fünfunddreißig souveränen Fürsten und vier freien Städten zur Sicherung der Unabhängigkeit Deutschlands und der Einzelstaaten. Ihm trat Österreich nur für seine alten Reichsländer, Preußen nicht für die Provinz Preußen und Posen bei, da beide Staaten ihre Selbständigkeit als europäische Großmächte wahren wollten. Dazu geriet der Bund durch die Personalunion Hannovers mit England, Luxemburgs mit den Niederlanden, Schleswig-Holsteins und Lauenburgs mit Dänemark unter die Einwirkung dieser fremden Mächte, und da für seinen Bestand sämtliche Großmächte nebst Spanien, Portugal und Schweden die Bürgschaft übernahmen, so wurde nach einem Siegeszuge ohnegleichen Deutschland unter die Vormundschaft des Auslandes gestellt, wie nach dem Dreißigjährigen Kriege.

Und selbst diese jämmerlichen Ergebnisse wurden nur erreicht, weil Napoleon, am 1. März bei Cannes gelandet, mit Hilfe seiner alten Soldaten durch einen Handstreich die Bourbonen gestürzt und sich wieder auf den Thron geschwungen hatte; diese Gefahr allein trieb die hadernden Mächte zum Abschluß in Wien und zum vorläufigen Zusammenhalten. Sie hatten allerdings die Übermacht. Ihren ungeheuern Heeresmassen gegenüber, die auf die Ostgrenze Frankreichs heranfluteten, im ganzen 600 000 Mann, hatte Napoleon nur dann Hoffnung auf Sieg, wenn es ihm gelang, die englisch-norddeutsch-preußische Armee, die sich unter Wellington und Blücher in Belgien hinter der Sambre und Maas sammelte, entscheidend zu schlagen, ehe die übrigen Heere eingreifen konnten. Wirklich brachte er, am 15. Juni mit 130 000 Mann die belgische

Grenze überschreitend, am 16. Juni bei Ligny dem linken Flügel der Verbündeten unter Blücher eine empfindliche Niederlage bei, da Wellington auf dem rechten Flügel bei Quatrebras nicht rechtzeitig mit genügenden Kräften eingriff (hier fiel der Herzog von Braunschweig inmitten seiner Schützen); aber Gneisenau, der an Stelle des durch einen Sturz mit dem Pferde beschädigten Blücher den Oberbefehl übernommen hatte, führte die Preußen nicht nach Osten zurück, wie Napoleon erwartete, sondern nordwärts nach Waveren zur Vereinigung mit Wellington und ermöglichte es diesem dadurch, zur Deckung Brüssels am 18. Juni die Verteidigungsschlacht vorwärts von Waterloo beim Meierhofe Belle-Alliance anzunehmen. Schon waren die Kräfte der Engländer im Schwinden, da erschienen, sehnsüchtig erwartet, die Preußen auf dem Schlachtfelde und entschieden durch den Angriff auf den rechten französischen Flügel bei Plancenoit das furchtbare Ringen und löſten dann durch eine rastlose Verfolgung die geschlagene Armee völlig auf.

Ihr in Eilmärschen folgend, besetzte Blücher schon am 2. Juli Paris. Indem Wellington aber durch einen wohlberechneten Handstreich Ludwig den Achtzehnten nach Paris zurückführte, machte er es den erst später eintreffenden Monarchen unmöglich, dem abermals besiegten Frankreich die für Deutschlands Sicherheit unentbehrliche Abtretung des Elsasses und Deutsch-Lothringens abzufordern. Vielmehr begnügten sie sich im zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815 mit der Abtretung des Saardepartements, der Herausgabe der geraubten Kunstwerke und einer Kriegsentschädigung von 700 Millionen Franken, bis zu deren Abzahlung 150 000 Mann verbündeter Truppen in Frankreich stehen bleiben sollten. Napoleon wurde nach St. Helena verbannt, wo er am 5. Mai 1821 gestorben ist.

So war nach ungeheueren Schicksalswechseln und unter furchtbaren Opfern das willkürliche Werk eines Herrschergenies, das französische Weltreich, von der Gegenwirkung der unterdrückten Völker zertrümmert worden und Deutschland befreit. Aber die siegreichen Regierungen hatten den Kampf mehr und mehr betrachtet als einen Krieg der „legitimen Ordnung" gegen die „Revolution". In dieser Gesinnung schlossen die Herrscher der drei siegreichen Ostmächte am 26. September

1815 die „Heilige Allianz“, indem sie einander gelobten, ihre Völker nach christlichen Grundsätzen zu regieren. Praktisch verstand man darunter freilich die Niederhaltung aller „revolutionären“ Bewegungen, in Österreich vor allem der nationalen Bestrebungen, die allerdings dem Bestande dieses buntgemischten Völkerreichs gefährlich werden mußten. Um sie daheim knebeln zu können, mußte Österreich sie auch in Italien und Deutschland niederhalten. So gipfelte Metternichs Staatskunst in der Erhaltung der „Stabilität“, des gegenwärtigen Zustandes, was für das habsburgische Hausinteresse in der Tat das Beste war.

Dafür dienten ihm der Deutsche Bund und der Bundestag in Frankfurt a. M. In diesem stehenden Kongreß instruierter Gesandter (eröffnet 5. November 1816), einer vereinfachten Kopie des Regensburger Reichstags, führte Österreich das dauernde Präsidium, und er sicherte die Selbständigkeit aller Einzelstaaten, deren Einschränkung im nationalen Interesse Österreich gar nicht wünschte, durch eine sachwidrige Stimmenverteilung. Denn die Bundesverfassung behandelte zwar endlich jeden Staat als ein Ganzes und nicht mehr als eine Anhäufung von Territorien, wie die alte Reichsverfassung, aber indem sie in dem sogenannten Engeren Rate von siebzehn Stimmen den Mittelstaaten mit je einer Stimme, im Weiteren Rate von neunundsechzig Stimmen mit je vier Stimmen das gleiche Gewicht wie den beiden Großmächten zuteilte, gab sie den Mittel- und Kleinstaaten die formelle Mehrheit. Dazu machte sie jede Verfassungsänderung von einem einstimmigen Beschlusse abhängig, also unmöglich, ganz abgesehen noch von der notwendigen Zustimmung des Auslandes. Tatsächlich hielt sich der Bund auch nur, weil Österreich und Preußen bis 1848 ihn in einer Art von friedlichem Dualismus gemeinsam leiteten, und keine von beiden Mächten den Versuch machte, die andere zu majorisieren. Für das Wohl des deutschen Volkes, das in der Bundesakte nicht einmal erwähnt wird, konnte der Deutsche Bund gar nichts leisten, denn sie enthielt in dieser Beziehung nur wenige allgemeine Bestimmungen (Versprechen landständischer Verfassungen § 13, Gleichberechtigung aller christlichen Konfessionen § 16, Freizügigkeit der Untertanen § 18). Also blieb alles wie bisher den Einzelstaaten überlassen.

Diesem unbefriedigenden Zustande entsprach die Unfertigkeit und Unklarheit des Nationalbewußtseins, das im ehemals rheinbündischen Deutschland wie in Österreich kaum vorhanden war: hatten doch beide keinen inneren Anteil am Befreiungskriege genommen. Statt einem einigen Deutschland vorzuarbeiten, wandten sich die politischen Köpfe fast ausschließlich der Begründung von konstitutionellen Verfassungen in den Mittel- und Kleinstaaten zu. Dabei herrschte im Südwesten, von Rotteck und Welcker beredt vertreten, die naturrechtlich-französische Auffassung, deren Ideal die demokratische Republik, zum wenigsten die neufranzösische Verfassung, die „Charte“ von 1814 war. Kleinere, aber einflußreichere Kreise huldigten der altständisch-patriarchalischen Staatsauffassung des Berner Patriziers Albrecht von Haller. Im allgemeinen gliederten die Rheinbundstaaten ihre neuen Landtage nach französischem Muster in zwei Kammern, von denen sich die erste aus Großgrundbesitzern (namentlich auch dem mediatisierten Reichsadel, den „Standesherren“), Vertretern des Kirchenregiments und Vertrauensmännern der Krone zusammensetzte, also im ganzen den alten Ständen entsprach, die zweite aus gewählten Abgeordneten der Städte und Landbezirke bestand, doch so, daß jeder theoretisch das ganze Volk nach eigner Überzeugung, nicht abgeschlossen ständische Kreise nach Instruktion vertrat. So kam auch hier der Grundsatz der Staatseinheit zur Geltung. Nachdem Nassau 1814, Sachsen-Weimar 1816 vorangegangen waren, erhielt auch Bayern nach dem Rücktritte des Ministers Montgelas (2. Februar 1817) auf den besondern Betrieb des ehrlich „teutsch“ gesinnten Kronprinzen Ludwig, der Bayern zum konstitutionellen Musterstaate in Deutschland machen wollte, am 26. Mai 1818 seine Verfassung. Das Großherzogtum Baden, in seinem jungen territorialen Bestande gegen die bayrischen Ansprüche auf die rechtsrheinische Pfalz erst durch die Anerkennung des Nachfolgerechts der Grafen von Hochberg (von Karl Friedrichs zweiter nicht ebenbürtiger Gemahlin) gesichert (4. Oktober 1817), empfing die seinige von Ludwig dem Ersten (1818 bis 1830) am 22. August 1818 besonders als Klammer für den künstlichen Staatsbau. In Württemberg bekämpften die Anhänger des „alten guten Rechts“, gereizt und verbittert durch

die despotische Willkür Friedrichs des Ersten, aufs zäheste dessen neue Verfassung vom 11. Februar 1815. Erst nach dem Tode des Königs gelang es seinem populären Nachfolger Wilhelm dem Ersten (1816—1864), in schweren Kämpfen die Verfassung vom 26. September 1819 durchzusetzen. In Hessen-Darmstadt kam eine solche am 17. Dezember 1820 zum Abschluß.

Altständisch blieben die Staaten, deren Gebiet durch Neuerwerbungen nicht wesentlich verändert worden war. In Kurhessen machte der eigensinnige kleinliche Friedrich Wilhelm der Erste nach seiner Wiederherstellung sogar den unsinnigen Versuch, die westfälische Zeit als nicht gewesen zu behandeln und alles auf den Stand von 1806 zurückzuschrauben, berief daher auch die alten Stände, nur durch bäuerliche Abgeordnete verstärkt, schon zum März 1815 wieder. Hannover erlebte seinen ersten ganz ständisch gegliederten Gesamtlandtag seit dem Dezember 1814; im Dezember 1819 wurde er in zwei Kammern geschieden und gleichzeitig auch die Einheit des Landesbeamtentums und der Staatsschuld hergestellt, daneben aber behielt man achtzehn ständische Provinziallandtage bei. Gar nichts änderte sich in Mecklenburg; auch in dem verkleinerten Sachsen, wo die Bevölkerung durch lange Kriegsnot und die Teilung des Landes besonders schwer getroffen, in einen verbitterten Partikularismus versank, wurde schon aus Rücksicht auf den greisen König alles beim alten gelassen, nur daß der erbländische Landtag jetzt auch die oberlausitzischen Stände in sich aufnahm, ohne übrigens diese alte Körperschaft aufzuheben. Auch die neuen Landtage minderten tatsächlich die Macht der Krone wenig, wurden aber bald eine Burg des Sondergeistes und unterstützten somit das Streben der Fürsten, ihre ungeschmälerte Souveränität zu behaupten.

Nationale Gesinnung regte sich fast nur in einem Teile der akademischen Jugend. Voll hochgespannter, wenn auch unklarer Vorstellungen von deutscher Macht und Größe war sie aus dem Befreiungskampfe heimgekehrt und sah es jetzt in einer gewissen Selbstüberhebung als ihre Aufgabe an, das Werk der nationalen Neugestaltung, das den Staatsmännern nicht gelungen war, in die eigene Hand zu nehmen. Diese Gesinnung fand ihren ersten Ausdruck in der Stiftung der

„Deutschen Burschenschaften“ zu Jena und Erlangen, dann in dem Burschenfeste auf der Wartburg im Oktober 1817 zur Erinnerung an die Völkerschlacht und an Luthers Reformation, endlich und vor allem in der Errichtung der „Allgemeinen deutschen Burschenschaft“, die zu Jena am 18. Oktober 1818 unter dem schwarz-rot-goldenen Banner (den Uniformfarben des Lützowschen Freikorps von 1813) entstand, „gegründet auf das Verhältnis der deutschen Jugend zur werdenden Einheit des deutschen Vaterlandes“. In ihr aber bildete sich unter der Leitung des Dr. Karl Follen (seit 1818 in Jena), eines der kalten Fanatiker des Verstandes wie Robespierre, die Gruppe der sogenannten „Unbedingten“, die sich für berechtigt hielten, das, was ihnen der Verstand als wahr zeigte, d. h. zunächst die demokratische deutsche Republik, unbedingt, mit allen Mitteln durchzuführen.

War nun der Argwohn der Regierungen schon durch die etwas kindlich anmutende Verbrennung einer Anzahl mißliebiger Bücher und Abzeichen beim Wartburgfeste erregt worden, so wurde er noch gesteigert, als auf dem Aachener Kongreß der Ostmächte im Herbst 1818, der Frankreich von der fremden Okkupation befreite und es in die Heilige Allianz aufnahm, der Rumäne Sturdza dem Zaren die deutschen Universitäten dreist als Sitze revolutionärer Bestrebungen verdächtigte, und die schlimmsten Befürchtungen schienen gerechtfertigt, da einer der „Unbedingten“, der Student K. L. Sand aus Wunsiedel, am 23. März 1819 in Mannheim den Dichter A. von Kotzebue als „russischen Spion“ niederstieß. Nunmehr strengte die preußische Regierung gegen eine Anzahl der treuesten Patrioten von 1813, wie L. Jahn und E. M. Arndt, peinliche Untersuchungen an, und die „Karlsbader Beschlüsse“ der größeren deutschen Regierungen vom August 1819 stellten die Universitäten unter die besondere Aufsicht landesherrlicher Kommissarien, beauftragten eine „Generalkommission“ in Mainz mit der Aufspürung „demagogischer Umtriebe“ und unterwarfen die Presse einer scharfen Zensur. Ohne Widerstand löste sich die gefürchtete Burschenschaft auf. Metternich aber vollendete die Sicherung der „Stabilität“ in Deutschland, indem er durch die „Wiener Schlußakte“ vom 8. Juni 1820 die deutschen Staaten verpflichtete, einander bei Aufständen gegen-

seitig Hilfe zu leisten, und den Fürsten ihre Souveränität auch gegenüber den Verfassungen verbürgte. Also wurde der Geist des großen Jahres 1813 als staatsgefährlich geächtet, und Preußen, das dabei mitgeholfen hatte, verfiel fortan bei den liberalen Süddeutschen als Hort der Polizeiwillkür und des Absolutismus einem leidenschaftlichen Hasse, der ihren Sondergeist noch verstärkte.

Derselbe Sondergeist zeigte sich auch bei der Neugestaltung der römischen Kirche. Da sie durch die Katastrophen der napoleonischen Zeit ihren Besitz, ihre politische Stellung und zum Teil auch ihre Organisation eingebüßt, also den alten Zusammenhang mit dem deutschen Boden verloren hatte, begannen die nationalkirchlichen Ideen, wie sie der milde Heinrich von Wessenberg, Generalvikar des Bistums Konstanz, und Professor G. Hermes in Münster verfochten, zurückzutreten hinter dem modernen Ultramontanismus, der die Kirche wieder als die absolute päpstliche Weltmonarchie begriff und ihre völlige Unabhängigkeit vom Staate, also ihre Herrschaft über den Staat erstrebte. Frankfurt a. M., Koblenz und Münster bildeten seine wichtigsten Lager, die päpstliche Nuntiatur in München sein Hauptquartier, der 1814 wiederhergestellte Jesuitenorden seine schlagfertigste Truppe. Diese neupäpstliche Kirche errang ihren ersten Sieg auf deutschem Boden in dem Konkordat mit Bayern am 20. Oktober 1817. Denn dieses errichtete die beiden Erzbistümer München-Freising und Bamberg (mit sechs Suffraganen), lieferte die Erziehung der Geistlichen und die Volksschule an die Bischöfe aus und ließ der Krone nur das Vorschlagsrecht bei der Besetzung der Bistümer und das Plazet. Weiter regelte Rom nach vergeblichen Verhandlungen 1821 selbständig die Sprengel der „oberrheinischen Kirchenprovinz" (Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt) mit dem Erzbistum Freiburg i. Br. und vier Suffraganen und erkannte 1824 für Hannover die Bistümer Osnabrück und Hildesheim an. Für Preußen erlangte der Historiker B. G. Niebuhr als Gesandter in Rom 1821 die Bulle de salute animarum, die zwei Erzbistümer (Köln und Gnesen-Posen) mit sechs Bischöfen einsetzte, dem König das wichtige Recht gab, bei den Bischofswahlen ihm nicht genehme Kandidaten von der Liste zu streichen, den Bischöfen den staatlichen

Treueid und bei der Ernennung der Geistlichen die Anzeigepflicht auferlegte.

Bei der evangelischen Kirche verstand sich die Fortdauer oder Neuordnung der alten Landeskirchen von selbst. In Preußen übernahmen 1817 das Kultusministerium und die evangelischen Provinzialkonsistorien die Oberleitung. In demselben Jahre führte der König einen Lieblingsplan der Hohenzollern aus, die „Union" der lutherischen und der reformierten Kirche in Verfassung, Verwaltung des Kirchenguts, Kultus und Abendmahlsgemeinschaft; doch erregte diese Ordnung, da sie einseitig von oben her verfügt wurde, starken Widerspruch, und erst 1830 konnte die Agende als Gesetz verkündigt werden. Auch in Nassau (1817), in der Rheinprovinz (1818) und in Baden (1821) fand die Union Annahme. Anderwärts, wie in Hannover, Sachsen, Thüringen, Württemberg und in dem jetzt zu einem Drittel evangelischen Bayern, behielten die protestantischen Landeskirchen ihren lutherischen Charakter. So günstig es nun für die gegenseitige Verträglichkeit der Konfessionen war, daß gerade die größeren Staaten in weit stärkerm Maße als früher konfessionell gemischt waren, die Regierungen also davon absehen mußten, wie früher ein bestimmtes Bekenntnis zu privilegieren: die Zeit der inneren Annäherung der Konfessionen begann doch mit dem Aufkommen des Ultramontanismus zu Ende zu gehen.

Der herrschende Sondergeist ließ es auch auf anderen Gebieten, und selbst da, wo es die äußere Sicherheit des Vaterlandes unumgänglich forderte, nicht zu genügenden Einrichtungen kommen. Einem künstlichen „Gleichgewicht" zwischen den Mittelstaaten und den beiden Großmächten zuliebe wies die Bundeskriegsverfassung vom 9. April 1821 jenen zusammen vier, diesen nur je drei Armeekorps zu, verzichtete selbst innerhalb dieser Truppenkörper und erst recht im ganzen Bundesheere auf jede Einheit der Bewaffnung und Ausrüstung, des Exerzitiums und der Ergänzungsweise. Die allgemeine Wehrpflicht galt nur in Preußen, sonst überall die französische Konskription mit Stellvertretung; nur für den Kriegsfall wurde vom Bundestag ein Bundesfeldherr gewählt, dessen Entschließungen aber an die Zustimmung von Bevollmächtigten gebunden waren, so daß also jede Einheit der Befehlsführung

zur Unmöglichkeit wurde. Von den Festungen übernahm der Bund nur Mainz, Luxemburg und Landau; was sonst für die Grenzbefestigung im Osten (Posen, Königsberg, Danzig) und Westen (Wesel, Jülich, Köln, Koblenz, Saarlouis) geschah, ging allein von Preußen aus, das dabei die neupreußische Befestigungsweise, eine wesentliche Vervollkommnung der Vaubanschen, anwandte.

In der auswärtigen Politik setzten die beiden Großmächte stets ihren Willen durch. Nach den Beschlüssen der Kongresse von Troppau (Oktober 1820), Laibach (Januar 1821) und Verona (Oktober bis Dezember 1822) warf die „Heilige Allianz“ die volkstümlichen Bewegungen für Einführung von Verfassungen in Spanien, Neapel und Piemont mit Waffengewalt nieder. Einen Versuch Württembergs unter dem Ministerium Wangenheim, dagegen am Bundestage eine liberale Opposition und darüber hinaus einen Bund der liberalen Mittelstaaten ganz Europas zu bilden, brachen die Ostmächte durch die Abberufung ihrer Gesandten aus Stuttgart, und Wangenheim nahm seine Entlassung.

Während nun Preußen bei allen deutschen Liberalen, die über ihren Parteiinteressen den Sinn für nationale Fragen fast völlig verloren, mit der ganzen Heiligen Allianz als eine Macht der Reaktion galt, und der Deutsche Bund für die nationalen Interessen, wie W. von Humboldt schon 1816 vorausgesagt hatte, gar nichts leistete, legten die preußischen Staatsmänner in stiller geduldiger Arbeit den Grund zu einer neuen Einheit der Nation, als deren Kern ihnen die lebendige preußische Großmacht galt. Die ihm von seinen Feinden aufgezwungene ungünstige Gestaltung und Zusammensetzung des Staatsgebiets seit 1815 (namentlich die Erwerbung des ganz fremdartigen, widerwilligen, katholischen und halb französierten Rheinlandes) zwang Preußen, wie nach 1648, innerhalb seiner eigenen Grenzen die schwierigsten Fragen der inneren deutschen Politik zu lösen, also den Ausgleich zwischen dem wesentlich ackerbautreibenden, adelig-bäuerlichen Osten und dem überwiegend industriellen, bürgerlichen Westen, zwischen den Verschiedenheiten fast aller deutschen Stämme, zwischen der souveränen Staatsgewalt und der ultramontanen Kirche wie zwischen den protestantischen Konfessionen anzustreben und mindestens die

zwischen seinen beiden Ländermassen liegenden Staaten unter seinen herrschenden Einfluß zu bringen. Die mächtigsten Klammern für den Staatsbau wurden die neue Einteilung in acht (bis 1829 zehn) Provinzen mit möglichster Bewahrung der alten Gebietsgrenzen und Schonung wertvoller Eigentümlichkeiten (wie des Code Napoléon auf dem linken Rheinufer) und die Ordnung des Heerwesens auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Gesetz vom 3. September 1814 (durch den Kriegsminister Boyen), das den Friedensstand auf hundertzwanzigtausend Mann (ein Prozent der Bevölkerung) in acht Provinzialarmeekorps und einem Gardekorps, die Dienstzeit in der Linie auf drei, in der Reserve auf zwei, in der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots auf je sieben Jahre feststellte und durch die einjährige aktive Dienstpflicht der gebildeten Elemente das ganze Volk in allen seinen Ständen heranzog.

Aber die 1817 gebildete Verfassungskommission gelangte trotz des etwas verfrühten königlichen Versprechens vom 22. März 1815 bei der Stärke der einander bekämpfenden Gegensätze und der Teilnahmlosigkeit des ermüdeten Volks nicht zu einem Gesamtlandtage, sondern nach Hardenbergs Tode (26. November 1822) unter dem Einflusse der unklaren Romantik des Kronprinzen Friedrich Wilhelm nur zu Provinzialständen (5. Juni 1823), die nach den alten Ständen zusammengesetzt waren, dem großgrundbesitzenden Adel ein unbilliges Übergewicht gaben und die junge Staatseinheit nicht befestigten, sondern lockerten.

Also blieb, unzweifelhaft zum Vorteil der Sache, die Entscheidung der großen Fragen der deutschen Politik ausschließlich dem König und seinem ausgezeichneten Beamtentum, das namentlich in seiner wirtschaftlichen Einsicht hoch über dem Durchschnitt seiner Zeitgenossen stand. Nach einer furchtbar erschöpfenden Kriegszeit, die bis 1820 die Staatsschuld auf hundertzwanzig Millionen Taler gesteigert und den Staatskredit schwer erschüttert hatte, war die schwierigste Aufgabe die Regelung der Finanzen; sie aber war bei der Zerstückelung des Gebiets für Preußen allein unmöglich. Nun verlegte das Zollgesetz des Finanzministers Maaßen vom 26. Mai 1818, das durch die Neuordnung der allgemeinen direkten Gewerbe- und Klassensteuer und der indirekten Mahl- und Schlachtsteuer

für die Städte 1820 ergänzt wurde, alle Zölle an die Landesgrenze, schützte durch entsprechende Tarife den einheimischen Gewerbefleiß und belegte den Durchgangsverkehr mit hohen Abgaben. Da aber der Staat keine territoriale Einheit bildete, so konnte er auch eine Zolleinheit nur dann bilden, wenn sich die benachbarten Staaten dieser anschlossen. So schwierig dies nun bei den ganz verschiedenen Interessen und dem Gegensatze der schutzzöllnerischen Binnenstaaten (Sachsen, Württemberg, Bayern) und der freihändlerischen Rheinufer- und Küstenstaaten war, und so sehr sich der Souveränitätsstolz der deutschen Fürsten dagegen sträubte, so kam doch die Zolleinigung, die auch außerpreußische Volkswirte, wie K. F. Nebenius und Fr. List, wenn auch nicht auf demselben Wege, so doch grundsätzlich befürworteten, Schritt für Schritt vorwärts. Von 1819 bis 1828 traten allerdings erst einige norddeutsche Kleinstaaten, die tatsächlich nur preußische Enklaven waren, bei, nämlich beide Schwarzburg für ihre Unterherrschaft, Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen; aber am 14. Februar 1828 schloß der geistvolle Finanzminister F. C. A. von Motz den Zollvertrag mit Hessen-Darmstadt ab, den ersten mit einem deutschen Mittelstaate.

Noch etwas früher, am 18. Januar 1828, brachte König Ludwig der Erste von Bayern (1825—1848), der sein Land gern als den Kern des „reinen“ Deutschlands betrachtete, einen ähnlichen Zollverein mit Württemberg zustande, nur daß er für die Länge der gemeinsamen Grenze zu klein war. Aber er grenzte schon an den preußisch-hessischen Verein, und obwohl nun Sachsen, Thüringen, Kurhessen, Hannover, Braunschweig, Bremen und Frankfurt a. M. sich im „Mitteldeutschen Handelsverein“ am 24. September 1828 verpflichteten, keinem der beiden Zollvereine beizutreten, also sich zwischen sie hineinschoben, so schlossen diese nun am 27. Mai 1829 den Vertrag über den zollfreien Austausch ihrer Erzeugnisse und sicherten sich ihn durch die Erbauung zweier zollfreier Straßen quer durch Thüringen. So wurde die Grundlage für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands gelegt, freilich nicht vom Bundestage, sondern ohne diesen durch freie Vereinbarung zwischen den Einzelstaaten.

An alledem nahm Österreich keinen Anteil. Der Grundsatz der „Stabilität“, den der kleinlich-bureaukratische Sinn des Kaisers Franz des Ersten vom Standpunkte des patriarchalischen Absolutismus, der weltkundige Fürst Metternich aus praktischen Gründen der Staatserhaltung festhielt, verurteilte Österreich zum Stillstand und schloß es vom übrigen Deutschland möglichst hermetisch ab. Die Landtage der Kronländer blieben auf die gehorsame Erledigung des kaiserlich königlichen Steuerpostulats beschränkt, die römische Kirche wurde behandelt wie eine Polizeianstalt des Staates; die Provinzialzölle fielen erst 1828 im Westen der Leitha, die Osthälfte des Reichs bildete ein besondres Zollgebiet, und hohe Eingangszölle oder Einfuhrverbote hemmten den Verkehr mit Deutschland, ohne doch den Wettbewerb der übermächtigen englischen Industrie fernzuhalten. Vollends versumpfte das geistige Leben bei der mißtrauischen Überwachung aller Lehranstalten und einer argwöhnischen Absperrung von Deutschland, die weder den Besuch außerösterreichischer Hochschulen noch die Berufung auswärtiger Lehrkräfte zuließ und die wissenschaftliche wie die poetische deutsche Literatur als staatsgefährlich ausschloß. Die eifrige Pflege der Musik vertiefte eher noch den traumseligen Geistesschlummer Österreichs. Und dieser Staat, in dem alles nationale Leben verkümmerte, nahm eine herrschende Stellung einerseits in Deutschland, andrerseits in Italien ein, das er von dem lombardisch-venezianischen Königreich aus und durch seine Vasallen in Parma, Modena und Toskana in Untertänigkeit und Zersplitterung erhielt.

Inzwischen wurde das politische Interesse der Gebildeten lebendig erhalten durch die Revolutionen in den romanischen Ländern und in den spanisch-amerikanischen Kolonien, vor allem aber durch die Erhebung der Griechen gegen die türkische Herrschaft seit 1821. Denn hier wirkten die Begeisterung für das klassische Altertum und für die Freiheit mit der Sympathie für die Glaubensgenossen zusammen, und jahrelang schickten die deutschen „Philhellenenvereine“, an ihrer Spitze König Ludwig von Bayern, Geld, Waffen und Freiwillige den Griechen zu Hilfe. Zugleich lockerte sich die Heilige Allianz. Denn während Österreich den Kampf als eine Rebellion gegen die rechtmäßige Regierung des Sultans betrachtete, verbanden sich Rußland, Frankreich und England 1827, um die Herstellung eines griechi-

schen Staates zu erzwingen, und Preußen vermittelte den Frieden von Adrianopel am 14. September 1829, der die Selbständigkeit Griechenlands anerkannte. Dessen Krone aber übernahm 1832 Prinz Otto von Bayern, der zweite Sohn König Ludwigs, und bayrische Truppen und Beamte begründeten die erste Ordnung in dem entsetzlich verwüsteten und verwilderten Lande.

Die Bewegung setzte sich weiter fort durch die Julirevolution, die 1830 die Bourbonen stürzte und Louis Philipp zum „König der Franzosen" erhob. Revolutionen in Belgien, Italien und Polen folgten. In Deutschland wurde damit für die meisten noch altständischen Staaten der wohltätige Anstoß zur Durchführung moderner Verfassungen gegeben. In Braunschweig erzwang das empörte Volk im September sogar den Rücktritt des wegen seines launenhaften Despotismus tief verhaßten Herzogs Karl und die Einsetzung seines Bruders Wilhelm des Zweiten als Herzog (1830—1884). In Kurhessen, das unter der Zollpolitik Wilhelms des Zweiten (1821—1847) besonders schwer litt, wurde der Kurfürst dazu gedrängt, eine neue Verfassung anzunehmen (5. Januar 1831) und den Kurprinzen zum Mitregenten zu berufen. Hannover erhielt nach der lächerlichen „Göttinger Revolution" unter dem wohlwollenden Vizekönig, dem Herzog von Cambridge (seit Februar 1831), auf Grund der Vorarbeiten B. Stüves und des Historikers Fr. Chr. Dahlmann am 26. September 1833 ein sehr konservatives Staatsgrundgesetz. In Sachsen richtete sich die Bewegung, von Leipzig und Dresden ausgehend, zunächst auf die Reform der verrotteten Stadtverwaltung; eine Erneuerung des völlig erstarrten Staatswesens war erst möglich, als das jüngere Beamtentum (B. von Lindenau) die Entlassung des greisen Kabinettsministers Grafen Einsiedel und die Berufung des populären Prinzen August zum Mitregenten des Königs Anton (1827—1836) durchsetzte. So kam durch friedliche Vereinbarung mit den alten Ständen am 4. September 1831 die neue Verfassung zustande. Auf dieser Grundlage folgten dann die Einrichtung von Fachministerien, die Städteordnung, die Neugestaltung der Verwaltungsbehörden, der Rechtspflege und des Steuerwesens, die Ablösung der bäuerlichen Lasten und die Landgemeindeordnung.

Nun erst war der Eintritt dieser Staaten in den Zollverein möglich, den die wirtschaftliche Lage längst gebieterisch forderte. Schon im August 1831 trat Kurhessen bei, 1833 Sachsen, die thüringischen Kleinstaaten, Bayern und Württemberg, 1834 Baden, 1835 Nassau, 1836 Frankfurt a. M. Noch schlossen 1837 die Staaten des Nordwestens, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe-Schaumburg, einen selbständigen „Steuerverein"; aber weitaus der größte Teil Deutschlands, 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern, bildete fortan ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Indem somit Deutschland unter weiser Wahrung bündischer Formen, die jedem Grenzstaate die Verwaltung der Zölle ließen, nur die gegenseitige Überwachung der Hauptzollämter vorbehielten und sogar die Einstimmigkeit für jeden Akt der gemeinsamen Zollgesetzgebung wahrten, von der Einzelstaatswirtschaft zur Nationalwirtschaft überging, hatte es die Grundlagen der neuen politischen Einheit unter Preußens Führung gewonnen.

Gleichzeitig gelangten nun aber im konstitutionellen Südwesten, namentlich in Baden und in der Rheinpfalz, von Frankreich her radikal-republikanische Bestrebungen weithin zur Geltung und ergriffen auch einen Teil der im geheimen fortbestehenden burschenschaftlichen Verbindungen. Obwohl sie sich zunächst nur in ungefährlichen Demonstrationen äußerten, wie im Hambacher Fest am 27. Mai 1832 und in dem unbegreiflich törichten Frankfurter Aufstande vom 3. April 1833, so stellte doch der Bundestag schon im Juni 1832 die Landtage unter Bundesaufsicht, verbot alle politischen Vereine und Versammlungen und erneuerte die Karlsbader Beschlüsse gegen die Universitäten; später, im Juni 1833, setzte er eine Bundeszentralkommission ein und veranlaßte dadurch die unsäglich gehässige „Demagogenjagd", die Hunderten von doch höchstens unbesonnenen jungen Leuten langjährige Freiheitsstrafen eintrug, andere zur Flucht in die Schweiz nötigte. Als sich dort unter der Leitung des italienischen Agitators Joseph Mazzini der radikale Bund des „jungen Europa" bildete, verschärfte der Bundestag seine Bestimmungen noch, und die Ostmächte zwangen die Schweiz zu der berüchtigten „Flüchtlingshatz". So erschienen der Bundestag und die ihn leitenden Großmächte schlechtweg als Mächte der Reaktion, die konstitutionellen

Mittelstaaten namentlich des Südwestens als Burgen der Freiheit.

Diese Anschauung erschien besonders berechtigt, als nach der Auflösung der unnatürlichen Personalunion zwischen England und Hannover mit dem Tode Wilhelms des Vierten und der Thronbesteigung Viktorias 1837 der neue König Ernst August, Herzog von Cumberland, ein hochfahrender aristokratischer Absolutist, am 30. Oktober 1837 die neue Verfassung kurzerhand aufhob, um sich seine selbständige Kronkasse und seinem erblindeten Sohne Georg (dem Fünften) die Nachfolge zu sichern; sieben Göttinger Professoren, die gefeiertsten Namen deutscher Wissenschaft, die unter Dahlmanns Führung am 17. November gegen den Gewaltstreich protestierten, entsetzte er teils ihres Amtes, teils verwies er sie sogar des Landes, ohne daß Preußen oder gar der Bundestag dagegen eingeschritten wäre. Ein neuer Landtag, auf Grund der Verfassung von 1819 berufen, erfüllte endlich den Wunsch des Königs. Ungleich zäher verteidigte der kurhessische Landtag seine Rechte gegen den absolutistisch gesinnten Kurprinzen und seinen ebenso begabten und energischen wie willkürlichen Minister Hassenpflug, den die liberalen Gegner „Der Hessen Fluch" zu nennen liebten.

Während die Kämpfe um die neuen Verfassungen den konstitutionellen Gedanken immer mehr verstärkten, verwickelte sich Preußen in den ersten Kampf mit der ultramontan werdenden römischen Kirche über die gemischten Ehen, die für die westlichen und östlichen Provinzen von besonderer Wichtigkeit waren und bisher, zumeist im Allgemeinen Landrecht, vom Staate allein geregelt worden waren. Statt daran unnachsichtlich festzuhalten, schloß Preußen durch Christian Josias von Bunsen mit dem ganz ultramontanen Papste Gregor dem Sechzehnten einen förmlichen Vertrag über die gemischten Ehen, der dann durch geheime Abmachungen mit dem milden Erzbischof Spiegel dahin gemildert wurde, daß die kirchliche Einsegnung erfolgen solle, auch wenn ein förmliches Versprechen, die Kinder katholisch werden zu lassen, nicht abgegeben sei. Als nun der neuernannte Erzbischof von Köln, der starrköpfige Westfale Clemens August von Droste-Vischering, trotz seines gegenteiligen Versprechens vor der Wahl, sich an diese Verein-

barung nicht kehrte und zugleich aufs schärffte gegen die Friedenspartei der Hermesianer vorging, wurde er am 20. November 1837 schließlich verhaftet und nach der Festung Minden gebracht; freilich erlahmte die Energie sehr bald, und der Staat wich in der Kabinettsorder vom 30. Januar 1838 erheblich zurück. Dasselbe Schicksal wie Droste traf aus demselben Grunde den Erzbischof von Gnesen-Posen, Dunin; er wurde im Oktober 1839 in Kolberg interniert. So berechtigt beide Schritte sein mochten, die ultramontane Welle stieg und die öffentliche Meinung war geneigt, die beiden ungehorsamen Erzbischöfe als Opfer absolutistischer Willkür zu betrachten, da keine Volksvertretung die Verantwortung mit der Regierung teilte. Und so zeigte es sich, daß auch für Preußen der Übergang zum Verfassungsstaat unvermeidlich war.

Um so größer war die Spannung, als am 7. Juni 1840 Friedrich Wilhelm der Dritte verschied, der in seiner nüchtern-verständigen, pflichttreuen Art von seinem durch so viele gemeinsame Leiden ihm eng verbundenen Volke trotz aller politischen Rückständigkeit geachtet und wohlgelitten war; von seinem Nachfolger erwartete man entscheidende Neuerungen. Geboren am 15. Oktober 1795, aufgewachsen unter den bestimmenden Eindrücken des Kampfes gegen die „Revolution" und in den Ideen der Romantik, geistvoll und vielseitig begabt, war Friedrich Wilhelm der Vierte (1840—1861) im Grunde eine weiche, phantasiereiche Künstlernatur, weder Soldat noch Staatsmann; ihm fehlte der klare Blick für die Wirklichkeit der Dinge und die Festigkeit des Willens. Er war erst Christ, dann Deutscher, erst ganz zuletzt Preuße, und er sah aller geschichtlichen Entwickelung zum Trotz sein politisches Ideal in dem mannigfach, wie er meinte, historisch und natürlich gegliederten ständischen Staate unter einem starken, patriarchalischen Königtum von Gottes Gnaden, sein kirchliches in der möglichst unbeschränkten, von Bischöfen regierten Kirche.

Er begründete deshalb schon 1841 das preußisch-englische Bistum Jerusalem, nicht um dem Deutschtum, sondern nur um der evangelischen Kirche dort Boden zu verschaffen, und er wollte eine ständische Vertretung gewähren, aber nur als freies Geschenk königlicher Gnade und ohne Verkürzung seiner königlichen, von Gott ihm übertragenen Rechte, während die

in Ostpreußen, Schlesien und Rheinland schon sehr starken Liberalen eine konstitutionelle Verfassung auf dem in Preußen ganz unhistorischen Boden der Volkssouveränität als Einlösung des Versprechens von 1815 forderten. Er erweckte durch die Begnadigung der politisch Verurteilten allgemeinen Jubel und riß durch seine schwungvollen, vielverheißenden, aber unklaren Reden bei der Huldigungsfeier in Königsberg und Berlin alles zu stürmischer Begeisterung hin, nicht minder durch die stolze Festigkeit, mit der er 1841 den dreisten Ansprüchen des Ministeriums Thiers auf die Rheingrenze entgegentrat; aber die geringe Erweiterung der Rechte der Provinzialstände im Februar 1841 und die Berufung ihrer vereinigten Ausschüsse im Juni 1842 befriedigte die hochgespannten Erwartungen keineswegs; König und Volk verstanden sich nicht, und die gegenseitige Mißstimmung wuchs. Dazu gab er in einem Abkommen mit Rom im Mai 1841 die Rückkehr des Erzbischofs Droste-Vischering nach Köln zu, nur daß ihm ein Koadjutor (Johannes von Geissel) zur Seite gesetzt wurde; er gestattete den Bischöfen völlig freien Verkehr mit Rom und bereitete, als er in hochherzigem Idealismus am 4. September 1842 den Grundstein zum Weiterbau des Kölner Domes legte, dem Katholizismus einen glänzenden Triumph.

Denn unzweifelhaft war, seitdem sich das religiöse Gefühl in der schweren Not der napoleonischen Zeit mächtig gehoben hatte und die flache Vernünftelei der Aufklärungszeit mehr und mehr überwand, auch das kirchliche Interesse auf beiden Seiten in rascher Zunahme. Die demonstrative Ausstellung des sogenannten ungenähten Rockes Christi in Trier als einer wundertätigen Reliquie 1844 gab, weil sie dem modernen Bewußtsein der Gebildeten schroff widersprach, allerdings den nächsten Anstoß zur Bildung der deutsch-katholischen Kirche durch Johannes Ronge und Johannes Czerski; doch die anfangs vielversprechende Bewegung war, weil wesentlich rationalistischen Charakters, ohne innere Kraft, und die Million Pilger, die binnen wenig Monaten nach Trier strömte, bewies durchaus, daß die Masse der deutschen Katholiken keineswegs rationalistisch dachte. Auf protestantischem Boden zogen die Provinzialsynoden (1844) und die erste Generalsynode (1846) der unierten Landeskirche in Preußen zuerst die Laien wieder

zur Kirchengesetzgebung hinzu, und der Versuch des orthodoxen Kultusministers Eichhorn, die rationalistische Richtung zur Bildung selbständiger „freier Gemeinden" zu drängen (1847), hatte wenig Erfolg; die Mehrzahl der Rationalisten behauptete ihr protestantisches Recht selbständiger Überzeugung innerhalb der Landeskirche. Wie lebhaft trotz solcher Spaltungen das Gefühl der Gemeinschaft bei den Evangelischen war, zeigte vor allem das Aufblühen des Gustav-Adolf-Vereins für die Unterstützung der Protestanten in katholischen Ländern und die Entstehung zahlreicher Missionsgesellschaften neben der ältern Mission der Herrnhuter (1816 in Basel, 1823 in Berlin, 1828 in Barmen, 1836 in Dresden, 1847 in Leipzig), die im südwestlichen und östlichen Afrika, im südlichen Indien und in China (Gützlaff) mit Hingebung arbeiteten. Verdienstlicher noch und von steigender sozialer Wirkung war die Tätigkeit der sogenannten Inneren Mission, für die H. Wichern mit der Einrichtung des „Rauhen Hauses" in Horn bei Hamburg 1833 das erste große Beispiel gab.

Mochte nun die stärkere Betonung des konfessionellen Standpunktes alte, im vorhergehenden Jahrhundert zurückgetretene Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes wieder mehr beleben, so wuchsen auf der andern Seite mächtig die Kräfte, die auf eine straffere politische Einheit, eine neue Gesamtverfassung der Nation hindrängten. Aus der tiefen Verarmung der napoleonischen Zeit arbeitete sich Deutschland namentlich seit der Begründung des Zollvereins mit steigender Schnelligkeit zu solidem Wohlstand empor. Noch hemmte als Rest früherer Zustände die Verschiedenheit des erst seit 1838 für die norddeutschen Vereinsstaaten allgemein eingeführten (preußischen) Vierzehntalerfußes und des süddeutschen (rheinischen) Guldenfußes, abgesehen noch von dem veralteten Münzwesen der niedersächsischen Küstenstaaten im Osten der Elbe und dem österreichischen Guldenfuße; noch gab es, Österreich eingeschlossen, achtzehn verschiedene Postverwaltungen, darum ein viel zu hohes Porto. Aber die ersten beiden Jahrzehnte nach 1815 überzogen ganz Deutschland mit einem Netze trefflicher Kunststraßen, die von Tausenden mächtiger Frachtwagen belebt waren, und vorzügliche Eilposten gab es seit 1823 in Sachsen, seit 1825 in Preußen. Kaum war diese für ängstliche

Seelen unerhörte Vervollkommnung im Gange, da begann der Eisenbahnbau, vorbereitet unter erdrückenden Schwierigkeiten durch seinen begeisterten Propheten Fr. List, alle Verkehrsverhältnisse völlig umzugestalten. Obwohl die Regierungen sich noch mißtrauisch zurückhielten und sich höchstens, wie Preußen durch das Gesetz von 1838, ein mehr oder weniger weitgehendes Aufsichtsrecht sicherten, so bauten doch bürgerliche Unternehmer bis 1848 schon eine ganze Reihe von Linien über ganz Deutschland hin (1835 Nürnberg—Fürth, 1838 Berlin—Potsdam, 1839 Leipzig—Dresden usf.). Dahinter blieben die Wasserstraßen weit zurück. Außerhalb Preußens hatte Deutschland keine Kanäle (der neue bayrische Ludwigskanal blieb unbedeutend), und die größten Ströme, Rhein und Elbe, litten nicht nur unter der schlechten Beschaffenheit der Fahrbahn, sondern auch unter hohen Zöllen; zumal auf dem Rheine störten bis 1831 die holländischen „Seezölle" auf Waal und Maas den deutschen Verkehr mit der Nordsee empfindlich. Trotzdem begann die Dampfschiffahrt, aber überwiegend für Personenbeförderung, auf dem Rheine 1816, auf der Oder 1825, auf der Donau 1833, auf der Elbe 1837. Für den Seeverkehr lagen die wichtigsten Häfen noch ein halbes Jahrhundert lang außerhalb des Zollvereins, aber hier vollbrachte die alte Stadtpolitik ihre letzte große Leistung. Bremen sicherte sich die Verbindung mit der See durch die Anlage von Bremerhaven, die Gründung des weitschauenden Bürgermeisters Johann Smidt (1827), zog dadurch den deutsch-nordamerikanischen Verkehr größtenteil an sich und eröffnete 1847 den regelmäßigen Dampferverkehr mit New York; Hamburg beherrschte den Handel mit England, ganz Westeuropa und Südamerika und war schon der erste Hafenplatz des europäischen Festlandes, trotz des schrecklichen Brandes vom Mai 1842, den man törichterweise englischer Eifersucht schuld gab. Gleichwohl besaßen alle deutschen Seehäfen zusammengenommen noch 1840 kaum die Hälfte der Schiffe, die sie 1805 gehabt hatten, und die preußische Handelsflotte erreichte erst 1859 wieder den Stand von 1805.

Nicht zum wenigsten ergab sich das Wachstum des Handels aus dem Aufblühen der deutschen Industrie, seitdem der Zollverein sie vor der erdrückenden englischen Konkurrenz schützte, die Entwickelung der Verkehrswege die Transportkosten für Massengüter (Kohlen, Holz, Erz, Getreide) verbilligte, und der Dampfbetrieb die Fabrikation zu beherrschen begann. Westfalen, Sachsen, Oberschlesien wurden oder blieben die wichtigsten Industrieländer; Essen (Fr. Krupp), Berlin (A. Borsig), Chemnitz (E. Hartmann) wurden großartige Fabrikstädte. Aber auch die deutsche Landwirtschaft trat in eine Zeit der Blüte ein, als die überall rüstig fortschreitende Ablösung der bäuerlichen Lasten, die sich im Osten allerdings mit einer Zunahme des Großgrundbesitzes verband, die Gemeinheitsteilungen und Grundstückzusammenlegungen (in den Gewanndörfern) alte rechtliche und technische Hemmnisse beseitigten, die Anwendung der Wissenschaft (A. Thaer, J. Liebig) das Verfahren verbesserte. Fast überall gelangte jetzt die Fruchtwechselwirtschaft mit Stallfütterung und rationeller Düngung zur Herrschaft, den Ertrag mindestens verdoppelnd, und der Anbau der Zuckerrübe, der schon während der Kontinentalsperre in Schlesien begonnen hatte, machte den Kolonialzucker bald völlig entbehrlich.

Also wuchsen Wohlstand und Bevölkerung trotz einzelner Rückschläge, wie der schrecklichen Springflut an der Nordseeküste im Februar 1825, der Cholera, die 1831 zum erstenmal von Osten hereinbrach, der Mißernte von 1845 und dergleichen mehr. In immer wachsender Zahl bildeten sich durch Fabrikwesen und Handelsverkehr große Bevölkerungsmittelpunkte, wie sie keine frühere Zeit gekannt hatte. Berlin, schon 1848 der Knotenpunkt von fünf Eisenbahnlinien, wuchs 1810—1840 von 157 000 auf 330 000 Einwohner, Leipzig 1834—1849 von 44 000 auf 62 000, Dresden 1826—1849 von 48 000 auf 94 000, Chemnitz 1813—1864 von 9900 auf 54 000 Einwohner. Im ganzen betrug die Bevölkerung auf dem Boden des späteren Deutschen Reichs 1816 schon 24,8 Millionen, 1845 aber 34,4 Millionen, wovon erst 10, dann 16 Millionen auf Preußen fielen; das Industrieland Sachsen wuchs 1815—1846 von 1,17 auf 1,83 Millionen. Trotzdem war die Auswanderung, namentlich aus den dünnbevölkerten, industriearmen Landschaften des Ostens, sehr stark, und sie richtete sich, besonders seit 1830, vor allem nach Nordamerika, wohin 1830—1850, meist über Bremen, im ganzen 587 000 Deutsche zogen, da-

neben auch nach dem südlichen Brasilien (seit 1818) und nach Australien (seit 1837). Alle diese Auswanderer gingen der deutschen Gemeinschaft verloren, in Nordamerika auch ganz überwiegend dem deutschen Volkstume, wenngleich seit 1830 auch gebildete Männer, meist liberaler Richtung, dem Vaterlande den Rücken kehrten und, trotz aller üblen Erfahrungen die Heimat lieb behaltend, durch deutsche Schulen und Zeitungen der Entnationalisierung etwas entgegenarbeiteten.

Während nun die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Staaten unzerreißbar miteinander verwuchsen und ihre Binnengrenzen in dieser Beziehung bedeutungslos wurden, entwickelte sich eine Einheit der deutschen Geistesbildung in Wissenschaft, Literatur und Kunst, die jener wirtschaftlichen parallel ging. Sie war um so wirksamer, als das politische Interesse noch lange schwach war und das ästhetisch-literarische überwog. Die Universitäten, noch nach 1815 durch zwei neue Hochschulen (1818 Bonn, 1826 München) vermehrt, waren schlechthin deutsche Anstalten, durch unbeschränkte Freizügigkeit der Professoren und weitgehende der Studenten unter sich eng verbunden, zwar unter Staatsaufsicht, aber, von den katholisch-theologischen Fakultäten abgesehen, frei von jeder kirchlichen Bevormundung, mit unbedingter Lern- und Lehrfreiheit ausgestattet und als geschlossene Körperschaften auch äußerlich durch ihre korporative Verfassung sehr unabhängig. Die höheren Schulen hielten an ihrer alten Grundlage, dem Betriebe der klassischen Sprachen, unbeirrt fest, gaben jetzt erst unter dem Einflusse der aufblühenden Altertumswissenschaft dem Griechischen sein Recht und berücksichtigten etwas mehr die Realien, ohne ihre Schüler mit einem unruhigen Vielerlei von Fächern zu überbürden, bildeten auch noch die einzigen Vorbereitungsanstalten für die Universität. Daß der Staat dabei mehr und mehr Gymnasien halb oder ganz übernahm und neue staatliche Schulen gründete (namentlich in Preußen), auch das Prüfungswesen und den Unterrichtsbetrieb durch seine Regulative einheitlicher ordnete, schränkte allerdings die frühere Freiheit etwas ein, ergab sich aber aus dem Wachstum seiner Kulturaufgaben. Die wirtschaftliche Entwicklung gab bereits zur weiteren Ausbildung der Real- und Gewerbeschulen sowie höherer technischer Anstalten Veranlassung, beeinträchtigte aber

die alte Einheit der wissenschaftlichen Vorbereitung noch wenig. Auch das Volksschulwesen wurde, obwohl es den Gemeinden verblieb, doch überall durch die staatliche Gesetzgebung geregelt, durch treffliche Pädagogen wie Dinter und Diesterweg in Pestalozzis Geiste innerlich ausgestaltet und mit fachmäßig vorgebildeten Lehrern aus meist staatlichen Seminarien versorgt; es erstarrte freilich im Laufe der Zeit mehr und mehr unter dem Zwange staatlicher Bevormundung und reaktionär-kirchlichen Geistes.

Niemals hat die deutsche Wissenschaft eine so glückliche und glänzende Zeit erlebt wie damals, wo ihre Vertreter, ohne sich um äußere Ehren und Lebensgenüsse viel zu sorgen, fröhlich vorwärts strebten und noch große Gebiete zu überblicken vermochten. Die historische Auffassung gelangte jetzt zu den schönsten Erfolgen. Zuerst der Schwabe Wilhelm Hegel (1770—1831) begriff die Welt philosophisch als einen historischen Werdeprozeß, allerdings in ganz abstrakten Formen als den unendlichen Denkprozeß des absoluten Geistes (Gottes), so daß das Wirkliche vernünftig, das Vernünftige wirklich ist; den Staat faßte er als den verwirklichten sittlichen Willen auf. Es war die äußerste Ausbildung der idealistischen Philosophie und das letzte philosophische System, das in Deutschland wirklich geherrscht hat. Schon mit K. Fr. Herbart († 1841) kehrte die Philosophie von ihrer stolzen spekulativen Höhe zu den bescheidenen empirischen Untersuchungen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit zurück.

Siegreich begann die historische Auffassung auch in die Theologie einzudringen und dem flachen Rationalismus ein Ende zu machen. Schon Schleiermacher († 1834) lehrte die Glaubensbekenntnisse in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit, als subjektive Gefühlswahrheiten begreifen; die Tübinger Schule (Ferd. Baur) wies die neutestamentlichen Schriften als Erzeugnisse des Ideenkampfes der apostolischen Zeit nach, David Friedrich Strauß († 1874) wollte sogar, ohne jedes religiöse Verständnis, aber getrieben vom schärfsten kritischen Geiste und reinsten Wahrheitsdrang, in der Geschichte Jesu (1835) nichts sehen als eine Mythenbildung. Er hat die neutestamentliche Wissenschaft trotz seines Irrtums in der Gesamtauffassung ungemein gefördert; aber es war kein Wunder, daß die bibel-

neben auch nach dem südlichen Brasilien (seit 1818) und nach Australien (seit 1837). Alle diese Auswanderer gingen der deutschen Gemeinschaft verloren, in Nordamerika auch ganz überwiegend dem deutschen Volkstume, wenngleich seit 1830 auch gebildete Männer, meist liberaler Richtung, dem Vaterlande den Rücken kehrten und, trotz aller üblen Erfahrungen die Heimat lieb behaltend, durch deutsche Schulen und Zeitungen der Entnationalisierung etwas entgegenarbeiteten.

Während nun die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Staaten unzerreißbar miteinander verwuchsen und ihre Binnengrenzen in dieser Beziehung bedeutungslos wurden, entwickelte sich eine Einheit der deutschen Geistesbildung in Wissenschaft, Literatur und Kunst, die jener wirtschaftlichen parallel ging. Sie war um so wirksamer, als das politische Interesse noch lange schwach war und das ästhetisch-literarische überwog. Die Universitäten, noch nach 1815 durch zwei neue Hochschulen (1818 Bonn, 1826 München) vermehrt, waren schlechthin deutsche Anstalten, durch unbeschränkte Freizügigkeit der Professoren und weitgehende der Studenten unter sich eng verbunden, zwar unter Staatsaufsicht, aber, von den katholisch-theologischen Fakultäten abgesehen, frei von jeder kirchlichen Bevormundung, mit unbedingter Lern- und Lehrfreiheit ausgestattet und als geschlossene Körperschaften auch äußerlich durch ihre korporative Verfassung sehr unabhängig. Die höheren Schulen hielten an ihrer alten Grundlage, dem Betriebe der klassischen Sprachen, unbeirrt fest, gaben jetzt erst unter dem Einflusse der aufblühenden Altertumswissenschaft dem Griechischen sein Recht und berücksichtigten etwas mehr die Realien, ohne ihre Schüler mit einem unruhigen Vielerlei von Fächern zu überbürden, bildeten auch noch die einzigen Vorbereitungsanstalten für die Universität. Daß der Staat dabei mehr und mehr Gymnasien halb oder ganz übernahm und neue staatliche Schulen gründete (namentlich in Preußen), auch das Prüfungswesen und den Unterrichtsbetrieb durch seine Regulative einheitlicher ordnete, schränkte allerdings die frühere Freiheit etwas ein, ergab sich aber aus dem Wachstum seiner Kulturaufgaben. Die wirtschaftliche Entwicklung gab bereits zur weiteren Ausbildung der Real- und Gewerbeschulen sowie höherer technischer Anstalten Veranlassung, beeinträchtigte aber

die alte Einheit der wissenschaftlichen Vorbereitung noch wenig. Auch das Volksschulwesen wurde, obwohl es den Gemeinden verblieb, doch überall durch die staatliche Gesetzgebung geregelt, durch treffliche Pädagogen wie Dinter und Diesterweg in Pestalozzis Geiste innerlich ausgestaltet und mit fachmäßig vorgebildeten Lehrern aus meist staatlichen Seminarien versorgt; es erstarrte freilich im Laufe der Zeit mehr und mehr unter dem Zwange staatlicher Bevormundung und reaktionär-kirchlichen Geistes.

Niemals hat die deutsche Wissenschaft eine so glückliche und glänzende Zeit erlebt wie damals, wo ihre Vertreter, ohne sich um äußere Ehren und Lebensgenüsse viel zu sorgen, fröhlich vorwärts strebten und noch große Gebiete zu überblicken vermochten. Die historische Auffassung gelangte jetzt zu den schönsten Erfolgen. Zuerst der Schwabe Wilhelm Hegel (1770—1831) begriff die Welt philosophisch als einen historischen Werdeprozeß, allerdings in ganz abstrakten Formen als den unendlichen Denkprozeß des absoluten Geistes (Gottes), so daß das Wirkliche vernünftig, das Vernünftige wirklich ist; den Staat faßte er als den verwirklichten sittlichen Willen auf. Es war die äußerste Ausbildung der idealistischen Philosophie und das letzte philosophische System, das in Deutschland wirklich geherrscht hat. Schon mit K. Fr. Herbart († 1841) kehrte die Philosophie von ihrer stolzen spekulativen Höhe zu den bescheidenen empirischen Untersuchungen der menschlichen Erkenntnisfähigkeit zurück.

Siegreich begann die historische Auffassung auch in die Theologie einzudringen und dem flachen Rationalismus ein Ende zu machen. Schon Schleiermacher († 1834) lehrte die Glaubensbekenntnisse in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit, als subjektive Gefühlswahrheiten begreifen; die Tübinger Schule (Ferd. Baur) wies die neutestamentlichen Schriften als Erzeugnisse des Ideenkampfes der apostolischen Zeit nach, David Friedrich Strauß († 1874) wollte sogar, ohne jedes religiöse Verständnis, aber getrieben vom schärfsten kritischen Geiste und reinsten Wahrheitsdrang, in der Geschichte Jesu (1835) nichts sehen als eine Mythenbildung. Er hat die neutestamentliche Wissenschaft trotz seines Irrtums in der Gesamtauffassung ungemein gefördert; aber es war kein Wunder, daß die bibel-

gläubigen Orthodoxen unter Führung des Westfalen W. Hengstenberg († 1869) diese, wie sie meinten, alle Grundlagen des Glaubens zerstörende Richtung mit harter Ausschließlichkeit bekämpften. Ebenso siegte in der Rechtswissenschaft die historische Auffassung Savignys bis zu dem Grade, daß er seiner Zeit sogar den Beruf zur Gesetzgebung absprach. Dahlmann faßte in seiner „Politik" die ersten Erfahrungen des konstitutionellen Lebens in Deutschland zusammen (1835) und sah, vom englischen Vorbilde ausgehend, sein Ideal in einem konstitutionellen, aber starken Königtum auf der Grundlage des städtischen Mittelstandes. Der hochkonservative Stahl, ein ganz zum Preußen und Christen gewordener Jude, wies, das Naturrecht gründlich widerlegend, nach, daß das Recht sich aus dem Geiste des Volkes historisch entwickle; nur sah er in dem christlichen Staate eine unmittelbare Offenbarung Gottes und wurde durch diese Tendenz ein Hort reaktionärer Gedanken und ein Hemmnis für die politische Weiterentwickelung.

Das erste große Werk über die Geschichte des deutschen Mittelalters wagte im Sinne der Romantik Friedrich Raumer mit der Geschichte der Hohenstaufen (1824). Doch erst die von Stein veranlaßte großartige Quellensammlung der Monumenta Germaniae historica (von G. Pertz, seit 1819) legte dieser Forschung eine feste kritische Grundlage und bildete eine tüchtige Schule junger Historiker. Leider gab Dahlmann ein Muster kritischer und doch höchst lebendiger Geschichtschreibung nicht in einer deutschen, sondern in seiner dänischen Geschichte (1840). Diese kritischen Grundsätze wandte der Thüringer Leopold Ranke (1795—1886) auf die Neuzeit an; indem er dabei vor allem den Motiven der leitenden Persönlichkeiten und den großen welthistorischen Zusammenhängen nachspürte, jede Zeit aus sich selbst zu verstehen suchte und dann die Dinge mit vornehmer Objektivität und künstlerischem Feingefühl schilderte, machte er die deutsche Geschichtsschreibung zur ersten der Welt. Während er den Staat ganz von oben sah, legte der Ostfriese F. C. Schlosser in seiner Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts an die Taten der Fürsten, Helden und Staatsmänner den unzureichenden Maßstab seiner abstrakten bürgerlichen Moral, wurde aber gerade dadurch der Liebling des verstimmten Bürgertums. Das deutsche Altertum in Sitte und

Recht, Sprache, Sage und Götterglaube erforschten unermüdlich mit sinnigstem Verständnis und innerem Herzensanteil die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm und Ludwig Uhland. Ihr Schüler K. Lachmann wandte die kritischen Grundsätze der klassischen Philologie zuerst auf die Schriftwerke des deutschen Mittelalters an. Schmeller begann die Erforschung der deutschen Mundarten, G. Gervinus gab die erste große deutsche Literaturgeschichte. In einem gewissen Gegensatze zu der textkritisch-grammatischen Richtung G. Hermanns bauten A. Böckh, Otfried Müller, F. G. Welcker die alte Philologie zur allseitigen Wissenschaft vom klassischen Altertum aus, und das preußische Institut für archäologische Korrespondenz in Rom (1827) gab diesen Studien, namentlich der Archäologie, eine monumentale Grundlage. Seiner genialen Entdeckung der Urverwandtschaft der arischen Sprachen ließ Franz Bopp den streng wissenschaftlichen Beweis ihres übereinstimmenden Baues auf dem Fuße folgen (seit 1816), und ein Landsmann der beiden Grimm, Friedrich Diez, wurde der Begründer der romanischen Sprachwissenschaft (1834).

Die geographische und klimatische Bedingtheit historischer Entwicklung war der Grundgedanke in Karl Ritters umfassender „Erdkunde" (seit 1817), und die ganze Fülle seiner Kenntnisse der natürlichen Welt faßte Alexander von Humboldt, der wissenschaftliche Entdecker des spanischen Amerikas (1799—1804) und einer der universalsten Geister aller Zeiten (1769—1859), in seinem „Kosmos" (seit 1844) zusammen. So entwuchs die deutsche Naturwissenschaft durch sorgfältige Beobachtung der Tatsachen den luftigen Spekulationen der Naturphilosophie. J. Liebig begründete die Agrikulturchemie, A. Dove fand das Drehungsgesetz der Winde, die Grundlage aller Meteorologie, H. Helmholtz, ein preußischer Militärarzt, der bald als ebenbürtiger Nachfolger Humboldts in der Beherrschung der Naturwissenschaften gelten durfte, fand gleichzeitig mit dem genialen Württemberger Robert Mayer die Lehre von der Erhaltung der Kraft und wies damit den Zusammenhang aller Naturkräfte nach. Endlich errang Friedrich Gauß den Deutschen auch in der Mathematik den höchsten Preis.

Mit einer Universalität, wie sie seitdem nicht wieder vorgekommen ist, fing Goethe in seinem Alter alle Wissenschaft

und Kunst wie in einem Spiegel auf. Während die meisten Werke seiner letzten Zeit noch dem versunkenen Gedankenkreise des achtzehnten Jahrhunderts angehörten und deshalb wenig Beifall fanden, wies er in seiner Farbenlehre der denkenden Naturbetrachtung neue Wege, schüttete in Wilhelm Meisters Wanderjahren eine Fülle sozialpolitischer Ideen aus, die der Entwickelung noch des zwanzigsten Jahrhunderts voraneilten, und entfaltete im zweiten Teile des Faust, den er kurz vor seinem Tode (22. März 1832) vollendete, in reichen Bildern den ganzen geistigen Gehalt seiner Zeit mit weisen und verheißungsvollen Ausblicken in die Zukunft. Er ließ seinen Träumer Faust enden als einen Mann der praktischen Tat und des sozialen Pflichtbewußtseins, der sich zu dem tapferen Satz bekennt: „Die Tat ist alles, nichts der Ruhm". So hat er den Entwicklungsgang seines Volkes vorgezeichnet.

Noch während Goethes letzter Jahre ging die romantische Dichtung zu Ende. An ihre Stelle trat zunächst im Norden, parallel mit dem erneuten Eindringen liberaler Ideale, eine französierend-jüdische Richtung, die ihren Mittelpunkt in der vernünftelnden, altklug über alles aburteilenden Berliner Gesellschaft, ihre Hauptvertreter in zwei rheinischen Juden, Heinrich Heine und Ludwig Börne, fand und schließlich in der ebenso anmaßenden wie anregenden, den deutschen Philister aufrüttelnden Gruppe des „jungen Deutschland" ausging. Verherrlichung alles französischen, frivole Verhöhnung alles deutschen Wesens, begeisterter Preis des Revolutionären in jeder Form, Sinnlichkeit und eine Vermischung aller Kunstformen in der prickelnden französischen Flittergattung des „Feuilleton" vereinigten sich zu einem unerfreulichen Ganzen, aus dem nur eine Anzahl wahrhaft schöner, tiefempfundner Lieder Heines als unvergängliche Perlen der Literatur hervortauchen. Schon in den dreißiger Jahren wehrte sich dagegen die gesunde Lyrik und Epik der Schwaben unter der Führung Ludwig Uhlands; und wahrhaft vornehm wirkte gegenüber dem gleißenden Esprit die gedankenreiche und formschöne, wenn auch etwas philiströse Dichtung Friedrich Rückerts, die stimmungsvolle Poesie des ganz germanischen Deutschfranzosen Adalbert von Chamisso und die antikisierende Art des dem Vaterlande nur allzusehr entfremdeten Grafen A. von Platen;

dann rief die radikal gefärbte politische Lyrik Georg Herweghs, Hoffmanns von Fallersleben, F. Freiligraths, F. Dingelstedts zwar wiederum die Geister auf den Kampfplatz der liberalen Ideen, brachte aber auch die Liebe zum Vaterlande wieder kräftig zur Geltung, während Emanuel Geibel, südlichen Schönheitsdranges voll, festhielt an den alten Idealen zugleich tiefreligiöser und nationaler Empfindung. Die Bühne stand praktisch ganz überwiegend unter französischem Einfluß; erst in den vierziger Jahren gaben ihr Heinrich Laube, Karl Gutzkow und Gustav Freytag wieder wirksame Stücke deutschen Gepräges. Aber am meisten entsprach dem realistischen Geiste der Zeit die Prosadichtung, Roman und Novelle. Einem Norddeutschen, Karl Immermann († 1840), gelang der genialste satirische Roman der deutschen Literatur im „Münchhausen" und zugleich in der Episode vom Oberhof ihre schönste Dorfgeschichte. Diese erhob dann Berthold Auerbach zu einer besondern literarischen Gattung, Willibald Alexis aber schuf nach W. Scotts Vorbilde in seinen märkischen Geschichten den historischen Roman, und Paul Heyse führte ein neues Zeitalter der eleganten Novelle herauf.

Der klassischen Musik gab ein Mann von dämonischer Größe, ebenbürtig einem Michel Angelo und Shakespeare, der Rheinländer L. van Beethoven, in Wien ihre höchste Vollendung. Dann schuf K. M. von Weber in Dresden die vaterländisch-romantische Oper. Noch volkstümlicher wurde die Musik durch Liederkomponisten wie Fr. Schubert, R. Schumann und F. Mendelssohn-Bartholdy. Dieser erhob zugleich als Dirigent der Gewandhauskonzerte Leipzig zur musikalischen Hauptstadt Deutschlands.

Ungünstiger lagen die Verhältisse für die bildende Kunst; denn mit der wachsenden Geltung des Klassizismus verschwand das naive Schaffen vor der Kunstgelehrsamkeit. Die Baukunst lernte alle Stilarten nachbilden, vermochte aber keinen selbständigen Stil zu schaffen; der Anblick der farblosen Antike stumpfte auch bei den Malern den Sinn für die Farbe ab; wichtiger erschien ihnen die Zeichnung und am wichtigsten die „Idee". Daran konnte auch die reiche staatliche Unterstützung der Kunst durch Sammlungen und Aufträge, die nirgends großartiger war als in München unter König Ludwig dem

Ersten, nichts ändern; aber sie begünstigte wenigstens die Entstehung der großen Kunststädte: Berlin, München, Dresden, Düsseldorf, Wien. In der Baukunst trat dem hellenisierenden Klassizismus K. Fr. Schinkels in Berlin (Altes Museum, Schauspielhaus) und L. von Klenzes in München (Propyläen, Glyptothek, Walhalla bei Regensburg) die Nachahmung des romanischen und noch mehr des gotischen Stils entgegen, der lange Zeit als der eigentlich nationaldeutsche galt, und für den man vor allem bei den Wiederherstellungsarbeiten der Marienburg und des Kölner Domes seine Studien machte. In Dresden griff dagegen der geniale Gottfried Semper unter dem kunstsinnigen Könige Friedrich August dem Zweiten auf eine veredelte Renaissance zurück (Hoftheater, Gemäldegalerie). Während in der Münchener Plastik noch die Romantik Schwanthalers überwog, wurde Berlin durch Gottfried Schadow und vor allem durch Christian Rauch die Hauptstätte einer Bildnerei, die das strenge Formgefühl der Antike mit dem modernen Realismus vereinigte und in der großen Geschichte des ruhmvollen Staates eine unerschöpfliche Fülle echt volkstümlicher Aufgaben fand (Grabdenkmal der Königin Luise, Denkmal Friedrichs des Großen, Feldherrenstatuen). Von ihr ging auch der mildere Ernst Rietschel aus, der Gründer der Dresdner Bildhauerschule. Die Erneuerung der deutschen Malerei war von Fr. Overbeck ausgegangen im Anschluß an das Studium der Antike und der Italiener des fünfzehnten Jahrhunderts. Doch über diese etwas weichlichen „Nazarener" hinaus führte der tiefsinnige, herrschgewaltige Peter Cornelius erst in München, dann in Berlin die Malerei zum monumentalen Freskobilde zurück. Moritz von Schwind, der „deutscheste Maler", schilderte als Sohn der Romantik vor allem die deutsche Märchen- und Sagenwelt. Die eigentliche Historienmalerei begründeten E. Bendemann, K. Fr. Lessing, Julius Schnorr; die Düsseldorfer Schule richtete sich unter Fr. W. Schadow vor allem auf poetische Erfassung der Landschaft, das sinnige Genre und die verklärende Darstellung dichterischer Gestalten, und gemütvoll-schlicht schilderte Ludwig Richter in Dresden das bürgerliche Kleinleben.

So erwuchs, vornehmlich im bürgerlichen Mittelstande, der in erster Linie diese ganze Geistesbildung und die neue Nationalwirtschaft trug, ein starkes Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Die Führer aber waren die Gelehrten, denn diese fühlten sich am entschiedensten als Deutsche schlechtweg und gaben sich in den großen wissenschaftlichen Wanderversammlungen (der Philologen 1845, der Germanisten 1846) schon eine Art gemeinsamer, über ganz Deutschland reichender Organisation, ja sie begannen dort neben wissenschaftlichen Fragen schon praktisch-politische zu behandeln. Was freilich dieser politisch werdende Bürger- und Gelehrtenstand erstrebte, das war zunächst größere Bewegungsfreiheit für sich selbst innerhalb der einzelnen Staaten, namentlich Befreiung der Meinungsäußerung in Wort und Schrift von der peinlichen polizeilichen Überwachung und Zensur, die immer reizte und selten etwas nützte, und bei den meisten galt als Ideal die auf der Volkssouveränität beruhende parlamentarische Monarchie nach Art der Franzosen, also die Herrschaft des besitzenden Mittelstandes, der sich schlechtweg für die Nation hielt. Eine radikale, in den geschichtslosen Staaten des Südwestens weit verbreitete Richtung träumte schon, die ganze Vergangenheit Deutschlands verneinend, von der demokratischen Republik. Eine neue volkstümliche Gesamtverfassung der Nation wollten sie alle, aber welcher Art diese sein sollte, darüber bestand nirgends eine klare Vorstellung. In den hart arbeitenden Volksmassen aber stiegen bereits sozialistische Ideen auf, die aus Frankreich herüberkamen. Demgegenüber dachten die Regierungen, die Beamten, die Offiziere, der Adel partikularistisch-konservativ. In diesem unfertigen Gewirr durcheinanderlaufender Ansichten und Bestrebungen war vor allem eines not: ein fester, klarer, staatsmännischer Wille, der sie zu meistern und zu leiten verstand. Nach dem ganzen Gange der politischen Entwickelung mußte dieser Wille ein monarchischer und ein preußicher sein.

Nun wollte es das Verhängnis, daß Preußen bei den deutschen Liberalen namentlich des Südens ganz überwiegend als eine Macht der Reaktion galt, und daß jener Wille an der entscheidenden Stelle, beim König Friedrich Wilhelm, nicht vorhanden war. „Die Einheit Deutschlands liegt mir am Herzen", sagte er, „sie ist das Erbteil meiner Mutter," aber nach seiner romantisch-altständischen Auffassung gebührte dabei die Füh-

rung Österreich. Er tat im Innern den letzten Schritt, den er von seinem autokratischen Standpunkt aus tun durfte; er berief am 3. Februar 1847 nach langem Schwanken und gegen den ursprünglichen Willen seines Bruders Wilhelm, des Prinzen von Preußen, auf den 11. April zum erstenmal den Vereinigten Landtag der Monarchie, d. h. die sämtlichen acht Provinziallandtage in zwei Kurien (Herrenkurie und Dreiständekurie), die glänzendste parlamentarische Versammlung, die Deutschland bis dahin gesehen hatte; aber während die ostpreußischen, rheinländischen und schlesischen Liberalen daraus ein Parlament mit voller Kompetenz machen wollten, dachte der König nicht im entferntesten daran, aus einem Akt der Gnade ein dauerndes Rechtsverhältnis werden zu lassen; er wollte ihnen beschließende Gewalt nur in Steuersachen, in der Gesetzgebung nur eine beratende Stimme zugestehen. So kam das wichtige Anleihegesetz zur Erbauung der Ostbahn nicht zustande, und man trennte sich am 27. Juni unter allgemeiner Verstimmung. Preußen war allerdings endlich in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten, und der König verhieß den vereinigten Ausschüssen im März 1848 die regelmäßige Berufung des Vereinigten Landtages, aber befriedigt war niemand, und Preußen entbehrte einer festen parlamentarischen Ordnung.

Auch in den außerpreußischen Bundesstaaten verschärften sich die Gegensätze. In Sachsen entstand 1836, zunächst im industriellen Voigtlande, eine liberale Partei, daneben in Leipzig eine radikaldemokratische, und dieser steigenden Opposition wich 1843 der Reformminister B. von Lindenau. Die Maßregelungen der Freigemeinden („Lichtfreunde") veranlaßten dann sogar in Leipzig stürmische Demonstrationen gegen den Prinzen Johann, den man ohne jede Berechtigung als Jesuitenfreund verdächtigte (August 1845), und das schwere Not- und Hungerjahr 1846—1847 erweckte im niedern Volke sogar sozialistische Gedanken, obwohl Regierung, Landtag und Privatwohltätigkeit das mögliche zur Linderung taten. In Bayern brachte schon die Julirevolution eine Wendung in der Haltung König Ludwigs hervor, und mit dem Ministerium Abel kamen 1837 die Ultramontanen zur Herrschaft, was nun wieder die schärfste Opposition, namentlich in den protestantischen Landschaften erweckte. Zum Unglück erschütterte auch noch das sonderbare Verhältnis des Königs zu der spanischen Tänzerin Lola Montez (Gräfin Landsfeld) die persönliche Achtung vor dem Monarchen. In Baden breitete sich unter dem Einflusse der französischen und schweizerischen Nachbarschaft eine radikaldemokratische Partei im Gegensatze zu den Liberalen unter Karl Mathy immer weiter aus, so daß diese von dem konservativen Ministerium Blittersdorf eine Zeitlang (1838) in der Herrschaft verdrängt wurden; erst 1846 kamen sie wieder ans Ruder.

Während dieser Parteikämpfe in den Einzelstaaten stieg im Norden eine nationale Frage ersten Ranges auf, die schleswig-holsteinische. Seitdem die Dänen zum hellern Bewußtsein ihres Volkstums erwacht waren, trachteten sie danach, das halbdänische Schleswig vom deutschen Bundeslande Holstein zu trennen und Dänemark einzuverleiben. Langsam erstarkte demgegenüber in den Herzogtümern, besonders durch die historischen Studien Dahlmanns u. a., die Liebe zu dem alten halbvergessnen Landesrecht. Eine auf seine Wiederherstellung gerichtete Eingabe am Bundestage 1823 wurde abgelehnt, und 1834 erhielten beide Herzogtümer getrennte Provinziallandtage; aber hier stieg die Hoffnung auf friedliche Trennung von Dänemark, da die königlich-herzogliche Linie nur aus wenigen Gliedern bestand, und wenn sie ausstarb, im Königreiche die Glücksburger, in Schleswig-Holstein die Augustenburger erbberechtigt waren. Um so größer war hier und in ganz Deutschland die Aufregung, als König Christian der Achte (1839—1848) in seinem „offenen Briefe" vom 8. Juli 1846 das Erbrecht der Glücksburger auch für die Herzogtümer behauptete, um den dänischen Gesamtstaat für alle Zukunft zu erhalten.

Langsamer als im eigentlichen Deutschland war die nationale und freiheitliche Bewegung in Österreich vorgedrungen. Nicht nur die Deutschen aber gewannen hier zuerst durch bedeutende Dichter wie den Dramatiker Franz Grillparzer, den hochbegabten deutsch-ungarischen Lyriker Nikolaus Lenau und den edeln Idealisten Anastasius Grün (Graf Anton Auersberg) ein Bewußtsein ihrer Nationalität, sondern auch die Tschechen durch die Vertiefung in ihre Vergangenheit (Dobrowsky, Palazky, Kollar) und die Magyaren, die schließlich 1843 statt des

Lateinischen ihre eigne, ganz isolierte Sprache als Staatssprache proklamierten und damit die berechtigte Gegenwehr der Deutschen, Rumänen, Serben und Kroaten in Ungarn herausforderten. Also wirkte hier in diesem Völkergemisch der nationale Gedanke zersetzend, und die italienischen Provinzen vollends konnten nur noch mit dem Säbel regiert werden. Diesen Dingen stand die „Staatskonferenz", mit der Metternich für den kaum zurechnungsfähigen Kaiser Ferdinand (1835 bis 1848) regierte, rat-, tat- und hilflos gegenüber. Dazu kam trotz des langen Friedens die ärgste Finanznot, ein unausgleichbarer Fehlbetrag im Jahreshaushalt und eine Staatsschuld von 1249 Millionen Gulden (1847). Die einzige Persönlichkeit des Hofes, die einiges Vertrauen genoß, war die Gemahlin des Thronfolgers Franz Karl, die energische und begabte Erzherzogin Sophie (von Bayern). Nirgends war die Staatsordnung so morsch wie hier, denn nirgends war sie so weit hinter der Zeit zurückgeblieben.

Da war es nun der große Fehler aller Regierungen, daß sie sich der vorwärtsdringenden Bewegung nicht selbst bemächtigten, sondern ihre Leitung in die Hände der liberalen und radikalen Oppositionsparteien gleiten ließen. Seit 1847 arbeitete die „Deutsche Zeitung" unter der Redaktion von G. Gervinus in Heidelberg an der Vereinigung der nord- und süddeutschen Liberalen. Am 12. September formulierten die Radikalen in Offenburg ihr Programm (Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Preß- und Vereinsfreiheit, Volksvertretung am Bunde); am 14. Oktober sprach sich eine Versammlung liberaler Abgeordneter in Heppenheim für den Bundesstaat unter preußischer Führung im Anschluß an den Zollverein und für ein deutsches Parlament aus und beschloß, zunächst durch Anträge in den Einzellandtagen die Regierungen in dieser Richtung vorwärts zu drängen. Zum erstenmal war das Ziel der deutschen Zukunft, wenngleich noch in allgemeinen Umrissen, offen bezeichnet.

Da brach über diese gärende deutsche Welt die Kunde von der Pariser Februarrevolution 1848, dem Sturze Louis Philipps, der Proklamation der zweiten Republik wie der Sturmwind herein. Vor bloßen Straßen- und Kammerkundgebungen wichen die Regierungen, unsicher und ohne das gute Gewissen erfüllter Pflicht, allerorten schwach zurück. Die radikalen Forderungen von Offenburg wurden unbesehen bewilligt, die Führer der Kammeropposition übernahmen die Ministerien, König Ludwig der Erste von Bayern dankte am 20. März zugunsten seines Sohnes Maximilian des Zweiten (1848—1864) ab, und der Bundestag umgab sich mit siebzehn „Vertrauensmännern" der Regierungen. Die Lösung der Bundesreformfrage aber wurde gleichzeitig von der liberalen Partei und von den Regierungen in die Hand genommen. Von jener beschlossen einundfünfzig Abgeordnete am 5. März in Heidelberg, auf den 30. März ein Vorparlament aus Mitgliedern aller deutschen Einzellandtage nach Frankfurt a. M. zu berufen, um die Grundzüge einer parlamentarischen Bundesreform festzustellen, und am 7. März lud Metternich auf die Veranlassung des Königs von Preußen, der auch in diesem Augenblicke Österreich die Führung überlassen zu müssen glaubte, die Bundesregierungen zu demselben Zwecke für den 25. März nach Dresden ein.

Da wurde der bisher verhältnismäßig ruhige Gang der Bewegung in der unglücklichsten Weise von zwei revolutionären Erhebungen unterbrochen. Nachdem schon am 11. März eine tschechische Bürgerversammlung in Prag die Gleichberechtigung des Tschechischen mit dem Deutschen und die Wiederherstellung des böhmischen Gesamtstaats gefordert hatte, erzwang in Wien am 13. März der niederösterreichische Landtag, von der Bürgergarde und stürmischen Kundgebungen des Volkes unterstützt, den Rücktritt Metternichs, der über Prag nach England flüchtete, und am 14. verhieß die Regierung die Einberufung einer „Reichsversammlung". Darauf bildete sich in Prag ein tschechischer Nationalausschuß, in Pest-Ofen ein ungarischer Sicherheitsausschuß unter Ludwig Kossuth. In Oberitalien aber brach der offne Aufstand los, die österreichischen Truppen mußten sich in das Festungsviereck zurückziehen, und indem am 23. März die Piemontesen den Ticino überschritten, begann König Karl Albert den nationalen Kampf gegen die habsburgische Fremdherrschaft.

Dieselbe Lähmung, die damit Österreich ergriff, erfaßte auch Preußen. Den stürmischen Forderungen zahlloser Volksversammlungen und Adressen nachgebend, verhieß Friedrich Wilhelm der Vierte am 18. März die Einberufung des Ver-

einigten Landtages zum 2. April und sein kräftiges Eintreten für die nationale Bundesreform. Aber aus den begeisterten Huldigungen auf dem Schloßplatz entstand um Mittag durch ein grobes Mißverständnis und durch die Aufhetzung fremder, namentlich polnischer Agitatoren ein wütender Straßenkampf. Siegreich überwältigten die tapferen Truppen unter General von Prittwitz bis 3 Uhr morgens den Aufruhr in der innern Stadt; aber unter der Wucht dieser Eindrücke halb gebrochen, fiel ihnen der König selbst in den Arm. Er sah die Macht der liberalen und der deutschen Ideen und wollte mit ihnen eine neue Zeit für Preußen und Deutschland heraufführen; ein Rückschritt oder Stillstand schien ihm nicht möglich; er glaubte ein Führer der Revolution werden und sie zum Segen seines Landes und der Einheit Deutschlands meistern zu können. Gegen den leidenschaftlichen Widerspruch seines energischen Bruders Wilhelm befahl er den Abzug der Truppen, die knirschend die eroberte Stadt räumten; er berief die Häupter der Liberalen (Graf Schwerin, Auerswald u. a.) ins Ministerium, erließ eine Amnestie, verhieß, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, und ritt am 21. März, eine schwarz-rot-goldene Fahne vor sich, durch die Stadt. Prinz Wilhelm, dem der Volkshaß ohne jeden Grund die Schuld an dem „Blutbade" beimaß, mußte nach England flüchten. Indem sich aber der König vor dem bewaffneten Aufruhr beugte, verlor er das Vertrauen der Armee und der altpreußischen Kreise, ohne die Liberalen und die Nationalen, zumal im übrigen Deutschland, von der Ehrlichkeit seiner Absichten zu überzeugen; so verließ ihn bald auch das Zutrauen zu sich selbst und damit die Kraft, die Führung Deutschlands zu übernehmen.

Nur den Polen kam die Berliner Revolution zugute. Erst die preußische Verwaltung hatte die Provinz Posen in ein Kulturland verwandelt, aber Dank dafür nur bei den befreiten Bauern, nicht bei den führenden Ständen, dem Adel und dem Klerus, gefunden. Der unvermittelte Übergang von dem straffen und gerechten Regiment des trefflichen Oberpräsidenten von Flottwell (1832—1841) zu nachgiebiger Schwäche unter Friedrich Wilhelm dem Vierten und die unklaren Sympathien der deutschen Liberalen für die „Freiheit" der Polen hatten deren Begehrlichkeit so gereizt, daß 1847 eine weitverzweigte

Verschwörung gegen die preußische Herrschaft entstand und Hunderte gefangen genommen wurden. Durch die Amnestie vom 19. März befreit, kehrten sie nach Polen zurück, und schon am 20. März brach der offene Aufruhr aus. Ein polnisches Nationalkomitee bildete sich und rief alle Polen zu den Waffen. Aber während die Regierung unentschlossen schwankte, General von Willisen sogar über eine Teilung der Provinz mit den Polen verhandelte, traten die deutschen Ansiedler mit den Waffen in der Hand den polnischen Haufen gegenüber, Willisen mußte Posen verlassen, und die Truppen warfen nun binnen wenig Wochen den Aufstand zu Boden. Ebenso mußte die badische Regierung mit Hilfe der Nachbarstaaten im April eine bewaffnete republikanische Erhebung der Radikalen (G. Herwegh und Fr. Hecker) im südlichen Teile des Landes mit Gewalt niederschlagen.

Derweilen verwickelte die liberale Parteipolitik dieses zerrissene Deutschland vorschnell und ohne genügende Kenntnis der europäischen Lage in einen auswärtigen Krieg. Der Sieg der eiderdänischen Partei in Kopenhagen, die den jungen König Friedrich den Siebenten (1848—1863) zur Einverleibung Schleswigs drängte, trieb Holstein zur Erhebung für das alte Landesrecht. Noch in der Nacht des 22. März bildete Professor Beseler in Kiel eine provisorische Regierung, die Landesfestung Rendsburg wurde überrumpelt, das ganze Land, auch die Truppen (6000 Mann) huldigten ihr, und in kühnem Mute drangen die Holsteiner bis Flensburg vor. Doch auch im deutschen Schleswig war die Stimmung meist königstreu, zuweilen sogar dänisch, und der holsteinische Adel mißbilligte zum Teil den Aufstand. Die überraschten Dänen aber gingen zu Land und See gegen Flensburg vor, vernichteten dort bei Bau das Kieler Turner- und Studentenkorps, die Blüte der gebildeten holsteinischen Jugend, am 9. April und rückten bis Schleswig vor. Erst als Friedrich Wilhelm mit einem Anlauf zu aktiver national-deutscher Politik auf die Bitte der Kieler Regierung seine Garden unter dem General von Wrangel zu Hilfe sandte, schlugen diese am 23. April, dem Ostersonntage, die Dänen vor Schleswig und drängten sie bis ins Sundewitt zurück; am 1. Mai überschritten sie sogar die Grenze Jütlands.

Inzwischen ging die Leitung der Bundesreformbewegung vollständig in die Hände der liberalen Partei über. Das Vorparlament in Frankfurt a. M. (31. März bis 4. April), in dem Preußen zu schwach, Österreich so gut wie gar nicht vertreten war, beschloß, die Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung für ganz Deutschland, einschließlich der österreichischen Bundesländer, Deutsch-Posen und Schleswig, auszuschreiben und setzte einen Vollziehungsausschuß unter Soiron ein. Es war ein völliger Sieg des südwestdeutschen Liberalismus. Der Bundestag erkannte diese Beschlüsse von mindestens zweifelhafter Rechtmäßigkeit ohne weiteres an und beauftragte die siebzehn Vertrauensmänner mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs. Dieser, aus Dahlmanns Feder, stellte an die Spitze des Reichs einen erblichen Kaiser und setzte ihm ein Parlament zur Seite, dessen Oberhaus aus den Bundesfürsten und „Reichsräten" bestehen, dessen Unterhaus aus direkten allgemeinen Volkswahlen gebildet werden sollte. Aber über die entscheidende Frage, das Verhältnis zu Österreich, sagte er gar nichts, die Fürsten widerstrebten diesem Oberhause, und der Mehrzahl der Liberalen war der Entwurf viel zu monarchisch. Deshalb, wurde er von keiner Seite angenommen, und ohne jedes Programm traten die Regierungen dem kommenden Parlament gegenüber.

So wurde am 18. Mai unter allgemeiner Begeisterung und mit hochgespannten Erwartungen die „deutsche Nationalversammlung" in der Paulskirche zu Frankfurt eröffnet; es waren im ganzen 586 Abgeordnete (statt 605, da die österreichischen Slawen nicht wählten); eine Versammlung, unzweifelhaft an Geistesadel und Vaterlandsliebe jedem andern Parlament überlegen und doch keine wirkliche Vertretung des deutschen Volkes in allen seinen Teilen. Die beiden Großmächte waren unverhältnismäßig schwach vertreten, weil man die Bevölkerungsziffer von 1819 zugrunde gelegt hatte, die nirgends weiter überschritten war als in Preußen; allzusehr überwogen die gelehrten Berufe (vier Fünftel der Versammlung, darunter alle die großen Namen der deutschen Wissenschaft), die Interessen des Grundbesitzes, des Handels und Gewerbes kamen also viel zu wenig zur Geltung. Da ein anerkanntes Programm für die Lösung der „Einheitsfrage" nicht

bestand, so teilte sich die Versammlung nach „Freiheitsfragen" in drei große Gruppen, das bundesstaatlich-monarchische Zentrum, die stärkste (etwa 300 Mitglieder), die radikal-republikanische Linke und die zum Teil katholische Rechte. Weitaus die Mehrheit stand auf dem Boden der Volkssouveränität, wollte daher bei der Aufstellung der Verfassung die Regierungen höchstens „anhören". Dementsprechend beschloß sie auch nach endlosen Debatten über die verschiedensten Fragen, fortgerissen von des Präsidenten Heinrich von Gagern viel bewundertem und viel gescholtenem „kühnem Griff" (24. Juni), selbständig, ohne die Regierungen zu befragen, eine neue provisorische monarchische Zentralgewalt zu schaffen, und erwählte am 29. Juni zum „Reichsverweser" den populären Erzherzog Johann von Österreich, der am 11. Juli, auf seiner Reise durch Schlesien, Sachsen und Thüringen allerorten von brausendem Jubel begrüßt, feierlich in Frankfurt einzog. Indem er am 12. Juli sein Amt antrat, legte der Bundesrat seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder, und dieser bildete sein parlamentarisches Reichsministerium. Also machte die neue Zentralverwaltung kraft der doch nur beanspruchten Souveränität der Nationalversammlung den Versuch, die Einzelregierungen als einfache Unterbehörden zu behandeln. Solange diese in den Händen der Liberalen waren, die auf dem Boden der Volkssouveränität standen, mochte das angehen, aber die souveränen Bundesfürsten mußten das sofort als schwere Kränkung empfinden.

Während die Nationalversammlung sich nun seit dem 3. Juli in die endlosen doktrinären Debatten über die „Grundrechte" des deutschen Volks vertiefte, um der heikeln „Oberhauptsfrage", also der Kernfrage, zunächst noch aus dem Wege zu gehen, erweiterte sich in Preußen die Kluft zwischen der konservativen ländlichen Bevölkerung der Ostprovinzen und der revolutionären Hauptstadt um so mehr, als hier die Bürgerwehr, die radikalen Volksredner und die radikale Presse unbedingt herrschten. Unter diesen Einflüssen stand auch die „konstituierende Nationalversammlung", die nach dem noch vom Vereinigten Landtage beschlossenen Wahlgesetz am 22. Mai in der Singakademie zusammentrat. Ebendeshalb brachte sie gar nichts zustande; ja die Radikalen erbitterten alle Ge-

mäßigten auf das äußerste durch den albernen „Zeughaussturm“ am 15. Juni, und auch das liberale Ministerium vertrat nicht sowohl die Krone gegen die Nationalversammlung, als diese gegen die Krone. In Sachsen herrschten die demokratischen „Vaterlandsvereine“ gegenüber den gemäßigten „deutschen“ Vereinen; ja der Stillstand der Geschäfte trieb sozialistische Verbindungen hervor, und selbst die Zucht der Armee geriet ins Wanken. Auch in den thüringischen Kleinstaaten hielten die Behörden nur mit großer Mühe die Ordnung aufrecht. Hannover erhielt am 5. September eine neue liberale Verfassung, und sogar im altständischen Mecklenburg trat am 31. Oktober eine „konstituierende“ Versammlung zusammen. In Bayern wurde die Zweite Kammer durch das neue Wahlgesetz vom 4. Juni umgestaltet, in Hessen-Darmstadt unter dem neuen Großherzog Ludwig die Erste Kammer ganz beseitigt. So gebärdete sich jeder Einzelstaat als souverän, während doch die souveräne Nationalversammlung noch nicht einmal die Grundlagen der neuen Bundesverfassung festgestellt hatte, und die öffentliche Ordnung stand überall auf schwachen Füßen.

Da zeigte sich's nun bald, daß Deutschland nicht einmal gegen das kleine Dänemark den Krieg siegreich führen konnte, weil er in einer höchst ungünstigen diplomatischen Lage begonnen worden und Deutschland zur See schlechterdings wehrlos war. Zar Nikolaus von Rußland nahm gegen die Begünstigung der „Revolution“ durch Preußen eine drohende Haltung an, England protestierte gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Jütland, Schweden besetzte sogar Fünen gegen eine deutsche Landung. Für eine Reichsflotte hatte zwar das Frankfurter Parlament gleich sechs Millionen Gulden bewilligt, und eifrig arbeitete der wackere Admiral Brommy in Bremerhaven an der Beschaffung von Schiffen und Mannschaften, aber es fehlte an allen Grundlagen; die Dänen sperrten mit ihrer trefflichen Flotte alle deutschen Häfen und bedrohten beständig die Ostküste der Herzogtümer, so daß Wrangel Jütland wieder räumte und die Truppen des zehnten Bundesarmeekorps im Sundewitt sich mit unbedeutenden Gefechten begnügten. Unter diesen Umständen, vor schweren europäischen Verwickelungen zurückweichend und von den bittersten Klagen ihres Handelsstandes gedrängt, schloß die preußische Regierung

am 26. August in Malmö auf sieben Monate Waffenstillstand. Schleswig wurde unter eine preußisch-dänische Regierungskommission gestellt, und die holsteinischen Truppen von den schleswigschen getrennt.

Gewiß, das Abkommen schien höchst unrühmlich, und die Erbitterung ringsum war begreiflich, begreiflich auch, daß die Nationalversammlung am 5. September mit geringer Mehrheit den Antrag Dahlmanns auf „Sistierung“ des Waffenstillstandes annahm. Aber als nun das bisherige Reichsministerium diesem Mißtrauensvotum wich und Dahlmann als Führer der siegreichen Opposition den Auftrag erhielt, ein neues zu bilden, da zeigte es sich, daß gar keine Möglichkeit vorlag, den Sistierungsbeschluß gegen den Willen Preußens durchzusetzen, und so mußte das Parlament den Waffenstillstand am 16. September annehmen. In sinnloser Wut hetzten die Radikalen am 17. September den Frankfurter Pöbel zum Aufruhr gegen die Mehrheit der Nationalversammlung; er wurde von den Truppen zu Boden geschlagen, und fester schlossen sich seitdem die gemäßigten Elemente zusammen. Aber der Traum von der souveränen Macht des Parlaments war zerstoben; indem es seine Ohnmacht gegenüber Preußen eingestand, hatte es die einzige Grundlage seiner Macht, sein moralisches Ansehen, zerstört. Es war tatsächlich der Anfang vom Ende.

Und nun gingen die konservativen Elemente, die von der Hochflut des Frühjahrs 1848 zurückgedrängt worden waren, zunächst in den beiden Großstaaten zum Gegenstoß über. Da sich die Berliner Nationalversammlung in radikalen Beschlüssen überbot, endlich in dem Entwurfe der neuen Verfassung aus dem Königstitel den Zusatz „von Gottes Gnaden“ strich und Ende Oktober die Regierung sogar aufforderte, zum Schutze der in Wien bedrohten Volksfreiheit (d. h. der bewaffneten Revolution) einzuschreiten, so entließ der König, tief erbittert, das schwache Ministerium Pfuel und übertrug die Oberleitung einem tapfern General, dem Grafen von Brandenburg, einem natürlichen Sohne Friedrich Wilhelms des Zweiten. Dieser verkündete am 9. November der Nationalversammlung den Beschluß des Königs, sie bis zum 27. November zu vertagen und nach Brandenburg zu verlegen. Als sie trotzdem zusammenblieb, rückte am 10. November General Wrangel mit seinen

Truppen ein, verhängte den Belagerungszustand über die Stadt, erzwang den Abbruch der Beratungen und löste die Bürgergarde auf, alles zur höchsten Befriedigung der Gemäßigten. Endlich, da auch in Brandenburg kein Abschluß erreicht wurde, löste der König die Nationalversammlung auf und „oktroyierte“, wesentlich nach ihrem Entwurf, am 5. Dezember die neue Verfassung. Die Krone gebot wieder in Preußen.

Schwieriger und darum viel unvollständiger war die Lösung der Verwicklungen in Österreich. In Wien, wo die Bürgergarde und die Studenten der „Aula“, später die Arbeiter den Ton angaben, herrschte völlige Anarchie, bis endlich am 22. Juli der auch hier dringend geforderte konstituierende Reichstag zusammentrat, freilich ohne ungarische und italienische Abgeordnete. Da auch der Adel fast gar nicht vertreten war, so beherrschten ihn das unfertige, schwache deutsche Bürgertum und die politisch ganz unreifen, in strenger Gutsuntertänigkeit herangewachsenen Bauern, zum größten Teile Slawen. Deshalb beschloß der Reichstag auch die Ablösung der bäuerlichen Lasten: das einzige dauernde Ergebnis der österreichischen Revolution. Inzwischen hatten sich die Tschechen, in ihrem Selbstbewußtsein mächtig gestärkt und durch den Slawenkongreß, die erste große Kundgebung des aufsteigenden Panslawismus, gegen den unpopulären Landeskommandanten Fürsten Windischgrätz erhoben und waren erst in blutigem Straßenkampf in Prag (12.—17. Juli) niedergeworfen worden. In Ungarn trieb die Unabhängigkeitspartei unter L. Kossuth trotz aller Zugeständnisse die Dinge zum Bruche, so daß Erzherzog Stephan am 24. September verzweifelnd seine Statthalterschaft niederlegte. Dagegen begann die kaiserliche Regierung sich auf die ungarländischen Nationalitäten zu stützen, vor allem auf die Kroaten unter ihrem Banus Jellatschitsch, der schon gegen Pest-Ofen heranrückte; sie löste am 3. Oktober den ungarischen Reichstag auf, verhängte den Belagerungszustand über das Land und sandte auch aus Wien Truppen dorthin.

Doch deren Abmarsch gab am 6. Oktober den Anstoß zur bewaffneten Erhebung Wiens, da die Radikalen in den Magyaren ihre Bundesgenossen sahen; die Truppen räumten die innere Stadt, und der Hof ging nach Olmütz. Da brachte die Armee, unter Radetzky siegreich in Italien, mit dem Schwerte

die Entscheidung zugunsten der alten aristokratisch-konservativen Mächte in Österreich. Unter dem Oberbefehle des Fürsten Windischgrätz das aufständische Wien von allen Seiten umschließend, schlug sie die Ungarn, die zum Entsatze heranzogen, am 30. Oktober bei Schwechat zurück und erstürmte am 31. Oktober die Hauptstadt, die nun die ganze Strenge des Kriegsrechts erfuhr. Der Reichstag wurde nach der mährischen Landstadt Kremsier bei Olmütz verlegt, die Leitung des Ministeriums übernahm Fürst Felix Schwarzenberg, der entschlossenste Vertreter des zentralistisch-absolutistischen Österreich, und am 2. Dezember entsagte Kaiser Ferdinand dem Throne zugunsten seines achtzehnjährigen Neffen Franz Joseph (geb. 18. August 1830).

Dieser Sieg der Habsburger in Österreich entschied auch das Schicksal der deutschen Bewegung. In die Debatten über die „Oberhauptsfrage“ eintretend, sprach sich die große Mehrheit des deutschen Parlaments für die Verwandlung des bisherigen losen Staatenbundes in einen nationalen Bundesstaat aus. Aber sie wollte und konnte in diesen nicht das ganze, doch nur zum kleinen Teile deutsche Österreich mit aufnehmen, sondern nur die bisherigen Bundesländer, die mit den außerdeutschen nur durch Personalunion in Verbindung stehen sollten; sie mutete also den Habsburgern zu, ihr Reich in zwei unabhängige Staaten zu zerschneiden, für den einen auf die Selbständigkeit, für das Ganze auf die Großmachtstellung zu verzichten. Schwarzenberg wollte dagegen ganz Österreich als zentralisierten Einheitsstaat in den Deutschen Bund einfügen, mutete also den Deutschen zu, auf den Bundesstaat zu verzichten und sich mit einem Staatenbunde zu begnügen, in dem Österreich das stärkste Übergewicht gehabt hätte. Endlich war somit die Frage der deutschen Zukunft klargestellt: der deutsche Bundesstaat war nur ohne Österreich möglich, mit Österreich nur der alte lockere Staatenbund. Damit aber war zugleich entschieden, daß ihre Lösung auf parlamentarischem Wege unmöglich sei.

Folgerichtig hätten nun die österreichischen Abgeordneten aus dem Parlament scheiden, der Erzherzog Johann die Reichsverweserschaft niederlegen müssen, denn an der Verfassung für einen deutschen Bundesstaat konnten sie nicht mitarbeiten. Aber sie blieben, nur Schmerling wurde als Präsident des

Reichsministeriums durch Heinrich von Gagern abgelöst (16. Dezember). Dagegen schlossen sich die Fraktionen des Zentrums im Januar 1849 zur „Erbkaiserpartei“ zusammen, um jetzt das Kaisertum der Hohenzollern durchzusetzen. Doch gegen den zähen Widerstand der Österreicher, der Ultramontanen und der radikalrepublikanischen Linken kam man nur auf weiten Umwegen zum Ziele. Zuerst wurde ein weiterer (völkerrechtlicher) Bund mit Österreich in Aussicht genommen, dann für das künftige fürstliche Reichsoberhaupt der Kaisertitel beschlossen, die Erblichkeit aber noch abgelehnt (23. Januar 1849). Endlich, als sich nach einer Aufforderung Preußens Baden und achtundzwanzig Kleinstaaten für den Bundesstaat aussprachen, Fürst Schwarzenberg aber nach der Auflösung des Reichstages von Kremsier am 7. März eine zentralistische Gesamtstaatsverfassung verkündete und in Frankfurt einen deutsch-österreichischen Staatenbund, das gepriesene „Siebzigmillionenreich“ von der Nordsee bis zu den Siebenbürgischen Alpen vorschlug, da wurde am 27. März das Erbkaisertum (mit vier Stimmen Mehrheit) angenommen, und am 28. März wählte die Nationalversammlung mit 290 von 538 Stimmen König Friedrich Wilhelm den Vierten von Preußen zum „Kaiser der Deutschen“. Die Nation wähnte sich jubelnd am Ziel. Aber der König konnte sein Preußen nicht zu einer Provinz eines parlamentarisch aufgebauten Nationalstaates mit unitarischer Tendenz machen lassen; er hätte zudem sofort gegenüber dem Widerspruche Österreichs und der vier Königreiche und bei der drohenden Haltung Rußlands den Willen der Nation mit dem Schwerte verfechten müssen; auch hätte die Schleswiger Frage sofort eine nationale Lösung verlangt; endlich sah er den Kampf mit sozialen Forderungen und mit der katholischen Kirche voraus, die durch das Hinausdrängen Österreichs und ein protestantisches Kaisertum schwer getroffen werden mußte; gegen eine solche Welt von Feinden fühlte er sich zu schwach. Er lehnte am 3. April gegenüber der „Kaiserdeputation“ unter dem Präsidenten Heinrich Simson die dargebotne Krone ab. Man wird seinen aus eigensten Tiefen geborenen Entschluß billigen müssen: Preußens Eigenart hat er damit gerettet und der spätern Entwickelung zu einem auf Preußens ungebrochener Macht ruhenden deutschen Kaisertum die Bahn frei gemacht.

Trotzdem beschloß die Nationalversammlung mit verzweifelter Zähigkeit am 11. April „unwandelbar“ an der Reichsverfassung festzuhalten, auch die Kleinstaaten erkannten sie jetzt förmlich an (14. April), die Volksvertretungen begannen sich auch in Preußen und einem Teile der Königreiche dafür zu regen, und Österreich rief seine Abgeordneten aus Frankfurt ab. Zugleich sah es sich, nachdem Radetzky die tapferen Piemontesen in einem Feldzuge von drei Tagen überwältigt hatte (21./23. März), der entschlossenen Kriegserklärung Ungarns gegenüber, das die Gesamtstaatsverfassung Schwarzenbergs mit der Lossagung vom Hause Habsburg beantwortete (14. April), und im Norden lächelte das Kriegsglück den deutschen Waffen. Nach dem Ablaufe des Waffenstillstandes standen die Dänen 60 000 Mann Reichstruppen unter Prittwitz und 15 000 Schleswig-Holsteiner unter Bonin zur Verfügung. Ein Versuch der Dänen, durch eine Landung an der schleswigschen Ostküste die Flanke dieser Heeresmacht zu bedrohen, kostete der dänischen Flotte im Gefecht von Eckernförde am 5. April, wo zwei schwache Strandbatterien der zehnfach überlegenen Schiffsartillerie heldenmütig widerstanden, ihre beiden besten Schiffe („Christian VIII.“ und „Gefion“); am 13. April nahmen sächsische und bayrische Truppen die Höhen von Düppel mit Sturm, endlich siegte Bonin, neben den Reichstruppen die jütische Grenze überschreitend, am 20. und 23. April bei Kolding und begann am 7. Mai die Belagerung von Fridericia. Noch schien eine Wendung im Sinne der Erbkaiserpartei möglich.

In der Tat nötigte eine mächtige Volkskundgebung am 24. April den König Wilhelm von Württemberg zur Anerkennung der Reichsverfassung, in Preußen und Hannover bereiteten die Landtage ähnliches vor. In dem sächsischen Landtage, der zu Anfang 1849 nach dem neuen, sehr demokratischen Wahlgesetze zusammentrat, herrschten die Radikalen derart, daß das liberale Märzministerium Braun am 24. Februar seine Entlassung gab und einem Beamtenministerium (F. von Beust) Platz machte. Dies willigte in die Anerkennung der Frankfurter Grundrechte; als aber die den Landtag beherrschende Demokratie am 12. April die Anerkennung der gesamten Reichsverfassung forderte, teilweise nur, um sie als Deckmantel einer republikanischen Erhebung zu benutzen, die gleichzeitig in Sachsen, Bayern, Baden,

der Pfalz und der Rheinprovinz ausbrechen sollte, da schloß die Regierung, dem Beispiele Preußens und Hannovers folgend, am 28. April den Landtag, und eine preußische Note kündigte die endgiltige Ablehnung der Kaiserkrone an.

Da brach zuerst am 3. Mai in Dresden der offene, wohlorganisierte Aufstand aus, und am 4. bildete sich eine provisorische Regierung. Nur der aufopfernden Tapferkeit der schwachen sächsischen Truppen und herbeigerufener preußischer Bataillone gelang es in hartnäckigem Häuser- und Straßenkampfe bis zum 9. Mai die Erhebung zu bewältigen. Eine harte Reaktion folgte. Während nun die preußische Regierung vereinzelte Versuche in der Rheinprovinz rasch unterdrückte, trat am 2. Mai in der Rheinpfalz ein Landesausschuß zusammen und proklamierte die Republik. In Baden begann, unerhört in der neueren deutschen Geschichte, der Aufstand mit der Meuterei der längst von den Radikalen planmäßig verhetzten Truppen (9. bis 13. Mai); der Großherzog flüchtete, und am 13. Mai beschloß eine Landesversammlung in Offenburg die Bildung eines Landesausschusses und das Bündnis mit der Pfalz. Unter dem Deckmantel der Reichsverfassung setzten die Radikalen dem monarchischen Bundesstaate die Föderativrepublik entgegen.

Damit sah sich das Frankfurter Parlament vor die verzweifelte Wahl gestellt, entweder sein mühsames Werk, die Reichsverfassung, aufzugeben, die jetzt von allen größeren Regierungen verworfen wurde, oder sich in einen republikanischen Konvent zu verwandeln und den begonnenen Bürgerkrieg mit allen revolutionären Mitteln bis zum Ende durchzuführen. Noch fand sich eine Mehrheit, die sich zugunsten der Bewegungen in Sachsen und in der Pfalz aussprach; aber am 10. Mai trat Gagern zurück, da der Reichsverweser seine Zustimmung verweigerte, am 14. Mai berief Preußen seine Abgeordneten ab, und als am 19. Mai die Mehrheit beschloß, eine Reichsstatthalterschaft an Stelle des Reichsverwesers zu setzen, da schied am 21. Mai auch die Erbkaiserpartei, Dahlmann voran, aus dem Parlament. Also zum „Rumpfparlament" geworden und der Herrschaft der Radikalen verfallen, verlegte es seinen Sitz nach Stuttgart. Dort aber erzwang die württembergische Regierung (Römer) am 18. Juni mit militärischer Gewalt seine Auflösung. In denselben Tagen begannen die Reichstruppen

unter dem preußischen General von Peucker vom unteren Neckar aus, ein preußisches Korps unter Prinz Wilhelm von Preußen von der Rheinprovinz her, den Feldzug gegen die Pfalz und Baden. Nach blutigen Gefechten zogen sie am 23. Juni in Karlsruhe ein, am 23. Juli zwangen sie die Festung Rastatt zur bedingungslosen Übergabe, und im Lande waltete das Standrecht.

Dieser Niedergang der volkstümlichen Einheitsbewegung traf die schleswig-holsteinische Sache um so schwerer, je mehr sie von der nationalen Welle emporgetragen worden war. Da die Erhebung jetzt den größeren Regierungen, vor allem der preußischen, mehr als je als eine Empörung gegen den rechtmäßigen Landesherrn erschien, begann Preußen in Berlin von neuem Waffenstillstandsverhandlungen, und als die Dänen durch einen gewaltigen Ausfall aus Fridericia am 6. Juli die Schleswig-Holsteiner mit einem zerschmetternden Schlage getroffen hatten, schloß es am 10. Juli den Waffenstillstand wie eine besiegte Macht. Schleswig wurde geräumt, unter eine preußisch-dänische Verwaltung gestellt und im Süden von preußischen, im Norden von schwedischen Truppen besetzt.

Nachdem nun die volkstümliche Einheitsbewegung gescheitert war, machte König Friedrich Wilhelm der Vierte unter dem Einflusse des Generals von Radowitz den Versuch, den Kern dieser Bestrebungen, den deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung, durch friedliche Vereinbarungen doch noch durchzusetzen. Wirklich schloß Preußen am 26. Mai mit Hannover und Sachsen das „Dreikönigsbündnis", auch die übrigen Staaten außer den beiden süddeutschen Königreichen traten dieser „Union" bei, und am 26. Juni sprachen sich die Führer der Erbkaiserpartei in Gotha ebenfalls dafür aus. Aber die eigene hochkonservative Umgebung des Königs (Stahl, Gerlach, Kleist-Retzow) bekämpfte auch dieses Unternehmen ebenso als revolutionär wie einst die Frankfurter Reichsverfassung; der König aber, halb und halb selbst dieser Meinung, entbehrte des energischen fortreißenden Willens, und nur ein solcher, mochte er ein monarchischer oder ein demokratischer sein, konnte die Regierungen der Mittelstaaten bestimmen, zugunsten einer Reichsverfassung auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte zu verzichten. Österreich, das, freilich nur mit russi-

scher Hilfe, die ungarische Revolution gebändigt hatte, unterstützte natürlich diese Stimmung und bereitete, indem es am 30. Dezember 1849 zunächst mit Preußen zusammen die Zentralgewalt vom Reichsverweser übernahm (bis zum 31. Mai 1850), die Wiederherstellung des Bundestages vor. Infolgedessen schieden Sachsen und Hannover am 21. Februar 1850 aus der Union wieder aus. Trotzdem trat das Unionsparlament am 20. März in Erfurt zusammen und nahm den Verfassungsentwurf der Regierung an, ebenso sprach sich ein Fürstentag in Berlin im Mai größtenteils dafür aus; aber der König fand den Übergang von großen Worten zu entschiedenen Taten nicht, und so konnte es Österreich wagen, ohne Preußen die deutschen Regierungen nach Frankfurt einzuladen, wo am 2. September der Bundestag in den alten Formen, allerdings nur mit elf Stimmen von siebzehn, wieder zusammentrat.

Was Preußen etwa noch an Sympathie und Vertrauen besessen hatte, das hatte es inzwischen völlig verspielt. Von seinen größeren deutschen Bundesgenossen verlassen, von Österreich geringschätzig beiseite geschoben, bedroht von einer Verbindung zwischen Rußland, Frankreich, Schweden und England, die im Londoner Protokoll vom 2. Juni die Erhaltung des dänischen Gesamtstaates für ein europäisches Interesse erklärten, unterzeichnete es zugleich im Namen des Deutschen Bundes am 2. Juli den Frieden mit Dänemark, worin Schleswig-Holstein preisgegeben wurde. Trotzdem nahm das tapfere Land unter dem General von Willisen den ungleichen Kampf nochmals auf. In der blutigen Schlacht bei Idstedt in der Nähe Schleswigs am 24./25. Juli blieb den Dänen nur ein halber Sieg, der in der strategischen Lage kaum etwas änderte; ja die Schleswig-Holsteiner gingen unverzagt am 12. September bei Missunde, am 4. Oktober bei Friedrichstadt zum Angriff auf die dänische Stellung über. Doch nicht von seinen Waffentaten hing das Schicksal des unglücklichen Landes ab vielmehr brachte die Politik der Großmächte die Entscheidung.

Inzwischen schien ein Verfassungsstreit in Kurhessen die deutschen Dinge noch einmal auf die Schneide des Schwertes zu stellen. Als nach dem abermaligen Antritt des verhaßten Ministers Hassenpflug, des „Hessenfluchs" (Februar 1850), kein

Staatshaushaltsgesetz zustande kam, verweigerte das Volk die Zahlung der Steuern, die Beamten versagten den Dienst, die Offiziere nahmen den Abschied. Der Kurfürst aber rief die Hilfe des Rumpfbundestages an, und dieser beschloß, als sich die Könige von Bayern und Württemberg mit dem Kaiser Franz Joseph in Bregenz am 11. Oktober über die Aufstellung eine Heeres verständigt hatten, am 25. Oktober die Bundesexekution gegen Kurhessen; auch Sachsen trat auf Österreichs Seite. Der Krieg schien unvermeidlich, denn König Friedrich Wilhelm konnte ein Einschreiten des von ihm gar nicht anerkannten Bundestages in Kurhessen, das noch zur Union zählte, nicht zulassen, hatte deshalb am 27. September Radowitz, den eigentlichen Träger der Unionspolitik, zum Minister des Auswärtigen berufen und am 24. Oktober seine Truppen in Kurhessen einmarschieren lassen, worauf am 1. November auch die Österreicher und Bayern einrückten.

Allein der Übermacht Österreichs und der drohenden Haltung Rußlands gegenüber rief der König dann doch die Vermittlung seines Schwagers, des Zaren Nikolaus, an, und dieser diktierte hochfahrend dem Grafen Brandenburg am 28. Oktober in Warschau seine Bedingungen: Eintritt ganz Österreichs in den Bund, Auflösung der Union, Anerkennung der Bundesexekution in Kurhessen. Doch sollte die neue Bundesverfassung auf „freien Konferenzen" der Regierungen in Dresden geregelt werden. An die Stelle des Generals von Radowitz trat am 5. November Otto von Manteuffel, ein hochkonservativer Doktrinär. Graf Brandenburg verschied am nächsten Tage in wilden Fieberphantasien. Als aber Schwarzenberg gebieterisch die sofortige Räumung Kurhessens und den Einmarsch eines österreichischen Korps in Holstein forderte, da ging ein Schrei der Empörung durch das preußische Volk, und der König befahl am 6. November die Mobilisierung seiner Armee; auch kam es am 9. November bei Bronzell nicht weit von Fulda zwischen den Vortruppen zu einem kurzen Kugelwechsel. Jedermann erwartete, viele auf beiden Seiten wünschten den Krieg, aber Manteuffel erklärte schon am 15. November die zerbröckelnde Union für aufgelöst und gestand in Olmütz am 29. November dem Fürsten Schwarzenberg auch alles andre zu; denn weder dieser Minister noch dieser König konnte den Ent-

scheidungskampf um Deutschlands Zukunft führen. Und doch erfocht das triumphierende Österreich nur einen halben Sieg. Denn es gelang ihm auf den Dresdner Konferenzen (23. Dezember 1850 bis 15. Mai 1851) gegenüber dem Widerspruche Frankreichs und Englands nicht, den Eintritt ganz Österreichs in den Bund durchzusetzen, das Schlußergebnis war vielmehr die einfache Wiederherstellung des alten Bundestages.

Nun wurden in Kurhessen viele Beamte kriegsgerichtlich verurteilt und ein Bundestagsbeschluß vom 27. März 1852 erklärte die Verfassung von 1831 für „unzulässig". Die schleswig-holsteinische Regentschaft unterwarf sich den Forderungen der beiden Großmächte, die dabei die Wahrung des alten Verhältnisses beider Herzogtümer zueinander in Aussicht stellten, am 11. Januar 1852 bedingungslos. Trotzdem rückten am 17. Januar 20 000 Österreicher unter dem Kroaten Legeditsch in Holstein ein, übergaben Rendsburg und Friedrichsort den Dänen und lösten die unbesiegte Armee des Landes auf. Wie zum Hohn hob dann Dänemark alle Gemeinschaft zwischen den Herzogtümern bis auf die Universität Kiel, den Eiderkanal, die Ritterschaft und ein paar Anstalten auf und brachte über Schleswig eine rachsüchtige Reaktion, die Tausende aus dem Lande trieb. Doch versprach es jedem der beiden Länder eine besondere Landesvertretung, worauf die Bundestruppen im Februar 1852 Holstein räumten. Schließlich erkannten sämtliche Großmächte im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 das Erbrecht der Glücksburger auch für Schleswig-Holstein an, doch unter der Bedingung, daß die Herzogtümer mit Dänemark nur in Personalunion stehen sollten; Herzog Christian August von Augustenburg wurde gezwungen, gegen eine Abfindungssumme auf seine dortigen reichen Güter und seine Erbansprüche zu verzichten. Um nun auch noch den letzten Rest der verhaßten revolutionären Frankfurter Reichsverfassung zu beseitigen, ließ der Bundestag am 1. Dezember 1852 die Reste der Reichsflotte in Bremerhaven (durch den Auktionator Hannibal Fischer) versteigern. Die Vernichtung der kurhessischen Verfassung, die Auslieferung Schleswig-Holsteins an Dänemark und jener schimpfliche Handel waren die ersten Leistungen des erneuerten Bundestages und der wiederhergestellten Vorherrschaft Österreichs. In Entwürdigung und Schmach, in tiefer Verbitterung

und fressendem Groll ging dieser stürmische Anlauf nach Deutschlands Einheit zu Ende.

Aber die Erfahrung blieb unverloren, daß er an drei Klippen gescheitert war. Zunächst hatten sich die vorwärtsdrängenden Kräfte im Volke nicht mit den beharrenden der Regierungen auf einer gemeinsamen Grundlage zusammengefunden, vornehmlich, weil ein Todfeind des deutschen Volkes, der Doktrinarismus, sie auseinandergehalten hatte, auf der einen Seite der konservativ-romantische, der das Recht des geschichtlichen Lebens verkannte, auf der andern der liberale und radikale, der den monarchischen Charakter der politischen Entwicklung Deutschlands verkannte. Sodann hatte das preußische Königtum, obwohl durch die Natur der Dinge zur Leitung berufen, die Kraft nicht gefunden, diese rechtzeitig zu übernehmen; endlich hatte man viel zu spät erkannt, daß der Kern der deutschen Verfassungsfrage nicht die Erweiterung der Freiheitsrechte, sondern das Verhältnis zu Österreich sei. Erschwerend hinzugetreten war die Feindseligkeit der großen Mächte, vor allem Rußlands, dessen Kaiser Nikolaus der Erste sich als den gebornen Verfechter der Legitimität gegen die „Revolution" betrachtete. So konnte die, nach der Lage Europas und der politischen Reife Deutschlands beurteilt, zu früh begonnene Bewegung kaum anders enden als mit einem negativen Ergebnis: mit der Wiederherstellung des lockeren Bundes souveräner und auf ihre Souveränität höchst eifersüchtiger Staaten unter dem Bundestage, dessen traurige Unzulänglichkeit doch niemand leugnete.

Da die Bewegung von 1848/49 wesentlich vom bürgerlichen Mittelstande ausgegangen war, so kam ihr Niedergang in den inneren Verhältnissen der Einzelstaaten den siegreichen Elementen, sozial gesprochen, dem Großgrundbesitz, also im wesentlichen dem Adel zugute. Doch vermochte diese „Reaktion" im ganzen weder die konstitutionellen Verfassungen noch die Ablösung der bäuerlichen Lasten zu beseitigen; auch von den „Grundrechten" gingen, obwohl sie der Bundestag schon am 23. August 1851 aufhob, manche in die Gesetzgebung der Einzelstaaten über, und die römische Kirche benutzte den in ihnen ausgesprochenen Grundsatz von der Freiheit der Kirche, um eine Reihe gesetzlicher Beschränkungen des alten Kirchen-

rechts abzuschütteln. In Preußen vor allem blieb die Verfassung vom 31. Januar 1850, im wesentlichen eine Nachbildung der belgischen, bestehen, obwohl der König am liebsten zu altständischen Formen zurückgekehrt wäre; nur wurde die Erste Kammer 1853 in das Herrenhaus verwandelt und damit dem Großgrundbesitz ein maßgebender Einfluß auf die ganze Gesetzgebung eingeräumt. Ebenso blieb die Neuordnung der Gerichtsverfassung mit der Aufhebung der Patrimonialgerichte (von 1850) aufrecht. Dagegen wurde die alte Provinzial-, Kreis- und Gemeindeverwaltung mit der grundherrlichen Polizei und der Beaufsichtigung der ländlichen Ortsverwaltung durch die Gutsherren wiederhergestellt. Die evangelische Landeskirche hatte nach einem Lieblingsgedanken des Königs durch die Errichtung des Oberkirchenrats 1850 größere Selbständigkeit erhalten, aber im Kirchenregiment und in der Besetzung der geistlichen Stellen überwog die Orthodoxie, weil sie für konservativ galt, und in der Volksschule wurde durch die Stiehlschen Regulative die geistliche Aufsicht aufs neue befestigt. Vielfach erbitternd wirkte die oft kleinliche Behandlung der Presse und der Vereine. Für die Förderung des wirtschaftlichen Lebens geschah sehr viel, namentlich durch Eisenbahnbauten, dagegen fast nichts, um den Staat für eine große, tätige Politik zu rüsten. Trotz schwerer Mängel blieb im Heerwesen alles beim alten, und für die junge Kriegsflotte, deren Notwendigkeit doch sonnenklar war, mußte der weitblickende Prinz Adalbert alle Grundlagen der Organisation, wie die Beschaffung von Schiffen und die Erwerbung des Platzes für einen Nordseekriegshafen an der Jade (1853), der konservativen Abneigung gegen diese „demokratische Institution" und den militärischen Vorurteilen mühsam abringen.

In Sachsen stellte der leitende Minister dieser Zeit, F. F. von Beust, die alten Stände von 1831 schon im Juni 1850 wieder her (die sog. „reaktivierten Stände"), da der „Widerstandslandtag" vom Dreikönigsbündnis nicht lassen wollte, schränkte auch die freie Meinungsäußerung in Presse und Vereinen wesentlich ein; aber unter der Regierung des Königs Johann (1854—1873), eines ebenso wissenschaftlich gebildeten wie geistvollen und pflichttreuen Monarchen, wurde die Gerichtsverfassung wie in Preußen 1856 umgestaltet, gleich-

zeitig ein neues Strafgesetzbuch, 1865 auch ein neues bürgerliches Gesetzbuch eingeführt, das Heer wesentlich vermehrt und verbessert, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Gewerbefreiheit (1861) und die immer dichtere Gestaltung des Eisenbahnnetzes mit großem Erfolge gepflegt. In Nassau und Hessen-Darmstadt, in Hannover und Mecklenburg beseitigte die Reaktion die neuen Verfassungen. Dabei kehrte Mecklenburg (1850) zu seinen feudalen Ständen, Hannover unter Georg dem Fünften (1851—1866) zur Verfassung von 1840 zurück (1855). So tüchtig auch sonst die Verwaltung war, so war doch durch die fortgesetzten Änderungen des Staatsgrundgesetzes das Vertrauen in den Rechtszustand gründlich erschüttert, und die Unfähigkeit des blinden Königs, die Verhältnisse zu sehen, wie sie wirklich waren, führte zu einer Überspannung seines Souveränitätsbewußtseins und seiner Machtansprüche, die höchst unheilvoll wirkte.

Fester als in diesen norddeutschen Mittelstaaten stand da doch in Süddeutschland die verfassungsmäßige Ordnung. Für Maximilian den Zweiten von Bayern war es Gewissenssache, die Rechte der Volksvertretung zu achten; er entließ deshalb das Ministerium von der Pfordten, als es mit dem Landtage über die Vermehrung der Heeresausgaben in Widerspruch geriet (1859), worauf denn nun die Gerichtsverfassung und die Kreisverwaltung neugeordnet, das Eisenbahnnetz wesentlich vervollkommnet wurde. Der persönliche Ehrgeiz des Königs war vor allem darauf gerichtet, sein München, das der Vater in einen Sitz deutscher Kunst verwandelt hatte, auch zu einem großartigen Mittelpunkte deutscher Wissenschaft zu machen, besonders durch die Berufung norddeutsch-protestantischer Gelehrter, und das wurde es. Württemberg und Baden hatten beide mit den erneuerten Herrschaftsansprüchen der römischen Kirche schwer zu ringen. Beide Staaten suchten das Verhältnis zunächst durch ein Konkordat zu regeln, Württemberg 1857, Baden 1859, aber in beiden verweigerte der Landtag seine Genehmigung, und die kirchlichen Fragen wurden durch die staatliche Gesetzgebung geregelt. Die protestantische Kirche beider Länder begann, zur ursprünglichen Idee der Reformation zurückkehrend, die Laien durch Gemeinderäte und synodale Einrichtungen zur Kirchenverwaltung heranzuziehen. Dabei

ging ein guter Teil der Frankfurter „Grundrechte" in die württembergische Landesgesetzgebung über, und Baden wurde, nachdem die hier besonders schweren Erschütterungen der Sturmjahre überwunden, namentlich die Truppe (in der preußischen Rheinprovinz) völlig neu gebildet worden war, unter Großherzog Friedrich (1852—1858 Regent) zu dem vielgefeierten Musterlande des Liberalismus.

Wesentlich anders gestalteten sich die Dinge in Österreich. Bedeutende Männer, wie Fürst F. Schwarzenberg (gestorben 1852), K. L. von Bruck, A. von Bach, Graf Leo Thun, brachten nach den Stürmen der Revolutionsjahre und der Metternichschen Stabilitätspolitik den absolutistischen, aber aufgeklärten Zentralismus Josephs des Zweiten mit fast revolutionärer Gewaltsamkeit wieder zur Herrschaft. Nicht nur die Gesamtverfassung von Kremsier wurde schon am 31. Dezember 1850 wieder aufgehoben, vielleicht der schwerste Fehler der inneröfterreichischen Politik, weil damit den Reformen die Möglichkeit parlamentarischer Bekräftigung entzogen wurde, sondern auch die Landtage sämtlicher Kronländer wurden beseitigt, den ungarischen Reichstag mit eingeschlossen, da Ungarn durch seine Empörung seine Rechte „verwirkt" habe. In der Tat schien das stolze Magyarentum völlig mattgesetzt durch die planmäßige Begünstigung der anderen ungarländischen Nationalitäten und ein deutschsprechendes Beamtentum meist tschechischer und rumänischer Abkunft. Aber die Grundentlastung wurde jetzt durchgeführt, das ganze Reich bildete seit dem 1. Oktober 1850 ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Triest entwickelte sich glänzend, besonders durch den Österreichischen Lloyd, der Bau der ersten Alpenbahn über den Semmering wurde 1857 vollendet, die Kriegsflotte, bis 1848 tatsächlich eine italienische Institution, erhielt besonders durch die Bemühungen des tüchtigen Erzherzogs Maximilian eine neue Organisation mit deutscher Dienstsprache und den schönen Kriegshafen Pola (statt Venedig). Zugleich knüpfte Graf Thun, der erste und letzte Kultusminister für ganz Österreich, an die große Reformzeit Maria Theresias an, führte den Schulzwang ein und stellte die Volksschule unter Staatsaufsicht, gestaltete die Gymnasien nach norddeutschem Muster und mit besonderer Betonung der deutschen Sprache in allen Kronländern um,

gab endlich den Universitäten mit der korporativen Selbständigkeit auch die Lehr- und Lernfreiheit.

Aber im schärfsten Widerspruch mit dieser Entfesselung der Geisteskräfte ließ er es in seiner idealistischen Auffassung der Kirche zu, daß der Staat 1851 auf das alte landesherrliche Plazet verzichtete, und daß Kardinal Rauscher, Fürstbischof von Wien, der Jugendlehrer des Kaisers, ein harter kirchlicher Absolutist und weltfremder Stubengelehrter, durch das Konkordat vom 18. August 1855 der römischen Kirche die völlige Freiheit sicherte, die ganze Erziehung unter ihre Aufsicht stellte und ihr die Ehegerichtsbarkeit zuwies. Die Opposition in der Geistlichkeit wurde durch die Erziehung des jungen Nachwuchses in den bischöflichen Seminaren und den ganz scholastisch umgestalteten theologischen Fakultäten allmählich entwurzelt, dazu in der Laienwelt, besonders unter dem Adel und den Bauern, durch zahllose Vereine und eine rührige Presse eine starke ultramontane Partei großgezogen. Da aber das junge Bürgertum, namentlich das deutsche, seiner ganzen Art nach dieser geistigen Bevormundung widerstrebte, so verfiel es großenteils einer unkirchlichen Freigeisterei; dadurch aber entfremdeten sich der ultramontane Adel und die Geistlichkeit mehr und mehr dem deutschen Volkstum. So kam eine neue Spaltung zu den Gegensätzen der nur äußerlich unterdrückten Nationalitäten. Jahrelang konnte fast die Hälfte des Reichs nur mit dem Ausnahmezustande regiert werden, Ungarn und Siebenbürgen bis 1854, Italien bis 1857. Dazu stand die Armee trotz ruhmvoller Überlieferungen, und obwohl sie ohne Zweifel die vornehmste Institution des Staates war, nach Bewaffnung, Ausbildung und Führung keineswegs auf der Höhe ihrer Aufgabe, und aus den Finanzen wollte weder das Defizit noch das in seinem Werte fortwährend schwankende Papiergeld verschwinden.

Eine innere Berechtigung für diesen Staat, zwei so hoch entwickelte Kulturvölker wie die Deutschen und die Italiener unter seiner politischen Vorherrschaft zu halten, lag nicht vor. Und doch war jetzt der Bundestag noch mehr als früher ein Werkzeug der österreichischen Politik. Indem Österreich die formelle Souveränität der deutschen Mittelstaaten unangetastet ließ, sich aber durch persönliche Beziehungen u. dgl. die Höfe

gefügig machte, schuf es sich am Bundestage eine feste Mehrheit, um durch sie, gegen allen früheren Brauch, Preußen dauernd in die Minderheit zu versetzen und die Macht des Bundestags in seinem Interesse zu erhöhen. Dieser Politik der Präsidialmacht trat seit dem August 1851 der neue preußische Bundestagsgesandte, Otto v. Bismarck-Schönhausen, überall mit voller Entschiedenheit entgegen. Ein altmärkisch-pommerscher Edelmann (geboren 1. April 1815), hatte er nach dem Abschluß seiner Studien und seiner kurzen Laufbahn im Staatsdienst als praktischer Landwirt seine Güter bewirtschaftet. Seinen politischen Aufstieg begann er als Abgeordneter zum preußischen Landtag und zum Erfurter Parlament. Daß er damals mit offnem Visier für das historische Königtum gegen die liberale Zeitströmung und gegen die Frankfurter Reichsverfassung eintrat, trug ihm den Ruf eines reaktionären „Junkers" ein, aber auch das Vertrauen des Königs, der ihn aus seiner parlamentarischen Tätigkeit heraus zum diplomatischen Dienst berief, ohne jede vorausgehende diplomatische Schulung, eine in Preußen höchst ungewöhnliche Beförderung. Aber alsbald beherrschte er die Geschäfte mit souveräner Sicherheit, ein Anhänger des Einvernehmens mit Österreich nur unter der Bedingung, daß es Preußen die tatsächliche Gleichberechtigung in der Leitung des Bundes zugestehe wie vor 1848, sonst sein entschlossener Gegner.

In zwei Angelegenheiten von entscheidender Bedeutung schlug die preußische Politik bereits nach seinem Rate mit Erfolg eine selbständige Richtung ein. Sie vereitelte den von den Mittelstaaten unterstützten Plan Österreichs, in den Zollverein einzutreten, gewährte ihm 1852 nur einen günstigen Handelsvertrag, bewog dagegen den ganz unhaltbar gewordenen nordwestdeutschen Steuerverein zum Eintritt in den Zollverein vom 1. Januar 1854 ab und erneuerte diesen auf weitere zwölf Jahre. Noch standen die Hansestädte, Holstein und Mecklenburg draußen, aber sonst war das gesamte außerösterreichische Deutschland, über 9000 Quadratmeilen mit 35 Millionen Einwohnern, eine wirtschaftspolitische Einheit geworden.

Doch inzwischen verwandelte sich die europäische Welt. Die Errichtung des zweiten bonapartischen Kaiserreichs hatte mit Napoleon dem Dritten (1852—1870) einen natürlichen

Gegner der Wiener Verträge von 1815 auf den Thron erhoben. Mit seiner gedankenvollen und weitschauenden, nur zu doktrinären Politik wollte er eine neue Vorherrschaft Frankreichs begründen, aber nicht durch Eroberungskriege, wie es sein Oheim im Kampf mit ganz Europa getan hatte, sondern durch kluge Förderung der nationalistischen Entwickelung in den Staaten, die er dem Einfluß anderer Mächte entziehen und an Frankreich ketten wollte. Durch diese Betonung des „Nationalitätsprinzips" geriet er allerdings in Gegensatz zu dem Geiste des von ihm beherrschten Volkes, das seine Größe in der Schwäche seiner Nachbarn sah, und da seine Herrschaft eine demokratische Tyrannis auf der Grundlage der tatsächlichen und verfassungsmäßigen Volkssouveränität war, so ist er an diesem Widerspruche schließlich zugrunde gegangen.

Zunächst verbündete er sich mit dem parlamentarischen England, erst zum Schutze der Türkei gegen neue russische Bedrohungen, dann, als diese abgewehrt waren, zur Zerstörung der russischen Seemacht im Schwarzen Meere. In diesem Krimkriege (1853—1856) stand die liberale öffentliche Meinung Deutschlands entschieden auf der Seite der Westmächte, weil sie Rußland als den Hort der europäischen Reaktion fürchtete. Innerhalb der preußischen Regierungskreise drängten gerade deshalb die Hochkonservativen zum Bunde mit Rußland gegen das revolutionäre Frankreich; besonnene Patrioten, wie Prinz Wilhelm und Bismarck, befürworteten die Neutralität. Für diese entschloß sich endlich auch der König, und der Deutsche Bund folgte hier Preußen. Österreich dagegen zwang durch seinen Einmarsch in die Donaufürstentümer die Russen, diese zu räumen, und kam im Vertrage vom 2. Dezember 1854 bis dicht an das Waffenbündnis mit den Westmächten. Der Friede von Paris am 30. März 1856 schützte den Bestand der Türkei und neutralisierte das Schwarze Meer, bereitete aber auch eine andre Gruppierung der Mächte vor. Denn Preußen hatte sich den Anspruch auf den Dank Rußlands erworben, ohne seine Interessen preiszugeben und ohne sich mit Frankreich zu verfeinden, Österreich aber durch seinen „historischen Undank" gegen den Helfer in der Not der Revolution den tiefsten Groll in Petersburg erregt, und Frankreich nahm unbestritten die maßgebende Stellung in Europa ein.

So griff denn Napoleon der Dritte auch in den Streit um das (seit 1707 preußische) Fürstentum Neuenburg ein, das 1848 eigenmächtig der Eidgenossenschaft beigetreten war und im September 1856 eine Erhebung der königstreuen Partei mit Waffengewalt niedergeschlagen hatte. Um nun die des Hochverrats angeklagten Führer der Royalisten (66) vor dem Äußersten zu schützen, forderte König Friedrich Wilhelm ihre Freilassung und traf, als sie verweigert wurde, Vorkehrungen für einen Feldzug gegen die Schweiz; doch vermittelte Napoleon in dem Streite dahin, daß die Eidgenossenschaft die Gefangenen straflos entließ und der König im Vertrage vom 26. Mai 1857 ganz auf Neuenburg verzichtete. Kurz nachher, im Juli, traf den über diese Angelegenheit tief erregten Monarchen bei einem Besuche in Pillnitz der erste Schlaganfall, das Zeichen einer längst an ihm zehrenden schweren Gehirnerkrankung, und da der Anfall sich im September wiederholte, so übernahm sein Bruder Wilhelm, der Prinz von Preußen, zunächst die Stellvertretung des Königs, dann, als sich dessen Regierungsunfähigkeit herausstellte, am 8. Oktober 1858 die selbständige Regentschaft „mit alleiniger Verantwortung gegen Gott". Die meisten erwarteten oder fürchteten ein liberales Regiment; niemand ahnte, daß Deutschland an der Schwelle einer neuen großen Periode seiner Geschichte, vor einem neuen und diesmal erfolgreichen Einheitskampfe stehe.

VOLUME 4

Der Werdegang des deutschen Volkes

Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II

VWV

SLD

Der Werdegang des deutschen Volkes

Historische Richtlinien für gebildete Leser

von

Otto Kaemmel

Vierte, durchgesehene und fortgeführte Auflage

bearbeitet von

Dr. Arnold Reimann

Direktor des berlinischen Gymnasiums zum Grauen Kloster

****

Das Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II

1858—1914

Berlin und Leipzig 1923

Walter de Gruyter & Co.

vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.

Druck von Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10

Der Werdegang des deutschen Volkes

****

Das Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II

1858—1914

Inhalt.

Seite

Siebenter Zeitraum.

Das Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1858—1914.

Siebenter Zeitraum

Das Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II.

1858 bis 1914

Die Gründung des Deutschen Reichs
1858 bis 1871

Die Reaktion war den politischen Einheitsbestrebungen feindlich gegenübergetreten, aber das wirtschaftliche und geistige Leben war durch sie in seiner Entwicklung wenig aufgehalten worden. Die Ursachen also, die 1848/49 zu der Einheitsbewegung gedrängt hatten, wirkten unaufhaltsam weiter; sie wurden in der folgenden Zeit nur noch verstärkt, auch durch die wirtschaftliche Weltlage. In den Erschütterungen der napoleonischen Zeit hatte Frankreich seine noch übrigen Kolonien bis auf wenige verloren, nur Holland hatte den Hauptbestandteil der seinigen behauptet, und die einzige große See- und Kolonialmacht war England geworden, die Alleinherrscherin der Meere. Dieses ungeheure Übergewicht steigerte sich noch durch den Zerfall des spanischen Kolonialreichs, der das romanische Amerika dem englischen Handel öffnete, die rasche Besiedlung Australiens seit der Entdeckung der Goldfelder (1851) und die Öffnung der ostasiatischen Reiche seit dem Opiumkriege (1840 bis 1842). Je höher sich die britische Industrie entwickelte, je mehr die Landwirtschaft des Inselreichs verfiel, desto mehr bedurfte es der Ausdehnung seiner Absatzmärkte und seiner Auswanderungsgebiete. Aber auch Frankreich begann unter Napoleon dem Dritten sich in Nordafrika und Hinterindien ein neues Kolonialreich aufzubauen. Im Osten bildete Rußland ein gegen den Westen fest abgeschlossenes, sich in Asien beständig ausdehnendes, unermeßliches Wirtschaftsgebiet, und jenseits des Atlantischen Ozeans überwuchs die junge Union allmählich den ganzen ungeheueren Raum bis zum Großen Ozean. Inmitten dieser Umwälzungen hatte nur der Zollverein Deutschland vor dem wirtschaftlichen Untergange geschützt; doch solange Deutschland wie bisher ohne eine leistungsfähige Gesamtverfassung, ohne einheitliche Vertretung im Aus-

lande, ohne eine nennenswerte Kriegsflotte, ohne Kolonien blieb, so lange war seine Stellung im Völkerverkehr eine nur geduldete und also höchst unsichere.

Das alles zu schaffen drängte vor allem der wirtschaftliche Aufschwung, der sich trotzdem langsam, aber sicher vollzog. Die Landwirtschaft ging in den eingeschlagenen Bahnen weiter. Künstliche Düngung und Anwendung von Maschinen, Branntweinbrennereien und Zuckerraffinerien steigerten die Erträge für den intelligenten Landwirt, Gemüse-, Obst- und Rübenbau dehnten sich rasch aus, Pferde- und Rindviehzucht nahmen zu, während die blühende Schafzucht der früheren Zeit für die Wollgewinnung unter der wachsenden Konkurrenz der billigeren australischen Wolle rasch zurückging. In der Bewirtschaftung der Forsten, die im ganzen noch den vierten Teil des Grund und Bodens bedeckten und überwiegend in den Händen des Staates oder der Gemeinden waren, übertraf die Bedeutung der Holznutzung jetzt weitaus die der Jagd. Die Fischerei in den Binnengewässern begann schon unter der Verunreinigung der Flüsse durch die Fabriken zu leiden, im Bergbau trat bei immer kunstreicherem Betriebe die Ausbeutung an Edelmetallen hinter der Bedeutung der Nebenprodukte und vor allem der Eisen-, Kohlen- und Steinsalzgewinnung weit zurück. Obwohl diese großen Lager (in Westfalen, der Rheinprovinz, Sachsen, Schlesien) mehr an der Peripherie, also nicht so günstig wie in Belgien und England lagen, so wuchs doch seit dem Ausbau der Eisenbahnen mit ihren billigen Frachten die Fabrikindustrie für Massenverbrauchsgegenstände aus Metallen und Stoffen gewaltig; sie schränkte durch steigende Verwendung der Baumwolle die Tuch- und Leinweberei ein und drängte die alte Hand- und Hausarbeit immer mehr auf die kunstvolleren Arbeiten (Uhrmacherei, Töpferei, Spielwarenfabrikation) und auf das eigentliche Kunstgewerbe zurück. Doch beschränkte sich dieser Fabrikbetrieb nicht auf die Städte, sondern ergriff in Schlesien, in der Oberlausitz und in einem Teile Westfalens auf älterer Grundlage auch größere Striche des platten Landes.

Fördernd und belebend wirkten die Herabsetzung der Flußzölle auf dem Rhein 1860, auf der Elbe 1863, und die Verbesserung der Stromfahrbahnen, die nun wieder eine starke Vermehrung der Flußschiffe (1861 über 17 000 mit 254 Dampfern) und die Einführung der Schleppschiffahrt zur Folge hatten, sodann und vor allem der Ausbau des Straßennetzes (1861 im ganzen 75 000 km) und der Eisenbahnen (11 000 km im Jahre 1861), die nun schon vielfach vom Staate gebaut und verwaltet wurden. Aber noch hemmte die Vielstaaterei. Noch gab es siebzehn selbständige Postverwaltungen, und das Porto war auf größere Entfernungen hoch; im Münzwesen stand immer noch, abgesehen von den noch außerhalb des Zollvereins liegenden Gebieten, der preußisch-norddeutsche Talerfuß neben dem rheinischen (süddeutschen) Guldenfuß, und eine Unmasse von halbentwerteten Münzstücken längst untergegangener Kleinstaaten erfreute mehr den Münzsammler als den Geschäftsmann. Erst der Münzvertrag mit Österreich 1857 stellte wenigstens eine sichere Gleichung mit dem österreichischen Guldenfuß her (2 Taler = 3½ Gulden), soweit die schwankende österreichische Valuta sie zuließ.

Zugleich machte trotz aller Hindernisse, fast lediglich durch die Tatkraft der Kaufleute, der deutsche Seehandel große Fortschritte. Die Aufhebung des Sundzolls 1857 befreite den Ostseeverkehr von einer lästigen Fessel. Der in demselben Jahre in Bremen von H. Meyer gegründete Norddeutsche Lloyd erwuchs allmählich zu einer der größten Schiffahrtsunternehmungen; in Bremen verkehrten jährlich 3000 bis 3500 Seeschiffe, in Hamburg liefen 1865 über 5000 ein, und die ganze deutsche Seehandelsflotte zählte 1867 schon 4621 Schiffe mit 661 000 Last. Sie befuhr jetzt alle Meere, zog sogar in Ostasien seit den preußischen Verträgen mit China und Japan 1861 einen guten Teil des Verkehrs, auch des Zwischenhandels, an sich, und deutsche Handelshäuser verbreiteten sich jetzt über den ganzen Erdball.

Mit dem allem wuchs die Volkszahl. Sie stieg im Gebiete des späteren Deutschen Reichs 1850/70 von 35½ Millionen auf 40 Millionen, sie drängte sich am dichtesten in den großen Industrie- und Handelsmittelpunkten, in Berlin, im westlichen Sachsen, in Teilen der Rheinprovinz und Westfalens, in Oberschlesien zusammen, und sie steigerte deshalb unverhältnismäßig und zu ungunsten des platten Landes wie der kleinen Städte die Bevölkerungszahl der Großstädte. So erweiterten diese ihren Umfang rastlos und häuften in hohen Mietskasernen zugleich immer mehr Bewohner auf kleiner Bodenfläche über-

einander, während die Vermögenderen sich gern Villen in den Vorstädten oder in den Vororten bauten. Berlin verdoppelte 1840/64 seine Einwohnerzahl (311 000 zu 632 000), Breslau stieg in derselben Zeit von 96 000 auf 164 000, Leipzig 1849/64 von 62 000 auf 85 000, Hamburg 1855/64 von 200 000 auf 250 000. Da aber für die stetig wachsende Volkszahl die Unterhaltsmittel im Lande nicht ausreichten und Gründe politischer Unzufriedenheit hinzukamen, so schwoll auch die überseeische Auswanderung. In den Sturmjahren 1848/50 wanderten jährlich zwischen 80 000 und 90 000 Deutsche aus, in den ersten Jahren der Reaktion 1850/54 stieg diese Auswanderung von 112 000 auf 250 000 und sank erst später wieder. Ihr Hauptziel blieb Nordamerika, und da nun auch zahlreiche Gebildete dorthin übersiedelten, so gewann das nordamerikanische Deutschtum jetzt einen etwas festeren Halt, obwohl die Gefahr der Amerikanisierung der jüngeren Generation dadurch nur wenig verringert wurde.

Diese ganze Entwicklung stand mit der Ausbildung der Geld- und Kreditwirtschaft, also des Kapitalismus, in beständiger Wechselwirkung, ja beide bedingten einander gegenseitig. Deshalb steigerte sich der Betrieb des Börsengeschäfts, für das Berlin und Hamburg die größten Plätze wurden, der Banken, der Aktiengesellschaften. Daraus folgte auf der einen Seite die Entstehung einzelner Riesenvermögen, für die das jüdische Haus Rothschild in Frankfurt a. M. typisch war, auf der andern die Herrschaft des städtischen Kapitals über das platte Land, die durch die Mobilisierung des Grundbesitzes noch beschleunigt wurde. Denn diese ergab sich unvermeidlich aus der Ablösung der bäuerlichen Lasten und aus der Verflechtung mancher Industriezweige mit der Landwirtschaft.

Die sozialen Folgen dieser Verhältnisse konnten nicht ausbleiben. Seitdem die rechtlichen Schranken zwischen Stadt und Land gefallen waren und die Gewerbefreiheit die alten Zunftverbände aufgelöst hatte, zersetzten sich die geschlossenen Berufsstände mehr und mehr. Am meisten erhielten sich die alten Verhältnisse auf dem platten Lande. Denn obwohl zahlreiche große Güter in die Hände bürgerlicher Besitzer übergingen, so näherten sich diese Familien in Anschauungen und Lebensgewohnheiten doch rasch dem alten Adel, und ein kräftiger

Bauernstand, der der physische und sittliche Kern jeder gesunden Volkskraft ist, behauptete sich. Aber der städtische Mittelstand verlor durch die Aufhebung der Zünfte seine alte rechtliche und soziale Grundlage und wurde von der andern Seite durch das zunehmende Übergewicht des Fabrikbetriebes bedrängt, so daß die schwächeren Mitglieder selbst auf die Stufe des Fabrikarbeiters hinabsanken. Da es nun dem kleinen Mann bei den zunehmenden Anforderungen, die an Kapitalkraft und technische Kenntnisse des Unternehmers gestellt wurden, nur unter sehr günstigen Verhältnissen möglich war, selbst in die Kreise des Unternehmertums aufzusteigen, so bildete sich ein ziemlich geschlossener, wenngleich noch nicht organisierter Handarbeiterstand, der von den Unternehmern und mit ihnen von jeder Konjunktur des Weltmarktes zunächst völlig abhängig war. So entstand, im geraden Widerspruch mit der formellen Rechtsgleichheit, eine neue sehr ungünstige Form des Feudalismus, ohne daß dieser, außer in den seltensten Fällen, durch persönliche Beziehungen zwischen dem Herrn und den Arbeitern gemildert wurde. Zugleich verschob sich das Zahlenverhältnis zwischen der in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten und der landwirtschaftlichen Bevölkerung immer mehr zugunsten der städtischen. Betrug diese schon 1871 für ganz Deutschland fast ein Drittel (31 Prozent), so belief sie sich im industriellen Sachsen schon auf mehr als die Hälfte.

Die Leiter der Staaten glaubten in diese Verschiebungen weder eingreifen zu können noch zu dürfen. Denn überall herrschte mit dogmatischem Ansehen die Lehre des Schotten Adam Smith, der dem Staate jedes Recht absprach, in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzugreifen, von dem Gedanken aus, daß sich der Ausgleich nach dem einfachen Verhältnis von Angebot und Nachfrage ganz von selbst zum Vorteile des Ganzen finde. Darum suchte Hermann Schulze aus Delitzsch den notleidenden kleinen bürgerlichen Mittelstand seit 1849, besonders aber seit 1859, durch Gründung zahlreicher Vorschuß- und Konsumvereine, Rohstoff- und Produktivgenossenschaften, also durch eine Organisation der Selbsthilfe, nicht ohne Erfolg vom Untergange zu retten. Dagegen predigte Ferdinand Lassalle, einer der geistvollsten deutschen Juden und ein unvergleichlicher Agitator, mit dröhnenden und packenden

Kraftworten die falsche Lehre des Engländers Riccardo, daß der Durchschnittslohn des Arbeiters niemals über die Mittel zum notdürftigsten Lebensunterhalt steigen könne; er prophezeite also dem Mittelstande den Untergang und sah das Heil der Zukunft in der Vereinigung der Arbeiter zu großen Produktivgenossenschaften mit Staatsbeihilfe, also im sozialistischen, aber monarchischen Staate. So wurde er der Vater der deutschen Sozialdemokratie.

Während sich also schwere soziale Kämpfe vorbereiteten, entwand sich die deutsche Wissenschaft jetzt völlig den Fesseln philosophischer Systeme und sah ihre Hauptaufgabe mehr und mehr darin, durch sorgfältige Beobachtung und Sammlung der Tatsachen ihre Grundlagen zu erweitern, was unvermeidlich zunächst zu einer immer weitergehenden Spezialisierung führte. So trat sie in eine neue Periode ein, die noch heute fortdauert und erst in leisen Anfängen wieder der Systematisierung und Synthese Platz einzuräumen beginnt. Da jene Beobachtung des Tatbestandes am schärfsten bei den exakten Wissenschaften möglich ist, so traten diese in den Vordergrund und bestimmten sogar — zuweilen in zu hohem Grade — auch die Methode der Geisteswissenschaften, die davon in ihrem innersten Wesen ganz verschieden sind. In der Mathematik gewannen G. L. Dirichlet, F. Neumann, B. Riemann und andere, in der Astronomie F. W. Bessel, in der Physik H. Helmholtz, Rob. Mayer (Wärmelehre), R. W. Bunsen und G. R. Kirchhoff (Spektralanalyse), H. W. Dove, in der Chemie J. Liebig, in der Botanik M. J. Schleiden (Zellenlehre), in der Geologie L. von Buch einen Weltruf. Ihre Entdeckungen wirkten vor allem auf die Medizin hinüber, indem die Physiologie den Lebensprozeß des gesunden Körpers, die Pathologie (Virchow, Rokitansky, Pettenkofer) vor allem die Infektionskrankheiten erforschte, die Chirurgie eine erstaunliche Sicherheit in der Wundbehandlung und in Operationen der verschiedensten Art erwarb. Die Geographie wurde mehr und mehr auf naturwissenschaftliche Grundlage gestellt, und durch große Entdeckungsreisen, die deutsche Forscher, immer noch zum Teil in fremdem Auftrage, ins Innere der fremden Weltteile (H. Barth, E. Vogel, G. Rohlfs, Cl. von der Decken in Afrika, die Gebrüder Schlagintweit in Asien, L. Leichardt in Australien) oder nach den Polargegenden (Koldewey 1868) unternahmen, wurde ein ungeheures neues Material aufgehäuft und dann zumeist in dem neuen großen Zentralorgan, den Geographischen Mitteilungen A. Petermanns in Gotha (seit 1856), allgemein zugänglich gemacht. Zu früh versuchte Ernst Häckel in Jena 1868 die Gesamtergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschung, sich an Darwins geistvolle Hypothese von der Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl anlehnend, zu einer „Natürlichen Schöpfungsgeschichte" zusammenzufassen.

Von den Geisteswissenschaften hatte die klassische Philologie die am meisten ausgebildete Methode, und sie zuerst faßte auch, seitdem sie aus einer Sprach- und Literaturwissenschaft zur Altertumswissenschaft geworden war, alle Zweige des Volkslebens als eine große Einheit auf. Während F. Ritschl im wesentlichen die Richtung Gottfried Hermanns geistvoll und erfolgreich fortsetzte, erschlossen August Böckh und andere durch die Sammlung der griechischen, Theodor Mommsen durch die der lateinischen Inschriften und durch die Erforschung der altitalischen Dialekte der Wissenschaft ganz neue Quellen. F. G. Welcker und Fr. Preller begründeten die antike Mythologie, E. Gerhardt, H. Brunn, J. Overbeck die klassische Archäologie, A. Böckh und Karl Friedrich Hermann erforschten das politische Leben der Griechen. Sodann gab Mommsen auf Grund einer unermeßlichen Kenntnis, mit schärfster Kritik und lebendigster Anschauung ein umfassendes Bild der römischen Geschichte, Ernst Curtius versuchte, etwas romantisierend, dieselbe Aufgabe für die griechische, Max Duncker nüchterner für die altorientalische Geschichte zu lösen. Über das Gebiet der klassischen Völker und ihrer nächsten Nachbarn hinaus drang die gewonnene Methode zur Erforschung aller arischen und semitischen Sprachen und Kulturen vor, indem Männer wie Th. Benfey, H. Brockhaus und Max Müller (in Oxford) die altindische Welt, A. Schleicher die slawisch-litauischen Sprachen, H. L. Fleischer, Th. Nöldeke und G. Weil die arabische Literatur, R. Lepsius und H. Brugsch das ägyptische Altertum bearbeiteten. Daneben erwuchs aus den Forschungen der beiden Grimm die Germanistik durch Karl Müllenhoff, Karl Lachmann und Wilhelm Wackernagel zu einer selbständigen Wissenschaft von der altgermanischen und mittelalterlichen deutschen Kultur.

Der deutschen Literaturgeschichte widmeten Georg Gervinus, K. Koberstein, K. Gödeke, H. Hettner, Julius Schmidt zusammenfassende Bearbeitungen, der deutschen Kunstgeschichte K. Schnaase, H. Otte, der Entwicklung der deutschen Kultur überhaupt Wilhelm Riehl und Gustav Freytag.

Der reiche kulturgeschichtliche Stoff, der auf diese Weise allmählich aufgehäuft wurde, begann nun auch mehr und mehr den Charakter der Geschichtsschreibung wesentlich umzugestalten; sie beschränkte sich nicht mehr wie jahrhundertelang ausschließlich auf die politische Geschichte, wenngleich diese der Natur der Sache nach im Vordergrunde blieb. Dabei siegte allmählich über die naturrechtlich-liberalisierenden Konstruktionen von K. Rotteck und Gervinus und über die sittenrichterliche Tendenz Schlossers auf der einen Seite der nationaldeutsche Standpunkt, auf der andern die objektiv-sachliche, auf ein unermeßliches, echtes Material begründete Auffassung Rankes, der selbst mit besonderer Vorliebe das 16. und 17. Jahrhundert aller europäischen Kulturvölker mit immer gleicher, genialer Meisterschaft behandelte. Nicht ohne eine bestimmte, aber in der Sache selbst begründete politische Tendenz zeigte Ludwig Häusser zum erstenmal die Freiheitskriege in deutscher Beleuchtung, behandelte Gustav Droysen die preußische Geschichte als die Vorbereitung auf eine neue deutsche Einheit. Heinrich von Sybel lehrte zuerst die französische Revolutionszeit, befreit von dem Schleier der liberalen Phrase, in ihrer ganzen Furchtbarkeit und in ihrer Abhängigkeit von den europäischen Verhältnissen verstehen; Wilhelm Giesebrecht rief zum Troste in der kläglichen Gegenwart die Erinnerung an die ruhmreiche Kaiserzeit des Mittelalters wach, während Georg Waitz die deutsche Verfassungsgeschichte dieser Zeit ausführlich darstellte und der größte Meister auf dem Gebiete der mittelalterlichen Quellenforschung wurde. Hand in Hand gingen damit umfassende Quellenpublikationen aus den verschiedenen Zeiten, zum nicht geringen Teil auf Veranlassung der Historischen Kommission in München, der Stiftung König Maximilians des Zweiten (1859). Dieser siegreich vordringenden, im innersten Kerne protestantischen Geschichtsforschung und -schreibung gegenüber verhielt sich die von der kirchlichen Autorität ganz abhängige und darum unfreie katholische Wissenschaft im wesentlichen

verteidigend (F. E. Hurter, Onno Klopp, H. Hüffer, A von Vivenot). Ein wahrhaft befriedigende Gesamtgeschichte Deutschlands konnte freilich noch nicht gelingen, weil der sichere Maßstab für die Beurteilung der ganzen Entwicklung fehlte.

Auch in der Rechts- und Staatswissenschaft drang die historische Betrachtungsweise Savignys allmählich durch und veronlaßte neben umfassenden systematischen Bearbeitungen der drei großen Gebiete des römischen, germanischen und kirchlichen Rechts (K. G. Wächter, K. A. Vangerow, H. Zöpfl, K. Gerber, E. Albrecht, Maaßen, F. von Schulte) sowie des Strafrechts (Mittermaier) und des Staatsrechts (R. von Mohl und J. C. Bluntschli) ausgedehnte Quellenforschungen und Darstellungen der Rechtsgeschichte (R. Jhering, K. Fr. Eichhorn, K. Homeyer). Mehr indirekt wirkte auf die ganze Auffassung des Staats Rudolf Gneist durch den Nachweis, daß das als Vorbild mehr bewunderte als bekannte englische Staats- und Verwaltungsrecht ein ganz eigentümliches Erzeugnis der englischen Zustände und deshalb höchstens in manchen Grundzügen auf die deutschen Verhältnisse übertragbar sei. Eine deutsche „Politik", wie sie Dahlmann unter dem Zeichen des siegreich vordringenden Konstitutionalismus zu entwerfen gewagt hatte, entstand in diesem unfertigen, gärenden Übergangszeitalter so wenig wie eine deutsche Geschichte.

Wie in der Betrachtungsweise des Rechts und der Geschichte die absterbende naturrechtliche Auffassung noch lange Zeit mit der historischen rang, so trafen auch in der jungen Volkswirtschaftslehre beide Richtungen in langen, noch keineswegs abgeschlossenen Kämpfen aufeinander. Der große Führer der historischen Schule, die an den allgemeinen sittlichen Grundlagen alles höheren Kulturlebens, der Ehe, dem Eigentum und der natürlichen, also aristokratischen Gliederung der Gesellschaft festhielt und unter diesem Gesichtspunkte die geschichtliche Bedingtheit alles wirtschaftlichen Lebens zu verstehen suchte, wurde Wilhelm Roscher. Dagegen faßte die zunächst noch einflußreichere Freihandelsschule (Prince-Smith, J. Faucher) nach der Art von A. Smith und R. Cobden die Volkswirtschaftslehre als eine exakte Wissenschaft, eine „Arithmetik des Egoismus" und wollte aus dieser angeblich einzigen Grundlage des Erwerbslebens unbedingt gültige Regeln für alle

Zeiten ableiten. Sehr stark von dogmatisierenden naturrechtlichen Anschauungen wurden die Sozialisten bestimmt. K. Rodbertus sah noch maßvoll in dem Manchestertum der Freihändler die Vollendung des Individualismus und forderte darum die staatliche Leitung des gesamten Erwerbslebens, um den Arbeitern einen entsprechenden Anteil an den Früchten der Arbeit zu sichern. Dagegen lehrten Karl Marx und Friedrich Engels, zwei rheinländische Flüchtlinge in London, die ihrer Heimat ganz entfremdet waren, anknüpfend an Hegels Entwicklungslehre, aber mit materialistischer Wendung, aus dem Kapitalismus, dem notwendigen Ergebnis der modernen individualistisch-geldwirtschaftlichen Entwicklung, müsse ebenso notwendig der Sozialismus, die Organisation der gesamten wirtschaftlichen Arbeit durch den Staat und die Verwandlung aller Produktionsmittel in Gemeinbesitz folgen, und da das Geldkapital unproduktiv, die Arbeit also der alleinige Quell und Maßstab jedes Wertes sei, so müsse der Ertrag allein nach der Länge der Arbeitszeit verteilt werden. Durchführbar sei diese neue Ordnung freilich nur durch eine Revolution, zu der sich die „Proletarier" aller Länder vereinigen müßten. So entstand aus einer einseitigen Abstraktion von englischen Zuständen und deutscher Wissenschaft die neue Weltanschauung der revolutionären internationalen Sozialdemokratie, die alles Bestehende mit Umsturz bedrohte.

Ihre Verbreitung wurde nicht unwesentlich durch eine Wendung in der Philosophie gefördert. Denn obwohl es noch ganz unmöglich war, aus dem tagtäglich ungeheuer anwachsenden Stoffe der Erfahrungstatsachen in allen Wissenschaften ein neues befriedigendes philosophisches System zu gestalten, so entsprang doch aus einer Überschätzung der Bedeutung der naturwissenschaftlichen Ergebnisse der sich mit Schlagworten an die Massen wendende Materialismus (K. Vogt, J. Moleschott, L. Büchner), und aus dem Mangel an Befriedigung über die Ansicht der Welt von diesem Gesichtspunkt aus und aus Übersättigung der aristokratischere Pessimismus (Artur Schopenhauer), der in der vorhandenen Welt die schlechteste aller möglichen Welten und das Ziel des Lebens im buddhistischen Selbstvergessen (Nirwana) sah. In scharfem Gegensatz zu diesen zwar nicht herrschenden, aber weit verbreiteten Richtungen

faßte Hermann Lotze, von einer reichen naturwissenschaftlichen Kenntnis ausgehend, als die einzig sichere Wahrnehmung das Selbstbewußtsein der Persönlichkeit und als Wirklichkeit das Reich der lebendigen Wesen, das in Gott als dem Schöpfer gipfelt.

Den Gefahren, die in dieser Auflösung der alten sittlich-religiösen Anschauungen lagen, versuchte die römische Kirche, auch in Deutschland mehr und mehr vom Ultramontanismus bestimmt, durch Stärkung der geistlichen Autorität zu begegnen. Sie begann also, geleitet von Männern wie dem streitbaren Westfalen W. E. Freiherrn von Ketteler, 1850/77 Bischof von Mainz, dem theologischen Nachwuchse eine rein kirchliche, von allen weltlichen und protestantischen Einflüssen ganz abgeschlossene Erziehung in Priesterseminaren und Knabenkonvikten zu geben, begünstigte die Missionspredigten der Jesuiten und der ihnen verwandten Redemptoristen bis in halbprotestantische Gegenden hinein, verband Geistliche und Laien in zahlreichen Vereinen unter geistlicher Leitung zu gemeinsamer Arbeit im ultramontanen Sinne und benutzte sehr geschickt auch die moderne Macht der Presse für ihre Zwecke. Ihre Wissenschaft blieb trotz bedeutender Vertreter namentlich auf dem Gebiete der Kirchengeschichte (J. Hefele, A. Theiner, H. Reinkens, J. von Döllinger, F. Friedrich) und des Kirchenrechts (F. von Schulte) doch durch das Prinzip der kirchlichen Autorität gebunden.

Um so breiter tat sich der Gegensatz zu dem von zahlreichen Dissonanzen zerrissenen, aber prinzipiell die volle Freiheit der Forschung verbürgenden Protestantismus wieder auf. Nebeneinander standen hier die hyperkritische Tübinger Schule, die orthodoxe Richtung, die an der göttlichen Inspiration der ganzen Heiligen Schrift mehr oder weniger festhielt (E. W. Hengstenberg, E. Luthardt, F. A. Tholuck, G. Chr. A. Harleß), und die Vermittlungstheologie (K. Ullmann, K. J. Nitzsch), die im Christentum ein neues göttliches Weltprinzip, aber in menschlicher Entwicklung sah. Danebenher ging ein immer tiefer dringendes Studium der Dogmatik (A. Ritschl), der alt- und neutestamentlichen Überlieferung (H. Ewald, K. Tischendorf) und der Kirchengeschichte (K. A. Hase), mannigfach befruchtet von den Ergebnissen der historischen und philologischen Wissen-

schaft. Im Regiment der meisten Landeskirchen herrschte die orthodoxe oder mindestens die positiv gläubige Richtung, und ohne Zweifel leistete diese auch in den Werken der praktischen Frömmigkeit, in der Seelsorge, der Mission, der Krankenpflege, für die sich 1837 die edle Genossenschaft der Diakonissen gebildet hatte, weitaus das meiste; aber die Gemeinden folgten der strengen Orthodoxie nur selten, und die Mehrzahl der Gebildeten huldigte einem unklaren religiösen Liberalismus, der sich im besten Falle ohne tieferes Nachdenken mit einer Anzahl sittlich-religiöser Wahrheiten zufrieden gab, im andern dem Christentum als dem Erzeugnisse einer längst überwundenen Vergangenheit gleichgültig oder auch feindlich gegenüberstand.

Inmitten einer rastlos fortschreitenden Wissenschaft wandelten sich die Universitäten, mit Seminaren, Instituten und Sammlungen immer besser ausgestattet, allmählich beinahe in Gruppen von Fachhochschulen, so daß die alte Einheit der Wissenschaft kaum noch zu behaupten war; für die technischen Fächer entstanden besondere Hochschulen, mehr und mehr in akademischen Formen (Karlsruhe, Darmstadt, München, Dresden, Stuttgart, Hannover, Aachen). Ebenso gewannen in den humanistischen Gymnasien jetzt die Realien (Naturwissenschaften und Mathematik) breiteren Raum und eine gesicherte Stellung, und auch die körperliche Ausbildung durch das Turnen wurde jetzt endlich überall gesetzlich geregelt; doch sollte das Studium der beiden klassischen Sprachen nach wie vor den Mittelpunkt ihres Unterrichts bilden. Da sie trotzdem den Anforderungen an eine bessere Vorbildung für praktische Berufe nach der Meinung der Laien nicht genügten, gewann das Realschulwesen, meist den Stadtgemeinden überlassen, eine immer größere Ausdehnung, namentlich in Norddeutschland. Mit alledem löste sich die alte Einheit der Vorbildung für die höheren Berufe notwendigerweise auf. Einheitlich aber blieb überall die Vorbildung der Volksschule, und sie behauptete auch im wesentlichen ihre alte kirchlich-konfessionelle Grundlage.

Während alle diese Unterrichtskreise unter der Leitung oder der Aufsicht der öffentlichen Gewalten standen, übte die Presse eine kaum kontrollierte, aber täglich wachsende Macht, zugleich aufklärend, verwirrend und verflachend, da sie ihren Lesern ebensowohl ein Bild aller der neben- und durcheinanderlaufenden Richtungen dieser reichen Zeit bot, wie sie sie daran gewöhnte, einer bestimmten Parteirichtung blindlings zu folgen und tagtäglich ein buntes Gemisch der verschiedenartigsten Dinge flüchtig zu überblicken, während sie die eindringende Lektüre eines ernsten Buches bei vielen völlig zurückdrängte.

Ein Volk, das so angestrengt daran arbeiten mußte, die wirtschaftliche Grundlage seines Daseins zu erweitern, den Stoff seines Wissens zu vermehren und geistig zu durchdringen, sein Unterrichtswesen teilweise umzugestalten, das dazu noch nach der Neugestaltung seiner Gesamtverfassung rang, war ganz außerstande, eine klassische oder auch nur eine idealistische Dichtung und Kunst zu gestalten, denn allzusehr gingen die Interessen auseinander, allzusehr überwog die verstandesmäßige Erwägung und der Sinn für die Wirklichkeit. Deshalb drängten sich die Prosadichtung, Roman, Erzählung, Novelle und das Drama, die der Wirklichkeit am nächsten kommen, in den Vordergrund. In jener Form suchten Karl Gutzkow, Gustav Freytag, Friedrich Spielhagen, Theodor Storm, Paul Heyse, Gottfried Keller und in plattdeutscher Sprache Fritz Reuter das reiche Leben ihrer Zeit und der jüngsten Vergangenheit poetisch zu gestalten, während der Süddeutsche Viktor Scheffel das frühe Mittelalter mit glänzendem Erfolge für den historischen Roman gewann, und Wilhelm Riehl in seinen kulturhistorischen Novellen die deutsche Entwicklung durch die Jahrhunderte verfolgte. In epische Formen goß Otto Roquette die letzte romantische Dichtung, Wilhelm Jordan seine gewaltige Nachdichtung der Nibelungensage, Hermann Lingg die Wechselfälle der Völkerwanderung, Graf Schack orientalische Stoffe. Für die Bühne gelang Gustav Freytag noch ein mustergültiges Lustspiel von dauerndem Werte, während sonst diese Gattung meist nur der leichten Unterhaltung diente; im ernsten Drama errangen Otto Ludwig (der Erbförster, die Makkabäer) und Friedrich Hebbel (die Nibelungen) schöne Kränze. Zugleich erstieg die theatralische Darstellungskunst eine glänzende Höhe. Der edelste Lyriker blieb Emanuel Geibel, auch als Herold der kommenden Erneuerung des Deutschen Reichs, und auch geistlichen Dichtern (Philipp Spitta, Karl Gerok, Julius Sturm, Annette von Droste-Hülshoff) gelang manches Lied von bleibendem Werte.

Auch die Musik wurde gewissermaßen realistisch. Sie wollte jetzt in breiter Tonmalerei ganze Situationen und Handlungen musikalisch nachdichten, durchbrach deshalb alle die alten festen Kunstformen und suchte durch reichste Instrumentation die Wirkung zu steigern. So leistete Franz Liszt das Größte in symphonischen Tondichtungen, und mit stürmischer Genialität wollte sein Geistesverwandter Richard Wagner nach dem Muster der Alten alle Künste vereinigen, um das musikalische Drama, die engste Verbindung zwischen Text und Musik und die „unendliche Melodie“, an die Stelle der alten Oper zu setzen und in dieser Form die nationalen Sagenstoffe neu zu beleben, ein Traum, der sich später, seit 1876, vor allem dank der Hochherzigkeit König Ludwigs des Zweiten von Bayern in der alten hohenzollernschen Markgrafenstadt Bayreuth glänzend verwirklichte. Aber noch lange hatte diese „Zukunftsmusik“ mit der klassischen Musik um einen Platz auf der Bühne und im Konzertsaale zu ringen.

Der siegreich vordringende Realismus drängte die Malerei einerseits zum sorgfältigen Studium der Natur und der historischen Wirklichkeit, andrerseits zum lebendigen Kolorit. Die Schüler von Cornelius (Wilhelm Kaulbach, Karl Piloty) wandten diese Mittel vor allem auf das Historienbild an, die Düsseldorfer teils darauf (J. Hübner, K. Fr. Lessing, W. Camphausen), teils auf Genre und Landschaften (L. Knaus, Vautier, die beiden Achenbach). Von ihnen ging der größte Meister des historischen Realismus aus, Adolf Menzel, der unerreichte Zeichner und Maler der Zeit Friedrichs des Großen. Die ideale stilisierte Landschaft vertraten vor allem Friedrich Preller und R. Gärtner. In Österreich wirkten als die bedeutendsten Historienmaler K. Rahl und J. Führich.

Für die Plastik hatte Chr. Rauch († 1857) eine große Schule gebildet (Fr. Drake, E. und A. Wolff, A. Kiß, Bläser u. a. m.), die namentlich die preußische Hauptstadt mit zahlreichen plastischen Werken schmückte. In Dresden brach E. Rietschel endlich dem Realismus in der Porträtbildnerei die Bahn (Lessing-, Goethe- und Schillerdenkmal in Weimar, Lutherdenkmal in Worms). Neben ihm stand der idealistischer gerichtete Ernst Hähnel, und schon kam der geniale Johannes Schilling empor.

In der Architektur standen nach wie vor die romanisch-gotische Romantik und die bald hellenische, bald italienisierende Renaissance nebeneinander; jene wurde überwiegend für kirchliche, diese für weltliche Bauten verwendet. In München leistete dabei die hellenisierende Renaissance Klenzes weit Bedeutenderes als der neue gotisierende Stil. Den großen Berliner Bauten (dem Neuen Museum, der Nationalgalerie, der Börse u. a.) gab die Renaissance das Gepräge, seltener die wieder erwachende schwere norddeutsche Backsteinarchitektur (Rathaus). Glücklicher wurde in Hannover der dort alteinheimische romanische Stil wieder belebt (Marienburg bei Nordstemmen, Welfenschloß in Hannover). Sachsen stand teils unter dem Einflusse der Berliner hellenisierenden Renaissance, teils und vor allem der italienischen Renaissance Gottfried Sempers. Am glänzendsten und reichsten entfaltete sich die deutsche Architektur unzweifelhaft in Wien, seitdem dort 1857 mit der Niederlegung der alten Wälle die großartige Erweiterung und Erneuerung der Stadt begann. Dabei brachten H. Ferstel und F. Schmidt ebensowohl die Gotik (Votivkirche, Rathaus) wie Semper, Hasenauer und van der Nüll die italienische Renaissance (Burgtheater, Hofmuseum, Opernhaus) zur wirkungsvollsten Geltung, während Th. Hansen im Parlamentsgebäude einen rein hellenischen Stil verwandte.

Zugleich trugen die vervielfältigenden Künste, der Holzschnitt, der Kupfer- und Stahlstich, der Steindruck, die Photographie, die Kunstwerke noch mehr in die weitesten Kreise als die Kunstausstellungen und die Museen, die jetzt auch in größeren Städten außerhalb der Residenzen überwiegend durch Stiftungen kunstsinniger und vermögender Privatleute entstanden.

Also waren die geistigen Kräfte, die schon vor 1848 auf eine leistungsfähige Gesamtverfassung der Nation hingedrängt hatten, im letzten Jahrzehnt ungleich stärker geworden. Es gab nur eine deutsche Kunst, Literatur und Wissenschaft, nur eine deutsche Volkswirtschaft, nicht eine preußische, sächsische, bayrische usf. Und das Bewußtsein, daß die Herstellung der deutschen Einheit ebensowohl eine Notwendigkeit wie eine sittliche Pflicht sei, um endlich dieser reichen Kultur den starken Schutz, dieser Volksseele den Leib des nationalen Staates zu geben, drang durch den wachsenden Verkehr, die Presse, die nationalen Vereinigungen der Gelehrten, die Feste der Turner,

Sänger und Schützen in immer weitere Kreise. Zugleich war die Aufgabe einfacher als 1848. Denn da die freiheitlichen Forderungen in den wichtigsten und notwendigsten Stücken jetzt erfüllt waren, so konnte sich die Hauptkraft auf die Einheit richten, und über den Weg dahin hatten die schweren Erfahrungen der Jahre 1848/50 mit unwiderstehlicher Logik belehrt, mochten sich auch starke Parteien und Interessen der dadurch vorgezeichneten Lösung noch widersetzen. Aber da nur Männer die politische Geschichte machen, nicht dunkle Triebe in den Massen und große Ideen, die nur Möglichkeiten schaffen, und da das preußische Königtum nicht nur den größten rein deutschen Staat, also die politische Einheit der großen Hälfte der Nation außerhalb Österreichs, sondern auch den Zollverein, die wirtschaftliche Einheit fast des gesamten außerösterreichischen Deutschlands, geschaffen hatte, so konnte die Bewegung nur dann zum Ziele geführt werden, wenn starke Männer, ein preußischer König und seine Minister, die Leitung ergriffen, und wenn es gelang, die staatlich organisierten Kräfte mit den volkstümlichen Kräften zu vereinigen. Nur wer das vollbrachte, konnte das alte Reich der Ottonen und der Hohenstaufen erneuern.

* * *

„Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde gewonnen werden", hatte König Friedrich Wilhelm der Vierte einmal im Jahre 1849 bemerkt. Er ahnte nicht, und niemand ahnte damals, daß sein jüngerer Bruder bestimmt sei, dieses Wort zu erfüllen. Prinz Wilhelm von Preußen (geb. 22. März 1797) hatte anfangs als ein schwächlicher Knabe gegolten und war weniger vielseitig begabt als der ältere Bruder. Mit diesem durchlebte er den jähen Fall, die tiefe Erniedrigung und das triumphierende Aufsteigen Preußens zu neuer Macht und ritt am 27. Februar 1814 bei Bar-sur-Aube zum erstenmal kaltblütig durch den Kugelregen. Denn er war von Anfang an vor allem Soldat. Das war er aber auch mit ganzer Seele, und da er nach menschlicher Voraussicht nur das eine Ziel erreichen konnte, unter der Herrschaft seines Vaters und später seines Bruders der erste Soldat Preußens zu sein, so lernte er pflichtbewußt auf allen Stufen des Dienstes die Armee gründlicher kennen als irgend ein

anderer und gewöhnte sich gleichmäßig an Befehlen wie an Gehorchen. Immerhin opferte er eine tiefe Herzensneigung zu Elisabeth Radziwill der Notwendigkeit einer ebenbürtigen Ehe mit Augusta von Sachsen-Weimar (11. Juni 1829), der Enkelin Karl Augusts, um seinem Stamm die Nachfolge zu erhalten. Nur widerstrebend folgte er der Umwandlung Preußens in einen ständisch regierten Staat 1847; er galt 1848 als Gegner der Verfassung und kam in den Ruf eines reaktionären Herrn, als er 1849 die Revolution in der Rheinpfalz und in Baden mit fester Hand niederschlug. Doch er war das keineswegs. Sobald die Verfassung einmal angenommen war, trat er ehrlich auf ihren Boden; nur wollte er an den darin festgelegten Grundrechten der Krone, die Preußen geschaffen und groß gemacht hatte, nicht rütteln lassen. Er empfand aufs bitterste die Demütigung von Olmütz, und jahrelang lebte er fern vom Hofe als Statthalter der Rheinlande in Koblenz, von der hochkonservativen Umgebung des Königs verbannt und nicht ohne Mißtrauen beobachtet. Nun trat dieser ehrenhafte, entschlossene Mann zunächst als Stellvertreter und bald auf sein Drängen als selbständig verantwortlicher Prinzregent an das Ruder des kompaßlos treibenden Staatsschiffes.

Nur zwei Ziele traten für ihn aus dem Nebel der Zukunft in festen Umrissen heraus: im Innern eine reformfreundliche Regierung mit ehrlicher Anerkennung der Verfassung und mit Wahrung der Kronrechte, nach außen eine selbständige Politik und als Mittel dazu eine gründliche Reorganisation der Armee, um Preußen wieder Macht zu verschaffen. Deshalb entließ er zunächst das reaktionäre Ministerium Manteuffel und berief ein Ministerium liberaler Färbung unter dem Fürsten Anton von Hohenzollern. Als dann 1859 Napoleon III., um Österreichs Machtstellung zu erschüttern, den italienischen Krieg begann, der den Kampf um die Befreiung und Einigung Italiens eröffnete, als das ganze liberale Deutschland von Angstrufen widerhallte gegen die angeblich von Frankreich drohende Gefahr und den Krieg in Italien als eine deutsche Nationalsache betrachtete, als Österreich die Bundeshilfe begehrte, da mobilisierte der Prinzregent zwar den größten Teil seiner Armee, aber machte den Eintritt in den Krieg davon abhängig, daß ihm der Oberbefehl über alle deutsche Truppen

zugestanden werde, nicht die ganz unhaltbare Stellung des Bundesfeldherrn nach Bundesrecht. Doch lieber opferte Österreich nach seinen Niederlagen von Magenta (4. Juni) und Solferino (24. Juni) im Vorfrieden von Villafranca am 11. Juli 1859 die Lombardei, als daß es dem preußischen Nebenbuhler ein solches Zugeständnis gemacht hätte, und ein tiefer Spalt klaffte zwischen den beiden Mächten auf. Dem Kaiser Franz Joseph war der Preis für die preußische Hilfe zu groß gewesen; seine Stellung in Deutschland stand ihm höher als der Landbesitz in Italien. Preußen aber hatte als selbständige Großmacht gehandelt, ein großer Fortschritt nach der Schmach von Olmütz. Sofort zeigte sich die Wirkung auf das Innerpolitische: Demokraten und Liberale schlossen sich wieder zusammen, die alte erbkaiserliche Partei lebte wieder auf, das deutsche Nationalgefühl wurde mächtig erregt; es führte noch im September desselben Jahres zur Begründung des deutschen Nationalvereins, der den deutschen Bundesstaat mit „preußischer Spitze" erstrebte, und es trat in begeisterten Kundgebungen hervor, als die Nation in allen ihren Teilen am 10. November 1859 den hundertjährigen Geburtstag ihres Lieblingsdichters Schiller beging.

Doch sobald die Frage der Bundesreform wieder gestellt wurde, gingen die Meinungen nach allen Richtungen auseinander. Österreich tat nichts dafür, weil es von den italienischen Niederlagen im Innersten getroffen war und bei dem bestehenden deutschen Staatenbunde am ehesten seine Rechnung fand; Preußen schlug zunächst eine Reform der Bundeskriegsverfassung mit Teilung des Oberbefehls zwischen den beiden Großmächten vor und schloß, als diese keinen Anklang fand, durch Militärkonventionen einige kleinstaatliche Kontingente (Koburg-Gotha, Lippe, Waldeck) an sein Heer an. An den Höfen der Mittelstaaten aber, denen die Bewahrung ihrer Souveränität als der höchste Zweck und der Dualismus der beiden Großmächte als die beste Bürgschaft dafür galt, vornehmlich in Dresden (Beust), München (von der Pfordten) und Darmstadt (von Dalwigk) tauchte der Gedanke auf, die Mittel- und Kleinstaaten, das sogenannte „reine Deutschland", in eine besondere, den Großmächten gleichberechtigte Gruppe zu vereinigen (die „Triasidee"). Denn diese Mittelstaaten meinten

allerdings, daß sie mit ihrer durchgebildeten Verwaltung und ihrer Leistungsfähigkeit, dem Ergebnis einer langen, eigentümlichen Geschichte, hinter den Großmächten nicht gar so weit zurückstünden. Während darüber vergeblich hin und her verhandelt wurde, lehnte der Prinzregent von Preußen im Juni 1860 bei einer persönlichen Zusammenkunft in Baden-Baden mit Napoleon dem Dritten dessen Versuch, gegen seine Zustimmung zu einer Regelung der schleswig-holsteinischen Frage die Schutzherrschaft über Belgien zu erlangen, entschieden ab und machte bei einer Besprechung mit Kaiser Franz Joseph in Teplitz zu Ende Juli die geforderte preußische Garantie für den Besitz Veneziens von Zugeständnissen in Deutschland abhängig. Schon bereitete auch Otto von Bismarck, seit 1859 preußischer Botschafter in Petersburg, den Kaiser Alexander den Zweiten auf eine entscheidende Wendung in der preußisch-deutschen Politik vor. Jedenfalls hatte Preußen nach allen Richtungen hin eine feste Stellung genommen.

Schon war auch die Heeresorganisation in voller Vorbereitung, denn am 5. Dezember 1859 war Albrecht von Roon, seit Jahren einer der militärischen Vertrauten des Prinzregenten, als Kriegsminister ins Amt getreten (geb. 30. April 1803), keine geniale Persönlichkeit, aber in einer Laufbahn voll Entbehrungen zu stahlfester Willenskraft gehärtet, ein ganzer Soldat wie sein Kriegsherr, dabei im vollen Besitz aller militärwissenschaftlichen Bildung und ein überzeugter Verfechter des historischen starken preußischen Königtums. Die Schwäche des preußischen Heeres bestand darin, daß die Aushebungszahl der rasch gewachsenen Bevölkerungszahl nicht mehr entsprach, und die gesetzliche dreijährige Dienstzeit sich tatsächlich in eine zweijährige verwandelt hatte. Deshalb waren die Linientruppen zu schwach, und die militärisch wenig geschulte Landwehr mußte sofort bei jeder Mobilisierung aufgeboten werden, wenn das Heer in einigermaßen genügender Stärke aufgestellt werden sollte, was aber wieder, da die Landwehrleute größtenteils verheiratet waren, die Kreise mit der Fürsorge für ihre Familien belastete (1859 bei fünf Armeekorps gegen 55 000), während Zehntausende von jungen Leuten vom Kriegsdienst befreit waren. Des Prinzregenten und Roons Plan ging nun dahin, möglichst alle Militärtüchtigen wirklich einzustellen, also die

Zahl der Linienregimenter fast zu verdoppeln und die gesetzliche dreijährige Dienstzeit wirklich durchzuführen, sowie die Dienstzeit in der Reserve von zwei auf vier Jahre zu verlängern, dafür bei der Landwehr auf fünf Jahre zu verkürzen und diese nur im Notfalle einzuberufen, da man jetzt ohne sie im Kriegsfalle eine Feldarmee von 400 000 Mann aufstellen konnte. Die Mehrkosten betrugen jährlich 9½ Millionen Taler. Da nun aber die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses vor dieser Belastung zurückscheute und die politische Notwendigkeit der Reorganisation nicht einsehen wollte, andrerseits das in seinem Kerne liberale Ministerium die königliche Forderung nicht mit vollem Nachdruck vertrat, so begnügte man sich mit dem gefährlichen Kompromiß, die Kosten für eine „verlängerte Kriegsbereitschaft“ auf ein Jahr zu bewilligen (17. Juni 1860), was sich am 31. Mai 1861 wiederholte. Auf diese vorübergehende Bewilligung begründete man die doch auf die Dauer berechnete Heeresorganisation, bildete also die neuen Regimenter, die doch nicht wieder aufgelöst werden konnten. Darin lag der Keim zum „Konflikt“, der Preußen jahrelang aufs schwerste erschütterte.

Inzwischen verschied nach langem Siechtum Friedrich Wilhelm der Vierte im Gartenschlosse zu Sanssouci am 2. Januar 1861, und der Prinzregent bestieg als König Wilhelm der Erste den Thron. Da er der erste Hohenzoller war, der als konstitutioneller Fürst zur Regierung kam, ließ er sich am 18. Oktober 1861 in der Schloßkirche von Königsberg mit großem Gepränge krönen, um recht augenfällig zu zeigen, daß er sein selbständiges Recht von Gottes Gnaden auch unter der Verfassung festhalte. Gerade dies verschärfte den Gegensatz. Die radikale Demokratie bildete sich zur „Fortschrittspartei“ um, die ihre Spitze gegen die ganze Heeresreform kehrte, und ging aus den Neuwahlen des 5. Dezember 1861 als Siegerin hervor. Nun entließ der König zu Anfang März 1862 seine liberalen Minister, stellte den Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen an die Spitze eines durchaus konservativen Kabinetts und löste am 11. März das Abgeordnetenhaus auf. Jedoch die Neuwahlen vom 6. Mai verstärkten nur die Opposition, und mit erdrückender Mehrheit lehnte das Abgeordnetenhaus nach erbitterten Kämpfen alle Kosten der Heeresorganisation ab, so daß es zweifelhaft wurde, ob überhaupt das notwendige Etatgesetz zustande kommen werde.

Der König war tief erschüttert. Seine Gewissensüberzeugung und sein Pflichtgefühl verboten ihm schlechterdings, die Heeresreform aufzugeben, sein Innerstes litt aufs peinlichste unter dem Streite mit seinem Volke, das seine Absichten so schwer verkannte; zudem fand er an seinem Sohne, dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm (geb. 18. Oktober 1831), keine Stütze, da dieser, „aus Menschenfreundlichkeit liberal“ und darin durch seine englische Gemahlin Viktoria, die Princeß Royal von Großbritannien (seit 25. Januar 1858), bestärkt, zur Nachgiebigkeit neigte. Da gelang es den unermüdlichen Vorstellungen Roons, den Monarchen zur Berufung des einzigen Mannes zu bewegen, der imstande war, den Konflikt siegreich durchzufechten, des damaligen Botschafters in Paris, Otto von Bismarck.

Dieser gewaltigste Deutsche seit Luthers Tagen, geboren am 1. April 1815 aus altmärkischem Geschlecht in Schönhausen als Sohn eines Rittmeisters und einer Tochter des liberalen Kabinettsrates Mencken, vorgebildet auf dem Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin und den Universitäten Göttingen und Berlin, hatte den juristischen Staatsdienst in jungen Jahren verlassen, um als echter Landedelmann sich der Bewirtschaftung seiner verschuldeten Güter zu widmen. Am wohlsten fühlte er sich, wie ein Recke der grauen Vorzeit, in Feld und Wald, aber er las auch unglaublich viel und studierte Welt und Menschen; trotz alles Bücherwissens und Geistes blieb er unangekränkelt von des Gedankens Blässe, jeder Doktrin abhold und ein Mann der praktischen Tat. Eine tiefe Religiosität gab seinem Wesen eine besondere Kraft, wenn er auch die orthodoxe Richtung der pommerschen Adelskreise, in die ihn die Vermählung mit Johanna von Puttkamer geführt hatte, bald entschiedener ablehnte. Eine Kampfnatur von titanischer Willenskraft, aber weisem, durch die Umstände bedingtem Maß, verband er Tiefe der Leidenschaft mit höchster Besonnenheit, klarem Tatsachensinn und unerschütterlichem Selbst- und Gottvertrauen. Zum Herrschen geboren, verachtete er parlamentarische Rederei und Majoritäten; auf dem Vereinigten Landtage 1847 trat er als

warmherziger Patriot zum ersten Male gegen die liberalen Phrasen vor die Öffentlichkeit, und 1848 arbeitete er an der Gegenrevolution, um den wankenden Thron durch Gewalt zu stützen. Zum Vertreter Preußens am Bundestag berufen, 1850, führte er acht Jahre lang einen heißen Kampf um die Gleichberechtigung seines Staates mit Österreich und lernte die preußisch-deutsche Frage als eine europäische begreifen. Seitdem stand sein Sinn danach, Meister in dem Konzert der großen Politik zu werden. So nahm er schon 1857 Fühlung mit Napoleon III. und wollte 1859 mit ihm zusammen gegen Österreich das Schwert ziehen; 1861 überreichte er dem König eine Denkschrift, die in großen Zügen seine spätere Politik vorausnahm; inzwischen sorgte er erst in Petersburg, wo man ihn „kaltgestellt hatte wie Champagner", dann in Paris für gute Beziehungen zwischen den Staaten, und nun wurde er endlich als Retter in der Not an den Posten berufen, auf dem er Preußen zur Höhe führen durfte. Am 20. September 1862 langte er in Berlin an, am 22. hatte er im Parke von Babelsberg die entscheidende Unterredung mit dem König, die den Bund der beiden Männer für das ganze Leben schloß, am 24. leitete er zum erstenmal die Sitzung des Ministeriums. Eine Laufbahn von unvergleichlichen Erfolgen begann.

Doch wer hätte dies damals glauben mögen! Ein Schrei der leidenschaftlichsten Entrüstung in der gesamten liberalen Presse innerhalb und außerhalb Preußens begrüßte diesen feudalen „Junker", dessen Berufung den Staatsstreich, den Verfassungsbruch bedeutete. Bismarck dachte nicht daran. Aber allerdings, er war weder ein Liberaler noch überhaupt ein Parteipolitiker, er war vor allem ein stolzer Preuße, ein treuer Vasall seines Königs und ein Mann von unbestechlichem Wirklichkeitssinn, der alle Theorien verachtete, in der Politik eine Kunst, nicht eine Wissenschaft sah, und die ungeheure Kraft eines stählernen Willens, einer durchdringenden Einsicht, einer fortreißenden Leidenschaft und einer unvergleichlichen, naturwüchsigen Beredsamkeit an die Erreichung des einen Zieles setzte: die Größe seines Staates und die Einheit Deutschlands unter der Führung Preußens zu begründen. Nicht daß er sich einen bestimmten Weg zu diesem Ziele vorgezeichnet hätte, aber die nächsten Aufgaben standen ihm fest. Es galt zuvörderst

die Frage, ob in Preußen der Wille des Königs oder des Abgeordnetenhauses durchdringen, ob also die zu Recht bestehende konstitutionelle Verfassung gelten oder nach dem Ideale der Liberalen durch eine parlamentarische Ordnung nach englischer Weise ersetzt werden solle; sodann hatten die Frankfurter Erfahrungen Bismarck gelehrt, daß selbst das Mindeste, was Preußen in Deutschland durchsetzen mußte, die Gleichberechtigung mit Österreich, nur durch eine feste, entschlossene Politik zu erreichen war.

Bald erreichte der „Konflikt" seinen Höhepunkt. So hartnäckig war das Mißtrauen der Opposition gegen den Minister, daß der Landtag zweimal, am 13. Oktober 1862 und am 26. Mai 1863, geschlossen wurde, ohne daß ein Gesetz über den Staatshaushalt zustande gekommen war; die Regierung war gezwungen, ohne Etat zu wirtschaften; sie konstruierte zu diesem Zweck eine angebliche „Lücke" in der Verfassung. Diese notgedrungene Verletzung des Budgetrechts erbitterte nun wieder die Opposition aufs äußerste, und die Beschränkung der Preßfreiheit (1. Juni 1863), die der steigenden Verhetzung der Gemüter entgegenwirken sollte, half gar nichts. Selbst die energische Art, mit der Bismarck den Kurfürsten von Hessen zwang, in die von beiden Großmächten geforderte Wiederherstellung der Verfassung von 1831 zu willigen, konnte nicht den Aberglauben entwaffnen, daß er die preußische Verfassung planmäßig untergrabe, und das ganze liberale Deutschland verurteilte einstimmig die Politik des verhaßten Ministers. Ja die Konvention, die er im Februar 1863 mit Rußland schloß, um gute Beziehungen zu dem östlichen Nachbar anzubahnen, der bisher der preußischen Großmachtstellung am gefährlichsten gewesen war, wurde geradezu als ein Schergendienst gebrandmarkt.

So war der moralische Einfluß Preußens in Deutschland allerdings gelähmt, und selbst viele, die bisher das Heil von ihm erwartet hatten, wurden unsicher. Das kam der österreichischen und der mittelstaatlichen Politik zugute. Machte doch das alte Völkerreich der Habsburger soeben den verwegenen Versuch, sich in einen modernen Verfassungsstaat umzuwandeln, nachdem der zentralistische Absolutismus unter der Wucht der Niederlagen von 1859 zusammengebrochen war, gerade auch, um dem „reaktionären" Preußen das Wasser in Deutschland

abzugraben. Darum schuf das „Oktoberdiplom“ vom 20. Oktober 1860 den sogenannten „verstärkten Reichsrat“, der aus 38 Delegierten der neuen Vertretungen der Kronländer zu beiden Seiten der Leitha bestehen sollte, und die ganze deutsch-zentralistische Verwaltung Ungarns wurde aufgegeben. Da die Ungarn trotzdem in der Opposition verblieben, so gewährte das „Februarpatent am 26. Februar 1861, das Werk des liberalen Zentralisten Anton von Schmerling, zu dem Reichsrate ein Unterhaus aus Delegierten der Einzellandtage. Aber nicht nur Venezien, sondern auch die ganze östliche Reichshälfte verweigerte die Beschickung mit alleiniger Ausnahme der wackeren Siebenbürger Sachsen, und der Reichsrat blieb ein Rumpf.

Trotzdem wiesen die Anhänger Österreichs in Deutschland triumphierend auf das Erwachen des konstitutionellen Lebens in Österreich hin, die Mittelstaaten schlugen, um diese Sympathien zu einer Bundesreform in ihrem Sinne, also nach der Triasidee, zu benutzen, im Herbst 1861 eine Delegiertenversammlung am Bundestage und ein Direktorium von drei Mitgliedern (Österreich, Preußen und einem Vertreter der Mittelstaaten) vor, und zur Unterstützung dieser Politik bildete sich im Herbst 1862 der großdeutsche „Reformverein“. Aber der Bundestag verwarf diesen Antrag (22. Januar 1863), und Preußen erklärte dabei zum erstenmal offen, nur ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament könne dem deutschen Volke den berechtigten Einfluß auf die Leitung seiner Gesamtinteressen verbürgen. Also beschwor der als Verfassungsbrecher verschriene preußische Ministerpräsident die Schatten der Paulskirche wieder herauf. Das entscheidende Wort war gesprochen: die Krone Preußen forderte jetzt selbst das deutsche Parlament und rief damit den deutschen Volksgeist zum Beistand auf.

Um so mehr drängte die österreichisch-mittelstaatliche Politik auf eine Bundesreform in ihrem Sinne, da sie nichts mehr fürchtete als ein deutsches Parlament unter preußischer Führung. Ohne sich deshalb mit Preußen vorher zu verständigen, lud Kaiser Franz Joseph seine Bundesgenossen zu einem Fürstentage nach Frankfurt ein, um einen Reformentwurf zu beraten (Direktorium aus Österreich, Preußen, Bayern und zwei andern Staaten, Bundesrat, beide unter österreichischem Vorsitz, beratende Delegiertenversammlung), indem er dabei den bestehenden Zustand als „schlechthin chaotisch“ bezeichnete. Am 16. August erschien er selbst in Frankfurt, überall in Süddeutschland mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Aber so fest und umsichtig er die erlauchte Versammlung leitete, so eifrig ihn König Johann von Sachsen unterstützte, alle hatten das Gefühl, daß man ohne Preußen nicht ans Ziel gelangen könne. König Wilhelm aber war, seinem starken Minister nach heißem Ringen ungern sich fügend, nicht erschienen und lehnte auch eine dringende Aufforderung König Johanns in Baden-Baden ab. So verlief der Fürstentag ohne wirkliches Ergebnis. In einer späteren Denkschrift forderte Bismarck für Preußen sehr maßvoll die Gleichstellung mit Österreich im Vorsitz, ein Veto bei Kriegserklärungen und ein wirkliches Parlament. Klar trat der Gegensatz heraus, und die tiefe Erregung, die durch Deutschland ging und in großartigen Nationalfesten, in dem dritten deutschen Turnfest in Leipzig (3.—6. August) wie in den Erinnerungsfeiern an Th. Körners Tod (26. August) und an die Leipziger Völkerschlacht (18. Oktober) imponierend hervortrat, sorgte dafür, daß die Bundesreformfrage nicht mehr von der Tagesordnung verschwand. Gleichwohl wogten die Stimmungen und Meinungen unfertig durcheinander. Die deutschen Liberalen vermochten das Mißtrauen gegen Bismarck nicht zu überwinden und die Notwendigkeit, sich an Preußen anzuschließen, noch immer nicht zu begreifen, die mittelstaatlichen Regierungen fanden deshalb gerade in ihnen eine Stütze für ihre ablehnende Haltung gegenüber einer preußischen Bundesreform.

Dieser Gegensatz erschwerte auch auf äußerste eine feste Einigung in der schleswig-holsteinischen Frage, die wieder, wie 1848, urplötzlich an Deutschland herantrat. Nach endlosen Streitigkeiten und Protesten hatte König Friedrich der Siebente von Dänemark, dem Drängen der Eiderdänen nachgebend, aber in vollem Widerspruche mit dem Londoner Protokoll von 1852, im März 1863 die bevorstehende Einverleibung Schleswigs in das Königreich Dänemark, also seine Trennung von dem Bundeslande Holstein, angekündigt und dadurch den Bundestag veranlaßt, auf den Antrag Preußens ihn als Herzog von Holstein mit der Bundesexekution zu bedrohen, falls er nicht binnen

neun Wochen, vom 1. Oktober 1863 an gerechnet, den vertragsmäßigen Zustand wiederherstelle. Statt dessen setzte das eiderdänische Ministerium Hall, vornehmlich im Vertrauen auf englische und schwedische Zusicherungen, am 13. November im Reichstage die Annahme der neuen Gesamtstaatsverfassung für Dänemark und Schleswig durch. Da verschied Friedrich der Siebente, noch ehe er diese unterzeichnet hatte, unerwartet am 15. November; mit ihm erlosch der Mannsstamm seines Hauses, und Christian der Neunte von Glücksburg bestieg den Thron. Indem dieser nun am 18. November die neue Verfassung halb widerwillig unterzeichnete, erweckte er die stärkste Aufregung, namentlich in Holstein. Denn dort hoffte man jetzt durch Anerkennung des bestrittenen Erbrechts der Augustenburger sich ganz von Dänemark zu lösen und verweigerte deshalb kurzweg dem „Protokollprinzen" die Anerkennung. Hatte dieser doch die Rechtsgrundlage, das Londoner Protokoll, auf der das Erbrecht der Glücksburger auch in den Herzogtümern beruhte, jetzt selbst zerstört (III. S. 190).

Nun sprach sich die Volksstimmung in ganz Deutschland mit leidenschaftlicher Erregung für Friedrich (den Achten) von Augustenburg aus, und die Mittelstaaten sahen darin eine willkommene Gelegenheit, nicht nur sich dieser Volksstimmung als Verfechter einer nationalen Sache zu empfehlen und in ihr eine selbständige Politik zu verfolgen, sondern auch sich selbst durch Errichtung eines neuen Mittelstaats an der unteren Elbe zu verstärken. Die beiden Großmächte, hierin ganz einig, hielten sich dagegen in Anbetracht der europäischen Lage, namentlich der feindseligen Haltung Englands und der hinterhaltigen Politik Frankreichs, zunächst noch an das Londoner Protokoll gebunden. So beschloß denn der Bundestag am 7. Dezember noch einmütig die Exekution gegen Holstein und ließ das Land Ende Dezember von 12 000 Mann Sachsen und Hannoveranern besetzen, worauf auch der Erbprinz Friedrich (der Achte) von einer großen Volksversammlung in Elmshorn zum Herzog ausgerufen wurde und in Kiel erschien. Als aber die beiden Großmächte den Antrag stellten, nunmehr Schleswig als Pfand für die Wiederherstellung der Personalunion in Besitz zu nehmen, da erlagen sie in der Abstimmung vom 12. Januar 1864 der rein formellen Mehrheit der Mittel- und Kleinstaaten,

die vielmehr die Anerkennung Friedrichs von Augustenburg und die Eroberung Schleswigs für ihn forderten. Darauf erklärten Preußen und Österreich am 14. Januar, nunmehr als europäische Großmächte, ohne den Bund die Angelegenheit in die Hand nehmen zu wollen, und beantworteten die Weigerung Dänemarks (18. Januar), die Novemberverfassung aufzuheben, mit der Kriegserklärung. Die eifersüchtigen Großmächte konnten nicht eingreifen, da Bismarck in genialer Staatskunst gerade das Londoner Protokoll zu schützen vorgab, das sie selbst garantiert hatten. Er galt dafür den deutschen Patrioten als Verräter an der nationalen Sache, da er die Herzogtümer gebunden den Dänen ausliefern wolle, aber er wußte wohl, daß die dänische Leidenschaft, zwar in der Erbschaftsfrage befriedigt, doch in der Verfassungsfrage nicht nachgeben und ihm dadurch später die Hände frei machen werde. Die deutschen Einheitskriege begannen.

Am 1. Februar überschritten die Verbündeten unter dem preußischen Feldmarschall Wrangel die Eider, die Preußen (37 000 Mann) unter Prinz Friedrich Karl von Kiel, die Österreicher (23 000 Mann) unter Gablenz von Rendsburg her. Der geniale Plan des preußischen Generalstabschefs Hellmut von Moltke war, die Dänen in ihrer zu weit ausgedehnten und deshalb zu schwach besetzten Stellung hinter der Schlei und den verstärkten Schanzen des uralten Danevirke bei Schleswig zu umgehen, dadurch von ihrer Rückzugslinie nach der festen Düppelstellung abzuschneiden und zu vernichten. Aber die Vorstöße der Preußen auf Missunde (2. Februar), der Österreicher auf das Danevirke (3. Februar) waren nicht entscheidend, und als die Preußen in der Nacht des 4. Februar die Schlei weiter im Osten bei Arnis und Kappeln überschritten, entzogen sich die Dänen durch schleunigen Abzug der Umklammerung und erreichten glücklich die Düppeler Schanzen, allerdings mit Aufopferung ihres gesamten schweren Geschützes. Während nun die Österreicher mit einer Division preußischer Garde in Jütland einmarschierten und nach dem siegreichen Gefecht bei Veile (8. März) bis an den Limfjord vordrangen, begann Prinz Friedrich Karl die regelrechte Belagerung der Düppeler Schanzen, und am 18. April nahmen die Brandenburger in einem glänzenden Sturmangriff die zerschossenen Werke, so daß die

Dänen auf die Insel Alsen zurückwichen. Eine größere Stärke der preußischen Flotte würde den ganzen Kampf viel rascher beendet haben; sie bestand am 17. März unter Kapitän zur See Jachmann ein rühmliches Gefecht auf der Höhe von Arkona, vermochte aber weder die dänische Blockade der Ostseeküste zu verhindern noch vollends die Operationen gegen die Düppelstellung zu unterstützen, und auch das österreichische Geschwader, das unter dem Kapitän Wilhelm von Tegetthoff in der Nordsee erschien, konnte in dem scharfen Gefecht bei Helgoland am 9. Mai nur die Zugänge der Elbe und der Weser freimachen. In die Ostsee einzulaufen erhielt es auch später keinen Befehl.

Inzwischen hatten die neutralen Großmächte einen Waffenstillstand vermittelt, der am 12. Mai begann, und versuchten in den Londoner Konferenzen einen Ausgleich herbeizuführen. Da jedoch, wie Bismarck vorausgesehen hatte, die Dänen trotz ihrer Niederlagen nicht zu bewegen waren, sich auf die Personalunion mit den Herzogtümern zu beschränken, so sagten sich jetzt auch Preußen und Österreich vom Londoner Protokoll los, das gleichzeitig alle andern Großmächte fallen ließen, und begannen am 26. Juni den Krieg von neuem. Schon am 29. Juni eroberte der General Herwarth von Bittenfeld in einem kühnen Angriff die Insel Alsen und verjagte damit die Dänen völlig aus Schleswig, die Österreicher aber drangen jetzt bis Kap Skagen vor, und steirische Jäger befreiten mit einem preußischen Geschwader die nordfriesischen Inseln.

Schon war auch Fünen bedroht, da gab das eiderdänische Ministerium Monrad am 8. Juli seine Entlassung, die König Christian der Neunte ungnädig gewähre, und das neue Ministerium Bluhme schloß am 20. Juli den Waffenstillstand, um die Friedensverhandlungen einzuleiten. Sie kamen am 30. Oktober 1864 im Wiener Frieden zum Abschluß. Dänemark trat Schleswig-Holstein und Lauenburg an die beiden Großmächte ab und verpflichtete sich, deren Verfügungen über die Herzogtümer anzuerkennen. Bismarck hatte seinen ersten und schwierigsten diplomatischen Feldzug gewonnen, und ein großes Ziel der deutschen Politik war glänzend, fast wider Erwarten erreicht. Zugleich bewies die abermalige Erneuerung des Zollvereins für weitere zwölf Jahre am 1. Oktober 1864 auf Grund des freihändlerischen preußisch-französischen Handelsvertrags vom

29. März 1862, daß trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten die wirtschaftliche Einheit des außerösterreichischen Deutschlands unzerreißbar geworden war.

Doch eine reine Freude über ihren ersten großen auswärtigen Erfolg seit 1815 war der Nation nicht vergönnt. Ihre Mehrheit sah in der Eroberung Schleswig-Holsteins weniger eine Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft als eine Beraubung des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, und in den Mittelstaaten empfand man es auf das peinlichste, daß die beiden Großmächte im Dezember 1864 den Bundestag nötigten, die Exekution für beendigt zu erklären und die Bundestruppen abzuberufen. Auf diese Stimmung vertrauend, hatte schon am 1. Juni der Erbprinz Friedrich die ihm als Bedingung seiner Anerkennung von Bismarck gestellten, bei jeder Nachgiebigkeit immer höher geschraubten Forderungen (Eintritt der Herzogtümer in den Zollverein, Militärkonvention mit Preußen, Überlassung des Post- und Telegraphenwesens und Abtretung von Düppel-Sonderburg, Friedrichsort und der Mündungen des geplanten Nordostseekanals) als „unannehmbar" zurückgewiesen. Seitdem begann Bismarck (jetzt mit dem Grafentitel geschmückt) offen auf die Annexion loszugehen, die ihm von Anfang an als der wünschenswerteste Ausgang der Sache erschienen war, und auch König Wilhelm widerstrebte ihr nicht mehr, als die preußischen Kronjuristen angebliche hohenzollernsche Ansprüche aus dem 16. Jahrhundert hervorsuchten und vor allem die augustenburgischen wie die oldenburgischen Erbansprüche mit dem Hinweise darauf beseitigten, daß das feudale Privatfürstenrecht dem Staats- und Völkerrecht nachstehen müsse, daß also das allgemein anerkannte Londoner Protokoll von 1852 mit Recht dem Hause Glücksburg das Erbrecht in Schleswig-Holstein zugesprochen habe, demnach Christian der Neunte der legitime Herr der Herzogtümer gewesen und durch den Wiener Frieden die beiden Großmächte das geworden seien. Aber weder der Kronprinz stimmte der kühnen Politik des Ministerpräsidenten zu, noch das Abgeordnetenhaus, das, blind in den großen Machtfragen wie die deutschen Liberalen fast immer und verrannt in unbelehrbares Mißtrauen gegen „diesen Minister", am 8. Mai 1865 trotz der günstigen Finanzlage die Kosten der Heeresorganisation abermals strich und eine Er-

klärung zugunsten der preußischen Politik in den Herzogtümern ausdrücklich ablehnte.

So von allen Seiten grimmig befehdet, von wenigen verstanden und nur von seinem König in unerschütterlichem Vertrauen gehalten, sah Graf Bismarck auch seine seit 1863 sehr ernsthaft gehegte Hoffnung, sich mit Österreich auf dem Boden einer gemeinsamen Leitung des Deutschen Bundes dauernd verständigen zu können, mehr und mehr schwinden; denn Graf Rechbergs Nachfolger, Graf Mensdorff-Pouilly (seit Oktober 1864), lenkte, schwach und unselbständig, unter dem wachsenden Einflusse Schmerlings und des Grafen Moritz Esterhazy, eines altständischen ungarischen Absolutisten von Metternichs Art, wieder in die alten Bahnen der österreichischen Politik zurück, um mit Hilfe der Mittelstaaten Preußen am Bundestage dauernd zu majorisieren und es aus Schleswig-Holstein hinauszudrängen, an dessen Besitz Österreich selbst kein Interesse haben konnte. Er wies deshalb im Februar die von Preußen gestellten Bedingungen für die Einsetzung eines selbständigen Fürsten in Schleswig-Holstein zurück und begünstigte die Agitation für die Anerkennung Friedrichs von Augustenburg innerhalb und außerhalb der Herzogtümer. So ernst nahm man das in Berlin, daß ein Ministerrat, den der König am 21. Juli auf der Durchreise nach Gastein in Regensburg abhielt, den Krieg beschloß, falls Österreich bei seiner Politik beharre. Doch wurde noch einmal das Äußerste abgewandt durch die Konvention von Gastein am 14. August 1865. Sie wies, unter Vorbehalt des gemeinsamen Besitzrechts, die Verwaltung Holsteins einem österreichischen Statthalter (Gablenz), die Schleswigs (mit dem Besatzungsrecht in Kiel, wohin Preußen schon vorher seine Marinestation verlegt hatte) einem preußischen (Edwin von Manteuffel) zu und gab Lauenburg gegen 2½ Millionen Taler dänisch endgültig an Preußen.

Nur die bitterste Verlegenheit hatte der österreichischen Diplomatie dieses Abkommen abgenötigt. Denn die Finanzen befanden sich in trostloser Zerrüttung, das Heer war deshalb stark vermindert, die Ungarn verharrten in ihrer trotzigen Opposition, und die Geistlichkeit grollte wegen der Verkündigung der vollen Glaubensfreiheit. Darum trat am 30. Juli 1865 das liberal-zentralistische Ministerium, mit Ausnahme des Grafen Mensdorff, zurück und Graf Richard Belcredi machte den Versuch, das Reich in föderalistisch-feudal-klerikalem Sinne zu regieren. Deshalb wurde am 20. September die allerdings undurchführbare zentralistische Gesamtverfassung bis zum „Ausgleich" mit Ungarn und Kroatien „sistiert", der Kaiser eröffnete am 14. Dezember zum erstenmal persönlich den ungarischen Landtag und verhieß am 20. Dezember einer Deputation des böhmischen Adels die Krönung in Prag. In demselben Augenblick aber, wo die Grundsätze des Liberalismus und die Vorherrschaft der Deutschen zurückwichen hinter der Rücksicht auf die Bestrebungen der Slawen und Magyaren, des feudalen Adels und des ultramontanen Klerus, nahte unaufhaltsam der Kampf um die Oberherrschaft in Deutschland. Wie war dieses Österreich fähig und berechtigt, sie zu erfechten?

Da der Gegensatz mehr und mehr zu einer europäischen Frage wurde, so strebte Napoleon der Dritte danach, einen entscheidenden Einfluß auf die Lösung zu gewinnen. Denn die Begründung des Königreichs Italien (1860/61) durch die entschlossene Politik der piemontesischen Regierung und die Einmütigkeit des italienischen Volkes war weit über seine Absichten hinausgegangen und hatte ihm die Sympathien des französischen Klerus entfremdet. Der Versuch, durch die Errichtung eines (habsburgischen) Kaisertums in Mexiko die französische Vorherrschaft auch über das romanische Amerika auszudehnen, war gescheitert, als die nordamerikanische Union die Erhebung der konföderierten Staaten niedergeworfen hatte (1861/65), und hatte zugleich das französische Heerwesen zerrüttet. Napoleon bedurfte deshalb eines bedeutenden Erfolges in Europa, um seine wankende Stellung wieder zu befestigen. Er dachte also in dem heraufziehenden großen mitteleuropäischen Konflikte zwar neutral zu bleiben, aber dem Königreich Italien das heiß begehrte Venezien zu verschaffen, um es sich aufs neue zur Gefolgschaft zu verpflichten, für Frankreich aber als Preis seiner Vermittlung, die, wie er meinte, beide Parteien nach einem langen, erschöpfenden Kriege sicherlich anrufen würden, einen Teil des linken Rheinufers zu erwerben.

Viel tiefer faßte Graf Bismarck den Zweck des Kampfes. Nicht nur um die Erwerbung Schleswig-Holsteins wollte er ihn führen, sondern um Preußen an die Spitze Deutschlands zu

bringen. Er hoffte dies durch einen Zweikampf mit Österreich allein zu erreichen, ohne die deutschen Mittelstaaten hereinzuziehen, wollte aber dazu auch Italien in Bewegung setzen. So schloß er (8. April 1866) ein Bündnis mit Italien auf drei Monate, worin er diesem im Falle des Sieges die Erwerbung Veneziens zusicherte und dafür eine ähnliche Gebietserweiterung für Preußen in Aussicht nahm. Am 9. April stellte darauf Preußen am Bundestage den entscheidenden Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments, um einen von den Regierungen vorher zu vereinbarenden Bundesreformentwurf zu beraten. Statt daß nun die deutschen Liberalen bereitwillig die starke Hand ergriffen hätten, die sich ihnen hier anbot, um dieses von ihnen doch so heiß ersehnte Ziel endlich zu erreichen, stießen sie sie in kurzsichtigem Mißtrauen zurück. Ein ruchloser Mordanfall auf Bismarck am 7. Mai beleuchtete grell die unsinnige Erbitterung gegen „diesen Minister", öffnete aber manchem die Augen über das Gefährliche des ganzen Treibens, und die Auflösung des Abgeordnetenhauses am 9. Mai bewies den festen Entschluß der Regierung, den unvermeidlichen Kampf um Sein und Nichtsein sich nicht auch noch von einer verblendeten parlamentarischen Opposition erschweren zu lassen.

Schon starrte Deutschland in Waffen — die österreichische Armee war seit dem April, die preußische seit dem Mai in voller Mobilisierung begriffen —, und die ohnmächtigen Vermittlungsversuche der Mittelstaaten scheiterten ebenso wie Napoleons selbstsüchtiger Vorschlag (vom 24. Mai), einen europäischen Kongreß zu berufen, da brachte Österreich durch den Antrag, die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Sache dem Bundestage zu überweisen, die Kugel ins Rollen (1. Juni). Denn da es sich damit von der Gasteiner Konvention lossagte, ließ Preußen am 7. Juni seine Truppen in Holstein einrücken, um sein gefährdetes Mitbesitzerrecht zu schützen, worauf die österreichischen Truppen das Land ohne Widerstand räumten, und legte am 10. Juni den Entwurf einer Bundesreform vor, der mit der Ausschließung Österreichs aus dem künftigen Deutschen Bunde begann. Damit war das Ziel des bevorstehenden Kampfes klar und offen bezeichnet. Österreich beantwortete das mit dem (bundeswidrigen) Antrage, alle außerpreußischen

Bundeskontingente zu mobilisieren (11. Juni), und schloß am 12. Juni mit Frankreich einen geheimen Vertrag, nach dem Venezien an Italien, Schlesien an Österreich, ein Teil des linken Rheinufers an Frankreich fallen sollte. Zugleich versprach Österreich, keine einheitliche Ordnung in Deutschland einzurichten, Frankreich, eine reaktionäre Bewegung gegen das Königreich Italien zuzulassen. So stand die werdende nationale Einheit Deutschlands und die schon fast vollendete Italiens auf dem Spiel, als am 14. Juni der Bundestag mit neun gegen sechs Stimmen (Baden enthielt sich der Abstimmung, und die holsteinische Stimme ruhte) den österreichischen Antrag in einer von Bayern etwas gemilderten Fassung annahm. Der preußische Gesandte von Savigny erklärte hierauf den Bundesvertrag für gebrochen, den Bund für aufgelöst. In der Tat, der Bundestag hat das Todesurteil über sich selbst gesprochen.

In ganz Deutschland waren Spannung und Aufregung ungeheuer. Die Stimmen, die sich — jetzt zu spät — bis tief nach Süddeutschland hinein zugunsten des preußischen Reformentwurfs und gegen die Teilnahme der Mittelstaaten am Krieg erhoben, verhallten ohnmächtig in dem lauten Toben der österreichischen partikularistischen, demokratischen und ultramontanen Presse, und fast alle Mittelstaaten griffen zum Schwerte, um ihre ungeschmälerte Souveränität und deren Bürgschaft, den lockeren Staatenbund und den Dualismus der beiden Großmächte, zu behaupten. Erst dadurch wurde der Kampf Preußens gegen eine halbfremde Macht zum deutschen Bruderkriege. Des Sieges glaubte man in Österreich ziemlich sicher zu sein; denn da zu vermuten war, daß Italien den Krieg nur zum Scheine führen werde, so konnte man die Hauptkraft der österreichischen Armee gegen Preußen wenden.

Ein wunderbarer Anblick, als nun das preußische Staatsschiff inmitten des wilden Sturmgebrauses ringsum mit ruhiger Planmäßigkeit klar machte zum Gefecht. Stärker als alle Parteigegensätze im Innern erwiesen sich im Augenblick der Entscheidung doch die militärische Gewöhnung, die monarchische Gesinnung, der Stolz auf eine große Geschichte, und die neue Heeresorganisation, die den Kern des ganzen Volkes in allen seinen Ständen unter Waffen rief, bewährte eine ungeheure, von niemand erwartete Kraft. So brach der Krieg urplötzlich

über dieses friedensverwöhnte Geschlecht herein, in raschen betäubenden Schlägen, wie ein luftreinigendes Gewitter.

Im Westen gegen die zu Feinden gewordenen nordwestdeutschen Mittelstaaten standen 48 000 Mann (das verstärkte siebente Armeekorps) in drei weit voneinander getrennten Abteilungen in Holstein (Manteuffel), um Minden (Vogel von Falckenstein) und bei Wetzlar (Beyer) bereit. Ihre nächste Aufgabe war, diese Staaten zu besetzen, da sie den Zusammenhang der beiden Hauptteile Preußens unterbrachen. Als deshalb in Hannover und Kurhessen am 15. Juni das preußische Ultimatum (Annahme des Bundesreformentwurfs und sofortige Entwaffnung gegen Garantie des Besitzstandes und der Souveränität) abgelehnt wurde, rückten die preußischen Truppen am 16. Juni von drei Seiten her ein, während die noch nicht einmal mobilisierten kurhessischen Truppen nach Hanau, die erst halb fertigen Hannoveraner nach Göttingen abzogen, wohin sich auch der König Georg mit dem Kronprinzen begab. Schon am 17. abends besetzte Vogel von Falckenstein das grollende Hannover, am 19. Beyer das längst unzufriedene Kassel. Der Kurfürst, der sich noch auf Wilhelmshöhe befand, wurde als Staatsgefangener nach Stettin gebracht. Inzwischen setzten sich die Hannoveraner, 18 000 Mann mit 52 Geschützen, am 21. Juni in Bewegung, um durch Thüringen die Vereinigung mit den Bayern zu suchen. Sie hätten zunächst die Straßen nach dem Süden frei gefunden, aber sie ließen sich in Unterhandlungen ein, weil die preußische Oberleitung den Kampf nicht wollte. Als die Unterhandlungen abgebrochen wurden, schlugen sie am 27. Juni bei Langensalza an der Unstrut den Angriff einer viel schwächeren preußischen Heeresabteilung in blutigem Treffen siegreich zurück, wurden aber schon am nächsten Tage von allen Seiten mit Übermacht umstellt und mußten am 29. Juni die Waffen strecken. Damit war in Nordwestdeutschland die Entscheidung für Preußen gefallen.

Inzwischen hatte sich die Hauptmasse der preußischen Armee, im ganzen 254 000 Mann, längs der preußisch-sächsischen und der böhmisch-schlesischen Grenze versammelt, die Elbarmee, 46 000 Mann, unter Herwarth von Bittenfeld um Torgau, die erste Armee, 93 000 Mann, unter dem Prinzen

Friedrich Karl um Görlitz, die zweite Armee, 115 000 Mann unter dem Kronprinzen in Schlesien. Durch Sachsen und über die schlesischen Grenzgebirge sollten sie, getrennt marschierend, gegen Böhmen vorbrechen und dort siegend ihre Vereinigung suchen: so war der Plan Moltkes. In diesem wunderbaren Manne, dem glücklichsten Feldherrn des neunzehnten Jahrhunderts (geb. 26. Oktober 1800 zu Parchim in Mecklenburg), war im höchsten Maße die Verbindung von militärischer Erfahrung und wissenschaftlicher Bildung, von umsichtiger Berechnung und kühner Entschlossenheit verkörpert, die das neue Deutschland geschaffen haben. Bis dahin wenig bekannt, wurde er seit 1866 eine der populärsten Gestalten, denn seine Siege übertrafen die kühnsten Erwartungen.

Die sächsische Armee, eine durchaus kriegstüchtige Truppe von 32 000 Mann mit 64 Geschützen, unter dem Oberbefehle des Kronprinzen Albert (geb. 23. April 1828) um Dresden vereinigt, konnte zwar, da die ursprünglich erwartete österreichische Hilfe ausblieb, den Kampf mit der am 16. Juni über die Nordgrenze hereinbrechenden Elbarmee nicht aufnehmen, aber sie zog sich in bester Ordnung über das Erzgebirge nach Böhmen zurück. Dort vereinigte sie sich nach langen, heißen Märschen zwar an der Iser mit den Österreichern; doch der Oberbefehlshaber der Nordarmee, Feldzeugmeister Ludwig von Benedek, hatte diese in der Hauptmasse bei Olmütz versammelt und an die Iser nur ein Armeekorps unter Clam-Gallas vorgeschoben. Den Preußen über die Grenze entgegenzugehen oder auch nur diese selbst zu verteidigen, war er zunächst weder imstande noch willens, weil seine Truppen sehr langsam schlagfertig wurden. Nach dem Plane seines (tatsächlichen) Generalstabschefs Krismanitsch wollte er vielmehr seine Armee nördlich von Königgrätz auf der Hochebene von Dubenek versammeln, die schlesische Armee, deren Stärke er unterschätzte, nur verteidigungsweise abwehren, dagegen den Prinzen Friedrich Karl mit Übermacht schlagen und nach Sachsen zurückwerfen. Aber schon am 23. Juni überschritten die erste Armee und die Elbarmee, in der südwestlichen Oberlausitz und um Zittau konzentriert, in endlosen Heeressäulen die böhmische Grenze. Nach den Gefechten von Hühnerwasser und Podol gegen die österreichischen Vortruppen am 26. Juni vereinigten sich beide

Heere und schlugen Clam-Gallas am 28. Juni bei Münchengrätz und am 29. Juni bei Gitschin, Wallensteins alter Hauptstadt, wo die Sachsen ihre Bluttaufe empfingen. Schon war Benedek mit der Hauptarmee in vollem Anmarsche nach der oberen Elbe und der Iser, um Gallas zuhilfe zu kommen, aber inzwischen brachen die drei Kolonnen der zweiten Armee in seiner rechten Flanke durch die schwierigen Grenzpässe in Böhmen ein. Am 27. Juni wurde das erste Armeekorps (Bonin) bei Trautenau von Gablenz zurückgeworfen, aber schon am nächsten Tage eroberten die Garden durch den Sieg bei Burkersdorf (Soor) Trautenau zurück und erstürmten am 30. Juni Königinhof, womit sie den Übergang über die Elbe gewannen. In denselben Tagen siegte Steinmetz, mit dem fünften Korps weiter südlich von Glatz aus vorgehend, am 27. Juni bei Nachod, am 28. bei Skalitz, am 29. Juni bei Schweinschädel und erreichte, gefolgt vom sechsten Armeekorps, ebenfalls die Elbe. Nur wenige Meilen trennten noch die drei preußischen Armeen.

Der Eindruck war überall gewaltig. Die österreichischen Offiziere waren tief betroffen von der sicheren, schneidigen preußischen Führung und der verheerenden Wirkung des Zündnadelgewehrs, die Soldaten, ein buntes Gemisch aus den unteren Schichten der verschiedensten Völkerschaften und zum Teil erst kurze Zeit bei der Fahne, hatten alles Vertrauen zu ihrer minderwertigen Schußwaffe und ihrer ganzen Stoßtaktik verloren, und Benedek, der sich selbst nicht die Fähigkeit zutraute, eine große Armee zu führen, war durch die fortgesetzten Niederlagen seiner Generale so erschüttert, daß er seinem Kaiser riet, „um jeden Preis" Frieden zu schließen. Endlich entschloß er sich, eine Entscheidungsschlacht anzunehmen, und vereinigte seine Armee, 222 000 Mann mit 770 Geschützen (mit den Sachsen), die Elbe und die Festung Königgrätz im Rücken, in einer sehr starken Stellung, die allerdings den Nachteil hatte, daß die Rückzugslinie über die Elbe ging. Aber Benedek hoffte mit seiner konzentrierten Übermacht jede der beiden feindlichen Armeen, die vier Meilen voneinander standen, einzeln schlagen und dann zum Angriff übergehen zu können.

Deshalb sandte König Wilhelm, der am 2. Juli mit Moltke und Bismarck in Gitschin eingetroffen war und den Oberbefehl selbst übernommen hatte, noch in der folgenden Nacht dem

Kronprinzen die Weisung, sofort mit allen Kräften gegen den rechten (nordöstlichen) Flügel der Österreicher vorzugehen. So hielten in der gewaltigen Schlacht bei Königgrätz (Sadowa) die erste und die Elbarmee den ganzen Vormittag des 3. Juli hindurch unter den Augen ihres königlichen Kriegsherrn den fast doppelt so starken Gegnern mit aufopferndem Heldenmut stand. Erst gegen Mittag kamen die Kolonnen des Kronprinzen heran; indem sie, den rechten österreichischen Flügel über den Haufen werfend, unaufhaltsam auf die Rückzugslinie und die Zentralstellung des Feindes, die Höhen von Chlum und Lipa, vordrangen, gaben sie nachmittags gegen drei Uhr die Entscheidung. Obwohl kaum verfolgt und durch ihre treffliche Artillerie und Kavallerie aufopfernd gedeckt, löste sich doch die geschlagene Armee in regellose Flucht auf; fast nur die Sachsen bewahrten in dem verzweifelten Getümmel feste Haltung. In einem Waffengang von sieben Tagen war die österreichische Großmacht niedergeworfen, und von Preußen allein. Denn den Vorstoß der Italiener gegen das lombardische Festungsviereck hatte Erzherzog Albrecht schon am 24. Juni in der heißen Schlacht von Custoza blutig abgewiesen, und seitdem war die besiegte Armee fast untätig geblieben.

Wie Spinngewebe zerrissen waren jetzt alle Berechnungen Napoleons des Dritten. Völlig außerstande, militärisch einzugreifen, nahm er doch das Gesuch Kaiser Franz Josephs, der ihm am 4. Juli Venezien zur Verfügung stellte, wenn er Italien von weiterem Kampf abhalte, zum Anlaß einer Vermittlung auch zwischen Preußen und Österreich. König Wilhelm nahm diese grundsätzlich an, aber einen Waffenstillstand lehnte er ebenso ab wie Viktor Emanuel, und während die Italiener am 8. Juli bei Borgoforte den unteren Po überschritten, um jetzt endlich, wie Moltke von Anfang an vorgeschlagen hatte, das Festungsviereck im Rücken zu fassen, traten die Preußen, Prag nur nebenher besetzend, den Vormarsch auf Wien an. Da die Österreicher fast ohne Kampf teils gradwegs, teils über die Kleinen Karpathen nach der Donau zurückwichen, so erreichten die Preußen schon am 20. Juli das Marchfeld und schickten sich an, hier und bei Preßburg den Übergang über die Donau zu erzwingen, als am 22. Juli ein Waffenstillstand das schon bei Blumenau nicht weit von Preßburg begonnene Gefecht unter-

brach. Denn weder die Ankunft der Südarmee bei Wien noch der glänzende Sieg der österreichischen Flotte unter Tegetthoff über die Italiener bei der Insel Lissa am 20. Juli — die erste Seeschlacht zwischen Panzerschiffen — hatte die allgemeine Kriegslage zugunsten Österreichs geändert, und auch der Kampf in Süddeutschland war in diesem Augenblicke bereits zugunsten Preußens entschieden.

Dort standen allerdings 100000 Mann Bundestruppen unter dem Bundesoberfeldherrn, dem Prinzen Karl von Bayern, zum Schutze Frankfurts und der Mainlinie bereit, nämlich die Bayern und die Kontingente des achten Bundesarmeekorps (Württemberger, Badener, Hessen), aber ohne Einheit der Ausrüstung, der Bewaffnung und des Kommandos. Vogel von Falckenstein schob sich nun mit der kaum halb so starken preußischen „Mainarmee" durch das Eisenacher Oberland und über die Rhön vordringend, zwischen diese beiden Heeresmassen hinein, schlug die Bayern am 4. Juli bei Dermbach, am 10. in blutigem Kampf an der Fränkischen Saale, besonders bei Kissingen, wandte sich dann westwärts über den Spessart gegen das achte Armeekorps und zog nach den Siegen bei Laufach (13. Juli) und Aschaffenburg (14. Juli) am 16. Juli in Frankfurt ein. Der Rumpfbundestag war nach Augsburg geflüchtet. Erst weit rückwärts, an der Tauberlinie, gelang es den auseinandergedrängten süddeutschen Korps, sich zu vereinigen. Hier griff sie Manteuffel, Falckensteins Nachfolger, nachdem er mit der auf 60 000 Mann verstärkten Mainarmee von Frankfurt aus den Odenwald überschritten hatte, am 23. Juli an und warf sie in den Tagen des 24. bis 26. Juli in wechselvollen, aber im ganzen siegreichen Gefechten an der Tauberlinie auf Würzburg zurück, so daß er ihnen halb im Rücken stand. Eine Beschießung der alten fränkischen Landesfeste, der Marienburg bei Würzburg, am 27. Juli war vergeblich; aber da in denselben Tagen ein norddeutsches Reservekorps unter dem Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg aus Sachsen in Bayern einmarschierte und am 30. Juli Nürnberg besetzte, waren die Süddeutschen auch im Osten umgangen, und der Weg nach München stand offen.

Unter dem überwältigenden Eindruck dieser preußischen Siege konnte Napoleon der Dritte nur eine Bedingung bei seiner

Vermittlung geltend machen: er forderte, daß Preußen die geplante Bundesreform auf die Länder im Norden des Mains beschränke. Bismarck gab wutschäumend nach, um nicht das Errungene durch eine doch noch mögliche fremde Einmischung zu gefährden; trotz Moltkes Zuversicht wagte er den sofortigen Krieg auch mit Frankreich nicht, mit Recht, wie die Ereignisse von 1870 bewiesen haben. Er befürwortete dagegen jetzt — und erst jetzt — ausgedehnte Annexionen in Norddeutschland. Auf der Höhe des Erfolges maßvoll, bewog er mit dem Aufgebot aller geistigen Kraft den König, der zunächst am liebsten das eroberte Böhmen und einen Teil Sachsens behalten hätte, auf jeden Gewinn österreichischen Gebiets zu verzichten, um ein künftiges näheres Einvernehmen nicht zu erschweren, und zugleich die ungeschmälerte Erhaltung Sachsens zuzugestehen, auf der Kaiser Franz Joseph ritterlich bestand. Die österreichische Kriegsentschädigung wurde auf nur zwanzig Millionen Taler festgesetzt. So kam am 26. Juli im preußischen Hauptquartier, dem mährischen Schloß Nikolsburg an der Thaja, der Vorfriede zustande. Österreich schied aus dem Deutschen Bunde und versprach, die Veränderungen in Norddeutschland anzuerkennen, vorbehaltlich der Integrität Sachsens. Vom 2. August ab sollte auf dem ganzen Kriegsschauplatz ein Waffenstillstand eintreten.

Auf dieser Grundlage kam schon am 23. August der endgültige Friede in Prag zustande. Österreich verzichtete auf seine Rechte an Schleswig-Holstein mit der von dem französischen Kaiser gestellten Bedingung, daß die nördlichen Distrikte von Schleswig wieder mit Dänemark vereinigt werden sollten, wenn sie diesen Wunsch durch eine Volksabstimmung zu erkennen gäben (Artikel 5). Die süddeutschen Staaten sollten unabhängig bleiben und ihre völkerrechtlichen Beziehungen frei regeln dürfen. Sie schlossen einzeln ihren Frieden mit Preußen, Württemberg am 13., Baden am 17., Bayern am 22. August, Hessen-Darmstadt am 3. September, indem sie mäßige Kriegsentschädigungen zahlten, Bayern und Hessen-Darmstadt außerdem einige Grenzstriche abtraten. Hessen trat überdies mit dem nördlich vom Main liegenden Oberhessen dem zu gründenden Norddeutschen Bunde bei, schloß eine Militärkonvention mit Preußen und überließ diesem sein Post- und Telegraphen-

wesen. Zugleich verpflichteten sich alle diese Staaten in einem (zunächst noch geheimen) Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen, für den Kriegsfall ihre Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen. Mit Sachsen kam der Friede erst am 21. Oktober unter ähnlichen Bedingungen wie mit Hessen zustande. So war der lähmende Dualismus der beiden Großmächte zerstört und neben der wirtschaftlichen Einheit auch die militärische Einheit des außerösterreichischen Deutschlands unter preußischer Führung zuvörderst für den Kriegsfall gesichert. Die feste Grundlage für die Neugestaltung seiner Gesamtverfassung war gewonnen.

Nur Napoleons drohender Einspruch, also die alte Eifersucht der Franzosen, hatte Bismarck verhindern können, den Bundesreformplan vom 10. Juni sofort über ganz Deutschland zu erstrecken; und gegen französische Ansprüche hatte er auch noch seine Neuschöpfung zu verteidigen. Denn kaum war der König am 4. August wie im Triumphzuge nach Berlin zurückgekehrt, als der französische Botschafter Graf Benedetti am 5. August mit „Kompensationsforderungen" an ihn herantrat (Abtretung von Rheinhessen mit Mainz, der linksrheinischen Pfalz und des Saargebiets). Eine runde Ablehnung war die Antwort Bismarcks, und dazu die entschlossene Drohung, sich sofort um jeden Preis mit Österreich und den süddeutschen Staaten zu verständigen, dann aber mit allen verfügbaren Kräften gegen Frankreich vorzugehen. Da erklärte Napoleon ängstlich jene Forderungen für ein „Mißverständnis" und zog sie zurück. Rußlands auflodernde Eifersucht wurde durch die Sendung des Generals Manteuffel nach Petersburg (9. August) beschwichtigt, der übrigens auch dort keinen Zweifel darüber ließ, daß man auswärtige Einmischung in deutsche Angelegenheiten ferner nicht mehr dulden werde. Die schmachvolle, noch durch die Verträge von 1815 förmlich anerkannte Vormundschaft des Auslandes über Deutschland war endlich abgeworfen.

Der Sieg über den Feind brachte dem König Wilhelm auch den Frieden mit seinem Volke. Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause am 3. Juli fegten unter dem frischen Eindruck der ersten Kriegserfolge die Fortschrittspartei bis auf wenige Reste hinweg, und als der König als ruhmgekrönter Sieger den Landtag am 5. August in Person eröffnete, da bat er, das

Budgetrecht in vollem Umfang anerkennend, die Volksvertretung um Nachsicht (Indemnität) für die seit fünf Jahren notgedrungen ohne ihre Zustimmung geführte Verwaltung. Der Landtag gewährte sie am 3. September, bewilligte einen Kredit von sechzig Millionen Talern für Heer und Marine, sowie ansehnliche Dotationen für die siegreichen Generale und den so lange verkannten Grafen Bismarck, und genehmigte endlich die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau, der freien Stadt Frankfurt und Schleswig-Holsteins mit dem preußischen Staate. Es war der größte und wertvollste Gebietszuwachs, den Preußen erwerben konnte; er vereinigte das alte niedersächsische Mutterland mit seinen Koloniallanden, gab Preußen die schmerzlich entbehrte Stellung an der Nordsee und stellte die für eine Großmacht unentbehrliche Geschlossenheit des Staatsgebietes her. Es war das besondere Verdienst Bismarcks, auch in der Frage der vollen Einverleibung dieser Gebiete seinen königlichen Herrn überwunden zu haben, der nur auf Teile Anspruch erheben wollte und dadurch in den beraubten Fürsten und Ländern nur unversöhnliche Feindschaft gegen Preußen großgezogen hätte.

So waren die festen Grundlagen geschaffen für den norddeutschen Bundesstaat. Die Nation hatte sich diese Entscheidung über ihr Schicksal ohne Teilnahme volkstümlicher Elemente von den siegreichen Waffen Preußens, vom Königtum und seinem Heere auflegen lassen. Jetzt aber, mochten auch zahlreiche Kreise in den neuen preußischen Provinzen wie in den norddeutschen Bundesstaaten der neuen Ordnung noch widerstreben, und mochte noch so ziemlich überall der Wunsch bestehen, von den „berechtigten Eigentümlichkeiten" des Heimatlandes so viel wie möglich auch jetzt zu behaupten: die Mehrzahl der Gebildeten und Urteilsfähigen in Norddeutschland kam doch der neuen Gestaltung hoffnungsreich und bereitwillig entgegen. Um an ihrer Durchführung tätig mitzuwirken, bildete sich aus der alten Fortschrittspartei noch im September die nationalliberale Partei. So gelang es Bismarck, was 1848/49 mißlungen war, Regierungen und Volk, monarchisch-konservative und bürgerlich-liberale Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. Die seit dem 15. Dezember in Berlin versammelten Vertreter der nord-

deutschen Regierungen nahmen seinen Entwurf zur neuen Bundesverfassung an, und die Wahlen zum konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes nach dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht der Reichsverfassung von 1849 am 12. Februar 1867 ergaben eine günstige Mehrheit. Am 24. Februar eröffnete König Wilhelm feierlich den Reichstag im Schlosse von Berlin, am 16. April nahm dieser mit 230 gegen 53 Stimmen die Verfassung an, und am 17. April wurde sie verkündigt.

Sie einigte fast dreißig Millionen Deutsche auf 7500 Geviertmeilen, drei Viertel des außerösterreichischen Deutschlands in monarchisch-bündischen Formen unter der Krone Preußens als Präsidialmacht, dem Bundesrat und dem Reichstag. Der Bundesrat, 43 Stimmen, von denen Preußen 14 führte, nicht genug, ihm die kleineren Bundesgenossen ganz zu unterwerfen, genug, um seinen Willen nachdrücklich zur Geltung zu bringen und jede Verfassungsänderung zu verhindern, entschied nach einfacher Stimmenmehrheit und bildete für die einzelnen Verwaltungszweige Ausschüsse. Die Oberleitung der Bundesangelegenheiten lag in den Händen des Bundeskanzlers (seit 14. Juli), des preußischen Ministerpräsidenten. Zu gültigen Bundesgesetzen war die Übereinstimmung der Mehrheit des Bundesrats und der Mehrheit des Reichstags erforderlich. Die auswärtige Vertretung, der Oberbefehl über Heer und Flotte, die Leitung des Post- und Telegraphenwesens ging an das Bundespräsidium über. Die norddeutsche Armee wurde einheitlich auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht gebildet und nach preußischem Muster ausgerüstet; nur Sachsen und Hessen behielten eine innere Selbständigkeit der Verwaltung ihrer Heeresteile (des 12. Armeekorps und der 25. Division). Die Kriegsmarine trat unter preußischen Oberbefehl, hißte am 1. Oktober 1867 die neue schwarz-weiß-rote Bundesflagge mit dem preußischen Adler, eine Verbindung der preußischen und der hanseatischen Farben, die selbstverständlich auch die Handelsflotte zu führen hatte, und erhielt Kiel und Wilhelmshaven (eröffnet 17. Juni 1869) als Kriegshäfen; endlich ging mit dem 1. Januar 1868 das Post- und Telegraphenwesen unter Aufhebung aller einzelstaatlichen Postverwaltungen wie der Thurn- und Taxisschen

Post an den Bund über. Auch eine Reihe von Teilen des Rechts (Handels-, Obligations-, Straf- und Heimatsrecht) wurde der Bundesgesetzgebung vorbehalten, dagegen blieb die ausführende Gewalt in diesen Dingen wie im Zollwesen und auch die Gesetzgebung in allen nicht von der Bundeskompetenz berührten Angelegenheiten den Einzelstaaten.

Zugleich gewährte Preußen seinen neuen Provinzen die Beibehaltung ihrer Landtage und mancher eigentümlichen Einrichtungen, namentlich ihrer Landeskirchen, die der unierten preußischen Landeskirche nicht einverleibt wurden, ließ dem Hessenlande auch seinen alten Staatsschatz und nahm daraus Veranlassung, auch seine übrigen Provinzen mit ansehnlichen Fonds auszustatten, also ihre Selbständigkeit zu verstärken. Von den entthronten Fürsten verzichtete nur Herzog Adolf von Nassau gegen eine Abfindungssumme ehrlich und vollständig auf seine Rechte; der Kurfürst von Hessen und König Georg von Hannover entbanden zwar ihre Untertanen vom Eide der Treue, schlossen auch Entschädigungsverträge, verharrten aber grundsätzlich bei ihren Ansprüchen, so daß Preußen ihr Vermögen, soweit es in den neuen Provinzen lag, in Beschlag nahm. Von dem Gesetzgebungsrecht des Bundes machte der erste verfassungsmäßige Reichstag (September 1867 bis Mai 1870), im wesentlichen von den Nationalliberalen (R. von Bennigsen, E. Lasker) als der stärksten Partei bestimmt, im ganzen einen verständigen und wohltätigen Gebrauch (Freizügigkeit, Unterstützungswohnsitz, Heer- und Flottengesetz, Bundesoberhandelsgericht in Leipzig 1869, Strafgesetzbuch 1870).

Dagegen scheiterten die Hoffnungen, die nationalstaatliche Verbindung zwischen dem Süden und dem Norden bald herzustellen, an der Abneigung der württembergischen Demokraten und der bayrischen Ultramontanen. Doch das Heerwesen, dessen Unzulänglichkeit der kurze Feldzug von 1866 erwiesen hatte, wurde überall nach norddeutschem Muster umgestaltet, am vollständigsten in Baden. Aber nur der entschlossenen Energie Bismarcks gelang es, die Landtage von Bayern und Württemberg 1867 zur Genehmigung des Wehrbündnisses und zur Verlängerung des Zollvereins bis 1876 zu bewegen, sowie die Veränderung seiner Verfassung durchzusetzen, nach der die Zollvereinsangelegenheiten fortan durch einen Zollbundesrat

und ein Zollparlament mit einfacher Mehrheit entschieden werden sollten. Die Hoffnung mancher Patrioten, daß sich das Zollparlament zum „Vollparlament" gestalten möge, wurde durch seine beiden Tagungen 1868 und 1870 nicht erfüllt; immerhin war es ein großer Schritt nach vorwärts, daß norddeutsche und süddeutsche Abgeordnete zusammen in Berlin berieten, und daß die Bemühungen Bayerns, einen besonderen süddeutschen Bund zu gründen, nicht über unverbindliche Vorbesprechungen hinauskamen.

Allerdings nicht nur alte Abneigungen und Vorurteile standen der Vollendung der deutschen Einheit im Wege, sondern auch die Eifersucht des überraschten Frankreichs und des besiegten Österreichs, dessen Leitung seit dem 30. Oktober 1866 der frühere sächsische Minister F. von Beust übernommen hatte. Ein Versuch Napoleons, seinem scheelsüchtigen Volke auch mit irgendeinem Landgewinn aufwarten zu können und wenigstens das Großherzogtum Luxemburg von König Wilhelm von Holland durch Kauf zu erwerben, scheiterte an dem festen Einspruch Bismarcks. Preußen willigte auf den Londoner Konferenzen im Mai 1867 nur in den Beschluß, die preußische Besatzung aus der früheren Bundesfestung herauszuziehen; ihre Werke wurden geschleift und das Land neutralisiert. Aber in Salzburg, wo Napoleon mit seiner schönen Gemahlin, der Kaiserin Eugenie, dem österreichischen Kaiserpaare im August 1867 einen Besuch abstattete, um persönlich seine Teilnahme an dem tragischen Ende des Kaisers Maximilian von Mexiko (19. Juni) auszusprechen, verständigten sich beide Monarchen darüber, den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund als eine Verletzung des Prager Friedens aufzufassen und ihn deswegen nicht zuzulassen. Dies schreckte dort allerdings niemand, aber es zwang zur Vorsicht, um einen Doppelkrieg in einem ungünstigen Augenblick zu vermeiden.

An einen Angriff dachte man in Wien damals nicht, und man konnte es auch gar nicht. Denn der Krieg von 1866 hatte Österreich schwerer getroffen als der von 1859. Aus dem engeren deutschen Staatenverbande war es verdrängt, und damit war eine Entwicklung zum Abschluß gekommen, die schon

im zwölften Jahrhundert begonnen hatte; in Italien hatte es mit der Abtretung Veneziens im Wiener Frieden vom 3. Oktober 1866 seine alte, seit anderthalb Jahrhunderten behauptete Machtstellung völlig verloren. So ganz auf sich zurückgedrängt, kehrte es von den zentralistischen und föderalistischen Versuchen zum Dualismus Maria Theresias zurück. Der „Ausgleich" vom 8. Februar 1867, das Werk Beusts und Franz Deáks, stellte das Königreich Ungarn mit Siebenbürgen und Kroatien als einen selbständigen Staat mit eigenem Ministerium, Parlament, Münz-, Post- und Telegraphenwesen, Landwehr (Honvéd) und magyarischer Staatssprache (außer in Kroatien) neben die westliche Reichshälfte, und am 7. Juni setzte sich Kaiser Franz Joseph in Budapest die ehrwürdige Krone des heiligen Stephan aufs Haupt. Gemeinsam blieben beiden Reichshälften das Herrscherhaus, Heer und Flotte mit deutscher Dienstsprache, das Zollgebiet und das Auswärtige, sowie die für diese Zweige erforderlichen Reichsminister, und neben diesen als Vertreter der beiden Parlamente die Delegationen.

Während somit die Länder jenseits der Leitha der Herrschaft der magyarischen Minderheit, also des ungarischen Adels, ausgeliefert wurden, galt es in der westlichen deutsch-slawischen Reichshälfte, das polnisch-ruthenische Galizien mit eingeschlossen, einen Ausgleich zu finden zwischen dem zunehmenden Selbstbewußtsein der slawischen Stämme und der im Interesse des Staates notwendigen Vorherrschaft der deutschen Sprache und Kultur. Der hier zunächst zur Herrschaft berufene deutschbürgerliche Liberalismus versuchte, dies in der Verfassung vom 21. Dezember 1867 durch Gewährung einer Reihe moderner Freiheitsrechte (Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubens-, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit) und durch Ausbildung des parlamentarischen Systems zu erreichen. Aber allzu vertrauensselig versäumten es die Liberalen, die Herrschaft des Deutschen als Staatssprache gesetzlich festzustellen und dem polnisch-ruthenischen Galizien eine Sonderstellung derart zu gewähren, daß es auf Deutschösterreich keinen Einfluß üben könne; zudem hatten sie den feudalen deutschen Adel nicht für sich, den römisch-katholischen Klerus, den sie durch tatsächliche Lossagung vom Konkordat tief erbittert hatten, vollständig gegen sich, und sie konnten weder die Slawen noch die Kleri-

kalen zur regelmäßigen Teilnahme am Wiener Reichsrat bewegen.

Die auswärtige Politik Österreichs blieb auf ein enges Einvernehmen mit Frankreich gerichtet und wandte ihre Spitze gegen den Norddeutschen Bund. Auch Napoleon wurde dauernd von diesem Gegensatze beherrscht, obwohl er persönlich keineswegs kriegslustig und seit 1863 schwer leidend war. Denn die Stimmführer aller französischen Parteien, A. Thiers voran, verlangten stürmisch „Vergeltung für Sadowa". Am liebsten hätten beide Mächte auch Italien zu sich herübergezogen; aber von diesem trennte Napoleon die römische Frage, die er durch die abermalige Besetzung Roms zum Schutze gegen den Angriff Garibaldis im Oktober 1867 wieder sehr verschärft hatte und im nationalitalienischen Sinne nicht entscheiden lassen konnte, wenn er sich nicht den französischen Klerus unversöhnlich verfeinden wollte. Seinen Versuch, wenigstens die französische Besatzung Roms durch eine spanische zu ersetzen, vereitelte die Vertreibung der Königin Isabella im September 1868. Trotzdem wurden die Verhandlungen über einen gegen Norddeutschland gerichteten Dreibund sehr ernsthaft betrieben und im März 1870 vom Erzherzog Albrecht in Paris, im Juni vom General Lebrun in Wien ein Kriegsplan verabredet, wonach die französischen Truppen Süddeutschland überfluten und sich bei Nürnberg mit den Österreichern und Italienern zum Vormarsch auf Leipzig und Berlin vereinigen sollten. Nur stellte der Kaiser Franz Josef ausdrücklich die Bedingung, daß die Franzosen in Süddeutschland als Befreier erscheinen müßten, da sonst Preußen „die neue deutsche Idee" benutzen würde. Als Zeitpunkt für den Angriff wurde im allgemeinen 1871 in Aussicht genommen.

In derselben Richtung drängten die Ultramontanen vorwärts. Nachdem Papst Pius der Neunte schon 1854 das Dogma von der unbefleckten (sündlosen) Empfängnis (Marias) kraft eigener Macht verkündigt hatte, erklärte er im „Syllabus" und in der „Enzyklika" 1861 dem gesamten modernen Bewußtsein und dem darauf beruhenden modernen Staate den Krieg; denn er verwarf ihre Grundlagen und nahm nach der Weise der mächtigsten Päpste des Mittelalters die Unabhängigkeit der Kirche von der Welt, also ihre Herrschaft über die Welt als ihr

unveräußerliches Recht in Anspruch. Endlich beschloß er, durch die Verkündung der päpstlichen Unfehlbarkeit in Glaubenssachen das Gebäude der ultramontanen Kirche zu krönen, und berief dazu ein allgemeines Konzil nach dem Vatikan auf den 8. Dezember 1869.

Siegten diese kirchlichen und politischen Tendenzen und kam die Kriegsstimmung in Frankreich und Österreich zur Herrschaft, dann wurde die in der Vollendung begriffene deutsche Einheit zerstört und die Nation in das alte Elend zurückgeworfen.

Um Frankreich besser für den großen Kampf zu rüsten, führte Napoleon das weittragende Chassepotgewehr ein, verstärkte den Friedensstand des Heeres und errichtete daneben eine Mobilgarde (Landwehr), allerdings wegen des Widerspruchs der Volksvertretung bei weitem nicht in dem ursprünglich geplanten Umfange. Zugleich bewilligte er der wachsenden liberalen Opposition einige liberale Zugeständnisse. Er berief am 2. Januar 1870 das liberale Ministerium Ollivier und gewährte einige Verfassungsveränderungen (Ministerverantwortlichkeit, Recht der Kammer, Petitionen anzunehmen, Plebiszit bei Änderungen der Verfassung), die das Plebiszit am 8. Mai mit 7,2 Millionen gegen 1,5 Millionen Stimmen genehmigte. Das Kaisertum schien besser gesichert als je. Nur ein großer auswärtiger Erfolg fehlte noch, und diese in ihren rechtlichen Grundlagen so schwache Regierung war nicht imstande, der dahin drängenden mächtigen Strömung im Volke zu widerstehen.

In Berlin hielt man alle diese Dinge fest im Auge, vor allem bemüht, den wirklichen Abschluß einer feindlichen Koalition zu verhindern. Darüber, daß die Neuschöpfung von 1866 so gut wie einst im achtzehnten Jahrhundert die preußische Großmachtstellung noch in einem Kriege gegen die alten Mächte zu verteidigen sein werde, war dort kein Zweifel. Für diesen Fall beriet Moltke mit süddeutschen Offizieren Feldzugspläne, die immer einen Doppelkrieg gegen Frankreich und Österreich mit Rückendeckung durch Rußland voraussetzten, und angesichts des offenkundigen Einverständnisses zwischen Frankreich und Österreich trafen König Wilhelm und Graf Bismarck zu Anfang Juni 1870 in Ems Verabredungen mit Kaiser Alexander dem Zweiten von Rußland, die dessen freundliche Haltung im Kriegsfalle verbürgten. Zugleich begünstigten

beide bis zu einem gewissen Grade die Bemühungen der Spanier (seit Februar 1869), den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, den Sohn des Fürsten Anton, für die spanischen Thron zu gewinnen, und Bismarck erklärte die Annahme dieser Krone geradezu für eine nationale Pflicht, weil ein gutes Verhältnis zu Spanien im Falle eines Krieges mit Frankreich von Wert sein konnte und eine klerikale Regierung dort verhindert werden mußte, die eine spanische Besatzung an Stelle der französischen nach Rom werfen und dadurch den Abschluß des geplanten französisch-italienischen Bündnisses (s. S. 48) ermöglichen konnte. Daß ein Konflikt gerade aus dieser Thronfrage entstehen sollte, erschien aber nicht als ausgemacht, ja kaum zu fürchten, da Prinz Leopold ein Enkel der Großherzogin Stephanie (Beauharnais) von Baden, der Adoptivtochter Napoleons des Ersten, also ein Verwandter der Bonaparte war. Immerhin, die Gefahr bestand, und Graf Bismarck hat es darauf ankommen lassen. Ließ sich Napoleon die Thronbesteigung eines Hohenzollern gefallen, dann war das ein deutscher Erfolg; nahm er sie als Anlaß zu dem längst geplanten Kriege: nun, um so besser; dann mochte er ausbrechen; Deutschland war gerüstet, und die feindliche Koalition war weder schon formell abgeschlossen noch in allen ihren Gliedern kriegsbereit. Dreimal lehnte der Prinz die Krone ab; erst als die Spanier in bitterster Verlegenheit sich zum viertenmal an ihn wandten und ihm die Wahl durch die Cortes als ganz zweifellos hinstellten, nahm er am 20. Juni 1870 die Krone an, und am 2. Juli beschloß der spanische Ministerrat, ihn den Cortes vorzuschlagen.

Sofort aber forderte die öffentliche Meinung in Frankreich, zu deren Organ sich der Herzog von Gramont (bisher Botschafter in Wien), der neue Minister des Auswärtigen, machte, mit wilden Drohungen gegen Preußen, daß die Bewerbung zurückgezogen werde, da ein Hohenzoller auf dem spanischen Throne Frankreich im Rücken bedrohe; Graf Benedetti wurde angewiesen, in diesem Sinne auf den König Wilhelm (in Ems) einzuwirken. Der greise Monarch, im Augenblick ohne jeden diplomatischen Beirat (Bismarck war in Varzin), lehnte jede Beeinflussung des Prinzen Leopold bestimmt ab; doch dessen Vater Fürst Anton erklärte ohne weiteres am 12. Juli, sein Sohn

verzichte, weil er um eines Familieninteresses willen Deutschland nicht in einen schweren Krieg verwickeln wolle. Die französischen Minister schienen davon zunächst befriedigt; aber die Kriegspartei im Ministerium und in der Kammer drängte vorwärts. Benedetti erhielt also den Befehl, von König Wilhelm zu fordern, daß er Napoleon „die Erklärung abgebe, sich zu verpflichten, niemals zu gestatten, daß der Prinz Leopold auf die Annahme der Krone zurückkomme für den Fall, daß man sie ihm von neuem anbieten sollte". Der König, seinerseits froh, unbequemen Weiterungen durch die Absage des Prinzen entronnen zu sein, aber unwillig über die Zumutung, Rede zu stehen und sich für die Zukunft die Hände zu binden, wies am Morgen des 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems den Botschafter ernst und entschieden mit der Bemerkung zurück, daß für ihn die Sache erledigt sei, ließ aber den ganzen Vorfall ausführlich an Bismarck telegraphieren, der soeben auf der Reise nach Ems in Berlin eingetroffen war. Der aber wollte eine schwere diplomatische Niederlage Frankreichs oder auch den Krieg, wenn er nicht zu vermeiden war, doch so, daß deutlich vor aller Welt die moralische Schuld auf den Gegner fiel. So strich er mit genialer Erfassung des Moments das Telegramm bis auf wenige Sätze zusammen, die den ziemlich unbeholfenen und ratlosen Bericht in die scharfe Formel einer gallischen Provokation zusammenfaßten und damit die Lage einseitig, aber im Sinne der tieferen Wahrheit und nationalen Ehre beleuchteten; diese „Emser Depesche" sandte er gleichzeitig am 14. Juli „wie eine Fanfare" in die Welt hinaus. Sie sollte erfahren, daß die französische Forderung rundweg abgewiesen sei. Frankreich war jetzt vor die Wahl gestellt, diese Demütigung hinzunehmen oder loszuschlagen, ehe der Kriegsbund noch fest geschlossen war.

Da fiel auf die Nachricht, die Abweisung Benedettis sei allen europäischen Höfen amtlich mitgeteilt worden, in der Nacht des 14. Juli im Schlosse von St. Cloud nach mehrmaligem Schwanken und halb gegen den Willen des kranken Kaisers die Entscheidung für den Krieg, und unter tobendem Lärm, während draußen auf den Straßen von Paris der tausendstimmige Ruf gellte: „Nach Berlin! nach Berlin!" stimmten

am 15. Juli Kammer und Senat der Kriegserklärung zu. Die tiefste Kriegsursache lag in der Eifersucht der Franzosen auf die emporstrebende preußische Macht; sie wollten die Einigung der deutschen Stämme mit Gewalt durch eine preußische Niederlage verhindern; sie rechneten darauf, Süddeutschland zu überrennen oder zum Anschluß zu nötigen, sie hofften auf die Unterstützung Österreichs und Dänemarks, vielleicht auch Italiens. Noch immer glaubten sie nicht eine Nation, sondern zwieträchtige Stämme und Staaten vor sich zu haben; von dem stolzen Nationalgefühl, das in Norddeutschland erwachsen war, und von der trotz aller Spaltungen gutdeutschen Gesinnung des Südens ahnten sie noch immer nichts.

Doch imponierend und in überwältigenden Kundgebungen trat diese Stimmung, als König Wilhelm am 15. Juli von Ems nach Berlin zurückreiste, auf der ganzen langen Fahrt und beim Empfang in der Hauptstadt hervor. Denn jeder betrachtete die spanische Thronfolge als einen Vorwand, als den wirklichen Kriegsgrund die unerträgliche Anmaßung der Franzosen, das Geschick Deutschlands nach wie vor bestimmen zu wollen. Noch in der Nacht ergingen die Befehle zur Mobilisierung der gesamten Armee des Norddeutschen Bundes, am 16. Juli stimmte der Bundesrat dem Beschlusse zum Kriege bei, und am 19. Juli eröffnete König Wilhelm, von der jubelnden Begeisterung eines großen Volkes umbraust, den Reichstag, der nun fast einstimmig die Mittel zum Kriege bewilligte. Während der greise Herrscher draußen in Charlottenburg am Sarge seiner Mutter betete, in wehmütiger Erinnerung an ihren Todestag vor sechzig Jahren, überreichte der französische Geschäftsträger dem Grafen Bismarck die amtliche Kriegserklärung. Inzwischen riß auch im Süden eine unwiderstehliche nationale Strömung wie im Sturme alles mit sich fort. Die Fürsten riefen vertragstreu, wie es sich geziemte, ihre Truppen zu den Waffen, zuerst König Ludwig der Zweite von Bayern am 16. Juli; die Landtage bewilligten die Mittel zur Rüstung. Was die neidische Eifersucht der Franzosen hatte hindern wollen, das eben hatte sie herbeigeführt: Deutschland war einig in seiner Rüstung und in seiner Gesinnung. Und nicht wie 1813 war es das verzweifelte Aufbäumen eines mißhandelten Volkes gegen eine ungeheure Übermacht, sondern die ruhige, kraftbewußte, wohlgeordnete Erhebung einer geeinigten großen Nation.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen war es, daß in denselben Tagen, am 18. Juli, das Vatikanische Konzil die Unfehlbarkeit des Papstes aussprach, noch unter dem Schutze der französischen Waffen. Doch Frankreichs Sache erhielt dadurch keine Förderung. Auch die Hoffnungen der Franzosen auf fremde Hilfe erwiesen sich als eine Täuschung. Graf Beust hätte herzlich gern losgeschlagen, aber die überstürzte Hast, mit der Frankreich gegen seine Erwartung den Bruch herbeigeführt hatte, und noch mehr eine drohende Erklärung Rußlands, das Deutschland jetzt den Rücken deckte, wie Preußen ihm im Krimkriege und 1863, führten den Beschluß herbei, vorläufig neutral zu bleiben (20. Juli). Dasselbe erklärte Italien am 24. Juli. Auch Dänemark wagte sich nicht zu rühren, denn Bismarck drohte bei der ersten feindlichen Bewegung Jütland zu besetzen. So traten die beiden gewaltigen Gegner einander allein gegenüber.

Damit war von Anfang an das Verhältnis zu ungunsten der Franzosen verschoben. Denn weder an Stärke, noch an Schlagfertigkeit, noch in der Führung standen sie den Deutschen gleich. Statt, wie allgemein erwartet wurde, sogleich nach der Kriegserklärung den Rhein zu überschreiten und in Süddeutschland einzubrechen, sammelten sich die französischen Truppen, wenig über 300 000 Mann mit 810 Geschützen, langsam zu zwei Heeren: um Metz die „Rheinarmee" unter dem persönlichen Oberbefehle Napoleons, der am 28. Juli mit seinem Sohne, dem Prinzen Louis Napoleon, dort eintraf, und im unteren Elsaß eine kleinere Armee unter Mac Mahon; Reserven standen im Lager von Chalons. Inzwischen vollzogen sich in imposanter Planmäßigkeit und Ruhe die Mobilisierung und der Aufmarsch der deutschen Streitkräfte. Während ansehnliche Massen unter Vogel von Falckenstein, von der noch schwachen, zu einer Seeschlacht unfähigen norddeutschen Flotte nach Kräften unterstützt, die langgestreckten Küsten bewachten, sammelten sich längs des linken Rheinufers im ganzen über 450 000 Mann mit etwa 1300 Geschützen: die erste Armee unter Steinmetz um Koblenz, die zweite, stärkste, unter dem Prinzen Friedrich Karl um Mainz, wo König Wilhelm am 2. August

persönlich den Oberbefehl übernahm, endlich in der bayrischen Pfalz die dritte, die Süddeutschen mit zwei norddeutschen Armeekorps, unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, dessen ebenso imponierende wie liebenswürdige Persönlichkeit aufs glücklichste der Aufgabe entsprach, Nord- und Süddeutsche vereinigt gegen den Feind zu führen.

Nachdem vierzehn Tage in kleinen Plänkeleien längs der Grenze vergangen waren, überschritt am nebeligen Morgen des 4. August die dritte Armee die Nordgrenze des Elsaß, vernichtete die Vorhut Mac Mahons, die Division Abel Douay, bei Weißenburg und schlug ihn selbst am 6. August in der mörderischen Schlacht bei Wörth am östlichen Abhange der Vogesen aufs Haupt, so daß der Marschall nur Trümmer seines Heeres über das Gebirge nach Nancy rettete und die badische Division schon in den nächsten Tagen die Einschließung von Straßburg begann. An demselben 6. August erstürmten die Vortruppen der ersten Armee unter schweren Verlusten die Höhen von Spichern bei Saarbrücken. So von Norden und Osten schon auf ihrem eigenen Gebiete von den Deutschen bedroht, wichen die Franzosen auf die starke Festung Metz zurück, wo Marschall Bazaine am 12. August die Leitung übernahm, um die „Rheinarmee" über Verdun nach Chalons zurückzuführen und sich dort mit Mac Mahon zur Entscheidungsschlacht zu vereinigen. Doch die deutschen Truppen der ersten Armee hemmten durch den Angriff auf seine Nachhut östlich von Metz bei Colombey und Courcelles am 14. August den schon begonnenen Abmarsch der Franzosen; dann überschritten einige Korps der zweiten Armee am 15. August die Mosel oberhalb von Metz und stellten sich am 16. August auf der Hochebene bei Mars-la-Tour und Vionville den endlich westwärts abziehenden Franzosen in der blutigsten Schlacht des ganzen Krieges mit solchem Erfolge in den Weg, daß Bazaine den Abmarsch vorläufig ganz aufgab und seine Armee mit verkehrter Front in die starke Stellung Gravelotte—St. Privat—Roncourt zurückführte. Hier wurde er am 18. August von den vereinigten deutschen Streitkräften unter König Wilhelm angegriffen und nach achtstündigem Kampfe, den gegen Abend Kronprinz Albert von Sachsen durch einen Flankenangriff mit dem linken Flügel entschied, nach Metz zurückgeworfen.

Während nun Prinz Friedrich Karl Metz mit sieben Armeekorps einschloß, trat die neu gebildete vierte (Maas-) Armee unter Kronprinz Albert zugleich und parallel mit der dritten Armee den Vormarsch auf Chalons an. Doch die vorauseilende deutsche Reiterei fand das dortige Lager zu ihrer Überraschung geräumt; Mac Mahon hatte, den drängenden Mahnungen von Paris her, wo die Regierung bei weiterem Rückzug eine Revolution befürchtete, widerwillig nachgebend, in Begleitung des Kaisers den verwegenen Zug begonnen, um längs der rechten Flanke der vordringenden Deutschen Metz zu erreichen und Bazaine zu entsetzen. Statt dessen wurde er, sobald diese Bewegung entdeckt war, von den deutschen Vortruppen, die rechts einschwenkend durch das Waldgebirge der Argonnen nordwärts vorgingen, selbst in der rechten Flanke gefaßt, nach der Maas und der belgischen Grenze hingedrängt, und am 30. August bei Beaumont von Kronprinz Albert völlig geschlagen und zum Rückzuge über die Maas nach der kleinen Festung Sedan genötigt. Hier ereilte ihn das Verderben. Am 1. September in ihrer Stellung rings um die Stadt im Osten, Süden und Westen von 200000 Deutschen umfassend angegriffen und vornehmlich durch ihre überlegene Artillerie in die unhaltbare Festung zurückgeworfen, gaben die völlig entmutigten und zerrütteten französischen Massen den Kampf auf. Noch am Abend ergab sich Napoleon persönlich dem greisen Sieger König Wilhelm, am 2. September kapitulierte die ganze Armee, noch 84 000 Mann, und der gefangene Kaiser reiste durch Belgien nach Schloß Wilhelmshöhe ab. Es gab keine französische Armee mehr im offenen Felde. In denselben Tagen, am 31. August und 1. September, wiesen Manteuffels Ostpreußen einen großen Ausfall Bazaines nach Nordosten hin bei Noisseville ab. Unermeßlicher Jubel erfüllte ganz Deutschland.

Jedoch der von vielen nunmehr erhoffte Friede kam nicht. Denn am 4. September wurde in Paris die Republik ausgerufen, und die neue „Regierung der nationalen Verteidigung" (Jules Favre, Leon Gambetta, Trochu u. a.) wollte trotz der verzweifelten Lage von Gebietsabtretungen nichts hören, sondern spannte alle Kräfte des Landes rücksichtslos an. Die Periode der großen raschen Siege im freien Felde über die wohlgeschulten kaiserlichen Heere war zu Ende, es begann der lange

zähe Kampf um die Festungen und gegen die rasch aufgebotenen und locker gefügten, aber an Zahl den Deutschen weit überlegenen Heeresmassen der Republik, die die Festungen entsetzen wollten. Der Fanatismus der Bevölkerung und die vorschreitende Jahreszeit erschwerten den Kampf aufs höchste, machten ihn wilder, die Ausbeutung der Erfolge schwieriger und verlängerten den Krieg noch um fünf schwere Monate.

Zunächst erlag Straßburg, die „wunderschöne Stadt" des alten Volksliedes, am 28. September der Beschießung und der regelmäßigen Belagerung des Generals von Werder. Paris selbst, seit 1840 die riesigste Festung der Welt, mit Ringwall und starken Außenforts umgeben, von 500 000 Mann Bewaffneter (meist Mobil- und Nationalgarden) und über 3200 Geschützen verteidigt, war seit dem 19. September von nur 150 000 Mann deutscher Truppen eingeschlossen, die eine Linie von 82 km bewachen mußten und binnen einigen Wochen durch Hunger die Stadt zur Übergabe zu bringen hofften. Um den Entsatz zu verhindern, ging die deutsche Heeresleitung (seit dem 5. Oktober mit König Wilhelm in Versailles) darauf aus, die Heeresbildungen in den Provinzen zu zerstören und gewissermaßen einen weiteren äußeren Ring um die Einschließungsarmee vor Paris zu ziehen. Deshalb besetzte der bayrische General von der Tann nach dem Siege bei Artenay am 10. Oktober Orleans am 11. Oktober, General von Wittich erstürmte im Westen am 18. Oktober Chateaudun; im Osten drang Werder mit dem neugebildeten vierzehnten Armeekorps über die Vogesen in Burgund ein und besetzte nach heftigen Kämpfen am 30. Oktober Dijon.

Da war es von entscheidender Bedeutung, daß Bazaine, von steigender Not bedrängt und nach vergeblichen Versuchen, die nach England geflüchtete Kaiserin Eugenie als die legitime Regentin Frankreichs zu einem Abkommen mit Deutschland zu bewegen, am 28. Oktober das unbezwungene Metz und seine ganze Armee, 170 000 Mann, mit allem Kriegsgerät dem Prinzen Friedrich Karl übergab, in der Hoffnung, nach dem Frieden ein zuverlässiges Heer seinem Kaiser für den Kampf gegen die Republik zur Verfügung stellen zu können. Denn einerseits brachte nun der Leiter der französischen „Regierungsdelegation" in Tours (seit dem 9. Oktober), Leon Gambetta

(geb. 1838), mit diktatorischer Gewalt nach dem Muster von 1792 durch das allgemeine Aufgebot aller Franzosen vom 21. bis zum 40. Lebensjahre ungeheure Heeresmassen zum Entsatze von Paris auf und rüstete sie mit Hilfe besonders englischer und nordamerikanischer Waffenlieferungen, die von der schwachen deutschen Flotte nicht gehindert werden konnten, vorzüglich aus; andrerseits wurden nun die bisher vor Metz festgebannten deutschen Truppen verfügbar, und da die französische Flotte schon seit dem September die Ostsee, seit dem Oktober auch die Nordsee verlassen hatte, ohne über eine Blockade hinauszukommen, so konnten auch die bisher dort stehenden deutschen Heeresmassen nach Frankreich gezogen werden. So wurde die Einschließungsarmee vor Paris auf 200 000 Mann gebracht, zugleich eine Nordarmee unter Manteuffel, eine Südarmee unter Prinz Friedrich Karl gebildet.

In zwei mächtigen Anläufen versuchten nun die Franzosen den eisernen Doppelring um Paris zu brechen. Aber Manteuffel schlug Faidherbes Nordarmee, die sich auf die alten Festungslinien an der belgischen Grenze stützte, am 27. November bei Amiens, am 23. Dezember an der Hallue, einem Nebenflusse der Somme, und behauptete die Sommelinie. Im Süden mußte von der Tann vor der Übermacht der Loirearmee unter Aurelles de Paladine Orleans räumen und nach dem Gefecht bei Coulmiers am 9. November nordwestwärts abziehen. Aber der Anmarsch des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg drängte die Franzosen wieder zurück, und ihre mächtigen Vorstöße von Orleans her prallten an den nunmehr sich nähernden Truppen des Prinzen Friedrich Karl ab, am 28. November bei Beaune-la-Rolande im Nordosten, am 2. Dezember bei Loigny im Nordwesten, bis endlich die vereinigten deutschen Heerführer am 3. und 4. Dezember zum umfassenden Angriff auf Orleans übergingen, die Loirearmee in zwei Teile auseinandersprengten und Orleans abermals besetzten. Die Westhälfte jener Armee, jetzt unter Chanzy, wurde dann in den Gefechten um Beaugency 8.—12. Dezember auf Le Mans zurückgedrängt, und da auch Tours jetzt bedroht war, so flüchtete die Regierungsdelegation nach Bordeaux. In denselben Tagen, da vor Orleans die Entscheidung fiel, am 30. November und

2. Dezember, wiesen Sachsen, Württemberger und Pommern in der überaus verlustvollen Schlacht bei Brie, Villiers und Champigny einen großen Ausfall der Pariser Armee nach der Ostseite hin zurück, nur den Mont Avron vor den Ostforts behaupteten die Franzosen. Auch die Versuche des greisen Thiers, die Höfe von Florenz, Wien, Petersburg und London zum Eingreifen für Frankreich zu bewegen, waren gescheitert: keine Macht wagte es, dem siegreichen Deutschland in den Arm zu fallen.

Während dieser Kämpfe hatte sich die deutsche Heeresleitung nach heftigem Ringen der widerstreitenden Ansichten im Hauptquartier auf das Drängen Bismarcks, der nicht mit Unrecht bei längerer Kriegsdauer ein Eingreifen Englands fürchtete, doch endlich entschlossen, Paris zu beschießen, um die Übergabe zu beschleunigen, nachdem schon längst ein gewaltiges Geschützmaterial aus den deutschen Festungen unter großen Schwierigkeiten hereigeschafft worden war. Kaum hatten die Belagerungstruppen nach deutscher Weise ihr Weihnachten vor Paris gefeiert, von der Heimat mit „Liebesgaben" überschüttet, da begann am 27. Dezember das Feuer der schweren Belagerungsgeschütze zuerst gegen den Mont Avron und die Forts der Ostfront, am 5. Januar 1871 auch gegen die Südfront. Um so nachdrücklicher wurden die Anstrengungen der französischen Provinzialheere zur Rettung der bedrängten Hauptstadt. Aber am 18. und 19. Januar 1871 schlug Goeben bei St. Quentin Faidherbe aufs Haupt; im Süden zersprengte Prinz Friedrich Karl in der Schlacht bei Le Mans 10.—12. Januar die Loirearmee Chanzys. Im Südosten, wo das starke Belfort schon seit dem November eingeschlossen war, behauptete Werder nur mit Mühe seine Stellung gegen Garibaldis buntgemischte Freischaren und andere Truppen und mußte, als Bourbaki mit der neuen Ostarmee von der Loire heranzog, um Belfort zu entsetzen und in Süddeutschland einzubrechen, zur Deckung dieser Belagerung und des Elsaß bis an die Lisaine im Westen der Festung zurückgehen. Hier aber wehrte er in bewundernswerter Weise mit wenig über 40 000 Mann in den Tagen des 15.—17. Januar die stürmischen Anläufe der 100 000 Franzosen Bourbakis ab, und da ihnen inzwischen eine neue deutsche Südarmee unter Manteuffel über die verschneite Côte d'Or in

den Rücken kam, so wurden Bourbakis Truppen schließlich am 1. Februar bei Pontarlier zum Übertritt in die neutrale Schweiz gedrängt, wo man sie entwaffnete.

Nunmehr war das Schicksal von Paris entschieden. Am 19. Januar schlugen die Belagerer einen letzten verzweifelten Ausfall nach der Westseite in der Richtung auf Versailles zurück, am 21. begann die Beschießung auch auf der Nordfront. Da, unter dem Eindrucke der Hiobsposten aus den Provinzen und die Hungersnot dicht vor Augen, suchte die Pariser Regierung, von J. Favre und A. Thiers vertreten, um Einstellung des Kampfes nach. Am 26. Januar mitternachts schwieg das Feuer, und am 28. Januar wurde ein Waffenstillstand auf drei Wochen unterzeichnet, um den Franzosen Frist zu geben, eine anerkannte Regierung herzustellen, mit der man verhandeln könne. Die Besatzungsarmee von Paris blieb innerhalb der Wälle kriegsgefangen und lieferte bis auf die Nationalgarde und 12 000 Mann Linientruppen die Waffen ab; die Außenforts wurden geräumt und am 29. Januar den Deutschen übergeben.

Inzwischen hatten sich die teuersten Hoffnungen aller guten Deutschen erfüllt. Unter dem Eindruck der gemeinschaftlichen Siege des August und September hatten die süddeutschen Staaten nach dem Vorgange des Großherzogs Friedrich von Baden die Verhandlungen über ihren Eintritt in den Nordbund begonnen, die unter Teilnahme Rudolf Delbrücks, des Präsidenten des Bundeskanzleramts, bald nach Versailles verlegt wurden, und am 15. November unterzeichnete hier Bismarck die Verträge mit Baden und Hessen-Darmstadt, am 23. mit Bayern, am 25. mit Württemberg. Diese beiden Königreiche behielten ihre selbständige Post- und Telegraphenverwaltung, das württembergische (dreizehnte) Armeekorps trat in dasselbe Verhältnis wie das zwölfte (königlich sächsische), die bayrischen Truppen sollten nur im Kriegsfalle unter den Oberbefehl des Bundesfeldherrn treten, der aber auch im Frieden das Recht der Inspektion ausüben sollte, und aus den Gesandten der drei Königreiche wurden ein Ausschuß für die auswärtige Politik gebildet. Trotz mancher Bedenken auf beiden Seiten war der nationale Zug doch so stark, daß der norddeutsche Reichstag (am 9. Dezember) und die Landtage von Hessen, Baden und

Württemberg die Verträge mit großer Mehrheit annahmen, der bayrische endlich auch am 21. Januar 1871 mit einer reichlichen Zweidrittelmajorität. Unerwartet dieses Beschlusses übertrug „Deutschlands einträchtiger Fürstenrat“ auf die Anregung des Königs Ludwig von Bayern unter der freudigen Zustimmung des norddeutschen Reichstags, die wieder Eduard Simson nach Versailles überbrachte (18. Dezember), dem König Wilhelm, dem ehrwürdigen Haupte des deutschen Fürstenstandes, die Würde des erblichen deutschen Kaisers. Also wurde er am 18. Januar 1871 im Spiegelsaale des Königsschlosses von Versailles, umgeben von Vertretern aller deutschen Fürstengeschlechter und von den Fahnen seines Heeres, feierlich zum Kaiser ausgerufen. Eine Entwicklung von Jahrhunderten war damit zum ruhmvollen Abschluß gelangt, der Traum aller besten Geister, die Sehnsucht der Männer von 48 in Erfüllung gegangen: in halb bündischen, halb einheitsstaatlichen Formen hatte die Krone Preußen ein nationales Reich deutscher Nation begründet; der preußische Staat mit seiner straffen Gliederung war, ohne selbst erdrückt zu werden, oder die andern zu meistern, eingeordnet in den großen nationalstaatlichen Zusammenhang; neben dem preußischen Parlament in seiner den eigenen Bedürfnissen angepaßten Art stand das demokratische der Gesamtheit; die Träger der preußischen Krone konnten, zumal durch den Bundesrat, die politischen Gegensätze überbrücken, und die geistigen Führer der Nation durch kulturellen Ausgleich für die Zukunft eine Einheitlichkeit des deutschen Lebens vorbereiten, an der es zunächst noch fehlte, die zu erreichen aber ein edles und hohes Ziel war.

Am 26. Februar schloß das neue Reich seinen ersten, glorreichen Frieden ab, den Vorfrieden von Versailles. Frankreich trat das Elsaß (ohne Belfort) und ganz Lothringen mit Metz an Deutschland ab und versprach 5 Milliarden Franken Kriegskosten zu zahlen, bis zu deren Abtragung deutsche Truppen in Frankreich stehen bleiben sollten. Am 1. März besetzten 30 000 Mann Deutsche einen Teil von Paris, am 2. nahm die Nationalversammlung in Bordeaux den Vertrag an, am 3. März unterzeichnete ihn Kaiser Wilhelm. Und nun läuteten durch das ganze Reich die Kirchenglocken den Frieden ein, die Städte erglänzten im Schimmer der Illumination, und von den Häusern

wehten die ruhmgekrönten Fahnen des neuen Reichs. Der endgültige Abschluß des Friedens wurde nur dadurch verzögert, daß sich am 18. März in Paris, von den deutschen Sozialdemokraten freudig begrüßt, der längst drohende sozialdemokratische Aufstand der „Kommune“ erhob. Doch noch ehe er unter entsetzlichen Greueln zu Ende ging (28. Mai), vereinbarte Fürst Bismarck am 10. Mai 1871 in Frankfurt a. M. mit J. Favre und Pouyer-Quertier den endgültigen Frieden. Die jubelnde Heimkehr der siegreichen Truppen und der Siegeseinzug der Garden mit Teilen aller deutschen Armeekorps in der Reichshauptstadt am 16. Juni bildeten den eindrucksvollen Abschluß der deutschen Einheitskriege.

Gewiß war Großes, Gewaltiges erreicht worden; überblickt man aber die Folgezeit, so muß man es heute als eine schmerzliche Tragik empfinden, daß aus Gründen seiner Sicherheit Deutschland sich nicht, wie einst Preußen 1866, in der Annexionsfrage bescheiden mochte. Bismarck und auch der Großherzog von Baden hatte Metz und die französisch redenden Teile Lothringens den Franzosen lassen wollen, aber die Militärs erhoben Widerspruch, obwohl ohne Belfort, das man doch nicht erobert hatte, die neue strategische Linie der Vogesen ein bedenkliches Loch aufwies. Die Warner hatten recht: so stürmisch der Wille des Volkes sich kundgab, die einst geraubten herrlichen Lande dem neu entstehenden Reiche völlig wieder einzugliedern, so schmerzlich der Verzicht auf einen Teil des leuchtenden Siegespreises und ein Wiedergutmachen der Sünden der früheren deutschen Geschichte hätte sein müssen: in der Annexion des ganzen Elsaß-Lothringen lag bei dem ehrsüchtigen Charakter der Franzosen der Keim eines neuen Krieges, und die Tatkraft der deutschen Staatskunst wurde in den folgenden Jahrzehnten auf das empfindlichste durch die dauernde Rücksichtnahme auf die französische Revanchelust gehemmt. Bismarck kannte keine größere Sorge als die Isolierung Deutschlands und die Verbrüderung von Franzosen und Russen, stellte deshalb alle Aufgaben über See zurück, blieb bei einer kontinentalen, vorsichtig ausbalancierten Politik und richtete seine inneren Maßnahmen unter diesem Gesichtspunkt auf eine stete Vermehrung der Wehrkraft, die dann wieder bei den Nachbarn Gegenmaßregeln hervorrief und die Spannung vermehrte. Freilich, wer

will sagen, daß Frankreich jemals auch den Verlust rein deutscher Gebiete verschmerzt hätte? Aber die Lügenpropaganda der späteren Jahrzehnte wäre in der Welt wohl nicht auf so fruchtbaren Boden gefallen, hätte man die nationale Scheidung sorgfältig durchgeführt und die Sprachgrenze genau beobachtet. So konnte der Brutofen des Hasses immer von neuem geschürt werden, die Wetterzeichen standen dauernd auf Sturm, und als nach des großen Reichsgründers Abtreten eine dilettantische Politik die behutsame Stellung aufgab und sich „mit Volldampf" in das große Gewoge der Weltpolitik allzu hastig hineinstürzte, ohne den Weg zu mindestens einer der beiden Weltmächte England und Rußland sich offen zu halten, erreichten die Franzosen das mit anerkennenswerter Zähigkeit verfolgte Ziel der Wiedergewinnung und wurden zugleich die Herren in Europa, das Werk Bismarcks aber wurde in Trümmer geschlagen und konnte nur als traurige Ruine von dem Glanze jener Tage künden, denen es seine Entstehung verdankte.

Der Ausbau des Deutschen Reichs 1871—1888.

Zum erstenmal in der Geschichte waren die Deutschen zu einem nationalen Reiche vereinigt, das nicht die Fortsetzung des römischen Reiches und seiner universalen Traditionen sein, sondern sich auf die nationalen Grundlagen und Ziele beschränken wollte. Allerdings war es nicht möglich gewesen, die ganze zusammenhängend wohnende Masse des deutschen Volkes politisch zu einigen; die Grenzen des Deutschen Reiches fielen nicht zusammen mit den Grenzen des deutschen Volkstums und der deutschen Kultur. Wie sich früher schon die Niederlande und die Schweiz vom Gesamtkörper der Nation politisch getrennt hatten, so waren jetzt die deutsch-slawischen Länder Österreichs ausgeschieden. Dafür waren das Elsaß mit Lothringen, Schleswig und die östlichsten preußischen Provinzen erst jetzt in den deutschen Staatsverband aufgenommen worden. Von den drei natürlichen Teilen Deutschlands umfaßte das neue Reich das norddeutsche Tiefland mit den angrenzenden Mittelgebirgen und den größten Teil des Rheingebiets, vom Donaugebiet nur den oberen, westlichen Abschnitt, von den deutschen Alpen nur einen schmalen Saum; alle großen Alpenpässe, auf deren Beherrschung das mittelalterliche Reich das größte Gewicht gelegt hatte, lagen außerhalb der neuen Reichsgrenze, und die militärisch-politische Position am Mittelmeer, die Österreich erworben hatte, war mit seinem Ausscheiden aufgegeben. Auch das frühere starke Zuströmen reichsdeutscher Kräfte nach Österreich hörte nun fast gänzlich auf. Dagegen wurden die wirtschaftlichen Beziehungen dadurch nicht nachteilig beeinflußt, weil eine zollpolitische Einheit auch vorher nicht vorhanden gewesen war, und die Kultur, die Österreich nach wie vor die Donau abwärts trug bis in die Balkanhalbinsel hinein, war auch weiterhin im Kerne deutsch. In dieser Beziehung blieb der alte Dualismus; die beiden aus dem alten deutsch-römischen Reiche hervorgegangenen mitteleuropäischen

Großmächte teilten sich, ähnlich wie im zwölften Jahrhundert die Welfen und die Hohenstaufen, in die Aufgaben der deutschen Nation. Was nun das neue Reich an räumlicher Ausdehnung hatte aufgeben müssen, das ersetzte es durch die innere Zusammenfassung der nationalen Kräfte, die eben nur auf diesem beschränkten Raume möglich gewesen war, und indem es zu zwei Dritteln protestantisch war, sicherte es dadurch auch die Selbständigkeit der protestantischen Kultur, die in einem das deutsche Österreich mit umfassenden Reiche dem mächtig aufstrebenden Katholizismus gegenüber leicht in Nachteil geraten wäre.

Die Niederlage der ersten europäischen Großmacht und die Aufrichtung der deutschen Zentralmacht mußte für die europäischen Verhältnisse von einschneidender Bedeutung sein. Schon während des Krieges trat das hervor. Nach dem Sturze des napoleonischen Kaisertums besetzten die Italiener am 20. September 1870 Rom, das die Franzosen Ende Juli geräumt hatten, und vollendeten damit ihre nationale Einheit. Auch Rußland nutzte die Gelegenheit der europäischen Spannung für sich aus; es duldete die Niederwerfung Frankreichs, wenn auch die Sympathien des Volkes durchaus auf französischer Seite waren und politische Heißsporne die Intervention forderten; aber es zerriß durch eine Note vom 1. Oktober den Vertrag über die Neutralisierung des Schwarzen Meeres, ein Hauptergebnis des Krimkrieges, und der Zar knüpfte sein persönliches Verhältnis zu der preußischen Dynastie fester, wie das den Interessen beider Reiche entsprach. Die Panslawisten freilich freuten sich der dauernden Entzweiung Frankreichs und Deutschlands und sahen schon damals jenseits der Vogesen den kommenden Bundesgenossen. Österreich war bereit gewesen, in den Krieg an Seiten Frankreichs einzutreten, aber die schnellen und großen deutschen Waffenerfolge hatten es bald ernüchtert; jetzt näherte es sich, seine seit 1866 befolgte Politik aufgebend, dem Deutschen Reich, und schon im September 1871 trafen beide Kaiser, zum erstenmal seit 1865, in Salzburg wieder miteinander zusammen. Auch nach dem Rücktritte des Grafen Beust am 1. November 1871 hielt sein Nachfolger Graf Julius Andrassy aus innerster Überzeugung an diesem Verhältnis fest, das sein Vorgänger nur als eine politische Notwendigkeit be-

gründet hatte, und bei der Dreikaiserzusammenkunft in Berlin im September 1872 trat das Einvernehmen der drei Ostmächte in dem „Dreikaiserbündnis" in die äußere Erscheinung. Freilich täuschte sich Bismarck keineswegs darüber, daß er Rußlands nicht sicher sei, und daß es Frankreich heimlich ermutige und stütze. Immerhin drohte von hier aus zunächst keine ernste Gefahr. Auch Italien, von dem Drucke der französischen Vorherrschaft befreit, näherte sich den drei Mächten, und König Viktor Emanuel von Italien tauschte mit den Herrschern Deutschlands und Österreichs Besuche aus (1873 und 1875). Der Schwerpunkt der europäischen Politik lag in der deutschen Reichshauptstadt.

Aber nicht um Europa zu beherrschen, sondern um für Deutschland und Europa den Frieden zu bewahren, benutzte Bismarck, nunmehr zum Fürsten ernannt, das Übergewicht Deutschlands; eine so unerhörte Mäßigung nach unerhörten Siegen, daß die Welt sich nur schwer gewöhnte, daran zu glauben. Der Friede aber beruhte darauf, daß Frankreich in der Isolierung erhalten wurde, in die es der Krieg gebracht hatte, denn nur dann zähmte es sein glühendes Verlangen nach „Revanche". Aus der tiefen Zerrüttung richtete es sich unter der Leitung von Adolf Thiers mit überraschender Kraft empor, und Bismarck tat alles, was er konnte, diesen Minister zu halten, weil er von einer monarchistischen Regierung eine Kriegsgefahr fürchtete; er geriet dadurch in einen schroffen Gegensatz zu dem ehrgeizigen Botschafter Grafen von Arnim, der eigene Politik im entgegengesetzten Sinne trieb, die offiziellen Weisungen nicht beachtete, durch Immediatberichte den Kaiser auf seine Seite zu ziehen suchte und an dem Sturze Thiers (24. Mai 1873) nicht unschuldig war. Er hat dafür als Landesverräter büßen müssen. Erst als unter der Präsidentschaft des Marschalls Mac Mahon, des „glorreich Besiegten" von Sedan, der Versuch, die Monarchie des Hauses Bourbon-Orleans in der Person des Grafen Heinrich von Chambord wieder herzustellen, im Oktober 1873 gescheitert war, befestigte sich die französische Verlegenheitsrepublik. Sie gebärdete sich freilich auch kriegerisch, machte enorme Rüstungen und benutzte einen blinden Presselärm im Jahre 1875, um in England und Rußland, die beide die Erstarkung Deutschlands mit scheelen Augen ansahen,

die antideutschen Stimmungen aufzupeitschen, als wolle Deutschland über Frankreich herfallen, um es zu zerschmettern, ehe es sich von dem Zusammenbruch erholt habe. Und schon damals warf die Konstellation von 1914 ihre düsteren Schatten voraus: Lord Derby ereiferte sich und versicherte, die englische Regierung würde ihre Schuldigkeit tun, und der Russe Gortschakow, auf Bismarck, „seinen Schüler" eifersüchtig, spielte sich als Retter Frankreichs auf, während Bismarck die Idee eines Präventivkrieges, für die die hohen Militärs wohl zu haben gewesen wären, mit Energie zurückwies. Das Dreikaiserbündnis aber war damit innerlich erledigt, wenn es auch formell nicht aufgehoben wurde. In Frankreich aber brachte erst die Abdankung des im Herzen monarchisch gesinnten Marschalls Mac Mahon 30. Januar 1879) ehrliche Republikaner (Julius Grevy, Leon Gambetta) ans Ruder. Freilich eine wahre Demokratie begründeten sie keineswegs, sondern ein Geldoligarchie von Börsenmännern und Advokaten, in der fortwährend neben den finanziellen Interessen der verschiedenen Unternehmergruppen die unversöhnlichen prinzipiellen Gegensätze des Klerikalismus und des religiösen Liberalismus der „Freidenker" miteinander rangen, und deren einzige einigende Idee die „Revanche" blieb. Aber bündnisfähig wurde Frankreich nicht; eine wirkliche Großmacht war es noch nicht wieder: der treibende Gedanke seiner Politik blieb aber seit 1875 ein Bündnis mit Rußland, das ihm 1875 so freundlich zugewinkt und tatsächlich auf Deutschland einen Druck im Sinne des Friedens ausgeübt hatte.

Und diese Lage wurde kritischer, als sich das Verhältnis Deutschlands zu Rußland ernstlich lockerte. Denn immer stärker wurde dort der Einfluß der Panslawisten, die eine radikale Demokratie unter dem nationalen Despotismus des Zaren aufzurichten und mit ihr den „verfaulten Westen" durch die Weltherrschaft des jugendlichen Slawentums unter der Leitung des orthodoxen Rußlands zu verjüngen gedachten, auf diesem Zukunftswege aber das Deutsche Reich und Österreich als das stärkste Hindernis erkannten. Nun führte der russisch-türkische Krieg, ein Kreuzzug für die Befreiung der christlichen Balkanvölker, 1877/78 nur zu einem halben Erfolge.

Der Haß zwischen Türken und Christen hatte zu Aufständen in der Herzegowina geführt, die, von bestialischen Greueln be-

gleitet, sich bald nach Bulgarien und Mazedonien fortpflanzten. Die Serben und Montenegriner begannen als Vorhut Rußlands den Befreiungskrieg. Die europäischen Mächte mischten sich ein. Rußland spielte zuerst mit der Möglichkeit eines Krieges auch gegen Österreich, holte sich aber bei der Sondierung Bismarcks eine Abfuhr und lehnte seinerseits die Gegenfrage, ob es die Garantie für Elsaß-Lothringen übernehmen wolle, rundweg ab (November 1876); es bot nun Österreich Bosnien und die Herzegowina an, um im Rücken gedeckt zu sein (1876); dann begann es 1877 nach schweren Niederlagen der Serben den Krieg mit der Türkei. Aber die russischen Operationen kamen vor Plewna zum Stillstand, und erst mit rumänischer Hilfe gelang die Eroberung der Festung und der Vormarsch auf Konstantinopel. Nur die Entschlußlosigkeit der Russen rettete die Hauptstadt, die glatt hätte genommen werden können. Auch in Armenien bedrängt, gab die Türkei nach und willigte im Frühjahr 1878 in den Frieden von San Stefano, der ein großes bulgarisches Reich aus allen eroberten Gebieten unter türkischer Oberhoheit, aber russischer Vorherrschaft schuf, Serbien, Montenegro und Rumänien für unabhängig erklärte und nur das Gebiet um Konstantinopel, das isolierte Albanien und das zum Freihafen erklärte Saloniki den Türken in Europa ließ. Aber England als Mittelmeer- und Österreich als Donaumacht waren zum Kriege entschlossen, um die neue Machtverschiebung zu hintertreiben; und Bismarck lehnte das angebotene feste russische Bündnis ab, so daß der Zar nachgeben mußte. Der Kongreß von Berlin (13. Juni bis 13. Juli 1878) unter Bismarcks Vorsitz nötigte die Russen, sich mit einer bescheidenen Gebietserwerbung in Asien, der Vorschiebung ihrer Grenze bis an die Donaumündungen (auf Kosten Rumäniens, das Bessarabien gegen die wertlose Dobrutscha austauschen mußte, aber wie Serbien und Montenegro unabhängig wurde) und der Bildung zweier bulgarischer Vasallenstaaten (Bulgarien und Ostrumelien) zufrieden zu geben. Dagegen erhielt Österreich die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, die freilich erst nach schweren Kämpfen mit den zurückgebliebenen türkischen Truppen und dem mohammedanischen Adel des Landes durchgeführt werden konnte, und das Besetzungsrecht im Sandschak Novibazar, dem Landstrich

zwischen Serbien und Montenegro, d. h. den freien Zugang nach Saloniki.

Aus reiner Friedensliebe hatte Bismarck auf Wunsch der Russen das heikle Vermittleramt übernommen, um einen Krieg zu vermeiden, in den auch Deutschland hineingezogen werden konnte. Rußland wäre sicher geschlagen, aber nicht vernichtet worden; Dank von England und Österreich hätte auch eine deutsche Neutralität nicht gebracht; wohl aber die dauernde Feindschaft Rußlands. Aber auch die Vermittlung erschütterte das Verhältnis Deutschlands zu Rußland auf das schwerste; denn die Siege Rußlands wurden rücksichtslos von England, Österreich und Frankreich ausgenutzt, und der tiefe Groll der Russen richtete sich gegen den „ehrlichen Makler".

Dieser Berliner Kongreß, äußerlich der Höhepunkt der deutschen Großmachtstellung, ist eine der letzten Ursachen des Weltkrieges geworden. Denn der Zar gab Bismarck die Schuld an dem Mißerfolge, obwohl die entscheidenden Zugeständnisse in Wiener und Londoner Sonderverhandlungen vorher gemacht worden waren. In den verbitterten Kreisen der russischen Zeitungspolitiker kam jetzt das Schlagwort auf, der Weg nach Konstantinopel gehe durch das Brandenburger Tor, und schon im August 1879 klopfte man in Paris an, wo die Woge der Revanchebewegung gewaltig anschwoll, freilich zunächst ohne Erfolg, da die Einverleibung von Tunis vorbereitet wurde, auf die Bismarck selbst die begehrlichen französischen Blicke gelenkt hatte, um sie vom Rheine abzuwenden. Um dem russischen Gegendruck die Spitze zu bieten, zog Bismarck nunmehr die schwächere Donaugroßmacht an sich heran, die schon Anlehnung an die Westmächte suchte, und schloß nicht ohne heftiges Widerstreben seines zu Rußland neigenden kaiserlichen Herrn am 7. Oktober 1879 in Wien mit Graf Andrassy das deutsch-österreichische Verteidigungsbündnis. Beide Kaiserreiche sicherten einander den vollen Beistand zu, falls eins von ihnen von Rußland angegriffen würde, in jedem Kriege aber freundliche Neutralität, die sich zu aktiver Hilfe zu steigern habe, falls Rußland auch nur durch militärische Demonstrationen den Feind unterstütze. Damit war der 1849 geplante „weitere Bund", die völkerrechtliche Verbindung Österreichs mit dem deutschen Bundesstaate vollzogen. Sie erneuerte sich 1883 und

zog (am 20. Mai 1882) nun auch Italien heran, das über die Fortnahme von Tunis durch Frankreich erbittert war; und ebenso Rumänien, das über den Verlust von Bessarabien erzürnt war (Herbst 1883) und dem bei einem russischen Angriff Hilfe zugesagt oder umgekehrt aufgelegt wurde. Es war selbstverständlich, daß beide Staaten ihre Irredentahoffnungen vorläufig begraben mußten, und das war eine bedeutende Stärkung des österreichischen Bundesgenossen; andrerseits war die Bindung dieser Außenposten loser und mußte es sein wegen ihrer gefährdeten Lage.

Fortan bildete für Jahrzehnte der mitteleuropäische Dreibund das festeste Bollwerk des europäischen Friedens. Den Tschechen und Südslawen war der deutsch-österreichische Bund ein Dorn im Auge; aber für die Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen war er Herzenssache. In der Tat hat er die Deutschen in Österreich wenig gefördert, Deutschland zwar zum festen Kern Mitteleuropas gemacht, es aber auch an einen Bundesgenossen gefesselt, der im Ernstfalle bald genug versagte; für Österreich aber hat er die Katastrophe immerhin um Jahrzehnte hinausgeschoben und ebensolange den europäischen Frieden erhalten. Bismarck konnte nicht anders handeln. Er mußte den blutsverwandten Nachbar stützen. Denn wurde Österreich durch Rußland zerdrückt, so wuchs für Deutschland die russische Gefahr ins Ungeheure. Ein Bund mit England war nicht zu haben, zumal der Umschwung der Wirtschaftspolitik im Jahre 1879 durch die Schutzzölle die Einfuhr englischer Waren erschwerte und die wachsende Industrialisierung Deutschlands schon damals die Engländer ebenso beunruhigte, wie sie die Abkehr Bismarcks von den Nationalliberalen und die Betonung konservativer Regierungsgrundsätze in ihrem demokratischen Empfinden verletzte. Andrerseits hätte ein unbedingter Anschluß an Rußland Deutschland zu einer Macht zweiten Ranges und zum Helfer wider Willen bei der Vernichtung der Türkei und Österreichs herabdrücken müssen. Mit Petersburg sollte freilich der Draht nicht abgerissen werden; unter keinen Umständen sollte Deutschland zwischen den drohenden Bund von Rußland und Frankreich in die Mitte genommen werden: das zu verhindern, war der höchste Gesichtspunkt Bismarckscher Politik; wenn es möglich gewesen wäre, hätte er auch gern das

Dreikaiserbündnis erneuert. Es kam auch wirklich wieder zu einer äußerlichen Annäherung, zumal die Friedfertigkeit der bismarckischen Politik auf der Hand lag.

Schon im Frühjahr 1880 begann Rußland neue Verhandlungen, und obwohl nach der schrecklichen Ermordung Kaiser Alexanders des Zweiten am 13. März 1881 durch Nihilisten mit seinem Sohne Alexander dem Dritten (1881—1894) der deutschfeindliche Panslawismus in Rußland ans Ruder kam, gelang es, am 18. Juli 1881 ein Einvernehmen der drei Kaisermächte in der Form zu finden, daß sie einander zusicherten, den Frieden zu bewahren und im Falle von Zwistigkeiten zunächst untereinander einen friedlichen Ausgleich zu versuchen. Es gelang auch, diesen Vertrag nach seinem Ablauf im Jahre 1884 auf weitere 3 Jahre zu verlängern. Aber das Wiederauftauchen der bulgarischen Frage machte die Lage schwierig und ließ seit 1885 viele Jahre lang kriegerische Verwicklungen befürchten.

Fürst Alexander von Battenberg, der dort seit 1874 als türkischer Vasall regierte, wollte sich in Übereinstimmung mit seinem Volke den russischen Einflüssen entziehen, die nach dem Sinn die Berliner Verträge übermächtig wurden. Bismarck hatte die Balkanhalbinsel in eine östliche russische und eine westliche österreichische Interessensphäre unter Ausschluß deutschen Ehrgeizes trennen wollen; Alexander aber ließ sich von den Engländern ermutigen, gegen die Russen Front zu machen, zettelte eine Empörung in Ostrumelien an, vereinigte dieses Land mit seinem Reiche, und warf den serbischen König Milan, der nunmehr Gebietsabtretungen verlangte, nieder. Österreich stützte Milan, Rußland aber entthronte Alexander durch eine Militärverschwörung, und Bismarck stützte die russische Politik. Trotzdem lehnte Rußland 1887 die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses kühl ab, zumal auch Österreich freie Hand im Orient behalten wollte. Die Spannung wurde größer, als die Bulgaren im Sommer dieses Jahres einen österreichischen Offizier, den Prinzen Ferdinand von Koburg-Cohary, in offensichtlicher Auflehnung gegen Rußland zu ihrem Fürsten wählten. Obwohl Bismarck dieser Wahl unfreundlich gegenüberstand, glaubte der Zar auf Grund gefälschter Briefe an ein heimtückisches Spiel. Erst als es Bismarck bei einer zufälligen privaten Anwesenheit des Zaren gelang, diesen von der Fälschung

zu überzeugen, kam ohne Kenntnis Österreichs der berühmte Rückversicherungsvertrag (18. Juni 1887) zustande.

Er sicherte Rußland freundschaftliche Neutralität zu, falls es von einer dritten Macht, d. h. von England oder Österreich, angegriffen werden sollte, und umgekehrt gewann Deutschland die russische Neutralität im Fall eines Angriffs von seiten einer dritten Macht, d. h. Frankreichs. Das war für Bismarck der Kernpunkt des Vertrages: Rußland und Frankreich auseinanderzuhalten. Er wollte sich nicht in die Netze der österreichischen Balkanpolitik verstricken, wiederum auch die befreundete Kaisermacht keineswegs im Stiche lassen, sie aber von einer aggressiven Politik gegen Rußland abhalten. Formell wurde der Dreibundvertrag durch diese Rückversicherung nicht verletzt, da er nur bei einem russischen Angriff gelten sollte; im Grunde hatte sie doch eine Spitze gegen Österreich, zumal im Ernstfalle schwer zu entscheiden war, wer der Angreifer wäre, ferner in geheimen Artikeln gegen den Battenberger Stellung genommen und wohlwollende Neutralität Deutschlands für den Fall zugesichert wurde, daß Rußland Konstantinopel nehme und die Zugänge zum Schwarzen Meere besetze. Andrerseits wollte Bismarck Rußland wieder in Schach halten; es mußte jetzt wissen, daß er nie auf seiner Seite gegen Österreich stehen würde, das er als vollwertige Macht erhalten wolle. Gleichzeitig wollte er durch den Neutralitätsvertrag den Engländern nahe legen, sich dem Dreibunde zu nähern, damit sie nicht ins Hintertreffen gerieten.

Und tatsächlich kam mit seiner Unterstützung eine Entente zwischen Italien und England zustande, die als Mittelmeermächte das gemeinsame Interesse hatten, hier den Status quo zu erhalten, d. h. eine allzu große Ausdehnung Frankreichs in Nordafrika zu verhindern, und die Russen nicht bis an das Mittelmeer vordringen zu lassen (12. Februar 1887). Den Italienern versprach er bei der Erneuerung des Dreibundes (20. Februar 1887), auch bei nur wohlwollender Neutralität im Falle eines österreichisch-russischen Krieges, sobald Österreich auf dem Balkan Gebiet erwerbe, auch ihrerseits Kompensationen (d. h. Albanien) und für den Fall eines italienisch-französischen Krieges über nordafrikanische Fragen militärische Unterstützung durch Deutschland und eventuelle Gebietserweiterungen (d. h.

Nizza). Es gelang ihm ferner, den Österreichern den Anschluß an den englisch-italienischen Vertrag zu verschaffen, so daß eine englische Flotte im Falle auch eines russisch-österreichischen Krieges am Bosporus mitwirken sollte (März und Dezember 1887, es blieb dabei bis 1895). Da auch Spanien an die Mittelmeerentente herangezogen wurde (4. Mai 1887), ferner Österreich 1881 mit Serbien, Deutschland und Österreich 1883 mit Rumänien, dem für den Fall eines russischen Angriffs Hilfe zugesagt ward, Freundschaftsverträge abgeschlossen hatten, schien ein zwar kompliziertes, aber auch wieder elastisches Netz von Sicherungen für den europäischen Frieden vorhanden zu sein.

Neben den kontinentalen Gegensätzen von Deutschland und Frankreich und von Rußland und Österreich boten die Weltgegensätze von Rußland und England und Frankreich und England für die Bismarcksche Politik Klippen und Richtpunkte zugleich. Deshalb versuchte der Kanzler während dieser Jahre sein Bündnissystem zur Erhaltung des Friedens auch direkt auf England auszudehnen. Schon 1875, als Gortschakow intrigierte, und wieder auf dem Berliner Kongreß, während der neuen Trübung des Verhältnisses zu Rußland, nahm er Fühlung wegen eines deutsch-englischen Schutzbündnisses, in das auch Österreich hineingezogen werden sollte. Denn Rußland und England führten damals mit großer Energie ihre Ausdehnungspolitik fort und standen sich in Asien als drohende Konkurrenten gegenüber. Mit dem Sturze des Liberalen Gladstone, der von 1868 bis Februar 1874 die englische Politik im Sinne des Freihandels und der Kolonialmüdigkeit, der Völkerversöhnung und des Weltfriedens geführt hatte, begann unter Disraeli und Salisbury eine neue Periode steigender Machtentwicklung und des Strebens, möglichst viel von der unaufgeteilten Welt für England in Anspruch zu nehmen. Der Aufkauf der Suezaktien 1875 leitete die Durchdringung Ägyptens mit englischen Beamten und Offizieren ein, es folgte die Unterjochung der Burenstaaten Oranje und Transvaal 1877, die Knebelung von Beludschistan und Afghanistan 1878 und die Eroberung des Zululandes 1879. Dann wurde Rußland, der Konkurrent in Afghanistan, auf dem Berliner Kongreß seiner Erfolge beraubt und Zypern mit Beschlag belegt; andrerseits ein gutes Verhältnis zu Deutschland für wichtig befunden. Wenn auch ein neues Kabinett Gladstone den Buren die

Freiheit wiedergab (1880), so wurde die Entwicklung der Machtpolitik nur verlangsamt, das Ziel nicht aufgegeben. Ägypten wurde 1882 nach dem Bombardement Alexandrias besetzt, seine Finanzgebarung kontrolliert und der nicht ganz glükkende Versuch gemacht, den englischen Machtbereich tief nach Süden, bis in den Sudan auszudehnen, dann im Jahre 1884 Betschuanaland genommen. In allen diesen Fragen suchte trotz persönlicher Abneigung Gladstone eine freundliche Haltung Bismarcks, der eben dadurch den Gegensatz zwischen England und Frankreich vertiefte und die Hände für eigenen Kolonialerwerb freibekam (1884), aber, da ein fester englischer Bund nicht zu haben war, gleichzeitig durch die Erneuerung des Dreikaisereinvernehmens den Russen den Rücken in Europa deckte, so daß sie in Zentralasien in dem Kampf um den Einfluß in Afghanistan den Engländern kräftiger entgegentreten konnten.

Wiederum im Einverständnis mit England ermutigte er die Franzosen 1878 Tunis zu nehmen (s. S. 68), das er früher vergeblich den Italienern angeboten hatte; es sollte Frankreichs Blicke von der Rheingrenze auf große kolonialpolitische Möglichkeiten lenken und zugleich einen Ausgleich bilden für den Erwerb Zyperns durch die Engländer und Bosniens durch die Österreicher; daneben sollten die Italiener, die dieses von ihren Landsleuten kolonisierte Gebiet nun verloren, zum Anschluß an Deutschland und Österreich reif werden; dieser erfolgte dann auch 1882 und bildete zugleich eine Brücke zu England, mit dem Italien bei seiner langen Küste immer gut zu stehen trachten mußte, nahm es doch die kolonialen Pläne Frankreichs übel auf und schloß später (1887) (s. S. 71) eben darum mit England eine Entente. So wurde Frankreich systematisch isoliert, freilich aber auch durch die bald auch in Afrika und Asien einsetzende Kolonialpolitik finanziell und militärisch mit steigenden Machtmitteln ausgerüstet. Bismarck hatte nichts dagegen, daß die Franzosen 1883 sich durch einen Vertrag mit dem Kaiser von Anam in Hinterindien festsetzten, 1884 China zum Verzicht auf Tonking zwangen und 1885 das Protektorat über Madagaskar erklärten; es freute ihn vielmehr, daß dadurch Englands Eifersucht rege wurde, und er ließ es 1884 auf der Berliner Kongokonferenz Französisch-Kongo gewinnen. Trotzdem kam 1885 nach dem Sturz des deutschfreundlichen Ministers Ferry der

alte Haß gegen Deutschland zum Durchbruch; der revanchelüsterne Kriegsminister Boulanger übernahm das Kabinett, pflegte die politischen und finanziellen Beziehungen zu Rußland ostentativ, und nur eine erhebliche deutsche Heeresverstärkung im Jahre 1887, die Erneuerung des Dreibundes und Bismarcks Mäßigung, der einen verhafteten Spion Namens Schnäbele freiwillig herausgab, verhinderten den Krieg. England hätte diesen nicht ungern gesehen; es hatte Rußland und Frankreich eine tüchtige Niederlage durch den Dreibund gegönnt, als dessen stiller Teilhaber es galt, und war bereit (4. Februar 1887), den deutschen Heeren den Durchmarsch durch Belgien zu gestatten. Zu einem festen Bündnisse mit Deutschland, über das Bismarck privatim Lord Salsbury sondierte (22. November 1887), wäre es aber auch jetzt nur willig gewesen, wenn Deutschland ganz von Rußland abgerückt wäre. Aber der große Staatsmann wollte zwar England sehr gern an den Dreibund angliedern, aber doch beiden Mächtegruppen von Wert bleiben und sich nicht an die eine oder andere unlösbar binden. Nur dadurch konnte er den Frieden Europas wahren. Das ist der letzte Sinn seiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888; es gelang ihm dadurch auch, alle Seiten, und zumal in der bulgarischen Frage den Zaren zur Mäßigung zu zwingen und gegen das Drängen eines Hofklüngels und des Generals Waldersee wie auch des jugendlichen Thronerben, des Prinzen Wilhelm, den vielen unvermeidlich scheinenden Krieg mit Rußland und Frankreich auch in den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit immer wieder abzuwenden; er war und blieb ein Gegner jedes Präventivkrieges, weil er dann den Weltbrand voraussah. Der gewaltige Meister der Diplomatie spielte die großen Mächte überlegen gegeneinander aus, hielt die Fäden der Weltpolitik fest in seiner Hand und gewann zugleich die Möglichkeit, die wachsende deutsche Wirtschaft durch eigenen Kolonialbesitz zu fördern. Er galt unbestritten als Schiedsrichter der Welt, und das Deutsche Reich bewahrte mit Bewußtsein als vermittelnde und leitende Macht für sich wie für ganz Europa den Frieden.

* * *

Dasselbe Nationalitätsprinzip, auf dem die Neugestaltung Mitteleuropas beruhte, wirkte im alten Österreich im wesentlichen auflösend. Während in Ungarn die Magyaren die Herrschaft ihres Volkstums und ihrer Sprache rücksichtslos durchsetzten und dabei an den ungarländischen Deutschen kaum Widerstand fanden, mit Ausnahme der tapferen Siebenbürger Sachsen, die wenigstens ihr deutsch-protestantisches Kirchen- und Schulwesen behaupteten, hatten die Deutschen in der Westhälfte des Reichs zur Erringung einer solchen Stellung weder die räumliche noch die nationale Geschlossenheit. Denn der größte Teil ihres Adels und ihres Klerus ging lieber mit den Slawen als mit dem kirchenfeindlichen, stark jüdischen Liberalismus der bürgerlichen Kreise. Darum dauerte das Schwanken zwischen einer slawisch-klerikal-föderalistischen und einer deutsch-liberal-zentralistischen Richtung fort. Einer kurzen Herrschaft jener Partei unter Graf Hohenwart (1871) folgte nach dem Rücktritt Beusts unter seinem Nachfolger, dem Magyaren Grafen Andrassy (14. November 1871), im Gesamtstaat die Hegemonie Ungarns, in Österreich für eine Reihe von Jahren die Herrschaft des deutschen Liberalismus unter dem Ministerium Auersperg. Dieses verwandelte 1873 im Sinne des Zentralismus den Reichsrat aus einer Versammlung von Delegierten der Landtage in eine unmittelbar gewählte Volksvertretung, an der freilich die Tschechen ihre Teilnahme hartnäckig verweigerten, und hob 1874 das Konkordat von 1855 förmlich auf, ohne damit allerdings die ultramontane Gesinnung des Klerus zu entwurzeln. Ebensowenig vermochte es zu verhindern, daß die tschechische Bevölkerung, begünstigt durch den überwiegend tschechischen Klerus, den Großgrundbesitz und die von der deutsch-liberalen Gesetzgebung geförderte Entwicklung der Industrie, immer tiefer in die deutschen Randlandschaften Böhmens und Mährens vordrang.

Endlich untergruben die deutschen Liberalen selbst ihre Herrschaft, indem sie sich aus Furcht vor einer Verstärkung des slawischen Übergewichts der im Interesse der Monarchie unumgänglichen Okkupation Bosniens 1878 kurzsichtig widersetzten. So trat im Februar 1879 das Ministerium Auersperg zurück, und Graf Eduard Taaffe, ein Jugendfreund des Kaisers, übernahm im August 1879 die Leitung mit dem Programm, die Nationalitäten durch Zugeständnisse zu „versöhnen". Als die Deutschliberalen auch noch das Heeresgesetz in der beantragten

Feststellung des Friedensstandes auf zehn Jahre ablehnten, gewährte Taaffe mit der böhmisch-mährischen Sprachenverordnung vom April 1880 dem Tschechischen zum erstenmal prinzipiell die amtliche Gleichberechtigung und ersetzte die deutsch-liberalen Mitglieder seines Kabinetts durch Tschechen und Polen. Nun schlossen sich zwar die Deutschen enger zusammen und suchten durch den deutschen Schulverein das Deutschtum namentlich an der Sprachgrenze und in den Sprachinseln zu schützen; aber in Böhmen verschärften sich die Gegensätze von Jahr zu Jahr, die Tschechen setzten 1882 auch die Zweiteilung der Prager Universität durch, und die deutsche Minderheit trat Ende 1886 aus dem böhmischen Landtage aus. Sogar die Slowenen in Krain, Südsteiermark und Unterkärnten, ein kleines Bauernvölkchen ohne Schriftsprache, erreichten die allmähliche Slawisierung ihres Schulwesens.

Dieses Zurückweichen der deutschen Kultur vor der minderwertigen Halbkultur kleiner Volksstämme war nicht so sehr eine Folge der deutschen Schwäche als des demokratisierenden Zuges der Zeit, dem die bisherige aristokratische Stellung der Deutschen als einer herrschenden Schicht über anderssprachigen Mehrheiten widersprach, und der im Parlament die Mehrheit den Slawen gab, sobald sie zusammenhielten. Daneben aber standen der zum Teil glänzende wirtschaftliche Aufschwung, die Entwicklung der Industrie namentlich in Böhmen, der Ausbau eines immer dichteren Eisenbahnnetzes, die Ausdehnung des Handels besonders in der Levante, der prächtige Umbau von Wien u. a. m. Als feste Punkte erwiesen sich schließlich in allen Wirren die durchaus natürliche geographisch-wirtschaftliche Verbindung dieser Ländermasse, die alte Tradition des Staatszusammenhanges und das Herrscherhaus, namentlich die Persönlichkeit des Kaisers Franz Joseph, der es bei gelegentlich sehr energischer Betonung seines Willens immer in merkwürdiger Weise verstanden hat, allen seinen Völkern das Gefühl zu geben, daß er allen gleich nahestehe.

* * *

In ganz anderer Weise erschienen den Deutschen im Reiche Kaiser Wilhelm der Erste und sein Reichskanzler Fürst Bismarck nicht nur als die Begründer, sondern auch als die Verkörperung

ihrer nationalen Größe. Denn dieser Hohenzoller war ein König vom Scheitel bis zur Sohle. Er vereinigte würdevolle Hoheit mit herzgewinnender Milde, fürstliches Selbstbewußtsein und soldatischen Willen mit schlichter Bescheidenheit, vorurteilslose Menschenkenntnis mit rührender Treue gegen seine großen Berater, ehrliche Frömmigkeit mit weitherziger Duldsamkeit, und er verband mit der Harmonie seines Wesens noch im höchsten Greisenalter eine wunderbare Fähigkeit, stets hinzuzulernen, sich in immer neue Aufgaben hineinzudenken und jeder gewachsen zu sein. So erwarb er die fast einmütige Verehrung aller Stämme und aller Kreise und wuchs allen wahren Deutschen mit jedem Jahre fester ans Herz. In Bismarck aber erkannte die Nation mehr und mehr die mächtigste Verkörperung deutscher Art seit Martin Luther. Während er die auswärtige Politik erst Preußens, dann des Reichs mit dem glänzendsten Erfolge führte, wiesen sein genialer Blick und sein eiserner Wille auch der inneren Entwicklung der Nation ganz neue Bahnen, und bald mit dieser, bald mit jener Partei sich verbündend, die Mittel nach der Lage wechselnd und alle „Friktionen" auch in höfischen Kreisen immer wieder siegreich überwindend, verfolgte er immer und überall nur das eine Ziel: die Macht und Größe seines Vaterlandes.

Daß bei diesem Ausbau des Reichs zunächst die nationalliberale Partei, also der Kern des besitzenden Bürgertums, im Vordergrunde stand, war in der Natur der Sache begründet; denn in ihm war das Streben nach der nationalen Einheit am lebendigsten gewesen, und die Konservativen folgten nur zögernd den neuen kühnen Bahnen des großen Kanzlers.

Die Liberalen, die Erben der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, waren noch immer die Vertreter des fortschrittlichen Bürgertums; sie waren in ihren nationalen Idealen einst 1848 und in den 60er Jahren unterlegen und hatten das Reich nicht schaffen können; das war der gesammelten Macht des Preußischen Staates vorbehalten geblieben; ihr Ziel war auf anderem Wege und in anderem Sinne erreicht. Sie hatten sich darein gefunden und arbeiteten als nationalliberale Partei zunächst am Ausbau des Reiches förderlich mit und waren Bismarcks beste Stütze. Doch ihre den Engländern abgelernte Freihandelslehre, zum Parteidogma erstarrt, litt nach den Grün-

dungsjahren durch die Finanznot des Reiches Schiffbruch, und ihre „Manchesterlehre", daß der Staat sich in das Wirtschaftsleben nicht einmischen solle, nahm ihnen das Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme und entfremdete ihnen und dem Bürgertum überhaupt die anwachsenden Arbeitermassen: sie galten allmählich nicht mit Unrecht im wesentlichen als Interessenvertreter zweier engerer Kreise, des industriellen Großkapitals und z. T. des geldstarken bäuerlichen Besitzes. Sie überlebten sich aber auch in ihren ethischen Prinzipien, die auf naturwissenschaftlicher Grundlage Moralideen an Stelle der in Religion und Kirche wirkenden sittlichen Mächte setzen wollten. Hier gruben ihnen die Konservativen und das Zentrum das Wasser ab. Und indem sie die völlige Bewegungsfreiheit des Individuums und die absolute Geltung der Menschheitskulturwerte predigten, wie sie in Kunst und Wissenschaft, in Religionsformen und Weltwirtschaft, in Recht und Sitte und allen menschlichen Beziehungen sich nach der Idee der Humanität möglichst frei vom Staate entwickeln sollten, unterhöhlten sie die rechte Staatsgesinnung ebenso wie Sozialdemokratie und Zentrum, sie, die den nationalen Staat ersehnt, für ihn gekämpft hatten und ihn noch zu tragen vermeinten. Trotzdem war die nationalliberale Partei bis 1878 ausschlaggebend und konnte jederzeit, 130—155 Abgeordnete stark, geführt von großen Männern wie Bennigsen und Miquel, mit den 40 bis 50 Fortschrittlern nach links in wirtschaftspolitischen Fragen, oder in machtpolitischen mit den 30 Freikonservativen nach rechts die Mehrheit haben; sie arbeitete im Sinne parlamentarischer Vorherrschaft und gegen die Einzelstaaten zugunsten einer stärkeren Einheitlichkeit des Reichs. Beides war Bismarck unbequem: er wollte den föderalistischen Charakter des Reichs aufrechterhalten und lehnte das englische Muster der Parteiregierung ab: die Regierung sollte über den Parteien stehen. Er wollte zwar Bennigsen 1877 zum preußischen Minister machen, aber nur um durch ihn die Partei festzuhalten, nicht aber, um an sie die Regierung abzutreten; die Forderung, auch Forckenbeck und Stauffenberg zu berufen, wies er zurück und brach mit der Partei, als sie ihm gleich darauf das Tabaksmonopol ablehnte. Der Übergang zum Schutzzoll und die neuen Tarife (1879), der Abbruch des Kulturkampfes und das Emporkommen der Sozialdemokratie zerriß die Partei; die Anhänger des linken Flügels unter Lasker und Bamberger, Forckenbeck und Stauffenberg machten sich als Sezessionisten selbständig und vereinigten sich später (1884) mit den Fortschrittlern zur freisinnigen Partei; der andere Flügel blieb unter dem alten Namen bedeutungslos; immerhin hat Bismarck ihn bis 1887 mehrfach mit den Konservativen zur Mehrheitsbildung benutzt, wenn er nicht das Zentrum vorzog, das jetzt an Stelle der alten nationalliberalen Partei das Zünglein an der Wage bildete. Damit war die liberale Ära zu Ende; der Tod des freisinnigen Kaisers Friedrich hinderte ein neues Aufblühen; die Freisinnigen, geführt von dem engen Geiste Eugen Richters, trieben eine negative Oppositionspolitik, nicht minder wie die Welfen, Polen, Dänen und Elsaß-Lothringer, und vor allem die Sozialdemokraten: die Reichstagsdebatten arteten in Nörgelei und Zanksucht aus und verminderten die Achtung vor der Volksvertretung. Das Bürgertum aber, in sich zerrissen und gespalten, verlernte das politische Denken und warf sich auf Gewinn und Erwerb.

Durch die liberale Gesetzgebung der ersten Reichsjahre waren die Konservativen vor den Kopf gestoßen worden, sie versagten jede Hilfe im Kulturkampf, weil sie die kirchliche Autorität nicht erschüttern lassen wollten, und weil sie mit der liberalen Gesetzgebung, Freizügigkeit und Zivilehe voran, und der die Rechte der Patrimonialgerichtsbarkeit zerstörenden Kreisordnung unzufrieden waren; brach doch selbst der alte Freund Roon mit Bismarck. Sie vertraten den ostelbischen Großgrundbesitz, den preußischen Partikularismus und das junkerliche Element. Nach der Sprengung der nationalliberalen Partei kamen sie wieder hoch; ihr Einfluß im Heere und in der Verwaltung stieg; sie besetzten die Landrats-, Regierungs- und Oberpräsidentenposten in Preußen und sträubten sich energisch gegen die preußische Wahlreform, um ihren Einfluß daheim zu behalten; es riß in der Verwaltung eine üble Klüngelwirtschaft ein, gegen die sich Bismarck und nach seinem Sturz auch Miquel und selbst Hohenlohe vergebens auflehnten; durch die Logik der Tatsachen wurden zwar manche der hohen Beamten auf ihren Posten liberaler, weil sie mit den Selbstverwaltungskörpern arbeiten mußten und staatswissenschaftlich

geschult wurden; einer bewußten liberalen Reform widersetzten sie sich aber wie die ganze Partei, und diese ging mit der Regierung nur so weit, wie es in ihrem eigenen Interesse lag; so bewies sie sich später namentlich im preußischen Landtag als Gegnerin des Mittellandkanals, der nach ihrer Meinung dem östlichen Großgrundbesitz Schaden brachte (1899, 1904). Nur in Machtfragen war sie zuverlässig und fand sich dabei seit 1884 im sogenannten Kartell mit den Freikonservativen und der sich neu konstituierenden nationalliberalen Partei zusammen, die, auf weiteren Ausbau der liberalen Institutionen verzichtend, jetzt das Bestehende zu erhalten bestrebt war. Dieses Kartell sicherte Bismarck das Septennat 1887, durch das die Heeresverstärkung auf sieben Jahre festgelegt wurde, aber die Monopolpläne, die allein das Reich finanziell gesichert hätten, gingen nicht durch; einen nicht ausreichenden Ersatz bildeten indirekte Steuern, zumal auf Zucker und Branntwein; und über die Getreidezölle lockerte sich das Kartell schon 1887; in den Februarwahlen 1890 brach es bereits zusammen, zerrieben zwischen Zentrum und Sozialdemokratie.

Denn es war das furchtbare Verhängnis der deutschen Entwicklung, daß trotz des ungeheuren Aufschwungs, den Bismarcks Genius dem einheitlichen Staatswesen nach außen gegeben hatte, der innere Zwiespalt, jenes alte Erbübel der Germanen, nicht auszurotten war, und das lag vor allem daran, daß gleichzeitig nebeneinander in diesem doktrinärsten der Völker zwei internationale Parteien erwuchsen, die der neuen Nationaleinheit feindselig oder gleichgültig gegenüberstanden.

Zunächst getrennt von den noch nationalen Anhängern Lassalles und seines Nachfolgers Schweitzer, bildete sich unter dem Einflusse der Londoner Agitatoren Marx und Engels durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht die internationale Sozialdemokratie. Sie stellte 1869 in Eisenach das Programm ihres „Zukunftsstaats" auf (genossenschaftliche Produktion, allgemeines gleiches direktes Wahlrecht vom zwanzigsten Lebensjahre ab für alle Vertretungskörper, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr, Abschaffung aller indirekten Abgaben, progressive Einkommensteuer). Mit dem raschen Wachstum des nationalen Wohlstandes und der Entfesselung

des Verkehrs, vor allem mit dem „Milliardensegen", der das Land mit oft zweifelhaften „Gründungen" der verschiedensten Art bedeckte und die Ansprüche an das Leben überall steigerte, wuchs die Industrialisierung des Reiches und damit zugleich die Bedeutung, aber auch das Selbstbewußtsein und die Begehrlichkeit der handarbeitenden Klassen, des „vierten Standes". Dieser sah in der Sozialdemokratie um so mehr seine Vertretung, als dem bürgerlichen Liberalismus der Gedanke der Staatshilfe für die unleugbar schweren Nöte der Arbeiter gegenüber einem oft selbstsüchtigen Unternehmertum noch ziemlich fern lag, und zugleich die in ihm weit verbreitete materialistische Weltanschauung das irdische Wohlsein als der Güter höchstes erscheinen ließ.

Zwei bedeutende Juden von brennendem Ehrgeiz und bohrender Verstandesschärfe, die die schiefe soziale Stellung ihrer Rasse schwer empfanden, hatten mit der Zersetzung von Staat und Gesellschaft in Schrift und Rede begonnen. Friedrich Marx hatte in seinem „Kapital", der Bibel der organisierten Arbeitermassen, die ganze Geschichte nur als Folge wirtschaftlicher Vorgänge erklärt; Recht und Politik, Verfassungsform und Kulturzustände, die Erziehung, ja Philosophie, Kunst und Religion seien unmittelbare Wirkungen des Klassenkampfes zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Nach dem „ehernen Lohngesetz" drücke das sich immer mehr kumulierende Kapital notwendigerweise den Lohn des Arbeiters stets so weit herab, daß er gerade nur notdürftig leben könne und also bei plötzlichem Aufhören der Arbeit infolge irgendeiner Welt- oder Geschäftskonjunktur verelende; je mehr die kapitalistische Entwicklung vorschreite, in um so tieferes Elend versinke das abhängige, umkommende, sich aber immer neubildende und der Konjunktur anpassende Industrieproletariat; erst wenn es die politische Macht in der Hand habe, könne es eine neue soziale Ordnung heraufführen. Es müßten alle Werte schaffenden Arbeitsmittel, bisher das Monopol der Kapitalistenklasse, also Grund und Boden, Bergwerke, Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge und Verkehrsmittel in Gemeingut der Gesellschaft verwandelt, das System der Lohnarbeit abgeschafft, alle politische und soziale Ungleichheit beseitigt, der freie Volksstaat geschaffen werden. Ferdinand Lassalle, das

größte agitatorische Genie Deutschlands, hatte die Arbeiterschaft vom liberalen Bürgertum losgerissen, zur Anbahnung der neuen Verhältnisse Produktionsgenossenschaften der Arbeiter mit Staatshilfe und das allgemeine und direkte Wahlrecht gefordert, war aber im übrigen als wahrhaft politischer Kopf der Fürsprecher eines machtvollen Staates auf nationaler Grundlage geblieben; Marx, mehr Theoretiker und Philosoph, ein verbissener Revolutionär und fanatischer Preußenfeind, predigte die „Expropriation der Expropriierten", Menschheitsverbrüderung und die internationale Solidarität des Proletariats. Das Programm des Gothaer Parteitages 1875 zog durch einen Kompromiß beider Richtungen die Mittellinie; die sich befehdenden Lassalleaner unter Toelcke und die Eisenacher unter Bebel und Liebknecht begruben die Streitaxt trotz Marxens Widerspruch, und die nunmehr geeinte Sozialdemokratie schloß sich im September 1877 mit den Gesinnungsgenossen in ganz Mittel- und Westeuropa zu einem großen internationalen Verbande zusammen und gewann durch eine rast- und oft auch gewissenlose Agitation in Wort und Presse einen Reichstagssitz nach dem andern. So hat der unglückliche Tod Lassalles (er fiel im Duell 1864) die Bildung einer nationalen Arbeiterpartei unterbrochen und die deutsche Sozialdemokratie in das utopistische Fahrwasser des marxistischen Doktrinarismus geführt; die revisionistische Strömung, die sich namentlich gegen die durch die Tatsachen offenbar als falsch erwiesene Verelendungstheorie wandte, hatte zunächst kaum einen Einfluß, und Ideologie und blinder Parteisinn, Freiheitstaumel und berechtigter Interessenkampf führten in wildem Wettstreit zu immer schlimmerer Verhetzung der Massen.

Wenn hier das wirtschaftlich-soziale Interesse einer zur Herrschaft strebenden Klasse das nationale überwucherte, so trat dieses in andern Kreisen hinter dem kirchlich-hierarchischen zurück. Dem neuen Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit hatten sich auch die deutschen Bischöfe nach anfänglichem Widerstreben unterworfen. Die „altkatholische" Bewegung, die nicht über das Tridentinum hinausgehen wollte, ging nur von einigen Gelehrten (J. von Döllinger, H. Reinkens, J. von Schulte) aus und beschränkte sich auf enge Kreise; die ungeheure

Masse der Geistlichen und der Laien unterwarf sich dem jetzt von den Bischöfen nachdrücklich vertretenen Dogma.

Fürst Bismarck hatte diese theoretische Kriegserklärung des Papsttums an den modernen Staat zunächst unbeachtet gelassen. Aber unmittelbar nach dem Kriege bildeten zunächst für den Reichstag Ludwig Windthorst und Peter Reichensperger eine konfessionelle katholische Partei von dreiundsechzig Abgeordneten, das „Zentrum", um dadurch den Interessen ihrer Kirche den Rückhalt zu geben, den sie durch das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Staatenverbande verloren habe. Sie forderte die Wiederherstellung des Kirchenstaats, die „Freiheit" der Kirche und den Ausbau des Reichs auf „föderativer" Grundlage. Darin sah Bismarck Gefahren, besonders, weil er von dieser neuen Parteiorganisation eine Stärkung des Polentums befürchtete. Deshalb hob zunächst die preußische Regierung im Juni 1871 die katholische Abteilung des Kultusministeriums auf, die Friedrich Wilhelm IV. in romantischer Willensschwäche gegründet hatte, da sie zu einem Werkzeuge der Kirche gegen den Staat geworden sei, und ein Reichsgesetz (Dezember 1871) bedrohte jeden Mißbrauch der Kanzel zu Agitationszwecken mit Strafe. Hierauf setzte der neue Kultusminister Adalbert Falk (seit Januar 1872), der in seinem juristischen Doktrinarismus die römische Kirche unrichtig beurteilte und darum in der notwendigen Abwehr vielfach weiter ging, als klug und notwendig war, zunächst für Preußen das Schulaufsichtsgesetz, für das Reich die Ausweisung der Jesuiten und das Verbot ihrer Niederlassungen (4. Juli 1872) durch, endlich 1873 die „Maigesetze" (Beschränkung der geistlichen Strafgewalt auf rein geistliche Sachen, Vorbildung der Geistlichen ausschließlich auf deutschen Bildungsanstalten, Staatsaufsicht über die geistlichen Bildungsanstalten, Anzeigepflicht der geistlichen Oberen bei Anstellung von Geistlichen, königlichen Disziplinargerichtshof für kirchliche Angelegenheiten). Andere Gesetze übertrugen die Vermögensverwaltung verwaister Bistümer an königliche Kommissare (Mai 1874), die der Gemeinden an eine weltliche Gemeindevertretung (Juni 1875), stellten die aller Diözesen unter staatliche Aufsicht (Juli 1876), sperrten widerstrebenden Geistlichen die Staatsbezüge (April 1875) und hoben alle Ordensniederlassungen, die nicht

der Krankenpflege dienten, auf (Mai 1875). Die Einführung der Zivilehe erst in Preußen (1874), dann im ganzen Reiche (1875) sollte zugleich die Eheschließung vor allem Mißbrauche der geistlichen Gewalt sichern. Doch die Hoffnung, die katholischen Laien vom Klerus trennen und diesen dadurch zur Unterwerfung zwingen zu können, schlug vollständig fehl; vielmehr schlossen sich beide Teile, auch in ihrem inneren kirchlichen Leben durch harte Bestimmungen bedroht und verletzt, aufs engste zusammen, und der Klerus leistete, von dem Grundsatze geleitet, daß alle diese Gesetze ohne die Zustimmung der Kirchengewalt ungültig seien, den zähesten Widerstand. So wurden allmählich bis Ende 1876 von zwölf preußischen Bischöfen sieben durch Richterspruch entsetzt; von den Pfarreien waren etwa tausend verwaist, und eine oft maßlose demagogische Agitation in der rasch aufschießenden „Kaplanspresse" verbitterte die Gemüter immer mehr, so daß ein Fanatiker am 13. Juli 1874 in Kissingen sogar einen Mordanfall auf Bismarck unternahm.

Diese Kämpfe zwischen dem souveränen Staat und der ebenfalls die Souveränität beanspruchenden Kirche, die moderne Wiederholung uralter Konflikte, erschwerten natürlich die Ausgestaltung des Reichs nicht wenig, da sie die Katholiken, die doch das Reich mit erstritten hatten, der nationalen Idee entfremdeten. Aber sie machte dennoch rüstige Fortschritte. Die französische Kriegsentschädigung wurde für Vergütung der Kriegsschäden, Wiederherstellung des Armeematerials und Kasernenbauten, Ausbau der Marine, Ausstattung der Invaliden und Dotationen für besonders verdiente Generale und Staatsmänner und einen Reichskriegsschatz von hundertzwanzig Millionen Mark verwendet. Elsaß-Lothringen, als „Reichsland" unter der Gesamtsouveränität des Reichs, erhielt schon 1872 eine neue Universität in Straßburg und nach einer kurzen Periode der Diktatur im Landesausschuß eine Landesvertretung und das Recht, seine Abgeordneten in den Reichstag zu senden, wurde außerdem durch mächtige Festungsbauten in Straßburg und Metz sowie durch die Bildung eines neuen (fünfzehnten) Armeekorps gesichert. Endlich wurde 1879 die oberste Landesverwaltung von Berlin nach Straßburg verlegt und der General Edwin von Manteuffel als kaiserlicher Statthalter an die Spitze gestellt, der sein Amt bis zu seinem Tode im Jahre 1885 mit allzu großer Nachgiebigkeit gegen die Franzosenfreunde verwaltete. Trotz aller Fürsorge und schwächlichen Milde ließ sich die Bevölkerung indes nur langsam für Deutschland erwärmen, zumal im einzelnen auch wieder Härten nicht vermieden wurden und vielfach die Unterbeamten durch kleinliche Schikanen die Bevölkerung erbitterten. Gegen 150 000 wanderten nach Frankreich aus, und die katholische Geistlichkeit wie die halbfranzösierten höheren Stände verhielten sich durchaus feindselig. Erst allmählich begann das deutsche Wesen durch den französischen Firnis wieder hindurchzubrechen, das Protestlertum trat in der Volksvertretung zurück. Doch im französischen Lothringen wurde Metz binnen zwei Jahrzehnten kaum eine halbdeutsche Stadt, und auch sonst im Lande wuchs das Deutschtum nur mäßig durch Zuwanderung namentlich aus dem Rheinlande. Immerhin sahen weite Kreise ein, daß unter deutscher Herrschaft die Lebensbedingungen sich besserten und sich eine Blüte entfaltete, wie sie zur Franzosenzeit undenkbar gewesen war. So schien am Ende des Jahrhunderts das „Reichsland" im ganzen doch auf gutem Wege, auch innerlich sich dem Reiche einzugliedern, und die milde Art des Manteuffelschen Systems schien, obwohl sie eine üble Herrschaft der umschmeichelten Notabeln im Bunde mit radikalen und deutschfeindlich-katholischen Elementen bedeutete, zunächst doch Recht zu behalten gegenüber den Stimmen, die die Einverleibung in Preußen und die strenge Abhängigkeit einer straff verwalteten Provinz als das Richtige erkannt hatten.

Neue feste Klammern für das Reich wurden die einheitliche Maß-, Münz- und Gewichtsordnung (1873), die Umwandlung der Preußischen Bank in die Reichsbank (1875), die großartige Ausbildung des Reichspost- und Telegraphenwesens durch den genialen Reichspostmeister Heinrich Stephan (1870 bis 1897), der 1878 auch den Weltpostverein ins Leben rief, das Heer, dessen Friedensstärke 1874 auf 401 000 Mann für sieben Jahre festgestellt wurde, die kaiserliche Marine, die 1872 unter die kaiserliche Admiralität gestellt und nach dem Flottengründungsplan von 1873 ausgestaltet wurde, endlich die einheitliche Gerichtsverfassung von 1876, die in dem Reichsgericht

zu Leipzig 1879 ihre Spitze erhielt. Dazu bildete sich die Reichsverwaltung, die zunächst nur aus dem Reichskanzleramt (mit dem Generalpostamt) bestanden hatte, immer kräftiger aus; dieses umgab sich seit 1875 mit Unterbehörden für die einzelnen Geschäftszweige unter der verfassungsmäßigen Verantwortung des Reichskanzlers (Reichsjustizamt, Reichseisenbahnamt, Reichsschatzamt, Reichsamt des Innern), und zwar (seit 1878) unter besonderen, faktisch selbständigen „Staatssekretären", denen die Vorbereitung für die Reichsgesetze und die Aufsicht über ihre Ausführung zufiel.

Inzwischen waren die Einzelstaaten bemüht, die Verwaltung in Staat und Kirche durch stärkere Ausbildung der Selbstverwaltung umzugestalten. Preußen erhielt 1872 für die östlichen Provinzen eine neue Kreisordnung, gestaltete 1875 seine Provinziallandtage im liberalen Sinn um und gewährte den Provinzen größere Kapitalien aus der französischen Kriegsentschädigung zu selbständiger Verwendung. Die Landeskirche der östlichen Provinzen erhielt 1873 eine neue Gemeinde- und Synodalordnung, 1876 eine Generalsynode für sämtliche alte Provinzen. In ähnlicher Weise verfuhr Sachsen unter König Albert (1873—1902) und regelte zugleich das gesamte Schulwesen einheitlich. In Bayern, dessen idealgerichteter König Ludwig der Zweite (1864—86) an den Geschäften wenig Freude fand, hemmte der Kampf zweier fast gleichstarker Parteien im Landtage, der klerikalen altbayrischen Partikularisten („Patrioten") und der nationalgesinnten Liberalen, zuweilen fast die ganze Gesetzgebung; doch wußte der Minister von Lutz wenigstens einen kirchlichen Konflikt zu vermeiden. In Württemberg hatte das Ministerium Mittnacht mit einer zähen, kleinbürgerlich partikularistischen Demokratie manchen harten Strauß zu bestehen; in Baden stützte sich das Ministerium Jolly jahrelang auf eine feste nationalliberale Mehrheit, bis es 1876 infolge seiner Kirchenpolitik zurücktreten mußte. Seitdem wuchs der Einfluß der Klerikalen. Bei alledem machte der Reichsgedanke in Süddeutschland entschiedene Fortschritte.

Nirgends war das Reich mit seinen Gliederstaaten so eng verwachsen wie im Finanzwesen. Denn das Reich war für seine immer wachsenden Aufgaben zwar zunächst auf die Ein-

nahmen aus den indirekten Steuern, den Zöllen und den Reichsregalien (Post und Telegraph) angewiesen, mußte aber außerdem fortwährend die „Matrikularbeiträge" der Einzelstaaten in Anspruch nehmen, war also in dieser Beziehung von ihnen abhängig und beeinflußte andrerseits wieder in unberechenbarer, also oft störender Weise deren Finanzen. Deshalb wollte Bismarck das Reich durch Erhöhung der eigenen Einnahmen auf eigene Füße stellen, die Einzelstaaten von ihm finanziell abhängig, zu seinen „Kostgängern" machen. Der zuerst eingeschlagene Weg, der großartige Gedanke, sämtliche deutsche Eisenbahnen in den Besitz des Reiches zu bringen und damit zugleich den immer größeren Wirrwarr von 82 selbständigen Eisenbahngebieten und 60 Vorständen, von denen 49 Privatunternehmungen waren, ein Ende zu machen, erwies sich (1876) als ungangbar, denn die Mittelstaaten widerstrebten aufs entschiedenste; er gab nur den Anlaß zur allgemeinen Verstaatlichung der Eisenbahnen durch die Einzelstaaten, die für Preußen Albert Maybach seit 1879 mit dem glänzendsten finanziellen Erfolge durchführte.

Auf dem zweiten Wege, der Erhöhung der Zölle, stieß Bismarck auf den Widerstand der noch überall herrschenden Freihandelslehre. Erst die Aufhebung der Eisenzölle mit dem 1. Januar 1878 zeigte, daß die schwere Gefährdung eines der wichtigsten Zweige der deutschen Industrie eine Folge der praktischen Anwendung dieser Lehre sei, und zugleich bewies das schnelle Wachstum der Sozialdemokratie, daß der Staat, ohne sich selbst zu gefährden, nicht länger säumen dürfe, in das Verhältnis zwischen den Unternehmern und den Arbeitern regelnd einzugreifen. Dieser Anschauung kam der sogenannte Kathedersozialismus (Gustav Schmoller) vom Standpunkte der Volkswirtschaftslehre zuhilfe. Die entscheidende Wendung trat aber erst ein, als Bismarck, um den üblen Gegendruck in höfischen Kreisen zu brechen, im April 1877, amtsmüde und körperlich leidend, sein Entlassungsgesuch einreichte und der Kaiser, die unvergleichlichen Verdienste des gewaltigen Mannes würdigend, sein „Niemals" darauf schrieb, ihm also freie Hand lassen zu wollen erklärte, und als dann zwei ruchlose Mordanfälle auf den menschenfreundlichsten der Monarchen am 11. Mai und am 2. Juni 1878 blitzartig den Abgrund beleuchteten, an

den die sich selbst überlassene Sozialdemokratie das deutsche Volk gerissen hatte. Die Partei wies natürlich mit Entrüstung jede Gemeinschaft mit den Verbrechern zurück, und in der Tat war der eine, Hödel, ein arbeitsscheuer Vagabund, der andere, Nobiling, ein degenerierter Akademiker, der in herostratischem Ehrgeiz seinen eigenen Selbstmord durch ein weltgeschichtliches Verbrechen einleiten wollte; beide hatten ihr aber zeitweilig angehört und 24 Stunden vor dem ersten Mordversuch hatte der „Vorwärts" das Attentat einer Nihilistin gefeiert.

So hielt sich Bismarck für berechtigt, jetzt mit aller Schärfe gegen die Sozialdemokraten vorzugehen, in denen er weniger die Sozialisten als die Demokraten und Revolutionäre zu treffen suchte. Wie im Kampf gegen die schwarze Internationale, so hat der große Staatsmann auch hier gegen die rote mit seiner Gewaltpolitik psychologisch falsch gegriffen: beide Ideen hat er unterschätzt. Es wurden ihm auch hier nur Augenblickserfolge zuteil. Die Entwicklung wurde nur verzögert, nicht in andere Bahnen gelenkt. Man kann eben Ideen nicht mit dem Polizeiknüppel totschlagen, am wenigsten, wenn sie schon die Massen ergriffen haben. Trotz der gewaltigen Aufregung im ganzen Volke über das erste Attentat lehnte auch der Reichstag das Ausnahmegesetz ab; erst die Auflösung nach dem zweiten Anfall brachte bei den Neuwahlen die gefügige Mehrheit: die Nationalliberalen und Fortschrittler verloren viele Sitze zugunsten der Deutsch-Konservativen und der Deutschen Reichspartei. So wurde dann durch das Sozialistengesetz vom 19. Oktober 1878, das zuerst nur bis zum 31. Mai 1881 gelten sollte, dann aber bis 1890 mehrfach verlängert wurde, alle Versammlungen sozialistischer und kommunistischer Art, alle Festlichkeiten, Aufzüge, Druckschriften, das Sammeln von Beiträgen verboten, die Hergabe von Räumen für solche Zwecke unter schwere Strafe gestellt, sozialdemokratische Bezirke mit dem kleinen Belagerungszustand, die Agitatoren mit Ausweisung bedroht. Damit wurde die gesamte sozialdemokratische Presse und die offene Organisation und Agitation mit einem Schlage unterdrückt, freilich nicht die Partei selbst und nicht eine im geheimen um so energischer bohrende und gewaltig um sich greifende, von Parteiinteresse und persönlicher Verbitterung in gleichem Maße getragene Wühlarbeit. Es gab Tausende von Märtyrern; denn

die Vereine, auch wenn ihre Kassen konfisziert waren, bestanden weiter als Skat-, Rauch- oder Vergnügungsvereine; die aus den Städten Ausgewiesenen suchten auf dem Lande ein neues Feld ihrer Tätigkeit, und es gelang mit Hilfe der vielen gleichdenkenden Unterbeamten in Post und Eisenbahn, die in der Schweiz und England gedruckten Zeitungen in voller Auflage einzuschmuggeln und den Abonnenten zuzustellen. So glomm der Brand unter der Asche weiter, und der Haß gegen den Staat wuchs ins Dämonische. Die Verfolgung durch die Regierung, der sich die Kirche und die herrschenden Klassen nur allzu bereitwillig anschlossen, hinderte auch das Einströmen christlich und politisch idealistisch gesinnter Elemente aus den gebildeten Kreisen in die verfehmte Partei; nur eine solche Blutzufuhr hätte den krassen Materialismus und Egoismus brechen können, der die Interessen und das Machtstreben des Proletariats über das Wohl der Gesamtheit und des Vaterlandes stellte und schließlich zu einem klaffenden Riß innerhalb des deutschen Volkes führen mußte.

Freilich war Bismarck nicht nur ein Verneiner. Er suchte positiv die Forderungen der Arbeiter zu verwirklichen, soweit er sie für berechtigt hielt. Hatte der Liberalismus es dem einzelnen Individuum überlassen, wie weit es mit seinen wirtschaftlichen Kräften komme, so nahm sich der Staat jetzt, getragen auch von den Ideen der „Kathedersozialisten" Adolf Wagner und Gustav Schmoller, der wirtschaftlich Schwachen an. Es begann eine wohldurchdachte Gesetzgebung der Fürsorge. Dieser Sozialreform wies die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 die Richtung. Was die deutsche Monarchie einst für den Bauernstand, die mittelalterlichen Zünfte für die Handwerker geleistet hatte, das versuchte jetzt das nationale Kaisertum für die Millionen der Industriearbeiterschaft zu leisten durch die Versicherung gegen Unfälle, Krankheit und Invalidität nach den Reichsgesetzen von 1883. Nur der gewaltigen Kraft Bismarcks gelang es, diese segensreichen Einrichtungen gegen den Widerspruch der Konservativen und Nationalliberalen durchzusetzen; bis zu seinem Rücktritt hat er um die weitere Ausgestaltung kämpfen müssen, trefflich unterstützt von dem hervorragenden Minister Grafen Posadowsky, der die Verschmelzung der drei Versicherungskörper zu einem

Ganzen im Auge hatte. Die meisten Staaten der Welt haben diese gesunden sozialpolitischen Gedanken sich zu eigen gemacht, am langsamsten übrigens gerade die großen Republiken Frankreich und Amerika, wo das Kapital am wenigsten zu Opfern bereit war.

Und gleichzeitig begann ein neues Zeitalter wirtschaftlicher Reformen. Es galt auch schwere Wirtschaftskrisen unmöglich zu machen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, den nationalen Markt für die nationale Produktion zu sichern, für sie neue große Absatzmärkte und Gebiete zur Gewinnung überseeischer Rohstoffe zu eröffnen, zudem die deutsche Auswanderung für die Nation nutzbar zu machen und endlich durch eine maßvolle, die Interessen der anderen Länder nicht zu schwer schädigende Zollpolitik die Finanzen des Reichs auf sicheren Boden zu stellen.

Zunächst führte die Zollreform von 1879 Eingangszölle auf Getreide, Holz und Eisen ein, und 1881/88 wurde endlich der Anschluß der beiden wichtigsten deutschen Hafenplätze Hamburg und Bremen an das deutsche Zollgebiet mit Erhaltung eines für ihren Zwischenhandel unentbehrlichen Freihafengebiets gesetzlich und faktisch geregelt, also der Zollverein vollendet und mit dem allem das Reich finanziell selbständig gemacht.

Die wirtschaftliche Entwicklung drängte aber weiter. Riesig mehrte sich seit der Begründung des Reichs die Bevölkerung (1871 bis 1885 von 41 auf 47 Millionen), es stieg die überseeische Auswanderung, die doch dem Vaterlande völlig verloren ging (1880, auf der höchsten Stufe, 220 000) und die Ausfuhr (1872 bis 1885 von 2500 auf 2900 Millionen Mark), es wuchs die Handelsflotte (1871 bis 1885 von knapp 1 Million auf 1,294 Million Tonnen). Zugleich vollzog sich unter dem Einfluß der unbeschränkten Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit eine immer stärkere Verschiebung der ländlichen und der kleinstädtischen Bevölkerung in die Großstädte, die dadurch wie durch die notwendige „Eingemeindung" der „Vororte" unverhältnismäßig rasch wuchsen (Berlin 1860 bis 1888 von ½ bis 1½ Million); es ergab sich also ein immer stärkeres Anschwellen der in Handel und Industrie beschäftigten Klassen, eine immer dichtere Einwanderung polnischer Arbeiter und jüdisch-polnischer Händler aus den dünn bevölkerten,

geringeren Verdienst gewährenden Ostprovinzen und aus dem russischen Polen („Sachsengänger") in die großen Industrie- und Handelszentren und in die arbeiterbedürftigen Gutswirtschaften bis nach Westfalen hinein. Sie verursachte für Westpreußen und Posen einen bedenklichen Rückgang des Deutschtums und des deutschen Grundbesitzes, für die großen Städte aber, vor allem für Berlin, einen ungesunden Zuwachs nur halbgermanisierter jüdischer Einwohner (1880 schon 54000 von 364000 preußischen Juden) und ein Überwuchern dieses stammfremden Elements im Börsenverkehr und in der Presse wie in manchen gelehrten Berufen.

Während nun gegen diese Übelstände die antisemitische Bewegung bald in maßvollerer, bald in heftigerer Weise und im ganzen mit wenig Anstand und geringem Erfolg ankämpfte, suchte die preußische Regierung der Polonisierung des Ostens zunächst 1885 durch massenhafte Ausweisungen polnisch-russischer Einwanderer entgegenzuarbeiten, die freilich bald durch fremdenfeindliche russische Gesetze und eine Ausweisung von etwa 30 000 Deutschen aus Rußland beantwortet wurde. Sodann nahm sie die germanisierende innere Kolonisation früherer Hohenzollern wieder auf, indem sie sich 1886 vom Landtage hundert Millionen Mark bewilligen ließ, um in Posen und Westpreußen polnische Güter zu erwerben und darauf deutsche Kolonisten anzusetzen (bis Ende 1896 etwa 10 000 Köpfe auf 92 000 Hektar). Zur Vermehrung der Bauernstellen im Osten trug seit 1890/91 auch die Bildung von Rentengütern wesentlich bei. Aber der beabsichtigte Erfolg wurde doch nur teilweise erreicht, denn der verschuldete polnische Adel ordnete seine Verhältnisse durch Güterverkäufe, und zwischen ihm und dem Bauernstande wuchs unter der einsichtigen deutschen Herrschaft ein polnischer Mittelstand empor, der bisher der Nation völlig gefehlt hatte. So kräftigte und vermehrte sich das Polentum unverhältnismäßig rascher als das Deutschtum der Ostprovinzen (2¾ Millionen im Jahre 1900), sein Nationalbewußtsein ergriff auch das bis dahin indifferente Polentum Oberschlesiens, und es wurde durch den engen Anschluß an die katholische Kirche noch gestärkt. Dagegen vermochte auch die Germanisierung der Schule wenig, denn die Erlernung des Deutschen verbürgte keineswegs die Aneignung

deutschen Nationalbewußtseins oder auch nur preußischen Staatsbewußtseins; im Gegenteil, das Streben nach der Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Staates, den die galizischen Polen unter österreichischer Herrschaft tatsächlich schon besaßen, trat auch unter den preußischen Polen immer deutlicher hervor. Also erwies sich auch auf reichsdeutschem Boden der moderne, liberal-demokratisierende Staat als ganz unfähig, ein kräftiges fremdes Volkstum zu entnationalisieren.

* * *

Auffallend langsam entwickelte sich im Volke das Verständnis für die Notwendigkeit, überseeische Kolonien zu erwerben. Auch der ganz europäischen Politik Bismarcks lag dieser Gedanke lange Zeit völlig fern. Er brauchte Ruhe für die innere Entwicklung und wollte sein schwieriges Gleichgewichtssystem nicht noch ohne zwingende Not durch koloniale Pläne komplizieren; erst als die Industrialisierung so stark wuchs, daß eine vorsorgliche Staatskunst nach neuen Rohstoff- und Absatzgebieten Umschau halten und die noch der europäischen Kultur offenstehenden Teile der Erde daraufhin betrachten mußte, ob sie den schmalen ökonomischen Unterbau des Reiches verstärken konnten, wandte er sich, den Interessen des Handels folgend, den überseeischen Fragen zu. So gingen zunächst schöne Aussichten auf die Fidschiinseln, auf die Santa-Luciabai in Südafrika, auf Nord-Borneo verloren. Noch im April 1880 lehnte der Reichstag die nun endlich vom Reichskanzler vorgeschlagene Zinsgarantie für die deutsche Handels- und Plantagengesellschaft der Südseeinseln (C. Godeffroy) auf der Samoagruppe kurzsichtig ab, obwohl sie sich nur auf 300000 Mark im Jahre belief, und nur mühsam bereiteten der Deutsche Kolonialverein seit 1882 und die deutsche Kolonisationsgesellschaft seit 1883 im Mutterlande den Boden für koloniale Unternehmungen vor. Unmittelbar wirkten die deutschen Afrikareisenden Paul Pogge, Hermann Wißmann u. a., die unternehmenden, namentlich hanseatischen Handelshäuser, die an der West- und Ostküste Afrikas auch in noch herrenlosen Strichen ihre Faktoreien anlegten, und die rheinischen Missionare, die

schon seit Jahrzehnten im südwestafrikanischen Hottentottenlande mit gutem Erfolge arbeiteten.

Eben hier zuerst erwarb der Bremer Kaufherr A. Lüderitz um Angra Pequena ausgedehnte Hoheitsrechte, und Bismarck eröffnete zögernd die amtliche Kolonialpolitik Deutschlands, indem er durch die Depesche vom 24. April 1884 Lüderitz und seine Erwerbungen unter den Schutz des Reichs stellte und dann an mehreren Küstenpunkten die deutsche Flagge hissen ließ. Es war ihm das möglich geworden durch den englisch-russischen und den englisch-französischen Gegensatz. Die Kräfte der andern Mächte banden sich gegenseitig; er ließ die Russen in Zentralasien, die Franzosen in Tunis, die Engländer in Ägypten gewähren, forderte aber seinerseits die Zustimmung zum Erwerb deutscher Kolonien, die ihm jetzt durch die wachsende Industrialisierung Deutschlands um der Rohstoffe und neuer Absatzgebiete willen wünschenswert erschienen. Immerhin fürchtete er mit Recht neue Reibungen mit den andern Mächten und schwere, ja unlösbarer Aufgaben für die deutsche Politik; er behandelte diese Dinge deshalb mit Vorsicht und Zurückhaltung. Im Juli 1884 nahm der bewährte Afrikareisende Gustav Nachtigal als Reichskommissar das Togoland unweit von den alten verfallenen Niederlassungen des Großen Kurfürsten und das Kamerungebiet am Fuße des mächtigen „Götterberges“ für Deutschland in Besitz, und gegen Ende des Jahres begründete der geniale und willensstarke Karl Peters durch eine Reihe von Verträgen die deutsche Schutzherrschaft im zentralen Ostafrika. Die andern Nationen, namentlich die Engländer, fingen nun an, unruhig zu werden, selbst zuzugreifen und ältere Ansprüche geltend zu machen. Deshalb versuchte Bismarck mit den Franzosen zusammenzugehen. Gemeinsam mit Frankreich berief er eine Konferenz über die Kongofrage nach Berlin, zu der sich Vertreter von 14 Mächten einfanden (15. November 1884 bis 26. Februar 1885), auf der England gegen die zusammenhaltenden Mächte Deutschland und Frankreich nicht aufkommen konnte; sie erklärte das ganze äquatoriale Afrika für eine Art von Freihandelsgebiet, wies Frankreich ein großes Gebiet am unteren Kongo zu, erkannte den unabhängigen Kongostaat, die Gründung König Leopolds des Zweiten von Belgien, an und verpflichtete alle Kolonialmächte, sich bei neuen Besitz-

ergreifungen miteinander zu verständigen. Damit war das englische Kolonialmonopol gebrochen, eine gerechtere Verteilung des Kolonialbesitzes wenigstens angebahnt. Besondere Schwierigkeiten machte nochmals die größte deutsche Besitzung, Ostafrika, durch die Notwendigkeit, sie gegen die Ansprüche des Sultans von Sansibar zu sichern, und eine Erhebung der bisher dort allein herrschenden arabischen Sklavenhändler und Zollpächter (1888). Sie mit Waffengewalt niederzuschlagen gelang endlich H. von Wißmann als Reichskommissar mit glänzendem Erfolge 1889/90, nachdem mit Hilfe des Zentrums, das aus Missionsinteresse seinen Widerstand aufgab, die Mittel vom Reichstag zur Verfügung gestellt waren. Auch im tropischen Australien faßte das Reich 1884/85 durch die Erwerbung des Bismarckarchipels, des Nordostens von Neuguinea und der Marschallinseln Fuß, freilich nicht, ohne auf heftige Opposition von Seiten Australiens zu stoßen, und in demselben Jahre 1885 bewilligte der Reichstag eine ansehnliche Unterstützung für zwei Postdampferlinien nach Ostasien und Australien. Mochten von den neuen Kolonien auch als Auswanderungsgebiet nur Südwestafrika, die übrigen nur als Pflanzungskolonien in Betracht kommen, Deutschland war jetzt doch in die Reihe der Kolonialstaaten, also der Weltmächte, eingetreten. Mit diesem raschen Wachstum der überseeischen Interessen hielt der Ausbau der deutschen Kriegsmarine allerdings nicht im entferntesten Schritt, denn die beiden ersten Chefs der Admiralität, die Generale A. von Stosch und L. von Caprivi, behandelten die Flotte mehr wie ein Werkzeug zur Küstenverteidigung als zum Schutz überseeischer Interessen, und vernachlässigten deshalb den Bau von Schlachtschiffen zugunsten der neuen Torpedoboote, deren Bedeutung man lange überschätzte.

* * *

Dem inneren Frieden und Gedeihen Deutschlands sollten alle diese neuen Bestrebungen dienen; dazu war endlich auch nötig, daß der kirchliche Friede geschlossen, der „Kulturkampf" abgebrochen wurde. Dahin drängten ebenso politische wie sittliche Erwägungen. Was die päpstliche Weltkirche hinnehmen konnte, die Verwirrung in einigen ihrer zahllosen Diözesen und die Gewissensnot von Tausenden ihrer Bekenner, das vermochte ein deutscher Landesherr, der seine fürstliche Verantwortlichkeit so lebhaft fühlte wie Kaiser Wilhelm, auf die Dauer nicht zu ertragen. Zugleich drängte der Abfall eines großen Teils der Liberalen (seit 1879) von der neuen Steuer- und Wirtschaftspolitik Bismarck zur Verständigung mit dem Zentrum, und diese war von kirchlichen Zugeständnissen abhängig. Außerdem schien ein Einlenken des Papsttums unter dem Nachfolger Pius des Neunten, dem klugen Leo dem Dreizehnten (1878—1903), eher möglich. Endlich brauchte man das Zentrum im Kampf gegen die erstarkende Sozialdemokratie. Darum wurde Falk im Juli 1879 durch Puttkamer ersetzt, dem, als er Minister des Innern wurde, von Goßler folgte. Die Aufhebung einzelner Strafbestimmungen der Maigesetze ermöglichte nun zunächst die Wiederherstellung einer geordneten Seelsorge in der Mehrzahl der verwaisten Pfarreien, die meisten der abgesetzten Bischöfe (Melchers von Köln und Ledochowski von Gnesen-Posen ausgenommen) durften in ihre Sprengel zurückkehren, und als Leo der Dreizehnte 1883 die Anzeigepflicht zugestanden hatte, wurden alle noch unbesetzten Pfarreien besetzt und 1886 auch die neuen Bischöfe durch päpstliches Breve mit landesherrlicher Zustimmung ernannt, endlich 1887 eine Reihe geistlicher Orden zugelassen. Aufrecht erhalten wurden also die Anzeigepflicht, die Teilnahme der Laien an der kirchlichen Gemeindeverwaltung und die Zivilehe; ausgeschlossen vom Reichsgebiet blieben die Jesuiten, und auch die katholische Abteilung des Kultusministeriums wurde nicht wieder hergestellt. Soviel der Staat auch sachlich nachgegeben hatte, die Souveränität seiner Gesetzgebung und Verwaltung hatte er doch prinzipiell behauptet. Aber auch die ausschlaggebende parlamentarische Stellung des Zentrums ist damals begründet worden.

So störend und verwirrend der „Kulturkampf" auf weite Kreise gewirkt hatte, so grollend die trotz aller Verfolgung anwachsende Sozialdemokratie beiseite stand, die Nation wuchs doch immer mehr zusammen. Der Sedantag, der Geburtstag des Kaisers und besonders seit 1885 auch der des Fürsten Bismarck wurden nationale Festtage, und zahllose Denkmäler zur Erinnerung an die große Zeit der Einheitskriege und an ihre

Führer erhoben sich allerorten, zuweilen einfache Denksteine, zuweilen aber auch pomphafte Kunstwerke. Damit verband sich, wenigstens in den oberen und mittleren Schichten des Volkes eine deutliche Verstärkung des monarchischen Bewußtseins. Denn mehr und mehr stellte sich der deutsche Fürstenstand, statt seine Kräfte für die Behauptung einer doch nur scheinbaren Souveränität zu vergeuden, nach dem ehrwürdigen Beispiele Kaiser Wilhelms ehrlich in den Dienst des Reichs und wurde einer seiner Stützen. Nur so konnte der monarchische Bundesstaat, die schwierigste Form des zusammengesetzten Staats, Festigkeit gewinnen. Selbst schweren Stößen hielt diese monarchische Gesinnung stand, so in Braunschweig beim Tode des Herzogs Wilhelm 1884, als der Bundesrat 1885 die Thronfolge des Herzogs Ernst August von Cumberland für unzulässig erklärte, solange dieser, der Sohn König Georgs des Fünften von Hannover, die Reichsverfassung und den derzeitigen Besitzstand der deutschen Staaten nicht ausdrücklich anerkannt habe, und Prinz Albrecht von Preußen zum Regenten berufen wurde; so in Bayern, als König Ludwig der Zweite wegen Irrsinns entsetzt werden mußte und sich selbst am 13. Juni 1886 im Starnberger See das Leben nahm, an seine Stelle aber sein ebenfalls unheilbar geisteskranker Bruder Otto unter der Regentschaft seines Oheims, des Prinzen Luitpold, trat. Wie eng sich die Anhänglichkeit an das heimische Fürstenhaus mit der Treue zum Reiche verband, kam in glänzenden Festen, wie in dem siebenhundertjährigen Wittelsbachjubiläum in Bayern 1880 und in der achthundertjährigen Erinnerungsfeier an die Übertragung der Mark Meißen an das Haus Wettin in Sachsen 1889 (I, 125), zum lebendigen Ausdruck.

Freilich die Selbstverständlichkeit der patriotischen Gesinnung, die früher zu staatlicher Einheit gelangten Kulturvölkern eigen ist, war in Deutschland nicht überall und nicht immer vorhanden, auch abgesehen von der grundsätzlich internationalen Sozialdemokratie. Eigensinn und Doktrinarismus, Vorurteile und Sonderinteressen spalteten den Reichstag in hadernde Parteien, so daß der Baumeister des Reiches niemals eine feste Mehrheit für sich fand.

Nur wenn die Sicherheit des Reiches in Frage kam, überbrückten sich die Gegensätze. Der unter dem Eindruck der hastigen Kriegsrüstungen Frankreichs unter Boulanger 1887 gewählte Reichstag genehmigte die Verstärkung des Friedensstandes der Armee auf 468 000 Mann für abermals sieben Jahre, also auch die Bildung zweier neuer Armeekorps, des sechzehnten und des siebzehnten. Als dann trotz des Neutralitätsvertrags von 1887 Rußland immer größere Truppenmassen in seinen Westprovinzen anhäufte, allerdings nicht unmittelbar zu Angriffszwecken, da wurde die neue Wehrvorlage am 6. Februar 1888 nach jener gewaltigen Rede Bismarcks fast einstimmig angenommen. Mit Wiederaufnahme der alten Boyenschen Pläne wurde das zweite Aufgebot der Landwehr vom 33. bis zum 39. Jahre wiederhergestellt und für seine Ausrüstung vorgesorgt, d. h. das sofort disponible Heer um rund 700 000 Mann verstärkt, zugleich aber die Landsturmpflicht vom 42. bis zum 45. Lebensjahre ausgedehnt und zu einer Ersatzquelle für das gesamte Heer im Falle der Not gemacht; die beiden Aufgebote des Landsturms, vom 17. bis zum 39. und vom 40. bis zum 45. Jahre konnten zu jeder militärischen Verwendung herangezogen werden. Der einheitliche Wille der Nation tat sich kund, die Errungenschaften von 1870/71 gegen eine Welt von Feinden zu erhalten. Und auch die Sozialdemokraten, wenn sie erst in Reih und Glied standen, fügten sich, an straffe Leistung und Organisation gewöhnt, willig der militärischen Zucht; diese Landwehrmänner galten bei ihren Offizieren mit Recht als die besten Soldaten; die nationale Einigung, die sozialen Pflichtleistungen, die demokratische Schulung, die wirtschaftlichen Erfolge hatten in der Zeit Bismarcks auch den kleinen Bürger und den Arbeiter willenskräftiger, selbstbewußter und leistungsfähiger gemacht, und die Idee der allgemeinen Wehrpflicht wurde von der urgermanischen Waffenfreude getragen, wie sie ja auch, freilich in anderer Ausgestaltung, eine Forderung der ältesten sozialdemokratischen Programme gewesen war. Diese neue Rüstung aber wurde die beste Friedensbürgschaft.

Es war der letzte Sieg Kaiser Wilhelms, ein Lichtblick in dem tiefen Kummer um seinen schwer erkrankten und damals schon dem sicheren Tode verfallenen Sohn, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der fern von der Heimat in San Remo weilte. Kurz nachher verschied der erste Kaiser aus dem Hause

Hohenzollern, der nie besiegte Kriegsherr, am 9. März 1888 nach wenig Tagen des Leidens friedlich, ohne Kampf, und am 16. März geleitete ein unabsehbares Trauergefolge inmitten düsterer Pracht die Leiche nach dem Mausoleum in Charlottenburg.

Während eine Trauer, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte, durch Deutschland ging, war sein Nachfolger Kaiser Friedrich am 11. März von der Riviera nach der noch winterlichen Heimat zurückgekehrt, ein sterbender Mann. Eine tiefe Tragik liegt über dem Leben dieses Mannes. Als die Krone 1863 auf dem Haupte seines Vaters schwankte und nur durch Bismarcks starke Hand gehalten wurde, da wurde er, der Liberale, in Ungnaden beiseite geschoben; gegen seine heißen Wünsche war der Bruderkrieg 1866 entbrannt, und wenn er auch um der Sache willen dem großen Widersacher half, seinen Vater in den Tagen von Nickolsburg (s. S. 41) zu Mäßigung und politischer Vernunft zu bewegen, so blieb er doch fürderhin gänzlich einflußlos; im Heere schrieb man seine herrlichen Siege nicht mit Unrecht dem Genie seines Generalstabschefs Blumenthal zu; die oft wiederholten Versuche seiner englischen, ihm geistig überlegenen, aber undeutsch empfindenden Gemahlin, auf Hinterwegen die Bismarcksche Politik im Sinne ihres Vaterlandes außen und innen zu drehen und zu wenden, führten nur zu ärgerlichen Weiterungen innerhalb des kaiserlichen Hauses; der Gewaltige blieb immer Sieger. Des Kronprinzen Traum eines Kaisertums, aufgebaut auf der Nation selbst mit Hilfe freiheitlicher Einrichtungen, blieb unverwirklicht und vieles, was Bismarck tat, doch auch tat, um ihm seine Krone zu sichern, war ihm zuwider. Er führte ein Schattendasein, das auch durch häufige Repräsentationsreisen an Stelle des Kaisers kein ungetrübtes Licht empfing. Mit ermattender Hand ergriff er nun das Szepter, auf das sein Sohn schon wieder die Augen richtete, wohl wissend, daß er seine hochstrebenden Pläne eines Anschlusses an England nach außen, einer liberalen Politik des Ausgleichs im Innern, einer mäcenatenhaften Förderung von Kunst und Wissenschaft, einer Emporführung der menschlichen Kultur, nie und nimmer werde durchführen können. In der Tat hat er nur mit schwerer Mühe die Entlassung des reaktionären Ministers des Innern, Puttkamer, gegen Bismarck durchsetzen können, mußte im übrigen aber das Gesetz zur Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre gegen die eigene Anschauung von den Volksrechten und den Rat seiner liberalen Freunde unterschreiben, weil Bismarck die allzu häufige Erneuerung der Wahlagitation vermeiden wollte, und mußte auf die von England unterstützte Verlobung seiner Tochter Victoria mit dem Battenberger verzichten, weil der Kanzler mit Recht die Russen nicht reizen wollte. So machten die Streitigkeiten auch vor seinem Krankenlager nicht halt, auf das ihn das törichte Vertrauen seiner Gattin zu einem englischen Arzte geworfen hatte, während die rechtzeitige Operation, wie sie die deutschen Ärzte in richtiger Erkenntnis des krebsartigen Charakters der Kehlkopfgeschwulst empfahlen, ihn gerettet hätte, freilich im Falle des Mißlingens der hohen Frau Titel und Einkommen der Kaiserin entzogen haben würde. Die neunundneunzig Tage seiner Regierung wurden zu einem qualvollen, hoffnungslosen Kampfe zwischen der markverzehrenden Krankheit und dem Pflichtgefühl, den der stumme Dulder mit Standhaftigkeit und dem Mut eines Helden führte. Am 15. Juni 1888 entschlief er im Neuen Palais bei Potsdam. Mit dem Säbel, den er bei Wörth, am Tage seines schönsten Sieges, getragen hatte, wurde er zur letzten Ruhe gebettet, und sein ältester Sohn, Kaiser Wilhelm der Zweite (geb. 27. Januar 1859), bestieg den Thron. Indem sich die deutschen Fürsten um ihn scharten, als er am 25. Juni den Reichstag zum erstenmal feierlich eröffnete, bekundeten sie vor aller Welt, daß das Deutsche Reich in Ehren feststehe, und der junge Herrscher selbst schien mit der Versicherung, daß er des Staates erster Diener sein wolle, die Zukunft an die besten und größten Überlieferungen der Hohenzollern bewußt anknüpfen zu wollen.

Deutschlands Weltmachtstreben und Isolierung. 1888—1907.

Kaiser Wilhelm der Zweite galt vielen von Anfang an als eine bedeutende Persönlichkeit und als ein neuer Typus seines Hauses. Sorgfältig erzogen, wenn auch leider durchaus in englischen Anschauungen, von schneller Auffassung und vielseitigstem Interesse für alle Erscheinungen des Lebens, legte er Wert darauf, den Eindruck eines ganz modernen, von überlieferten Vorurteilen freien Menschen zu machen. Trotzdem war das Gegenteil der Fall. Er hatte allzu lange den anmaßenden und engen Geist des Potsdamer Offizierkreises und der Bonner Korpsstudenten auf sich wirken lassen, hatte nicht ernstlich arbeiten gelernt und war den Staatsgeschäften trotz Bismarcks Drängen ferngehalten worden, weil der Großvater die Gefühle des kranken Sohnes schonen wollte, der Vater aber ihn nicht reif genug dafür hielt. Um so gefährlicher war jetzt sein Anspruch auf unbedingte Geltung, der sich schon bald nach seiner Thronbesteigung zeigte. Er lebte in den veralteten Anschauungen des Gottesgnadentums, schwelgte in der Verherrlichung des Hauses Hohenzollern, hielt sich selbst zu großen Dingen von Gott ausersehen, wähnte Politik, Kunst, Wissenschaft und Glauben seines Volkes selbst bestimmen zu können und duldete keinen Widerspruch. Er liebte es, seine Persönlichkeit bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund zu stellen und sich bewundern zu lassen, und niemand aus seiner Umgebung durfte es wagen, an seinen Worten oder Handlungen Kritik zu üben. Er nahm es als selbstverständlich hin, wenn vom Hofe und den militärischen Stellen aus sich ein übler Byzantinismus weiter ins Volk fraß und bei Empfängen, Feiern und Gratulationen unwürdige Formen annahm, die den Spott des Auslandes hervorriefen; es weckte seine Selbstkritik nicht, wenn dieser Geist auch im Beamtentum

und der rechtsstehenden Presse, wie bei zahlreichen Majestätsbeleidigungsprozessen im Richterstande allzu willige Mitläufer fand. Diese Verherrlichung seines eigenen Selbst war des Kaisers Lebenselement. Voll stärksten monarchischen Selbstgefühls, majestätisch und prachtliebend, war er stets in Pose, und selbst wenn er im persönlichen Verkehr sich ungezwungen, liebenswürdig, heiter und geistvoll zeigte, lag die Absicht vor, Eindruck zu machen. Eine leicht erregbare, im Grunde leidenschaftliche, aber phantastische Natur, von einem grenzenlosen Optimismus, der sich durch Tatsachen nicht trüben ließ, liebte er es, seinen Ansichten und Empfindungen offenen Ausdruck zu geben, bald in kurzen, gewöhnlich nicht eben taktvollen Worten, bald in eindringlicher, oft schwungvoller, aber meist inhaltsleerer Rede, und oft folgte er schnellen Impulsen, ohne die Folgen seiner Worte, insbesondere im Auslande, oder die politische Tragweite seiner Handlungen zu übersehen. Eine nervöse Unruhe, wohl auf pathologischer Grundlage, trieb ihn von Ort zu Ort und gab seinem Wesen und seiner Politik den Stempel des Unsteten und Unzuverlässigen. Gewiß war er dabei von bestem Willen beseelt; er wollte seines Volkes Glück und Größe, stand ihm in seiner Majestät und Repräsentationssucht aber zu fern und täuschte sich empfindlich über das Maß seiner Beliebtheit daheim und in der Fremde und mehr noch über den Wert seines wirklichen Könnens. Er maßte sich an, Künstler, Gelehrte und Techniker zu meistern und in allen Fragen das letzte Wort zu sprechen, war aber und blieb bei guten Gaben doch ein Dilettant auf allen Gebieten, und am meisten auf dem der Politik. In der Behandlung der Geschäfte im Grunde trotz aller majestätischen Gebärden unsicher und ratlos, glaubte er seine innere Schwäche und Ängstlichkeit durch starke Worte und Pochen auf seine Macht verhüllen zu können, ohne klare Ziele und richtige Wege zu sehen; unfähig, Wahres vom Falschen, Schein vom Sein zu unterscheiden und wohlüberlegte Entschlüsse zu fassen, schwankte er von einem Pol zum andern und blieb bei Halbheiten. Er lebte in Illusionen und besaß nicht die geringste Menschenkenntnis, aber eine gute Dosis Eigensinn. Mit neurasthenischer Zerfahrenheit und Schaumschlägerei, mit Säbelrasseln und klingenden Reden ohne Taten läßt sich aber große Politik nicht treiben. Nun ver-

Deutschlands Weltmachtstreben und Isolierung.
1888–1907.

Kaiser Wilhelm der Zweite galt vielen von Anfang an als eine bedeutende Persönlichkeit und als ein neuer Typus seines Hauses. Sorgfältig erzogen, wenn auch leider durchaus in englischen Anschauungen, von schneller Auffassung und vielseitigstem Interesse für alle Erscheinungen des Lebens, legte er Wert darauf, den Eindruck eines ganz modernen, von überlieferten Vorurteilen freien Menschen zu machen. Trotzdem war das Gegenteil der Fall. Er hatte allzu lange den anmaßenden und engen Geist des Potsdamer Offizierkreises und der Bonner Korpsstudenten auf sich wirken lassen, hatte nicht ernstlich arbeiten gelernt und war den Staatsgeschäften trotz Bismarcks Drängen ferngehalten worden, weil der Großvater die Gefühle des kranken Sohnes schonen wollte, der Vater aber ihn nicht reif genug dafür hielt. Um so gefährlicher war jetzt sein Anspruch auf unbedingte Geltung, der sich schon bald nach seiner Thronbesteigung zeigte. Er lebte in den veralteten Anschauungen des Gottesgnadentums, schwelgte in der Verherrlichung des Hauses Hohenzollern, hielt sich selbst zu großen Dingen von Gott ausersehen, wähnte Politik, Kunst, Wissenschaft und Glauben seines Volkes selbst bestimmen zu können und duldete keinen Widerspruch. Er liebte es, seine Persönlichkeit bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund zu stellen und sich bewundern zu lassen, und niemand aus seiner Umgebung durfte es wagen, an seinen Worten oder Handlungen Kritik zu üben. Er nahm es als selbstverständlich hin, wenn vom Hofe und den militärischen Stellen aus sich ein übler Byzantinismus weiter ins Volk fraß und bei Empfängen, Feiern und Gratulationen unwürdige Formen annahm, die den Spott des Auslandes hervorriefen; es weckte seine Selbstkritik nicht, wenn dieser Geist auch im Beamtentum

und der rechtsstehenden Presse, wie bei zahlreichen Majestätsbeleidigungsprozessen im Richterstande allzu willige Mitläufer fand. Diese Verherrlichung seines eigenen Selbst war des Kaisers Lebenselement. Voll stärksten monarchischen Selbstgefühls, majestätisch und prachtliebend, war er stets in Pose, und selbst wenn er im persönlichen Verkehr sich ungezwungen, liebenswürdig, heiter und geistvoll zeigte, lag die Absicht vor, Eindruck zu machen. Eine leicht erregbare, im Grunde leidenschaftliche, aber phantastische Natur, von einem grenzenlosen Optimismus, der sich durch Tatsachen nicht trüben ließ, liebte er es, seinen Ansichten und Empfindungen offenen Ausdruck zu geben, bald in kurzen, gewöhnlich nicht eben taktvollen Worten, bald in eindringlicher, oft schwungvoller, aber meist inhaltsleerer Rede, und oft folgte er schnellen Impulsen, ohne die Folgen seiner Worte, insbesondere im Auslande, oder die politische Tragweite seiner Handlungen zu übersehen. Eine nervöse Unruhe, wohl auf pathologischer Grundlage, trieb ihn von Ort zu Ort und gab seinem Wesen und seiner Politik den Stempel des Unsteten und Unzuverlässigen. Gewiß war er dabei von bestem Willen beseelt; er wollte seines Volkes Glück und Größe, stand ihm in seiner Majestät und Repräsentationssucht aber zu fern und täuschte sich empfindlich über das Maß seiner Beliebtheit daheim und in der Fremde und mehr noch über den Wert seines wirklichen Könnens. Er maßte sich an, Künstler, Gelehrte und Techniker zu meistern und in allen Fragen das letzte Wort zu sprechen, war aber und blieb bei guten Gaben doch ein Dilettant auf allen Gebieten, und am meisten auf dem der Politik. In der Behandlung der Geschäfte im Grunde trotz aller majestätischen Gebärden unsicher und ratlos, glaubte er seine innere Schwäche und Ängstlichkeit durch starke Worte und Pochen auf seine Macht verhüllen zu können, ohne klare Ziele und richtige Wege zu sehen; unfähig, Wahres vom Falschen, Schein vom Sein zu unterscheiden und wohlüberlegte Entschlüsse zu fassen, schwankte er von einem Pol zum andern und blieb bei Halbheiten. Er lebte in Illusionen und besaß nicht die geringste Menschenkenntnis, aber eine gute Dosis Eigensinn. Mit neurasthenischer Zerfahrenheit und Schaumschlägerei, mit Säbelrasseln und klingenden Reden ohne Taten läßt sich aber große Politik nicht treiben. Nun ver-

suchte er wohl, die richtigen Männer an die richtige Stelle zu setzen, aber er wählte Leute zweiten Grades, die seine Anregungen als Offenbarungen betrachteten, und ließ sie nur die verfassungsmäßige Verantwortung für seine oft unreifen und von Stimmungen abhängigen Worte, Handlungen und Pläne tragen; sie sollten immer die ausführenden Organe seines Willens bleiben. Vielfach schloß er sich auch an untergeordnete Streber an, von denen er seine Informationen bezog, um auf die Minister den Eindruck der Sachkenntnis zu machen; Kreaturen, die ihm schmeichelten und die er zu beherrschen wähnte, ohne zu merken, daß er in ihren Händen nur eine Puppe war. Daneben liebäugelte er in verwirrendem Wechsel mit Franzosen, Amerikanern und Engländern, mit dem Geldadel, der Synagoge und der römischen Kirche, ohne doch irgendwo zuverlässige Freunde oder auch nur ehrliche Achtung sich zu erringen. Seine ganze Regierung war demnach höchst persönlich, viel mehr als die seines Großvaters auch in dessen frühesten Jahren. Und er wollte von Anfang an vor allem deutscher Kaiser sein; der König von Preußen trat dagegen in seinem eigenen Bewußtsein und in der volkstümlichen Auffassung mehr und mehr zurück. Als Kaiser nun wollte er nach Bismarcks Wort „alle Tage Geburtstag haben", das heißt Feste feiern, auf prunkende Erfolge hinweisen können, als der erste Mann der Welt gefeiert werden; er glaubte in hybridem Taumel ernten zu dürfen, ohne gesät zu haben. So wurde er der schlimmste Gefährder des monarchischen Gedankens, auf dem Bismarck das Reich aufgebaut hatte, und begann in erschütternder Verblendung dem Kaisertum und seiner Dynastie das Grab zu graben.

Ein Herrscher dieses Gepräges mußte die alles überragende und beherrschende Autorität seines großen Kanzlers bald nicht als eine Unterstützung, sondern als eine Hemmung der eigenen Tätigkeit empfinden. Das stolze Selbstgefühl hier des Kaisers, den der Ruhm der großen Vorfahren nicht schlafen ließ, dort des Staatsmannes, der des Reiches Gründer und an das Herrschen gewöhnt war, der Unterschied des Alters zwischen einem Greise von 75 Jahren und einem jungen Manne von dreißig Jahren und die darin wurzelnde Verschiedenheit in Temperament, Erfahrung und Weltanschauung, das alles stieß

bald auf verschiedenen Gebieten zusammen; es mußte in absehbarer Zeit zum Bruche kommen. Bismarck hielt sich absichtlich von Berlin fern, verlor dadurch die persönliche Fühlung mit dem Kaiser und überließ zu schnell den Einfluß den sich vordrängenden verantwortungslosen Höflingen; er mißbilligte die vielen Besuchsreisen an die Höfe, die ihn selbst ausschalteten oder ihm die Verantwortung erschwerten und unkontrollierbaren Einflüssen Tür und Tor öffneten, vor allem aber bei der Unerfahrenheit und Taktlosigkeit des Monarchen leicht zu schweren Mißstimmungen Veranlassung gaben. So war schon der erste Besuch in Rußland übel aufgenommen worden, der zweite führte durch die Aufdringlichkeit des Kaisers fast zum Bruche, zumal persönliche, auf einer türkischen Reise in Konstantinopel angeknüpfte Beziehungen zum Sultan das russische Mißtrauen erregt hatten. Unter dem Einfluß des Grafen Waldersee, der auf einen Krieg mit Rußland hinarbeitete, begann der Kaiser den russischen Krieg für unvermeidlich zu halten (S. 74) und im Gegensatz zu seinem Kanzler und zu früherer Abneigung gegen England jetzt englische Politik zu treiben. Er glaubte, daß Bismarck ihm wichtige diplomatische Akten, namentlich Berichte des Konsuls in Kiew über russische, gegen Bulgarien gerichtete Rüstungen, vorenthalten habe, um den Russen freie Hand gegen Konstantinopel zu lassen, während der Kanzler diese Aktenstücke nur gering einschätzte, in der Tat aber es nicht ungern gesehen hätte, wenn die russische Gefahr selbst auf Kosten österreichischer Zukunftshoffnungen sich nach Süden abgelenkt hätte, auch darum, weil dann die Engländer den Schutz Konstantinopels hätten übernehmen müssen. Er sah durch des Kaisers Schwenken von Rußland fort zu England hin das Ergebnis seiner Lebensarbeit gefährdet. Ähnlich schwer wogen auch die Differenzen in der sozialen Frage. Bismarck war der Überzeugung, daß die wirtschaftlichen Faktoren im Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich weiterhin selbsttätig auswirken müßten ohne Eingreifen der Gesetzgebung, daß insbesondere der Arbeiter selbst das Maß seiner Arbeitszeit und die Heranziehung seiner Familie bestimmen müsse; er glaubte, daß das weite Entgegenkommen des Staates nur die Begehrlichkeit der Massen gesteigert habe, daß es sich jetzt hier um eine politische Machtfrage, am

letzten Ende um eine militärische Frage handle, und daß im Notfall scharfe „Repressivmaßregeln", bis zur Entziehung des Wahlrechts, geboten seien; er ließ 1889 lieber das 1890 ablaufende Sozialistengesetz ganz fallen, als daß er in wesentliche Abschwächungen gewilligt, insbesondere den Ausweisungsparagraphen gestrichen hätte. Der Kaiser aber wiegte sich in Träumen; er hatte die an sich löbliche, aber unausführbare Idee, die Sozialdemokratie innerlich zu überwinden und ein Arbeiterkaiser zu werden, wollte die staatlichen Betriebe zu Musterbetrieben ausgestalten, was er in einem von dem Ministerpräsidenten Bismarck nicht gegengezeichneten Erlaß dem Handelsminister Bismarck mitteilte, worauf dieser zurücktrat (Januar 1890), und wies es empört von sich, was natürlich kein Mensch von ihm begehrt hatte, „bis an die Knöchel im Blute zu waten", oder „Kartätschenprinz" zu heißen; er plante vielmehr eine Vereinbarung zwischen den mitteleuropäischen Staaten zum besseren Schutz der Arbeiter, ohne freilich in die Tiefe der Fragen eingedrungen zu sein; er überblickte keineswegs die politischen und wirtschaftlichen Folgen nach außen und innen und kannte die Stimmung der Arbeiterkreise nicht. Gegen die Ansicht des Kanzlers eröffnete er am 15. März 1890 eine internationale Arbeiterschutzkonferenz, deren kümmerliche Ergebnisse überall im Auslande abgelehnt wurden und auch in Deutschland im Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juli 1891 nur teilweise zur Durchführung gelangten. Als bei den Vorbereitungen der Staatssekretär von Boetticher mit Umgehung des Kanzlers den Kaiser unterstützte, wollte Fürst Bismarck eine vergessene Kabinettsorder von 1852, die den Vortrag jedes Ministers beim König vom Vorwissen des Ministerpräsidenten abhängig gemacht hatte, wieder in Kraft setzen, eine Vorschrift, die bei der häufigen, langdauernden Abwesenheit des Kanzlers von Berlin die Bewegungsfreiheit des Monarchen freilich sehr empfindlich einengen und die persönliche Art des Kaisers in ihrer Wurzel treffen mußte. Der Kaiser verlangte die Aufhebung der Order. Wollte er sich so der verfassungsmäßigen Kontrolle des Ministerpräsidenten entziehen, so nahm er andererseits das Herrenrecht in Anspruch, ihn selbst politisch zu kontrollieren. Bismarck hatte Windhorst, den Führer des Zentrums, zu sich kommen lassen, um zwecks Aufbau einer neuen parlamentarischen Mehrheit unverbindlich zu sondieren, welche Bedingungen diese Partei für eine regierungsfreundliche Politik stelle, und mußte den Kaiser, der sich Anknüpfungen dieser Art ohne sein Vorwissen verbat, energisch auf sein Hausrecht hinweisen. In diesem Kampf um die Macht konnte in einem monarchischen Staate der Minister nicht Sieger bleiben, und so gab der Kanzler widerwillig, auf eine direkte Aufforderung des Kaisers hin, am 18. März 1890 seine Entlassung. Wilhelm war, wie Bismarck einmal prophezeit hatte, sein eigener Reichskanzler geworden. „Er konnte nicht anders, wenn er die Zügel in der Hand behalten wollte", so urteilte damals einer der ersten Reichsfürsten, König Albert von Sachsen, über die tragische Katastrophe, denn als solche wurde sie überall aufs tiefste empfunden; aber nur die Sozialdemokraten höhnten und triumphierten; die größere Schuld sah man sonst allgemein mit Recht auf seiten des eigenwilligen und hochfahrenden Kaisers, und weite Kreise entfremdeten sich voll Bitterkeit und in patriotischer Sorge dem jugendlichen Herrscher, der trotz seiner Unerfahrenheit ohne den alterprobten Kanzler zu regieren sich getraute; das Ausland aber sah einer Epoche des deutschen Niedergangs mit Spannung und Freude entgegen.

Zu der Selbstverleugnung, die durch niedrige Schikanen nachgeordneter Organe noch verschärfte Kränkung ruhig hinzunehmen, vermochte Bismarck auch in seinem Ruhestande nicht durchzudringen. Da er den natürlichen Weg, seine Anschauungen zur Geltung zu bringen, nämlich als Führer der Opposition die Regierung im Reichstage zu bekämpfen, weder einschlagen konnte noch wollte, so begnügte er sich mit einer fortlaufenden Kritik in persönlichen Äußerungen und in der ihm nahestehenden Presse und übte dadurch wirklich einen gewissen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus. Denn der gewaltige Mann blieb auch jetzt eine Macht für sich; er öffnete gastfrei sein Haus und empfing immer wieder die Huldigung ganzer Scharen dankbarer Verehrer aus allen Teilen Deutschlands; gelegentliche Reisen wurden zu Triumphzügen mit deutlicher Spitze gegen den undankbaren Monarchen. Die anfangs leidenschaftlich erregte Stimmung begann sich erst dann einigermaßen zu beruhigen, als seit dem Herbst 1893 wieder eine per-

sönliche Annäherung zwischen Kaiser und Kanzler eintrat. Doch das Zeitalter Bismarcks war zu Ende gegangen, der Gründer des Reichs, der den Deutschen die Einheit und die politische Freiheit gebracht hatte, durfte nur noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" sein politisches Testament der Nachwelt überliefern; in sein Amt wurde er nicht zurückberufen. Nach dem Tode seiner Gemahlin (November 1894 in Varzin), der ihn tief erschütterte, wurde es mit dem allmählichen Rückgang seiner Kräfte stiller und einsamer um ihn, und am 30. Juli 1898 verschied er nach kurzer Krankheit in seinem Landhause Friedrichsruh bei Hamburg, noch auf dem Totenbett von ergreifender Sorge über die Prestigepolitik des Kaisers in wilden Fieberphantasien gepeinigt. Noch einmal ging da eine tiefe Trauer durch Deutschland, das ohne ihn nicht leben zu können schien; erst spätere Geschlechter werden seine Größe ganz zu ermessen imstande sein.

* * *

Inzwischen hatte Deutschland schon ganz neue Bahnen eingeschlagen: der Kaiser hatte den Mut, das Reichsschiff aus der Binnensee der europäischen Politik auf das hohe Meer der Weltpolitik hinauszuführen. In der Tat wandelten sich die Weltverhältnisse unaufhaltsam. Drei ungeheure politisch-wirtschaftliche Körper waren in der Bildung begriffen: das die ganze Erde umspannende, durch seine Seeherrschaft zusammengehaltene britische Weltreich, das russische Kontinentalreich von der Ostsee bis zum Großen Ozean, die Vereinigten Staaten von Nordamerika zwischen den beiden wichtigsten Weltmeeren der Erde, Riesenkörper, die fast unangreifbar sind und sich wirtschaftlich vollkommen selbst genügen können. Und daneben begann bereits Japan in wunderbarem Erwachen sein Haupt zu erheben und rings um den Großen Ozean, besonders aber in Ostasien sich nach Gebieten umzusehen, die es durch Erwerb oder Auswanderung seinem Machtbereich unterwerfen könnte. Hinter ihnen begannen alle bisherigen Großmächte in die zweite und dritte Linie zurückzuweichen, und mehr und mehr wurde es klar, daß sich eine europäische Macht nur dann als Großmacht behaupten könne, wenn sie auch außerhalb Europas angesessen sei: der imperialistische Gedanke ergriff alle Welt.

In der Tat hatte Frankreich bereits ein gewaltiges Kolonialreich aufgerichtet, und auch Italien war bereit, zuzugreifen, Holland und Belgien waren gesättigt. Auch für Deutschland lag die unbedingte Notwendigkeit vor, über die bescheidenen Bismarckischen Anfänge hinaus sich Einflußsphären auf den moderner Kultur noch nicht erschlossenen Teilen des Erdenrundes zu suchen. Die Aufteilung der Welt hatte in den 80er Jahren begonnen; es war eine Folge der allgemeinen Bevölkerungszunahme, des Fortschrittes der Technik und der Verkehrs- und Verständigungsmöglichkeiten, nicht zuletzt auch des berechtigten Bewußtseins der großen Kulturvölker, daß gerade ihre Kultur von besonderem Wert für die Weltentwicklung sei. Dieser allgemeine Imperialismus mußte zu einem Konkurrenzkampf aller gegen alle führen mit dem Streben, nach dem Maße der eigenen Macht sich möglichst umfangreiche, in sich geschlossene Rohstoff- und Absatzgebiete zu sichern und anderen Mächten Teile der sich immer mehr komplizierenden Weltwirtschaft zu entreißen. Wollte Deutschland seine steigende Bevölkerungszahl ernähren und nicht wie in früheren Jahrhunderten Tausende von Bürgern als Kulturdünger an die weite Welt abgeben, so brauchte es Lebensmittelzufuhr von auswärts, deren Kosten nur durch Ausfuhr von Fertigwaren zu decken waren. Das bedingte weitere Beschaffung von Rohstoffen möglichst aus eigenen Kolonial- oder Handelsgebieten.

Rein geographisch war Deutschland allmählich wieder in seine alte zentrale Stellung für den Welthandel eingerückt, seitdem die Eröffnung des Suezkanals 1869 dem Mittelmeer seine frühere Bedeutung zurückgegeben und die großen Alpenbahnen über den Brenner (1867) und den St. Gotthard (1882) den Verkehr dorthin erleichtert hatten. War erst die russisch-sibirische Bahn vollendet und gar der großzügige Plan der Bagdadbahn durchgeführt, so mußte vollends für Nord- und Westeuropa der kürzeste Weg nach Ostasien und Indien durch Deutschland führen. Indes hatte jene Zentralstellung auch ihre Nachteile. Nicht nur entbehrte das Reich einer eigenen Position am Mittelmeer, es führte auch der einzige bequeme Seeweg nach dem offenen Atlantischen Ozean zwischen Frankreich und England hindurch, konnte also unter Umständen leicht gesperrt werden. Dazu grenzte Deutschland an drei Großmächte, und

von der vierten (England) waren seine Küsten in kürzester Zeit erreichbar.

Es hätte also der Weg zu einer imperialistischen Politik mit größter Vorsicht beschritten werden müssen; insbesondere mußte eine Isolierung Deutschlands unter allen Umständen vermieden werden. Denn es lag auf der Hand, daß durch das Streben nach Machterweiterung und schon durch die bloße Ausdehnung des Handels auf Grund guter Ware zu billigen Preisen die Eifersucht der andern Mächte unvermeidlich war, daß das Emporkommen eines nach Weltgeltung strebenden Deutschlands sich tatsächlich als eine Beeinträchtigung aller andern bestehenden Machtfaktoren in der Welt anließ und daß bei der Verteilung des noch der Kultur unerschlossenen Landes der neue, mit scheelen Augen angesehene Konkurrent auf ernste politische Verwicklungen gefaßt sein mußte. Um so mehr, da die Revanchelust Frankreichs und die Handelseifersucht Englands besondere schwere Gefahren darstellten, und das Weltgleichgewicht, das früher durch den spanischen Erbfolgekrieg und die folgenden Erschütterungen bis zum Wiener Frieden 1815 sich auf europäischer Basis entwickelt hatte, durch die Reichsgründung verschoben war und auf Grund der allgemeinen imperialistischen Strebungen sich erst neu wiederherstellen mußte. Deutschland mußte damit rechnen, daß sein neuer und sich noch erweiternder Machtbestand auf die ernsteste Probe gestellt werden würde. Mit kaltem Blute und weitester Voraussicht mußte jeder politische Schritt auf dem vulkanischen Boden abgemessen werden.

Aber der Kaiser und sein Gefolgsmann, der zum Reichskanzler erhobene, an Gehorsam gewöhnte General Caprivi hielten es nicht für nötig, die Summe von Sach- und Personalkenntnis, die Bismarck in 30jähriger Amtstätigkeit erworben hatte und kraft deren er in der Welt der ausschlaggebende Regulator aller Spannungen geworden war, zu nützen. Ohne irgendeine Information des Ausgestoßenen einzuholen, begann man das Kapital von Ansehen zu verschleudern, das Deutschland in der Welt besaß. Es fehlte an der gemessenen Zurückhaltung, wie in der inneren Politik gegenüber dem Zentrum, und anfangs auch den Sozialdemokraten, den Polen und den Elsässern, die man alle durch übermäßiges Entgegenkommen

gewinnen wollte, so nach außen gegen die Franzosen, Engländer, Amerikaner und insbesondere die Österreicher. Man erweckte durch Nachlaufen den Eindruck der Schwäche und Hilfsbedürftigkeit, band sich die Hände und gab Vorteile preis. Dagegen verdarb man es gründlich mit Rußland und trieb es in die Arme Frankreichs.

Die „graue Eminenz“, der Geheime Rat von Holstein, ein enger Geist, machtgierig und auf dunklen Wegen schleichend, aber öffentlich nie hervortretend, lenkte über den Kopf des begabten, aber noch nicht eingearbeiteten Staatssekretärs Marschall von Bieberstein die äußere Politik nach den Anweisungen des Kaisers, die er durch den Grafen Philipp von Eulenburg erhielt. Er verstand es dabei recht gut, auf demselben Wege seine Gedankengänge dem Monarchen zu insinuieren. Da er fürchtete, daß der Zar auf Bismarcks Rückkehr dringen würde, intrigierte er, um selbst in der Macht zu bleiben, gegen die Erneuerung des russischen Rückversicherungsvertrages. Und der Kaiser ließ sich leiten; ihm war das Bismarcksche Doppelspiel zwischen Rußland und Österreich zu undurchsichtig und schwierig; er wollte engsten Anschluß an Österreich und Italien, gab deshalb in langfristigen Handelsverträgen die landwirtschaftlichen Interessen in einem Maße preis, das einer Ausbeutung durch die Freunde gleichkam, erneuerte trotz russischen Ansuchens den Neutralitätsvertrag nicht, und verzichtete durch den Helgoland-Sansibar-Vertrag mit England (1. Juli 1890) auf gewaltige und wohlbegründete Ansprüche Deutschlands in Ostafrika (Sansibar, Uganda, Witu, Somaliland) zugunsten des sogenannten Caprivizipfels in Südwestafrika und des gewiß nötigen Erwerbs von Helgoland, das man aber sehr viel billiger hätte haben können. Es ist beschämend, daß diese großen Zugeständnisse auf das geringwertigste Stück, auf Sansibar, hätten eingeschränkt bleiben können, wenn der Kaiser nicht dem englischen Botschafter erklärt hätte, auf afrikanische Gebiete komme es nicht an, und zugleich den Termin für die Hissung der deutschen Flagge auf Helgoland in seinen Reiseplänen festgelegt hätte, so daß größte Eile dem deutschen Botschafter in London anbefohlen wurde.

Es war aber wirklich ein „neuer Kurs“, eine Wendung zu England hin, die aus der Angst des Kaisers und Caprivis

vor einem angeblich unvermeidlichen, baldigen Zweifrontenkrieg geboren war. England aber nahm „die Hose für den Hosenknopf" gern an, und freute sich, das weite Hinterland Ostafrikas mit seinen reichen Entwicklungsmöglichkeiten den Deutschen abgenommen zu haben, war aber darum keineswegs geneigt, Deutschland im Falle des Krieges den Rücken zu decken oder etwa ihm statt Afrikas nun andere weltwirtschaftliche Möglichkeiten großen Stiles offen zu lassen; im Gegenteil, es nutzte die deutsche Entfremdung gegen Rußland und die daraus entspringende und von ihm eifrig geförderte weitere Annäherung Rußlands an Frankreich als gegenseitige Bindung der europäischen Mächte nur aus, um außerhalb Europas seine Weltherrschaft fester zu gründen.

In der Tat standen im Hintergrunde der deutschen Politik zwei leitende Gedanken. Man wollte durch wirtschaftliche Interessen den Dreibund kräftigen (was Bismarck als Trinkgelderpolitik brandmarkte) und zugleich Bulgarien und die Türkei vor Rußland schützen, weil bei der unglücklichen kontinentalen Lage Europas hier allein der letzte und einzigste Landweg Deutschlands in die Welt lag. Die Kehrseite war, daß man von Österreich und seiner vorwärtsdrängenden Balkanpolitik abhängig wurde und Italiens Nordafrikainteressen vertreten mußte, seiner aber doch nie sicher war, da wirtschaftliche Bindungen die politischen Lebensbedingungen dieses Landes, das zu England drängte, niemals einschnüren konnten; daß ferner England nicht daran dachte, Deutschland den Platz an der Sonne zu gönnen, und Rußland sich unbegreiflich vor den Kopf gestoßen fühlte, seine Wege gekreuzt sah und ins französische Lager getrieben wurde, wo die Wogen der Revanchestimmung eben dadurch wiederum hochgepeitscht wurden. So folgte dem festeren Zusammenschluß des Dreibundes der Abschluß des Zweibundes; Europa war in zwei Lager gespalten, und Deutschland bildete nicht mehr das Zünglein an der Wage zwischen den großen europäischen Gegensätzen von Rußland und Österreich und Rußland und England; sein Schiedsrichteramt war ausgespielt, sein politischer Kredit erschüttert, die eigene Bedrohung stieg, und nur England hatte den Vorteil: es war jetzt die ausschlaggebende Macht.

Rußland hatte seine deutsche Rückendeckung nicht nur gegen einen Angriff Österreichs, sondern auch für den dringenderen Fall eines Krieges mit England verloren; zudem schien der Kaiser durch eine auffallende Milderung der Polenpolitik die revolutionäre Stimmung in Russisch-Polen absichtlich zu begünstigen, dazu kamen tönende Reden auf die englische Waffenbrüderschaft bei einem Besuch des Prinzen von Wales in Berlin; so wurde dann der durch russische, von Deutschland abgelehnte Anleihen in Paris und französische Waffenlieferungen angebahnte Weg zunächst noch zögernd weiter beschritten. Frankreich kam gern entgegen. Zwar hatte es sich wohl gefallen lassen, daß der lästige Paßzwang in Elsaß-Lothringen gemildert wurde, und daß das Deutsche Reich seine Hoheitsrechte in Madagaskar anerkannte; aber ein Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris hatte stürmische Erregung gezeitigt — man sah darin nur den Vorläufer einer Reise des Kaisers selbst —: es kam zu Kriegsdrohungen in der französischen und deutschen Presse, und Frankreich schickte seine Flotte zum Besuch nach Kronstadt; der Zar hörte stehend die Marseillaise an und entschloß sich im August 1891, dem russisch-französischen Bunde ernstlich näherzutreten, gegen den sich Bismarck zwei Jahrzehnte mit Erfolg gewehrt, jenem Bunde von Autokratie und Demokratie, den der Herr von Holstein nie für möglich gehalten hatte. Zwar wurden zunächst nur freundschaftliche Briefe ausgetauscht, aber nach einem Jahre wurde schon eine feste Militärkonvention geschlossen (die später, 1912, durch eine Marinekonvention erweitert worden ist).

Deutschland antwortete durch eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres um 67 000 Mann, wobei es freilich dem Parlamente die Einführung der zweijährigen Dienstzeit zugestehen mußte (Juli 1893); der Zar ließ zur Antwort seine Flotte den Hafen von Toulon anlaufen und schloß nunmehr das feste Bündnis mit Frankreich ab (Anfang 1894). Jeder Versuch Deutschlands, die russischen Beziehungen wieder enger zu knüpfen, war von nun an von vornherein fast zur Aussichtslosigkeit verurteilt und verschnupfte nur in England. Und auch ein Entgegenkommen gegen Frankreich, indem man in Kamerun allzu eilig feste Grenzen schuf und für den Zugang zum Tsadsee (in dem zweiten Caprivizipfel) wiederum das ganze Hinterland preisgab und so endgültig auf ein großes äqua-

toriales Afrikareich verzichtete (18. März 1894), änderte dort die Stimmung nicht, gab aber eine gute Möglichkeit aus der Hand, auf die französische Politik einzuwirken und ärgerte zugleich wiederum die Engländer, die die westöstliche Ausdehnung der Franzosen in Mittelafrika ungern sahen.

Denn eben jetzt, da die europäischen Mächtegruppen sich gegenseitig in Schach hielten, gingen die Engländer, ihrer „splendid isolation" froh, an die Aufrichtung ihres großafrikanischen Reiches und suchten gleichzeitig ihr indisches Reich weiter auszubauen. Sie betrachtete es als ihre Aufgabe, soviel von der Oberfläche der Erde zu nehmen, als irgend möglich war, ja hielten das für ein göttliches Recht und ihre Pflicht, da nur so die Kultur fortschreite. Der britische Imperialismus schoß jetzt in Blüte. Er fand eine entschlossene Propagandavertretung in der 1884 gegründeten „Imperial Federation League", einem „Allenglischen Verbande", und geniale Vorkämpfer in dem weitsichtigen Kolonialsekretär Joe Chamberlain und dem willensstarken Spekulanten Cecil Rhodes, die im Gegensatz zu dem März 1895 zurücktretenden Gladstone die weltumspannende Politik Disraelis, in neue Bahnen lenkten; er wurde getragen von der öffentlichen Meinung, die in den Büchern von Charles Dilke: „Greater Britain" und von John Robert Seeley: „The expansion of England" ihr Evangelium sah. Das letzte Ziel war die vollkommene Weltherrschaft, die nächsten Etappen einmal die feste Zusammenfassung des gesamten britischen Besitzes durch einheitliche Verfassung, ein geschlossenes Zollsystem und den Ausbau der Flotte, dann im Zusammenhang damit die Erwerbung eines breiten Länderstreifens vom Kap über Kairo bis nach Kalkutta. Cecil Rhodes hatte schon früher (1884), als die Deutschen sich in Südwest festsetzten, Betschuanaland für die Kapkolonie in Besitz genommen, um die Buren von den stammverwandten Deutschen zu trennen, hatte dann die Portugiesen aus dem Gebiete nördlich von Transvaal verdrängt und hier die Kolonie Rhodesia gegründet (1891—93), die die Burenstaaten von Deutsch-Ostafrika trennte; als Ministerpräsident der Kapkolonie baute er eine Bahn von Kapstadt nach Rhodesia mit Umgehung der Burenstaaten ganz durch britisches Gebiet, und hoffte sie bis nach Ägypten fortzuführen; eine Telegraphenlinie führte er sofort bis nach Uganda, auf das Deutschland 1890 verzichtet

hatte. Deutschland weigerte sich 1894, ihm einen ostafrikanischen Landstreifen abzutreten und verhinderte auch durch gemeinsamen Einspruch mit Frankreich, das auf dem Kongostaat ein Vorkaufsrecht besaß, den Tausch eines Streifens dieses Landes gegen das noch herrenlose Ladoland zwischen dem Gazellenfluß und dem Weißen Nil. Es versuchte also, sich der englischen Umklammerung in Ostafrika zu erwehren und zugleich wiederum sich Frankreich zu nähern. Die englische Eroberungspolitik in Südafrika ließ sich dadurch nicht abschrecken; Cecil Rhodes belieferte die aufständischen Eingeborenen in Südwest mit Waffen, stellte sich mit der steigenden Goldausbeutung Transvaals auf die Seite der landfremden Elemente, der Uitlanders, die zum Bürgerrecht nicht zugelassen wurden, und bereitete dort die Revolution als Vorstufe der Einverleibung vor; gleichzeitig schnitt er die Binnenrepubliken durch Besetzung von Tongaland, südlich der Bahn von Pretoria nach Laurenzo Marquez, vom Meere ab. Deutschland besaß genügend finanzielle Interessen in Transvaal, um gegen diese systematische Einschnürung und Unterwühlung protestieren zu dürfen; aber die Entsendung der beiden kleinen Kreuzer Condor und Cormoran in die Delagoabai (Herbst 1894) erbitterte nun die Engländer, ohne Nutzen zu stiften. Der Ministerpräsident Rosebery drohte öffentlich mit dem Anschluß an den Zweibund. So schien alles Liebeswerben des Kaisers um England vergeblich gewesen zu sein.

Nun hatte Rußland keineswegs die Absicht, als gefügiges Werkzeug Frankreichs möglichst bald über Deutschland herzufallen, sondern es betrachtete den Zweibund zunächst nur als eine Quelle zur Besserung seiner Finanzen — es hat bis 1913 gegen 17 Milliarden aus Frankreich geholt — und als politische Rückendeckung in Europa, die ihm von Deutschland nicht mehr gewährt wurde; es wandte sich den großen Problemen des fernen Ostens zu. Auch die russische Industrie hatte sich gehoben und besaß weniger Interesse an den Dardanellen, wo sie mit der überlegenen Konkurrenz der andern Großmächte zusammenstieß, als an der Handelsaufschließung der Mongolei, Mandschurei und Chinas. Darum waren große Summen aus den französischen Anleihen dem Bau der 1891 begonnenen transsibirischen Bahn zugeflossen. Damals nun (1894) kam es zu einem

Kriege zwischen dem rückständigen China und dem der modernen Kultur und Technik erschlossenen Japan um die Vorherrschaft über das Königreich Korea; die Chinesen erlitten Schlag auf Schlag erhebliche Niederlagen, wurden nicht nur aus Korea vollkommen verdrängt, sondern verloren auch die Halbinsel Liautung am Golf von Petschili und die Hafenplätze Port Arthur (6. November 1894) im Norden und Weihaiwei (31. Januar 1895) im Süden des Gelben Meeres, so daß ihre Hauptstadt Peking bedroht war. Die Engländer hatten schon im Oktober—November 1894 eine vorsichtige Friedensvermittlung zugunsten Chinas angeregt, stießen aber auf Widerstand bei den andern Großmächten, Deutschland eingeschlossen, und hielten es dann für klüger, nach den gewaltigen Siegen Japans sich dem Sieger zu nähern. Deutschland aber mischte sich selbständig ein, ohne doch zwingende politische Gründe zu haben; es gab Japan im März 1895 den Rat, lieber die Insel Formosa als die Halbinsel Liautung zu erstreben. Und dann geschah der unglaubliche Fehler: es intervenierte gemeinsam mit Rußland und Frankreich gegen den Frieden von Schimonoseki (17. April 1895), in dem die Chinesen auf Korea verzichteten und die Insel Formosa und den größten Teil der Halbinsel Liautung an Japan abtraten und sich zu einer Kriegsentschädigung von 200 Millionen Taels verpflichteten. Die Japaner, die es mit Rußland und Frankreich allein wohl aufgenommen hätten, gaben zähneknirschend nach und verzichteten auf Liautung; aber eine gewaltige Wut erfaßte sie gegen Deutschland, das sie bisher als ihren Lehrer verehrt und in dem sie einen späteren Verbündeten gegen Rußland nach dem einfachsten geopolitischen Gesetz des In-die-Mittenehmens erwartet hatten. Die Schuld trug wiederum der deutsche Kaiser, der bei der Abkühlung des Verhältnisses zu England im Zickzackkurs allzu hastig und energisch zu Rußland zurückschwenkte und damit die im Sansibarvertrag so teuer erkaufte englische Freundschaft den russischen Interessen preisgab.

Ohne Frage konnte die Ablenkung Rußlands nach Ostasien Deutschland nur angenehm sein, und wollte man sich Rußland nähern, so hätte eine wohlwollende Neutralität genügt; der Herr von Holstein aber dachte vor allem eine gemeinsame Bluttaufe russischer und französischer Streitkräfte

vermeiden zu müssen; der Kaiser wurde in seiner Hinneigung zu Rußland wie durch die englischen Verstimmungen, so durch persönliche Freundschaft zu dem neuen Zaren Nikolaus II., ferner durch den Rat des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, der Caprivi als Reichskanzler gefolgt war und wieder Bismarcksche Traditionen aufnehmen wollte, vor allem aber durch den Wunsch und das russische Angebot bestärkt, in Ostasien einen festen Punkt oder eine Kohlenstation zu erwerben. Er wollte Weltpolitik treiben und sah in seinem phantastischen Sinne reiche handelspolitische Entwicklungsmöglichkeiten in China, während tatsächlich dort Rußland, Japan, Frankreich und England stets die Vorhand behalten mußten; endlich verwirrte ihn das Hirngespinst einer Bedrohung der europäischen Kulturwelt durch die gelbe Rasse. Den Russen selbst wurden die handelspolitischen Ziele sofort unbequem: sie selbst deckten unter Ausschluß der Deutschen Bank mit französischem Gelde sofort die ganze Anleihe Chinas zur Bezahlung der Kriegsschulden, und verhielten sich keineswegs wohlwollend, als die Ermordung zweier katholischer Missionare der deutschen Regierung Gelegenheit bot, mit dem Zugreifen Ernst zu machen und Kiautschou „mit gepanzerter Faust" zu besetzen (14. November 1897). Sie versuchten vergeblich, den Ort selbst vorweg zu nehmen, und hetzten dann gemeinsam mit den Franzosen in Peking gegen Deutschland; sie beruhigten sich erst, nachdem sie das wertvollere Port Arthur besetzt hatten, worauf die Engländer sich auf das gegenüberliegende Weihaiwei stürzten und Frankreich seine Interessensphäre in Südchina erheblich erweiterte. So hatte Deutschland den Anstoß zu einer weitgehenden Beraubung Chinas und einer bedeutenden Stärkung der rivalisierenden Mächte gegeben, die allgemeine Eifersucht gesteigert, für sich selbst aber zu den europäischen Feinden zwei ostasiatische und als Wahrzeichen seiner imperalistischen Einmengung mit Verzettelung seiner Kraft nur einen Stützpunkt gewonnen, der im Ernstfall trotz alles Aufblühens niemals zu halten war.

Die Stellung zu England aber hatte inzwischen einen schweren Stoß erhalten. Ein neues Kabinett Salisbury hatte den Versuch gemacht, das Abschwenken Deutschlands durch den Vorschlag einer Teilung der Türkei zwischen England, Deutschland und Österreich zu paralysieren (8. August 1895). Der

Kaiser erwog diesen Plan überhaupt nicht ernstlich, sondern lehnte ihn mit überflüssiger Schärfe ab, obwohl Salisbury sich auch geneigt zeigte, Rußland an der Beute zu beteiligen, natürlich um es von Ost- und Zentralasien abzulenken. Freilich wäre das auch ein vollkommener Bruch mit dem Gedanken gewesen, der seit seinem Regierungsantritt die deutsche Politik immer beherrschender leitete: zu vorwaltendem politisch-wirtschaftlichem Einfluß in der Türkei zu kommen, dieses Land vor England und Rußland zu schützen und es zu selbständigem Leben zu erwecken durch deutsches Kapital, deutsche Kultur und deutsche Heeresausbildung. Nur waren für diesen gigantischen Plan die deutschen Kräfte zu klein; er wandte sich ja auch gegen Rußland, das dauernd in Ostasien hätte festgehalten werden müssen; vor allem aber wurde Englands Lebensnerv bedroht; es durfte eine Erstarkung der Türkei, wie sie die deutschen Bahnbauten einleiteten, die seit 1888 langsam in Angriff genommen wurden, niemals dulden, weil einmal die schnelle Möglichkeit der türkischen Truppenbewegung dem Suezkanal gefährlich werden konnte, daneben aber das große Projekt einer englischen Landverbindung Kairo—Kalkutta in die Brüche ging. Es hätte vielleicht der Bund mit England den Krieg mit Rußland und Frankreich bedeutet; das war es wenigstens, was die Engländer wollten: Deutschland sollte ihnen als ihr kontinentaler Degen die Russen niederschlagen, damit sie selbst in Ostasien freie Hand behielten — wenn nicht der ganze Vorschlag gar nur eine Falle war, um Deutschlands Eroberungssucht an den Pranger zu stellen. Die Ablehnung wird man also gerechtfertigt finden. Aber war denn auf russische Freundschaft jemals ernstlich zu hoffen, solange man die Türkei stützte? Da man zudem auf Elsaß-Lothringen nicht verzichten wollte und konnte, war trotz aller Bemühungen doch die Versöhnung Frankreichs nie zu erringen, und also blieb auch aus diesem Grunde Rußland dauernd der Gegner; andrerseits mußte die türkenfreundliche Politik Rußland und England gegen Deutschland über kurz oder lang zusammenschließen. So bereitete sich hier Deutschlands späteres Schicksal vor. Und wenn der Kaiser ablehnte, weil er zu gewissenhaft war, an dem Schützling zum Räuber zu werden, wenn er die dämonische Kraft eines Friedrichs des Großen nicht in sich fühlte, so durfte er doch England

nicht vor den Kopf stoßen. Das aber geschah nicht nur durch die brüske Form der Zurückweisung, sondern in noch schrofferer Weise durch das berüchtigte Krügertelegramm.

Deutschland war aus wirtschaftlichen Gründen für die Offenhaltung der Delagoabai und die Selbständigkeit Transvaals eingetreten, obwohl die Engländer nicht ganz mit Unrecht behaupteten, daß dieses Land seit seiner Freilassung 1879 nicht mehr volle Unabhängigkeit besitze. Schon das hatte zu englischen Drohungen (S. 113) und zu der Aufpeitschung der öffentlichen Meinung gegen Deutschland Anlaß gegeben, der „Standard", die konservative Hauptzeitung, hatte den Kaiser im Sommer 1895 nicht eben höflich gemahnt, bei seinem diesjährigen Besuch in London sich von der Großmutter Viktoria in politischer Weisheit unterrichten zu lassen. Nun ließ Cecil Rhodes durch seinen Vertreter in Rhodesia, den verwegenen Abenteurer Dr. Jameson, einen Einbruch in Transvaal unternehmen, der in Verbindung mit einer Revolte der Engländer im Innern des Landes die Buren niederwerfen sollte. Die Einverleibung in die südafrikanische Kolonie war das letzte Ziel; zunächst sollte das Bürgerrecht jedem Uitländer sofort, nicht erst nach 14 Jahren gegeben werden, damit die politische Herrschaft den Engländern werde, und die Bestimmung fallen, daß das gesamte zutage geförderte Material im Bergbau der Goldsteuer unterliege; das Kapital wollte also herrschen, während die Buren nach der Väter Art als Viehzüchter weiter zu leben und die lästigen, goldgierigen Fremden niederzuhalten gedachten. Aber Jamesons Raubzug mißlang; er wurde am 5. Tage seines Einfalls mit seiner Schar umzingelt und gefangen genommen (2. Januar 1896). England rückte offiziell von dem Völkerrechtsbruch ab, aber die öffentliche Meinung entlud sich in unflätiger Wut, als der Kaiser den Präsidenten Krüger ein Glückwunschtelegramm sandte, in dem von der „Unabhängigkeit" Transvaals und dem Siege die Rede war, der erfochten sei, „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren". Das Telegramm war zwar dem kaiserlichen Rechtsgefühl impulsiv entsprungen, aber es war ein deutscher Regierungsakt; der ursprüngliche Entwurf stammte nach den Wünschen des Kaisers von Marschall und dem Kolonialdirektor Kayser und war nach Beratung im Reichskanzleramt noch gemildert worden; es stand

durchaus in Übereinstimmung mit dem Empfinden der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes; aber es war doch im höchsten Grade politisch unklug. Denn es reizte drüben nur maßlos, und Taten konnten nicht folgen. Man fragte wohl nachträglich bei andern Mächten über eine gemeinsame Aktion an, aber Frankreich lehnte kurzerhand ab, nicht ohne in London zu versichern, daß Meinungsverschiedenheiten mit England wohl möglich, stets aber ausgleichbar seien; von Deutschland trenne ein „Nichtwiedergutzumachendes"; und ebenso winkte Italien ab: es müsse — und das sei ja auch Bismarcks Rat gewesen — sich mit England gut stellen, um gegen Frankreich im Mittelmeer gedeckt zu sein. Rußland aber versicherte England ausdrücklich seiner wohlwollenden Neutralität. So mußte man sich jetzt mit verhüllten Entschuldigungen zurückziehen und überließ die Buren später ihrem Schicksal.

Und wenn auch das englische Kabinett zwar eine kleine Flottendemonstration veranstaltete, aber einen kühlen Kopf behielt und weiterhin aus dem kolonialen Gegensatz gegen Frankreich und Rußland heraus immer wieder neue Bündnisangebote an Deutschland machte, so sicherte es sich doch durch ein Geheimabkommen mit Amerika und Frankreich im Frühjahr 1897 gegen einen etwaigen „pangermanischen" Angriff durch Deutschland und Österreich. Auch schlug seit dem Krügertelegramm die öffentliche Meinung, ohne deren Hilfe in den modernen Zeiten eine Politik der Verständigung schwer durchzuführen ist, in beiden Ländern Töne der Nervosität und des Hasses an. Bei den Engländern wuchs die Besorgnis, von der aufstrebenden Industrie und dem blühenden Handel Deutschlands überflügelt, bei den Deutschen das Gefühl, von England eingeengt und in der friedlichen Entwicklung zu einer gleichberechtigten Weltmacht gehindert zu werden. Der skrupellose Publizist Harmsworth, der spätere Lord Northcliffe, gründete 1896 das 5 Pfennigblatt Daily Mail, das ganz auf die Deutschenhetze eingestellt war, und in der Saturday Review vom 11. September 1897 waren die berüchtigten Sätze zu lesen, nachdem von der steigenden deutschen Handelskonkurrenz die Rede war: „Eine Million kleiner Nörgeleien schafft den größten Kriegsfall, den die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der

Welt vertilgt wäre, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von 5 Milliarden Mark Krieg führen?" Den Schluß bildete die Mahnung: Germaniam esse delendam: Deutschland müsse zerstört werden. Auf der andern Seite fand jetzt des Kaisers heißer Wunsch, eine dem Welthandel Deutschlands entsprechende Flotte zu bekommen, den weitesten Resonanzboden. Hatte schon der Sansibarvertrag den Alldeutschen Verein gezeitigt, der eine straffe Haltung gegen England und eine zielbewußte Ausnutzung der kolonialpolitischen Möglichkeiten auf sein Programm setzte, so begann jetzt unter dem neuen Staatssekretär des Reichsmarineamts, dem willensstarken und gewandten Admiral Alfred von Tirpitz, eine weitgehende Propaganda (Sommer 1897), die den Schutz der überseeischen Politik und Handelsausdehnung durch eine starke Hochseeflotte forderte.

Ohne Frage standen große Wirtschaftsinteressen auf dem Spiele, die eines besseren Schutzes zur See bedurften. Handel und Industrie waren gewaltig emporgekommen und wuchsen von Jahr zu Jahr. Jene langfristigen Handelsverträge mit Österreich und Italien, die den neuen Kurs einleiteten (s. S. 109) und denen andere mit Rußland und Belgien folgten, hatten durch Ermäßigung der bisherigen Schutzzölle die Absatzbedingungen verbessert und zum Schaden der Landwirtschaft die Industrialisierung Deutschlands künstlich beschleunigt; Hunderttausende von ländlichen Arbeitern, die dann durch polnisch-russischen Wanderzuzug ersetzt werden mußten, waren in die Städte gezogen, um besser bezahlte Arbeit und reicheres Vergnügen zu suchen; dieses städtische Proletariat verlor hier seine Gesundheit, völkische Eigenart und sittliche Kraft. Die Zuwanderer haben nach den Ergebnissen der Rassenforschung die Aussicht, daß ihre Familien in fünf bis sechs Generationen aussterben; zunächst füllten sie die Reihen der Sozialdemokratie und gewannen für sich selbst äußerlich bessere Lebensbedingungen und für das anwachsende Kapital die Möglichkeit, immer neue Unternehmungen mit Hilfe einer sich glänzend entwickelnden Wissenschaft und Technik zu schaffen. Zugleich mehrten sich mit steigendem Wohlstand und sich hebender Be-

völkerungszahl die inneren Bedürfnisse, und der Binnenverkehr stieg zu bedeutender Höhe an. Das Eisenbahnnetz des ganzen Reichs erweiterte sich dauernd; es wuchs bis 1909 auf etwa 58 000 km, und obwohl die größeren Einzelstaaten eifersüchtig die Selbständigkeit ihrer Eisenbahnverwaltungen wahrten, so gelang doch 1897 der Abschluß der preußisch-hessischen Eisenbahnbetriebsgenossenschaft, die mit ihrem einheitlich geleiteten Riesennetz von mehr als 30 000 km den beherrschenden Einfluß auf ganz Nord- und Mitteldeutschland ausübte und glänzende finanzielle Ergebnisse hatte. Dazu kamen neue Kanäle in Norddeutschland, vor allem für den Transport von Massengütern: der besonders der Kriegsflotte zu schnellster Vereinigung dienende Kaiser-Wilhelmkanal von Kiel zur Elbe (1895) und später der Elbe-Travekanal (1900) verbanden beide deutsche Meere auf den kürzesten Linien, ein großer Mittellandkanal sollte die ostwestliche Querverbindung zwischen Weichsel und Elbe bis zum Rhein weiterführen, kam aber zunächst nur auf der Strecke Dortmund—Ems zustande (1899). Zahlreiche neue Telegraphen- und Telephonlinien verbesserten den Nachrichtenverkehr.

Infolge dieser Vermehrung der Verkehrsmittel erreichte der Gütertransport auf den deutschen Binnenwasserstraßen schon 1896 fast den vierten Teil (23 Prozent) der gesamten Güterbewegung und beschäftigte 21 000 Fahrzeuge mit 2 700 000 Tonnen Tragfähigkeit. Noch viel schneller wuchs der Seehandel. Die beiden großen Dampfergesellschaften, die Hamburg-Amerikalinie und der Norddeutsche Lloyd, vom Reiche vielfach unterstützt, wurden die größten Reedereien der Welt, die deutsche Handelsflotte, die von 1½ Millionen Tonnen 1884/85 auf beinahe 12 Millionen Tonnen 1908 stieg und sich in der Zeit von 1871—1913 etwa verachtfacht hat, die zweite Handelsmarine der Erde. Und sie mehrte sich in schnellerem Tempo als die englische (250 zu 185 % zwischen 1870 und 1897), hatte bessere Schiffe und riß den gesamten Auswandererverkehr an sich. Immerhin behielten die Engländer hier mit fünffacher Überzahl noch die Vorhand. Und ebenso in der Kohlengewinnung. Aber diese wuchs allein in den 5 Jahren von 1887 bis 1892 um 11 Millionen Tonnen, und wenn die Engländer die ihre auch um 20 Millionen Tonnen vermehrten und ihren Vor-

sprung auch weiterhin beibehielten (15 Millionen Tonnen im Jahre 1912, 292 gegen 277 Millionen Tonnen), so rechneten sie doch schon besorgt mit einer Erschöpfung ihrer Lager durch Raubbau. In der Eisenförderung aber hatte Deutschland von 1887 bis 1892 einen Fortschritt von 900 000 Tonnen, während England einen gleichen Rückgang verzeichnen mußte. Beide konnten freilich nicht mit den Vereinigten Staaten konkurrieren, die in der Roheisenerzeugung von 1876—1900 von 2 Millionen Tonnen auf 14 stiegen, während Deutschland es, seitdem es die reichen Eisenlager Elsaß-Lothringens durch das phosphorentziehende Thomasverfahren zur Stahlverarbeitung ausnutzen konnte (1878), die Führung in der Eisentechnik übernahm und es von 1½ Million auf 7½ brachte, England aber nur von 6½ auf 9. Und dieses Verhältnis änderte sich bis 1913 noch beängstigend für England. Deutschland hatte es jetzt um fast das Doppelte überflügelt (19,31 Millionen Tonnen gegen 10,65). Unangenehm, wenn auch noch nicht bedrohlich, wurde die deutsche Konkurrenz im Textilgewerbe. In der Baumwollbereitung beschäftigte Deutschland 1875 4,2 Millionen Spindeln, 1903 aber 6,4 mit 90 000 Arbeitern; es hatte also um ein gutes Drittel sich gehoben, England aber war von 39 Millionen nur auf 46 angewachsen, hatte also seine Betriebe knapp nur um ein Fünftel erweitern können; freilich war hier die amerikanische Konkurrenz das Gefährlichere: hier mehrte sich die Spindelzahl von etwa 9 auf rund 20 Millionen. Der Gesamtwert des deutschen Außenhandels betrug in Deutschland 1890 8, in England 15 Milliarden, 1900 11 gegen 17, 1907 17 gegen 23, 1913 22½ gegen 18; der der deutschen Einfuhr betrug 1894 schon 4285 Millionen Mark und stieg 1907 auf 8747 Millionen, der Wert der Gesamtausfuhr wuchs in demselben Zeitraum von 3051 Millionen auf 6845 Millionen, und der Anteil des Seehandels an dieser gesamten Güterbewegung von 66 auf 70 Prozent.

Das Wesentliche aber war, daß nicht nur der deutsche Gesamthandel sich den Umsatzzahlen Englands näherte, sondern einmal im steigenden Maße von Deutschland nur Rohstoffe und Nahrungsmittel eingeführt (zuletzt 72,1 %, dazu 11,7 % halbfertige und nur 13,7% fertige Waren), dagegen nur Industrieartikel ausgeführt wurden, und dann, daß in allen europäischen

Ländern außer Portugal die Einfuhr aus Deutschland stärker wuchs als die aus England, und in den fremden Erdteilen die deutsche Konkurrenz zwar den englischen Fortschritten nicht gleichkam, aber doch schon empfindlich fühlbar wurde. Gerade auch nach den englischen Kolonien bewegte sich der deutsche Handel, und die englische Abwehrmaßregel, daß alle Waren die Bezeichnung ihres Ursprungslandes zeigen mußten (Mercantile Marks Act 1887), verfehlte ihren Zweck; denn gerade das „Made in Germany" wurde dank der Güte der Waren zu einer Empfehlung. Zum Schutzzollsystem wagte England aber nicht überzugehen, um den ergiebigen Zwischenhandel zwischen den verschiedenen Produktionsgebieten nicht zu verlieren und weil es als Gegengabe für die Industrieeinkäufe den Kolonien höhere Preise für Getreide und Kolonialprodukte hätte zahlen, dadurch aber seine eigene Konkurrenzfähigkeit in der Industrie hätte vermindern müssen. Aber mit größter Sorge beobachtete England den deutschen Aufstieg und die sprunghafte Aufwärtsbewegung der deutschen Ausfuhrzahlen; hatte doch 1903 bereits der Wert der deutschen Einfuhr nach England den Wert der englischen Einfuhr nach Deutschland übertroffen.

Es war die außerordentliche Anpassungsfähigkeit des deutschen Kaufmanns und Industriellen an den internationalen Markt, seine Gewandtheit und die durch ein aufblühendes technisches Schulwesen geförderte Einsicht in die wissenschaftlichen Grundlagen der Produktion, die diesen enormen Aufschwung ermöglichte; das alles hing mit dem eigentümlichen Wesen des preußisch-deutschen Staates eng zusammen. Die Politik nahm bei der halb absolutistischen Regierungsweise nicht, wie in andern Ländern, die besten Köpfe für sich in Anspruch, sondern ließ sie für das Wirtschaftsleben frei, und die militärische Forderung des Einjährigenexamens trieb die jungen Leute auf die höheren Schulen, an die sich die wissenschaftlichen und technischen Institute anschlossen, auf denen systematisch ein hochstehendes und billiges, für leitende Stellungen und die Verwertung von Erfindungen geeignetes Personal herangebildet wurde; man hatte Überfluß an Leuten von bester technischer Schulung, wissenschaftlichem Geist, handelspolitischem Blick und guten Sprachkenntnissen; dazu kam die Kraft des organisatorischen Gedankens, der gerade in einen auf

Unterordnung und Gehorsam ruhenden Militär- und Beamtenstaate das ganze Volk durchdringen mußte.

Wie bei allen diesen Unternehmungen der Großbetrieb durch Aktiengesellschaften und andere Genossenschaften vorherrschte, so bemächtigte er sich vielfach auch des Kleinhandels durch Warenhäuser und Konsumvereine. Dasselbe gilt von der Industrie, je mehr das Handwerk vor dem Fabrikbetriebe zurückwich. Riesenunternehmungen, wie die von A. Krupp in Essen für Geschützfabrikation und Schiffbau, Siemens und Halske in Berlin für elektrische Anlagen, Zeiß in Jena für optische Instrumente u. a. m. arbeiteten für alle Länder, und die chemische Industrie Deutschlands wurde die erste der Welt; sie deckte neben anderem allein 4/5 des Weltbedarfs an Farbstoffen.

So verwandelte sich das Deutsche Reich allmählich aus einem Ackerbaustaat mehr und mehr in einen Handels- und Industriestaat. Der von der Landwirtschaft lebende Teil des Volkes sank 1882 bis 1907 von 42,5 auf 28,6 %, in dem völlig industrialisierten Sachsen schon auf etwa 15 %. Damit verband sich eine rasche Vermehrung der städtischen Bevölkerung, namentlich der der großen Städte (über 100 000 Einwohner), die im Jahre 1910 zusammen 13,7 Millionen Einwohner hatten, also über 21 % des ganzen Volkes umfaßten.

Die Landwirtschaft freilich geriet unzweifelhaft vielfach in eine Notlage. Die Konkurrenz der unentbehrlichen auswärtigen Zufuhr an Schlachtvieh und Getreide drückte die Preise der heimischen Produkte; die sinkende Grundrente, die steigenden Löhne und die wachsende Verschuldung durch Erbteilungen oder durch erhöhte, den Einnahmen nicht mehr angemessene Ansprüche an die Lebenshaltung entwerteten besonders die größeren Güter und führten zu häufigem Besitzwechsel, während der eigentliche Bauernstand sich besser behauptete. Manche Regierungen, namentlich die preußische, bemühten sich, durch Rentengüter (siehe S. 91) die Erwerbung ländlichen Grundbesitzes zu erleichtern und ihn durch Vermeidung von Erbteilungen (Fideikommisse und Höferollen) der Familie des Eigentümers zu erhalten; industrielle Unternehmungen verbanden sich mannigfach mit der Güterwirtschaft (Branntweinbrennerei, Zuckerraffinerie), verminderten die junkerliche Isolierung der Großgrundbesitzer und erweiterten ihren praktisch-

wirtschaftlichen Blick; endlich wirkte wohl auch die Gründung größerer Betriebsgenossenschaften für Ankauf und Verkauf einigermaßen ausgleichend. Aber der „Bund der Landwirte", der eben gegen die allzu schnelle Industrialisierung des Gesamtlebens sich auflehnte (1893), erstrebte eine Besserung vor allem durch eine Änderung der Reichspolitik, verlangte insbesondere vergeblich (im Antrag Kanitz 1895/96) die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr und erreichte wenigstens die Einrichtung von Landwirtschaftskammern (1894) und das Verbot des Getreideterminhandels an den Börsen (1896). Die innere Kolonisation aber wurde, im großen gesehen, vom Staate zu sehr vernachlässigt; die Förderung des landwirtschaftlichen Kredit- und Genossenschaftswesens nutzte nicht viel; man hätte einen guten Teil, etwa ein Drittel des Bevölkerungsüberschusses, durch Zerschlagung eines Teiles des Großgrundbesitzes, durch Urbarmachung von Ödland und Mooren und Errichtung von Kleinbauernstellen unterbringen, dadurch den Viehbestand und die Kleintierzucht wesentlich erhöhen, andrerseits den verbleibenden Großgrundbesitz durch intensivere Wirtschaft zur verstärkten Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte bringen können. Dadurch wäre das ungesunde Anwachsen der Großstädte und die allzu scharfe, Deutschland mit dem Auslande verfeindende Anspannung des industriellen Wettbewerbs wenigstens verlangsamt worden.

Denn eben die Bevölkerungszahl stieg, wiederum auch infolge der zunehmenden Arbeitsgelegenheit, aber auch der langen Friedenszeit, sowie auch durch die sanitären Maßnahmen, insbesondere die Tuberkulosebekämpfung, in immer rascherem Zeitmaß; im ganzen während der Jahre 1885 bis 1910 von 47 auf 65 Millionen, während die Auswanderung beständig zurückging und auswärtige Zuwanderer (namentlich Polen und Italiener) für die Landwirtschaft, den Kohlenbergbau und Eisenbahnbauten immer unentbehrlicher wurden. Von einer Übervölkerung war trotzdem, im ganzen betrachtet, keine Rede: die Arbeitslosigkeit war gering, es fanden alle ihr Brot, aber nur durch die gewaltsame Steigerung der Industrialisierung, die Deutschland wiederum zur Eroberung neuer Absatzmärkte, zur tätigen Anteilnahme an der Weltpolitik zwang.

Je höher der Wohlstand stieg, je stärker sich der industrielle

Charakter der deutschen Volkswirtschaft ausbildete, desto künstlicher wurden die Grundlagen ihrer ganzen Existenz, denn desto mehr sah sie sich auf Ein- und Ausfuhr angewiesen, um die jährlich um 800 000 Seelen steigende Bevölkerung überhaupt ernähren zu können, desto mehr wurde sie in die Weltwirtschaft verflochten, desto stärker also darauf hingedrängt, ihre Absatzgebiete auszudehnen, in fremden Ländern wirtschaftliche Macht durch Kapitalanlagen und überseeische Besitzungen als Produktionsgebiete von Rohstoffen oder als Ansiedlungsgebiete zu erwerben. Man mußte in der Tat Menschen oder Waren ausführen. Für eine Kolonisation großen Stiles in Gegenden, wo Europäer wohnen konnten, war die Zeit vorbei: Deutschland kam zu spät. Es konnte sich nur noch um tropische Kolonien oder um Einflußsphären und Märkte handeln. Die Ergebnisse der älteren Auswanderungsperiode kamen dabei vielfach zustatten, weil sie die Anknüpfung von Beziehungen erleichterten, ebensowohl in den europäischen Nachbarländern außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebiets wie vor allem jenseits des Meeres. Im östlichen Europa bestanden schon seit dem achtzehnten Jahrhundert ansehnliche deutsche Bauernkolonien, zumal in Südrußland und an der untern Wolga; andere waren besonders seit der Niederwerfung des letzten polnischen Aufstandes von 1863 im russischen Kronpolen entstanden, und 1886 besaßen hier im Generalgouvernement Warschau etwa 4200 deutsche Eigentümer über 51 000 Hektar. Dazu hatten sich deutsche Fabrikanlagen gebildet; Lodz war um dieselbe Zeit fast eine deutsche Stadt geworden, und auch weit im Innern des Reiches wirkten deutsche Arbeit und deutsches Kapital mit Erfolg. Die viel ältere deutsche Kultur der baltischen Provinzen wurde zwar seit 1885 durch die allmähliche Russifizierung der Verwaltung und des Schulwesens bedrängt, aber keineswegs gebrochen.

Jenseits des Weltmeeres lebten in den Vereinigten Staaten 10—12 Millionen Menschen deutscher Abkunft, die, obwohl politisch und wirtschaftlich Amerikaner, doch jetzt mehr als früher an ihrem Volkstum festhielten und sich 1901 zu dem „Deutsch-Amerikanischen Nationalbunde" vereinigten. In Südbrasilien (Rio grande do Sul) wohnen 200 000 deutsche Bauern in gedeihlichen Verhältnissen; hier wäre eine geschlossene

deutsche Ansiedlung großen Umfanges möglich geworden, wäre nicht aus ungenügender Kenntnis der Verhältnisse schon 1852 ein Verbot des preußischen Staates zur Auswanderung hierher ergangen: man hatte den Auswandererstrom nach Nordamerika gelenkt, wo das Deutschtum in dem sich bildenden Nationalcharakter unterging, und die Gelegenheit versäumt, die Bildung einer festgeschlossenen großen deutschen Kolonie in Brasilien zu fördern. Auch in Argentinien, Chile und Bolivia bestanden nur kleinere Ackerbaukolonien, in allen größeren Plätzen Mittel- und Südamerikas aber Niederlassungen deutscher Kaufleute und andere Unternehmungen, namentlich in Banken, Eisenbahnen und Plantagen. Der enge Blick Caprivis nahm dem Deutschen Reiche dann die Möglichkeit, seine Interessensphären von den erworbenen Kolonien aus tief in das Innere Afrikas auszudehnen; die größten Zukunftsmöglichkeiten sind hier kurzsichtig verscherzt worden (S. 109, 111).

Dagegen waren die Erfolge in der Türkei zwar groß, aber problematisch und haben schließlich ins Unglück geführt. Bismarck hatte hier den englisch-russischen Gegensatz sich auskämpfen lassen wollen und Konstantinopel den Russen gegönnt, um die Engländer zu beunruhigen; er wollte unter keinen Umständen die österreichischen Balkaninteressen zu den seinigen machen. Jetzt waren die weltwirtschaftlichen Interessen Deutschlands so gewachsen, daß es die Aufteilung der Türkei zwischen England, Rußland und vielleicht Frankreich nach Möglichkeit verhindern wollte, um sich selbst das Riesenabsatzgebiet zu erhalten; seine Politik ging also darauf hinaus, die Türkei zu stärken. Der Einfluß, den es erstrebte, war rein wirtschaftlich; es dachte nicht an ein politisches Protektorat —, sonst hätte es die Türkei auch nicht militärisch gestärkt —, sondern nur an eine wirtschaftliche Durchdringung, also daß Deutschland, Österreich, die Balkanstaaten und die Türkei bis nach Bagdad hin ein großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet mit gegenseitigem Austausch der Produkte werden sollten, auf Grund politischer Freundschaft. Gewiß ein bedeutender Plan, für den nur Deutschlands Kräfte zu schwach waren. Schon finanziell war es keineswegs imstande, das große Geldbedürfnis der Türkei allein zu befriedigen, und was wichtiger war: es war eben doch auch ein politisches Programm. Die Wahrnehmung

rein wirtschaftlicher Interessen wäre auch auf dem Wege der Teilung in Interessensphären möglich gewesen; jetzt aber wurde militärische Wehrhaftmachung und politische Integrität der Türkei mit den materiellen Fragen verbunden. Deutschland aber hatte sich schon in Afrika und Ostasien große Reibungsflächen mit den andern Mächten geschaffen; nun schob es sich mit dieser großen territorialen Landbrücke, auch wenn sie rein wirtschaftlich und ideell gedacht war, wie ein Keil zwischen England und Rußland, durchkreuzte die russischen Absichten auf Serbien und Bulgarien, Konstantinopel und Armenien, und die englischen auf Mesopotamien, Arabien und eine Landverbindung Kairo—Kalkutta, und weckte zudem den englischen Argwohn, als werde Ägypten bedroht, indem man von der Türkei aus die Verbindung nach Ostafrika suche. Nur solange England und Rußland durch den eigenen Gegensatz in Persien, Afghanistan und in Asien gefesselt und vor andere, wichtigere Aufgaben in ihren großen Reichen gestellt waren, konnte diese deutsche friedliche Ausdehnung in der Türkei Fortschritte machen; kam es zu einem Vergleich zwischen England und Rußland — und es war ein grausamer Irrtum des Herrn von Holstein und des Fürsten Bülow, daß das unmöglich sei —, so mußte alles friedliche Streben, alles kluge Lavieren vergeblich sein: beide Mächte mußten sich gegen Deutschland wenden. Darum hätte man rechtzeitig, selbst unter Aufgabe eines Teils der wirtschaftlichen Interessen im nahen Orient, eine Anlehnung an eine der beiden großen Mächte suchen müssen, selbst wenn ein Krieg mit der andern die Folge gewesen wäre; denn so gewaltige Fragen, die mit den Machtinteressen der ganzen Welt sich aufs engste verknüpfen, sind auf rein diplomatischem Wege kaum zu lösen. Die Bismarcksche Linie: engster Anschluß an Rußland unter Preisgabe Konstantinopels, war das Nächstliegende; das Interesse einer deutschen Bankgruppe durfte nicht so schwer wiegen, um ihretwegen antirussische Politik zu treiben und das Reich in die größten Gefahren zu stürzen. Nützte aber kein Entgegenkommen gegen Rußland, zeigte es sich dauernd und fest an Frankreich gebunden, so blieb nur England als Bundesgenosse; über die wirtschaftliche Erschließung des nahen Orients wie über alle andern Fragen der großen Politik hätte man hier

eine Verständigung suchen müssen. Man ging aber selbständig vor und hoffte, den „mißverstandenen Bismarck" kopierend, durch politische Schachzüge ohne feste Bindung die andern meistern zu können.

Es war eine ganz eigentümliche, halb politische, halb wirtschaftliche Stellung, die Deutschland im türkischen Orient gewann. Die Reorganisation des türkischen Heeres durch deutsche Offiziere, den Engländern und Russen äußerst unsympathisch, war der erste Schritt. Der General von der Goltz, dessen Reformen sich im griechischen Kriege 1897 glänzend bewährten, sicherte der deutschen Tüchtigkeit das Vertrauen des Sultans und ebnete damit der deutschen Arbeit die Wege. Die blühenden Niederlassungen der württembergischen Templer in Palästina (seit 1868) erhielten jetzt das volle Eigentumsrecht an ihrem Grund und Boden; die deutsch-evangelischen Gemeinden daselbst wurden durch die Auflösung des preußisch-englischen Bistums Jerusalem 1889 kirchlich selbständig. Von ausschlaggebender Bedeutung wurde aber der Ausbau der türkischen Bahnen durch deutsches Kapital. Nachdem 1888 die ununterbrochene Eisenbahnverbindung Mitteleuropas mit Konstantinopel (über Wien, Budapest, Belgrad, Sofia) und Saloniki (über Nisch und Üsküb) unter deutscher Leitung hergestellt worden war, begann die Deutsche Bank in Berlin 1888 mit überwiegend deutschen Kräften den Bau eines kleinasiatischen Bahnnetzes, das 1892 bis Angora, 1895 bis Konia vollendet wurde; sie erwarb 1899 die Erlaubnis zum Bau eines Handelshafens in Haidar-Pascha bei Skutari (eröffnet 1902) und zu der Herstellung einer Eisenbahnlinie von 2400 km Länge, die Kleinasien über die Tauruspässe und den Euphrat mit Bagdad und Bassora, also mit dem Persischen Golf, in Verbindung setzen sollte. Sie bedeutete den kürzesten Weg nach Indien, stärkte die militärische Dispositionsfähigkeit der türkischen Armee, war vor allem aber dazu bestimmt, diese verwüsteten uralten Kulturländer mit europäischem Kapital und europäischer Arbeit wieder zu befruchten. Alle Punkte aber widerstritten dem Interesse der Engländer. Denn die Landverbindung nach Indien hatte für sie nur Wert, wenn sie sie selbst beherrschten, sonst wurde sie als Bedrohung empfunden; die Türkei wollte man nicht mehr, wie früher, schützen, sondern

man sah in ihr ein Objekt der Teilung und des Ausgleichs mit Rußland und suchte sie selbst finanziell und kommerziell auszubeuten.

Es war eben das Unglück der späten Einigung Deutschlands, daß jedes selbständige Vorgehen auf lebenswichtige Interessen der andern Großmächte stieß und diese zueinander führte, auch wenn sie Gegner waren; wie in Afrika England und Frankreich, in Ostasien England und Japan, so hier England und Rußland: auch Rußland. Denn Konstantinopel war und blieb auch aus religiösem Grunde die Sehnsucht des russischen Volkes, und die Erreichung des Mittelmeeres galt als politisch-wirtschaftliche Notwendigkeit; endlich war es ein begreifliches Ziel, das Schwarze Meer zu einem russischen Binnensee zu machen. Aber auch Frankreich hatte hier wertvolle Interessen zu verteidigen: besaß es doch die finanzielle Vorherrschaft in der Türkei und hat bis zum Kriegsausbruch 2½ Milliarden hier festgelegt; es hatte überdies politische Absichten auf Syrien. Aber auch Italien träumte von einer Festsetzung an der Westküste Kleinasiens und in Albanien und Tripolis und war also der deutschen Expansion in der Türkei nicht günstig gesinnt. Endlich aber gehörte zu einer erfolgreichen Durchführung der deutschen Wirtschaftspolitik auch die Beherrschung des Balkans durch Österreich. Davon war man aber weiter entfernt denn je. Denn Rumänien war zwar dem Dreibund seit 1883 heimlich angeschlossen, hatte aber Irredentawünsche Ungarn gegenüber und wurde durch die Zwischenlage zwischen Rußland und Bulgarien gelähmt; dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien gelang es aber, nach dem Tode seines Feindes Alexanders III. (1894) das gute Verhältnis zu Rußland wiederherzustellen, was sich unter anderem auch darin zeigte, daß er seinen Kronprinzen Boris orthodox taufen ließ; Serbien zerfleischte sich in wüsten Parteikämpfen, und nachdem der österreich-freundliche König Alexander einer Militärverschwörung auf schreckliche Art zum Opfer gefallen war (Oktober 1903), lehnte sich sein Nachfolger Peter Karageorgiewicz mehr und mehr an Rußland an; der Gedanke eines auf Österreichs Kosten zu gewinnenden Groß-Serbiens verschmolz mit den alten Hetzideen des Panslawismus. Aber auch Griechenland wurde in das Lager der Gegner der Mittelmächte getrieben. Es strebte nach Kreta, brachte es 1896 zum Aufstand gegen die Türkei, wurde

von den Türken dank ihrer gesteigerten militärischen Leistungsfähigkeit entscheidend geschlagen und verdankte seine Rettung nur den Großmächten, so daß es mit einer kleinen Gebietsabtretung davonkam und ihm schließlich doch noch Kreta, wenn auch unter türkischer Oberhoheit, überwiesen wurde (4. Dezember 1897). Schlimmer noch waren die mazedonischen Wirren. Hier lebte ein buntes Völkergemisch, das sich aus Splittern aller möglichen Nationalitäten zusammensetzte, und alle drei Balkanmächte, Bulgarien, Serbien und Griechenland, wühlten in dem Hexenkessel; es kam, hauptsächlich durch bulgarische Banden, 1902/03 zu schweren Ausschreitungen und gefährlichen Unruhen, und nur weil Rußland der asiatischen Dinge wegen in Europa Ruhe brauchte, kam es mit Österreich zu dem Mürzsteger Abkommen (3. Oktober 1903), nach dem ein türkischer und ein russischer Berater dem türkischen Statthalter beigesellt und eine europäische Schutzpolizei eingerichtet wurde.

So stieß jeder Fortschritt Deutschlands in der Türkei auf internationale Widerstände; England und Frankreich sträubten sich gegen die Zollerhöhungen, die für eine Finanzierung der Bagdadbahn notwendig schienen, England warf die Frage des Endpunktes auf, den es unbedingt unter seiner Kontrolle haben wollte, die Eifersucht Frankreichs hörte nicht auf, obwohl es finanziell beteiligt wurde, und wurde dadurch erhöht, daß die römisch-katholischen kirchlichen Anstalten deutscher Stiftung im ganzen Orient bereitwillig den französischen Schutz mit dem deutschen vertauschten. Immerhin war das nur der gesunde Ausdruck des gestiegenen deutschen Machtgefühls, und als Kaiser Wilhelm im Oktober 1898 in Jerusalem einzog, der erste deutsche Kaiser, der nach Friedrich dem Zweiten (1229, I 177) die Heilige Stadt betrat, um die Erlöserkirche auf der Stätte des alten Johanniterhospitals einzuweihen, da erschien er zum Stolz der Nation als der Schirmherr aller Christen deutschen Stammes. Dagegen bedeutete die unbedachte Rede des Kaisers zu Damaskus am 8. November 1898 eine ärgerliche Herausforderung aller Staaten, die Interessen in der Türkei oder Mohammedaner zu Untertanen hatten. Er sagte wörtlich: „Möge der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, die auf der Erde, zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen

verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird." England, Rußland und Frankreich wurden dadurch vor den Kopf gestoßen, und bei den Mohammedanern Hoffnungen erweckt, zu deren Erfüllung die deutsche Macht nicht im entferntesten ausreichte. Die deutsche Politik belastete sich durch diese Geste mit einer schweren Hypothek, die sie nicht einlösen konnte; sie nahm die Verpflichtung einer Interessengemeinschaft mit dem Islam auf sich, während die drei großen konkurrierenden Weltmächte gerade auf Kosten des Islam sich weiter auszudehnen entschlossen waren. Noch waren die Weltmächte in andern Erdteilen beschäftigt und miteinander verfeindet; machten sie sich dort frei und fanden sie sich gegen den gemeinsamen Störer ihrer Interessen zusammen, so mußte die Einkreisung Deutschlands zur Tatsache werden: hier, im Jahre 1898, liegt der Schlüssel zum Weltkrieg.

Auch noch in einer andern Beziehung. Es ist das Geburtsjahr der deutschen Flotte. Gewiß bedurften die gewaltigen Handelsinteressen Deutschlands und sein Anteil am Weltmeer einer Ausdehnung auch seiner maritimen Macht. Aber diese Flottenpolitik war nun einmal zugleich gegen England gerichtet, von dem man nicht mehr beiseite geschoben werden wollte, und konnte also nur im engsten Bunde mit Rußland durchgeführt werden, dem man folgerichtig die Türkei und wohl gar auch Österreich hätte opfern müssen. Es war ein schwerer politischer Fehler, daß man zu einem gewaltigen Ausbau der Flotte schritt, ohne sich durch ein engstes Bündnis mit Rußland gesichert zu haben. War ein solches vorläufig wegen der französisch-russischen Freundschaft nicht zu haben, so mußte der Flottenbau streng in rein defensiven Grenzen gehalten werden, d. h. es war keine große Schlachtflotte zu bauen, sondern Auslandskreuzer, Torpedoboote und, sofern sich diese Waffe entwickeln ließ, Unterseeboote. Denn das mußte man sich sagen, daß die Engländer niemals eine so große deutsche Schlachtflotte dulden konnten, daß ihre eigene Vorherrschaft zur See gefährdet werden konnte; es sei denn, daß sie durch einen eventuellen Landkrieg mit russischen und deutschen Kräften in die Gefahr kämen, Indien zu verlieren. Mit andern Worten: antirussische, österreichische Balkanpolitik und deutsche Türkenpolitik waren nicht zu gleicher Zeit mit antienglischem Flottenbau möglich;

sie waren denkbar nach Verständigung mit England, d. h. unter Verzicht auf die Schlachtflotte und unter Beschränkung der wirtschaftlichen Ziele in der Türkei; der Flottenbau aber war wiederum möglich, wenn man nicht nur kontinental gesichert war, sondern auch in der Welt Konflikte vermied; denn er mußte England reizen und bedurfte also unbedingt der russischen Stütze, wenn er sich nicht im engsten Rahmen der Landesverteidigung hielt und nur den Schutz der Auslandsinteressen gegen Mächte zweiten und dritten Ranges im Auge hatte. Es war ein ungeheures Wagnis, eingeklemmt zwischen zwei mächtige Feinde, offensichtlich gegen eine dritte Weltmacht zu rüsten, deren Lebensinteressen durch diese Rüstung aufs Spiel gestellt wurden. Und wenn es auch tausendmal betont wurde, daß die Flotte nur defensiven Charakter trage, so glaubte das niemand in der mißgünstigen Welt, zumal nicht in England, und man hätte in der Tat bei der Einengung Deutschlands und der Zerfahrenheit der kaiserlichen Politik, die in alle Welthändel sich einmischte, für die Sicherheit des Landes und der Zukunft besser gesorgt, wenn man neben einer langsam wachsenden Flotte die altbewährte Waffe des Heeres durch vollständige Ausnutzung der Wehrkraft, d. h. durch Ausbildung auch des letzten waffenfähigen Mannes, gepflegt hätte; kontinentale Erfolge hätten schließlich auch über die kolonialen Fragen entscheiden müssen und, sei es mit, sei es gegen Rußland, Deutschland die Ausdehnungsmöglichkeit bringen müssen, die seinem Bedürfnis entsprach.

Tirpitz war nicht nur ein starker Charakter und genialer Organisator, er war auch ein politischer Kopf und wohl das größte staatsmännische Talent der nachbismarckischen Zeit. Wenn er trotzdem die Wucht seiner Persönlichkeit für die Hochseeflotte einsetzte, so hatte er auch ein wohldurchdachtes politisches Programm, das er nur leider nicht durchsetzen konnte. Er sah in England den gefährlichsten aller Feinde, dem man den Frieden nur durch Machtentwicklung auf seinem eigensten Gebiete aufzwingen könne, und vertrat den Standpunkt des Gleichgewichts zur See: Deutschland müsse also eine so große Schlachtflotte bauen, daß es mit denen anderer Länder zusammen England die Stirn bieten könne. Dann werde die Bündnisfähigkeit Deutschlands steigen, England werde immer weniger geneigt sein, das Risiko eines Angriffs auf sich zu nehmen und endlich bei der Verteilung der Welt dem Deutschen Reiche einen seiner Bedeutung, Macht und Handelskraft entsprechenden Anteil gönnen. Er dachte an enges Zusammengehen mit Rußland, gemäßigt durch die Rücksicht auf Japan, auf das es ihm vor allem ankam, verurteilte also die deutsch-türkische und ostasiatische Politik, so gut wie später die mannigfachen Seitensprünge der kaiserlichen Diplomatie; die Hauptsache blieb ihm, den Frieden zu bewahren und Zeit zu gewinnen, bis die Flotte fertig wäre, die er als größte Friedensgarantie auffaßte; es mußten also Anbiederungsversuche an England ebenso wie alle Herausforderungen unterbleiben und man durfte sich auf keine Verschwisterung mit Österreich-Ungarn auf Gedeih und Verderb einlassen. Alle Nebeninteressen mußten vorläufig zurückgestellt werden, um der großen Zukunft willen Nur unter diesen Voraussetzungen war der Flottenbau vernünftig und vielleicht durchzuführen, obwohl man immerhin kaum erwarten durfte, daß der sich bedroht fühlende Konkurrent den Zeitpunkt der Vollendung abwarte. Es hätte einer äußerst geschickten Staatsleitung bedurft, um einen Zusammenstoß zu vermeiden. Es war das Unglück Deutschlands, daß Tirpitz nicht selbst auch die auswärtige Politik leitete und sich bei aller geschäftstüchtigen Bearbeitung der öffentlichen Meinung offiziell allzu zurückhaltend an die verfassungsmäßigen Grenzen seiner Stellung band, die dem Staatssekretär die Rolle des Untergebenen des Reichskanzlers zuwies; es steckte in ihm zuviel von dem strebsamen Gehorsam des preußischen Offiziers, der es nicht wagen dürfe, seinem obersten Kriegsherrn oder einem Vorgesetzten in den Arm zu fallen. Er betrieb die Geschäfte seines Ressorts mit einem robusten Eifer, der zu wenig Rücksicht auf die politische Lage nahm und nur zu bald den Flottenbau zum Selbstzweck werden ließ, und er fand wohl das Ohr seines Kaisers stets für die Flottenvermehrung, nicht aber für die Fragen der großen Politik, die doch die Hauptsache blieben und denen die Flotte zu dienen bestimmt war. Bülow aber, trotz aller Klugheit und Gewandtheit doch mehr eleganter Hofmann und Diplomat als Staatsmann, zersplitterte die Kräfte des Reichs in Einzelunternehmungen und begnügte sich, die

kaiserlichen Anregungen und Wünsche auf ein erträgliches Maß der Auswirkung herabzustimmen und die Fehler des Kaisers einigermaßen auszugleichen, statt entschlossen eine gesunde Tirpitzsche Flottenpolitik der Zurückhaltung und des stillen Wachstums oder auch eine auf die Welt gerichtete Bündnispolitik mit England ohne starken Flottenbau zu treiben.

Das Flottengesetz vom 10. April 1898, erweitert durch ein zweites vom 14. Juni 1900, legte den Flottenbestand auf ein bestimmtes Soll fest, das im Jahre 1917 zu erreichen war, zugleich aber auch das Alter der Schiffe, so daß Ersatzbauten ohne weiteres ausgeführt werden konnten und der Reichstag nicht an den gesetzlich sich als notwendig erweisenden Ausgaben willkürliche Abstriche machen durfte. Deutschlands Marine stand mit 22 Kreuzern bisher an 6. Stelle, noch hinter Italien; es verfügte über 270 000 Tonnen mit 24 200 Mann Besatzung, während England über 1 320 000 Tonnen mit 97 000 Mann besaß, also 4—5mal überlegen war. Schwere innerpolitische Kämpfe begleiteten die Gesetzgebung. Nachdem eine erste Vorlage im März 1897 durch das Zentrum als ausschlaggebender Faktor gefallen war, ging nun unter dem Eindruck der Besetzung Kiautschous (14. November 1897) durch eine Schwenkung des Zentrums, das sich dadurch (bis 1907) die Macht in den inneren Angelegenheiten des Reiches sicherte, am 28. März 1898 das I. Gesetz durch, nach dem in 6 Jahren die Flotte auf 19 Schlachtschiffe neben der notwendigen Zahl von Auslandskreuzern (12 großen und 30 kleinen) und 8 Küstenpanzern gebracht werden sollte; das bedeutete den Neubau von 7 Linienschiffen, 2 großen und 7 kleinen Kreuzern. Zur Durchbringung des Gesetzes war im Oktober 1897 Bernhard von Bülow an Stelle Marschalls, der den wichtigen Posten als Botschafter in Konstantinopel erhielt, als Sekretär des Auswärtigen bestellt worden; seiner gewandten Dialektik und glatten Sachlichkeit gelang es auch, die innere Politik unter die äußere bei der II. Vorlage des Jahres 1900 zu beugen; er und Tirpitz benutzten die allgemeinen Weltwirren und zumal die englischen Verlegenheiten im Burenkriege, um durch eine geschickt geleitete Aufpeitschung der öffentlichen Meinung mit Hilfe des „Alldeutschen Verbandes" und des „Flottenvereins" den Reichstag zu neuen großen Bewilligungen zu bringen. Man schürte

den Haß gegen England, obwohl dieses sich gerade jetzt lebhaft um ein deutsches Bündnis bemühte. Und man erreichte, was man wollte. Eine Verdoppelung der Schlachtschiffe auf die Zahl von 38 und 10 (statt 16) neue Kreuzer wurden mit fast Zweidrittelmehrheit durchgesetzt, als Endtermin der Bauten das Jahr 1917 festgelegt; auf die Küstenpanzer verzichtete man aus technischen Gründen (12. Juni 1900).

Die Bedingungen aber, unter denen die Flottenvermehrung hätte segensreich werden können, ließ man unerfüllt: man trieb unabhängige Weltpolitik, ehe das Instrument fertig war, das sie ermöglicht hätte. Gleich nach der I. Vorlage ging das maritime Kraftgefühl so hoch, daß man sich durch Ungeschicklichkeit die Sympathien Amerikas verscherzte.

Auch die Vereinigten Staaten hatten gegen Ende des Jahrhunderts die nationalstaatlichen Ziele mit imperialistischen vertauscht: der Gedanke, ganz Amerika und den Großen Ozean beherrschen zu müssen, trieb sie wie zu einer scharfen Schutzzollgesetzgebung, mit der Mac Kinley 1890 den Anfang machte, so zu einer energischen Ausdehnungspolitik innerhalb und außerhalb ihres Erdteils, wobei sie es nicht schlechter wie die Engländer verstanden, dem brutalen Machtgelüst das moralische Mäntelchen umzuhängen. Sie gerieten dabei mehrfach mit europäischen Staaten in Konflikt. So mischten sie sich 1895 in einen Grenzstreit zwischen Venezuela und Britisch-Guyana, rissen das Schiedsrichteramt an sich und zwangen England, das im Sudan und in Südafrika behindert war, zum Nachgeben; trotz dieser Demütigung warben aber die Engländer um die amerikanische Freundschaft, aus Furcht, Kanada könne ihnen untreu werden, falls Amerika ernstlich Miene mache, sich nach Norden auszudehnen, zudem in der Absicht, wegen der mannigfachen Verwicklungen in der übrigen Welt sich hier Rückendeckung zu suchen und das angelsächsische Gemeingefühl zu stärken. Als nun die amerikanische Machtgier sich auf Kuba stürzte und nach dem Auffliegen des Kriegsschiffes „Maine" Spanien mit Krieg überzog (April 1898), nahmen die Engländer für die Vereinigten Staaten in ihren Zeitungen und auch in ihrer offiziellen Haltung liebedienerisch Partei, während Deutschland, verleitet durch eine mißverständliche Auslassung des amerikanischen Gesandten in Berlin, als hätte Amerika kein

Interesse an den Philippinen, ein ziemlich starkes Geschwader nach Manila schickte, die amerikanischen Operationen störte und dadurch eine gewaltige, von England geschürte Erbitterung in den Vereinigten Staaten hervorrief. Offenbar hatte Deutschland aus der spanischen Konkursmasse die Philippinen oder einen Teil davon erwerben wollen, wie es denn auch wirklich nach dem Kriege die Karolinen, Marianen und Palau-Inseln von Spanien durch Kauf (Juni 1899) gewann. Die amerikanische Mißstimmung führte auch in der Samoafrage zu Reibereien; es kam nach dem Tode des eingeborenen Königs (August 1898) fast zu örtlichen Feindseligkeiten zwischen den seit 1889 hier beteiligten Mächten, bei denen zunächst die Engländer fest mit den Amerikanern zusammenhielten. Doch gelang es schließlich durch Abfindung Englands mit den bisher deutschen Tongainseln und eine Teilung Samoas zwischen Amerika und Deutschland den Konflikt zu begleichen. Der Erwerb dieser Stützpunkte im Stillen Ozean hatte im Grunde wenig Wert und diente nur einer Prestigepolitik, die überall in der Welt mitreden wollte und zugleich Betätigungsfelder für die neue Marine suchte; es war ein Drängen in die Weite, das wohl zu kleinen Erfolgen führte, aber unnötig die internationalen Beziehungen verschlechterte, vor dem Ausbau der Flotte keine Berechtigung hatte und eben diesen den andern Mächten verdächtig machte.

Wenn trotzdem gegen Ende des Jahrhunderts Deutschland nicht ohne Erfolg seinen kolonialen Wünschen nachgehen konnte, so lag das daran, daß England in Afrika mit Frankreich in schweren Zwist geriet, zugleich die Eroberung der Burenrepubliken vorbereitete und die russische Ausdehnungspolitik in Ostasien mit steigender Sorge betrachtete. Darum suchte es sogar eine Annäherung an Deutschland und war zu gewissen Zugeständnissen bereit. Denn Frankreich und vor allem Rußland schienen ihm die gefährlicheren Gegner; mit Deutschland hoffte man billiger ins reine zu kommen. Die Abrechnung mit ihm schien vorläufig noch Zeit zu haben.

England und Frankreich standen in der ägptischen Frage in scharfem Gegensatz. Von 1870—1883 bestand in Ägypten zum Zweck einer geregelten Schulden- und Finanzverwaltung eine Art gemeinsamer Herrschaft; aber die Franzosen wollten die englischen Gewaltmaßregeln gegen die europäerfeindlichen Ausschreitungen des Jahres 1882 nicht mitmachen, um sich in Europa nicht militärisch zu schwächen, und konnten nach der militärischen Besetzung des Landes durch England nur die Neutralisierung des Suezkanals durchsetzen; sie hatten Tunis 1881 besetzt, um die Ostgrenze Algeriens zu sichern (was Italien an die Seite Deutschlands getrieben hatte), hatten Absichten auf Marokko im Westen und dehnten sich nach Süden aus. Vom Senegal drangen sie bis zum Niger vor (1883), dann nach Besetzung Timbuktus weiter östlich bis zum Tschadsee (1892) und schufen sich schließlich durch Angliederung der Elfenbeinküste und Dahomeys (1893) ein gewaltiges Sudanreich, das die Sahara von drei Seiten umschloß und südlich immer weiter um englische, portugiesische und deutsche Besitzungen (Togo, Kamerun) sich herumlegte, dann aber auch den Anschluß an das französische Kongogebiet fand. Bei der Ausdehnung nach Osten aber zum Roten Meer hin stießen sie mit den Engländern zusammen, die ihre Süd-Nordlinie Kap—Kairo nicht durchkreuzen lassen wollten und das gesamte Gebiet des Weißen Nils für sich beanspruchten. Bei Faschoda, beim Zusammenfluß des Gazellenflusses und des Weißen Nils, zwang Lord Kitchener, der soeben das 1885 mit dem Tode Gordons verlorene Khartum wieder erobert hatte, in brüsker Weise den Franzosen Marchand zum Niederholen der Flagge und zum Abmarsch (10. Juli 1898); Frankreich hatte eine gewaltige Abfuhr erhalten; es sah sich genötigt, auf alle Ansprüche am oberen Nil zu verzichten.

Für England war während dieser Verwicklung ein gutes Verhältnis zu Deutschland von Wert; hätte die deutsche Politik in kolonialen Fragen mit Frankreich gemeinsame Sache gemacht, wie einst (1884 S. 93), so wäre Faschoda nicht denkbar gewesen. England köderte deshalb das Berliner Kabinett durch den sogenannten Angolavertrag über die Teilung der portugiesischen Kolonien in Afrika, falls die Lissaboner Regierung zu einem freiwilligen Verkaufe schreiten sollte (1898); in diesem Falle sollten die nördlichen Teile von Deutschland, die südlichen mit der Delagoabay von England erworben werden. Bald darauf aber (1899) stützte England die Portugiesen finanziell, so daß der Eventualfall in weite Ferne geschoben wurde,

und schloß mit ihnen den Geheimvertrag von Windsor zum Schutze gegen Angriffe einer dritten Macht. Wenn England hier also das offizielle Entgegenkommen durch geheime Abmachungen entwertete, so suchte es doch Deutschlands Freundschaft um so offensichtlicher, als es seit der Besetzung Port Arthurs durch die Russen fürchtete, daß der Anschluß dieser Festung an die sibirischen Bahnen das Rückgrat einer ganzen Provinz für Rußland und damit den Anfang einer Zerstückelung Chinas bedeute, und weil es andererseits sich selbst auf die Einverleibung der Burenstaaten vorbereitete.

In Südafrika hatten sich die Dinge um die Jahrhundertwende zum unvermeidlichen Kriege zugespitzt. Durch den Angola- und Samoa-Vertrag und Bündniswerben deckte sich England gegen Deutschland, vor Amerika wich es in der Panamafrage trotz formellen Rechts bald völlig zurück (Hay-Pauncefote-Vertrag, 5. Februar 1900) und gab mit dem Verzicht auf den Kanal alle Herrschaftsgelüste in dem westlichen Erdteil auf; so konnte es gegen die seit dem Jameson-Einfall stark rüstenden Buren energisch vorgehen. Es forderte, gestützt auf ihr umstrittenes Souveränitätsrecht (S. 117), eine bedeutende Abkürzung der Einbürgerungsfrist, lehnte das angebotene Schiedsgericht ab und schaffte Truppen nach Südafrika. Darauf erklärte Transvaal den Krieg (8. Oktober 1899), und der wesentlich agrarische Oranjestaat schloß sich trotz der geringeren Fremdeneinwanderung an. Die Buren hatten am Anfang glänzende Erfolge, schlossen Ladysmith, Kimberley und Mafeking ein und siegten unter Cronje bei Magersfontein (10. Dezember 1899). Aber sie vermieden den Sturm auf die Festungen, verloren kostbare Zeit und brachen die Offensive ab, die die Kapburen mit fortgerissen hätte. Trotzdem erfochten sie weitere Siege, bis die Engländer, unterstützt von Kanada und Australien, und geführt von ihren besten Feldherren Lord Roberts und Kitchener, Kimberley entsetzten, Cronje gefangen nahmen, auch Ladysmith befreiten und Bloemfontein, die Hauptstadt von Oranje, und nach einigen Monaten auch Johannisburg und Pretoria besetzten. Eine Reise des Präsidenten Krüger auf einem Kriegsschiff nach Europa brachte keine Hilfe; der französische Präsident Loubet lehnte höflich ab; der deutsche Kaiser, sehr im Gegensatz zu jener aufregenden Depesche von

1896, hatte ihm schon im Frühjahr 1899 gemeinsam mit Holland zur Nachgiebigkeit geraten, er zwang ihn jetzt durch scharfe Absage in Köln zur Umkehr (2. Dezember 1900). Ohne Frage hatte er recht damit, strikte Neutralität zu halten; es wäre Wahnsinn gewesen, allein den Kampf gegen England aufzunehmen. Denn Amerika ließ sich bei einem sanften Vermittlungsvorschlag gern abweisen, zumal England seine Rechte in Alaska aufgab, und Rußland wollte wohl intervenieren, aber nur, um in Afghanistan, an dessen Grenze es schon eine „Probemobilisierung" einleitete, im Trüben zu fischen; den deutschen Besitz gemeinsam mit Frankreich zu garantieren, lehnte es ab: keine französische Regierung könne sich halten, die Elsaß-Lothringen preisgäbe. Schlimm war freilich, daß der Kaiser den russischen Vorschlag einer Intervention und „Demütigung Englands bis in den Staub" sofort nach London telegraphierte, schlimmer noch, daß er einen Feldzugsplan gegen die Buren dahin sandte, den er selbst ausgearbeitet und vom Generalstabe hatte durchsehen lassen, der angeblich dem von Lord Roberts sehr nahe kam. Die Volksstimmung war solchem Handeln völlig entgegengesetzt: in Presse und Versammlungen schlugen Englandhaß und Burenbegeisterung hohe Wogen, zumal als zwei Reichspostdampfer und zwei andere Schiffe, übrigens auf Denunziation burischer Agenten hin, von den Engländern mit Beschlag belegt und auf Konterbande untersucht wurden. Hier schritt das Reich mit Tatkraft ein, und die Engländer entschuldigten die Ungeschicklichkeit ihrer Kapitäne. Die Buren wurden also ihrem Schicksal überlassen, das grausam genug mit ihnen verfuhr; in den berüchtigten Konzentrationslagern verkamen Zehntausende von Frauen und Kindern, die Farmen wurden systematisch niedergebrannt, die Saaten vernichtet, ein Aufgebot von 300 000 Mann umspannte das Land mit Blockhäusern und Stacheldraht und zwang schließlich den letzten Burenführer Botha zu einem schmählichen Frieden: die Burenstaaten wurden englische Kronkolonie (31. Mai 1902).

Die Mißstimmung der öffentlichen Meinung hätte gewiß einen Bund mit England gerade damals erschwert, der aber nicht der Buren wegen, sondern nur aus Besorgnis vor Rußland englischerseits gewünscht wurde. Daß dabei die Engländer Deutschland nicht wirklich zu einer Weltmachtstellung verhelfen,

sondern es nur ausnützen wollten, liegt auf der Hand. Auch war die Stimmung im Kabinett geteilt, und der englandfreundliche deutsche Unterhändler von Eckardstein, unzuverlässig und eitel, ein politischer Schaumschläger und Speichellecker Englands, ist kein glaubwürdiger Kronzeuge für den Ernst der englischen Sympathien für Deutschland. Er, der das Auswärtige Amt auch seinen englischen Freunden gegenüber als das „Zentralrindvieh" darzustellen liebte, hatte selbst nicht Einsicht genug, um die wahren Absichten der englischen Politik zu durchschauen. Deutschland und Rußland aneinander zu hetzen und beide Konkurrenten, den Handelsrivalen und den asiatischen Gegner, gegenseitig zu schwächen, war der letzte Sinn der englischen Politik, wie sie übrigens seit Jahrhunderten eine Kontinentalmacht gegen die andere ausgespielt und die stärkste zu lähmen gesucht hatte. Aber es kam darauf an, welche Garantien sie für eine Weltentwicklung Deutschlands und für den Ernst der Freundschaft boten. Die geniale Staatskunst eines Bismarck hätte zugegriffen und wäre ihrer Herr geworden, ohne sich für sie zu verbluten — oder hätte wahrscheinlich den Russen Konstantinopel preisgegeben und ihnen nach jeder Hinsicht den Rücken gestärkt, um die beiden Gegner sich aufreiben und inzwischen die Flotte heranwachsen zu lassen. Denn seitdem Deutschland Weltpolitik trieb, war es zu tätiger Anteilnahme an den weltbewegenden Fragen gezwungen und mußte Partei nehmen für oder wider: es setzte sich sonst zwischen zwei Stühle und galt allen als unzuverlässig und heimlicher Gegner. War doch das Vertrauen der Welt auf die unbedingte Friedensliebe und Ehrlichkeit der deutschen Politik, die einst es Bismarck erlaubt hatte, überall den Ausschlag zu geben und die Weltgewalten gegenseitig auszubalancieren, längst dahin, und die deutsche Macht nicht groß genug, um eine Isolierung zu vertragen.

Aber die deutsche Politik war schwächlich und versagte in jeder Richtung. England hatte bereits Ende Februar 1898 ein festes Bündnis angedeutet, in das auch Japan und Amerika aufgenommen werden sollten, und betrieb es unmittelbar nach Faschoda im Juli mit besonderem Eifer. Bülow aber wollte sich die Hände freihalten und sich nicht als „englischer Degen" gegen Rußland gebrauchen lassen; im

Gegenteil, Kaiser Wilhelm schrieb dem Zaren am 30. Mai 1898 von „ungeheuren Anerbietungen, die Deutschland eine weite und große Zukunft eröffneten", ohne aber die Gelegenheit zu benutzen, um wenigstens feste Abmachungen mit Rußland als Entgelt für den Verzicht auf das englische Bündnis herauszuschlagen; er ließ sich leichtgläubig durch die Mißtrauen fördernde Bemerkung abspeisen, daß England vor drei Monaten auch Rußland „noch nie dagewesene Anerbietungen" gemacht habe. Der genaue Inhalt der englischen Anträge ist nicht bekannt; es handelt sich aber wohl um die offene Tür auf allen bedrohten Märkten sowie im besonderen um die portugiesischen Kolonien, um Stücke von Marokko (Casablanca, Mogador und Rabat), die 1899 und 1901 angeboten wurden, und eine Teilung des Einflusses in der Türkei und in China (mit Zugeständnis der Bagdadbahn). Daß die deutsche Flotte dabei hätte geopfert werden müssen, ist nicht einmal wahrscheinlich, da selbst nach der II. Flottenvorlage (12. Juni 1900) die Bündnisfrage englischerseits immer weiter betrieben wurde: man dachte damals noch geringschätzig darüber in England, hätte höchstens auf den Ausbau zu reinen Verteidigungszwecken gedrungen oder wohl gar die Machtverstärkung des neuen Bundes durch eine deutsche Hochseeflotte bis zu einem gewissen Grade sich gefallen lassen. Auch wäre es schwerlich zu einem deutsch-russischen Kriege gekommen, da der Bund defensiven Charakter tragen sollte, Rußland und Frankreich aber gegen eine Koalition von England, Deutschland, Österreich-Ungarn und Japan machtlos gewesen wären, auch wenn sich Amerika nicht angeschlossen hätte. Dagegen wäre Italien beim Dreibund festgehalten worden, das sich schon deutlich Frankreich zu nähern begann, und es nie mit England verderben durfte. Aber die deutschen Staatsmänner hatten keine Entschlußfähigkeit; sie gingen von der Meinung aus, daß England nie den Weg zu Rußland finden könne und daß Deutschland nach Bismarckscher Art das Zünglein an der Wage bilden solle. Sie übersahen dabei, daß Rußland doch über kurz oder lang die orientalische Frage gewaltsam lösen mußte, und daß es dann allein auf die englische Stellungnahme ankam, ob die Mittelmächte würden siegen können. So einigte man sich mit England nur über Einzelfragen, im Angola-Abkommen (S. 137), im Samoavertrag (S. 136) und endlich

im Jangtse-Abkommen 16. Oktober 1900, das in neuen chinesischen Wirren ein gemeinsames Handeln gegen Rußland verbürgen sollte.

Der unglückliche Krieg mit Japan (S. 114), die Besetzung von Kiautschou, Port Arthur und Weihaiwei und der zunehmende Einfluß der Fremden hatte in China zu inneren Erschütterungen geführt. Während England und Rußland mit Eifersucht die gegenseitigen Fortschritte beobachteten und während der deutsche Kriegs- und Handelshafen rasch emporblühte und eine deutsche Eisenbahn nach den Kohlenlagern im Innern von Schantung und nach dem Hoangho hin (bis Tsinan, 402 km, 1904 eröffnet) in Angriff genommen wurde, erhob sich 1898 die fremdenfeindliche Bewegung der sogenannten Boxer (I-ho-tschuan) und wurde von einer Partei des Pekinger Hofes, vor allem der Kaiserin-Witwe Tsu-Hsi begünstigt, die sich gewaltsam der Regierung bemächtigte. Ein Aufstand in Schantung griff 1900 auf die Provinz Petschili über und führte zu großen Metzeleien. Um den schwer bedrängten Gesandtschaften in Peking zu Hilfe zu kommen, schossen die fremden Geschwader, das deutsche Kanonenboot „Iltis" voran, die die Mündung des Peiho sperrenden Takuforts (17. Juni) zusammen, aber am 20. Juni wurde der deutsche Gesandte Freiherr Kl. von Ketteler in Peking auf Befehl erschossen und das Personal der Gesandtschaften mit ihren Schutzwachen in der englischen Botschaft eingeschlossen. Nur mit großer Anstrengung gelang es den zunächst schwachen Truppen der fremden Mächte, die wichtige Hafenstadt Tientsin am Peiho gegen weit überlegene chinesische Massen zu behaupten. Inzwischen aber setzten sämtliche Großmächte, Japan und Nordamerika mit inbegriffen, ihre Geschwader und Truppen nach China in Bewegung, Deutschland 25 000 Mann mit einer Linienschiffsdivision. Den Oberbefehl über die gesamte Landmacht übernahm — angeblich auf russische Anregung hin, was der Zar aber bald anderen Mächten gegenüber bestritt, nicht ohne seinen kaiserlichen Freund erheblich bloßzustellen — ein deutscher Offizier, der Generalfeldmarschall Graf Alfred von Waldersee, vom Kaiser mit der berüchtigten Hunnenrede verabschiedet; er traf am 27. September von Neapel her in Tientsin ein. Es war eigentlich alles entschieden, als

er ankam. Schon am 14. August hatten nämlich die fremden Truppen nach zwei blutigen Siegen Peking erstürmt, der chinesische Hof aber war nach der alten Hauptstadt Singanfu am oberen Jangtse geflüchtet. Es galt nur noch, von Peking aus, wo Waldersee im Kaiserpalast sein Hauptquartier nahm, den Aufruhr in der Provinz Petschili vollends niederzuwerfen, ohne doch dem Vorgehen der Fremdmächte den Charakter einer Exekution gegen Rebellen zu nehmen, während deutsche und englische Truppen Schanghai am Jangtse besetzten und das deutsche Geschwader den gewaltigen Strom bewachte, um unter Umständen ein militärisches Vorgehen auch gegen Singanfu zu unterstützen. Unter häufigen Gefechten, die sich den ganzen Winter durch bis in den April 1901 hinzogen, drangen die deutschen Truppen bis an die Große Mauer vor. Dieses energische Vorgehen bewog den chinesischen Hof, schon im Oktober 1900 Unterhandlungen anzuknüpfen, und am 30. Dezember wurde ein Vertrag in Peking aufgesetzt, unter demütigenden Bedingungen (Sühnung der Mordtaten durch eine Sondergesandtschaft nach Berlin und Denkmäler an Ort und Stelle sowie durch schwere Bestrafung der Hauptschuldigen, Entschädigung für die Kriegskosten und die Verluste der Fremden, Schleifung der Takuforts, Anlage eines befestigten und militärisch besetzten Gesandtenviertels in Peking, Unterdrückung aller fremdenfeindlichen Verbindungen). Nach der Annahme dieses Vertrags durch den chinesischen Hof am 13. Mai 1901 schifften sich die fremden Truppen ein, mit Ausnahme der Besatzungen in Peking, Tientsin und Schanghai, und Graf Waldersee kehrte über Japan im August nach Deutschland zurück († 1904). Eine chinesische Sühnegesandtschaft, die der Kaiser am 4. September 1901 in Potsdam empfing, gab den Wirren einen romantisch-theatralischen Abschluß.

Während dieser Operationen schloß Deutschland mit England jenen Vertrag über den freien Verkehr aller Flaggen im ganzen Jangtsegebiet. Rußland nämlich hatte, um den Bau seiner mandschurischen Bahn durch den Aufstand nicht gefährden zu lassen, die ganze Mandschurei besetzt, und zog schon im August 1900 seine Truppen aus Peking zurück, um durch ein Sonderabkommen mit der chinesischen Regierung sich einseitige Vorteile zu sichern; demgegenüber vereinigten sich England

und Deutschland zur Aufrechterhaltung der offenen Tür und der Integrität des chinesischen Gebietes (16. Oktober 1900). Der Vertrag war für England wertlos, wenn die Mandschurei nicht zu China gerechnet wurde. Es hatte deshalb die ursprüngliche genaue Fassung, die mit der Festlegung des 38. Grades die Mandschurei ausschloß, durch eine allgemeinere Formel ersetzt, die Deutschland gegen Rußland einfangen sollte. Darauf eben kam es den Engländern an; als Bülow deutlich betonte, daß die Mandschurei für Deutschland gleichgültig sei, verlor er allen Kredit in England. Fast drei Jahre hatte Chamberlain sich bemüht, zum Teil gegen starken Widerstand im Kabinett, das deutsche Bündnis zu erlangen; er hatte am 29. November 1899 unter scharfer Wendung gegen Frankreich sich in einer großen öffentlichen Rede in Leicester dafür eingesetzt, hatte immer neue Verhandlungen gepflogen und scheint schließlich sogar den Anschluß an den Dreibund unter Bindung durch das Parlament betrieben zu haben (1901); er setzte offen auseinander, England müsse wählen zwischen einer deutschen oder russisch-französischen Entente; die deutsche wirtschaftliche Ausdehnung und ein deutsches Kolonialreich großen Stiles sei für England ein geringeres Opfer als ein Nachgeben in Persien und China gegen Rußland und in Marokko gegen Frankreich; er verlangte nur einen Defensivbund für den Fall eines gleichzeitigen Angriffs seitens zweier oder mehr Mächte. England mit Deutschland und Japan könnten eine Art Weltpolizei ausüben. Aber er konnte das Mißtrauen Holsteins und Bülows nicht besiegen, und der Kaiser, den man zunächst überhaupt nicht eingeweiht hatte, beruhigte sich damit, seine halbenglische Abstammung könne ihn bei der Abneigung der öffentlichen Meinung gegen England in das schiefe Licht setzen, er treibe Familienpolitik; auch wirkte die persönliche Freundschaft mit dem Zaren Nikolaus II. und die Tradition der Bismarckschen Politik mit, die ein gutes Verhältnis zu Rußland immer erstrebt hatte: man wollte zwei Eisen im Feuer haben, Weltpolitik auf eigene Faust treiben und sich lieber mit Rußland verbinden, wenn es überhaupt zu einer Bindung käme. Mit Rußland aber hatte man es, ganz abgesehen von der unglücklichen Türkenpolitik, durch das unnötige Ansichreißen der chinesischen Expedition und den Jangtse-Vertrag trotz des

späteren Abschwenkens auch verdorben. So blieb man weiterhin bei einer aussichtslosen Schaukelpolitik in dem Glauben, man werde trotz Englands Übelwollen die Anerkennung Deutschlands als Weltmacht im Frieden erringen können; man sah Rußland gern im fernen Ostasien engagiert, während es die Engländer nach dem nahen Orient ablenken wollten, mit dem Gedanken spielten, den Bosporus freizugeben, und den festen Anschluß an den Dreibund, diese Flankendeckung der Türkei, aus ihrem Programm ausmerzten; nur mit Deutschland selbst wollten sie abschließen, um dadurch freie Hand in Ostasien zu bekommen. Die deutschen Staatsmänner konnten sich aber nicht entschließen, zwischen England oder Rußland zu wählen und eine wirklich tätige Politik mit festen Zielen zu treiben, sie sahen nicht, daß ihre türkischen Hoffnungen das Verderben bedeuteten. Das Ende war Isolierung und Zusammenbruch.

So ging der weltgeschichtliche Augenblick vorüber; wie anders hätte sich Deutschlands Zukunft gestaltet, wie anders würde das Weltbild heute sein, wenn Bülow zugegriffen hätte! Gewiß wäre es, wenn man an die Unvermeidlichkeit eines Endkampfes mit England glaubte, richtiger gewesen, die Hand von der Türkei zu lassen, das Verhältnis zu Österreich herabzustimmen und ein enges Einvernehmen mit Rußland zu suchen, das dann vielleicht von Frankreich abgespaltet hätte werden können; aber auch der Weg zur Größe an Englands Seite war durchaus gangbar. Wäre es dann wirklich zu einem Kriege mit Rußland und Frankreich gekommen, so war ein deutscher Sieg sicher. Und hätte dann auch England versucht, Deutschland den Siegespreis zu verkürzen, so wären doch Siedlungsmöglichkeit im Osten, Erwerb französischer Kolonien und steigender Einfluß auf dem Balkan und in der Türkei notwendige Folgen gewesen und es wäre nur auf die Geschicklichkeit der deutschen Diplomatie angekommen, sich nicht von den Engländern nur ausnützen und über das Ohr hauen zu lassen. Mag man aber auch die Selbstsucht und Treulosigkeit Englands noch so hoch einschätzen, mag man selbst an ein völliges Umschwenken bei zu starken deutschen Siegen glauben wollen — vor der Katastrophe von 1918 wären wir bewahrt geblieben. Jetzt aber war Englands Geduld erschöpft.

Als Bülow ablehnte, für die Mandschurei einzutreten,

antwortete Chamberlain durch eine schroffe Rede, in der er zur Rechtfertigung der Kriegführung gegen die Buren von deutschen Scheußlichkeiten im Kriege 1870/71 sprach (25. Oktober 1901), die dann von Bülow in einer Reichstagsrede ebenso scharf zurückgewiesen wurde (Januar 1902); er suchte eine andere Allianz und schloß sie unter Deutschland gefährdenden Bedingungen mit Japan ab (13. Januar 1902). Hier begann die deutsche Einkreisung. Denn dieses Bündnis richtete sich natürlich zunächst gegen Rußland; aber es hatte auch schon eine Spitze gegen Deutschland: mit Eifer verbreitete man in Japan das geschmacklose Bild des Kaisers „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter", und die ganze englische Politik arbeitete von jetzt ab darauf hin, ohne und gegen Deutschland die Welt aufzuteilen, statt das Verteilungssyndikat mit Deutschland gegen Rußland und Frankreich zu bilden; sie suchte Deutschland möglichst einzuengen, und ein Alliianzsystem zustande zu bringen, das den lästigen Nebenbuhler, der kein Freund hatte werden wollen, vom Halse schaffe und in Ketten lege.

An dieser Gesamtrichtung der englischen Politik änderte auch das Zusammengehen bei einer kleinen Schuldeneintreibung gegen Venezuela nichts (November 1902), dessen Präsident Castro räuberisch gegen britische und deutsche Staatsangehörige vorgegangen war; die öffentliche Meinung in England, geführt von der Northcliffepresse, nahm dabei sehr heftig gegen Deutschland Partei, der Dichter Kipling, einst vom Kaiser verhätschelt, schrieb ein antideutsches Haßgedicht, und das angelsächsische Gemeingefühl entlud sich auch in Amerika in heftigen Verdächtigungen und Ausfällen wegen der deutscherseits angeregten und hauptsächlich von deutschen Kriegsschiffen durchgeführten Blockade; ja auch das offizielle Amerika zeigte sich verstimmt, obwohl eine Besuchsreise des Prinzen Heinrich im Februar und März desselben Jahres gute Beziehungen anzuknüpfen versucht hatte und der Kaiser den Präsidenten Roosevelt und die Amerikaner überhaupt umschmeichelte. Man traute Deutschland eine Durchbrechung der Monroe-Doktrin und Absichten auf Venezuela, ja womöglich auf Columbien und Brasilien zu; Roosevelt nahm eine drohende Stellung ein und vermittelte schließlich einen schiedsgerichtlichen Austrag (13. Februar 1903). Das Ergebnis war keine Steigerung des deutschen Ansehens, sondern

englische Preßhetze und amerikanisches Mißtrauen, das auch durch den „Professorenaustausch" zwischen beiden Ländern nicht gehoben wurde.

Der Nachfolger der Königin Viktoria, Eduard VII. (1901 bis 1910) geriet auch bald in das antideutsche Fahrwasser. Ein weltfroh-leichtlebiger Herr von kühlem Temperament, ein Genießer ohne Arbeitslust, aber ein tiefer Menschenkenner, hatte er die lange Wartezeit als „erster Gentleman Englands" vertändelt; jetzt packte ihn der Ehrgeiz, zu zeigen, daß er ein echter Brite sei: er betrieb die Politik sportsmäßig. Eine Entente mit Deutschland hätte er zunächst gern gesehen, obwohl ihn die überschwenglich-unbedachte und sich vordrängende Natur seines kaiserlichen Neffen ebenso wie die systematisch-militärische Art deutschen Wesens abstieß; als Deutschland sich gegen die englischen Werbungen spröde verhielt, ergriff er die neue Aufgabe, England aus der Isolierung heraus zu neuen Bündnissen zu führen und Deutschland, wo immer es ging, zu demütigen: er wurde der geistige Leiter der deutschen Einkreisung. So erhob denn England Einspruch gegen die von Deutschland gewünschte Zollerhöhung in der Türkei, die die Mittel für die Fortführung der Bagdadbahn gewährleisten sollte (S. 128), und weigerte auch die Beteiligung englischen Kapitals an den deutschen Unternehmungen (23. April 1903); bald darauf bezeichnete Landsdowne, der Minister des Äußern, mit aller Schärfe die Anlage von Befestigungen an dem Endpunkte der Bahn im Persischen Golf als ernste Bedrohung, die unter keinen Umständen gelitten werden dürfe, und unterband damit die Fortführung des Unternehmens. Inzwischen hatte der König eine Propagandareise auf dem Kontinent gemacht; in Lissabon betonte er die Unantastbarkeit der portugiesischen Kolonien, nahm also auch öffentlich dem englisch-deutschen Teilungsvertrage jede Bedeutung (S. 137/8); in Rom suchte er die deutsch-italienische Beziehungen zu lockern, die 1902 noch durch die Erneuerung des Dreibundes äußerlich gefestigt zu sein schienen; das Wichtigste aber war sein Erscheinen in dem ihm aus der lustigen Kronprinzenzeit nicht eben unbekannten Paris. Seit dem Tage von Faschoda war, durch den Burenkrieg und russische Einflüsse gesteigert, der Engländerhaß Mode geworden, die Revancheidee zurückgetreten; man hatte auch bei einem

Versuch, mit Spanien allein über eine Teilung Marokkos zu unterhandeln (1902), sich einen ernsten Hinweis Englands auf seine Interessen gefallen lassen müssen, der das Projekt scheitern ließ; jetzt aber bürgte die Abneigung Eduards gegen Deutschland für den Ernst der englischen Annäherung: der König wurde glänzend empfangen (Mai 1903); der Präsident Loubet beeilte seinen Gegenbesuch, und hierbei kam es (Ende Juli 1903) zur Festlegung der Grundzüge einer „Entente cordiale". Sie fand ihren offiziellen Ausdruck in dem Schiedsgerichtsvertrage vom 14. Oktober 1903 und in einer völligen Ausgleichung aller kolonialen Gegensätze durch den Marokko-Vertrag vom 8. April 1904, der in der englischen und französischen Presse als ein epochemachendes Ereignis gefeiert wurde und in der Tat eine neue Weltkonstellation bedeutete.

Die nächstliegende Absicht beider Mächte war, nicht in den soeben zwischen Rußland und Japan, ihren beiderseitigen Bundesgenossen, ausgebrochenen Krieg (8. Februar 1904) sich hineinziehen zu lassen; dahinter stand der gemeinsame Gegensatz zu Deutschland. So sollten alle Reibungsflächen abgeschliffen werden. Frankreich verzichtete auf seine aus dem Utrechter Frieden 1713 (III, S. 40) stammenden Fischereivorrechte auf Neufundland, England versprach dafür eine günstige Grenzregulierung in Senegambien und den Verzicht auf einige Inseln am Ausfluß des Niger; es vereinbarte die Scheidung der Einflußsphären in Siam durch den Menamfluß, gab einige Privilegien in Madagaskar auf und gewährte gleiches Recht auf den Neuen Hebriden; es überließ die abessinische Eisenbahn französischem Kapital. Vor allem aber verzichtete es völlig auf Marokko, das es kürzlich noch hatte mit Deutschland teilen wollen, während Frankreich die englischen Vorrechte in Ägypten anerkannte und keinen Räumungstermin zu fordern versprach. In beiden Ländern wurde gegenseitige Handelsfreiheit zugesichert. Das offizielle Abkommen hielt die Unabhängigkeit Marokkos zum Schein aufrecht; in einem Geheimvertrage war aber die zukünftige blanke Teilung Marokkos zwischen Frankreich zu 4/5 und Spanien zu 1/5 vorgesehen, das Frankreich wegen seiner alten historischen Ansprüche nicht umgehen konnte, England aber wegen seiner Schwäche lieber in der Nähe Gibraltars sah. Spanien schloß sich diesen Abmachungen in einem Geheimvertrag vom 6. Oktober 1904 an und löste damit seine Beziehungen zum Dreibund, und auch Italien beruhigte sich, als ihm bedeutet wurde, man lasse ihm freie Hand gegenüber Tripolis, neigte aber seitdem immer offensichtlicher zu Frankreich.

Bismarck hatte England und Frankreich immer auseinanderzuhalten gewußt und auch gerade deswegen die französischen Kolonialbestrebungen gefördert; jetzt waren die Gegensätze von Jahrhunderten ausgelöscht, und die neue Freundschaft bedeutete durch die Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse eine dauernde Kriegsgefahr für Deutschland. Deutschland war durch den Marokko-Vertrag ausgeschaltet, obwohl es lebhafte Handelsinteressen in dem Lande hatte und manche Kreise hier sogar Siedlungsgedanken verfolgten. Man hielt sich vorläufig zurück, empfand es aber bitter, daß trotz mehrfachen Drängens und gegenüber den in der Madrider Marokko-Konvention von 1880 garantierten Interessen fremder Mächte nicht die geringste offizielle Mitteilung erfolgte, dagegen die „Tunifizierung" durch eine aufgedrängte französische Anleihe und ein dem Sultan vorgelegtes Reformprogramm im Sommer 1904 eingeleitet wurde. Als aber Rußland durch den inzwischen ausgebrochenen, sehr unglücklichen Krieg mit Japan lahmgelegt wurde, glaubte Bülow energisch gegen Frankreich auftreten zu können. Er verleitete den Kaiser, der sich anfangs sträubte, zu einer Aufsehen erregenden Demonstration: zu einem Besuch in Tanger (31. März 1905). Er dauerte nur zwei Stunden, legte aber durch einige (vom Auswärtigen Amte aufgebauschte) kaiserliche Redewendungen, wie einst in Damaskus (S. 130), die deutsche Politik fest: der Sultan wurde vor aller Welt als unabhängiger Herrscher anerkannt und die Hoffnung ausgesprochen, daß ein freies Marokko dem friedlichen Wettbewerb aller Nationen ohne Monopole und ohne Ausschließung offenstehen werde. In England war die Wut groß, die Zeitungshetze begann von neuem. Hatte schon vor der Reise der erste Zivillord der Admiralität Lee erklärt, England sollte den Weiterbau der deutschen Flotte verbieten, im Kriegsfalle würde sie vernichtet werden, ehe die Deutschen Zeit fänden, die Kriegserklärung in der Zeitung zu lesen (3. Februar 1905), so wurde jetzt gegen die deutsche Seerüstung und gegen die Person des Kaisers systema-

tisch die öffentliche Meinung aufgepeitscht; dreimal fuhr Eduard VII. in kurzen Zwischenräumen nach Paris, um den Franzosen den Rücken zu stärken und die Deutschen einzuschüchtern; er gab Ende Mai das mündliche Versprechen ab, im Ernstfalle mit der Flotte zu helfen und 100 000 Mann in Schleswig-Holstein landen zu lassen, und bot einen schriftlichen Bündnisvertrag an, damit die letzte Folgerung aus dem Marokko-Abkommen ziehend. Auch Amerika wurde unruhig.

In Frankreich aber herrschte Bestürzung; war doch Rußland zurzeit ausgeschaltet: man wagte den Krieg nicht, mit dem Deutschland im Fall eines englischen Bundes drohte; der leitende Minister des Auswärtigen Delcassé wurde von den besonnenen Elementen und den Sozialisten gestürzt, der friedliebende Ministerpräsident Rouvier trat an seine Stelle (6. Juni 1905). Es war ein deutscher Triumph; Bülow, der am gleichen Tage anläßlich der Kronprinzenhochzeit in den Fürstenstand erhoben wurde, galt als zweiter Bismarck. Aber er machte den folgenreichen Fehler, nun die Marokkosache nicht mit dem sich demütigenden Frankreich allein zu verhandeln; große Kompensationen im Kongogebiet waren dann neben der offenen Tür in Marokko gegen Zulassung der politischen Vorherrschaft Frankreichs zu erzielen, oder es war auch trotz des spanisch-französischen Vertrages das Casablanca-Gebiet zu erlangen, wogegen freilich die Tangerrede und die allgemeine Rücksicht auf die Türkenfreundschaft sprachen. Er drang vielmehr, einen verhängnisvollen Rat des Grafen Witte aufgreifend, auf eine europäische Konferenz, um hier auch England eine Lehre geben zu können. Der Kaiser glaubte überdies, der französische Revanchegeist sei ein- für allemal erledigt; war doch Frankreich über Erwarten schnell vor dem Kriege zurückgewichen. Er fürchtete deshalb die Konferenz nicht. Im Gegenteil; ihm schien jetzt überhaupt die Bahn frei für große Pläne; da sich England so feindlich gezeigt hatte, hoffte er nun dessen in Ostasien zurückgeworfenen und durch innere Unruhen geschwächten Gegner Rußland stützen und zu sich herüberziehen zu können, in der Meinung, daß dann auch Frankreich folgen würde, das soeben Englands dargebotene Hand verschmäht hatte.

Und in der Tat schien Rußland der deutschen Freundschaft recht bedürftig. Gestützt auf das englische Bündnis, das es

gegen das Eingreifen anderer Mächte sicherstellte, hatte Japan nach jahrelanger unausgesetzter Rüstung den Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Ostasien gegen Rußland begonnen. Es war an Stelle Deutschlands der Degen Englands geworden, das zudem hoffte, die Flotten beider kriegführenden Länder aus dem Kampfe gleichmäßig geschwächt hervorgehen zu sehen; es kämpfte aber auch um wirkliche Lebensfragen: um die Seeherrschaft im Gelben Meer, die die Russen an sich reißen wollten, um die Kolonialgebiete für seinen Auswandererüberschuß im nördlichen China und vor allem um Korea, wo die Russen auch Fuß zu fassen versuchten. Zum Erstaunen aller Welt schritten die Japaner von Sieg zu Sieg zu Wasser und zu Lande; die Schlachten von Liaojan (30. August bis 3. September 1904), am Schahofluß (10. bis 17. Oktober), die Eroberung von Port Arthur (2. Januar 1905) und die furchtbare Seeschlacht bei Tsuschima, wo von 38 russischen Schiffen nur drei sich retten konnten (28. und 29. Mai 1905), waren Etappen auf dem Wege Japans zur Großmacht. In Rußland brach nach dem Falle Port Arthurs die Revolution aus, die schließlich zum Zugeständnis einer konstitutionellen Verfassung führte.

Diese schwierige Lage nutzte nun Deutschland und der Dreibund keineswegs genügend aus; wie es Frankreich nicht niederwarf, was trotz der englischen Hilfe fraglos möglich gewesen wäre, sondern nur in der Marokkofrage demütigte, so verzichtete es auch auf die Erringung von Vorteilen auf dem Balkan oder in der türkischen Frage; im Gegenteil, es stärkte Rußland den Rücken, was man dort gar nicht erwartete; ließ man doch die besten Truppen an der deutschen Grenze mißtrauisch stehen, wodurch dann wieder die Mißerfolge gegen Japan größer wurden. Der Kaiser setzte sich im russischen Interesse für die Neutralisierung Chinas ein, wodurch die Bedrohung der rechten russischen Flanke durch ein kriegsbereites chinesisches Heer vereitelt wurde; er belieferte die russischen Schiffe reichlich mit Kohlen — wie die Engländer es auf der andern Seite für die Japaner taten — und kam in den Verdacht eines Geheimbündnisses mit Rußland, der die englische öffentliche Meinung bei Gelegenheit einer nervösen Beschießung englischer Fischerboote durch die ausfahrende russische Flotte

bei der Doggerbank vor Hull (24. Oktober 1904) zu Kriegsdrohungen fortriß, weil die Neutralität durch die Kohlenlieferungen verletzt sei, und weil man die Schießerei auf deutsche Warnungen an Rußland zurückführte; ja es wurde unverblümt jene schon im Zusammenhang mit der marokkanischen Frage erwähnte Forderung aufgestellt, die deutsche Flotte durch Überfall zu vernichten. In der Tat war hier der englische Instinkt auf dem richtigen Wege: am 19. Oktober bot der Zar dem deutschen Kaiser ein Defensivbündnis an, das dieser gemeinsam mit dem Reichskanzler im tiefsten Geheimnis formulierte. Der Zweck war die Lokalisierung des russisch-japanischen Krieges und Vermeidung europäischer Verwicklungen durch ein Eingreifen Englands; es sollte eine „Feuerversicherung gegen Brandstiftung" sein. Aber einen Krieg mit England um der Kohlenlieferungen willen wollte der Zar als Bündnisfall nicht angesehen wissen, und es schien ihm vor Abschluß des Vertrages die Mitteilung an Frankreich nötig. Dann aber wäre nicht nur England sofort eingeweiht, sondern das Bündnis auch hintertrieben worden. Der Kaiser hoffte, und das war ein grundlegender Irrtum, späterhin Frankreich hinzuziehen zu können; er hielt die Revancheidee für erledigt, weil die französische Politik nach Tanger zurückgewichen war; und es gelang ihm tatsächlich, bei einer Zusammenkunft unter vier Augen in den Finnischen Schären bei der Insel Bjorkö am 26. Juli 1905 den durch die Mißerfolge im japanischen Kriege tief erschütterten Zaren zu einem Vertrag zu überreden, der den Anschluß Frankreichs offen ließ und den er als einen „Eckstein in der europäischen Politik", als „ein neues Blatt der Weltgeschichte" bezeichnen zu dürfen glaubte; er wähnte, daß auch Holland, Belgien und die nordischen Staaten sich an den Hauptkörper des zum Fünfbund erweiterten Dreibundes anlehnen und um ihn kreisen würden: sanguinische Phantastereien, geboren aus dem Wunsch nach Frieden, Ausdehnung deutscher Wirtschaft und Sieg des legitimistisch-absolutistischen Prinzips im Gegensatz zu den westlichen Demokratien. Aber dieser Vertrag blieb ein wertloses Blatt Papier. Beide Herrscher hatten ihre Kraft und Bedeutung überschätzt: sie lebten in einer Traumwelt, aber sie wurden durch ihre amtlichen Berater bald ernüchtert. Bülow stellte die Kabinettsfrage; er wollte mit Recht unter

keinen Umständen ostasiatische Garantien übernehmen; der russische Ministerpräsident wiederum keine Beistandspflicht Frankreich gegenüber anerkennen, und der Außenminister Lambsdorff sah in dem Vertrage eine direkte Aufhebung des französischen Bündnisses. So verebbte die Welle der Verbrüderung, und es fiel auch der von dem österreichischen Minister Aehrenthal mit Zähigkeit betriebene Plan einer Erneuerung des Dreikaiserbündnisses: die Mittelmächte konnten den Russen nichts bieten, da sie die Türkei schützten und auch in andern Erdteilen kaum einen Erwerb, als vielmehr die offene Tür, die Erhaltung des Status quo, anstrebten; sie waren weniger Erwerbs- als Versicherungsgesellschaft. Die russische Politik aber wollte zugreifen; sie folgte den englischen Lockungen: hier wurde ihr freie Hand gelassen.

Nachdem England sein japanisches Bündnis erneuert und erweitert hatte (12. August 1905), benutzte Eduard VII. die guten Dienste, die die englische Politik Rußland beim Frieden mit Japan im amerikanischen Portsmouth (8. Sept. 1905) durch Milderung der japanischen Bedingungen erwiesen hatte, um Rußland ganz herüberzuziehen. Durch eine gewaltige Flottendemonstration in der Ostsee (August 1905) wurde den Russen gezeigt, daß sie keine Besorgnis haben brauchten, Deutschland könne etwa die Ostsee zu einem geschlossenen Meere machen; gleichzeitig sollte damit nach dem Sturz Delcassés den Franzosen Mut und den Deutschen Angst gemacht werden. Der König legte dann dem Grafen Witte in Paris den Entwurf eines englisch-russischen Bündnisses vor, der freilich von diesem ziemlich deutschfreundlichen Politiker zunächst nicht weiter verfolgt wurde; aber in Algeciras stand schon Rußland auf seiten der deutschen Gegner. Noch ehe es zu der Konferenz kam, vertiefte sich das innige Einvernehmen zwischen England und Frankreich; die Engländer hatten zwar ihren Bündnisantrag nicht wiederholt; ihr neuer Kabinettsleiter, der Führer der Liberalen Sir Edward Grey, zog vertrauliche Besprechungen der Marine- und Militärsachverständigen vor, die sich allmählich zu einer Militärkonvention verdichteten, d. h. er behielt scheinbar freie Hand, band sich und einen kleinen Kreis der Eingeweihten aber für den etwa eintretenden Fall von Komplikationen moralisch, also daß die deutsch-englischen Beziehungen

fortan von dem Grade der Revanchestimmung Frankreichs abhingen. Statt der Landung in Schleswig-Holstein nahm man eine in Nordfrankreich in Aussicht und zog nach dem Ausdruck des belgischen Gesandten zu Berlin, Barons Greindl, in „ebenso naiven wie perfiden" Erörterungen in Brüssel die belgische Regierung wie den belgischen Generalstab ins Vertrauen. Es kam zum Abschluß von englisch-belgischen und französisch-belgischen Militärkonventionen, die eine Verletzung der belgischen Neutralitätspflicht bedeuteten. Ähnliche englische Ansuchen in Holland scheiterten an der Loyalität der holländischen Regierung. Gleichzeitig verlegte England das Schwergewicht seiner Flotte in die Nordsee und überließ den ersten Schutz der englischen Interessen im Mittelmeer, wo bisher die besten und größten Schiffe gestanden hatten, den Franzosen, die ihrerseits der Bedrohung durch deutsche Schiffe im Norden entzogen waren und die Sicherheit ihrer Nord- und Westküste den Engländern anvertrauten.

Sofort auf der Marokko-Konferenz von Algeciras, einem kleinen spanischen Küstenort bei Gibraltar (16. Januar bis 13. März 1906), zeigte sich nun die völlige Isolierung Deutschlands. Auch Italien schloß sich ohne weiteres an England und Frankreich an, ohne die es seine Absicht auf Tripolis nicht durchführen konnte, Spanien hatte sich schon 1904 gebunden, Rußland dankte für das Wohlwollen Deutschlands durch Verbeugungen vor seinen Gegnern, und selbst Österreich war nicht ein so „brillanter Sekundant", wie ein bekanntes Kaisertelegramm der Welt verkünden wollte, wenn es im ganzen auch eben noch an Deutschlands Seite blieb. Zwar wurde die Souveränität des Sultans und die offene Tür anerkannt, aber das waren inhaltslose Phrasen, für die keine ernsten Garantien geschaffen wurden; da Frankreich und Spanien die Polizei und das Bankwesen organisieren durften und auch Casablanca, wo die deutschen Interessen überwogen, in diese Regelung eingeschlossen wurde, war der Zündstoff nicht beseitigt und die Tunifizierung des Landes nur erschwert; die internationale Spannung ließ nur für den Augenblick nach, und es hatte sich klar erwiesen, daß England und Frankreich doch erreichen würden, was sie wollten, und daß die Hoffnung des Kaisers auf einen großen Kontinentalbund trotz aller

entwürdigenden Umschmeichelung des Zaren eitel Illusion gewesen war. Es zeigte sich hier schon das Bild der Lage von 1914.

Die Gefahr eines Krieges war glücklich vorübergegangen; um so mehr aber wurde allgemein gerüstet und für den Kriegsfall vorgesorgt. Die französischen Nationalisten setzten sich dafür ein, daß Heer, Flotte und Festungen in einen besseren Stand gesetzt wurden; die Engländer ließen den ersten Dreadnought vom Stapel, ein Schiff mit unerhörter Artilleriebestückung und von größter Schnelligkeit, und schufen eine besondere Expeditionsarmee von 160 000 Mann; sie machten auch dynastische Verbindungen der Einkreisungspolitik dienstbar. Unter ihrem Einfluß hatte sich schon früher die skandinavische Union zwischen Schweden und Norwegen gelöst (7. Juni 1908), und ein Schwiegersohn Eduards VII., der Däne Karl, hatte als Haakon VII. den norwegischen Thron bestiegen (18. November 1903); eine Nichte Eduards heiratete nun Ende Mai 1906 den jugendlichen König Alfons VIII. von Spanien. Da sich auch Italien ganz unzuverlässig zeigte und im Grunde auch auf Österreich wenig Verlaß war, die Russen aber den englischen Lockungen zu erliegen drohten, mußte Deutschland daran denken, seine eigenen Rüstungen auch zu verstärken; hatte sich doch in Algeciras gezeigt, daß es keine Freunde mehr hatte. Aber man entschloß sich nicht zu einer wirklichen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, was die kontinentale Überlegenheit gesichert hätte, sondern brachte schon im Herbst 1905 eine neue Flottenvorlage ein, die am 5. Juni 1906 zum Gesetz erhoben wurde; man baute jetzt auch Dreadnoughts, indem man die neuen Schiffe erheblich vergrößerte, und beschloß den Bau der sechs 1900 abgelehnten großen Kreuzer in 6 Jahren, dazu die Vermehrung der Torpedoboote von 46 auf 144 in 12 Jahren; der Unterseebootwaffe konnte man noch nicht große Mittel widmen, weil die Technik sich noch mit Petroleummotoren behelfen mußte, deren lange Rauchfahne ein Operieren auf hoher See unmöglich machte, doch wurde Erprobung festgelegt.

Durch die Größensteigerung der Schiffe und die Flottenvermehrung wurde die Eifersucht Englands weiter erhöht, zugleich aber auch die allgemeine Stimmung in der Welt gegen Deutschland geschürt. Auf Grund seiner überlegenen Heeresrüstung und Möglichkeit schnellerer Mobilisierung hatte es

eben Frankreich gedemütigt, in Algeciras dann immerhin einige Zugeständnisse durchgesetzt; jetzt schalt man, es wolle die Bedrohung auch auf die See ausdehnen und nicht nur die Herrschaft über Europa, sondern die ganze Welt ertrotzen. Man gab ihm hetzend schuld, daß alle Welt sich finanziell ruiniere, um in dem allgemeinen Wettrüsten gleichen Schritt halten zu können, und daß überall höhere humanitäre und zivilisatorische Aufgaben darum zurückgestellt werden müßten. Es wurde als Hemmnis der Kultur verleumdet. Und in der Tat barg die Flotte eine Fülle von Gefahren — aber für Deutschland selbst. So erwünscht das Ziel einer von England unabhängigen Seegeltung auch sein mochte, es war unerreichbar, solange man sich in alle Welthändel mischte; denn man hätte England doch nur im Bunde mit anderen Mächten die Spitze bieten können, die man durch die Politik des Überall-Mitredenwollens von sich zurückstieß. Gewiß konnte man die Engländer nur durch Machtentwicklung zur See zur Anerkennung der Ebenbürtigkeit bringen; nichts als Macht imponiert dieser Herrenrasse, die die Welt allein zu regieren sich anmaßt, und die starke Flottenvermehrung hatte allerdings in den folgenden Jahren die Wirkung, daß England vorsichtiger wurde und neue Anknüpfung suchte; aber man mußte nun auch damit rechnen, daß es bei guter Gelegenheit sich den Gegnern rückhaltlos in die Arme warf, um die bedrohliche neue Seemacht ein für allemal niederzuwerfen. Würde es bis 1917 warten?

So war es ein zweischneidiges Schwert, das man schmiedete: man konnte sich selbst die Lebensadern damit durchschneiden, wenn man nicht die größte Vorsicht bei jeder Bewegung beobachtete; bei angemessener Zurückhaltung schien freilich der Schutz der lebenswichtigen Interessen und ein genügender Spielraum für die deutsche Entwicklung um so gesicherter, je mehr die Flotte der Vollendung entgegenwuchs. Die unglückliche kontinentale Lage Deutschlands verlangte daneben die äußerste Anspannung der Kräfte zu Lande, und hier hätte mehr geschehen müssen, da schließlich auch die Nachbarstaaten die Idee der allgemeinen Wehrpflicht aufnahmen und den Deutschen Ausbildung und technische Rüstung ablernten. Denn Macht bleibt die Grundlage aller staatlichen Existenz; auf das Druckmittel eines Heeres, das bei einem kriegerischen Zusammenstoß

den Sieg zu verbürgen schien, konnte Deutschland nicht verzichten, wollte es sich sichern und vorwärts kommen. Aber es war, seitdem es das englische Bündnis abgelehnt hatte und, da es an der Türkei festhielt, doch zu einem Bund mit Rußland nicht kommen konnte, auch hierin auf falschem Wege; man unterließ aus innerpolitischen Besorgnissen, die Armee auf das Höchstmaß zu steigern und trieb nun die Flottenrüstung auf die Spitze, zwang dadurch England zu Gegenmaßregeln, für das die kontinentalen Fragen stets in zweiter Linie gestanden hatten, und erweckte in der ganzen Welt die falsche Vorstellung, man sei eine Eroberungsmacht.

Diese sich steigernde Mißstimmung in der Welt wurde noch vergrößert durch die Tüchtigkeit der Deutschen, die auf allen Gebieten in fremden Landen den Einheimischen den Rang abliefen, die in Wissenschaft und Technik, in Handel und Industrie sich als immer gefährlichere Rivalen erwiesen, aber auch durch die allzu brüske Art des Sich-Gebens im Umgang, durch den Unteroffizierston, der vielen Deutschen durch die militärische Erziehung zur zweiten Natur geworden war und den sie auch im Auslande oft nicht ablegten. Am meisten Stoff zur Verdächtigung und Verhetzung bot aber neben den unvorsichtigen Reden des Kaisers und seiner sprunghaften Politik die gut gemeinte, aber übertriebene Agitation der „Alldeutschen" für Flotte, Seegeltung und Machterweiterung. Es waren wackere Leute von hoher Vaterlandsliebe, aber Stürmer und Dränger ohne politische Weisheit, die allzu offen ihre Karten aufdeckten und von dem imperialistischen Taumel, der in der ganzen Welt herrschte, angesteckt waren; ihre Schlagworte wurden von den Gegnern da draußen aufgegriffen und gegen die deutsche Politik ausgenutzt, so sehr sie sich offiziell auch von ihnen fernhielt und in den tatsächlichen Zielen Maß zeigte. Allzu ehrlich war freilich auch die deutsche Leitung: sie konnte auf die kontinentale Rüstung nicht verzichten; es war aber eine Torheit, daß sie auf den beiden Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 sich nicht mit freundlicher Miene zu weitestem Entgegenkommen bereit erklärte und auf Unterhandlungen einließ, die in vernünftigen Grenzen einen Kulturfortschritt bedeuteten und, soweit sie die Grundlagen der Macht berührt hätten, dann doch von andern zu Falle gebracht

worden wären. Deutschland nahm das Odium des Störenfrieds und Eroberungssüchtigen ohne Not auf sich, weil es in den elementarsten Winkelzügen der Diplomatie nicht geschult war und zugleich die Stimmung im Auslande nicht genügend beobachtete.

Die erste Anregung zu einem Friedenskongreß war am 24. August 1898 vom Zaren ausgegangen; es war nicht reine Schaumschlägerei; denn Nicolaus war eine weiche, idealistisch gerichtete Natur, und der Gedanke der Weltabrüstung und des schiedsgerichtlichen Verfahrens lag in der Luft; er hatte freilich zugleich die allgemeine Absicht, für den Fall eines aus der ostasiatischen Politik etwa entspringenden Krieges Deutschland den Vorteil der schnelleren Mobilisierung durch nun nötige schiedsgerichtliche Verhandlungen aus der Hand zu winden, und die besondere, Österreich an der Einführung einer besseren neuen Kanone zu hindern; trotzdem warf es ein übles Licht auf Deutschland, als es auf der Konferenz (18. Mai bis 29. Juli 1899) von vornherein erklärte, es empfinde die Rüstungen nicht als Last und denke nicht daran, sie einzuschränken; es wandte sich auch in der Schiedsgerichtsfrage gegen die Einsetzung eines obligatorischen Gerichtes, obwohl alle Fälle ausgeschieden bleiben sollten, die die Ehre und Lebensinteressen eines Staates betrafen. So wurde dann nur ein ständiges internationales Bureau eingerichtet und eine Liste von Richtern aufgestellt, aus denen die Parteien eine Auswahl treffen konnten, falls sie auf freiwilligen Anruf kleine Fragen entschieden wissen wollten; aber die steigende Kriegsgefahr war dadurch keineswegs gemindert, während eine Fortbildung des Völkerrechts, wie sie das Kulturbewußtsein der Welt forderte, auch den deutschen Interessen gedient hätte.

Ähnlich ging es auf dem zweiten Kongreß, der auf amerikanische Anregung hin wiederum von Rußland nach dem Haag einberufen war. Hier kamen die Engländer mit Vorschlägen zur Seeabrüstung, die natürlich ihren eigenen Vorsprung sicherstellen und den Neubau der deutschen Flotte unterbinden sollten. Trotzdem war die strikte Ablehnung der Besprechungen in dieser Richtung durch Deutschland politisch unklug. Man sparte den Engländern die Formulierung politischer Vorschläge und scheute vor der schwierigen Aufgabe zurück, unter

voller Wahrung der angeblichen Bereitwilligkeit, das Weltgewissen auf die eigene Seite zu ziehen und die Schuld für ein Scheitern der Verhandlungen den andern zuzuschieben. Auch in der Frage der Schiedsgerichte stemmte man sich gegen die Erweiterung der schon bestehenden Schiedsgerichtsabkommen zu einem Weltschiedsgerichtsvertrage, obwohl er auch die Lebensinteressen und die Unabhängigkeit der streitenden Mächte schonen sollte; man war immer der Meinung, daß alle solche Maßnahmen, soweit sie nicht überhaupt utopisch wären, sich nur gegen das Deutsche Reich richteten, das allen verhaßt sei, während in der Tat ein Ideal von Millionen von Menschen und ein notwendiges Ziel der Weltentwicklung vor Augen lag, das wenigstens sorgsamster theoretischer Pflege bedurft hätte (15. Juni bis 18. Oktober 1907).

Während so die Welt sich in eine deutschfeindliche Stimmung hineinlebte, hatten die deutschen Kolonien, um deretwillen zum großen Teil die internationale Lage sich verschlechterte, eine schwere Krisis durchzumachen.

Mit Ausnahme von Neu-Guinea jetzt durchweg von kaiserlichen Gouverneuren verwaltet und von kaiserlichen Schutztruppen bewacht, hatten sie bei der Zurückhaltung des deutschen Privatkapitals und den knappen Bewilligungen des Reichstags sich langsamer als wünschenswert entwickelt, und zwar wesentlich durch den Anbau tropischer Nutzpflanzen, und in Südafrika durch Viehwirtschaft, Bergbau und Ansiedlung deutscher Farmer. Es fehlte vor allem, um die Erschließung zu beschleunigen, an Kunststraßen und Eisenbahnen. Das erschwerte auch die Niederwerfung gelegentlicher Aufstände und ermöglichte die lange Dauer und den gefährlichen Umfang des südwestafrikanischen Kolonialkrieges 1904—1906. Er entsprang aus dem natürlichen Widerstreben der stolzen, bisher das Land beherrschenden Hirtenvölker gegen ihre allmähliche Verwandlung in eine dienstbare Bevölkerungsschicht, wie im britischen Südafrika. Zuerst, während die schwache Schutztruppe noch im Süden beschäftigt war, schlugen zu Anfang 1904 die Hereros im Norden los, mordend und verheerend und die deutschen Kolonisten auf die festen Stationen beschränkend. Die erste Hilfe kam von der herbeieilenden Schutztruppe; erst allmählich landeten Marinetruppen und neugebildete „Feldregimenter" aus Deutschland.

In einem verlustvollen, mühseligen Kleinkriege im Busch oder in öder Steppe gelang es dem Oberbefehlshaber General Thilo von Trotha, den tapferen, verschlagenen und gutbewaffneten Feind langsam nach Norden zurückzudrängen und endlich im August 1905 am Großen Waterberge so zu schlagen, daß die Hereros mit ihren verschmachtenden Herden nach Osten in die wasserlose Sandwüste (Omahaki) gedrängt wurden, wo sie entweder verkamen oder sich bis Mai 1906 ergaben. Erst als im Norden die Gefahr schon vorüber war, im Oktober 1904, schlugen im Süden die Hottentotten unter Hendrik Witboi los, der mit vollem Bewußtsein für die Unabhängigkeit seines Volkes kämpfte. Aber auch hier wurden die Stationen gehalten, und bedeutende Verstärkungen trafen in Lüderitzbucht aus Deutschland und vom Norden her rechtzeitig ein. In einem endlosen Bandenkriege gegen die vereinzelten Haufen erlangten die deutschen Truppen nach und nach das Übergewicht, aber erst nach dem Falle Hendrik Witbois im Oktober 1905 unterwarf sich die Hauptmasse der Hottentotten; nur einzelne Banden standen noch bis Februar 1907 im Felde.

Der schwere Krieg, der dem Reiche etwa 300 Millionen Mark kostete, aber die Tüchtigkeit deutscher Truppen auch in diesen fremdartigen Verhältnissen glänzend bewährte, brachte nun einen entscheidenden Umschwung für die Kolonien überhaupt. Im September 1906 übernahm Bernhard Dernburg, ein Kaufmann von Tatkraft und Umsicht, die Leitung der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, im Mai 1907 wurde diese in das selbständige Kolonialamt verwandelt. Das deutsche Kapital begann sich kräftiger zu beteiligen (1906 etwa mit 370 Millionen Mark). Die wichtigsten Eisenbahnlinien wurden in allen afrikanischen Schutzgebieten in Angriff genommen, die deutsche Besiedlung und Mission breitete sich rasch aus, der Bergbau machte Fortschritte, und die unerwarteten Diamantenfunde an der Lüderitzbucht 1908 brachten reiche Einnahmen. So wuchs auch der Handel mit Deutschland, und die Zuschüsse des Reichs zu den Verwaltungskosten der Kolonien nahmen erheblich ab.

Die Engländer hatten die Aufständischen heimlich durch Waffenlieferungen unterstützt; sie fuhren in ihrer Einkreisungspolitik fort. Nicht nur nahm die Presse von neuem einen sehr

herausfordernden Ton an, der die Deutschen als kulturfeindliche Barbaren und Eroberer zu brandmarken beliebte; England stärkte sich auch selbst und zog die Folgerungen aus den geheimen, nur dem König, Grey, Asquith und Haldane bekannten und dem Parlament verschwiegenen Abkommen mit Frankreich und Belgien durch eine gründliche Armeereform, zu der der angebliche Deutschenfreund Haldane sich mit harmlos erteilter Genehmigung der deutschen Behörden und des Kaisers die Belehrung aus dem preußischen Kriegsministerium und durch mehrfache Spionagereisen in den folgenden Jahren aus Deutschland holte; aber auch Eduard bemühte sich weiter persönlich, die deutsche Politik einzuschnüren und alle Vorsichtsmaßregeln zu treffen, um jeden Versuch deutscher Bewegungsfreiheit politisch oder, wenn es sein müsse, auch militärisch wirksam unterbinden und so die deutschen Wirtschafts- und Machtbestrebungen lahmlegen zu können.

Der König reiste wiederum an den europäischen Höfen umher (Frühjahr 1907), er sorgte in Cartagena für den Umbau der spanischen Flotte auf britischen Werften und für ein englisch-französisch-spanisches Abkommen zur Erhaltung des Status quo im Mittelmeer, d. h. er löste Spanien endgültig von Deutschland ab; er setzte in Gaeta bei dem italienischen König Victor Emanuel den Hebel an, um den Dreibund zu lockern, der zwar im Juli 1907 noch sich stillschweigend erneuerte, aber durch die italienisch-englischen Beziehungen, durch französisch-italienische Neutralitätsversprechen (schon seit 1903) und durch Mißtrauen zwischen Italien und Österreich in den Balkanfragen an realem Werte verlor. Dann kam im Sommer 1907 durch englische Vermittlung ein französisch-japanisches Abkommen zustande, das den Franzosen ihren hinterindischen Besitz garantierte; die Könige von Norwegen und Dänemark erschienen zum Besuch in Paris, um ihrer Freundschaft für Frankreich Ausdruck zu geben, und endlich gelang es, nach langen und schwierigen Unterhandlungen die weltgeschichtliche Wendung in der russischen Politik herbeizuführen: am 21. August 1907 wurde der Petersburger Vertrag unterzeichnet, der die jahrzehntelangen Streitigkeiten zwischen den beiden Weltmächten beseitigte und sie in geheimem Einverständnis gegen Deutschland, Österreich und die Türkei zusammenschloß.

England brachte hier außerordentliche Opfer, um den russischen Ehrgeiz von Ost- und Mittelasien auf das alte Ziel des nahen Orients zurückzulenken und damit dem deutschen Vormachtstreben in der Türkei entgegenzutreten. Persien wurde in drei Zonen geteilt, von denen die nördliche den Russen als freies Einflußgebiet überlassen wurde, während sich die Engländer die südliche mit dem Persischen Meerbusen vorbehielten und die mittlere neutral bleiben sollte; natürlich fehlte, wie in Marokko, die Phrase von der Unverletzlichkeit, Unabhängigkeit und Handelsfreiheit Persiens nicht, aber es war klar, daß dieses Abkommen auch gegen die deutschen Interessen an dem Schlußabschnitt der Bagdadbahn gerichtet war und den deutschen Handelswettbewerb in ganz Persien ausschließen sollte. Afghanistan wurde dagegen ganz dem britischen Einflusse überlassen, und in Tibet sollte die chinesische Regierung als Vermittlerin in allen wesentlichen Fragen gelten, abgesehen von der Entwicklung der Handelsmärkte. So hatte Rußland, nachdem es in Ostasien zurückgeworfen war und nun in Zentralasien den Entscheidungskampf auf eine spätere Zeit verschob, jetzt die Hände frei, um im Sinne des Panslawismus die alten, von der Volksstimmung leidenschaftlich geforderten Balkanpläne wieder aufzunehmen; der letzte Sinn der Abmachungen war, wenn es auch nicht deutlich ausgesprochen wurde, die Vorbereitung einer Teilung der Türkei zwischen England, Frankreich und Rußland unter Ausschaltung von Deutschland und Österreich, mit denen man nötigenfalls einen Waffengang nicht scheuen wollte. England aber, seiner Sorge um Indiens Sicherheit ledig, konnte nun in Geduld warten, bis Rußland genügend erstarkt sei. Dann war es bereit, jede günstige Gelegenheit zu einer entscheidenden Demütigung Deutschlands zu benutzen. Inzwischen aber wühlte es auf dem Balkan und in Arabien, um den Boden für eine Auflösung des türkischen Reiches reif zu machen; zugleich jedoch ließ es die werbenden Gedanken von dem durch Deutschland bedrohten, von ihm selbst aber zu schützenden Weltfrieden, von der Generalverantwortlichkeit der Engländer als eines von Gott zum höchsten Kulturträger ausersehenen Volkes und ihrer edlen Mission, die anderen Völker zur Freiheit zu erziehen, in immer neuen Wendungen auf die eigenen Volks-

genossen wie auf die anderen Nationen wirken, unterstützt von seinen Freimaurerlogen, einem großartigen Kabelnetz und einer einheitlich geleiteten Presse. Deutschland aber legte keinen Wert darauf, seine überseeischen Verbindungen selbständig weiter auszubauen und auf sein zersplittertes Zeitungswesen kräftig einzuwirken, um durch eigenen, gut fundierten Nachrichtendienst eine Weltpropaganda zum Beweise seiner friedlichen Absichten in die Wege zu leiten. Schwächliche Forderungen der Art wurden im Reichstag von den Liberalen und dem Zentrum unter Erzbergers Führung 1910 abgelehnt; man verschmähte es, die Presse anderer Völker zu erkaufen und dem Ausland einzuhämmern, wo die wahren Friedensbedroher saßen; man nahm die Dinge hin, in dem Bewußtsein, seine Friedensliebe durch die Nichtbenutzung günstiger Momente und durch Zurückweichen in entscheidenden Augenblicken genugsam bewiesen zu haben, und ertrug es auch im Gefühl eigener Stärke und der Gerechtigkeit der deutschen Sache, daß die Feinde in Nachgiebigkeit und Betonung der rein wirtschaftlichen Ziele nur Zeichen der Schwäche und der Furcht erblickten.

So hatte es die unglückselige Schaukelpolitik des Kaisers und die Schlaffheit und Ziellosigkeit der deutschen Leitung dahin gebracht, daß das Deutsche Reich trotz aller Liebeswerbungen um das Ausland so gut wie vollkommen isoliert und durch eine Verständigung der bisher einander feindlichen Weltmächte dauernd bedroht war. Es durfte sich nicht mehr regen, sonst nahmen die Feindesbünde offensiven Charakter an und verdichteten sich zu einer Koalition, mit der Deutschland sich zu messen kaum wagen durfte. Was nützte es, daß Herr von Holstein entlassen wurde, der in überreiztem Scharfsinn überall Gespenster gesehen und Englands Hand zurückgestoßen, der dann in pathologischem Verfolgungswahn, statt mit Frankreich zu verhandeln, den Areopag Europas angerufen und dadurch den Mißerfolg von Algeciras verschuldet hatte — daß auch Bülow bald sich verabschiedete, der allzu bequem eben diesem Diplomaten zu viel Freiheit gelassen und als Nachbeter Bismarckscher Methoden trotz fundamental veränderter Weltlage nur sein Epigonentum bewiesen hatte, — die deutsche Politik war hilflos verfahren, ein plötzliches Umlenken gar nicht möglich. Wo war ein Friedrich, wo ein Bismarck, der vor der Katastrophe retten konnte?

Innere Zustände im Zeitalter Wilhelms II.

Die große Masse des deutschen Volks, auch der Gebildeten, fand sich nur langsam und schwer in die neuen weltumspannenden Aufgaben der deutschen Politik hinein. Denn unausrottbar blieben Doktrinarismus, Eigensinn und kritische Neigung, und in der Tat war ein freudiges Mitgehen auf den wechselnden und gefährlichen Wegen der offiziellen Leitung für den denkenden Vaterlandsfreund schwer möglich. Wirklich bedeutende Köpfe hielten sich von der Politik fern und suchten Betätigung in Handel und Industrie, wo freierer Spielraum für schaffende Kraft gegeben war. Es fehlte an einem einheitlichen Volksbewußtsein, an nationalem Geist und dem weiten Blick für die großen Fragen der äußeren und inneren Politik. Nur das Nächstliegende erregte die Geister. So wuchsen mit der Ausdehnung der materiellen Interessen auch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft, West und Ost, Stadt und Land, und die alten Parteien wurden, von einzelnen kleinen nationalen oder landschaftlichen Fraktionen abgesehen, mehr und mehr Vertretungen bestimmter wirtschaftlich-sozialer Interessengruppen; schlossen sich doch auch diese immer mehr zu Berufsgenossenschaften und Standesvertretungen der verschiedensten Art zusammen. So wurden mehr und mehr die Konservativen zu Vertretern der im Nordosten überwiegenden Landwirtschaft, die Nationalliberalen des industriellen städtischen Großunternehmertums, die Sozialdemokraten, deren Organisation und Agitation sich seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes (30. September 1890) wieder ganz frei entfalten konnte, der städtischen Lohnarbeiterschaft; nur eine Minderheit des vierten Standes sammelten die evangelischen und die katholischen Arbeitervereine. Vertreter der verschiedenen Interessengruppen wußte allein das Zentrum

zusammenzuhalten; denn es erstrebt die Verwirklichung eines weit über alle Sonderinteressen hinausreichenden Ideals, die völlige Freiheit für die Entwicklung der katholischen Kirche, die freilich im Wesen des modernen Staats ihre Schranken findet. Ebenso zeigte die Sozialdemokratie ihren Anhängern ein Ideal, die Herrschaft des vierten Standes zur Verwirklichung des sozialistischen Staats. Beide Parteien hatten internationale Ziele, die bei dem Mangel des Deutschen an nationalem Empfinden und seinem idealistisch-unklaren Hang zum Weltbügertum verhängnisvoll wirken mußten; während die katholischen Priester und die Sozialisten anderer Länder immer in erster Linie für ihre Nation arbeiteten, opferten die deutschen Anhänger dieser Parteien gar zu leicht dem internationalen Truggebilde die Interessen des eigenen Vaterlandes. Die Kirche und die Solidarität des internationalen Proletariats standen ihnen im Prinzip höher als die Nation. Auch das war ein Idealismus, geboren aus der tiefsten Naturanlage der Deutschen, aber er hinderte das Zusammenwachsen zu einem Volksganzen mehr noch als die doktrinären Schlagworte und die Kirchtumspolitik der andern Parteien, die nur auf ihre Wähler und auch nicht auf das Ganze schauten. Hier gab es immerhin theoretisch blendende Ziele, die Anspruch auf universale Geltung machten und dem Fortschritt der gesamten Menschheit zu dienen schienen. Aus diesem Idealismus und aus dem natürlichen Bedürfnis der Massen nach Autorität erwuchs die werbende Kraft dieser beiden Parteien und ihre Herrschaft über die Massen, wie sie keiner der bürgerlichen Parteien erreichbar war, daraus auch die Zunahme ihrer Vertreter im Reichstage (1898 des Zentrums 106, der Sozialdemokratie 58, 1903 sogar 81 und 1911 110).

Verhielten sich aber auch die beiden nun ausschlaggebenden Parteien gegen den nationalen Gedanken ursprünglich gleichgültig oder feindselig, so war die Entwicklung und Haltung in nationalen Fragen doch verschieden. Wenn auch im Polengebiet und in Elsaß-Lothringen die katholische Kirche im ganzen den Staat bekämpfte, wenn auch bei jeder Gelegenheit das Gefühl, einer kirchlichen Minorität anzugehören, die sich durchsetzen müsse, sich in dem Streben nach Sondervorteilen, z. B. auf dem Gebiete der Volksschule, bei der Besetzung von

Stellen jeder Art usw., Bahn brach, so traten doch bei einem erheblichen Teile der Partei allmählich die rein kirchenpolitischen Ziele zugunsten von verfassungs- und sozialpolitischen Fragen zurück; das Zentrum gliederte sich dem übrigen Parteiwesen als eine opportunistische und den Gesamtaufgaben des Staates zugewandte Partei ein, durchdrang sich, je weiter die Erregung des Kulturkampfes zurücktrat, desto mehr mit nationaler Gesinnung und wurde schließlich zu einer unentbehrlichen Stütze der Reichspolitik, da ohne seine Hilfe die Regierung im Reichstage keine Mehrheit fand. So erwarb es sich bedeutende Verdienste um die parlamentarische Erledigung der Bürgerlichen Gesetzgebung, wie um die Zolltarife, die Sozial-, Kolonial- und Flottenpolitik und stand auch den Heeresforderungen mit Verständnis gegenüber; die Partei hielt seit Bismarcks Sturz, der diese neue Konstellation schon anzubahnen im Begriff stand, und zumal, seit der Kanzler Hohenlohe ihr sehr freundlich entgegenkam, bis 1906 mehr und mehr mit den Konservativen zusammen, eine konservativ-klerikale Verbindung, gegen die Naumann vergebens das Schlagwort „von Bassermann bis Bebel" auszuspielen, d. h. für eine Einheitsfront von den Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten zu wirken suchte. Daneben freilich trug das Zentrum auch kein Bedenken, mehrfach gemeinsame Sache mit den Sozialdemokraten zu machen, sowohl bei Wahlen wie bei Beschlüssen, ein Zeichen kluger Elastizität, die bei allgemein vaterländischer Haltung den kirchenpolitischen Einschlag noch dünner werden ließ, um dem Staate die Macht und Unentbehrlichkeit der Partei zu zeigen und ihr selbst auf alle Fälle die Entscheidung zu sichern.

Nicht entfernt so positiv-versöhnlich arbeitete die Sozialdemokratie. Zwar regte sich, je mehr sich die „Verelendungstheorie" als ein Irrtum erwies und sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter auch durch die Versicherungsanstalten besserte (um 1900 erhielten 3 bis 4 Millionen Kranke 150 Millionen Mark Unterstützung), wohltuend die von dem klugen Herrn von Vollmar geführte Gruppe der „Revisionisten", die eine positive Mitarbeit an den Aufgaben des nationalen Staats empfahlen (wie sie denn auch im Reichstage und in manchen Landtagen tatsächlich vielfach geleistet wurde); aber die Tendenz der Ge-

samtpartei blieb noch gar zu lange negativ und international.

Es handelte sich für sie keineswegs nur um die Beseitigung oder Heilung sozialer und materieller Mißstände, sondern um den Klassenkampf als solchen mit dem Endziel der proletarischen Diktatur in der ganzen Welt und der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Trotzdem vollzog sich auch hier ein allmählicher Wandel. Je gewaltiger die Mitgliederzahl anwuchs (1906: 384 327, 1909: 633 309, 1911: 836 562, 1913: 982 850), um so mehr stieg neben dem Machtbewußtsein des vierten Standes auch der innere Zwang zur tätigen Mitarbeit am staatlichen Leben. Zwar war man nur auf Kampf gestellt und blieb klassenegoistisch; man fand nichts anzuerkennen; die Wohltaten der Sozialgesetzgebung galten nur als eine Abschlagszahlung. Die vornehmlich auf der unermüdlichen Arbeit des Grafen Posadowsky beruhende Ausdehnung der Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherung (1899 bis 1913), die Kranken-, Witwen- und Waisenversicherung, die Gesetze über die Sonntagsruhe und die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit (1903) und die Regelung der Hausarbeit (1911), die bedeutsame Entwicklung der Gewerbeaufsicht und des Bergarbeiterrechtes sowie die Einrichtung von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten förderten den sozialen Frieden nicht; die offiziellen Parteiführer blieben mit ihrem erbitterten Apostel Marx der Meinung, daß alle Staatsgewalt in der Geschichte bisher nur den höheren Klassen gedient habe, und sahen überall nur das Böse, nirgends das Gute; sie strebten noch immer die reine Klassenherrschaft der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet an. Indessen das schloß nicht aus, daß Bebel, ganz ein Sohn seines Volkes, der Mann des gesunden Menschenverstandes, ein Redner ersten Ranges und durch eigene Arbeit und Legate von Gönnern schließlich selbst ein kleiner Kapitalist, zuweilen auf internationalen Kongressen nationale Töne anschlug und den Generalstreik verdammte, und daß das Drohen mit der Revolution, so sehr es das Gemüt des Philisters ängstigte, mehr zu einer bedeutungslosen Phrase wurde. Für Heer, Flotte und Kolonien einzutreten, wie der Idealist Naumann es von ihnen erhoffte, daran dachte niemand in der Partei, und sein Bund einer auf Versöhnung von Bourgeoisie und Arbeitertum beruhenden Demokratie mit dem

Kaisertum blieb eine Utopie. Aber die politische Partei als solche hatte gar nicht mehr die unbedingte Führung der Massen. Sie war einmal in sich selbst gespalten; die süddeutschen Sozialisten waren maßvoller als die Berliner und sächsischen Genossen und stimmten für die Landesetats; dann aber war sie allmählich ein großer bureaukratischer Apparat mit eigener Aristokratie und etwa 3000 Beamten und darum selbst realistischer und schwerfälliger geworden: völliger Radikalismus kann nur in kleinsten Gruppen gedeihen. Das ergab nach außen ein Abflauen der internationalen Geltung, insbesondere bei den französischen Syndikalisten, und auch der internationalen Tendenz; nach innen eine Schwächung, auch schon durch die übergroßen Verwaltungskosten, da das Vermögen sich 1913 nur auf rund eine Million belief, eine Erhöhung der Beiträge aber viele zum Austritt veranlaßt hätte. Die eigentliche Aufgabe war nur noch die Betreibung der Wahlen und die Pflege der Volksbildung mit dem Ziele, Führer zu züchten; die Organisation war fast zum Selbstzweck geworden, und die kulturelle Durchbildung der Massen, ihre Erziehung zu höherer Ethik wurde von ihr nicht erreicht.

Die tatsächliche Macht gewannen die freien Gewerkschaften, die, neben der Partei stehend, wirklich soziale Arbeit leisteten, ihren Mitgliedern Arbeitsnachweis, Streikgelder und andere Unterstützungen boten und bis zum Jahre 1912 es auf ein Vermögen von beinahe 81 Millionen Mark brachten. Sie hatten parlamentarisch keine eigene Vertretung, zügelten aber die Partei und hielten sie zu politischer Tätigkeit an; die Leiter der großen Verbände, vor allen des Metallarbeiter- und des Holzarbeiterverbandes, besaßen den entscheidenden Einfluß; sie aber waren bereit, jederzeit mit den Arbeitgeberverbänden auf einer vernünftigen Grundlage des praktischen Interessenausgleichs zu verhandeln und lehnten jeden Umsturz, jedes ungesetzliche Mittel zur Erreichung utopischer Ziele ab: statt Revolution wollten sie Reform. Sie hatten auch die Konkurrenz der anderweitig in christlichen, konfessionellen und unabhängigen Gewerkschaften organisierten, nicht sozialdemokratischen Arbeiter zu fürchten und durften deshalb den politischen Bogen nicht überspannen. Wenn die Anzahl der sozialdemokratischen Wahlstimmen schließlich bis auf 4½ Millionen anwuchs, so gehörten davon nur etwa 1 Million der Partei als einge-

schriebene Mitglieder, 1½ Million den freien Gewerkschaften an; die letzten 2 Millionen waren Mitläufer aus der Zahl der kleinen Beamten, Handwerker, Krämer, Heimarbeiter und ungelernten Arbeiter, die mit den bestehenden Zuständen unzufrieden waren, aber keine sichere Stütze der Partei bildeten und mehr oder weniger leicht wieder zugunsten anderer nahestehender Parteien abgesplittert werden konnten. Die ganze Bewegung war somit die notwendige Kehrseite der industriellen und kapitalistischen Entwicklung und zugleich ein Ausfluß der allgemeinen Tendenz zur Demokratisierung des gesamten Wirtschaftslebens; sie enthielt viel Gesundes, wie etwa das Streben nach Selbsthilfe, nach Verstaatlichung oder Kommunalisierung der dazu reifen Betriebe, nach festen Tarifen und Schiedsgerichten mit Zwangskraft in Fragen der Lohnbewegung, nach Zentralisierung der Arbeitsnachweise, nach erweiterter Volksbildung und verbesserter Volksgesundung; sie war zugleich ein Beweis von der außerordentlichen Organisationskraft des deutschen Volkes; die Mitarbeit in den Parlamenten und namentlich in den Kommunen war durchaus nützlich und erzog die Führer zu Maß und Einsicht, wenn nicht in Worten, so doch in Werken; auch konnte der Staat die hier zutage tretende Kritik gar nicht entbehren, um sich an ihren Stacheln immer wieder zurechtzufinden.

Andrerseits hatten die Sozialdemokraten freilich kein Verständnis für die realen Grundlagen der Macht und der auswärtigen Politik; sie blieben prinzipielle Gegner des Heeres, weil sie stets fürchteten, es könnte auch im Innern gegen sie Verwendung finden; sie bekämpften die indirekten Steuern, ohne die doch kein Staat auskommen kann, und beuteten diese angeblich unerträgliche Belastung der breiten Massen als ausgezeichneten Agitationsstoff weidlich aus; sie waren Feinde des im ganzen noch treuen und unbestechlichen Beamtentums, das nach der historischen Entwicklung das Rückgrat des preußisch-deutschen Staatswesens darstellte, in den unteren Stellen freilich schon vielfach von ihren Ideen durchsetzt war. Trotzdem hätte der Staat alle Hebel ansetzen müssen, um diese Arbeitermassen in das Ganze von Volkswirtschaft und Gesellschaft wieder einzuordnen, sie mit Verständnis für Tradition und hohe geistige Ziele zu erfüllen und die hier wirkenden

Kräfte der Gesamtheit nutzbar zu machen. Das geschah leider nicht. Als das erste Entgegenkommen des Kaisers zurückgewiesen und nur zur agitatorischen Hetze benutzt wurde (S. 104), folgten sehr scharfe kaiserliche Kundgebungen gegen die sozialistische „Verräterbande" und die „vaterlandslosen Gesellen", die sogar in taktloser Weise den Rekruten bei der Vereidigung nahelegten, gegebenenfalls gegen Väter und Brüder die Waffen zu gebrauchen; die Sozialreform wurde verlangsamt, ja in den Jahren 1895/1900 wurde unter dem Einfluß rechtsstehender Kapitalistengruppen und Großgrundbesitzer eine arbeiterfeindliche Politik getrieben, und erst Bülow war klug genug, die „Zuchthausvorlage" fallen zu lassen. Der Staat verfolgte die Bildungsbestrebungen der Sozialdemokratie und den Aufstieg der unteren Klassen mit Mißtrauen, statt sie zu fördern, er hielt das bei der guten Leistung der Volksschule und der weiterführenden Bildungsanstalten zu eigenem Leben erwachende Volk in politischer Unmündigkeit, und sträubte sich stets von neuem gegen die Verbesserung des unzeitgemäßen preußischen Wahlrechts und die durch die Bevölkerungsverschiebung notwendige Änderung der Reichstagswahlbezirke; er dachte nicht daran, durch Gewährung politischer Rechte auch das politische Pflichtgefühl, die Urteilsfähigkeit, die Staatsgesinnung zu wecken, die psychologische Einstellung, die Verwaltungstechnik und schließlich die Verfassung zu reformieren, wie es einst Stein und Hardenberg versucht hatten; er vertraute der Gewalt und dem schon nicht mehr reibungslos arbeitenden Mechanismus des Beamtentums mehr als einer freien Entwicklung oder verständnisvollen Leitung der im Volke schlummernden sittlichen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte. Ein sich zur Partei bekennender Sozialdemokrat war auch von dem kleinsten Staatsamt ausgeschlossen; er galt von vornherein als staats- und gemeingefährlich, ja in den Augen der Polizei und meist auch der oberen Schichten als ein schon halb überführter Verbrecher. Trotz aller sozialen Hilfen stellte sich so der Obrigkeitsstaat den innerhalb der Sozialdemokratie selbst wachsenden Bestrebungen entgegen, aus der Revolutions- eine Reformpartei zu werden. So war Schuld auf beiden Seiten und der Riß im deutschen Volke blieb bestehen. Die größere Zukunftshoffnung aber bei dieser Spaltung der Gesellschaft lag in der Richtung der in sich geschlossenen, von einer Idee mit religiöser Inbrunst erfaßten, zwar vom Klasseninstinkte geleiteten, aber bildungsfähigen Sozialdemokratie. Gelang es, ihre geistige Welt mit den Idealen des Bürgertums zu versöhnen, ihr Staatsgesinnung und Nationalgefühl einzuimpfen, so konnte die Kultureinheit geschaffen werden, die jetzt noch fehlte. Erkannte das Bürgertum diese Aufgabe?

Das deutsche Bürgertum besaß keine politische Tatkraft; erwerben, besitzen, verdienen war seine Losung. Freilich spielte auch hier der frühe Tod Kaiser Friedrichs seine tragische Rolle: Der Liberalismus hatte die Möglichkeit verloren, als geschlossen wirkende Kraft zur Regierung zu kommen (S. 79). Viele seiner Aufgaben hatte der Staat Bismarcks erfüllt; andere übernahm in schärferer Form die Sozialdemokratie. Die Tage des nationalliberalen Glanzes waren vorbei; der liberale Gedanke hatte ausgedient; seine Ideale, der freiheitliche Ausbau des Staates in Verfassung und Recht, eine organische Fortentwicklung der Selbstverwaltung ohne bureaukratischen Druck, die möglichste Steigerung der Freiheit des Individuums, ungehindertes Spiel aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte ohne Rücksicht auf Tradition und Autorität, setzten eine gründliche politische Durchbildung des Volkes voraus, an der es durchaus fehlte, und trugen vor allem die Keime der Zersplitterung in sich: sie waren zu verschwommen und besaßen nicht genug einigende Kraft, um die auseinanderstrebenden Interessen der weiten bürgerlichen Kreise straff zusammenzufassen. Die Spaltung in die verschiedensten Gruppen machte jede einheitliche Wirkung unmöglich, und nur zu absprechender Kritik fanden sich von 1884—1893 die beiden radikalen Fraktionen, die kleinbürgerliche Fortschrittspartei und die auf Handel und Unternehmertum ruhende „Liberale Vereinigung" (die alten Sezessionisten [S. 79]) unter der kleinlich nörgelnden Führung Eugen Richters zusammen. Die so geschaffene „Deutschfreisinnige Partei" fiel aber durch die starre Ablehnung der Militärvorlage 1903 seitens des fortschrittlichen linken Flügels auseinander mit dem Erfolge, daß zum Vorteil der Reaktionäre und Sozialdemokraten die nunmehrige „Freisinnige Volkspartei" (unter Richter) nur 24 Sitze, die abgespaltene „Freisinnige Vereinigung" (unter Siemens, Rickert, Schrader, Roesicke) nur

13 Abgeordnete behielt, die sich durch spätere Fusion mit den Nationalsozialen (unter Naumann) nur um wenige Stimmen vermehrten. Die Richtersche Freisinnige Volkspartei blieb in den Traditionen des vormärzlichen Liberalismus mit seinem Mißtrauen gegen die Staatsregierung und seiner prinzipiellen Opposition gegen die Verwaltungsbehörden stecken und sammelte die unzufriedenen Elemente, soweit sie nicht sozialistisch waren; die Freisinnige Vereinigung strebte zu positiver Mitarbeit in einem parlamentarischen Regierungssystem; ihre Anhänger waren zwar Verteidiger der freien Wirtschaft, brachten aber doch als Männer des Handels und Verkehrs der großen Politik und dem Machtstreben des Staates zunehmendes Verständnis entgegen. Die Nationalliberalen, die sich auf die Großindustrie, den Großhandel und die Wissenschaft stützten und es 1887 dank dem Kartell und dem nationalen Aufwallen auf 99 Sitze gebracht hatten, blieben bald bei einer Durchschnittszahl von 50 Abgeordneten; sie waren rechts Schutzhändler und links gemäßigte Freihändler, dabei in sozialpolitischer Beziehung uneins; sie wollten nirgends rückständig sein und doch die Regierung möglichst stützen; so bewiesen sie eine bedenkliche Scheu vor politischer Tat; sie waren eine Kompromißpartei geworden, die getreu dem Heidelberger Programm von 1884 mehr das Bestehende zu erhalten als auszubauen bestrebt war und die konservativen Gedanken in Westelbien vertrat. Die süddeutschen Demokraten, in der „Deutschen Volkspartei" zusammengeschlossen, blieben im Reichstag ohne jede Bedeutung. Diese verschiedenen Gruppen befehdeten sich meist selbst nach deutscher Art mit größerem Ingrimm als die gemeinsamen Feinde und verurteilten dadurch die gesunden Gedanken, die sie vertraten, zu politischer Unfruchtbarkeit.

Auch die Parteien der Rechten im Reichstag waren in verschiedene Richtungen gespalten; neben den Deutsch-Konservativen standen die Deutsche Reichspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Deutsche Reformpartei. Die Deutsch-Konservativen hatten im „Tivoli-Programm" von 1892 von neuem ihr christlich-monarchisches Bekenntnis zu Vaterland, Kirche und Autorität abgelegt, was sie aber nicht hinderte, der Krone energische Opposition zu machen, wenn

sie die Interessen des landwirtschaftlichen Grundbesitzes gefährdet glaubten. Die Betonung der „christlichen" Lebensanschauung war vielen heiliger Ernst und persönliches Lebensbedürfnis, die Quelle ihrer Kraft; in der parteipolitischen Auswirkung aber war damit freilich nur eine orthodoxe und dogmatische, gegen die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse gerichtete enge Religionsauffassung gemeint, die die Schule von der Kirche abhängig machen und die Autorität in Staat und Leben stärken sollte. Der christliche Standpunkt führte zu einer Verbindung mit dem Antisemitismus und der von ihm betriebenen Mittelstandspolitik; dadurch fand die Partei Eingang in die großen Städte und eine Stärkung der Stimmenzahl; auch hatte sie, die Vertretung des Großgrundbesitzes und Feudaladels, es verstanden, den Bauernstand zum großen Teil zu sich herüberzuziehen, der einst im Kampf gegen den Adel sich eine menschenwürdige Existenz hatte erringen müssen; sie war überhaupt im Vergleich zur Mitte des Jahrhunderts liberaler geworden und bekannte sich zu einer „gesetzlich gesicherten bürgerlichen Freiheit für alle, bei wirksamer Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung"; nur blieb sie ein unversöhnlicher Feind der Sozialdemokratie, deren Hinüberwirken auf das platte Land sie mit Recht fürchtete. Sie verdankte ihre Stimmenzahl der alten, zäh verteidigten Wahlkreiseinteilung von 1871, die die großen Städte nicht genügend berücksichtigte, wollte in der Selbstverwaltung die Rechte des Gutsherrn unangetastet lassen und hinderte gemeinsam mit dem Zentrum die Verbreiterung der staatlichen Basis durch einen zeitgemäßen Ausbau der Sozialpolitik, der der Arbeiterschaft positive Mitarbeit gewährt und ihr dadurch Staatsgesinnung gelehrt hätte. Die unbedingt nötige Demokratisierung der Verwaltung wurde durch diesen Herrenstandpunkt beider Parteien in erster Linie gehemmt. Immerhin waren die Konservativen in Preußen bis in das neue Jahrhundert hinein die parlamentarische Stütze der Regierung trotz ihrer Kanalgegnerschaft (S. 80); im Reiche freilich spielte diese Rolle mehr und mehr das Zentrum. Hier war die konservative Partei, wie auch früher (S. 80, 97, 134, 155), ein fester Pfeiler des Reichs in allen Fragen der Wehrkraft und Machtstellung der Nation, wenn sie es auch verstand, aus den Flottenbewilligungen

ein Geschäft zu machen; sie schwächte sich freilich durch die dauernde Spaltung in eine mehr agrarisch-nationale und eine christlich-soziale Hälfte unter dem ehemaligen Hofprediger und radikalen Antisemiten Stöcker (1878), von denen 1895 wiederum die Nationalsozialen unter Naumann, Göhre und Sohm sich trennten. Die übrigen rechtsstehenden Parteien waren auch nur Abarten der Konservativen, deren Programm sie durch liberale, rassen- oder sozialpolitische Zusätze erweitert hatten; in den wirtschaftlichen Fragen waren sie alle fast stets eines Sinnes, die Fragen geistiger Kultur spielten dagegen im Reiche nach seiner föderalistischen Verfassung eine geringe Rolle.

Wirtschaftlich aber wurden alle konservativen Parteien vom Bunde der Landwirte (S. 124) beherrscht, der seit 1893 zu einer politischen Macht heranwuchs und seinen Einfluß auch auf die Nationalliberalen, ja das Zentrum und die Polen ausdehnte. Er bedeutete ursprünglich eine Selbsthilfe des Standes, ähnlich den Gewerkschaften, besorgte den gemeinsamen Ankauf von Saatgut und Maschinen, Dünge- und Futtermitteln, verschaffte Auskünfte und billigen Kredit (im Jahre 1902 allein 112 Millionen Mark) und leitete die Revision ländlicher Genossenschaften; zugleich aber übernahm er die geistige Führung seiner Interessenten, um gegen die „kapitalistisch-manchesterliche und die sozialistische" eine „agrarsoziale, mittelstandspolitische Weltanschauung" zu predigen, durch deren ethisches Mäntelchen die Eigensucht nur allzu deutlich hindurchschimmerte: es kam doch vor allem darauf an, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte hochzuhalten.

So bilden alle Parteien mit ihren egoistischen Zielen und der geringen Rücksicht auf das Ganze ein unerfreuliches Bild; die politischen Methoden aber wurden durch den erbitterten Kampf um die Interessen einzelner Berufs- und Standesgruppen vergiftet; man sah in dem Gegner kaum jemals einen anständigen Menschen; die Debatten schlugen, soweit sie sich nicht in allgemeinen Phrasen bewegten, gar zu oft ins Persönliche um; die Redner sprachen zum Fenster hinaus und versuchten sich in den Künsten der Demagogie; die eigentlichen Verhandlungen wurden in den Kommissionen abgemacht, wo der „Kuhhandel" blühte; der Parlamentarismus war zum Geschäft geworden, für die Parteien wie leider auch vielfach für die einzelnen: die Bewilligung von Diäten wurde durchgesetzt (1906), die Bismarck stets verhindert hatte, die Streber kamen voran, die Eitelkeit blühte, und mancher Parlamentarier beteiligte sich geschäftlich an Betrieben, deren Interessen er amtlich vertrat.

Der Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus, schon durch Bismarck ziemlich heruntergedrückt, verloren durch diese Verstrickung in kleinliche Parteiinteressen immer mehr an Ansehen und Macht; die großen Führer, wie Bennigsen, Eugen Richter und Windthorst starben dahin; man leistete wohl brave Kleinarbeit, etwa in Feststellung des Etats und bei Finanz- und Steuergesetzen, suchte aber im übrigen nur möglichst viele Zugeständnisse für die Parteigenossen herauszuholen und strebte, von der Opposition abgesehen, in den offiziellen Kundgebungen und in der Leitung der Geschäfte bedenklich nach Hofgunst, statt sich für die großen Zwecke des Staates einzusetzen. Wie man die Abdankung Bismarcks ruhig hinnahm, ihm sogar an seinem 80. Geburtstag im Reichstag die Ehrung versagte (1895), so ließ man die ungeheuren Gefahren der deutschen Isolierung durch die staatsmännische Unfähigkeit des Kaisers und seiner Diplomaten ungerügt und scheute sich, dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Bundestage durch Druck auf die Landesregierungen neues Leben einzuhauchen. Man verurteilte sich selbst zur Bedeutungslosigkeit in den Fragen der großen Politik. Die bürgerliche Mehrheit schielte nach oben und ertrug auch im Innern charakterlos Kamarilla und Kabinett als allwaltende Mächte oder begnügte sich im besten Falle, politische Ansprüche der Regierung abzuwehren, statt selbst ihr einen neuen Geist einzuhauchen und große politische Ziele zu zeigen. Andererseits war die Regierung wohl gezwungen, in den inneren Fragen Rücksicht auf die Parteien zu nehmen, um sich von Fall zu Fall eine Mehrheit zu sichern, und es vollzog sich auf diese Art seit 1890 immerhin eine allmähliche Umwandlung der monarchisch-konstitutionellen Regierungsform in eine krypto-parlamentarische; doch fehlte überall ein starker politischer Wille. Es kamen in die leitenden Stellen allerdings niemals Parlamentarier, was zu überstürzten Ausnahmegesetzen und verderblichen Schwankungen der politischen

Linien hätte führen müssen, aber auch keine dem Parlament genehme bedeutende Beamte: die Krone entließ nur zuweilen mißliebige Minister, besetzte aber die Posten mit farblosen oder dem Kaiser gefügigen Persönlichkeiten, die wohl die laufenden Geschäfte gewissenhaft erledigten und manches Törichte und Staatsbedrohende verhinderten, aber doch oft genug jeder Initiative entbehrten. Die allgemeine Stagnation des Epigonenzeitalters wurde so von beiden Seiten aus Mangel an Verantwortlichkeitssinn gefördert und zu einem Dauerzustand: die bequem-gehorsame Mittelmäßigkeit stand in unverdientem Ansehen, und das bewährte Schema des heiligen Bureaukratius ließ zukunftsreiche Gedanken nicht aufkommen.

Immerhin gab es einige Fortschritte selbst in dem konservativ-rückständigen Preußen. Die große Verwaltungsreform, die Bismarck durch die Erweiterung der Selbstverwaltung der Kreise (1872, S. 86) und der Provinzen (1875) eingeleitet und durch den Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit (1883) fortgeführt hatte, wurde durch die Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 auf die untersten Bezirke ausgedehnt, wobei freilich das Berufsbeamtentum die ehrenamtliche Tätigkeit überwucherte, schon weil bei der Kompliziertheit der Geschäfte Fachkenntnisse selbst in den kleinsten Verwaltungseinheiten nötig und genügend finanziell unabhängige und politisch fähige Kräfte nicht vorhanden waren. Doch diese liberalen Anläufe gerieten bald ins Stocken; Preußen blieb beherrscht von dem konservativen Geiste und galt nicht mit Unrecht als ein Hemmnis des Fortschritts bei den liberalen Süddeutschen, die in den meisten Staaten 1904 bis 1906 das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht einführten. In Preußen gelang es dagegen nur mit Mühe, 1906 für die ganz großen Städte insgesamt zehn neue Wahlkreise durchzusetzen, und der Versuch Bülows, durch Heranziehung der freisinnigen Parteien in der Blockpolitik eine feste Mehrheit für die Regierung unter liberalen Zugeständnissen zu gewinnen, scheiterte bald genug am Widerstand der Konservativen (1906/09).

Hinderte also die Zersplitterung der Parteien und der Mangel großer Ziele seitens der Regierung den Ausbau des Reiches in verfassungsrechtlicher Beziehung und war es dem „neuen Kurse" nach Bismarcks Entlassung nicht gelungen,

die sozialpolitische Versöhnung zu fördern, so gelang doch ein bedeutendes Werk in der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches, dessen Einführung nach jahrelangen Beratungen 1896 für das Jahr 1900 sichergestellt wurde. Hier war eine gewisse Einigkeit der Parteien erreicht; in diesen privatrechtlichen Fragen spielten ja auch die politischen Ansichten keine auseinandertreibende Rolle; nur die Sozialdemokraten, Antisemiten, Elsaß-Lothringer und einige Konservative stimmten dagegen. Damit war ein neuer fester Reif um das Reich gelegt. Schwerer war es, die Neuordnung des Militärstrafprozesses und insbesondere die Öffentlichkeit des Verfahrens durchzusetzen, da die militärisch-konservativen Kreise und auch der Kaiser selbst dadurch eine Lockerung der Disziplin befürchteten; doch wurden die Widerstände überwunden: die neue Militärgerichtsordnung trat gleichfalls für das ganze Reich in Kraft, nur erhielt das auf seine Vorrechte eifersüchtig wachende Bayern einen eigenen Senat im Reichsmilitärgericht (1898).

Daneben zwang die wirtschaftliche Entwicklung das Reich zu festen Linien in der Handelspolitik; es kam darauf an, über den Schutz der Industrie hinaus, wie ihn Bismarck durch die Schutzzollgesetzgebung erreicht hatte, für neue Absatzmöglichkeiten zu sorgen und zugleich der deutschen Landwirtschaft die Möglichkeit einer gesunden Entwicklung zu geben. Billige Preise für Getreide, Fleisch und landwirtschaftliche Produkte, wie sie die Industrie zum Niedrighalten der Löhne brauchte, widerstrebten aber dem Interesse der Landwirtschaft, die durch hohe Schutzzölle die ausländische Konkurrenz, die zur Ernährung Deutschlands nicht mehr ausgeschaltet werden konnte, ungefährlich machen wollte. Das Bismarcksche System des Kampfzolls zur Hebung von Industrie und Landwirtschaft hatte zwar seinen nächsten Zweck, die Stärkung der Finanzen, eine Zeitlang erreicht, aber schließlich zu scharfen Gegenmaßregeln des Auslands geführt, und die Meistbegünstigungsverträge, die er geschlossen hatte, öffneten den deutschen Waren keine besonderen Türen, so sehr auch die eigene Produktion erstarkt war. So war ein Systemwechsel berechtigt.

Caprivi nun, selbst ohne wirtschaftliche Kenntnisse und Erfahrung, aber geleitet von dem Drange, der Welt zu zeigen,

daß nach Bismarcks Sturz eine neue Ära beginne, ließ sich von den freihändlerisch gesinnten Geheimräten Huber und Goering beraten und versuchte allzu eilig das Wirtschaftsleben durch neue Handelsverträge mit Bindung des Zolltarifs auf 12 Jahre zu regulieren, ohne die inneren Folgen besonnen und instinktsicher einzuschätzen. Er hatte dabei zugleich die Absicht, den Dreibund zu stärken (S. 109, 110) und aus ihm ein einheitliches Wirtschaftssystem zu machen, an das sich andere mitteleuropäische Staaten angliedern sollten; die bisher im Meistbegünstigungsverhältnis stehenden politisch indifferent oder feindlich gerichteten Staaten nahmen automatisch an den Zollermäßigungen teil. Gleich bei dem ersten Vertrage mit Österreich (1891) wurden nun zugunsten Ungarns die Getreidezölle von 5 M. auf 3,50 M. für den Doppelzentner herabgesetzt, was in Verbindung mit der steigenden Einfuhr aus dem meistbegünstigten Argentinien zu einem außerordentlichen Sinken der Getreidepreise und damit zu einer wütenden Opposition der Konservativen und schließlich zur Gründung des Bundes der Landwirte führte (1893, S. 123/24, 174). So wurden die weiteren Handelsverträge, mit Italien, Belgien und der Schweiz (1892), mit Rumänien und Serbien (1893) und schließlich nach scharfem Zollkrieg auch mit Rußland (1894), vor denen Bismarck vergebens warnte, mit dessen alten Gegnern, dem Zentrum, den Freisinnigen und Sozialdemokraten, durchgebracht, nicht ohne daß die Regierung diesen Parteien, und zumal dem Zentrum, erhebliche Zugeständnisse in anderer Richtung machen mußte. Namentlich war eine allzu milde Behandlung der Polen und Elsässer die Folge, die Sperrgelder aus der Zeit des Kulturkampfes in Höhe von 16 Millionen wurden der Kirche zurückgegeben (1891) und der Versuch gemacht, die preußische Volksschule der Kirche auszuliefern. Doch fiel das Zedlitzsche Volksschulgesetz in Preußen, nachdem selbst ein Kronrat sich gegen die starke Betonung des kirchlichen Aufsichtsrechtes gewandt hatte (17. März 1892), durch den vereinigten Widerspruch der linken und Mittelparteien, was nicht nur den Rücktritt des Kultusministers, sondern auch Caprivis als Ministerpräsidenten zur Folge hatte, der zuletzt den Konservativen wieder stark entgegengekommen war. Eine Stärkung Preußens war es dagegen, daß es andererseits dem

Finanzminister Miquel, der in dieser Zeit Vertrauter des Kaisers und eine bedeutende Erscheinung war, nach dreijährigem Kampfe gelang (1891—1893), eine Steuerreform durchzusetzen, die das fundierte Einkommen stärker, das Arbeitseinkommen schwächer belastete und die den Konservativen verhaßte Erbsteuer erhöhte. Andererseits mußte die Reichsregierung eine Erhöhung des Truppenbestandes um rund 84000 Mann durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit trotz schwerer militärischer Bedenken und eine Verkürzung der Bewilligungsfrist auf 5 statt 7 Jahre sowie die jährliche Festlegung der Unteroffizierstellen erkaufen, nachdem sie durch Reichstagsauflösung endlich eine knappe Mehrheit gewonnen hatte, die aber keine feste und zuverlässige Stütze in anderen Fragen bot (1893).

So brachte der neue Kurs der Versöhnung, des Ausgleichs und des wirtschaftlichen Fortschritts der Regierung nur dürftige Erfolge und schwere Kämpfe; der Kaiser nahm dabei nach seiner Art temperamentvoll Stellung gegen die Konservativen, die er mangelnder Vasallentreue beschuldigte, wie gegen die Polen und die Sozialdemokratie, und verschärfte dadurch nur den inneren Unfrieden. Caprivi fiel nun auch als Reichskanzler (26. Oktober 1894), weil er die schroffe Wendung der preußischen Regierung gegen die Sozialdemokraten (S. 170) nach der Ermordung des französischen Ministerpräsidenten Carnot (Juni 1894) nicht gutheißen konnte und eine stürmische Schutzzollbewegung der Agrarier, die allerdings unter den Handelsverträgen und den überguten Ernten der Jahre 1892 bis 1894 mit ihren billigen Preisen nicht wenig litten, auch den Kaiser selbst in ihren Bann zog. Und so fielen mit ihm auch seine letzten handelspolitischen Gedanken: die für die Reichsfinanzen ungünstigen Handelsverträge nun wenigstens als Gegengewicht gegen die feindlichen Koalitionen zu einem wirklichen mitteleuropäischen Zollverein auszubilden, an dessen Kern sich Italien, die Balkanstaaten und die Türkei unter Stärkung des politischen Zusammenhaltes hätten angliedern sollen; auch der Reichstag, völlig zerrissen und zu gegenwärtigen Opfern für eine große Zukunft nicht bereit, ließ es an Einsicht, festem Willen und Konsequenz fehlen, obwohl so einflußreiche Führer wie die Zentrumsleute Reichensperger

und Lieber, der Nationalliberale Möller und der Sozialdemokrat Singer Verständnis dafür zeigten und später der geistvolle Demokrat Naumann diesen Traum zu träumen nicht aufhörte. Die agrarische Schutzzollbewegung aber nahm in den folgenden Jahren immer heftigere Formen an, und die wirtschaftlichen Interessen ließen die Parteien immer von neuem auf das heftigste aufeinanderplatzen. In der Tat war die deutsche Landwirtschaft, auf der die Rekrutierung des Heeres und die Versorgung im Falle des Krieges ruhte, durch die Handelsverträge, die wesentlich der Industrie zugute kamen, schwer geschädigt (S. 123), und für die Erneuerung der Verträge am Anfang des neuen Jahrhunderts war also ein erhöhter Zolltarif vor allem gegen das argentinische und russische Getreide nötig. Die Konservativen, geführt vom Bund der Landwirte, waren mit den neuen Vorschlägen (1901), die den Zoll für den Doppelzentner Weizen und Roggen von 3,50 M. auf 5,50 und 5 M. brachten, noch keineswegs zufrieden, die Linke aber, Sozialdemokraten und Freisinnige Vereinigung, zeterten gegen den Brotwucher und suchten durch Obstruktion die Geschäftsführung unmöglich zu machen (August 1902). Aber die Vernunft siegte schließlich. Gegen diese Lahmlegung durch die Minderheit wurde durch Änderung der Geschäftsordnung seitens der Mehrheit eingeschritten und der Tarif durchgebracht, der sich durchaus bewährte. Die neuen Handelsverträge, die nun folgten, bedeuteten einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Interessen der Industrie und der Landwirtschaft, sie wurden vom Reichstag im Februar 1905 angenommen und traten am 1. März 1906 in Kraft. Der Weltkrieg hat sie dann vernichtet; seine Not aber hat wieder den Gedanken mitteleuropäischen Zusammenschlusses neu belebt, freilich vergebens.

Während dieser wirtschaftlichen Kämpfe versuchte der Nachfolger Caprivis, der feingebildete und liberalgesinnte Fürst Hohenlohe, der einst als bayerischer Ministerpräsident (1867/70), dann als Botschafter in Paris (1874) und als Statthalter von Elsaß-Lothringen (1885) sich mannigfach bewährt hatte, aber jetzt als verbrauchter Mann von 75 Jahren unter den wiedervereinigten Lasten des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten fast zusammenbrach, wie in der äußeren (S. 115), so auch in der inneren Politik an die Bismarckschen

Traditionen wieder anzuknüpfen; er bemühte sich, den Wünschen des Kaisers gemäß, die Sozialdemokratie durch die berüchtigte Umsturzvorlage mundtot zu machen, und als sie gescheitert war (Mai 1895), wenigstens in Preußen durch eine Verschärfung des Vereinsgesetzes ihr den Boden abzugraben (1897). Aber auch dieses Gesetz wurde vom Landtage abgelehnt, weil die Bestimmungen auch die anderen Parteien gefährdeten. Und als er nach mehrfacher Ankündigung durch verbitternde kaiserliche Reden die sogenannte Zuchthausvorlage einbrachte, die den Streikterror mit Gefängnis und bei gefährlichen Tumulten mit Zuchthaus bedrohte (1899, S. 170), holte er sich eine neue Niederlage. Seitdem stockte das innere politische Leben so gut wie völlig; selbst die unbedingt nötige Reichsfinanzreform kam nicht vorwärts, nur die wirtschaftlichen Interessenkämpfe nahmen ihren unerfreulichen Fortgang, in denen von Regierungs wegen jetzt die Landwirtschaft energisch gestützt wurde. Und nicht ohne Berechtigung, da die weltpolitische Lage die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen in absehbarer Zeit nahelegte, darum Körnerbau und Viehzucht in Deutschland auf möglichster Höhe gehalten werden mußten und die Hilfe der Konservativen für die Flottenpläne nicht zu entbehren war. Ihnen zuliebe wurde auch die Börse durch das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 (in Kraft getreten am 1. Januar 1897), das u. a. den Terminhandel in Getreide unterband, in ihrer Bewegungsfreiheit durch Staatsaufsicht und Ehrengerichte wesentlich gehemmt; das führte zu einem Börsenkrieg in Berlin, der erst mit dem Nachgeben der Kaufmannschaft und der Wiedereröffnung der Produktenbörse am 1. Januar 1900 sein Ende fand.

Es war ein wirkliches Verdienst des neuen Reichskanzlers Bülow, der im Oktober 1900 Hohenlohes Nachfolger geworden war, daß er, unterstützt von der unermüdlichen Arbeit Posadowskys und Wermuths, den endlichen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft auf mittlerer Linie durch geschickte Leitung der Tarifverhandlungen zustande brachte (14. Dezember 1902, S. 180), auf dem sich dann jene neuen Handelsverträge, vor allen anderen mit Rußland und Österreich-Ungarn (Februar 1905), zum Nutzen des Ganzen aufbauen konnten. Insbesondere der russische Markt wurde der deutschen

Industrie gesichert, ohne daß die deutsche Landwirtschaft darunter litt; Rußland bekam dafür eine beträchtliche Anleihe, und die von Bismarck 1887 verbotene Belehnung russischer Papiere wurde wieder gestattet; beide Länder hatten ihren Vorteil von dem nun stark einsetzenden gegenseitigen Warenaustausch.

Seitdem blühte neben Handel und Industrie auch die Landwirtschaft in gleicher Weise, zumal sie durch genossenschaftlichen Zusammenschluß (S. 174) den kleinen und mittleren Betrieben Vorteile brachte und die moderne Wissenschaft in ihren Dienst zog: indem sie die Viehzucht systematisch förderte, den Kunstdünger dem Einzelboden anpaßte und den Maschinenbetrieb rationell einrichtete, steigerte sie den Ertrag der Anbaufläche so erheblich, daß sie anderen Ländern weit voraus war. Freilich war trotzdem eine Ernährung der Bevölkerung aus einheimischen Produkten unmöglich, ja die Steigerung des Tiergewichts bedingte die Einführung großer Mengen Kraftfutters aus dem Auslande, und die Getreideeinfuhr erreichte vor dem Kriege die ungeheure Zahl von 5 Millionen Tonnen. Das bedeutete eine gewaltige Gefahr im Falle eines Krieges; aber der optimistische Sinn des eleganten Kanzlers sah darüber hinweg, statt die innere Kolonisation mit allen Mitteln zu fördern (S. 124), die sehr wohl eine Verbreiterung der Ernährungsbasis erlaubt hätte. Ebensowenig gelang es ihm, den Anschluß des Dortmund-Emskanals (S. 120) an den Rhein, den sogenannten Mittellandkanal, und die Verlängerung der Kanalverbindung nach Osten bis an die Elbe durchzusetzen. Die Konservativen fürchteten eine Minderung der Getreidepreise durch die Verbilligung der Frachten und brachten die Vorlage zu Fall, obwohl die Eisenbahnen des Ruhrgebietes überlastet waren und die industriellen Kreise sich lebhaft für das Projekt einsetzten (1901); auch das hat sich im Weltkriege und in der Gegenwart bitter fühlbar gemacht. Nur die Flottenvorlagen vermochte er dank dem agitatorischen Talente Tirpitzens durchzubringen (S. 134, 155); sie sind aber schließlich dem Reiche nicht zum Segen geworden. Im übrigen überließ er die Initiative durchaus den Parteien und begnügte sich mit klugem Lavieren; insbesondere wuchs das Zentrum zu anspruchsvoller Macht heran.

Da kam 1906 eine schwere, aber zunächst zum Heile ausschlagende Krisis über den Reichstag. Das Zentrum, in dem der vielgewandte, fleißige, aber skrupellose Erzberger schon eine bedeutende Rolle spielte, ließ die Regierung seine Macht allzu deutlich bei jeder Gelegenheit fühlen, es griff namentlich in parteipolitischem Interesse indirekt oft in die Kolonialverwaltung ein und verweigerte, gereizt durch Dernburgs scharfe Kritik dieser Haltung, in merkwürdigem Bunde mit der Sozialdemokratie, dringend notwendige Forderungen für das mit schweren Opfern behauptete Südwestafrika. So wurde am 13. Dezember der Reichstag aufgelöst. Der nationale Aufschwung bei den Neuwahlen 1907 schwächte zwar nicht das seiner Wähler unter allen Umständen sichere Zentrum, beschränkte aber die Sozialdemokraten auf die Hälfte (43) zugunsten der „bürgerlichen" Parteien und ermöglichte den konservativ-liberalen „Block", mit dem Bülow unter Ausschaltung des Zentrums zu regieren gedachte. Die Parteien konnten sich zusammenfinden, weil die handelspolitischen Streitpunkte jetzt ausgeschaltet waren und die freisinnigen Parteien seit dem Tode des Doktrinärs Eugen Richter (10. März 1906) zu nationaler und positiver Mitarbeit sich bereit finden ließen, doch waren die Konservativen zu ernstlichen Opfern an den liberalen Gedanken nicht bereit. So hatte Bülow schließlich nur Scheinerfolge. Weder eine freiere Ausgestaltung des Reichstags noch die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts versuchte er ernstlich; es fiel ihm nicht ein, aus dem wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches die politischen Folgen zu ziehen und durch ehrliche Reformen eine positive Mitarbeit der schaffenden unteren Klassen zu erzwingen (S. 170); denn er war, nach außen wie nach innen, kein wirklich großer Staatsmann, sondern nur ein virtuoser Taktiker, der vor allem Krisen vermeiden wollte. Und auch dies gelang ihm nicht. Als er an einem Punkte zugriff, da hatte er einen ausgesprochenen Mißerfolg. Nach der Genehmigung der kolonialen Vorlagen wollte er mit dem Block nun endlich die Reichsfinanzreform zustande bringen. Denn die 1877 bis 1907 von 72 Millionen auf $4^1/_2$ Milliarden gestiegene Schuldenlast des Reichs und der im ganzen zu niedrige Kursstand der deutschen Staatspapiere machten eine weitere Fortsetzung der alten Anleihewirtschaft

unmöglich, die gesteigerten Bedürfnisse des Reichs eine Vermehrung seiner ungenügenden eigenen Einnahmen unvermeidlich. Neben der Erhöhung der Verbrauchssteuern sollte deshalb eine ergiebige Nachlaßsteuer alle Vermögen über 20000 Mark, also die wohlhabendsten Kreise und namentlich den Großgrundbesitz treffen. Aber fortgerissen von der rücksichtslosen Interessenpolitik des Bundes der Landwirte, verweigerten die Konservativen im Bunde mit dem Zentrum die Nachlaßsteuer, setzten gegen die Liberalen im Juli 1909 als Ersatz dafür eine Reihe neuer indirekter Steuern durch, sprengten damit den Block und bestimmten Bülow zum Rücktritt (14. Juli 1909).

Er hatte ihn gut vorbereitet und sicherte sich einen eleganten Abgang. Der Kaiser hatte wieder einmal seine eigene Person in trauriger Weise bloßgestellt und die Traumwelt, in der er lebte, und die Kluft, die ihn von seinem ganzen Volke trennte, naiv-ahnungslos offenbart. Er hatte in Unterredungen mit Engländern sein eigenes Wohlwollen gegen ihr Vaterland der allgemein deutschen Abneigung gegenübergestellt und dabei zugleich verraten, er habe die Burengesandtschaft abgewiesen, das Anerbieten Frankreichs und Rußlands, England im Burenkriege zu demütigen, abgelehnt und in London mitgeteilt, ja den Feldzugsplan gegen die Buren ausgearbeitet; die Flotte sei nicht gegen England, sondern gegen Eventualitäten im fernen Osten (d. h. gegen Japan) gerichtet. Die Veröffentlichung im „Daily Telegraph" geschah mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes; Bülow, im Urlaub, hatte sie zugelassen, obwohl die Niederschrift zweimal durch seine Hand gegangen war; war es nur Fahrlässigkeit, oder hatte er die Absicht, dem Kaiser, dessen persönliches Regiment ihm große Pein bereitete, eine harte Lektion zu erteilen? In der Tat versprach der Monarch größere Zurückhaltung gegenüber dem Sturme der Entrüstung, der über das unwürdige Buhlen um die englische Gunst (das noch dazu mit der gleichzeitigen russischen Anfreundung in merkwürdigem Gegensatz stand) und über die unnötige Brüskierung der anderen Mächte wie überhaupt über das mittelalterliche Selbstregieren sich erhob; die Abdankung aber des unseligen Mannes zu erzwingen, was der ganzen deutschen Zukunft ein anderes Gepräge gegeben und

die Monarchie späterhin gerettet hätte, dazu hatte weder der Kanzler noch der Reichstag den Mut (10. November 1908), obwohl selbst konservative Kreise mit dem Gedanken spielten. Immerhin hat seitdem der Kaiser ängstlich vermieden, mit persönlicher Initiative öffentlich hervorzutreten; er war aus allen Himmeln gestürzt und sein Selbstvertrauen war gebrochen, er fühlte sich hilflos und verlassen; seine natürliche Entschlußlosigkeit wurde jetzt ins Pathologische gesteigert; dem Kanzler aber vergaß er den „Verrat" nicht. Bülow bot auch sofort seinen Rücktritt an, ließ sich aber bewegen, bis zur Erledigung der Steuerreform zu bleiben, und ging erst, als der Block versagte, um der Entlassung vorzubeugen, in dem Ruhme sich wiegend, zugleich ein Fechter für das monarchische Prinzip und ein parlamentarischer Minister zu sein, der ohne das Vertrauen der Mehrheit nicht regieren wolle.

Sein Nachfolger, Theobald von Bethmann Hollweg, ein reiner Verwaltungsbeamter ohne politischen Sinn und festen Willen, ängstlich bemüht, nach keiner Seite hin anzustoßen, von des Gedankens Blässe angekränkelt und entschlußlos, sah sich einer wachsenden Verbitterung und Befehdung der Parteien gegenüber. Dem aristokratischen Bunde der Landwirte trat der „Bauernbund" entgegen, für die Interessen von Handel und Industrie bildete sich der „Hansabund", und die Zahl der organisierten Sozialdemokraten wuchs bis 1910 auf 722000 „Genossen", die der Stimmen bei der Reichstagswahl 1912 auf 4½ Millionen. So klafften alte Gegensätze wieder auf wie in den schlimmsten Zeiten deutscher Ständekämpfe. Und der leitende Staatsmann stellte den sich gegenseitig zermürbenden Parteien keine großen gemeinsamen Aufgaben, weder in der äußeren noch in der inneren Politik. Den Entwurf einer Reform des rückständigen preußischen Wahlrechts, den er dem Landtag 1910 vorlegte und durch den auf Kosten des übergroßen Besitzes Intelligenz und Bildung bevorzugt werden sollte, ließ er auf den Gegendruck von Zentrum und Konservativen fallen, obwohl die süddeutschen Regierungen auch für ihre Landtage das Reichstagswahlrecht fast ohne Einschränkung angenommen hatten (1904/6, S. 168) und in Sachsen das Pluralwahlrecht schon lange bestand und obwohl die Bülowsche Regierung sich zur Neuordnung feierlich ver-

pflichtet hatte. Gegenüber dem neuen schwarz-blauen Block schlossen sich im Reichstag, für den diese preußische Frage auch von großer Bedeutung war, die linksliberalen Gruppen (Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Süddeutsche Volkspartei) zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammen, und es bereitete sich ein Zusammenschluß aller linken Parteien mit Einschluß der Nationalliberalen vor; doch blieb dieser „Großblock von Bebel bis Bassermann" schließlich doch ein Traum; die Parteien befehdeten sich auch weiterhin.

Es begann gleichzeitig wieder jenes unheilvolle Schwanken in der Polenpolitik (S. 91), das die völlige Hilflosigkeit der Regierung offenbarte und dem deutschen Gedanken unermeßlichen Schaden brachte. Die Caprivische Milde und Umschmeichelung hatte das offen eingestandene Bestreben gezeitigt, den polnischen Staat wieder herzustellen (Rede Koscielskis in Lemberg 1904); so war durch die Propaganda des Ostmarkenvereins und infolge des Wreschener Schulstreiks (1901) ein schärferer Zug in die amtliche Politik gekommen, die von den sogenannten Hakatisten unter ihren Führern Hansemann, Kennemann und Tiedemann vorwärts geschoben wurde. Aber Bethmann Hollweg wandte das neue Enteignungsgesetz vom 3. März 1908, das bis zur Höhe von 70000 Hektar polnischen Grundbesitz in deutschen umzuwandeln zuließ (freilich ohne Ausweisungsrecht für die enteigneten Polen), so gut wie gar nicht an, ohne doch die steigende antideutsche Werbekraft der Polen und Polenfreunde damit lahmzulegen; zur Aufhebung des harten Gesetzes entschloß er sich aber auch nicht. Die Germanisierung konnte aber nicht dadurch erzwungen werden, daß alles Fortkommen von der Kenntnis der deutschen Sprache abhängig gemacht wurde; denn in erster Linie wurden die Polen zweisprachig und schlugen den aus Patriotismus nur einsprachigen Deutschen auf allen Lebensgebieten; sie kauften weiter deutschen Besitz auf und machten sich einheimisch in den Städten; ein polnischer Mittelstand kam empor und polonisierte sogar neue Gebiete: Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker, Techniker, Kaufleute wurden systematisch in das fast ganz deutsche Oberschlesien gezogen, um im Bunde mit der Geistlichkeit hier den Kampf gegen den deutschen Geist aufzunehmen. Schließlich kaufte die deutsche Ansiedelungs-

kommission zu übertriebenem Preise nur noch deutsche Güter, um sie den Polen nicht in die Hände fallen zu lassen, und das Deutschtum in der Ostmark ging dauernd und merklich zurück.

Eine ebenso unglückliche Hand zeigte der Kanzler in der elsässischen Frage. Je mehr die Revanchestimmung in Frankreich an Boden gewann, um so aufsässiger gebärdeten sich die Nationalisten in Elsaß-Lothringen; sie behaupteten, das Land sei berufen, zwischen französischer und deutscher Kultur die Vermittlerrolle zu spielen, förderten die Verwälschung systematisch, ließen ihre Töchter meist in belgischen Ordensschulen erziehen, schufen eine Menge von Vereinen zum Zwecke der Verhetzung und drängten zu voller Autonomie in der Erwartung, später dann um so eher sich mit Frankreich wieder vereinigen zu können. Der Statthalter Graf Wedel (seit 1907) und die Staatssekretäre Köller und dann Zorn von Bulach vernachlässigten in feudaler Verblendung die breiten Massen, die, wenigstens im Elsaß, gar kein Französisch verstanden und sich am ehesten deutsch fühlten; statt dessen umschmeichelten sie wie einst Manteuffel (S. 85) Geistlichkeit und Notabeln, die doch durch ihre Familienbeziehungen an Frankreich hingen, und Zentrum, Fortschrittler und Sozialdemokraten förderten die allzu milde, fast an Landesverrat grenzende, franzosenfreundliche Behandlung, in der vergeblichen Hoffnung, durch weitestes Entgegenkommen aus den renitenten Hetzern gute Deutsche zu machen. So wurde statt des Landesausschusses von 1879 (S. 84) ein Zweikammersystem unter Ausschaltung von Bundesrat und Reichstag als gesetzgeberischen Faktoren eingerichtet und dem Lande im Bundesrat drei Stimmen bewilligt, die aber nicht ins Gewicht fallen sollten, wenn sie dadurch Preußen das Übergewicht gaben — ein unwürdiger Sieg des Partikularismus, der aber dadurch wieder abgeschwächt wurde, daß der vom Kaiser ernannte Statthalter es nicht wagen durfte, gegen Preußen stimmen zu lassen. Die Zweite Kammer wurde nach Reichstagswahlrecht gewählt: ein neuer Agitationsstoff für die preußischen Reformer! (Gesetz vom 23. Mai 1911). Die Wahlen fielen nun zwar nicht nationalistisch, aber klerikal aus; trotzdem begann eine reichsfeindliche Politik, die z. B. kleinlich das Gehalt des Statthalters beschnitt, dem Kaiser das Jagdrecht einschränkte, die Ab-

schaffung der Strafen wegen Aufreizung und die Einführung des französischen Unterrichts in den Volksschulen betrieb und sich endlich gegen die Reichswehrvorlage kehrte. Die maßlose Volkserregung gegen einen jungen, im Reden unvorsichtigen Offizier, der mit seinen angepöbelten Kameraden durch den Obersten Reuter allzu schneidig geschützt wurde, offenbarte blitzartig die durch die ungeschickte Verfassung verschärften bedrohlichen Zustände und führte zu heftigen antimilitaristischen Erörterungen im Reichstage, zu einem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler (Dezember 1913) und zu unliebsamem Aufsehen in der ganzen Welt, das durch elsässische Hetz- und Wanderredner wie Wetterlé u. a. noch gesteigert wurde. Ein Personenwechsel in den höchsten Ämtern Anfang 1914 schien eine straffere Behandlung zu verbürgen, doch zeigte der ausbrechende Krieg, daß zwar die Mehrzahl der Elsaß-Lothringer anfangs ihre patriotische Pflicht erfüllte, daß aber, wie schon die ungeheure Zahl der Überläufer und Deserteure bewies, im ganzen das Deutsche Reich in 43 Jahren es nicht verstanden hatte, die Reichslande, ihrem deutschen Kern entsprechend, innerlich fest mit sich zu verbinden.

Ebenso schwankend wurden die Dänen behandelt, die in Nordschleswig wohnten und die Losreißung betrieben; im allgemeinen überwog hier Härte und kleinliche Schikane; zu dem vernünftigen Ausweg, den rein dänisch sprechenden und empfindenden schmalen Landstrich durch freiwillige Grenzregulierung unter Anwendung der Option zurückzugeben, den Rest aber wirklich deutsch zu gestalten, schwang man sich nicht auf. Auch die Welfenfrage wurde selbst durch die Heirat der einzigen Kaisertochter mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland (1913) nicht aus der Welt geschafft, da der welfische Starrsinn den förmlichen Verzicht auf Hannover sich nicht von der Seele reißen konnte und der junge Prinz sich nur verpflichtete, gegen den preußischen Besitzstand in Hannover nichts zu unternehmen.

Am verderblichsten aber wirkte die Entschlußlosigkeit des Kanzlers auf dem Gebiet der Rüstungen. Daß sein Versuch einer Verständigung mit England den weiteren Ausbau der Flotte erheblich verzögerte, ist von der großen Politik her verständlich (S. 246); dagegen war es um so unverantwortlicher,

daß er nun nicht den Mut besaß, den Forderungen des Generalstabs und des gesunden Menschenverstandes in der Ausweitung des Landheeres nachzugeben und alles daranzusetzen, um die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht endlich zur Tatsache werden zu lassen.

Selbst wenn er die instinktlose Hoffnung hegte, England aus der deutschfeindlichen Koalition ausschalten zu können, mußte er in absehbarer Zeit mit dem Zweifrontenkriege rechnen, der bei der fortwährend steigenden Anspannung der französischen und russischen Rüstung nur durch Aufbietung der gesamten deutschen Volkskraft zu gewinnen war. Und bei aller Zerrissenheit der Parteien wäre vom Reichstag bei der offenkundigen Bedrohung des Daseins jede Forderung durchzusetzen gewesen. Zwar hatten Zentrum, Links-Freisinnige und Sozialdemokraten noch 1899 von der Friedensstärke 7000 Mann abgehandelt, was für das Jahr 1914 ein Weniger von 80000—90000 Mann bedeutete; aber die Heeresforderungen von 1906 waren glatt durchgegangen, und es hätte bei dem erstarkenden nationalen Bewußtsein der rechten und mittleren Parteien nur einer entschlossenen Initiative der Regierung bedurft, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Aber eben daran fehlte es: der Kanzler war Pazifist, glaubte nicht an die Macht und hoffte, das Ausland gerade durch die Mangelhaftigkeit der Vorbereitungen von der eigenen Friedfertigkeit zu überzeugen, nicht sehend, daß er dadurch nur die Angriffslust der Feinde erhöhe. Er scheute innerpolitische Kämpfe um so mehr, als auch das Kriegsministerium im Gegensatz zum Generalstab nicht die nötige Entschiedenheit zeigte und der Reichsschatzsekretär Wermuth, ein vorsichtiger Rechner, aus Furcht vor der Deckungsfrage, zu deren Lösung er die Erbschaftssteuer nicht heranziehen durfte, die Forderungen beschnitt, ehe sie überhaupt ins Parlament gelangten. So brachte die Heeresvorlage von 1911 nur eine Vermehrung von 10000 Mann zur Verbesserung der technischen Truppen, und die Regierung versäumte es, als Wahlparole für 1912 die Höchststeigerung der Wehrkraft zu Lande auszugeben; gerade dadurch verloren alle bürgerlichen Parteien an Mandaten zugunsten der Sozialdemokratie. Und trotzdem bewilligte dieser Reichstag anstandslos die nur gänzlich unzulängliche Vermehrung des Heeres

um 25000 Mann (1912) und die endlich 1913 nach dem Balkankriegen, den enormen russischen Rüstungen und der Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich viel zu spät eingebrachte und bis zum Kriege nicht durchführbare Verstärkung um 136000 Mann nebst dem Wehrbeitrag als einmaliger Vermögensabgabe und einer Vermögenszuwachssteuer unter Heranziehung der Erbschaftsobjekte. Freilich die Erfassung aller Wehrpflichtigen war noch lange nicht erreicht, und die Forderung des Generalstabs, drei neue Armeekorps aufzustellen, war fallen gelassen. Das hat sich bei der Marneschlacht bitter gerächt.

* * *

So fehlte es im Reiche durchaus nicht nur an führenden Persönlichkeiten, sondern auch an einer Tradition des sicheren Handelns auf der einen, des Vertrauens auf der anderen Seite, die die fehlende politische Reife der Menge hätte ersetzen können. Ein Genius blieb seit dem Sturze Bismarcks der Nation versagt, und eine kastenartige politische Geistesaristokratie war nicht erstanden. Seine gewaltige Persönlichkeit hatte auf die Charaktere gedrückt und die staatsmännischen Kräfte seiner Umgebung sich nicht voll entfalten lassen, und unter dem ratlosen, ewig schwankenden und eigenwilligen Kaiser war die Schule der hohen Politik ganz verkümmert; die Parteien aber waren erst recht nicht imstande, von ihrem engen Gesichtspunkt aus den Strom einer politischen Tätigkeit zu entfesseln, der ohne große Begabungen, die aus geheimnisvollen Zusammenhängen emporsteigen und nicht zu ertrotzen sind, an sich und aus eigener Kraft das politische Leben der ganzen Nation in einer Richtung tragen konnte. Es gab also wohl, eine unverlierbar scheinende Erbschaft aus der Zeit Friedrich Wilhelms I., einen durch zwei Jahrhunderte in Reinheit fortgezüchteten Typ des Offiziers und des Beamten, nicht aber einen des Politikers, der in voller Identifizierung mit den Staatsinteressen über alle Theorien und Schlagworte der Partei hinaus sich einen Nachwuchs mit unbedingtem Nationalgefühl, unbeirrbarem Takt des Handels und staatsmännischem Instinkt herangezogen und sich immer neue Kräfte

mit gleicher Willensrichtung und rassenmäßiger Sicherheit des Blutes angeglichen hätte.

Wenn nun trotz alledem das Reich immer fester zusammenwuchs und sich einem Einheitsstaate von lebenskräftiger Struktur und geschlossenem Kulturwillen näherte (S. 60), so wirkten verschiedene Momente bei aller Führerlosigkeit und Parteizerrissenheit, bei aller Aufsplitterung des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens förderlich in dieser Richtung. Die deutsche Schicksalsgemeinschaft in der äußeren Politik, die Einheitlichkeit der Gesetzgebung auf den mannigfachsten Gebieten und die Erweiterung der Reichsverwaltung, die für sich in vielen Zweigen allmählich über das Aufsichtsrecht hinaus auch die oberste Entscheidungsinstanz in Anspruch nahm und Reichsämter gründete, die Reichsfinanzreform, die endlich 1913 zur Tatsache wurde, all das löste den einzelnen von seinem Einzelstaate los und ließ ihn sich als Deutschen schlechthin empfinden. Die Dynastien konnten sich damit abfinden; ihre Stellung war im neuen Reiche gesicherter als früher, wo sie als Hemmnisse der Einheit nicht mit Unrecht gegolten hatten. Sie waren die Sorge los, den Schein der Souveränität durch eine oft fragwürdige und an Landesverrat grenzende äußere Politik aufrechtzuerhalten, brauchten vor den volkstümlichen Bewegungen nicht mehr zu zittern und wurden, wenn auch vom Kaiser bevormundet, ihrer deutschen Sendung bewußt und feste Stützen des Reichs, ohne aber irgendwo schöpferische Persönlichkeiten hervorzubringen. Preußen übte seine Hegemonie mit Vorsicht aus; die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten wurden sorgfältig gewahrt und nur auf legalem Wege eingeschränkt; eine Majorisierung der größeren Staaten im Bundesrate wurde bei wichtigen Fragen möglichst vermieden. Aber obwohl sie ihre Kulturaufgaben getreulich, oft unter schweren Opfern, erfüllten und somit an der Entwicklung der nationalen Kultur in alter Weise mitarbeiteten: als Gemeinwesen hatten sie doch vor allem die Reichsgesetze zu vollziehen, die immer weitere Lebenskreise ergriffen, erschienen also mehr und mehr als ausführende Organe des Reichs. Ihre eigene Staatstätigkeit entwickelte sich dabei überwiegend im Sinne eines parlamentarischen Regiments; in Bayern gab das Zentrum den Ton an, in Sachsen beherrschte seit 1896 nach

dem neuen Wahlgesetz die agrarisch-konservative Partei im Widerspruch mit dem städtisch-industriellen Charakter des Landes den Landtag völlig, bis das Wahlgesetz von 1909 dieses Übergewicht zurückdrängte. Doch spielte das sonderstaatliche Innenleben keine ausschlaggebende Rolle mehr.

Auf der anderen Seite wuchs auch ohne Verfassungsänderung die kaiserliche Macht. Der Kaiser war die lebendige Verkörperung des Einheitsgedankens, und seine „reisige Allgegenwart", so viel Kopfschütteln sie auch erregte, brachte ihn doch allen Teilen des Reiches und des Volkes nahe; dazu vertrat er das Reich nach außen, war oberster Kriegsherr und die Spitze der kaiserlichen Behörden; er verkündete auch die Reichsgesetze, obwohl er nur als Mitglied des Bundesrats an ihnen Anteil nehmen durfte; er übte in Elsaß-Lothringen die Staatsgewalt aus und besaß die selbständigen Regierungsrechte in den Kolonien. Die kaiserliche Marine zog in immer größerem Umfang auch die binnenländische Bevölkerung an, und die Einheit des Heerwesens wurde immer straffer, indem nur noch Bayern und Sachsen eine gewisse Selbständigkeit in der Verwaltung ihrer Kontingente behaupteten, aber von preußischen Generälen inspiziert wurden; neben der Ordnung des Militärgerichtswesens wirkte da auch die Annahme der einheitlichen Kokarde für das ganze Reichsheer (1897) im unitarischen Sinne.

Dazu kam, daß die Parteien ihre Organisation über das ganze Reich erstreckten und daß die wirtschaftliche Entwicklung im Zeitalter der Technik, des Verkehrs und des Kapitalismus durch Ausbau der großen Unternehmungen des Bank-, des Kartell- und Monopolwesens den gesamten Industrie- und Handelskörper und alle Lebensgebiete der deutschen Gesamtheit einheitlich umfaßte. Gewiß lagen hier auch schwere Gefahren. Die Banken wurden übermächtig und verstanden es, das Reich in ihre einseitigen Interessen zu verstricken, und die Ringe, Konzerne und Kartelle wirkten produktionsschädigend und preisverteuernd, indem sie die einheitliche Preisbildung und Verteilung der Rohstoffe und Waren von einer Zentrale aus leiteten und zum Schaden der Konsumenten und zum Nutzen der ohne Arbeitsleistung aus den angelegten Kapitalien sich bereichernden Rentenbezieher die freie Konkurrenz ausschalteten. Kartelle, wie das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat (1893), das 1912 von 177 Millionen Tonnen nicht weniger als 93 selbst produzierte, beherrschten den ganzen Markt; der Roheisenverband hält seit 1910 die gesamte Roheisenproduktion in der Hand, der Stahlwerksverband, der auch den Trägerverband und die Schwellengemeinschaft in sich aufnahm, besaß ein reines Monopol im Eisenbahnbau, der Spiritusring (1897) umfaßte seit 1899 als Zentrale für Spiritusverwertung alle größeren Brennereien Deutschlands. Diese und viele kleine ähnliche Verbände, wie etwa der Buchhändlerbörsenverein, der Seifen-, der Tapetenverband und der für Steine und Erden, waren Ausfluß des allgemeinen Dranges zur Organisation im geschäftlichen Interesse der Preishochhaltung, übten aber auch durch die Ausbildung eines besonderen Standesgefühls mit eigenem Ehrenkodex oder auch durch materielle Mittel, nämlich durch gelegentliche Preisunterbietung, durch Materialsperre und Abschneidung des Kredites mit Hilfe der Großbanken, einen Druck auf die Außenseiter aus, die zum Beitritt gezwungen oder, wenn sie sich ruiniert hatten, billig aufgekauft wurden. Ähnlich ballten sich in den großen Trusts mehrere Unternehmungen durch Fusion der Verwaltungen oder durch die kontrollierende Instanz einer eigenen Gesellschaft, die alle beteiligten Aktien erwarb, zu Riesenbetrieben zusammen, wie etwa zur Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und den Siemens-Schuckert-Werken; sie waren die vollkommenen Herren in ihrer Branche und verteuerten alle von ihnen abhängigen Industrien, während sie an den eigenen Produktionskosten sparten und doch eine großartige Arbeiterfürsorge und -fortbildung trieben. So war die elektrische, die chemische, die Glühlampen-, die Akkumulatoren-, die Leim- und Flascheninindustrie in festen Händen, und die leitenden Männer dieser großen Organisationen taten das Ihrige, um das deutsche Wirtschaftsleben über die Grenzen lokalen oder einzelstaatlichen Interesses zu einer Einheit zusammenzuschweißen. Hier gab es wirkliche Führer, die freilich als harte Tatsachenmenschen oft mit der amerikanischen Methode des brutalen Egoismus arbeiteten, deren rücksichtsloser Wille zur Macht bei der Eroberung des internationalen Weltmarktes aber auch die Wirtschaftseinheit des Reichs zur

Wahrheit werden ließ. Was Friedrich List einst erstrebt hatte, was im Deutschen Zollverein von 1834 die deutsche Einheitsbewegung auf die reale Bahn der Wirklichkeit gebracht hatte (III, 194), das war nun Tatsache geworden: die deutsche Wirtschaft war einheitlich organisiert. Freilich im Sinne eines selbstsüchtigen Kapitalismus und nicht in dem einer wirklichen Planwirtschaft vom höchsten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus, der die möglichste Ausnutzung der Arbeitskraft, die Regelung von Produktion und Bedarf, von Ein- und Ausfuhr allein in den Dienst des Gesamtwohls hätte stellen müssen. Und das System hatte auch schwere außenpolitische Nachteile. Die Türken- und Marokkopolitik mit ihrem Unsegen war eine der schlimmsten Folgen, und die deutschen Kartelle warfen in Zeiten niedergehender Konjunktur ihre Produkte, deren Preise im Innern künstlich hochgehalten wurden, oft noch unter dem Herstellungspreis in das Ausland, was dort größte Erbitterung erregte; der Staat aber schützte sie durch hohe Schutzzölle vor der ausländischen Konkurrenz. Andererseits war freilich die Vervollkommnung der Technik, z. B. in der Waffen- und Panzerplattenindustrie, nur durch die ausländischen Aufträge möglich; der innere Markt allein hätte bald zur Erstarrung führen müssen, da die Absatzmöglichkeit beschränkt war. Auch förderte der Staat im fiskalischen Interesse das Gedeihen dieser beherrschenden Wirtschaftskörper, indem er durch Sondersteuern die Errichtung neuer Betriebe erschwerte (z. B. in der Zündholz-, Spiritus- und Kaliindustrie und im Brauereiwesen), wodurch gleichzeitig für ihn die Möglichkeit näher rückte, die so geschaffenen Monopole einmal selbst in die Hand zu nehmen. Die Sozialisierungsgedanken der Revolutionszeit wurden so vorbereitet.

Diese Zwangsläufigkeit des Wirtschaftslebens war nicht möglich ohne strenge Disziplinierung; der einzelne fügte sich, wenn ein starker Wille ihm Schranken wies. Der Deutsche empfand überhaupt den Zwang als Wohltat. Und hier liegt die tiefste Wirkung des Preußentums auf das Deutschtum überhaupt und das Geheimnis, wie die deutsche Zerklüftung überbrückt wurde. Preußische Zucht und Ordnung, Verantwortungsgefühl, Pflichttreue und Stolz auf Berufstüchtigkeit und Leistung, der harte Ernst der Lebensauffassung wirkten vorbildlich und teilten sich den weicheren Süddeutschen mit, und das war vor allem das Verdienst des Geistes, der im preußischen Heer und Beamtentum durch jahrhundertelange Arbeit großgezogen war und nun das weite Deutsche Reich sich erobert hatte.

Die freie Hingabe des einzelnen an das Ganze, der unbedingte Gehorsam, die selbstverständliche Freudigkeit in der Erfüllung der Pflicht, die Opferbereitschaft, die das Leben selbst ohne Zaudern einzusetzen gewillt war, und das gesteigerte Ehrgefühl des preußischen Offiziers ging über auf das ganze deutsche Heer, das zu einer Schule des Lebens wurde, so den Aufschwung Deutschlands in Wirtschaft und Industrie erst ermöglichte und in seiner gesammelten Kraft ein Machtmittel ohnegleichen und das stärkste Einheitsband des Reiches war. Freilich fehlten auch dunkle Schattenseiten nicht.

Zwar wurde dem Mann Sauberkeit, Pünktlichkeit, Strammheit und alle schroffen Tugenden des Preußentums in harter, eintöniger Arbeit beigebracht, aber die Instruktion ging selten über den oberflächlichsten und unverstandenen Gedächtniskram hinaus, statt durch geeigneten Kulturstoff und Wärme des Tons Vaterlandsliebe, Freude am Reich und am Deutschtum, Vertrauen zu Vorgesetzten und zum Staatsleben und seinen Formen zu pflanzen. So vorsichtig die Sozialdemokraten im Heere behandelt wurden, um unangenehme Weiterungen im Reichstag zu vermeiden: die Härte des Drills und die Unbildung und Schnauzerei der Unteroffiziere, die sich meist aus Leuten rekrutierten, die sonst nichts gelernt hatten und einen eigenen Kastengeist mit engem, die Offiziere kopierendem Hochmut vertraten, ließen sozialistische Gedankengänge in der Mannschaftsstube aufkommen. Der Offizier diente der Dynastie in erster Linie und nicht dem Volke; er lebte ganz in feudalaristokratischen Anschauungen; sein Ehrgefühl, sein Berufsstolz, sein Mut und seine Selbstbeherrschung im Dienst und im gesellschaftlichen Leben waren über jedes Lob erhaben. Aber er war eine Art Halbgott den Soldaten gegenüber und ließ den Schneid zu leicht in Dünkel und Überhebung übergehen; er besaß keine politische und oft nur eine mäßige Allgemeinbildung, blickte aber auf die Reserveoffiziere, die ihn meist geistig überragten, und gar auf das Zivil mit Geringschätzung herab; von den sozialen Proble-

men hatte er selten eine Ahnung, Dienst, Weiber, Pferde, Jagd und höchstens landwirtschaftliche Fragen bildeten den Gesprächsstoff, und die Einfachheit der Lebensführung früherer Zeit war, leider von oben durch schlechtes Beispiel nicht begünstigt, in den feineren Regimentern verloren gegangen. Auch hatte die Garde eine unberechtigte Vorzugsstellung, die den Unteroffiziersersatz der Linientruppen schädigte und auch unfähigen Hauptleuten ein Bataillon, mindestens in der Provinz, bescherte, während oft die tüchtigsten Kompagniechefs der Linie an der berüchtigten Majorsecke scheiterten. Bedenklich war auch, daß die Offiziere in der Technik den Meister spielten; Neuerungen setzten sich nur langsam und mit großen Schwierigkeiten durch, und insbesondere die Feldartillerie wurde übel vernachlässigt; die Franzosen waren hier weit voran. Schlimmer noch wirkte, daß das äußerliche Wesen des Kaisers die Götzen des Parademarsches und der Kavallerieattacke zum Schaden der kriegsmäßigen Durchbildung auf den Sockel stellte, die Besichtigungen zum Prüfstein der Leistung und zu einem Anreiz zu Täuschungen für alle Beteiligten machte und die Manöver zu dekorativen Scheinbildern erniedrigte; der Vorgesetzte hatte immer recht, und der Kaiser war der höchste Vorgesetzte; so bekam er zu sehen, was er sehen wollte: das Schema. Aber er zog überhaupt in der Generalität ein Strebertum groß, das vor allem den wechselnden Launen des obersten Kriegsherrn genügen wollte. Nur wer unter den kommandierenden Generalen mit ihnen zu spekulieren verstand und als Hofmann auf dem glatten Parkett nicht ausglitt, zugleich aber sich in die Protektionswirtschaft des Militärkabinetts einzufügen wußte, konnte sich halten; denn hier lagen alle Entscheidungen; hier wurde erhoben und gestürzt, Fäden der Intrige gesponnen und Charakter und Fähigkeit diskreditiert, ohne Kenntnis von Personen und Sachen Verordnungen und allerhöchste Entschließungen hervorzurufen, die den verantwortlichen Faktoren: Generalstab und Kriegsministerium, ihre Bedeutung raubten. Es kamen also nicht die großen Begabungen an die Spitze. Und wenn auch einmal wenigstens eine innerlich vornehme Natur, wie der jüngere Moltke, nach dem Sturz des bedeutenden und charakterfesten Generalstabschefs Schlieffen (1906), in die wichtigste Stelle berufen wurde,

so verdankte er es nicht seinem Können, an dem er selbst verzweifelte, sondern nur seinem klingenden Namen, und der Optimismus des Kaisers glaubte die mangelnde Fähigkeit seines leitenden Strategen durch eigenes Talent ausgleichen zu können. Derselbe üble Einfluß des Kabinetts herrschte bei der Marine; auch hier hatte der Kabinettschef eine unkontrollierbare und schädliche Macht über den Kaiser und machte dem Reichsmarineamt und dem Admiralstab, dessen Dasein sich freilich nur aus der schematischen Nachahmung der Heeresorganisation erklärte, große Schwierigkeiten, insbesondere, wenn es sich um Personalien oder die technisch unmögliche Durchführung kaiserlicher Einfälle handelte. Doch setzte sich Tirpitz wenigstens beim Aufbau der Flotte im wesentlichen durch, wenn er auch schwere Organisationsfehler der Befehlsverteilung und strategischen Leitung nicht hindern konnte.

So waren mannigfache Anzeichen der Erstarrung und Zersetzung vorhanden; im ganzen aber überwog das Gute; das Material war ausgezeichnet; vor allem der gemeine Mann und die untere Führung durch die Subalternoffiziere waren unvergleichlich, und eine kühne Entschlußkraft beseelte alle Grade. Trotz allen Übeln herrschte in Armee und Marine eine Atmosphäre von sittlicher Energie, deren stählender Einfluß im ganzen Volke weithin zu spüren war. Die Flotte wurde von der Leidenschaft der Nation getragen, und es galt als eine Ehre, Soldat zu sein. Der Kern des Heeres war gesund, die Tradition so fest, daß selbst schwere Schäden zunächst ertragen werden konnten, solange die Säulen der Mannszucht und des hingebenden Pflichtgefühls noch aufrecht standen. Sobald sie aber zu wanken anfingen, mußte ein System zusammenbrechen, aus dessen Krönung Charakter und Geist verschwunden war.

Aus dem Heere ergänzte sich das Beamtentum, und dieselben Tugenden treuer Hingabe an die Sache, des strikten Gehorsams und des klaren Pflichtgefühls, der Pünktlichkeit und Ordnung, wie sie dem preußischen Soldaten anerzogen waren, zeigten sich in allen deutschen Betrieben; Post und Eisenbahn galten als unbedingt zuverlässig, und das ganze öffentliche Leben war allenthalben getragen von gewissenhafter und uneigennütziger Arbeit. Die unteren Beamten

waren freilich vielfach sozialdemokratisch; aber die straffe Disziplin ihrer Partei half den einzelnen in Zucht halten; im Dienst war von Aufsässigkeit keine Rede; die Unzufriedenheit zeigte sich wesentlich in der geheimen Abstimmung an der Wahlurne und in der parlamentarischen Vertretung der Interessen. Im Verkehr mit dem Publikum herrschte allzusehr der schroffe Unteroffizierston; andererseits gehörte Bestechlichkeit zu den Ausnahmen. Die mittlere und höhere Beamtenschaft neigte bei großem Fleiß und nüchterner Pflichterfüllung im Rahmen des Alltäglichen zu mechanischer Öde und bureaukratischer Erstarrung; es ging alles den schleppenden Instanzenweg, Präzedenzfälle durften nicht geschaffen werden, Verantwortungsfreudigkeit und selbständiges Handeln waren nicht beliebt. Darum war man auch neuen, schweren Aufgaben, wie sie die polnischen oder elsässischen Verhältnisse und die Kolonialverwaltung mit sich brachten, nicht gewachsen. Zwar gab es ausgezeichnete Bureauvorsteher und Dezernenten, aber sie waren nur Räder in einem Mechanismus; führende Organisatoren fehlten oder erlahmten bald an dem passiven Widerstand des eingefahrenen Gleises und an der Überlastung mit Arbeit. Es kam auch wohl vor, daß die aus dem Grundbesitz hervorgehenden Landräte in den östlichen Provinzen Preußens als Steuerveranlagungskommissare Vetternwirtschaft trieben. Im ganzen aber stand dieses Beamtentum mit seiner Arbeitsfreudigkeit und Unbestechlichkeit turmhoch über dem aller anderen Länder, England eingeschlossen. In den obersten Stellen freilich spielten Hofgunst, Intrige und Rücksicht auf Parlament und Presse eine bedenkliche Rolle. Unter Caprivi, dem aus Mangel an Sachkunde die Macht aus den Händen glitt, begann ein Kampf aller gegen alle; die preußischen Ministerien und die Reichsämter stritten um Kompetenzen, und die Reibereien zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Reichsamt des Innern und dem Reichsschatzamt in Wirtschaftsfragen hörten nimmer auf; über die Sache siegte dabei oft genug das Strebertum und die persönliche Eitelkeit, und ein so unerbittlicher Arbeiter und großer Charakter wie Posadowsky kam an höchster Stelle in den Ruf eines „ledernen Pedanten". Denn in das System des Kaisers paßten starke Persönlichkeiten eigenen Gepräges nicht: er lebte in einer den praktischen

Bedürfnissen der Verwaltung fernen Höhenatmosphäre des geistigen Genießens und schätzte nur Exekutivbeamte seiner Launen, die ihm alles Unangenehme fernhielten und jede Kritik ersparten, mit ihm umherreisten und ihn selbst reden ließen, nicht arbeitsame Männer von Tatkraft, weitem geistigen Horizont und Rückhalt am Volke Und zum Teil bestand seine Umgebung aus Leuten von sittlich nicht einwandfreiem Leben, freilich, ohne daß er selbst, durchaus sittenrein und niederer Gesinnung abhold, von ihren üblen Neigungen eine Ahnung hatte, bis einige Skandalprozesse ihm die Augen öffneten. Aber trotz alledem lief die Verwaltungsmaschine gut und selbst das Fehlen nachgeordneter Instanzen im Reiche entfremdete das Volksleben dem Reichsgedanken nicht; übernahmen auch die Bundesstaaten die Ausführung der Erlasse, so waren doch die festen Formen der Verwaltung und der straffe Geist des Beamtentums gute Klammern auch für das Reich, gerade weil in dem allgemeinen Bewußtsein die Bedeutung des Wirtschaftlichen, Militärischen und Bureaukratischen zuungunsten des Politischen, Geistigen und Seelischen überschätzt wurde und man die Verarmung der Kultur durch ihre Einengung in starre Formen nicht empfand.

Schwer war es, die konfessionellen Gegensätze im Volksempfinden auszugleichen, zumal da der nüchterne Norddeutsche weder die Schönheit des katholischen Kultus noch die naive, romantisch-gläubige, der Autorität sich gern beugende Lebensstimmung des klerikalen Südens versteht und das Zentrum aus dem Gegensatz seine besten Kräfte sog. Hier hat der Kaiser, getreu dem Toleranzgedanken des preußischen Staates, viel getan, um den katholischen Deutschen das Gefühl der Zurücksetzung zu nehmen und ihnen zu gewähren, was sich mit der Hoheit des Staats und mit der konfessionellen Gerechtigkeit irgendwie vertrug. Deshalb die Besetzung wichtiger Bischofsstühle mit deutschgesinnten Männern, die Gründung einer katholischen theologischen Fakultät in Straßburg, die Milderung des Jesuitengesetzes von 1872 (1904) und seine freundlichen persönlichen Beziehungen zu Papst Leo XIII., dem er mehrere Besuche abstattete. Andrerseits ließ er niemals an seiner eignen ernsten protestantischen Überzeugung den geringsten Zweifel und wirkte auf einen engeren Zusammenschluß der evangelischen

Landeskirchen hin, der in der Begründung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses 1903 seinen Ausdruck fand.

Freilich zeigte sich trotzdem ein Rückfall in den Konfessionalismus; es war die natürliche Reaktion des religiösen Bedürfnisses gegen den verstandeskalten Rationalismus des achtzehnten Jahrhunderts, der das neunzehnte, besonders dessen zweite Hälfte, charakterisiert und durch den Kulturkampf gefördert worden war. Die scharfe Zusammenfassung der Gleichgesinnten gefährdete durch oft herausfordernde Haltung besonders eifriger Anhänger beider Kirchen nicht selten den konfessionellen Frieden, ohne den doch das deutsche Volk gar nicht bestehen kann. Nachdem die straff und einheitlich geleitete katholische Kirche die Gefahr des Altkatholizismus glücklich überwunden, das Unfehlbarkeitsdogma nicht überspannt und sich im Kulturkampf der höheren gemeinsamen Ziele völlig bewußt geworden war, machte sie neben den ihr eigentümlichen auch alle modernen Mittel, die Presse, das Vereinswesen und die Volksvertretungen ihren Zwecken dienstbar und gewann auf die Laien einen Einfluß wie kaum jemals zuvor und eine wirkliche Herrschaft über die Massen, über die sie in den „Katholikentagen" alljährlich Herrschau hält. Sie verstand es, gesunde Sozialpolitik zu treiben und galt vielen als stärkster Hort gegen den Ansturm der Sozialdemokratie. Freilich wirkte ihre bindende Autorität auf die Entwicklung der katholischen Wissenschaft hemmend, und die das innere religiöse Leben in den Vordergrund stellende, der Tradition freier gegenüberstehende Tätigkeit bedeutender Gelehrter (H. Schell, F. X. Kraus, Ehrhardt) mußte mühsam um ihre Existenz kämpfen. Die jesuitisch-ultramontane Richtung blieb Sieger gegen diese „Modernisten", die vergebens versuchten, moderne Methoden in die spezifisch katholische Wissenschaft einzuführen, die Dogmatik mit freiem Geiste zu befruchten, die Geschichte als selbständige Wissenschaft aus den Banden des Dogmas zu erlösen und die Ergebnisse der Naturwissenschaft der katholischen Philosophie nutzbar zu machen. Organisatorisch und dogmatisch gestärkt ging der Katholizismus aus diesem Kampf gegen die moderne Kultur und Weltanschauung hervor; er bildete eine Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft und schloß seinen Kreis mit Bewußtsein ab, wie sich auch in der Absage an die christlichen Gewerkschaften zeigte, die in sich beide Konfessionen zu vereinigen strebten. Und die römische Kurie krönte dieses Werk der Abschließung durch eine neue Kodifizierung ihres gesamten Rechtes, indem sie das seit dem Mittelalter geltende, vielfach veraltete Corpus iuris canonici durch den neuen Codex iuris canonici endgültig ersetzte (1918); leider wird durch dieses an sich großartige Unternehmen der konfessionelle Frieden nicht gefördert; müssen doch z. B. Mischehen, wenn sie vor der Kirche gelten sollen, von dem katholischen Pfarrer geschlossen werden, widrigenfalls sie als außereheliche Verhältnisse aufgefaßt werden. Die Milderungen der römischen Ansprüche, die durch ein Jahrhundert in Brauch waren, sind hier rücksichtslos beseitigt.

Ähnlichen Kämpfen war auch der Protestantismus ausgesetzt. Auch hier rangen die Orthodoxen mit den Liberalen, die der modernen Lebens- und Geisteswelt die Tore weit zu öffnen versuchten, und wurden dabei von den Dynastien, zumal auch der Kaiserin, die immer neue Kirchen in Groß-Berlin baute, und von den herrschenden Klassen unterstützt. Sie standen auf dem Boden reaktionärer Staats- und Gesellschaftsauffassung und betrachteten die Religion als staatserhaltende Macht und als eigene Domäne; sie gewannen Einfluß auf die Besetzung der Lehrstühle der Universitäten und bekämpften die wissenschaftliche Theologie, die dem modernen kritischen Geist durch historische, religionsphilosophische und soziologische Studien gerecht zu werden suchte, ohne den religiösen Gehalt des Glaubens zu mindern (Ed. v. Hartmann, Harnack, Pfleiderer, Jsselbach); sie schüttelten freie Geister, wie Kalthoff, Jatho und Traub von sich ab, verfehmten jeden Fortschritt und hofften vergebens, ihre geistliche Herrschaft über die indifferente Bevölkerung wieder aufzurichten. Immerhin leistete man hier etwas über die religiöse Aufgabe hinaus in der inneren Mission (Fr. von Bodelschwingh, Stöcker), wobei die Konkurrenz der Heilsarmee sich nützlich erwies; und auf der liberalen Seite zeigten sich neue Perspektiven durch den Aufbau einer freien theologischen Wissenschaft; aber die Schwäche der protestantischen Organisation, die Zersplitterung in zahlreiche Landeskirchen und die Verschiedenheit der in ihr vorhandenen Richtungen hemmten

eine einheitliche Wirksamkeit. Eine solche suchte deshalb neben dem Gustav-Adolf-Verein (III 161) der „Evangelische Bund“ zu sichern, der in weitem, freiem Geiste alle wahrhaft Evangelischen zusammenzuschließen suchte, wobei das starre Luthertum durch eine allmähliche „Calvinisierung“ seine Härten verlor und den Neuaufbau der Landeskirchen als Synodalkirchen vorbereiten half.

Aber trotz aller Gegensätze näherten sich die Gebildeten beider Konfessionen praktisch einander mehr und mehr, und beide Kirchen arbeiten wetteifernd nebeneinander in der Heidenmission, die sie beide auch auf die deutschen Schutzgebiete ausdehnten, die Katholiken vor allem durch ihre Ordensgenossenschaften. Auch für die Bewahrung des Deutschtums unter Fremden waren beide Kirchen tätig, die evangelische noch wirksamer als die katholische, weil sie in Deutschland entstanden ist und aus deutschem Geiste sich nährte; sie zählte um 1900 z. B. in Südamerika 86 Pfarren, in Australien, Ozeanien und Ostasien im ganzen 77. Eine kirchen- und religionsfeindliche Weltanschauung, allein der Bezwingung des Lebens zugewandt, und praktisch-nüchterne Willensrichtung, Gleichgültigkeit und Bildungsdünkel entfremdeten zwar einen Teil der mittleren Stände, namentlich auf protestantischer Seite, innerlich dem kirchlichen und religiösen Leben und trugen indirekt wesentlich dazu bei, auch die Massen in weitem Umfange zu entchristlichen, zumal in den Großstädten, wo die Sozialdemokratie ihre Religion des Hasses pflegte, ohne zu befriedigen und zu befreien; aber auf dem Lande bewährte im allgemeinen der schlichte ehrliche christliche Glaube trotz alles Abfalls und alles Spotts immer wieder siegreich seine Kraft.

Stumpften sich also zum Glück die religiösen Gegensätze im Reiche allmählich etwas ab, so blieb doch die Volksbildung in ihrem Bann; leider hielt sich das Reich hier zurück, um den Staaten ihren Charakter als eigne Kulturzentren nicht zu rauben. Immerhin entwickelten sich in den Schulfragen die Verhältnisse ziemlich gleichartig. Trotz der immer wieder erhobenen Ansprüche der katholischen Kirche blieb die Volksschule überall unter einzelstaatlicher Oberleitung als ein weltliches, von den Gemeinden verwaltetes Institut auf konfessionell-religiöser Grundlage. Sie leistete mehr als jede andere Volksschule der Welt, auch wenn sie, namentlich in katholischen Ländern, zu sehr auf äußerliche Aneignung eines bestimmten Wissensstoffes eingestellt war; aber es führten trotz der anschließenden, allmählich sich einbürgernden Fortbildungsschule keine Brücken zu der geistigen Welt der Gebildeten: die Kultur zeigte hier eine klaffende Lücke, die sich weder durch Reformversuche von unten noch von oben schließen wollte. Kunsterziehung, Arbeitsschule, staatsbürgerliche Erziehung waren die pädagogischen Schlagworte, die zu mancher Anregung führten; dann wurde das Problem zu einer Machtfrage der Parteien: Zentrum und Konservative hielten an der kirchentreuen Bekenntnisschule mit ihren beschränkten Lehrzielen fest, die Liberalen verlangten die Simultanschule mit dem Ziel einer intellektualistischen Kultur, der Sozialismus eine weltliche Arbeits- und Gemeinschaftsschule mit Übergängen zu den höheren Schularten; schließlich forderte die Lehrerschaft die Einheitsschule, unter der aber jeder etwas anderes verstand. Aus der organisatorischen und kulturellen Frage wurde dabei eine politische Idee: die des sozialen Fortschritts und des Ausgleichs ständischer und wirtschaftlicher Gegensätze; alle geistigen und wirtschaftlichen Güter sollten dem Volksschüler zu gewinnen möglich sein; der noch nicht abgeschlossene Kampf entband eine gewaltige Literatur und Agitation (Rein, H. Sauer, Tews, Kerschensteiner). Der Anschluß an die höheren Schulen, die Förderung der Begabten, die Durchdringung des Unterrichts mit Staatsgesinnung und wesentlich deutschen Kulturmomenten, endlich die Vorbildung der Lehrer waren die umstrittensten Punkte. Methodisch waren die Volksschullehrer besser geschult als die höheren Lehrer; aber wissenschaftlich war die Vorbereitung auf der Präparandie und dem Seminar minderwertig: es war eine Halbbildung, die einer Vertiefung dringend bedurfte; die Universitäten wehrten sich mit Recht gegen die Aufnahme so ungenügend vorgebildeter Elemente; in neuester Zeit beginnt die deutsche Oberschule und die Gründung pädagogischer Akademien feste Gestalt anzunehmen, nur fehlen dafür wieder die geeigneten Lehrkräfte, und das Problem einer einheitlichen deutschen Kultur auf dieser Grundlage wird noch lange der Lösung harren.

Auch um die Gestaltung des höheren Schulwesens entspann

sich ein lebhafter Kampf, noch ehe der Gedanke der Einheitsschule die Geister erfaßte. Er ging von dem Streben aus, ein neues, zunächst noch ganz unreifes, der naturwissenschaftlich-technischen Entwicklung entsprechendes Bildungsideal zu verwirklichen, und kam also zunächst in dem Gegensatz der alten klassisch-humanistischen und der modernen neusprachlich-naturwissenschaftlichen Richtung zum Ausdruck. Er führte nicht nur zu einer stärkeren Ausbildung der Realgymnasien und der Oberrealschulen, sondern auch an den Gymnasien in Preußen zu einer Zurückdrängung der klassischen Sprachen (1890), die die Wirksamkeit dieses Unterrichts in Frage stellte und deshalb bald (1900) wieder beseitigt wurde, und zur Gründung neuer, von den modernen Sprachen ausgehender „Reformschulen". Zugleich wurde der Kreis der Berechtigungen zum akademischen Studium für die Realgymnasien erweitert und endlich die grundsätzliche Gleichwertigkeit der Bildung aller drei Gattungen höherer Schulen für die Vorbereitung zu den Hochschulen zuerst in Preußen ausgesprochen, alles unter der starken persönlichen Teilnahme des Kaisers. Bei allen diesen Reformen spielte die Besinnung auf deutsches Wesen und seine reine Entfaltung eine immer stärker hervortretende Rolle; das Erwachen zum Deutschtum, wie es vor allem in heftigem Widerspruch zu den öffentlichen Zuständen Feuergeister wie Paul de Lagarde (Bötticher), Heinrich von Treitschke und der „Rembrandtdeutsche" Langbehn predigten, wie es Richard Wagner in seiner Bayreuther Kunst offenbarte, wie es mit antisemitischer Spitze von Houston Stuart Chamberlain und Friedrich Lange als Rassengesinnung formuliert und von den Alldeutschen politisch ausgemünzt wurde: dieses Streben zu einer charaktervollen Deutschheit setzte sich auch in der Schule mit dem Erbe der alten Kulturwelt auseinander, aus dem sie bisher ihre Kraft geschöpft hatte, mit der Antike und dem Christentum. Man warf dem Gymnasium mit Unrecht vor, daß es keine guten Deutschen erziehe und die körperliche „Ertüchtigung" lähme, man bestritt den bildenden Wert der alten Sprachen und die Schönheit und die moralische Kraft der Antike; man vergaß, daß der Aufschwung der nationalen Kultur in unserer klassischen Zeit gerade aus der Renaissance des Griechischen erwachsen war, und wollte aus rationalistischem Nützlichkeitstriebe

heraus die Schule den praktischen Interessen der Zeit öffnen und zugleich vom germanischen Rassengefühl her den Weg für eine rein deutsche Kultur zeigen, und kam damit den Bestrebungen der Volksschule entgegen. Das alte Gymnasium wehrte sich kräftig; denn es hatte diese Bestrebungen in verständigem Maß schon längst in sich aufgenommen und gab auch den altklassischen Unterricht immer mit dem Blick auf die Erfordernisse der Gegenwart; doch war die Stimmung ihm feindlich: die Zahl der Anstalten ging erheblich zurück. Die Angriffe auf das Christentum im Sinne einer Renaissance des arisch-germanischen Geistes waren für die Schule weniger folgenreich; doch begann man größeren Wert auf die historische Entwicklung aller Religionen zu legen, und lernte aus der Vergleichung; das Christentum schnitt dabei nicht schlecht ab, die Auffassung der religiösen Prozesse wurde vergeistigt, eine starke Betonung und neue Wertung der deutschen Mystik als Ausdruck germanischen Religionsgefühls entsprach der Überzeugung, daß Deutsch und Christlich im tiefsten Wesen doch übereinstimmen. Das Resultat war im ganzen, daß die höheren Schulen trotz aller Gegensätze sich innerlich ausglichen, nicht mehr Fachstudien, sondern Teilnahme am nationalen Geistesleben als Kern des gemeinsamen Zieles betrachteten, dadurch ihrerseits auf dem Wege zur deutschen Kultureinheit ein gutes Stück voranschritten und ihre Hände begierig nach den reichen Begabungen ausstreckten, die sie aus der zu neuem Leben erwachten Volksschule erwarten durften.

Von diesen neunklassigen, auf wissenschaftliche Vorbildung ausgehenden Schulen schied sich jetzt völlig die lateinlose Realschule als die Schule des kleinen Bürgerstandes zur unmittelbaren Vorbereitung für praktische Berufe; daneben entwickelte sich die höhere Mädchenschule, teilweise unter dem Einfluß der Frauenbewegung, die das Ziel verfolgte, das weibliche Geschlecht zu größerer wirtschaftlicher und geistiger Selbständigkeit zu erziehen. Der ganzen Entwicklung des höheren Schulwesens entsprach es, wenn auch die technischen Hochschulen in Verfassung, Promotionsrecht und Rang den Universitäten gleichgestellt wurden. Die immer weiter greifende Spezialisierung der Wissenschaft führte zur Gründung immer zahlreicherer Seminare und anderer Institute, namentlich für

Medizin und Naturwissenschaften. Andererseits verbündeten sich die deutschen Akademien zu großen wissenschaftlichen Unternehmungen und strebten danach, in einen Friedens- und Freundschaftsbund mit allen Akademien der Welt auf den Boden der Gleichberechtigung zu treten, der Gewißheit lebend, daß die Tatkraft und der Idealismus der deutschen Wissenschaft, ihre Uneigennützigkeit und neidlose Hilfsbereitschaft schließlich sich überall die Anerkennung erringen und ihre Überlegenheit beweisen müsse.

Die Wissenschaft, ihrem Wesen nach international, kannte also keine Landesgrenzen, prägte sich aber doch, der Gründlichkeit und Wahrhaftigkeit des deutschen Geistes entsprechend, in eigenen nationalen Formen aus, die der Reichseinheit zugute kamen. Sie blieb nach deutscher Art vorwiegend an die Hochschulen und Akademien geknüpft und bewegte sich zunächst noch durchaus in der Richtung auf exakte Ermittelung einzelner Tatbestände (S. 8). Man blickte mit Geringschätzung auf die uferlose Spekulation der Naturphilosophie aus den Zeiten Hegels herab (III 165), sah in Maß und Zahl, in Dokument und Monument die einzige Grundlage aller Forschung und spezialisierte sich demgemäß ins Unendliche. Diese Methode führte zu immer neuen Sondergebieten der Wissenschaft, die sich dann durch feste Schranken gegen die anderen abzugrenzen suchten; sie kam überall im einzelnen zu bedeutenden Resultaten und übte insbesondere auf die Ausgestaltung der Technik fortwährend den förderlichsten Einfluß aus. Die wissenschaftliche Technik hatte am Gedeihen und dem Machtaufschung des Reiches den größten Anteil, ihr dienten auch zwei weitwirkende Institute des Reichs, die Seewarte in Hamburg und die Physikalisch-technische Reichsanstalt in Charlottenburg (1886), und die großartige Kaiser-Wilhelm-Jubiläumsstiftung, von Handel und Industrie dargebracht, ermöglichte die Errichtung von eigenen Forschungsinstituten, in denen der wissenschaftliche Geist, von der Fessel des Unterrichtsbetriebes befreit, sich ganz frei ergehen und ohne Rücksicht auf sofortige praktische Verwertung vom Einzelnen zum Allgemeinen aufsteigen konnte (1913). Und gerade das war nötig, um der Erstarrung und dem Auseinanderfall der Wissenschaften vorzubeugen: ein großer Umschwung in der allgemeinen Auffassung war im Entstehen.

Diese Wendung vom Spezialistentum zum philosophischen Zusammenschauen, von der analytischen Zergliederung zur denkenden Synthese hatte sich schon lange vorbereitet und zeigte sich im neuen Jahrhundert auf allen Wissensgebieten. Die Fülle der Tatsachen war so groß geworden, daß sie zur Verwirrung führte und Übersicht und Ordnung heischte; man mußte versuchen, durch allgemeine Schlußfolgerungen zu grundlegenden Prinzipien zu kommen, die für eine Summe von Einzelheiten eine Erklärung boten: zudem entsprach es dem Rhythmus alles Geschehens, daß nach einer langen Periode des Sammelns trockener Tatsachen wieder Hypothese und Theorie, natürlich auf Grund des ermittelten Materials, in ihre Rechte traten. Die Bewegung war aber überhaupt die wissenschaftliche Seite der Besinnung zum Deutschtum, die politisch und schulreformerisch und dann auch religiös, philosophisch, literarisch und künstlerisch nach der geistigen Verschlampung der Gründerzeit und dem öden Materialismus einer nur auf praktische Erfolge des Willens gerichteten Periode der Wirtschafts- und Machtinteressen sich langsam Bahn brach und die allmähliche Rückkehr zum deutschen Idealismus und zu einer ernsteren und tieferen Lebensauffassung bedeutete. Man kann auf allen Wissensgebieten das Erwachen des synthetischen Geistes und des Idealismus verfolgen und dabei den ungeheuren Aufschwung der deutschen Wissenschaft beobachten, die im internationalen Wettbewerb, z. B. um die Preise der Nobelstiftung in Stockholm und in der Patentanmeldung sowie in dem von der Statistik festgestellten Umfang der geistigen Produktion die Leistung aller anderen Völker bei weitem übertraf.

So begann die Naturwissenschaft durch den immer mehr anwachsenden Reichtum des Wissensstoffs hindurch auf den innersten Kern der Dinge zu dringen, indem sie alle Erscheinungen, zuerst die Elektrizität (Hertz 1889), als Bewegung auffaßte, die von einer inneren Kraft, der unverlierbaren, sich nur immer in neue Formen umsetzenden Energie ausgeht (R. Mayer, W. Ostwald). Die Physik zerschlug dabei die Atome in kleinere Gebilde, die Elektronen, in denen sie Atome der Elektrizität vermutete und die sie, negativ geladen, um den positiv geladenen Kern nach Art der Planeten

kreisen ließ, sie operierte ebenso mit Magnetonen als kleinsten Teilen des magnetischen Momentes der Atome und mit Energie- und Strahlungsquanten als solchen der Energie- und Strahlungsatome; sie erwies die Realität dieser Korpuskel durch Messung und Zählung mit Hilfe der Methoden der Radioaktivitätsforschung (Rutherford, Rubens, Geiger, Regener), ja photographierte sie (Wilson) und erwies so eine erstaunliche Übereinstimmung mit den theoretischen Errechnungen; geniale Forscher wie Planck, Einstein und Nernst bauten die Quantentheorie weiter aus und fanden neue verheißungsvolle Erkenntniswege; die 1895 von Röntgen entdeckten X-Strahlen wurden als elektromagnetische Ätherwellen erkannt, deren Emission in Quanten vor sich geht, die Lichterzeugung der Gase wurde durch innere Zusammenbrüche der kleinen Planetensysteme erklärt (Bohr) und die Gravitationslehre, die seit Newton (1666) die gegenseitige Anziehung aller Körper mathematisch festgestellt hatte, fand eine großartige Berichtigung und Ergänzung durch den theoretischen Nachweis Einsteins (1913), daß ein Schwerefeld einen Lichtstrahl ablenkt. Er berechnete die Ablenkung des Lichtstrahles eines fernen Sternes, der knapp bei der Sonne vorbeigeht, auf etwa eine Bogensekunde zur Sonne hin, und die totale Sonnenfinsternis des Jahres 1914, die eine Nachprüfung ermöglichte, erwies die Richtigkeit seiner Annahme; darauf baute er nun seine noch heiß umstrittene Relativitätstheorie auf, die die Probleme von Bewegung, Zeit und Raum in neue Bahnen lenkte. Nach ihr wird nicht nur die Einheit der Zeit aufgehoben: sie ist kein einheitliches Gebilde; es gibt mehrere Zeitreihen, die für gegeneinander bewegte Standpunkte verschieden sind, aber berechnet werden können; sondern es ist auch unmöglich, eine absolute Bewegung nachzuweisen; es gibt nur unter verschiedenen Bedingungen in verschiedener Form auftretende Schwerefelder; das Gesetz ihres Auftretens umfaßt ebenso die bisher durch Newtons Gravitationsprinzip erklärten Vorgänge, etwa das Fallen eines Körpers zur Erde und die Bewegungen der Himmelskörper, wie die Zentrifugalbewegungen an rotierenden Körpern, den Druck auf eine Unterlage und den Widerstand bei beschleunigten und verzögerten Bewegungen als ableitbare Spezialfälle. Als eine

Konsequenz dieser Theorie ergab sich, daß der reale, physikalische Raum, soweit sich Schwerefelder in ihm finden, bei der wirklichen Messung mit dem mathematischen Raum der euklidischen Berechnung nicht übereinstimmen kann.

Im engsten Zusammenschluß mit der Physik wandte sich die Chemie den intramolekularen Beziehungen der einzelnen Elementaratome, den energetischen Vorgängen bei chemischen Reaktionen und der räumlichen Lagerung der Atome im Molekül zu, und die früher nicht gewürdigten elektrischen Arbeitsmethoden führten zu ungeahnten Fortschritten, insbesondere durch die Theorie des elektrisch geladenen Jons und die Entdeckung der Radioaktivität. Auf keinem Gebiete der Wissenschaft hat sich ein System neuer Erkenntnis so rasch in wirtschaftliche Werte umgesetzt: die Industrie nützte die neuen Errungenschaften eifrig aus, mit einer Kühnheit des Vordringens und einer durch die Technik ermöglichten Vervollkommnung der Apparate und Maschinen, die ihr den Vorrang in der ganzen Welt sicherte.

Von der Chemie mannigfach beeinflußt, richtete die beschreibende Naturwissenschaft, von Anstalten wie den zoologischen Stationen in Neapel und Plön unterstützt, ihre Arbeit auf die Erkenntnis des stufenweisen Aufbaues der organischen Welt von den einfachsten Formen aus; die Erforschung der Lebenserscheinungen und Gestaltungsvorgänge in der Pflanzen- und Tierwelt suchte Fühlung mit den anderen naturwissenschaftlichen Gebieten und strebte zur Synthese in einer Philosophie des Organischen, ohne jedoch die praktische Anwendung einer vertieften experimentellen Abstammungs- und Vererbungslehre in besonderen biologisch-landwirtschaftlichen Forschungsinstituten (in Dahlem) zu vernachlässigen; insbesondere versuchte man in den Bau und das Leben der Zelle einzudringen; die Arbeiten Mendels und seiner Schule förderten die Keimzellenforschung und die Geschlechtsbestimmungslehre, und den Lebensbedingungen der einzelligen Protozoen wurde besondere Beachtung geschenkt; in der Vererbungsforschung nahmen, wie in der Chemie die Atome, in der Physik die Elektronen und Quanten, die übertragbaren Erbeinheiten oder Gene, die kleinsten Keime einer sichtbaren Eigenschaft, das Hauptinteresse in Anspruch — alles das schließlich mit dem End-

ergebnis, daß aus der Entstehung des Lebens der Geist als das Formgebende nicht auszuschalten ist. Die wissenschaftliche Tätigkeit der Medizin, reich befruchtet von den anderen naturwissenschaftlichen Disziplinen, galt besonders den Gehirnfunktionen, den physiologischen Vorgängen und der Entdeckung und Bekämpfung krankheiterregender Bazillen (R. Koch, Behring, Ehrlich). Dabei wurde der Tierversuch ein unentbehrliches Hilfsmittel, und die frühere, rein anatomische Anschauung von der Krankheit wurde, seitdem Rudolf Virchow (1821—1902) die Zellularpathologie auf festen wissenschaftlichen Boden gestellt hatte, durch eine biologische Auffassung ergänzt, die die Lebensvorgänge bei dem Kranken exakt zu beobachten lehrte, und die Bekämpfung von Malaria, Diphtherie, Typhus, Scharlach und Syphilis, der Schlafkrankheit, der Tuberkulose und des Krebses gewann aus der Einspritzung von Schutzstoffen (Serotherapie) und durch die methodischen Änderungen im chemischen Aufbau der Arzneikörper (Chemotherapie) die besten Waffen; dazu wurde die Wirksamkeit der Röntgenstrahlen und der Strahlungen der seltenen und kostbaren radioaktiven Metalle Radium und Mesothorium fortdauernd erprobt und der elektrische Strom in den Dienst des Heilverfahrens gestellt.

Neben den Ärzten kamen die Sozialhygieniker empor, die den gefährlichsten Volkskrankheiten durch organisatorische Maßnahmen bei Epidemien, durch Wohnungsreform, Aufklärung über die Ernährung, Förderung von Wandern und Sport, Kampf gegen Alkohol und Nikotin und Aufsicht über das Gewerbe zu Leibe rückten. Sie wandten auch der Schule ihre Aufmerksamkeit zu, gingen den Gründen des Geburtenrückgangs nach und erstrebten endlich durch Statistik und Biologie ihre Kunst zur Rassenhygiene zu erweitern, mit dem vornehmsten Ziel, die Eugenik, d. h. die Sicherung einer guten Nachkommenschaft, zu erreichen. Sie stellten dabei Reich, Staat und Kommunen vor eine Fülle neuer Aufgaben und Probleme, die oft ins Politische schlugen, und Gesetzgebung und Verwaltung nahm die Anregungen auf; die großen Städte errichteten Medizinalämter und Fürsorgestellen, ein eigenes Institut für Hygiene und Arbeit wurde durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet, und ein Reichskomitee

zur wissenschaftlichen Erforschung des Sports trat 1912 zusammen.

Und so wurde überhaupt das Wissen zur Voraussetzung des Gestaltenkönnens; nicht nur die Welt zu interpretieren, auch sie zu verändern wurde die Losung; neben die technische Beherrschung der Natur trat die Soziologie als Wissenschaft von der Kultur, ihren Gesetzen und ihren relativ konstanten inneren Beziehungen (Simmel, Wundt), mit dem Ziel, die Zukunft vorauszusehen und zu meistern; man suchte mit Hilfe der Biologie, der Psychologie, der Ethnologie die Formen und den Mechanismus der Vergesellschaftung zu erkennen, den Wert der Rasse zu bestimmen, um sie möglichst höher zu züchten (Gobineau, Chamberlain), die Bevölkerungsschichten und die Triebkräfte der Wirtschaft bloßzulegen (Oppenheimer) und eine Sozialethik zu begründen (Max Weber), die über den Marxschen Sozialismus hinaus ins Ideale, aber auch praktisch Wertvolle führen (Verein für Sozialpolitik), vor allem Menschenökonomie treiben sollte (Taylorsystem, Psychotechnik). Man stellte mit Ablehnung der historischen Rechtsauffassung Savignys das Ziel auf, ein schöpferisches Kultur- und Entwicklungsrecht zu finden (Jhering, Gierke, Menger, Kantorowicz), Pädagogik und Theologie nach soziologischen Momenten neu zu fundieren (Natorp, Barth, Jerusalem, Troeltsch) und schließlich durch die neue Universalwissenschaft auch die internationale Bedingtheit aller Kultur zu ergründen und im Sinne des Pazifismus eine Periode friedlicher Weltwirtschaft auf Grund der soziologischen Einsichten zu eröffnen.

Die naturwissenschaftliche Methode, die Experiment und Intuition vereinte und sich so glänzend in praktischer Auswirkung bewährte, gewann auch sonst größeren Einfluß auf die Geisteswissenschaften. Die zwischen beiden Zweigen mitten inne stehende Erd- und Völkerkunde (Ferdinand von Richthofen, O. Peschel, Fr. Ratzel) suchte den inneren Zusammenhang zwischen der menschlichen Entwicklung und der Umwelt wie dem Boden immer tiefer zu begreifen. Mit den letzten großen binnenländischen Entdeckungen besonders in Afrika und den Polarfahrten sowie mit der näheren Erforschung bisher nur oberflächlich bekannter Länder wuchs ihr auch fortwährend ganz neuer Stoff zu. So bot sie auch der Geschichte eine er-

weiterte und festere Grundlage. Diese strebte deshalb mehr und mehr danach, über die Sammlung und Sichtung von Quellenmaterial heraus das Detail geistig zu durchdringen und zusammenzuschauen, zugleich aber ihre Grenzen zu erweitern; sie suchte alle Zweige des Volkslebens als eine große Einheit zu begreifen und überdies alle Teile der Menschheit zu umfassen, also dort sich von der Beschränkung auf das Staatsleben, hier von der Beschränkung des weltgeschichtlichen Schauplatzes auf die mittelmeerländisch-vorderasiatische Kulturwelt zu befreien (H. Helmolts Weltgeschichte), und K. Lamprecht unternahm in seiner Deutschen Geschichte den allzukühnen, aber geistvollen Versuch, den ganzen Werdegang des deutschen Volks unter sozialpsychologische Entwicklungsgesetze zu bringen, also aus gesamtpsychischen Strömungen von innen heraus zu verstehen, wobei freilich die Bewertung der schöpferischen Persönlichkeit erheblich zu kurz kam und die tiefsinnige Rankesche Lehre von den historischen Ideen ins Materialistische verzerrt wurde. Ranke selbst hinterließ, als er 1885 mehr als neunzigjährig starb, ein Werk von ungeheurem Ausmaß, auch wenn ihm das Geschick nicht gönnte, seine halbvollendete Weltgeschichte zu Ende zu führen, in der er die Summe seiner historischen Weisheit zu ziehen begann; er hatte die Staaten als lebenerfüllte Wesenheiten, als „moralische Energien" zu verstehen gelehrt, in deren gegenseitigem Ringen und doch lebendiger Gemeinschaft, überschattet von dem gewaltigen Schicksal, sich die Geschichte als die Abwandlung von Ideen vollziehe: Universalgeschichte war also alles, was er schrieb, und eben aus dieser universalen Verflechtung und der gegenseitigen Einwirkung der ihr Eigenleben führenden staatlichen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Einheiten erschloß sich ihm das Verständnis der deutschen Reformation, der Papstgeschichte, der preußischen, französischen und englischen Geschichte, denen seine monumentalen Werke gelten. So fand er die Kategorien historischen Geschehens, die auch von den Neueren nicht umgestoßen, sondern nur mit neuem Leben erfüllt oder erweitert werden konnten, und der Wirkung seines Geistes konnten sich auch die nicht entziehen, die grundsätzlich neue, ungebahnte Wege suchten. Die ideologische Geschichtsauffassung brach sich Bahn, entsprechend dem Zuge der Zeit

zu Synthese und Philosophie. Archivalische Forschung, Quellenkritik und Detailfeststellung blieben die Grundlagen, darüber hinaus aber suchte man aus der unendlichen Fülle der geschichtlichen Abwandlungen einen einheitlichen Gesamtsinn zu finden, aus dem Historischen das Überhistorische abzuleiten und dadurch auch auf die Zukunft zu wirken.

Neuer Stoff floß der Geschichtsschreibung teils aus der Fortsetzung der Quellenpublikationen, teils für die neueste Zeit aus der reichen Memoirenliteratur (Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, 1898) zu, und bedeutende Gesamtdarstellungen (Treitschkes Deutsche Geschichte, 1815 bis 1848, H. von Sybels Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm den Ersten, Burckhardts Kultur der Renaissance, Bezolds Reformation, Erdmannsdörffers Zeit des Großen Kurfürsten, Max Lenz' Geschichte der Berliner Universität, Dietrich Schäfers Deutsche Geschichte und Weltgeschichte der neuen Zeit) wie Biographien großen Stiles (Justi: Winckelmann, Erich Schmidt: Lessing, Koser: Friedrich der Große, Marcks: Wilhelm der Erste, Lenz: Bismarck, Oncken: Lassalle, Scheel: Luther) suchten mit Glück sich seiner zu bemächtigen. Daneben gewann der feingeschliffene Essay als künstlerischer Niederschlag strenger Forschung eine bisher in Deutschland ungewohnte Ausgestaltung (Herman Grimm, Erich Schmidt, Treitschke, Harnack, Lenz, Marcks, Oncken). Auch die einzelnen Zweige des Volkslebens, die Geschichte des Rechts, der Kirche, der Verwaltung und der Volkswirtschaft (R. Sohm, A. Hauck, G. Schmoller, A. Meitzen), der Literatur (W. Scherer, Erich Schmidt, R. M. Meyer, Bielschowski, Simmel, Gundolf), des Schulwesens (Fr. Paulsen) und der Kunst (W. Lübke, K. von Lützow, Springer, K. Muther, Thode, Dehio) fanden eingehende Behandlung. Dagegen konnte sich die katholische Geschichtsschreibung nicht von einer außerhalb der Sache liegenden Tendenz befreien (J. Janssen, Pastor). Die Staatswissenschaft fand in den neuen politischen Gestaltungen reiche Anregung und gelangte in Treitschkes temperamentvoller „Politik" zu einer der Zeit entsprechenden theoretischen Zusammenfassung ihrer Erfahrungen. Der Rechtswissenschaft gaben neben den Anregungen der Soziologie die Vorbereitungen für das neue Bürgerliche Gesetzbuch und die Entscheidungen des Reichs-

gerichts eine vorwiegend auf das heimische und moderne Recht und auf das Kirchenrecht gewandte Richtung (Stutz).

Für die Altertumskunde erweiterte sich das Material in überraschender Weise durch Ausgrabungen sowohl in den klassischen Ländern (Mykenä, Troja, Kreta, Olympia, Pergamon, Priene unter H. Schliemann, W. Dörpfeld, E. Curtius, K. Humann, O. Benndorf) wie auf dem Boden des vorderasiatischen Orients (in Babylon) und durch die reichen ägyptischen Papyrusfunde, so daß sich historische Zusammenhänge und neue Perspektiven von ungeahnter Weite und Tiefe eröffneten. Das Reich förderte diese Unternehmungen teilweise ganz unmittelbar und errichtete 1874 in Athen einen neuen Mittelpunkt für diese Studien auf altgriechischem Boden, neben dem ein österreichisches Institut entstand. Trotz aller zunächst unvermeidlichen Spezialisierung der Forschung und Bearbeitung brachte das natürliche Bedürfnis mehrfach größere zusammenfassende Darstellungen auf Grund des so ungeheuer erweiterten Materials hervor (Friedländer, Seeck, J. Beloch, O. Ribbeck, Ed. Meyer, U. Wilcken, Fr. Leo); man wandte sich dabei zunächst in Überwindung der früher üblichen unhistorischen Idealisierung des Griechentums mit Vorliebe der Frage politischer und wirtschaftlicher Entwicklung zu, kam aber bald wieder zu einer stärkeren Betonung des Ideengehalts der klassischen Antike (Wilamowitz über Sappho und Simonides, Plato, Homer und Pindar, Th. Gomperz, Ed. Schwartz, Th. Birt) und fand zugleich, daß jedes Literaturwerk formal durch die Gattung bestimmt war, in die es hineingehörte (E. Norden).

Neben diese streng wissenschaftliche Forschung traten popularisierende Darstellungen, die mit der zunehmenden Kraft historischen Denkens, die das ganze Zeitalter charakterisiert, eine aufklärende Wirkung auf einen weiten Leserkreis erstrebten und erreichten und übrigens auch den Naturwissenschaften dienten; insbesondere haben neben anderen Sammlungen (Reclam, Deutsche Bücherei, Aus Natur und Geisteswelt, Wissenschaft und Bildung) die Religionsgeschichtlichen Volksbücher (seit 1904) viel dazu beigetragen, den Strom geistigen Lebens zu verbreitern; hier wurden zumal die Bücher der Heiligen Schrift als Werke der israelitisch-jüdischen und altchristlichen Literatur erklärt und damit einer freieren religiösen

Auffassung der Boden geebnet, die alle Dogmen nur als den Ausfluß religiösen Sehnens einer bestimmten Zeit zu deuten lehrte und also durch geschichtliches Verständnis Toleranz und gegenseitiges Verstehen forderte.

Im scheinbaren Gegensatz zu dieser erweiterten und vertieften Kenntnis der historischen Vergangenheit stand es, wenn die praktische Kunstübung sich mehr und mehr von den klassischen Idealen abwandte. Nach 1870 hatte die Architektur in raschem Wechsel der Nachbildung alle modernen historischen Stile von der Renaissance bis zum Klassizismus durchlaufen, vornehmlich im Kirchenbau daneben auch den romanischen und den gotischen Stil angewandt, so daß die vielfach geradezu umgebauten und erweiterten Städte in ihren neuen Teilen ein unruhiges Gemisch der verschiedensten Stilarten aufwiesen. Die Architektur konnte sich der Fülle der Eindrücke nicht entziehen, die durch das Fortschreiten der kunstwissenschaftlichen Forschung und die im Zeitalter des Verkehrs und der Photographie erleichterte Beschaffung alter Vorlagen auf sie einstürmten, und strebte bei ihren Neuschöpfungen nach Stilgerechtigkeit und Echtheit im archäologischen Sinne, ähnlich wie in der Malerei (Kaulbach, Piloty) und in der schönen Literatur (Scheffel, die „Butzenscheibenlyriker", Ebers, Julius Wolff) eine Weile ein geschichtlich-antiquarischer Zug Mode war (S. 16 f.).

Der nervös-protzige Geist der Gründerzeit verdarb aber den reinen Stil des einzelnen Baus durch Vielheit der Motive: man suchte Abwechslung und Belebung durch Erker und Türme, durchbrach die ruhigen Flächen durch plastischen oder gemalten Schmuck und überlud die Fassade mit unorganischen Ornamenten, die die Struktur überwucherten. Gegen Ende des Jahrhunderts kam die Besinnung. Sie ging vom Kunstgewerbe aus, das durch Fabrikbetrieb zur Massenerzeugung von unechten Nachahmungen in irgendeinem historischen Stil verleitet und ganz veräußerlicht war, aber nun neue, einfache, zeitgemäße Formen suchte und fand, übrigens unter starker Einwirkung orientalischer, namentlich japanischer Vorbilder. Schnell drang dieser „Jugendstil" auch in der Dekoration der Innenräume durch, charakterisiert durch stilisierte Pflanzenformen und einfache, oft in geschwungenen Linien verlaufende,

dem praktischen Zweck mit dem geringsten Aufwande von Mitteln genügende Gestaltungen, die häufig von wirklichen Künstlern entworfen wurden. Doch man ging weiter: Einfachheit, Zweckmäßigkeit, Knappheit der Linien, Echtheit des Materials, Gediegenheit in Stoff und Ausführung wurde überhaupt das Stilprinzip, das sich, von englischen Vorbildern unterstützt, dann auch in der Architektur durchsetzte. Man strebte danach, ein Haus innen, außen und mit seiner Umgebung, dem Garten oder der Straße, als eine architektonische Einheit erscheinen zu lassen und dabei das Zweckentsprechende mit dem Schönen zu vermählen. Unterstützt wurde dieses Streben nach reiner Form durch das Erstarken des nationalen Sinnes, das eine deutscher Art entsprechende Heimatkunst schon lange gefordert hatte. Man wollte nicht mehr die Ausdrucksweise vergangener Jahrhunderte kopieren, sondern das eigene Wesen, deutsche Art und den Geist der Zeit durch neue Formen darstellen und sich dabei eines ehrlichen Realismus befleißigen. Da aber die Heimat selbständig hier schlechterdings nur das deutsche Bauernhaus hervorgebracht hatte und somit für die Bedürfnisse einer höheren Kulturstufe nicht einmal die Grundlagen eines Stils darbot, kam die Monumentalbaukunst lange Zeit über ein möglichst freies, den modernen Bedürfnissen angepaßtes und mit manchen eigenen Elementen versetztes Anknüpfen an historische Stile doch nicht hinaus, leistete aber hier durch Meister wie P. Wallot, Gabriel von Seidl, Alfred Messel, Ludwig Hoffmann, A. Roßbach, H. Licht, oft Bedeutendes (Neues Hoftheater in Dresden, Burgtheater und Hofburg in Wien, Reichstagsgebäude, Reichsgericht, Deutsche Bank, Universität und Rathaus in Leipzig, Berliner Stadthaus), wenn auch manches durch persönliches Eingreifen des Kaisers überladen und verdorben wurde. Andererseits wußte man auch reinen Nutzbauten, wie Bahnhöfen, Brücken, Postgebäuden, Warenhäusern, Schulen, Kasernen, Fabriken, eine künstlerische, auch den neuen Materialien, Eisen und Glas, geschickt angepaßte Form zu geben. Daneben gingen zahlreiche, freilich nicht immer glückliche Wiederherstellungen historischer Bauwerke (Peter Behrens, Theodor Fischer, Hans Poelzig, Bruno Taut). In der ländlichen Architektur aber siegte das Erziehungswerk der Heimat-

begeisterten völlig, wie es praktisch durch Schultze-Naumburg, Bruno Paul, Muthesius, Behrens, Scotland, Straumer, Baumgarten, Bartning, Mebes und andere Baumeister, literarisch-agitatorisch durch Avenarius, den Dürerbund und den Deutschen Werkbund lebhaft gefördert wurde. Und nicht nur hier: in allem Werklichen, in Kleidung, Werkzeug und Gerät, in Technik und Industrie, in der Anlage ganzer Stadtteile und Siedelungen wie auch im Erstarken des Naturschutzgedankens kam die gute Form und deutsches Wesen wieder zu vollen Ehren. Man war gegen allen hemmenden und beschwerenden Ballast gerade durch die Technik sehr empfindlich geworden, und das Formgefühl hatte sich durch die Betonung des Sachlichen und das Streben, alle Zwecke mit den einfachsten Mitteln zu erreichen, außerordentlich gesteigert, und nur in schüchternen Anfängen wagte die expressionistische Mode sich des Stofflichen zu architektonisch-werklichen Spielereien und seltsamen Übertriebenheiten zu bemächtigen.

In der Malerei dagegen, die in der bildenden Kunst des 19. Jahrhunderts die Führung übernommen hatte, wollte sich Inhalt und Form nicht decken: der Streit um die Priorität kam nicht zur Ruhe. Bald stand Stoff und ethischer Wert der Darstellung, bald der rein künstlerische Gehalt in höherem Kurse; einmal galten die Motive, dann wieder künstlerische Technik als die Hauptsache und wurden zum Gegenstand erbitterter Fehden; stets aber wurde die auf den Akademien gelehrte Kunst von den Neueren als rückständig verachtet. Und in der Tat vollzog sich aller Fortschritt im Gegensatz zu den offiziellen Lehrstätten und der von oben begünstigten Richtung; auch war doch der Geist der Zucht, der Disziplin, der Organisation, der das Zeitalter charakterisierte, der freien Entwicklung künstlerischen Gestaltens abträglich, und nur starke und selbstbewußte Seelen konnten sich über die Normen methodischer Gleichmäßigkeit hinwegsetzen.

Um die Mitte des Jahrhunderts hatte die dämonische Kunst Alfred Rethels (1816—1859) romantische Stimmung mit nüchternem Realismus in Werken von unsterblicher Monumentalität vereint; dann erlebte die Romantik in der phantastischen Märchenwelt Schwinds und der humoristisch-altväterischen Novellistik Spitzwegs eine späte Nachblüte. Inzwischen streifte

man auch die literarischen Fesseln der historischen Motive und des novellistischen Genres ab, die ein freies Atmen verhindert hatten; man ging an der Hand der großen Franzosen Corot, Rousseau, Daubigny in die Natur, entdeckte den Farbenreiz und die schlichte Schönheit der heimatlichen Landschaft und in ihr die Welt des Bauern und des Arbeiters, wie sie Daumier, Millet und Courbet, die Begründer der demokratischen und sozialen Kunst, zu schätzen gelehrt hatten. Der Realismus wurde oberstes Stilprinzip; man verließ das Atelier und suchte in freier Luft die Natur und das moderne Leben zu erfassen. Und doch verlor bald das Gegenständliche an Bedeutung, man wollte nur ein Stück Wirklichkeit schildern, ohne Pose, ohne Komödie, ohne genrehafte Zusätze, alles nach den malerischen Werten und mit dem wohlabgewogenen Mittel der Farben, deren Bedeutung für die Raumdarstellung, für Luft und Licht über die korrekte Zeichnung der Einzelheiten gestellt wurde.

Die neue tonige „Valeurmalerei“ mit ihrer rein malerischen Erfassung der Erscheinung zeigte zugleich mit der Betonung des Lichts hier und da eine neue Bewertung der hellen Farben und auch eine Neigung, die Stimmung des Augenblicks festzuhalten; diese hellmalerische, pleinairistische und impressionistische Richtung hatte ihren frühen Theoretiker in dem Hamburger Mystiker Philipp Otto Runge (1777—1810) und ihren Vorläufer in dem träumerisch-zarten David Caspar Friedrich aus Greifswald gehabt, der als erster die Landschaft unter dem ewig sich wandelnden Spiel von Luft und Licht zu schildern verstand; sie klang dann an in dem leuchtenden Farbenglanz des Wieners Ferdinand Waldmüller und der malerischen Treffsicherheit Franz Krügers, des großen Porträtisten und Darstellers der Berliner Hofkreise und Paraden; in den fesselnden Landschaften Karl Blechens und der Architekturmalerei Eduard Gärtners, zweier anderer Berliner; sie kam zum lebendigen Ausdruck in den Jugendwerken Menzels, die das ganze Programm der Zukunft enthalten und malerisch weit über seinen späten Hauptwerken stehen, bei denen trotz ihrer imposanten Größe die Überfülle des Gegenständlichen und das anekdotische Beiwerk der eigentlich malerischen Wirkung Abbruch tun. Im ganzen freilich überwog die tieftonige Malerei, doch entartete die Farbe in den Riesenbildern Makarts

zur berauschenden Dekoration, und erst das Genie des Pilotyschülers Wilhelm Leibl (1896—1900), der seine eigene Auffassung bei den großen Franzosen wiederfand und sich seiner selbst an ihnen bewußt wurde, brachte die Höhe der deutschen realistischen Bildkunst; seine Werke vereinten das feinste Gefühl für malerische Werte mit unbestechlichem Wirklichkeitssinn: er malte die bayerische Bauernwelt realistisch, aber vom malerischen Gewissen aus; das Gegenständliche reizte ihn wohl, aber die souverän beherrschte und doch eigengesetzliche Welt der Farbe öffnete ihm die letzten Geheimnisse der Natur und des Lebens.

Da gab das Bekanntwerden japanischer Kunstwerke und das Vorbild der Franzosen Monet, Renoir, Pissaro und Manet neue Impulse, die vom Realismus abführten und der Nebenströmung des Impressionismus zum Siege verhalfen. Man ließ Licht und Luft flimmern, verzichtete auf die genaue Beobachtung und suchte die Wiedergabe eines schnellen Eindrucks durch eine virtuos gesteigerte, flüchtige Technik und kecken Vortrag. Man suchte nicht die Dinge selbst in ihrem konstruktiven Aufbau zu erfassen, sondern ihren Gesamteindruck unter bestimmten Beleuchtungsverhältnissen, man wollte die Augen reizen, um subjektive Empfindungen zu wecken, mehr ahnen als sehen lassen, und löste darum die Form in Lichtreflexe und flirrende Flecken auf, was bei Späteren zu rücksichtsloser Willkür in der Malweise führte. Das alles kam der materialistisch-soziologischen Stimmung der Zeit entgegen, die das Individuum als Produkt der Gesellschaft auffaßte und das Einzelne aus dem „Milieu“ erklärte und seine tausendfache Abhängigkeit betonte, und entsprach zugleich der Hast und Unruhe, dem schnellen Pulsschlag des Lebens, zumal in der Großstadt, die grell belichtete Augenblicksbilder in schnellem Tempo wechseln ließ, aber in Selbstsucht und Blasiertheit dem einzelnen kein Interesse schenken konnte. Die Willkür aber in der Technik entsprang nicht nur dem Bedürfnis, neue Ausdrucksformen für das flutende Leben der Gegenwart zu suchen, sondern auch dem mißverstandenen Herrenstandpunkt der Nietzscheschen Moral, die dem Genie alles erlaube.

Die neue Art wirkte wie eine Revolution; die Akademien und offiziellen Kunstausstellungen versagten sich und zwangen

die Neuerer zu eigenem Zusammenschluß in Sezessionen. Zum führenden Meister der Berliner Sezession entwickelte sich Max Liebermann, der, von naturalistischer Wirklichkeitskunst ausgegangen, bald im reinen Spiel von Farbe und Licht Triumphe eines Klassikers feierte und dem Slevogt, Skarbina, Lesser Ury, Leistikow, Dettmann u. a. mit eigener Note folgten; von ihnen spaltete sich Lovis Corinth, der Maler des blühenden Fleisches, ab, dem andere selbständige Naturen sich anschlossen (in der neuen Sezession: z. B. Philipp Frank, Spiro, Walter Rößner, Paeschke). Die Münchener Sezession führte Uhde, der auch die Gegenstände der Heiligen Geschichte in diese Sphäre hineinzog und dabei mit naturalistischem Einschlag seine rein menschlichen Typen dem niederen Volk der Gegenwart entnahm und so Eduard von Gebhardts antikisierend-realistische Christusdarstellung noch übertrumpfte. Daneben standen die Worpsweder (Modersohn, Mackensen und Vogeler) als eigene, vornehmlich dem Landschaftlichen zugewandte Gruppe.

Aber der deutsche Geist war zu reich, um im Realismus oder dem Formprinzip des Impressionismus Genüge zu finden, es entsprach deutscher Art immer wieder, in der Kunst eine Art Religion zu sehen, die über das Irdische zu erheben, Symbole für das Unaussprechliche zu bieten und höhere Schönheitswelten zu eröffnen berufen sei. Drei deutsche Meister, von den Zeitgenossen nicht verstanden, ja verhöhnt, erhoben sich hoch über alle Nachahmung der Franzosen und gossen ihre lohende Feuerseele in unsterbliche Werke voll köstlichen Inhalts und edelster Form: Anselm Feuerbach, Hans von Marées und Arnold Böcklin. Feuerbach (1829—1889) rang mit glühender Leidenschaft nach dem erhabenen Ziel, der größte Monumentalmaler Deutschlands zu werden, und es gelang ihm, die heroische Form zu finden, die seinem glühenden Innern und dem Adel seiner Gesinnung entsprach; so konnte er die antike Geisteswelt aus schöpferischer Intuition heraus verklären und seelische Geheimnisse so tief offenbaren, wie nur je ein tragischer Dichter. Die gleiche Sehnsucht, die inneren Gesichte voll Schönheit und Erhabenheit in klassischer Form zum Ausdruck zu bringen, beherrschte Marées (1837 bis 1887), auch er strebte nach der Kunst des großen Stils voll Harmonie und Rhythmus, die den Beschauer ergreife; aber

er malte, vom Besonderen zum Typischen vorschreitend, über das Gegenständliche hinaus nur bestrickende Formkomplexe und begnügte sich mit nackten Menschen in idealer Landschaft. Anders wiederum steigerte Böcklin (1827—1901) die Natur über das hinaus, was er freudetrunkenen Auges schaute; in seinen leuchtenden, durch die phantastischen Gestalten der antiken Mythe belebten Darstellungen von den sonnigen Küsten des Mittelmeeres bringt die Farbe in ihrer starken Tiefe und ihren fast gewaltsamen Kontrasten die Zauberwirkung des Feierlich-Dekorativen und Poetischen hervor. Und diesen drei Meistern schloß sich, wenn auch nicht gleichwertig an gestaltender Kraft, so doch noch deutscher im Empfinden, naiv-fromm, voll Herzensreinheit und Einfalt, voll Heimatsgefühl und Poesie der Schwarzwälder Bauernsohn Hans Thoma an (geboren 1839), der das Schlichte groß aufzufassen, das Erhabene mit deutscher Gemütstiefe und Liebe zu durchdringen weiß und namentlich in seinen reifen oberdeutschen Landschaften Werke voll altdeutscher Innigkeit, edelster Harmonie und symbolischer Bedeutung geschaffen hat. Und als Porträtmaler großen Stils wetteiferte in monumentaler Erfassung der Persönlichkeit Wilhelm Trübner (1851—1918) und Franz von Lenbach (1836—1904); der eine in seinen imponierenden Reiterbildern der impressionistischen Strömung stark nachgebend, der andere in bewußter Anlehnung an die alten Meister mit ihrem bräunlichen Ton. Neben ihnen aber, wenig beachtet, aber als selbständiger Kolorist und ernster Ringer um den höchsten Preis ein Maler von bleibendem Werte, schuf der Sachse Zwintscher (1870—1916) wunderbare Bildnisse von intimstem Reiz der Stimmung und leuchtender Farbenpracht und zugleich Landschaften voll seelischer Ergriffenheit und echt deutscher Empfindungstiefe.

Aber auch ein tiefsinnig dunkler Symbolismus fand einzelne Vertreter, und ein Künstler, wie der Leipziger Max Klinger (1857—1921), grübelnd, von Dekadenz und Nervosität angekränkelt, aber von tiefstem sozialen Ethos belebt und für alle geistigen Mächte in Vergangenheit und Gegenwart voll klaren Verständnisses, zeigte sich ebenso vielseitig in seiner Technik von der Radierung bis zur farbigen Plastik wie in der Wahl seiner Gegenstände vom figuren- und gedankenreichen

Riesengemälde bis zu seelisch bewegten Einzelfiguren und Büsten hin. Er fand in dem vom Webersohn zum wahrhaft großen Künstler durch handwerkliche Treue in der Arbeit sich entwickelnden Richard Müller einen kongenialen Nachfolger, der in Bild, Stich und Radierung höchsten Wahrheitssinn und schwellende Phantasie, symbolische Tiefe und die Grazie des Komischen zu vereinigen versteht.

Inzwischen hatte auch der Impressionismus vom reinen Formprinzip fort sich idealistisch gewandelt, entsprechend dem allgemeinen Zuge der Zeit (S. 207). Synthese und Metaphysik traten in ihre Rechte und zwangen zum Beschreiten neuer Wege. Der Neoimpressionismus suchte durch Nebeneinanderstellung reiner Farbflecke den Beschauer zur Synthese des Sehens (Martin Brandenburg) und weiterhin nach dem Vorbilde Sézannes zugleich zur subjektiven Neuschaffung des Gesehenen und zur Deutung farbiger Symbole zu erziehen. Man wollte wieder etwas Seelisches vermitteln und geistige Werte in Farben umsetzen (Nauen, Weisgerber, Rohlfs, Erbslöh, Heckel, Jäckel, Brockhusen). So brachte die philosophische Vertiefung etwas Neues und doch gar Altes: die expressionistische Kunst. Insbesondere war es die tiefaufwühlende Wirkung des romantisch-visionären Holländers van Gogh mit seiner primitiven Technik, die zur Nachfolge reizte; sie führte zu einer Stilisierung, die von der Natur mit vollem Bewußtsein abwich und das Leben selbst und den Geist, der es schafft, in den Dingen zu erfassen bemüht war. Hatte schon Marées das Allgemeine, Typische, Ewige mit den alten Mitteln darzustellen gesucht, so fand die neue Richtung ihren monumentalen Maler in dem Schweizer Ferdinand Hodler (1853—1917), der im Parallelismus, in der rhythmischen Wiederkehr des Gleichen das Symbol für die Idee fand, die jedem seiner Werke zugrunde lag, und durch Erstarrung der ausdrucksvoll geführten, an die Gotik anklingenden Linie das Schicksalhaft-Geheimnisvolle seiner Schöpfungen erhöhte. Neben ihm wirkte auf die junge Künstlerwelt das Seherhaft-Dämonisch-Gespenstige des Nordländers Edvard Munch (geboren 1865) und die exotische Kunst der Naturvölker, von Gauguin jüngst entdeckt, die das Urleben der Seele, die Urvorstellungen, aus denen sich die Wahrnehmungen zusammensetzen, zu offenbaren schien (Pechstein, Nolde, Kirchner, Paula Modersohn, Meidner, Kokoschka). So wollte man im Expressionismus das Metaphysische malen, subjektiv, als das, was die eigene Seele erregte, und objektiv als das, was den Kern der Erscheinung ausmache; man warf die ganze künstlerische Tradition seit der Renaissance mit ihrer Naturnachahmung über den Haufen und fiel unbekümmert auch ins Häßliche und in krasse Dissonanzen. Man hielt sich entweder mit gekünstelter Naivität an das Kindliche (Infantilismus) oder an das Instinktmäßige und Triebhafte, als den pantheistisch empfundenen Urgrund der Natur (Franz Marc oder an die Urelemente des Raums (Kubismus, Stuckenberg, Feininger) oder gar nur an reine Linie und Farbe, die in ihrer Verschlungenheit oder Gegensätzlichkeit das Metaphysische ähnlich der Musik enthüllen sollten (Kandinsky, Klee), ja schließlich wollte man alle Formgesetze zertrümmern, um das Chaos an die Stelle zu setzen (Futurismus). Und wie die mittelalterliche Mystik zur Selbstvergottung führte, so glaubte der Expressionist der Entdecker einer neuen, der tiefsten, den Sinnen bisher verschlossenen Welt zu sein und der Wahrheit den Schleier von Sais abgezogen zu haben. Das war Erkenntnistheorie und Mystik und Romantik zugleich, und offenbarte das tastende Suchen und die Haltlosigkeit der modernen Seele, war also eine künstlerische Interpretation der Zeitstimmung und zugleich, wenigstens bei den edleren, schöpferischen Geistern, ein Streben zur großen Kunst der mittelalterlichen Meister, die alle mehr oder weniger Expressionisten gewesen waren und eine Welt übernatürlicher Gebilde mit gesteigertem seelischem Ausdruck hatten darstellen wollen, zumal die Gotiker und Grünewald (II 100); aber das Absichtliche und Sensationelle überwog zu stark, das Naive wurde als erkünstelt empfunden, feste Gegebenheiten der Seelenstimmung, wie im Mittelalter, waren nicht vorhanden, das angebliche persönliche Erlebnis überzeugte selten, und Harmonie und schöne Form gingen verloren. Erst die neueste Phase des Expressionismus kehrt wieder zur Natur zurück (Partikel, Degner) und sucht durch Betonung des Romantischen und Schönen Weltgeist und Erscheinung zu verschmelzen, Denkarbeit mit Gefühlstiefe und Formgefühl harmonisch zu versöhnen und eine neue Monumentalkunst zu schaffen (Beindorf).

Auch die Plastik nahm an dieser von der Malerei diktierten Entwicklung teil. Sie hatte noch 1870 durch massenhafte Aufträge für Denkmäler zur Erinnerung an die Einheitskriege ungewöhnlich viel Gelegenheit, sich zu entfalten, und bewegte sich dabei überwiegend in klassischen oder barocken Formen mit zum Teil architektonischem Unterbau (Nationaldenkmal auf dem Niederwald von Joh. Schilling, Kaiser-Wilhelmdenkmal in Berlin von R. Begas mit den Löwen von Gaul, Siegesdenkmal in Leipzig von R. Siemering) und zeitigte auch einige vortreffliche Porträtbüsten voll scharfer Naturbeobachtung (Begas); dann aber schritten auch die Bildhauer entschlossen neue Wege; die kaiserliche Gunst lächelte nur untergeordneten Geistern, die seiner dynastischen Laune sich fügten (Denkmäler der Siegesallee); die großen Meister setzten sich trotzdem langsam durch. Unter dem Einfluß Marées' fand Adolf Hildebrand das gestaltende Raumgefühl und die große Form, die seinen Reliefs und monumentalen Porträtbüsten ihre Weihe geben, Volkmann und Klinger wurden gleichstrebende Darsteller heroischen Ausdrucks; ihnen reihten sich an Tuaillon, Manzel, Lederer und der Tierpsychologe Gaul. Hodler aber mit seiner Betonung der gotischen Linie fand Weggenossen auf dem Felde der Plastik in dem instinktsicheren Deutschböhmen Franz Metzner (1870—1919), dessen kantige, eckige Liniensprache voll gotischen Empfindens das Figürliche in das Architektonische restlos einzuordnen und den seelischen Ausdruck zu monumentaler Wirkung zu steigern verstand, und in dem genialen Wilhelm Lehmbruck (1881—1919), dessen schlanke Gestalten in ihrer Sehnsucht, Leidenschaft und erhabenen Form über das Individuelle hinaus das Allgemeingültige und Typische künden. Und endlich zeugte auch der Expressionismus in Barlach einen bedeutenden Interpreten seelischer Erschütterungen, während freilich viele Jüngere sich durch das Vorbild des Russen Archipenko zu gedanklichen Konstruktionen hinreißen ließen, die mit Kunst im herkömmlichen Sinne schlechterdings nichts mehr zu tun haben und rein philosophisch gedeutet werden müssen.

Dieser reichen Kunstentwicklung entsprach auch die Vervollkommnung der vervielfältigenden Techniken (Radierung, Farbendruck und Farbenholzschnitt) und die Ausbildung des

Sammlungs- und Ausstellungswesens, die beide die Kenntnis von Kunstwerken immer weiteren Kreisen vermittelten und in der (in Berlin von Hermann Sandkuhl organisierten) Bewegung der Juryfreien den aufstrebenden Talenten, wie einst in der Sezession, freien Raum gewährten.

Aber die populärste der Künste war doch die Musik, und in ihr blieb das gesungene Lied, das J. Brahms und Hugo Wolf künstlerisch adelten, „das eigentümlichste Nationalgut der Deutschen" über den ganzen Erdball hinweg. In der reichen Entwicklung der Oper gab R. Wagner auch nach seinem Tode († 1883) den Ton an (Humperdinck, Siegfried Wagner, d'Albert, Max von Schillings), und Bayreuth sammelte immer wieder ein internationales Publikum zu seinen „Bühnenweihfestspielen". Selbständige Wege suchte Pfitzner, und noch unabhängiger machte sich Richard Strauß, dessen flackernde, explodierende, in Dissonanzen schwelgende, jeder Regung der Seele und allen Vorgängen der Außenwelt virtuos in immer neuen Verschlingungen sich anpassende Kunst in der Oper wie in der Programmusik ungeahnte Möglichkeiten der Tonsprache erschloß, aber dem Anhänger des Alten doch kalt und berechnet erschien. Mit ihm rangen in der Interpretation modernen Seelenlebens durch große symphonische Dichtungen Brahms (1833—1897) noch in der alten geschlossenen Form und im Gegensatz zu ihm auf Wagners Spuren Bruckner und Mahler und als selbständiger, heißblütiger Fechter Felix Weingartner, während im zarteren Kammermusikstil durch feine Detailarbeit in rhythmischer Zergliederung und spekulierender Abstraktion Max Reger (1873—1916) musikalisches Neuland suchte und fand, das freilich nicht auf der sonnigen Seite der Harmonie und Schönheit lag. In diesem Paradiese edlen Wohlklangs lebte, abgeschieden von der lauten Welt, Paul Geisler (geboren 1856), ein Künstler von höchstem Ernst und genialer Intuition; aber dieser stille zeitlose Poet wird von der übersättigten, sensationslüsternen, nur Virtuosentum schätzenden Gegenwart noch immer abgelehnt.

Stärker noch als in die Musik drangen neue Richtungen in die Literatur ein, ganz wesentlich unter dem Einflusse der realistischen norwegischen und russischen Dichtung. Der historische Roman des älteren Stils ging mit Werken wie

G. Freytags „Ahnen" zu Ende; die jüngste glorreiche Vergangenheit fand keine ihr entsprechende künstlerische Darstellung. In den Vordergrund des Interesses traten für Roman und Novelle die psychologische Analyse und die feinste Ausmalung des „Milieus" mit vordringender Anwendung auf die persönlichen und sozialen Probleme der Gegenwart (Wilhelm Raabe, Otto Ludwig, die Schweizer G. Keller und K. F. Meyer, Th. Fontane, G. von Ompteda, M. Kretzer); auch Frauen leisteten hier nicht selten Bedeutendes (die Österreicherin M. von Ebner-Eschenbach, Cl. Viebig, Isolde Kurz, Ricarda Huch u. a. m.). Auf epischem Gebiete gelang noch so manche kraftvolle Ballade (Th. Fontane, D. von Liliencron, Börries von Münchhausen). Auf das Drama hatten die Meininger Hofschauspieler des Herzogs Georg schon seit 1874 den feinen, sorgfältig ausgearbeiteten Realismus in die Aufführung historischer Dramen übertragen; jetzt drang dieser nun in die dramatische Dichtung selbst ein. Unbekümmert um die alten Kunstregeln und im Widerspruch mit ihrem eignen Namen ließ sie meist die äußere Handlung ganz zurücktreten hinter den Vorgängen des Seelenlebens, der Zeichnung der Charaktere, und so Bedeutendes sie zuweilen hier leistete, die Persönlichkeiten selbst erweckten selten Sympathie, und der Ausgang der Handlung gewährte noch weniger die wahre ästhetische Befreiung. Selten nur kehrte das Drama auch zu märchenhaften Stoffen zurück, und auch das historische Drama erhielt sich nur künstlich gegen die Zeitströmung lebendig (E. v. Wildenbruch, M. Greif); gelegentlich setzte sich auch einmal ein echtes Volksstück durch (L. Anzengruber). Beherrscht wurde die deutsche Bühne vor allem von dem leichtgeschürzten Lustspiel sehr häufig französischen Ursprungs. Die Lyrik suchte oft in ganz freien, willkürlichen Formen der modernen Gedankenwelt Ausdruck zu geben und ließ sich allmählich von der Landstraße und der Tatsache der großen Stadt Stimmung, Rhythmus und Ausdrucksform aufzwingen. Diese Abkehr vom Idealismus der klassischen Dichtkunst und die Überspannung des gesunden Realismus zu einem groben Naturalismus entsprach dem Willen zur Macht, der das Zeitalter der Reichsgründung beherrschte und nur reale Werte in Politik, Wirtschaft und Technik gelten ließ, den Fortschritten der Naturwissenschaft und jener

durch sie geförderten Erkenntnis der allseitigen Bedingtheit jeder Erscheinung des Lebens, zugleich auch dem Hervortreten des Proletariats, das man in seiner Struktur und in den Individuen analysierte, und endlich dem Geist des Zeitungslesers, der täglich tausend Einzelheiten des Daseins in sich aufnahm und grober Sensation begehrte (S. 15).

Diese allmähliche Entwicklung wurde dann plötzlich zu einer Revolution des Stils durch die Agitation junger Stürmer und Dränger, die sich in München um Michael Georg Conrad und in Berlin um die Brüder Heinrich und Julius Hart scharten; das Feldgeschrei war konsequenter Naturalismus, und nach den ersten Versuchen von Arno Holz und Johannes Schlaf brachte die neue Richtung in Gerhart Hauptmanns Frühwerken (Vor Sonnenaufgang 1889, Die Weber 1892) Werke von Rang hervor und schuf sich in der „Freien Bühne" ein eigenes Theater (1889). Krankhaft-pathologische Erscheinungen und die Niederungen des Lebens gewannen typische Bedeutung, Vererbungstheorie, strenge Kausalzusammenhänge mit Ausschaltung freier Willensentschließung, zersetzende Kritik der „guten" Gesellschaft, Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Großstadtsozialismus, das Milieu der armen Leute, psychologische Rechtfertigung des Verbrechertums, die Nöte der beginnenden Geschlechtsreife boten zugkräftige Stoffe für die zeitgemäße Dichtung, in der die Wahrheit tendenziös verzerrt oder durch talentierte Effekthascher wie Sudermann, Halbe, Schnitzler und Wedekind zwar mit bohrender Psychologie, aber nur halbwahr in das krasse Theaterlicht gezogen wurde.

Die Reaktion blieb nicht aus; der täuschende Schein alltäglicher Wirklichkeit und die tendenziöse Mache des Niedrigkeitsfanatismus stießen edlere Geister ab; internationale Einflüsse kamen hinzu, die aus der Tiefe der menschlichen Seele hervorgequollen waren (Maeterlinck, Verlaine, Maupassant), und Nietzsches, des großen Einsamen, aristokratische Lehre, die dem Starken in der Welt alles Recht zusprach, die Geltung des Gesetzes für den wahrhaft großen Menschen leugnete und eine unendliche Sehnsucht nach neuen Werten erzeugte, brachte einen Symbolismus zur Reife, der das Absolute wieder erfassen wollte, das große Schicksal walten sah, aber das Ich suchte, nach Philosophen, Künstlern, Heiligen als der Quintessenz

menschlicher Kultur Ausschau hielt, die Kunst als höchste Trösterin im Leiden betrachtete, auf innere Offenbarungen lauschte und in der geheimen Zwiesprache der Seelen zwischen den Worten und Zeilen mystische Beziehungen höchsten Wertes erfühlte. Diese Sehnsucht nach Erlösung schuf eine etwas dekadente Neuromantik, die sich vom Hasten der Großstadt wieder auf das Innere zurückzog, und oft das Grausige und Groteske, aber auch das Mystische und die zeitlosen, ewigen Werte in der Kunst suchte (Ludwig Fulda, Dehmel, Hugo von Hoffmannsthal, Gerhart Hauptmann in Hanneles Himmelfahrt und der versunkenen Glocke, Rainer Maria Rilke, Stefan George, Stucken), und zugleich erblühte auch die Liebe zur Heimat und zu deutschem Wesen neu und trieb eine gesunde Heimatskunst hervor (Lienhard, Cäsar Flaischlen, Carl Spitteler, Rosegger, Zahn, Georg Reicke, Thomas Mann, Schönherr u. a. m.). Freilich war der Naturalismus damit nicht tot; sein Bestes wirkte nach; aber auch Nietzsches Einfluß sank, und Goethe, Keller, Mörike wurden wieder die Leuchttürme, zu denen die Fahrt ging: Erzählungskunst und Stimmungslyrik erreichten dabei einen achtungswerten Durchschnitt, wenn auch Kunstwerke ersten Ranges ausblieben. Andererseits zollte in der jüngsten Zeit auch die Literatur der expressionistischen Mode ihren Tribut, in der Lyrik (Werfel) und zumal im Drama (Sorge, Hasenclever, G. Kaiser, von Unruh, Kokoschka), wobei dann in der Gier nach dem „Wesentlichen des Lebens“ alles Individuelle in Stoff und Psychologie und alle künstlerische Zucht und Form verloren ging. So fehlte die klare Linie einer ruhigen Entwicklung; die allgemeine Unfruchtbarkeit der Zeit, das Unvermögen, wirklich Großes zu schaffen, zeigte sich auch hier, und die Literatur vermochte in dem Wirrwarr der Einzelleistungen keine Einheitlichkeit der Lebensanschauung zu bieten.

Das aber erstrebte auch die Philosophie vergebens. Auch sie mühte sich ab, ein neues Weltbild zu gestalten; aber bunt und verworren laufen auch hier die persönlichen Systeme durcheinander, ohne daß irgendeines von ihnen ein allgemeines Ansehen erlangt hätte, wie früher etwa das Hegelsche. Den Pantheismus Spinozas erneuerte geistvoll Fechner, doch artete seine Allbeseelungslehre schließlich in Phantastik aus und war als reine Metaphysik mehr Poesie und Religion als Philo-

sophie; dagegen hat er als Begründer der Psychophysik sein Verdienst auf dem Boden der Wirklichkeit. Das letzte große zusammenfassende System schuf Eduard von Hartmann in einer genialen Synthese von Schopenhauer und Hegel, nach der das Unbewußte als Grund der Welt Vorstellung und Wille als Potenz in sich enthält. Als der unbewußte Wille sich in die Welt aus blindem Drang zum Sein objektivierte, riß er die Idee mit fort, die ihm vernünftige Form zu geben sucht, soweit das möglich ist, und die letzten Endes die Aufhebung der Welt erstrebt; diese aber tritt erst als Erlösung ein, wenn die Menschheit, in der die höchste Form des Bewußtseins erreicht wird, die Elendigkeit alles Seins erkannt und ausgekostet, sich dem Leben und dem Leiden tätig hingegeben und die Kultur durch sittliches Handeln zur höchsten Vollendung gesteigert hat; dann nimmt Gott, der unbewußte Allgeist, ihr ganzes Leid auf sich. Aber dieser edle, auf Überwindung des Willens gerichtete Pessimismus fand nur eine geringe, sich langsam steigernde Anhängerschaft; die Zeit wurde beherrscht von jenen Gedankengängen Nietzsches (1844—1900), der, im Grunde seines Herzens dithyrambischer Lyriker und mehr Künstler als Philosoph, aber von allen geistigen Strömungen der Gegenwart fortgerissen, ohne die Kraft eines inneren Ausgleichs zu finden, schließlich als aristokratischer Individualist und anarchischer Lebensbejaher den Sinn der Welt in dem Willen zur Macht und in der Züchtung eines hoch über der Masse stehenden, sie beherrschenden und zu seinem Dienste zwingenden „Übermenschentums“ sah, mit schroffster Ablehnung sozialer Pflichten und der christlichen Auffassung. Beseelt von einer starken Glut ethischer Leidenschaft, hoffte er, dessen „Immoralismus“ keineswegs mit Unmoral gleichzusetzen ist, nach Einreißung und Forträumung morsch gewordener Kulturwerte einen neuen Zentralbau zukünftiger Menschheitskultur aufzubauen mit neuen Idealen und neuen Lebenserscheinungen im Sinne tatkräftiger Steigerung des Daseins; aber über den Versuch der „Umwertung aller Werte“ brach seine Gesundheit zusammen, und seine Lebensarbeit blieb Stückwerk und hat vielfach die Geister verwirrt.

Auf naturwissenschaftlich-monistischer Grundlage versuchte E. Haeckel im Anschluß an Darwins Entwicklungslehre eine

pantheistisch angehauchte, aber materialistische Weltanschauung und W. Ostwald eine neue, Materie und Geist im Begriff der Energie zusammenfassende Naturphilosophie zu gestalten, und materialistisch-positivistisch gewandt war auch die Philosophie der reinen Erfahrung (Empiriokritizismus), wie sie Avenarius und in ähnlichen Formen Mach und Jodl lehrten; doch war der rein naturwissenschaftliche Materialismus als Weltanschauung wissenschaftlich erledigt durch die Wiedererweckung der erkenntnistheoretischen Besinnung, wie sie im Neukantianismus zutage trat (Friedrich Albert Lange, Cohen, Natorp). Er ging wieder auf die Voraussetzungen des Erkennens zurück, legte also auf die logische Ausgestaltung der Methode des Philosophierens den größten Wert, lehrte, daß unsere Kenntnis von der Welt allerdings aus der Erfahrung stamme, wobei das Fundament der mathematischen Physik und exakter Forschung bestehen bleiben müsse, daß jedoch daneben das Gebiet der Ideale entscheidend sei, dem aber der Anspruch auf metaphysische Realität fehle (logischer Idealismus), und mündete mit Fortbildung platonischer Gedanken in eine idealistische Sozialpädagogik aus; die Kantgesellschaft wurde allmählich die bedeutendste philosophische Gesellschaft der Welt.

Gegen den logischen Idealismus und gegen den Spiritualismus der Positivisten, die die Welt als bloßes Bewußtseinsphänomen auffaßten, erhob sich ein neuer Realismus, der den übersinnlichen Begriffen (Kategorien) wieder metaphysische Realität zuspricht und die Argumente teils aus der Analyse des Intellektes nahm (Külpe), teils mit Anlehnung an Dilthey aus der Totalität der Lebensfunktionen des denkenden, fühlenden, wollenden Ichs (Frischeisen-Köhler), während umgekehrt die Neigung, die Grundbegriffe in allen Wissenschaften als reine Fiktionen des menschlichen Geistes zu betrachten, zu der „Philosophie des Als ob" von Vaihinger führte. Eine Verbreiterung der Grundlagen des Neukantianismus über die mathematische Physik hinaus durch Geschichte und Kulturwissenschaft forderten Windelband, Rickert u. a., indem sie, wie einst Fichte, die Herrschaft des Willens betonten, der neben dem intellektuellen Leben zur universalen Erklärung des Seienden nötig sei. Die äußerste Konsequenz dieses Standpunktes, vom moralischen Wollen

das gesamte Sein zu begreifen, vom Amerikaner James gezogen, zeitigte die Philosophie des Pragmatismus; andere Versuche, das Rationale und Irrationale, das logische Prinzip des Zweckmäßigen und das Alogische des Werdens durch die Idee des Lebens zu überbrücken, die ja sowohl eine Kategorie der Naturwissenschaft wie der Psychologie ist, machten in Kritik des Bergsonschen Intuitivismus Driesch, Joel und Simmel; das Leben als Identität von Geist und sinnlicher Schöpferkraft gilt hier als letzter Quellpunkt alles Seins; das Universum ist ein lebendiger Organismus, an dem das Ich, in dem Einheit und Unendlichkeit sich verschmelzen, körperlich und geistig Anteil hat.

Überblickt man diese zunächst fast verwirrenden Versuche neuer Systembildung, so muß man, auch bei der größten Skepsis gegen die Gesamtleistung der Zeit, doch den Reichtum des deutschen Geistes bewundern, der in der Welt als barbarisch verschrien wurde; man sieht aber zugleich den weltgeschichtlichen Zusammenhang mit der Entwicklung philosophischen Denkens überhaupt; denn diese Systeme knüpfen nicht nur an die gegenwärtigen Fortschritte der Wissenschaft in allen Ländern an, sondern gehen auch auf die drei ewigen großen Typen der Weltanschauung zurück, die immer in neuen Abwandlungen wiederkehren: den (positivistischen) Naturalismus, der sich der Übermacht der von den Naturgesetzen beherrschten Außenwelt gefangen gibt, den objektiven Idealismus, der die pantheistische Einheit der Seele mit einem selbst durchseelten und gotterfüllten All zu begreifen sucht, und den subjektiven Idealismus der Freiheit, der das ganze Universum der freien Persönlichkeit unterordnet; damit ist zugleich die Zusammenschau unter einem größeren Gesichtspunkt gegeben: es geht hier die Erkenntnis auf, daß auch die divergierenden Strömungen in Kunst und Literatur von ähnlichen Typen künstlerischen Empfindens bedingt werden und daß, wie in Kunst und Philosophie, so auch in der Politik und allen anderen Geistesgebieten das göttliche Licht sich nur im Prisma bricht, das gleichwertige Strahlen aussendet; also daß die Wahrheit nur im Zusammenschein aller dieser Strahlen geahnt werden kann. Das ist der letzte Ausblick deutschen philosophischen Geistes, wie ihn das Seherauge Wilhelm Diltheys getan hat, und in diesem Sinne

kann man doch behaupten, daß die deutsche Kultur oder wenigstens das deutsche Geistesleben trotz aller Widersprüche im einzelnen sich auf dem Wege zur Einheit befand.

Praktisch wichtiger als der Gesamtfortschritt der philosophischen Bewegung wurde aber noch die Entwicklung einzelner philosophischer Teildisziplinen. Dilthey ging von einer deskriptiven Psychologie aus, um durch den „Strukturzusammenhang" und die „Totalität" des Seelenlebens mit Ausschaltung naturwissenschaftlicher Methoden in der „Selbstbesinnung" den Schlüssel zur Welterkenntnis zu finden; nüchterner faßte der Psycholog W. Wundt den Willen als die seelische Grundtätigkeit des Menschen, und es lag in der Richtung der Zeit, daß die Psychologie als Wissenschaft neben der Seelenanalyse, die die Kunst versuchte, immer breiteren Boden gewann und daß neben der physiologischen Psychologie (Helmholtz, Wundt) die experimentelle Methode sich immer weiter ausdehnte (Wundt, Ebbinghaus, Stumpf), so daß die Psychologie eher ein Zweig der Naturwissenschaft als der Philosophie zu werden drohte. Doch eroberte sie sich zwei neue Spezialgebiete: die Erweiterung des weltwirtschaftlichen Horizontes führte zur Völkerpsychologie (Lazarus und Steinthal), und die Notwendigkeit praktischer Auslese Begabter für Schule und Wirtschaft zur differentiellen Psychologie (W. Stern, Moede, Piorkowski), die die Unterschiede im menschlichen Seelenleben, wie sie der Grad der Intelligenz, die Sonderbegabung und andererseits Rasse, Volk, Geschlecht, Alter und Beruf bedingen, durch Prüfungsexperimente (Tests) festzustellen unternahm und das einzelne Individuum psychographisch zu erfassen versuchte; die neue Wissenschaft der Jugendkunde und die forensische Psychologie, vor allem aber das Wirtschaftsleben, das in den Stand gesetzt werden soll, den richtigen Mann an die richtige Stelle zu setzen, begannen Vorteile aus diesen Bestrebungen zu ziehen.

In der Ästhetik kam nach F. Th. Vischer nur Ed. v. Hartmann zu einer geschlossenen Systembildung, aber ethische Fragen lagen näher und wurden kasuistisch von Paulsen, kritisch-idealistisch von Natorp u. a. behandelt und fanden ihre praktische Bedeutung in dem vorschreitenden Ausbau der Soziologie (Simmel, Sombart u. a., vgl. S. 211), die wieder

auf Geschichts- (Rickert, Windelband) und Religionsphilosophie bestimmenden Einfluß gewann (Troeltsch, Max Weber), immer in dem Sinne, ein allgemeingültiges und einheitliches Wertsystem zu finden, dessen fortschreitender Verwirklichung der geschichtliche Prozeß diene und dienen solle.

Es waren die Philosophie, die Dichtung, die Kunst einer unruhigen, unfertigen Zeit der Gärung, des Übergangs. Und unfertig, zerrissen war auch die Sitte dieser Zeit. In dem immer schärfer sich gestaltenden „Kampfe ums Dasein" zwischen den Völkern, und innerhalb gerade der kräftigsten Völker war das materielle Interesse allzusehr in den Vordergrund getreten, und indem eine Geldaristokratie sich neben und über dem alten Geburtsadel und der Geistesaristokratie erhob, drang ihre niedrige, banausische Lebensauffassung bis in die höchsten Schichten der Gesellschaft vor, die selbst diesen Einflüssen zuweilen erlagen. So machte die Behaglichkeit eines äußerlich bescheidenen, aber innerlich befriedigten und reichen Daseins zumal in den maßgebenden großen Städten einem aufgeblasenen, unruhigen, hastigen, nervösen Treiben, die tiefe, abgeschlossene Bildung der zerfahrenen, anmaßenden Oberflächlichkeit, die pietätvolle Ehrfurcht vor dem historisch Gewordenen der pietätlosen Neuerungssucht Platz; die Mode herrschte mehr denn je; man wollte mehr scheinen als sein, und hatte nicht den Mut zu eigenem Wesen, zu Echtheit und zum Nichtwissen; es fehlte die Sehnsucht nach Vertiefung. An die Stelle des Buchs trat bei den meisten die hastig durchflogene Zeitung, in der die Parteidoktrin den Geist mit Phrasen umnebelte und unter dem Strich das wohlklingende Feuilleton mit seinem undeutschen „Esprit" und seiner spielenden Eleganz Halbbildung und Gedankenlosigkeit großzog; an die Stelle des Theaters Kino und Tingeltangel, an die Stelle angeregter, geistig belebter Unterhaltung bei bescheidenen materiellen Genüssen die leere protzige „Gesellschaft" an überladener Tafel. Und leider ging der Berliner Hof mit rauschenden, aber gehaltlosen Festen auf dem üblen Wege einer nur repräsentativen und Luxus entfaltenden Geselligkeit voran. Dazu drohte die Frauenemanzipation, zunächst aus der bittern wirtschaftlichen Not, dem unverheirateten Weibe eine gesicherte Existenz zu verschaffen, hervor-

gegangen und insoweit berechtigt, aber durch zügellose Begehrlichkeit zuweilen ins Unvernünftige gesteigert, einen Teil des weiblichen Geschlechts seinem natürlichen Beruf und seiner edlen Sitte zu entfremden und damit die Achtung vor der Frau zu untergraben, also die Kultur zu verschlechtern.

Je mehr der soziale Friede trotz aller Sozialreform dem bewußten Klassenkampf auf seiten der Proletarier wich, um so mehr gingen den Massen die alten deutschen Tugenden der Treue und Bescheidenheit verloren, weil sie für patriarchalisch, also für rückständig galten; nur von Rechten, nicht mehr von Pflichten wollte man hören, und die Gebildeten scheuten sich, solchen zersetzenden Anschauungen scharf entgegenzutreten, weil sie oft selbst von ihnen angefressen waren. Denn gar zu stark trat die Neigung hervor, „sich auszuleben", das heißt seinen Trieben und Begierden möglichst frei zu folgen; das Gefühl für Autorität und sittliche Verantwortlichkeit war vielfach schwer erschüttert. So waren bei den ohnehin zur Formlosigkeit neigenden Germanen die Sitten durchschnittlich roher geworden, sie arteten hier in bewußte Flegelei, dort in gespreiztes Gigerltum und geistloses Protzentum aus. Auch das Familienleben, der alte Hort und Stolz deutscher Art, litt unter dem Übermaß beruflicher und geselliger Verpflichtungen, ja es war in den Großstädten vielfach schon zerrüttet.

Es waren die Charakterzüge und Leiden einer wirtschaftlich rasch emporgestiegenen, demokratisierten Gesellschaft, aber eben deswegen nicht unheilbar. Hatten doch auch ansehnliche Schichten der Gesellschaft, der bürgerliche Mittelstand, die Beamten- und Gelehrtenwelt, ein Teil des Landadels und der Kern des Bauernstandes, auch manche Elemente der städtischen Handwerkerschaft, kurz im ganzen die Stände, die von dem modernen Wirtschaftsleben weniger ergriffen waren, ihre bessere Bildung und Sitte bewahrt und nicht nur von der auf das Echte dringenden Kunst und von der nach Vertiefung strebenden Philosophie, auch von der zu Natur und vernünftiger Freiheit hinstrebenden Jugend gingen hoffnungsreiche Ströme der Erneuerung aus. Sie entdeckte mit dem Wanderstabe in der Hand die Schönheit ihres Vaterlandes und sehnte sich tief, wenn auch noch recht unklar und in übertriebener Auflehnung gegen den angeblich unerträglichen Zwang der

Schule und des Elternhauses, nach neuen Idealen, nach Gestaltung eines reinen, großen, echten Lebens. Auch setzte in manchen Kreisen eine neue religiöse Besinnung ein, der das alte Kirchengemäuer zu eng war, und wenn auch die offiziellen Kirchen beider Bekenntnisse dem neuen Leben sich verschlossen (S. 200 f.), so flutete es doch außerhalb der engen Grenzen erstarrter Bekenntnistreue um so machtvoller: auch hier derselbe Zug zur Verinnerlichung, zur Wahrheit, zur Mystik (Kalthoff, Traub, Jatho, Graf Keyserling, Leopold Ziegler, selbst Steiner u. a. m.). Das Wichtigste aber war, daß auch im inneren Staatsleben die Morgenröte eines besseren Tages sichtbar wurde. Trotz allen Wurmfraßes konnte man mit Stolz auf die Entwicklung der demokratischen Arbeiterschaft sehen, und es wuchs gleichzeitig im ganzen Volke mit dem Glauben an eine große Zukunft der Nation auch das soziale Verantwortungsgefühl andauernd und stark; nicht nur, daß die Kommunen in weitherziger Auslegung der Pflichtleistung in Armen-, Kranken- und Jugendfürsorge Bedeutendes leisteten: auch die Gesellschaft nahm sich dieser Dinge an; es entstand eine soziale Bewegung großen Stils, die sich nicht nur auf die kirchlichen und charitativ schon immer tätigen Kreise beschränkte, sondern den deutschen Menschen ergriff und umbildete: man begann einzusehen, daß nur Fähigkeit und Leistung das Entscheidende sein sollten, daß der Reiche, wie der zweite Oheim in Goethes Wilhelm Meister, nur Verwalter seiner Güter im öffentlichen Interesse sein dürfe, daß das alte Preußentum in diesem wahren Sozialismus aufgehen müsse, der auf Verantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein gegen das Allgemeine, auf Opferwilligkeit und Hingabe an den Staat allein sich gründe. Diese echte soziale Gesinnung galt dem wirklich wertvollen Teil der Nation als selbstverständlich, und auch von ihr aus schien die Hoffnung nicht vergeblich, doch noch zu einem Ausgleich des Gesamtlebens, zu einer physiologischen und geistigen Verjüngung und zu einer einheitlichen deutschen Kultur zu kommen.

* * *

An allen diesen Wandlungen des geistigen Lebens haben die weder politisch noch wirtschaftlich dem Reiche angegliederten

Deutschen in Österreich und in der Schweiz ihren vollen Anteil: die deutsche Kultur hatte hier Provinzen mit einigen landschaftlichen Eigentümlichkeiten. Aber während die deutschen Schweizer zur deutschen Nation so wenig gehören wollten wie die Holländer, und der Stolz des Republikaners ihnen höher stand als das deutsche Nationalbewußtsein, fühlten sich die Deutschen Österreichs diesseits und jenseits der Leitha als ihre Glieder, ja sie waren seit ihrer politischen Trennung durch den Kampf mit den undeutschen Volksstämmen des habsburgischen Reiches erst recht zum Bewußtsein ihres Volkstums erweckt worden, und sie standen in diesem Kampfe im Interesse der gesamten Nation und für die Geltung deutscher Kultur. Das hatte sie seit 1879 in die Opposition zur Regierung getrieben (S. 74 ff.). Denn die Regierung wurde, soweit sie die innere Politik betraf, nicht im Interesse der Deutschen geführt, auch nach Taaffes (S. 75) Rücktritt im November 1893 nicht, vorübergehend, 1895—1897, unter einem polnischen Magnaten Grafen Badeni, geradezu gegen die Deutschen. Auch die damalige Erweiterung des Wahlrechts (1896) richtete sich der Hauptsache nach gegen sie. Lebte doch der Kaiser selbst in dem Argwohn, die Deutschen strebten nach der Vereinigung mit ihrem Mutterlande; gerade dadurch entfremdete er die besten Elemente dem österreichischen Gesamtstaate und der Dynastie. Dafür wurden die Slawen, vor allem die Tschechen, durch Zugeständnisse in der Amtssprache und im Schulwesen begünstigt, und da sie zweisprachig waren, was die Deutschen aus Abneigung gegen die Erlernung von Sprachen geringen Kulturwerts selten sind, so drangen sie immer mehr in die Verwaltung der nationalgemischten Länder ein; der Klerus aber war schon längst überwiegend slawisch. Denn in den Tschechen sah er ein Bollwerk gegen den deutschen Protestantismus, sah die Regierung einen Wall gegen die in der Tat eingebildete Gefahr einer Auffaugung durch das Deutsche Reich.

In diesem Kampfe der Nationalitäten waren die Deutschen jetzt so wenig einig wie früher. Nicht nur standen die Feudalen und Klerikalen ihrer Nationalität gegen sie, sondern von ihnen zweigten sich auch die antisemitischen Christlich-Sozialen ab, von der alten liberalen Partei, die abgewirtschaftet hatte, die deutsch-nationalen Radikalen, denen die Behauptung der

nationalen Interessen weit über die Verfassung ging. Der Parlamentarismus aber erwies sich nicht nur als völlig ohnmächtig, die nationalen Gegensätze zu mildern, sondern er verschärfte sie nur. Denn im ganzen standen sich im österreichischen Reichsrat nicht Parteien, sondern Nationalitäten gegenüber, die sich einem Mehrheitsbeschluß, der gegen ihre Interessen lief, nicht fügen wollten und konnten. Deshalb griffen bald die Tschechen, bald die Deutschen, wenn sie in die Minderheit gerieten, zur „Obstruktion", also zur Lähmung des Parlaments, und die Regierung mußte bald deutsche, bald tschechische Demonstrationen mit militärisch-polizeilicher Gewalt bekämpfen. Ein parlamentarisches Ministerium zu bilden erwies sich deshalb allmählich erst recht als unmöglich, und die drängende Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn (für 1897 bis 1907) konnte erst 1899 auf absolutistischem Wege, durch kaiserliche Verordnung, durchgesetzt werden. Endlich löste das Beamtenministerium Körber im September 1900 den Reichsrat wegen des allseitigen Widerstandes gegen sein böhmisches Sprachengesetz auf, und das neue Parlament 1901 wurde einigermaßen wieder „arbeitsfähig".

Um die nationalen Gegensätze einigermaßen zurückzudrängen, unternahm es Freiherr von Gautsch, einer der nächsten unter den rasch wechselnden Nachfolgern Körbers, für das Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aller Männer nach vollendetem 24. Lebensjahre durchzuführen und die Wahlkreise national abzugrenzen. So fielen schließlich den Deutschen von 495 Sitzen im ganzen 223 zu (Januar 1907), und bei den ersten Wahlen 1908 nach diesem neuen Gesetz errangen zwei nicht einseitig nationale Gruppen die größten Stimmenzahlen, weil sie die Massen zu beherrschen verstanden: die Christlich Sozialen unter dem Wiener Bürgermeister Karl Lueger (66) und die Sozialdemokraten (82), die schon 1899 ein positives politisches Programm, den „Nationalitätenbundesstaat" auf Grund autonomer nationaler Selbstverwaltungsgebiete und deutscher Verkehrssprache, aufgestellt hatten. So gelang es doch schließlich, parlamentarische Ministerien (v. Beck und v. Bienerth) zu bilden und das Parlament wirklich arbeitsfähig zu machen.

Das war um so nötiger, als das Verhältnis zu Ungarn

sich immer schwieriger gestaltete, je offner dort die sogenannte Unabhängigkeitspartei für einen vollkommen selbständigen magyarischen Nationalstaat und für die reine Personalunion eintrat. Insbesondere entzündete sich ein heftiger und langdauernder Streit über die deutsche Armee- und Kommandosprache, die man durch das Magyarische ersetzt haben wollte; das sollte der Anfang zur völligen Zerschlagung der kaiserlichen Armee bilden; ein selbständiges Zollgebiet und eine eigene Notenbank waren weitere Forderungen, die man in wüsten Parteikämpfen und mit den Mitteln der Obstruktion durchzusetzen suchte. Demgegenüber ernannte Franz Joseph, aufgestachelt von dem Thronfolger Franz Ferdinand, der seine sämtlichen Ämter und Würden bei weiterer Nachgiebigkeit niederzulegen drohte, 1905 das nichtparlamentarische Ministerium Fejervary, drohte der herrschenden Aristokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht und ließ schließlich im Februar 1906 das widerstrebende Abgeordnetenhaus auflösen. Das „Koalitionsministerium" Wekerle erneuerte darauf 1907 den Ausgleich auf den alten Grundlagen, und die stürmischen Neuwahlen von 1910 unter seinem Nachfolger Graf Khuen-Hedervary brachten der Unabhängigkeitspartei eine schwere Niederlage, ohne sie jedoch wirklich matt zu setzen. Die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes durch den magyarischen Adel und die Unterdrückung der anderen Nationalitäten blieben weiter im Schwange. Direkt unheilvoll aber wirkte der Graf als Banus von Kroatien (1883—1903), weil er die serbische Bevölkerung gegenüber der kroatischen begünstigte, obwohl im allgemeinen die kaum 2½ Millionen Serben des Königreichs als intolerante Orthodoxe von den etwa 5 Millionen Serbo-Kroaten Österreich-Ungarns, die teils Katholiken, teils Mohammedaner waren und volle Religionsfreiheit genossen, verachtet wurden. Alle Beschwerden aber der von den Ungarn geknechteten Kroaten und übrigens auch der ebenso schlecht behandelten Rumänen Siebenbürgens fanden beim Kaiser kein Gehör, ja wurden als Hochverrat gebrandmarkt. Denn er ließ sich von den Ungarn einschüchtern, brauchte ihre Mehrheit im Abgeordnetenhause und vertraute ihrer Treue am meisten unter allen Völkern. So setzte eine gewaltige Auswanderung der Kroaten ein, die landesverräterischen, großserbischen Machenschaften in Ungarn gewannen breiten Raum und es ergingen sich daneben auch Sonderbestrebungen kroatischer Nationalisten im Haß gegen Ungarn, Serben und Österreicher und in der Hoffnung auf ein eigenes Staatswesen.

Trotz aller Nationalitätsstreitigkeiten, die am Marke der Doppelmonarchie zehrten, ging doch die wirtschaftliche Entwicklung unter der Führung der Deutschen im ganzen ihren Gang weiter. Die Landwirtschaft der Alpenländer freilich, die unter dem oft rauhen Klima und auf dem strichweise kargen Acker die Konkurrenz begünstigterer Länder schwer ertrug, verlor sogar an altkultiviertem Boden, da Grundherren und städtische Kapitalisten namentlich in Steiermark und Oberösterreich ganze Dorffluren und Almen aufkauften, um sie in Wildgehege zu verwandeln. Dagegen ging der Aufschwung der Industrie zumal in Böhmen und Niederösterreich in Verbindung mit dem Kohlen- und Eisenbergbau weiter, und der Verkehr wuchs, seitdem der Staat selbst Eisenbahnen zu bauen begann (1874) und zur Verstaatlichung der bisher ganz überwiegenden Privatbahnen überging (1877). So traten neben die älteren Linien über den Semmering, den Brenner und den Pontebbapaß die Arlbergbahn zur Verbindung mit dem Bodensee (1884) und die großartige Tauernbahn zwischen Salzburg und Triest (1909 eröffnet). Nach dem europäischen Südosten hin aber trat Wien 1888 durch die Eröffnung der Orientbahnen in direkten Verkehr mit Konstantinopel und Saloniki. An der Elbe erwuchsen Aussig und Tetschen zu großen Umschlagplätzen, und die Felsenengen des Eisernen Tores der unteren Donau machte ein Schiffahrtskanal 1895 zugänglicher. Die Seeschiffahrt beherrschte nach wie vor der österreichische Lloyd von Triest aus. Bei so fortschreitendem Wirtschaftsleben gelang es auch, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen und die Goldwährung (Kronen und Heller) durchzuführen.

Trotz der gefahrvollen äußeren Lage, die eine kriegerische Auseinandersetzung mit Serbien und Rußland auch dem blödesten Auge nahe erscheinen ließ, wurde aber die Armee vernachlässigt; ihr Bestand umfaßte bei 51 Millionen Einwohnern nur 425000 Mann, etwa den vierten Teil der russischen, während die Franzosen bei 40 Millionen 792000 Mann unter

den Waffen hielten; immerhin bewahrte die Armee ihre Einheitlichkeit und die deutsche Dienstsprache, den magyarischen Ansprüchen zum Trotz, und auch die Kriegsmarine begann langsam mit dem planmäßigen Bau großer Schlachtschiffe (Dreadnoughts), erreichte aber bis zum Kriege nur 225000 Tonnen gegen 335000 Italiens, blieb also ziemlich bedeutungslos. Als Symbol der wankenden Einheit des Doppelreichs und als seine stärkste zusammenhaltende Kraft erschien nach wie vor die ehrwürdige Persönlichkeit des Kaisers Franz Joseph, dem es vergönnt war, 1908 sein 60jähriges Regierungsjubiläum, 1910 seinen 80. Geburtstag unter allgemeinster ehrlicher Teilnahme zu begehen. Aber seine Tage waren gezählt und seine Kraft dahin. Ihm zur Seite stand, politisch kaum hervortretend, aber als tatkräftiger Organisator von großem Verdienst um die Aufstraffung der verkümmerten Wehrmacht, der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este, der Sohn des Erzherzogs Karl Ludwig und Neffe des Kaisers, verbittert und engherzig, kirchlich gesinnt, ohne sich politisch dem Klerus zu beugen, kein Freund der Deutschen, aber bereit, sie als Kitt für sein auseinanderstrebendes Erbe zu benutzen; gegen die Abtrennungsgelüste der Ungarn und die Irredentawünsche der Italiener, Serben und Rumänen hatte er die feste Absicht durchzugreifen und den Nationalitätenhader zu bezwingen, sei es durch Schaffung eines Einheits- oder wahrscheinlicher eines „trialistischen" Staates, in dem die Südslawen, gestärkt durch Abtretungen aus Österreich und Ungarn, ein eigenes Ganzes bilden sollten. Das Schicksal hat ihm nicht vergönnt, zu beweisen, wie weit er fähig gewesen wäre, dem unterwühlten Reiche ein neues Fundament zu bauen.

So waren die politischen Zustände nicht eben erfreulich, und noch schwerere unheildrohende Kämpfe standen in Sicht; andererseits blieb immerhin die Verwaltung intakt, und im „Okkupationsgebiet", in Bosnien und der Herzegowina, vollbrachte sie in militärisch-absolutistischen Formen Glänzendes, indem sie ein Barbarenland binnen wenig Jahrzehnten zu einem Kulturlande europäischen Charakters umschuf. Ebenso leistete das österreichische Schulwesen, obwohl im ganzen nationalisiert, unter sehr schwierigen Verhältnissen Vortreffliches. Auch das Deutschtum, mochte es hier und da eine Position verlieren, machte diesseits wie jenseits der Leitha doch noch mehr Fortschritte als Rückschritte. Um 1900 wohnten im westlichen Teile des Reichs (ohne Galizien) etwa 10 Millionen, in den ungarischen Ländern fast 2¼ Millionen Deutsche; sie vermehrten sich verhältnismäßig schneller als die Tschechen (6 Millionen), und sie zahlten 1900 in Böhmen, während sie nur 37 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, über 57 Prozent der Einkommensteuer, erwiesen sich also wirtschaftlich als die stärkeren. Die Deutschböhmen, die tapferen Steiermärker, die alten Grenzwächter gegen die Türken, die Tiroler, in den ungarischen Ländern die protestantischen Schwaben im Banat und die unbeugsamen Siebenbürger Sachsen standen in diesem Kampfe voran, und zunächst eine deutsch-nationale, sich erst allmählich religiös vertiefende Kraftäußerung war es, wenn sich seit 1898 als erste zahlreiche Deutschböhmen von der slawisierten katholischen Kirche ihrer Heimat lossagten und unter dem Schlachtrufe „Los von Rom" zum Luthertum übergingen, in ihrer Gemeindebildung von Deutschland, namentlich von Sachsen her, nach Kräften unterstützt.

Überhaupt wurde die geistige Verbindung der Deutschen Österreichs mit dem Deutschen Reiche enger, als sie seit dem Dreißigjährigen Kriege jemals gewesen war. Alle die großen wissenschaftlichen deutschen Vereinigungen und Versammlungen umfaßten auch Österreich — die glänzendste aller deutschen Philologenversammlungen war die Wiener 1893 —, ebenso der deutsche Turnverein und der Alpenverein, und in Scharen studierten Deutsch-Österreicher auf reichsdeutschen Hochschulen. Auch die wirtschaftliche Verbindung wurde trotz der Zollgrenze enger. Die Einheit des Portosatzes in den beiden Reichen hatte auch 1866 überlebt; neue Bahnlinien überschritten die schwierigen Gebirgsgrenzen in den Sudeten und im Erzgebirge, der Elbverkehr wuchs stetig. Mit der erleichterten Verbindung nach dem untersten Teile des Donaulaufs drangen Unternehmer der verschiedensten Art, deutsche Kultur und deutsche Sprache stromabwärts bis tief in die Länder der nördlichen Balkanhalbinsel hinein. Was dort an höherer Gesittung erwuchs, war deutschen, nicht südslawischen oder gar magyarischen Ursprungs,

so gut wie die bevorzugte Verkehrssprache dort das Deutsche blieb.

Die auswärtige Politik der Donaumonarchie, bis zum Mai 1895 vom Grafen Kalnoky, seitdem von dem Polen Grafen Goluchowski, seit 1906 vom Grafen Ahrenthal geführt, war schon seit 1878 immer im Sinne der Deutschen, Magyaren und Polen, niemals der Tschechen, und zugleich im engen Anschluß an das Deutsche Reich geleitet, aber wesentlich durch den Gegensatz zu Rußland bestimmt worden. Nachdem man 1878 im Frieden von S. Stefano den Russen gemeinsam mit England in den Arm gefallen war und dabei sich für die russischen Erwerbungen an der Donau und in Kleinasien durch Besetzung von Bosnien und der Herzegowina entschädigt hatte, war das ehrliche Bemühen vorhanden, trotz der Schwierigkeiten (S. 129f.) die Zustände auf der Balkanhalbinsel im Einvernehmen mit Rußland zu befestigen und friedlich weiter zu entwickeln. Aber die innere Zerrissenheit des Reichs und die relative Schwäche des Heeres reizten die benachbarten Staaten Rußland, Rumänien, Serbien und Italien zu immer kühneren Hoffnungen auf Loslösung der nach Stamm und Sprache ihnen verwandten Landesteile.

Insbesondere war es die panslawistische Idee, die seit den österreichischen Wirren des Jahres 1848 sich im Haß gegen das Deutschtum nicht genug tun konnte und vor allem die Balkanslawen daran gewöhnte, im Habsburgerreiche den Erbfeind zu sehen, der ihrer großen Zukunft im Wege stehe. Es spielte dabei auch die triebhafte Abneigung der niederen Rasse gegen die höhere und Scheelsucht und Hochmut einer zurückgebliebenen Kultur gegen die fortgeschrittenere eine Rolle; das Wesentliche aber war das Erwachen eines stürmischen Nationalbewußtseins. Zuweilen flaute die Bewegung etwas ab, zumal wenn die Russen allzu stark ihre eigenen Herrschaftspläne in Verbindung mit ihr brachten; wie die Polen und Kleinrussen sich gegen die Unterdrücker ihres Volkstums auflehnten, so waren auch die kleinen Balkanstaaten nicht ohne weiteres geneigt, sich dem russischen Joche zu beugen. Allmählich aber sahen sie doch in dem großen Bruder ihren Retter und Freund: mit seiner Hilfe hofften sie die nationale Selbständigkeit zu erringen und das Schlagwort wahrzumachen,

der Balkan gehöre den Balkanvölkern. Das aber war nur auf dem Wege des Krieges zu erreichen.

So wurde die völlige Zerschlagung Österreichs das letzte Ziel, und man empfand jede Maßregel der innerösterreichischen Politik, die der stärkeren Zusammenfassung der Volkskräfte dienen sollte, als eine gegen das eigene Lebens- und Zukunftsinteresse gerichtete Provokation. Die Lage aber war hoffnungslos, seitdem Rußland seine volle politische Energie wieder dem Balkan zuwandte und England, an seine Seite tretend, die Revolutionierung der Türkei betrieb, dessen Schützer es früher gewesen war (S. 162). So verworren auch die Völkermischung auf dem Balkan war, das Nationalitätsprinzip, das im ganzen 19. Jahrhundert überall sich durchsetzte, mußte nun auch hier zu Umwälzungen führen und Österreich sprengen, sobald von außen her die zentrifugalen Leidenschaften geweckt wurden; das Reich der Habsburger war von innen lahmgelegt, von außen dem Untergange geweiht. Und darum war es für Deutschland so tragisch, daß es sich an den zerfahrenen und in seinem Bestande bedrohten Donaustaat anklammern mußte, um den letzten Freund nicht zu verlieren und seine Türkenpolitik nicht begraben zu müssen, und so gefährlich, daß es in falsch aufgefaßter Nibelungentreue sich auf Gedeih und Verderb von ihm ins Schlepptau nehmen ließ, gerade als dieser Staat in einem letzten Versuch, sich aufzuraffen, anfing, durch eine tatkräftige Politik auf dem Balkan seine Gegner nur fester zusammenzuschweißen. Riß er doch Deutschland nur mit in das Verderben hinein.

Auf dem Wege zur Katastrophe 1907—1914.

Jene russisch-englische Verständigung von 1907 (S. 161 ff.) ist entscheidend für Deutschlands Schicksal geworden. England brauchte keine Rücksichten mehr zu nehmen und konnte der imperialistischen Welle freien Lauf lassen: die schon durch das gute Verhältnis zu Frankreich gewonnenen Sicherungen waren jetzt durch Ausschaltung des alten Gegners im Osten ungeheuer verstärkt. Rußland auf der anderen Seite, im 19. Jahrhundert durch deutschen Geist und deutsches Organisationstalent in europäische Formen gepreßt, gab sich jetzt auch in der offiziellen Politik mit historischem Undank den deutschfeindlichen Stimmungen hin, die in der russischen, asiatisch gerichteten Volksseele immer die große Unterströmung gebildet hatten. Das Deutschtum war der Bundesgenosse der absolutistischen Krone gegen die Revolution gewesen; die Erschütterungen der Revolution aber legten dem Zaren die Förderung der antideutschen, panslawistischen Bewegung und die Hinneigung zu dem liberalen England nahe, und das steigerte gleichzeitig das durch die furchtbare ostasiatische Niederlage ausgelöste Zurückfluten der politischen Energien nach dem Balkan: hier winkten große Erfolge, sobald man Deutschlands Pläne durchkreuzen konnte, vor allem der Erwerb Konstantinopels, auf den die religiöse Sehnsucht des ganzen Volkes sich mit steigendem Fanatismus konzentrierte, und die Erreichung des freien Meeres. Darum wurde auch die Freundschaft mit Frankreich fester geknüpft. Unmittelbar nach der Konferenz von Algeciras (S. 154) am 21. April 1906, fand eine Besprechung der russischen und französischen Generalstabschefs statt, in der festgelegt wurde, daß die Mobilisierung des deutschen Heeres Rußland und Frankreich verpflichte, gleichzeitig alle ihre Streitkräfte bei der ersten Nachricht sofort ohne besondere Verabredung mobil zu machen. Solche Konferenzen scheinen dann alljährlich stattgefunden zu haben und sind jedenfalls von 1910 ab für

alle Jahre nachgewiesen; der Kriegsplan, vor allem eine gleichzeitige Offensive gegen Deutschland, wurde auf ihnen bis auf die Einzelheiten festgelegt und gegenseitige Berichte über die Fortschritte der Rüstungen wie Anregungen zu ihrer Steigerung gegeben. So lebte Frankreich in Revanchegelüsten, und Machtzuwachs, nicht mehr Erhaltung des europäischen Friedens war jetzt wie für England so für Rußland das Ziel ihres Bündnisses. In einer Konferenz der höchsten russischen Würdenträger am 21. Januar 1908 betonte Iswolski, die historische Aufgabe Rußlands im türkischen Osten und die Traditionen seiner Vergangenheit verböten es, die Früchte jahrhundertelanger Bemühungen preiszugeben; sonst hätte es die Rolle einer Großmacht ausgespielt; die bisherige Verständigungspolitik mit Österreich trage einen rein negativen Charakter; von England sei ernstliche Hilfe im mazedonischem Reformwerk zu erwarten, während Deutschland die Pforte immer zum Widerstand angereizt habe und sie militärisch ausrüste. Gemeinsame russisch-englische militärische Maßnahmen seien zu erreichen. Mit England und Japan seien Abkommen getroffen. Nur die Mitteilungen des Kriegsministers und Marineministers über Mängel der Rüstung und besonders die Furcht vor neuen revolutionären Aufwallungen, die Stolypin zu der kategorischen Erklärung brachte, nur eine streng defensive Politik sei im Augenblick möglich, bändigte den Kriegseifer Iswolskis und schreckte von dem Abenteuer kriegerischen Vorgehens ab. Doch wurde am 28. Januar im Rate für Landesverteidigung beschlossen, im Ernstfall sofort eine allgemeine Mobilisation ins Werk zu setzen und die Rüstungen mit allem Eifer zu betreiben.

Darum konnte ein Versuch des österreichischen Ministers Ährenthal, das alte Dreikaiserbündnis mit seiner friedlichen Tendenz wieder aufzurichten, unmöglich zu Erfolgen führen; um so energischer glaubte dieser bedeutende Staatsmann, der den Mut zu entschlossenem Handeln besaß, durch äußere Erfolge das zerklüftete Reich zusammenzuschmieden hoffte und gleichzeitig auch die deutsche Politik ganz in das österreichische Fahrwasser zu lenken verstand, Rußland in letzter Stunde überzeugen zu müssen, daß es seine Balkanziele nicht mit den Westmächten, sondern nur durch Verständigung mit

Österreich und Deutschland erreichen könne, ähnlich wie England durch seine Einkreisungspolitik Deutschland zu einer Verständigung in der Flottenfrage zwingen wollte. Und in der Tat erreichte Ährenthal in der von ihm heraufbeschworenen bosnischen Krise durch schneidiges Auftreten und den Rückhalt an Deutschland einen starken Augenblickserfolg, konnte aber am letzten Ende die sich bildende Tripleentente nicht sprengen; seine Politik hat sie vielmehr nach einigen Schwankungen nur gefestigt und die Mittelmächte als angebliche Kriegsdränger in aller Welt stark diskreditiert.

Ehe nämlich die russisch-englische Annäherung die Interessen Österreichs durch besonderes Abkommen über die Türkei schädige und ehe sich etwa Rußland über die Balkanfragen auch mit Italien einige, das ein Protektorat über Albanien erstrebte und eine Bahn durch Montenegro, Albanien und Bulgarien nach der unteren Donau plante, wollte Österreich seinen Einfluß im nahen Orient sichern; Ährenthal trat deshalb Ende Januar 1908 mit einem aus dem Berliner Vertrag von 1878 stammenden Recht hervor und erreichte von der Türkei die Erlaubnis, eine Bahn durch das Sandschak Novibazar zu bauen. Rußland machte sofort geltend, daß dieser Plan gegen das Mürzsteger Abkommen von 1903 verstoße (S. 130), nach dem Änderungen des Status quo nur gemeinsam vorgenommen werden durften; England, eifersüchtig auf den offensichtlichen Machtanspruch der Mittelmächte, unterstützte den russischen Einspruch und forderte dafür von Rußland die Anerkennung des Protektorats auch über Arabien und Südmesopotanien, wodurch wiederum die deutschen Interessen an der Bagdadbahn gefährdet wurden, gab aber andererseits einige Restansprüche in Nordpersien auf. Und es gelang, zu festen Vereinbarungen zu kommen: Eduard VII. schloß bei einem Besuch des Zaren in Reval (9./10. Juni 1908) ein Übereinkommen über das mazedonische Reformwerk, das Deutschland ausschließen und durch eine Kontrollkommission die Rechte der Türkei stark einschränken sollte. Hier liegt der Ursprung aller folgenden Balkanwirren und schließlich auch des Weltkrieges; denn England, das sich bisher immer als Türkenfreund aufgespielt hatte, gab jetzt, besorgt über das Anwachsen des deutsch-österreichischen Einflusses, Konstantinopel

gegen die Zusicherung von Mesopotamien den Russen preis; besaß es doch Ägypten und Zypern und also eine genügend feste Stellung im Mittelmeer und gewann nun die Möglichkeit, Deutschland einen Riegel vorzuschieben; das Abkommen bedeutete also in Fortsetzung der Petersburger Abrede (S. 162) den Beginn der Aufteilung der europäischen Türkei mit deutlicher Spitze gegen Deutschland, das man energisch beiseite schieben wollte. Und wenn sich auch Rußland den Mittelmächten gegenüber vorläufig noch die freie Hand vorbehielt, so war doch die abschüssige Bahn zum Abgrunde des Weltbrandes jetzt betreten. Der Dreiverband, das Werk des „Friedensstifters" Eduard, war aktionsfähig geworden. Die Beraubung der Türkei sollte seine erste Kraftprobe werden.

Österreich freilich suchte man zunächst noch zu beteiligen, um Deutschland ganz zu isolieren: der Russe Iswolski bot, übrigens entsprechend einem Geheimabkommen vom 8. Juli 1876 und späteren Verpflichtungen von 1881 und 1884, am 18. Juni 1908 in einem Briefe an Ährenthal diesem ohne jede Rücksicht auf Serbien die Annexion von Bosnien und der Herzegowina und des ganzen Sandschak an, wofür er die Freigabe der Dardanellen für Rußland verlangte, und eine Zusammenkunft in Buchlau im September des Jahres bestätigte die Abmachung. Eduard aber griff vom Standpunkt der englischen Interessen noch weiter aus: er wies zwar den brutalen Vorschlag seines Chefs der Admiralität John Fisher zurück, die deutsche Flotte im Hafen von Kiel zu überfallen (März 1908), und versuchte zunächst bei dem deutschen Kaiser in Friedrichshof (11. August 1908) eine Verständigung über den gegenseitigen Flottenbau anzuregen, was törichterweise ohne jede Gegenfrage nach Garantien oder Neutralität abgelehnt wurde; dann aber legte er eine neue Mine: er machte weitgehende (noch unbekannte) Anerbietungen an Österreich, um es zum Eingreifen in die Flottenfrage zu bewegen und überhaupt vom Dreibund zu lösen; er holte sich aber in einer Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joseph in Ischl (August 1908) eine entschiedene Absage.

Diese englisch-russischen Pläne jedoch, die schon kriegerische Wetterwolken hatten aufsteigen lassen und zur Abberufung des deutschfreundlichen englischen Botschafters Lascelles aus Berlin geführt hatten, mußten vertagt werden. Man hatte die

Lebenskraft der Türkei gewaltig unterschätzt. Sie war durchaus nicht willens, sich lautlos abschlachten zu lassen. Die Abmachungen wurden durch das gewaltige Ereignis der türkischen Revolution hinfällig, die die ganze Lage auf dem Balkan entscheidend änderte, den christlichen Nationen weitgehende Sonderrechte brachte und zugleich den Engländern die Hoffnung nahelegte, ihren Einfluß in der neu orientierten Türkei zuungunsten des deutschen zunächst auf diplomatischem Wege zu erhöhen.

Hier hatten die Jungtürken, die westeuropäischen Parlamentarismus und nationale Idee als die Rettung für ihr Land betrachteten und sich zugleich dem deutschen Einfluß abgeneigt zeigten, aber auch keineswegs gewillt waren, sich von England und Rußland das Gesetz ihres Daseins vorschreiben zu lassen, Anfang Juli 1908 unter den mazedonischen Truppen eine Meuterei angestiftet, die bald auf weite Teile des Heeres übersprang; der Sultan Abdul Hamid mußte die seit 1876 suspendierte Verfassung wiederherstellen, Preßfreiheit gewähren, hohe und niedere Beamtenstellen mit Reformern besetzen; ein neues Nationalgefühl empfand die Einmischung der Fremden als eine Schmach, und der Sultan selbst ergriff die Gelegenheit, sich zu einer kräftigeren Außenpolitik aufzuschwingen; er versuchte, sich an die Spitze der Revolution zu stellen, und hoffte, durch die nationale Bewegung zu größerer Selbständigkeit gegen die großen Mächte zu kommen und die Balkanstaaten bei aller Schonung ihrer Sonderrechte in strengere Abhängigkeit bringen zu können.

Aber Bulgarien wollte allen Ansprüchen des jungtürkischen Parlamentes auf Eingriff in seine Gesetzgebung und Selbständigkeit von vornherein die Spitze abbrechen; es benutzte die Gelegenheit, die durch sein Gebiet führende türkische Bahn zu beschlagnahmen und bald darauf (5. Oktober) sich zu einem unabhängigen Königreich zu erklären. Gleichzeitig folgte Franz Joseph der russischen Anregung und vollzog, um die seit 1878 unter österreichischer Verwaltung stehenden Gebiete Bosnien und Herzegowina vor den Erschütterungen der Revolution zu bewahren und nicht die Früchte der ungeheuren 30jährigen Kulturarbeit durch eine neue Anschweißung an den türkischen Reichsverband zu verlieren, die völlige Ein-

verleibung dieser faktisch schon längst zu Österreich gehörenden Lande. Mitbestimmend war auch die Notwendigkeit, den immer drohender werdenden großserbischen Wühlereien ein Ende zu machen. Er gab aber den Sandschak Novibazar auf und zog die dort stehende Garnison zurück, verzichtete also auf den Weg nach Saloniki, so daß im Grunde die Türkei durch diese Neuordnung einen Vorteil gewann. Die aber antwortete, von England ermutigt, wo plötzlich die Jungtürken die Helden des Tages wurden, durch Protest und wirtschaftlichen Boykott; Rußland, bisher mit der Annexion an sich völlig einverstanden, wagte wegen des Hochgehens der panslawistischen Wogen seine Zustimmung nicht einzugestehen; es schlug eine gegen Österreich gerichtete europäische Konferenz vor. a es aber dabei auch die Freigabe der Dardanellen für seine Kriegsschiffe auf das Programm setzte, stieß es auf den Widerstand seines englischen Freundes, der jetzt die Türkei schonen und dort selbst den beherrschenden Einfluß gewinnen wollte. England war nur über eine türkische Entschädigung zu verhandeln bereit und zog seine frühere Zusage zurück, da die eigenen Absichten auf Mesopotamien im Augenblick nicht realisierbar wären. Auch sträubte sich Österreich auf das entschiedenste gegen die Konferenz, wenn die Annexion von Bosnien und der Herzegowina nicht vorher allseitig anerkannt werde. Deutschland aber stellte sich „in selbstverständlicher Loyalität" an seine Seite, ohne zu zaudern.

Es lag für Deutschland eine gewisse Tragik darin, daß Treue zu Österreich und Freundschaft zur Türkei, die durch zwei Dezennien die ganze Politik bestimmend beeinflußt hatten, hier in Konflikt kamen; beides waren absterbende Staaten; der große Zug der Geschichte ging dahin, seit den weltwendenden Türkensiegen des Prinzen Eugen die Türkei mehr und mehr aus Europa hinauszudrängen, und Österreich mußte sich seinen Anteil an der türkischen Beute sichern, wollte es selbst am Leben bleiben; wurden die Serben, die Rumänen zu mächtig, hätte es sich der Irredentawünsche dieser Staaten nicht mehr erwehren können. Andererseits wollte Deutschland die Türkei stärken, um sie nicht der Habgier der anderen großen Mächte anheimfallen zu lassen und seine eigene wirtschaftliche Expansion zu sichern; aber England, Rußland, Frankreich

und Italien hatten gerade entgegengesetzte Absichten. Und jetzt mußte Deutschland sich für die Abreißung von Bosnien und der Herzegowina einsetzen, um des einzigen zuverlässigen Freundes willen, geriet dadurch in die schwersten europäischen Konflikte und verlor überdies die Sympathien der Jungtürken. Und die weiteren Aufteilungen in Marokko und Tripolis, die bald folgten, schädigten ebensosehr das deutsche Ansehen in der Türkei. Wo blieb der deutsche Schutz?

Folgenreich war von Anfang an der Widerspruch Serbiens und Montenegros gegen die Annexion. Beide Staaten hatten durch das jungtürkische Erwachen politische Möglichkeiten in Mazedonien auf türkische Kosten aufgeben müssen; nun nahm ihnen die Tat Österreichs auch die Hoffnung, ihre Stammesgenossen in Bosnien mit dem Mutterlande zu einem großserbischen Reiche zu vereinen. Man peitschte sich namentlich in Serbien zu wütendem Fanatismus auf, man rüstete gegen Österreich und suchte Bundesgenossen. Der König Peter Karageorgewitsch, durch Blutschuld an seinem Vorgänger Alexander Obrenowitsch auf den Thron gekommen (11. Juni 1903), konnte sich nur durch Anschluß an die Radikalen halten; das politische Programm, das ihr Führer Paschitsch ihm 1904 unterbreitet hatte, war auf Todfeindschaft gegen Österreich-Ungarn eingestellt, strebte nach Verständigung mit den anderen Balkanmächten und forderte Boykottierung österreichischer Waren, Aufwühlung der Kroaten und Serben in Österreich-Ungarn, Unterstützung der ungarischen Unabhängigkeitspartei und Einverleibung von Bosnien. Eine heftige Propaganda mit allen Mitteln der Verschlagenheit und Lüge hatte seitdem in diesem Sinne gearbeitet; es gelang, die Abgeordneten der Serben und Kroaten des Königreichs zu gemeinsamer Aktion an der Seite Ungarns gegen Österreich zusammenzuschließen (Oktober und November 1905); ein Zollkrieg mit Österreich-Ungarn, übrigens nicht ohne Schuld zumal der ungarischen Großgrundbesitzer, die das serbische Vieh fernhalten wollten, erbitterte beide Teile. Die großserbische Werbearbeit fand ihre offizielle Stätte in der Kultussektion des serbischen Ministeriums des Auswärtigen, angeblich im Interesse der orthodoxen Religion; sie ging so weit, daß im November 1907 71 Abgeordnete aus Bosnien und der Herzegowina in Serajewo

zu einer Art Parlament zusammentraten, um ein neues Staatswesen im Rahmen des türkischen Reiches vorzubereiten, und diese Bewegung wurde von der Kossuthpartei, der damaligen ungarischen Regierungsmehrheit, sogar unterstützt. Es bildeten sich 1907 eigene chauvinistische Verschwörungen (Slovenski Jug, Der Slawische Süden, und Narodna Odbrana, Nationale Verteidigung), die aus dem serbischen Staatsarsenal mit Bomben versehen wurden und die revolutionäre Agitation in dem nicht ganz gefügigen Montenegro und in Bosnien betrieben. Zu diesen großserbischen Wünschen und Treibereien hatte sich seit 1907 der Dreiverband günstig gestellt: man konnte Serbien als Sturmbock wohl gebrauchen.

Jetzt galt den Serben insbesondere Rußland, von dem man früher viel Ungemach erfahren hatte, das soeben im geheimen Österreich zu dem entscheidenden Schritt ermuntert hatte, als Schild und schirmender Hort, und wenn auch Iswolski in der Duma abwinkte: man glaubte nun an die fortreißende Kraft der panslawistischen Idee; dazu schaute man nach Italien, dessen Treue zum Dreibund man mit Recht sehr gering einschätzte, dessen Lust, auf Kosten der Türkei sich in Albanien und Tripolis zu bereichern, man kannte, dessen Irredentawünsche gegen Österreich man in Rechnung stellen konnte. Hier forderten denn auch Presse und Volksversammlungen immer lauter Kompensationen, auch für die kleinen Balkanstaaten; und Tittoni, der Minister des Äußern, trat in der Kammer scharf für eine Konferenz zur Regelung der Balkanfragen ein; er betonte die Annäherung an Rußland mehr als die Verpflichtungen des Dreibundes; der Kammermehrheit tat er aber damit noch nicht genug: fast wurde er abgesägt.

Vor allem aber hetzte England in Serbien. Da der Sultan Abdul Hamid, der Deutschenfreund, trotz allen Entgegenkommens von den Jungtürken bedrängt und schließlich (27. April 1909) gestürzt und durch Mohammed V. ersetzt wurde, hoffte man der jungen konstitutionellen Macht das englische Leitseil um den Hals werfen zu können; darum stieß man gegen die Zusicherungen von Reval Rußland in der Dardanellenfrage vor den Kopf, versuchte es aber gleichzeitig durch heftige Drohungen in Wien wieder zu versöhnen und stachelte die

Serben zu einer Stimmung auf, die an Größenwahn grenzte und in einigen Jahren zur gefährlichen Explosion führte: Österreich sollte zugunsten eines Großserbiens zu einer „östlichen Schweiz" herabgedrückt werden. Auch ließ man es sich reichliche Bestechungsgelder in Wien kosten, um den Serben die österreichischen Generalstabspläne zu verschaffen. Iswolski andererseits fühlte sich blamiert und von Ährenthal düpiert; Rußland sah sich um seine Hoffnungen betrogen, während Österreich seinen Anteil an der Beute heimgebracht habe; es ließ sich die englische Aufpeitschung panslawistischer Instinkte gern gefallen. Wäre es finanziell und militärisch gerüstet gewesen, hätte es die Nachwirkungen der Niederlage und der Revolution schon überwunden, so wäre das Wetter nicht vorübergezogen. So aber wich man doch zurück. Und auch Frankreich, seinem Heer und seiner Marine mißtrauend und mit Marokko genügend beschäftigt, zeigte Abneigung gegen die Entfesselung eines großen europäischen Krieges, obwohl es, ebenso wie England, bereits geheime Mobilmachungsvorbereitungen getroffen und die Versammlung eines gemeinsamen Geschwaders bei Malta vereinbart hatte. Auch war man darüber erzürnt, daß Iswolski die Annexion an Österreich zuerst zugestanden hatte, ohne Frankreich vorher zu verständigen: einem hinterhältigen Bundesgenossen könne man nicht trauen. England aber wartete ab; auch ihm schien die Zeit nicht reif, wenn die beiden Freunde nicht willig die Hauptlast auf sich zu nehmen bereit waren. So gewannen Österreich und Deutschland einen großen diplomatischen Erfolg: jede Entschädigung an Serbien wurde ruhig und bestimmt abgelehnt, gleichzeitig aber durch Zusammenziehung von Truppen an der serbischen Grenze die Entschlossenheit bekundet, etwaige serbische Provokationen energisch zurückzuweisen.

Es war die Folge der deutschen Isolierung, daß Deutschland gegen die Bismarckschen Traditionen in diesen Balkanwirren so ganz die österreichischen Interessen vertreten mußte. Wollte es nicht in dämonischem Umschwung den Russen und Engländern die Türkei opfern und dann aus dem Zusammenbruch Österreichs den großdeutschen Gedanken durch Angliederung der 10 Millionen Deutsch-Österreicher zur Tat machen — und solche Entschlüsse lagen meilenfern —, so mußte es jetzt weit über die Dreibundverpflichtungen hinaus dem Bundesgenossen die Treue wahren. Sonst sah es sich bald allein der mächtigen Koalition gegenüber, der Österreich zu erliegen im Begriff war. So rächten sich die früheren politischen Fehler: durch sie ist in jenen Tagen die tragische deutsch-österreichische Schicksalsgemeinschaft entstanden.

Immerhin entspannte die feste Haltung der Zentralmächte zunächst die Lage, zumal Österreich der Türkei einen günstigen Handelsvertrag und eine Geldentschädigung zubilligte (9. Januar 1909) und auch Bulgarien unter russischer Vermittlung sich zu finanziellen Opfern herbeiließ und dafür als selbständige Macht auch seitens der Türkei anerkannt wurde. Nur Serbien konnte sich nicht beruhigen und rüstete erst ab, als Rußland auf deutsche Vorstellungen hin seine schützende Hand offen von ihm abzog, es auf den späteren Zerfall Österreich-Ungarns vertröstend (31. März 1909). Deutschland hatte sich zu diesem warnenden Rat an Rußland erst entschlossen, nachdem Frankreich einen gemeinsamen Schritt in Petersburg zur Erhaltung des Friedens abgelehnt hatte. Die Form war äußerst höflich; man glaubte naiverweise in Berlin, Rußland einen Gefallen erwiesen zu haben, und der Kaiser drückte in einem seiner um Gunst werbenden Briefe seinem „liebsten Nicky" „für die loyale und edle Art", mit der er auf dem Weg zum Frieden vorausgegangen sei (9. April 1909) seinen Dank aus, während der Zar noch am 6. März dem serbischen Gesandten erklärt hatte, nach seinem Empfinden sei der Zusammenstoß mit dem Germanentum unausweichlich; man müsse sich vorbereiten, aber eine jetzige Niederlage Rußlands werde der Ruin des Slawentums sein. England aber war verstimmt über die friedliche Lösung der bosnischen Krise und verbreitete die Legende von einer plumpen deutschen Drohung, um die russisch-deutschen Beziehungen zu vergiften. Auch in Österreich selbst wurden Stimmen laut, die es bedauerten, daß man jetzt nicht energisch zugegriffen und Serbien gezüchtigt habe, ehe Rußland zur Waffenhilfe bereit sei; insbesondere verzieh der geniale Generalstabschef Conrad von Hötzendorf dem Außenminister Ährenthal seine besonnene Haltung nicht.

Freilich war klar, daß die Entscheidung nur aufgeschoben

war und Rußland sich nicht für immer die Hände binden ließ: zwar hatte nun Serbien sein völliges „Desinteressement" an Bosnien-Herzegowina feierlich ausgesprochen, aber Iswolski vergaß die russisch-serbische Demütigung nicht. Er betrieb einen Balkanbund gegen Österreich und veranlaßte den Zaren mit weitem Umweg um österreichisches Gebiet herum zu einem Besuch des italienischen Königs in Racconigi (24. Oktober 1909), wo beide Staaten sich verpflichteten, sich der territorialen Ausdehnung einer jeden Großmacht auf dem Balkan diplomatisch zu widersetzen, und insbesondere neue Abmachungen über Albanien nur nach gegenseitiger Verständigung zu treffen, während Italien freie Hand zur Besetzung von Tripolis erhielt gegen Zugeständnis der Meerengen an Rußland. Und die wahre Stimmung der russischen Chauvinisten bewies ein Zeitungsartikel des Ministers des Innern, Fürsten Swiatopolk-Mirski Anfang 1910: Rußland brauche zur Auffrischung seiner sittlichen Atmosphäre einen Krieg. Dafür müsse Frankreich das Geld geben. Der Kampf werde schonungslos bis zur Zertrümmerung der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche geführt werden; Mähren solle an Tschechien, Schleswig-Holstein an Dänemark, Elsaß-Lothringen an Frankreich fallen. Trotz seines italienischen Erfolges jedoch fiel Iswolski der bosnischen Niederlage zum Opfer (28. September 1910). Er wurde aber Botschafter in Paris und hat hier seinem Haß gegen Österreich die Zügel schießen lassen. Er blieb einer der schlimmsten Kriegstreiber in den folgenden Jahren; ihm gelang insbesondere der immer engere Zusammenschluß der drei deutschfeindlichen Mächte. Sein Nachfolger Sasonow war objektiver und versteifte sich zunächst nicht so stark auf die Fragen des nahen Orients.

Die Entspannung der gesamteuropäischen Lage wurde weiterhin gefördert, aber auch die Achtung vor dem Deutschen Reiche verringert durch ein Zurückweichen Deutschlands in der marokkanischen Frage. Man gab, als die Franzosen, jetzt gestützt durch die russisch-englische Annäherung, bei erneuten Unruhen 1908 eine brutale Gewaltpolitik beliebten, die Interventionspolitik von 1905 auf, um das Risiko eines europäischen Konfliktes zu vermeiden und weil man durch die bosnische Spannung engagiert war, gegen das heuchlerische Versprechen der französischen Regierung, die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu schützen und das Zusammenarbeiten der kaufmännischen und industriellen Unternehmer zu fördern (9. Februar 1909). Freilich gewann Frankreich durch eine große, dem Sultan gebotene Anleihe bald das Übergewicht in allen wirtschaftlichen Fragen, und die berechtigten Klagen der Gebrüder Mannesmann, deren Konzessionen zur Bergwerksausbeutung dauernd französischer Nichtachtung begegneten, erregten zwar stürmische Debatten im Reichstag, bewogen jedoch die friedfertig gestimmte Regierung nicht zu energischen Schritten, um wirklich die deutschen wirtschaftlichen Interessen sicherzustellen. Auch England zog lindere Saiten auf; es traute der eigenen militärischen Stärke nicht, zumal damals die Zeppeline ihre ersten Triumphe feierten, und war vorläufig zufrieden, Deutschland auf dem ganzen Erdenrund wirtschaftlich einzudämmen. Zudem gab es hier aufrichtige Friedensfreunde, wie Macdonald und die ganze Sippe der Gewerkschaften, wenn auch die Imperialisten die offizielle Politik bestimmten; weite Kreise in England erkannten die Friedensliebe des deutschen Kaisers und der politischen Leitung rückhaltlos an. So begann die Epoche der gegenseitigen Besuche von Stadtverordneten, Arbeitern und Geistlichen mit dem Zweck, die Beziehungen zu bessern. Eduard selbst machte einen Höflichkeitsbesuch in Berlin (Februar 1909), und die entgegenkommende Politik des neuen Reichskanzlers Bethmann Hollweg (Juli 1909), der England durchaus von dem russisch-französischen Bunde zu lösen sich abmühte und auf Verständigung drängte, wirkte besänftigend. Andererseits machte man, selbst uneins über die Möglichkeiten, durchaus keine greifbaren Vorschläge zu gegenseitiger Abrüstung, rüstete vielmehr energisch unter Hinweis auf die Bedrohung durch die deutsche Flotte, wobei lügnerische Entstellungen über deutsche heimliche Verstärkungen nicht gescheut wurden (Parlamentsdebatte März 1909), und faselte von 66000 deutschen Heeresangehörigen, die sich in England verborgen hielten und von riesigen Munitions- und Waffenlagern deutscher Herkunft in London; man veranlaßte auch Kanada und Australien zur äußersten Anspannung ihrer maritimen Entwicklung und ließ Rußland wissen, daß die öffentliche Meinung genügend vorbereitet sei, um der Regierung einen Krieg an der Seite

Rußlands in der Balkanfrage zu ermöglichen (Frühjahr 1909). Der Tod des Königs (7. Mai 1910) änderte vorläufig zwar nichts an der Gesamteinstellung der englischen Politik, die in Ruhe abwartete, bis Rußland und Frankreich erstarkt genug wären, um Deutschland dauernd zu fesseln, nahm ihr aber den besonnenen Führer und diplomatischen Meister, der ohne Krieg sein Ziel zu erreichen hoffen durfte; jetzt lag eine unfeinere und rücksichtslosere, durch keine dynastischen Interessen gehemmte Ausnützung einer etwa gegebenen Lage näher.

In vorausschauender Politik die Bedingungen für eine Auseinandersetzung mit Deutschland günstiger zu gestalten, dazu baute England das russische Einvernehmen weiter aus. Beide Staaten zogen nunmehr auch Japan fester an sich, um im fernen Osten Ruhe zu haben. Japan und Rußland einigten sich mit englischer Zustimmung über einen Ausgleich ihrer Interessen in der Mandschurei und Nordchina, wobei Korea vollkommen den Japanern überlassen wurde und von der Landkarte verschwand (3. Juli, 22. August 1910), während die Mongolei im wesentlichen russische Machtsphäre bleiben sollte. England brachte hier wiederum ein Opfer aus Vorsicht gegen Deutschland; denn waren diese Abmachungen auch mehr gegen Amerika gerichtet, das Chinas Freundschaft suchte und die mandschurischen Bahnen unter seine Verwaltung bringen wollte, so geriet es doch auch dadurch selbst in Ostasien ins Hintertreffen. Es mußte sich zu einer besseren Behandlung der Japaner in den Kolonien, zumal in Australien entschließen und erneuerte den Bund mit Japan (Juli 1911) mit der Erweiterung, daß es seine Streitkräfte im fernen Osten erheblich verminderte, um die heimische Flottenbereitschaft zu verstärken. Dieses Zurückweichen rächte sich freilich: Rußland war nicht mehr so ganz der gefügige Parteigänger Englands, seitdem es mit Japan wieder volle Freundschaft hielt; zudem hatte der englandfreundliche Iswolski jetzt geringeren Einfluß, und ernste politische Sorgen ließen den kühl zurückhaltenden Sasonow von England abrücken. Die schlimmste Reibungsfläche lag in Persien.

Hier hatte Rußland durch Unterstützung des grausamen Schahs Muzaffer-ed-din gegen die junge Volksvertretung der Reaktion gedient und mehrfach durch militärische Intervention sich politische und wirtschaftliche Vorteile gesichert, was das englische Parlament sehr erregte; andererseits versuchte England, die zwischen beiden Einflußsphären liegende neutrale Zone durch Straßen- und Eisenbahnbau für sich nutzbar zu machen. Daraufhin machte der Zar, dem man mit einer deutsch-englischen Verständigung drohte, seinerseits eine deutschfreundliche Geste in einer Potsdamer Zusammenkunft mit dem Kaiser (4. November 1910). Hier wurde festgelegt, daß beide Reiche sich in keine Kombination einlassen sollten, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte. Insbesondere solle der Status quo auf dem Balkan nicht gestört werden; d. h. Deutschland verpflichtete sich, die orientalische Frage nicht aufzurollen, und gab dadurch Rußland die Zeit, seine Armee zu kräftigen und den rechten Moment für einen Umschwung auf dem Balkan selbst auszusuchen. Ferner wurde deutscherseits der russische Einfluß in Nordpersien anerkannt und dafür ein zukünftiger Anschluß der Bagdadbahn an das russisch-persische Bahnnetz vorgesehen. Gerade das nahmen die Engländer außerordentlich übel, da der ganze Sinn des Abkommens von 1907 eben darin bestanden habe, Deutschland zu verhindern, in Persien Fuß zu fassen und der Bahn auch strategische Bedeutung zukomme; Grey, der Eduards Erbschaft der antideutschen Politik übernommen hatte, dachte mehrfach ernstlich an seinen Rücktritt, und erst Ende 1911 war die anglorussische Freundschaft wieder fester gegründet: nur die zweite Hälfte der deutsch-russischen Abmachungen wurde veröffentlicht, nicht der allgemein politische Teil: jede schriftliche Fixierung dieser wichtigsten Richtlinien lehnte Rußland ab: das Wort der Zaren genüge. Deutschland trug also die Kosten des neuen englisch-russischen Ausgleichs.

Inzwischen waren nämlich im Jahre 1911 an mehreren Seiten des politischen Horizontes andere drohende Wetterwolken heraufgezogen. Frankreich, gedeckt durch die geheimen Verträge mit Großbritannien und Spanien von 1904 (S. 148/49) und verwöhnt durch die nachgiebige Haltung Deutschlands, hielt es an der Zeit, in Marokko ernstlich durchzugreifen, unbekümmert um die Abmachungen von Algeciras und das Marokkoabkommen mit Deutschland von 1909. Es begünstigte Unruhen im Hinterlande und den Aufstand einiger Stämme in der

Nähe von Fez, um dem angeblich „unabhängigen“ Sultan Mulay Hafid in einem Geheimvertrag Vorschüsse, starke französische Hilfskräfte und französische Instrukteure auf 5 Jahre aufzudrängen (10. April 1911). Französische Truppen erhielten mit englischer Zustimmung bereits am 19. April den Befehl, das völlig ruhige Fez zu „entsetzen“; sie rückten am 21. Mai in die Hauptstadt ein. Spanien, aus Furcht, in seinem Anteil an der Beute gekränkt zu werden, ließ gleichfalls Truppen landen und besetzte Tetuan und El-Ksar (Anfang Juni). Da entschloß sich auch Deutschland, seine Rechte auf Mitregelung der marokkanischen Dinge zu unterstreichen: es ließ sich zu einer taktisch falschen, aufreizenden Demonstration verleiten, zur Entsendung des Kanonenbootes „Panther“ nach Agadir (1. Juli 1911), die der Kaiser gegen bessere Einsicht zugab.

Der Staatssekretär Kiderlen-Wächter dachte nicht an Krieg, er betonte natürlich die deutschen Ansprüche in Marokko, wollte indes damit nur Kompensationen in anderen französischen Kolonien erreichen. Nicht aber die Franzosen, sondern die Engländer gerieten in Wut über die angebliche Festsetzung der Deutschen in Süd-Marokko. Ohne mit Frankreich durch einen formellen Akt gebunden zu sein, waren sie bereit, Flotte und Expeditionsarmee gegen Deutschland in Bewegung zu setzen.

Grey hatte schon im Mai den deutschen Botschafter gewarnt und mit starkem Bluff versichert, daß England in jedem Falle und unter allen Umständen seinen Verpflichtungen gegen Frankreich nachkommen werde und daß diese Verpflichtungen „operative“ seien. Jetzt zeterte der Finanzminister Lloyd George herrisch über Deutschlands angeblichen Anspruch auf die europäische Hegemonie (21. Juli) und stieß unmißverständliche Drohungen aus, die Zeitungen wetterten, die Offiziere des aktiven Heeres wurden vom Urlaub zurückberufen, Pferdeankäufe fanden statt, das Nordseegeschwader wurde in Kriegsbereitschaft gesetzt (August 1911), eine Landung in Zeebrügge auch gegen den Willen Belgiens ins Auge gefaßt; man spielte mit dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht. Deutschland aber blieb friedliebend, wenn auch Konservative und Nationalliberale im Reichstage Bethmann Hollweg heftig ob seiner Nachgiebigkeit angriffen; des Kaisers Nerven versagten, sobald er „über den Graben springen sollte“; und man konnte jetzt

auch in der Tat einen Krieg nicht führen, den man 1905 unter viel günstigeren Bedingungen gescheut hatte. Marokko war die Gefahr eines Weltbrandes nicht wert. Man begnügte sich also nach schleppenden Verhandlungen mit ziemlich mäßigen Abtretungen im sumpfigen Kongo, zu denen sich Frankreich endlich bereit fand, verzichtete auf eine wirkliche Abrundung des mittelafrikanischen Kolonialbesitzes und mußte froh sein, eine Grenzregulierung davonzutragen (4. November 1911). Und eine Versöhnung mit Frankreich war trotzdem nicht erreicht; im Gegenteil: die Franzosen wußten jetzt, wie sehr sie sich auf England auch ohne schriftliche Verpflichtungen verlassen konnten; sie veröffentlichten nunmehr die Geheimverträge mit England und Spanien vom 8. April und 6. Oktober 1904 über die schon damals vereinbarte Teilung Marokkos (S. 148/49), um Deutschlands diplomatische Niederlage aller Welt vor Augen zu führen. Zudem stieg die Revanchestimmung ins Ungemessene, zumal man sich in der neuen Waffe des Flugwesens und in der Feldartillerie überlegen fühlte; man sah die Entente jetzt ganz als ein Defensiv- und Offensivbündnis gegen Deutschland an, und das friedliebende Ministerium Caillaux, das sich mit Deutschland geeinigt hatte, wurde durch ein chauvinistisches unter Poincaré ersetzt, was auch dem aufgeregten, sich immer heftiger gegen Deutschland wendenden Volkswillen durchaus entsprach.

Und ein anderes Wetter türmte sich gleichzeitig auf. Italien entschloß sich, nachdem Marokko für seine Zukunftsentwicklung endgültig verloren war, nun in Tripolis zuzugreifen: ein neuer Schlag für Deutschland, das hier noch weniger wie in Marokko seinem türkischen Freunde ein Schützer sein konnte. Ein deutscher Vermittlungsvorschlag, der Italien eine ähnliche Machtstellung in Tripolis eingeräumt hätte, wie sie England in Ägypten besaß, scheiterte durch Giolittis Gegenwirkung; der Krieg begann (29. September 1911). Deutschland zeigte seine Loyalität beiden Parteien gegenüber durch die Übernahme des Schutzes der Italiener in der Türkei und der Türken in Italien. Mit süßsaurem Gesicht blickten die Westmächte auf die Machterweiterung Italiens, die ihnen im Mittelmeer unbequem war; andererseits rechneten sie damit, daß der Krieg auch auf den Balkan übergreifen und dadurch den Dreibund völlig

zerreiben werde. Doch es gelang immer erneuter deutscher Vermittlung, das Hinüberspringen des Funkens auf den Balkan zu verhindern, wenn auch die Besorgnis Poincarés, Deutschland werde durch Druck auf die Türken eine einseitige Vermittlung zugunsten Italiens versuchen und dadurch den Dreibund kräftigen, durchaus unbegründet war; dergleichen lag fern; immerhin lehrte die Eifersucht der Franzosen, die der lateinischen Schwester Steine in den Weg warfen und den Gegnern Waffen zuführten, die Italiener, die deutschen Beziehungen höher einzuschätzen; bald nach dem glücklichen Ende des Krieges, im Frieden von Lausanne (18. Oktober 1912), erneuerten sie den Dreibund (7. Dezember 1912), der freilich durch die früheren Verpflichtungen Italiens gegenüber Frankreich, England und Rußland fast nur noch dekorativen Wert besaß und von der Entente als totes Gewicht am Leibe der Mittelmächte nicht ungern gesehen wurde. England hatte während des Krieges die vortreffliche Bucht von Solum durch den Khediven besetzen lassen, um ihre Zugehörigkeit zu Ägypten zu sichern; auch Rußland suchte Vorteile und erwog bereits die Besetzung der Meerengen; es legte am 6. Dezember 1911 der Pforte einen Vertrag vor, der ähnlich dem von Hankiar-Iskelessi vom Jahre 1833 die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe erlauben, die anderer Nationen verbieten sollte, nachdem Italien und Deutschland versprochen hatten, hierin keine Schwierigkeiten zu machen; doch hinderte ein nun doch ausbrechender neuer Kriegsbrand auf den Balkan die Fortentwicklung dieses Vorgehens, das sicher Rußland und England entzweit hätte. Es eröffneten sich ganz andere Aussichten für die russische Politik.

Die Balkanstaaten griffen, ermutigt durch die Niederlagen der Türkei und ihre wüsten inneren Zustände, zur Selbstbefreiung. Es war dem klugen, kretischen Abenteurer Venizelos und den russischen Gesandten in Belgrad und Sofia, Hartwig und Geschow, gelungen, den alten Plan Iswolskis (S. 238) zur Tat werden zu lassen und die Balkanstaaten zu einem festen Blocke zusammenzuschweißen, der sich zunächst zwar offensiv gegen die Türkei, aber ebensosehr auch gegen Österreich richtete und das große Mittel bieten sollte, das Balkanproblem durch Zertrümmerung der Türkei und Österreichs und durch

Lahmlegung Rumäniens im russischen Sinne zu lösen. Obwohl Rußland und Bulgarien schon seit langer Zeit durch eine Militärkonvention mit dem Zwang gegenseitiger Unterstützung verbunden waren, die in einem Geheimvertrag vom Dezember 1909 ihre scharfe Spitze gegen Österreich und Deutschland kehrte, „um die hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel zu verwirklichen“, hatte es drei Jahre gekostet, bis die eifersüchtigen Brüder Bulgarien und Serbien sich fanden (29. Februar 1912), Rußland das Schiedsrichteramt bei Streitigkeiten übertrugen und zugleich Anschluß an Frankreich und England suchten, die sich auch allmählich entschlossen, eine territoriale Ausdehnung Österreichs auf dem Balkan nicht zu dulden. Aber es war ein gewaltiger russischer Erfolg: der Gegenschlag gegen die österreichische Annexion von 1909. Österreich sollte jetzt die Kosten für die Vergrößerung Serbiens tragen. Rußland also erschütterte planmäßig das europäische Gleichgewicht und scheute sich nicht, zum Krieg zu hetzen; und als sich dann bald Montenegro und Griechenland dem Bunde angeschlossen (16. Mai), begannen die Aufstände und Unruhen zunächst gegen die Pforte, aus denen der Krieg sich entwickeln sollte; im Hinterhalt lauerte der Russe auf den günstigen Moment für sein Eingreifen, hielt aber dabei den Blick scharf nach Westen gerichtet.

Den bisher geltenden Mobilmachungsplan machte er aus einem defensiven zu einem offensiven mit der Richtung gegen Deutschland: am 6. März 1912 wurde beschlossen und am 11. April dem Kommandierenden im Warschauer Bezirk die Weisung gegeben, „daß bei Ankündigung der allgemeinen Mobilisation für den Bezirk des europäischen Rußlands im Falle politischer Verwicklungen an den Westgrenzen das Mobilisationstelegramm als Allerhöchster Befehl für die Eröffnung der Kriegstätigkeit gegen Österreich und Deutschland zu gelten hat“. Gleichzeitig wurde das Mobilisationszentrum vornehmlich nach Polen verlegt, und die in Paris am 14. Juli tagende Konferenz des russischen und französischen Generalstabschefs (Gilinsky und Joffre) ging von dem Grundsatz aus, daß die völlige Vernichtung der deutschen Streitkräfte um jeden Preis erstrebt werden müsse. Gleichzeitig aber entblödete sich der Zar nicht, in einer Zusammenkunft vor Baltisch-Port

dem Kaiser unter Verschweigung des Balkanbundes die friedlichsten Absichten vorzutäuschen (4. Juli).

Der Panslawismus in der neuen Iswolskischen Form der slawischen Verbrüderung und Interessenidentität hatte nunmehr die Führung der europäischen Politik und die Offensive gegen den Dreibund übernommen. England sah dabei seine eigenen Interessen durch ein zu großes Anschwellen des slawischen Ehrgeizes gefährdet; es hatte nur die Sicherstellung seiner eigenen Macht im Auge und konnte also vorläufig, da die Mittelmächte genügend gebunden waren, die weitere Einkreisung in den Hintergrund treten lassen, ja seinerseits mit der Maske des Friedliebenden den in manchen Schichten seiner Bevölkerung stark vorhandenen Tendenzen zur Verständigung mit Deutschland eine Weile freie Bahn gestatten, ohne die Grundrichtung seiner Politik zu ändern.

So machte, gerade als eine neue, furchtbare Kriegsgefahr heraufzog, die ganz Europa beunruhigte und die Mittelmächte im Osten vor schwerste Entscheidungen stellte, und just, während die englischen Generalstabsoffiziere die genauesten Karten über den künftigen belgischen Kriegsschauplatz ausarbeiteten, auf dem sich England im Notfall aktiv zu beteiligen gesonnen war, die britische Staatskunst den gescheiten Versuch, in der Flottenfrage Deutschland zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Die erste Fühlungnahme ging freilich von der friedfertigen deutschen Seite aus. Bethmann Hollweg, der selbst der Meinung war, die Tirpitzsche Flottenpolitik sei das schlimmste Hindernis für eine Aussöhnung, hatte schon einmal im August 1909 bei dem Botschafter Goschen eine gegenseitige Neubaubeschränkung angeregt, jedoch ohne jeden Erfolg; er sondierte jetzt nach dem Abflauen der marokkanischen Erregungen von neuem die englischen Staatsmänner, um gegen das Revanchegeschrei in Frankreich und das stürmische Rufen nach neuer Flottenverstärkung in national-deutschen Kreisen, das soeben eine neue Flottennovelle gezeitigt hatte, die Möglichkeit einer ehrlichen deutsch-englischen Verständigung zu prüfen (Weihnachten 1911). Daraufhin erschien der englische Finanzmann Cassel, ein geborener Deutscher, der schon seit dem Sommer 1908 wegen eben dieser Fragen mit dem größten deutschen Reeder Albert Ballin in vertraulicher Verbindung stand,

Ende Januar 1912 in Berlin, und nach seinen intimen Vorbesprechungen nahm der englische Kriegsminister Haldane am 8. und 9. Februar 1912 die offiziellen Verhandlungen auf. Der deutsche Kanzler war durchaus geneigt, in der Flottenfrage weit entgegenzukommen, und auch der Kaiser und selbst Tirpitz waren einverstanden: man erkannte die Vormachtstellung Englands zur See offiziell an, war bereit, sich an ein Flottenverhältnis von 10 : 16 zu binden, und die drei Dreadnoughts der neuen Flottennovelle sollten erst 1913, 1916 und 1919 angefordert werden. Das englische Kabinett verlangte ferner auch einen Verzicht auf deutsche Mannschaftsvermehrung, was Deutschland zunächst ablehnte, aber schließlich auch zugestanden haben würde. Auch in der Bagdadfrage gab man englischen Wünschen nach, wofür Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes in Südwestafrika durch den wieder ins Auge gefaßten Erwerb der portugiesischen Kolonie Angola (S. 137/8, 147) und Überlassung von Sansibar und Pemba englischerseits vorgeschlagen wurde. Aber in der wichtigsten Frage eines festen Neutralitätsabkommens stießen die deutschen Vorschläge auf entschiedene Ablehnung, und auch in den weiter hingezogenen Verhandlungen kam man hier zu keiner Einigung.

England nämlich wollte nur erklären, daß es keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik jetzt und später enthalten werde — was unter zivilisierten Nationen wohl selbstverständlich sein sollte, hier aber als Entgegenkommen galt —, es lehnte jedoch wegen der Greyschen Versprechungen an Frankreich und Rußland ab, im Falle eines Deutschland aufgezwungenen Krieges sich zur Neutralität zu verpflichten. So lag der Gedanke nicht fern, daß sein ganzes Verhandeln nur den Zweck habe, die deutschen Rüstungen einzudämmen, um selbst weiter rüsten und sich Deutschlands Feinden zur Verfügung halten zu können. In der Tat wollte es Frankreich keinen Anlaß zum Mißtrauen geben, seine Machtgruppe stark erhalten und jederzeit volle Handlungsfreiheit haben, Deutschland aber das Schwert zu seiner Verteidigung aus der Hand winden. Und sein Entgegenkommen gegen Deutschland hat den Kriegsausbruch nur beschleunigt, weil es Frankreich und Rußland verdächtig zu werden anfing. Deutschland auf der anderen Seite suchte ehrlich eine Ab-

schwächung, ja Beseitigung des Gegensatzes der Mächtegruppen; es wollte den Frieden dadurch sichern, daß Rußland und Frankreich bei einer Deutschland feindlichen Politik nicht mehr auf Englands Hilfe rechnen dürften.

Aber gerade das lag nicht im Sinne der englischen Staatsmänner. Im Gegenteil: sie ließen an den Grundlagen der Entente nicht rütteln, um die Zentralmächte dauernd unter Hochdruck zu halten, und eben die Gewißheit Rußlands und Frankreichs, daß England auf ihrer Seite aktiv helfen werde, hat später den Krieg herbeigeführt. Wohl aber konnten sie konkrete Differenzen selbst in wichtigeren Fragen durch Interessenausgleich mit Deutschland beseitigen, wie früher um die Jahrhundertwende (S. 136 f., 141 f., 143), und damit zugleich den englischen Verständigungs- und Friedenswillen der Opposition im eigenen Lande wie der Welt gegenüber beweisen. Sie waren ja auch selbst gesättigt und mit dem Ausbau und der Sicherung ihres Reiches und seiner Verbindungswege genügend beschäftigt, und die starke deutsche Flotte machte sie auch geneigter, Reibungsflächen auszuschalten. So gingen die Verhandlungen über einen Ausgleich in den Kolonialfragen und über die Bagdadbahn weiter, und man arbeitete auch gemeinsam an der Erhaltung des europäischen Friedens in den Balkanwirren, die für Englands Interessen im nahen Orient ebenso gefährlich waren, wie für Deutschland und Österreich. So besserten sich immerhin die Beziehungen, und eine allmähliche ernste Annäherung schien trotz aller Gegensätze im Bereiche der Möglichkeit zu liegen.

Im Laufe der Kolonialverhandlungen erfuhr die deutsche Leitung erst von dem Windsorvertrag (S. 137 f., 147), der nicht eben viel Vertrauen in die englische Ehrlichkeit weckte; aber jetzt hielt sich England nicht mehr an ihn gebunden, da Portugal Republik geworden und durchaus unfähig war, die äquatorialen Lande zu entwickeln. Es erkannte nunmehr im wesentlichen das portugiesische Ostafrika von der deutschen Grenze bis zum Sambesi und den größten Teil des portugiesischen Angola als deutsches Interessengebiet an, unterstützte die deutsche wirtschaftliche Durchdringung, die Hoheitsrechte, Eisenbahn und andere wichtige Unternehmungen in deutsche Hände überleiten sollte, und förderte auch die

Verhandlungen über den Bau anderer Eisenbahnen in Mittelafrika durch deutsches Kapital, die den belgischen Kongo erschließen und Ostafrika mit Angola verbinden sollten, freilich nicht ohne gleichzeitig in Belgien die Besorgnis vor politischen Absichten Deutschlands auf den Kongostaat zu schüren. Frankreich nahm an den Besprechungen teil und hatte auch gegen eine englisch-deutsche Bank in Marokko nichts einzuwenden: ein großzügiges deutsch-englisch-französisches Kolonialabkommen war im Werden, das die internationalen Beziehungen auch sonst hätte beeinflussen müssen. So waren in den letzten Jahren vor dem Kriege die englische und die französische Regierung von dem Wert deutscher Kolonialtätigkeit überzeugt, woran man nach dem Versailler Schimpf nicht eindringlich genug erinnern kann.

Und auch in der Frage der Bagdadbahn ließ England mit sich handeln. Die Türkei war lange finanziell von den Westmächten drangsaliert und im November 1910 durch einen von ihnen für unmöglich gehaltenen Zusammenschluß der gesamten deutschen und österreich-ungarischen Bankwelt vor dem Staatsbankrott gerettet und ihr Staatshaushalt für zwei Jahre gesichert worden; die nunmehrige Bewegungsfreiheit kam auch der Bagdadbahn zugute, deren Weiterbau jetzt endlich wieder erwogen werden konnte. Nach langen Unterhandlungen mit England und Frankreich gaben diese ihren alten Widerstand gegen die Fortführung auf (S. 128, 147), wogegen Deutschland auf die Strecke von Basra bis zum Persischen Golf verzichtete, den Engländern die Schiffahrt auf den mesopotamischen Flüssen, die dortigen Bewässerungsanlagen und die wesentliche Ausbeutung der Petroleumquellen überließ, den Franzosen aber bei der Abgrenzung der beiderseitigen Eisenbahnnetze weit entgegenkam und beide Mächte an der Finanzierung des ganzen Unternehmens beteiligte. Die Verhandlungen, die nächst der Flottenfrage den schlimmsten Streitpunkt mit England beseitigten, zogen sich bis zum Sommer 1914 hin; die englisch-deutschen Verträge wurden mit denen über Afrika zusammen am 16. Juni 1914 unterzeichnet, die Veröffentlichung stand bevor. Der Ausbruch des Weltkrieges vernichtete dann alle Hoffnungen.

Wichtiger aber noch als diese Ausgleiche konnten die

gemeinsamen Bemühungen zur Erhaltung des europäischen Friedens während der Balkanwirren erscheinen. Aber dies Zusammenarbeiten war doch englischerseits wesentlich als eine Hemmung der Politik des Dreibundes gedacht. Denn das stand bei England fest: es hätte niemals ein Niederschlagen von Rußland und Frankreich durch die Zentralmächte gelitten und fühlte sich mit Frankreich darin einig, keinen österreichischen Machtzuwachs auf dem Balkan zu dulden, der freilich sofort ein Eingreifen Rußlands und damit einen europäischen Krieg hervorgerufen hätte. Kam es aber zu diesem Kriege, so war es nach einem Worte Greys an Sasonow entschlossen, „der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen". Im übrigen aber war es, genau wie Deutschland, bemüht, den Frieden auf dem Balkan baldigst wiederherzustellen; es wollte die russische Macht nicht zu groß werden lassen; eine gemeinsame Aktion, die Iswolski betrieb, lehnte es ebenso ab wie Frankreich. Gegenüber den gefährlichen Umwälzungen auf dem Balkan bildete sich vielmehr etwas von einem europäischen Solidaritätsgefühl heraus.

Inzwischen ging Rußland unbeirrt auf sein Ziel, die Entfesselung des Balkankrieges, los, in voller Absicht, ihn zu einem Weltkriege auswachsen zu lassen. Es gelang dem unermüdlichen Quertreiber Iswolski in Paris, den seit Januar 1912 amtierenden Außenminister Poincaré in seinen Bann zu ziehen, und in dem vom französischen Gesandten in Sofia (1907—1912) zum Direktor im Außenministerium aufgerückten Paléologue einen fanatischen Helfer zu finden. Diese drei haben von Mai 1912 ab in geheimen Zusammenkünften, zu denen der Kriegsminister Millerand, der Generalstabschef Joffre, der Marineminister Delcassé und der Admiralstabschef Aubert hinzugezogen wurden, den Krieg gegen Deutschland systematisch vorbereitet. Gleichzeitig verschaffte sich Rußland eine weitere Rückendeckung im Osten, indem es ein neues Abkommen mit Japan schloß, wonach im Fall eines deutsch-russischen Krieges Sibirien von russischen Truppen entblößt werden durfte und den Japanern Kiautschou überlassen wurde; dafür verzichtete es auf weitere Expansion in Ostasien (8. Juli 1912). Es baute sein Verhältnis zu Frankreich durch eine Marinekonvention aus (16. Juli 1912, S. 111), die der russischen

Flotte die französischen Häfen öffnete und die Zusammenziehung der französischen Seestreitkräfte noch im Frieden mehr nach Osten (nach Bizerta) verlegte, um die Österreicher vom Schwarzen Meere fernzuhalten, und es verpflichtete Poincaré, der bald darauf Präsident der französischen Republik wurde (17. Januar 1913), bei seinem Besuche in Petersburg (August 1912), in Frankreich die Einführung der dreijährigen Dienstzeit zu betreiben und reiche französische Mittel zum Ausbau russischer strategischer Bahnen zu beschaffen. Gleichzeitig ging es die Verpflichtung ein, mit Deutschland keine Frage europäischen Charakters zu verhandeln, ohne vorher mit Frankreich Rücksprache genommen und sich geeinigt zu haben, eine Abmachung, der sich, wie behauptet wird, in mündlicher Verhandlung auch England anschloß. Und es erhielt von Frankreich die ausdrückliche Zusicherung, daß es, wenn ein Zusammenstoß mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehe, dies als einen Bundesfall ansehen und nicht eine Minute zögern würde, seine Verpflichtungen gegen Rußland zu erfüllen (12. September 1912). Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, einer der gefährlichsten Kriegshetzer, wohnte den französischen Manövern an der deutschen Grenze bei, und seine ihn begleitende Gemahlin, eine montenegrinische Königstochter, schmeichelte dabei den Franzosen durch eine „sehnsüchtige Geste nach den verlorenen Provinzen hin" (September 1912) und nahm als Talisman ein Beutelchen voll der „heiligen" Erde Elsaß-Lothringens nach Rußland mit. Der französische Generalstab aber machte noch im selben Herbste eine Informationsreise auf belgischem Boden.

Auch England rüstete sich in diesen Monaten für alle Eventualitäten, voll Mißtrauens gegen die Zentralmächte. Es beantwortete die zu seinen Gunsten erheblich abgeschwächte deutsche Flottenvorlage mit der Kiellegung von sechs neuen Dreadnoughts, versuchte dann Italien von der Erneuerung des Dreibundes abzuhalten und stand im ständigen Gedankenaustausch mit der französischen Regierung über ein intimes Zusammenwirken der General- und Admiralstäbe beider Länder; es drückte in mündlichem Übereinkommen seine Bereitwilligkeit aus, bei einem Überfall durch Deutschland zu Lande und zur See zu helfen; es versprach insbesondere

die Sendung einer Armee von 100000 Mann an die belgische Grenze (Mitte August) und schloß im September mit Frankreich eine neue Marinekonvention, die England den Schutz der Nordsee, Frankreich den des Mittelmeeres zuwies. Das englische Mittelmeergeschwader trat im Ernstfall unter französische Führung. Das bedeutete die völlige Lahmlegung Italiens. Und in denselben Tagen verhandelte Grey mit Sasonow, der nach London geeilt war, über eine gemeinsame Aktion gegen die deutsche Flotte; zu Operationen in der Ostsee, die der Russe verlangte, wollte er sich nicht verpflichten, weil Deutschland eventuell die Hand auf Dänemark legen, den Belt sperren und die englische Flotte wie in einer Falle einschließen könne; aber zu einem Schlage in der Nordsee war er bereit. Der König Georg erklärte dabei, die Engländer würden auch jedes deutsche Handelsschiff, das ihnen in die Hände komme, in den Grund bohren.

Unter so drohenden Auspizien begann der Krieg auf dem Balkan (Oktober 1912), in dem die Türkei wider alles Erwarten in kurzer Zeit völlig zusammenbrach. Die Furcht, Österreich könne eingreifen, schmiedete England und Frankreich nun noch enger aneinander: England ging jetzt über mündliche Vereinbarungen hinaus. Man verpflichtete sich durch den berüchtigten, fast gleichlautenden Briefwechsel zwischen Grey und Cambon vom 22./23. November 1912 zu einer unverzüglichen Zusammenarbeit der Regierungen und beider Generalstäbe zwecks Erwägung gemeinsamer Maßnahmen, falls der allgemeine Friede bedroht würde; diese Briefe sollten einen Vertrag ersetzen, der einer Genehmigung des englischen Parlaments bedurft hätte, und das französische Mißtrauen zerstören, das durch die deutsch-englische Annäherung erregt war; sie sollten gleichzeitig England freie Hand lassen; in Wirklichkeit banden sie fester als ein Vertrag, weil eine moralische Verpflichtung vorlag und eine gemeinsame Gesinnung hinter ihnen stand; sie erhöhten damit auch für die Folgezeit die Kriegsgefahr erheblich. Der militärische Aufmarsch zum Weltkrieg war damit abgeschlossen. So hat denn auch im Januar 1913 der englische König dem Prinzen Heinrich unumwunden erklärt, als dieser eine starke Entente zwischen England und Deutschland als unbesiegbar und als

das notwendige politische Programm für beide Länder hinstellte, „unter gewissen Umständen würde sich England auf die Seite Rußlands und Frankreichs stellen“; es handle sich um eine Ehrenfrage, und es sei kaum ein Unterschied zwischen unterschriebenen Bündnisverträgen und einer festgegründeten Freundschaft. Dasselbe erklärte gleichzeitig Lord Haldane dem deutschen Botschafter Lichnowsky. Die deutsche Leitung hatte das immer noch nicht glauben wollen; Prinz Heinrich und der Kaiser waren stark überrascht; aber die englische Offenheit mit ihrer schroffen Ablehnung des etwas plumpen Liebeswerbens hielt Deutschland vor übereilten Schritten zurück und ließ es auf Österreich ernüchternd einwirken. Erstaunlich nur, daß man diese deutliche Belehrung nach anderthalb Jahren so völlig vergessen hatte!

Deutschland konnte also die Türkei nicht retten; sein ganzes Bestreben war, den Krieg zu lokalisieren und den europäischen Frieden zu erhalten. Und das gelang. Rußland ließ sich wesentlich durch die deutsche Erklärung, daß ein Überschreiten der türkischen Grenze den Frieden gefährde, von dem schon vorbereiteten Einmarsch in Armenien zurückhalten, und Deutschland mäßigte das Wiener Temperament derartig, daß es zu deutlicher Verstimmung kam. Kiderlen-Wächter riet in Wien dringend von der Wiederbesetzung des Sandschaks ab, die man dort in Erwägung zog, und ließ, als die albanische Frage auftauchte, diese in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ für eine europäische erklären, die nicht von einer Macht einseitig gelöst werden könne, was man in Wien äußerst übel nahm, obwohl es nur im Interesse des allgemeinen Friedens geschah.

Für Österreich schien die Schicksalsstunde zu schlagen. Es war in schwierigster Lage. Die Machtverschiebung auf dem Balkan rührte an sein Lebensinteresse. Graf Berchtold, der dem Grafen Ährenthal als Außenminister gefolgt war, hütete sich, durch eine militärische Intervention den Eingriff Rußlands herbeizuführen, zumal er dann von Berlin im Stich gelassen worden wäre und Italien sofort das Trentino beansprucht hätte und mit Rußland und den Westmächten darin einig war, jede österreichische Gebietserweiterung zu hintertreiben. Nur sollte die Stabilisierung des Balkanblocks, der mit seiner runden

Million Soldaten eine schwere Gefahr für Österreich bildete, nach Möglichkeit hintangehalten und Serbien an einem so großen Machtzuwachs gehindert werden, daß die großserbische Propaganda den Bestand der Monarchie ernstlich gefährde. England und Frankreich glaubten aber, man strebe in Wien nach Saloniki; dem hätten sie sich entschieden widersetzt. Österreich verzichtete vielmehr auf den Sandschak und billigte seine Teilung zwischen Serbien und Montenegro, widersetzte sich aber einem unmittelbaren Zugang Serbiens zur Adria, um Rußland keinen Weg in dieses Meer zu lassen und hier die Einschnürung und Umklammerung durch serbisch-russische Kräfte abzuwehren. Das war also eine Verteidigungsmaßregel, die freilich Serbien hart traf.

Im übrigen gewann man, bescheiden genug, die europäische Zustimmung zur Schaffung eines neuen Staates Albanien unter dem deutschen Prinzen von Wied; Italien und Deutschland sahen darin einen glücklichen Ausweg und eben darum ging die Erneuerung des Dreibundes so glatt vonstatten (September 1912). Rußland aber bemühte sich, den neuen Staat möglichst klein und lebensunfähig zu gestalten, und betrieb insbesondere die Zuteilung der Bergfestung Skutari, die als Hauptstadt des Landes gedacht war, an Serbien. Die Kriegsgefahr wurde akut: Österreich mußte eine russische „Probemobilisierung" durch Gegenmaßregeln an der russischen und serbischen Grenze beantworten. Es war klar, daß, wenn Rußland nun intervenierte, unvermeidbar und automatisch Deutschland und dann Frankreich in den Krieg hineingezogen wurden. Poincaré, der den allgemeinen Krieg nicht vermeiden, sondern mit allen Mitteln herbeiführen wollte und dazu auch die französische Presse mit russischem Gelde spickte (Temps Journal des Débats, l'Echo de Paris [Iswolski an Sasonow, 5. Januar und 3. März 1913]), ließ die Russen erneut und immer wieder wissen (Iswolski an Sasonow 20. Oktober, 17. November, 5. und 18. Dezember 1912, 30. Januar, 14. Februar 1913), daß Frankreich die Möglichkeit eines Weltbrandes „mit kaltem Blut betrachte, unbedingt entschlossen, seine Bundesverpflichtungen zu erfüllen; alle notwendigen Maßregeln seien vorbereitet zur sofortigen Mobilisierung an der Ostgrenze". „Damit aber Frankreich jede Minute Rußland im weitesten Maße seine Freundes- und Bundesgenossenhilfe erweisen kann", heißt es in dem Geheimschreiben vom 30. Januar weiter, „bittet uns die französische Regierung inständigst, keinerlei Einzelhandlungen ohne vorausgegangenen Gedankenaustausch mit dem verbündeten Frankreich zu unternehmen; denn nur unter dieser Bedingung kann die Regierung die französische öffentliche Meinung erfolgreich auf die Teilnahme an dem Kriege vorbereiten." Diese Propaganda des skrupellosen Präsidenten, der sich heute als Friedensengel aufspielt, tat ihre Wirkung: der französische Chauvinismus schoß in Blüte, Schulen und Universitäten überboten sich in Pflege des kriegerischen Geistes, die Sportkreise fühlten sich als ein Heroengeschlecht, und die pazifistischen Stimmen eines Jaurès, Combes und Vaillant-Couturier wurden übertönt durch das wilde Chaos der stürmischen Fanfaren. Poincaré aber lieferte gewissenlos das Schicksal Frankreichs durch seine bindenden Verpflichtungen an die russische Diplomatie aus.

Doch die Vernunft siegte noch einmal. Es traten die Botschafter der großen europäischen Mächte in London unter Greys Vorsitz zu einer Konferenz zusammen (17. Dezember 1912).

Frankreich war nach Bericht des russischen Vertreters in London, Benckendorff, die einzige Macht, „die, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde. Jedenfalls hat mir nichts gezeigt, daß Frankreich aktiv dazu beiträgt, in dem Sinne eines Kompromisses zu arbeiten. Nun, das Kompromiß — ist der Frieden; jenseits des Kompromisses liegt der Krieg". „Frankreich," so fährt dieser vorsichtig abwägende Russe fort, „hat sich, um einen bekannten Ausspruch zu gebrauchen, „wieder aufgerichtet". Es hat, sei es mit Recht oder Unrecht, vollständiges Vertrauen zu seinem Heere; der alte gärende Groll ist wieder aufgetaucht, und Frankreich könnte sehr wohl annehmen, daß die Umstände heute günstiger sind, als sie es später jemals sein würden . . . und es könnte von seinem Standpunkte aus . . . wohl recht haben" (12. Februar 1913). Aber es gelang endlich trotz Poincarés Hetze den vereinten Bemühungen der englischen, deutschen und italienischen Vertreter, Mitte Februar 1913 ein Kompromiß durchzubringen, nach dem

Serbien durch eine neue Bahnlinie einen Handelsausgang zur See bekommen sollte. Auch der greise Kaiser Franz Joseph, der in Frieden sterben wollte, tat alles, um den Krieg zu vermeiden; er hatte in einem ergreifenden Schreiben vom 1. Februar dem Zaren die schwere Verantwortlichkeit der russischen Politik auf die Seele gelegt. Und so wurde unter lebhaftester Mitwirkung Deutschlands auch die strittige Grenze des neuen Staates durch österreichisches Nachgeben Ende März geregelt. Als dann aber der Kommandant Skutaris Essad Pascha den Montenegrinern die Festung übergab, wollte Rußland die Einigung umstoßen, aber diesmal hielten England, Deutschland und Frankreich zusammen, und das kleine Montenegro mußte nachgeben (5. Mai 1913). Das war eine Demütigung für Rußland. Aber man fühlte sich hier noch immer nicht stark genug und hatte England und Frankreich in diesem Punkte nicht hinter sich: Skutari hätte die Massen nicht mobil gemacht.

Trotzdem gaben Iswolski und Hartwig, die skrupellosesten Verfechter der panslawistischen Idee, ihr Spiel nicht verloren, und sie wurden von Poincaré unterstützt. Hatte dieser schon Ende 1912 Crozier, den Gesandten in Wien, seines Amtes enthoben, weil er beruhigend wirkte, um „das europäische Blutbad" zu vermeiden, so berief er sofort nach seiner von Iswolski und dem Zaren mit höchster Freude begrüßten Wahl zum Präsidenten den maßvollen Gesandten Georges Louis aus Petersburg ab (19. Januar 1913), den er schon im Sommer vorher auf seiner Reise nach Moskau, auf der ihn Iswolski begleitete, nicht hatte mitgehen lassen, und ersetzte ihn durch Delcassé, den glühendsten Deutschenhasser, von dem Iswolski zu berichten weiß, „daß er der Idee einer allerengsten Verbindung zwischen Rußland und Frankreich ganz und gar ergeben ist, und als einer der einflußreichsten hiesigen Parlamentarier, falls die kritische Stunde kommt, eine entscheidende Rolle im Sinne einer Beseitigung irgendwelchen Schwankens bei der stets verschiedenen Strömungen ausgesetzten (russischen) Regierung spielen kann" (an Sasonow, 17. Februar 1913). Diese Ernennung wurde sofort als deutschfeindliche Kundgebung empfunden und übte einen deprimierenden Einfluß auf die Pariser Börse aus. Dem neuen Gesandten stellte Poincaré die ausdrückliche Aufgabe, die Russen von der Kriegstüchtigkeit

Frankreichs zu überzeugen, auf russische Heeresverstärkung und die Anlage der strategischen Bahnen zu drängen und daneben auch „alle diejenigen Fragen zu besprechen, die die Betätigung des Bündnisses betreffen", d. h. also zum Kriege gegen Deutschland zu hetzen (Iswolski an Sasonow 13. März, Poincaré an den Zaren, 20. März 1913). Und als Delcassés allzu plumpes Draufgehen in Petersburg verstimmte, ließ ihn Poincaré durch den vorsichtigeren Paléologue ablösen, der ruhiger, aber nicht minder kräftig an dem gleichen Strange zog. Frankreichs Leiter war auch weiter bereit, die französischen Truppen für die russischen Balkaninteressen jederzeit marschieren zu lassen. Natürlich nicht um der Russen willen; war er doch ein geborener Lothringer und äußerst ruhmgierig: im Hintergrund seines imperialistischen Denkens stand nicht nur die Rückerwerbung Elsaß-Lothringens, sondern die Zertrümmerung Deutschlands und die Gewinnung des linken Rheinufers für Frankreich, jenes alte Ziel des französischen Ehrgeizes seit den Tagen Ludwigs XIV., und letzten Endes die Hegemonie Frankreichs in Europa. Die Gelegenheit zum Eingreifen zu schaffen, dazu war ihm jedes Mittel recht. Iswolski aber, Hartwig und als Dritter im Bunde der tschechische Abgeordnete Kramarc schürten auf österreichischem Boden in Galizien und Kroatien die Glut des Hasses und überwanden auch den Widerstand des ruhigeren Sasonow in Petersburg gegen eine neue Wendung: man peitschte die Eifersucht von Serbien und Griechenland auf gegen den eigentlichen Sieger, gegen Bulgarien, und ermunterte gleichzeitig Rumänien zum Einschreiten, das bisher sein Pulver trocken gehalten hatte, jetzt aber Kompensationen verlangte.

Bulgarien hatte sich keineswegs durchaus den russischen Wünschen gefügt und die Spitze des Balkanbundes von Österreich abgebogen: es war im Kampfe gegen Rußland groß geworden und wollte selbst die Hauptmacht auf dem Balkan werden und Konstantinopel als Siegespreis davontragen. König Ferdinand hatte mitgeholfen, die allrussischen und großserbischen Wünsche, zumal in der Albanien- und Adriafrage, zu dämpfen und andererseits Österreich trotz aller serbischen Provokationen von kriegerischem Eingreifen fernzuhalten.

Jetzt kündigte ihm Rußland die Militärkonvention von 1902 und 1909 (S. 261). Die Meute wurde losgelassen. Bulgarien erlag im zweiten Balkankrieg dem serbisch-griechisch-rumänischen Ansturm, es verlor seine mazedonischen Eroberungen im Bukarester Frieden (1. August 1913). Für Österreich war das eine schlimme Lösung: nicht nur erhielt Serbien eine ungeheure Gebietserweiterung, die seine Hoffnungen auch nach Westen ins Maßlose steigerte; auch die rumänische Irredenta wuchs durch die Erstarkung dieses Staates, und Rumänien löste sich nun innerlich vollkommen vom Dreibund. Österreich dachte von neuem daran, mit Serbien jetzt abzurechnen, aber Italien und zumal Deutschland warnten dringend; andrerseits empfahl die deutsche Regierung auch den Serben äußerste Zurückhaltung.

Ganz anders handelte man in Petersburg. Es war das Bestreben Rußlands, nun einen neuen festen Balkanbund mit offensiver Spitze gegen Österreich zustande zu bringen, in den man auch das gedemütigte Bulgarien hineinziehen wollte, der dann Österreich vernichten und alle Irredentawünsche der Balkanstaaten erfüllen sollte. Nichts wurde unterlassen, um die Fundamente des österreich-ungarischen Staatswesens zu unterwühlen. Rußland strebte selbst danach, die ukrainischen Teile Österreich-Ungarns jenseits der Karpathen in seine Hand zu bekommen, weil es in ihnen den Herd der ukrainischen Selbständigkeitsbewegung sah, die es mit aller Gewalt unterdrücken wollte. Daneben wieder wurden die Verschwörer in Serbien und an ihrer Spitze der Ministerpräsident Paschitsch ermutigt, auszuharren, bis die Stunde der Erlösung für die Serbokroaten in Ungarn und für die Slowenen in Österreich gekommen sei, und nicht minder in Rumänien alle Hebel angesetzt, um die Volksstimmung für eine Vereinigung mit den 3½ Millionen Wallachen in Ungarn zu gewinnen. Die rumänische Kulturliga forderte unverblümt die Einverleibung Transsylvaniens. Der serbische Größenwahn war aber noch gefährlicher; Paschitsch erklärte offen, nachdem der Besitz Mazedoniens gesichert sei, werde es Serbien auf den europäischen Krieg ankommen lassen, um zur Erwerbung von Bosnien und der Herzegowina zu schreiten. Die Serben strebten aber noch weiter; sie wollten auch einen Zugang zum

Ägäischen Meer erringen. Kein Wunder, daß sie zunächst Albanien nicht räumten: sie mußten durch ein kräftiges Ultimatum Österreichs (18. Oktober 1913) dazu gezwungen werden; die Westmächte hatten keine Veranlassung, hier ihnen zu helfen, und so wagte auch Rußland nicht, einzugreifen.

Aber auch Deutschlands Lage war sehr verschlechtert worden. Es hatte sich vergebens bemüht, Rumänien zurückzuhalten, dann strikte Neutralität gewahrt und schließlich trotz Österreichs Ärger den Bukarester Frieden gebilligt, um nicht Öl ins Feuer zu gießen. Aber die Erstarkung der Balkanstaaten, russische Hetzereien in Polen, die auf einen Zusammenschluß aller Polen unter russischem Zepter ausgingen, und vor allem die zunehmende Gefährdung Österreichs erweckte schwerste Besorgnisse. Die große Heeresvorlage des Jahres 1913, eine Vermehrung des Bestandes um 3 Armeekorps oder 136000 Mann (S. 190), sollte die nötige Sicherung geben und die Kräfteverschiebung ausgleichen, kam aber zu spät und konnte sich erst in Jahren auswirken, wenn auch die Reserve- und Landwehrformationen herangewachsen waren. Und auch Österreich vermehrte sein Rekrutenkontingent, freilich aus Gründen der Sparsamkeit und wegen der inneren Uneinigkeit mit einer Herabsetzung der Dienstzeit auf 2 Jahre. Auch schloß der Dreibund sich enger zusammen durch eine Marinekonvention, nach der im Ernstfall durch sofortige gemeinsame Operationen das Übergewicht im Mittelmeer gesichert werden sollte; Bedingung war jedoch ein Ausschalten der italienischen Armee am Rhein (1. November 1913). Freilich darüber konnte man sich weder in Deutschland noch in Österreich einer Täuschung hingeben, daß trotzdem die Erinnerung an die einstige österreichische Herrschaft in Italien, der Hinblick auf die „unerlösten Brüder“ in Trient und Triest, die Hoffnung auf albanesische Gebiete und dazu die Furcht vor der englischen Flotte Italien schließlich doch auf die entgegengesetzte Seite treiben mußte; man konnte höchstens bei schnellen Anfangssiegen auf Neutralität rechnen und hoffen, daß die nicht eben starken moralischen Hemmungen im Lande Machiavellis nicht gar zu bald beiseite geschoben wurden.

Gleichzeitig ergriff das Rüstungsfieber auch die anderen

Mächte: Trotz schwerster Belastung seiner Volkswirtschaft entschloß sich jetzt Frankreich zur wirklichen Durchführung der dreijährigen Dienstzeit (August 1913); der Vorwand, die deutsche Heeresverstärkung zwinge dazu, war nichtig, denn seit Jahr und Tag drängten die Chauvinisten zu diesem Schritt; er gehörte von Anfang an in das Poincarésche Programm, machte aber den baldigen Krieg unvermeidlich, da die ungeheuren Lasten nicht lange ertragen werden konnten. So berichtet in ernster Sorge der belgische Gesandte in Paris, Guillaume, am 12. Juni 1913 und 16. Januar 1914, und er fügte seufzend in dem letzten Briefe hinzu: „Wir hätten mehr Interesse daran, die Politik des Herrn Caillaux — der Radikalen und radikalen Sozialisten erfolgreich zu sehen. Ich hatte schon die Ehre, Ihnen zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische und chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa — und für Belgien. Darin erblicke ich die größte Gefahr, die heute den Frieden Europas bedroht.“ Aber Frankreich wollte eben den Krieg. Darum willigte man auch auf Betreiben des Präsidenten nach einem Besuche des künftigen Generalissimus Joffre in Petersburg in die Bereitstellung eines Riesenkredites von 2 Milliarden an Rußland zwecks Ausbau der strategischen Bahnen in Polen. Bei dieser Besprechung der Generalstabschefs wurde auch mitgeteilt, daß die Verbindung zwischen den beiden Generalstäben durch englische Kabel unter englischer Vermittlung nach neuesten Vereinbarungen mit London aufgenommen werden sollte.

Im übrigen hatte sich Rußland schon im Sommer 1912 von der Duma gewaltige Mittel zum Ausbau der Ostseeflotte bewilligen lassen, um die deutsche Vorherrschaft hier brechen zu können —: eine Bedrohung zugleich der nordischen Völker; zahlreiche Schiffe wurden daraufhin in England bestellt und dort eine große Artilleriewerkstatt gegründet; jetzt stellte es zwei neue Armeekorps an der Westgrenze auf, erhöhte gleichzeitig seine Dienstzeit von 3 auf 3¼ Jahr, um über die gefährliche Zeit der Rekrutenausbildung besser hinwegzukommen, und begann schon im Februar 1914 seine sibirischen Truppen allmählich

nach Westen vorzuschieben. Auch zeigte eine neue Informationsreise des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch an die französisch-deutsche Grenze (Herbst 1913), ein Besuch des leitenden Ministers Sasonow in Paris (Oktober 1913) sowie der Sturz des friedliebenden Ministerpräsidenten Kokowzew und sein Ersatz durch den Nationalisten Goremykin, daß die kriegerischen Tendenzen die Oberhand gewannen, zumal man eine Erstarkung des türkischen Heeres durch die deutschen Instrukteure vor Augen sah. Zwar war man sich bewußt, wie in der Konferenz der Würdenträger vom 31. Dezember 1913 betont wurde, daß Rußland und Frankreich allein nicht imstande wären, „Deutschland einen tödlichen Schlag zu versetzen“ und daß „die Sicherung einer aktiven Teilnahme Englands die schwache Seite der Lage Rußlands in diesem Falle sei“; man traf aber trotzdem alle Vorbereitungen, in der Hoffnung, England ganz herüberziehen zu können. Von solchen Voraussetzungen aus ordnete der Kriegsminister Suchomlinow im Januar 1914 an, den Jahrgang 1910 noch ein halbes Jahr bei der Fahne zurückzuhalten, prahlte mit dem Abschluß der Rüstungen, die volle Kriegsbereitschaft gewährleisteten und eine neue Einschüchterung Rußlands durch Drohungen unmöglich machen würden (März 1914), und rief für den Sommer drei Landwehrjahrgänge zu vierwöchigen Übungen ein; und der russische Vertreter in Berlin freute sich der wachsenden Besorgnis vor Rußland, wenn er auch anerkennen mußte, daß Deutschland nun gezwungen werde, „weder Mittel noch Energie zu scheuen, um die vollkommene Kriegsbereitschaft bis zum äußersten zu treiben“. Andererseits bürgte nach einer Äußerung Sasonows „die Friedensliebe des Kaisers dafür, daß Rußland den Zeitpunkt des Krieges selbst zu bestimmen haben werde“. Wo die nächsten Ziele lagen, zeigte ein von Sasonow im November 1913 ausgearbeitetes Aktionsprogramm zur Besitzergreifung des Bosporus und der Dardanellen „in nicht ferner Zukunft“ und zur Schaffung der dazu geeigneten internationalen Konjunktur durch einen serbischen Angriff auf Österreich-Ungarn; eine Sonderkonferenz vom 8. Februar 1914 beschäftigte sich auf Wunsch des Zaren eingehend mit diesem Plane; in ihr wurde kaltblütig von Sasonow ausgesprochen, „daß man nicht annehmen könne, daß unsere Operationen gegen die Meerengen

ohne einen allgemeinen europäischen Krieg erfolgen würden"; Rumänien werde voraussichtlich nicht gegen Rußland auftreten. Der Generalquartiermeister des Generalstabs, Danilow, setzte sich dafür ein, der Hauptstoß müsse gegen Westen gerichtet werden; hier würden alle Teilfragen entschieden werden; doch war der Flottenvertreter für gleichzeitige Besetzung Konstantinopels. Alle Einzelheiten der Mobilisation wurden ausführlich besprochen; eine Verstärkung der Handelsflotte und Ausrüstung der Handelsschiffe für Truppentransporte sowie eine Landungsübung an der kaukasischen Küste während der Sommermanöver wurden vorgesehen, die Fertigstellung zweier Dreadnoughts zum 1. Juni und 1. September 1915 als sicher hingestellt, eines dritten und vierten für Ende 1915 und für das Jahr 1917 vorausgesetzt; andere umfangreiche Schiffsbauten und -ankäufe in Argentinien und Chile in Aussicht genommen. Eine Reihe neuer strategischer Bahnen in Transkaukasien wurde beschlossen. Die Spionagetätigkeit in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Schweden wurde ganz außerordentlich erhöht. Dieses große Rüstungs- und Angriffsprogramm fand im Kronrate vom 21. Februar 1914 die prinzipielle Zustimmung des Zaren, der auch am 23. März noch einmal die Beschlüsse der Konferenz ausdrücklich billigte; er hatte schon zu Jahresbeginn auf die Frage nach seinen Reisedispositionen erwidert, er werde zu Hause bleiben, „weil wir Krieg bekommen". Als erwünschte Hilfe genügte ihm fürs erste die halbe Million gut gekleideter und bewaffneter Serben, die ihm Paschitsch in einer Audienz am 2. Februar zur Verfügung gestellt hatte, und er ließ sich die Aussicht wohl gefallen, eine seiner Töchter dereinst auf dem großserbischen Throne zu sehen. Der serbische Thronfolger selbst war im März in Petersburg; es ist nicht ausgeschlossen, daß die Behauptung des amerikanischen Senators Philipp Francis richtig ist, er habe damals mit Sasonow das Attentat auf Franz Ferdinand festgelegt. Von den Engländern aber verlangte man im April 1914 die dauernde Beschäftigung einer großen Reihe von Handelsdampfern in der Ostsee, um das Material zum Truppentransport nach der pommerschen Küste jederzeit zur Hand zu haben. Und in der Tat willfahrten die Engländer diesen Wünschen. Am 13. Juni endlich erschien

in der „Birschewija Wjedomosti" ein vom Kriegsministerium inspirierter, Aufsehen erregender Artikel mit der bezeichnenden Überschrift: „Rußland ist fertig, Frankreich muß ebenfalls fertig sein." Der Zar aber hoffte, die Engländer ganz zu einem engen Bündnis bewegen zu können, und glaubte dies durch Poincaré erreichen zu können; er sprach den Wunsch aus, ihn demnächst persönlich zu sprechen (geheime Aufzeichnung vom 11. April 1914), was der schon im Januar betonten Absicht des Präsidenten entsprach; der Besuch hat weltgeschichtliche Bedeutung gewonnen; denn er fand nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers statt (20.—23. Juli 1914) und bedeutete den Ausgleich jeder Spannung zwischen England und Rußland über Paris, die Bekräftigung der japanischen Bereitschaft zur Hilfe, eine offene Drohung an den Vertreter Österreich-Ungarns und eine Sympathiekundgebung für die Serben. Die Gemahlin des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch holte nach der Schilderung Paléologues ihre Bonbonniere mit der elsaß-lothringischen Erde hervor und wies auf Disteln aus Lothringen, die statt Blumen den Ehrentisch schmückten: „Der Krieg wird ausbrechen... es wird von Österreich nichts übrig bleiben . . . Sie werden Elsaß-Lothringen zurücknehmen . . . Unsere Heere werden sich in Berlin vereinigen . . . Deutschland wird vernichtet sein." Sie sprach auch auf demselben Diner von einem Telegramm ihres montenegrinischen Vaters vom 22. Juli, das mit Sicherheit den Krieg voraussage, obwohl damals das österreichische Ultimatum an Serbien nicht überreicht und auch nicht bekannt war. Es war Poincaré gelungen, dem immer wieder schwankenden Zaren Mut zu machen und ihn von der Sicherheit der englischen Beteiligung zu überzeugen.

Und während Paris schon im Januar 1914 unter Aufwendung namhafter Mittel verproviantiert wurde und der Generalgouverneur der Festung mit der Mobilmachung im März oder April rechnete, während Anfang Mai die französische Regierung die Schweiz ganz offenherzig aufforderte, sich für den Fall eines europäischen Krieges mit Lebensmitteln zu versehen und der französische Chauvinismus, von Poincaré, Delcassé, Millerand angefeuert, immer höher aufloderte, gestand das russische Militärblatt „Raswjad-

schik" in seiner Neujahrsnummer unumwunden ein, man rüste zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen, und das russische Volk müsse sich an diesen Gedanken gewöhnen, auch wenn Hunderttausende dabei ihr Leben verlieren würden. Die öffentliche Meinung wurde dabei nicht nur durch die panslawistischen Ideen, sondern auch durch die immer wiederkehrende Behauptung aufgepeitscht, man sei durch den Handelsvertrag von 1905 in eine wirtschaftliche Versklavung an das Deutsche Reich geraten, und beide Gedankenreihen, von einer durch England und Frankreich erkauften Presse immer wieder dem russischen Gehirn eingehämmert, drangen nun tatsächlich in die Tiefe des Volkes, das im Haß gegen Österreich und Deutschland alle inneren Gegensätze überwand und in einem neuen Patriotismus erglühte.

Die Engländer wiederum häuften seit Anfang 1913 Mäntelmassen und Munition in Le Quesnoy und Maubeuge an der belgisch-französischen Grenze auf; sie schickten den ersten Lord der Admiralität, Winston Churchill, nach Toulon und Paris, um Beratungen mit dem französischen Admiralstabe zu pflegen (März 1913); sie ließen insgeheim die Resultate der militärischen Inspektionsreisen in Belgien in reichstem Kartenmaterial von Nordfrankreich und Belgien und in vier Kriegshandbüchern drucken (1911—1914) und förderten die bedrohliche Umklammerung Deutschlands, wo sie konnten. Bei einem Besuche Poincarés und Pichons in London (Juni 1913) kamen neben den schwebenden Tagesfragen auch Erwägungen der allgemeinen Politik und der Entente zwischen den drei Mächten zur befriedigenden Aussprache, und „diese Auseinandersetzungen haben ebenso wie der den französischen Ministern von der englischen Bevölkerung erwiesene Empfang die Entente ganz besonders gekräftigt" (Bericht des russischen Botschafters in London 14. Juni 1913). Andererseits lehnte Grey nach wie vor ein festes Bündnis mit Frankreich ab, obwohl sich Delcassé und Iswolski bei einem Besuch des Königs Georg in Paris (21. bis 24. April 1914) die größte Mühe gaben, es durchzusetzen und zugleich zur Sicherung ein festes englisch-russisches Bündnis empfahlen, worum sie Sasonow in dringenden Briefen gebeten hatte. Man schloß aber wohl damals die Militärkonvention ab, die nach dem Zeugnis Joffres vom

4. Juli 1914 bestanden hat, und nach der England zur Unterstützung Frankreichs mit sechs Divisionen verpflichtet war, und verhandelte auf die gleichzeitige französische Anregung hin mit Rußland über eine Marinekonvention, die die Absicht hatte, einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Ostsee festzuhalten und als Vorstufe eines englisch-russischen Bündnisses gedacht war; in diesem Zusammenhang wurden auch die Transportschiffe zur Verfügung gestellt. So verstrickte sich die englische Politik immer tiefer in die Maschen des Netzes, das der russische Offensivgeist um die Mittelmächte spann, und wenn man auch dem friedlich gesinnten und stark beunruhigten Teil der Bevölkerung immer wieder sagte, man habe freie Hand zu jeder Entschließung, so konnte man in Wirklichkeit die Geister, die man gerufen, nicht wieder los werden. Man ergab sich darein in dem zynischen Bewußtsein, daß, wenn das Unwetter hereinbreche, der große Handelsgegner unterliegen müsse und das britische Imperium auch sonst nur gewinnen könne, wenn die Kontinentalmächte sich gegenseitig zerfleischten. Aber auch innerpolitische Gründe spielten mit. Man stand vor einem Bürgerkriege nach einer schweren Meuterei in Irland (20. März 1914), und das liberale Ministerium konnte sich nur halten, wenn die kriegerisch gestimmte konservative Opposition an der auswärtigen Politik keinen Tadel fand; Grey und Asquith, die für diese Politik in erster Linie verantwortlich waren, ließen sich dabei auch von dem Gedanken treiben, daß ein Krieg nach außen die inneren Gegensätze ausgleichen und die Nation einen würde.

Deutschland aber tat alles, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden. Es pflegte die Beziehungen zur Türkei mit größter Vorsicht, obwohl seit Januar 1913 das im Gegensatz zu den Jungtürken unter Enver Pascha emporkommende nationale Osmanentum starke deutsche Sympathien hegte. Als die Russen, gehetzt von Frankreich und unterstützt von England, im Januar 1914 unter Androhung scharfer Repressivmaßregeln gegen die Pforte dagegen Protest erhoben, daß der deutsche General Liman von Sanders das erste türkische Armeekorps in Konstantinopel übernahm, weil dadurch Deutschland zum Herrn der Meerenge werde — obwohl sie gegen eine Unterstellung der türkischen Flotte unter den englischen Admiral

Limpus keine Einrede zu erheben hatten —, fügte es sich anstandslos der demütigenden Forderung und war zufrieden, daß der General sich auf die Inspektion über das allgemeine Militärwesen zurückzog (wobei ihn übrigens die zu inspizierenden, schlecht bekleideten und an allem Mangel leidenden Truppen fast auf belustigende Weise hinter das Licht zu führen suchten). Andererseits bereitete man mit allem Ernst den neuen russischen Handelsvertrag vor, der 1917 zum Abschluß kommen sollte, mit der ehrlichen Absicht, Rußland soweit entgegenzukommen, als es die deutschen Interessen irgend erlaubten. Im übrigen war die deutsche Leitung über alle Einzelheiten des diplomatischen Verkehrs der anderen Mächte genau unterrichtet, sie sah das Unwetter sich zusammenziehen, begriff aber den Ernst der Lage nicht aus philosophischer Gelassenheit und gutem Gewissen heraus. Sie glaubte nicht, daß England den letzten Schritt jemals tun werde, und legte kurzsichtig den langsam fortschreitenden Ausgleichsverhandlungen größeren Wert bei als den weltbewegenden Fragen der großen Politik; sie war der Meinung, weil sie selbst pazifistisch und gewissenhaft war, würden auch die anderen das Undenkbare eines modernen Weltkrieges nicht auf ihr Gewissen laden, und der Krieg sei durch „die Kalkulation des Krieges" ersetzt; weil sie selbst nur auf Erschließung wirtschaftlicher Möglichkeiten ausging und keine Eroberungsziele hatte, verstand sie den auf Raumerwerb gerichteten Imperialismus der anderen Mächte nicht, und weil sie selbst ein wohldisizipliniertes und trotz aller Opposition an Gehorsam gewöhntes Volk lenkte, hatte sie kein Verständnis für die elementare Wucht aufgewühlter Masseninstinkte und den fortreißenden Einfluß der nationalen Leidenschaften in den anderen Ländern.

So traf sie das gräßliche Ereignis von Serajewo (28. Juni 1914), dem der österreichische Thronfolger zum Opfer fiel, gänzlich unvorbereitet. Es war das Resultat der serbischen Wühlereien. Die Verantwortung fällt auf die serbische Regierung und in zweiter Linie auf Rußland. Österreich konnte sich das nicht gefallen lassen. Es mußte der inneren Zersetzung Halt gebieten und seine Großmachtstellung wahren. Freilich, ohne den Rückhalt an Deutschland hätte es seine Forderungen an Serbien mäßigen müssen. Trotzdem kann von einer deutschen

Schuld am Weltkriege keine Rede sein. Imperialistische Ziele haben nicht bestanden. Deutschland ist nicht auf Eroberung ausgegangen. Im Gegenteil: es hatte seine Friedensliebe durch Jahrzehnte immer wieder bewiesen und hatte nur die Absicht, durch friedliche Entwicklung vorwärtszukommen und die Weltstellung zu erringen, die seiner wirtschaftlichen Kraft und geistigen Bedeutung entsprach. Sein angeblicher Militarismus war nichts als der Geist der Zucht und Ordnung, wie er historisch mit Notwendigkeit als Fundament des Reiches erwachsen war; die Rüstungen dienten nur Verteidigungszwecken. Zudem war Deutschland für einen Krieg keineswegs genügend vorbereitet. Sein Heer hatte nur eine Friedensstärke von 761000 Mann, während Frankreich 794000 und Rußland 1840000 unter den Waffen hielt, d. h. in Frankreich kamen auf 50 Einwohner ein Soldat, von der Fremdenlegion und den Farbigen ganz abgesehen, in Deutschland erst auf 95. Es konnte ja auch im Kriege nichts gewinnen. Es brauchte ja nur, wie der belgische Gesandte in Berlin es am 12. Juni 1914 formulierte, „sich zu gedulden, nur im Frieden seine wirtschaftliche und finanzielle Macht weiter zu steigern, nur die Wirkungen seines Geburtenüberschusses abzuwarten, um ohne Widerspruch und ohne Kampf in ganz Mitteleuropa zu herrschen". Das aber eben war es, was die Feinde dem deutschen Volke nicht gönnten; eben deshalb sannen sie auf seinen Untergang. Die Tragik lag in seiner ganzen Geschichte, die es später zur Einheit geführt hatte, als die anderen Nationen, denen es nun im Wege stand, und die ihm nach Bismarcks Sturz den Genius versagte, der allein aus dem Labyrinth der politischen Wirrsale den rechten Ausweg finden konnte. So brachte es gerade seine friedliche Durchdringung der Welt und zumal des türkischen Reiches in den Konflikt mit den anderen auf Eroberung ausgehenden Mächten, und es war eine Illusion der deutschen, idealistisch gerichteten Seele, ohne kriegerische Zusammenstöße die durch Bismarck errungene Weltstellung auf dem Grunde der Gleichberechtigung befestigen und ausbauen zu wollen.

Daraus ergaben sich die Fehler der deutschen Politik, die alle günstigen Gelegenheiten versäumte, sich durch ein Netz von Verstrickungen umgarnen ließ, den bösen Willen der Gegner

und ihre Stärke unterschätzte und schließlich den einzigen Bundesgenossen nicht im Stich lassen konnte, der noch einigermaßen zuverlässig, aber todkrank war. Gewiß war der Krieg im Augenblick noch zu vermeiden, wenn Deutschland — und das war der schlimmste Fehler — nicht dem Bundesgenossen den Rücken gesteift, zur Benutzung des günstigen Momentes geraten und ohne die Einzelheiten des Ultimatums zu kennen, eine Vollmacht erteilt hätte, Serbien zu demütigen; doch man gab sich der trügerischen Hoffnung hin, daß das zaristische Rußland bei dem offenkundigen Rechte der Monarchie nicht eingreifen werde, und daß also ein österreichisch-serbischer Krieg, falls er unvermeidlich sei, lokalisiert bleiben würde. Aber Rußland hatte den Serben zu große Versprechungen gemacht und glaubte, obwohl seine Rüstungen erst 1916/17 ihren Höhepunkt erreichen mußten, schon jetzt imstande zu sein, Österreich zu zerschmettern, und die diplomatische Mechanik des Dreiverbandes war so reibungslos, die Verkoppelung so stahlhart und unzerreißbar geworden, daß sofort der Funke von einem Land zum anderen übersprang. Und eben hierin liegt der zweite Fehler der deutschen Politik, daß sie diese Bindungen trotz genauer Kenntnis der feindlichen Verhandlungen für lockerer hielt als sie waren und in unverständlichem Optimismus überzeugt war, daß zum mindesten England, mit dem man jetzt in so guten Beziehungen stand, unter keinen Umständen an Rußlands Seite treten würde. Ohne England konnte es aber der Zweibund nicht wagen, den Weltbrand herbeizuführen. Hier aber überwucherte der Eigennutz jede Regung des Gewissens: die günstige Gelegenheit, den verhaßten Nebenbuhler zu erledigen und dabei den wirtschaftlichen, strategischen und politischen Zusammenhalt des eigenen Reiches zu festigen, ließ man nicht vorübergehen: mochte Europa in Schutt und Trümmer sinken, wenn nur die britische Weltmachtstellung neue Stützen erhielt. Um die nötigen Phrasen zur Rechtfertigung des im vollen Bewußtsein der Tragweite gefaßten Entschlusses war ein Volk nicht verlegen, zu dessen politischem Rüstzeug, ja zu dessen Nationalcharakter seit den Tagen des Puritanertums der cant, die scheinheilige Bemäntelung egoistischer Zwecke durch religiöse und Humanitätsgedanken, gehörte. Und leider boten die nach der russischen Vollmobilisierung und dem Beginn der Kriegshandlung durch Frankreich ganz überflüssige deutsche Kriegserklärung an Rußland und Frankreich und das überaus törichte und gänzlich ungerechtfertigte Eingeständnis des angeblichen Neutralitätsbruches an Belgien, das sich längst den Gegnern mit Haut und Haaren verschrieben hatte, gar zu glückliche Handhaben, um die ganze Welt mit dem Geschrei von dem deutschen Friedensbruch zu erfüllen und das englische Eingreifen als eine zwingende, sittliche Tat des Augenblicks hinzustellen, während es doch nur selbstsüchtigsten Motiven entsprang und eine lang vorbereitete Entwicklung zwangsläufig abschloß.

Aber wären auch diese schweren deutschen Fehler nicht gemacht worden, so hätte sich doch nur eine augenblickliche Spannung gelöst. Die Lage war so zugespitzt, der Explosionsstoff überall so aufgehäuft, die Rüstung allerorten, und zumal in Frankreich, so unerträglich, die russische Eroberungsabsicht und der französische, von gewissenlosen Hetzern genährte Revanchewille so unbedingt fest und eine wahre englische Freundschaft zu Deutschland trotz aller Ausgleichsbestrebungen so fern, daß in absehbarer Zeit sich andere Eruptionen des vulkanischen Herdes hätten vollziehen müssen; das Rad des Schicksals war nicht aufzuhalten. Die imperialistischen Ziele der übrigen Großmächte waren nur durch einen allumfassenden Krieg zu erreichen. Und nur, wenn Deutschland den französischen Ansprüchen auf Elsaß-Lothringen wenigstens teilweise nachgab und wenn es zu gleicher Zeit die Zertrümmerung der Türkei und Österreichs nicht nur duldete, sondern mit radikaler Änderung seiner ganzen Politik sich daran beteiligte, wenn es anerkannte, daß die historische Rolle beider Staaten ausgespielt sei, und in das russische Lager überging, wenn es also seine friedliche Politik aufgab und wie die anderen eine Eroberungsmacht wurde, nur dann war es vielleicht möglich, den Weltgeist zu bannen, der zum Kampfe aller gegen alle drängte, nur dann denkbar, nach kurzen Erschütterungen über die Leichen dieser Staaten hinweg zu einer Neuordnung des Weltgleichgewichts zu schreiten.

Wer aber will Deutschland ernstlich einen Vorwurf daraus machen, daß es diese, seine glorreichste Zeit verleugnende, machiavellistische und doch auch äußerst gefahrvolle Politik

von sich wies? Wer es tadeln, daß es nicht Verrat übte, mit der Aussicht, gerade dadurch vielleicht bald genug sich selbst auf die Schlachtbank zu liefern? Wer will es anklagen, daß es einer Lage nicht gewachsen war, zu deren Lösung eine wahrhaft dämonische Kraft gehört hätte? So ist es aus Friedensliebe, aus Treue, aus der politischen Unfähigkeit einer Generation von Staatsmännern, durch Neid, Haß und Skrupellosigkeit der Gegner und die Gewalt eines tragischen Schicksals in den Strudel des Verderbens gezogen worden, und ein erschütterndes Weltdrama nahm seinen Lauf, das mit der deutschen Tragödie noch lange nicht seinen Abschluß gefunden hat, dessen katastrophale Auswirkungen in Politik, Wirtschaft und kulturellem Leben für die ganze Welt erst allmählich hervortreten werden, dessen Sinn und Bedeutung dem grübelnden Menschengeiste wohl ewig verborgen bleiben wird.
